

HAMBURG IN ZAHLEN

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Jahrgang 1965

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Hamburg

INHALTSVERZEICHNIS

a) Nach der Heftfolge

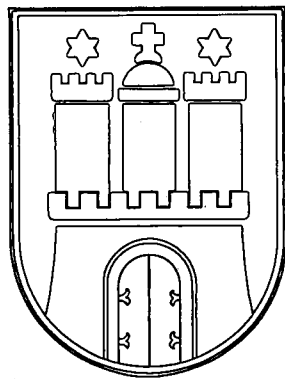
	Seite		Seite
Januar-Heft		Juli-Heft	
Soziale Gruppen in der Freien und Hansestadt Hamburg 1961	1	Das Handwerk in Hamburg 1963	173
Monatszahlen	17	Die Verteilung und Schichtung des veranlagten Vermögens in Hamburg 1963	184
		Monatszahlen	196
Februar-Heft		August-Heft	
Krankenausfälle in der hamburgischen Verwaltung 1963/64	29	Wohnsituation und Veränderungsabsichten der bei den Hamburger Wohnungsämtern registrierten Wohnungssuchenden	209
Die wirtschaftliche Leistung der Großstädte 1957 und 1961	34	Monatszahlen	232
Monatszahlen	46		
März-Heft		September-Heft	
Das veranlagte Einkommen und seine Verteilung in Hamburg 1961	57	Öffentliche Verschuldung Hamburgs 1950 bis 1964	245
Vermögensmillionäre in Hamburg	63	Monatszahlen	256
Monatszahlen	65		
April-Heft		Oktober-Heft	
Betriebe mit gewerblichem Verkehr und Werkverkehr in Hamburg	77	Die Verbrauchsstruktur der Hamburger 3- und 4-Personen-Haushalte 1962/63	269
Monatszahlen	102	Monatszahlen	286
Mai-Heft		November-Heft	
Die Hamburger Sterbetafel 1960/62	113	Die Einheitswerte der gewerblichen Betriebe in Hamburg 1963	297
Monatszahlen	131	Monatszahlen	306
Juni-Heft		Dezember-Heft	
Die Unternehmen der Industrie in Hamburg 1962	145	Die Wahl zum 5. Deutschen Bundestag am 19. September 1965 in Hamburg	317
Preise im Hamburger Beherbergungs- und Gaststättengewerbe 1962 bis 1964	153	Monatszahlen	325
Monatszahlen	159		
		Sonderheft 1	
		Raumanalyse des Hamburger Umlandes im Umkreis von 40 km	1

b) Alphabetisches Sachregister

(Die vollständigen Titel sind aus dem Verzeichnis nach der Heftfolge zu ersehen)

- Altschulden, öffentliche; September S. 248
Angestellte; Januar S. 9
Anlernlinge; Januar S. 14
Arbeiter; Januar S. 9
Arbeitnehmerhaushalte, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe; Oktober S. 275
Arbeitsausfall, hamburgische Verwaltung; Februar S. 32
Aufbauachsen, -orte, Raumplanung; Sonderheft 1 S. 14
- Ballungszone, Hamburger Umland; Sonderheft 1, S. 20
Beamte; Januar S. 9
Beherbergungsgewerbe, Preise; Juni S. 153
Beschäftigte, Handwerk; Juli S. 176
—, Industrie; Juni S. 147
Betriebe, gewerblicher Verkehr; April S. 77
—, Handwerk; Juli S. 176
Bevölkerungszunahme, Umlandzonen; Sonderheft 1, S. 6
Bilanzstruktur, gewerbliche Unternehmen; November S. 302
Binnenschiffe, Verkehrszensus; April S. 97
Bruttoinlandsprodukt; Februar S. 38
Bundestag, 5. Deutscher, Wahl; Dezember S. 317
- Cafés, Preise; Juni S. 154
- Einheitswerte, gewerbliche Betriebe; November S. 297
Einkommensteuer; März S. 57
Einkommens- und Verbrauchsstichprobe; Oktober S. 269
- Familienangehörige, Mithelfende; Januar S. 3
Frühstück, Preise; Juni S. 154
- Gaststättengewerbe, Preise; Juni S. 153
Gehälter, Industrie; Juni S. 147
Gemeinden mit 1000 und mehr Einwohnern, Hamburger Umland; Sonderheft 1 S. 25
Gesellschaftsunternehmen, Vermögensteuer; Juli S. 190
Gewerbliche Betriebe, Einheitswerte; November S. 297
Gewerbliche Unternehmen, Bilanzstruktur; November S. 302
Großstädte, wirtschaftliche Leistung; Februar S. 34
Güterwagen, Verkehrszensus; April S. 98
- Hafenschiffe, Verkehrszensus; April S. 97
Handwerkszählung; Juli S. 173
Haushalte, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe; Oktober S. 271
—, Wohnungssuchende; August S. 210
Hotels, Preise; Juni S. 153
- Industriezensus, Unternehmen; Juni S. 145
Investitionen, Industrie; Juni S. 151
- Krankenausfälle, hamburgische Verwaltung; Februar S. 29
Küstenschiffe, Verkehrszensus; April S. 96
- Lehrlinge; Januar S. 14
Löhne, Industrie; Juni S. 147
- Mieten, Wohnungssuchende; August S. 223
Millionäre, Vermögensteuer; März S. 63
Mithelfende Familienangehörige; Januar S. 3
- Nettoproduktionswerte, Industrie; Juni S. 149
Neuschulden, öffentliche; September S. 249
- Öffentliche Verschuldung; September S. 245
Ökonomische Strukturzone, Hamburger Umland; Sonderheft 1 S. 20
- Praktikanten; Januar S. 14
Preise, Beherbergungs- und Gaststättengewerbe; Juni S. 153
- Raumanalyse des Hamburger Umlandes; Sonderheft 1 S. 1
- Schulden, öffentliche; September S. 245
Seeschiffe, Verkehrszensus; April S. 96
Selbständige; Januar S. 3
Siedlungsstruktur, Hamburger Umland; Sonderheft 1 S. 7
Soziale Gruppen; Januar S. 1
Sterbetafel; Mai S. 113
Straßenfahrzeuge, Verkehrszensus; April S. 99
- Übernachtung, Preise; Juni S. 154
Umland, Hamburger, Raumanalyse; Sonderheft 1 S. 1
Umsatz, Handwerk; Juli S. 181
—, Industrie; Juni S. 149
Unterhaltsverpflichtungen; Januar S. 13
Unternehmen, Industrie; Juni S. 145
- Veränderungsabsichten, Wohnungssuchende; August S. 209
Verbrauchsstruktur, 3- und 4-Personen-Haushalte; Oktober S. 269
Verkehr, gewerblicher, Betriebe; April S. 77
Verkehrszensus; April S. 77
Vermögensmillionäre; März S. 63
Vermögensschichtung, gewerbliche Betriebe; November S. 299
Vermögensteuer; Juli S. 184
Verschuldung, öffentliche; September S. 245
Volkszählung 1961, Soziale Gruppen; Januar S. 1
—, Sterbetafel; Mai S. 114
Volontäre; Januar S. 14
- Wahl zum 5. Deutschen Bundestag; Dezember S. 317
Werkverkehr; April S. 77
Wirtschaftliche Leistung, Großstädte; Februar S. 34
Wirtschaftsräumliche Gliederung, Hamburger Umland; Sonderheft 1 S. 17
Wohnbevölkerung, Soziale Gruppen; Januar S. 1
Wohnungsbestand, Hamburger Umland; Sonderheft 1 S. 7
Wohnungssuchende; August S. 209

HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1965

Januar-Heft

INHALT

	Seite
Soziale Gruppen in der Freien und Hansestadt Hamburg 1961	1
Monatszahlen	17

Zeichenerklärung

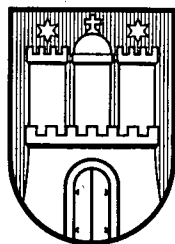
- = Zahlenwert genau Null (nichts).
- . = Zahl kann noch nicht angegeben werden oder wurde nicht festgestellt.
- .. = Angabe einer Zahl ist unzweckmäßig oder die tatsächliche Voraussetzung für die Fragestellung trifft nicht zu.
- 0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die in der betreffenden Tabelle gewählte kleinste Stelleneinheit.
- r = berichtigte Zahl.
- p = vorläufige Zahl.
- * = Die hiermit versehenen Positionen im ständigen Zahlenspiegel werden von allen Statistischen Landesämtern veröffentlicht.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet!

Verlag und Vertrieb:

Statistisches Landesamt, Hamburg 11, Steckelhorn 12

HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1965

Januar-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Soziale Gruppen in der Freien und Hansestadt Hamburg

Ergebnisse der Volkszählung 1961

Vorbemerkungen

Bei der Volkszählung 1961 wurden — wie dies auch bei früheren Volkszählungen üblich war — wieder Fragen über die berufliche Stellung der erwerbstätigen Personen und über den Wirtschaftszweig, in dem die Erwerbstätigkeit ausgeübt wird, gestellt. Die wichtigsten Ergebnisse dieser Fragen sollen im folgenden für die Bevölkerung der Freien und Hansestadt Hamburg dargestellt werden.

Zuvor sind einige begriffliche Erläuterungen notwendig. Mit der Frage nach der beruflichen Stellung soll eine Gruppierung der am Ort wohnenden erwerbstätigen Personen und der von ihnen abhängigen Familienmitglieder nach der Niveaustufe erfolgen, auf welcher die Erwerbstätigkeit ausgeübt wird. Dabei wird das Niveau nicht einkommensmäßig, sondern gewissermaßen prestigemäßig abgestuft, wobei die übliche Einteilung in der Erwerbshierarchie — die sog. Gruppierung nach der „sozialen Stellung“ — zugrunde gelegt wird. Es werden also zunächst die Selbständigen, Hausgewerbetreibenden und Zwischenmeister sowie die dieser Gruppe verwandten Mithelfenden Familienangehörigen, anschließend daran die Beamten, Angestellten und Arbeiter sowie die Heimarbeiter und schließlich die Lehrlinge nachgewiesen. Infolge der großen Veränderungen, die in der Ausfächerung der Positionen in der Wirtschaft eingetreten sind, hat die eben angeführte Untergliederung die ihr früher unzweifelhaft innewohnende Effizienz verloren. Es gibt Angestellte (z. B. in Großunternehmen), welche ihrem Sozialprestige nach weit höher stehen als die Masse der selbständig Erwerbstätigen; andererseits gibt es sicher sehr viele Angestellte, welche eine vom Sozialprestige her weit geringer eingeschätzte Tätigkeit ausüben (z. B. Lochmaschinenbediener, Verkäuferinnen

etc.) als Facharbeiter in fertigungsmäßig hochentwickelten Industriebetrieben. Wenn trotz dieser Unschärfen in den Grenzgebieten die übliche Gliederung auch jetzt wieder angewandt wurde, so geschah dies nicht nur, um eine Vergleichsmöglichkeit mit den Ergebnissen früherer Zählungen zu schaffen; es ist vielmehr auch zu berücksichtigen, daß viele faktische Regelungen (z. B. Sozialversicherung, Lohnzahlungsform etc.) noch nach diesen Gruppen unterscheiden.

Neben der sozialen Stellung und teilweise in Verbindung mit ihr spielt für die Beurteilung der Erwerbstätigkeitsverhältnisse in einer Bevölkerung auch die Zugehörigkeit der Erwerbspersonen zu den einzelnen Zweigen des Wirtschaftslebens eine Rolle. Mit einer solchen Gruppierung soll weniger die Bedeutung der einzelnen Wirtschaftszweige im Rahmen der Gesamtwirtschaft dargestellt werden; dies geschieht besser durch eine Nachweisung der Beschäftigten in den einzelnen Wirtschaftszweigen, wobei — was besonders für Hamburg wichtig ist — auch die wirtschaftliche Zugehörigkeit der Einpendler berücksichtigt wird. Wenn dagegen die am Ort wohnenden Erwerbspersonen und ihre Familienmitglieder den Wirtschaftszweigen zugeordnet werden, so geschieht dies unter dem Gesichtspunkt, daß damit die von dem Wirtschaftsgeschehen in den einzelnen Wirtschaftszweigen abhängigen Bevölkerungsteile dargestellt werden sollen. Damit werden Unterlagen darüber gewonnen, in welchem Ausmaße die Bevölkerung von Sonderentwicklungen in den einzelnen Wirtschaftszweigen betroffen werden kann.

Das Ziel der folgenden Untersuchung ist jedoch nicht allein eine Beschreibung der Zusammensetzung der Hamburger Bevölkerung nach den einzelnen sozialen Gruppen oder auch nach ihrer Zugehörigkeit zu den verschiedenen Wirtschaftsbereichen. Die Darstellung

der anteilmäßigen Zusammensetzung der einzelnen sozialen Gruppen nach Ernährern und wirtschaftlich abhängigen Familienangehörigen wird darüber hinaus in gewissem Umfang auch Rückschlüsse auf die besonderen Lebensumstände und die Unterschiede in der Struktur der einzelnen sozialen Gruppen ermöglichen. Allerdings werden gerade hinsichtlich des letztgenannten Problemkreises manche Fragen offen bleiben müssen, weil Personen-Auszählungen, wie sie bei der Volks- und Berufszählung 1961 in erster Linie vorgenommen wurden, über Haushalts- und Familienstrukturen nur beschränkt Auskunft zu geben vermögen und die Aufbereitung der erforderlichen Haushalts- und Familienstatistiken noch nicht abgeschlossen ist.

Ergänzend sei noch bemerkt, daß für die Beurteilung der sozialen Verhältnisse der Hamburger Bevölkerung auch die Untersuchung der Beteiligung der Bevölkerung am Erwerbsleben und der Gliederung nach den Unterhaltsquellen, aus denen die Bevölkerung überwiegend ihre Einkommen bezieht, zu berücksichtigen ist. Die Darstellung dieser beiden letztgenannten Aspekte wurde bereits früher gegeben¹⁾.

Die Hamburger Wohnbevölkerung nach der Stellung im Beruf

Rund 1 438 300 oder 79 % der Hamburger bestritten 1961 ihren Lebensunterhalt aus Erwerbstätigkeit²⁾, entweder indem sie selbst erwerbstätig waren (rd. 825 600 = 45,1 %) oder als wirtschaftlich abhängige Angehörige einer Erwerbsperson (rd. 612 700 = 33,5 %). Zu den wirtschaftlich abhängigen Angehörigen wurden auch solche Erwerbspersonen gerechnet (rd. 55 800), die zwar eine eigene Erwerbstätigkeit ausübten, aber nicht vom eigenen Einkommen leben konnten, sondern die überwiegenden Mittel für den Lebensunterhalt von Familienangehörigen erhielten³⁾.

Erklärlicherweise handelte es sich bei den wirtschaftlich abhängigen Angehörigen zum überwiegenden Teil um weibliche Personen (432 250), die meistens (rd. 266 300 = 61,6 %) verheiratet waren, mit anderen Worten, es waren zum großen Teil die Ehefrauen der erwerbstätigen Männer. Unter den männlichen wirtschaftlich abhängigen Angehörigen nahmen die unter 15 Jahre alten Kinder mit rd. 75 % den ersten Platz ein, der entsprechende Anteil betrug für die Mädchen gleichen Alters nur 28 %.

1) Vgl. Winkler, B.: Die wirtschaftlichen Grundlagen der Hamburger Bevölkerung. — In: Hamburg in Zahlen, 1964, S. 1 ff.

2) Bei der folgenden Untersuchung sind die rd. 4300 Arbeitslosen mit ihren rd. 1080 wirtschaftlich abhängigen Angehörigen in den entsprechenden Gruppen der Erwerbspersonen enthalten.

3) Die erwerbstätigen wirtschaftlich abhängigen Familienangehörigen sind, sofern im folgenden Aufgliederungen über Erwerbspersonen gegeben werden, entsprechend der Stellung im Erwerbsleben (Stellung im Beruf, Wirtschaftszweig) zugeordnet (Erwerbskonzept). In Aufgliederungen über die soziale Struktur der Wohnbevölkerung und der Angehörigen sind sie dagegen in der sozialen Gruppe des Ernährers ausgewiesen (Unterhaltskonzept). Bei Addition der im folgenden gegebenen Zahlenangaben für Erwerbspersonen und Angehörige ergibt sich daher nicht die Wohnbevölkerung, sondern eine Zahl, die um die Erwerbspersonen, die nicht vom eigenen Erwerbseinkommen leben, überhöht ist.

4) Zur richtigen Beurteilung der Zahlen sei noch erwähnt, daß 1961 insgesamt rd. 140 800 verheiratete Frauen in den Wirtschaftsprozess aktiv eingegliedert waren, etwa 21 900 = 15,6 % davon konnten aber den Lebensunterhalt nicht, auch nicht überwiegend, aus diesem Erwerbseinkommen bestreiten. Der größte Teil dieser verheirateten erwerbstätigen Frauen, nämlich rd. 21 160, wurde vom erwerbstätigen Ehemann überwiegend mit ernährt; es handelte sich dabei allerdings nur um Frauen, die weniger als 24 Stunden in der Woche arbeiteten.

Da die Haushaltsliste keine diesbezügliche Frage enthielt, war nur in den Fällen, in denen der wirtschaftlich Abhängige im Haushalt des Ernährers lebte, ein Hinweis auf die soziale Gruppe des Ernährers gegeben und damit eine entsprechende Zuordnung des wirtschaftlich abhängigen Angehörigen möglich. Bei der Zuordnung wurde davon ausgegangen, daß die wirtschaftlich abhängigen Angehörigen von den im Haushalt lebenden Einkommensbeziehern mit ernährt wurden, bei denen man nach Lage der Dinge am ehesten annehmen mußte, daß sie für den Unterhalt der Angehörigen aufkamen, also z. B. bei Ehefrauen der Ehegatte, bei Kindern der Vater bzw. die Mutter usw. Trotz dieses in gewissem Sinne willkürlichen Verfahrens wird die getroffene Entscheidung in den meisten Fällen der Wirklichkeit entsprechen. Das so erhaltene Ergebnis lag aber, wenn allerdings auch nur unerheblich, unter der Gesamtzahl derjenigen Hamburger, die von einem erwerbstätigen Ernährer wirtschaftlich abhängig waren, da das oben geschilderte Verfahren für Einpersonenhaushalte nicht anwendbar war. Für diese alleinlebenden, wirtschaftlich von Angehörigen Abhängigen (z. B. Studenten) war in der Haushaltsliste kein Anhaltspunkt über die überwiegende Unterhaltsquelle des Ernährers bzw. seine soziale Stellung gegeben. Nur ein Teil der insgesamt rd. 17 900 zu diesem Kreis gehörenden Personen wird aber nach allgemeinen Erfahrungen einen erwerbstätigen Ernährer gehabt haben, so daß die Differenz geringer gewesen sein dürfte.

Tabelle 1

Die Hamburger Wohnbevölkerung und die Hamburger Erwerbspersonen am 6. Juni 1961 nach sozialen Gruppen

Soziale Gruppen der Ernährer	Wohnbevölkerung				darunter Erwerbspersonen	
	männlich	weiblich	insgesamt		absolut	%
			absolut	%		
1	2	3	4	5	6	
Vom Erwerbseinkommen abhängige Wohnbevölkerung insgesamt	709 489	728 781	1 438 270	78,5	901 461	100,0
darunter						
Selbständiger 1) Mithelfender Familienangehöriger	89 317	71 803	161 119	8,8	85 110	9,4
Beamter	3 748	19 593	23 341	1,3	26 808	3,0
Angestellter	60 338	52 837	113 175	6,2	49 002	5,4
Arbeiter 2)	207 183	286 049	493 232	26,9	307 887	34,2
Lehrling	328 516	287 593	616 110	33,6	364 497	40,4
Von Einkommen aus anderen Quellen lebende Wohnbevölkerung, ohne Angabe der überwiegenden Unterhaltsquelle des Ernährers	7 433	5 882	13 315	0,7	54 756	6,1
Zusammen	134 843	259 233	394 076	21,5	—	—

1) Einschl. Hausgewerbetreibende und Zwischenmeister. — 2) Einschl. Heimarbeiter.

Tabelle 1 gibt einen Überblick über die Zugehörigkeit der Erwerbspersonen und der von ihnen wirtschaftlich abhängigen Angehörigen zu den einzelnen sozialen Gruppen im Jahre 1961 in der Freien und Hansestadt Hamburg. Hiernach lebten 33,6 % der Wohnbevölkerung von Arbeitereinkommen und wei-

tere 26,9% von Einkommen aus Angestelltentätigkeiten. Die Anteile der von Selbständigen und Beamten ernährten Wohnbevölkerung waren mit 8,8% bzw. 6,2% vergleichsweise relativ niedrig. Mithelfende Familienangehörige und Lehrlinge spielten mit zusammen nur rd. 2% für den Unterhalt der Hamburger Wohnbevölkerung keine Rolle. Im folgenden sollen die einzelnen sozialen Gruppen in ihrer Zusammensetzung näher charakterisiert werden.

Die Selbständigen und die Mithelfenden Familienangehörigen

Wenden wir uns zunächst der von Unternehmer-einkommen lebenden Bevölkerung zu. Es handelt sich hierbei um die Familien der selbstentscheidenden, das volle Risiko tragenden Inhaber von Arbeitsstätten und der in der Art ihrer persönlichen Arbeitsweise den Selbständigen sehr ähnlichen sogen. Mithelfenden Familienangehörigen.

Die Gruppe der Selbständigen ist in ihrer Zusammensetzung recht vielgestaltig. Unabhängig vom Wirtschaftszweig oder der Zahl und der Art der im Betrieb Tätigen gehören hierzu alle Betriebsinhaber und Pächter; die ambulanten Händler also ebenso wie die selbständigen Vertreter, der Fabrik- oder Ladenbesitzer, der Makler, der selbständige Handwerker, der Arzt, Gastwirt oder freiberuflich Tätige. Bei Offenen Handelsgesellschaften treten alle tätigen Gesellschafter als Selbständige in Erscheinung.

Mithelfende Familienangehörige sind alle in einem landwirtschaftlichen oder gewerblichen Betrieb eines Familienmitgliedes oder eines sonstigen, möglicherweise nicht zum Haushalt gehörenden Verwandten beschäftigten Personen, bei denen kein Angestellten- oder Arbeiterverhältnis zum Betriebsinhaber besteht. Hier ist in erster Linie an die in Ladengeschäften und in der Landwirtschaft mitarbeitenden Ehefrauen und Kinder zu denken.

Rund 161 100 Hamburger lebten 1961 von Einkommen aus selbständiger Tätigkeit als tätige Unternehmer, Hausgewerbetreibende und Zwischenmeister⁵⁾ oder als deren wirtschaftlich abhängige Angehörige; rd. 89 300 (55,5%) davon waren männlichen und rd. 71 800 (44,5%) weiblichen Geschlechts. Die Zahl der im Wirtschaftsleben tätigen Selbständigen betrug rd. 85 100, wobei die Erwerbstätigenquote bei den Frauen mit 25,7% naturgemäß geringer als bei den Männern (74,6%) war.

Für die Beurteilung der wirtschaftlichen Existenzgrundlagen und damit des Lebensstandards der Selbständigen ist eine Untersuchung nach der Betriebsart und dem Wirtschaftsbereich, dem die Betriebe angehörten, erforderlich. Darüber hinaus muß auch die Bedeutung der Frau als Betriebsführerin gewürdigt werden, da hieraus Rückschlüsse auf die Möglichkeit, Angehörige mit zu ernähren, gezogen werden können.

⁵⁾ Die beiden zuletzt genannten Gruppen waren mit insgesamt nur rd. 400 Personen ohne Bedeutung; sie werden daher bei der folgenden Betrachtung zu den eigentlichen Selbständigen gerechnet.

⁶⁾ Sofern Mithelfende Familienangehörige mehr als 24 Stunden je Woche im Betrieb mitarbeiteten, wurden sie generell zu den vom eigenen Einkommen Lebenden gerechnet, selbst wenn die Eintragung in der Haushaltsliste anders lautete.

Die Selbständigen in der Wirtschaftsabteilung Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei spielten in Hamburg naturgemäß mit einer Gesamtzahl von rd. 3 790, d. s. 4,5% aller Selbständigen, keine nennenswerte Rolle. Bei knapp drei Vierteln (etwa 2 670 = 70,4%) handelte es sich um Selbständige, die ihren landwirtschaftlichen Betrieb entweder allein (rd. 570) oder unter Mithilfe von Familienangehörigen (rd. 2 090) betrieben. Nur rd. 1 120 der Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe in Hamburg beschäftigten außerdem familienfremde Arbeitskräfte.

Die Gruppierung der Hamburger Selbständigen in der Wirtschaftsabteilung Landwirtschaft usw. nach der Größe der landwirtschaftlichen Betriebsfläche zeigt die hervorragende Bedeutung der kleinen Betriebe unter 2 ha Nutzfläche mit rd. 1 660, d. s. 43,8% (vgl. Tab. 2). An zweiter Stelle folgten mit einer Gesamtzahl von 650, d. s. 17,2%, die Betriebe von 2 bis unter 10 ha, d. h. also 61% aller Selbständigen in der Wirtschaftsabteilung Landwirtschaft usw. hatten eine Betriebsfläche, die kleiner als 10 ha war. Rund 800 Betriebe, oder 21,0%, in der Wirtschaftsabteilung Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei bewirtschafteten keine landwirtschaftliche Fläche. Es handelte sich jedoch dabei nur um Betriebe der Tierhaltung, -zucht und -pflege sowie der Hochsee-, Küsten- und Binnenfischerei, darunter rd. 240 Betriebe von Alleinschaffenden und rd. 130, die nur Mithelfende Familienangehörige beschäftigten. Auch die übrigen Selbständigen dieser Gruppe hatten nur wenig Personal; so entfielen weitere rd. 350 Betriebe auf die Größenklasse 2 bis 9 im Betrieb Tätige.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Untergliederung der Selbständigen in der Landwirtschaft nach dem Geschlecht. Die Frauen spielten als selbständige Betriebsführerinnen (rd. 650 von 3 780 = 17,1%) im wesentlichen bei den Betrieben mit einer Betriebsfläche von weniger als 2 ha (rd. 410) und hier insbesondere in reinen Familienbetrieben oder als Alleinschaffende eine Rolle (rd. 390). Es ist anzunehmen, daß in diesen Fällen die Familienangehörigen, insbesondere die männlichen (rd. 42,2% der weiblichen Selbständigen in der Landwirtschaft waren verheiratet) nicht im Familienbetrieb tätig waren, sondern anderweitig einer Erwerbstätigkeit nachgingen.

Diese kurze Charakterisierung läßt erkennen, warum die Zahl der von den rd. 3 790 Selbständigen in der Landwirtschaft usw. miternährten wirtschaftlich abhängigen Angehörigen mit insgesamt rd. 3 330 verhältnismäßig klein war und auch im Durchschnitt geringer als die Zahl der von den Selbständigen in anderen Wirtschaftsbereichen miternährten wirtschaftlich abhängigen Familienangehörigen. So wurden von 100 Betriebsinhabern in der Landwirtschaft rd. 91 Angehörige mit versorgt, die entsprechende Zahl für die Inhaber nichtlandwirtschaftlicher Arbeitsstätten betrug dagegen rd. 95 (vgl. Tab. 3). Die Ursache dafür ist einerseits in der relativ großen Zahl der Mithelfenden Familienangehörigen in der Landwirtschaft (rd. 4 480) zu suchen; diese Mithelfenden Familienangehörigen verdienten, sofern sie mehr als 24 Stunden wöchentlich im Betrieb arbeiteten (rd. 3 990), die

Tabelle 2

**Die Selbständigen in Hamburg nach Betriebsart und Geschlecht
und die von ihnen wirtschaftlich abhängigen Angehörigen
am 6. Juni 1961**

Soziale Stellung	Selbständige Erwerbspersonen 1)						Wirtschaftlich abhängige Angehörige	
	männlich		weiblich		insgesamt		insgesamt	auf 100 Selbständige entfielen 2)
	absolut	%	absolut	%	absolut	%		
	1	2	3	4	5	6	7	8
Selbständige, alleinschaffend								
a) in landwirtschaftlichem Betrieb mit einer Betriebsfläche von								
unter 0,5 ha	38	0,1	99	0,5	137	0,2	22	22
0,5 bis unter 2 "	74	0,1	56	0,2	130	0,2	92	81
2 " " 10 "	30	0,0	8	0,0	38	0,0	38	100
10 ha und mehr	12	0,0	4	0,0	16	0,0	19	126
ohne Angabe	8	0,0	1	0,0	9	0,0	10	111
b) in nichtlandwirtschaftlichem Betrieb	20 717	31,1	8 872	48,1	29 589	34,8	22 966	83
Selbständige, nur mit mithelfenden Familienangehörigen								
a) in landwirtschaftlichem Betrieb mit einer Betriebsfläche von								
unter 0,5 ha	125	0,2	69	0,4	194	0,2	98	58
0,5 bis unter 2 "	827	1,2	156	0,9	983	1,2	680	71
2 " " 10 "	424	0,6	45	0,2	469	0,6	424	92
10 " " 30 "	217	0,3	17	0,1	234	0,3	264	112
30 ha und mehr	77	0,1	2	0,0	79	0,1	88	111
ohne Angabe	9	0,0	—	—	9	0,0	11	122
b) in nichtlandwirtschaftlichem Betrieb mit								
2 im Betrieb Tätigen	8 173	12,3	1 543	8,4	9 716	11,4	7 497	78
3 und mehr im Betrieb Tätigen	771	1,2	169	0,9	940	1,1	677	73
ohne Angabe	100	0,2	22	0,1	122	0,1	119	100
Selbständige mit familienfremden Arbeitskräften, mit und ohne mithelfende(n) Familienangehörige(n)								
a) in landwirtschaftlichem Betrieb mit einer Betriebsfläche von								
unter 0,5 ha	28	0,0	6	0,0	34	0,0	22	67
0,5 bis unter 2 "	157	0,2	25	0,1	182	0,2	180	99
2 " " 10 "	141	0,2	6	0,0	147	0,2	139	96
10 " " 30 "	169	0,3	18	0,1	187	0,2	249	133
30 ha und mehr	109	0,2	13	0,1	122	0,1	166	136
ohne Angabe	20	0,0	—	—	20	0,0	15	75
b) in nichtlandwirtschaftlichem Betrieb mit								
2 bis 9 im Betrieb Tätigen	25 904	38,9	6 198	33,6	32 102	37,7	32 300	101
10 " 49 " " " " "	6 181	9,3	770	4,2	6 951	8,2	8 920	129
50 " 99 " " " " "	748	1,1	85	0,5	833	1,0	1 202	145
100 " 499 " " " " "	625	0,9	37	0,2	662	0,8	1 072	163
500 und mehr. " " " "	81	0,1	9	0,1	90	0,1	121	134
ohne Angabe	895	1,4	220	1,2	1 115	1,3	1 238	113
Zusammen	66 660	100	18 450	100	85 110	100	78 629	95

1) Einschl. Hausgewerbetreibende und Zwischenmeister. — 2) Bezogen nur auf Selbständige, die überwiegend von Einkommen aus Erwerbstätigkeit leben.

Mittel für ihren Lebensunterhalt selbst⁶). Andererseits spielt die große Zahl kleiner Betriebe, die keine ausreichende Existenzgrundlage für große Familien bieten, eine Rolle, so daß insbesondere auch die männlichen Familienangehörigen einer Erwerbstätigkeit außerhalb der Landwirtschaft nachgingen. Erst bei einer Betriebsgröße von 10 ha und mehr ernährte der Betriebsinhaber im Durchschnitt ein oder mehrere wirtschaftlich abhängige Familienmitglieder mit; das galt sowohl für die reinen Familienbetriebe als auch für die Betriebe, in denen familienfremde Arbeitskräfte beschäftigt wurden.

Tabelle 3 gibt einen Überblick über die Zugehörigkeit der von den rd. 81 300 Selbständigen außerhalb der Landwirtschaft geführten Betriebe zu den einzelnen Wirtschaftsabteilungen.

Zum Zeitpunkt der Volkszählung 1961 wohnten in Hamburg rd. 29 350 Alleinschaffende, rd. 10 650 Selbständige, die nur Mithelfende Familienangehörige und rd. 41 330 Selbständige, die auch familienfremdes Personal im Betrieb beschäftigten. Tabelle 2 gibt eine zusätzliche Information über die Beschäftigtenzahlen der Betriebe, wobei allerdings zu beachten ist, daß in

Tabelle 3

Die Erwerbspersonen und die Selbständigen ¹⁾ in Hamburg am 6. Juni 1961 nach Wirtschaftsabteilungen und Geschlecht und die von ihnen wirtschaftlich abhängigen Angehörigen

Wirtschaftsabteilungen	Erwerbspersonen insgesamt			Von Erwerbspersonen wirtschaftlich abhängige Angehörige		Selbständige ¹⁾ insgesamt			Von Selbständigen ¹⁾ wirtschaftlich abhängige Angehörige	
	männl.	weibl.	zus.	insges.	auf 100 Erwerbspersonen ²⁾ entfielen	männl.	weibl.	zus.	insges.	auf 100 Selbständige ²⁾ entfielen
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Erwerbspersonen insgesamt ..	561 486	339 975	901 461	612 690	74	66 660	18 450	85 110	78 629	95
darunter										
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	7 963	5 078	13 041	6 629	55	3 135	651	3 786	3 325	91
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	9 424	1 428	10 852	12 793	121	4	—	4	4	100
Verarbeitendes Gewerbe ...	187 050	88 222	275 272	187 915	74	10 291	2 328	12 619	12 721	104
Baugewerbe	55 112	3 891	59 003	57 551	106	4 452	159	4 611	6 005	133
Handel	81 795	86 924	168 719	81 449	55	26 862	8 127	34 989	29 294	86
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	88 395	20 692	109 087	105 560	102	4 286	326	4 612	5 609	123
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe ...	16 374	14 980	31 354	18 520	66	1 064	178	1 242	1 321	115
Dienstleistungen, soweit nicht an anderer Stelle genannt	60 171	88 116	148 287	75 637	57	16 526	6 660	23 186	20 257	92
Organisationen ohne Erwerbscharakter	2 949	14 316	17 265	5 030	32	—	—	—	—	—
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	37 875	13 740	51 615	55 260	111	—	—	—	—	—

¹⁾ Einschl. Hausgewerbetreibende und Zwischenmeister. — ²⁾ Bezogen nur auf Erwerbspersonen bzw. Selbständige, die überwiegend von Einkommen aus Erwerbstätigkeit leben.

diesen Angaben auch die rd. 800 Betriebe der Wirtschaftsabteilung Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei, die keine Fläche bewirtschafteten, enthalten sind. Die Mehrzahl (rd. 9 720 = 92,3 %) der Selbständigen nur mit Mithelfenden Familienangehörigen außerhalb der Landwirtschaft beschäftigte nicht mehr als 2 Familienangehörige im Betrieb. Auch bei den Betrieben mit familienfremdem Personal lag das Übergewicht bei den kleineren Betrieben, insbesondere der Größenklasse 2 bis 9 im Betrieb Tätige (rd. 32 100 = 76,9 %), während die größeren Betriebe mit z. B. 100 und mehr im Betrieb Tätigen nur einen Anteil von 1,8 % (rd. 750) hatten.

Unter den tätigen Selbständigen außerhalb der Landwirtschaft spielten die Frauen mit rd. 17 800 = 20,9 % eine vergleichsweise etwas größere Rolle als in der Landwirtschaft (17,1 %). Die weiblichen Selbständigen waren vor allem in der Betriebsform der Alleinschaffenden vertreten; rd. 8 820, d. s. 30 % aller Betriebe dieser Art außerhalb der Landwirtschaft wurden von einer Frau geführt. Bei den Selbständigen mit nur Mithelfenden Familienangehörigen lag der Anteil der weiblichen Betriebsführerinnen mit rd. 1 720 Betrieben bei 16,2 % und bei den Selbständigen mit familienfremden Arbeitskräften (rd. 7 260) bei 17,6 %, wobei allerdings bei der letztgenannten Gruppe, verglichen mit den männlichen Selbständigen (75,2 %), bei den weiblichen ein relativ höherer Anteil (84,7 %) auf die Größenklasse 2 bis 9 im Betrieb Tätige entfiel.

Rund 154 150 Personen, darunter 75 300 wirtschaftlich abhängige Familienangehörige, lebten 1961 von Einkommen aus Selbständigentätigkeit außerhalb der

Landwirtschaft. Der größte Teil entfiel mit rd. 85 350 Personen auf die Selbständigen, die in ihren Betrieben familienfremde Arbeitskräfte beschäftigten; es folgten mit rd. 50 130 die Alleinschaffenden; die Selbständigen mit nur Mithelfenden Familienangehörigen im Betrieb ernährten nur rd. 18 680 Personen der Wohnbevölkerung. Die Belastung der Selbständigen durch Unterhaltsverpflichtungen war je nach Betriebsart sehr unterschiedlich (vgl. Tab. 2). Während 100 Alleinschaffende bzw. 100 Selbständige, die nur Mithelfende Familienangehörige im Betrieb beschäftigten, für den Unterhalt von weniger als 100 wirtschaftlich abhängigen Angehörigen aufkamen, stieg die entsprechende Zahl bei den Selbständigen mit familienfremdem Personal auf über 100.

Bevor die oben für die Selbständigen außerhalb der Landwirtschaft insgesamt gegebenen Zahlen verallgemeinert und Rückschlüsse über die Ursachen der Unterschiede in der Höhe der wirtschaftlichen Belastung gezogen werden können, ist als weitere Komponente die Zugehörigkeit zu den verschiedenen Wirtschaftszweigen in die Untersuchung einzubeziehen. Für die Beurteilung der sozialen Lage ist der Wirtschaftszweig insofern von Bedeutung, als sich die Betriebe in Größe und Struktur branchenweise zum Teil wesentlich unterscheiden. Daraus könnten sich auch Unterschiede in den Lebensumständen und Einkommensverhältnissen der Betriebsinhaber ergeben. Die Zuordnung der Erwerbspersonen und der von diesen abhängigen Angehörigen zu den Wirtschaftszweigen erfolgte bei der Volkszählung anhand der Angaben zum Wirtschaftszweig des Betriebes in der Haushaltsliste. Waren in einer Arbeitsstätte mehrere verschiedene

Tabelle 4

Die Hamburger Selbständigen am 6. Juni 1961 nach Betriebsgröße und -art, ausgewählten Wirtschaftsabteilungen sowie die von ihnen wirtschaftlich abhängigen Angehörigen

Selbständige 1) in nichtlandwirtschaftlichen Betrieben und die von ihnen wirtschaftlich abhängigen Angehörigen	Wirtschaftsabteilung					
	Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	Bau- gewerbe	Handel	Verkehr u. Nach- richten- übermitt- lung	Kredit- institute u. Ver- sicherungs- gewerbe	Dienst- leistungen, soweit nicht an anderer Stelle genannt
	1	2	3	4	5	6
1. Alleinschaffende						
männlich	2 522	993	8 546	2 054	544	5 823
weiblich	1 132	7	3 784	59	120	3 637
insgesamt	3 654	1 000	12 330	2 113	664	9 460
Angehörige	2 926	1 102	9 058	2 578	548	6 321
insgesamt						
von dies. entf. auf 100 Selbständige 2)	88	117	77	124	94	74
Anteil der weiblichen Selbständigen in % 3) ...	31,0	0,7	30,7	2,8	18,1	38,4
Selbständige nur mit mithelfenden Familienangehörigen						
2. mit 2 im Betrieb Tätigen						
männlich	801	150	4 827	253	71	1 987
weiblich	75	5	982	56	10	401
insgesamt	876	155	5 809	309	81	2 388
Angehörige	708	188	4 109	299	96	1 997
insgesamt						
von dies. entf. auf 100 Selbständige 2)	83	123	72	99	123	85
Anteil der weiblichen Selbständigen in % 3) ...	8,6	3,2	16,9	18,1	12,3	16,8
3. mit 3 und mehr im Betrieb Tätigen						
männlich	116	23	409	35	5	170
weiblich	13	4	99	3	—	49
insgesamt	129	27	508	38	5	219
Angehörige	101	30	351	32	10	136
insgesamt						
von dies. entf. auf 100 Selbständige 2)	80	115	70	84	250	62
Anteil der weiblichen Selbständigen in % 3) ...	10,1	14,8	19,5	7,9	0	22,4
Selbständige mit familienfremden Arbeitskräften mit und ohne mithelfende(n) Familienangehörige(n)						
4. mit 2—9 im Betrieb Tätigen						
männlich	4 281	2 123	10 342	1 319	291	7 240
weiblich	702	89	2 845	163	42	2 308
insgesamt	4 983	2 212	13 187	1 482	333	9 548
Angehörige	5 160	2 930	11 658	1 785	377	9 957
insgesamt						
von dies. entf. auf 100 Selbständige 2)	104	132	89	122	116	105
Anteil der weiblichen Selbständigen in % 3) ...	14,1	4,0	21,6	11,0	12,6	24,2
5. mit 10—49 im Betrieb Tätigen						
männlich	1 785	829	1 992	414	101	1 007
weiblich	232	37	278	33	3	178
insgesamt	2 017	866	2 270	447	104	1 185
Angehörige	2 467	1 225	2 919	596	181	1 455
insgesamt						
von dies. entf. auf 100 Selbständige 2)	123	142	129	133	176	123
Anteil der weiblichen Selbständigen in % 3) ...	11,5	4,3	12,2	7,4	2,9	15,0
1.—5. zusammen						
männlich	9 505	4 118	26 116	4 075	1 012	16 227
weiblich	2 154	142	7 988	314	175	6 573
insgesamt	11 659	4 260	34 104	4 389	1 187	22 800
Angehörige	11 362	5 475	28 095	5 290	1 212	19 866
insgesamt						
von dies. entf. auf 100 Selbständige 2)	101	131	84	122	111	91
Anteil der weiblichen Selbständigen in % 3) ...	18,5	3,3	23,4	7,2	14,7	28,8
6. mit 50—99 im Betrieb Tätigen						
männlich	250	129	206	78	16	64
weiblich	37	7	20	5	—	16
insgesamt	287	136	226	83	16	80
Angehörige	417	202	334	110	27	105
insgesamt						
von dies. entf. auf 100 Selbständige 2)	146	150	148	133	169	133
Anteil der weiblichen Selbständigen in % 3) ...	12,9	5,1	8,8	6,0	0	20,0
7. mit 100—499 im Betrieb Tätigen						
männlich	232	128	136	59	10	58
weiblich	18	4	11	—	—	3
insgesamt	250	132	147	59	10	61
Angehörige	436	209	235	102	25	61
insgesamt						
von dies. entf. auf 100 Selbständige 2)	176	158	161	176	250	100
Anteil der weiblichen Selbständigen in % 3) ...	7,2	3,0	7,5	0	0	4,9
8. mit 500 und mehr im Betrieb Tätigen						
männlich	43	5	19	10	—	4
weiblich	6	—	1	1	—	1
insgesamt	49	5	20	11	—	5
Angehörige	70	5	33	10	—	3
insgesamt						
von dies. entf. auf 100 Selbständige 2)	143	100	165	91	—	60
Anteil der weiblichen Selbständigen in % 3) ...	12,2	0	5,0	9,1	—	20,0
6.—8. zusammen						
männlich	525	262	361	147	26	126
weiblich	61	11	32	6	—	20
insgesamt	586	273	393	153	26	146
Angehörige	923	416	602	222	52	169
insgesamt						
von dies. entf. auf 100 Selbständige 2)	159	153	154	146	200	116
Anteil der weiblichen Selbständigen in % 3) ...	10,4	4,0	8,1	3,9	0	13,7

1) Ohne Hausgewerbetreibende und Zwischenmeister. — 2) Bezogen nur auf Selbständige, die überwiegend von Einkommen aus Erwerbstätigkeit leben. — 3) Bezogen auf Selbständige insgesamt je Gruppe 1—8.

Wirtschaftszweige, wie z. B. Produktion und Großhandel, vereinigt, so sollte der vom Umsatz her gesehen wichtigste Wirtschaftszweig angegeben werden⁷⁾.

Rund 32 200 oder 48,3% der männlichen und rd. 8 600 oder 46,8% der weiblichen Selbständigen gehörten zum Wirtschaftsbereich Handel, Verkehr, Kredit- und Versicherungsgewerbe. Im Produzierenden Gewerbe waren demgegenüber nur 14 800 Männer (22,2%) und rd. 2 500 Frauen (13,6%) als Selbständige tätig. Rund 16 530 männliche und rd. 6 600 weibliche Selbständige arbeiteten im Bereich des Dienstleistungsgewerbes. Die Landwirtschaft spielte demgegenüber (mit 4,7% bei den Männern. und 3,5% bei den Frauen) nur eine untergeordnete Rolle.

Entsprechend der Aufgliederung der tätigen Selbständigen bildeten daher auch im wesentlichen (rd. 81%) der Handel (rd. 64 200), das Dienstleistungsgewerbe (rd. 43 400) und mit gewissem Abstand auch das Verarbeitende Gewerbe (rd. 25 300) im Jahre 1961 die Lebensgrundlage der Hamburger Wohnbevölkerung, soweit sie von Unternehmereinkommen abhängig war. Die durchschnittliche wirtschaftliche Belastung der tätigen Selbständigen durch Unterhaltsverpflichtungen für Angehörige war je nach Branche unterschiedlich (vgl. Tab. 3). Für den Lebensunterhalt von mehr als einem Angehörigen im Durchschnitt hatten die Unternehmer im Baugewerbe (1,3 Angehörige), in der Wirtschaftsabteilung Verkehr und Nachrichtenübermittlung (1,2 Angehörige) sowie im Kredit- und Versicherungsgewerbe (1,2 Angehörige) aufzukommen, während im Verarbeitenden Gewerbe durchschnittlich nur ein Angehöriger von einem Selbständigen miternährt wurde und die entsprechenden Zahlen in den übrigen Wirtschaftsabteilungen, vor allem auch im Handel, noch tiefer lagen.

Auch bei weiterer Untergliederung nach Betriebsart und -größe zeigt sich, daß die Zahl der wirtschaftlich abhängigen Angehörigen entscheidend von der Zugehörigkeit der Selbständigen zu dem einen oder anderen Wirtschaftszweig beeinflusst wurde. (In Tab. 4 sind die Zahlen der im Durchschnitt von 100 tätigen Selbständigen – gegliedert nach Betriebsart und -größe – miternährten Familienangehörigen für die wichtigsten Wirtschaftsabteilungen außerhalb der Landwirtschaft gegenübergestellt.) Als Ergebnis ist festzuhalten, daß die für die tätigen Selbständigen insgesamt in den einzelnen Wirtschaftsabteilungen weiter oben festgestellten Unterschiede in der Belastung durch Unterhaltsverpflichtungen in den einzelnen sozialen Untergruppen der Selbständigen in recht ähnlicher Weise wiederkehrten. Es ist daraus zu entnehmen, daß die Selbständigen in den Wirtschaftsabteilungen Baugewerbe, Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe in den meisten sozialen Untergruppen – und zwar insbesondere bei den reinen Familienbetrieben, bei alleinschaffenden Selbständigen und bei Selbständigen mit weniger als 50 im Betrieb beschäftigten familienfremden Arbeitskräften

– die verhältnismäßig höchsten Zahlen von Angehörigen mitzuernähren hatten. Betrachtet man demgegenüber die Geschlechterproportion der tätigen Selbständigen in den einzelnen Wirtschaftsabteilungen, dann liegt die Vermutung nahe, daß die hohen Angehörigenzahlen in den genannten Wirtschaftsabteilungen vor allem durch den großen Anteil an männlichen Selbständigen, die ja in erster Linie als Ernährer für wirtschaftlich abhängige Familienangehörige in Frage kommen, bedingt waren.

Tabelle 5

Die Selbständigen und die Mithelfenden Familienangehörigen am 6. Juni 1961 in Hamburg in ausgewählten Wirtschaftsabteilungen

Wirtschaftsabteilungen	Selbständige	Mithelfende Familienangehörige	Auf 100 Selbständige entfielen... Mithelfende Familienangehörige
0 Land-, Forstwirtschaft, Tierhaltung, Fischerei	3 786	4 484	118
2 Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	12 619	3 441	27
4 Handel	34 989	11 471	33
darunter Einzelhandel	19 590	8 567	44
Sonstige Wirtschaftsabteilungen	33 716	7 412	22

Die Unterhaltsverpflichtungen von Selbständigen im Handel waren in allen sozialen Untergruppen geringer als die der Selbständigen in den anderen Wirtschaftsabteilungen. Das ist ohne weiteres verständlich, wenn man bedenkt, daß rd. 19 600, d. s. 56% aller in der Wirtschaftsabteilung Handel ausgewiesenen Selbständigen, im Einzelhandel tätig waren, darunter etwa ein Drittel Frauen. Bei der angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt wurden außerdem gerade in diesen Handelsbetrieben verstärkt Familienangehörige (rd. 8 570 Mithelfende Familienangehörige waren im Einzelhandel tätig) zur Mithilfe im Betrieb herangezogen. Sie traten somit in den meisten Fällen nicht mehr als wirtschaftlich abhängige Angehörige, was die Aufgliederung nach dem Unterhaltskonzept betrifft, in Erscheinung⁸⁾. Auch in den übrigen Handelsbetrieben war die Zahl der Mithelfenden Familienangehörigen mit rd. 2 900 beachtlich hoch. Tabelle 5 gibt einen ungefähren Eindruck von dem Ausmaß der Entlastung der Selbständigen von Unterhaltsverpflichtungen durch Beschäftigung von Mithelfenden Familienangehörigen im Betrieb. Die vergleichsweise größte Entlastung erfuhren 1961 die Selbständigen in der Landwirtschaft, die relativ am meisten Mithelfende Familienangehörige beschäftigten; erst mit weitem Abstand folgte der Handel. Erstaunlicherweise lag die Zahl der durchschnittlich von einem Selbständigen wirtschaftlich abhängigen Familienangehörigen dennoch in der Landwirtschaft (91) höher als im Handel (86). Der in der Landwirtschaft (82,8%) verglichen mit dem Handel etwas höhere Anteil (76,8%) der männlichen Selbständigen mag z. T. mit der Grund für die höheren Angehörigenzahlen in der Landwirtschaft sein. Inwieweit allerdings noch andere Faktoren, wie z. B. Unterschiede in der Familiengröße u. ä. eine Rolle spielten, kann nur anhand des Materials einer Haushaltsstatistik entschieden werden.

⁷⁾ Die Angaben der Erwerbepersonen – auch die der Arbeitnehmer – konnten anhand der bei der Arbeitsstättenzählung 6. 6. 1961 – bei der sehr ausführliche Angaben über die Tätigkeit der Betriebe gefordert waren – gemachten Angaben überprüft werden.

⁸⁾ Siehe Fußnote 6, Seite 3.

Tabelle 6

**Die Hamburger Erwerbspersonen am 6. Juni 1961 nach Wirtschaftsabteilungen, Geschlecht
(darunter die verheirateten Frauen) und Stellung im Beruf**

Wirtschaftsabteilungen		Erwerbs- personen insgesamt	darunter waren					Lehrlinge
			Selb- ständige 1)	Mit- helfende Familien- angehörige	Beamte	Angestellte	Arbeiter 2)	
		1	2	3	4	5	6	7
Erwerbspersonen	insges.	901 461	85 110	26 808	49 002	307 887	364 497	54 756
	männlich	561 486	66 660	3 419	42 054	152 286	251 440	33 705
	weiblich	339 975	18 450	23 389	6 948	155 601	113 057	21 051
	dar. verh.	140 795	8 536	21 538	1 911	51 581	56 939	84
darunter								
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	insges.	13 041	3 786	4 484	6	524	3 967	273
	männlich	7 963	3 135	997	6	353	3 285	186
	weiblich	5 078	651	3 487	—	171	682	87
	dar. verh.	3 540	275	2 927	—	57	280	1
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	insges.	10 852	4	—	3	4 760	5 812	272
	männlich	9 424	4	—	3	3 827	5 362	227
	weiblich	1 428	—	—	—	933	450	45
	dar. verh.	473	—	—	—	285	188	—
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	insges.	275 272	12 619	3 441	18	73 292	165 738	20 122
	männlich	187 050	10 291	304	18	43 231	116 681	16 499
	weiblich	88 222	2 328	3 137	—	30 061	49 057	3 623
	dar. verh.	39 928	875	2 945	—	10 879	25 207	18
Baugewerbe	insges.	59 003	4 611	799	—	6 589	42 430	4 573
	männlich	55 112	4 452	77	—	4 472	41 690	4 420
	weiblich	3 891	159	722	—	2 117	740	153
	dar. verh.	2 092	46	685	—	867	493	1
Handel	insges.	168 719	34 989	11 471	—	79 616	28 561	14 069
	männlich	81 795	26 862	1 257	—	30 657	17 281	5 733
	weiblich	86 924	8 127	10 214	—	48 959	11 280	8 336
	dar. verh.	38 682	4 011	9 581	—	18 654	6 410	23
Verkehr und Nachrichten- übermittlung	insges.	109 087	4 612	684	18 207	31 610	49 740	4 173
	männlich	88 395	4 286	159	15 983	20 518	44 025	3 368
	weiblich	20 692	326	525	2 224	11 092	5 715	805
	dar. verh.	7 891	144	494	522	3 195	3 535	1
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	insges.	31 354	1 242	128	195	25 188	2 269	2 329
	männlich	16 374	1 064	11	190	13 308	525	1 276
	weiblich	14 980	178	117	5	11 880	1 744	1 053
	dar. verh.	5 042	112	111	1	3 586	1 229	3
Dienstleistungen, soweit nicht an anderer Stelle genannt	insges.	148 287	23 186	5 785	8 734	55 074	47 536	7 947
	männlich	60 171	16 526	612	5 121	20 121	16 278	1 500
	weiblich	88 116	6 660	5 173	3 613	34 953	31 258	6 447
	dar. verh.	34 704	3 062	4 782	1 171	10 141	15 509	36
Organisationen ohne Erwerbscharakter und Private Haushalte	insges.	17 265	—	—	536	7 674	8 861	193
	männlich	2 949	—	—	518	2 064	344	22
	weiblich	14 316	—	—	18	5 610	8 517	171
	dar. verh.	3 039	—	—	1	1 122	1 916	—
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	insges.	51 615	—	—	21 303	22 840	6 870	587
	männlich	37 875	—	—	20 215	13 466	3 815	366
	weiblich	13 740	—	—	1 088	9 374	3 055	221
	dar. verh.	4 822	—	—	216	2 681	1 923	1

1) Einschl. Hausgewerbetreibende und Zwischenmeister. — 2) Einschl. Heimarbeiter.

Tabelle 4 gibt auch auf die weiter oben gestellte Frage nach dem Zusammenhang zwischen Betriebsart bzw. -größe und der Belastung der Selbständigen durch Unterhaltsverpflichtungen für Angehörige innerhalb ein- und derselben Wirtschaftsabteilung Auskunft. In allen Wirtschaftsabteilungen zeigte sich ein ziemlich einheitliches Bild, das die weiter oben für die Selbständigen insgesamt gemachten Ausführungen bestätigte. Die Zahl der miternährten Angehörigen war bei den Selbständigen, die familienfremde Arbeitskräfte beschäftigten, in allen Wirtschaftsabteilungen am größten, und zwar in der Regel um so höher, je größer die Zahl der im Betrieb Tätigen war. Lediglich die Selbständigen mit 500 und mehr Beschäftigten machten hiervon eine Ausnahme, denn sie hatten im Durchschnitt sogar geringere Unterhaltsverpflichtungen als

die Selbständigen mit 50 bis 99 im Betrieb Tätigen. Die Alleinschaffenden ernährten allgemein weniger wirtschaftlich abhängige Familienangehörige mit als die Selbständigen mit familienfremden Arbeitskräften. Die Belastung der Alleinschaffenden durch wirtschaftlich abhängige Familienangehörige war jedoch, abgesehen vom Verarbeitenden Gewerbe, Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung, auch geringer als die der Selbständigen, die nur Mithelfende Familienangehörige beschäftigten. In der Gruppe der Selbständigen, die nur mit Mithelfenden Familienangehörigen arbeiteten, nahmen die Unterhaltsverpflichtungen mit zunehmender Zahl der im Betrieb tätigen Familienangehörigen — die in der Regel dann ja den Lebensunterhalt selbst verdienten — ab. Bei der Beurteilung der Unterschiede in der wirtschaftlichen Belastung durch Unterhaltsverpflichtungen zwischen den verschiedenen sozialen Untergrup-

pen der Selbständigen ist, wie schon bei der Erklärung der Unterschiede zwischen den einzelnen Wirtschaftsabteilungen, die Geschlechterproportion der tätigen Selbständigen zu berücksichtigen. Auch hier zeigte sich, daß die Zahl der miternährten Familienangehörigen um so größer war, je kleiner der Anteil der weiblichen Selbständigen war. Eine Ausnahme von dieser Regel machten die größeren Betriebe (z. B. 50 bis 99 im Betrieb Tätige) im Verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe und im Dienstleistungsgewerbe; hier wird trotz eines im Vergleich mit kleineren Betrieben relativ höheren Anteils der weiblichen Erwerbspersonen an allen Selbständigen im Durchschnitt eine größere Zahl von wirtschaftlich abhängigen Familienangehörigen miternährt. Diese Abweichungen deuten auf Unterschiede in Haushalts- und Familienstruktur und den Lebensgewohnheiten zwischen den Selbständigen mit verschiedenen großen Betrieben hin.

Über die Mithelfenden Familienangehörigen ist im Zusammenhang mit der eingehenden Untersuchung der Selbständigen bereits das Wichtigste gesagt worden. Es bleibt noch zu ergänzen, daß von den insgesamt rd. 26 800 im Erwerbsleben stehenden Mithelfenden Familienangehörigen (darunter rd. 23 400 weiblichen Geschlechts) nur rd. 23 350 Personen vom Einkommen aus ihrer Tätigkeit als Mithelfende Familienangehörige lebten. Nur ganz vereinzelt trugen Mithelfende Familienangehörige zum Unterhalt von wirtschaftlich abhängigen Angehörigen bei (nur rd. 1 470 Angehörige, darunter 630 männlichen Geschlechts, waren von Mithelfenden Familienangehörigen wirtschaftlich abhängig), in nennenswertem Umfang jedoch nur in der Gruppe derjenigen Mithelfenden Familienangehörigen, die nicht im Haushalt des Betriebsinhabers lebten. 18,4 % der tätigen Mithelfenden Familienangehörigen konnten sich nicht selbst ernähren und erhielten, sofern sie kein eigenes Einkommen aus anderen Quellen, z. B. Rente oder Vermögen, hatten, die Mittel für ihren Lebensunterhalt im wesentlichen von den Selbständigen. Es handelte sich bei dieser Gruppe allerdings nur um solche Mithelfenden Familienangehörigen, die weniger als 24 Stunden wöchentlich im Familienbetrieb mithalfen⁹⁾.

⁹⁾ Siehe Fußnote 6, Seite 3.

Tabelle 7

Die Hamburger Beamten, Angestellten und Arbeiter am 6. Juni 1961 nach Geschlecht und die von ihnen wirtschaftlich abhängigen Angehörigen

Soziale Stellung	Erwerbspersonen			Wirtschaftlich abhängige Angehörige	
	männlich	weiblich	insgesamt	insgesamt	auf 100 Erwerbspersonen ¹⁾ entfielen
	1	2	3	4	5
Beamte	42 054	6 948	49 002	64 248	131
Angestellte	152 286	155 601	307 887	193 943	65
Arbeiter ²⁾	251 440	113 057	364 497	268 579	77

¹⁾ Bezogen nur auf Erwerbspersonen, die überwiegend von Einkommen aus Erwerbstätigkeit leben. — ²⁾ Einschl. Heimarbeiter.

Die Untergliederung der tätigen Mithelfenden Familienangehörigen nach Branchen zeigt, wie die der Selbständigen (vgl. Tab. 6), eine starke Konzentration in den Wirtschaftsabteilungen Handel (42,8 %), Dienstleistungen (21,6 %) — wobei vor allem an das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe zu denken ist — und Landwirtschaft (16,7 %), während das Verarbeitende Gewerbe (12,8 %) zurücktrat (vgl. Tab. 6). Das gleiche galt auch hinsichtlich der Verteilung der von diesen Tätigen miternährten wirtschaftlich abhängigen Angehörigen auf die einzelnen Wirtschaftsabteilungen.

Die abhängig Beschäftigten

Rund 1 235 800 oder 67,4 % der Hamburger Wohnbevölkerung (nämlich rd. 603 470 [48,8 %] der männlichen und rd. 632 360 [51,2 %] der weiblichen Einwohner Hamburgs) lebten am 6. 6. 1961 überwiegend von dem Einkommen der in abhängiger Stellung Beschäftigten. Von den rd. 776 100 in den Wirtschaftsprozess eingegliederten abhängigen Erwerbspersonen waren rd. 479 500 Männer und rd. 296 600 Frauen. Mit 79,5 % bei den Männern und 46,9 % bei den Frauen lagen die Erwerbstätigenquoten bei den abhängig Beschäftigten höher als bei den männlichen (74,6 %) und weiblichen (25,7 %) Selbständigen. Im einzelnen gehörten zu den abhängig Beschäftigten die folgenden 4 Gruppen:

- a) Beamte
 - und zwar alle im Dienst des Bundes, der Länder, der Gemeinden oder einer Körperschaft des öffentlichen Rechts stehenden Beamten und Beamtenanwärter, Richter sowie Geistliche der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Römisch-katholischen Kirche —
- b) Angestellte
 - alle technischen, kaufmännischen und Verwaltungsangestellten in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst —
- c) Arbeiter
 - Facharbeiter, angelernte und ungelernete Arbeiter aller Art —
- d) Lehrlinge
 - kaufmännische, technische, gewerbliche und Verwaltungs-Lehrlinge, Anlernlinge sowie Volontäre und Praktikanten bzw. alle noch in der praktischen Berufsausbildung stehenden Personen.

Die Zusammensetzung der rd. 603 500 von Erwerbseinkommen abhängigen männlichen Personen der Wohnbevölkerung nach der sozialen Stellung des Ernährers entsprach — abgesehen von den Lehrlingen — annähernd der der männlichen Erwerbspersonen. Demgegenüber bestanden zwischen der sozialen Gliederung der von Erwerbseinkommen lebenden weiblichen Wohnbevölkerung (rd. 632 000) und der der weiblichen Erwerbspersonen, wie die folgenden Zahlen zeigen, beträchtliche Unterschiede.

Soziale Gruppen der Ernährer	Anteile der in der Vorspalte genannten Sozialen Gruppen an der bzw. den			
	männlichen		weiblichen	
	von Erwerbseinkommen abhängigen Wohnbevölkerung	Erwerbspersonen	von Erwerbseinkommen abhängigen Wohnbevölkerung	Erwerbspersonen
	1	2	3	4
Erwerbspersonen insgesamt	100	100	100	100
darunter				
Selbständige	12,6	12,1	9,9	5,4
Mithelfende Familienangehörige	0,5	0,6	2,7	6,9
Beamte	8,5	7,6	7,2	2,0
Angestellte	29,2	27,6	39,2	45,8
Arbeiter	46,3	45,6	39,5	33,3
Lehrlinge	1,0	6,1	0,8	6,2

So waren vor allem die Anteile der von Einkommen aus Selbständigen-, Beamten- und Arbeitertätigkeit abhängigen Frauen in der Wohnbevölkerung höher als unter den weiblichen Erwerbspersonen. Somit verwischte sich in der weiblichen Wohnbevölkerung die für die weiblichen Erwerbspersonen charakteristische Struktur. Während z. B. 45,8 % der weiblichen Erwerbspersonen im Angestellten- und 32,9 % im Arbeiterverhältnis standen, waren unter den Frauen der von Erwerbseinkommen abhängigen Wohnbevölkerung beide Gruppen mit je rd. 39 % gleich stark vertreten. Darüber hinaus waren in der weiblichen wie allerdings auch in der männlichen Wohnbevölkerung die Anteile der Lehrlinge und der Mithelfenden Familienangehörigen reduziert. Das ist vor allem daraus zu erklären, daß rd. 18,4 % der Mithelfenden Familienangehörigen und rd. 75,8 % der Lehrlinge den überwiegenden Lebensunterhalt nicht aus dem eigenen Erwerbseinkommen bestreiten konnten, geschweige denn in größerem Ausmaß wirtschaftlich abhängige Angehörige zu ernähren vermochten.

Die Beamten

Von dem Einkommen der rd. 49 000 aktiven Beamten lebten rd. 113 200 Personen der Hamburger Wohnbevölkerung, darunter rd. 52 840 weiblichen Geschlechts. Die Funktion der öffentlichen Hand als Arbeitgeber ist auf wenige Tätigkeitsgebiete (Wirtschaftsabteilungen) konzentriert. Die von Beamten-einkommen abhängige Wohnbevölkerung verteilte sich daher in der Hauptsache auf 3 Wirtschaftsabteilungen. So gehörten rd. 50 900 (44,9 %) zur Wirtschaftsabteilung „Gebietskörperschaften und Sozialversicherung“, rd. 42 000 (37,1 %) zur Wirtschaftsabteilung „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ (Bahn, Post u. ä.) sowie rd. 18 000 (15,9 %) zur Wirtschaftsabteilung „Dienstleistungen“ (insbesondere Wissenschaft, Bildung, Gesundheitswesen u. ä.). Von den übrigen Wirtschaftsabteilungen ist nur noch die Wirtschaftsabteilung „Organisationen ohne Erwerbscharakter“ (wozu vor allem die Kirchen gehören) mit rd. 1 620 Personen (1,4 %) von Bedeutung.

Untergliedert man die von Einkommen aus Beamten-tätigkeit lebende Wohnbevölkerung nach ihrer Zugehörigkeit zu den einzelnen Laufbahngruppen des

öffentlichen Dienstes, dann ergibt sich, daß der Ernährer von rd. 65 650 Personen (58 %) der Hamburger Wohnbevölkerung dem einfachen und mittleren Dienst und von rd. 31 600 Einwohnern (27,9 %) dem gehobenen Dienst angehörte; nur rd. 14 700 (13,0 %) lebten vom Einkommen der Beamten des höheren Dienstes.

Unter allen sozialen Gruppen hatten die Beamten mit im Durchschnitt rd. 131 wirtschaftlich abhängigen Familienangehörigen je 100 tätige Beamte die höchste Belastung durch Unterhaltsverpflichtungen; dagegen mußten 100 Arbeiter im Durchschnitt für nur 77 und 100 Angestellte für 65 abhängige Familienangehörige aufkommen. Die Unterhaltsverpflichtungen der Beamten waren im Durchschnitt noch höher als die der Selbständigen (95). Die für die Beamten aller Laufbahngruppen insgesamt festgestellte Zahl der von ihnen wirtschaftlich abhängigen Familienangehörigen wurde lediglich bei den Selbständigen in einzelnen Wirtschaftsabteilungen außerhalb der Landwirtschaft mit Betrieben von 10 und mehr Beschäftigten überschritten, deren Anteil an der Gesamtzahl aller Selbständigen in Hamburg allerdings nur etwa 10 % betrug (vgl. Tab. 4 und 8). Diese Unterschiede sind allerdings zu einem wesentlichen Teil auf die abweichende Zusammensetzung der Erwerbspersonen der einzelnen sozialen Gruppen nach dem Geschlecht zurückzuführen (vgl. Tab. 7). So ist auch der Anteil der männlichen Erwerbspersonen, die wohl überwiegend als Ernährer in Frage kommen, bei den Beamten am höchsten.

Auch innerhalb der Gruppe der Beamten war die wirtschaftliche Belastung je nach Laufbahngruppe unterschiedlich hoch (vgl. Tab. 8). So hatten 100 Beamte des höheren Dienstes im Durchschnitt für 151, 100 Beamte des einfachen und mittleren Dienstes für 129 und 100 Beamte des gehobenen Dienstes für 127 Familienangehörige aufzukommen. Auch für diese Unterschiede dürfte die abweichende Sexualproportion der tätigen Beamten in den einzelnen Laufbahngruppen ausschlaggebend sein. So lag der Anteil der Beamtinnen im gehobenen Dienst (es handelt sich hierbei im wesentlichen um Volks-, Mittel- und Sonderschullehrerinnen) mit 23,1 % über dem vergleichbaren Anteil im einfachen und mittleren Dienst (9,3 %); die Zahl der im Durchschnitt von einem Beamten miternährten wirtschaftlich abhängigen Familienangehörigen war daher im gehobenen Dienst auch etwas geringer als im mittleren und einfachen Dienst. Die weitere Untergliederung der Beamten der verschiedenen Laufbahngruppen nach ihrer Zugehörigkeit zu den Wirtschaftsabteilungen zeigt in Ergänzung dazu, daß die Zahl der wirtschaftlich abhängigen Familienangehörigen in den Wirtschaftsabteilungen mit geringem Frauenanteil sich mit steigendem Dienstgrad recht erheblich erhöht, so vor allem in den Wirtschaftsabteilungen Verkehr und Nachrichtenübermittlung und Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. Diese Ergebnisse sind besonders beachtenswert, weil die Zahl der wirtschaftlich abhängigen Familienangehörigen mit dem höheren Dienstgrad steigt, obwohl z. B. der Anteil der Beam-

Tabelle 8

Die Hamburger Beamten am 6. Juni 1961 nach Laufbahngruppen, Geschlecht und Wirtschaftsabteilungen sowie die von ihnen wirtschaftlich abhängigen Angehörigen

Die Beamten nach Laufbahngruppen und deren wirtschaftlich abhängige Angehörige	Insgesamt	davon nach Wirtschaftsabteilung								
		Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	Energie-wirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Kreditinstitute und Versicherungs-gewerbe	Dienstleistungen, soweit nicht an anderer Stelle genannt	Organisationen ohne Erwerbscharakter	Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	
		1	2	3	4	5	6	7	8	9
Beamte des einfachen und mittleren Dienstes										
davon männlich	25 997	—	2	11	13 416	60	196	69	12 243	
weiblich	2 662	—	—	—	2 104	5	158	4	391	
insges.	28 659	—	2	11	15 520	65	354	73	12 634	
Anteil der weibl. Erwerbspersonen ¹⁾	9,3	—	—	—	13,6	7,7	44,6	5,5	8,6	
Angehörige insges.	37 019	—	5	41	19 373	111	438	120	16 929	
von diesen entfielen auf										
100 Erwerbspersonen	129	—	250	373	125	171	124	164	134	
Beamte des gehobenen Dienstes										
davon männlich	10 720	5	—	4	2 233	100	2 585	89	5 704	
weiblich	3 211	—	—	—	92	—	2 555	5	559	
insges.	13 931	5	—	4	2 325	100	5 140	94	6 263	
Anteil der weibl. Erwerbspersonen ¹⁾	23,1	—	—	—	4,0	—	49,7	5,3	8,9	
Angehörige insges.	17 691	10	—	15	3 845	202	4 611	157	8 853	
von diesen entfielen auf										
100 Erwerbspersonen	127	200	—	375	165	202	90	167	141	
Beamte des höheren Dienstes										
davon männlich	4 861	1	—	3	183	26	2 328	355	1 965	
weiblich	1 033	—	—	—	3	—	895	9	126	
insges.	5 894	1	—	3	186	26	3 223	364	2 091	
Anteil der weibl. Erwerbspersonen ¹⁾	17,5	—	—	—	1,6	—	27,8	2,5	6,0	
Angehörige insges.	8 841	2	—	20	387	47	4 230	797	3 358	
von diesen entfielen auf										
100 Erwerbspersonen	151	200	—	1 000	208	181	132	220	162	
Beamte nicht erkennbarer Laufbahngruppe										
davon männlich	476	—	1	—	151	4	12	5	303	
weiblich	42	—	—	—	25	—	5	—	12	
insges.	518	—	1	—	176	4	17	5	315	
Anteil der weibl. Erwerbspersonen ¹⁾	8,1	—	—	—	14,2	—	29,4	—	3,8	
Angehörige insges.	697	—	—	—	209	3	19	12	454	
von diesen entfielen auf										
100 Erwerbspersonen	135	—	—	—	119	75	112	240	144	
Beamte aller Laufbahngruppen										
davon männlich	42 054	6	3	18	15 983	190	5 121	518	20 215	
weiblich	6 948	—	—	—	2 224	5	3 613	18	1 088	
insges.	49 002	6	3	18	18 207	195	8 734	536	21 303	
Anteil der weibl. Erwerbspersonen ¹⁾	14,2	—	—	—	12,2	2,6	41,4	3,4	5,1	
Angehörige insges.	64 248	12	5	76	23 814	363	9 298	1 086	29 594	
von diesen entfielen auf										
100 Erwerbspersonen	131	200	167	447	131	186	107	203	139	

1) Bezogen auf Beamte insgesamt je Laufbahngruppe.

tinnen im höheren Dienst (17,5 %) beträchtlich höher als z. B. im einfachen Dienst (9,3 %) lag und somit eigentlich eine Verringerung der im Durchschnitt von Beamten des höheren Dienstes wirtschaftlich abhängigen Familienangehörigen zu erwarten gewesen wäre.

Die Angestellten

Die Gruppe der Angestellten war, wie weiter oben schon erwähnt wurde, recht heterogen zusammengesetzt. Bei der Aufbereitung der Volkszählung wurde jedoch von einer weiteren Differenzierung abgesehen, da die in der Haushaltsliste erfragten Angaben keine

eindeutigen Unterscheidungskriterien boten. So können auch die im folgenden dargestellten Ergebnisse nur Durchschnittsangaben sein.

Von Einkommen aus Angestelltentätigkeit waren im Jahre 1961 rd. 493 200 Personen der Hamburger Wohnbevölkerung abhängig, darunter rd. 194 000 wirtschaftlich abhängige Angehörige. Rund 129 300 (26,2 %) fanden in der Wirtschaftsabteilung Verarbeitendes Gewerbe ihre Lebensgrundlage; an zweiter Stelle stand der Handel mit rd. 110 500 (22,4 %). Es folgten das Dienstleistungsgewerbe (16 %), Verkehr und Nachrichtenübermittlung (11,2 %), Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe (8,3 %). Die Aufgliederung der rd. 194 000 von Angestellteneinkommen lebenden wirtschaftlich abhängigen An-

gehörigen nach der Zugehörigkeit zu den einzelnen Branchen zeigt eine gewisse Ähnlichkeit mit der Verteilung der tätigen männlichen Angestellten nach ihrer Zugehörigkeit zu den Wirtschaftsabteilungen.

Tabelle 9

Die Hamburger Angestellten am 6. Juni 1961 nach Wirtschaftsabteilungen und Geschlecht und die von ihnen wirtschaftlich abhängigen Angehörigen

Wirtschaftsabteilungen	Angestellte			Wirtschaftlich abhängige Angehörige	
	insgesamt	darunter weiblich		insgesamt	auf 100 Angestellte entfielen 1)
		überhaupt	%		
	1	2	3	4	5
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	524	171	32,6	522	104
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	4 760	933	19,6	5 466	115
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	73 289	30 058	41,0	57 094	79
Baugewerbe	6 589	2 117	32,1	6 627	103
Handel	79 617	48 960	61,5	34 123	45
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	31 610	11 092	35,1	24 259	78
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	25 188	11 880	47,2	16 178	65
Dienstleistungen, soweit nicht an anderer Stelle genannt	55 076	34 955	63,5	26 125	50
Organisationen ohne Erwerbscharakter, Private Haushalte	7 674	5 610	73,1	3 330	45
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	22 840	9 374	41,0	19 985	89
Ohne Angabe der Wirtschaftsabteilung	720	451	62,6	234	35
Zusammen	307 887	155 601	50,5	193 943	65

1) Bezogen nur auf Angestellte, die überwiegend von Einkommen aus Erwerbstätigkeit leben.

28,4 % aller männlichen Angestellten waren 1961 im Verarbeitenden Gewerbe und 20,1 % im Handel tätig. Hinsichtlich der anteilmäßigen Bedeutung folgten die Wirtschaftsabteilungen Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Dienstleistungen sowie Gebietskörperschaften und Sozialversicherung (vgl. Tab. 9). Ergänzt sei noch, daß als Erwerbsquelle der tätigen weiblichen Angestellten insbesondere der Handel (31,5 %) und das Dienstleistungsgewerbe (Schul- und Gesundheitswesen, Gaststätten- und Beherbergungsbetriebe; 22,5 %) eine Rolle spielten.

Tabelle 10

Das Durchschnittsalter der männlichen und weiblichen Hamburger Erwerbspersonen¹⁾ am 6. Juni 1961 in den sozialen Gruppen

Soziale Gruppen	Durchschnittsalter der Erwerbspersonen ¹⁾		
	männlich	weiblich	darunter verheiratete Frauen
Selbständige ²⁾	51,60	50,34	46,10
Mithelfende Familienangehörige	40,18	45,91	46,58
Beamte	44,05	41,04	38,20
Angestellte	42,55	34,60	36,48
Arbeiter (einschl. Heimarbeiter)	38,41	39,02	39,86
Erwerbspersonen ¹⁾ zusammen	40,75	36,84	40,00

1) Ohne Lehrlinge. — 2) Einschl. Hausgewerbetreibende und Zwischenmeister.

Im Vergleich mit den anderen sozialen Gruppen hatten die Angestellten die verhältnismäßig geringste Zahl von wirtschaftlich abhängigen Familienangehörigen mitzuernähren (auf 100 tätige Angestellte entfielen 65 Angehörige). Zum großen Teil war das dadurch bedingt, daß die im Erwerbsleben stehenden Angestellten zu mehr als 50 % (rd. 155 600 von rd. 307 900) Frauen waren, die relativ seltener als Ernährer für wirtschaftlich abhängige Familienangehörige in Frage kommen als die männlichen Erwerbspersonen; in den übrigen sozialen Gruppen war der Anteil der weiblichen Erwerbspersonen wesentlich geringer. Darüber hinaus lag das Durchschnittsalter sowohl der männlichen wie auch der weiblichen Angestellten tiefer als das der Beamten und Selbständigen (vgl. Tab. 10). Es ist daher zu vermuten, daß verglichen mit den anderen sozialen Gruppen bei den Angestellten ein verhältnismäßig größerer Anteil der Haushalte noch nicht seine maximale Größe erreicht hatte und damit auch die Zahl der wirtschaftlich abhängigen Angehörigen relativ geringer war.

Auch zwischen den einzelnen Wirtschaftsabteilungen gab es hinsichtlich der wirtschaftlichen Belastung durch Angehörige große Unterschiede. So hatten 100 Angestellte in der Wirtschaftsabteilung „Energiewirtschaft und Wasserversorgung“ durchschnittlich für den Lebensunterhalt von 115 wirtschaftlich abhängigen Angehörigen aufzukommen; die entsprechende Zahl im Handel betrug dagegen nur 45, die übrigen Wirtschaftsabteilungen lagen dazwischen. Wie aus Tabelle 9 zu entnehmen ist, war die Zahl der durchschnittlich von den Angestellten mitzuerhaltenden Familienangehörigen in den einzelnen Branchen umso kleiner, je größer der Anteil der weiblichen Erwerbspersonen war. So betrug z. B. der Anteil der weiblichen Angestellten gemessen an der Gesamtzahl der im Handel beschäftigten Angestellten 61,5 %, in der Wirtschaftsabteilung „Energiewirtschaft und Wasserversorgung“ dagegen nur 19,6 %. Darüber hinaus waren im Handel auch unverhältnismäßig viele verheiratete weibliche Angestellte tätig; während nämlich im Durchschnitt knapp ein Drittel der weiblichen Angestellten verheiratet war, betrug der entsprechende Anteil im Handel 38 %.

Die Arbeiter

Die wirtschaftliche Grundlage der von Arbeitereinkommen aller Art lebenden Wohnbevölkerung (rd. 616 100, darunter 287 600 weiblichen Geschlechts) bildeten 1961 im wesentlichen das Verarbeitende Gewerbe mit rd. 280 100 (45,5 %) Personen, Verkehr und Nachrichtenübermittlung mit rd. 100 100 (16,2 %), wobei vor allem auch an die Schifffahrt zu denken ist, sowie das Baugewerbe mit rd. 86 800 (11,1 %) und das Dienstleistungsgewerbe (10,0 %). Wie bei der Gruppe der Angestellten so verteilten sich auch die von den Arbeitern wirtschaftlich abhängigen Familienangehörigen (rd. 268 600) ähnlich der Zugehörigkeit der tätigen männlichen Arbeiter zu den einzelnen Wirtschaftszweigen (vgl. Tab. 11).

Tabelle 11

**Die Hamburger Arbeiter (einschl. Handlanger und Heim-
arbeiter) am 6. Juni 1961 nach Wirtschaftsabteilungen
und die von ihnen wirtschaftlich abhängigen Angehörigen**

Wirtschaftsabteilungen	Arbeiter			Wirtschaftlich abhängige Angehörige	
	ins- gesamt	darunter weiblich		ins- gesamt	auf 100 Ar- beiter ent- fielen ¹⁾
		über- haupt	%		
	1	2	3	4	5
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	3 967	682	17,2	2 350	61
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	5 812	450	7,7	7 313	127
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	165 738	49 057	29,6	117 749	73
Baugewerbe	42 430	740	1,7	44 850	107
Handel	28 561	11 280	39,5	17 501	68
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	49 740	5 715	11,5	51 712	107
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	2 269	1 744	76,9	639	44
Dienstleistungen, soweit nicht an anderer Stelle genannt	47 536	31 258	65,8	19 654	47
Organisationen ohne Erwerbscharakter und Private Haushalte	8 861	8 517	96,1	612	8
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	6 870	3 055	44,5	5 636	98
Ohne Angabe der Wirtschaftsabteilung	2 713	559	20,6	563	22
Zusammen	364 497	113 057	31,0	268 579	77

1) Bezogen nur auf Arbeiter, die überwiegend von Einkommen aus Erwerbstätigkeit leben.

Rund 46,4 % der männlichen Arbeiter waren im Verarbeitenden Gewerbe beschäftigt. An zweiter Stelle folgte die Wirtschaftsabteilung Verkehr und Nachrichtenübermittlung (17,5 %) und an dritter Stelle mit nur geringem Abstand das Baugewerbe (16,6 %). Bei den Frauen stand zwar auch das Verarbeitende Gewerbe mit 43,4 % an der Spitze, doch spielten bei den Arbeiterinnen das Dienstleistungsgewerbe (27,7 %) und der Handel (10,0 %) eine verhältnismäßig größere Rolle als bei den männlichen Arbeitern (vgl. Tab. 11).

Hinsichtlich der Unterschiede in der wirtschaftlichen Belastung der tätigen Arbeiter der einzelnen Wirtschaftsabteilungen durch abhängige Familienangehörige ist dasselbe wie bei den Angestellten festzustellen. Auch hier bestand eine negative Korrelation zwischen dem Anteil der weiblichen Beschäftigten in einer Wirtschaftsabteilung und der Zahl der von Arbeitereinkommen dieser betreffenden Branche miternährten Familienangehörigen (vgl. Tab. 11). So war z. B. die durchschnittliche wirtschaftliche Belastung von 100 tätigen Arbeitern am höchsten in der Wirtschaftsabteilung „Energiewirtschaft und Wasserversorgung“ (127); es folgten das Baugewerbe (107) sowie Verkehr und Nachrichtenübermittlung (107). Am tiefsten lagen die entsprechenden Werte — abgesehen von den Wirtschaftsabteilungen, die, wenn überhaupt, dann im wesentlichen nur Arbeiterinnen als Raumpflegerinnen und Hausangestellte beschäftigten — im Dienstleistungsgewerbe (47), wobei vor allem an das Gesundheitswesen, Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe sowie die Wirtschaftsabteilung Reinigung und Körperpflege zu denken ist.

Zwischen den einzelnen Untergruppen der von Arbeitereinkommen abhängigen Wohnbevölkerung (rd. 616 100) bestanden hinsichtlich der Unterhaltspflichten für Angehörige interessante Unterschiede. Die Gruppe der Handlanger (d. s. im Bau- und Verkehrsgewerbe sowie im Lager und Versand beschäftigte ungelernete Hilfskräfte) nahm mit rd. 35 260 Erwerbspersonen, die rd. 23 660 wirtschaftlich abhängige Angehörige ernährten, unter den Arbeitern insofern eine gewisse Sonderstellung ein, als die Zahl der von 100 Erwerbstätigen miternährten Familienangehörigen bei den Handlangern mit nur 68 unter der entsprechenden Zahl für die übrigen Arbeiter (ohne Heimarbeiter) (78) lag.

Bei einer Untergliederung nach den einzelnen Wirtschaftsabteilungen zeigt sich allerdings, daß dieses Ergebnis nur für die Wirtschaftsabteilungen „Energiewirtschaft und Wasserversorgung“, „Verarbeitendes Gewerbe“, „Baugewerbe“, „Handel“ sowie „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ zutrifft. In den übrigen Wirtschaftsabteilungen lag die Zahl der abhängigen Angehörigen bei den Handlangern sogar höher als bei den übrigen Arbeitern (vgl. Tab. 12). Die Ursache dafür ist wiederum zu einem wesentlichen Teil in der bei Handlangern und den übrigen Arbeitern branchenweise recht unterschiedlichen Geschlechterproportion der im Erwerbsleben Stehenden zu suchen. So waren z. B. in der Gruppe der Handlanger in den Wirtschaftsabteilungen „Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe“, „Dienstleistungsgewerbe“, „Organisationen ohne Erwerbscharakter und Private Haushalte“ sowie „Gebietskörperschaften und Sozialversicherung“ die männlichen Erwerbspersonen — die in der Mehrzahl der Fälle die Ernährer sein werden — verhältnismäßig sehr viel stärker vertreten als unter den übrigen Arbeitern. Somit waren auch die Unterhaltspflichten der Handlanger höher als die der übrigen Arbeiter. Im Verarbeitenden Gewerbe lagen dagegen die Verhältnisse genau entgegengesetzt. Beachtenswert — weil auf das Vorhandensein von Unterschieden in der Haushalts- und Familienstruktur hindeutend — sind die Wirtschaftsabteilungen „Energiewirtschaft und Wasserversorgung“, „Baugewerbe“, „Handel“ und „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“, in denen zwar ebenfalls die Zahl der potentiellen Ernährer (männliche Erwerbspersonen) bei den Handlangern relativ größer als bei den übrigen Arbeitern war, von den Handlangern aber dennoch verhältnismäßig weniger wirtschaftlich abhängige Familienangehörige als von den übrigen Arbeitern miternährt wurden.

Die Unterhaltspflichten von Angestellten und Arbeitern

Auch die unterschiedlich hohen Unterhaltspflichten bei Angestellten und Arbeitern lassen sich im wesentlichen durch die abweichende Zusammensetzung der Erwerbspersonen dieser beiden sozialen Gruppen nach dem Geschlecht erklären (vgl. Tab. 9 und 11). Die Zahl der von Angestellten wirtschaftlich abhängigen Familienangehörigen lag, verglichen mit der entsprechenden Zahl der Arbeiter, in all den Wirt-

Tabelle 12

Die Arbeiter und Handlanger in Hamburg am 6. Juni 1961 nach Wirtschaftsabteilungen und Geschlecht sowie die von ihnen wirtschaftlich abhängigen Angehörigen

Wirtschaftsabteilungen	Arbeiter und Handlanger								Wirtschaftlich abhängige Angehörige von			
	insgesamt		männlich				weiblich		Arbeitern		Handlangern	
	Arbeiter 1)	Handlanger	Arbeiter 1)		Handlanger		Arbeiter 1)	Handlanger	Insgesamt	auf 100 Erwerbspersonen 2)	insgesamt	auf 100 Erwerbspersonen 2)
			überhaupt	in % Sp. 1	überhaupt	in % Sp. 2						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung u. Fischerei	3 922	45	3 252	82,9	33	73,3	670	12	2 315	60	35	85
Energiewirtschaft u. Wasserversorgung, Bergbau	5 215	597	4 801	92,0	561	94,0	414	36	6 613	128	700	117
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe) ..	147 818	16 934	106 886	72,3	9 710	57,3	40 932	7 224	109 382	75	8 233	49
Baugewerbe	35 892	6 537	35 193	98,1	6 497	99,4	699	40	38 841	110	6 005	93
Handel	23 002	5 394	13 132	57,1	4 138	76,7	9 870	1 256	13 981	68	3 494	66
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	46 238	3 497	40 732	88,1	3 291	94,1	5 506	206	48 051	107	3 656	106
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe ...	2 250	13	516	22,9	9	69,2	1 734	4	631	43	8	62
Dienstleistungen, soweit nicht an anderer Stelle genannt	46 065	1 350	15 431	33,5	846	62,7	30 634	504	18 905	46	738	58
Organisationen ohne Erwerbscharakter und Private Haushalte	8 815	42	319	3,6	24	57,1	8 496	18	582	8	29	74
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	6 243	625	3 240	51,9	575	92,0	3 003	50	4 953	96	683	111
Ohne Angabe der Wirtschaftsabteilung ..	2 469	229	2 010	81,4	142	62,0	459	87	479	21	82	37
Zusammen	327 929	35 263	225 512	68,8	25 826	73,2	102 417	9 437	244 733	78	23 663	68

1) Ohne Heimarbeiter und ohne Handlanger. — 2) Nur bezogen auf Arbeiter bzw. Handlanger, die überwiegend von Erwerbstätigkeit leben.

schaftsabteilungen tiefer, in denen der Anteil der weiblichen Angestellten, bezogen auf alle Angestellten, größer war als der Anteil der Arbeiterinnen, gemessen an allen Arbeitern. Unter den wenigen Ausnahmen ist in Anbetracht der großen Beschäftigtenzahl das Verarbeitende Gewerbe besonders beachtenswert. Hier war die Zahl der von 100 Angestellten im Durchschnitt miternährten Familienangehörigen (79) höher als die entsprechende Zahl für die Gruppe der Arbeiter (73), obwohl unter den im Verarbeitenden Gewerbe tätigen Angestellten (41,0 %) ein höherer Anteil an weiblichen Arbeitskräften als unter den dort tätigen Arbeitern (29,0 %) festgestellt wurde. Es wäre denkbar, daß dieser Unterschied zu einem wesentlichen Teil durch eine abweichende Zusammensetzung der tätigen Angestellten und Arbeiter nach Alter und Familienstand bedingt war. Denn vergleicht man z. B. das Durchschnittsalter der männlichen Angestellten (42 Jahre) mit dem der Arbeiter (rd. 39 Jahre) in dieser Wirtschaftsabteilung, dann ist zu vermuten, daß im Vergleich mit den Angestelltenhaushalten ein verhältnismäßig größerer Teil der Arbeiterhaushalte die maximale Größe noch nicht erreicht hatte. Darüber hinaus konnte sich aber insbesondere in dieser Wirtschaftsabteilung die heterogene Zusammensetzung der Gruppe der Angestellten auswirken. So wäre denkbar, daß unter den Angestellten im Verarbeitenden Gewerbe die leitenden Angestellten — deren Ehefrauen häufig nicht mitarbeiten — besonders stark vertreten waren, während in den Arbeiterfamilien im Vergleich dazu ein verhältnismäßig größerer Teil der Ehefrauen einer Erwerbstätigkeit nachging.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß zahlenmäßig zwar Unterschiede in der Belastung durch wirtschaftlich abhängige Angehörige nach der Zugehörigkeit zur Gruppe der Angestellten bzw. der Arbeiter ausgewiesen werden konnten; inwieweit diese Unterschiede aber evtl. durch eine abweichende Zusammensetzung der einzelnen sozialen Gruppen nach Alter, Geschlecht und Familienstand bedingt waren, konnte anhand des vorliegenden Zahlenmaterials nicht eindeutig ausgemacht werden. Echte soziostrukturelle Unterschiede sind jedoch nicht ausgeschlossen, wengleich sie nicht in dem Umfang vorhanden waren, wie dies in den oben dargestellten Zahlen zum Ausdruck kommt. Zur Klärung dieser Frage müßten weitere Untersuchungen mit Hilfe einer stärker differenzierten Haushaltsstatistik durchgeführt werden, wobei insbesondere auch Merkmale wie Alter und Stellung der wirtschaftlich abhängigen Angehörigen zum Ernährer zu berücksichtigen wären.

Lehrlinge, Anlernlinge, Volontäre und Praktikanten

Das Erhebungsmaterial der Volkszählung 1961 ermöglicht eine Aufgliederung der Lehrlinge in die beiden folgenden Gruppen: 1. Technische, kaufmännische u. Verwaltungslehrlinge, Anlernlinge, Volontäre und Praktikanten und 2. gewerbliche Lehrlinge, Anlernlinge, Volontäre und Praktikanten. Etwas mehr als 50 % der rd. 54 800 Lehrlinge usw. gehörten 1961 zur Gruppe der

Tabelle 13

Die Hamburger gewerblichen, kaufmännischen, technischen und Verwaltungslehrlinge, Anlernlinge, Praktikanten und Volontäre am 6. Juni 1961 nach Geschlecht und Wirtschaftsabteilungen sowie Anteile der Lehrlinge usw. mit überwiegendem Lebensunterhalt aus eigenem Erwerbseinkommen

Wirtschaftsabteilungen	Lehrlinge, Anlernlinge, Praktikanten, Volontäre insgesamt			davon						Von 100 Lehrlingen, Anlernlingen, Praktikanten, Volontären lebten überwiegend vom eigenen Erwerbseinkommen			
				kaufmännische, technische, Verwaltungslehrlinge			gewerbliche Lehrlinge			kaufmännische, technische, Verwaltungslehrlinge		gewerbliche Lehrlinge	
	männl.	weibl.	zus.	männl.	weibl.	zus.	männl.	weibl.	zus.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
0 Land-, Forstwirtschaft, Tierhaltung, Fischerei	186	87	273	6	2	8	180	85	265	50,0	0,0	32,8	35,3
1 Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau	227	45	272	82	41	123	145	4	149	17,1	12,2	13,1	25,0
2 Verarbeitendes Gewerbe ..	16 499	3 623	20 122	2 056	2 219	4 275	14 443	1 404	15 847	23,7	22,8	19,9	23,6
3 Baugewerbe	4 420	153	4 573	162	120	282	4 258	33	4 291	28,4	14,2	22,8	18,2
4 Handel	5 733	8 336	14 069	4 347	7 875	12 222	1 386	461	1 847	20,9	22,0	22,3	23,2
5 Verkehr und Nachrichtenübermittlung	3 368	805	4 173	1 605	784	2 389	1 763	21	1 784	22,4	23,5	34,0	23,8
6 Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	1 276	1 053	2 329	1 264	1 040	2 304	12	13	25	19,1	20,8	25,0	15,4
7 Dienstleistungen, soweit nicht an anderer Stelle genannt	1 500	6 447	7 947	617	4 161	4 778	883	2 286	3 169	34,8	48,6	22,2	22,0
8 Organisationen ohne Erwerbscharakter und Private Haushalte	22	171	193	22	80	102	—	91	91	22,7	50,0	—	60,4
9 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	366	221	587	343	216	559	23	5	28	25,4	23,1	21,7	20,0
Ohne Angabe	108	110	218	60	72	132	48	38	86	23,3	25,0	14,6	26,3
Insgesamt	33 705	21 051	54 756	10 564	16 610	27 174	23 141	4 441	27 582	22,5	28,8	21,8	23,7

gewerblichen Lehrlinge usw. Die Geschlechterproportion war in beiden Gruppen recht unterschiedlich. Bei den rd. 27 580 gewerblichen Lehrlingen überwogen mit 83,9 % die männlichen, unter den rd. 27 170 kaufmännischen, technischen und Verwaltungslehrlingen usw. waren dagegen die weiblichen Lehrlinge mit einem Anteil von 61,1 % in der Überzahl.

Über die Zugehörigkeit der gewerblichen und der übrigen Lehrlinge usw. zu den einzelnen Wirtschaftsabteilungen gibt Tabelle 13 Aufschluß. Die rd. 16 610 weiblichen kaufmännischen, technischen und Verwaltungslehrlinge usw. wurden insbesondere im Handel, im Dienstleistungsgewerbe (hier hauptsächlich im Gesundheitswesen als Lernschwestern sowie in der Wirtschaftsabteilung Rechts- und Wirtschaftsberatung), im Produzierenden Gewerbe und im Kredit- und Versicherungswesen ausgebildet. Dasselbe galt im wesentlichen für die rd. 10 560 männlichen Lehrlinge dieser Gruppe mit der Abweichung, daß das Dienstleistungsgewerbe zugunsten der Wirtschaftsabteilung Verkehr und Nachrichtenübermittlung zurücktrat. Bei den insgesamt rd. 23 140 männlichen gewerblichen Lehrlingen usw. stand mit rd. 14 440 das Produzierende Gewerbe an der Spitze, dem erst in weitem Abstand das Baugewerbe folgte. Die weiblichen gewerblichen Lehrlinge lernten zu mehr als 50 % (rd. 2 290) im Dienstleistungsgewerbe, wobei insbesondere an die Reinigungs- und Körperpflegeberufe zu denken ist. Nur etwa rd. 1 400 der weiblichen gewerblichen Lehrlinge wurden in Betrieben des Produzierenden Gewerbes ausgebildet.

Wie weiter oben schon angedeutet, haben von den 54 760 Lehrlingen nur etwa 24,2 % ihren überwiegenden

Lebensunterhalt vom eigenen Einkommen bestritten. Diese rd. 13 260 Personen ernährten sogar noch rd. 50 wirtschaftlich abhängige Familienangehörige mit. Für die Beurteilung der Ergebnisse ist allerdings zu beachten, daß in den ausgewiesenen Zahlen auch Volontäre und Praktikanten mit enthalten sind, die z. T. eine etwas höhere Unterhaltsbeihilfe als die Lehrlinge bekommen.

Zwischen den männlichen und weiblichen kaufmännischen usw. und gewerblichen Lehrlingen usw. waren im Hinblick auf die Möglichkeit, den Lebensunterhalt (wenn evtl. auch nur überwiegend) selbst zu bestreiten, interessante Unterschiede feststellbar. So hatten bei den kaufmännischen wie auch bei den gewerblichen Lehrlingen usw. die Mädchen häufiger als die männlichen Lehrlinge angegeben, daß sie sich überwiegend vom Lehrlingsentgelt ernähren konnten. Darüber hinaus war sowohl bei den männlichen (21,8 %) als auch bei den weiblichen (23,7 %) gewerblichen Lehrlingen der Anteil der Selbstversorger geringer als unter den männlichen (22,5 %) und weiblichen (28,8 %) kaufmännischen, technischen und Verwaltungslehrlingen. Nähere Aufschlüsse über die Ursache dieser Relation gewinnt man, wenn man die einzelnen Wirtschaftsabteilungen bei der Untersuchung mit berücksichtigt. So ernährten sich z. B. kaufmännische und gewerbliche Lehrlinge in der Landwirtschaft überdurchschnittlich häufig selbst. Das dürfte in erster Linie dadurch bedingt sein, daß diese Lehrlinge im Haushalt des Lehrherrn lebten und dort freie Station hatten oder wenigstens gepflegt wurden. Entsprechendes galt für die weiblichen kaufmännischen und technischen Lehrlinge im Dienstleistungsgewerbe — hierzu gehören auch die Lernschwestern in den Krankenhäusern — und die weiblichen gewerblichen Lehrlinge und Praktikanten

in Wirtschaftsabteilung 8 — u. a. Private Haushaltungen — sowie die männlichen gewerblichen Lehrlinge im Verkehrs- und Nachrichtenübermittlungsgewerbe, wozu auch die Schifffahrt rechnet. Bei dem überdurchschnittlichen Anteil der Selbstversorger der männlichen kaufmännischen, technischen und Verwaltungslehrlinge usw. in Wirtschaftsabteilung 7 ist vor allem an die Volontäre im Verlags-, Literatur- und Pressewesen zu denken.

Zusammenfassung

Rund 1 438 270 (oder 78,5 %) Hamburger lebten am 6. 6. 1961 von Einkommen aus Erwerbstätigkeit und rd. 394 100 oder 21,5 % bezogen die Mittel für ihren Lebensunterhalt aus anderen Quellen, insbesondere Rente, Vermögen o. ä.

Untersuchen wir abschließend die Zugehörigkeit der von Erwerbseinkommen abhängigen Wohnbevölkerung (rd. 1 832 350) zu den einzelnen Wirtschaftsabteilungen (vgl. Tab. 14), dann ergibt sich, daß das Verarbeitende Gewerbe (24,1 %), der Handel (12,6 %), die Wirtschaftsabteilung Verkehr und Nachrichtenübermittlung (11,5 %), das Dienstleistungsgewerbe (11,4 %) sowie das Baugewerbe (6,0 %) 1961 etwa zwei Drittel der Hamburger Wohnbevölkerung ernährten. Die Wirtschaftsabteilung Gebietskörperschaften und Sozialversicherung, also im wesentlichen der öffentliche Dienst ohne Schul- und Gesundheitswesen, hatte mit 5,7 % nur einen relativ unbedeutenden Anteil.

Tabelle 14

Die von Einkommen aus Erwerbstätigkeit abhängige Wohnbevölkerung und die Erwerbspersonen am 6. Juni 1961 in Hamburg nach Wirtschaftsabteilungen der Ernährer

Wirtschaftsabteilungen	Wohnbevölkerung			darunter Erwerbspersonen
	männlich	weiblich	insgesamt	
	1	2	3	4
Von Erwerbseinkommen abhängige Wohnbevölkerung zusammen	709 489	728 781	1 438 270	901 461
darunter				
0 Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung, Fischerei	9 981	8 767	18 748	13 041
1 Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	12 750	10 594	23 344	10 852
2 Verarbeitendes Gewerbe	227 261	214 530	441 791	275 272
3 Baugewerbe	67 775	44 201	111 976	59 003
4 Handel	100 940	129 453	230 393	168 719
5 Verkehr und Nachrichtenübermittlung	115 591	93 852	209 443	109 087
6 Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	20 288	26 406	46 694	31 354
7 Dienstleistungen	81 575	126 978	208 553	148 287
8 Organisationen ohne Erwerbscharakter, Private Haushalte	4 474	16 097	20 571	17 265
9 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	53 398	51 614	105 012	51 615

Für die von Einkommen aus Arbeitertätigkeit aller Art abhängige Wohnbevölkerung (rd. 616 110) waren insbesondere die Wirtschaftsabteilungen Verarbeitendes Gewerbe (rd. 45 %), Verkehr und Nachrichtenübermittlung (rd. 16 %) und das Baugewerbe (rd. 14 %) von Bedeutung. Die von Angestellteneinkommen abhängige Wohnbevölkerung (rd. 493 230) fand ihre Lebensgrundlage in der Hauptsache im Verarbeitenden Gewerbe (rd. 26 %), im Handel (rd. 22 %) und im Dienstleistungsgewerbe (rd. 16 %) und für die von Selbständigen-Einkommen abhängige Wohnbevölkerung (rd. 161 120) spielte vor allem der Handel (rd. 40 %), das Dienstleistungsgewerbe (rd. 27 %) und das Verarbeitende Gewerbe (rd. 16 %) eine Rolle und last not least bei den Beamten und ihren wirtschaftlich abhängigen Angehörigen (rd. 113 175) die Wirtschaftsabteilungen Gebietskörperschaften und Sozialversicherung (rd. 45 %), Verkehr und Nachrichtenübermittlung (rd. 37 %) und das Dienstleistungsgewerbe — Wissenschaft, Bildung und Gesundheitswesen — (rd. 16 %). Die Zahl der Mithelfenden Familienangehörigen und Lehrlinge war als Ernährer der Hamburger Wohnbevölkerung ohne Bedeutung.

Die einzelnen sozialen Gruppen wichen in ihrer anteilmäßigen Zusammensetzung nach Ernährern und wirtschaftlich abhängigen Familienangehörigen teilweise beträchtlich voneinander ab, was aber zu einem großen Teil durch die unterschiedliche Zusammensetzung der Erwerbspersonen der betreffenden sozialen Gruppen nach dem Geschlecht erklärt werden konnte. Die abweichende Geschlechterproportion der Erwerbspersonen war im wesentlichen auch die Ursache für die Unterschiede in der Höhe der Unterhaltsverpflichtungen, die zwischen den Wirtschaftsabteilungen bei den einzelnen sozialen Gruppen festgestellt werden konnten. Außerdem spielten bei den Selbständigen als weitere Ursache für die unterschiedliche Belastung durch wirtschaftlich abhängige Angehörige die branchenweise recht unterschiedlichen Möglichkeiten für die Beschäftigung von Mithelfenden Familienangehörigen als Mitarbeiter im Familienbetrieb eine Rolle.

Darüber hinaus läßt das Untersuchungsmaterial an einigen Stellen aber sozio-strukturell bedingte Unterschiede in der Belastung durch Unterhaltsverpflichtungen für Angehörige und damit der Existenzbedingungen und Lebensumstände der einzelnen sozialen Gruppen vermuten. So z. B. zwischen den Selbständigen mit Betrieben verschiedener Größe, den Beamten der verschiedenen Laufbahngruppen, den einzelnen Untergruppen der Arbeiter usw. Eine endgültige Bestätigung dieser Annahme kann allerdings erst eine tiefergehende Untersuchung erbringen, die auch Alter und Geschlecht des Ernährers sowie das Verwandtschaftsverhältnis der wirtschaftlich abhängigen Familienangehörigen zum Ernährer berücksichtigt. Dies ist jedoch nur anhand einer Haushaltsstatistik möglich. Entsprechendes Zahlenmaterial liegt gegenwärtig nicht vor.

Barbara Winkler

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			November	November	Oktober
	1938	1950	1963	1963	1964	1964
Meteorologische Beobachtungen in Hamburg						
1. Mittelwerte 1)						
Luftdruck, mm	761,7	758,8 ²⁾	761,7 ²⁾	753,6 ²⁾	762,7 ²⁾	762,1 ²⁾
Lufttemperatur, °C	9,3	7,9	10,0	8,2	6,0	8,4
Relative Luftfeuchtigkeit, %	82	82	77	85	87	84
Windstärke 3)			3	4	3	3
Bewölkung 4)	6,7	7,2	7	8	8	7
2. Summenwerte 5)						
Niederschlagsmenge, mm	562,0	857,6	795	118	50	52
Sonnenscheindauer, Std.	1 622,9	1 743,2	1 399	38	38	104
Tage ohne Sonnenschein	88	76	82	12	18	10
Tage mit Niederschlägen	160	221	194	26	25	20
Bevölkerung						
1. Bevölkerungsstand (in 1000) 6)						
Bezirk Hamburg-Mitte	435,8	242,2	290,2	290,3 r	289 p	289 p
Altona	220,3	272,7	268,6	268,6 r	266 p	266 p
Eimsbüttel	244,5	252,0	258,9	260,4 r	263 p	263 p
Hamburg-Nord	424,1	358,9	416,5	413,8 r	409 p	409 p
Wandsbek	166,7	221,9	341,5	346,1 r	355 p	355 p
Bergedorf	52,6	82,4	78,2	78,2 r	80 p	80 p
Harburg	135,7	172,4	197,3	197,3 r	198 p	197 p
Hamburg insgesamt (am Monatsende)	1 679,7	1 602,5	1 851,2	1 855,1 r	1 860 p	1 859 p
dav. männlich	788,8	750,3	856,4	858,5 r	863 p	862 p
weiblich	890,9	852,2	994,8	996,6 r	997 p	997 p
dar. Ausländer 7)	16,6	19,9	50,9	54,0	58,3	58,5
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung						
Eheschließungen	1 447	1 414	1 525	1 384 r	1 220 p	1 409 r
Eheschließungen auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	10,3	10,7	9,9	9,1 r	8,0 p	8,9
Ehescheidungen	266	434	323	361 r	350 p	393
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	2 346	1 448	2 295	2 079 r	2 120 p	2 200
dar. unehelich	209	154	158	135 r	145 p	154 r
Lebendgeborene auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	16,8	10,9	14,9	13,6 r	13,9 p	13,9
Unehelich Geborene % der Geborenen	9,1	10,8	6,9	6,5 r	6,8 p	7,1 r
Totgeborene % der Geborenen	2,1	1,9	1,1	1,3 r	0,6 p	1,3
Gestorbene Ortsansässige	1 702	1 389	2 068	1 992 r	1 800 p	1 887 p
dar. unter 1 Jahr alt	118	64	50	48 r	30 p	43
70 und mehr Jahre alt	657	631	1 198	1 174 r	1 000 p	1 093 r
Gestorbene Ortsansässige auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	12,2	10,5	13,4	13,1 r	11,8 p	12,0 r
Gestorbene Säuglinge auf 1000 Lebendgeborene 8)	50,6	43,5	22,1	22,9 r	14,2 p	18,6 r
Geburtenüberschuß (+) bzw. Sterbeüberschuß (-)	+ 644	+ 59	+ 227	+ 87 r	+ 320 p	+ 313 r
3. Wanderungen						
Zugezogene Personen von außerhalb Hamburgs	8 126	7 661	6 217	6 576 r	6 500 p	7 600 p
Fortgezogene Personen n. auß. Hamburgs	7 788	2 174	5 849	5 897 r	6 000 p	6 200 p
Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	+ 338	+ 5 487	+ 368	+ 679 r	+ 500 p	+ 1 400 p
dav. männlich	.	+ 2 533	+ 221	+ 433 r	+ 300 p	+ 800 p
weiblich	.	+ 2 954	+ 147	+ 246 r	+ 200 p	+ 600 p
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs	31 889	19 751	14 276	14 139	16 160 p	16 397
Nach Gebieten						
a) Herkunft						
Schleswig-Holstein	.	2 668	1 555	1 648 r	1 800 p	2 100 p
dar. angrenzende Kreise 9)	.	1 311	805	854 r	1 000 p	1 000 p
Niedersachsen	.	1 854	1 185	1 312 r	1 300 p	1 500 p
dar. angrenzende Kreise 10)	.	567	279	309 r	200 p	300 p
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	.	1 214 ¹¹⁾	2 043	2 143 r	1 800 p	2 100 p
Sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung	.	1 072	163	130 r	100 p	100 p
Ausland	.	485	1 136	1 187 r	1 400 p	1 700 p
Unbekannt	.	368	134	156 r	100 p	100 p
b) Ziel						
Schleswig-Holstein	.	718	1 821	1 894 r	1 900 p	2 100 p
dar. angrenzende Kreise 9)	.	457	1 168	1 253 r	1 000 p	1 200 p
Niedersachsen	.	449	1 146	1 079 r	1 200 p	1 200 p
dar. angrenzende Kreise 10)	.	131	420	393 r	300 p	300 p
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	.	764 ¹¹⁾	2 149	2 253 r	2 100 p	1 900 p
Sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung	.	89	16	14 r		
Ausland	.	142	680	631 r	700 p	900 p
Unbekannt	.	12	38	26 r		

1) Errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — 2) Reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — 3) 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — 4) Bewölkungsgrade: 0 bis 10 (0 = wolkenlos, 10 = volle Bewölkung). — 5) 1938, 1950 und 1963 handelt es sich um Jahreswerte. — 6) Für 1938 und 1950 nach dem Stand der Volkszählungen vom 17. 5. 1939 und 13. 9. 1950, Ab 1962 Fortschreibungsergebnisse auf der Basis der Volkszählung 1961. — 7) Ab 1950 nach den Angaben der Polizei Hamburg. — 8) Berechnet unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung. — 9) Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — 10) Landkreise Harburg und Stade. — 11) Einschl. Sowjetsektor von Berlin.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			November 1963	November 1964	Oktober 1964
	1938	1950	1963			
Gesundheitswesen						
1. Krankenanstalten in Hamburg						
a) Öffentliche Krankenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende 1)	9 464	12 742	11 768	11 740	11 763	11 763
Krankenverpflegungstage	221 711	321 088	279 558	286 182	282 126	286 426
Bettenausnutzung in % 2)	77,1	86,8	84,6	88,3	84,5	83,2
b) Gemeinnützige Krankenanstalten 3)						
Bettenbestand am Monatsende 1)	4 339	4 690	4 497	4 491	4 577	4 577
Krankenverpflegungstage	98 261	126 293	118 723	122 492	125 123	125 456
Bettenausnutzung in % 2)	74,5	88,6	87,0	91,1	91,3	90,4
c) Privatkrankenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende 1)	.	409	643	646	684	679
Krankenverpflegungstage	.	8 983	16 106	17 738	18 407	19 033
Bettenausnutzung in % 2)	.	60,1	82,5	91,5	87,7	87,4
2. Hamburgische Krankenanstalten außerhalb Hamburgs						
a) Öffentliche Krankenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende 1)	189	2 260	885	885	885	885
Krankenverpflegungstage	4 705	61 801	21 548	21 597	21 510	21 912
Bettenausnutzung in % 2)	81,8	91,5	81,0	81,3	81,4	79,9
b) Tbc-Heilstätten						
Bettenbestand am Monatsende 1)	833	1 645	1 187	1 180	1 110	1 110
Krankenverpflegungstage	23 649	48 679	29 127	27 659	26 452	27 627
Bettenausnutzung in % 2)	93,5	97,4	85,6	82,8	84,3	85,2
3. Anstalten für Geistes Kranke						
a) Öffentliche Krankenanstalten in Hamburg						
Bettenbestand am Monatsende	2 898	1 388	1 729	1 743	1 743	1 743
Krankenverpflegungstage	86 354	29 261	49 613	50 048	47 795	49 132
Bettenausnutzung in % 2)	98,0	75,1	97,2	98,5	92,7	92,3
b) Gemeinnützige Krankenanstalten in Hamburg						
Bettenbestand am Monatsende	1 613	1 218	1 302	1 302	1 288	1 288
Krankenverpflegungstage	48 883	36 598	38 760	38 251	38 596	39 357
Bettenausnutzung in % 2)	99,7	98,8	97,9	97,9	99,9	98,6
c) Krankenanstalten außerhalb Hamburgs						
Bettenbestand am Monatsende	—	1 420	1 310	1 296	1 476	1 476
Krankenverpflegungstage	—	35 400	38 854	37 877	39 371	40 246
Bettenausnutzung in % 2)	—	68,4	97,5	97,4	88,9	95,8
4. Gestorbene nach wichtigen Todesursachen						
Gestorbene insgesamt	1 702	1 389	2 068	1 992 r	1 800 p	1 887 r
dar. Tuberkulose der Atmungsorgane	82	48	26	19	.	22
Krebs	240	285	413	415	.	389
Gehirnblutungen	136	172	235	235	.	203
Herzkrankheiten	232	269	467	490	.	449
Lungenentzündung	103	47	62	30	.	31
Freitod	62	50	40	43	.	56
Verkehrsunfälle	22	20	36	52	.	45
Andere Verunglückungen	48	41	60	51	.	53
Kulturpflege						
1. Lichtspieltheater						
Theater	104	104	120	112	101	101
Plätze	66 691	47 891	65 330	60 819	54 081	54 081
Besucher	1 931 580	1 854 754	1 248 511	1 423 732	920 501	1 229 363
2. Rundfunk und Fernsehen						
Tonrundfunkteilnehmer 4)	361 531	407 741	647 617	653 963	663 751	663 017
Fernsehrundfunkteilnehmer	—	—	364 236	382 903	430 587	425 424
Öffentliche Sozialleistungen						
Soziale Krankenversicherung 5)						
Mitglieder		694 658	690 729	691 528	683 672	683 045
dav. Pflichtmitglieder	452 518	486 742	451 321	449 969	437 850	438 044
Rentner		171 139	171 796	172 085	173 822	173 792
Freiwillige Mitglieder	64 028	36 777	67 612	69 474	72 000	71 209
Krankenstand der Pflichtmitglieder insgesamt	15 541	15 825	29 250	28 478	28 837	26 389
dav. männlich	9 091	10 123	19 394	18 715	19 288	17 318
weiblich	6 450	5 702	9 856	9 763	9 549	9 071
Soziale Rentenversicherung						
Rentenempfänger		153 175	306 929	311 928		312 647
dav. Rentenversicherung der Arbeiter	94 346 ⁶⁾	106 248	200 903	203 870	208 626	207 791
Rentenversicherung der Angestellten	.	46 927	106 026	108 058	.	104 856
Ausgezahlte Renten in DM		28 880 000	67 441 859	68 819 610		74 503 145
dav. Rentenversicherung der Arbeiter	.	18 350 000	38 043 627	38 669 424	42 539 037	42 406 337
Rentenversicherung der Angestellten	.	10 530 000	29 398 232	30 150 186	.	32 096 808

1) Ohne Säuglingsbetten. — 2) Ohne gesperrte Betten. — 3) 1938 einschl. Privatkrankenanstalten. — 4) 1938 und 1950 Postamtsbezirk Hamburg. — 5) Nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse. — 6) Stand 1. 1. 1940.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			November 1963	November 1964	Oktober 1964
	1938	1950	1963			
Arbeitsmarkt						
1. Angebot und Nachfrage						
* Arbeitslose	29 908	90 831	5 090	5 040	4 239	4 085
* dav. männlich	23 937	56 428	3 314	2 993	2 712	2 577
weiblich	5 971	34 403	1 776	2 047	1 527	1 508
Offene Stellen	31 522	1 789	19 884	15 924	21 489	23 398
dav. männlich	21 009	744	10 164	8 414	11 833	13 451
weiblich	10 513	1 045	9 720	7 510	9 656	9 947
Stellenvermittlung in Beschäftigung über 7 Tage 1)	16 088	21 006	6 831	7 247	6 369	6 512
dav. männlich	11 107	13 007	4 677	4 946	4 350	4 400
weiblich	4 981	7 999	2 154	2 301	2 019	2 112
Stellenvermittlung in Beschäftigung bis zu 7 Tagen	9 175	24 625	15 338	8 760	8 689	6 602
dav. männlich	7 544	23 585	14 687	8 308	8 202	5 993
weiblich	1 631	1 040	651	452	487	609
Arbeitsuchende am Monatsende 2)	35 944	94 886	9 654	9 129	9 430	9 124
dav. männlich	28 215	59 355	6 375	5 572	6 189	5 834
weiblich	7 729	35 531	3 279	3 557	3 241	3 290
2. Die Arbeitslosen						
Berufsgruppen insgesamt	29 908	90 831	5 090	5 040	4 239	4 085
dar. Bauberufe	.	6 710 ³⁾	209	47	75	36
Metallerzeuger und -verarbeiter	.	6 766 ³⁾	98	72	51	51
Elektriker	.	1 627 ³⁾	38	20	34	30
Chemiewerker	.	1 879 ³⁾	64	51	59	58
Holzverarbeiter und zugehörige Berufe	.	1 596 ³⁾	27	22	25	26
Graphische Berufe	.	690 ³⁾	41	50	45	41
Lederhersteller, Leder- und Fellverarb.	.	1 180 ³⁾	22	19	7	8
Nahrungs- und Genußmittelhersteller	.	6 623 ³⁾	140	137	111	98
Kaufmännische Berufe	.	8 598 ³⁾	528	540	441	437
Verkehrsberufe	.	8 787 ³⁾	410	386	412	396
Verwaltungs- und Büroberufe	.	5 807 ³⁾	1 214	1 460	1 153	1 167
Künstlerische Berufe	.	2 260 ³⁾	242	297	202	201
Bauwirtschaft und Wohnungswesen						
1. Baugenehmigungen						
Wohnbauten						
* Wohngebäude	.	469	319	665	447	352
* Umbauter Raum in 1000 cbm	.	642	461	894	737	392
* Wohnungen	.	2 540	1 438	2 710	2 351	1 145
Bruttowohnfläche in 1000 qm	.	128	96	188	158	81
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	22 029	49 181	95 609	85 764	47 801
Nichtwohnbauten						
* Nichtwohngebäude	.	185	125	161	157	98
* Umbauter Raum in 1000 cbm	.	233	278	414	501	173
Nutzfläche in 1000 qm	.	.	57	78	91	41
* Wohnungen	.	20	19	15	57	15
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	6 403	25 192	36 242	38 815	19 094
2. Baubeginne						
Wohnbauten						
Wohngebäude	.	516	278	347	481	168
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	.	407	637	937	380
Wohnungen	.	2 206	1 282	2 264	2 863	1 197
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	.	42 129	66 514	102 384	40 761
Nichtwohnbauten						
Nichtwohngebäude	.	237	118	173	166	106
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	.	265	328	475	244
Wohnungen	.	.	18	16	34	34
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	.	24 093	24 434	41 338	21 316
3. Baufertigstellungen						
Wohnbauten						
Wohngebäude	188	395	330	451	292	355
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	482	428	625	365	692
Wohnungen	.	2 096	1 416	2 062	1 165	2 408
Bruttowohnfläche in 1000 qm	.	107	90	134	80	140
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	19 250	43 936	63 574	41 449	71 091
Nichtwohnbauten						
Nichtwohngebäude	26	137	124	180	162	116
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	144	327	288	490	289
Wohnungen	.	26	16	15	15	21
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	3 069	28 287	19 657	60 740	32 264

1) Durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. — 2) Arbeitslose einschl. derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — 3) Durchschnitt aus April—Dezember 1950.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			November 1963	November 1964	Oktober 1964
	1938	1950	1963			
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen						
Baufertigstellungen						
Wohnungen						
Wohnungen insgesamt ¹⁾	706	2 122	1 432	2 077	1 180	2 429
dar. mit öffentlichen Mitteln gefördert	.	1 526	1 003	1 600	720	1 913
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	.	6 575	5 266	7 744	4 311	8 670
4. Bauüberhang						
(am Ende des Berichtszeitraumes) ²⁾						
Im Bau befindliche Wohnungen	.	17 089	16 849	20 100	22 600	20 900
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	.	8 412	8 617	9 300	7 300	7 700
5. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen ³⁾ (in 1000)						
Bestand an Wohngebäuden	.	96	162	164	167	167
Bestand an Wohnungen	.	310	594	599	614	613
Bestand an Wohnräumen über 6 qm (einschl. Küchen)	.	1 197	2 161	2 180	2 239	2 235
6. Wohnraumbewirtschaftung						
Erstvergabe von bewirtschafteten Wohnungen						
a) für Wohnungssuchende mit hoher Dringlichkeit und für Sonderfälle	—	650	446	649	236	1 094
b) für Wohnungssuchende mit Anspruch aus §§ 77–80 II. WoBauG.	—	830	460	742	396	678
c) für die Umschichtung	—	—	94	206	88	141
Wiedervergaben, Wohnungen	—	452	737	675	1 026	978
Erstmalig bezogene unbewirtschaftete Wohnungen	—	678	359	405	411	481
7. Bauberichterstattung ⁴⁾						
* Zahl der Beschäftigten	.	34 741	49 995	51 313	50 169	50 709
dar. Inhaber	.	2 049	1 415	1 427	1 392	1 389
Angestellte	.	2 010	4 360	4 496	4 637	4 650
Arbeiter ⁵⁾	.	30 682	44 089	45 260	44 012	44 547
* Löhne in 1000 DM (Bruttosumme)	.	9 199	36 651	45 712	46 070	50 568
* Gehälter in 1000 DM (Bruttosumme)	.	868	4 615	5 293	6 051	5 238
* Umsatz in 1000 DM	.	24 653	105 149	130 891	137 598	138 332
dav. im Wohnungsbau	.	.	35 600	43 858	47 757	50 274
gewerb. und Industr. Bau	.	.	23 647	27 649	27 166	29 872
öffentlichen und Verkehrsbau	.	.	45 902	59 384	62 675	58 186
* Geleistete Arbeitsstunden in 1000	.	5 813	6 821	8 400	7 462	8 454
dav. für Wohnungsbauten	.	2 930	2 348	2 839	2 676	2 976
gewerb. und Industr. Bauten	.	1 517	1 579	1 937	1 605	1 844
öffentliche und Verkehrsbauten	.	1 317	2 894	3 624	3 181	3 634
Preise und Indexziffern						
1. Durchschnittspreise am Hamburger Viehmarkt für 50 kg Lebendgewicht (in RM/DM)						
Ochsen, vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes						
	43,80	75,80	119,30	120,10	131,70	127,80
Kühe, sonstige vollfleischige						
	37,60	62,70	90,50	93,60	103,80	106,40
Kälber, mittlere Mast- und Saugkälber						
	57,00	91,30	160,40	198,00	197,30	189,30
Schweine, von 100–119,5 kg Lebendgewicht						
	50,90	117,50	133,00	150,90	130,40	121,40
Schafe, mittlere Mastlämmer und Hammel						
	40,70	61,90	100,70	88,70	105,90	105,40
2. Durchschnittspreise für Fleisch ⁶⁾						
I. Qualität für 50 kg (in RM/DM)						
Rindfleisch von Ochsen und Färsen, beste Qualität						
	76,50	131,50	211,00	212,20	249,40	247,00
Kalbfleisch, beste Qualität						
	94,70	174,50	304,40	361,90	367,50	346,00
Hammelfleisch, beste Qualität						
	92,80	127,00	248,70	230,90	256,30	250,00
Schweinefleisch, aus hiesigen Schlachtungen						
	70,40	178,50	185,30	206,90	179,40	171,70
3. Preisindexziffern für die Lebenshaltung						
— Mittlere Verbrauchergruppe —						
Wägungsschema 1950						
Ernährung	63,0	100	142,4	142,0	148,2	145,8
Getränke und Tabakwaren	34,6	100	85,1	85,5	86,4	86,2
Wohnung	97,5	100	159,9	164,3	168,3	168,3
Heizung und Beleuchtung	66,0	100	153,4	155,5	156,7	156,7
Hausrat	53,9	100	125,1	126,6	129,3	129,1
Bekleidung	47,9	100	111,7	112,7	113,9	113,7
Reinigung und Körperpflege	58,7	100	128,6	129,5	133,3	132,8
Bildung und Unterhaltung	73,9	100	162,5	172,2	173,1	173,1
Verkehr	65,0	100	160,2	163,3	163,7	163,6
Ernährung einschl. Getränke und Tabakwaren	59,3	100	134,9	134,6	140,1	138,0
Lebenshaltung ohne Miete	59,0	100	135,0	136,1	140,1	138,8
Gesamtlebenshaltung	62,8	100	137,1	138,5	142,4	141,2
	(1938 = 100)		218,5	220,7	226,9	225,0

1) Einschl. Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind (im Berichtsmonat 49 Wohnungen). — 2) Für die Jahre 1950 und 1963 wurde an Stelle des Monatsdurchschnitts jeweils der Stand vom 31. 12. angegeben. — 3) Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1961 ermittelten Gebäude und Wohnungen (Begriffserläuterungen siehe März-Heft 1963, S. 58/59); für 1950 Stand am Zählungstichtag („Normalwohnungen“ ohne 26 689 Wohnungen in Behelfsheimen über 30 qm). — 4) Nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — 5) Einschließlich Umschüler und Lehrlinge. — 6) Beim Verkauf der Großschlächter an die Ladenschlächter.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			November 1963	November 1964	Oktober 1964
	1936 ¹⁾	1950	1963			
Industrie und Handwerk						
1. Industrie ²⁾						
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)		2 130	1 818	1 803	1 730	1 732
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) insgesamt	145 200	140 867	223 063	221 485	220 666	220 372
* dar. Arbeiter einschl. gewerbl. Lehrlinge		111 760	157 982	156 682	154 333	153 931
* Geleistete Arbeiterstunden in 1000 ³⁾		21 399	26 032	27 074	25 541	27 136
* Bruttosumme der Gehälter in 1000 DM		11 369	11 369	61 147	66 806	78 165
* Bruttosumme der Löhne in 1000 DM		28 356	103 080	111 622	120 014	115 494
* Umsatzwerte in 1000 RM/DM ⁴⁾	154 200	333 013	1 143 623	1 185 466	1 251 460	1 334 057
* dar. nach dem Ausland in 1000 DM		12 845	134 378	151 548	146 205	151 265
* Brennstoffverbrauch in Steinkohlenwert ⁵⁾ t		52 913	15 073	14 996	15 503	14 200
* Heizölverbrauch in t			54 387	57 216	63 542	62 003
* Stromerzeugung in 1000 kWh		5 925	14 200	16 065	17 026	16 662
* Stromverbrauch in 1000 kWh		34 341	101 473	107 490	113 278	114 185
* Gasverbrauch in 1000 cbm			6 476	6 557	7 079	6 597
Beschäftigte nach Industriegruppen insgesamt	145 200	140 867	223 063	221 485	220 666	220 372
dar. Mineralölverarbeitung	4 000	4 371	8 649	8 587	8 593	8 619
NE-Metallindustrie	1 900	2 509	2 859	2 853	2 838	2 820
Chemische Industrie	8 200 ⁶⁾	10 439	17 253	17 059	17 517	17 618
Kautschuk und Asbest	9 200	10 380	12 987	12 680	12 272	12 131
Maschinenbau	12 400	16 409	29 714	29 415	29 122	29 039
Schiffbau	26 500	12 559	23 463	23 146	22 354	22 295
Elektroindustrie	5 400	10 785	28 591	28 200	28 962	29 020
Druck und Vervielfältigung	7 800 ⁷⁾	6 721	12 889	12 717	12 843	12 892
Olmühlenindustrie		4 628	2 623	2 566	2 518	2 528
Margarineindustrie	5 400		3 058	3 087	3 351	3 382
Kaffee und Tee		721	3 536	3 889	4 117	3 759
Tabakverarbeitung	2 700	2 762	3 277	3 126	3 060	3 079
Umsatz nach Industriegruppen insgesamt in 1000 RM/DM	154 200	333 013	1 143 623	1 185 466	1 251 460	1 334 057
dar. Mineralölverarbeitung	12 800	32 925	189 754	179 572	211 874	224 660
NE-Metallindustrie	9 700	15 005	41 469	49 666	67 533	72 825
Chemische Industrie	12 900 ⁶⁾	25 296	84 930	83 838	94 008	100 807
Kautschuk und Asbest	4 600	13 990	38 696	42 827	43 011	47 493
Maschinenbau	9 400	16 234	74 258	78 320	77 334	76 852
Schiffbau	14 400	7 633	53 390	37 370	22 502	47 002
Elektroindustrie	4 400	10 463	125 161	151 403	148 698	154 080
Druck und Vervielfältigung	4 500 ⁷⁾	7 748	36 201	38 938	39 211	39 613
Olmühlenindustrie			40 833	40 516	52 246	55 485
Margarineindustrie	21 500	41 967	21 227	24 712	26 241	28 355
Kaffee und Tee		4 298	67 119	74 467	78 877	73 846
Tabakverarbeitung	12 000	55 911	104 642	102 986	101 868	111 946
2. Öffentliche Energieversorgung						
Wasserförderung in 1000 cbm	5 737 ⁸⁾	8 282	10 871	10 271	10 399	10 820
* Gaserzeugung in 1000 Ncbm auf Kohlen- und Raffineriebasis (brutto)	18 767 ⁹⁾	20 935	39 450	39 339	46 808	41 111
* Stromerzeugung in 1000 kWh (brutto)	40 210 ⁹⁾	125 855	416 609	437 399	467 292	451 042
Vierteljahresdurchschnitt ¹⁰⁾				3. Vierteljahr 1963	3. Vierteljahr 1964	2. Vierteljahr 1964
	1961	1962	1963			
3. Handwerk (Meßziffern) ¹¹⁾						
* Beschäftigte (Ende des Vj.) (Mai 1956 = 100)	102,2	98,7	100,2	101,2	99,2	100,7
* Umsatz (Vj.-Ø 1955 = 100)	191,4	197,5	205,4	210,5	221,8	217,6
* dar. Handwerksumsatz (Vj.-Ø 1955 = 100)	174,7	180,8	192,3	199,6	209,2	200,1
Versorgung mit Nahrungsmitteln						
1. Milcherzeugung						
* Kuhmilcherzeugung in 1000 kg	2 618	2 285	2 193	1 441	1 516	1 445
* Milchlieferung an Molkereien in 1000 kg	1 597	1 946	1 867	1 141	1 316	1 201
in % der Gesamterzeugung	61,0	85,2	85,1	79,2	86,8	83,1
* Milchleistung je Kuh und Tag in kg	8,6	8,3	11,4	7,6	8,5	7,8
2. Trinkmilchabsatz an Verbraucher durch Molkereien						
Vollmilch insgesamt in 1000 kg		10 709	10 997	9 784	9 570	10 381
dav. lose in 1000 kg			4 167	4 349	3 651	3 951
in Flaschen in 1000 kg			6 830	5 435	5 919	6 430
Mager- und Buttermilch in 1000 kg		1 186	561	272	221	249
3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandstiere)						
Rinder	6 580	4 980	11 599	12 625	9 401	14 896
Kälber	3 884	3 699	3 854	2 323	2 073	2 384
Schweine	24 847	19 784	45 207	42 017	53 793	45 834
Schafe	4 265	5 681	3 352	3 262	2 783	3 053
4. Schlachtungen (Inlandstiere)						
* Rinder (ohne Kälber) ¹²⁾	8 075	3 363	9 858	11 719	7 444	11 911
* Kälber ¹²⁾	5 568	4 065	3 681	2 133	1 807	2 290
* Schweine insgesamt	40 186	21 165	47 319	46 228	48 848	50 108
dar. Hausschlachtungen		1 455	425	984	1 172	144
* Gesamtschlachtgewicht in 1000 kg ¹³⁾	6 467	3 220	6 799	7 080	6 410	7 715
* dar. Rinder (ohne Kälber) in 1000 kg	1 989	836	2 337	2 764	1 810	2 972
* Schweine in 1000 kg	3 878	1 882	4 101	4 040	4 324	4 447
Durchschnittliches Schlachtgewicht						
für Rinder in kg	246,3	248,7	237,0	235,9	243,1	249,5
für Kälber in kg	57,2	43,2	59,7	57,1	74,3	72,8
für Schweine in kg	96,5	95,5	87,4	89,3	90,7	89,0

1) Zahlen für die Industrie nach dem heutigen Gebietsstand, teilweise geschätzt. - 2) Es sind hierbei die hamburgischen Industriebetriebe mit 10 und mehr Beschäftigten berücksichtigt (ohne Betriebe der Bauindustrie und Energiewirtschaft). - 3) Einschl. Lehrlingsstunden. - 4) Einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. - 5) 1 t SKE = 1 t Steinkohle, = 1 t Steinkohlenkoks, = 3 t Rohbraunkohle, = 1,5 t Braunkohlenbriketts, Braunkohlenkoks. - 6) 1936 = einschl. Kunststoffverarbeitende Industrie. - 7) 1936 = einschl. Papierverarbeitung. - 8) Rechnungsjahr 1935/36 einschl. Cuxhaven. - 9) Rechnungsjahr 1935/36. - 10) Bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. - 11) Nach den Ergebnissen der vierteljährlichen repräsentativen Handwerksberichterstattung. - 12) Gewerbliche Schlachtungen. - 13) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Inneren.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			November 1963	November 1964	Oktober 1964
	1938	1950	1963			
Noch: Versorgung mit Nahrungsmitteln						
5. Obst- und Gemüsemarkt (Großmarkt Hamburg)						
Obstzufuhr aus dem Inland in 1000 kg	1 749	3 815	3 735	5 334	.	.
Obstzufuhr aus dem Ausland in 1000 kg	4 337	2 571	14 446	13 832	.	.
Gemüsezufuhr aus dem Inland in 1000 kg	6 351	4 956	6 092	5 376	.	.
Gemüsezufuhr aus dem Ausland in 1000 kg	264	926	4 075	3 664	.	.
6. Fischmarkt						
Versteigerte Mengen insgesamt in 1000 kg	12 241	6 044	2 425	2 012	2 116	2 181
dar. in Hmb. angelandete Fische in 1000 kg	12 119	6 016	2 154	1 689	1 837	1 787
Handel und Gastgewerbe						
1. Index der Einzelhandelsumsätze (1954 = 100)						
Einzelhandel aller Betriebsformen	.	.	188	209	218	213
dav. Nahrungs- und Genußmittel	.	.	183	195	191	202
dar. Lebensmittel aller Art	.	.	179	193	185	198
Obst, Gemüse, Südfrüchte	.	.	168	146	150	162
Fische und Fischwaren	.	.	193	213	212	226
Milch und Milchzeugnisse	.	.	167	170	167	182
Schokolade und Süßwaren	.	.	135	142	137	133
Tabakwaren	.	.	171	184	182	188
Bekleidung, Wäsche, Schuhe	.	.	176	219	238	218
dar. Textilien aller Art	.	.	204	230	267	225
Wirk-, Strick- und Kurzwaren	.	.	186	200	205	181
Oberbekleidung	.	.	155	201	218	195
Schuhwaren	.	.	180	216	221	217
Hausrat und Wohnbedarf	.	.	198	240	269	244
dar. Eisenwaren und Küchengeräte	.	.	174	179	191	190
Porzellan und Glaswaren	.	.	188	229	288	193
Beleuchtungs- u. Elektrogeräte	.	.	245	319	318	297
Rundfunk-, Fernseh- und
Phonoartikel	.	.	313	399	458	413
Möbel	.	.	133	165	202	162
Teppiche, Gardinen usw.	.	.	131	154	168	147
Sonstige Waren	.	.	203	212	224	215
dar. Bücher	.	.	221	264	290	235
Papier- und Schreibwaren	.	.	173	202	219	192
Galanterie- und Lederwaren	.	.	175	194	177	131
Apotheken	.	.	179	188	195	194
Drogerien	.	.	207	200	204	211
Foto und Optik	.	.	190	182	192	246
Büromaschinen und Büromöbel	.	.	150	144	182	204
Fahrräder, Krafträder u. Zubehör	.	.	180	129	154	169
Kraftwagen und Zubehör	.	.	247	232	243	263
Uhren, Gold- und Silberwaren	.	.	185	233	256	195
Blumen und Sämereien	.	.	229	252	306	295
Brennmaterial	.	.	178	141	150	165
2. Umsatz-Index des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes (1962 = 100)						
Gastgewerbe insgesamt	.	.	93,9	93,6	96,3	101,5
Beherbergungsgewerbe zusammen	.	.	115,2	113,3	115,0	134,1
dav. Hotels	.	.	116,9	117,7	117,3	136,5
Gasthöfe	.	.	118,2	103,4	97,4	110,6
Fremdenheime und Pensionen	.	.	104,3	88,3	105,2	125,3
Schankgewerbe zusammen	.	.	87,8	88,2	91,1	92,6
dav. Gast- und Speisewirtschaften	.	.	83,7	85,7	87,2	88,6
Bahnhofswirtschaften	.	.	108,3	93,3	96,4	101,3
Cafés	.	.	112,3	94,6	95,3	100,2
Bars, Tanz- und Vergnügungsbetriebe	.	.	104,0	103,6	118,6	115,9
3. Fremdenverkehr 1) 2)						
* Zahl der gemeldeten Fremden	81 041	48 229	117 283	95 604	97 698	118 105
* dar. Ausländer	11 283	10 303	40 060	26 557	26 159	36 076
* Zahl der Übernachtungen	180 185	103 109	233 417	197 432	196 451	241 902
* dar. Ausländer	27 491	22 805	77 710	57 168	56 380	73 941
Bettenausnutzung % der höchstmöglichen Belegung nach dem Bettenstand vom 1. April des jeweiligen Jahres	46	55	54	49	48	57
4. Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost (in Mio DM) 3)						
Bezüge Hamburgs	.	5	6	6	7 p	8 p
* Lieferungen Hamburgs	.	3	7	8	9 p	12 p
5. Handel mit Berlin (West) (in Mio DM) 4)						
* Bezüge Hamburgs	.	9	95	102	105 p	112
Lieferungen Hamburgs	.	37	116	126	130 p	157

1) Ohne Heime, Jugendherbergen, Massenquartiere und Privatquartiere. — 2) 1938 einschl. der Hospize, Herbergen und ähnlicher Vereinshäuser.
3) Quelle: Statistisches Bundesamt.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			November 1963	November 1964	Oktober 1964
	1938	1950	1963			
Noch: Handel und Gastgewerbe						
6. Ausfuhr in Hamburg hergestellter Waren (in Mio DM)						
* Insgesamt	.	26	173	169	175 p	183
dav. nach Warengruppen
Ernährungswirtschaft	.	1	12	14	15 p	15
Gewerbliche Wirtschaft	.	25	161	155	160 p	168
dav. Rohstoffe	.	1	2	2	5 p	2
Halbwaren	.	12	34	33	30 p	45
Fertigwaren	.	12	125	120	125 p	121
dav. Vorerzeugnisse	.	2	9	10	15 p	10
Enderzeugnisse	.	10	116	110	110 p	111
dav. nach ausgewählten Verbrauchsgebieten
Europa	.	.	120	107	.	125
dar. EWG-Länder	.	.	47	36	.	47
EFTA-Länder	.	.	52	55	.	58
Afrika	.	.	11	8	.	16
Amerika	.	.	24	26	.	22
dav. Nordamerika	.	.	16	16	.	9
dar. USA	.	.	15	15	.	7
Mittelamerika	.	.	3	4	.	2
Südamerika	.	.	5	6	.	11
Asien	.	.	16	27	.	16
Australien und Ozeanien	.	.	2	1	.	4
7. Deutscher Außenhandelsverkehr über Hamburg						
	1938					
Wareneinfuhr (in 1000 t)	648	464	1 690	1 852	1 800 p	1 650 p
Warengruppen:						
dar. Ernährungswirtschaft	161	185	375	377	350 p	320 p
Gewerbliche Wirtschaft	487	278	1 315	1 475	1 450 p	1 330 p
dav. Rohstoffe und Halbwaren	480	272	1 258	1 414	1 380 p	1 250 p
Fertigwaren	7	6	57	61	70 p	80 p
Ländergruppen:						
dar. Europa	319	134	319	293	.	.
dav. EWG-Länder	29	32	76	54	.	.
EFTA-Länder	179	75	140	144	.	.
Sonstige Länder	111	27	103	95	.	.
Außereuropa	329	330	1 369	1 558	.	.
dav. Amerika	214	150	664	754	.	.
dav. Nordamerika	77	73	317	389	.	.
Mittelamerika	83	25	73	38	.	.
Südamerika	54	52	274	327	.	.
Afrika	48	60	210	289	.	.
Asien	64	118	475	499	.	.
Australien und Ozeanien	3	2	20	16	.	.
Warenausfuhr (in 1000 t)	168	216	354	379	350 p	320 p
Warengruppen:						
dar. Ernährungswirtschaft	12	4	62	65	70 p	60 p
Gewerbliche Wirtschaft	156	212	292	314	280 p	260 p
dav. Rohstoffe	84	16	17	13	25 p	20 p
Halbwaren	72	160	162	184	125 p	120 p
Fertigwaren		36	113	117	130 p	120 p
dav. Vorerzeugnisse		17	41	41	40 p	40 p
Enderzeugnisse		19	72	76	90 p	80 p
Ländergruppen:						
dar. Europa	80	153	173	192	.	.
dav. EWG-Länder	13	4	12	6	.	.
EFTA-Länder	44	125	131	162	.	.
Sonstige Länder	23	24	30	24	.	.
Außereuropa	88	58	148	160	.	.
dav. Amerika	45	38	62	57	.	.
dav. Nordamerika	18	17	29	32	.	.
dar. USA	13	12	25	25	.	.
Mittelamerika	7	5	10	9	.	.
Südamerika	20	16	23	16	.	.
Afrika	11	8	32	31	.	.
Asien	30	8	49	68	.	.
Australien und Ozeanien	2	4	5	4	.	.
Verkehr						
	1938					
1. Seeschifffahrt						
a) Schiffsverkehr zur See						
Angekommene Schiffe	1 512	955	1 527	1 622	1 680 p	1 700 p
dar. deutsche Schiffe	1 027	526	852	936	970 p	980 p
Abgegangene Schiffe	1 610	1 017	1 616	1 748	1 770 p	1 800 p
dar. deutsche Schiffe	1 118	591	933	1 048	1 040 p	1 060 p
Raumgehalt der angekommenen Schiffe						
in 1000 NRT	1 714	937	2 858	2 839	2 850 p	2 900 p
dar. deutsche Schiffe	873	128	734	708	770 p	810 p
Raumgehalt der abgegangenen Schiffe						
in 1000 NRT	1 712	936	2 863	2 788	2 900 p	3 000 p
dar. deutsche Schiffe	875	135	748	667	700 p	820 p

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			November 1963	November 1964	Oktober 1964
	1938	1950	1963			
Noch: Verkehr						
Seeschifffahrt						
b) Linienschifffahrt (Linien) 1)	184	176	257	257	264 p	264 p
dav. Europa	102	84	75	75	80 p	80 p
Außereuropa	82	92	182	182	184 p	184 p
Reisen (Abfahrten)	728	319	692	689	760 p	780 p
dar. nach Europäischem Ausland	383	159	279	283	305	310 p
Amerika	72	54	172	173	170	175 p
Afrika	37	18	98	92	100	105 p
Asien	33	23	89	81	90	90 p
Australien	7	4	15	15	15	15 p
c) Personenverkehr über See						
Ausreisende insgesamt	6 744	870	1 945	966	740	3 011 r
dar. nach Häfen in						
Nord-Europa (einschl. Ostseegebiet)			202	69	39	940 r
West-Europa (einschl. Großbritannien und Irland)			473	231	178	321 r
Nordamerika	2 882	446	747	129	63	1 150 r
Südamerika	1 286	231	279	422	320	415 r
Einreisende insgesamt	5 373	333	1 874	1 000	910	1 592 r
dar. von Häfen in						
Nord-Europa (einschl. Ostseegebiet)			176	77	41	102 r
West-Europa (einschl. Großbritannien und Irland)			460	293	536	482 r
Nordamerika	2 057	171	675	52	52	546 r
Südamerika	882	30	298	225	183	265 r
d) Güterverkehr zur See (in 1000 t brutto)	2 147	919	2 784	2 792	2 946 p	3 057 p
dav. Empfang	1 521	620	2 159	2 172	2 245 p	2 279 p
dav. Massengut	980	429	1 640	1 742	1 664 p	1 759 p
dar. Mineralöle	307	162	1 001	888	1 000 p	1 000 p
Kohle	262	113	249	274		
Getreide	133	70	154	263		
Sackgut			128	49	100 p	90 p
Stückgut	541	191	391	381	481 p	430 p
dav. nach Verkehrsbezirken:						
Inland	110	110	49	40		
Europäisches Ausland	520	159	460	411		
Außereuropa	891	351	1 650	1 721		
dar. Nahost und Persischer Golf		128	434	338		
Vereinigte Staaten von Amerika	171	78	374	445		
Versand	626	299	625	620	701 p	778 p
dav. Massengut	205	144	240	272	276 p	346 p
Sackgut			96	59	90 p	100 p
Stückgut	421	155	289	289	335 p	332 p
dav. nach Verkehrsbezirken:						
Inland	149	32	59	54		
Europäisches Ausland	302	170	303	320		
Außereuropa	175	97	263	246		
2. Binnenschifffahrt						
a) Schiffsverkehr auf Binnenwasserstraßen						
Angekommene Schiffe	2 674	1 716	1 922	2 525	2 326	2 691 r
Abgegangene Schiffe	2 560	1 677	1 852	2 401	2 090	2 611 r
Tragfähigk. der angek. Schiffe in 1000 t	879	362	571	748	781	867
Tragfähigk. der abgeg. Schiffe in 1000 t	845	344	553	693	725	858
b) Güterverkehr auf Binnenwasserstraßen						
Eingang (in 1000 t)	318	151	254	339	325	343
dar. Bundesrepublik	77	101	230	300	280	310
dav. Niederelbe	24	32	53	76	55	64
Oberelbe bis Zonengrenze	53	62	164	210	203	234
Mittellandkanal	0	7	13	14	22	12
Berlin (West)	7	25	8	8	11	10
Sowjetische Besatzungszone	155	3	3	9	15	6
Tschechoslowakei	42	22	12	22	19	17
Ausgang (in 1000 t)	504	121	216	278	336	320
dar. Bundesrepublik	59	81	115	127	188	188
dav. Niederelbe	49	48	83	91	146	129
Oberelbe bis Zonengrenze	10	32	17	22	26	46
Mittellandkanal	0	1	15	14	16	13
Berlin (West)	29	28	58	78	103	94
Sowjetische Besatzungszone	268	2	19	41	13	9
Tschechoslowakei	34	10	23	32	32	29
3. Flugverkehr (gewerblicher Verkehr)						
Gelandete Flugzeuge	351	491		1 490		2 035
Gestartete Flugzeuge	352	491		1 501		2 067
Angekommene Fluggäste	1 818	4 993		46 068		69 658
dar. aus dem Ausland				15 481		23 604
Abgereiste Fluggäste	1 812	4 203		46 818		70 105
dar. nach dem Ausland				15 617		22 557
Angekommene Fracht in t	22,8	186,8		537		650
dar. aus dem Ausland						
Abgegangene Fracht in t	20,3	58,7		513		597
dar. nach dem Ausland						
Angekommene Post in t	9,0	35,6		174		182
Abgegangene Post in t	5,6	15,8		201		230
4. Bundesbahnverkehr						
Güterempfang in 1000 t (öffentlicher Verkehr)		416,9	548,8	616,8		
Güterversand in 1000 t (öffentlicher Verkehr)		246,8	693,2	594,9		
Gestellte Güterwagen		31 414	48 697	50 803	46 679	49 757

1) Stand Ende des Jahres bzw. Monats.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			November 1963	November 1964	Oktober 1964
	1938	1950	1963			
Noch: Verkehr						
5. Personenverkehr Hamburger Verkehrsmittel						
Beförderte Personen (in 1000)						
Stadtbahn (S-Bahn)	7 939	11 064	9 816	9 726	10 416	9 861
Hoch- und Untergrundbahn (einschl. W-Bahn)	6 571	11 752	14 326	14 964	13 901	13 782
Straßenbahn	13 799	23 498	11 399	11 195	10 669	10 865
Kraftomnibusse der HHA 1) 2)	1 083	2 028	8 755	9 113	9 534	9 689
Alsterdampfer	281	337	147	107	129	167
Schiffe der Hafendampfschiffahrt AG.	1 339	1 362		1 204		
Kraftomnibusse der VHH AG. 2) 3)	373	786	559	582	607	619
Kraftomnibusse der Deutschen Bundespost	.	.	19	20	22	29
Kraftomnibusse der Deutschen Bundesbahn	.	.	341	352	416	413
Private Kraftomnibusse 2)	.	200	378	288	.	275
6. Kraftfahrzeuge						
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtig- ung (im Verkehr befindlich) insgesamt 4)	82 080	59 100	296 403	394 965	323 745	324 256
dar. Personenkraftwagen 5)	39 260	25 948	253 200	260 392	280 106	280 069
b) Zulassungen von fabrikneuen Kraftfahrzeugen insgesamt	928	1 177	3 388	4 046	3 633	4 765
dar. Krafräder	232	221	5	10	40	6
Personenkraftwagen	501	644	2 515	3 069	2 845	3 857
Kombinationskraftwagen	—	—	446	442	291	372
Lastkraftwagen	179	288	334	446	357	464
7. Straßenverkehrsunfälle						
Zahl der Verkehrsunfälle	865	1 058	3 398	3 994	2 631	2 630
dav. mit Personenschaden 6)	459	426	979	1 224	990	979
mit nur Sachschaden	406	632	2 419	2 770	1 171	1 651
Getötete Personen	8	12	24	40	33	31
Verletzte Personen	517	483	1 248	1 541	1 263	1 258
Geld und Kredit						
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbanken)						
(Beträge in Mio DM)						
a) Kredite der Kreditinstitute 7)						
Kredite an Nichtkreditinst. am Monatsende	.	1 556,1	9 857,6	10 452,0	12 541,4	12 400,9
dav. kurzfristige Kredite 8)	.	1 353,8	3 932,7	4 168,2	4 072,9	4 022,0
dav. an Wirtschaft und Private	.	1 328,7	3 732,3	3 910,5	4 056,7	4 006,8
an öffentl.-rechtl. Körperschaft.	.	25,1	200,4	257,7	16,2	15,2
mittelfristige Kredite 7) 8) 9)	.	55,8	936,9	969,8	1 628,0	1 653,3
dav. an Wirtschaft und Private	.	55,6	827,1	845,0	1 476,1	1 504,4
an öffentl.-rechtl. Körperschaft.	.	0,2	109,8	124,8	151,9	148,9
langfristige Kredite 7) 8) 9)	.	146,5	4 988,0	5 314,0	6 840,5	6 725,6
dav. an Wirtschaft und Private	.	146,0	4 510,6	4 757,7	5 951,1	5 841,3
an öffentl.-rechtl. Körperschaft.	.	0,5	477,4	556,3	889,4	884,3
Kredite an Kreditinst. am Monatsende	.	105,7	835,6	866,5	931,2	929,5
b) Einlagen bei den Kreditinstituten						
Einlagen von Nichtkreditinstituten	.					
am Monatsende	.	1 152,3	6 958,8	7 057,9	7 827,2	7 808,8
dav. Sicht- und Termineinlagen	.	1 026,3	3 882,6	3 883,3	4 202,6	4 189,4
dav. von Wirtschaft und Privaten	.	848,0	3 281,5	3 291,3	3 708,3	3 678,4
von öffentl.-rechtl. Körperschaft.	.	178,3	601,1	592,0	494,3	511,0
Spareinlagen	.	126,0	3 076,2	3 174,6	3 624,6	3 619,4
dar. bei Sparkassen	.	97,2	2 135,0	2 212,9	2 499,3	2 491,5
Einlagen von Kreditinstituten	.					
am Monatsende	.	106,6	1 935,6	2 079,1	2 417,3	2 396,3
c) Sparverkehr						
Sämtliche Kreditinstitute 10)	.					
Spareinlagen am Monatsende	.	126,0	3 076,2	3 174,6	3 624,6	3 619,4
dar. steuerbegünstigt	.	12,4	—	—	—	—
prämienbegünstigt	.	—	240,2	261,5	354,6	347,9
Gutschriften	.	10,2	167,4	143,3	173,7	208,6
Lastschriften	.	7,3	142,5	131,4	169,0	159,0
Saldo der Gut- und Lastschriften	.	+ 2,9	+ 24,9	+ 11,9	+ 4,7	+ 49,6
Zinsen	.	2,6	8,7	0,2	0,5	0,2
2. Zahlungsschwierigkeiten, Leihhäuser						
a) Wechselproteste 11) (Zahl)	.	1 324	1 300	1 259	1 143	1 164
Betrag in 1000 DM	.	1 194	1 507	1 574	1 327	1 438
Durchschnittsbetrag je protest. Wechsel in DM	.	902	1 159	1 250	1 161	1 236
b) Konkurse und Vergleichsverfahren (Zahl)						
Konkurse	12	25	14	8	14	14
Eröffnete Vergleichsverfahren	1	3	1	2	3	3
c) Mahn- und Offenbarungseidverfahren (Zahl)						
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	14 894	21 302	22 119	22 845	21 336	23 293
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides	.	2 392	2 865	2 819	2 854	3 185
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides	.	848	1 258	1 323	1 202	1 398
Abgeleitete Offenbarungseide	.	124	403	415	405	427
d) Öffentliche Leihhäuser						
Verpfändungen 12), Zahl	19 155	13 214	3 915	3 684	3 243	3 716
RM/DM	298 306	384 610	336 565	337 892	379 722	502 469
Einlösungen, Zahl	13 235	12 709	3 478	3 793	3 240	3 752
RM/DM	176 172	401 990	269 101	355 768	380 001	390 508

1) 1950 einschl. Obusse. — 2) Ab Januar 1963 ohne den von den Ländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen genehmigten Linienverkehr. —
3) 1938 und 1950 BGE und Südstorm. Kreisbahn (einschl. Eisenbahnbetrieb). — 4) Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne
Bundesbahn und Bundespost. — 5) Einschl. Kombinationskraftwagen. — 6) Teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — 7) Ab 1. 1. 1964
einschl. durchlaufender Mittel. — 8) 132 berichtspflichtige Institute. — 9) Bis einschl. Mai 1950 ohne Wirtschaft und Private. — 10) Ohne Postspar-
kasse. — 11) Wechselproteste der Kreditinstitute und der Post. — 12) Einschließlich Erneuerungen.

Zahlenspiegel

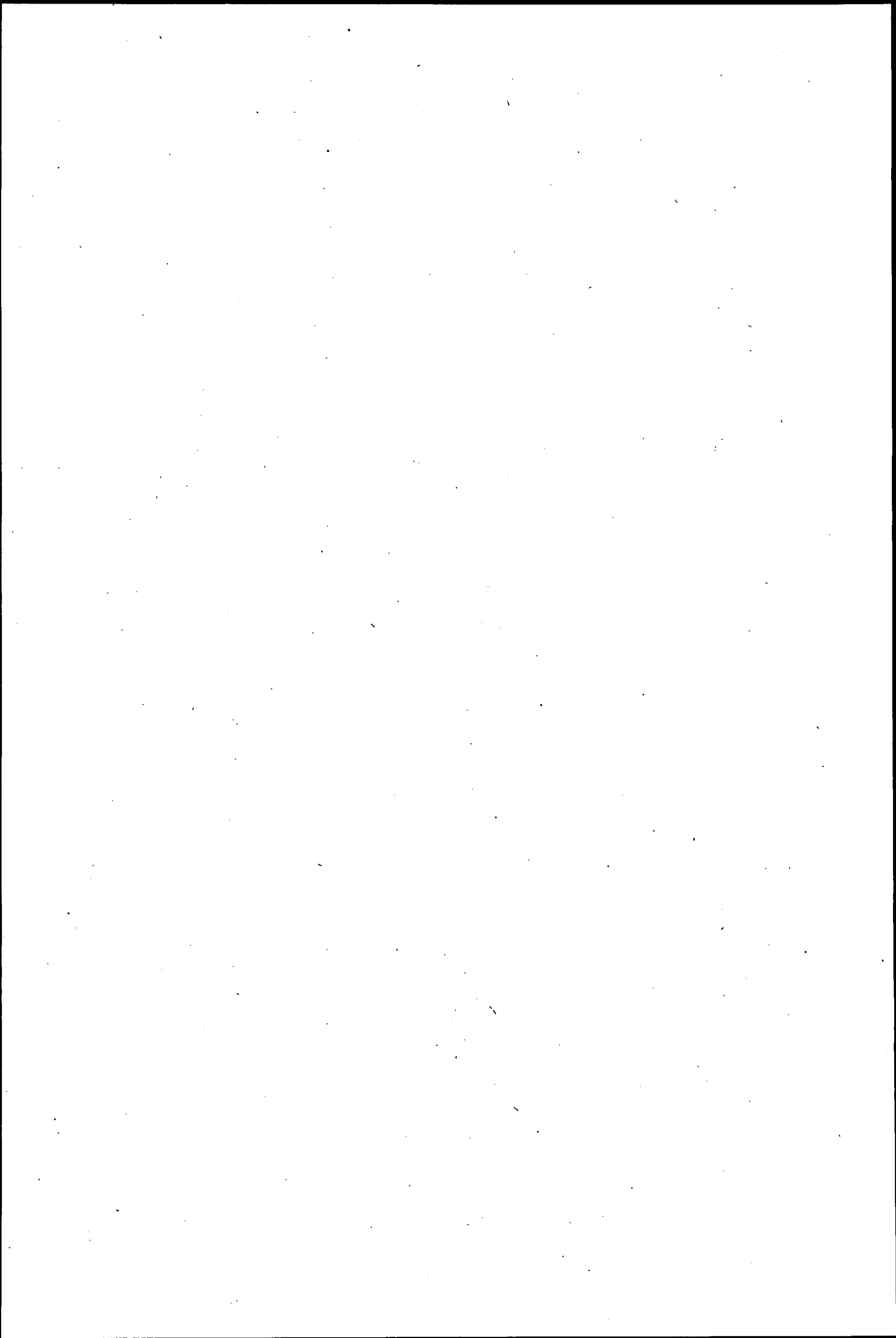
Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			November 1963	November 1964	Oktober 1964
	1938	1950	1963			
Noch: Geld und Kredit						
3. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg						
Aktiengesellschaften, Zahl	.	.	164	161	160	160
Kapital in Mio DM	.	.	3 493,8	3 502,1	3 873,4	3 870,5
Gesellschaften m. b. H., Zahl	.	.	3 554	3 624	3 745	3 725
Kapital in Mio DM	.	.	2 582,5	2 622,4	2 846,4	2 839,4
Steuern¹⁾						
Steueraufkommen (in 1000 RM/DM) ²⁾						
1. Bundessteuern						
* Umsatzsteuer	9 363	22 996	74 516	84 381	89 643	86 256
* Umsatzausgleichsteuer	2 180	2 779	34 211	32 709	32 537	30 134
* Beförderungsteuer	79	943	1 366	1 504	1 283	1 640
Notopfer Berlin	.	1 749	116	— 26	152	80
* Zölle	45 572	17 772	93 755	125 772	40 233	37 864
* Verbrauchsteuern	31 925	42 968	240 541	261 421	336 804	378 358
* dav. Tabaksteuer	24 492	32 535	67 735	74 450	51 939	71 804
Kaffeesteuer	.	5 831	23 383	21 447	22 605	23 516
Teesteuer	.	521	564	348	863	682
Branntweinmonopol ³⁾	249	2 514	4 538	3 903	3 954	4 043
Mineralölsteuer	51	871	143 720	160 989	257 227	278 192
Sonstige Verbrauchsteuern	7 133	697	600	285	216	122
* Summe der Bundessteuern	...	89 211	444 504	505 760	500 653	534 332
* Außerdem: Lastenausgleichsabgaben	.	9 478 ⁴⁾	7 185	16 328	15 075	4 021
dav. Vermögensabgabe	.	5 352	5 867	15 656	14 532	668
Hypothekengewinnabgabe	..	2 771	1 022	708	488	2 539
Kreditgewinnabgabe	.	.	297	— 36	55	814
2. Landessteuern						
* Lohnsteuer	7 390	10 051	77 471	82 290	95 002	97 018
* Veranlagte Einkommensteuer	17 032	9 277	66 849	13 348	2 554	12 448
* Nichtveranlagte Steuer vom Ertrag	552	224	9 740	3 838	3 841	1 736
* Körperschaftsteuer	8 928	9 544	45 736	4 531	5 475	5 755
* Steuern vom Einkommen zusammen	33 902	29 097	199 797	104 006	106 871	116 957
* dav. an den Bund abgeführt ⁵⁾	75 923	39 522	41 680	45 613
* Hamburg verblieben	123 874	64 484	65 192	71 344
* Vermögensteuer	1 513	466	10 628	26 491	29 091	2 411
Erbchaftsteuer	469	63	1 568	5 542	1 787	1 275
Grunderwerbsteuer	398	135	1 407	1 306	1 499	1 613
Kapitalverkehrssteuer	227	179	1 422	657	2 070	746
* Kraftfahrzeugsteuer	423	1 312	6 665	6 064	7 179	7 454
* Versicherungssteuer	559	847	3 493	3 743	3 968	3 520
* Rennwett- und Lotteriesteuer	452	820	2 017	1 576	1 612	1 881
* Wechselsteuer	0	536	752	820	852	870
* Feuerschutzsteuer	15	127	126	298	273	281
* Biersteuer	792	870	2 154	2 251	2 445	2 519
* Summe der Landessteuern	..	34 461	230 030	152 755	157 648	139 525
3. Gemeindesteuern						
* Realsteuern	9 974	8 666	44 582	109 190	104 959	21 014
* dav. Grundsteuer A	50	42	78	130	137	20
* Grundsteuer B	4 538	3 365	4 870	13 837	13 060	759
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	4 668	4 215	34 720	94 800	90 976	4 864
* Gewerbesteuer nach der Lohnsumme	718	1 044	4 914	422	786	15 371
* Gewerbesteuerzuschüsse	24	29	395	796	2 494	—
* Übrige Gemeindesteuern	7 411	1 864	757	652	454	767
dar. Kinosteuer	123	497	268	247	65	113
Übrige Vergnügungssteuer	106	146	277	329	320	271
Hundesteuer	68	132	211	74	67	382
Summe der Gemeindesteuern	17 385	10 071	45 339	109 842	105 413	21 781
Öffentliche Ordnung und Sicherheit						
1. Feuerlösch- und Unfalldienst						
Gesamtzahl der Alarmierungen	633	1 427	4 316	4 294	4 374	4 341
dav. Feueralarme	187	185	341	191	207	231
dav. falsche Alarme und Unfug-						
meldungen	49	39	65	44	47	47
bekämpfte Brände	138	146	276	147	160	184
dav. Großbrände	10	4	21	3	11	11
Mittelbrände	17	14	50	9	24	22
Kleinbrände	88	114	109	49	62	77
Entstehungsbrände	.	.	86	78	49	66
Schornsteinbrände	.	10	10	8	14	8
Hilfeleistungen aller Art	446	1 242	3 975	4 103	4 167	4 110
dar. bei Straßen- und Verkehrs-						
unfällen	.	314	1 128	1 248	1 044	1 097
Betriebsunfällen	.	235	511	471	507	531
Hierbei durchgeführte Unfalltransporte	.	976	3 674	3 846	3 953	3 891
2. Krankenbeförderungswesen						
Ausgeführte Krankentransporte	.	5 625	4 875	4 705	4 552	4 724
Beförderte Personen	.	6 449	5 101	5 003	4 723	5 059

1) Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben. — 2) Monatsdurchschnitt 1938 = Durchschnitt des Rechnungsjahres 1938. — 3) Ohne die Einnahmen der Bundesmonopolverwaltung für Brantwein. — 4) Einschl. Soforthilfesonderabgabe. — 5) 1963 = 38 %, 1964 = 39 %.

Zahlenspiegel

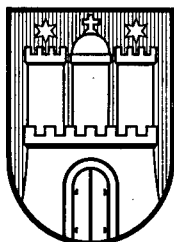
Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			November 1963	November 1964	Oktober 1964
	1938	1950	1963			
Noch: Öffentliche Ordnung und Sicherheit						
3. Feststellungen der Polizei						
Der Kriminalpolizei bekannt gewordene Straftaten		5 443	7 547	7 964	8 015	8 245
dar. Sittlichkeitsdelikte		142	200	235	194	269
Mord und Totschlag		2	3	5	10	4
Fahrlässige Tötung 1)		11	2	1	1	4
Körperverletzung 2)		32	71	91	94	94
Einfacher Diebstahl		2 416	3 234	3 547	3 395	3 501
Schwerer Diebstahl		558	1 425	1 655	1 711	1 725
Diebstähle zusammen		2 974	4 659	5 202	5 106	5 226
dar. Kraftwagen- u. -gebrauchsdiebstahl		36	162	150	181	140
Fahrrad- und -gebrauchsdiebstahl		202	390	484	465	449
Moped-, Motorrad- und -gebrauchsdiebstahl			189	242	207	227
Taschendiebstahl		78	47	42	42	26
Unterschlagung		357	223	199	241	269
Raub und Erpressung		11	34	41	44	40
Begünstigung und Hehlerei		99	92	86	227	71
Betrug und Untreue		607	931	701	735	813
Brandstiftung		39	56	25	28	21
Münzdelikte		13	1	2	—	1
4. Tätigkeit der Schutzpolizei						
Verkehrsvorgehensanzeigen			752	828	865	919
Übertretungsanzeigen 3)			6 715	8 467	9 716	10 200
Berichte über Ordnungswidrigkeiten			485	473	426	444
Gebührenpflichtige Verwarnungen 4)			26 173	27 751	37 442	34 823
5. Rechtskräftig Abgeurteilte						
Abgeurteilte insgesamt	1 316	1 790	1 766	1 523s)	1 883	
dav. Erwachsene n. allg. Strafrecht abgeurt.	1 229	1 423	1 393	1 277	1 526	
Heranwachs. n. allg. Strafrecht abgeurt.		142	129	83	127	
Jugendliche n. Jugendstrafrecht abgeurt.	87	148	181	88	151	
Heranwachsende n. Jugendstrafr. abgeurt.		77	63	75	79	
dar. Widerstand gegen die Staatsgewalt	12	8	8	4	4	
Fahrerflucht	6	67	62	42	71	
Straftaten gegen den Personenstand, die Ehe und die Familie	4	42	41	45	37	
Verbrech. u. Vergeh. wider die Sittlichkeit	51	57	56	41	48	
Beleidigung, üble Nachrede	24	20	19	24	21	
Verbrech. u. Vergeh. wider das Leben	9	9	10	9	11	
Körperverletzung	52	132	105	96	109	
Einfacher Diebstahl	324	297	299	270	317	
Schwerer Diebstahl	80	86	90	73	67	
Einf. u. schwerer Diebstahl im Rückfall	79	53	56	52	62	
Unterschlagung	70	57	48	52	53	
Raub und Erpressung	9	11	8	9	10	
Begünstigung und Hehlerei	68	36	60	40	32	
Betrug und Untreue	92	148	144	119	144	
Urkundenfälschung	19	15	13	12	13	
Vergehen gegen das StVG.	53	270	305	221	297	
Löhne und Gehälter 6) 7)				November 1963	Oktober 1964	Juli 1964
1. Arbeiterverdienste in der Industrie 8)						
* Bruttowochenverdienste in RM/DM	männlich	51,38	76,52	195,24		213,00
	weiblich	26,99	43,84	118,93		127,64
* Bruttostundenverdienste in Rpf/Pf	männlich	99,9	156,7	427,9		467,3
	weiblich	56,9	96,6	277,7		301,4
* Bezahlte Wochenstunden in Std.	männlich	51,4	48,8	45,6		45,6
	weiblich	47,4	45,4	42,8		42,3
* Geleistete Wochenarbeitszeit in Std.	männlich			42,3		38,5
	weiblich			39,7		33,2
2. Angestelltenverdienste (Bruttomonatsverd. i. DM) Industrie 8)						
* Kaufmännische Angestellte	männlich			917	1 048	1 017
	weiblich			632	708	685
* Technische Angestellte	männlich			1 043	1 130	1 100
	weiblich			646	715	684
Handel, Kreditinstitute u. Versicherungsgewerbe						
* Kaufmännische Angestellte	männlich			864	971	945
	weiblich			587	622	605
* Technische Angestellte	männlich			855	1 054	1 028
	weiblich			766	1 071	1 011
Industrie, Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe						
* Kaufmännische Angestellte	männlich			875	991	964
	weiblich			596	645	625
* Technische Angestellte	männlich			1 022	1 123	1 094
	weiblich			658	794	765

1) Ohne Verkehrsunfälle. — 2) Ohne §§ 223 und 230. — 3) Aus Verkehrsvorschriften und StGB. — 4) Aus Verkehrsvorschriften und Ordnungswidrigkeitenrecht. — 5) Außerdem: Aussetzung der Verhängung der Jugendstrafe (§ 27 JGG) November 1964 (—) Jugendliche und (—) Heranwachsende. — Absehen von der Verfolgung (§ 45 JGG) November 1964 33 Jugendliche. — 6) 1938 = September 1938, 1950 und 1963 = Durchschnitt der vier Erhebungsmonate. — 7) Ab 1964 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — 8) Einschl. Energiewirtschaft und Hoch- und Tiefbau.



HAMBURG IN ZAHLEN

Jahrgang 1965



Februar-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Krankenausfälle in der hamburgischen Verwaltung 1963/64

Anfang 1964 wurden in dieser Zeitschrift¹⁾ erstmalig Struktur- und Entwicklungsdaten aus der Statistik des krankheitsbedingten Arbeitsdefizits in der hamburgischen Verwaltung veröffentlicht. Dabei fiel besonders die seit Jahren anhaltend steigende Tendenz der Krankenausfälle auf. Die jetzt vorliegenden Zahlen für den Berichtszeitraum vom 1. 4. 1963 bis zum 31. 3. 1964 unterbrechen zunächst einmal diesen zu einiger Sorge Anlaß gebenden Trend: Nach längerer Zeit ist nämlich neuerdings ein substantieller Rückgang der Fehlzeiten wegen Krankheit in der Hamburger Verwaltung zu verzeichnen!

Im folgenden werden die statistischen Ergebnisse für 1963/64 und ihre Veränderung gegenüber dem Vorjahr in differenzierter Weise dargestellt. Ein Überblick über das Verfahren und die Begriffsbestimmungen steht in der vorangegangenen Abhandlung¹⁾ und wird deshalb hier nicht wiederholt.

1. Ausfälle an Arbeitstagen durch Krankheit

Die hamburgischen Senatsämter, Fachbehörden und staatsunmittelbaren Betriebe beschäftigten am 1. 10. 1963 74 391 Bedienstete in Planstellen und im Ausbildungsverhältnis. Die Summe der von den einzelnen Dienststellen errechneten Sollarbeitstage ergab für den Zeitraum 1. 4. 1963 bis 31. 3. 1964 ein Gesamtarbeitssoll von 18 977 454 Tagen. Dieses stellt einen theoretischen Höchstwert dar, der nicht erfüllt werden konnte, da Erholungsurlaub, Sonderurlaub, Dienstbefreiung, Beschädigtenurlaub, Hausarbeitstage, Krankheit und Urlaub auf Grund des Mutterschutzgesetzes Arbeitsausfälle verursachten. Bis auf

Krankheit sowie in gewissem Maße auch Sonderurlaub und Dienstbefreiung bleiben die aufgezählten Ausfallgründe wegen gesetzlicher und vertraglicher Regelungen in ihrer Wirkung von Jahr zu Jahr verhältnismäßig konstant und sind näherungsweise leicht zu errechnen. Die Faktoren Sonderurlaub und Dienstbefreiung spielen größenordnungsmäßig nur eine Nebenrolle; eine Auszählung durch die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung bei 150 Mitgliedsstädten hat für 1958/59 einen bundesdurchschnittlichen Anteilsatz der Sonderurlaube und Dienstbefreiungen von nicht mehr als knapp 0,2 % des Gesamtarbeitssolls erbracht. Übrig bleiben somit die ganztägigen Fehlzeiten wegen Krankheit, wobei es gleichgültig ist, ob das Fehlen auf eine Erkrankung im eigentlichen Sinne, auf Arbeitsunfall einschließlich Wegeunfall, häuslichen Unfall, Berufskrankheit oder Kur zurückzuführen ist. Der Umfang des Krankenausfalls ist variabel, fällt aber meistens ins Gewicht.

Durch Krankheit einschließlich Kuren gingen der hamburgischen Verwaltung 1963/64 1 076 691 Tagewerke verloren. Das prozentuale Verhältnis der Krankheits-tage zur Anzahl der möglichen Arbeitstage aller Bediensteten, also die allgemeine Krankenausfallquote, betrug 5,7 % (6,4 %)²⁾.

Bei 250 Kalenderarbeitstagen in der Zeit vom 1. 4. 1963 bis 31. 3. 1964 bedeutet das, daß die Jahresarbeitsleistung von 4 307 Bediensteten ausfiel. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Ausfall an Arbeitstagen jedoch um 10,9 % auf das Niveau von 1960/61 zurückgegangen. Seit längerer Zeit hat damit der Krankenausfall in der Hamburger Verwaltung zum erstenmal wieder eine ganz beachtliche Minderung erfahren. Eine ursächliche Erklärung für diesen Tatbestand: Im letzten Winter trat, im Gegensatz zum Jahr davor, keine Grippeepidemie auf.

¹⁾ Hamburg in Zahlen, Jg. 1964, Februar-Heft, S. 30 ff.

²⁾ Zahlen in Klammern = Zahlen aus der vorangegangenen Periode (1. 4. 1962 bis 31. 3. 1963).

Tabelle 1

Ausfälle an Arbeitstagen durch Krankheit (Krankenausfallquoten) in der hamburgischen Verwaltung im gesamten Berichtsjahr 1963/64 nach Dienstverhältnis und Geschlecht

Dienstverhältnis Geschlecht	Arbeitssoll in Tagen	Krankheitstage		Rückgang der Krankenausfall- quote gegen- über dem Vorjahr um ... %
		Anzahl	in % von Sp. 1 (Krankenausfall- quote)	
	1	2	3	4
Beamte	7 283 605	311 679	4,3	— 8,5
davon männlich	5 999 814	260 954	4,4	— 6,4
weiblich	1 283 791	50 725	4,0	—14,9
Angestellte	7 984 420	467 610	5,9	— 9,2
davon männlich	3 862 355	210 842	5,5	— 8,3
weiblich	4 122 065	256 768	6,2	—11,4
Arbeiter	2 828 368	240 657	8,5	—14,1
davon männlich	2 257 521	178 218	7,9	—16,8
weiblich	570 847	62 439	10,9	— 4,4
Bedienstete zusammen	18 096 393	1 019 946	5,6	—11,1
davon männlich	12 119 690	650 014	5,4	—10,0
weiblich	5 976 703	369 932	6,2	—11,4
Bedienstete der Wirtschaftsbetriebe	881 061	56 745	6,4	— 5,9
davon männlich	268 244	16 938	6,3	— 3,1
weiblich	612 817	39 807	6,5	— 7,1
Bedienstete insgesamt	18 977 454	1 076 691	5,7	—10,9
davon männlich	12 387 934	666 952	5,4	—10,0
weiblich	6 589 520	409 739	6,2	—11,4
darunter Schwerbeschädigte	843 841	52 423	6,2	—15,1

Zu einem kleineren Teil, aber über das ganze Jahr hinweg, wirkten sich auch, wie eine Umfrage bei den Personalstellen ergeben hat, die auf Grund des bislang ständig zunehmenden Krankenausfalls verstärkten Bemühungen um eine intensivere Krankenbetreuung aus.

3) Arbeits- und Sozialstatistische Mitteilungen des BMA, 15. Jg., Nr. 3 und Nr. 8.

Der auffällige Rückgang ist offenbar keine auf den öffentlichen Dienst Hamburgs beschränkte Erscheinung, denn auch die Statistik der Sozialen Krankenversicherung³⁾ weist — wenn man die entsprechenden Stichtagsergebnisse zusammenfaßt — für das gesamte Bundesgebiet eine Abnahme des durchschnittlichen Krankenstands bei den Pflichtversicherten mit sofortigem Anspruch auf Barleistungen von 1962/63 auf 1963/64 um 13 % nach.

Von den möglichen Arbeitstagen entfielen 50 % auf das Sommerhalbjahr 1963 und 50 % auf das Winterhalbjahr 1963/64. Die vergleichbare Proportion der Krankheitstage betrug 45 %:55 %. Dementsprechend lauteten die Ausfallquoten für das Sommerhalbjahr 5,2 % (5,4 %) und das Winterhalbjahr 6,1 % (7,3 %). Die Winterausfallquote lag also um rund ein Sechstel (1962/63 ein Drittel) über der des Sommers. Wie ersichtlich, kam die Verringerung des krankheitsbedingten Arbeitsdefizits ganz überwiegend dem Winterhalbjahr zugute. Der Tiefstand der Krankenausfallquote fiel sowohl 1962 als auch 1963 in die Monate Juli und August. Dahinter stand vor allem die Urlaubszeit, welche die Krankenausfallquote günstig beeinflusste. Sind die Tiefpunkte in den Sommerhalbjahren zu finden, so liegen die Höhepunkte eindeutig in den Winterhalbjahren, und zwar 1963 im Monat Februar, 1964 in den Monaten Februar und März. Die Ausfallquote für Februar 1963 lautete 10,6 %, für Februar 1964 6,7 % und für März 6,8 %.

Seit Beginn der Statistik war dies die zweitniedrigste Februarspitze. Die sonst besonders im Februar auftretende starke Häufung von Erkältungskrankheiten und grippalen Infekten blieb diesmal aus.

Zerlegt man die Krankenausfallquote nach dem Dienstverhältnis, so ergibt sich im Berichtsjahr 1963/64 bei den Beamten ein Krankenausfall von 4,3 %

Tabelle 2

Monatliche Ausfälle an Arbeitstagen durch Krankheit (Krankenausfallquoten) in der hamburgischen Verwaltung im Sommer- und Winterhalbjahr 1963/64 nach Dienstverhältnis und Geschlecht

Zeitraum	Beamte			Angestellte			Arbeiter		
	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen
	Krankenausfallquote (Krankheitstage in % des Arbeitssolls)								
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Sommerhalbjahr 1963									
April	4,3	3,5	4,1	5,5	6,4	6,0	8,3	11,8	9,0
Mai	4,4	3,7	4,2	5,3	6,3	5,8	7,1	11,6	8,1
Juni	4,2	3,6	4,1	4,6	5,5	5,1	6,6	11,1	7,6
Juli	4,1	3,3	4,0	4,2	4,9	4,6	6,4	8,9	6,9
August	3,9	3,2	3,8	4,6	5,1	4,9	6,6	9,2	7,1
September	4,2	3,8	4,1	5,0	5,5	5,3	7,3	11,2	8,1
Winterhalbjahr 1963/64									
Oktober	4,2	3,6	4,3	5,4	6,1	5,8	7,7	10,5	8,3
November	4,5	4,6	4,5	6,0	6,9	6,5	8,7	11,0	9,2
Dezember	4,2	4,2	4,2	5,5	6,3	5,9	7,8	8,9	8,1
Januar	4,5	4,4	4,4	5,9	6,6	6,3	8,7	11,7	9,4
Februar	4,7	4,9	4,8	6,8	7,3	7,1	9,9	13,4	10,7
März	5,0	3,7	4,8	6,9	7,2	7,1	9,7	12,3	10,3
Sommer- und Winter- halbjahr 1963/64 zusammen	4,4	4,0	4,3	5,5	6,2	5,8	7,9	10,9	8,5

Tabelle 3

Ausfälle an Arbeitstagen durch Krankheit (Krankenausfallquoten), Erkrankungsquoten und durchschnittliche Dauer des krankheitsbedingten Arbeitsausfalls unter den Bediensteten in der hamburgischen Verwaltung im Sommerhalbjahr 1963 (1. 4. 1963 bis 30. 9. 1963) und im Winterhalbjahr 1963/64 (1. 10. 1963 bis 31. 3. 1964) nach Dienstverhältnis und Geschlecht

Dienstverhältnis Geschlecht	Gesamtzahl der Bediensteten am 1. 10. 1963	Arbeitsvoll in Tagen	Krankheitstage		Erkrankte Bedienstete		Durch- schnittliche Dauer des krankheits- bedingten Arbeits- ausfalls in Arbeits- tagen
			Anzahl	in % von Sp. 2 (Kranken- ausfall- quote)	Anzahl	in % von Sp. 1 (Erkran- kungs- quote)	
	1	2	3	4	5	6	7
a) Sommerhalbjahr 1963							
Beamte	29 701	3 511 049	142 612	4,1	9 943	33,5	14,3
davon männlich	24 501	2 936 715	122 155	4,2	8 035	32,8	15,2
weiblich	5 200	574 334	20 457	3,6	1 908	36,7	10,7
Angestellte	30 203	3 940 800	206 692	5,2	10 556	35,0	19,6
davon männlich	15 038	1 930 197	94 085	4,9	4 539	30,2	20,7
weiblich	15 165	2 010 603	112 607	5,6	6 017	39,7	18,7
Arbeiter	11 012	1 402 938	108 220	7,7	4 645	42,2	23,3
davon männlich	8 891	1 121 538	78 951	7,0	3 489	39,2	22,6
weiblich	2 121	281 400	29 269	10,4	1 156	54,5	25,3
Bedienstete zusammen	70 916	8 854 787	457 524	5,2	25 144	35,5	18,2
davon männlich	48 430	5 988 450	295 191	4,9	16 063	33,2	18,4
weiblich	22 486	2 866 337	162 333	5,7	9 081	40,4	17,9
Bedienstete der Wirtschaftsbetriebe	3 475	437 414	27 016	6,2	1 468	42,3	18,4
davon männlich	1 068	136 718	7 286	5,3	322	30,2	22,6
weiblich	2 407	300 696	19 730	6,6	1 146	47,6	17,2
Bedienstete insgesamt	74 391	9 292 201	484 540	5,2	26 612	35,8	18,2
davon männlich	49 498	6 125 168	302 477	4,9	16 385	33,1	18,5
weiblich	24 893	3 167 033	182 063	5,8	10 227	41,1	17,8
darunter Schwerbeschädigte .	3 311	414 022	24 183	5,8	1 104	33,3	.
b) Winterhalbjahr 1963/64							
Beamte	30 350	3 772 556	169 067	4,5	12 289	40,5	13,8
davon männlich	24 843	3 063 099	138 799	4,5	9 722	39,1	14,3
weiblich	5 507	709 457	30 268	4,3	2 567	46,6	11,8
Angestellte	30 745	4 043 620	260 918	6,5	13 056	42,5	20,0
davon männlich	14 987	1 932 158	116 757	6,0	5 731	38,2	20,4
weiblich	15 758	2 111 462	144 161	6,8	7 325	46,5	19,7
Arbeiter	11 109	1 425 430	132 437	9,3	5 435	48,9	24,4
davon männlich	8 947	1 135 983	99 267	8,7	4 157	46,5	23,9
weiblich	2 162	289 447	33 170	11,5	1 278	59,1	26,0
Bedienstete zusammen	72 204	9 241 606	562 422	6,1	30 780	42,6	18,3
davon männlich	48 777	6 131 240	354 823	5,8	19 610	40,2	18,1
weiblich	23 427	3 110 366	207 599	6,7	11 170	47,7	18,6
Bedienstete der Wirtschaftsbetriebe	3 507	443 647	29 729	6,7	1 735	49,5	17,1
davon männlich	1 035	131 526	9 652	7,3	419	40,5	23,0
weiblich	2 472	312 121	20 077	6,4	1 316	53,2	15,3
Bedienstete insgesamt	75 711	9 685 253	592 151	6,1	32 515	43,0	18,2
davon männlich	49 812	6 262 766	364 475	5,8	20 029	40,2	18,2
weiblich	25 899	3 422 487	227 676	6,7	12 486	48,2	18,2
darunter Schwerbeschädigte .	3 410	429 819	28 240	6,6	1 337	39,2	.

(4,7 %), den Angestellten von 5,8 % (6,5 %) und den Arbeitern von 8,5 % (9,9 %). Diese deutliche Abstufung konnte bisher durch sämtliche Berichtsjahre hindurch beobachtet werden. Demnach besteht ganz offenbar eine statistische Beziehung zwischen Dienstverhältnis und Erkrankungsbereitschaft. Die Frage aber, ob es sich dabei auch um einen kausalen Zusammenhang handele, kann die Statistik in ihrer gegenwärtigen Anlage nicht beantworten. Relativ am stärksten verringert hat sich der Arbeitsausfall durch

Krankheit bei den Arbeitern, und zwar um 14,1 %. Die Abnahme bei den Angestellten betrug 10,8 %, bei den Beamten 8,5 %.

Dem jahreszeitlichen Unterschied verleiht man am besten durch die Differenz zwischen Winterspitze und Sommertief Ausdruck. Sie erreichte bei den Beamten 1,0 Punkte (4,7 Punkte), den Angestellten 2,5 Punkte (6,0 Punkte) und den Arbeitern 3,8 Punkte (9,2 Punkte). Die auffällige Verringerung des Schwan-

kungsbereichs 1963/64 gegenüber dem Vorjahreszeitraum ist in erster Linie auf den glättenden Effekt der erheblich abgesunkenen Februar- und Märzwerte 1964 zurückzuführen.

Die Krankheitsrate der weiblichen Bediensteten übertraf 1963/64 mit 6,2 % (7,0 %) um rund 1/7 (1/6) die der männlichen Bediensteten mit 5,4 % (6,0 %). Differenziert man weiter nach dem Dienstverhältnis und dem Geschlecht, so ergibt sich für 1963/64 bei den Beamten eine Ausfallquote von 4,4 % und bei den Beamtinnen eine Ausfallquote von 4,0 %, während im Vorjahr die Quoten der Beamten und Beamtinnen gleich hoch waren; bei den weiblichen Angestellten belief sich der Arbeitsausfall auf 6,2 % (6,9 %), bei den männlichen Angestellten auf 5,5 % (6,0 %) der Sollarbeitstage, bei den Arbeiterinnen auf 10,9 % (11,6 %) und bei den Arbeitern auf 7,9 % (9,4 %).

Die Tatsache, daß die Krankenausfallquote des weiblichen Personals von wenigen Ausnahmen abgesehen auch in den früheren Jahren nicht unbeträchtlich über der des männlichen Personals lag, läßt vermuten, daß auch zwischen Geschlecht und Erkrankungsdisposition ein Zusammenhang besteht. Welcher Art dieser Zusammenhang ist, muß ebenfalls dahingestellt bleiben, weil die von der Statistik erfaßten Merkmale für weitergehendere Feststellungen nicht ausreichen. Es fehlen beispielsweise die qualitativen Merkmale „Laufbahn“ (einfacher, mittlerer, gehobener, höherer Dienst) und „Art der Tätigkeit“ (z. B. Innen- oder Außendienst) sowie das quantitative Merkmal „Alter“. Ohne Kenntnis der entsprechenden Häufigkeitsverteilungen läßt sich die Möglichkeit nicht ausschließen, daß es sich bei der Beziehung „Geschlecht-Erkrankungsbereitschaft“ nur um eine Scheinbeziehung handelt, hinter der sich Kausalzusammenhänge anderer Art verbergen.

2. Erkrankungsquoten

Der Krankenausfall wird in seiner Höhe bestimmt durch die Anzahl der erkrankten Bediensteten und die durchschnittliche Dauer des Arbeitsausfalls. Die Anzahl der arbeitsunfähig erkrankten Bediensteten wird für jeweils ein halbes Jahr festgestellt; dabei wird ein Erkrankter auch dann nur einmal gezählt, wenn er in dieser Zeit mehrmals wegen Krankheit aussetzen mußte. Die Erkrankungshäufigkeit der einzelnen Bediensteten in einem Halbjahr zählt die Statistik nicht aus. Der prozentuale Anteil der arbeitsunfähig erkrankten Personen an der Gesamtzahl der Bediensteten, kurz als „Erkrankungsquote“ oder auch „Defizientenquote“ bezeichnet, belief sich im Sommerhalbjahr 1963 auf 35,8 % (36,5 %), im Winterhalbjahr 1963/64 auf 43,0 % (51,6 %). Demnach lag die Erkrankungsquote im Winter um rund 20 % höher als im Sommer. Im Vorjahr machte der saisonale Unterschied ganz wesentlich mehr, nämlich rund 41 % aus. Insgesamt belief sich der Anteil der Erkrankten bei den Frauen in der warmen Jahreszeit auf 41,1 % (43,2 %), in der kalten auf 48,2 % (60,0 %). Die entsprechenden Quoten für die Männer lauteten 33,1 % (33,1 %) und 40,2 % (47,4 %).

Tabelle 4

Erkrankungsquoten in der hamburgischen Verwaltung 1962 bis 1964 nach Dienstverhältnis und Geschlecht

Dienstverhältnis Geschlecht	Sommerhalbjahr		Zunahme (+) bzw. Abnahme (-) 1963 gegenüber 1962 in %	Winterhalbjahr		Abnahme 1963/64 gegenüber 1962/63 in %
	1962	1963		1962/63	1963/64	
	1	2	3	4	5	6
Beamte	32,6	33,5	+2,8	47,5	40,5	-14,7
davon männlich	31,8	32,8	+3,1	45,9	39,2	-14,6
weiblich	36,0	36,7	+1,9	55,1	46,6	-15,4
Angestellte	37,4	35,3	-5,6	52,1	42,8	-17,9
davon männlich	30,8	29,9	-2,9	45,5	38,1	-16,3
weiblich	43,2	40,1	-7,2	58,2	46,8	-19,6
Arbeiter	43,6	42,9	-1,6	60,2	49,6	-17,6
davon männlich	39,9	39,1	-2,0	54,2	46,4	-14,4
weiblich	57,3	57,4	+0,2	82,7	61,3	-25,9

Relativ die meisten Kranken hatten die Arbeiter zu verzeichnen; im Winterhalbjahr 1963/64 war fast die Hälfte mindestens einmal krank. Am günstigsten schnitten die Beamten ab. Im Winter ging die Defizientenquote bei allen drei Dienstverhältnissen kräftig zurück, im Sommer dagegen war die Tendenz uneinheitlich und nicht so ausgeprägt. In der Unterscheidung nach Geschlechtern zeigte sich eine etwas andere Reihenfolge bei den Männern: Unter den Angestellten fanden sich sommers wie winters verhältnismäßig weniger Kranke als unter den Beamten.

3. Durchschnittliche Dauer des krankheitsbedingten Arbeitsausfalls

Außer der Anzahl der erkrankten Personen beeinflusst die Dauer des krankheitsbedingten Arbeitsausfalls die Höhe der Krankenausfallquote. Die Dauer des Arbeitsausfalls ist hier nicht auf die zeitliche Erstreckung des einzelnen Erkrankungsfalls, sondern auf die gesamte Abwesenheit (an Arbeitstagen) des Bediensteten wegen Krankheit (Kur) im Verlaufe eines Halbjahres abgestellt. Dividiert man die Gesamtzahl der Arbeitsunfähigkeitstage durch die Gesamtzahl der Erkrankten, dann erhält man die mittlere Dauer des Arbeitsausfalls je erkrankten Bediensteten; sie betrug 18,2 Arbeitstage (18,4) im Sommer und 18,2 Arbeitstage (18,1) im Winter. Inwieweit die tatsächlichen Einzelwerte um diese Mittelwerte streuen oder, mit anderen Worten, inwieweit kurz-, mittel- oder langfristige Erkrankungen auftraten, läßt sich der Statistik nicht entnehmen. Aus der Tatsache, daß die mittlere Dauer des Arbeitsausfalls keinerlei jahreszeitliche Schwankung zeigte, folgt, daß die gegenüber dem Sommer vermehrten Ausfälle an Arbeitstagen im Winter durch eine größere Erkrankungshäufigkeit der Bediensteten in der kalten Jahreszeit bedingt waren. Da die durchschnittliche Dauer des krankheitsbedingten Arbeitsausfalls im Vergleich zum

Tabelle 5

Durchschnittliche Dauer des krankheitsbedingten Arbeitsausfalls der Bediensteten der hamburgischen Verwaltung 1962 bis 1964 nach Dienstverhältnis und Geschlecht

Dienstverhältnis Geschlecht	Sommerhalbjahr		Veränderung 1963 gegenüber 1962 in %	Winterhalbjahr		Veränderung 1963/64 gegenüber 1962/63 in %
	1962	1963		1962/63	1963/64	
	Arbeitstage		3	Arbeitstage		6
1	2	4		5		
Beamte	14,2	14,4	+1,4	14,1	13,8	- 2,1
davon männlich	15,0	15,2	+1,3	14,4	14,3	- 0,7
weiblich	10,4	10,7	+2,9	13,2	11,8	-10,6
Angestellte	19,2	19,4	+1,0	18,6	19,6	+ 5,4
davon männlich	20,9	20,8	-0,5	18,5	20,5	+10,8
weiblich	18,0	18,4	+2,2	17,9	19,1	+ 6,7
Arbeiter	24,3	23,1	-4,9	24,6	24,0	- 2,4
davon männlich	24,3	22,7	-6,6	26,1	23,9	- 8,4
weiblich	24,0	24,2	+0,8	20,9	24,4	+16,4

Vorjahr praktisch unverändert geblieben ist, rührt die weiter oben festgestellte Abnahme der Krankenausfallquote allein von der verringerten Anzahl erkrankter Personen her.

In der Unterteilung nach dem Dienstverhältnis zeigt die mittlere Dauer des krankheitsbedingten Arbeitsausfalls 1963/64 die gleichen charakteristischen Abstufungen wie Krankenausfall- und Erkrankungsquote: Durchschnittlich am längsten abwesend waren die Arbeiter; die kürzeste Abwesenheitsdauer hatten die Beamten; die Angestellten nahmen eine Mittelstellung ein. Die Rangfolge Beamte — Angestellte — Arbeiter galt auch für die Untergliederung in Sommer- und Winterhalbjahr und für die zusätzliche Unterteilung nach dem Geschlecht. Interessant ist, daß

bei Beamten und Angestellten die weiblichen Bediensteten durchweg kürzere, zum Teil erheblich kürzere Arbeitsausfallzeiten als die männlichen Bediensteten hatten.

4. Kuren

Zwischen Krankheit und Kur besteht eine sachliche Verbindung. Einmal werden Kuren durchgeführt zur Wiederherstellung der Gesundheit (Rehabilitationskuren), dann aber auch zur Abwendung von Krankheit, zur Erhaltung der Gesundheit (Gesundheitsvorsorgekuren). In der Krankenausfallstatistik wird aus diesem Grunde der Arbeitsausfall durch Kuren oder Heilverfahren, welche von einem Träger der Sozialversicherung, von einer Versorgungsbehörde oder nach den beamtenrechtlichen Unfallfürsorge- oder Heilfürsorgebestimmungen verordnet oder als beihilfefähig anerkannt wurden, zu den Krankheitstagen gezählt. Von 25 144 im Sommerhalbjahr 1963 erkrankten Bediensteten in der hamburgischen Verwaltung gingen 1 962 zur Kur. Im Winterhalbjahr 1963/64 unterzogen sich dagegen 1 612 von insgesamt 30 780 Erkrankten einer Kur oder einem Heilverfahren. Der Anteil der Kurnehmer fiel somit von 7,8 % (6,9 %) im Sommer auf 5,2 % (4,2 %) im Winter ab. Die Kuren waren im Sommer zu 8,8 % (7,5 %), im Winter zu 6,7 % (4,7 %) am gesamten Arbeitsausfall durch Krankheit beteiligt. Im Durchschnitt dauerte eine Kur im Sommer 21 Arbeitstage (21), im Winter 23 Arbeitstage (21).

Francisco Villalaz

Die wirtschaftliche Leistung der Großstädte 1957 und 1961

A. Einführung

B. Methode

C. Ergebnisse

1. Gesamtbetrachtung

- a) Struktur
- b) Entwicklung 1957/1961

2. Betrachtung nach Wirtschaftsbereichen

- a) Struktur
- b) Anteil am Landesergebnis
- c) Entwicklung

3. Das Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung

- a) Die Wirtschafts- und die Wohnbevölkerung
- b) Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistung je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung und ihre Entwicklung

4. Das Bruttoinlandsprodukt je Beschäftigten

A. Einführung

Die Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin nehmen unter den Ländern der Bundesrepublik hinsichtlich ihrer Fläche, Einwohnerzahl, Wirtschaftsstruktur und wirtschaftlichen Leistung eine Sonderstellung ein. Ein Vergleich zwischen statistischen Ergebnissen für die Stadtstaaten und für Flächenländer ist daher — obwohl in vielen Fällen üblich und wegen des Aufbaus der Bundesrepublik nach Ländern auch erforderlich — nicht immer voll möglich.

Für Hamburg liegt es deshalb nahe, nicht nur Vergleiche mit Flächenländern, sondern auch mit den anderen Stadtstaaten anzustellen. Aber auch diese Vergleiche haben nur einen eingeschränkten Erkenntniswert: mit Berlin wegen der Ausnahmesituation der Stadt (Steuerpräferenzen usw.), mit Bremen — obwohl strukturell am nahestehendsten — weil Vergleichsmöglichkeiten mit nur einer regionalen Einheit wenig aussagekräftig sind. Außerhalb der Berechnungen des Arbeitskreises „Sozialproduktberechnungen der Länder“ sind Sozialproduktzahlen auch bereits für Frankfurt am Main ermittelt worden¹⁾.

Aus hamburgischer Sicht ist es daher besonders zu begrüßen, daß nunmehr für die Jahre 1957 und 1961 auch Sozialproduktzahlen für Großstädte, kreisfreie Städte und Landkreise vorliegen²⁾. Die seinerzeit vorgelegten Regionalergebnisse für 1957 sind gleichzeitig mit den Länderergebnissen revidiert und auf

die neue Bereichsgliederung umgestellt worden, so daß ein echter Vergleich der Regionaldaten für die Jahre 1957 und 1961 möglich wird.

In der vorliegenden Arbeit soll untersucht werden, welche Bedeutung der wirtschaftlichen Leistung der Großstädte im Bundesgebiet und in den Ländern beizumessen ist, wie das Bruttoinlandsprodukt der Großstädte und der übrigen Gebiete der Länder nach Wirtschaftsbereichen strukturiert ist und welche wirtschaftliche Entwicklung einmal die Großstädte, zum anderen die übrigen Gebietseinheiten genommen haben. Mit Ausnahme der nach dem Bruttoinlandsprodukt größten Stadt des jeweiligen Landes sollen Daten über einzelne Städte nicht gebracht werden. Auch die Interpretation der jeweiligen Regionalzahlen muß durch die Länder selbst erfolgen. Hier soll nur versucht werden, in ihrer Größe und Struktur vergleichbare wirtschaftliche Aggregate mit dem Stadtstaat Hamburg in Beziehung zu setzen, um die Position Hamburgs hinsichtlich seiner wirtschaftlichen Leistung nicht nur gegenüber den Flächenländern abzugrenzen, sondern in einem Zusammenhang zu sehen, der der hamburgischen Ausnahmeposition gegenüber den Flächenländern gerechter wird.

B. Methode

Die Daten sind im Zusammenhang mit der Länderberechnung im Arbeitskreis „Sozialproduktberechnungen der Länder“ ermittelt worden. Von den Flächenländern sind im Rahmen ihrer Veröffentlichungen bereits Methodenbeschreibungen vorgenommen worden. Darüber hinaus wird verwiesen auf die eingehende Methodendarstellung, die in der Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Landesämter mit den vollständigen Regionalzahlen aller Bundesländer abgedruckt ist, und auf grundlegende Arbeiten

1) Fischer, E.: Neuere Ergebnisse der Sozialproduktberechnungen für die Stadt Frankfurt am Main. — In: Sonderheft 12 der Statistischen Monatsberichte Frankfurt am Main, 22. Jahrgang 1960. — Gunzert, R.: Das Sozialprodukt der Stadt Frankfurt am Main 1950—1953. — In: Sonderheft 3 der Statistischen Monatsberichte Frankfurt am Main, 17. Jahrgang, 1955. — Derselbe: Das Sozialprodukt der Stadt Frankfurt am Main im Jahre 1954. — In: Sonderheft 4 der Statistischen Monatsberichte Frankfurt am Main, 17. Jahrgang, 1955.

2) Das Bruttoinlandsprodukt der kreisfreien Städte und Landkreise in der Bundesrepublik Deutschland 1957 und 1961. — In: Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Landesämter, Wiesbaden, 1964, Literaturverzeichnis S. XXIII f.

zu Fragen der regionalen Sozialproduktberechnung³⁾ sowie Sonderarbeiten der Statistischen Landesämter⁴⁾. Aus diesen Gründen kann die Beschreibung der Methode an dieser Stelle darauf beschränkt werden, darzulegen, welche grundsätzlichen methodischen Schwierigkeiten gegenüber der Länderberechnung auftraten.

Grundsätzlich kann man davon ausgehen, daß die Beschaffung ausreichenden statistischen Materials um so schwieriger ist, je kleiner die statistisch darzustellenden Gebietseinheiten sind. Dies hängt damit zusammen, daß über einen Teil der Daten nur in Abständen mehrerer Jahre Ergebnisse für kleinere Gebietseinheiten ermittelt sind und laufende repräsentative Zahlen nur für Länder oder gar nur für das Bundesgebiet zur Verfügung stehen. Erschwerend kommt hinzu, daß für die Sozialproduktberechnung eine Fülle sehr verschiedener Statistiken herangezogen werden muß, die für kleinere Gebietseinheiten nicht laufend zur Verfügung stehen können. Das hat zur

Folge, daß das statistische Grundlagenmaterial für die Länderberechnung weniger differenziert ist als für die Bundesberechnung und für die Regionalberechnung wiederum knapper ist als für die Länderberechnung. Dem wird dadurch Rechnung getragen, daß einerseits die Länderzahlen — obwohl in verhältnismäßig tiefer wirtschaftlicher Gliederung gerechnet — nicht so tief ausgewiesen werden wie die Bundeszahlen, andererseits für die Regionalzahlen eine noch stärkere Zusammenfassung erfolgt als für die Länderzahlen. Hierdurch wird angestrebt, die Zuverlässigkeit der Länder- und Regionalwerte zu erhöhen und an die der Bundeswerte anzugleichen.

Wie stark das Bedürfnis nach regionalen Sozialproduktzahlen ist, geht aus den Diskussionen des Verbandes Deutscher Städtestatistiker und der inzwischen entstehenden Sekundärliteratur hervor⁵⁾.

C. Ergebnisse

1. Gesamtbetrachtung

a) Struktur

Obwohl in den Großstädten der Bundesrepublik nur 16,5 Millionen Einwohner oder rd. 31 % der Bevölkerung wohnen und etwa 19,1 Millionen Einwohner oder 36 % arbeiten, betrug der Anteil der Großstädte am Bruttoinlandsprodukt im Jahre 1961 134 Mrd. DM oder 43,6 % gegenüber 97 Mrd. DM oder 44,9 % im Jahre 1957⁶⁾ (vgl. Anhangtabelle 2).

Der Anteil der Großstädte an der wirtschaftlichen Leistung des Landes ist in den Bundesländern sehr unterschiedlich. Wenn wir von den Stadtstaaten einmal absehen und die Länder nach dem Anteil der Großstädte an der wirtschaftlichen Gesamtleistung ordnen, ergibt sich das im Schaubild 1 dargebotene Bild. Gleichzeitig ist für die einzelnen Länder der Anteil der Stadt mit dem größten Bruttoinlandsprodukt dargestellt worden. Abgesehen von Nordrhein-West-

3) Griesmeier, Josef: Berechnung wirtschaftlicher Leistungswerte für kleinere Gebietseinheiten. — In: Allgemeines Statistisches Archiv, 39. Bd., 1955, S. 17 ff. — Hüfner, Willi: Einheitliche Sozialproduktberechnungen für die Länder der Bundesrepublik Deutschland. — In: Allgemeines Statistisches Archiv, 42. Bd., 1958, S. 181 ff. — Derselbe: Einheitliche Sozialproduktberechnungen für die Landkreise und kreisfreien Städte der Bundesrepublik Deutschland. — In: Allgemeines Statistisches Archiv, 47. Bd., 1963, S. 157 ff. — Hüfner/Raabe: Das Sozialprodukt der Länder der Bundesrepublik 1950 bis 1955. — In: Wirtschaft und Statistik, Jg. 1957, S. 595 ff.

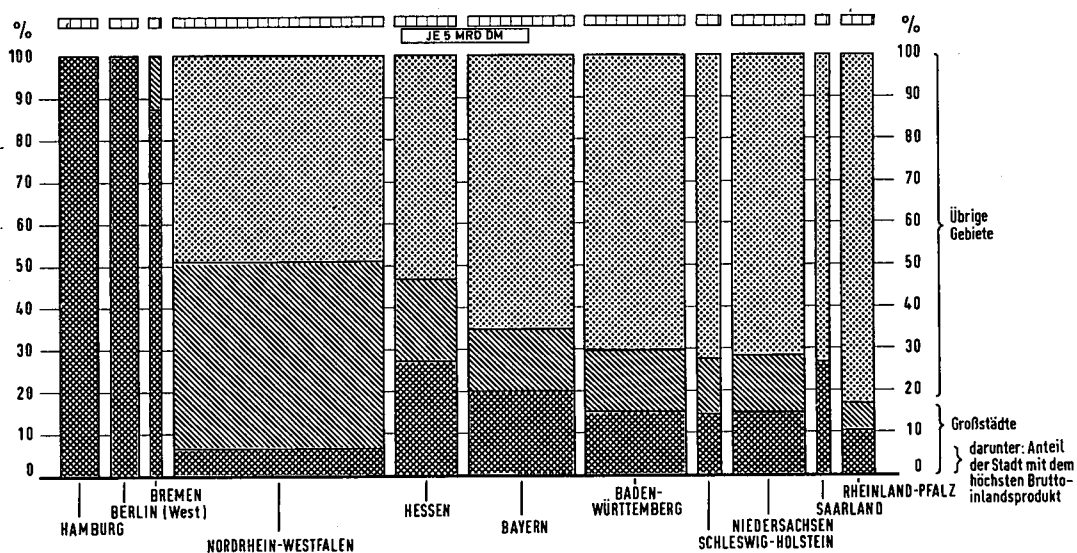
4) Vgl. Fußnote 2 auf Seite 34

5) Buhrow, Kurt: Regionale Streuung des Sozialprodukts. — In: Der Städtetag, Nr. 6, Juni 1963, S. 287/8. — Gunzert, R.: Städte und Sozialproduktberechnung. — In: Bericht über die 53. Tagung des Verbandes Deutscher Städtestatistiker, Heidelberg 1963, S. 28 ff. — Hüfner, W.: Zentrale Sozialproduktberechnungen für die Städte. — In: Bericht über die 62. Tagung des Verbandes Deutscher Städtestatistiker, Berlin 1963, S. 49 ff. — Kästner, F.: Gemeindegeschichte und ihre zahlenmäßigen Komponenten. — In: Bericht über die 50. Hauptversammlung des Verbandes Deutscher Städtestatistiker, Berlin 1951, S. 55/56. — Rosen, Josef: Das volkswirtschaftliche Einkommen von Basel-Stadt. — In: Wirtschaft und Verwaltung, Vierteljahresshefte, herausgegeben vom Statistischen Amt des Kantons Basel-Stadt, Basel 1959, Heft 4, S. 103 ff. — Sahner, W.: Regionale Unterschiede der wirtschaftlichen Leistungskraft in der Bundesrepublik Deutschland. — In: Bundesbaublatt, September 1963, Heft 9, S. 423 f. — Viererbl: Möglichkeiten und Grenzen der Sozialproduktberechnung in Nordrhein-Westfalen. — Referat auf der 19. Tagung der Arbeitsgemeinschaft Nordrhein-Westfalen im Verband Deutscher Städtestatistiker am 21. Juni 1963 in Lüdenscheid.

6) Jeweils ohne Saarland und Berlin (West).

Schaubild 1

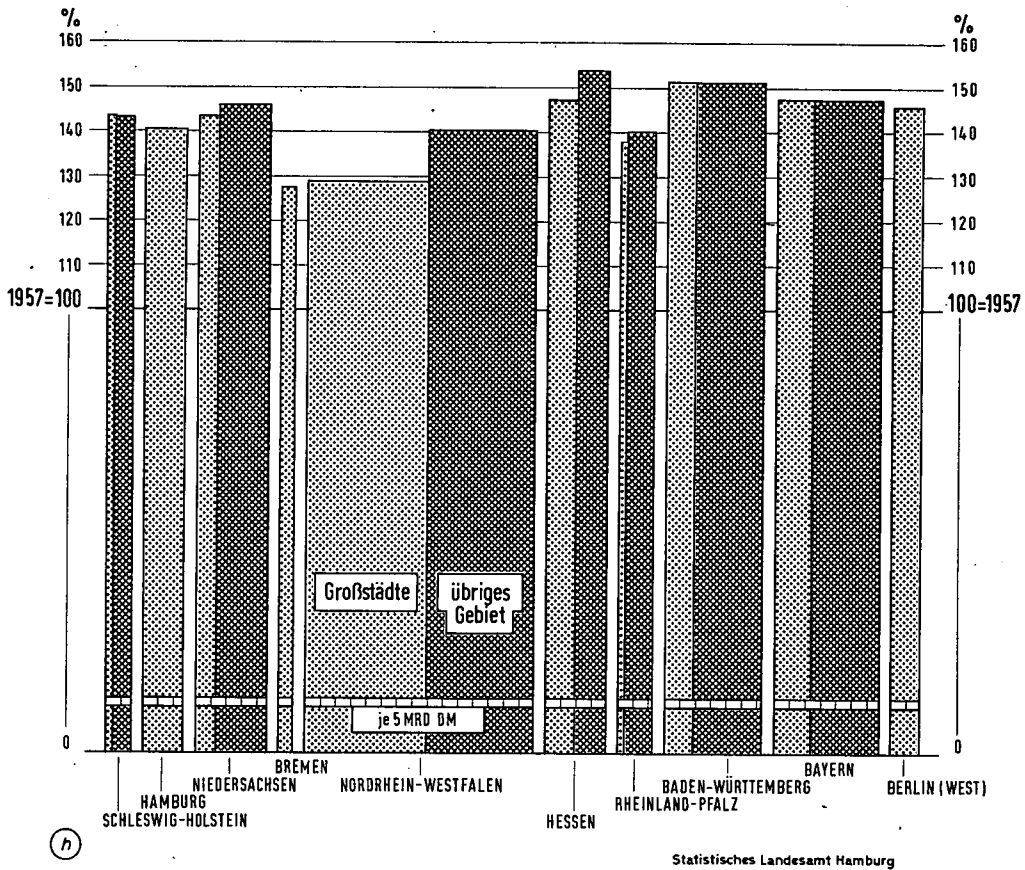
Das Bruttoinlandsprodukt der Länder 1961 nach dem Anteil der Großstädte



(h)

Schaubild 2

Das Bruttoinlandsprodukt der Länder nach Großstädten und dem übrigen Gebiet 1957 mit der Entwicklung auf 1961



falen, Hessen und Rheinland-Pfalz⁷⁾ sind diese Städte mit der Landeshauptstadt identisch. Im Saarland ist die einzige Großstadt — Saarbrücken — zugleich Landeshauptstadt (vgl. Anhangtabelle 1a).

Die Aufteilung des Bruttoinlandsproduktes der Länder auf den Beitrag der Großstädte und der übrigen Gebiete (kreisfreie Städte und Landkreise) zum Bruttoinlandsprodukt führt — geordnet nach der Höhe des Beitrages der Großstädte zum Bruttoinlandsprodukt — zu folgender Gruppierung:

Bruttoinlandsprodukt 1961
— in Milliarden DM —

Länder	Großstädte	übrige Gebiete	Land insgesamt
Nordrhein-Westfalen	51,0	48,6	99,6
Hamburg	18,2	—	18,2
Bayern	17,2	32,0	49,2
Baden-Württemberg	14,0	33,1	47,1
Hessen	13,3	15,1	28,4
Berlin (West)	13,3	—	13,3
Niedersachsen	9,5	24,1	33,6
Bremen	5,2	—	5,2
Schleswig-Holstein	3,0	8,0	11,0
Rheinland-Pfalz	2,6	12,7	15,3
Saarland	1,5	4,1	5,6
Insgesamt	148,8	177,7	326,5

Unter den Ländern nimmt Hamburg dabei die zweite Stelle ein, d. h. seine wirtschaftliche Leistung über-

⁷⁾ Nordrhein-Westfalen: Köln, Hessen: Frankfurt, Rheinland-Pfalz: Ludwigshafen am Rhein.

trifft die der länderweise aufaddierten Beiträge der Großstädte aller anderen Länder zum Bruttoinlandsprodukt mit Ausnahme von Nordrhein-Westfalen. Zugleich kann festgestellt werden, daß durch die länderweise Summierung der Wirtschaftsleistung der Großstädte Beiträge in einer Größenordnung entstehen, die der Höhe des Hamburger Inlandsprodukts nahekommen.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Landeshauptstadt (oder größten Stadt) ist im Saarland relativ am höchsten, mehr als ein Viertel des Landesergebnisses (27,0%) werden allein in Saarbrücken erarbeitet; eine ähnlich überragende Stellung mit 27,6% der wirtschaftlichen Leistung des Landes nimmt Frankfurt am Main ein, während München 20,3% — jeweils 1961 — erreicht.

Den geringsten Anteil der Groß- und Hauptstädte weisen außer Rheinland-Pfalz die beiden norddeutschen Küstenländer auf, während in Nordrhein-Westfalen durch die Vielzahl der Großstädte der Anteil Düsseldorfs auf nur 6,7% des Landesergebnisses beschränkt bleibt (vgl. Anhangtabelle 1 b).

b) Entwicklung 1957/1961

Fast in allen Ländern hat sich der Anteil der Großstädte am Landesergebnis von 1957 bis 1961 vergrößert. Er betrug in %

Länder	Anteil der Großstädte am Bruttoinlandsprodukt		Veränderung in Punkten
	1957	1961	
Nordrhein-Westfalen	53,4	51,2	— 2,2
Hessen	48,0	46,9	— 1,1
Bayern	35,0	35,0	± 0
Baden-Württemberg	29,8	29,8	± 0
Schleswig-Holstein	27,6	27,7	+ 0,1
Niedersachsen	28,7	28,3	— 0,4
Rheinland-Pfalz	17,4	17,2	— 0,3
Summe der Länder (einschl. Hamburg und Bremen, ohne Saarland und Berlin (West)) ..	44,9	43,6	— 1,3

Es ist festzustellen, daß der Anteil dort den stärksten Rückgang erfahren hat, wo die Großstädte den relativ größten Anteil hatten. Dem steht allerdings bei den großstadtarmen Ländern keine entsprechende Zunahme gegenüber, so daß auch insgesamt ein Rückgang des Anteils der Großstädte an der wirtschaftlichen Gesamtleistung feststellbar ist.

Die Veränderung des Beitrages der Großstädte und der übrigen Gebiete der Länder zum Bruttoinlandsprodukt geht aus dem Schaubild 2 hervor.

Lediglich in Schleswig-Holstein, in Baden-Württemberg und Bayern hat das Bruttoinlandsprodukt der Großstädte stärker zugenommen als das der übrigen Gebiete.

Länder	Zunahme des Bruttoinlandsprodukts 1957 auf 1961 in %		
	Großstädte	übrige Gebiete	Land
Schleswig-Holstein	43,5	43,0	43,1
Hamburg	40,4	—	40,4
Niedersachsen	43,3	46,1	45,3
Bremen	27,7	—	27,7
Nordrhein-Westfalen	28,9	40,5	34,3
Hessen	47,7	54,1	51,0
Rheinland-Pfalz	38,0	40,2	39,8
Baden-Württemberg	51,2	51,1	51,2
Bayern	47,4	47,3	47,3
Summe der Länder (ohne Saarland und Berlin (West))	38,0	45,7	42,2

Hamburg liegt in der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts der Großstädte über der Bundesentwicklung, verglichen mit den Ländern ist es hinter dem Bundesdurchschnitt zurückgeblieben (vgl. Anhangtabelle 1 d).

2. Betrachtung nach Wirtschaftsbereichen

a) Struktur

In der Regionalberechnung ist eine Gliederung der Entstehungsseite für Großstädte maximal nach 6, für kreisfreie Städte unter 100 000 Einwohnern und Landkreise nach 4 zusammengefaßten Wirtschaftsbereichen möglich. Um den Beschluß des Arbeitskreises, für kreisfreie Städte bis 100 000 Einwohner und Landkreise nur eine Gliederung nach 4 Bereichen vorzunehmen, zu beachten und den Strukturvergleich zu vereinfachen, wurde auch für die Großstädte grundsätzlich nur eine Gliederung nach 4 zusammengefaßten Bereichen gewählt. Während die Großstädte im Bundesgebiet insgesamt in den Bereichen Handel und Verkehr und Dienstleistungen einen höheren Anteil haben (um je etwa 11 bzw. 8 Punkte höher), ist

der Anteil der Landwirtschaft und des Warenproduzierenden Gewerbes umgekehrt bei den übrigen Gebieten jeweils um 8 bis 9 Punkte höher. Hierbei ist insofern eine gewisse strukturelle Annäherung, zu verzeichnen, als bei den übrigen Gebieten die Anteile der Bereiche Warenproduzierendes Gewerbe und Dienstleistungen in dem Maße zunehmen, wie der Bereich Landwirtschaft abnimmt. Dabei ist die letztgenannte Entwicklung in allen Ländern eingetreten, während der Bereich Handel und Verkehr nur in einem Teil der Länder seinen Anteil ausdehnen konnte.

Den höchsten Anteil erzielte der Bereich Landwirtschaft naturgemäß in den übrigen Gebieten (also in den Kreisen und kreisfreien Städten bis zu 100 000 Einwohnern) der Länder, und zwar im Jahre 1957 in Schleswig-Holstein mit 20,1 %, Niedersachsen mit 17,7 % und Bayern mit 17,2 %. Im Jahre 1961 war der Anteil der Landwirtschaft in diesen Ländern bereits auf 16,7 %, 14,3 % und 13,8 % zurückgegangen. In den Großstädten machte der Anteil der Landwirtschaft weniger als 1 % oder 1 bis 2 % aus.

Vom Warenproduzierenden Gewerbe (Bergbau und Energieversorgung, Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe) wurde der höchste Anteil 1957 in Nordrhein-Westfalen mit 64,6 % am Bruttoinlandsprodukt erzielt, jedoch nicht in den Großstädten des Landes, sondern in den kreisfreien Städten unter 100 000 Einwohnern und den Kreisen. Die Feststellung, daß das Warenproduzierende Gewerbe in den kreisfreien Städten und Landkreisen einen höheren Anteil als in den Großstädten hat, trifft auch für die Länder Hessen, Baden-Württemberg, Bayern und das Saarland zu. In den wirtschaftlich weniger entwickelten Ländern mit geringerer Großstadtdichte, wie Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz, trifft dies noch nicht zu, doch ist tendenzmäßig eine Angleichung festzustellen; in Niedersachsen ist der Strukturwechsel 1961 schon nachweisbar.

Abgesehen von Rheinland-Pfalz bestehen zwischen den Anteilen des Bereichs Handel und Verkehr am Bruttoinlandsprodukt in den Großstädten und den übrigen Gebieten Unterschiede zugunsten der Großstädte von im Durchschnitt 10 Punkten. Im Bundesgebiet insgesamt beträgt der Anteil dieses Wirtschaftsbereichs am Bruttoinlandsprodukt der Großstädte 25,7 %, für die kreisfreien Städte unter 100 000 Einwohnern und die Landkreise 14,8 %. Starke Wandlungen von 1957 auf 1961 haben sich hier nicht ergeben. Allerdings ist festzustellen, daß der Bereich Handel und Verkehr in den Großstädten allgemein rückläufige Tendenz zeigt.

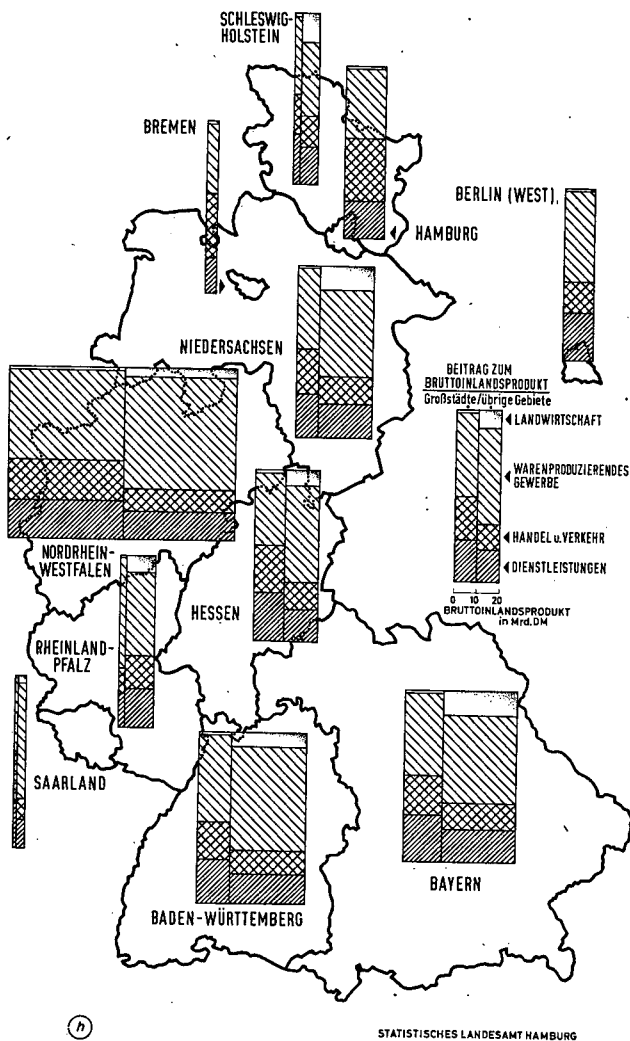
Für den Bereich Dienstleistungen ist dagegen in den Großstädten aller Länder eine Zunahme zu verzeichnen, die häufig sogar recht bedeutend ist. Abgesehen von Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg ist dies auch für die übrigen Gebiete zu sagen. Während in Baden-Württemberg der Anteil der Dienstleistungen konstant blieb, nahm er in Hessen und in Rheinland-Pfalz ab (vgl. Anhangtabelle 1 c).

b) Anteil am Landesergebnis

Stellt man die Frage, in welchem Maße die Großstädte und die übrigen Gebiete am Zustandekommen des Beitrages der Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt in den Ländern beteiligt sind, so zeigt

Schaubild 3

Die Anteile der Wirtschaftsbereiche am Bruttoinlandsprodukt der Länder 1961 für Großstädte und übrige Gebiete



kreisfreien Städte unter 100 000 Einwohnern und Kreise am Bruttoinlandsprodukt im Handel und Verkehr ist in allen Ländern erkennbar.

Bei den Dienstleistungen ist diese Entwicklung uneinheitlich. Auch hier haben die Großstädte nur in Hessen und Nordrhein-Westfalen das Übergewicht. Im Bundesdurchschnitt blieb der Anteil der Großstädte bzw. der kreisfreien Städte unter 100 000 Einwohnern und Landkreise praktisch konstant.

c) Entwicklung

Während die durchschnittliche Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts für die Großstädte 38,0 % beträgt, erreichen die übrigen Gebiete, also kreisfreie Städte unter 100 000 Einwohnern und Landkreise, eine durchschnittliche Zunahme von 45,7 %. Für die verschiedenen Gebiete und Wirtschaftsbereiche ergeben sich von 1957 auf 1961 folgende Zuwachsraten

	Großstädte	Übrige Gebiete
Landwirtschaft	15,9 %	13,4 %
Warenproduz. Gewerbe	35,9 %	51,8 %
Handel und Verkehr	32,6 %	46,8 %
Dienstleistungen	49,7 %	49,4 %
Bruttoinlandsprodukt	38,0 %	45,7 %

Die stärkste Zuwachsrate im Bereich Landwirtschaft zeigt sich in den Großstädten Baden-Württembergs und Niedersachsens mit jeweils 28,8 % und Schleswig-Holsteins mit 23,7 %, in den übrigen Gebieten in Schleswig-Holstein und Bayern mit 19,1 und 17,8 %. Bei den Zahlen und vor allem den Zuwachsraten der Landwirtschaft sollte aber berücksichtigt werden, daß Mengen und Preise auch wesentlich vom Witterungsablauf abhängen und bis zu einem gewissen Grade Zufallsergebnisse darstellen.

Mit einer Zunahme des Bruttoinlandsprodukts um 68,1 % stehen die großstadtfreien Gebiete Hessens im Warenproduzierenden Gewerbe von allen vergleichenen Gebietseinheiten an der Spitze (Baden-Württemberg 58,3 %). Unter den Großstädten sind die Zuwachsraten in Baden-Württemberg und Bayern mit 55,8 % und 50,1 % am höchsten.

Im Bereich Handel und Verkehr erreichten die übrigen Gebiete Hessens mit einer Zunahme von 54,0 % vor Bayern mit 52,1 % wiederum die Spitze. In beiden Ländern zeigen auch die Großstädte in diesem Bereich die höchste relative Zunahme aller Länder mit 47,0 % in Hessen und 42,4 % in Bayern.

Bei den Dienstleistungen ist die Entwicklung auf hohem Niveau relativ ausgeglichen. Zu erwähnen ist die Zuwachsrate der Großstädte Baden-Württembergs mit 55,0 % und die der übrigen Gebiete Bayerns mit 52,0 %. Im Durchschnitt des Bundesgebietes übertraf die Zuwachsrate der Großstädte mit 49,7 % geringfügig die der übrigen Gebiete mit 49,4 % (vgl. Anhangtabelle 1 d).

3. Das Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung

a) Die Wirtschafts- und die Wohnbevölkerung

Für das Bundesgebiet werden die gebräuchlichen Größen aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wie z. B. Bruttoinlandsprodukt und Volksein-

sich interessanterweise, daß der Anteil der Großstädte am Beitrag der Landwirtschaft zum Bruttoinlandsprodukt in Nordrhein-Westfalen am höchsten ist. Der Beitrag der Großstädte zum Bruttoinlandsprodukt der Landwirtschaft dieses Landes ist sogar von 9,4 % im Jahre 1957 auf 10,9 % im Jahre 1961 angestiegen. Ein gewisser Anstieg ist – wenn auch auf tieferem Niveau – auch in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hessen und Baden-Württemberg zu beobachten (vgl. Anhangtabelle 1 b).

Der Beitrag des Warenproduzierenden Gewerbes zum Bruttoinlandsprodukt wird in allen Flächenländern überwiegend von den kreisfreien Städten unter 100 000 Einwohnern und den Kreisen erbracht, wobei übrigens der Anteil der Großstädte rückläufig ist. Besonders hoch war der Anteil der übrigen Gebiete am Beitrag des Warenproduzierenden Gewerbes zum Bruttoinlandsprodukt des Landes im Jahre 1961 im Saarland mit 80,2 %, in Rheinland-Pfalz mit 78,3 % und in Baden-Württemberg mit 73,7 %.

Abgesehen von Hessen und Nordrhein-Westfalen tragen zum Beitrag des Bereichs Handel und Verkehr zum Bruttoinlandsprodukt überwiegend nicht die Großstädte, sondern ebenfalls die übrigen Gebiete bei. Die Tendenz zu einer Erhöhung des Anteils der

Tabelle 1

Unterschied der Wirtschafts- zur Wohnbevölkerung in % der Wohnbevölkerung¹⁾ (Wohnbevölkerung = 100 %)

Länder	1957		1961	
	Großstädte	übrige Gebiete	Großstädte	übrige Gebiete
	1	2	3	4
Schleswig-Holstein	8,5	— 7,7	11,4	— 10,2
Hamburg	8,6	—	9,6	—
Niedersachsen	13,7	— 5,2	20,2	— 8,9
Bremen	11,3	—	13,5	—
Nordrhein-Westfalen	8,7	— 6,6	8,3	— 6,1
Hessen	23,8	— 10,5	29,5	— 12,5
Rheinland-Pfalz	32,1	— 7,5	34,1	— 9,6
Baden-Württemberg	31,8	— 7,0	30,9	— 6,1
Bayern	20,6	— 5,5	23,5	— 6,8
Summe der Länder (ohne Saarland und Berlin (West))	14,3	— 6,7	15,8	— 7,8
Saarland			76,7	— 7,9
Berlin (West)	2,1	—	1,7	—

¹⁾ Wirtschaftsbevölkerung < Wohnbevölkerung = (—).

kommen zur Einwohnerzahl in Beziehung gesetzt. Bei kleineren Gebietseinheiten ist dies für das Bruttoinlandsprodukt — das dem sog. Inlandsprodukt folgt — nicht möglich, wenn Erwerbstätige zur Erarbeitung des Bruttoinlandsproduktes eines Gebietes beitragen, aber außerhalb dieses Gebietes ihren Wohnsitz haben. Um einen Zusammenhang zwischen dem im Inland erarbeiteten Produkt und der an ihm beteiligten Bevölkerung zu erhalten, ist in der Sozialproduktberechnung der Länder der Begriff der Wirtschaftsbevölkerung gebildet worden. Die Wirtschaftsbevölkerung eines Gebietes umfaßt die Wohnbevölkerung zusätzlich des Pendlersaldos einschl. der Familien dieser Pendler. Da bei der heutigen Beschäftigungslage mit einer Erwerbsquote von rd. 50 % der Bevölkerung gerechnet werden kann, kommt also auf jeden Erwerbstätigen, d. h. auch auf jeden Pendler ein weiterer Familienangehöriger. Formelmäßig ergibt sich die Wirtschaftsbevölkerung demnach aus der Gleichung: Wohnbevölkerung ± (Pendlersaldo × 2).

Die Wirksamkeit der Anziehungskraft der Großstädte auf die in ihrem Einzugsbereich wohnenden erwerbstätigen Personen ist unterschiedlich. Es zeigt sich,

daß die stärkste Ergänzung der aus der eigenen Wohnbevölkerung stammenden Erwerbstätigen in den Großstädten Baden-Württembergs, Rheinland-Pfalz' und des Saarlandes stattfindet, also der Länder, in denen der durchschnittliche Anteil der Großstädte an der Einwohnerzahl bzw. am Bruttoinlandsprodukt vergleichsweise gering ist. Dagegen ist die Anziehungskraft auf zusätzliche Arbeitskräfte außerhalb der Großstadtgrenzen in Nordrhein-Westfalen am geringsten (8,3 %). Dies hängt mit den dort bestehenden starken städtischen Ballungsgebieten zusammen, in denen die Großstädte über ein größeres Einzugsgebiet mit geringerer wirtschaftlicher Leistung je Kopf nicht verfügen. Vielmehr überschneiden sich hier die Einzugsbereiche von Städten mit ähnlich hohem Leistungsniveau, so daß ein Teil der Großstädte sogar Pendlerverluste aufweist.

b) Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistung je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung und ihre Entwicklung

Die Anziehungskraft der Städte auf die Arbeitskräfte des umliegenden Gebietes beruht in erster Linie auf dem mannigfaltigeren Arbeitsangebot und dem im Durchschnitt höheren Arbeitsentgelt. An der Höhe des Bruttoinlandsprodukts je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung hat die wirtschaftliche Struktur der verglichenen Gebiete mit der nach Wirtschaftszweigen differierenden Kapitalintensität und der z. T. sehr unterschiedlichen Quote an indirekten Steuern ursächlichen Anteil. Welche Unterschiede sich zwischen den Großstädten und den übrigen Gebieten — jeweils für die Länder getrennt — ergeben, und wie sich das Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung entwickelt hat, geht aus der folgenden Tabelle hervor (vgl. auch Anhangtabelle 2).

Es ist festzustellen, daß das Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung der Großstädte das der übrigen Gebiete sowohl 1957 als auch 1961 übertrifft. Während das Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung der kreisfreien Städte unter 100 000 Einwohnern und der Landkreise 1957 im Bun-

Tabelle 2

Das Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung und seine Veränderung von 1957 auf 1961

Länder	1957			1961			Zunahme in % 1957/61	
	Großstädte	übrige Gebiete		Großstädte	übrige Gebiete		Großstädte	übrige Gebiete
	in DM		in % der Großstädte	in DM		in % der Großstädte		
	1	2	3	4	5	6	7	8
Schleswig-Holstein	4 006	3 418	85,3	5 383	4 909	91,2	34,4	43,6
Hamburg	6 730	—	—	9 030	—	—	34,2	—
Niedersachsen	4 718	3 317	70,3	6 133	4 954	80,8	30,0	49,4
Bremen	5 630	—	—	6 530	—	—	16,0	—
Nordrhein-Westfalen	5 530	4 380	79,2	6 740	5 800	86,1	21,9	32,4
Hessen	5 580	3 360	60,2	7 380	5 050	68,4	32,3	50,3
Rheinland-Pfalz	5 310	3 240	61,0	6 520	4 500	69,0	22,8	38,9
Baden-Württemberg	5 080	4 030	79,3	7 310	5 590	76,5	43,9	38,7
Bayern	5 240	3 150	60,1	7 000	4 560	65,1	33,6	44,8
Summe der Länder ohne Saarland und Berlin (West)	5 443	3 660	67,2	7 030	5 162	73,2	29,2	41,0
Saarland				6 550	4 710	71,9		
Berlin (West)	4 000	—	—	5 930	—	—	48,3	—

desdurchschnitt rd. 67 % desjenigen der Großstädte ausmachte, nahm es infolge der stärkeren Zuwachsrate 1961 auf 73 % zu. Mit Ausnahme von Baden-Württemberg ist diese Angleichung der wirtschaftlichen Leistung je Kopf in allen Ländern feststellbar und am weitesten in Schleswig-Holstein (91,2 %), Nordrhein-Westfalen (86,1 %) und Niedersachsen (80,8 %) fortgeschritten. Das stärkste Gefälle im Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung besteht in Bayern (65,1 %), Hessen (68,4 %) und Rheinland-Pfalz (69,0 %). Die Zuwachsraten des Bruttoinlandsproduktes je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung liegen für die Großstädte bei rd. 29 %, für die übrigen Gebiete bei 41 %. Unter den Großstädten hatte Berlin mit rd. 48 % die höchste Zuwachsrate aufzuweisen. Allerdings nahm Berlin in der Rangordnung der Großstädte 1957 noch den letzten Platz ein. Im Jahre 1961 hat es die Pro-Kopf-Leistung der Großstädte Schleswig-Holsteins bereits übertroffen.

Von den kreisfreien Städten unter 100 000 Einwohnern und den Landkreisen konnten die in Hessen und Niedersachsen gelegenen ihr Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung um rd. 50 % erhöhen. Veränderungen des Bruttoinlandsproduktes je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung sind z. T. Folgen der Umstrukturierung der Wirtschaft, die in den Gebieten außerhalb der Großstädte wegen der umfassenderen Investitionsmöglichkeiten noch ein rasches Tempo hat als in den Großstädten selbst. Der Grund für die Spitzenstellung Hamburgs liegt zum Teil darin, daß Wirtschaftszweige mit relativ hoher Produktivität, aber auch solche mit hohen indirekten Steuern (Mineralöl- und Tabakwarensteuer) in Hamburg stark vertreten sind. Verglichen mit anderen Großstädten ist die wirtschaftliche Entwicklung Hamburgs relativ günstig.

4. Das Bruttoinlandsprodukt je Beschäftigten

Da für das Jahr 1961 aus der Arbeitsstättenzählung zuverlässige Regionalergebnisse über die Zahl der Beschäftigten zur Verfügung standen, war es möglich, dem nach Wirtschaftszweigen vorliegenden Bruttoinlandsprodukt die Beschäftigten in den jeweiligen Bereichen zuzuordnen. Dabei war es von besonderer Bedeutung, daß — wie in der Sozialproduktberechnung — bei der Aufbereitung der Beschäftigtenzahlen der Arbeitsstättenzählung der wirtschaftliche Schwerpunkt des Unternehmens für die gewerbesystematische Zuordnung der Betriebe maßgebend war.

Die Zuverlässigkeit der unterschiedlichen Werte je Beschäftigten hängt u. a. davon ab, wie weit regional differenzierte Kostenstrukturwerte in die Berechnung eingegangen sind. So können z. B. die für das Verarbeitende Gewerbe ermittelten Werte über die regionalen Produktivitätsunterschiede⁸⁾ mit den bekannten Einschränkungen (Schwerpunkt des Unternehmens auch für Betriebe mit anderem wirtschaftlichen Schwerpunkt maßgebend⁹⁾) regional differenzierte Aussagen zulassen. Teilweise allerdings beruhen die Unterschiede auf der verschiedenartigen

⁸⁾ Aus der Nettoleistungserhebung der Industrie.

⁹⁾ Vgl. Bahlert, H.: Die Entwicklung des Hamburger Nettoinlandsprodukts von 1950 bis 1955. — In: Hamburg in Zahlen, Jahrg. 1957, Heft 14, S. 243.

¹⁰⁾ Vgl. auch Marx, D.: Regionale Produktivitätsmessung als Ansatzpunkt überregionaler Raumordnungspolitik. — In: Jahrbuch für Sozialwissenschaft, Band 14 (1963), Heft 3, S. 414 ff.

Zusammensetzung der zusammengefaßten Wirtschaftsbereiche mit jeweils unterschiedlicher Produktivität¹⁰⁾.

Das Bruttoinlandsprodukt je Beschäftigten betrug 1961 in den Großstädten rd. 14 400 DM, in den kreisfreien Städten unter 100 000 Einwohnern und den Landkreisen 11 230 DM. Der Grund hierfür liegt z. T. im größeren Anteil der Landwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt mit einem geringeren Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt je Beschäftigten in den Landkreisen. Außerdem zeigt sich aber auch in den Großstädten für die zusammengefaßten Bereiche Warenproduzierendes Gewerbe, Handel und Verkehr und Dienstleistungen im Durchschnitt ein höherer Betrag für das Bruttoinlandsprodukt je Beschäftigten. Dies gilt jedoch nicht für alle Bundesländer und Bereiche. Im Warenproduzierenden Gewerbe ist der Pro-Kopf-Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt der norddeutschen Flächenländer in den kreisfreien Städten bis 100 000 Einwohner und Landkreisen höher als in den Großstädten; im Bereich Dienstleistungen trifft dies für das Saarland zu.

Ein Vergleich zwischen den Großstädten der Länder ergibt folgende Rangordnung

Großstädte	Bruttoinlandsprodukt je Beschäftigten in DM
Hamburg	17 850
Baden-Württemberg	14 690
Nordrhein-Westfalen	14 620
Hessen	14 600
Bremen	13 850
Bayern	13 720
Rheinland-Pfalz	13 640
Saarland	13 540
Berlin (West)	12 830
Schleswig-Holstein	12 690
Niedersachsen	12 600

Die Ursachen für die hohen Zahlen des Bruttoinlandsprodukts für Hamburg sind schon mehrfach erwähnt worden. Bemerkenswert ist, daß die Rangordnung des Bruttoinlandsprodukts je Beschäftigten der Städte mit weniger als 100 000 Einwohnern und der Landkreise der einzelnen Länder anders ist als für die Großstädte.

Kreisfreie Städte unter 100 000 Einwohnern und Landkreise	Bruttoinlands- produkt je Beschäftigten in DM	Reihenfolge unter den Flächenländern	
		übrige Gebiete	Groß- städte
Nordrhein-Westfalen	13 460	1	2
Saarland	11 690	2	6
Schleswig-Holstein	11 470	3	7
Niedersachsen	11 390	4	8
Baden-Württemberg	11 150	5	1
Hessen	9 910	6	3
Bayern	9 870	7	4
Rheinland-Pfalz	9 690	8	5

Das Bruttoinlandsprodukt je Beschäftigten ist im Bundesdurchschnitt für die drei ausgewählten Wirtschaftsbereiche ziemlich ausgeglichen und liegt bei den Großstädten zwischen 14 200 und 14 600 DM, in den übrigen Gebieten — bei stärkerer Streuung — zwischen 10 600 und 13 000 DM.

Tabelle 3

Das Bruttoinlandsprodukt je Beschäftigten 1961

Länder	Bruttoinlandsprodukt je Beschäftigten insgesamt		darunter					
	Großstädte	übrige Gebiete	Warenproduzierendes Gewerbe		Handel und Verkehr		Dienstleistungen	
			Großstädte	übrige Gebiete	Großstädte	übrige Gebiete	Großstädte	übrige Gebiete
	in DM							
	1	2	3	4	5	6	7	8
Schleswig-Holstein	12 690	11 470	12 880	14 640	11 250	10 490	13 550	11 890
Hamburg	17 850	—	18 420	—	19 560	—	15 120	—
Niedersachsen	12 600	11 390	12 150	14 040	12 920	10 130	13 160	12 390
Bremen	13 850	—	12 960	—	15 870	—	12 970	—
Nordrhein-Westfalen	14 620	13 460	14 210	14 640	13 990	10 840	16 340	15 410
Hessen	14 600	9 910	13 990	12 150	14 760	10 690	15 560	12 880
Rheinland-Pfalz	13 640	9 690	14 670	11 810	10 810	10 130	13 470	11 720
Baden-Württemberg	14 690	11 150	15 140	12 030	13 280	11 330	15 090	12 650
Bayern	13 720	9 870	14 240	11 070	12 040	10 440	14 550	12 340
Saarland	13 540	11 690	15 000	13 300	12 510	8 710	12 660	13 110
Berlin (West)	12 830	—	14 420	—	11 970	—	11 120	—
Summe der Länder	14 400	11 230	14.440	12 900	14 190	10 590	14 596	13 000

Im Warenproduzierenden Gewerbe nimmt Hamburg mit 28 % über dem Bundesdurchschnitt die Spitze der Länder ein, im Bereich Handel und Verkehr mit 38 %. Im Bereich Dienstleistungen erreicht Hamburg mit 15 120 DM hinter Nordrhein-Westfalen (16 340 DM) und Hessen (15 560 DM) den dritten Platz.

Vergleicht man die wirtschaftliche Leistung je Kopf der Beschäftigten in den Großstädten nach Wirtschaftsbereichen und Ländern, so bilden die beiden für Hamburg im Handel und Verkehr mit 19 560 DM und im Warenproduzierenden Gewerbe mit 18 420 DM genannten Zahlen die höchsten Werte; der dritt-

höchste Pro-Kopf-Betrag wird in den Dienstleistungen mit 16 340 DM in Nordrhein-Westfalen erzielt.

Auch bei den kreisfreien Städten unter 100 000 Einwohnern und den Landkreisen nimmt der Bereich Dienstleistungen in Nordrhein-Westfalen mit einem Bruttoinlandsprodukt je Beschäftigten von 15 410 DM den ersten Rang ein. Die nächsthöheren Werte werden im Warenproduzierenden Gewerbe in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen mit je 14 640 DM erreicht.

Erich Böhm

Anhangtabelle 1

Das Bruttoinlandsprodukt der Länder 1957 und 1961 nach Großstädten und übrigen Gebieten

Länder	Jahre	Bruttoinlandsprodukt insgesamt	davon				
			Land- und Forstwirtschaft	Warenproduzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Übrige Dienstleistungen	
			1	2	3	4	5
a) In Millionen DM							
Schleswig-Holstein	insges.	1957	7 705	1 160	3 264	1 506	1 774
		1961	11 027	1 383	4 851	2 115	2 679
davon	Großstädte	1957	2 125	38	966	522	598
		1961	3 049	47	1 391	704	907
	übrige Gebiete	1957	5 580	1 122	2 298	984	1 176
		1961	7 978	1 336	3 460	1 411	1 772
darunter	Kiel	1957	1 136	20	472	275	369
		1961	1 611	21	649	376	565
Hamburg		1957	12 934	140	5 396	4 722	2 676
		1961	18 160	163	7 492	6 585	3 920
Niedersachsen	insges.	1957	23 176	2 983	10 854	4 387	4 952
		1961	33 684	3 506	16 567	6 226	7 385
davon	Großstädte	1957	6 653	52	3 149	1 770	1 681
		1961	9 537	67	4 485	2 485	2 499
	übrige Gebiete	1957	16 523	2 931	7 705	2 617	3 271
		1961	24 147	3 439	12 082	3 741	4 886
darunter	Hannover	1957	3 494	12	1 608	953	920
		1961	5 008	21	2 347	1 305	1 335
Bremen	insges.	1957	4 101	78	1 636	1 633	753
		1961	5 238	85	2 104	1 969	1 081
davon	Großstädte	1957	4 101	78	1 636	1 633	753
		1961	5 238	85	2 104	1 969	1 081
	übrige Gebiete	1957	—	—	—	—	—
		1961	—	—	—	—	—
darunter	Bremen	1957	3 651	30	1 487	1 505	629
		1961	4 596	20	1 911	1 760	905
Nordrhein-Westfalen	insges.	1957	74 152	2 575	44 207	14 033	13 337
		1961	99 613	2 783	58 934	18 089	19 807
davon	Großstädte	1957	39 564	242	21 862	9 559	7 902
		1961	51 000	303	27 237	11 658	11 793
	übrige Gebiete	1957	34 588	2 333	22 345	4 474	5 435
		1961	48 613	2 480	31 697	6 431	8 014
darunter	Köln	1957	4 631	18	1 937	1 406	1 270
		1961	7 059	23	3 195	1 786	2 055
Hessen	insges.	1957	18 842	1 340	9 063	3 968	4 471
		1961	28 456	1 416	14 339	5 943	6 758
davon	Großstädte	1957	9 035	71	4 018	2 423	2 521
		1961	13 347	80	5 859	3 563	3 845
	übrige Gebiete	1957	9 807	1 269	5 045	1 545	1 950
		1961	15 109	1 336	8 480	2 380	2 913
darunter	Frankfurt a. M.	1957	5 438	28	2 361	1 560	1 489
		1961	7 828	31	3 247	2 289	2 260
Rheinland-Pfalz	insges.	1957	10 945	1 205	5 251	2 063	2 426
		1961	15 300	1 306	7 746	2 822	3 426
davon	Großstädte	1957	1 901	21	1 205	325	349
		1961	2 624	18	1 683	402	521
	übrige Gebiete	1957	9 044	1 184	4 046	1 738	2 077
		1961	12 676	1 288	6 063	2 420	2 905
darunter	Ludwigshafen a. Rh.	1957	1 218	7	926	144	140
		1961	1 585	9	1 193	177	207
Baden-Württemberg	insges.	1957	31 134	2 310	17 480	5 188	6 156
		1961	47 064	2 615	27 559	7 473	9 417
davon	Großstädte	1957	9 263	80	4 660	2 211	2 313
		1961	14 010	103	7 261	3 060	3 585
	übrige Gebiete	1957	21 871	2 230	12 820	2 977	3 843
		1961	33 054	2 512	20 298	4 413	5 832
darunter	Stuttgart	1957	4 558	32	2 377	1 026	1 123
		1961	7 166	43	3 831	1 472	1 819
Bayern	insges.	1957	33 401	3 828	16 088	5 990	7 495
		1961	49 205	4 479	24 595	8 838	11 292
davon	Großstädte	1957	11 684	87	5 505	2 825	3 265
		1961	17 218	72	8 262	4 024	4 861
	übrige Gebiete	1957	21 717	3 741	10 583	3 165	4 230
		1961	31 987	4 407	16 333	4 814	6 431
darunter	München	1957	6 639	42	2 907	1 533	2 156
		1961	9 943	36	4 492	2 218	3 198
Summe der Länder (ohne Saarland u. Berlin [West])		1957	216 390	15 619	113 239	43 490	44 040
		1961	307 747	17 736	164 187	60 060	65 765
davon	Großstädte	1957	97 260	809	48 397	25 990	22 058
		1961	134 183	938	65 774	34 450	33 012
	übrige Gebiete	1957	119 130	14 810	64 842	17 500	21 982
		1961	173 564	16 798	98 413	25 610	32 753
darunter	größte Städte der Länder	1957	43 699	329	19 471	13 124	10 772
		1961	62 956	367	28 357	17 968	16 264
Saarland	insges.	1957	—	—	—	—	—
		1961	5 596	159	3 419	909	1 109
davon	Großstädte	1957	—	—	—	—	—
		1961	1 512	8	676	428	401
	übrige Gebiete	1957	—	—	—	—	—
		1961	4 084	151	2 743	481	708
darunter	Saarbrücken	1957	—	—	—	—	—
		1961	1 512	8	676	428	401
Berlin (West)		1957	9 095	40	4 425	1 915	2 715
		1961	13 255	45	7 095	2 430	3 685

Noch: Anhangtabelle 1

Länder	Jahre	Bruttoinlandsprodukt insges.	davon				
			Land- und Forstwirtschaft	Warenproduzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Übrige Dienstleistungen	
			1	2	3	4	5
b) Anteil am Landesergebnis in %							
Schleswig-Holstein	insges.	1957	100	100	100	100	100
		1961	100	100	100	100	100
davon	Großstädte	1957	27,6	3,3	29,6	34,7	33,7
		1961	27,7	3,4	28,7	33,3	33,9
	übr. Gebiete	1957	72,4	96,7	70,4	65,3	66,3
		1961	72,3	96,6	71,3	66,7	66,1
darunter	Kiel	1957	14,7	1,7	14,5	18,3	20,8
		1961	14,6	1,5	13,4	17,8	21,1
Hamburg	insges.	1957	100	100	100	100	100
		1961	100	100	100	100	100
Niedersachsen	insges.	1957	100	100	100	100	100
		1961	100	100	100	100	100
davon	Großstädte	1957	28,7	1,7	29,0	40,3	33,9
		1961	28,3	1,9	27,1	39,9	33,8
	übr. Gebiete	1957	71,3	98,3	71,0	59,7	66,1
		1961	71,7	98,1	72,9	60,1	66,2
darunter	Hannover	1957	15,1	0,4	14,8	21,7	18,6
		1961	14,9	0,6	14,2	21,0	18,1
Bremen	insges.	1957	100	100	100	100	100
		1961	100	100	100	100	100
davon	Großstädte	1957	100	100	100	100	100
		1961	100	100	100	100	100
	übr. Gebiete	1957	—	—	—	—	—
		1961	—	—	—	—	—
darunter	Bremen	1957	89,0	38,5	90,9	92,2	83,5
		1961	87,7	23,5	90,8	89,4	83,7
Nordrhein-Westfalen	insges.	1957	100	100	100	100	100
		1961	100	100	100	100	100
davon	Großstädte	1957	53,4	9,4	49,5	68,1	59,2
		1961	51,2	10,9	46,2	64,4	59,5
	übr. Gebiete	1957	46,6	90,6	50,5	31,9	40,8
		1961	48,8	89,1	53,8	35,6	40,5
darunter	Köln	1957	6,2	0,7	4,4	10,0	9,5
		1961	7,1	0,8	5,4	9,9	10,4
Hessen	insges.	1957	100	100	100	100	100
		1961	100	100	100	100	100
davon	Großstädte	1957	48,0	5,3	44,3	61,1	56,4
		1961	46,9	5,6	40,9	60,0	56,9
	übr. Gebiete	1957	52,0	94,7	55,7	38,9	43,6
		1961	53,1	94,4	59,1	40,0	43,1
darunter	Frankfurt/M.	1957	28,9	2,1	26,1	39,3	33,3
		1961	27,5	2,2	22,6	38,5	33,4
Rheinland-Pfalz	insges.	1957	100	100	100	100	100
		1961	100	100	100	100	100
davon	Großstädte	1957	17,4	1,7	22,9	15,8	14,4
		1961	17,2	1,4	21,7	14,2	15,2
	übr. Gebiete	1957	82,6	98,3	77,1	84,2	85,6
		1961	82,8	98,6	78,3	85,8	84,8
darunter	Ludwigs- hafen a.Rh.	1957	11,1	0,6	17,6	7,0	5,8
		1961	10,4	0,7	15,4	6,3	6,0
Baden-Württemberg	insges.	1957	100	100	100	100	100
		1961	100	100	100	100	100
davon	Großstädte	1957	29,8	3,5	26,7	42,6	37,6
		1961	29,8	3,9	26,3	40,9	38,1
	übr. Gebiete	1957	70,2	96,5	73,3	57,4	62,4
		1961	70,2	96,1	73,7	59,1	61,9
darunter	Stuttgart	1957	14,6	1,4	13,6	19,8	18,2
		1961	15,2	1,6	13,9	19,7	19,3
Bayern	insges.	1957	100	100	100	100	100
		1961	100	100	100	100	100
davon	Großstädte	1957	35,0	2,3	34,2	47,2	43,6
		1961	35,0	1,6	33,6	45,5	43,0
	übr. Gebiete	1957	65,0	97,7	65,8	52,8	56,4
		1961	65,0	98,4	66,4	54,5	57,0
darunter	München	1957	19,9	1,1	18,1	25,6	28,8
		1961	20,2	0,8	18,3	25,1	28,3
Summe der Länder (ohne Saarland und Berlin (West))	insges.	1957	100	100	100	100	100
		1961	100	100	100	100	100
davon	Großstädte	1957	44,9	5,2	42,7	59,8	50,1
		1961	43,6	5,3	40,1	57,4	50,2
	übr. Gebiete	1957	55,1	94,8	57,3	40,2	49,9
		1961	56,4	94,7	59,9	42,6	49,8
darunter	größte Städte der Länder	1957	20,2	2,1	17,2	30,2	24,5
		1961	20,5	2,1	17,3	29,9	24,7
Saarland	insges.	1957	100	100	100	100	100
		1961	100	100	100	100	100
davon	Großstädte	1957	27,0	5,0	19,8	47,1	36,2
		1961	27,0	5,0	19,8	47,1	36,2
	übr. Gebiete	1957	73,0	95,0	80,2	52,9	63,8
		1961	73,0	95,0	80,2	52,9	63,8
darunter	Saarbrücken	1957	27,0	5,0	19,8	47,1	36,2
		1961	27,0	5,0	19,8	47,1	36,2
Berlin (West)	insges.	1957	100	100	100	100	100
		1961	100	100	100	100	100

Noch: Anhangtabelle 1

Länder	Jahre	Bruttoinlandsprodukt insges.	davon				
			Land- und Forstwirtschaft	Warenproduzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Übrige Dienstleistungen	
			1	2	3	4	5
c) Anteile der Wirtschaftsbereiche in %							
Schleswig-Holstein	insges.	1957	100	15,1	42,4	19,5	23,0
		1961	100	12,5	44,0	19,2	24,3
davon	Großstädte	1957	100	1,8	45,5	24,6	28,1
		1961	100	1,5	45,6	23,1	29,8
	übr. Gebiete	1957	100	20,1	41,2	17,6	21,1
		1961	100	16,7	43,4	17,7	22,2
darunter	Kiel	1957	100	1,8	41,5	24,2	32,5
		1961	100	1,3	40,3	23,3	35,1
Hamburg	insges.	1957	100	1,1	41,7	36,5	20,7
		1961	100	0,9	41,2	36,3	21,6
Niedersachsen	insges.	1957	100	12,9	46,8	18,9	21,4
		1961	100	10,4	49,2	18,5	21,9
davon	Großstädte	1957	100	0,8	47,3	26,6	25,3
		1961	100	0,7	47,0	26,1	26,2
	übr. Gebiete	1957	100	17,7	46,6	15,9	19,8
		1961	100	14,3	50,0	15,5	20,2
darunter	Hannover	1957	100	0,4	46,0	27,3	26,3
		1961	100	0,4	46,9	26,1	26,6
Bremen	insges.	1957	100	1,9	39,9	39,8	18,4
		1961	100	1,6	40,2	37,6	20,6
davon	Großstädte	1957	100	1,9	39,9	39,8	18,4
		1961	100	1,6	40,2	37,6	20,6
	übr. Gebiete	1957	100	—	—	—	—
		1961	100	—	—	—	—
darunter	Bremen	1957	100	0,8	40,7	41,2	17,3
		1961	100	0,4	41,6	38,3	19,7
Nordrhein-Westfalen	insges.	1957	100	3,5	59,6	18,9	18,0
		1961	100	2,8	59,2	18,1	19,9
davon	Großstädte	1957	100	0,6	55,2	24,2	20,0
		1961	100	0,6	53,4	22,9	23,1
	übr. Gebiete	1957	100	6,8	64,6	12,9	15,7
		1961	100	5,1	65,2	13,2	16,5
darunter	Köln	1957	100	0,4	41,8	30,4	27,4
		1961	100	0,3	45,3	25,3	29,1
Hessen	insges.	1957	100	7,1	48,1	21,1	23,7
		1961	100	5,0	50,4	20,9	23,7
davon	Großstädte	1957	100	0,8	44,5	26,8	27,9
		1961	100	0,6	43,9	26,7	28,8
	übr. Gebiete	1957	100	12,9	51,4	15,8	19,9
		1961	100	8,8	56,1	15,8	19,3
darunter	Frankfurt/M.	1957	100	0,5	43,4	28,7	27,4
		1961	100	0,4	41,5	29,2	28,9
Rheinland-Pfalz	insges.	1957	100	11,0	48,0	18,8	22,2
		1961	100	8,5	50,6	18,5	22,4
davon	Großstädte	1957	100	1,1	63,4	17,1	18,4
		1961	100	0,7	64,1	15,3	19,9
	übr. Gebiete	1957	100	13,1	44,7	19,2	23,0
		1961	100	10,2	47,8	19,1	22,9
darunter	Ludwigs- hafen a.Rh.	1957	100	0,6	76,1	11,8	11,5
		1961	100	0,6	75,3	11,1	13,0
Baden-Württemberg	insges.	1957	100	7,4	56,1	16,7	19,8
		1961	100	5,6	58,5	15,9	20,0
davon	Großstädte	1957	100	0,8	50,3	23,9	25,0
		1961	100	0,7	51,8	21,9	25,6
	übr. Gebiete	1957	100	10,2	58,6	13,6	17,6
		1961	100	7,6	61,4	13,4	17,6
darunter	Stuttgart	1957	100	0,7	52,2	22,5	24,6
		1961	100	0,6	53,5	20,5	25,4
Bayern	insges.	1957	100	11,5	48,2	17,9	22,4
		1961	100	9,1	50,0	18,0	22,9
davon	Großstädte	1957	100	0,8	47,1	24,2	27,9
		1961	100	0,4	48,0	23,4	28,2
	übr. Gebiete	1957	100	17,2	48,7	14,6	19,5
		1961	100	13,8	51,1	15,0	20,1
darunter	München	1957	100	0,6	43,8	23,1	32,5
		1961	100	0,3	45,2	22,3	32,2
Summe der Länder (ohne Saarland und Berlin (West))	insges.	1957					

Noch: Anhangtabelle 1

Länder	Bruttoinlandsprodukt insges.	davon			
		Land- und Forstwirtschaft	Warenproduzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Übrige Dienstleistungen
		1	2	3	4
d) Zu- bzw. Abnahme (—) von 1957 auf 1961 in %					
Schleswig-Holstein insges.	43,1	19,2	48,6	40,4	51,0
Großstädte	43,5	23,7	44,0	34,9	51,7
übrige Gebiete	43,0	19,1	50,6	43,4	50,7
Kiel	41,8	5,0	37,5	36,7	53,1
Hamburg	40,4	16,4	38,8	39,5	46,5
Niedersachsen insges.	45,3	17,5	52,6	41,9	49,1
Großstädte	43,3	28,8	42,4	40,4	48,7
übrige Gebiete	46,1	17,3	56,8	42,9	49,4
Hannover	43,3	75,0	46,0	36,9	45,1
Bremen insges.	27,7	9,0	28,6	20,6	43,6
Großstädte	27,7	9,0	28,6	20,6	43,6
übrige Gebiete	—	—	—	—	—
Bremen	25,9	—33,3	28,5	16,9	43,9
Nordrhein-Westfalen insges.	34,3	8,1	33,3	28,9	48,5
Großstädte	28,9	25,2	24,6	22,0	49,2
übrige Gebiete	40,5	6,3	41,9	43,7	47,5
Köln	52,4	27,8	64,9	27,0	61,8
Hessen insges.	51,0	5,7	58,2	49,8	51,2
Großstädte	47,7	12,7	45,8	47,0	52,5
übrige Gebiete	54,1	5,3	68,1	54,0	49,4
Frankfurt a. M.	43,9	10,7	37,5	46,7	51,8
Rheinland-Pfalz insges.	39,8	8,4	47,5	36,8	41,2
Großstädte	38,0	—14,3	39,7	23,1	49,3
übrige Gebiete	40,2	8,8	49,9	39,4	39,9
Ludwigshafen a. Rh.	30,1	28,6	28,8	22,9	47,9
Baden-Württemberg insges.	51,2	13,2	57,7	44,0	53,0
Großstädte	51,2	28,8	55,8	38,4	55,0
übrige Gebiete	51,1	12,6	58,3	48,2	51,8
Stuttgart	57,2	34,4	61,2	43,5	62,0
Bayern insges.	47,3	17,0	52,9	47,5	50,7
Großstädte	47,4	—17,2	50,1	42,4	48,9
übrige Gebiete	47,3	17,8	54,3	52,1	52,0
München	49,8	—14,3	54,5	44,7	48,3
Summe der Länder (ohne Saarland und Berlin [West])	42,2	13,6	45,0	38,1	49,3
Großstädte	38,0	15,9	35,9	32,6	49,7
übrige Gebiete	45,7	13,4	51,8	46,3	49,0
größte Städte der Länder	44,1	11,6	45,6	36,9	51,0
Saarland insges.
Großstädte
übrige Gebiete
Saarbrücken
Berlin (West)	45,7	12,5	60,3	26,9	35,7

Anhangtabelle 2

Bevölkerung und Bruttoinlandsprodukt 1957 und 1961

Länder	Jahre	Wohnbevölkerung	Wirtschaftsbevölkerung	Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbbevölkerung in DM	Anteil der Gebiete an der		Zu- bzw. Abnahme (—) der		Veränderung des Bruttoinlandsprodukts je Kopf der Wirtschaftsbbevölkerung 1957 auf 1961
					Wohnbevölkerung des Landes	Wirtschaftsbevölkerung des Landes	Wohnbevölkerung 1957 auf 1961	Wirtschaftsbbevölkerung 1957 auf 1961	
					1	2	3	4	
Schleswig-Holstein insges.	1957	2 257 296	2 163 000	3 560	100	100
	1961	2 317 441	2 191 600	5 030	100	100	2,7	1,3	41,3
davon Großstädte	1957	489 050	530 400	4 010	21,7	24,5
	1961	508 484	566 400	5 380	21,9	25,8	4,0	6,8	34,2
übrige Gebiete	1957	1 768 246	1 632 600	3 420	78,3	75,5
	1961	1 808 957	1 625 200	4 910	78,1	74,2	2,3	— 0,5	43,6
darunter Kiel	1957	259 105	288 700	3 940	11,5	13,3
	1961	273 284	313 600	5 140	11,8	14,3	5,5	8,6	30,5
Hamburg	1957	1 771 178	1 922 800	6 730	100	100
	1961	1 834 600	2 011 600	9 030	100	100	3,6	4,6	34,2
Niedersachsen insges.	1957	6 493 142	6 390 900	3 630	100	100
	1961	6 640 855	6 429 100	5 240	100	100	2,3	0,6	44,4
davon Großstädte	1957	1 240 734	1 410 200	4 720	19,1	22,1
	1961	1 293 331	1 555 000	6 130	19,5	24,2	4,2	10,3	29,9
übrige Gebiete	1957	5 252 408	4 980 700	3 320	80,9	77,9
	1961	5 347 524	4 874 100	4 950	80,5	75,8	1,8	— 2,1	49,1
darunter Hannover	1957	547 794	655 200	5 330	8,4	10,3
	1961	572 917	727 500	6 880	8,6	11,3	4,6	11,0	29,1
Bremen insges.	1957	654 480	728 400	5 630	100	100
	1961	706 366	802 000	6 530	100	100	7,9	10,1	16,0
davon Großstädte	1957	654 800	728 400	5 630	100	100
	1961	706 366	802 000	6 530	100	100	7,9	10,1	16,0
übrige Gebiete	1957	—	—	—	—	—
	1961	—	—	—	—	—
darunter Bremen	1957	521 356	592 000	6 170	79,7	81,3
	1961	564 517	657 500	6 990	79,9	82,0	8,3	11,1	13,3

Noch: Anhangtabelle 2

Länder	Jahre	Wohn-	Wirtschafts-	Brutto- inlands- produkt je Kopf der Wirtschafts- be- völkerung in DM	Anteil der Gebiete an der		Zu- bzw. Abnahme (-) der		Veränderung des Brutto- inlandsprodukts je Kopf der Wirtschafts- bevölkerung 1957 auf 1961		
					Wohn-	Wirtschafts-	Wohn-	Wirt- schafts-			
		bevölkerung			bevölkerung des Landes		bevölkerung 1957 auf 1961			in %	
		1	2		3	4	5	6		7	8
Nordrhein-Westfalen	insges.	1957	1961	1957	1961	1957	1961	1957	1961	1957	1961
		15 027 743	15 060 800	4 920	100	100
davon	Großstädte	15 920 082	15 953 100	6 240	100	100	5,9	5,9	26,8
		6 665 066	7 246 000	5 460	44,4	48,1
	übrige Gebiete	6 985 910	7 566 800	6 740	43,9	47,4	4,8	4,4	23,4
		8 362 677	7 814 800	4 430	55,6	51,9
darunter	Köln	8 934 172	8 386 300	5 800	56,1	52,6	6,8	6,1	30,9
		728 102	832 500	5 560	4,8	5,5
		809 105	913 500	7 730	5,1	5,7	11,1	9,7	39,0
Hessen	insges.	1957	1961	1957	1961	1957	1961	1957	1961	1957	1961
		4 569 449	4 538 600	4 150	100	100
davon	Großstädte	4 814 383	4 800 400	5 930	100	100	5,4	5,8	42,9
		1 308 269	1 619 900	5 580	28,6	35,7
	übrige Gebiete	1 396 475	1 809 000	7 360	29,0	37,7	6,7	11,7	32,3
		3 261 180	2 918 700	3 360	71,4	64,3
		3 417 908	2 991 400	5 050	71,0	62,3	4,8	2,5	50,3
darunter	Frankfurt a. M.	633 269	812 300	6 390	13,9	17,9
		683 081	932 800	8 390	14,2	19,4	7,9	14,8	25,4
Rheinland-Pfalz	insges.	1957	1961	1957	1961	1957	1961	1957	1961	1957	1961
		3 286 084	3 147 200	3 380	100	100
davon	Großstädte	3 417 116	3 219 500	4 750	100	100	4,0	2,3	40,1
		271 109	358 100	5 310	8,3	11,4
	übrige Gebiete	300 136	402 500	6 520	8,8	12,5	10,7	12,4	22,8
		3 014 975	2 789 100	3 240	91,7	88,6
		3 116 980	2 817 000	4 500	91,2	87,5	3,4	1,0	38,9
darunter	Ludwigshafen a. Rh.	150 893	209 900	5 800	4,6	6,7
		165 761	233 400	6 790	4,9	7,2	9,9	11,2	17,1
Baden-Württemberg	insges.	1957	1961	1957	1961	1957	1961	1957	1961	1957	1961
		7 224 744	7 253 700	4 290	100	100
davon	Großstädte	7 759 154	7 825 700	6 010	100	100	7,4	7,9	40,1
		1 383 600	1 824 100	5 080	19,2	25,1
	übrige Gebiete	1 463 638	1 915 900	7 310	18,9	24,5	5,8	5,0	43,9
		5 841 144	5 429 600	4 030	80,8	74,9
		6 295 516	5 909 800	5 590	81,1	75,5	7,8	8,9	38,7
darunter	Stuttgart	610 400	808 400	5 640	8,4	11,1
		637 539	831 800	8 620	8,2	10,6	4,4	2,9	52,8
Bayern	insges.	1957	1961	1957	1961	1957	1961	1957	1961	1957	1961
		9 149 744	9 126 000	3 660	100	100
davon	Großstädte	9 515 479	9 474 800	5 190	100	100	4,0	3,8	41,8
		1 848 044	2 228 400	5 240	20,2	24,4
	übrige Gebiete	1 990 123	2 458 200	7 000	20,9	25,9	7,7	10,3	33,6
		7 301 700	6 897 600	3 150	79,8	75,6
		7 525 356	7 016 600	4 560	79,1	74,1	3,1	1,7	44,8
darunter	München	988 453	1 148 100	5 780	10,8	12,6
		1 085 014	1 268 700	7 840	11,4	13,4	9,8	10,5	35,6
Summe der Länder (ohne Saarland und Berlin [West])		1957	1961	1957	1961	1957	1961	1957	1961	1957	1961
		50 433 860	50 331 400	4 300	100	100
davon	Großstädte	52 925 476	52 707 800	5 840	100	100	4,9	4,7	35,8
		15 631 530	17 868 300	5 440	31,0	35,5
	übrige Gebiete	16 479 063	19 087 400	7 030	31,1	36,2	5,4	6,8	29,2
		34 802 330	32 463 100	3 670	69,0	64,5
darunter	größte Städte der Länder	36 446 413	33 620 400	5 160	68,9	63,8	4,7	3,6	40,6
		6 210 550	7 269 900	6 010	12,3	14,4
		6 625 818	7 890 400	7 980	12,5	15,0	6,7	8,5	32,8
Saarland	insges.	1957	1961	1957	1961	1957	1961	1957	1961	1957	1961
		1 072 600	1 098 300	5 100	100	100
davon	Großstädte	1957	1961	1957	1961	1957	1961	1957	1961	1957	1961
		130 705	230 900	6 550	12,2	21,0
	übrige Gebiete	1957	1961	1957	1961	1957	1961	1957	1961	1957	1961
		941 895	867 400	4 710	87,8	79,0
darunter	Saarbrücken	1957	1961	1957	1961	1957	1961	1957	1961	1957	1961
		130 705	230 900	6 550	12,2	21,0
Berlin (West)		1957	1961	1957	1961	1957	1961	1957	1961	1957	1961
		2 223 900	2 271 700	4 000	100	100
		2 197 980	2 236 300	5 930	100	100	-1,2	-1,6	48,3

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Dezember 1963	Dezember 1964	November 1964
	1938	1950	1963			
Meteorologische Beobachtungen in Hamburg						
1. Mittelwerte 1)						
Luftdruck, mm	761,7	758,8 ²⁾	761,7 ²⁾	765,9 ²⁾	760,0 ²⁾	762,7 ²⁾
Lufttemperatur, °C	9,3	7,9	10,0	- 1,0	2,1	6,0
Relative Luftfeuchtigkeit, %	82	82	77	87	88	87
Windstärke ³⁾			3	2	3	3
Bewölkung ⁴⁾	6,7	7,2	7	8	8	8
2. Summenwerte ⁵⁾						
Niederschlagsmenge, mm	562,0	857,6	795	17	45	50
Sonnenscheindauer, Std.	1 622,9	1 743,2	1 399	35	23	38
Tage ohne Sonnenschein	88	76	82	16	20	18
Tage mit Niederschlägen	160	221	194	22	26	25
Bevölkerung						
1. Bevölkerungsstand (in 1000) ⁶⁾						
Bezirk Hamburg-Mitte	435,8	242,2	290,2	289,9 r	289 p	289 p
Altona	220,3	272,7	268,6	268,4 r	265 p	266 p
Eimsbüttel	244,5	252,0	258,9	260,4 r	264 p	263 p
Hamburg-Nord	424,1	358,9	416,5	412,8 r	407 p	409 p
Wandsbek	166,7	221,9	341,5	347,2 r	356 p	355 p
Bergedorf	52,6	82,4	78,2	78,8 r	80 p	80 p
Harburg	135,7	172,4	197,3	197,1 r	197 p	198 p
* Hamburg insgesamt (am Monatsende)	1 679,7	1 602,5	1 851,2	1 854,6 r	1 858 p	1 860 p
dav. männlich	788,8	750,3	856,4	858,2 r	861 p	863 p
weiblich	890,9	852,2	994,8	996,4 r	997 p	997 p
dar. Ausländer ⁷⁾	16,6	19,9	50,9	54,2	58,7	58,3
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung						
* Eheschließungen	1 447	1 414	1 525	1 465 r	1 470 p	1 225 r
* Eheschließungen auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	10,3	10,7	9,9	9,3 r	9,3 p	8,0
Ehescheidungen	266	434	323	389 r	450 p	406 r
* Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern dar. unehelich	2 346	1 448	2 295	2 123 r	2 270 p	2 121 r
* Lebendgeborene auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	209	154	158	146 r	160 p	179 r
* Lebendgeborene 1/1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	16,8	10,9	14,9	13,5 r	14,4 p	13,9
Unehelich Geborene % der Geborenen	9,1	10,8	6,9	7,0 r	7,2 p	8,5 r
Totgeborene % der Geborenen	2,1	1,9	1,1	1,2 r	1,3 p	0,6
* Gestorbene Ortsansässige	1 702	1 389	2 068	2 160 r	2 820 p	1 808 r
* dar. unter 1 Jahr alt	118	64	50	40 r	60 p	30
70 und mehr Jahre alt	657	631	1 198	1 227 r	1 750 p	1 049 r
* Gestorbene Ortsansässige auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	12,2	10,5	13,4	13,7 r	17,9 p	11,8
* Gestorbene Säuglinge auf 1000 Lebendgeborene ⁸⁾	50,6	43,5	22,1	18,1 r	26,4 p	13,9 r
* Geburtenüberschuß (+) bzw. Sterbeüberschuß (-)	+ 644	+ 59	+ 227	- 37 r	- 550 p	+ 313 r
3. Wanderungen						
* Zugezogene Personen von außerhalb Hamburgs	8 126	7 661	6 217	5 044 r	4 500 p	6 500 p
* Fortgezogene Personen n. außerh. Hamburgs	7 788	2 174	5 849	5 436 r	5 700 p	6 000 p
* Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	+ 338	+ 5 487	+ 368	- 392 r	- 1 200 p	+ 500 p
dav. männlich	.	+ 2 533	+ 221	- 198 r	- 700 p	+ 300 p
weiblich	.	+ 2 954	+ 147	- 194 r	- 500 p	+ 200 p
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs	31 889	19 751	14 276	14 841	15 250	16 160 p
Nach Gebieten						
a) Herkunft						
Schleswig-Holstein	.	2 668	1 555	1 396 r	1 200 p	1 800 p
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	.	1 311	805	818 r	700 p	1 000 p
Niedersachsen	.	1 854	1 185	1 003 r	800 p	1 300 p
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	.	567	279	299 r	300 p	200 p
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	.	1 214 ¹¹⁾	2 043	1 566 r	1 300 p	1 800 p
Sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung	.	1 072	163	150 r	100 p	100 p
Ausland	.	485	1 136	800 r	1 000 p	1 400 p
Unbekannt	.	368	134	129 r	100 p	100 p
b) Ziel						
Schleswig-Holstein	.	718	1 821	1 700 r	2 000 p	1 900 p
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	.	457	1 168	1 211 r	1 200 p	1 000 p
Niedersachsen	.	449	1 146	1 089 r	1 100 p	1 200 p
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	.	131	420	513 r	500 p	300 p
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	.	764 ¹¹⁾	2 149	1 915 r	1 700 p	2 100 p
Sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung	.	89	16	14 r		
Ausland	.	142	680	700 r	800 p	700 p
Unbekannt	.	12	38	18 r		

1) Errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — 2) Reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — 3) 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — 4) Bewölkungsgrade: 0 bis 10 (0 = wolkenlos, 10 = volle Bewölkung). — 5) 1938, 1950 und 1963 handelt es sich um Jahreswerte. — 6) Für 1938 und 1950 nach dem Stand der Volkszählungen vom 17. 5. 1939 und 13. 9. 1950. Ab 1962 Fortschreibungsergebnisse auf der Basis der Volkszählung 1961. — 7) Ab 1950 nach den Angaben der Polizei Hamburg. — 8) Berechnet unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung. — 9) Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — 10) Landkreise Harburg und Stade. — 11) Einschl. Sowjetsektor von Berlin.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Dezember 1963	Dezember 1964	November 1964
	1938	1950	1963			
Gesundheitswesen						
1. Krankenanstalten in Hamburg						
a) Öffentliche Krankenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende 1)	9 464	12 742	11 768	11 740	11 763	11 763
Krankenverpflegungstage	221 711	321 088	279 558	250 083	254 516	282 126
Bettenausnutzung in % 2)	77,1	86,8	84,6	74,4	73,8	84,5
b) Gemeinnützige Krankenanstalten 3)						
Bettenbestand am Monatsende 1)	4 339	4 690	4 497	4 495	4 577	4 577
Krankenverpflegungstage	98 261	126 293	118 723	108 203	111 587	125 123
Bettenausnutzung in % 2)	74,5	88,6	87,0	77,7	78,6	91,3
c) Privatkanenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende 1)	.	409	643	645	684	684
Krankenverpflegungstage	.	8 983	16 106	13 199	14 792	18 407
Bettenausnutzung in % 2)	.	60,1	82,5	66,0	68,6	87,7
2. Hamburgische Krankenanstalten außerhalb Hamburgs						
a) Öffentliche Krankenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende 1)	189	2 260	885	885	885	885
Krankenverpflegungstage	4 705	61 801	21 548	19 923	20 085	21 510
Bettenausnutzung in % 2)	81,8	91,5	81,0	72,9	73,9	81,4
b) Tbc-Hellstätten						
Bettenbestand am Monatsende 1)	833	1 645	1 187	1 180	1 110	1 110
Krankenverpflegungstage	23 649	48 679	29 127	25 177	24 680	26 452
Bettenausnutzung in % 2)	93,5	97,4	85,6	72,9	76,1	84,3
3. Anstalten für Geisteskranke						
a) Öffentliche Krankenanstalten in Hamburg						
Bettenbestand am Monatsende	2 898	1 388	1 729	1 743	1 743	1 743
Krankenverpflegungstage	86 354	29 261	49 613	49 585	47 832	47 795
Bettenausnutzung in % 2)	98,0	75,1	97,2	94,4	88,6	92,7
b) Gemeinnützige Krankenanstalten in Hamburg						
Bettenbestand am Monatsende	1 613	1 218	1 302	1 302	1 278	1 288
Krankenverpflegungstage	48 883	36 598	38 760	39 646	39 085	38 596
Bettenausnutzung in % 2)	99,7	98,8	97,9	98,2	98,3	99,9
c) Krankenanstalten außerhalb Hamburgs						
Bettenbestand am Monatsende	—	1 420	1 310	1 296	1 476	1 476
Krankenverpflegungstage	—	35 400	38 854	38 863	43 792	39 371
Bettenausnutzung in % 2)	—	68,4	97,5	96,7	95,7	88,9
4. Gestorbene nach wichtigen Todesursachen						
Gestorbene insgesamt	1 702	1 389	2 068	2 160 r	2 820 p	1 808 r
dar. Tuberkulose der Atmungsorgane	82	48	26	24	.	18
Krebs	240	285	413	434	.	393
Gehirnblutungen	136	172	235	256	.	193
Herzkrankheiten	232	269	467	449	.	412
Lungenentzündung	103	47	62	45	.	34
Freitod	62	50	40	43	.	38
Verkehrsunfälle	22	20	36	54	.	34
Andere Verunglückungen	48	41	60	64	.	51
Kulturpflege						
1. Lichtspieltheater						
Theater	104	104	120	111	100	101
Plätze	66 691	47 891	65 330	60 208	53 991	54 081
Besucher	1 931 580	1 854 754	1 248 511	1 032 999	937 833	920 501
2. Rundfunk und Fernsehen						
Tonrundfunkteilnehmer 4)	361 531	407 741	647 617	655 299	663 449	663 751
Fernsehrundfunkteilnehmer	—	—	364 236	390 082	435 497	430 587
Öffentliche Sozialleistungen						
Soziale Krankenversicherung 5)						
Mitglieder		694 658	690 729	691 583	683 300	683 672
dav. Pflichtmitglieder	452 518	486 742	451 321	449 727	436 729	437 850
Rentner	.	171 139	171 796	172 297	174 052	173 822
Freiwillige Mitglieder	64 028	36 777	67 612	69 559	72 519	72 000
Krankenstand der Pflichtmitglieder insgesamt	15 541	15 825	29 250	26 222	26 315	28 837
dav. männlich	9 091	10 123	19 394	17 590	17 765	19 288
weiblich	6 450	5 702	9 856	8 632	8 550	9 549
Soziale Rentenversicherung						
Rentnempfänger		153 175	306 929	312 413	.	314 220
dav. Rentenversicherung der Arbeiter	94 346e)	106 248	200 903	204 085	209 117	208 626
Rentenversicherung der Angestellten	.	46 927	106 026	108 328	.	105 594
Ausgezahlte Renten in DM	.	28 880 000	67 441 859	69 006 654	.	74 815 987
dav. Rentenversicherung der Arbeiter	.	18 350 000	38 043 627	38 734 020	42 678 003	42 539 037
Rentenversicherung der Angestellten	.	10 530 000	29 398 232	30 272 634	.	32 276 950

1) Ohne Säuglingsbetten. — 2) Ohne gesperrte Betten. — 3) 1938 einschl. Privatkanenanstalten. — 4) 1938 und 1950 Postamtsbezirk Hamburg. — 5) Nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse. — 6) Stand 1. 1. 1940.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Dezember 1963	Dezember 1964	November 1964
	1938	1950	1963			
Arbeitsmarkt						
1. Angebot und Nachfrage						
* Arbeitslose	29 908	90 831	5 090	5 978	4 433	4 239
dav. männlich	23 937	56 428	3 314	3 829	2 889	2 712
weiblich	5 971	34 403	1 776	2 149	1 544	1 527
Offene Stellen	31 522	1 789	19 884	12 911	17 089	21 489
dav. männlich	21 009	744	10 164	6 017	8 252	11 833
weiblich	10 513	1 045	9 720	6 894	8 837	9 656
Stellenvermittlung in Beschäftigung über 7 Tage 1)	16 088	21 006	6 831	5 263	4 967	6 369
dav. männlich	11 107	13 007	4 677	3 670	3 556	4 350
weiblich	4 981	7 999	2 154	1 593	1 411	2 019
Stellenvermittlung in Beschäftigung bis zu 7 Tagen	9 175	24 625	15 338	17 634	16 372	8 689
dav. männlich	7 544	23 585	14 687	17 240	15 868	8 202
weiblich	1 631	1 040	651	394	504	487
Arbeitsuchende am Monatsende 2)	35 944	94 886	9 654	10 478	9 701	9 430
dav. männlich	28 215	59 355	6 375	6 942	6 632	6 189
weiblich	7 729	35 531	3 279	3 536	3 069	3 241
2. Die Arbeitslosen						
Berufsgruppen insgesamt	29 908	90 831	5 090	5 978	4 433	4 239
dar. Bauberufe	.	6 710 ³⁾	209	426	147	75
Metallerzeuger und -verarbeiter	.	6 766 ³⁾	98	109	56	51
Elektriker	.	1 627 ³⁾	38	34	33	34
Chemiewerker	.	1 879 ³⁾	64	54	57	59
Holzverarbeiter und zugehörige Berufe	.	1 596 ³⁾	27	24	25	25
Graphische Berufe	.	690 ³⁾	41	67	61	45
Lederhersteller, Leder- und Fellverarb.	.	1 180 ³⁾	22	24	9	7
Nahrungs- und Genußmittelhersteller	.	6 623 ³⁾	140	131	90	111
Kaufmännische Berufe	.	8 598 ³⁾	528	493	444	441
Verkehrsberufe	.	8 787 ³⁾	410	388	358	412
Verwaltungs- und Büroberufe	.	5 807 ³⁾	1 214	1 413	1 103	1 153
Künstlerische Berufe	.	2 260 ³⁾	242	270	211	202
Bauwirtschaft und Wohnungswesen						
1. Baugenehmigungen						
Wohnbauten						
* Wohngebäude	.	469	319	379	580	447
* Umbauter Raum in 1000 cbm	.	642	461	679	694	737
* Wohnungen	.	2 540	1 438	2 162	1 928	2 351
Bruttowohnfläche in 1000 qm	.	128	96	140	146	158
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	22 029	49 181	70 789	82 195	85 764
Nichtwohnbauten						
* Nichtwohngebäude	.	185	125	143	191	157
* Umbauter Raum in 1000 cbm	.	233	278	329	801	501
Nutzfläche in 1000 qm	.	.	57	69	147	91
Wohnungen	.	20	19	23	24	57
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	6 403	25 192	36 065	79 042	38 815
2. Baubeginne						
Wohnbauten						
Wohngebäude	.	516	278	474	626	481
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	.	407	601	797	937
Wohnungen	.	2 206	1 282	1 814	2 406	2 863
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	.	42 129	63 468	92 482	102 384
Nichtwohnbauten						
Nichtwohngebäude	.	237	118	228	255	166
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	.	265	439	1 247	475
Wohnungen	.	.	18	21	28	34
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	.	24 093	46 977	133 686	41 338
3. Baufertigstellungen						
Wohnbauten						
Wohngebäude	188	395	330	1 319	1 379	292
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	482	428	1 803	1 918	365
Wohnungen	.	2 096	1 416	6 119	5 835	1 165
Bruttowohnfläche in 1000 qm	.	107	90	379	395	80
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	19 250	43 936	193 254	204 173	41 449
Nichtwohnbauten						
Nichtwohngebäude	26	137	124	552	505	162
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	144	327	1 808	1 467	490
Wohnungen	.	26	16	71	84	15
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	3 069	28 287	165 231	141 328	60 740

1) Durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. — 2) Arbeitslose einschl. derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — 3) Durchschnitt aus April—Dezember 1950.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Dezember 1963	Dezember 1964	November 1964
	1938	1950	1963			
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen						
Baufertigstellungen						
Wohnungen						
Wohnungen insgesamt 1)	706	2 122	1 432	6 190	5 919	1 180
dar. mit öffentlichen Mitteln gefördert	.	1 526	1 003	4 006	4 387	720
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	.	6 575	5 266	21 964	22 280	4 311
4. Bauüberhang						
(am Ende des Berichtszeitraumes 2)						
Im Bau befindliche Wohnungen	.	17 089	16 849	16 849	19 318	22 600
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	.	8 412	8 617	8 617	5 757	7 300
5. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen 3) (in 1000)						
Bestand an Wohngebäuden	.	96	162	165	168	167
Bestand an Wohnungen	.	310	594	604	620	614
Bestand an Wohnräumen über 6 qm (einschl. Küchen)	.	1 197	2 161	2 202	2 261	2 239
6. Wohnraumbewirtschaftung						
Erstvergabe von bewirtschafteten Wohnungen						
a) für Wohnungssuchende mit hoher Dringlichkeit und für Sonderfälle	-	650	446	1 983	1 796	236
b) für Wohnungssuchende mit Anspruch aus §§ 77-80 II. WoBauG.	-	830	460	1 676	2 315	396
c) für die Umschichtung	-	-	94	337	276	88
Wiedervergaben, Wohnungen	-	452	737	741	857	1 026
Erstmalig bezogene unbewirtschaftete Wohnungen	-	678	359	1 798	1 449	411
7. Bauberichterstattung 4)						
Zahl der Beschäftigten						
dar. Inhaber	.	34 741	49 995	50 339	49 932	50 169
Angestellte	.	2 049	1 415	1 427	1 389	1 392
Arbeiter 5)	.	2 010	4 360	4 487	4 642	4 637
Löhne in 1000 DM (Bruttosumme)	.	30 682	44 089	44 295	43 768	44 012
Gehälter in 1000 DM (Bruttosumme)	.	9 199	36 651	33 025	44 700	46 070
Umsatz in 1000 DM	.	868	4 615	6 480	7 723	6 051
dav. im Wohnungsbau	.	24 653	105 149	145 315	171 588	137 598
gewerblich und industr. Bau	.	.	35 600	44 141	59 640	47 757
öffentlichen und Verkehrsbau	.	.	23 647	31 909	38 463	27 166
Geleistete Arbeitsstunden in 1000	.	45 902	69 265	69 265	73 485	62 675
dav. für Wohnungsbauten	.	5 813	6 821	5 768	6 865	7 462
gewerblich und industr. Bauten	.	2 930	2 348	1 772	2 382	2 676
öffentliche und Verkehrsbauten	.	1 517	1 579	1 374	1 499	1 605
	.	1 317	2 894	2 622	2 984	3 181
Preise und Indexziffern						
1. Durchschnittspreise am Hamburger Viehmarkt						
für 50 kg Lebendgewicht (in RM/DM)						
Ochsen, vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes	43,80	75,80	119,30	132,00	150,40	131,70
Kühe, sonstige vollfleischige	37,60	62,70	90,50	96,40	109,70	103,80
Kälber, mittlere Mast- und Saugkälber	57,00	91,30	160,40	183,70	193,90	197,30
Schweine, von 100-119,5 kg Lebendgewicht	50,90	117,50	133,00	150,00	126,70	130,40
Schafe, mittlere Mastlämmer und Hammel	40,70	61,90	100,70	88,10	105,40	105,90
2. Durchschnittspreise für Fleisch 6)						
I. Qualität für 50 kg (in RM/DM)						
Rindfleisch von Ochsen und Färsen, beste Qualität	76,50	131,50	211,00	223,30	263,00	249,40
Kalbfleisch, beste Qualität	94,70	174,50	304,40	364,20	368,00	367,50
Hammelfleisch, beste Qualität	92,80	127,00	248,70	229,20	262,00	256,30
Schweinefleisch, aus hiesigen Schlachtungen	70,40	178,50	185,30	209,20	177,50	179,40
3. Preisindexziffern für die Lebenshaltung						
- Mittlere Verbrauchergruppe -						
Wägungsschema 1950						
Ernährung	63,0	100	142,4	143,2	148,8	148,2
Getränke und Tabakwaren	34,6	100	85,1	85,5	86,4	86,4
Wohnung	97,5	100	159,9	164,4	168,3	168,3
Heizung und Beleuchtung	66,0	100	153,4	155,6	156,7	156,7
Hausrat	53,9	100	125,1	126,6	129,4	129,3
Bekleidung	47,9	100	111,7	112,8	114,0	113,9
Reinigung und Körperpflege	58,7	100	128,6	129,0	134,8	133,3
Bildung und Unterhaltung	73,9	100	162,5	172,2	173,1	173,1
Verkehr	65,0	100	160,2	163,3	163,7	163,7
Ernährung einschl. Getränke und Tabakwaren	59,3	100	134,9	135,6	140,6	140,1
Lebenshaltung ohne Miete	59,0	100	135,0	136,7	140,4	140,1
Gesamtlebenshaltung	(1950 = 100)	100	137,1	139,0	142,7	142,4
	(1938 = 100)	100	159,3	218,5	221,6	226,9

1) Einschl. Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind (im Berichtsmonat 83 Wohnungen). - 2) Für die Jahre 1950 und 1963 wurde an Stelle des Monatsdurchschnitts jeweils der Stand vom 31. 12. angegeben. - 3) Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1961 ermittelten Gebäude und Wohnungen (Begriffserläuterungen siehe März-Heft 1963, S. 58/59); für 1950 Stand am Zählungsstichtag („Normalwohnungen“ ohne 26 689 Wohnungen in Behelfsheimen über 30 qm). - 4) Nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. - 5) Einschließlich Umschüler und Lehrlinge. - 6) Beim Verkauf der Großschlächter an die Ladenschlächter.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Dezember 1963	Dezember 1964	November 1964
	1936 ¹⁾	1950	1963			
Industrie und Handwerk						
1. Industrie ²⁾						
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)		2 130	1 818	1 802	1 729	1 730
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) insgesamt	145 200	140 867	223 063	219 735	219 513	220 666
* dar. Arbeiter einschl. gewerbl. Lehrlinge		111 760	157 982	155 090	153 115	154 333
* Gleitende Arbeiterstunden in 1000 ³⁾		21 399	26 032	25 314	26 260	25 791
* Bruttosumme der Gehälter in 1000 DM		11 369	61 147	72 507	82 811	78 165
* Bruttosumme der Löhne in 1000 DM		28 356	103 080	111 451	128 743	120 014
* Umsatzwerte in 1000 RM/DM ⁴⁾	154 200.	333 013	1 143 623	1 279 019	1 467 290	1 251 460
* dar. nach dem Ausland in 1000 DM		12 845	134 378	146 573	249 603	146 205
* Brennstoffverbrauch in Steinkohlenwert ⁵⁾ t		52 913	15 073	16 475	15 930	15 503
* Heizölverbrauch in t			54 387	64 084	69 119	63 542
* Stromerzeugung in 1000 kWh		5 925	14 200	15 648	16 650	17 026
* Stromverbrauch in 1000 kWh		34 341	101 473	106 577	117 439	113 278
* Gasverbrauch in 1000 cbm			6 476	7 565	7 806	7 079
Beschäftigte nach Industriegruppen insgesamt	145 200	140 867	223 063	219 735	219 513	220 666
dar. Mineralölverarbeitung	4 000	4 371	8 649	8 559	8 539	8 593
NE-Metallindustrie	1 900	2 509	2 859	2 841	2 788	2 838
Chemische Industrie	8 200 ⁶⁾	10 439	17 253	16 952	17 341	17 517
Kautschuk und Asbest	9 200	10 380	12 987	12 572	12 217	12 272
Maschinenbau	12 400	16 409	29 714	29 252	28 969	29 122
Schiffbau	26 500	12 559	23 463	23 361	22 266	22 354
Elektroindustrie	5 400	10 785	28 591	28 113	29 153	28 962
Druck und Vervielfältigung	7 800 ⁷⁾	6 721	12 889	12 677	12 716	12 843
Ölmühlenindustrie	5 400	4 628	2 623	2 560	2 505	2 518
Margarineindustrie			3 058	3 093	3 377	3 351
Kaffee und Tee		721	3 536	3 812	4 231	4 117
Tabakverarbeitung	2 700	2 762	3 277	3 104	3 024	3 060
Umsatz nach Industriegruppen insgesamt in 1000 RM/DM	154 200	333 013	1 143 623	1 279 019	1 467 290	1 251 460
dar. Mineralölverarbeitung	12 800	32 925	189 754	185 934	216 678	211 874
NE-Metallindustrie	9 700	15 005	41 469	39 194	88 734	67 533
Chemische Industrie	12 900 ⁶⁾	25 296	84 930	68 320	83 491	94 008
Kautschuk und Asbest	4 600	13 990	38 696	39 153	47 350	43 011
Maschinenbau	9 400	16 234	74 258	89 592	111 472	77 334
Schiffbau	14 400	7 633	53 390	103 240	161 536	22 502
Elektroindustrie	4 400	10 463	125 161	131 806	144 757	148 698
Druck und Vervielfältigung	4 500 ⁷⁾	7 748	36 201	39 935	41 823	39 211
Ölmühlenindustrie			40 833	41 306	53 669	52 246
Margarineindustrie	21 500	41 967	21 227	22 852	27 102	26 241
Kaffee und Tee		4 298	67 119	80 185	92 943	78 877
Tabakverarbeitung	12 000	55 911	104 642	101 670	111 310	101 868
2. Öffentliche Energieversorgung						
Wasserrförderung in 1000 cbm	5 737 ⁸⁾	8 282	10 871	10 472	10 783	10 399
* Gaserzeugung in 1000 Ncbm auf Kohlen- und Raffineriebasis (brutto)	18 767 ⁹⁾	20 935	39 450	57 380	56 555	46 808
* Stromerzeugung in 1000 kWh (brutto)	40 210 ⁹⁾	125 855	416 609	486 707	504 796	467 292
Vierteljahresdurchschnitt ¹⁰⁾				3. Vierteljahr 1963	3. Vierteljahr 1964	2. Vierteljahr 1964
	1961	1962	1963			
3. Handwerk (Meßziffern) ¹¹⁾						
* Beschäftigte (Ende des Vj.) (Mai 1956 = 100)	102,2	98,7	100,2	101,2	99,2	100,7
* Umsatz (Vj.-Ø 1955 = 100)	191,4	197,5	205,4	210,5	221,8	217,6
* dar. Handwerksumsatz (Vj.-Ø 1955 = 100)	174,7	180,8	192,3	199,6	209,2	200,1
Versorgung mit Nahrungsmitteln						
Monatsdurchschnitt				Dezember 1963	Dezember 1964	November 1964
	1938	1950	1963			
1. Milcherzeugung						
* Kuhmilcherzeugung in 1000 kg	2 618	2 285	2 193	1 708	1 778	1 516
* Milchlieferung an Molkereien in 1000 kg	1 597	1 946	1 867	1 374	1 551	1 316
in % der Gesamterzeugung	61,0	85,2	85,1	80,4	87,2	86,8
* Milchleistung je Kuh und Tag in kg	8,6	8,3	11,4	8,7	9,6	8,5
2. Trinkmilchabsatz an Verbraucher durch Molkereien						
Vollmilch insgesamt in 1000 kg		10 709	10 997	9 149	9 827	9 570
dav. lose in 1000 kg			4 167	3 911	3 621	3 651
in Flaschen in 1000 kg			6 830	5 238	6 206	5 919
Mager- und Buttermilch in 1000 kg		1 186	561	221	210	221
3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandstiere)						
Rinder	6 580	4 980	11 599	8 430	7 741	9 401
Kälber	3 884	3 699	3 854	3 129	2 651	2 073
Schweine	24 847	19 784	45 207	43 465	45 776	53 793
Schafe	4 265	5 681	3 352	2 256	2 082	2 783
4. Schlachtungen (Inlandstiere)						
* Rinder (ohne Kälber) ¹²⁾	8 075	3 363	9 858	8 333	7 532	7 444
* Kälber ¹²⁾	5 568	4 065	3 681	3 018	2 831	1 807
* Schweine insgesamt	40 186	21 165	47 319	47 822	57 221	48 848
dar. Hausschlachtungen		1 455	425	1 487	1 676	1 172
* Gesamtschlachtgewicht in 1000 kg ¹³⁾	6 467	3 220	6 799	6 268	6 950	6 410
dar. Rinder (ohne Kälber) in 1000 kg	1 989	836	2 337	1 923	1 800	1 810
Schweine in 1000 kg	3 878	1 882	4 101	4 045	4 805	4 324
Durchschnittliches Schlachtgewicht						
für Rinder in kg	246,3	248,7	237,0	230,8	239,0	243,1
für Kälber in kg	57,2	43,2	59,7	56,0	72,1	74,3
für Schweine in kg	96,5	95,5	87,4	87,3	86,5	90,7

1) Zahlen für die Industrie nach dem heutigen Gebietsstand, teilweise geschätzt. — 2) Es sind hierbei die hamburgischen Industriebetriebe mit 10 und mehr Beschäftigten berücksichtigt (ohne Betriebe der Bauindustrie und Energiewirtschaft). — 3) Einschl. Lehrlingsstunden. — 4) Einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — 5) 1 t SKE = 1 t Steinkohle, = 1 t Steinkohlenkoks, = 3 t Rohbraunkohle, = 1,5 t Braunkohlenbriketts, Braunkohlenkoks. — 6) 1936 = einschl. Kunststoffverarbeitende Industrie. — 7) 1936 = einschl. Papierverarbeitung. — 8) Rechnungsjahr 1935/36 einschl. Cuxhaven. — 9) Rechnungsjahr 1935/36. — 10) Bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — 11) Nach den Ergebnissen der vierteljährlichen repräsentativen Handwerksberichterstattung. — 12) Gewerbliche Schlachtungen. — 13) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Dezember 1963	Dezember 1964	November 1964
	1938	1950	1963			
Noch: Versorgung mit Nahrungsmitteln						
5. Obst- und Gemüsemarkt (Großmarkt Hamburg)						
Obstzufuhr aus dem Inland in 1000 kg	1 749	3 815	3 735	3 514	.	.
Obstzufuhr aus dem Ausland in 1000 kg	4 337	2 571	14 446	18 253	.	.
Gemüsezufuhr aus dem Inland in 1000 kg	6 351	4 956	6 092	4 647	.	.
Gemüsezufuhr aus dem Ausland in 1000 kg	264	926	4 075	3 249	.	.
6. Fischmarkt						
Versteigerte Mengen insgesamt in 1000 kg	12 241	6 044	2 425	2 392	1 594	2 116
dar. in Hmb. angelandete Fische in 1000 kg	12 119	6 016	2 154	2 092	1 191	1 837
Handel und Gastgewerbe						
1. Index der Einzelhandelsumsätze (1954 = 100)						
Einzelhandel aller Betriebsformen	.	.	188	271	296	218
dav. Nahrungs- und Genußmittel	.	.	183	230	256	191
dar. Lebensmittel aller Art	.	.	179	226	253	185
Obst, Gemüse, Südfrüchte	.	.	168	167	185	150
Fische und Fischwaren	.	.	193	310	316	212
Milch und Milcherzeugnisse	.	.	167	175	195	167
Schokolade und Süßwaren	.	.	135	215	225	137
Tabakwaren	.	.	171	231	252	182
Bekleidung, Wäsche, Schuhe	.	.	176	287	310	238
dar. Textilien aller Art	.	.	204	361	434	267
Wirk-, Strick- und Kurzwaren	.	.	186	346	378	205
Oberbekleidung	.	.	155	206	222	218
Schuhwaren	.	.	180	308	286	221
Hausrat und Wohnbedarf	.	.	198	312	356	269
dar. Eisenwaren und Küchengeräte	.	.	174	296	315	191
Porzellan und Glaswaren	.	.	188	411	463	288
Beleuchtungs- u. Elektrogeräte	.	.	245	397	407	318
Rundfunk-, Fernseh- und Phonoartikel	.	.	313	625	704	458
Möbel	.	.	133	161	198	202
Teppiche, Gardinen usw.	.	.	131	156	194	168
Sonstige Waren	.	.	203	309	327	224
dar. Bücher	.	.	221	440	488	290
Papier- und Schreibwaren	.	.	173	302	341	219
Galanterie- und Lederwaren	.	.	175	398	425	177
Apotheken	.	.	179	196	213	195
Drogerien	.	.	207	329	339	204
Foto und Optik	.	.	190	261	310	192
Büromaschinen und Büromöbel	.	.	150	240	271	182
Fahrräder, Krafträder u. Zubehör	.	.	180	175	156	154
Kraftwagen und Zubehör	.	.	247	255	260	243
Uhren, Gold- und Silberwaren	.	.	185	551	613	256
Blumen und Sämereien	.	.	229	329	373	306
Brennmaterial	.	.	178	203	182	150
2. Umsatz-Index des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes (1962 = 100)						
Gastgewerbe insgesamt	.	.	93,9	95,7	104,6	96,3
Beherbergungsgewerbe zusammen	.	.	115,2	102,2	110,2	115,0
dav. Hotels	.	.	116,9	106,0	113,9	117,3
Gasthöfe	.	.	118,2	107,3	107,4	97,4
Fremdenheime und Pensionen	.	.	104,3	83,2	87,8	105,2
Schankgewerbe zusammen	.	.	87,8	93,9	103,0	91,1
dav. Gast- und Speisewirtschaften	.	.	83,7	90,8	99,8	87,2
Bahnhofswirtschaften	.	.	108,3	106,6	109,6	96,4
Cafés	.	.	112,3	119,6	136,5	95,3
Bars, Tanz- und Vergnügungsbetriebe	.	.	104,0	101,6	114,0	118,6
3. Fremdenverkehr 1) 2)						
* Zahl der gemeldeten Fremden	81 041	48 229	117 283	76 592	77 702	97 698
* dar. Ausländer	11 283	10 303	40 060	19 969	20 228	26 159
* Zahl der Übernachtungen	180 185	103 109	233 417	163 213	160 556	196 451
* dar. Ausländer	27 491	22 805	77 710	48 176	46 453	56 380
Bettenausnutzung % der höchstmöglichen Belegung nach dem Bettenstand vom 1. April des jeweiligen Jahres	46	55	54	39	38	48
4. Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost (in Mio DM) 3)						
Bezüge Hamburgs	.	5	6	9	8 p	7 p
* Lieferungen Hamburgs	.	3	7	9	9 p	9 p
5. Handel mit Berlin (West) (in Mio DM) 4)						
* Bezüge Hamburgs	.	9	95	91	93 p	105 p
Lieferungen Hamburgs	.	37	116	104	107 p	130 p

1) Ohne Heime, Jugendherbergen, Massenquartiere und Privatquartiere. — 2) 1938 einschl. der Hospize, Herbergen und ähnlicher Vereinshäuser.
3) Quelle: Statistisches Bundesamt.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Dezember 1963	Dezember 1964	November 1964
	1938	1950	1963			
Noch: Handel und Gastgewerbe						
6. Ausfuhr in Hamburg hergestellter Waren (in Mio DM)						
* Insgesamt		26	173	172	175 p	177 r
dav. nach Warengruppen						
Ernährungswirtschaft		1	12	14	15 p	16 r
Gewerbliche Wirtschaft		25	161	158	160 p	161 r
dav. Rohstoffe		1	2	1	3 p	5 r
Halbwaren		12	34	36	45 p	44 r
Fertigwaren		12	125	121	112 p	112 r
dav. Vorerzeugnisse		2	9	9	10 p	10 r
Enderzeugnisse		10	116	112	102 p	102 r
dav. nach ausgewählten Verbrauchsgebieten						
Europa			120	117		123 r
dar. EWG-Länder			47	45		50 r
EFTA-Länder			52	52		55 r
Afrika			11	8		11 r
Amerika			24	32		20 r
dav. Nordamerika			16	16		9 r
dar. USA			15	15		6 r
Mittelamerika			3	10		2 r
Südamerika			5	6		9 r
Asien			16	14		21 r
Australien und Ozeanien			2	1		2 r
7. Deutscher Außenhandelsverkehr über Hamburg						
	1936					
Wareneinfuhr (in 1000 t)	648	464	1 690	1 812	1 750 p	1 800 p
Warengruppen:						
dar. Ernährungswirtschaft	161	185	375	455	325 p	350 p
Gewerbliche Wirtschaft	487	278	1 315	1 357	1 425 p	1 450 p
dav. Rohstoffe und Halbwaren	480	272	1 258	1 299	1 350 p	1 380 p
Fertigwaren	7	6	57	58	75 p	70 p
Ländergruppen:						
dar. Europa	319	134	319	389		
dav. EWG-Länder	29	32	76	98		
EFTA-Länder	179	75	140	193		
Sonstige Länder	111	27	103	98		
Außereuropa	329	330	1 369	1 422		
dav. Amerika	214	150	664	681		
dav. Nordamerika	77	73	317	332		
Mittelamerika	83	25	73	55		
Südamerika	54	52	274	294		
Afrika	48	60	210	230		
Asien	64	118	475	484		
Australien und Ozeanien	3	2	20	27		
Warenausfuhr (in 1000 t)	168	216	354	366	380 p	350 p
Warengruppen:						
dar. Ernährungswirtschaft	12	4	62	92	70 p	70 p
Gewerbliche Wirtschaft	156	212	292	274	310 p	280 p
dav. Rohstoffe	84	16	17	18	20 p	25 p
Halbwaren	72	160	162	146	160 p	125 p
Fertigwaren		36	113	110	130 p	130 p
dav. Vorerzeugnisse		17	41	37	40 p	40 p
Enderzeugnisse		19	72	73	90 p	90 p
Ländergruppen:						
dar. Europa	80	153	173	193		
dav. EWG-Länder	13	4	12	12		
EFTA-Länder	44	125	131	141		
Sonstige Länder	23	24	30	40		
Außereuropa	88	58	148	124		
dav. Amerika	45	38	62	52		
dav. Nordamerika	18	17	29	26		
dar. USA	13	12	25	23		
Mittelamerika	7	5	10	11		
Südamerika	20	16	23	15		
Afrika	11	8	32	25		
Asien	30	8	49	44		
Australien und Ozeanien	2	4	5	3		
Verkehr						
	1938					
1. Seeschifffahrt						
a) Schiffsverkehr zur See						
Angekommene Schiffe	1 512	955	1 527	1 648	1 700 p	1 680 p
dar. deutsche Schiffe	1 027	526	852	927	980 p	970 p
Abgegangene Schiffe	1 610	1 017	1 616	1 666	1 800 p	1 770 p
dar. deutsche Schiffe	1 118	591	933	955	1 060 p	1 040 p
Raumgehalt der angekommenen Schiffe						
in 1000 NRT	1 714	937	2 858	2 900	2 900 p	2 850 p
dar. deutsche Schiffe	873	128	734	668	810 p	770 p
Raumgehalt der abgegangenen Schiffe						
in 1000 NRT	1 712	936	2 863	2 886	3 000 p	2 900 p
dar. deutsche Schiffe	875	135	748	707	820 p	700 p

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Dezember 1963	Dezember 1964	November 1964
	1938	1950	1963			
Noch: Verkehr						
Seeschifffahrt						
b) Linienschifffahrt (Linien) 1)	184	176	257	257	264 p	264 p
dav. Europa	102	84	75	75	80 p	80 p
Außereuropa	82	92	182	182	184 p	184 p
Reisen (Abfahrten)	728	319	692	679	770 p	760 p
dar. nach Europäischem Ausland	383	159	279	279	305 p	305
Amerika	72	54	172	161	175 p	170
Afrika	37	18	98	101	105 p	100
Asien	33	23	89	89	90 p	90
Australien	7	4	15	12	15 p	15
c) Personenverkehr über See						
Ausreisende insgesamt	6 744	870	1 945	1 130	1 244	740
dar. nach Häfen in						
Nord-Europa (einschl. Ostseegebiet)			202	98	81	39
West-Europa (einschl. Großbritannien und Irland)			473	152	141	178
Nordamerika	2 882	446	747	44	53	63
Südamerika	1 286	231	279	168	155	320
Einreisende insgesamt	5 373	333	1 874	497	488	910
dar. von Häfen in						
Nord-Europa (einschl. Ostseegebiet)			176	45	42	41
West-Europa (einschl. Großbritannien und Irland)			460	186	190	536
Nordamerika	2 057	171	675	24	58	52
Südamerika	882	30	298	158	131	183
d) Güterverkehr zur See (in 1000 t brutto)						
dav. Empfang	2 147	919	2 784	3 255	3 064 p	2 946 p
dav. Massengut	1 521	620	2 159	2 481	2 292 p	2 245 p
dar. Mineralöle	980	429	1 640	2 020	1 710 p	1 664 p
Kohle	307	162	1 001	957	1 100 p	1 000 p
Getreide	262	113	249	257		
Sackgut	133	70	154	405		
Stückgut	541	191	128	57	82 p	100 p
dav. nach Verkehrsbezirken:			391	404	500 p	481 p
Inland	110	110	49	51		
Europäisches Ausland	520	159	460	495		
Außereuropa	891	351	1 650	1 935		
dar. Nahost und Persischer Golf Vereinigte Staaten von Amerika		128	434	374		
Inland	171	78	374	539		
Versand	626	299	625	774	772 p	701 p
dav. Massengut	205	144	240	352	470 p	276 p
Sackgut			96	87	60 p	90 p
Stückgut	421	155	289	334	242 p	335 p
dav. nach Verkehrsbezirken:						
Inland	149	32	59	103		
Europäisches Ausland	302	170	303	376		
Außereuropa	175	97	263	295		
2. Binnenschifffahrt						
a) Schiffsverkehr auf Binnenwasserstraßen						
Angekommene Schiffe	2 674	1 716	1 922	3 088	2 164	2 326
Abgegangene Schiffe	2 560	1 677	1 852	2 945	2 026	2 090
Tragfähigk. der angek. Schiffe in 1000 t	879	362	571	1 019	750	781
Tragfähigk. der abgeg. Schiffe in 1000 t	845	344	553	975	697	725
b) Güterverkehr auf Binnenwasserstraßen						
Eingang (in 1000 t)	318	151	254	363	324	325
dar. Bundesrepublik	77	101	230	332	275	280
dav. Niederelbe	24	32	53	160	69	55
Obereibe bis Zonengrenze Mittellandkanal	53	62	164	154	176	203
Berlin (West)	0	7	13	18	30	22
Sowjetische Besatzungszone	7	25	8	7	10	11
Tschechoslowakei	155	3	3	8	10	15
Ausgang (in 1000 t)	42	22	12	7	12	15
dar. Bundesrepublik	504	121	216	16	27	19
dav. Niederelbe	59	81	115	448	311	336
Obereibe bis Zonengrenze Mittellandkanal	49	48	83	345	197	188
Berlin (West)	10	32	17	311	147	146
Sowjetische Besatzungszone	0	1	15	21	34	26
Tschechoslowakei	29	28	58	13	16	16
Berlin (West)	268	2	19	40	80	103
Sowjetische Besatzungszone	34	10	23	47	10	13
Tschechoslowakei				16	24	32
3. Flugverkehr (gewerblicher Verkehr)						
Gelandete Flugzeuge	351	491		1 259	1 497	1 643
Gestartete Flugzeuge	352	491		1 270	1 516	1 657
Angekommene Fluggäste	1 818	4 993		38 559	46 911	53 869
dar. aus dem Ausland				12 122	13 255	16 622
Abgereiste Fluggäste	1 812	4 203		38 250	46 623	53 715
dar. nach dem Ausland				11 656	13 009	16 684
Angekommene Fracht in t	22,8	186,8		520	541	593
dar. aus dem Ausland						
Abgegangene Fracht in t	20,3	58,7		478	501	477
dar. nach dem Ausland						
Angekommene Post in t	9,0	35,6		181	219	175
Abgegangene Post in t	5,6	15,8		212	243	202
4. Bundesbahnverkehr						
Güterempfang in 1000 t (öffentlicher Verkehr)		416,9	548,8	488,8		
Güterversand in 1000 t (öffentlicher Verkehr)		246,8	693,2	686,3		
Gestellte Güterwagen		31 414	48 697	49 048	47 107	46 679

1) Stand Ende des Jahres bzw. Monats.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Dezember 1963	Dezember 1964	November 1964
	1938	1950	1963			
Noch: Verkehr						
5. Personenverkehr Hamburger Verkehrsmittel						
Beförderte Personen (in 1000)						
Stadtbahn (S-Bahn)	7 939	11 064	9 816	9 846	9 002	10 416
Hoch- und Untergrundbahn (einschl. W-Bahn)	6 571	11 752	14 326	14 994	14 232	13 901
Straßenbahn	13 799	23 498	11 399	11 037	10 737	10 669
Kraftomnibusse der HHA 1) 2)	1 083	2 028	8 755	8 994	10 089	9 534
Alsterdampfer	281	337	147	75	105	129
Schiffe der Hafendampfschiffahrt AG.	1 339	1 362	-	1 195	-	-
Kraftomnibusse der VHH AG. 2) 3)	373	786	559	529	664	607
Kraftomnibusse der Deutschen Bundespost	-	-	19	21	18	22
Kraftomnibusse der Deutschen Bundesbahn	-	-	341	391	400	416
Private Kraftomnibusse 2)	-	200	378	277	225	214
6. Kraftfahrzeuge						
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung (im Verkehr befindlich) insgesamt 4)	82 080	59 100	296 403	296 403	323 460	323 745
dar. Personenkraftwagen 5)	39 260	25 948	253 200	253 200	280 404	280 106
b) Zulassungen von fabrikneuen Kraftfahrzeugen insgesamt	928	1 177	3 388	3 388	3 583	3 633
dar. Krafträder	232	221	5	5	5	40
* Personenkraftwagen	501	644	2 515	2 515	2 811	2 845
* Kombinationskraftwagen	-	-	446	446	315	291
* Lastkraftwagen	179	288	334	334	368	357
7. Straßenverkehrsunfälle						
Zahl der Verkehrsunfälle	865	1 058	3 398	3 430	2 805	2 631
* dav. mit Personenschaden 6)	459	426	979	930	1 013	990
* mit nur Sachschaden	406	632	2 419	2 500	1 792	1 171
* Getötete Personen	8	12	24	34	45	33
* Verletzte Personen	517	483	1 248	1 182	1 309	1 263
Geld und Kredit						
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbanken)						
(Beträge in Mio DM)						
a) Kredite der Kreditinstitute 7)						
* Kredite an Nichtkreditinst. am Monatsende	-	1 556,1	9 857,6	10 678,7	12 835,8	12 541,4
* dav. kurzfristige Kredite 8)	-	1 353,8	3 932,7	4 267,5	4 227,0	4 072,9
* dav. an Wirtschaft und Private	-	1 328,7	3 732,3	4 012,6	4 186,0	4 056,7
an öffentl.-rechtl. Körperschaft.	-	25,1	200,4	254,9	41,0	16,2
* mittelfristige Kredite 7) 8) 9)	-	55,8	936,9	981,0	1 687,1	1 628,0
* dav. an Wirtschaft und Private	-	55,6	827,1	858,0	1 567,0	1 476,1
an öffentl.-rechtl. Körperschaft.	-	0,2	109,8	123,0	120,1	151,9
* langfristige Kredite 7) 8) 9)	-	146,5	4 988,0	5 430,2	6 921,7	6 840,5
* dav. an Wirtschaft und Private	-	146,0	4 510,6	4 821,4	6 029,4	5 951,1
an öffentl.-rechtl. Körperschaft.	-	0,5	477,4	608,8	892,3	889,4
* Kredite an Kreditinst. am Monatsende	-	105,7	835,6	868,0	982,1	931,2
b) Einlagen bei den Kreditinstituten						
* Einlagen von Nichtkreditinstituten am Monatsende	-	1 152,3	6 958,8	7 540,7	8 307,2	7 827,2
* dav. Sicht- und Termineinlagen	-	1 026,3	3 882,6	4 255,2	4 202,3	4 202,6
* dav. von Wirtschaft und Privaten	-	848,0	3 281,5	3 648,6	4 043,4	3 708,3
von öffentl.-rechtl. Körperschaft.	-	178,3	601,1	606,6	508,9	494,3
* Spareinlagen	-	126,0	3 076,2	3 285,5	3 754,9	3 624,6
* dar. bei Sparkassen	-	97,2	2 135,0	1 998,3	2 593,8	2 499,3
Kreditbanken	-	-	-	819,2	932,5	-
* Einlagen von Kreditinstituten am Monatsende	-	106,6	1 935,6	2 078,7	2 632,4	2 417,3
c) Sparverkehr						
* Sämtliche Kreditinstitute 10)	-	126,0	3 076,2	3 285,5	3 754,9	3 624,6
* Spareinlagen am Monatsende	-	12,4	-	-	-	-
dar. steuerbegünstigt	-	-	240,2	294,1	394,3	354,6
* Gutschriften	-	10,2	167,4	204,7	251,0	173,7
* Lastschriften	-	7,3	142,5	194,7	238,5	169,0
* Saldo der Gut- und Lastschriften	-	+ 2,9	+ 24,9	+ 10,0	+ 12,5	+ 4,7
* Zinsen	-	2,6	8,7	101,7	117,8	0,5
2. Zahlungsschwierigkeiten, Leihhäuser						
a) Wechselproteste 11) (Zahl)						
Betrag in 1000 DM	-	1 324	1 300	1 185	1 249	1 143
Durchschnittsbetrag je protest. Wechsel in DM	-	1 194	1 507	1 489	1 422	1 327
	-	902	1 159	1 257	1 138	1 161
b) Konkurse und Vergleichsverfahren (Zahl)						
Konkurse	12	25	14	10	18	14
Eröffnete Vergleichsverfahren	1	3	1	1	3	3
c) Mahn- und Offenbarungseidverfahren (Zahl)						
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	14 894	21 302	22 119	21 233	25 258	21 336
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides	-	2 392	2 865	2 466	2 757	2 854
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides	-	848	1 258	1 146	1 409	1 202
Abgeleitete Offenbarungseide	-	124	403	354	397	405
d) Öffentliche Leihhäuser						
Verpfändungen 12), Zahl	19 155	13 214	3 915	2 953	2 848	3 243
RM/DM	298 306	384 610	336 565	327 090	441 693	379 722
Einlösungen, Zahl	13 235	12 709	3 478	3 659	3 814	3 240
RM/DM	176 172	401 990	269 101	326 310	516 346	380 001

1) 1950 einschl. Obusse. — 2) Ab Januar 1963 ohne den von den Ländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen genehmigten Linienverkehr. — 3) 1938 und 1950 BGE und Südstorm. Kreisbahn (einschl. Eisenbahnbetrieb). — 4) Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — 5) Einschl. Kombinationskraftwagen. — 6) Teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — 7) Ab 1. 1. 1964 einschl. durchlaufender Mittel. — 8) 131 berichtspflichtige Institute. — 9) Bis einschl. Mai 1950 ohne Wirtschaft und Private. — 10) Ohne Postsparkasse. — 11) Wechselproteste der Kreditinstitute und der Post. — 12) Einschließlich Erneuerungen.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Dezember 1963	Dezember 1964	November 1964
	1938	1950	1963			
Noch: Geld und Kredit						
3. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg						
Aktiengesellschaften, Zahl	.	.	164	160	159	160
Kapital in Mio DM	.	.	3 493,8	3 534,2	3 873,3	3 873,4
Gesellschaften m. b. H., Zahl	.	.	3 554	3 633	3 758	3 745
Kapital in Mio DM	.	.	2 582,5	2 650,6	2 858,5	2 846,4
Steuern¹⁾						
Steueraufkommen (in 1000 RM/DM) ²⁾						
1. Bundessteuern						
* Umsatzsteuer	9 363	22 996	74 516	80 996	77 581	89 643
* Umsatzausgleichsteuer	2 180	2 779	34 211	32 464	34 056	32 537
* Beförderungsteuer	79	943	1 366	1 003	1 145	1 283
* Notopfer Berlin	..	1 749	116	51	66	152
* Zölle	45 572	17 772	93 755	106 112	44 665	40 233
* Verbrauchsteuern	31 925	42 968	240 541	253 361	370 893	336 804
* dav. Tabaksteuer	24 492	32 535	67 735	67 505	83 775	51 939
Kaffeesteuer	..	5 831	23 383	20 004	21 878	22 605
Teesteuer	..	521	564	468	37	863
Branntweinmonopol ³⁾	249	2 514	4 538	2 866	927	3 954
Mineralölsteuer	51	871	143 720	162 196	264 096	257 227
Sonstige Verbrauchsteuern	7 133	697	600	322	179	216
* Summe der Bundessteuern	..	89 211	444 504	473 987	528 406	500 653
* Außerdem: Lastenausgleichsabgaben	.	9 478 ⁴⁾	7 185	1 739	1 757	15 075
dav. Vermögensabgabe	.	5 352	5 867	1 139	1 105	14 532
Hypothekengewinnabgabe	..	2 771	1 022	570	644	488
Kreditgewinnabgabe	.	..	297	30	8	55
2. Landessteuern						
* Lohnsteuer	7 390	10 051	77 471	96 895	112 655	95 002
* Veranlagte Einkommensteuer	17 032	9 277	66 849	160 771	174 943	2 554
* Nichtveranlagte Steuer vom Ertrag	552	224	9 740	- 1 020	14 292	3 841
* Körperschaftsteuer	8 928	9 544	45 736	141 871	114 654	5 475
* Steuern vom Einkommen zusammen	33 902	29 097	199 797	398 518	416 545	108 871
* dav. an den Bund abgeführt ⁵⁾	75 923	151 437	162 453	41 680
* Hamburg verblieben	123 874	247 081	254 093	65 192
* Vermögensteuer	1 513	466	10 628	4 990	3 655	29 091
Erbsteuer	469	63	1 568	259	692	1 787
Gründerwerbsteuer	398	135	1 407	1 371	3 310	1 499
Kapitalverkehrssteuer	227	179	1 422	3 221	3 386	2 070
* Kraftfahrzeugsteuer	423	1 312	6 665	6 250	7 457	7 179
* Versicherungssteuer	559	847	3 493	3 136	3 395	3 968
Rennweit- und Lotteriesteuer	452	820	2 017	1 855	2 038	1 612
Wechselsteuer	0	536	752	861	826	852
Feuerschutzsteuer	15	127	126	- 271	- 281	273
* Biersteuer	792	870	2 154	2 221	2 236	2 445
* Summe der Landessteuern	..	34 461	230 030	422 409	443 258	157 648
3. Gemeindesteuern						
* Realsteuern	9 974	8 666	44 582	5 149	25 224	104 959
* dav. Grundsteuer A	50	42	78	45	84	137
Grundsteuer B	4 538	3 365	4 870	- 4 835	538	13 060
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	4 668	4 215	34 720	10 169	24 281	90 976
Gewerbesteuer nach der Lohnsumme	718	1 044	4 914	- 230	321	786
Gewerbesteuerzuschüsse	24	29	395	8	17	2 494
* Übrige Gemeindesteuern	7 411	1 864	757	174	241	454
dar. Kinosteuer	123	497	268	4	41	65
Übrige Vergnügungsteuer	106	146	277	164	194	320
Hundesteuer	68	132	211	5	5	67
Summe der Gemeindesteuern	17 385	10 071	45 339	5 323	25 464	105 413
Öffentliche Ordnung und Sicherheit						
1. Feuerlösch- und Unfalldienst						
Gesamtzahl der Alarmierungen	633	1 427	4 316	4 530	4 883	4 374
dav. Feueralarme	187	185	341	299	279	207
dav. falsche Alarme und Unfug-						
meldungen	49	39	65	62	59	47
bekämpfte Brände	138	146	276	237	220	160
dav. Großbrände	10	4	21	12	9	11
Mittelbrände	17	14	50	23	20	24
Kleinbrände	88	114	109	81	87	62
Entstehungsbrände	86	107	93	49
Schornsteinbrände	..	10	10	14	11	14
Hilfeleistungen aller Art	446	1 242	3 975	4 231	4 604	4 167
dar. bei Straßen- und Verkehrs-						
unfällen	..	314	1 128	1 181	1 247	1 044
Betriebsunfällen	..	235	511	511	580	507
Hierbei durchgeführte Unfalltransporte	..	976	3 674	3 827	4 354	3 953
2. Krankenbeförderungswesen						
Ausgeführte Krankentransporte	..	5 625	4 875	4 850	4 856	4 552
Beförderte Personen	..	6 449	5 101	4 993	5 055	4 723

¹⁾ Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben. — ²⁾ Monatsdurchschnitt 1938 = Durchschnitt des Rechnungsjahres 1938. — ³⁾ Ohne die Einnahmen der Bundesmonopolverwaltung für Branntwein. — ⁴⁾ Einschl. Soforthilfesonderabgabe. — ⁵⁾ 1963 = 38 %, 1964 = 39 %.

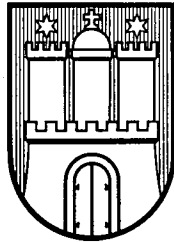
Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Dezember 1963	Dezember 1964	November 1964
	1938	1950	1963			
Noch: Öffentliche Ordnung und Sicherheit						
3. Feststellungen der Polizei						
Der Kriminalpolizei bekannt gewordene Straftaten						
dar. Sittlichkeitsdelikte		5 443	7 547	10 359	8 422	8 015
Mord und Totschlag		142	200	174	205	194
Fahrlässige Tötung 1)		2	3	4	7	10
Körperverletzung 2)		11	2	2	2	1
Einfacher Diebstahl		32	71	78	82	94
Schwerer Diebstahl		2 416	3 234	3 498	3 595	3 395
Diebstähle zusammen		558	1 425	1 636	1 905	1 711
dar. Kraftwagen- u. -gebrauchsdiebstahl		2 974	4 659	5 134	5 500	5 106
Fahrrad- und -gebrauchsdiebstahl		36	162	145	184	181
Moped-, Motorrad- und -gebrauchsdiebstahl		202	390	411	355	465
Taschendiebstahl			189	206	147	207
Unterschlagung		78	47	61	37	42
Raub und Erpressung		357	223	225	250	241
Begünstigung und Hehlerei		11	34	39	31	44
Betrug und Untreue		99	92	95	73	227
Brandstiftung		607	931	3 362	782	735
Münzdelikte		39	56	25	22	28
		13	1	1	1	—
4. Tätigkeit der Schutzpolizei						
Verkehrsvergehensanzeigen			752	567	708	865
Übertretungsanzeigen 3)			6 715	6 293	9 171	9 716
Berichte über Ordnungswidrigkeiten			485	497	447	426
Gebührenpflichtige Verwarnungen 4)			26 173	23 962	32 660	37 442
5. Rechtskräftig Abgeurteilte						
Abgeurteilte insgesamt		1 316	1 790	1 838	2 134 ⁵⁾	1 523
dav. Erwachsene n. allg. Strafrecht abgeurt.		1 229	1 423	1 486	1 668	1 277
Heranwachs. n. allg. Strafrecht abgeurt.			142	163	200	83
Jugendliche n. Jugendstrafrecht abgeurt.		87	148	107	153	88
Heranwachsende n. Jugendstrafr. abgeurt.			77	82	113	75
dar. Widerstand gegen die Staatsgewalt		12	8	9	6	4
Fahrerflucht		6	67	61	88	42
Straftaten gegen den Personenstand, die Ehe und die Familie		4	42	37	49	45
Verbrech. u. Vergeh. wider die Sittlichkeit		51	57	51	64	41
Beleidigung, üble Nachrede		24	20	19	23	24
Verbrech. u. Vergeh. wider das Leben		9	9	5	14	9
Körperverletzung		52	132	119	157	96
Einfacher Diebstahl		324	297	324	323	270
Schwerer Diebstahl		80	88	86	90	73
Einf. u. schwerer Diebstahl im Rückfall		79	53	60	67	52
Unterschlagung		70	57	49	50	52
Raub und Erpressung		9	11	7	15	9
Begünstigung und Hehlerei		68	36	34	35	40
Betrug und Untreue		92	148	154	143	119
Urkundenfälschung		19	15	19	14	12
Vergehen gegen das StVG.		53	270	247	331	221
Löhne und Gehälter 6) 7)				November 1963	Oktober 1964	Juli 1964
1. Arbeiterverdienste in der Industrie 8)						
* Bruttowochenverdienste in RM/DM	männlich	51,38	76,52	195,24		213,00
	weiblich	26,99	43,84	118,93	221,73	127,64
* Bruttostundenverdienste in Rpf/Pf	männlich	99,9	156,7	427,9	483,6	467,3
	weiblich	56,9	96,6	277,7	312,0	301,4
* Bezahlte Wochenstunden in Std.	männlich	51,4	48,8	45,6	45,9	45,6
	weiblich	47,4	45,4	42,8	42,6	42,3
* Geleistete Wochenarbeitszeit in Std.	männlich			42,3	44,7	38,5
	weiblich			39,7	41,7	33,2
2. Angestelltenverdienste (Bruttomonatsverd. i. DM)						
Industrie 8)						
* Kaufmännische Angestellte	männlich			917	1 048	1 017
	weiblich			632	708	685
* Technische Angestellte	männlich			1 043	1 130	1 100
	weiblich			646	715	684
Handel, Kreditinstitute u. Versicherungsgewerbe						
* Kaufmännische Angestellte	männlich			864	971	945
	weiblich			587	622	605
* Technische Angestellte	männlich			855	1 054	1 028
	weiblich			766	1 071	1 011
Industrie, Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe						
* Kaufmännische Angestellte	männlich			875	991	964
	weiblich			596	645	625
* Technische Angestellte	männlich			1 022	1 123	1 094
	weiblich			658	794	765

1) Ohne Verkehrsunfälle. — 2) Ohne §§ 223 und 230. — 3) Aus Verkehrsvorschriften und StGB. — 4) Aus Verkehrsvorschriften und Ordnungswidrigkeitenrecht. — 5) Außerdem: Aussetzung der Verhängung der Jugendstrafe (§ 27 JGG) Dezember 1964 (—) Jugendliche und 1 Heranwachsender. — Absehen von der Verfolgung (§ 45 JGG) Dezember 1964 40 Jugendliche. — 6) 1938 = September 1938, 1950 und 1963 = Durchschnitt der vier Erhebungsmonate. — 7) Ab 1964 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — 8) Einschl. Energiewirtschaft und Hoch- und Tiefbau.

HAMBURG IN ZAHLEN

Jahrgang 1965



März-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Das veranlagte Einkommen und seine Verteilung in Hamburg

Ergebnisse der Einkommensteuerstatistik 1961

Auf Grund der von den Finanzämtern gefertigten anonymen Durchschriften der Steuerbescheide zur Einkommensteuerveranlagung 1950, 1954, 1957 und 1961 sind im Statistischen Landesamt Untersuchungen über die Höhe des veranlagten Einkommens, die Zahl der Steuerpflichtigen, die Schichtung des Einkommens und die Quellen, aus denen es fließt, sowie über die Steuerschuld in ihrem Verhältnis zur Höhe des veranlagten Einkommens angestellt worden, deren Ergebnisse hier kurz dargestellt werden. Das veranlagte Einkommen umfaßt nur einen Teil des gesamten Einkommens in Hamburg, und erst recht bilden die durch die Veranlagung erfaßten Personen nur einen verhältnismäßig kleinen Teil aller Einkommensbezieher, denn — abgesehen von Lohn- und Gehaltsempfängern, die gleichzeitig zur Einkommensteuer veranlagt werden — wird die große Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger nicht zur Einkommensteuer veranlagt, vielmehr wird bei ihnen die Steuer gleich an der Quelle bei der Lohn- und Gehaltszahlung nach bestimmten Grundsätzen einbehalten.

In der Statistik der Einkommensteuerveranlagung werden die zur Einkommensteuer herangezogenen natürlichen Personen mit ihrem Einkommen und ihrer Steuerschuld nachgewiesen. Als Einkommen gilt der Gesamtbetrag der Einkünfte nach Ausgleich mit bestimmten Verlusten und nach Abzug der Sonderausgaben und der Freibeträge für freie Berufe; als Steuerschuld die festgesetzte Einkommensteuer vor Abzug etwa anzurechnender Steuerabzugsbeträge.

Die nach dem zweiten Kriege aufgestellten Einkommensteuerstatistiken sind in den Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes wiederholt dargestellt

worden, doch erstrecken sich die letzten Mitteilungen nur bis zum Jahre 1957. Im folgenden werden nun die Ergebnisse der Veranlagung für das Jahr 1961 dargestellt.

Die für 1961 durchgeführte Erhebung über die Einkommensteuerveranlagung basiert auf einer Koordinierungsvereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern vom 29. August 1961. Neben dieser Statistik wurde für 1961 auch noch eine Lohnsteuer- und eine Körperschaftsteuerstatistik durchgeführt. Ihre Ergebnisse sind in dieser Zeitschrift bereits veröffentlicht worden¹⁾.

Gesamtüberblick

Im Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg wurden für 1961 rund 137 000 Einkommensteuerpflichtige mit einem Einkommen von 3,06 Mrd. DM veranlagt, so daß im Durchschnitt auf einen Steuerpflichtigen ein Einkommen von 22 400 DM kam. In der Gesamtzahl der Veranlagten sind 135 306 Personen enthalten, die ihren Wohnsitz in Hamburg haben und nach dem Einkommensteuergesetz unbeschränkt steuerpflichtig sind. Gut 1 600 der Besteuereten sind beschränkt steuerpflichtig, d. s. Personen, die nicht in der Hansestadt wohnen und hier keinen gewöhnlichen Aufenthalt, aber bestimmte Einkünfte haben.

Die Gesamtzahl der mit Einkommen Veranlagten ist nicht identisch mit der Zahl der überhaupt in Hamburg vorhandenen Einkommensteuerpflichtigen. Berücksichtigt werden müssen noch die Personen, die statt eines Einkommens einen Verlust gehabt haben (2 216), die nach dem Verbrauch Besteuereten — deren Zahl in Hamburg unbedeutend ist — und die Steuerpflichtigen, die wegen der Geringfügigkeit ihres Einkommens nicht veranlagt worden sind.

¹⁾ Vgl. Villalaz, F.: Arbeitsentgelte und ihre Besteuerung in Hamburg, September-Heft 1964, S. 271 bis 284 und Hohmann, G.: Einkommen und Steuerschuld der körperschaftsteuerpflichtigen Unternehmen, Dezember-Heft 1964, S. 366 bis 371.

Tabelle 1

Hauptergebnisse der Einkommensteuerstatistik in Hamburg 1950, 1954, 1957 und 1961

Art der Angaben	Einheit	1950	1954	1957	1961	Veränderung 1961 gegenüber	
						1950	1957
						in %	
		1	2	3	4	5	6
Steuerpflichtige insgesamt ¹⁾	Anzahl	93 843	112 459	126 069	136 933	+ 45,9	+ 8,6
Unbeschränkt Steuerpflichtige	"	91 886	110 308	123 976	135 297	+ 47,2	+ 9,1
Steuerbelastete	"	87 391	93 961	109 805	119 837	+ 37,1	+ 9,1
Steuerbefreite	"	4 495	16 347	14 171	15 460	+ 243,9	+ 9,1
Beschränkt Steuerpflichtige	"	1 957	2 151	2 093	1 636	- 16,4	- 21,8
Veranlagtes Einkommen insgesamt ...	Mio DM	679,1	1 036,0	1 825,0	3 064,3	+ 351,2	+ 67,9
Durchschnittliches Einkommen							
aller Steuerpflichtigen	DM	7 237	9 212	14 476	22 378	+ 209,2	+ 54,6
der unbeschränkt Steuerpflichtigen	"	7 335	9 311	14 548	22 429	+ 205,8	+ 54,2
der Steuerbelasteten	"	7 630	10 628		24 897	+ 226,3	
der Steuerbefreiten	"	1 604	1 736		3 296	+ 105,5	
der beschränkt Steuerpflichtigen	"	2 617	4 181	10 227	18 232	+ 596,7	+ 78,3
Steuerschuld insgesamt	Mio DM	182,8	266,9	486,2	833,6	+ 356,0	+ 71,5
Durchschnittliche Steuerschuld							
aller Steuerpflichtigen	DM	1 948	2 373	3 857	6 088	+ 212,5	+ 57,8
der unbeschränkt Steuerpflichtigen	"	1 970	2 390	3 859	6 071	+ 208,2	+ 57,3
der beschränkt Steuerpflichtigen	"	891	1 536	3 761	1 785	+ 100,3	- 52,5
Anteil am Einkommen							
aller Steuerpflichtigen	%	26,9	25,8	26,6	27,2	+ 1,1	+ 2,3
der unbeschränkt Steuerpflichtigen	"	26,9	25,7	26,5	27,1	+ 0,7	+ 2,3
der beschränkt Steuerpflichtigen	"	34,0	36,7	36,8	41,3	- 21,5	+ 12,2
Einwohnerzahl	1000	1 583,5	1 702,2	1 786,8	1 840,5	+ 16,2	+ 3,0
Auf 1000 Einwohner kamen							
Steuerpflichtige	Anzahl	59	66	71	75	+ 27,1	+ 5,6

1) Ohne Verlustfälle und ohne die nach dem Verbrauch Besteuernten.

Die nun seit Jahren andauernde Belebung der Wirtschaftstätigkeit drückt sich — wie Tabelle 1 zeigt — in einem Anwachsen des zu veranlagenden Personenkreises und in einer Zunahme des veranlagten Einkommens aus. Gegenüber 1957 ist eine Zunahme der Einkommensteuerpflichtigen um 10 864 Personen oder 8,6 % und eine Steigerung des veranlagten Einkommens um 1,24 Mrd. DM oder 67,9 % erfolgt. Hieraus läßt sich bereits auf eine verhältnismäßig starke Erhöhung des Einzeleinkommens und damit auf eine stärkere Besetzung der mittleren und oberen Einkommensgrößenklassen schließen. So ist in diesem Zeitraum der im Durchschnitt auf einen Pflichtigen entfallende Einkommensbetrag von 14 476 DM auf 22 378 DM gestiegen.

Des weiteren ist zu beobachten, daß im letzten Jahrzehnt die Zunahme der Bevölkerung sich in bedeutend langsamerem Tempo vollzogen hat als das Anwachsen der Steuerpflichtigen. Dies bewirkte naturgemäß einen Anstieg der Durchsetzung der Bevölkerung mit veranlagten Einkommensteuerpflichtigen, und zwar entfielen im Jahre 1950 nur 59, im Jahre 1961 aber 75 Pflichtige auf 1000 der Bevölkerung.

Zur Steuerzahlung wurden 1961 unter den unbeschränkt Steuerpflichtigen 119 837 Personen herangezogen, das sind 15 460 weniger als mit Einkommen veranlagt erscheinen. Die Minderung erklärt sich aus der Wirkung der Freibeträge und sonstigen Vergünstigungen. Die Steuerschuld bei den unbeschränkt und beschränkt Steuerpflichtigen betrug nach der letzten Statistik 833,6 Mio DM oder im Durchschnitt eines Steuerpflichtigen 6 088 DM im Jahr; die Belastung des Einkommens durch die Steuerschuld machte einen Anteil von 27,2 % aus.

Noch stärker als beim Einkommen tritt bei der Steuer die günstige Wirtschaftslage der letzten Jahre hervor; die Summe der festgesetzten Steuer übertraf 1961 diejenige des Jahres 1957 um 71,5 %. Darin kommt zum Ausdruck, daß der Zuwachs an Einkommen in hohem Maße auf die größeren Einkommen entfallen muß, da sich an ihnen die Progression des Steuertarifs auswirkt.

Die Einkünfte

Als Ausgangspunkt für die Feststellung des Einkommens gelten die Einkünfte aus den sieben Einkunftsarten des Einkommensteuerrechts: das sind Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb, selbständiger Arbeit, nichtselbständiger Arbeit, Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung und aus Sonstigen Einkünften.

Von den Einkünften treten entsprechend der Großstadtstruktur Hamburgs diejenigen aus Land- und Forstwirtschaft fast ganz zurück. Daß die auf einen Steuerpflichtigen entfallenden Einkünfte aus Landwirtschaft dagegen nicht unbedeutend sind, auch im Vergleich mit dem Gesamtdurchschnitt, ist vor allem auf den in den Vier- und Marschlanden betriebenen Gartenbau mit günstigen Absatzmöglichkeiten zurückzuführen. Mehr als die Hälfte der Einkünfte fließt bei den unbeschränkt Steuerpflichtigen aus Gewerbebetrieb; dazu zählen auch die Handels- und Verkehrsbetriebe. An zweiter Stelle stehen die Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit. Weitere Ergebnisse sind aus Tabelle 2 zu entnehmen, in der die Einkünfte in ihren Beträgen und der zugehörigen Fallzahl für 1961 und 1957 nachgewiesen sind.

Tabelle 2

**Einkünfte der unbeschränkt Einkommensteuerpflichtigen
in Hamburg 1957 und 1961 nach Einkunftsarten**

Einkunftsarten	Fälle 1)				Einkünfte				Durchschn. Einkünfte	
	1961		1957	Ver- änderung 1961 gegenüber 1957 in %	1961		1957	Ver- änderung 1961 gegenüber 1957 in %	je Fall in DM	
	Anzahl	%	Anzahl		1000 DM	%	1000 DM		1961	1957
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Land- und Forstwirtschaft . . .	3 644	1,6	4 206	- 13,4	29 193	0,9	25 371	+ 15,1	8 011	6 032
Gewerbebetrieb	72 535	31,5	75 279	- 3,6	1 963 163	56,6	1 311 116	+ 49,7	27 065	17 417
Selbständige Arbeit	17 092	7,4	14 351	+ 19,1	293 040	8,4	173 826	+ 68,6	17 145	12 112
Nichtselbständige Arbeit	61 250	26,6	39 123	+ 56,6	914 139	26,3	441 445	+107,1	14 925	11 284
Kapitalvermögen	30 943	13,4	33 692	- 8,2	129 748	3,7	61 891	+109,6	4 193	1 837
Vermietung und Verpachtung	27 636	12,0	27 251	+ 1,4	126 675	3,6	79 361	+ 59,6	4 584	2 912
Sonstige Einkünfte	17 432	7,5	12 166	+ 43,3	15 867	0,5	9 074	+ 74,9	910	746
Summe der Einkünfte	230 532	100	206 068	+ 11,9	3 471 822	100	2 102 084	+ 65,2	15 060	10 201

1) Steuerpflichtige werden bei jeder Einkunftsart, aus der sie Einkommen bezogen haben, als ein Fall gezählt. — Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Alle Einkünfte sind ausnahmslos gegenüber 1957 gestiegen. Sehr verschieden ist jedoch das Maß der Steigerung. Die relativ besonders auffallende Zunahme der Einkünfte aus Kapitalvermögen (67,9 Mio DM = 109,6 %) ist ein Anzeichen für die fortschreitende Vermögensbildung in der Bundesrepublik Deutschland, wobei vielleicht auch die Wirkung der Gewinnausschüttungen an Aktionäre mit ihrer gesteigerten Verzinsung eine gewisse Rolle spielen dürfte. Die Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit zeigen bei einem Mehr von 56,6 % an der Zahl der Fälle und 107,1 % an Beträgen ebenfalls eine verhältnismäßig starke Aufwärtsbewegung. Wachsende Gehälter für die Angestellten und die Beamten in leitender Stellung, stärkere Inanspruchnahme an Sondervergünstigungen, insbesondere bei erhöhten Absetzungen für Wohngebäude, und zusätzliche Einkünfte aus mehreren Einkunftsarten dürften dazu beigetragen haben, daß immer mehr Nichtselbständige nicht mehr lohn-, sondern einkommensteuerpflichtig geworden sind.

Die Zahl der Steuerpflichtigen mit Einkünften aus selbständiger Arbeit, an denen besonders die freien Berufe wie Ärzte, Rechtsanwälte usw. beteiligt sind, hat sich gegenüber 1957 um rund ein Fünftel erhöht, die Beträge sind von 173,8 Mio DM auf 293,0 Mio DM (+ 68,6 %) gestiegen. Bei den Einkünften aus Gewerbebetrieb steht dem Verlust an Steuerpflichtigen eine Zunahme an Beträgen (+ 49,7 %) gegenüber. Daraus läßt sich schließen, daß die mittleren und oberen Einkommensgrößenklassen eine besondere Stärkung erfahren haben. Die rege Bautätigkeit und die teilweise erfolgte Erhöhung der Mieten spiegeln sich in der Steigerung der Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung um 47,3 Mio DM oder 59,6 % gegenüber 1957 wider.

Im Zusammenhang mit der unterschiedlichen Entwicklung der Zahl der Fälle mit Einkünften aus den einzelnen Einkunftsarten und der Einkunftsbeiträge haben sich auch die Zusammensetzung der Einkünfte und die Durchschnittseinkünfte je Fall z. T. erheblich geändert. Infolge der besonders starken Zunahme der Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit hat sich der Anteil dieser Einkünfte an der Summe aller Ein-

künfte erhöht, und zwar von 21 % im Jahre 1957 auf 26,3 % im Jahre 1961. Der Anteil der Einkünfte aus Gewerbebetrieb ist dagegen von 62,4 % auf 56,6 % zurückgegangen. Die Durchschnittseinkünfte je Fall waren bei allen Einkunftsarten höher als 1957. Durchschnittlich am höchsten sind die Einkünfte aus Gewerbebetrieb (27 065 DM je Fall). Auch die Einkünfte aus selbständiger Arbeit liegen noch über dem Durchschnitt aller Steuerpflichtigen; diesem am nächsten stehen die Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit.

In Tabelle 3 kommt zum Ausdruck, wie sich 1961 die einzelnen Einkunftsbeiträge auf die verschiedenen Einkommensgrößenklassen verteilen. Der Gewerbebetrieb als absolut überragende Einkommensquelle entspricht in der Schichtung etwa der Struktur des weiter unten behandelten Gesamteinkommens. Eine gewisse Ähnlichkeit im Aufbau zeigen die Einkünfte aus selbständiger Arbeit. Sie sind gekennzeichnet durch hohe Anteile in den Einkommensgrößenklassen 16 000 bis unter 250 000 DM. Im Gegensatz hierzu stehen die Sonstigen Einkünfte, die gegenüber dem Gesamteinkommen eine starke Besetzung der unteren Größenklassen aufweisen. Die Einkunftsbeiträge aus Kapitalvermögen sind in den Einkommensgrößenklassen bis unter 16 000 DM nicht sehr hoch, doch liegt der Zahl der Fälle nach die Hauptmasse aller Sparer in diesen Klassen. Die verhältnismäßig starke Besetzung der mittleren Einkommensgruppen und der über alle anderen Quellen hinausgehende Anteil der Einkünfte über 1 Mio DM ist damit zu erklären, daß die Bezüge aus Beteiligungen an Kapitalgesellschaften usw. hier zahlenmäßig zum Ausdruck kommen.

In der Einkommensteuerstatistik 1961 wurde — wie 1954 — wieder eine Gruppierung der unbeschränkt Steuerpflichtigen, ihrer Einkünfte und einiger anderer Merkmale nach der überwiegenden Einkunftsart vorgenommen. Als überwiegend wurde dabei diejenige Einkunftsart angesehen, für die in den Erhebungsunterlagen der höchste Betrag eingetragen war. In Fällen, in denen nur eine Einkunftsart angegeben war, ist diese zugleich die überwiegende.

Tabelle 3

**Einkünfte der unbeschränkt Einkommensteuerpflichtigen
in Hamburg 1961 nach Einkunftsarten und Einkommensgrößenklassen**

Größenklassen nach der Höhe des Einkommens DM	Einkünfte aus													
	Land- und Forstwirtschaft		Gewerbe- betrieb		Selbständiger Arbeit		Nicht- selbständiger Arbeit		Kapital- vermögen		Vermietung und Verpachtung		Sonstigen Einkünften	
	1000 DM	%	1000 DM	%	1000 DM	%	1000 DM	%	1000 DM	%	1000 DM	%	1000 DM	%
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
unter 3 000 ...	546	1,9	13 505	0,7	1 925	0,6	7 560	0,8	2 145	1,7	3 240	2,6	2 119	13,4
3 000 bis unter 5 000 ...	2 202	7,6	36 475	1,8	4 551	1,6	28 276	3,1	3 246	2,5	6 999	5,5	2 327	14,7
5 000 " " 8 000 ...	5 904	20,2	84 369	4,3	8 766	3,0	84 225	9,2	4 873	3,8	10 987	8,7	2 569	16,2
8 000 " " 12 000 ...	6 408	22,0	128 515	6,5	14 775	5,0	125 481	13,7	6 530	5,0	13 110	10,3	2 039	12,9
12 000 " " 16 000 ...	4 458	15,3	119 001	6,1	17 948	6,1	94 591	10,4	5 900	4,5	10 971	8,7	1 370	8,6
16 000 " " 25 000 ...	4 466	15,3	191 190	9,7	46 980	16,0	199 986	21,9	10 655	8,2	17 079	13,5	1 587	10,0
25 000 " " 50 000 ...	2 755	9,4	272 694	13,9	90 492	30,9	204 874	22,4	18 198	14,0	22 697	17,9	1 557	9,8
50 000 " " 100 000 ...	1 531	5,2	241 460	12,3	60 384	20,6	84 057	9,2	18 338	14,1	15 349	12,1	830	5,2
100 000 " " 250 000 ...	243	0,8	250 422	12,8	33 602	11,5	45 875	5,0	17 478	13,5	12 118	9,6	738	4,6
250 000 " " 500 000 ...	448	1,5	173 910	8,9	7 811	2,7	22 431	2,5	10 314	7,9	7 523	5,9	392	2,5
500 000 " " 1 Mio ...	—	—	93 493	4,8	5 049	1,7	8 283	0,9	5 419	4,2	3 214	2,5	240	1,5
1 Mio und mehr	233	0,8	358 128	18,2	756	0,3	8 500	0,9	26 653	20,6	3 387	2,7	98	0,6
Insgesamt	29 193	100	1 963 163	100	293 040	100	914 139	100	129 748	100	126 675	100	15 867	100

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Tabelle 4

**Einkünfte der unbeschränkt Einkommensteuerpflichtigen
in Hamburg 1961 nach überwiegender Einkunftsart**

Überwiegende Einkunftsart	Steuerpflichtige		Gesamtbetrag der Einkünfte		
	Anzahl	%	1000 DM	%	je Steuer- pflichtigen DM
	1	2	3	4	5
Land- und Forst- wirtschaft	2 631	1,9	28 090	0,8	10 677
Gewerbebetrieb ..	63 755	47,2	2 035 300	60,2	31 924
Selbständige Arbeit	9 231	6,8	278 147	8,2	30 132
Nichtselbständige Arbeit	49 914	36,9	885 752	26,2	17 746
Kapitalvermögen ..	2 604	1,9	59 445	1,8	22 828
Vermietung und Verpachtung	6 493	4,8	91 358	2,7	14 070
Sonstige Einkünfte	669	0,5	4 068	0,1	608
Insgesamt	135 297	100	3 382 159	100	24 998

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Von den rund 135 300 veranlagten unbeschränkt Steuerpflichtigen hatten 1961 fast die Hälfte (63 755) Einkünfte überwiegend aus Gewerbebetrieb, am Gesamtbetrag der Einkünfte (3 382 Mio DM) war dieser Personenkreis sogar mit über drei Fünfteln der Gesamtsumme (2 035 Mio DM) beteiligt; der Durchschnittsbetrag je Steuerpflichtigen lag bei 31 924 DM. Die Einkünfte aus Gewerbebetrieb umfaßten bei diesen Steuerpflichtigen 95 % ihrer Gesamteinkünfte. Unter den restlichen spielten lediglich die Einkünfte aus Kapitalvermögen mit 50,7 Mio DM aus 12 982 Fällen und aus Vermietung und Verpachtung mit 31,7 Mio DM aus 11 312 Fällen eine gewisse Rolle. Nur wenig niedriger lagen die durchschnittlichen Einkünfte der Steuerpflichtigen mit überwiegenden Einkünften aus selbständiger Arbeit, die aber nur 6,8 % der Gesamtzahl der Steuerpflichtigen und 8,2 % der gesamten Einkünfte stellten. Auch diese Steuerpflichtigen hatten verhältnismäßig geringe Nebeneinkünfte, von denen lediglich die aus nichtselbständiger Arbeit herausragten. Ein verhältnismäßig großer Teil der un-

beschränkt Veranlagten, und zwar rund 50 000 oder 40 %, bezog ein Einkommen, das überwiegend aus Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit bestand. Die hauptsächlichsten Nebeneinkünfte waren Einkünfte aus Gewerbebetrieb, selbständiger Arbeit und aus Kapitalvermögen, die aber auch nur etwa 10 % der Summe der Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit ausmachten. Dagegen hatten die Steuerpflichtigen mit Einkünften überwiegend aus Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung sowie aus Sonstigen Einkünften verhältnismäßig hohe Nebeneinkünfte, und zwar entfielen von der jeweiligen Summe der Einkünfte aus Kapitalvermögen 25,9 %, aus Vermietung und Verpachtung 20,4 % sowie aus Sonstigen Einkünften 32,3 % auf Nebeneinkünfte.

Wie bereits erwähnt, ergibt sich durch Zusammenrechnung der Einkünfte aus den einzelnen Einkunftsarten nach Ausgleich mit Verlusten und nach Abzug der Sonderausgaben und der Freibeträge für freie Berufe das veranlagte Einkommen. Die Bedeutung der einzelnen Positionen im Vergleich zu 1957 wird durch folgende Beträge verdeutlicht (nur unbeschränkt Steuerpflichtige):

Art der Angaben	1961	1957	Ver- änderung 1961 gegenüber 1957 in %
	Mio DM		
Summe der Einkünfte	3 471,8	2 102,1	+ 65,2
Ausgeglichene Verluste	89,7	49,8	+ 80,1
Gesamtbeitrag der Einkünfte ..	3 382,2	2 052,2	+ 64,8
Sonderausgaben	338,5	241,3	+ 40,3
Freibetrag für freie Berufe	9,1	7,3	+ 24,7
Veranlagtes Einkommen	3 034,5	1 803,6	+ 68,2

Die Summe aller Einkünfte war in Hamburg um 1 370 Mio DM oder 65,2 % höher als 1957 — ist also verhältnismäßig stärker gestiegen als die Zahl der Fälle mit Einkünften (+ 11,9 %) — und war 1961 um 437 Mio DM größer als das veranlagte Einkommen. Von diesem Betrage entfielen 339 Mio DM oder 77,5 % gegen 80,7 % im Jahre 1957 auf die Sonderausgaben, 89,7 Mio DM oder 2,1 % gegen 1,7 % auf die Verluste

und 9,1 Mio DM oder 0,2 % gegen 0,3 % auf die Freibeträge für freie Berufe. Die Sonderausgaben, die Freibeträge für freie Berufe und die ausgeglichenen Verluste zusammen machten 1961 in Hamburg 79,8 % der Summe aller Einkünfte aus gegen 82,7 % im Jahre 1957.

Das Einkommen

Das von den steuerbelasteten unbeschränkt Steuerpflichtigen im Jahre 1961 erzielte Einkommen belief sich auf insgesamt 2,98 Mrd. DM, während die Steuerbefreiten ein Einkommen von zusammen 51 Mio DM hatten. Dem Einkommen dieser beiden Gruppen, das also zusammen rund 3,03 Mrd. DM betrug, steht ein Vergleichswert aus dem Jahre 1957 von 1,80 Mrd. DM gegenüber. Somit war bei den unbeschränkt Steuerpflichtigen in Hamburg von 1957 auf 1961 eine Zunahme des steuerbelasteten und steuerbefreiten Einkommens um rund 1,23 Mrd. DM oder um etwa 68 % eingetreten, das sind im Durchschnitt jährlich 17 %. Wesentlich für die Erkenntnis der Wirtschaftsstruktur ist neben der Höhe des Einkommens und der Zusammensetzung des Einkommens aus den einzelnen Einkunftsarten die Schichtung des Einkommens, die in erster Linie dadurch gekennzeichnet ist, daß sich die Steuerpflichtigen verhältnismäßig stärker in den unteren Einkommensgrößenklassen konzentrieren als die Einkommensbeträge. Fast drei Fünftel

aller unbeschränkt Steuerpflichtigen bezogen nach der letzten Statistik ein Einkommen bis 8 000 DM. Auf sie entfallen jedoch nur rund 8 % des Gesamteinkommens.

Umgekehrt ist das Verhältnis für Einkommen über 100 000 DM, wo auf gut 2 % aller Pflichtigen ein Drittel des Gesamteinkommens trifft (vgl. Tab. 5).

Von Bedeutung ist weiter eine gewisse Strukturwandlung, die man im Aufbau des Einkommens und der Steuerpflichtigen von 1954 bis 1961 beobachten kann. Hierbei fällt der stetige Rückgang des Anteils der unteren Einkommensgrößenklassen gegenüber einem entsprechenden Ansteigen desjenigen der mittleren und oberen Größenklassen auf. Beanspruchten 1954 die Einkommen bis 8 000 DM 29,2 %, 1957 17,1 % des Einkommens, so sank dieser Prozentsatz im Jahre 1961 auf 7,9 %. Die oberen Einkommensgrößenklassen (100 000 und mehr DM) zeigen dagegen mit 11,2 % für 1954, 26,1 % für 1957 und 33,3 % für 1961 eine steigende Tendenz. Diese Erscheinung wird durch das nachstehende Schaubild ergänzt, in dem die Entwicklung der Einkommen in den verschiedenen Einkommensgrößenklassen derart dargestellt wird, daß die Ergebnisse für 1954 = 100 gesetzt sind. Es tritt deutlich hervor, daß die mit einem Einkommen unter 5 000 DM Veranlagten beträchtlich abgenommen haben, während diejenigen mit einem darüber liegenden Einkommen eine mit wachsender Größenklasse kräftig steigende prozentuale Zunahme verzeichnen.

Die Entwicklung der Einkommen der unbeschränkt Steuerpflichtigen in Hamburg nach Einkommensgrößenklassen
1954 = 100

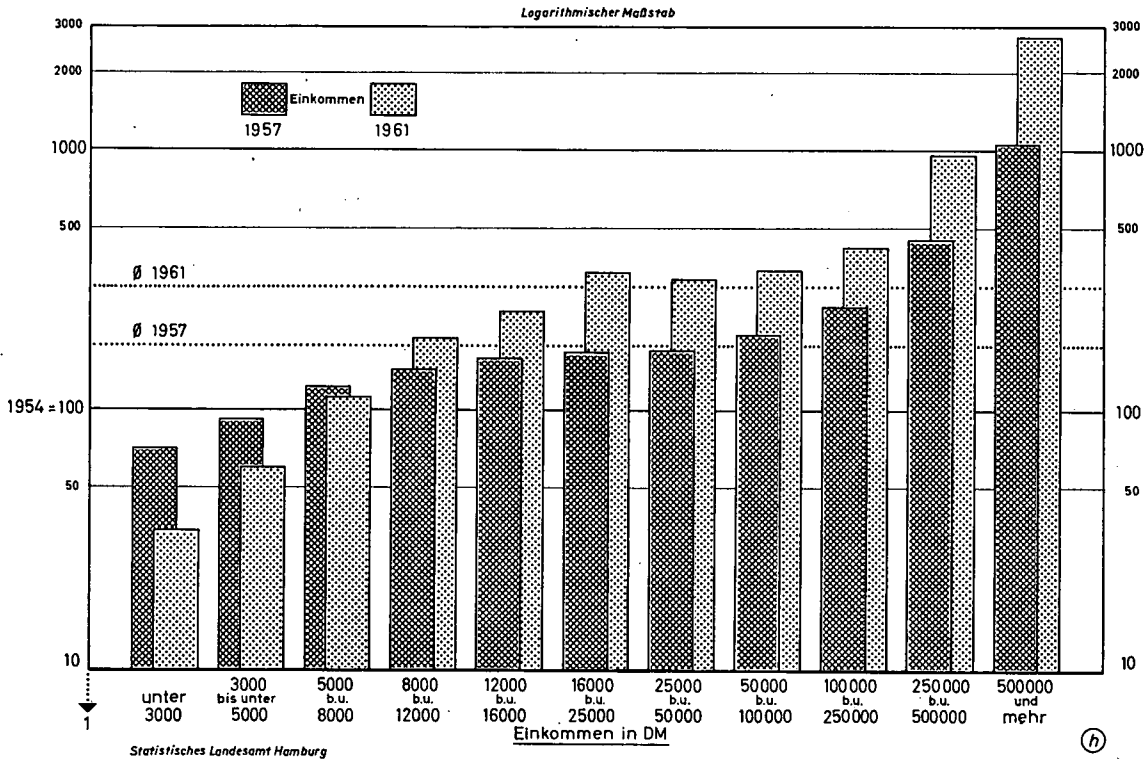


Tabelle 5

**Einkommen der unbeschränkt Steuerpflichtigen in Hamburg
1957 und 1961 nach Einkommensgrößenklassen**

Größenklassen nach der Höhe des Einkommens DM	Steuerpflichtige				Ver- änderung 1961 gegenüber 1957 in %	Einkommen				Ver- änderung 1961 gegenüber 1957 in %
	1961		1957			1961		1957		
	Anzahl	%	Anzahl	%		1000 DM	%	1000 DM	%	
	1	2	3	4		6	7	8	9	
unter 3 000	9 541	7,0	19 879	16,1	— 52,0	18 571	0,6	38 674	2,1	— 52,0
3 000 bis unter 5 000	15 119	11,2	23 754	19,2	— 36,4	61 234	2,0	95 313	5,3	— 35,8
5 000 " " 8 000	24 718	18,3	27 531	22,2	— 10,2	160 373	5,3	175 243	9,7	— 8,5
8 000 " " 12 000	25 111	18,6	19 368	15,6	+ 29,7	247 032	8,2	189 657	10,5	+ 30,3
12 000 " " 16 000	15 614	11,6	10 195	8,2	+ 53,2	216 611	7,1	141 022	7,8	+ 53,6
16 000 " " 25 000	20 727	15,3	10 192	8,2	+ 103,4	410 232	13,5	201 537	11,2	+ 103,6
25 000 " " 50 000	15 877	11,7	8 307	6,7	+ 91,1	536 361	17,7	282 436	15,7	+ 89,9
50 000 " " 100 000	5 511	4,1	3 049	2,5	+ 80,7	373 538	12,3	208 356	11,6	+ 79,3
100 000 " " 250 000	2 199	1,6	1 276	1,0	+ 72,3	324 472	10,7	191 684	10,6	+ 69,3
250 000 " " 500 000	601	0,4	283	0,2	+ 112,4	204 421	6,7	97 608	5,4	+ 109,4
500 000 " " 1 Mio	160	0,1	96	0,1	+ 66,7	107 098	3,5	64 912	3,6	+ 65,0
1 Mio und mehr	119	0,1	46	0,0	+ 158,7	374 569	12,4	117 182	6,5	+ 219,6
Insgesamt	135 297	100	123 976	100	+ 9,1	3 034 511	100	1 803 624	100	+ 68,2

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Die mit einem Einkommen unter 8 000 DM Veranlagten weisen gegenüber 1957 eine Einbuße von 21 786 Pflichtigen (— 30,7 %) auf. Diese Entwicklung hat verursacht, daß der Anteil der Steuerpflichtigen mit einem Einkommen unter 8 000 DM an der Gesamtzahl aller unbeschränkt Steuerpflichtigen von 57,5 % auf 36,5 % absank. Demgegenüber hat die Zahl der Steuerpflichtigen in allen übrigen Einkommensgrößenklassen z. T. erheblich zugenommen. In den Größenklassen 8 000 bis unter 100 000 DM ist die Zahl der Steuerpflichtigen um 31 727 oder 62,1 % angestiegen, in der Größenklasse 100 000 bis unter 1 Mio DM um 1 305 oder um fast 80 %. Damit stieg der Anteil der Steuerpflichtigen mit einem Einkommen von 8 000 bis unter 1 Mio DM an der Gesamtzahl der Pflichtigen von 42,5 % auf 63,4 %.

Von den 1961 erfaßten 135 300 unbeschränkt Steuerpflichtigen zählten 119 im Sinne des Einkommensteuergesetzes zur Gruppe der „Einkommens-Millionäre“, die allein 12,4 % des Gesamteinkommens auf sich vereinigen konnten. Unter den Steuerpflichtigen mit einem Einkommen von über 1 Mio DM waren 13 Steuerpflichtige, die jeweils ein Einkommen von über 5 Mio DM hatten. Im Jahre 1957 betrug die Zahl der Einkommensmillionäre 46, 1954 waren es nur 4 gewesen.

Steuerliche Belastung des Einkommens

Der bei den unbeschränkt Einkommensteuerpflichtigen veranlagte Steuerschuldbetrag wuchs, verglichen mit 1957, noch stärker als der Einkommensbetrag. Es hatten die Steuerpflichtigen in Hamburg für 1961 eine Einkommensteuer von 821,4 Mio DM aufzubringen, das sind 343 Mio DM oder fast 72 % mehr als 1957. Während die günstige Wirtschaftslage Einkommen und Steuer gemeinsam beeinflußt, verursachen inzwischen eingetretene Verschiebungen der Steuerpflichtigen in höhere und progressiv gestaffelte Steuerstufen eine weitere Steigerung der Steuer. Vergleicht man für beide Erhebungsjahre den Anteil des Einkommens, der von der Steuer in Anspruch

genommen wird, dann ergibt sich in Verbindung mit der verhältnismäßig stärkeren Zunahme der Steuer für 1961 eine durchschnittliche Belastungsziffer von 27,1 % des Einkommens, während sie für 1957 nur 26,5 % betrug.

Die Durchschnittsbelastung des Einkommens durch die Steuer ist ein Ergebnis der Anwendung des progressiven Einkommensteuertarifs auf die verschiedenen hohen Einkommen. Ein Bild von seiner Wirkung vermittelt Tabelle 6, die für 1957 und 1961 neben den Angaben über die absolute und relative Höhe der Steuerschuld den Hundertsatz ausweist, den die Steuer jeder Einkommensgrößenklasse, bezogen auf das Einkommen, ausmacht. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Steuerschuldbetrag auf das Einkommen aller unbeschränkt Veranlagten und nicht auf die Fälle tatsächlicher Steuerbelastung bezogen worden ist.

Die Verteilung der Steuerschuld auf die Einkommensgrößenklassen unterscheidet sich wesentlich von der des Einkommens. Zunächst ist der Ausfall von Steuerpflichtigen, die durch den steuerfreien Einkommensanteil und sonstige Vergünstigungen steuerfrei werden, in Anrechnung zu bringen. Hierdurch verschieben sich bei der Steuer die Anteile für Beträge gegenüber der Verteilung beim Einkommen zugunsten der mittleren und oberen Einkommensgrößenklassen. Diese Bewegung wird außerdem für die Steuerbeträge durch die Auswirkung des progressiven Steuertarifs, der die höheren Einkommen bedeutend stärker belastet, verstärkt. Während auf die Einkommensgrößenklassen unter 8 000 DM 1961 rund 8 % des Einkommens entfielen, war die Steuer in dieser Klasse mit nur 1,8 % an der Gesamtsteuerschuld beteiligt. Die Steuerpflichtigen der Größenklasse 8 000 bis unter 100 000 DM versteuerten 58,8 % des Gesamteinkommens, brachten aber nur 43,9 % der Steuer auf; die Größenklassen 100 000 bis unter 250 000 DM bezogen 10,7 % des gesamten Einkommens, zahlten aber 15,2 % der Gesamtsteuer. Noch stärker verschiebt sich das Verhältnis in den Größenklassen (250 000 DM und mehr), auf die insgesamt 22,6 % des Einkommens, jedoch 39,1 % der Steuer entfielen.

Tabelle 6

Steuerschuld der unbeschränkt Steuerpflichtigen in Hamburg 1957 und 1961 nach Einkommensgrößenklassen

Größenklassen nach der Höhe des Einkommens DM	Steuerschuld				Veränderung 1961 gegenüber 1957 in %	Steuerschuld in % des Einkommens	
	1961		1957			1961	1957
	1000 DM	%	1000 DM	%			
	1	2	3	4		5	6
unter 3 000	173	0,0	843	0,2	— 79,5	0,9	2,2
3 000 bis unter 5 000	2 442	0,3	4 784	1,0	— 49,0	4,0	5,0
5 000 " " 8 000	12 545	1,5	15 095	3,2	— 16,9	7,8	8,6
8 000 " " 12 000	28 431	3,5	24 188	5,1	+ 17,5	11,5	12,8
12 000 " " 16 000	30 650	3,7	22 660	4,7	+ 35,3	14,1	16,1
16 000 " " 25 000	69 425	8,5	40 191	8,4	+ 72,7	16,9	19,9
25 000 " " 50 000	119 778	14,6	75 608	15,8	+ 58,4	22,3	26,8
50 000 " " 100 000	111 998	13,6	71 778	15,0	+ 56,0	30,0	34,4
100 000 " " 250 000	124 450	15,2	79 963	16,7	+ 55,6	38,4	41,7
250 000 " " 500 000	91 775	11,2	48 047	10,0	+ 91,0	44,9	49,2
500 000 " " 1 Mio	50 303	6,1	34 321	7,2	+ 46,6	47,0	52,9
1 Mio und mehr	179 457	21,8	60 886	12,7	+194,7	47,9	52,0
Insgesamt	821 426	100	478 364	100	+ 71,7	27,1	26,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Vergleicht man die Ergebnisse von 1957 und 1961 hinsichtlich der Gruppierung der Steuer, so tritt hier, ähnlich wie beim Einkommen, die Strukturwandlung in Erscheinung, die sich in einer Abschwächung des Anteils der unteren Einkommensgrößenklassen zugunsten des höheren Einkommens auswirkt.

Die Gegenüberstellung des veranlagten Einkommens und der Steuerschuld ergibt eine Steigerung der Belastung des Einkommens, die in etwa der Progression des Tarifs gleich verläuft. Der Steuerbetrag belief sich bei den unbeschränkt Steuerpflichtigen im Jahre 1961 in der untersten Klasse bis zu 3 000 DM auf 0,9 % des Einkommens und steigt von Klasse zu

Klasse bis auf 47,9 % bei einem Einkommen von 1 Mio DM und mehr. Die höchste Einkommensgrößenklasse wird also beinahe mit dem Höchst- und Endsatz von 53 % des durchgestaffelten Tarifs betroffen. Die seit 1958 eingetretene Ermäßigung des Steuertarifs hat dazu geführt, daß die Belastung des Einkommens durch Steuer zwar in allen Einkommensgrößenklassen zurückgegangen, im Gesamtdurchschnitt dagegen etwas gestiegen ist. Dieser Unterschied erklärt sich aus der außergewöhnlichen Veränderung der Einkommensstruktur.

Gustav Hohmann

Vermögensmillionäre in Hamburg

Erste vorläufige Ergebnisse der Vermögensteuerstatistik zum Stichtag 1. 1. 1963

Auf Grund des Artikels 8 des Gesetzes zur Änderung des Bewertungsgesetzes vom 10. 8. 1963 (BGBl. I. S. 676) wird zusammen mit der Vermögensteuer-Hauptveranlagung und der Hauptfeststellung der Einheitswerte der gewerblichen Betriebe zum Stichtag 1. 1. 1963 eine Vermögensteuer- und Einheitswertstatistik durchgeführt. Erhebungspapiere sind Statistische Blätter in Form von Durchschriften der amtlichen Vermögensteuer- und Einheitswertbescheide ohne Namen und Anschrift der Steuerpflichtigen. Um möglichst aktuellen Aufschluß über die am meisten interessierenden Sachverhalte zu bekommen, wurde inzwischen ein Vorwegergebnis aufbereitet, zu dem auch die hier veröffentlichten vorläufigen Daten über die Vermögensmillionäre gehören.

Am 1. 1. 1963 lebten in Hamburg insgesamt 665 Personen, die jeweils ein Gesamtvermögen im Werte von 1 Million DM und mehr besaßen. Unter Gesamt-

vermögen oder Reinvermögen ist dabei das um die Schulden, die Hypothekengewinnabgabe und die Vermögensabgabe (Zeitwert) verminderte Rohvermögen zu verstehen. Das Rohvermögen wiederum ist die Summe der Vermögensarten, bestehend aus dem land- und forstwirtschaftlichen Vermögen, dem Grundvermögen, dem Betriebsvermögen und dem sonstigen Vermögen (Kapitalforderungen, Sparguthaben, Wertpapiere, Renten u.a.m.). In den drei Jahren seit der Hauptveranlagung zum 1. 1. 1960 hat sich die Zahl der Vermögensmillionäre um 130 erhöht. In den Jahren davor war bei den Vermögensmillionären noch ein erheblich stärkerer relativer wie auch absoluter Zugang zu verzeichnen: Vom 1. 1. 1957 bis zum 1. 1. 1960 kamen 272 neu hinzu, was einer guten Verdoppelung entsprach, und vom 1. 1. 1953 bis zum 1. 1. 1957 stieg ihre Zahl von 100 auf 263, also auf überdasZweieinhalbfache an. Innerhalb eines Jahrzehnts hat sich demnach die Anzahl der Hamburger Vermögensmillionäre weit mehr als versechsfacht.

Unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen mit einem Gesamtvermögen von je 1 Million DM und mehr (Vermögensmillionäre) in Hamburg am 1. 1. 1963

Größenklassen nach der Höhe des Gesamtvermögens in Millionen DM	Vermögenssteuerpflichtige	Gesamtvermögen		Steuerschuld	
		Anzahl	insgesamt	je Vermögensteuerpflichtigen	insgesamt
	1000 DM				
	1	2	3	4	5
1 bis unter 2,5	459	687 517	1 498	6 541	14
2,5 " " 5	121	422 103	3 488	4 107	34
5 " " 10	54	357 564	6 622	3 500	65
10 " " 20	18	242 192	13 455	2 385	133
20 " " 50	8	215 746	26 968	2 125	266
50 und mehr	5	546 796	109 359	5 414	1 083
Insgesamt	665	2 471 918	3 717	24 072	36
Zum Vergleich:					
1. 1. 1960	535	2 038 815	3 811	19 818	37
1. 1. 1957	263	784 321	2 982	7 540	29
1. 1. 1953	100	219 357	2 194	2 019	20

Die 665 Vermögensmillionäre am 1. 1. 1963 nannten ein Gesamtvermögen im Werte von fast 2,5 Milliarden DM ihr eigen. Im Durchschnitt entfielen auf jeden einzelnen Vermögensmillionär 3,7 Millionen DM. Am 1. 1. 1960 betrug das Gesamtvermögen je Steuerpflichtigen noch 3,8 Millionen DM. Die Anzahl der Vermögensmillionäre hat also etwas stärker zugenommen (+ 24 %) als das korrespondierende Gesamtvermögen (+ 21 %). Vom 1. 1. 1957 auf den 1. 1. 1960 erweiterte sich der Vermögensbestand der Millionäre um mehr als das Anderthalbfache, vom 1. 1. 1953 auf den 1. 1. 1957 gar um mehr als das Zweieinhalbfache. In zehn Jahren erreichte das Gesamtvermögen das Zehnfache seines Ausgangsniveaus. Während die Zahl der Vermögensmillionäre in diesem Zeitraum um 565 % gestiegen ist, nahm das Gesamtvermögen dieses Personenkreises um 1 027 % zu.

Die Vermögensteuer beträgt jährlich 1 % des steuerpflichtigen Vermögens; sie beträgt jedoch nur 7,5 % des steuerpflichtigen Vermögens, soweit dieses den Betrag der nach § 31 des Lastenausgleichsgesetzes festgesetzten Vermögensabgabeschuld nicht übersteigt. Das steuerpflichtige Vermögen der natürlichen Personen unterscheidet sich von deren Gesamtvermögen durch die in Abzug gebrachten Freibeträge, die bei den Millionären insgesamt gesehen nicht ins Gewicht fallen. Am 1. 1. 1963 bezifferte sich die gesamte Vermögensteuerschuld der Millionäre auf etwas über 24 Millionen DM; das ist nicht ganz 1 % des Gesamtvermögens. Der Anteil der Steuerschuld am steuerpflichtigen Vermögen der Millionäre — letzteres ist im Vorwegergebnis nicht enthalten — muß sich demnach praktisch auf 1 % belaufen. Die Entwicklung der Vermögensteuerschuld seit 1953 verlief im großen und ganzen parallel zu der des Gesamtvermögens, da sich der Steuersatz in der Zeit nicht geändert hat.

Aus der Gruppierung nach Größenklassen ist zu entnehmen, daß die überwiegende Mehrzahl der Millionäre (459) mit ihrem Gesamtvermögen nicht über die Grenze der untersten Vermögensstufe von 2,5 Millionen DM hinauskam. Ihr Anteil an der Summe des Gesamtvermögens machte rund 28 % aus. Mit anderen Worten: Mehr als zwei Dritteln der Vermögensmillionäre gehörte nicht mehr als ein gutes Viertel der Vermögenssumme. Nicht allzuviel fehlte und die fünf Steuerpflichtigen mit einem Gesamtvermögen von jeweils mehr als 50 Millionen DM hätten den gleichen Anteil an der Vermögenssumme erreicht. Das Durchschnittsvermögen dieses Personenkreises lag denn auch bei 110 Millionen DM. Das Schichtungsbild in der Tabelle spiegelt die Struktur von Anfang 1963 wider; sie hat sich gegenüber 1960 nicht wesentlich geändert.

Francisco Villalaz

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Januar 1964	Januar 1965	Dezember 1964
	1938	1950	1963			
Meteorologische Beobachtungen in Hamburg						
1. Mittelwerte 1)						
Luftdruck, mm	761,7	758,8 ²⁾	761,7 ²⁾	772,0 ²⁾	756,5 ²⁾	760,0 ²⁾
Lufttemperatur, ° C	9,3	7,9	10,0	0,1	2,8	2,1
Relative Luftfeuchtigkeit, %	82	82	77	87	87	88
Windstärke 3)			3	3	3	3
Bewölkung 4)	6,7	7,2	7	8	9	8
2. Summenwerte 5)						
Niederschlagsmenge, mm	562,0	857,6	795	30	81	45
Sonnenscheindauer, Std.	1 622,9	1 743,2	1 399	32	17	23
Tage ohne Sonnenschein	88	76	82	19	18	20
Tage mit Niederschlägen	160	221	194	23	26	26
Bevölkerung						
1. Bevölkerungsstand (in 1000) 6)						
Bezirk Hamburg-Mitte	435,8	242,2	290,2	289,9 r	289 p	289 p
Altona	220,3	272,7	268,6	268,1 r	265 p	265 p
Eimsbüttel	244,5	252,0	258,9	260,3 r	264 p	264 p
Hamburg-Nord	424,1	358,9	416,5	411,9 r	406 p	407 p
Wandsbek	166,7	221,9	341,5	348,4 r	357 p	356 p
Bergedorf	52,6	82,4	78,2	78,9 r	80 p	80 p
Harburg	135,7	172,4	197,3	197,0 r	197 p	197 p
Hamburg insgesamt (am Monatsende)	1 679,7	1 602,5	1 851,2	1 854,5 r	1 858 p	1 858 p
dav. männlich	788,8	750,3	856,4	858,2 r	861 p	861 p
weiblich	890,9	852,2	994,8	996,3 r	997 p	997 p
dar. Ausländer 7)	16,6	19,9	50,9	54,6	58,8	58,7
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung						
* Eheschließungen	1 447	1 414	1 525	1 127 r	1 010 p	1 463 r
* Eheschließungen auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	10,3	10,7	9,9	7,2	6,4 p	9,3
Ehescheidungen	266	434	323	307 r	298 p	438 r
* Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	2 346	1 448	2 295	2 355 r	2 250 p	2 268 r
dar. unehelich	209	154	158	149 r	150 p	169 r
* Lebendgeborene auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	16,8	10,9	14,9	15,0 r	14,3 p	14,4
Unehelich Geborene % der Geborenen	9,1	10,8	6,9	6,3 r	6,6 p	7,6 r
Totgeborene % der Geborenen	2,1	1,9	1,1	0,8 r	1,3 p	1,3
* Gestorbene Ortsansässige	1 702	1 389	2 068	2 122 r	1 930 p	2 819 r
dar. unter 1 Jahr alt	118	64	50	47	35 p	61 r
70 und mehr Jahre alt	657	631	1 198	1 237 r	1 100 p	1 621 r
* Gestorbene Ortsansässige auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	12,2	10,5	13,4	13,5	12,2 p	17,9
* Gestorbene Säuglinge auf 1000 Lebendgeborene 8)	50,6	43,5	22,1	19,9 r	15,6 p	26,8 r
* Geburtenüberschuß (+) bzw. Sterbeüberschuß (-)	+ 644	+ 59	+ 227	+ 233 r	+ 320 p	- 551 r
3. Wanderungen						
* Zugezogene Personen von außerhalb Hamburgs	8 126	7 661	6 217	6 122 r	6 000 p	4 500 p
* Fortgezogene Personen n. außerh. Hamburgs	7 788	2 174	5 849	6 522 r	6 000 p	5 700 p
* Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	+ 338	+ 5 487	+ 368	- 400 r	-	- 1 200 p
dav. männlich	.	+ 2 533	+ 221	- 157 r	-	- 700 p
weiblich	.	+ 2 954	+ 147	- 243 r	-	- 500 p
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs	31 889	19 751	14 276	15 295	14 564	15 250
Nach Gebieten						
a) Herkunft						
Schleswig-Holstein	.	2 668	1 555	1 656 r	1 500 p	1 200 p
dar. angrenzende Kreise 9)	.	1 311	805	897 r	900 p	700 p
Niedersachsen	.	1 854	1 185	1 212 r	1 200 p	800 p
dar. angrenzende Kreise 10)	.	567	279	303 r	300 p	300 p
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	.	1 214 ¹¹⁾	2 043	1 935 r	2 000 p	1 300 p
Sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung	.	1 072	163	96 r	100 p	100 p
Ausland	.	485	1 136	1 119 r	1 100 p	1 000 p
Unbekannt	.	368	134	104 r	100 p	100 p
b) Ziel						
Schleswig-Holstein	.	718	1 821	2 493 r	2 000 p	2 000 p
dar. angrenzende Kreise 9)	.	457	1 168	1 788 r	1 300 p	1 200 p
Niedersachsen	.	449	1 146	1 211 r	1 300 p	1 100 p
dar. angrenzende Kreise 10)	.	131	420	443 r	500 p	500 p
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	.	764 ¹¹⁾	2 149	2 187 r	2 100 p	1 700 p
Sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung	.	89	16	7 r	.	.
Ausland	.	142	680	594 r	500 p	800 p
Unbekannt	.	12	38	30 r	.	.

1) Errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — 2) Reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — 3) 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — 4) Bewölkungsgrade: 0 bis 10 (0 = wolkenlos, 10 = volle Bewölkung). — 5) 1938, 1950 und 1963 handelt es sich um Jahreswerte. — 6) Für 1938 und 1950 nach dem Stand der Volkszählungen vom 17. 5. 1939 und 13. 9. 1950. Ab 1962 Fortschreibungsergebnisse auf der Basis der Volkszählung 1961. — 7) Ab 1950 nach den Angaben der Polizei Hamburg. — 8) Berechnet unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung. — 9) Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — 10) Landkreise Harburg und Stade. — 11) Einschl. Sowjetsektor von Berlin.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Januar 1964	Januar 1965	Dezember 1964
	1938	1950	1963			
Gesundheitswesen						
1. Krankenanstalten in Hamburg						
a) Öffentliche Krankenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende 1)	9 464	12 742	11 768	11 707	11 764	11 763
Krankenverpflegungstage	221 711	321 088	279 558	286 710	288 285	254 516
Bettenausnutzung in % 2)	77,1	86,8	84,6	84,3	83,4	73,8
b) Gemeinnützige Krankenanstalten 3)						
Bettenbestand am Monatsende 1)	4 339	4 690	4 497	4 495	4 572	4 577
Krankenverpflegungstage	98 261	126 293	118 723	124 697	126 271	111 587
Bettenausnutzung in % 2)	74,5	88,6	87,0	89,6	89,2	78,6
c) Privatkrankenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende 1)	.	409	643	646	666	684
Krankenverpflegungstage	.	8 983	16 106	15 986	16 903	14 792
Bettenausnutzung in % 2)	.	60,1	82,5	79,9	82,9	68,6
2. Hamburgische Krankenanstalten außerhalb Hamburgs						
a) Öffentliche Krankenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende 1)	189	2 260	885	885	885	885
Krankenverpflegungstage	4 705	61 801	21 548	20 851	21 016	20 085
Bettenausnutzung in % 2)	81,8	91,5	81,0	76,0	77,3	73,9
b) Tbc-Heilstätten						
Bettenbestand am Monatsende 1)	833	1 645	1 187	1 160	1 110	1 110
Krankenverpflegungstage	23 649	48 679	29 127	25 444	21 331	24 680
Bettenausnutzung in % 2)	93,5	97,4	85,6	74,3	66,1	76,1
3. Anstalten für Geistes Kranke						
a) Öffentliche Krankenanstalten in Hamburg						
Bettenbestand am Monatsende	2 898	1 388	1 729	1 743	1 743	1 743
Krankenverpflegungstage	86 354	29 261	49 613	50 596	48 897	47 832
Bettenausnutzung in % 2)	98,0	75,1	97,2	96,4	90,5	88,6
b) Gemeinnützige Krankenanstalten in Hamburg						
Bettenbestand am Monatsende	1 613	1 218	1 302	1 302	1 278	1 278
Krankenverpflegungstage	48 883	36 598	38 760	38 245	36 477	39 085
Bettenausnutzung in % 2)	99,7	98,8	97,9	94,8	92,1	98,3
c) Krankenanstalten außerhalb Hamburgs						
Bettenbestand am Monatsende	—	1 420	1 310	1 286	1 476	1 476
Krankenverpflegungstage	—	35 400	38 854	38 898	44 490	43 792
Bettenausnutzung in % 2)	—	68,4	97,5	97,6	97,2	95,7
4. Gestorbene nach wichtigen Todesursachen						
Gestorbene insgesamt	1 702	1 389	2 068	2 122 p	1 930 p	2 819 p
dar. Tuberkulose der Atmungsorgane	82	48	26	17 p	.	36
Krebs	240	285	413	413 p	.	542
Gehirnblutungen	136	172	235	251 p	.	288
Herzkrankheiten	232	269	467	512 p	.	654
Lungenentzündung	103	47	62	50 p	.	50
Freitod	62	50	40	52 p	.	52
Verkehrsunfälle	22	20	36	52 p	.	71
Andere Verunglückungen	48	41	60	42 p	.	91
Kulturpflege						
1. Lichtspieltheater						
Theater	104	104	120	109	101	100
Plätze	66 691	47 891	65 330	59 264	54 259	53 991
Besucher	1 931 580	1 854 754	1 248 511	1 390 091	1 288 727	937 833
2. Rundfunk und Fernsehen						
Tonrundfunkteilnehmer 4)	361 531	407 741	647 617	658 036	663 640	663 449
Fernsehrundfunkteilnehmer	—	—	364 236	397 701	441 806	435 497
Öffentliche Sozialleistungen						
Soziale Krankenversicherung 5)						
Mitglieder		694 658	690 729	682 432	678 579	683 300
dav. Pflichtmitglieder	452 518	486 742	451 321	440 637	431 856	436 729
Rentner		171 139	171 796	172 376	174 219	174 052
Freiwillige Mitglieder	64 028	36 777	67 612	69 419	72 504	72 519
Krankenstand der Pflichtmitglieder insgesamt	15 541	15 825	29 250	25 444	23 882	26 315
dav. männlich	9 091	10 123	19 394	17 580	16 435	17 765
dav. weiblich	6 450	5 702	9 856	7 864	7 447	8 550
Soziale Rentenversicherung						
Rentenempfänger		153 175	306 929	313 372		314 694
dav. Rentenversicherung der Arbeiter	94 346 ⁶⁾	106 248	200 903	204 674	209 435	209 117
Rentenversicherung der Angestellten	.	46 927	106 026	108 698	.	105 577
Ausgezahlte Renten in DM	.	28 880 000	67 441 859	69 238 184	.	74 959 543
dav. Rentenversicherung der Arbeiter	.	18 350 000	38 043 627	38 852 845	42 781 153	42 678 003
Rentenversicherung der Angestellten	.	10 530 000	29 398 232	30 385 339	.	32 281 540

1) Ohne Säuglingsbetten. — 2) Ohne gesperrte Betten. — 3) 1938 einschl. Privatkrankenanstalten. — 4) 1938 und 1950 Postamtsbezirk Hamburg. — 5) Nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse. — 6) Stand 1. 1. 1940.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Januar 1964	Januar 1965	Dezember 1964
	1938	1950	1963			
Arbeitsmarkt						
1. Angebot und Nachfrage						
* Arbeitslose	29 908	90 831	5 090	7 053	5 344	4 433
* dav. männlich	23 937	56 428	3 314	4 552	3 503	2 889
weiblich	5 971	34 403	1 776	2 501	1 841	1 544
Offene Stellen	31 522	1 789	19 884	16 556	20 435	17 089
dav. männlich	21 009	744	10 164	8 242	9 857	8 252
weiblich	10 513	1 045	9 720	8 314	10 578	8 837
Stellenvermittlung in Beschäftigung über 7 Tage 1)	16 088	21 006	6 831	6 603	6 265	4 967
dav. männlich	11 107	13 007	4 677	4 210	4 221	3 556
weiblich	4 981	7 999	2 154	2 393	2 044	1 411
Stellenvermittlung in Beschäftigung bis zu 7 Tagen	9 175	24 625	15 338	23 682	16 395	16 372
dav. männlich	7 544	23 585	14 687	22 934	15 900	15 868
weiblich	1 631	1 040	651	748	495	504
Arbeitsuchende am Monatsende 2)	35 944	94 886	9 654	13 028	11 154	9 701
dav. männlich	28 215	59 355	6 375	8 443	7 341	6 632
weiblich	7 729	35 531	3 279	4 585	3 813	3 069
2. Die Arbeitslosen						
Berufsgruppen insgesamt	29 908	90 831	5 090	7 053	5 344	4 433
dar. Bauberufe	.	6 710 ³⁾	209	589	215	147
Metallerzeuger und -verarbeiter	.	6 766 ³⁾	98	122	77	56
Elektriker	.	1 627 ³⁾	38	44	40	33
Chemiewerker	.	1 879 ³⁾	64	83	71	57
Holzverarbeiter und zugehörige Berufe	.	1 596 ³⁾	27	33	45	25
Graphische Berufe	.	690 ³⁾	41	76	61	61
Lederhersteller, Leder- und Fellverarb.	.	1 180 ³⁾	22	34	12	9
Nahrungs- und Genußmittelhersteller	.	6 623 ³⁾	140	171	110	90
Kaufmännische Berufe	.	8 598 ³⁾	528	574	557	444
Verkehrsberufe	.	8 787 ³⁾	410	602	428	358
Verwaltungs- und Büroberufe	.	5 807 ³⁾	1 214	1 377	1 239	1 103
Künstlerische Berufe	.	2 260 ³⁾	242	244	259	211
Bauwirtschaft und Wohnungswesen						
1. Baugenehmigungen						
Wohnbauten						
* Wohngebäude	.	469	319	229	118	580
* Umbauter Raum in 1000 cbm	.	642	461	425	321	694
* Wohnungen	.	2 540	1 438	1 410	1 182	1 928
Bruttowohnfläche in 1000 qm	.	128	96	95	69	146
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	22 029	49 181	46 668	38 845	82 195
Nichtwohnbauten						
* Nichtwohngebäude	.	185	125	105	70	191
* Umbauter Raum in 1000 cbm	.	233	278	279	387	801
Nutzfläche in 1000 qm	.	.	57	60	102	147
* Wohnungen	.	20	19	11	31	24
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	6 403	25 192	31 119	46 316	79 042
2. Baubeginne						
Wohnbauten						
Wohngebäude	.	516	278	159	50	626
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	.	407	341	96	797
Wohnungen	.	2 206	1 282	1 161	299	2 406
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	.	42 129	36 301	10 788	92 482
Nichtwohnbauten						
Nichtwohngebäude	.	237	118	59	56	255
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	.	265	219	440	1 247
Wohnungen	.	.	18	12	5	28
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	.	24 093	24 607	46 153	133 686
3. Baufertigstellungen						
Wohnbauten						
Wohngebäude	188	395	330	72	82	1 379
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	482	428	98	92	1 918
Wohnungen	.	2 096	1 416	343	366	5 835
Bruttowohnfläche in 1000 qm	.	107	90	21	20	395
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	19 250	43 936	11 374	11 708	204 173
Nichtwohnbauten						
Nichtwohngebäude	26	137	124	37	55	505
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	144	327	77	102	1 467
Wohnungen	.	26	16	1	13	84
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	3 069	28 287	7 673	11 322	141 328

1) Durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. — 2) Arbeitslose einschl. derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — 3) Durchschnitt aus April—Dezember 1950.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Januar 1964	Januar 1965	Dezember 1964
	1938	1950	1963			
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen						
Baufertigstellungen						
Wohnungen						
Wohnungen insgesamt 1)	706	2 122	1 432	344	379	5 919
dar. mit öffentlichen Mitteln gefördert	.	1 526	1 003	42	71	4 387
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	.	6 575	5 266	1 160	1 097	22 280
4. Bauüberhang						
(am Ende des Berichtszeitraumes) 2)						
Im Bau befindliche Wohnungen	.	17 089	16 849	17 700	19 200	19 318
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	.	8 412	8 617	8 900	6 700	5 757
5. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen 3) (in 1000)						
Bestand an Wohngebäuden	.	96	162	165	168	168
Bestand an Wohnungen	.	310	594	605	621	620
Bestand an Wohnräumen über 6 qm (einschl. Küchen)	.	1 197	2 161	2 203	2 262	2 261
6. Wohnraumbewirtschaftung						
Erstvergabe von bewirtschafteten Wohnungen						
a) für Wohnungssuchende mit hoher Dringlichkeit und für Sonderfälle	—	650	446	8	17	1 796
b) für Wohnungssuchende mit Anspruch aus §§ 77–80 II. WoBauG.	—	830	460	27	42	2 315
c) für die Umschichtung	—	—	94	5	12	276
Wiedervergaben, Wohnungen	—	452	737	801	704	857
Erstmalig bezogene unbewirtschaftete Wohnungen	—	678	359	257	271	1 449
7. Bauberichterstattung 4)						
* Zahl der Beschäftigten	.	34 741	49 995	49 076	48 423	49 932
dar. Inhaber	.	2 049	1 415	1 418	1 389	1 389
Angestellte	.	2 010	4 360	4 520	4 649	4 642
Arbeiter 5)	.	30 682	44 089	43 008	42 252	43 768
* Löhne in 1000 DM (Bruttosumme)	.	9 199	36 651	31 161	36 257	44 700
* Gehälter in 1000 DM (Bruttosumme)	.	868	4 615	4 595	5 425	7 723
* Umsatz in 1000 DM	.	24 653	105 149	75 388	78 468	171 588
dav. im Wohnungsbau	.	.	35 600	23 139	28 954	59 640
gewerbl. und industr. Bau	.	.	23 647	18 326	17 943	38 463
öffentlichen und Verkehrsbau	.	.	45 902	33 923	31 571	73 485
* Geleistete Arbeitsstunden in 1000	.	5 813	6 821	5 826	5 972	6 865
dav. für Wohnungsbauten	.	2 930	2 348	1 859	2 100	2 382
gewerbl. und industr. Bauten	.	1 517	1 579	1 532	1 491	1 499
öffentliche und Verkehrsbauten	.	1 317	2 894	2 435	2 381	2 984
Preise und Indexziffern						
1. Durchschnittspreise am Hamburger Viehmarkt für 100 kg Lebendgewicht (in RM/DM)						
Ochsen, vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes	87,60	151,60	238,70	273,00	301,90	300,80
Kühe, sonstige vollfleischige	75,20	125,40	180,90	204,80	228,30	219,50
Kälber, mittlere Mast- und Saugkälber	114,00	182,60	320,80	312,80	386,30	367,80
Schweine, von 100–119,5 kg Lebendgewicht	101,80	235,00	266,00	316,70	245,20	253,40
Schafe, mittlere Mastlämmer und Hammel	81,40	123,80	201,30	203,80	208,50	210,80
2. Durchschnittspreise für Fleisch 6)						
1. Qualität für 100 kg (in RM/DM)						
Rindfleisch von Ochsen und Färsen, beste Qualität	153,00	263,00	422,10	473,50	543,80	526,00
Kalbfleisch, beste Qualität	189,40	349,00	608,80	658,00	723,80	736,00
Hammelfleisch, beste Qualität	185,60	254,00	497,40	492,50	555,00	524,00
Schweinefleisch, aus hiesigen Schlachtungen	140,80	357,00	370,60	442,80	348,10	355,00
3. Preisindexziffern für die Lebenshaltung						
— Mittlere Verbrauchergruppe —						
Wägungsschema 1950						
Ernährung	63,0	100	142,4	144,8	149,0	148,8
Getränke und Tabakwaren	34,6	100	85,1	85,4	86,4	86,4
Wohnung	97,5	100	159,9	165,4	168,5	168,3
Heizung und Beleuchtung	66,0	100	153,4	155,6	158,8	156,7
Hausrat	53,9	100	125,1	126,8	129,8	129,4
Bekleidung	47,9	100	111,7	112,9	114,1	114,0
Reinigung und Körperpflege	58,7	100	128,6	129,0	135,8	134,8
Bildung und Unterhaltung	73,9	100	162,5	172,2	174,4	173,1
Verkehr	65,0	100	160,2	163,5	163,7	163,7
Ernährung einschl. Getränke und Tabakwaren	59,3	100	134,9	137,0	140,8	140,6
Lebenshaltung ohne Miete	59,0	100	135,0	137,6	140,8	140,4
Gesamtlebenshaltung	62,8	100	137,1	139,9	143,1	142,7
(1950 = 100)						
(1938 = 100)	100	159,3	218,5	222,9	226,1	227,4

1) Einschl. Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind (Im Berichtsmonat 37 Wohnungen). — 2) Für die Jahre 1950 und 1963 wurde an Stelle des Monatsdurchschnitts jeweils der Stand vom 31. 12. angegeben. — 3) Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1961 ermittelten Gebäude und Wohnungen (Begriffserläuterungen siehe März-Heft 1963, S. 58/59); für 1950 Stand am Zählungstichtag („Normalwohnungen“ ohne 26 689 Wohnungen in Behelfsheimen über 30 qm). — 4) Nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — 5) Einschließl. Umschüler und Lehrlinge. — 6) Beim Verkauf der Großschlächter an die Ladenschlächter.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Januar 1964	Januar 1965	Dezember 1964
	1936 ¹⁾	1950	1963			
Industrie und Handwerk						
1. Industrie ²⁾						
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)		2 130	1 818	1 759	1 720	1 729
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) insgesamt	145 200	140 867	223 063	218 389	218 443	219 513
* dar. Arbeiter einschl. gewerbl. Lehrlinge		111 760	157 982	153 818	152 273	153 115
* Geleistete Arbeiterstunden in 1000 ³⁾		21 399	26 032	26 044	24 518	26 260
* Bruttosumme der Gehälter in 1000 DM		11 369	61 147	60 481	69 448	82 811
* Bruttosumme der Löhne in 1000 DM		28 356	103 080	102 617	106 488	128 743
* Umsatzwerte in 1000 RM/DM ⁴⁾	154 200	333 013	1 143 623	1 134 127	1 179 027	1 467 290
* dar. nach dem Ausland in 1000 DM		12 845	134 378	141 086	135 117	249 603
* Brennstoffverbrauch in Steinkohlenwert ⁵⁾ t		52 913	15 073	17 792	16 880	15 930
* Heizölverbrauch in t			54 387	70 711	70 518	69 119
* Stromerzeugung in 1000 kWh		5 925	14 200	16 612	17 306	16 650
* Stromverbrauch in 1000 kWh		34 341	101 473	113 593	114 613	117 439
* Gasverbrauch in 1000 cbm			6 476	8 821	7 442	7 806
Beschäftigte nach Industriegruppen insgesamt	145 200	140 867	223 063	218 389	218 443	219 513
dar. Mineralölverarbeitung	4 000	4 371	8 649	8 566	8 618	8 539
NE-Metallindustrie	1 900	2 509	2 859	2 805	2 845	2 788
Chemische Industrie	8 200 ⁶⁾	10 439	17 253	17 055	17 461	17 341
Kautschuk und Asbest	9 200	10 380	12 987	12 276	12 274	12 217
Maschinenbau	12 400	16 409	29 714	28 926	29 087	28 969
Schiffbau	26 500	12 559	23 463	23 393	22 262	22 266
Elektroindustrie	5 400	10 785	28 591	28 071	28 882	29 153
Druck und Vervielfältigung	7 800 ⁷⁾	6 721	12 889	12 695	12 712	12 716
Ölmühlenindustrie			2 623	2 516	2 501	2 505
Margarineindustrie	} 5 400	} 4 628	3 058	3 194	3 226	3 377
Kaffee und Tee		721	3 536	3 532	3 872	4 231
Tabakverarbeitung	2 700	2 762	3 277	3 066	3 003	3 024
Umsatz nach Industriegruppen insgesamt in 1000 RM/DM	154 200	333 013	1 143 623	1 134 127	1 179 027	1 467 290
dar. Mineralölverarbeitung	12 800	32 925	189 754	203 007	188 333	216 678
NE-Metallindustrie	9 700	15 005	41 469	46 128	66 960	88 734
Chemische Industrie	12 900 ⁶⁾	25 296	84 930	84 976	98 047	83 491
Kautschuk und Asbest	4 600	13 990	38 696	33 783	36 826	47 350
Maschinenbau	9 400	16 234	74 258	67 019	67 374	111 472
Schiffbau	14 400	7 633	53 390	40 506	71 891	161 536
Elektroindustrie	4 400	10 463	125 161	119 800	124 229	144 757
Druck und Vervielfältigung	4 500 ⁷⁾	7 748	36 201	35 653	35 487	41 823
Ölmühlenindustrie			40 833	49 795	53 669	53 669
Margarineindustrie	} 21 500	} 41 967	21 227	28 083	29 728	27 102
Kaffee und Tee		4 298	67 119	66 771	66 703	92 943
Tabakverarbeitung	12 000	55 911	104 642	105 204	93 217	111 310
2. Öffentliche Energieversorgung						
Wasserrförderung in 1000 cbm	5 737 ⁸⁾	8 282	10 871	10 862	10 818	10 783
* Gaserzeugung in 1000 Ncbm auf Kohlen- und Raffineriebasis (brutto)	18 767 ⁹⁾	20 935	39 450	59 525	55 738	56 555
* Stromerzeugung in 1000 kWh (brutto)	40 210 ⁹⁾	125 855	416 609	519 577	501 617	504 796
Vierteljahresdurchschnitt ¹⁰⁾				4. Vierteljahr	4. Vierteljahr	3. Vierteljahr
				1963	1964	1964
3. Handwerk (Meßziffern) ¹¹⁾						
* Beschäftigte (Ende des Vj.) (Mai 1956 = 100)	102,2	98,7	98,7	99,3	97,5	99,2
* Umsatz (Vj.-Ø 1955 = 100)	191,4	197,5	222,1	238,4	256,7	221,8
* dar. Handwerksumsatz (Vj.-Ø 1955 = 100)	174,7	180,8	206,3	225,7	240,2	209,2
Versorgung mit Nahrungsmitteln						
Monatsdurchschnitt				Januar	Januar	Dezember
				1964	1965	1964
1. Milcherzeugung						
* Kuhmilcherzeugung in 1000 kg	2 618	2 285	2 193	1 852	1 939	1 778
* Milchlieferung an Molkereien in 1000 kg	1 597	1 946	1 867	1 481	1 673	1 551
in % der Gesamterzeugung	61,0	85,2	85,1	80,0	86,3	87,2
* Milchleistung je Kuh und Tag in kg	8,6	8,3	11,4	10,0	10,4	9,6
2. Trinkmilchabsatz an Verbraucher durch Molkereien						
Vollmilch insgesamt in 1000 kg		10 709	10 997	9 857	9 655	9 827
dav. lose in 1000 kg			4 167	4 187	3 563	3 621
in Flaschen in 1000 kg			6 830	5 670	6 092	6 206
Mager- und Buttermilch in 1000 kg		1 186	561	212	216	210
3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandstiere)						
Rinder	6 580	4 980	11 599	9 209	7 278	7 741
Kälber	3 884	3 699	3 854	3 537	2 320	2 651
Schweine	24 847	19 784	45 207	41 959	47 834	45 776
Schafe	4 265	5 681	3 352	3 280	2 768	2 082
4. Schlachtungen (Inlandstiere)						
* Rinder (ohne Kälber) ¹²⁾	8 075	3 363	9 858	8 658	6 542	7 532
* Kälber ¹²⁾	5 568	4 065	3 681	3 509	2 228	2 831
* Schweine insgesamt	40 186	21 165	47 319	45 510	53 341	57 221
dar. Hausschlachtungen		1 455	425	1 201	1 222	1 676
* Gesamtschlachtgewicht in 1000 kg ¹²⁾ ¹³⁾	6 467	3 220	6 799	6 399	6 546	6 950
dar. Rinder (ohne Kälber) in 1000 kg	1 989	836	2 337	2 072	1 610	1 800
* Schweine in 1000 kg	3 878	1 882	4 101	3 957	4 670	4 805
Durchschnittliches Schlachtgewicht						
für Rinder in kg	246,3	248,7	237,0	239,3	246,1	239,0
für Kälber in kg	57,2	43,2	59,7	62,4	67,6	72,1
für Schweine in kg	96,5	95,5	87,4	89,3	89,6	86,5

1) Zahlen für die Industrie nach dem heutigen Gebietsstand, teilweise geschätzt. — 2) Es sind hierbei die hamburgischen Industriebetriebe mit 10 und mehr Beschäftigten berücksichtigt (ohne Betriebe der Bauindustrie und Energiewirtschaft). — 3) Einschl. Lehrlingsstunden. — 4) Einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — 5) 1 t SKE = 1 t Steinkohle, = 1 t Steinkohlenkoks, = 3 t Rohbraunkohle, = 1,5 t Braunkohlenbriketts, Braunkohlenkoks. — 6) 1936 = einschl. Kunststoffverarbeitende Industrie. — 7) 1936 = einschl. Papierverarbeitung. — 8) Rechnungsjahr 1935/36 einschl. Cuxhaven. — 9) Rechnungsjahr 1935/36. — 10) Bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — 11) Nach den Ergebnissen der vierteljährlichen repräsentativen Handwerksberichterstattung. — 12) Gewerbliche Schlachtungen. — 13) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Januar 1964	Januar 1965	Dezember 1964
	1938	1950	1963			
Noch: Versorgung mit Nahrungsmitteln						
5. Obst- und Gemüsemarkt (Großmarkt Hamburg)						
Obstzufuhr aus dem Inland in 1000 kg	1 749	3 815	3 735	3 427	3 905	4 132
Obstzufuhr aus dem Ausland in 1000 kg	4 337	2 571	14 446	17 610	17 968	21 586
Gemüsezufuhr aus dem Inland in 1000 kg	6 351	4 956	6 092	4 108	4 803	4 541
Gemüsezufuhr aus dem Ausland in 1000 kg	264	926	4 075	3 597	6 112	4 001
6. Fischmarkt						
Versteigerte Mengen insgesamt in 1000 kg	12 241	6 044	2 425	2 261	1 935	1 594
dar. in Hmb. angelandete Fische in 1000 kg	12 119	6 016	2 154	1 625	1 316	1 191
Handel und Gastgewerbe-						
1. Index der Einzelhandelsumsätze (1954 = 100)						
Einzelhandel aller Betriebsformen	.	.	188	181	191	296
dav. Nahrungs- und Genußmittel	.	.	183	182	194	256
dar. Lebensmittel aller Art	.	.	179	177	198	253
Obst, Gemüse, Südfrüchte	.	.	168	148	149	185
Fische und Fischwaren	.	.	193	210	207	316
Milch und Milchzeugnisse	.	.	167	161	165	195
Schokolade und Süßwaren	.	.	135	112	120	225
Tabakwaren	.	.	171	169	171	252
Bekleidung, Wäsche, Schuhe	.	.	176	159	182	310
dar. Textilien aller Art	.	.	204	197	221	434
Wirk-, Strick- und Kurzwaren	.	.	186	154	168	378
Oberbekleidung	.	.	155	134	169	222
Schuhwaren	.	.	180	139	154	286
Hausrat und Wohnbedarf	.	.	198	193	209	356
dar. Eisenwaren und Küchengeräte	.	.	174	141	142	315
Porzellan und Glaswaren	.	.	188	181	265	463
Beleuchtungs- u. Elektrogeräte	.	.	245	223	205	407
Rundfunk-, Fernseh- und Phonoartikel	.	.	313	313	359	704
Möbel	.	.	133	139	141	198
Teppiche, Gardinen usw.	.	.	131	141	164	194
Sonstige Waren	.	.	203	197	189	327
dar. Bücher	.	.	221	230	192	488
Papier- und Schreibwaren	.	.	173	188	197	341
Galanterie- und Lederwaren	.	.	175	108	113	425
Apotheken	.	.	179	190	200	213
Drogerien	.	.	207	172	180	339
Foto und Optik	.	.	190	160	171	310
Büromaschinen und Büromöbel	.	.	150	175	164	271
Fahrräder, Krafträder u. Zubehör	.	.	180	112	104	156
Kraftwagen und Zubehör	.	.	247	192	249	260
Uhren, Gold- und Silberwaren	.	.	185	137	172	613
Blumen und Sämereien	.	.	229	251	265	373
Brennmaterial	.	.	178	223	142	182
2. Umsatz-Index des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes (1962 = 100)						
Gastgewerbe insgesamt	.	.	94	86	93	105
Beherbergungsgewerbe zusammen	.	.	115	101	108	110
dav. Hotels	.	.	117	104	109	114
Gasthöfe	.	.	118	97	114	107
Fremdenheime und Pensionen	.	.	104	83	96	88
Schantgewerbe zusammen	.	.	88	82	89	103
dav. Gast- und Speisewirtschaften	.	.	84	80	85	100
Bahnhofswirtschaften	.	.	108	93	99	110
Cafés	.	.	112	87	83	137
Bars, Tanz- und Vergnügungsbetriebe	.	.	104	89	114	114
3. Fremdenverkehr 1) 2)						
* Zahl der gemeldeten Fremden	81 041	48 229	117 283	83 002	88 890	77 702
* dar. Ausländer	11 283	10 303	40 060	19 366	19 861	20 228
* Zahl der Übernachtungen	180 185	103 109	233 417	177 696	183 407	160 556
* dar. Ausländer	27 491	22 805	77 710	45 536	45 751	46 453
Bettenausnutzung % der höchstmöglichen Belegung nach dem Bettenstand vom 1. April des jeweiligen Jahres	46	55	54	43	43	38
4. Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost (in Mio DM) 3)						
Bezüge Hamburgs	.	5	6	4	7	15 r
* Lieferungen Hamburgs	.	3	7	4	11	10 r
5. Handel mit Berlin (West) (in Mio DM) 4)						
* Bezüge Hamburgs	.	9	95	96	153	116 r
Lieferungen Hamburgs	.	37	116	127	99	141 r

1) Ohne Heime, Jugendherbergen, Massenquartiere und Privatquartiere. — 2) 1938 einschl. der Hospize, Herbergen und ähnlicher Vereinshäuser.

3) Quelle: Statistisches Bundesamt.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Januar 1964	Januar 1965	Dezember 1964
	1938	1950	1963			
Noch: Handel und Gastgewerbe						
6. Ausfuhr in Hamburg hergestellter Waren (in Mio DM)						
* Insgesamt		26	173	182	200 p	218 r
dav. nach Warengruppen						
Ernährungswirtschaft		1	12	12	14 p	19 r
Gewerbliche Wirtschaft		25	161	170	186 p	199 r
dav. Rohstoffe		1	2	3	3 p	4 r
Halbwaren		12	34	47	52 p	57 r
Fertigwaren		12	125	120	131 p	138 r
dav. Vorerzeugnisse		2	9	10	11 p	11 r
Enderzeugnisse		10	116	110	120 p	127 r
dav. nach ausgewählten Verbrauchsgebieten						
Europa			120	121		141
dar. EWG-Länder			47	51		47
EFTA-Länder			52	43		71
Afrika			11	14		9
Amerika			24	29		25
dav. Nordamerika			16	17		8
dar. USA			15	17		6
Mittelamerika			3	2		2
Südamerika			5	10		15
Asien			16	16		40
Australien und Ozeanien			2	2		3
7. Deutscher Außenhandelsverkehr über Hamburg						
	1936					
Wareneinfuhr (in 1000 t)	648	464	1 690	1 849	1 900 p	1 750 p
Warengruppen:						
dar. Ernährungswirtschaft	161	185	375	352	360 p	325 p
Gewerbliche Wirtschaft	487	278	1 315	1 497	1 540 p	1 425 p
dav. Rohstoffe und Halbwaren	480	272	1 258	1 445	1 480 p	1 350 p
Fertigwaren	7	6	57	52	60 p	75 p
Ländergruppen:						
dar. Europa	319	134	319	363		
dav. EWG-Länder	29	32	76	84		
EFTA-Länder	179	75	140	179		
Sonstige Länder	111	27	103	100		
Außereuropa	329	330	1 369	1 486		
dav. Amerika	214	150	664	698		
dav. Nordamerika	77	73	317	361		
Mittelamerika	83	25	73	38		
Südamerika	54	52	274	299		
Afrika	48	60	210	281		
Asien	64	118	475	486		
Australien und Ozeanien	3	2	20	21		
Warenausfuhr (in 1000 t)	168	216	354	419	450 p	380 p
Warengruppen:						
dar. Ernährungswirtschaft	12	4	62	57	60 p	70 p
Gewerbliche Wirtschaft	156	212	292	362	390 p	310 p
dav. Rohstoffe	84	16	17	37	40 p	20 p
Halbwaren		160	162	178	180 p	160 p
Fertigwaren	72	36	113	147	170 p	130 p
dav. Vorerzeugnisse		17	41	52	60 p	40 p
Enderzeugnisse		19	72	95	110 p	90 p
Ländergruppen:						
dar. Europa	80	153	173	213		
dav. EWG-Länder	13	4	12	18		
EFTA-Länder	44	125	131	149		
Sonstige Länder	23	24	30	46		
Außereuropa	88	58	148	203		
dav. Amerika	45	38	62	87		
dav. Nordamerika	18	17	29	51		
dar. USA	13	12	25	48		
Mittelamerika	7	5	10	17		
Südamerika	20	16	23	19		
Afrika	11	8	32	49		
Asien	30	8	49	60		
Australien und Ozeanien	2	4	5	7		
Verkehr						
	1938					
1. Seeschifffahrt						
a) Schiffsverkehr zur See						
Angekommene Schiffe	1 512	955	1 527	1 626	1 670 p	1 700 p
dar. deutsche Schiffe	1 027	526	852	900	950 p	980 p
Abgegangene Schiffe	1 610	1 017	1 616	1 746	1 760 p	1 800 p
dar. deutsche Schiffe	1 118	591	933	1 015	1 030 p	1 060 p
Raumgehalt der angekommenen Schiffe						
in 1000 NRT	1 714	937	2 858	2 919	2 950 p	2 900 p
dar. deutsche Schiffe	873	128	734	706	800 p	810 p
Raumgehalt der abgegangenen Schiffe						
in 1000 NRT	1 712	936	2 863	2 978	3 000 p	3 000 p
dar. deutsche Schiffe	875	135	748	742	800 p	820 p

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Januar 1964	Januar 1965	Dezember 1964
	1938	1950	1963			
Noch: Verkehr						
Seeschifffahrt						
b) Linienschifffahrt (Linien) 1)	184	176	257	257	264 p	264 p
dav. Europa	102	84	75	75	80 p	80 p
Außereuropa	82	92	182	182	184 p	184 p
Reisen (Abfahrten)	728	319	692	723	760 p	770 p
dar. nach Europäischem Ausland	383	159	279	309	310 p	305 p
Amerika	72	54	172	159	170 p	175 p
Afrika	37	18	98	105	100 p	105 p
Asien	33	23	89	88	90 p	90 p
Australien	7	4	15	16	15 p	15 p
c) Personenverkehr über See						
Ausreisende insgesamt	6 744	870	1 945	704	1 025 p	1 244
dar. nach Häfen in						
Nord-Europa (einschl. Ostseegebiet)			202	71	40 p	81
West-Europa (einschl. Großbritannien und Irland)			473	195	180 p	141
Nordamerika	2 882	446	747	81	30 p	53
Südamerika	1 286	231	279	129	600 p	155
Einreisende insgesamt	5 373	333	1 874	742	1 270 p	488
dar. von Häfen in						
Nord-Europa (einschl. Ostseegebiet)			176	83	55 p	42
West-Europa (einschl. Großbritannien und Irland)			460	335	250 p	190
Nordamerika	2 057	171	675	46	40 p	58
Südamerika	882	30	298	177	230 p	131
d) Güterverkehr zur See (in 1000 t brutto)						
dav. Empfang	2 147	919	2 784	3 162	2 970 p	3 064 p
dav. Massengut	1 521	620	2 159	2 362	2 185 p	2 292 p
dar. Mineralöle	980	429	1 640	1 785	1 606 p	1 710 p
Kohle	307	162	1 001	1 075	1 000 p	1 100 p
Getreide	262	113	249	348	.	.
Sackgut	133	70	154	202	.	.
Stückgut	541	191	391	426	129 p	82 p
dav. nach Verkehrsbezirken:					450 p	500 p
Inland	110	110	49	37	.	.
Europäisches Ausland	520	159	460	611	.	.
Außereuropa	891	351	1 650	1 714	.	.
dar. Nahost und Persischer Golf Vereinigte Staaten von Amerika	171	78	374	426	.	.
Versand	626	299	625	800	785 p	772 p
dav. Massengut	205	144	240	364	326 p	470 p
Sackgut	421	155	96	86	89 p	60 p
Stückgut			289	350	370 p	242 p
dav. nach Verkehrsbezirken:						
Inland	149	32	59	127	.	.
Europäisches Ausland	302	170	303	398	.	.
Außereuropa	175	97	263	275	.	.
2. Binnenschifffahrt						
a) Schiffsverkehr auf Binnenwasserstraßen						
Angekommene Schiffe	2 674	1 716	1 922	1 258	2 109	2 164
Abgegangene Schiffe	2 560	1 677	1 852	1 225	2 086	2 026
Tragfähigk. der angek. Schiffe in 1000 t	879	362	571	440	704	750
Tragfähigk. der abgeg. Schiffe in 1000 t	845	344	553	411	717	697
b) Güterverkehr auf Binnenwasserstraßen						
Eingang (in 1000 t)	318	151	254	114	300	324
dar. Bundesrepublik	77	101	230	109	264	275
dav. Niederelbe	24	32	53	57	69	69
Oberelbe bis Zonengrenze	53	62	164	49	169	176
Mittellandkanal	0	7	13	3	26	30
Berlin (West)	7	25	8	3	8	10
Sowjetische Besatzungszone	155	3	3	2	18	12
Tschechoslowakei	42	22	12	0	10	27
Ausgang (in 1000 t)	504	121	216	198	313	311
dar. Bundesrepublik	59	81	115	143	192	197
dav. Niederelbe	49	48	83	128	141	147
Oberelbe bis Zonengrenze	10	32	17	9	28	34
Mittellandkanal	0	1	15	6	23	16
Berlin (West)	29	28	58	22	75	80
Sowjetische Besatzungszone	268	2	19	23	16	10
Tschechoslowakei	34	10	23	10	30	24
3. Flugverkehr (gewerblicher Verkehr)						
Gelandete Flugzeuge	351	491	.	1 415	.	1 497
Gestartete Flugzeuge	352	491	.	1 445	.	1 516
Angekommene Fluggäste	1 818	4 993	.	39 667	.	46 911
dar. aus dem Ausland			.	11 851	.	13 255
Abgereiste Fluggäste	1 812	4 203	.	41 942	.	46 623
dar. nach dem Ausland			.	12 541	.	13 009
Angekommene Fracht in t	22,8	186,8	.	492	.	541
dar. aus dem Ausland			.	221	.	
Abgegangene Fracht in t	20,3	58,7	.	507	.	501
dar. nach dem Ausland			.	262	.	
Angekommene Post in t	9,0	35,6	.	159	.	219
Abgegangene Post in t	5,6	15,8	.	192	.	243
4. Bundesbahnverkehr						
Güterempfang in 1000 t (öffentlicher Verkehr)		416,9	548,8	574,7	.	.
Güterversand in 1000 t (öffentlicher Verkehr)		246,8	693,2	806,2	.	.
Gestellte Güterwagen		31 414	48 697	57 924	33 109	47 107

1) Stand Ende des Jahres bzw. Monats.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Januar 1964	Januar 1965	Dezember 1964
	1938	1950	1963			
Noch: Verkehr						
5. Personenverkehr Hamburger Verkehrsmittel						
Beförderte Personen (in 1000)						
Stadtbahn (S-Bahn)	7 939	11 064	9 816	10 206	10 842	9 002
Hoch- und U-Bahn (einschl. W-Bahn)	6 571	11 752	14 326	14 832	13 510	14 232
Straßenbahn	13 799	23 498	11 399	11 118	10 213	10 737
Kraftomnibusse der HHA 1) 2)	1 083	2 028	8 755	9 087	9 591	10 089
Alsterdampfer	281	337	147	18	95	105
Schiffe der Hafendampfschiffahrt AG.	1 339	1 362	—	1 195 p	—	—
Kraftomnibusse der VHH AG. 2) 3)	373	786	559	580	669	664
Kraftomnibusse der Deutschen Bundespost	—	—	19	18	21	18
Kraftomnibusse der Deutschen Bundesbahn	—	—	341	377	450	400
Private Kraftomnibusse 2)	—	200	378	268	204	225
6. Kraftfahrzeuge						
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung (im Verkehr befindlich) insgesamt 4) dar. Personenkraftwagen 5)	82 080 39 260	59 100 25 948	296 403 253 200	296 398 253 605	323 873 281 169	323 460 280 404
b) Zulassungen von fabrikneuen Kraftfahrzeugen insgesamt dar. Krafträder Personenkraftwagen Kombinationskraftwagen Lastkraftwagen	928 232 501 — 179	1 177 221 644 — 288	3 388 5 2 515 446 334	3 542 5 2 758 407 294	— — — — —	3 583 5 2 811 315 368
7. Straßenverkehrsunfälle						
Zahl der Verkehrsunfälle	865	1 058	3 398	2 335	2 046	2 805
dav. mit Personenschaden 4)	459	426	979	872 r	682	1 013
mit nur Sachschaden	406	632	2 419	1 463 r	1 364	1 792
Getötete Personen	8	12	24	46	34	45
Verletzte Personen	517	483	1 248	1 080	849	1 309
Geld und Kredit						
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbanken) (Beträge in Mio DM)						
a) Kredite der Kreditinstitute 7)						
Kredite an Nichtkreditinst. am Monatsende	—	1 556,1	9 857,6	11 273,1	12 904,2	12 835,8
dav. kurzfristige Kredite 8)	—	1 353,8	3 932,7	3 922,9	4 238,9	4 227,0
dav. an Wirtschaft und Private	—	1 328,7	3 732,3	3 899,5	4 226,9	4 186,0
an öffentl.-rechtl. Körperschaft.	—	25,1	200,4	23,4	12,0	41,0
mittelfristige Kredite 7) 8) 9)	—	55,8	936,9	1 355,9	1 665,7	1 687,1
dav. an Wirtschaft und Private	—	55,6	827,1	1 234,7	1 521,5	1 567,0
an öffentl.-rechtl. Körperschaft.	—	0,2	109,8	121,2	144,2	120,1
langfristige Kredite 7) 8) 9)	—	146,5	4 988,0	5 994,3	6 999,6	6 921,7
dav. an Wirtschaft und Private	—	146,0	4 510,6	5 355,0	6 059,8	6 029,4
an öffentl.-rechtl. Körperschaft.	—	0,5	477,4	639,3	939,8	892,3
Kredite an Kreditinst. am Monatsende	—	105,7	835,6	871,1	924,5	982,1
b) Einlagen bei den Kreditinstituten						
Einlagen von Nichtkreditinstituten am Monatsende	—	1 152,3	6 958,8	7 376,4	8 127,8	8 307,2
dav. Sicht- und Termineinlagen	—	1 026,3	3 882,6	4 017,1	4 298,9	4 552,3
dav. von Wirtschaft und Privaten	—	848,0	3 281,5	3 415,6	3 779,8	4 043,4
von öffentl.-rechtl. Körperschaft.	—	178,3	601,1	601,5	517,1	508,9
Spareinlagen	—	126,0	3 076,2	3 359,3	3 830,9	3 754,9
dar. bei Sparkassen	—	97,2	2 135,0	2 333,4	2 644,5	2 593,8
Kreditbanken	—	—	774,5	828,9	953,1	932,5
Einlagen von Kreditinstituten am Monatsende	—	106,6	1 935,6	2 008,3	2 440,1	2 632,4
c) Sparverkehr						
Sämtliche Kreditinstitute 10)	—	—	—	—	—	—
Spareinlagen am Monatsende	—	126,0	3 076,2	3 359,3	3 830,9	3 754,9
dar. steuerbegünstigt	—	12,4	—	—	—	—
prämienbegünstigt	—	—	240,2	309,6	409,2	394,3
Gutschriften	—	10,2	167,4	230,5	264,9	251,0
Lastschriften	—	7,3	142,5	175,2	189,5	238,5
Saldo der Gut- und Lastschriften	—	+ 2,9	+ 24,9	+ 55,3	+ 75,4	+ 12,5
Zinsen	—	2,6	8,7	0,6	0,5	117,8
2. Zahlungsschwierigkeiten, Leihhäuser						
a) Wechselproteste 11) (Zahl)						
Betrag in 1000 DM	—	1 324	1 300	1 247	1 034	1 249
Durchschnittsbetrag je protest. Wechsel in DM	—	1 194	1 507	1 361	1 094	1 422
	—	902	1 159	1 091	1 058	1 138
b) Konkurse und Vergleichsverfahren (Zahl)						
Konkurse	12	25	14	10	13	18
Eröffnete Vergleichsverfahren	1	3	1	2	—	3
c) Mahn- und Offenbarungseidverfahren (Zahl)						
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	14 894	21 302	22 119	20 096	17 965	25 258
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides	—	2 392	2 865	3 109	2 599	2 757
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides	—	848	1 258	1 361	1 066	1 409
Abgeleitete Offenbarungseide	—	124	403	443	373	397
d) Öffentliche Leihhäuser						
Verpfändungen 12), Zahl	19 155	13 214	3 915	4 183	3 533	2 848
RM/DM	298 306	384 610	336 565	445 220	342 548	441 693
Einlösungen, Zahl	13 235	12 709	3 478	2 930	2 863	3 814
RM/DM	176 172	401 990	269 101	325 521	380 690	516 346

1) 1950 einschl. Obusse. — 2) Ab Januar 1963 ohne den von den Ländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen genehmigten Linienverkehr. — 3) 1938 und 1950 BGE und Südostm. Kreisbahn (einschl. Eisenbahnbetrieb). — 4) Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — 5) Einschl. Kombinationskraftwagen. — 6) Teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — 7) Ab 1. 1. 1964 einschl. durchlaufender Mittel. — 8) 131 berichtspflichtige Institute. — 9) Bis einschl. Mai 1950 ohne Wirtschaft und Private. — 10) Ohne Postsparkasse. — 11) Wechselproteste der Kreditinstitute und der Post. — 12) Einschließlich Erneuerungen.

Zahlenspiegel

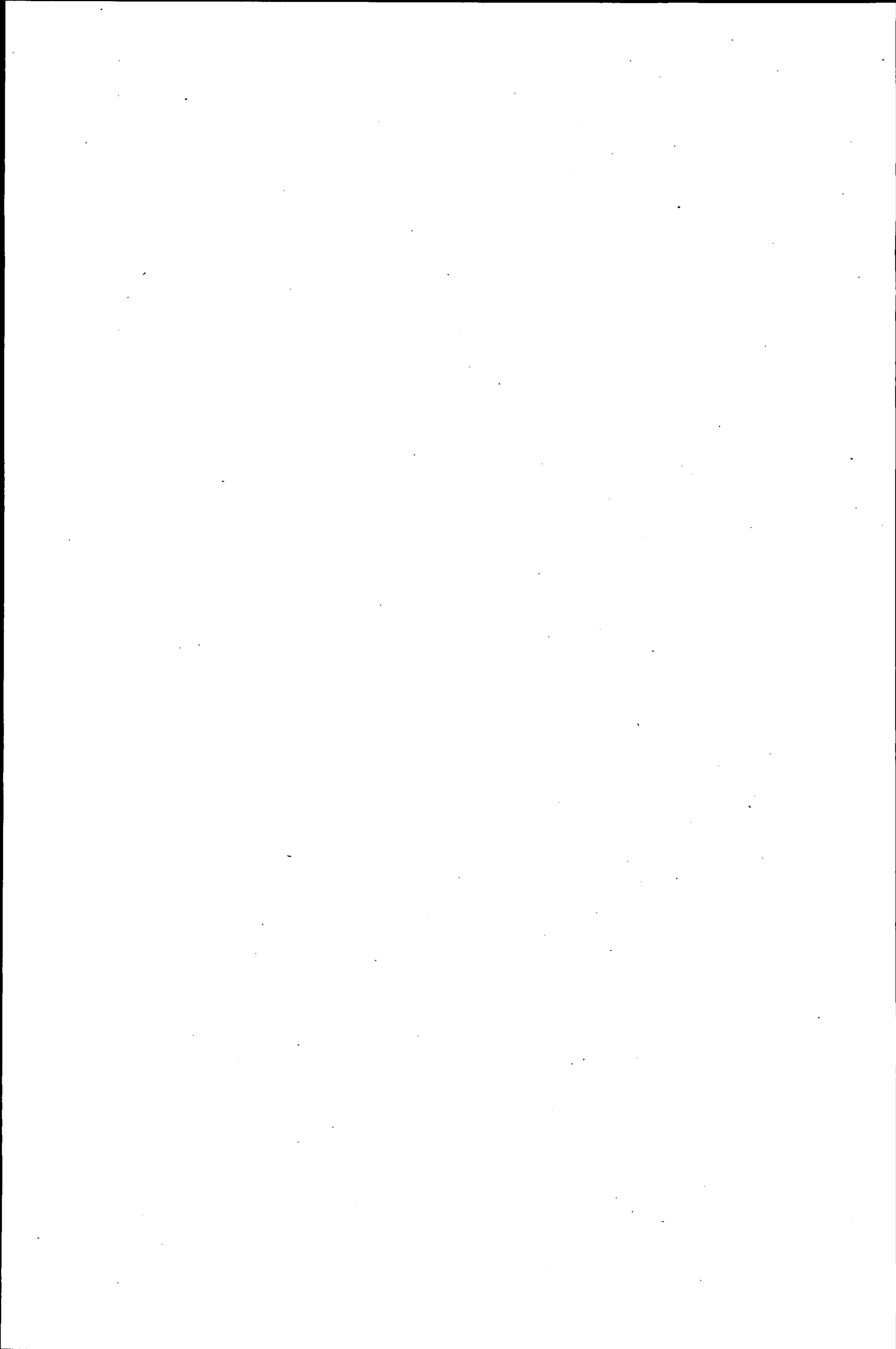
Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Januar 1964	Januar 1965	Dezember 1964
	1938	1950	1963			
Noch: Geld und Kredit						
3. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg						
Aktiengesellschaften, Zahl	.	.	164	160	160	159
Kapital in Mio DM	.	.	3 493,8	3 534,2	3 880,9	3 873,3
Gesellschaften m. b. H., Zahl	.	.	3 554	3 634	3 767	3 758
Kapital in Mio DM	.	.	2 582,5	2 650,7	2 863,3	2 858,5
Steuern¹⁾						
Steueraufkommen (in 1000 RM/DM) ²⁾						
1. Bundessteuern						
* Umsatzsteuer	9 363	22 996	74 516	91 326	101 136	77 581
* Umsatzausgleichsteuer	2 180	2 779	34 211	35 959	34 393	34 056
* Beförderungsteuer	79	943	1 366	1 795	1 132	1 145
* Notopfer Berlin	..	1 749	116	147	184	66
* Zölle	45 572	17 772	93 755	112 599	43 607	44 665
* Verbrauchsteuern	31 925	42 968	240 541	238 843	357 614	370 893
* dav. Tabaksteuer	24 492	32 535	67 735	56 985	64 818	83 775
Kaffeesteuer	..	5 831	23 383	26 527	25 061	21 878
Teesteuer	..	521	564	659	690	37
Branntweinmonopol ³⁾	249	2 514	4 538	3 836	4 273	927
Mineralölsteuer	51	871	143 720	150 730	262 625	264 096
Sonstige Verbrauchsteuern	7 133	697	600	106	146	179
* Summe der Bundessteuern	..	89 211	444 504	480 669	538 066	528 406
* Außerdem: Lastenausgleichsabgaben	.	9 478 ⁴⁾	7 185	3 412	3 191	1 757
dav. Vermögensabgabe	.	5 352	5 867	482	1 369	1 105
Hypothekengewinnabgabe	..	2 771	1 022	2 018	1 016	644
Kreditgewinnabgabe	..	.	297	913	806	8
2. Landessteuern						
* Lohnsteuer	7 390	10 051	77 471	105 036	127 139	112 655
* Veranlagte Einkommensteuer	17 032	9 277	66 849	26 545	18 990	174 943
* Nichtveranlagte Steuer vom Ertrag	552	224	9 740	6 961	27 987	14 292
* Körperschaftsteuer	8 928	9 544	45 736	10 701	10 849	114 654
* Steuern vom Einkommen zusammen	33 902	29 097	199 797	149 243	184 965	416 545
* dav. an den Bund abgeführt ⁵⁾	75 923	58 205	72 136	162 453
Hamburg verblieben	123 874	91 038	112 828	254 093
* Vermögensteuer	1 513	466	10 628	2 543	3 070	3 655
Erbchaftsteuer	469	63	1 568	2 430	844	692
Grundwerbsteuer	398	135	1 407	1 517	1 495	3 310
Kapitalverkehrssteuer	227	179	1 422	582	809	3 386
* Kraftfahrzeugsteuer	423	1 312	6 665	8 682	9 020	7 457
* Versicherungssteuer	559	847	3 493	3 689	4 066	3 395
Rennweit- und Lotteriesteuer	452	820	2 017	1 928	6 942	2 038
Wechselsteuer	0	536	752	957	1 143	826
Feuerschutzsteuer	15	127	126	345	306	— 281
* Biersteuer	792	870	2 154	2 065	2 182	2 236
* Summe der Landessteuern	..	34 461	230 030	173 980	214 842	443 258
3. Gemeindesteuern						
* Realsteuern	9 974	8 666	44 582	.	.	25 224
dav. Grundsteuer A	50	42	78	.	.	84
Grundsteuer B	4 538	3 365	4 870	.	.	538
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital	4 668	4 215	34 720	.	.	24 281
Gewerbsteuer nach der Lohnsumme	718	1 044	4 914	.	.	321
Gewerbsteuerausgleichzuschüsse	24	29	395	.	.	17
* Übrige Gemeindesteuern	7 411	1 864	757	.	.	241
dar. Kinosteuer	123	497	268	.	.	41
Übrige Vergnügungsteuer	106	146	277	.	.	194
Hundesteuer	68	132	211	.	.	5
Summe der Gemeindesteuern	17 385	10 071	45 339	.	.	25 464
Öffentliche Ordnung und Sicherheit						
1. Feuerlösch- und Unfalldienst						
Gesamtzahl der Alarmierungen	633	1 427	4 316	4 099	4 546	4 883
dav. Feueralarme	187	185	341	305	282	279
dav. falsche Alarme und Unfug-						
meldungen	49	39	65	70	80	59
bekämpfte Brände insgesamt	138	146	276	235	202	220
dav. Großbrände	10	4	21	10	5	9
Mittelbrände	17	14	50	26	32	20
Kleinbrände	88	114	109	87	87	87
Entstehungsbrände	.	.	86	98	64	93
Schornsteinbrände	.	10	10	14	14	11
Hilfeleistungen aller Art	446	1 242	3 975	3 794	4 264	4 604
dar. bei Straßen- und Verkehrs-						
unfällen	.	314	1 128	986	954	1 247
Betriebsunfällen	.	235	511	498	451	580
Hierbei durchgeführte Unfalltransporte	.	976	3 674	3 553	4 042	4 354
2. Krankenbeförderungswesen						
Ausgeführte Krankentransporte	.	5 625	4 875	5 215	5 085	4 856
Beförderte Personen	.	6 449	5 101	5 538	5 299	5 055

¹⁾ Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben. — ²⁾ Monatsdurchschnitt 1938 = Durchschnitt des Rechnungsjahres 1938. — ³⁾ Ohne die Einnahmen der Bundesmonopolverwaltung für Branntwein. — ⁴⁾ Einschl. Soforthilfesonderabgabe. — ⁵⁾ 1963 = 38 %, 1964 = 39 %.

Zahlenspiegel

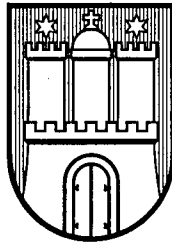
Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Januar 1964	Januar 1965	Dezember 1964
	1938	1950	1963			
Noch: Öffentliche Ordnung und Sicherheit						
3. Feststellungen der Polizei						
Straftaten	.	5 443	7 547	8 259	7 222	8 422
dar. Sittlichkeitsdelikte	.	142	200	212	190	205
Mord und Totschlag	.	2	3	6	4	7
Fahrlässige Tötung 1)	.	11	2	3	1	2
Körperverletzung 2)	.	32	71	117	93	82
Einfacher Diebstahl	.	2 416	3 234	3 401	3 026	3 595
Schwerer Diebstahl	.	558	1 425	1 807	1 493	1 905
Diebstähle zusammen	.	2 974	4 659	5 208	4 519	5 500
dar. Kraftwagen- u. -gebrauchsdiebstahl	.	36	162	150	179	184
Fahrrad- und -gebrauchsdiebstahl	.	202	390	279	215	355
Moped-, Motorrad- und -gebrauchsdiebstahl	.	.	189	148	98	147
Taschendiebstahl	.	78	47	64	42	37
Unterschlagung	.	357	223	253	185	250
Raub und Erpressung	.	11	34	49	35	31
Begünstigung und Hehlerei	.	99	92	129	103	73
Betrug und Untreue	.	607	931	864	681	782
Brandstiftung	.	39	56	40	27	22
Münzdelikte	.	13	1	—	1	1
Außerdem:						
Verkehrsvergehensanzeigen	.	.	752	604	761	708
Übertretungsanzeigen 3)	.	.	6 715	7 162	8 322	9 171
Ordnungswidrigkeitenberichte	.	.	485	593	403	447
Gebührenpflichtige Verwarnungen 4)	.	.	26 173	24 052	28 790	32 660
4. Rechtskräftig Abgeurteilte						
Abgeurteilte insgesamt	.	1 316	1 790	2 250	1 914 ⁵⁾	2 134
dav. Erwachsene n. allg. Strafrecht abgeurt.	.	1 229	1 423	1 823	1 518	1 668
Heranwachs. n. allg. Strafrecht abgeurt.	.	.	142	145	154	200
Jugendliche n. Jugendstrafrecht abgeurt.	.	87	148	182	148	153
Heranwachsende n. Jugendstrafr. abgeurt.	.	.	77	100	94	113
dar. Widerstand gegen die Staatsgewalt	.	12	8	11	8	6
Fahrerflucht	.	6	67	89	85	88
Straftaten gegen den Personenstand, die Ehe und die Familie	.	4	42	62	54	49
Verbrech. u. Vergeh. wider die Sittlichkeit	.	51	57	48	49	64
Beleidigung, üble Nachrede	.	24	20	22	23	23
Verbrech. u. Vergeh. wider das Leben	.	9	9	19	9	14
Körperverletzung	.	52	132	139	149	157
Einfacher Diebstahl	.	324	297	363	379	323
Schwerer Diebstahl	.	80	88	109	72	90
Einf. u. schwerer Diebstahl im Rückfall	.	79	53	57	41	67
Unterschlagung	.	70	57	37	56	50
Raub und Erpressung	.	9	11	12	13	15
Begünstigung und Hehlerei	.	68	36	43	32	35
Betrug und Untreue	.	92	148	177	157	143
Urkundenfälschung	.	19	15	23	16	14
Vergehen gegen das StVG.	.	53	270	386	215	331
Löhne und Gehälter 6) 7)				November 1963	Oktober 1964	Juli 1964
1. Arbeiterverdienste in der Industrie 8)						
* Bruttowochenverdienste in RM/DM	männlich	51,38	76,52	195,24	221,73	213,00
	weiblich	26,99	43,84	118,93	132,77	127,64
* Bruttostundenverdienste in Rpf/Pf	männlich	99,9	156,7	427,9	483,6	467,3
	weiblich	56,9	96,6	277,7	312,0	301,4
* Bezahlte Wochenstunden in Std.	männlich	51,4	48,8	45,6	45,9	45,6
	weiblich	47,4	45,4	42,8	42,6	42,3
* Geleistete Wochenarbeitszeit in Std.	männlich	.	.	42,3	44,7	38,5
	weiblich	.	.	39,7	41,7	33,2
2. Angestelltenverdienste (Bruttomonatsverd. I. DM) Industrie 8)						
* Kaufmännische Angestellte	männlich	.	.	917	1 048	1 017
	weiblich	.	.	632	708	685
* Technische Angestellte	männlich	.	.	1 043	1 130	1 100
	weiblich	.	.	646	715	684
Handel, Kreditinstitute u. Versicherungsgewerbe						
* Kaufmännische Angestellte	männlich	.	.	864	971	945
	weiblich	.	.	587	622	605
* Technische Angestellte	männlich	.	.	855	1 054	1 028
	weiblich	.	.	766	1 071	1 011
Industrie, Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe						
* Kaufmännische Angestellte	männlich	.	.	875	991	964
	weiblich	.	.	596	645	625
* Technische Angestellte	männlich	.	.	1 022	1 123	1 094
	weiblich	.	.	658	794	765

1) Ohne Verkehrsunfälle. — 2) Ohne §§ 223 und 230. — 3) Aus Verkehrsvorschriften und StGB. — 4) Aus Verkehrsvorschriften und Ordnungswidrigkeitenrecht. — 5) Außerdem: Aussetzung der Verhängung der Jugendstrafe (§ 27 JGG) Januar 1965 2 Jugendliche und 1 Heranwachsender. — Absehen von der Verfolgung (§ 45 JGG) Januar 1965 35 Jugendliche. — 6) 1938 = September 1938, 1950 und 1963 = Durchschnitt der vier Erhebungsmonate. — 7) Ab 1964 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — 8) Einschl. Energiewirtschaft und Hoch- und Tiefbau.



HAMBURG IN ZAHLEN

Jahrgang 1965



April-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Betriebe mit gewerblichem Verkehr und Werkverkehr in Hamburg

Ergebnisse des Verkehrszensus 1962

I N H A L T

	Seite
I. Aufgabe des Verkehrszensus	78
II. Methodische Vorbemerkungen	78
1. Erhebungsumfang	78
2. Erhebungs- und Darstellungseinheit	79
3. Gewinnung des Anschriftenmaterials	80
4. Behandlung ausländischer Betriebe	80
5. Frageprogramm	80
III. Vollständigkeitsgrad der Erhebung	82
IV. Betriebe mit Verkehrsfunktionen und ihre Beschäftigten	84
1. Betriebe des gewerblichen Verkehrs	84
2. Betriebe mit Werkverkehr	91
V. Verkehrsmittel und Verkehrskapazitäten	94
1. Gesamtüberblick	95
2. See- und Küstenschiffe	96
3. Binnen- und Hafenschiffe	97
4. Privatgüterwagen	98
5. Straßenfahrzeuge	99

I. Aufgabe des Verkehrszensus

Mit Stichtag vom 28. September 1962 wurde in der Bundesrepublik erstmals ein Verkehrszensus, d. h. eine Strukturuntersuchung aller Betriebe und Unternehmen, die Verkehrsfunktionen für fremde oder für eigene Rechnung ausüben, auf Grund des „Gesetzes über eine Zählung der Bevölkerung und der nicht-landwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen im Jahre 1961 sowie über einen Verkehrszensus im Jahre 1962“ (Volkszählungsgesetz) vom 13. April 1961 (BGBl. I, S. 437) durchgeführt. Der Verkehrszensus 1962 gehört ebenso wie die landwirtschaftliche Betriebszählung 1960, die Handels- und Gaststättenzählung 1960, die Handwerkszählung 1963 und der Industriezensus 1963 zu einer Reihe von fachlich ausgerichteten Sondererhebungen, die sich um die allgemeine Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung gruppieren und deren Ziel es ist, den jeweiligen Wirtschaftsbereich nach allgemeinen Strukturmerkmalen und speziellen wirtschaftlich relevanten Daten zu durchleuchten¹⁾.

Wenn auch mit Hilfe einer Vielzahl von laufend erhobenen Statistiken über den Verkehr schon seit langer Zeit sowohl für die Bundesrepublik insgesamt als auch speziell für Hamburg ein recht guter Überblick über das Verkehrsgeschehen gegeben werden konnte, so waren diese Statistiken doch fast ausschließlich an zwei — sicherlich sehr wichtigen — Gruppen von Tatbeständen ausgerichtet. Einmal standen die Betriebs- und Verkehrsleistungen der jeweiligen Verkehrszweige und damit verbunden der Nachweis von Verflechtungen der Güterströme im Mittelpunkt des Interesses, zum andern die Bestandsaufnahme der Verkehrsmittel und Verkehrswege. Dagegen konnte die Statistik dem an der Verkehrswirtschaft Interessierten nur äußerst spärliche Aufschlüsse geben über die eigentlichen Träger des Verkehrs, nämlich über die Unternehmen und Betriebe, die Verkehrsfunktionen ausüben. Von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen²⁾ gab es bisher eigentlich nur zwei Quellen, aus denen Zahlenangaben über die Institutionen der Verkehrswirtschaft zu entnehmen waren. Die in größeren Abständen durchgeführten allgemeinen Arbeitsstättenzählungen geben zwar einen Gesamtüberblick auch über die Betriebe und Unternehmen des Verkehrs, jedoch muß sich ihr Erhebungsprogramm zwangsläufig auf einige wenige für alle Wirtschaftszweige wichtige Merkmale beschränken³⁾, so daß die spezifischen Eigenheiten eines so heterogen zusammengesetzten Wirtschafts-

zweiges wie der Verkehrswirtschaft nicht zur Geltung kommen. Die stichprobenweise erhobene Kostenstrukturstatistik, die in mehrjährigen Abständen Einblicke in die Umsatz- und Kostenstruktur der Verkehrsunternehmen gestattet, ist dagegen für Aussagen über das Verkehrsgewerbe in Hamburg ungeeignet, da die verhältnismäßig geringe repräsentative Basis dieser Erhebung Landesergebnisse mit einem hinreichenden Genauigkeitsgrad nicht zuläßt. Ein umfassendes Strukturbild aller Verkehr treibenden Unternehmen und Betriebe, das als Grundlage für die wichtigen und vielseitigen Maßnahmen der Wirtschafts- und Verkehrspolitik dienen kann, fehlte bisher. Dem Verkehrszensus 1962 fällt daher die Aufgabe zu, diese Informationslücke, die bei der ständig steigenden Bedeutung des Verkehrs im Rahmen der Gesamtwirtschaft immer fühlbarer wurde, zu schließen.

In der deutschen Wirtschaftsstatistik ist es zur Vermeidung von Doppelzählungen üblich, die Zuordnung der einzelnen Betriebe und Unternehmen zu den verschiedenen Wirtschaftsbereichen — ausgerichtet an der vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen „Systematik der Wirtschaftszweige“ nach dem Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit vorzunehmen, wobei „fremde“ Tätigkeiten, etwa die Handeltätigkeit eines Handwerksbetriebes, nicht herausgelöst werden. So ist denn auch das Kernstück des Verkehrszensus die Darstellung der Gewerbestruktur des Bereiches „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“⁴⁾, dem alle die Betriebe und Unternehmen zuzuordnen waren, die schwerpunktmäßig Verkehrsleistungen für den Markt produzieren (Verkehr im institutionalen Sinne). Nun ist jedoch bekannt, daß gerade Verkehrsfunktionen in bedeutendem Ausmaß auch von Institutionen wahrgenommen werden, deren wirtschaftlicher Schwerpunkt in anderen Wirtschaftsbereichen liegt⁵⁾. So geht denn der Verkehrszensus einen Schritt über die institutionelle Betrachtungsweise hinaus und versucht durch die Einbeziehung der verkehrswirtschaftlich relevanten Daten dieser Betriebe auch einen möglichst vollständigen Überblick über die Bedeutung des Verkehrs im funktionalen Sinne zu geben⁶⁾.

II. Methodische Vorbemerkungen

In dieser Zeitschrift wurde bereits ausführlich über den Umfang und das Frageprogramm des Verkehrszensus berichtet⁷⁾. Es ist außerdem beabsichtigt, das ausführliche Zahlenmaterial in Form eines besonderen Quellenwerks vorzulegen und diesem weitere methodische Erläuterungen einschließlich aller verwendeten Begriffe beizufügen. So genügt es an dieser Stelle, auf die wichtigsten methodischen Grundsätze einzugehen, die zur Interpretation der hier veröffentlichten Zahlen notwendig sind.

1. Erhebungsumfang

Wenn auch einleitend davon die Rede war, daß es eine der Zielsetzungen des Verkehrszensus sei, einen Überblick über das Vorkommen der Funktion „Verkehr“ in der Gesamtwirtschaft zu geben, so war man

1) Vgl. hierzu und im folgenden: Schweda, R./Trüstedt, H.: Das Programm des Verkehrszensus 1962. — In: *Wirtschaft und Statistik*, 1962, H. 8, S. 452 ff. — Reeb, A.: Verkehrsunternehmen, Verkehrsbetriebe und Verkehrskapazitäten. — In: *Wirtschaft und Statistik*, 1964, H. 11, S. 638 ff. — Lellau, W.: Der Verkehrszensus 1962. — In: *Hamburg in Zahlen*, Jg. 1962, September-Heft, S. 273 ff.

2) Hier wäre die im Anschluß an die Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1950 durchgeführte Zusatzhebung über Straßenverkehrsbetriebe zu erwähnen. Außerdem liegen regelmäßig Angaben über die Bundesbahn und die Bundespost vor.

3) In der als Rahmenezählung konzipierten Arbeitsstättenzählung 1961 wurden an quantitativen Merkmalen nur die Anzahl der Betriebe und der Beschäftigten erhoben.

4) Wirtschaftsabteilung 5 der „Systematik der Wirtschaftszweige“.

5) Ausübung von Werkverkehr im weitesten Sinne bzw. von gewerblichem Verkehr als wirtschaftlicher Nebenfunktion.

6) Auf die sich hierbei ergebenden Schwierigkeiten und Unvollständigkeiten wird im methodischen Teil und bei der Kommentierung der Einzelergebnisse noch eingegangen.

7) Vgl. Lellau, W.: Der Verkehrszensus 1962. — In: *Hamburg in Zahlen*, Jg. 1962, September-Heft, S. 273 ff.

sich andererseits von vornherein darüber im klaren, daß eine lückenlose Erfassung und Darstellung mit einem vertretbaren Aufwand an Zeit und Kosten nicht möglich ist. Dazu tritt die Funktion „Verkehr“ in zu vielen unterschiedlichen Erscheinungsformen auf. Letztlich ist jeder, der ein Verkehrsmittel unterhält und sei es nur ein Fahrrad, in dieser Funktion tätig. Der Erhebungsumfang wurde daher beim Verkehrszensus auf die verkehrswirtschaftlich wichtigsten Bereiche begrenzt. So wurde auf eine Befragung der privaten Haushalte, die Verkehrsmittel halten, verzichtet. Man kann unterstellen, daß es zur Zeit noch wenige Haushalte gibt, die mehr als ein Fahrzeug besitzen (von Fahrrädern einmal abgesehen), so daß die Ergebnisse der Kraftfahrzeugbestandsstatistik des Kraftfahrt-Bundesamtes ausreichen, sich einen genügend guten Überblick über die individuellen Personenverkehrsmittel dieses Bereiches zu verschaffen. In Hamburg sind außerdem durch Sonderfragen im Rahmen der Volkszählung 1961 die regionale Verteilung dieser Fahrzeuge über das Stadtgebiet, die Häufigkeit ihrer Benutzung zum Berufsverkehr, ihre Verteilung auf bestimmte Haushaltstypen usw. erfragt worden, so daß zusätzliche Erkenntnisse gewonnen werden konnten⁸⁾.

In den Verkehrszensus einbezogen wurden alle Unternehmen und Betriebe

- a) des gewerblichen Verkehrs, d. h. alle Institutionen, deren wirtschaftlicher Schwerpunkt in der Produktion von Verkehrsleistungen für fremde Rechnung liegt. Hierzu gehören neben den Unternehmen und Betrieben, die vorwiegend Transportleistungen auf dem Markt anbieten (Binnenschifffahrt, Seeschifffahrt, Eisenbahnen, Straßenverkehr, Luftverkehr), auch die besonders an einem Hafenplatz wie Hamburg zahlreich vertretenen Speditionen, Lagereien, Schiffsmakler, Hafenbetriebe, Reisebüros usw. Von der „Systematik der Wirtschaftszweige“ her gesehen, sind diese Institutionen in der Abteilung 5 „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ zusammengefaßt.
- b) mit nebegewerblichen Verkehrsfunktionen, bei denen der Schwerpunkt der Wirtschaftstätigkeit in Bereichen außerhalb des Verkehrs liegt, die aber nebenbei auch gewerblichen Verkehr betreiben. Diese zahlenmäßig nicht sehr bedeutsame Gruppe steht zwischen dem gewerblichen Verkehr, dem sie bei funktionaler Betrachtung sehr eng verwandt ist, und dem folgenden Bereich des Werkverkehrs, dem sie unter institutionellen Gesichtspunkten zuzurechnen wäre.
- c) mit Werkverkehr, bei denen Verkehrsleistungen für eigene Rechnung erbracht werden, deren Verkehrstätigkeiten also als Hilfsfunktionen für andere Tätigkeiten (z. B. Herstellung, Verarbeitung oder Handel von Waren) anzusehen sind. Die Einbeziehung dieser Betriebe war notwendig, da ohne ihre zum Teil erheblichen Verkehrskapazitäten die Gesamtdarstellung unvollständig wäre. Außerdem stehen sie zu den Betrieben des gewerblichen Verkehrs in Konkurrenz und zwar in dem Sinne, daß wirtschaftliche Institutionen, die

sich Verkehrsfunktionen eingegliedert haben, auf dem Markt als Nachfrager nach Verkehrsleistungen weitgehend ausfallen.

Allerdings wurden im Rahmen des Verkehrszensus aus systematischen und erhebungstechnischen Erwägungen nicht alle Verkehrsfunktionen als Werkverkehr erfaßt, sondern im wesentlichen nur Transportfunktionen, nicht dagegen beispielsweise innerbetriebliche Lagerei oder Verkehrsvermittlungstätigkeiten. Ebenso erwies es sich als nicht notwendig, alle diejenigen Institutionen zu erfassen, die für ihre betrieblichen Transportaufgaben ausschließlich Personen- bzw. Kombinationskraftwagen, Krafträder und Mopeds verwenden. Hierfür wurden durch die Landwirtschaftszählung 1960 und die Arbeitsstättenzählung 1961 ausreichende Ergebnisse erhoben. Außerdem wurden die örtlichen Einheiten der Bundeswehr, des Bundesgrenzschutzes und der Polizei aus dem Verkehrszensus herausgenommen, da deren Transportmittel keinem wirtschaftlichen Zweck dienen und eine Wettbewerbsbeziehung zu den Unternehmen des gewerblichen Verkehrs nicht besteht. Die übrigen Arbeitsstätten der Gebietskörperschaften und Organisationen ohne Erwerbsscharakter mit Werkverkehr wurden dagegen ebenso befragt, wie die der Landwirtschaft, der gewerblichen Wirtschaft und des Dienstleistungsbereiches.

Während der Verkehrszensus die Betriebe und Unternehmen mit gewerblichen Verkehrsfunktionen vollständig in die Erhebung einbezog, wurden die Institutionen mit Werkverkehr im Bundesgebiet durch eine 15%ige Stichprobe erfaßt. Da aber für alle vorgesehenen Gruppierungen dieser Betriebe auch repräsentative Landesergebnisse anfallen mußten, lag der Auswahlatz in den kleinen Bundesländern erheblich höher. In Hamburg wurden rund 65 % aller Betriebe mit Werkverkehr befragt.

Diese Betriebe wurden aus stichprobentechnischen Gründen in zwei Gruppen unterteilt. Die eine dieser beiden Gruppen umfaßt alle zu Mehrbetriebsunternehmen gehörenden Niederlassungen mit Werkverkehr sowie die Einbetriebsunternehmen, die eine verhältnismäßig selten vorkommende Werkverkehrstätigkeit ausüben (z. B. Betrieb von Schiffen, Kraftomnibussen, Privatgüterwagen, Umschlagsanlagen). Diese Gruppe wurde total erfaßt, weil sonst keine hinreichend genauen Unterlagen zu erwarten waren. Alle Einbetriebsunternehmen, die für ihren Werkverkehr — außer Pkw, Kombis und Zweiradkraftfahrzeugen — nur Lastkraftwagen, Zugmaschinen oder Sonderkraftfahrzeuge verwenden, brauchten dagegen wegen des häufigen Vorkommens dieser Fahrzeuge als Werkverkehrsmittel nur stichprobenweise befragt zu werden.

2. Erhebungs- und Darstellungseinheit

Erhebungseinheit war im Verkehrszensus ebenso wie bei der Arbeitsstättenzählung 1961 grundsätzlich die Arbeitsstätte (= Betrieb), die als örtlich abgegrenzte Einheit, in der mindestens eine Person regelmäßig beschäftigt ist, definiert war. Abweichend wurden lediglich die ständig bemannten Schiffe behandelt, die bei der Arbeitsstättenzählung als ge-

⁸⁾ Diese Ergebnisse sind teilweise veröffentlicht. Vgl. hierzu Stegen, H.-E.: Die regionale Verteilung der Kraftfahrzeuge und Abstellplätze in Hamburg am 6. Juni 1961. — In: Hamburg in Zahlen, Jg. 1964, Juni-Heft, S. 165 ff.

sonderte Arbeitsstätten betrachtet wurden. Beim Verkehrszensus dagegen wurden diese Schiffe als Verkehrsmittel, ihre Besatzungen als Fahr- und Begleitpersonal bei der jeweiligen Reederei erfaßt, von der aus die Schiffe betrieben wurden. Nur hinsichtlich der Angaben aus dem Rechnungswesen wurde das gesamte Unternehmen⁹⁾ zugrunde gelegt, da Umsätze, Kosten u. dgl. meist in der Buchhaltung der Firmen nicht gesondert für die einzelnen Betriebe festgehalten werden und wohl auch teilweise schwer zuzuordnen sind.

Bei der Ergebnisdarstellung steht die Wirtschaftsstatistik immer vor dem Dilemma der Wahl der *Darstellungseinheit*¹⁰⁾. Für die örtliche Einheit (Betrieb) sprechen vor allem Gründe der regionalen Betrachtungsweise, und zwar besonders dann, wenn es darauf ankommt, den Wirtschafts- oder wie hier den Verkehrsapparat eines Platzes wie z. B. Hamburg institutionell gegliedert darzustellen und die örtliche Entstehung der wirtschaftlichen Leistung nachzuweisen. Bei der Wahl der wirtschaftlichen Einheit (Unternehmen) werden dagegen alle Unternehmen, die ihre Hauptniederlassung am Platz haben, mit ihren sämtlichen Zweigniederlassungen, auch den außerhalb gelegenen, dargestellt. Hier steht mehr die wirtschaftliche Bedeutung der am Platz ansässigen Unternehmen und ihr unternehmerischer Wirkungsbereich im Mittelpunkt der Betrachtung. Außerdem spricht für die Darstellungseinheit „Unternehmen“ oft die Tatsache, daß sich wichtige wirtschaftliche Größen wie Umsätze, Kosten usw. nicht ohne große methodische Schwierigkeiten für Betriebe gewinnen lassen.

Beim Verkehrszensus wurde daher beiden Darstellungsweisen Rechnung getragen. Sowohl für Betriebe als auch für Unternehmen werden die wichtigsten Daten dargestellt und ausgewertet. Während die Einbetriebsunternehmen sowohl in die Arbeitsstätten- als auch in die Unternehmensdarstellung in gleicher Weise eingingen, wurden die Angaben über die Niederlassungen von Mehrbetriebsunternehmen zu Unternehmensangaben zusammengeführt und maschinell aufbereitet. Als Sitz des Unternehmens galt dabei die Anschrift der Hauptniederlassung.

3. Gewinnung des Anschriftenmaterials

Bei der Konzeption der landwirtschaftlichen Betriebszählung 1960 und der Arbeitsstättenzählung 1961 wurden die Erhebungsbelange des Verkehrszensus berücksichtigt. Alle in diesen Zählungen befragten Institutionen hatten einmal neben dem Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen Betätigung auch alle sonstigen Funktionen, die sie ausüben, anzugeben. Daneben

⁹⁾ Auskunftspflichtig war bei Mehrbetriebsunternehmen die Hauptniederlassung.

¹⁰⁾ Vgl. hierzu Schmidt, D.: Die hamburgischen Unternehmen nach der Arbeitsstättenzählung am 6. Juni 1961. — In: Hamburg in Zahlen, Jg. 1964, Juli-Heft, S. 206.

¹¹⁾ Analog dazu wurden die Zweigniederlassungen deutscher Unternehmen im Ausland nicht in den Verkehrszensus einbezogen.

¹²⁾ Insgesamt wurden beim Verkehrszensus 18 verschiedene Fragebogen verwandt. Jeder Fragebogen war speziell auf den angesprochenen Bereich zugeschnitten, um die Auskunftspflichtigen nicht mehr als unbedingt nötig zu belasten.

¹³⁾ Der Katalog der verkehrswirtschaftlichen Tätigkeiten ist an der Gliederung der Wirtschaftsabteilung 5 „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ nach Wirtschaftsklassen angelehnt, bringt aber teilweise noch weitere Unterteilungen.

aber wurden auch gezielt Fragen über das Vorhandensein von Verkehrsmitteln und Verkehrs- und Umschlagseinrichtungen gestellt. Auf Grund dieser Angaben konnten alle die Betriebe ausgewählt werden, die für den Verkehrszensus in Frage kamen. Auf die Erfassungslücken, die dadurch entstanden, daß das Anschriftenmaterial aus ein bzw. zwei Jahre zurückliegenden Zählungen gewonnen wurde, wird an späterer Stelle noch einzugehen sein.

4. Behandlung ausländischer Betriebe

Da sich der Verkehrszensus auf das Gebiet der Bundesrepublik (einschließlich Berlin [West]) bezieht, wurden auch die hier ansässigen Zweigbetriebe ausländischer Unternehmen, auf die die Erfassungsmerkmale des Verkehrszensus zutrafen, in die Erhebung einbezogen. Bei der Unternehmensdarstellung wurden jeweils nur der in der Bundesrepublik gelegene Unternehmensteil sowie die von diesem erwirtschafteten Umsätze berücksichtigt¹¹⁾. Unterhielt das ausländische Unternehmen nur eine rechtlich nicht selbständige Zweigniederlassung in der Bundesrepublik, so wurde diese wie ein Einbetriebsunternehmen behandelt. Waren dagegen mehrere Betriebe vorhanden, so wurden wie bei Mehrbetriebsunternehmen die Angaben zusammengeführt, wobei die steuerpflichtige Niederlassung als „Sitz des Unternehmens“ angesehen wurde.

5. Frageprogramm

Das Grundschemata des Frageprogramms war beim Verkehrszensus für alle erfaßten Verkehrsbereiche einheitlich, wurde jedoch bei einigen Merkmalen variiert, um die Besonderheiten der einzelnen Verkehrszweige deutlich zu machen¹²⁾. Neben der allgemeinen Kennzeichnung der Betriebe (Anschrift und Niederlassungsort) wurden insbesondere folgende Merkmale erfragt:

a) *Wirtschaftliche Tätigkeiten*: Grundsätzlich hatten alle Befragten sämtliche von ihnen ausgeübten wirtschaftlichen Tätigkeiten anzugeben und den wirtschaftlichen Schwerpunkt zu kennzeichnen. Bei den Betrieben mit *Werkverkehr* wurden diese Angaben nur zur richtigen Einordnung in die Gruppen der „Systematik der Wirtschaftszweige“ verwandt.

Entsprechend der Aufgabe des Verkehrszensus als einer Strukturuntersuchung des *Verkehrsgewebes* wurde Vorsorge getroffen, daß für alle Betriebe und Unternehmen mit gewerblichen Verkehrsfunktionen weitaus feinere Untergliederungen möglich sind, um der Mannigfaltigkeit des Verkehrssektors Rechnung zu tragen. So waren insbesondere die verkehrswirtschaftlichen Tätigkeiten in sehr weitgehender Gliederung¹³⁾ in den einzelnen Fragebogen vorgedruckt, um auch über verschiedene Bereiche hinweg vergleichbare Angaben zu erlangen. Daneben wurden auch die Tätigkeiten außerhalb der Verkehrswirtschaft einbezogen. Auf diese Weise ist es möglich, einmal ein Bild der Funktionsstruktur der Verkehrsbetriebe nachzuzeichnen und eine Unterschei-

dung vorzunehmen in Betriebe, die sich auf eine Tätigkeit spezialisiert haben, und solche, die ein ganzes Bündel von Funktionen auf dem Markt anbieten.

b) **Verfügbare Fahrzeuge:** Im Gegensatz zu den verschiedenen Fahrzeugbestandsstatistiken, die vom Eigentumsprinzip ausgehen, sollten die Befragten beim Verkehrszensus alle die Fahrzeuge angeben, die am Stichtag (28. 9. 1962) effektiv in der Verfügungsgewalt des Betriebes standen. Es war dabei das Ziel des institutionellen Nachweises der Verkehrsmittel, einen Überblick zu geben, welche Verkehrskapazitäten¹⁴⁾ von den einzelnen Arbeitsstätten tatsächlich für ihre Zwecke eingesetzt werden können. Gemietete bzw. gepachtete Fahrzeuge waren daher dem eigenen Bestand hinzuzufügen, während vermietete und verpachtete Fahrzeuge abzusetzen waren. Insbesondere in der Seeschifffahrt, wo die Charterung bzw. Vercharterung von Schiffsraum ein besonderes Gewicht hat, wird die Verteilung der Verkehrskapazitäten auf die Wirtschaftseinheiten nach dem Prinzip der tatsächlichen Verfügungsgewalt (Besitz) von der nach dem Eigentum abweichen¹⁵⁾. Ähnliches gilt — wenn auch in geringerem Ausmaß — hinsichtlich der Binnenschiffe und Privatgüterwagen.

Der Nachweis der Verkehrsmittel war getrennt nach Binnen- und Seeschiffen, Straßenfahrzeugen, Privatgüterwagen und Luftfahrzeugen zu führen. Für jede dieser Fahrzeugkategorien war ihre Anzahl, Art und Größe anzugeben.

c) **Verfügbare Verkehrseinrichtungen:** Über die Ausstattung der Betriebe mit Verkehrs- und Umschlagseinrichtungen gab es bisher so gut wie keine Unterlagen. Daher wurden beim Verkehrszensus die wichtigsten Umschlagsanlagen wie Gleisanschlüsse, Kaianlagen, Ufer- und Schwimmkräne, Getreideheber, Hubstapler, Förderbänder und ähnliche Geräte erfragt. Gerade in einer Hafenstadt wie Hamburg sind hiervon zusätzliche Erkenntnisse zu erwarten, da das breitgestreute Vorhandensein solcher Umschlagseinrichtungen die Effizienz der Verkehrsmittel wesentlich erhöht. Höhere Umschlagsgeschwindigkeiten — gleichbedeutend mit niedrigeren Stand- bzw. Liegezeiten der Fahrzeuge — können die Transportkosten bedeutsam mindern. Ganz besonders tritt das beim Güterumschlag der Seeschiffe in Erscheinung, wo die mit dem Aufenthalt im Hafen verbundenen Aufwendungen des Schiffes einen nicht unwesentlichen Bestandteil der gesamten Transportkosten bilden. Einer der Gründe für die Attraktivität des Hamburger Hafens ist sein Ruf als „schneller“ Hafen, wozu in besonderem Maße die Ausstattung der Hafenumschlagsbetriebe mit modernem Umschlagsgesamtgerät beiträgt.

Außerdem wurden für fast alle Betriebe des gewerblichen Verkehrs auch die Lagerflächen- und -räume¹⁶⁾ nach ihrer Größe und nach bestimmten Arten, wie z. B. Kühlhäuser, Silos, Tanklager usw. in die Erhebung einbezogen, so daß auch ein Überblick über

die vom Verkehrsgewerbe bereitgehaltenen Lagerkapazitäten gegeben werden kann.

Wie bei den Fahrzeugen wurde auch hier nach den verfügbaren Anlagen gefragt, also einschließlich der gemieteten und ohne die vermieteten Verkehrs- und Umschlagseinrichtungen.

d) **Beschäftigte:** Die Beschäftigten der Verkehrsbetriebe waren für den Stichtag in der Gliederung nach Voll- und Teilbeschäftigten, Geschlecht sowie Stellung im Betrieb anzugeben. Für die Betriebe mit wirtschaftlichem Schwerpunkt außerhalb des Verkehrs wurden die Voll- und Teilbeschäftigten nur jeweils in einer Summe erhoben, da für diese Gruppe von Betrieben die ausführlichen Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung ausreichend erscheinen.

Daneben wurde beim Verkehrszensus besonders Wert auf die Darstellung der direkt oder indirekt in Transportfunktionen Tätigen gelegt, um über den Anteil des Fahr- und Begleitpersonals an den Gesamtbeschäftigten eine Vorstellung über die Bedeutung dieser wichtigen Verkehrsfunktion zu gewinnen, was insbesondere im Bereich der Betriebe mit Werkverkehr wichtige Aufschlüsse erbringt. Das Fahr- und Begleitpersonal wurde denn auch bei allen in den Verkehrszensus einbezogenen Arbeitsstätten getrennt nach der Art des Verkehrsmittels und der ausgeübten Funktion¹⁷⁾ erfaßt.

e) **Spezialisierung der Verkehrstätigkeit:** In einem besonderen Abschnitt der Erhebungspapiere wurden an bestimmte Bereiche des gewerblichen Verkehrs gezielt Fragen gestellt, die erkennen lassen sollten, inwieweit die angesprochenen Betriebe in ihrer Transporttätigkeit auf eine bestimmte Gütergruppe, in einer bestimmten Verkehrsrelation oder auf einen bestimmten Auftraggeber ausgerichtet sind. Als spezialisiert galten die Betriebe dann, wenn mehr als zwei Drittel der Transportmenge des Jahres 1961 auf eine der drei Spezialisierungsarten entfielen. Außerdem wurde in den Bereichen, in denen in nennenswertem Umfang die Ausübung von Lagerefunktionen vermutet wurde, auch danach gefragt, ob 1961 mehr als zwei Drittel der eingelagerten Waren auf eine Gütergruppe entfielen (Lagerspezialisierung).

Hierdurch wird es möglich, die Gruppe der „Spezialisten“, die in ihrer Marktstellung in gewisser Hinsicht Sonderpositionen einnimmt, aus der Masse der anderen Betriebe herauszulösen und darzustellen. Die spezialisierten Betriebe, die sich — aus welchen Gründen auch immer — auf ein bestimmtes Teilgebiet ihrer Branche konzentriert haben, können sicherlich einerseits mit einem relativ gesicherten Ladungsaufkommen rechnen, da ihr Aufgabengebiet überschaubarer ist und sie daher besser „Marktpflege“ betreiben können. Außerdem verfügen sie häufig über die erforderlichen speziellen Verkehrsmittel und/oder Umschlagseinrichtungen (z. B. für Getreide, Öle, Früchte, Erz usw.), auf die der Verloader angewiesen ist. Andererseits werden aber z. B. die „Güterspezialisten“ auch eher betroffen von Änderungen der allgemeinen Nachfrage nach bestimmten Gütern, oder die „Richtungsspezialisten“ von politischen Spannungen in bestimmten Ländern, als Betriebe, die mit einem weitgestreuten Angebot auf dem Markt auftreten.

¹⁴⁾ Als Maßstab für die Verkehrskapazität wurde bei Güterfahrzeugen die Ladekapazität, bei Personalfahrzeugen die Zahl der zugelassenen Sitz- und Stehplätze gewählt.

¹⁵⁾ Da Schiffsraum auch im bzw. vom Ausland ver- bzw. gechartert wird, hat das zur Folge, daß die Ergebnisse des Verkehrszensus nicht voll mit der Seeschiffbestandsstatistik vergleichbar sind.

¹⁶⁾ Einschl. der Umschlaglager (z. B. Kaischuppen).

¹⁷⁾ So wurde z. B. das Schiffpersonal von Seeschiffen in Schiffsführer, Schiffsoffiziere, Deckspersonal, Junggrade, Maschinenpersonal usw. unterteilt.

f) Angaben aus dem Rechnungswesen¹⁸⁾: Diese Fragen bezogen sich jeweils auf das gesamte Unternehmen als kleinste selbstbilanzierende Einheit¹⁹⁾. Erfragt wurde sehr ausführlich die Umsatzstruktur der eigentlichen Verkehrsbetriebe im Jahre 1961. Bei den Unternehmen mit nebegewerblichen Verkehrsfunktionen brauchte dagegen nur der Verkehrsumsatz in der vorgeschriebenen Gliederung nachgewiesen zu werden.

Da die Kostenstrukturstatistik — wenn auch auf Stichprobenbasis — die Kosten der wichtigsten Verkehrszweige regelmäßig erfaßt, beschränkte sich der Verkehrszensus auf Fragen nach den im allgemeinen bedeutsamsten Kostengruppen, auf die Personalkosten, den Stoffverbrauch sowie den Einstandswert eventuell umgesetzter Handelsware.

Letztlich waren noch in sehr grober Gliederung die An- und Verkäufe von Anlagevermögen für die Geschäftsjahre 1960 und 1961 anzugeben.

III. Vollständigkeitsgrad der Erhebung

Eine der größten Schwierigkeiten bei einer umfassenden Strukturuntersuchung eines großen Wirtschaftsbereiches besteht immer darin, lückenloses Ansrchriftenmaterial aller zu erfassenden wirtschaftlichen Einheiten zu erlangen. Wie bereits oben erwähnt, entschied man sich beim Verkehrszensus für die beste der vorhandenen Möglichkeiten, nämlich das Ansrchriftenmaterial der Landwirtschaftszählung 1960 (Stichtag: 31. 5. 1960) und der Arbeitsstättenzählung 1961 (Stichtag: 6. 6. 1961) für den Versand der Fragebogen zu benutzen. Da zwischen diesen beiden Zählungen und dem Stichtag des Verkehrszensus (28. 9. 1962) trotz allem ein verhältnismäßig großer Zeitabstand besteht, war von vornherein mit Erfassungslücken zu rechnen. Vor einer Ergebnisinterpretation ist es daher unumgänglich, den Vollständigkeitsgrad der Erhebung zu überprüfen. Wenn auch diese Frage für eine auf die Gewinnung von Strukturdaten gerichtete Zählung nicht so bedeutsam ist wie für eine reine Bestandsaufnahme, so ist doch zu untersuchen, inwieweit die Erfassungslücken einseitig auftreten und die Strukturdarstellung verzerren können.

Mit Hilfe der Tabelle 1 lassen sich indirekt gewisse Aussagen über die Unvollständigkeit der Verkehrszensus-Ergebnisse treffen. Beim Rücklauf der Erhebungspapiere hat sich gezeigt, daß eine ganze Reihe der angeschriebenen Betriebe mittlerweile erloschen oder in ein anderes Bundesland verzogen war, keine gewerblichen Verkehrsfunktionen mehr ausübte und/oder die vorhandenen Fahrzeuge nicht mehr besaß. Alle diese Betriebe bestanden entweder am Stichtag nicht mehr oder aber fielen nicht mehr in den Erhebungsbereich des Verkehrszensus. Hierdurch sind zwar noch keine Informationen entfallen, wohl aber dadurch, daß zwischen den Stichtagen der

Landwirtschaftszählung bzw. der Arbeitsstättenzählung und dem Stichtag des Verkehrszensus neue gewerbliche Verkehrsbetriebe und -unternehmen entstanden sind bzw. daß sich wirtschaftliche Institutionen im Bereich der übrigen Wirtschaft Werkverkehrsfunktionen eingegliedert haben. Da über diese Vorgänge mit vertretbarem Arbeitsaufwand keine Unterlagen zu beschaffen waren, konnten sie in den Verkehrszensus auch nicht einbezogen werden. Man kann die dadurch entstandenen Erfassungslücken in ihrer Größenordnung aber nur dann abschätzen, wenn man eine Annahme über das Verhältnis der auf dem Verkehrsmarkt im weiteren Sinne ausgeschiedenen und neu hinzugekommenen Betriebe macht. Geht man davon aus, daß sich in etwa die Abgänge und Zugänge in dem in Frage kommenden Zeitraum die Waage gehalten haben — eine Annahme, die zwar nicht für jeden Wirtschaftsbereich, wohl aber für die Gesamtzahlen realistisch erscheint — so lassen sich mit Hilfe der Tabelle 1 einige Aussagen über das „Erfassungsdefizit“ machen.

Zuerst einmal zeigte sich, daß auf Grund des Ansrchriftenmaterials der Arbeitsstättenzählung von den 16 623 ursprünglich in den Verkehrszensus einbezogenen Betrieben rund 5% von vornherein abzusetzen waren (Sp. 2). Hier handelt es sich einmal um solche Arbeitsstätten, bei deren wirtschaftssystematischer Zuordnung in der Arbeitsstättenzählung und im Verkehrszensus abweichend verfahren wurde. Besonders deutlich wurde dies bei Auslieferungslagern der Industrie und des Handels, die von der Arbeitsstättenzählung nach ihrem Schwerpunkt der Wirtschaftsklasse „Lagerei“ zugeordnet waren, also als „Verkehrsbetriebe“ angesehen wurden. Beim Verkehrszensus dagegen sollten hier nur solche Betriebe eingeordnet werden, die schwerpunktmäßig gewerbliche Lagerei (für fremde Rechnung) ausübten. Da nun vor Versand der Erhebungsbogen nicht erkannt werden konnte, ob die oben angesprochenen Lager des Großhandels²⁰⁾ nicht nebenbei auch gewerbliche Lagerei betrieben, wurden sie vorsichtshalber mit dem Fragebogen für Betriebe mit nebegewerblichen Verkehrsfunktionen bedacht. Da die meisten dieser Betriebe ausschließlich für eigene Rechnung lagerten, war die Ausfallquote dieser Gruppe besonders hoch. Ähnliche Zuordnungsabweichungen gab es bei den Schiffsmaklern, bei denen alle, die sich ausschließlich mit An- und Verkauf von Schiffen beschäftigten, auszusondern waren, da sie genau wie die Grundstückmakler dem Dienstleistungsgewerbe zuzurechnen sind.

Bei der Binnenschifffahrt und der Seeschifffahrt ist die verhältnismäßig große Anzahl der nicht einzubeziehenden Arbeitsstätten in erster Linie darauf zurückzuführen, daß beim Verkehrszensus nur jeweils derjenige auskunftspflichtig war, der über die Verkehrsmittel effektiv verfügte, also nicht etwa der Eigentümer, der mit dem Schiff nicht selbst wirtschaftliche Leistungen erbrachte, sondern es einem Korrespondentreder übertragen hatte.

Daneben gab es eine ganze Reihe von Doppelerfassungen. Das war erhebungstechnisch nicht zu vermeiden, da die Ansrchriften zum Verkehrszensus zu einem Zeitpunkt herausgezogen werden mußten, als die Erhebungsbogen der Arbeitsstättenzählung noch nicht endgültig bearbeitet waren. Diese Doppelzäh-

¹⁸⁾ Dieser Abschnitt des Fragebogens richtete sich nur an die Unternehmen des gewerblichen Verkehrs sowie an diejenigen mit nebegewerblichen Verkehrsfunktionen.

¹⁹⁾ Bei ausländischen Unternehmen auf den in der Bundesrepublik gelegenen Unternehmensteil.

²⁰⁾ Die Auslieferungslager der Industrie und des Einzelhandels wurden bereits vor Versand ausgeschieden.

Tabelle 1

Beim Verkehrszensus entfallene Betriebe in Hamburg am 28. 9. 1962 nach den wichtigsten Ausfallgründen

Wirtschaftszweige	Angeschriebene Betriebe 1)	darunter im Verkehrszensus nicht zu erfassen gewesen 2)	Bereinigtes Ausgangsmaterial	Aus der Bearbeitung ausgeschieden								In Bearbeitung genommene Betriebe 3)
				Betriebe, von denen keine verwertbare Nachricht zu erhalten war		Betrieb erloschen bzw. in ein anderes Bundesland verzogen		Betrieb ohne gewerbliche Verkehrsfunktion mit/oder ohne Werkverkehr		insgesamt		
				Anzahl	% v. Sp. 3	Anzahl	% v. Sp. 3	Anzahl	% v. Sp. 3	Anzahl	% v. Sp. 3	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
1. Betriebe des gewerblichen Verkehrs	5 887	319	5 568	53	1,0	521	9,4	41	0,7	615	11,1	4 953
davon												
Deutsche Bundesbahn ...	75	—	75	—	—	—	—	—	—	—	—	75
Nichtbundeseigene Eisenbahnen	24	1	23	—	—	2	8,7	—	—	2	8,7	21
Straßenverkehr	3 337	71	3 266	45	1,4	354	10,9	24	0,7	423	13,0	2 843
Binnenschifffahrt	486	53	433	4	0,9	55	12,7	1	0,2	60	13,8	373
Seeschifffahrt, Seehäfen	354	21	333	—	—	36	10,8	2	0,6	38	11,4	295
Hafenbetriebe	244	73	171	1	0,6	5	2,9	—	—	6	3,5	165
Luftfahrt, Flugplätze	40	4	36	—	—	7	19,4	—	—	7	19,4	29
Deutsche Bundespost	206	—	206	—	—	—	—	—	—	—	—	206
Spedition, Lagerei	821	48	773	1	0,1	36	4,7	8	1,0	45	5,8	728
Schiffsmakler u. a.												
Güterverkehrsvermittlung	211	35	176	—	—	15	8,5	4	2,3	19	10,8	157
Reiseveranstaltung, Reisevermittlung	83	8	75	2	2,7	10	13,3	2	2,7	14	18,7	61
Autohöfe	6	5	1	—	—	1	100	—	—	1	100	0
2. Betriebe mit nebegewerblichen Verkehrsfunktionen	841	260	581	6	1,0	62	10,7	37	6,4	105	18,1	476
3. Betriebe mit nur Werkverkehr 4)	9 895	228	9 667	26	0,3	540	5,6	1 087	11,2	1 653	17,1	8 014
Insgesamt	16 623	807	15 816	85	0,5	1 123	7,1	1 165	7,4	2 373	15,0	13 443

1) Auf Grund des Anschriftenmaterials der Arbeitsstättenzählung 1961. — 2) Wegen gegenüber der Arbeitsstättenzählung abweichenden Erfassungskriterien (z. B. bei Arbeitsstätten mit Lagerei für eigene Rechnung) bzw. wegen fehlerhaften Ausgangsmaterials (z. B. Doppelerfassungen). — 3) Gegenüber der endgültigen tabellarischen Darstellung änderte sich jedoch noch oft die wirtschaftssystematische Zuordnung der Betriebe. — 4) Hochgerechnete Ergebnisse.

lungen wurden bei der Arbeitsstättenzählung anschließend bereinigt, ohne daß dies für den Versand der Fragebogen des Verkehrszensus noch möglich gewesen wäre.

Alle diese Fälle sind in Spalte 2 der Tabelle 1 abgesetzt worden. Nach dieser Korrektur umfaßte der im Verkehrszensus angesprochene Kreis 15 816 Betriebe, von denen 5 568 schwerpunktmäßig gewerblichen Verkehr betreiben. Insgesamt mußten 15% aus der weiteren Bearbeitung ausgeschieden werden. Erfreulich niedrig ist dabei mit 0,5% die Gruppe der Betriebe, von denen keinerlei verwertbare Antwort zu erhalten war. Da Fälle von ausgesprochener Antwortverweigerung kaum vorgekommen sind, handelt es sich hierbei zumeist um Betriebe, die im Verlauf der Bearbeitung des Verkehrszensus weder telefonisch noch postalisch zu erreichen waren, also vermutlich erloschen sind. Rechnet man sie den Betrieben zu, von denen auf Grund einer Nachricht oder Ermittlung feststeht, daß sie nicht mehr existieren, so sind insgesamt rund 1 200 Arbeitsstätten (7,6%) in den 1 1/4 Jahren seit der Arbeitsstättenzählung erloschen oder aus Hamburg weggezogen²¹⁾. Auffallend ist, daß die Ausfallquote im Bereich des gewerblichen Verkehrs mit 9,4% deutlich höher ist, als bei den Betrieben mit nur Werkverkehr (5,6%). Der Grund dürfte wohl in erster Linie darin zu suchen sein, daß

gerade im gewerblichen Verkehr eine große Zahl kleiner und kleinster Betriebe existieren²²⁾, bei denen die Fluktuation besonders hoch ist.

Nicht ganz so eindeutig ist die letzte Gruppe der ausgeschiedenen Betriebe (Tabelle 1, Spalte 8) zu beurteilen. Die Zahl der Arbeitsstätten, die am Stichtag des Verkehrszensus keine gewerblichen Verkehrsfunktionen mehr ausübten, ist mit 41 sehr gering. Hierbei handelt es sich um Betriebe, die in der Zwischenzeit eine andere Wirtschaftstätigkeit außerhalb des Verkehrs aufgenommen haben und hierbei auch keinen Werkverkehr ausüben. Dagegen wurden rd. 1 100 Arbeitsstätten mit Werkverkehr registriert, die am Erhebungstichtag nicht mehr im Besitz von Fahrzeugen waren, oder aber ausschließlich solche Fahrzeuge einsetzten, an die im Rahmen dieser Zählung keine Auskunftspflicht geknüpft war, z. B. Personen- und Kombinationskraftwagen. Nun gehören aber zu den Kombis²³⁾ zwei eigentlich ziemlich unterschiedliche Typen von Fahrzeugen. Einmal sind es die dem Pkw ähnlichen, durch Veränderung der Karosserie und Einsetzen einer hinteren Tür für den Gütertransport geeigneten Fahrzeuge (z. B. Opel Caravan, VW-Variant). Die andere Gruppe von Kombis umfaßt Wagentypen, die sich äußerlich nur durch Nuancen von Kleinlieferwagen unterscheiden (z. B. VW-Kombi, Ford Transit), und auch überwiegend zu Gütertransporten eingesetzt werden. Es ist daher zu vermuten, daß ein großer Teil dieser Fahrzeuge bei der Arbeitsstättenzählung als Lastkraftwagen angegeben wurde²⁴⁾. Da die Einbeziehung von Betrieben mit nur Werkverkehr in den Verkehrszensus vom Vorhandensein bestimmter Verkehrsmittelarten abhängig, wurde eine ganze Reihe von Betrieben fälschlicherweise angeschrieben, die dann auf Grund der

21) Verzogen sind aus Hamburg in dieser Zeit insgesamt etwa 100 Betriebe, davon 40 des gewerblichen Verkehrs.

22) Besonders beim Straßengüterverkehr und beim Taxengewerbe, aber auch bei den Partikulieren der Binnenschifffahrt und in der Küstenschifffahrt.

23) Kombinationskraftwagen sind Fahrzeuge, die sowohl zur Personalaus als auch zur Güterbeförderung geeignet sind.

24) Diese Vermutung läßt sich allerdings nur teilweise aus den Unterlagen beweisen, da nicht in allen Fällen die Verhältnisse am Stichtag der Arbeitsstättenzählung rekonstruiert werden konnten.

Prüfung des zurückgelaufenen Fragebogens, ohne daß sich die Verhältnisse in der Zwischenzeit verändert hatten, wieder ausgesondert werden mußten. Nach groben Schätzungen waren das mehr als die Hälfte der rund 1 100 Arbeitsstätten.

Nun zeigt aber andererseits ein Vergleich der im Verkehrszensus erfaßten Lastkraftwagen mit den Angaben der Kraftfahrzeugbestandsstatistik des Kraftfahrt-Bundesamtes eine nicht unwesentliche Mindererfassung von Lkw²⁵⁾. Diese Differenz läßt sich nur teilweise daraus erklären, daß der Kraftfahrzeugbestand im Prinzip stets zu hoch nachgewiesen wird, da die exakte Bereinigung der Lochkartenkartei in Flensburg naturgemäß mit einer zeitlichen Verzögerung vor sich geht und außerdem nicht alle in Hamburg zugelassenen Fahrzeuge auch tatsächlich am Stichtag von Hamburger Betrieben eingesetzt wurden (z. B. durch zeitweilige Überstellung an andere Betriebe desselben Unternehmens). Es liegt daher die Vermutung nahe, daß eine ganze Anzahl von Straßenfahrzeugen als Kombinationskraftwagen angegeben wurden, obwohl sie als Lastkraftwagen zugelassen waren. Verstärkt wird diese Vermutung dadurch, daß die Diskrepanz zur Kraftfahrzeugbestandsstatistik besonders groß im Einzelhandel und den stark mit Handwerksbetrieben durchsetzten Zweigen des Verarbeitenden Gewerbes ist, also in Wirtschaftsbereichen, in denen die schwer voneinander zu unterscheidenden Kombinationskraftwagen und Kleinlastkraftwagen überwiegend eingesetzt werden. Daraus folgt aber, daß in allen den Fällen, wo die fehlerhafte Einordnung dieser Fahrzeuge bereits in den Erhebungspapieren der Arbeitsstättenzählung geschah, die entsprechenden Betriebe zum Verkehrszensus überhaupt nicht mehr herangezogen werden konnten.

Einigermaßen sicher läßt sich daher das Erfassungsdefizit nur für die Betriebe des gewerblichen Verkehrs abschätzen. Unter der weiter oben gemachten Annahme, daß den „echten“ Abgängen (durch Erlöschen bzw. durch Wechsel in einen anderen Wirtschaftszweig außerhalb des Verkehrs) eine etwa gleich große Anzahl von Betrieben gegenübersteht, die neu ihre Verkehrsleistungen auf dem Markt anbieten, beträgt die Erfassungslücke für den gewerblichen Verkehr etwas mehr als 10 %, womit gleichzeitig ein Anhaltspunkt für die Fluktuation im Verkehrsbereich gegeben ist²⁶⁾. Zwar sind dadurch die absoluten Zahlen um einen gewissen Betrag zu niedrig, das Strukturbild des Verkehrsgewerbes wird jedoch vermutlich nur unwesentlich beeinträchtigt. Lediglich bei Darstellungen nach Betriebs- bzw. Unternehmensgrößenklassen²⁷⁾ werden die jeweils un-

teren Größenklassen relativ zu geringwertig nachgewiesen, da hier eine starke Häufung der entfallenen Betriebe vorliegt.

Bei den Betrieben mit Werkverkehr sind die Erfassungslücken aus den genannten Gründen wahrscheinlich größer, wobei hier leichte Strukturverzerrungen in zwei Richtungen zu befürchten sind. Einmal wird wie im Verkehrsgewerbe auch hier besonders bei den kleinen Betrieben mit einer stärkeren Mindererfassung zu rechnen sein, zum anderen aber auch bei einigen bestimmten Wirtschaftszweigen (z. B. beim Einzelhandel). Trotz dieser Einschränkungen, die bei der Interpretation der Einzelergebnisse zu berücksichtigen sein werden, gibt das vorliegende Zahlenmaterial einen guten Überblick über die Betriebe und Unternehmen, die ihre Verkehrsaufgaben zum großen Teil selbst erfüllen.

IV. Betriebe mit Verkehrsfunktionen und ihre Beschäftigten

Wie in den methodischen Vorbemerkungen bereits erwähnt, werden die Ergebnisse des Verkehrszensus sowohl nach Betrieben (Arbeitsstätten) als auch nach Unternehmen dargestellt. Da die Unternehmensergebnisse zur Zeit noch nicht vollständig vorliegen, soll in diesem Beitrag zunächst ein Überblick über die Betriebe mit Verkehrsfunktionen gegeben werden, eine Darstellungsweise, die wegen der exakten örtlichen Zuordnungsmöglichkeit für regionale Untersuchungen besonders geeignet ist.

Das Schwergewicht dieser ersten Übersicht liegt bei zusammenfassenden Darstellungen über den gesamten Erhebungsbereich des Verkehrszensus hinweg. Notwendigerweise kann dabei das Zahlenmaterial nur verhältnismäßig grob gegliedert werden. Feinere wirtschaftssystematische Untergliederungen als die gewählten sind im Augenblick noch nicht möglich. Es ist daher unvermeidlich, daß in größeren Gliederungen zum Teil heterogene Massen zusammengefaßt sind. Nur in einigen Fällen konnten durch manuelle Zusatzaufbereitungen die Zusammenhänge besser durchleuchtet werden. Es wird daher Aufgabe späterer, auf bestimmte Branchen abgestellter Untersuchungen sein, tiefer in die Struktur einzelner Verkehr treibender Wirtschaftszweige einzudringen.

Insgesamt wurden am Stichtag des Verkehrszensus (28. Sept. 1962) in Hamburg 13 443 Betriebe mit Verkehrsfunktionen gezählt. Davon gehörten 4 964 zum Bereich des gewerblichen Verkehrs, während 8 479 Betriebe deshalb erfaßt wurden, weil sie Werkverkehr betrieben bzw. nebegewerbliche Verkehrsfunktionen ausübten. Da zwischen diesen beiden großen Gruppen von Betrieben beträchtliche Unterschiede bestehen, erscheint es zweckmäßig, sie jeweils gesondert abzuhandeln.

1. Betriebe des gewerblichen Verkehrs

a) Gesamtüberblick

Von den fast 5 000 Betrieben, die nach dem Schwerpunkt ihrer Wirtschaftstätigkeit der eigentlichen Verkehrswirtschaft zuzuordnen waren, entfielen 58 %

25) Die Zahl der tatsächlich im Verkehr befindlichen Lastkraftwagen, denen die Kraftstoffkesselwagen aus der Gruppe der Sonderkraftfahrzeuge zugeschlagen wurden, lag am 30. Sept. 1962 mit rund 27 600 um etwa 17 % höher als die rd. 22 800 im Verkehrszensus erfaßten Straßenfahrzeuge zur Lastenbeförderung (beide Massen ohne die Fahrzeuge der Bundesbahn und Bundespost).

26) Über einen Wechsel des Schwerpunkts der Wirtschaftstätigkeit innerhalb des gewerblichen Verkehrs sind dagegen Aussagen nur schwer möglich, da die wirtschaftssystematische Zuordnung bei der Arbeitsstättenzählung fast ausschließlich auf der Selbsteinschätzung des Befragten beruhte, während beim Verkehrszensus auf Grund der vielen zusätzlichen Angaben in Grenzfällen eine bessere Zuordnung — auch abweichend von der Selbsteinschätzung — möglich war (z. B. wurde häufig als Schwerpunkt der Wirtschaftstätigkeit „Spedition“ angegeben, obwohl eindeutig die Funktionen als Frachtführer [Güterverkehr] überwogen).

27) Wobei es gleichgültig ist, ob die Größenklassen an der Zahl der Beschäftigten, am Umsatz oder an der Ladekapazität orientiert sind.

Tabelle 2

Betriebe des gewerblichen Verkehrs in Hamburg, deren Beschäftigte sowie Fahr- und Begleitpersonal am 28. 9. 1962 nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweige		Betriebe 1)		Beschäftigte			Fahr- und Begleitpersonal	
		Anzahl	%	Anzahl	%	je Betrieb	Anzahl	%
Nr.	Bezeichnung	1	2	3	4	5	6	7
500	Eisenbahnen	90	1,8	19 258	15,2	214	3 145	7,4
501	Straßenverkehr	2 884	58,1	18 321	14,5	6	10 189	23,9
502	Binnenschifffahrt, -wasserstraßen und -häfen	364	7,3	4 859	3,8	13	3 525	8,3
503	See- und Küstenschifffahrt, Seehäfen	463	9,3	39 265	31,0	85	21 121	49,6
504	Luftfahrt, Flugplätze	11	0,2	917	0,7	83	185	0,4
507	Deutsche Bundespost	206	4,2	27 205	21,5	132	2 152	5,1
509	Spedition, Lagerei und Verkehrsvermittlung	946	19,1	16 885	13,3	18	2 262	5,3
5	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	4 964	100	126 710	100	26	42 579	100

1) Bei der Deutschen Bundesbahn (in der Wirtschaftsgruppe 500 enthalten) wurden die Dienststellen, bei der Bundespost (Wirtschaftsgruppe 507) die Ämter bzw. Amtsstellen gezählt.

allein auf den Straßenverkehr, während die Betriebe der Spedition, Lagerei und Verkehrsvermittlung²⁸⁾ mit etwa 19 % den zweitstärksten Wirtschaftszweig, gemessen an der Zahl der Betriebe, bildeten (Tabelle 2). Erst danach folgen mit beträchtlichem Abstand die in einer Hafenstadt wie Hamburg so bedeutenden Verkehrszweige der See- und Küstenschifffahrt²⁹⁾ mit 9 % und der Binnen- und Hafenschifffahrt (7 %) ³⁰⁾.

Diese Zahlen geben jedoch ein recht einseitiges Bild von der wirtschaftlichen Bedeutung der jeweiligen Verkehrsbereiche. So setzt sich beispielsweise das Straßenverkehrsgewerbe aus einer Vielzahl von Kleinbetrieben (besonders im Güternahverkehr und beim Taxengewerbe) zusammen, während in der See- und Küstenschifffahrt²⁹⁾ „Großbetriebe“ mit mehr als 100 Beschäftigten ein relativ starkes Gewicht besitzen. Betrachtet man die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten je Betrieb und läßt dabei die weit an der Spitze liegenden Bereiche „Eisenbahnen“ (überwiegend von Dienststellen der Deutschen Bundesbahn gebildet) und „Bundespost“ als nicht vergleichbar außer Ansatz, so führt die See- und Küstenschifffahrt²⁹⁾ mit 85, dicht gefolgt von der kleinen Anzahl der Luftfahrt- und Flugplatzbetriebe mit durchschnittlich 83 Beschäftigten je Arbeitsstätte. Erst mit großem Abstand rangieren Spedition, Lagerei und Verkehrsvermittlung (18) und Binnen- und Hafenschifffahrt (13) auf den nächsten Plätzen, während der Straßenverkehr das Schlußlicht in dieser Skala der durchschnittlichen Betriebsgrößen bildet.

Daraus erklärt sich, daß – gemessen an der Zahl der Beschäftigten – die Betriebe der See- und Küstenschifffahrt²⁹⁾ mit fast einem Drittel der insgesamt rund

127 000 im Verkehrsgewerbe Beschäftigten in Hamburg den bedeutendsten Verkehrszweig darstellen. Nach der Bundespost (21,5 %) folgen die drei Verkehrsbereiche Eisenbahnen, Straßenverkehr und Spedition, Lagerei und Verkehrsvermittlung fast gleichauf mit einem jeweiligen Anteil zwischen 13 und 15 %. Auffallend gering ist mit nur knapp 4 % der Beschäftigtenanteil der Binnen- und Hafenschifffahrt.

Noch stärker dominiert die See- und Küstenschifffahrt²⁹⁾, wenn man nur das Fahr- und Begleitpersonal³¹⁾, also den Teil der Beschäftigten, der die Transportaufgaben der Betriebe erfüllt, zugrunde legt. Mit über 21 000 war fast die Hälfte der insgesamt rund 43 000 in Transportfunktionen tätigen Personen im Dienste dieses Verkehrszweiges. Sehr stark ist mit etwa 24 % auch noch der Anteil des Straßenverkehrs am gesamten Fahrzeugpersonal, während alle anderen Verkehrszweige in dieser Hinsicht nur eine untergeordnete Rolle spielen.

Die unterschiedliche Bedeutung der einzelnen Verkehrszweige nach der Zahl der Betriebe einerseits und der Zahl der Beschäftigten und des Fahr- und Begleitpersonals andererseits macht Schaubild 1 deutlich. In dieser Graphik ist der zahlenmäßige Maßstab für die Darstellung der Beschäftigten 26mal so groß gewählt als der für die Zahl der Betriebe. Da die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten je Betrieb 26 beträgt, wird auf diese Weise das relative Gewicht der einzelnen Branchen zusätzlich deutlich gemacht. Gleichlange Säulen nach beiden Seiten geben an, daß die betreffende Wirtschaftsgruppe sowohl nach der Zahl der Betriebe als auch nach der Zahl der Beschäftigten gleich bedeutsam ist. Die zeichnerische Darstellung zeigt auf den ersten Blick, daß die Beschäftigten weitaus gleichmäßiger über die Wirtschaftsgruppen verteilt sind als die Betriebe selbst.

Einen interessanten Vergleich der Hamburger Zahlen zum Bundesdurchschnitt ermöglicht Tabelle 3, die die besondere Branchenstruktur des Hamburger Verkehrsgewerbes deutlich erkennen läßt. Legt man die Zahl der Betriebe zugrunde, so zeigt sich, daß das relative Gewicht der Luftfahrt- und Flugplatzbetriebe und in etwa auch des Straßenverkehrs im Bundes-

28) In dieser Gruppe sind außer Speditions- und Lagereibetrieben auch die Schiffsmakler, die Reisebüros, die Luftmakler u. a. enthalten.

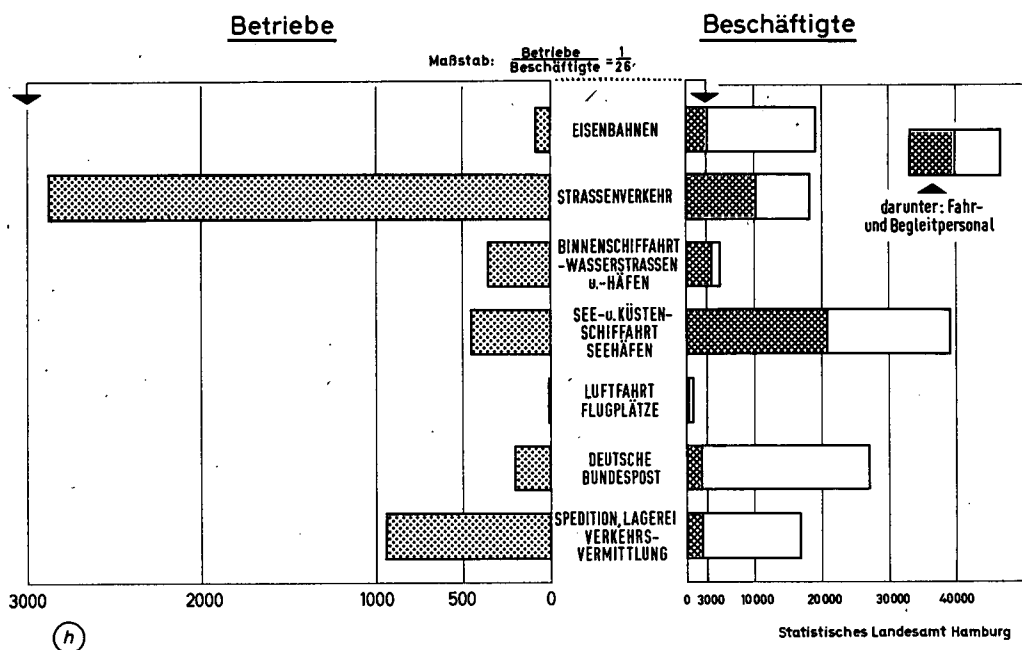
29) Einschließlich Seehafen und Seehafenbetriebe.

30) Die Wirtschaftsgruppe „Binnenschifffahrt, -wasserstraßen u. -häfen“ wird in Hamburg ausschließlich durch Binnen- und Hafenschifffahrtbetriebe repräsentiert. Alle Hafenbetriebe mußten aus erhebungstechnischen Gründen als Seehafenbetriebe und damit der Gruppe „See- und Küstenschifffahrt, Seehäfen“ zugeordnet werden. Der Hamburger Hafen und damit auch die Hafenbetriebe dienen weit überwiegend dem Seeverkehr. Eine Trennung in Seehafen und Binnenhafen war beim Verkehrszensus nicht möglich.

31) Zum Fahr- und Begleitpersonal zählten nicht nur die hauptberuflich mit Transportfunktionen Beschäftigten, sondern auch diejenigen Personen, die hauptsächlich andere betriebliche Aufgaben erfüllten, aber gelegentlich auch im Fahrdienst oder als Begleiter (z. B. zum Be- oder Entladen, zum Kassieren von Fahrgeld usw.) eingesetzt wurden.

Schaubild 1

Betriebe des gewerblichen Verkehrs, deren Beschäftigte sowie Fahr- und Begleitpersonal nach Wirtschaftszweigen in Hamburg am 28. 9. 1962



gebiet und in Hamburg annähernd gleich ist. Sehr viel geringer ist in Hamburg der Anteil der Dienststellen der Bundesbahn und vor allem der Bundespost, was in erster Linie dadurch bedingt sein dürfte, daß die Aufgaben dieser beiden Verkehrszweige in Großstädten in verhältnismäßig wenigen, aber überwiegend größeren örtlichen Einheiten zusammengefaßt ausgeübt werden können, während in ländlichen Gebieten z. B. für die Bundespost in fast jeder Gemeinde eine Arbeitsstätte erforderlich ist. Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt liegen dagegen die Anteilzahlen für die Wirtschaftszweige, die eng mit dem Hafen verbunden sind, in Hamburg zum Teil beträchtlich höher. So ist das relative Gewicht der See- und Küstenschifffahrt (einschließlich der Seehafenbetriebe) fast fünfmal, das der Spedition, Lagerei und

Verkehrsmittlung dreieinhalbmal und der Binnen- und Hafenschifffahrt fast zweieinhalbmal so groß wie im Durchschnitt des Bundesgebiets. Daß diese Bereiche in Hamburg besonders stark vertreten sein würden, war zu erwarten, interessant erscheint aber das quantitative Ausmaß.

Ähnlich fällt der Vergleich der Branchenstruktur des Verkehrsgewerbes zwischen Hamburg und dem Bundesgebiet bei Zugrundelegung der Beschäftigtenzahlen aus. Im Gegensatz zu dem Vergleich der Anteilzahlen der Betriebe fällt hier besonders auf, daß der Straßenverkehr nunmehr deutlich unter dem Bundesdurchschnitt liegt. Das ist darauf zurückzuführen, daß der Abstand der durchschnittlichen Betriebsgröße im Straßenverkehr zur Durchschnittsgröße aller Verkehrsbetriebe in Hamburg erheblich größer ist als im

Tabelle 3

Betriebe des gewerblichen Verkehrs sowie deren Beschäftigte in Hamburg und im Bundesgebiet (einschließlich Berlin [West])¹⁾ am 28. 9. 1962 nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweige		Betriebe ²⁾		Beschäftigte			
		%		%		je Betrieb	
		Hamburg	Bundesgebiet	Hamburg	Bundesgebiet	Hamburg	Bundesgebiet
Nr.	Bezeichnung	1	2	3	4	5	6
500	Eisenbahnen	1,8	4,6	15,2	33,7	214	102
501	Straßenverkehr	58,1	59,6	14,5	21,7	6	5
502	Binnenschifffahrt, -wasserstraßen und -häfen ..	7,3	3,4	3,8	2,2	13	9
503	See- und Küstenschifffahrt, Seehäfen	9,3	2,0	31,0	5,0	85	36
504	Luftfahrt, Flugplätze	0,2	0,2	0,7	0,7	83	59
507	Deutsche Bundespost	4,2	24,8	21,5	30,3	132	17
509	Spedition, Lagerei und Verkehrsvermittlung ..	19,1	5,4	13,3	6,4	18	16
5	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	100	100	100	100	26	14

¹⁾ Quelle: Reeb, A., Verkehrsunternehmen, Verkehrsbetriebe und Verkehrskapazitäten. — In: Wirtschaft und Statistik, 1964/11, S. 644. — ²⁾ Bei der Deutschen Bundesbahn (In der Wirtschaftsgruppe 500 enthalten) wurden die Dienststellen, bei der Bundespost (Wirtschaftsgruppe 507) die Ämter bzw. Amtsstellen gezählt.

Bundesgebiet, was unmittelbar aus den Spalten 5 und 6 der Tabelle 3 abzulesen ist.

Bemerkenswert erscheint vor allem auch der Vergleich der durchschnittlichen Betriebsgröße in den einzelnen Branchen. Die Zahl der Beschäftigten je Betrieb ist in Hamburg in allen Verkehrsbereichen größer als im Bundesdurchschnitt. Besonders groß ist der Unterschied bei der Bundespost und den Eisenbahnen aus den oben erwähnten Gründen. Aber auch bei der Seeschifffahrt liegt Hamburg mit 85 Beschäftigten je Betrieb mehr als doppelt so hoch wie das gesamte Bundesgebiet (36), ein Zeichen dafür, daß besonders viele große Reedereien und Seehafenbetriebe am Platze ansässig sind. Die Betriebe des Straßenverkehrs, der Spedition, Lagerei und Verkehrsvermittlung und der Binnenschifffahrt sind dagegen in Hamburg nur geringfügig größer als im gesamten Bundesgebiet. In diesen Bereichen sind einheitlich die kleineren Betriebe dominierend.

b) Betriebsgrößenstruktur

Bei den nun folgenden Betrachtungen über die Betriebsgrößenstruktur nach Beschäftigtengrößenklassen der einzelnen Verkehrszweige muß die kleine Gruppe der Luftfahrt- und Flugplatzbetriebe aus Geheimhaltungsgründen ausgeschieden werden, da bei feinerer Aufgliederung Einzelangaben sichtbar werden. Ferner sollen die Eisenbahnen und die Bundespost ausgeklammert werden, weil sich beide Bereiche nur schwer mit der übrigen Verkehrswirtschaft vergleichen lassen. So ist es z. B. den Eisenbahnen

eigentümlich, daß ein großer Teil ihrer Beschäftigten beim Bau oder bei der Instandsetzung und Wartung des Wegenetzes und der technischen Betriebsanlagen eingesetzt wird, alles Aufgaben, die bei den anderen Verkehrsträgern entweder nicht anfallen oder aber nicht von ihnen ausgeführt werden. Noch weniger vergleichbar sind die Angaben über die Bundespost, da nur ein geringer Teil der von ihr ausgeübten Funktionen auch bei anderen Verkehrsunternehmen vorkommt (so z. B. der Personenverkehr mit Omnibussen und mit Einschränkungen auch der Paketverkehr). Das gesamte Fernmeldewesen (einschl. Bau und Unterhaltung des Leitungsnetzes), der Postscheckdienst und im wesentlichen auch die Übermittlung von Briefen und anderen „körperlichen“ Nachrichten haben dagegen im Bereich der Verkehrswirtschaft keine Parallelen.

Da die Zahl der Verkehrsbetriebe in wesentlich feinerer Gliederung vorliegt als die den Betrieben zugeordneten Merkmale (wie z. B. Beschäftigte, Verkehrsmittel usw.), ist es in Tabelle 4 möglich, ein stärker differenziertes Bild der Verkehrswirtschaft nach Beschäftigtengrößenklassen wiederzugeben. In der Wirtschaftsabteilung „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ insgesamt überwiegt mit fast 50% aller Arbeitsstätten der Kleinstbetrieb mit ein und zwei Beschäftigten (einschließlich tätiger Inhaber und eventuell mithelfender Familienangehöriger). Mehr als drei Viertel aller Betriebe haben weniger als 10 Beschäftigte und nur 4% sind größere Betriebe mit mehr als 100 Erwerbstätigen.

Von den 2884 Arbeitsstätten des Straßenverkehrs betreiben allein 41% Taxi- und Mietwagen-

Tabelle 4

Betriebe des gewerblichen Verkehrs in Hamburg am 28. 9. 1962 nach Wirtschaftszweigen und Beschäftigtengrößenklassen

Wirtschaftszweige		Betriebe insgesamt	davon mit ... Beschäftigten									
			1 - 2		3 - 9		10 - 49		50 - 99		100 und mehr	
			Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Nr.	Bezeichnung 1)	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
5	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	4 964	2 440	49,1	1 349	27,2	823	16,6	153	3,1	199	4,0
501	darunter Straßenverkehr	2 884	1 871	64,9	700	24,3	276	9,6	18	0,6	19	0,6
50110	darunter Straßenbahn-, Untergrundbahn- und Obusverkehr	70	—	—	6	8,6	47	67,2	5	7,1	12	17,1
50:2/13	Personenbeförderung m. Omnibuss.	43	8	18,6	17	39,5	15	34,9
5014	Personenbef. mit Personenkraftwag.	1 181	999	84,6	152	12,9	26	2,2
50174	Straßengüterverkehr (ohne Möbeltransport)	1 208	773	64,0	337	27,9	94	7,8
50177	Straßengüterfernverkehr (ohne Möbeltransport)	311	70	22,5	159	51,1	75	24,1	7	2,3	—	—
50180	Möbeltransport mit Kraftfahrzeugen	67	17	25,4	29	43,3
502	Binnenschifffahrt, -wasserstraßen u. -häfen	364	166	45,6	126	34,6	52	14,3	12	3,3	8	2,2
50200/4	davon Binnenschifffahrt (ohne Fähren u. Hafenschifffahrt) ..	238	109	45,8	93	39,1	27	11,3	6	2,5	3	1,3
50207	Fluß- u. Kanalfähren, Hafenschifffahrt	126	57	45,2	33	26,2	25	19,8	6	4,8	5	4,0
503	See- u. Küstenschifffahrt, Seehäfen	463	103	22,2	124	26,8	118	25,5	41	8,9	77	16,6
50300	davon Seeschifffahrt	96	—	—	3	3,1	27	28,1	17	17,7	49	51,1
50304/7	Küstenschifffahrt, Bugsier- und Bergungsschifffahrt	134	6	4,5	83	62,0	37	27,6	3	2,2	5	3,7
5035	Seehäfen (ohne Hafenschifffahrt) ..	233	97	41,6	38	16,3	54	23,2	21	9,0	23	9,9
509	Spedition, Lagerei und Verkehrsvermittlung	946	218	23,0	333	35,2	325	34,4	48	5,1	22	2,3
50900	darunter Spedition	440	92	20,9	149	33,9	163	37,0	24	5,5	12	2,7
50904/7	Lagerei	243	56	23,0	93	38,3	83	34,2
5093	Schiffsmaklerbüros und -agenturen	158	34	21,5	53	33,5	53	33,5	11	7,0	7	4,5
5096	Reiseveranstaltg. u. Reisevermittlg.	82	18	22,0	34	41,5	25	30,5

1) Z. T. Kurzbezeichnungen.

verkehr, während sich 42 % überwiegend im Güternahverkehr und rund 10 % im Güterfernverkehr betätigen. Innerhalb der einzelnen Branchen des Straßenverkehrs sind das Taxengewerbe und der Güternahverkehr fast ausschließlich kleinbetrieblich strukturiert. Der Anteil der Betriebe mit nur einem bzw. zwei Beschäftigten beträgt hier 85 bzw. 64 %, weniger als 10 Beschäftigte hatten 98 bzw. 92 % aller Betriebe. Über etwas größere Betriebseinheiten verfügen der Güterfernverkehr, bei dem immerhin mehr als ein Viertel aller Arbeitsstätten 10 und mehr Erwerbstätige beschäftigen, der Möbeltransport und die Betriebe, die Personenbeförderung mit Omnibussen betreiben. Mittlere und große Arbeitsstätten überwiegen lediglich beim Betrieb von Straßen- und Untergrundbahnen.

Im Bereich der Binnenschifffahrt sind rund ein Drittel der in Hamburg ansässigen Betriebe auf die Güter- und Personenbeförderung innerhalb des Hamburger Hafens spezialisiert (Hafenschifffahrt). Sieht man vom Fährbetrieb der Hafen-Dampfschiffahrts AG (HADAG) einmal ab, so handelt es sich bei dieser für Hamburg typischen Gruppe um 49 Barkassenbetriebe, 48 Ewerführereien und Schuten- und Leichterbetriebe sowie um 27 Schlepp- und Bugsierbetriebe. Sowohl bei der Hafenschifffahrt als auch bei der übrigen Binnenschifffahrt, die Transportfunktionen über den Hafen hinaus wahrnimmt, überwiegen wie im Straßenverkehr die Kleinbetriebe. In der untersten Beschäftigtengrößenklasse, die in beiden Sparten mit rd. 45 % gleich stark besetzt ist, befinden sich überwiegend die Betriebe, deren meist einziges Schiff vom Inhaber und evtl. von Familienangehörigen eingesetzt wird³²⁾. Auch in der nächsten Größenklasse dürfte in der eigentlichen Binnenschifffahrt dieser Ein-Schiff-Betrieb vorherrschend sein, nur daß entweder der größere Schiffstyp oder der zusätzliche Einsatz von Kähnen ohne eigene Antriebskraft mehr als zwei Mann Besatzung erfordert. Insgesamt gesehen liegt in der Hafenschifffahrt — bedingt durch eine ganze Anzahl mittlerer und größerer Ewerführereien und Schlepp- und Bugsierbetriebe — die durchschnittliche Betriebsgröße höher als in der übrigen Binnenschifffahrt.

Sehr heterogen zusammengesetzt ist die Wirtschaftsgruppe „See- und Küstenschifffahrt, Seehäfen“. Bei ziemlich genau der Hälfte aller Betriebe dieses Wirtschaftszweiges handelt es sich um Seehafenbetriebe (Umschlagsbetriebe, Staueereien, Festmachereien, Kontroll- und Wägebetriebe u. a.), etwa 30 % betreiben Küstenschifffahrt und Bugsier- und Bergungsschifffahrt und rd. 20 % Seeschifffahrt. Diese drei Zweige differieren in ihrer Betriebs-

größenstruktur beträchtlich. Von den beiden Schiffahrt betreibenden Sparten dieser Wirtschaftsgruppe zeigt die Küstenschifffahrt Parallelen zur Binnenschifffahrt. Auch hier dominiert der Betrieb, der seine Transportaufgaben mit nur einem Schiff wahrnimmt. Im Unterschied zur Binnenschifffahrt erfordert der Betrieb von Küstenmotorschiffen jedoch eine größere Zahl von Schiffpersonal, so daß es zu einer starken Ballung von Betrieben in der Größenklasse von 3 bis 9 Beschäftigten kommt (62 %). In der Seeschifffahrt, deren Wirkungsbereich die Transportbedienung zwischen allen Kontinenten umfaßt, gibt es dagegen so gut wie keine Kleinbetriebe, dagegen haben mehr als die Hälfte aller Betriebe 100 und mehr, 19 davon sogar mehr als 500 Beschäftigte. Bei den typischen Seehafenbetrieben überwiegen im Prinzip die mittleren Betriebsgrößen, wobei aber auch die Arbeitsstätten der beiden oberen Größenklassen mit 9 bzw. 10 % noch durchaus ins Gewicht fallend vertreten sind³³⁾. Diese Struktur wird allerdings überlagert durch die wirtschaftssystematische Zuordnung der „Lotsbetriebe“ zu den Seehafenbetrieben. Dabei handelt es sich ausschließlich um die selbständigen Elblotsen, die ihren Beruf ohne Hilfskräfte ausüben und daher als „Betriebe“ mit einem Beschäftigten massiert in der unteren Größenklasse der Hafenbetriebe³⁴⁾ auftreten.

Die letzte der in Tabelle 4 dargestellten Wirtschaftsgruppen „Spedition, Lagerei und Verkehrsvermittlung“ setzt sich aus mehreren, zum Teil recht unterschiedlichen Sparten zusammen. Ihnen gemeinsam ist, daß im Gegensatz zu den bisher behandelten Verkehrszweigen ihre Hauptaufgabe nicht in der Beförderung von Gütern oder Personen besteht, sondern daß sie im weitesten Sinne Verkehrsvermittlung betreiben oder aber Güter für eine gewisse Zeit — bis über ihre endgültige Bestimmung entschieden ist — einlagern und während der Lagerzeit fachgerecht behandeln. Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei an dieser Stelle noch einmal eindringlich darauf hingewiesen, daß jeder Betrieb nach seinem eigenen wirtschaftlichen Schwerpunkt zugeordnet wurde, nicht aber nach dem Unternehmensschwerpunkt. So sind z. B. die meisten Zweigniederlassungen von Luftfahrtunternehmen als Reisebüros oder die Frachtbüros von Reedereien als Schiffsmakler eingestuft.

Am stärksten sind in dieser Gruppe mit 440 Betrieben (46,5 %) die Spediteure vertreten. Gerade beim Speditionsgewerbe, dem die gewerbsmäßige Güterversendung im eigenen Namen für fremde Rechnung obliegt, traten bei der Bestimmung des wirtschaftlichen Schwerpunktes oft Schwierigkeiten auf. Da viele Betriebe dieser Branche sich auch die Funktionen des Frachtführers eingegliedert haben, d. h., daß sie besonders im Straßenverkehr auch den Transport der Güter mit eigenen Fahrzeugen übernehmen, war jeweils sorgfältig zu prüfen, ob nicht der Schwerpunkt der Wirtschaftstätigkeit überhaupt im Straßengüterverkehr liegt und die Speditionstätigkeit nur noch den Charakter einer Nebenfunktion besitzt. Verhältnismäßig stark ausgeprägt ist in einer Hafenstadt wie Hamburg auch die gewerbsmäßige Lagerei (25,7 %), die meist im oder in unmittelbarer Nähe des Hafens ansässig ist und durch das Bereithalten von Lagerkapazitäten dort eine wichtige Aufgabe für den

32) Innerhalb der Hafenschifffahrt handelt es sich hierbei zumeist um Barkassenbetriebe.

33) In der oberen Größenklasse der Seehafenbetriebe sind zwei „Betriebe“ enthalten, die durch erhebungstechnische Besonderheiten fingiert werden mußten. Einmal mußte eine „Hafenverwaltung“ für den Seehafen Hamburg konstruiert werden. Da in Hamburg die Funktionen einer Hafenverwaltung auf verschiedene Behörden verteilt sind, die daneben auch auf ganz anderen Gebieten tätig sind, mußten die wichtigsten Ämter und Amtsteile (z. B. Amt für Hafen und Schifffahrt, Amt für Strom- und Hafenaufbau u. a.), denen die vielfältigen Verwaltungsaufgaben des komplexen Gebildes „Hafen“ obliegen, zu einer fiktiven „Hafenverwaltung“ zusammengefaßt werden. Eine zweite Besonderheit ergab sich daraus, daß die vielen Kaischuppen der Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG nur zusammengefaßt erhoben werden konnten, da sowohl der Einsatz von Personal als auch von beweglichem Umschlagsgerät (z. B. Gabelstaplern) je nach Arbeitsanfall oft innerhalb desselben Tages an den einzelnen Kaischuppen wechselnd ist.

34) In den 97 Hafenbetrieben dieser Größenklasse sind allein 63 Elblotsen enthalten.

Hamburger Hafen ausübt. Die Skala des Lagereigewerbes ist vielfältig und reicht von der im allgemeinen nicht spezialisierten Lagerei von Stückgütern, wie sie beispielsweise oft von den Quartiersleuten im Freihafen wahrgenommen wird, bis zu den auf bestimmte Massengüter spezialisierten Lagern, die hierfür besondere Vorrichtungen oder Lagerräume unterhalten müssen (z. B. Tanks, Silos). Auch die **Schiffsmakler**, die als Erfüllungsgehilfen der Reedereien³⁵⁾ damit beauftragt sind, Frachtabschlüsse zu vermitteln oder andere mit der Reederei zusammenhängende Arbeiten zu besorgen, stellen mit 158 Betrieben³⁶⁾ einen starken und für Hamburg typischen Verkehrszweig dar. Die letzte größere Branche bilden die **Reisebüros**, die allerdings von der Zahl der Betriebe her gesehen mit rund 9% einen deutlich geringeren Anteil des Verkehrsvermittlungsgewerbes darstellen. Im Gegensatz zu den bisher behandelten Zweigen dieser Wirtschaftsgruppe befassten sich Reisebüros entweder mit der Vermittlung von Beförderungsverträgen zwischen Fahrgästen und Verkehrsunternehmen oder aber mit der Veranstaltung von Reisen (einschl. Unterkunft und/oder Verpflegung) in eigener Regie.

Obwohl die einzelnen Branchen der Wirtschaftsgruppe „Spedition, Lagerei und Verkehrsvermittlung“ recht unterschiedliche Aufgaben erfüllen, sind sie sich in ihrer Betriebsgrößenstruktur sehr ähnlich. Ziemlich einheitlich beschäftigen etwa drei Fünftel aller Betriebe weniger als 10 Erwerbstätige. Die Größenklasse von 10 bis 49 Beschäftigten umfaßt mehr als ein Drittel der Arbeitsstätten und ist doppelt so stark vertreten wie im Durchschnitt der gesamten Verkehrswirtschaft.

³⁵⁾ In der Trampschiffahrt auch für den Käufer bzw. Verkäufer einer Ware.

³⁶⁾ Ohne die ausschließlich mit dem An- und Verkauf von Schiffen beschäftigten Schiffsmaklerbetriebe, die dem Dienstleistungsgewerbe zuzurechnen sind.

³⁷⁾ Ergänzend sei noch angemerkt, daß bei den Eisenbahnen 88% und bei der Bundespost sogar 94% aller Beschäftigten in Dienststellen mit 100 Beschäftigten und mehr tätig sind.

Ein gänzlich anderes Bild von der Bedeutung der einzelnen Betriebsgrößenklassen im Bereich der Verkehrswirtschaft zeigt Tabelle 5. Hier wird die Verteilung der im gewerblichen Verkehr Beschäftigten auf die Größenklassen der Betriebe wiedergespiegelt. Während 76,3% aller Betriebe weniger als 10 Erwerbstätige beschäftigten, machte die Summe der Beschäftigten in diesen Betriebstypen knapp 8% aller Beschäftigten der Verkehrswirtschaft aus. Dagegen waren über 70% in Betrieben mit 100 und mehr Beschäftigten tätig, also in Großbetrieben, die nur 4% aller Verkehrsbetriebe ausmachten.

Bei der Betrachtung der einzelnen Verkehrszweige läßt sich eine stärkere Differenzierung feststellen. Im Straßenverkehr entfielen etwa je ein Drittel aller Erwerbstätigen dieser Branche auf die Kleinbetriebe mit weniger als 10, auf die Mittelbetriebe und auf die Großbetriebe mit mehr als 100 Beschäftigten. In der Binnen- und Hafenschiffahrt machen dagegen die Beschäftigten der großen Betriebe schon fast die Hälfte aus (45,3%). Besonders stark ist die Konzentration der Beschäftigten auf den größten Betriebsgrößenklassentyp in der Wirtschaftsgruppe „See- und Küstenschiffahrt, Seehäfen“ mit 83,5%, wobei in der eigentlichen Seeschiffahrt sogar über 90% aller Beschäftigten bei den größeren Reedereien tätig sind. Etwas anders sieht die Verteilung der Beschäftigten dagegen im Verkehrsvermittlungsgewerbe aus. Auch hier machen zwar die Beschäftigten in Kleinbetrieben nur knapp 13% aus, dominierend sind aber mit mehr als 61% der Beschäftigten die Mittelbetriebe von 10 bis 99 Beschäftigten, während in Großbetrieben nur knapp 26% tätig sind³⁷⁾.

Nicht ganz so extrem wie bei den Beschäftigten ist die Häufung des Fahr- und Begleitpersonals in den großen Betrieben (Tabelle 6). Zwar sind mehr als zwei Drittel des gesamten Fahrzeugpersonals in den Großbetrieben tätig, jedoch haben die kleinen Betriebe (bis zu 9 Beschäftigten) immerhin einen Anteil von 15% am gesamten Fahr- und Begleitpersonal

Tabelle 5

Beschäftigte von Betrieben des gewerblichen Verkehrs in Hamburg am 28. 9. 1962 nach Wirtschaftszweigen und Beschäftigtengrößenklassen

Wirtschaftszweige		Beschäftigte insgesamt	davon in Betrieben mit ... Beschäftigten									
			1 - 2		3 - 9		10 - 49		50 - 99		100 und mehr	
			Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Nr.	Bezeichnung 1)	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
5	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	126 710	3 201	2,5	6 797	5,4	17 160	13,5	10 589	8,4	88 963	70,2
501	darunter Straßenverkehr	18 321	2 349	12,8	3 360	18,4	5 034	27,5	1 141	6,2	6 437	35,1
502	Binnenschiffahrt, -wasserstraßen u. -häfen	4 859	286	5,9	546	11,2	1 060	21,8	767	15,8	2 200	45,3
	davon											
50200/4	Binnenschiffahrt (ohne Fähren u. Hafenschiffahrt) ..	2 177	213	9,8	376	17,2	511	23,5	394	18,1	683	31,4
50207	Fluß- u. Kanalfähren, Hafenschiffahrt	2 682	73	2,7	170	6,3	549	20,5	373	13,9	1 517	56,6
503	See- u. Küstenschiffahrt, Seehäfen	39 265	123	0,3	779	2,0	2 595	6,6	2 963	7,6	32 805	83,5
	davon											
50300	Seeschiffahrt	21 425	—	—	20	0,1	800	3,7	1 273	6,0	19 332	90,2
50304/7	Küstenschiffahrt, Bugsier- und Bergungsschiffahrt	3 139	11	0,3	545	17,4	604	19,2	244	7,8	1 735	55,3
5035	Seehäfen (ohne Hafenschiffahrt) ..	14 701	112	0,8	214	1,5	1 191	8,1	1 446	9,8	11 738	79,8
509	Spedition, Lagerei und Verkehrsvermittlung	16 885	333	2,0	1 793	10,6	7 134	42,2	3 255	19,3	4 370	25,9

1) Z. T. Kurzbezeichnungen.

Tabelle 6

Fahr- und Begleitpersonal von Betrieben des gewerblichen Verkehrs in Hamburg am 28. 9. 1962 nach Wirtschaftszweigen und Beschäftigtengrößenklassen

Wirtschaftszweige		Fahr- und Begleitpersonal insgesamt	davon in Betrieben mit ... Beschäftigten									
			1 - 2		3 - 9		10 - 49		50 - 99		100 und mehr	
			Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Nr.	Bezeichnung 1)	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
5	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	42 579	2 544	6,0	3 736	8,8	6 064	14,2	2 902	6,8	27 333	64,2
501	darunter Straßenverkehr	10 189	2 169	21,3	2 449	24,0	2 877	28,3	533	5,2	2 161	21,2
502	Binnenschifffahrt, -wasserstraßen u. -häfen	3 525	269	7,6	438	12,4	809	23,0	530	15,0	1 479	42,0
	davon											
50200/4	Binnenschifffahrt (ohne Fähren u. Hafenschifffahrt) ..	1 589	210	13,2	318	20,0	377	23,7	263	16,6	421	26,5
50207	Fluß- u. Kanalfähren, Hafenschifffahrt ..	1 936	59	3,0	120	6,2	432	22,3	267	13,8	1 058	54,7
503	See- u. Küstenschifffahrt, Seehäfen ..	21 121	50	0,2	553	2,6	1 388	6,6	1 481	7,0	17 649	83,6
	davon											
50300	Seeschifffahrt	17 732	—	—	13	0,1	705	4,0	1 144	6,4	15 870	89,5
50304/7	Küstenschifffahrt, Bugsier- und Bergungsschifffahrt	2 601	7	0,3	501	19,3	529	20,3	208	8,0	1 356	52,1
5035	Seehäfen (ohne Hafenschifffahrt) ..	788	43	5,5	39	4,9	154	19,5	129	16,4	423	53,7
509	Spedition, Lagerei und Verkehrsvermittlung	2 262	56	2,5	296	13,1	954	42,1	237	10,5	719	31,8

1) Z. T. Kurzbezeichnungen.

der Verkehrswirtschaft. Zurückzuführen ist das in erster Linie auf die hohen Quoten im Straßenverkehr, wo bei vielen Betrieben der unteren Größenklasse Fahr- und Begleitpersonal und Gesamtbeschäftigte identisch sind. In den Kleinbetrieben des Straßenverkehrs und auch der Binnen- und Hafenschifffahrt werden fast ausschließlich Transportfunktionen ausgeübt, während bei größeren Betrieben

Nebenfunktionen des Transports und die Verwaltung stärkere Bedeutung gewinnen. Einen Einblick in diese Zusammenhänge gibt Tabelle 7, in der der Anteil des Fahr- und Begleitpersonals an den Gesamtbeschäftigten nach Wirtschaftszweigen und Betriebsgrößenklassen dargestellt wird.

In der Wirtschaftsabteilung „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ insgesamt sind ziemlich genau ein Drittel aller Beschäftigten in Transportaufgaben tätig³⁸⁾. Es ist weiterhin abzulesen, daß mit steigender Betriebsgröße der Anteil des Fahrzeugpersonals laufend abnimmt³⁹⁾. Diese Tendenz kommt ziemlich einheitlich in den Wirtschaftszweigen, deren Hauptaufgabe in der Beförderung von Gütern und Personen besteht, zum Durchbruch. Dagegen hebt sich

38) Läßt man die Wirtschaftsgruppen „Eisenbahnen“ und „Deutsche Bundespost“ ganz außer Ansatz, sind mit 47 % fast die Hälfte aller Erwerbstätigen der Verkehrswirtschaft als Fahr- und Begleitpersonal beschäftigt.

39) Der geringfügige Anstieg der Quote des Fahrzeugpersonals bei den Betrieben mit 100 und mehr Beschäftigten ist ausschließlich auf die Bereiche „Eisenbahnen“ und „Bundespost“ zurückzuführen, in denen fast das gesamte Fahr- und Begleitpersonal von großen Ämtern aus eingesetzt wird.

Tabelle 7

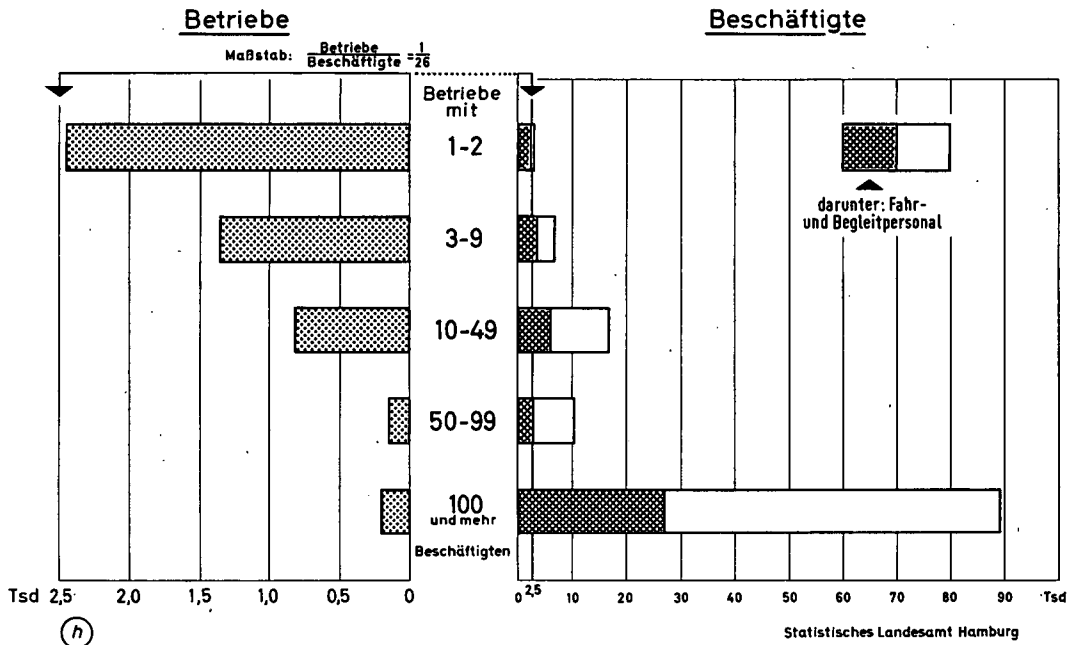
Anteil des Fahr- und Begleitpersonals an den Beschäftigten im gewerblichen Verkehr in Hamburg am 28. 9. 1962 nach Wirtschaftszweigen und Beschäftigtengrößenklassen in %

Wirtschaftszweige		In Betrieben insgesamt	davon in Betrieben mit ... Beschäftigten				
			1 - 2	3 - 9	10 - 49	50 - 99	100 und mehr
Nr.	Bezeichnung 1)	1	2	3	4	5	6
5	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	33,6	79,5	55,0	35,3	27,4	30,7
501	darunter Straßenverkehr	55,6	92,3	72,9	57,2	46,7	33,6
502	Binnenschifffahrt, -wasserstraßen, -häfen	72,6	94,1	80,2	76,3	69,1	67,2
	davon						
50200/4	Binnenschifffahrt (ohne Fähren und Hafenschifffahrt)	73,0	98,6	84,6	73,8	66,8	61,6
50207	Fluß- und Kanalfähren, Hafenschifffahrt	72,2	80,8	70,6	78,7	71,6	69,7
503	See- und Küstenschifffahrt, Seehäfen ..	53,8	40,7	71,0	53,5	50,0	53,8
	davon						
50300	Seeschifffahrt	82,8	—	65,0	88,1	89,9	82,1
50304/7	Küstenschifffahrt, Bugsier- und Bergungsschifffahrt	82,9	63,6	91,9	86,9	85,2	78,2
5035	Seehäfen (ohne Hafenschifffahrt) ..	5,4	38,4	18,2	12,9	8,9	3,6
509	Spedition, Lagerei und Verkehrsvermittlung	13,4	16,8	16,5	13,4	7,3	16,5

1) Z. T. Kurzbezeichnungen.

Schaubild 2

Betriebe des gewerblichen Verkehrs, deren Beschäftigte sowie Fahr- und Begleitpersonal nach Betriebsgrößenklassen in Hamburg am 28. 9. 1962



die Wirtschaftsgruppe „Spedition, Lagerei und Verkehrsvermittlung“, in der Transportleistungen nur einen geringen Teil der gesamten Verkehrsfunktionen ausmachen, in zweifacher Hinsicht deutlich ab. Einmal ist der Anteil des Fahr- und Begleitpersonals mit 13 % aller Beschäftigten weitaus niedriger als der der anderen Verkehrszweige (mit Ausnahme der hier ausgeklammerten Bundespost), zum andern verändert er sich in den einzelnen Betriebsgrößenklassen nur wenig und vor allem nicht einheitlich.

Relativ am häufigsten ist das Fahrzeugpersonal bei der See- und Küsten-, Bugsier- und Bergungsschiffahrt mit 83 %. Kennzeichnend für diese Wirtschaftszweige ist, daß auch bei den großen Betrieben dieser Anteil nur relativ geringfügig absinkt⁴⁰⁾. Daß die Seehafenbetriebe nur über verhältnismäßig wenig Fahr- und Begleitpersonal verfügen, ist aus den andersartigen Aufgaben dieser Betriebe erklärlich. Ihre Transportleistungen sind überwiegend als Hilfstätigkeiten des eigentlichen Betriebszweckes anzusehen, haben also oft den Charakter von Werkverkehr.

Recht hoch ist die Quote der unmittelbar für Beförderungsleistungen eingesetzten Beschäftigten auch in der Binnen- und Hafenschiffahrt. Im Gegensatz zur Seeschiffahrt ist hier aber das Gefälle der Anteilsziffern mit wachsender Betriebsgröße unverkennbar. Während z. B. in der Binnenschiffahrt (ohne Hafenschiffahrt) das Schiffpersonal bei den Betrieben mit ein und zwei Beschäftigten 99 % ausmacht, sinkt dieser Anteil bei den großen Binnenschiffsreedereien auf 62 % ab. Noch deutlicher sichtbar wird das bei der weitaus heterogeneren Gruppe des Straßenverkehrs, bei dem die Variationsbreite der Quoten von 92 % bei den Kleinstbetrieben bis 34 % bei den Be-

trieben mit 100 und mehr Beschäftigten reicht. Verständlich wird das, wenn man hier den Einfluß der großen Betriebe mit schienengebundenen Straßenverkehrsmitteln (U-Bahn, Straßenbahn) berücksichtigt, bei denen – ähnlich wie bei der Bundesbahn – ein großer Teil der Beschäftigten mit Tätigkeiten außerhalb des Transports betraut ist (z. B. Instandhaltung und Reparatur der Fahrzeuge sowie teilweise des Schienen- und Oberleitungsnetzes, Fahrkartenverkauf, Verwaltung usw.).

Abschließend zu diesem Abschnitt zeigt Schaubild 2, das ähnlich wie die erste Graphik aufgebaut ist, noch einmal die so unterschiedliche Verteilung der Betriebe, der Beschäftigten und des Fahr- und Begleitpersonals der gesamten Verkehrswirtschaft auf die verschiedenen Betriebsgrößenklassen. Nimmt man die zahlenmäßige Stärke des Fahrzeugpersonals im Vergleich zu den Beschäftigten insgesamt als Ausdruck für die Bedeutung der Transportfunktion im Rahmen der insgesamt ausgeübten Tätigkeiten, so sieht man, daß die gedankliche Gleichsetzung von Verkehr und Transport allzu stark vereinfachend ist. Insbesondere in den mittleren und größeren Betrieben gewinnen neben den verwaltenden Tätigkeiten vor allem die Hilfs- und Nebenfunktionen der Personen- und Güterbeförderung ein immer stärkeres Gewicht.

2. Betriebe mit Werkverkehr

Nachdem im vorigen Abschnitt ausführlich die Branchen- und Betriebsgrößenstruktur der Betriebe des gewerblichen Verkehrs dargelegt wurde, soll nunmehr ein Überblick über die Bedeutung des Werkverkehrs in der übrigen Wirtschaft gegeben werden. In

40) Der niedrigere Anteil des Fahrzeugpersonals in der unteren Betriebsgrößenklasse ist durch geringe Zahlen zufällig bedingt.

diese Darstellung werden alle Arbeitsstätten einbezogen, deren wirtschaftlicher Schwerpunkt außerhalb der Wirtschaftsabteilung „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ liegt; also neben den Betrieben mit nur Werkverkehr auch der kleine Kreis der Firmen, die nebenbei gewerbliche Verkehrsfunktionen ausüben.

Da es nicht sehr sinnvoll erscheint, die Verteilung der Betriebe, Beschäftigten und des Fahr- und Begleitpersonals auf die einzelnen Wirtschaftszweige und Betriebsgrößen in absoluten Zahlen in den Mittelpunkt der Betrachtung zu stellen — von der Gesamtzahl der Betriebe betreibt ja ein je nach Branche und Betriebsgröße ständig wechselnder Anteil Werkverkehr —, soll die Bedeutung des Werkverkehrs vor allem durch zwei Faktoren näher gekennzeichnet werden. Der Anteil der Werkverkehr betreibenden

Arbeitsstätten an der jeweiligen Gesamtzahl der Betriebe⁴¹⁾ zeigt, wie häufig sich Betriebe überhaupt Werkverkehrsfunktionen eingegliedert haben. Der Anteil des Fahr- und Begleitpersonals an der Gesamtzahl der Beschäftigten dieser Betriebe gibt dagegen wie im gewerblichen Verkehr so auch hier einen guten Anhaltspunkt, welches Gewicht dem Werkverkehr im Rahmen der betrieblichen Aufgaben beizumessen ist.

Nach Tabelle 8 betreiben insgesamt nicht ganz 9% aller Hamburger Betriebe außerhalb der Verkehrswirtschaft Werkverkehr. Da dieser Anteil auf den ersten Blick recht gering erscheint, sei hier noch einmal ausdrücklich auf die Ausführungen im methodischen Teil und zum Vollständigkeitsgrad der Erhebung verwiesen. Wenn danach auch sicherlich mit einer gewissen Mindererfassung der Werkverkehrsbetriebe zu rechnen ist, so wird sie ebenso sicher den strukturellen Vergleich nicht wesentlich beeinträchtigen. Tabelle 8 stellt die Verhältnisse in einer

41) Lt. Arbeitsstättenzählung 1961. Bei der Wirtschaftsabteilung „Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei“ wurden zusätzlich 3 584 Betriebe mit einer Bodennutzung über 0,5 ha aus der landwirtschaftlichen Betriebszählung 1960 einbezogen.

Tabelle 8

Betriebe mit Werkverkehr in Hamburg am 28. 9. 1962 nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweige		Anteil der Betriebe mit Werkverkehr an der Zahl der Betriebe insges. 1)	Anteil des Fahr- und Begleitpersonals an der Zahl der Beschäftigten insgesamt	Wirtschaftszweige		Anteil der Betriebe mit Werkverkehr an der Zahl der Betriebe insges. 1)	Anteil des Fahr- und Begleitpersonals an der Zahl der Beschäftigten insgesamt
Nr.	Bezeichnung 2)	%	%	Nr.	Bezeichnung 2)	%	%
0	Land- u. Forstwirtschaft, Tierhaltung u. Fischerei	6,7	21,0	310	Bauinstallation	10,6	19,2
1	Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau	38,2	10,4	312	Glaser- u. Malergew., Tapetenkleb.	7,3	11,3
2	Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	16,6	6,5	315	Fußboden-, Fliesen- u. Plattenlegerei, Ofen- u. Herdsetzerei	25,0	17,9
20	Chemische Industrie u. Mineralölverarbeitung	32,7	7,8	4	Handel	9,7	20,5
200	Chemische Industrie	31,1	9,0	40/41	Großhandel	23,4	22,8
205	Mineralölverarbeitung	50,0	6,3	401	Gh. m. Getreide, Futter- u. Düngemitteln, Tieren	19,9	28,3
21	Kunststoff-, Gummi- u. Asbestverarbeitung	19,9	2,1	405	Gh. m. Kohle u. Mineralölzeugn.	40,9	32,2
210	Kunststoffverarbeitung	13,4	7,1	407	Gh. m. Holz, Baustoffen u. ä.	37,5	28,5
215	Gummi- u. Asbestverarbeitung	29,2	1,7	408	Gh. m. Schrott u. sonst. Abfallstoff.	45,4	40,4
22	Gewinnung u. Verarbeitung von Steinen u. Erden; Feinkeramik- u. Glasgewerbe	27,7	12,0	411	Gh. m. Nahrungs- u. Genußmitteln	31,4	31,6
220	Gewinnung u. Verarbeitung von Steinen u. Erden	30,9	16,6	413	Gh. m. Eisen-, Metall-, Kunststoff-, Glas-, Feinkeramik- u. Holzwaren	19,2	15,8
23	Eisen- u. NE-Metallerzeugung, Gießerei u. Stahlverformung	25,7	9,8	414	Gh. m. elektrotechn., feinmechanischen u. optischen Waren, Schmuck, Leder- und Spielwaren, Musikinstrumenten	14,6	16,8
239	Schlosserei, Schweißerei	27,9	29,1	416	Gh. m. Fahrzeugen u. Maschinen	13,6	17,2
24	Stahl-, Maschinen- u. Fahrzeugbau	19,6	3,4	417	Gh. m. technischem oder Spezialbedarf versch. Wirtschaftszweige	20,1	21,8
240	Stahl- u. Leichtmetallbau	53,0	8,7	419	Gh. m. Papier, Papierwaren und Druckerzeugnissen	17,7	16,1
242	Maschinenbau	17,9	3,1	42	Handelsvermittlung	1,0	24,7
244	Straßenfahrzeugbau	11,0	9,1	43	Einzelhandel	7,3	16,7
246	Schiffbau	23,6	0,8	431	Eh. m. Nahrungs- u. Genußmitteln	6,2	34,9
25	Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik, Herst. v. EBM-Waren, Musikinstrumenten, Sport-, Spiel- u. Schmuckwaren	11,1	4,4	432	Eh. m. Bekleidung, Wäsche, Sportartikeln, Schuhen	2,4	4,3
250	Elektrotechnik	17,2	3,9	433	Eh. m. Eisen-, Metallwaren, Hausrat u. Wohnbedarf aus Kunststoff, Glas, Feinkeramik u. Holz	15,7	29,2
256	Herstellung von EBM-Waren	19,1	6,5	434	Eh. m. elektrotechn., feinmechanischen u. optischen Waren, Schmuck, Leder- u. Spielwaren, Musikinstrumenten	6,5	22,3
26	Holz-, Papier- u. Druckgewerbe	18,3	11,4	437	Eh. m. Kohle u. Mineralölzeugnissen	61,7	62,0
261	Holzverarbeitung	22,3	17,2	438	Eh. m. Fahrzeugen, Maschinen u. Büroeinrichtungen	7,9	10,5
265	Papier- u. Papperverarbeitung	18,5	6,2	439	Eh. m. sonst. Waren	5,5	25,6
268	Druckerei u. Vervielfältigung	7,3	10,0	6	Kreditinstitute u. Versicherungsgewerbe	0,9	3,1
27	Leder-, Textil- u. Bekleidungsgew.	2,7	5,4	7	Dienstleistungen v. Unternehmen u. Freien Berufen	1,3	12,0
272	Herstellg. u. Reparatur v. Schuhen	0,2	16,7	80	Organisationen ohne Erwerbscharakter	1,4	3,9
275	Textilgewerbe	16,3	4,3	9	Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	5,1	11,6
276	Bekleidungsgewerbe	1,5	4,2				
28/29	Nahrungs- u. Genußmittelgewerbe	30,6	12,4				
284	Herstellung von Backwaren	19,0	15,2				
291	Schlachterei u. Fleischverarbeitung	25,8	20,5				
293	Brauerei u. Mälzerei	92,6	27,1				
3	Baugewerbe	24,1	9,6				
30	Bauhauptgewerbe	50,9	8,3				
300	Hoch- u. Tiefbau	53,9	7,7				
308	Zimmerei u. Dachdeckerei	47,0	29,0				
31	Ausbau- u. Bauhilfsgewerbe	10,8	15,3				
				Insgesamt		8,7	10,1

1) Die Gesamtzahlen der Betriebe in den einzelnen Wirtschaftszweigen wurden der Arbeitsstättenzählung 1961 entnommen. Für die Wirtschaftsabteilung „Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei“ wurde die Zahl der Betriebe mit einer Bodennutzung über 0,5 ha aus der landwirtschaftlichen Betriebszählung 1960 hinzugerechnet. — 2) Z. T. Kurzbezeichnungen.

Vielzahl von ausgewählten Wirtschaftszweigen in unterschiedlich tiefer systematischer Gliederung dar, so daß sich die Interpretation auf die Herausstellung der wichtigsten Unterschiede beschränken kann.

Auf der Basis der Wirtschaftsabteilungen war der Anteil der Betriebe mit Werkverkehr mit 24 % am höchsten im Baugewerbe⁴²⁾. Es folgt das Verarbeitende Gewerbe (ohne Baugewerbe) mit 17 %, während der Handel nur knapp 10 % erreicht. Bei tieferer Untergliederung zeigen sich einige Wirtschaftsgruppen, für die es typisch ist, Verkehr für eigene Rechnung zu betreiben, weil bei ihnen die Transportaufgaben wesentlich zu den betrieblichen Funktionen rechnen. An der Spitze liegen die Brauereien (93 %), der Kohle- und Mineralöl-Einzelhandel (62 %), der Stahl- und Leichtmetallbau (53 %), das gesamte Bauhauptgewerbe (51 %) sowie der Großhandel mit Schrott (45 %) und Kohle und Mineralölerzeugnissen (41 %). Die starke Differenzierung der Quoten zwischen den Branchen hängt natürlich in erster Linie von der Art der zu erfüllenden wirtschaftlichen Aufgaben ab, die — wie bei den oben genannten Zweigen — die Haltung von Güterfahrzeugen erfordern. So ist die Werkverkehrsquote bei den Kreditinstituten und dem Versicherungsgewerbe, im Dienstleistungsgewerbe und bei Organisationen ohne Erwerbscharakter mit je 1 % verschwindend gering, da hier normalerweise keine Transportaufgaben anfallen. Ebenfalls sehr gering wird das relative Gewicht der Werkverkehrsbetriebe in den handwerklich strukturierten Zweigen des Verarbeitenden Gewerbes (z. B. im Leder-, Textil- und Bekleidungs-gewerbe mit 3 %) und des Baugewerbes (z. B. Ausbau- und Bauhilfsgewerbe mit 11 %) sowie im gesamten Einzel-

handel (7 %) nachgewiesen. Bei diesen Wirtschaftszweigen ist zwar die Beförderung von Gütern oder Geräten recht häufig, die Mengen für den einzelnen Transport sind aber zumeist so gering, daß es für den Betrieb rationeller ist, den Werkverkehr ausschließlich mit Hilfe von Personen- und Kombinationskraftwagen zu bewältigen⁴³⁾.

Der Anteil des Fahr- und Begleitpersonals an den Beschäftigten der Werkverkehrsbetriebe insgesamt betrug in Hamburg 10 %. Da zum Fahrzeugpersonal auch alle Beschäftigten zu rechnen waren, die nur gelegentlich als Fahrer oder Fahrzeugbegleiter eingesetzt werden⁴⁴⁾, in der Hauptsache aber andere betriebliche Aufgaben erfüllen, ist durch diese Regelung automatisch der Anteil des Fahrzeugpersonals in Kleinbetrieben erheblich größer als in Mittel- oder Großbetrieben, die im allgemeinen über einen besonderen Fuhrpark verfügen. So fallen denn auch die vornehmlich kleinbetrieblich strukturierten Wirtschaftszweige durch beträchtlich höhere Quoten des Fahrzeugpersonals auf. Bei den Wirtschaftsabteilungen liegen die Land- und Forstwirtschaft und der Handel mit je 21 % an der Spitze. Innerhalb des Handels finden sich auch die höchsten Anteile des Fahr- und Begleitpersonals, bei feinerer wirtschaftlicher Untergliederung, z. B. beim Einzelhandel mit Kohle und Mineralölerzeugnissen mit 62 %, beim Schrottgroßhandel mit 40 % und beim Einzel- und Großhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln mit 35 bzw. 32 %. Das Baugewerbe (10 %) und das Verarbeitende Gewerbe (7 %) weisen sehr viel geringere Quoten nach als der zu über 90 % aus Kleinbetrieben unter 10 Beschäftigten bestehende Handel. Interessant scheint noch, daß aber auch im Verarbeitenden Gewerbe einige Wirtschaftszweige über relativ hohe Anteile des Fahrzeugpersonals verfügen, und zwar entweder Wirtschaftsgruppen, in denen handwerkliche Kleinbetriebe dominieren (z. B. Schlosserei usw. mit 29 %, Schlachter und Fleischverarbeitung mit 21 %), oder aber Branchen, die zur Verteil-

42) Die Wirtschaftsabteilung „Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau“ soll wegen der geringen Zahl der zugrundeliegenden Betriebe hier unberücksichtigt bleiben.

43) Diese Betriebe wurden jedoch im Verkehrszensus nicht erfaßt. Vgl. hierzu auch die Ausführungen über den Vollständigkeitsgrad der Erhebung in diesen Wirtschaftsgruppen.

44) Bei kleineren Betrieben sind das oft genug sämtliche Beschäftigten.

Tabelle 9

Betriebe mit Werkverkehr in Hamburg am 28. 9. 1962 nach Wirtschaftszweigen und Beschäftigtengrößenklassen

Wirtschaftszweige	Betriebe		davon mit . . . Beschäftigten							
	insgesamt 1)	mit Werkverkehr 2)	1-2	3-9	10-49	50-99	100-499	500 und mehr		
	Anzahl		Anteil der Betriebe mit Werkverkehr an der Zahl der Betriebe insgesamt in %							
Nr.	Bezeichnung	1	2	3	4	5	6	7	8	9
0	Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	4 090	273	6,7	4,1	7,0	47,4	100	100	—
1	Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau	89	34	38,2	—	21,1	34,6	31,3	85,7	100
2	Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	14 474	2 407	16,6	2,5	14,6	37,2	54,2	66,4	83,5
3	Baugewerbe	4 830	1 162	24,1	8,3	17,4	48,5	58,9	73,0	100
4	Handel	42 812	4 135	9,7	4,4	13,0	35,8	64,6	68,0	100
6/7	Kreditinstitute, Versicherungs- und Dienstleistungsgewerbe	28 517	355	1,2	0,3	0,9	8,3	19,1	21,9	50,0
80/9	Organisationen ohne Erwerbscharakter, Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	3 133	113	3,6	0,2	0,3	5,2	5,0	12,4	61,3
Insgesamt		97 945	8 479	8,7	3,0	9,3	28,6	43,0	53,5	77,6

1) Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1961, in der Wirtschaftsabteilung „Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei“ einschließlich der Betriebe mit einer Bodennutzung über 0,5 ha aus der Landwirtschaftlichen Betriebszählung 1960. — 2) Ergebnisse des Verkehrszensus 1962.

lung der von ihnen hergestellten Produkte ein eigenes Verteilernetz unterhalten (z. B. Brauerei mit 27%, Herstellung von Backwaren mit 15 %).

In Tabelle 9 wird einmal in absoluten Zahlen die Verteilung der rund 8 500 im Verkehrszensus erfaßten Betriebe mit Werkverkehr auf die einzelnen Wirtschaftsabteilungen gezeigt, zum andern der Einfluß der betrieblichen Größenstruktur auf das Vorhandensein von Werkverkehrsmitteln dargelegt. Hier wird sehr deutlich, daß die Ausübung von Werkverkehrsfunktionen auch durch die Betriebsgröße bedingt ist. Offensichtlich benutzen die kleineren Betriebe für ihre Transporte nur Personen- und Kombinationskraftwagen oder aber nehmen das Verkehrsangebot der Betriebe des gewerblichen Verkehrs in Anspruch. Erst in größeren Betrieben wird die Haltung von eigenen Lastkraftwagen rationell. Diese Tendenz läßt sich aus Tabelle 9 sehr deutlich ablesen, da einheitlich in allen Wirtschaftsabteilungen der Anteil der Betriebe, die Verkehr für eigene Rechnung betreiben, mit wachsender Betriebsgröße ständig ansteigt. Für die Gesamtheit der Werkverkehrsbetriebe ergibt sich, daß sie bei den Betrieben mit ein und zwei Beschäftigten nur einen Anteil von 3 % im Verhältnis zur Gesamtzahl der Betriebe haben, während bei den Großbetrieben mit über 500 Beschäftigten mehr als drei Viertel eigene Verkehrsmittel zur Güterbeförderung unterhalten. Zwischen den einzelnen Wirtschaftsabteilungen zeigen sich nicht unbeträchtliche Unterschiede. Die Betriebsgröße, von der ab die Betriebe sich in der Regel Werkverkehrsfunktionen eingliedern, ist von der Art des ausgeübten Gewerbes abhängig und liegt am niedrigsten in der Landwirtschaft und im Baugewerbe, wo die Haltung von Lastkraftwagen zum

Transport von Geräten und Materialien bei dauernd wechselnden Baustellen unumgänglich ist.

Wie schon weiter oben erwähnt, ist es schon durch die Definition des Fahr- und Begleitpersonals bedingt, daß der Anteil des Fahrzeugpersonals an den Gesamtbeschäftigten bei den Kleinbetrieben besonders hoch ist. Tabelle 10 zeigt, daß bei Betrieben mit ein und zwei Beschäftigten fast 77 % der dort insgesamt Tätigen mindestens teilweise mit Transportaufgaben beschäftigt werden. Diese Quote nimmt mit steigender Betriebsgröße kontinuierlich ab und beträgt bei den Großbetrieben nur noch 3 % des gesamten Personals. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß immerhin rund 35 % des gesamten Fahrzeugpersonals der absoluten Zahl nach in Betrieben mit 100 und mehr Beschäftigten tätig sind⁴⁵⁾. Die sinkenden Anteile an den Gesamtbeschäftigten erklären sich daraus, daß die Zahl der mit den eigentlichen Betriebsaufgaben Beschäftigten in den arbeitsteiligen Mittel- und Großbetrieben mit wachsender Betriebsgröße weitaus schneller ansteigt als die des Fahrzeugpersonals.

V. Verkehrsmittel und Verkehrskapazitäten

Nach der ausführlichen Darstellung der im Verkehrszensus erfaßten Betriebe sowie ihrer Beschäftigten und des Fahr- und Begleitpersonals im vorigen Abschnitt soll nun die Verteilung der Verkehrsmittel und Verkehrskapazitäten auf die Wirtschaftszweige im Mittelpunkt der Betrachtung stehen. Dabei sollen in diesem Beitrag zunächst nur die ausschließlich oder überwiegend zur Güterbeförderung eingesetzten Fahrzeuge behandelt werden, deren Kapazität sich als Summe ihrer Ladefähigkeiten⁴⁶⁾ ergibt.

Bei der Verwendung des Maßstabs Ladekapazität für den Vergleich der unterschiedlichen Verkehrsmittel ist es notwendig, auf einige sehr wichtige Einschränkungen seiner Aussagefähigkeit aufmerksam zu machen. Die Ladekapazität hängt fast ausschließlich

45) Die durchschnittliche Stärke des Fahr- und Begleitpersonals je Betrieb steigt mit wachsender Betriebsgröße. In Betrieben mit 1-2, 3-9, 10-49, 50-99, 100-499, 500 und mehr Beschäftigten waren durchschnittlich 1, 2, 5, 8, 16, bzw. 39 Erwerbstätige in Transportfunktionen tätig.

46) Die Verkehrskapazitäten aller Verkehrsmittel wurden einheitlich in t ihrer Ladefähigkeit dargestellt. Bei Seeschiffen wurde daher zur besseren Vergleichbarkeit neben der üblichen Angabe der Bruttoregistertonnen auch die Ladefähigkeit in tdw (tons deadweight all told = Gewicht der reinen Ladefast + Treibstoff, Wasser, Verpflegung und Personal) erhoben.

Tabelle 10

Beschäftigte sowie Fahr- und Begleitpersonal der Betriebe mit Werkverkehr in Hamburg am 28. 9. 1962 nach Wirtschaftszweigen und Beschäftigtengrößenklassen

Wirtschaftszweige		Beschäftigte		davon in Betrieben mit ... Beschäftigten						
		insgesamt	dar. Fahr- und Begleitpersonal	1-2	3-9	10-49	50-99	100-499	500 und mehr	
		Anzahl		Anteil des Fahr- und Begleitpersonals an den Beschäftigten in %						
Nr.	Bezeichnung	1	2	3	4	5	6	7	8	9
0	Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	2 887	606	21,0	75,9	42,0	14,3	10,7	9,6	—
1	Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau	7 371	767	10,4	—	52,2	31,6	7,6	7,4	11,9
2	Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	206 972	13 454	6,5	72,4	37,4	18,9	10,3	7,0	2,2
3	Baugewerbe	43 724	4 193	9,6	80,5	36,7	16,1	8,6	4,6	2,0
4	Handel	70 669	14 497	20,5	76,4	44,2	24,9	16,1	12,0	2,3
6/7	Kreditinstitute, Versicherungs- und Dienstleistungsgewerbe	24 331	2 128	8,7	82,1	33,5	21,5	8,8	6,4	4,6
80/9	Organisationen ohne Erwerbscharakter, Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	26 590	2 946	11,1	100	60,0	23,0	22,1	18,5	7,7
Insgesamt		382 544	38 591	10,1	76,5	41,1	20,8	11,7	7,8	3,2

von der Größe und Beschaffenheit des zur Verfügung stehenden Laderaums und damit von der technischen Ausgestaltung des Fahrzeugs ab. Als Maßstab für die Leistungsfähigkeit eines Verkehrsmittels ist sie nur bedingt zu verwenden, da eine ganze Reihe bedeutender Faktoren unberücksichtigt bleiben. Hier wäre an erster Stelle die durchschnittliche Umlaufzeit für einen Transportauftrag zu nennen, die wiederum von der Schnelligkeit des Fahrzeugs, von der Transportweite, von Standzeiten und Be- und Entladezeiten sehr wesentlich bestimmt wird. Aber auch die Besonderheiten der einzelnen Verkehrsmittel (z. B. ihre Flächenerschließungswirkung, ihre Abhängigkeit von besonderen Wegenetzen, ihre Eignung für spezielle Güter usw.), ihre Transportpreise sowie ihr Auslastungsgrad sind wichtige Bestimmungsfaktoren der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Da aber hierüber im Verkehrszensus keine Angaben erhoben werden konnten, bleibt die Ladekapazität der einzig verfügbare Maßstab für sämtliche Verkehrsmittel in den Wirtschaftszweigen. Es sei aber ausdrücklich darauf hingewiesen, daß aus der Verteilung der Transportkapazitäten allein die wirtschaftliche Bedeutung eines Verkehrsmittels nicht abgeleitet werden kann.

1. Gesamtüberblick

Insgesamt verfügten die hamburgischen Betriebe am Stichtag des Verkehrszensus zur Erfüllung ihrer Transportaufgaben über 5,5 Millionen t Ladekapazität. Tabelle 11 zeigt die Aufgliederung auf die einzelnen Verkehrsmittel. Danach entfielen mehr als drei Viertel auf See- und Küstenschiffe, 16 % auf Binnen- und Hafenschiffe, während die Verkehrskapazität der Straßenfahrzeuge nur knapp 2 % ausmachte. Wenn auch das große Übergewicht der Ladekapazitäten der Schifffahrt in einer Hafenstadt wie Hamburg schon wegen der bei weitem größeren Transporteinheiten zu vermuten war, so erscheinen die quantitativen Relationen doch sehr interessant. Es sei in diesem Zusammenhang angemerkt, daß die See- und Küstenschiffe und im wesentlichen auch die Binnenschiffe bei Mehrbetriebsunternehmen grundsätzlich der Hauptniederlassung zugeordnet wurden, da der Einsatz der Schiffe fast ausschließlich von der „Zentrale“ gelenkt wird. Im Gegensatz dazu bestimmen bei den

kleineren Transporteinheiten des Straßenverkehrs im Regelfall die jeweiligen Betriebe, bei denen die Fahrzeuge stationiert sind, auch über ihre Verwendung.

Nimmt man eine grobe Gliederung der Ladekapazitäten nach dem wirtschaftlichen Schwerpunkt der Arbeitsstätten vor, von denen sie eingesetzt werden, so stehen den Betrieben der gewerblichen Verkehrswirtschaft rund 88 % des gesamten Transportraums zur Verfügung, während 12 % von Arbeitsstätten der übrigen Wirtschaft gehalten werden. Betriebe, die ihren Schwerpunkt außerhalb der Wirtschaftsabteilung „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ haben, sind zwar nur zu 3 % an der Gesamttonnage der See- und Küstenschiffe und zu 19 % an der der Binnen- und Hafenschiffe beteiligt, bei den Straßen- und vor allem den Schienenfahrzeugen ergibt sich dagegen ein ganz anderes Bild. Im Straßenverkehr wurde der überwiegende Anteil der Verkehrskapazität (57 %) für Zwecke des Werkverkehrs eingesetzt, was sich aus der besonderen Eignung von Straßenfahrzeugen für betriebliche Transportaufgaben erklärt. Bei den Schienenfahrzeugen liegt insofern eine methodisch bedingte Besonderheit vor, als das gesamte rollende Material der Bundesbahn nur zentral angegeben werden konnte. Da die in Hamburg ansässigen Betriebe von Nichtbundeseigenen Eisenbahnen im wesentlichen Personenbeförderung betreiben, wird die Transportkapazität von Schienenfahrzeugen ausschließlich von Privatgüterwagen repräsentiert, die für den öffentlichen Schienenverkehr zugelassen sind. Auffallend ist aber, daß der Laderaum der Schienenfahrzeuge mit 44 % den mit Abstand größten Anteil an der gesamten Ladekapazität der Wirtschaft (ohne Verkehrsgewerbe) besitzt. Hierauf wird später noch einzugehen sein.

Vergleicht man die Verkehrskapazitäten der Hamburger Betriebe mit denen des gesamten Bundesgebiets (einschließlich Berlin [West]), so wird an der Ballung des am Platze verfügbaren Laderaums die besondere Bedeutung Hamburgs in der Verkehrswirtschaft der Bundesrepublik deutlich (Tabelle 12). Fast ein Viertel der gesamten Ladekapazitäten aller Verkehrsmittel im Bundesgebiet wird im Verkehrszensus für Hamburg nachgewiesen. Bedingt ist dieser hohe Anteil in erster Linie durch die See- und Küstenschiffe, bei denen Hamburg über fast 60 % der Transportkapazität der Bundesrepublik verfügt. Der Anteil der

Tabelle 11

Ladekapazität der Verkehrsmittel für den Gütertransport in Hamburg am 28. 9. 1962

Verkehrsmittel	Ladekapazität insgesamt		davon in Betrieben					
			der Verkehrswirtschaft 1)			der übrigen Wirtschaft 2)		
	1 000 t	%	1 000 t	% v. Sp. 1	%	1 000 t	% v. Sp. 1	%
	1	2	3	4	5	6	7	8
See- und Küstenschiffe 3)	4 212	76,5	4 079	96,8	84,1	133	3,2	20,5
Binnen- und Hafenschiffe	900	16,4	729	81,0	15,0	171	19,0	26,4
Schienenfahrzeuge 4)	286	5,2	—	—	—	286	100,0	44,1
Straßenfahrzeuge	103	1,9	45	43,6	0,9	58	56,4	9,0
Insgesamt	5 501	100	4 853	88,2	100	648	11,8	100

1) Wirtschaftsabteilung 5 „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“. — 2) Wirtschaftsabteilungen 0-4 und 6-9. — 3) Die Ladekapazitäten der See- und Küstenschiffe sind in 1 000 tons deadweight (tdw) nachgewiesen. — 4) Die Ladekapazitäten der Bundesbahn wurden beim Verkehrszensus zentral erfaßt und der Hauptverwaltung in Frankfurt/Main zugeordnet.

Schienen- und Straßenfahrzeuge hält sich dagegen mit je rund 4 % im erwarteten Rahmen.

Tabelle 12

Ladepazität der Verkehrsmittel für den Gütertransport in Hamburg und im Bundesgebiet (einschl. Berlin [West])¹⁾ am 28. 9. 1962

Verkehrsmittel	Bundesgebiet		Hamburg		
	1 000 t	%	1 000 t	%	% v. Sp. 1
	1	2	3	4	5
See- und Küstenschiffe ²⁾ ..	7 096	31,4	4 212	76,5	59,4
Binnen- und Hafenschiffe ..	4 983	22,0	900	16,4	18,1
Schienenfahrzeuge	7 801	34,5	286	5,2	3,7
Straßenfahrzeuge	2 733	12,1	103	1,9	3,8
Insgesamt	22 613	100	5 501	100	24,3

¹⁾ Quelle: Reeb, A.: Verkehrsunternehmen, Verkehrsbetriebe und Verkehrskapazitäten. — In: Wirtschaft und Statistik, 1964/11, S. 642. — ²⁾ Die Ladepazitäten der See- u. Küstenschiffe sind in 1 000 tons deadweight (tdw) nachgewiesen.

Die herausragende Stellung der Seeschifffahrt für Hamburg zeigt sich auch im Vergleich der Verteilungsbilder der Verkehrskapazitäten zwischen Hamburg und dem Bundesgebiet. Während in der Bundesrepublik insgesamt etwa je ein Drittel auf die Schienenfahrzeuge und die See- und Küstenschiffe, ein Fünftel auf Binnenschiffe und 12 % auf Straßenfahrzeuge entfallen, beträgt in Hamburg — wie schon erwähnt — die Ladepazität allein der See- und Küstenschiffe rund 77 %.

In den folgenden Abschnitten soll die Verteilung der Verkehrskapazitäten auf die wichtigsten Wirtschaftszweige gesondert nach den einzelnen Verkehrsträgern noch näher untersucht werden. Zur Berechnung der durchschnittlichen Ladepazität je Betrieb ist es dabei notwendig, die Zahl der das jeweilige Verkehrsmittel betreibenden Arbeitsstätten mit darzu-

⁴⁷⁾ Z. B. kann der Einsatz des Schiffes auf See oder in Binnengewässern (z. B. bei Schleppern) häufig wechseln.

⁴⁸⁾ Also ohne Fahrgastschiffe, Bäderschiffe und Fähren.

⁴⁹⁾ Unberücksichtigt blieben auch Hochseeschlepper, Hebe- und Bergungsschiffe usw.

stellen. Zur Vermeidung von Mißverständnissen sei darauf hingewiesen, daß es sich bei der Zahl dieser Betriebe immer nur um einen Ausschnitt aus der Gesamtheit der erfaßten Betriebe des in der Vorspalte genannten Wirtschaftszweiges handeln kann, da nicht sämtliche Betriebe über die im einzelnen nachzuweisenden Verkehrsmittel und -kapazitäten verfügen.

2. See- und Küstenschiffe

Beim Verkehrszensus trat hinsichtlich der richtigen Zuordnung der Schiffe als See- oder Binnenschiffe das Problem auf, ob die Eintragung ins See- bzw. Binnenschiffsregister oder die überwiegende Einsatzart der Schiffe entscheidend sein sollte. Aus mehreren Gründen⁴⁷⁾ entschied man sich für die Registereintragung als ausschlaggebenden Faktor. So werden in den Tabellen des Verkehrszensus notwendigerweise einige Schiffe als Seeschiffe nachgewiesen, die überwiegend im Hamburger Hafen eingesetzt werden (z. B. Schlepper sowie ein großer Teil der Personenfähren der Hafen-Dampfschiffahrts AG).

In Tabelle 13 sind nur die See- und Küstenschiffe berücksichtigt, die der Güterbeförderung dienen⁴⁸⁾ und außerdem über eigenen Laderaum verfügen⁴⁹⁾. Insgesamt gab es in Hamburg 227 Betriebe, die am Stichtag des Verkehrszensus über mindestens eines der so abgegrenzten See- und Küstenschiffe verfügten. Auffallend ist zunächst, daß der Werkverkehr mit Seeschiffen eine nur untergeordnete Rolle spielt, was nicht zuletzt auf die hohen Anschaffungs- und Betriebskosten zurückzuführen sein dürfte. Nur 19 der insgesamt 774 See- und Küstenschiffe wurden von Arbeitsstätten außerhalb der Verkehrswirtschaft betrieben. Ihr Anteil an der Ladepazität aller Seeschiffe beträgt 3,2 %. In nennenswertem Umfang verfügte in Hamburg eigentlich nur der Handel — und hier weit überwiegend der Großhandel mit Kohle und Mineralölzeugnissen — über Transportkapazitäten für eigene Zwecke.

Im Bereich der Verkehrswirtschaft ist erwartungsgemäß fast die gesamte Seeschiffstonnage konzentriert

Tabelle 13

Betriebe mit See- und Küstenschiffen zur Güterbeförderung in Hamburg am 28. 9. 1962, Anzahl und Ladepazität der Fahrzeuge nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig		Betriebe	See- und Küstenschiffe ¹⁾		Ladepazität ²⁾						
					insgesamt		je Betrieb	je Schiff			
					1 000 tdw	%	tdw	tdw			
Nr.	Bezeichnung	Anzahl	Anzahl	%	1	2	3	4	5	6	7
5	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	217	755	97,5	4 079	96,8	18 800	5 400			
50300	dar. Seeschifffahrt	89	560	72,4	3 892	92,4	43 700	6 950			
50304	Küstenschifffahrt	122	176	22,7	153	3,6	1 300	870			
0—4	Übrige Wirtschaft	10	19	2,5	133	3,2	13 300	7 000			
6—9	dar. Handel	5	7	0,9	115	2,7	23 000	16 400			
Insgesamt		227	774	100	4 212	100	18 600	5 440			

¹⁾ Ohne 85 See- und Küstenschiffe ohne eigenen Laderaum (z. B. Hebeschiffe, Hochseeschlepper, Bergungsschiffe u. a.). — ²⁾ Ausgedrückt in tons deadweight all told (tdw).

auf die Wirtschaftsklassen Seeschifffahrt und Küstenschifffahrt. Von diesen beiden Wirtschaftszweigen werden 95 % aller Seeschiffe und 96 % der gesamten Ladekapazität gehalten. Bemerkenswert sind aber die erheblichen Strukturunterschiede zwischen der See- und der Küstenschifffahrt, die hier durch die Berechnung der durchschnittlichen Ladekapazität je Betrieb und je Transporteinheit deutlich werden und die im vorigen Abschnitt gemachten Aussagen erhärten. Die Küstenschifffahrt erfüllt eine besondere Verkehrsaufgabe im Nord- und Ostseeraum sowie entlang der französischen Atlantikküste bis Spanien. Mit ihren relativ kleinen Schiffen ist sie überwiegend in Verkehrsrelationen tätig, die beim Einsatz großer Transporteinheiten unrentabel wären. Neben der direkten Verbindung der Vielzahl von überwiegend kleinen und mittleren, aber auch der größeren Häfen des von ihr bedienten Raumes auf dem Seewege kommt ihr auch eine wichtige Aufgabe bei der Weiterverteilung der von Übersee in Hamburg angelandeten Güter (insbesondere Getreide, Futtermittel usw.) zu. Die Küstenschifffahrt verfügt zwar über fast ein Viertel aller Seeschiffe in Hamburg, wegen der geringen durchschnittlichen Schiffgröße von 870 tdw jedoch nur über knapp 4 % der gesamten Ladekapazität. Weiterhin läßt sich indirekt der Tabelle 13 entnehmen, daß in der Küstenschifffahrt die Betriebe mit einem und zwei Schiffen überwiegen, so daß sich eine durchschnittliche Betriebsgröße, bezogen auf die Verkehrskapazität von 1 300 tdw, ergibt.

Von Betrieben der Wirtschaftsklasse Seeschifffahrt wurden in Hamburg insgesamt 560 Seeschiffe mit fast 3,9 Millionen tdw eingesetzt. Damit entfallen mehr als 92 % der Seeschiffstonnage auf diesen Wirtschaftszweig. Im Gegensatz zur Küstenschifffahrt beträgt die Ladekapazität je Schiff fast 7 000 tdw, also fast das Achtfache der Küstenmotorschiffe. Die durchschnittliche Transportkapazität je Betrieb ist mit 43 700 tdw sogar rund 34mal so groß und bestätigt von dieser Seite noch einmal das starke Gewicht der überwiegend im überseeischen Schiffsverkehr tätigen großen Reedereien.

3. Binnen- und Hafenschiffe

Ebenso wie bei den See- und Küstenschiffen sind auch bei der Darstellung der Zahl und Ladekapazität der Binnen- und Hafenschiffe in Tabelle 14 nur die Güterschiffe mit eigenem Laderaum berücksichtigt worden. Fahrgastschiffe und reine Personenfähren einerseits sowie Schlepp- und Bugsierboote, Barkassen⁵⁰⁾ und einige andere Sonderfahrzeuge andererseits wurden ebensowenig in diese Tabelle einbezogen wie die Betriebe, die ausschließlich diese Schiffsgattungen für ihre Verkehrszwecke einsetzen.

Am Stichtag des Verkehrszensus wurden in Hamburg mehr als 3 000 Binnen- und Hafenschiffe mit einer Ladekapazität von insgesamt 900 000 t gezählt. Mehr als zwei Drittel dieser Schiffe waren Schuten und Leichter, die fast ausschließlich für Transportaufgaben innerhalb des Hamburger Hafens bereitste-

50) Auch die Barkassen mußten hier unberücksichtigt bleiben, obwohl sie bei ihrer oft vielseitigen Verwendung neben der Beförderung von Personen im Hafen und dem Schleppen von Schuten auch Güterbeförderung von meist kleineren Partien (z. B. Verpflegung und Ergänzung von Bedarfsartikeln für im Hafen liegende Schiffe, aber auch dringende Einzeltransporte) übernehmen. Da die Tragfähigkeit der Barkassen aber i. a. unter 20 t liegt, hätte ihre Einbeziehung ein falsches Bild ergeben.

Tabelle 14

Betriebe mit Binnen- und Hafenschiffen zur Güterbeförderung in Hamburg am 28. 9. 1962, Anzahl und Ladekapazität der Fahrzeuge nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweige		Be- triebe	Binnen- und Hafenschiffe 1)				Ladekapazität				
			insgesamt		darunter Schuten u. Leichter	insgesamt		darunt. von Schuten und Leichtern		je Betrieb	je Schiff
			Anzahl	%		1 000 t	%	1 000 t	% v. Sp. 5		
Nr.	Bezeichnung 2)	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
5	Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	320	2 390	76,1	1 669	728,6	81,0	274,4	37,7	2 280	300
502	darunter Binnenschifffahrt, -wasser- straßen, -häfen	280	1 894	60,3	1 264	589,0	65,5	200,5	34,0	2 100	310
50200/04	davon Binnenschifffahrt (ohne Fähren und Hafenschifffahrt)	224	636	20,3	50	381,1	42,4	5,9	1,5	1 700	600
50207	Hafenschifffahrt	56	1 258	40,1	1 214	207,9	23,1	194,6	93,6	3 710	170
503	See- und Küstenschifffahrt, Seehäfen	26	431	13,7	370	118,0	13,1	69,4	58,8	4 540	270
0-4 6-9	Obrige Wirtschaft	100	748	23,9	520	171,2	19,0	78,8	46,0	1 710	230
2	darunter Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	38	291	9,3	124	103,9	11,5	20,4	19,6	2 730	360
205	darunter Mineralölverarbeitung	5	133	4,2	9	72,1	8,0	0,7	1,0	14 430	540
246	Schiffbau	16	94	3,0	86	16,9	1,9	15,3	90,7	1 060	180
4	Handel	36	241	7,7	205	34,4	3,8	29,0	84,1	940	140
405	darunter Gh. mit Kohle u. Mineralöl- erzeugnissen	15	130	4,1	104	20,6	2,3	17,7	86,3	1 370	160
Insgesamt		420	3 138	100	2 189	899,8	100	353,2	39,3	2 140	290

1) Ohne 618 Binnen- und Hafenschiffe ohne eigenen Laderaum (z. B. Schlepper, Bugsierboote, Barkassen u. a.). — 2) Z. T. Kurzbezeichnungen.

hen⁵¹⁾. Da die durchschnittliche Größe dieser Schiffe mit 160 t Ladefähigkeit erheblich geringer ist als die der eigentlichen Binnenschiffe (580 t), deren Güterbeförderung sich auf das gesamte Wasserstraßennetz erstreckt, macht der Anteil der Hafenschiffe an der gesamten Ladekapazität nur knapp 40 % aus.

Von der Gesamttonnage der Binnen- und Hafenschiffe befinden sich 81 % in den Händen von Betrieben der Verkehrswirtschaft, während 19 % für den Werkverkehr der übrigen Wirtschaft bereitgehalten werden. Es ist allerdings zu berücksichtigen, daß die in der Wirtschaftsgruppe „See- und Küstenschifffahrt, Seehäfen“ nachgewiesenen Ladekapazitäten nicht ausschließlich der gewerblichen Güterbeförderung zuzurechnen sein dürften. Hierbei handelt es sich überwiegend um die Binnen- und Hafenschiffe der Seehafenbetriebe, die mindestens teilweise für Zwecke des Werkverkehrs eingesetzt werden.

Bei feinerer wirtschaftssystematischer Untergliederung zeigen sich einige bezeichnende Unterschiede. So verfügten die 224 Binnenschiffahrtbetriebe (ohne Hafenschiffahrt) zwar nur über rund 20 % der Binnen- und Hafenschiffe, sie besitzen aber mit über 40 % den größten Anteil an der Ladekapazität. Die kleinen Transporteinheiten der Schuten und Leichter kommen in diesem Wirtschaftszweig kaum vor, so daß die Binnenschiffahrt mit einer durchschnittlichen Schiffsgröße von 600 t Ladefähigkeit in dieser Hinsicht weit an der Spitze liegt. Da aber in diesem Verkehrszweig rund 75 % der Betriebe nur über ein Binnenschiff und weitere 10 % über zwei Binnenschiffe verfügen, liegt die durchschnittliche Transportkapazität je Betrieb nur durch das Vorhandensein einiger mittlerer und größerer Reedereien bei rund 1 700 t. Eine völlig andere Kapazitätsstruktur der Betriebe weist die Hafenschiffahrt auf, die über 40 % der Schiffe und 23 % der gesamten Ladekapazität hält. Hier haben etwa 55 % aller Betriebe dieser Sparte mehr als 10 und fast ein Drittel sogar mehr als 30 Schuten und Leichter. Obwohl die durchschnittliche Ladekapazität je Schiff in der Hafenschiffahrt mit 170 t nur etwa ein Viertel der Schiffsgröße in der Binnenschiffahrt beträgt, liegt die Ladekapazität je Betrieb im Bereich der Hafenschiffahrt mehr als doppelt so hoch.

Werkverkehr mit Binnen- und Hafenschiffen wurde von insgesamt 100 Betrieben außerhalb des Bereichs der Wirtschaftsabteilung „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ ausgeübt. Diese Arbeitsstätten unterhielten rund 750 Schiffe mit mehr als 170 000 t Ladekapazität. Davon wurden mehr als 100 000 t bei 38 Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes (ohne Baugewerbe) registriert. Hier nimmt die Mineralölverarbeitende Industrie eine dominierende Stelle ein. Die fünf hier in Frage kommenden Arbeitsstätten dieses Wirtschaftszweiges verfügen über 133 Binnenschiffe

– davon allein 122 Motortankschiffe und Tankkähne – und eine Transportkapazität von etwa 72 000 t. Mit durchschnittlich 14 400 t Ladekapazität je Betrieb haben sich diese Betriebe recht beachtliche Binnentankertonlagen eingegliedert. Die alle anderen Wirtschaftszweige weit überragende durchschnittliche Transportkapazität je Betrieb ist natürlich in erster Linie auf die Homogenität der hier nachgewiesenen kleinen Gruppe von Großbetrieben zurückzuführen. Immerhin können sich diese Arbeitsstätten hinsichtlich der von ihnen eingesetzten Verkehrskapazität von Binnenschiffen durchaus mit den großen hamburgischen Binnenschiffsreedereien messen. Von der Zahl der für den Werkverkehr eingesetzten Schiffe her gesehen sind auch noch der Schiffbau und der Großhandel mit Brennstoffen als ins Gewicht fallende Wirtschaftszweige zu nennen. Ihr Anteil an der gesamten Ladekapazität ist jedoch verhältnismäßig gering (jeweils rund 2 %), da sie für ihre Transportzwecke bevorzugt Schuten und Leichter verwenden.

4. Privatgüterwagen

In Hamburg wurden für den Stichtag des Verkehrszensus mehr als 11 000 Güterwagen mit 286 000 t Ladekapazität nachgewiesen. Wie bereits erwähnt, sind wegen der Unmöglichkeit einer genaueren Aufteilung auf die einzelnen Arbeitsstätten sämtliche Güterwagen der Deutschen Bundesbahn der Hauptniederlassung in Frankfurt zugeordnet worden, so daß die in Hamburg erfaßten Schienenfahrzeuge und ihre Ladekapazitäten ausschließlich von Betrieben der Wirtschaft außerhalb des Verkehrsbereichs eingesetzt werden. Da jedoch auch bei den großen Mehrbetriebsunternehmen (z. B. der Industrie) die gleichen Zuordnungsprobleme wie bei der Bundesbahn auftraten, liegt die Vermutung nahe, daß es sich bei den hier dargestellten Ergebnissen im wesentlichen ebenfalls um Angaben für Gesamtunternehmen handelt, die von den in Hamburg ansässigen Hauptniederlassungen erstellt wurden⁵²⁾.

Tabelle 15 zeigt, daß nur insgesamt 45 Arbeitsstätten über Privatgüterwagen verfügten. Allein den 8 Betrieben der Mineralölwirtschaft waren dabei fast 93 % der Schienenfahrzeuge und 95 % der Ladekapazität zuzurechnen. Da eine getrennte Ausweisung der Transportkapazitäten nach Mineralölgewinnungs- und -verarbeitungsbetrieben aus Gründen der Geheimhaltung von Einzelangaben nicht möglich war, schien eine Zusammenfassung dieser beiden Wirtschaftsgruppen geboten, um die überragende Stellung der Erdölwirtschaft hinsichtlich der Haltung von Schienenfahrzeugen in Hamburg deutlich zu machen. So ist es auch verständlich, daß von der Ladekapazität der Privatgüterwagen insgesamt 99 % auf Kesselwagen entfallen und zwar mehr als 93 % auf Mineralöl- und 6 % auf sonstige Kesselwagen, die speziell für den Transport anderer Flüssigkeiten überwiegend der Chemischen Industrie, aber auch der NE-Metallerzeugung und der Mineralölverarbeitung, eingesetzt werden. Mit fast 34 000 t Transportkapazität je Betrieb steht den Betrieben der Mineralölgewinnung und -verarbeitung ein schienengebundener Laderaum von recht beachtlicher Größe für ihren Werkverkehr⁵³⁾ zur Verfügung. Es sei in diesem Zu-

51) Die hier ausgewiesene Gesamtzahl der Schuten und Leichter stellt allerdings nicht die gesamte „Hafenflotte“ Hamburgs dar. Es ist in Hamburg durchaus typisch, daß je nach Bedarf zusätzliche Hafenschiffe von Schutenvermietungen angemietet werden. Da die Schutenvermietungen (das gleiche gilt für Barkassenvermietungen) mit ihren Schiffen selbst keine Transportleistungen erbringen und daher im Verkehrszensus auch nicht zu erfassen waren (vgl. Methodische Vorbemerkungen) sind ihre nicht ganz unerheblichen Schiffsbestände nur insoweit erfaßt, als sie am Stichtag des Verkehrszensus von einem anderen Betrieb (z. B. einer Ewerführerei) gemietet und dort für Transportaufgaben verwendet wurden.

52) Dafür spricht auch, daß die Kapazitätsdarstellung auf Unternehmensbasis nur ein geringfügig größeres Ergebnis bringt.

53) Der Werkverkehr mit Schienenfahrzeugen ist allerdings nur bedingt mit dem sonstigen Werkverkehr vergleichbar, da der Betrieb der Güterwagen auf dem Schienennetz von den Eisenbahnen geführt wird.

Tabelle 15

**Betriebe mit Privatgüterwagen in Hamburg am 28. 9. 1962,
Anzahl und Ladekapazität der Fahrzeuge nach ausgewählten Wirtschaftszweigen**

Wirtschaftszweige		Be- triebe	Privat- güterwagen		Ladekapazität			
					insgesamt		je Betrieb	je Güter- wagen
					1 000 t	%		
Nr.	Bezeichnung 1)	Anzahl	Anzahl	%	4	5	6	7
	Insgesamt	45	11 068	100	285,7	100	6 300	25,8
	darunter							
1	Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	31	10 734	97,0	279,4	97,8	9 000	26,0
2								
	darunter							
200	Chemische Industrie	12	214	1,9	4,1	1,4	300	19,0
116	Gewinnung und Verarbeitung von Mineralöl	8	10 235	92,5	270,3	94,6	33 800	26,4
205								
4	Handel	11	123	1,1	2,5	0,9	200	20,1

1) Z. T. Kurzbezeichnungen.

sammenhang daran erinnert, daß die Mineralölverarbeitung auch bei den Binnenschiffen über erhebliche Werkverkehrskapazitäten verfügt, so daß dieser Wirtschaftsbereich im Hinblick auf seine Transporte im Binnenland weitgehend vom Verkehrsgewerbe unabhängig sein dürfte⁵⁴⁾.

5. Straßenfahrzeuge

Während bei den bisher besprochenen Verkehrsmitteln immer nur ein recht kleiner Kreis von Betrieben als Halter dieser Fahrzeuge in Erscheinung trat, ist das Vorhandensein von Straßenfahrzeugen zur Lastenbeförderung bei den wirtschaftlichen Institutionen weit verbreitet. Hierfür gibt es eine ganze Reihe von Gründen. Zunächst sind die Anschaffungs-, Unterhaltungs- und Betriebskosten der vergleichsweise kleinen Transporteinheiten des Straßenverkehrs sehr viel geringer als die von Güterwagen und Schiffen, so daß auch kleine Betriebe diese Fahrzeuge tragen können. Hinzu kommt, daß die relativ hohe Geschwindigkeit und die durch die Dichte des Straßennetzes bedingte Flächenerschließungswirkung den Lastkraftwagen insbesondere als Verteil- und Samelfahrzeug im Nahverkehr prädestinieren. Aber auch über weitere Entfernungen ist die Verwendungsmöglichkeit der Straßengüterfahrzeuge groß. Da alle anderen Binnenverkehrsmittel auf besondere, weit weniger dichte Wegenetze (z. B. Flüsse, Kanäle, Schienen) angewiesen sind, werden oft erhebliche Umladungskosten erforderlich, die im Straßenverkehr weitgehend entfallen. Aber auch für Transporte hochwertiger oder empfindlicher Güter in Spezialfahrzeugen, für Direkttransporte in verkehrsmäßig ungünstige Gegenden, vor allem aber auch für Eiltransporte nicht allzu großer Partien, ist der Lkw hervor-

ragend geeignet. So verwundert es nicht, daß rund 75 % aller Betriebe mit Verkehrsfunktionen in Hamburg über Straßenfahrzeuge zur Lastenbeförderung verfügen. Insbesondere bei den zeitlich, örtlich und mengenmäßig ungleich anfallenden Transportaufgaben im Werkverkehr sind die speziellen Vorteile der Liefer- und Lastkraftwagen beträchtlich, so daß von allen im Verkehrszensus erfaßten Betrieben mit Werkverkehr etwa 97 % Straßengüterfahrzeuge besitzen. Bei den viel mehr spezialisierten Betrieben des Verkehrsgewerbes beträgt die entsprechende Quote dagegen „nur“ 37 %, bedingt durch den hohen Anteil von Betrieben, die ausschließlich in der Schifffahrt, der Personenbeförderung oder in der Verkehrsvermittlung tätig sind.

Mehr als 10 000 Betriebe besaßen am Stichtag des Verkehrszensus in Hamburg rund 30 000 Straßenfahrzeuge zur Lastenbeförderung (einschließlich Zugmaschinen und Anhänger) mit einer Ladefähigkeit von mehr als 100 000 t. Analog dem Tabellenaufbau bei den anderen Verkehrsmitteln sind auch hier sowohl bei der Anzahl der Fahrzeuge als auch bei der Ladekapazität Motorfahrzeuge und Anhänger mit eigenem Laderaum zusammengefaßt dargestellt worden. Es sei aber erwähnt, daß die Anhänger insgesamt rund 23 % der Straßenfahrzeuge mit eigenem Transportraum ausmachen. Wegen der im Vergleich zu den Zugfahrzeugen oft erheblich höheren Nutzlast liegt ihr Anteil an der Ladekapazität mit etwa 46 % doppelt so hoch⁵⁵⁾.

Aus Tabelle 16 geht hervor, daß von den Betrieben mit Werkverkehr 72 % aller Straßenfahrzeuge und über 56 % des Laderaums gehalten werden, die damit die entsprechenden Anteile der gewerblichen Verkehrswirtschaft deutlich übertreffen. Innerhalb des Verkehrsbereichs überragt erwartungsgemäß der Straßenverkehr, dem für seine Transportaufgaben 37 % der Ladefähigkeit insgesamt zur Verfügung stehen. In der übrigen Wirtschaft außerhalb der Abteilung „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ werden rund 25 % für die Verteilerfunktionen des Handels, insbesondere des Großhandels, eingesetzt. Auch der Fuhrpark des Verarbeitenden Gewerbes und des Baugewerbes ist recht beachtlich und spiegelt

54) Außerdem ist hier auf die zwar rechtlich selbständigen, aber kapitalmäßig mit Unternehmen der Mineralölwirtschaft verflochtenen See- und Binnentankschiffsreedereien hinzuweisen, deren „gewerbliche“ Schifffahrt – soweit sie für den kapitalmäßig vorhandenen Verleger oder Empfänger durchgeführt wird – ähnlich wie Werkverkehr zu beurteilen ist.

55) Besonders groß ist der Anteil der Anhängerkapazität im Brennstoffgroßhandel (70 %), im Straßenverkehr (59 %), in der Spedition, Lagerei und Verkehrsvermittlung (53 %) und im Großhandel mit Holz und Baustoffen (52 %).

die vielfältigen Verwendungsmöglichkeiten der Lastkraftwagen in diesen Wirtschaftsabteilungen wider.

Die Durchschnittsgröße der verwendeten Straßenfahrzeuge ist in den einzelnen Wirtschaftszweigen sehr unterschiedlich. In der Verkehrswirtschaft beträgt die durchschnittliche Ladekapazität je Fahrzeug (ohne Zugmaschinen) 5,6 t und ist ziemlich genau doppelt so groß wie bei den Werkverkehrsbetrieben. Sieht man einmal von den Eisenbahnen ab⁵⁶⁾, so werden die durchschnittlich größten Fahrzeuge von der Wirtschaftsgruppe „Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden“ (7,9 t), dem Straßenverkehr (6,3 t) sowie dem Baustoff- und Brennstoffgroßhandel (5,7 bzw. 5,5 t) eingesetzt. Mit Ausnahme des gewerblichen Straßengüterverkehrs, bei dem die Haltung von durchschnittlich größeren Fahrzeugen durch den regelmäßigeren Anfall von auch mengenmäßig bedeutsamen Transportaufträgen bedingt ist, handelt es sich hierbei um Wirtschaftszweige, bei denen der Transport von Massengut wesentlich zu den Betriebsaufgaben gehört. Auf der anderen Seite stehen z. B. die Land- und Forstwirtschaft, der Einzelhandel sowie die Kreditinstitute und das Versicherung- und Dienstleistungsgewerbe, die ihren weitaus geringeren Transportbedürfnissen mit sehr viel kleineren Fahrzeugen nachkommen.

⁵⁶⁾ Die extrem hohe Transportkapazität je Fahrzeug ist bei den Eisenbahnen auf die geringe Anzahl der Fahrzeuge, verbunden mit einem hohen Anteil von Spezialfahrzeugen (z. B. Tiefladern, die z. T. über 50 t Ladefähigkeit besitzen), zurückzuführen.

Auch hinsichtlich der durchschnittlichen Ladekapazität, die den einzelnen am Straßenverkehr beteiligten Betrieben zur Verfügung steht, zeigt sich in den Wirtschaftszweigen ein ähnliches Bild. Die Arbeitsstätten des gewerblichen Verkehrs besitzen durchschnittlich mehr als dreimal so viel Transportraum wie die recht heterogene Masse der Werkverkehrsbetriebe. Die höchsten Ladekapazitäten mit fast 80 t je Betrieb weisen jedoch die Brauereien auf, die zur Verteilung ihrer Erzeugnisse einen beträchtlichen Fahrzeugpark unterhalten. Die hohen Durchschnittsziffern der Bundesbahn und Bundespost lassen sich durch die zentralisierte Fahrzeughaltung in wenigen Ämtern bzw. Dienststellen erklären. In der Skala der großen durchschnittlichen Transportkapazitäten je Betrieb folgen dann diejenigen Wirtschaftszweige, die überwiegend Massengut in großen Mengen befördern, wie z. B. die Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden (45,6 t), der Großhandel mit Kohle und Mineralölzeugnissen (33,8 t) und Baustoffen (24,3 t). Dichtauf liegen mit 24,1 t Laderaum je Betrieb der gewerbliche Straßenverkehr und die Spedition, Lagerei und Verkehrsvermittlung mit 20,9 t. Bei der Betrachtung dieser Skala muß jedoch beachtet werden, daß die so berechnete mittlere Ladekapazität sich beim Straßenverkehr auf fast 1 600 Betriebe bezieht, während in den übrigen genannten Wirtschaftszweigen jeweils immer nur relativ wenige Arbeitsstätten tätig waren. Im Vergleich zu diesen Wirtschaftszweigen ist der gewerbliche Straßenver-

Tabelle 16

Betriebe mit Straßenfahrzeugen zur Güterbeförderung in Hamburg am 28. 9. 1962, Anzahl und Ladekapazität der Fahrzeuge nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweige		Betriebe	Straßenfahrzeuge			Ladekapazität				
			mit eigenem Laderaum 1)		außerdem Zugmaschinen	insgesamt		je Betrieb	je Fahrzeug 2)	
			Anzahl	%		1 000 t	%			t
Nr.	Bezeichnung 3)	1	2	3	4	5	6	7	8	
5	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1 853	8 116	28,1	568	45,2	43,6	24,4	5,6	
	darunter									
500	Eisenbahnen	17	71	0,2	40	1,0	1,0	58,3	14,0	
501	Straßenverkehr	1 587	6 115	21,1	448	38,3	36,9	24,1	6,3	
507	Deutsche Bundespost	27	987	3,4	18	1,7	1,6	62,2	1,7	
509	Spedition, Lagerei u. Verkehrsvermittlung	180	814	2,8	50	3,8	3,6	20,9	4,6	
0-4										
6-9	Obrige Wirtschaft	8 234	20 808	71,9	721	58,5	56,4	7,1	2,8	
	davon									
0	Land- u. Forstwirtschaft, Tierhaltung u. Fischerei	273	425	1,5	32	0,8	0,7	2,8	1,8	
1	Energiewirtschaft u. Wasserversorgung, Bergbau	31	99	0,3	6	0,3	0,3	9,0	2,8	
2	Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	2 317	6 701	23,2	201	18,4	17,7	7,9	2,7	
	darunter									
220	Gewinnung u. Verarbeitung von Steinen u. Erden ..	78	450	1,6	37	3,6	3,4	45,6	7,9	
293	Brauerei u. Mälzerei	25	527	1,8	7	2,0	1,9	79,8	3,8	
3	Baugewerbe	1 152	2 639	9,1	81	9,7	9,4	8,4	3,7	
	darunter									
300	Hoch- u. Tiefbau	607	1 772	6,1	68	8,3	8,0	13,7	4,7	
4	Handel	4 052	9 390	32,4	303	25,6	24,6	6,3	2,7	
	darunter									
40/41	Großhandel	2 279	6 230	21,5	232	18,7	18,1	8,2	3,0	
	darunter									
405	Gh. m. Kohle u. Mineralölzeugnissen	92	563	1,9	105	3,1	3,0	33,8	5,5	
407	Gh. m. Holz, -halbwaren, Baustoffen u. Installationsbedarf	189	805	2,8	33	4,6	4,4	24,3	5,7	
411	Gh. m. Nahrungs- u. Genußmitteln	894	2 487	8,6	24	5,7	5,5	6,4	2,3	
43	Einzelhandel	1 679	3 027	10,5	71	6,7	6,4	4,0	2,2	
	darunter									
431	Eh. m. Nahrungs- u. Genußmitteln	723	970	3,4	9	1,6	1,6	2,2	1,7	
437	Eh. m. Kohle u. Mineralölzeugnissen	423	1 079	3,7	51	3,8	3,6	8,9	3,5	
6	Kreditinstitute, Versicherungs- und Dienstleistungsgewerbe	312	951	3,3	51	1,5	1,5	4,9	1,6	
7		Organisationen ohne Erwerbsscharakter, Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	97	603	2,1	47	2,2	2,2	2,3	3,7
80										
9										
	Insgesamt	10 087	28 924	100	1 289	103,7	100	10,3	3,6	

1) Einschl. Anhänger zur Güterbeförderung. — 2) Ohne Zugmaschinen. — 3) Z. T. Kurzbezeichnungen.

kehr sehr viel heterogener zusammengesetzt. Leider läßt sich zur Zeit auf Betriebsbasis die durchschnittliche Transportkapazität nicht getrennt für den Güternahverkehr, den Güterfernverkehr und den Möbeltransport berechnen. Legt man aber die Unternehmensergebnisse zugrunde⁵⁷⁾, so wird die völlig unterschiedliche Ausstattung der Betriebe mit Laderaum

⁵⁷⁾ Da im Straßengüterverkehr nur sehr wenige Mehrbetriebsunternehmen vorhanden sind, ist nicht damit zu rechnen, daß die Betriebs- und die Unternehmensergebnisse beträchtlich voneinander abweichen.

deutlich. Während für den Güternahverkehr und den Möbeltransport jeweils etwa 16 t je Unternehmen nachgewiesen werden, verfügte der Güterfernverkehr über mehr als 70 t. Der Durchschnittswert für den Straßenverkehr insgesamt wird also sehr stark von den vielen Kleinbetrieben des Güternahverkehrs beeinflusst und vermag nicht die großen durchschnittlichen Ladekapazitäten der Betriebe des Güterfernverkehrs deutlich zu machen.

Hans-Eckhard Stegen

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Februar 1964	Februar 1965	Januar 1965
	1938	1950	1964			
Meteorologische Beobachtungen in Hamburg						
1. Mittelwerte 1)						
Luftdruck, mm	761,7	758,82)	763,12)	763,72)	765,52)	756,52)
Lufttemperatur, °C	9,3	7,9	9,0	1,6	0,9	2,8
Relative Luftfeuchtigkeit, %	82	82	77	77	80	87
Windstärke 3)			3	3	3	3
Bewölkung 4)	6,7	7,2	7	7	7	9
2. Summenwerte 5)						
Niederschlagsmenge, mm	562,0	857,6	658	41	34	81
Sonnenscheindauer, Std.	1 622,9	1 743,2	1 519	82	74	17
Tage ohne Sonnenschein	88	76	107	9	8	18
Tage mit Niederschlägen	160	221	205	20	21	26
Bevölkerung						
1. Bevölkerungsstand (in 1000) 6)						
Bezirk Hamburg-Mitte	435,8	242,2	289,8	290,2 r	288 p	289 p
Altona	220,3	272,7	266,7	267,7 r	265 p	265 p
Eimsbüttel	244,5	252,0	261,8	260,4 r	264 p	264 p
Hamburg-Nord	424,1	358,9	409,3	411,4 r	406 p	406 p
Wandsbek	166,7	221,9	352,2	349,0 r	357 p	357 p
Bergedorf	52,6	82,4	79,7	79,0 r	81 p	80 p
Harburg	135,7	172,4	197,2	197,0 r	197 p	197 p
* Hamburg insgesamt (am Monatsende)	1 679,7	1 602,5	1 856,7	1 854,7 r	1 858 p	1 858 p
dav. männlich	788,8	750,3	860,0	858,4 r	861 p	861 p
weiblich	890,9	852,2	996,7	996,3 r	997 p	997 p
dar. Ausländer 7)	16,6	19,9	56,7	54,8	58,3	58,8
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung						
* Eheschließungen	1 447	1 414	1 537 p	1 129 r	1 270 p	1 010 p
* Eheschließungen auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	10,3	10,7	9,9 p	7,7	8,9 p	6,4 p
Ehescheidungen	266	434	331 p	344 r	300 p	298 p
* Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	2 346	1 448	2 311 p	2 349 r	2 230 p	2 250 p
dar. unehelich	209	154	161 p	172 r	150 p	150 p
* Lebendgeborene auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	16,8	10,9	14,9 p	15,9 r	15,6 p	14,3 p
Unehelich Geborene % der Geborenen	9,1	10,8	7,0 p	7,3 r	6,6 p	6,6 p
Totgeborene % der Geborenen	2,1	1,9	1,0 p	1,1 r	1,5 p	1,3 p
* Gestorbene Ortsansässige	1 702	1 389	1 986 p	1 957 r	1 950 p	1 930 p
dar. unter 1 Jahr alt	118	64	44 p	42 r	37 p	35 p
70 und mehr Jahre alt	657	631	1 139 p	1 208 r	1 200 p	1 100 p
* Gestorbene Ortsansässige auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	12,2	10,5	12,8 p	13,3	13,7 p	12,2 p
* Gestorbene Säuglinge auf 1000 Lebendgeborene 8)	50,6	43,5	19,0 p	19,3 r	16,6 p	15,6 p
* Geburtenüberschuß (+) bzw. Sterbeüberschuß (-)	+ 644	+ 59	+ 325 p	+ 392 r	+ 280 p	+ 320 p
3. Wanderungen						
* Zugezogene Personen von außerhalb Hamburgs	8 126	7 661	5 989	4 795 r	5 100 p	6 000 p
* Fortgezogene Personen n. außerh. Hamburgs	7 788	2 174	6 081	5 003 r	4 800 p	6 000 p
* Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	+ 338	+ 5 487	- 92	- 208 r	+ 300 p	-
dav. männlich	.	+ 2 533	+ 60	- 48 r	+ 200 p	-
weiblich	.	+ 2 954	- 152	- 160 r	+ 100 p	-
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs	31 889	19 751	14 233	12 610	12 505	14 564
Nach Gebieten						
a) Herkunft						
Schleswig-Holstein	.	2 668	1 525	1 250 r	1 400 p	1 500 p
dar. angrenzende Kreise 9)	.	1 311	798	718 r	800 p	900 p
Niedersachsen	.	1 854	1 108	841 r	900 p	1 200 p
dar. angrenzende Kreise 10)	.	567	260	234 r	300 p	300 p
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	.	1 214 ¹¹⁾	1 932	1 504 r	1 600 p	2 000 p
Sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung	.	1 072	118	107 r	100 p	100 p
Ausland	.	485	1 218	978 r	1 000 p	1 100 p
Unbekannt	.	368	88	115 r	100 p	100 p
b) Ziel						
Schleswig-Holstein	.	718	2 104	1 719 r	1 800 p	2 000 p
dar. angrenzende Kreise 9)	.	457	1 426	1 236 r	1 200 p	1 300 p
Niedersachsen	.	449	1 178	990 r	1 000 p	1 300 p
dar. angrenzende Kreise 10)	.	131	466	369 r	300 p	500 p
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	.	764 ¹¹⁾	2 137	1 867 r	1 400 p	2 100 p
Sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung	.	89	9	10 r	.	.
Ausland	.	142	628	396 r	500 p	500 p
Unbekannt	.	12	25	21 r	.	.

1) Errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — 2) Reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — 3) 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — 4) Bewölkungsgrade: 0 bis 10 (0 = wolkenlos, 10 = volle Bewölkung). — 5) 1938, 1950 und 1964 handelt es sich um Jahreswerte. — 6) Für 1938 und 1950 nach dem Stand der Volkszählungen vom 17. 5. 1939 und 13. 9. 1950. Ab 1962 Fortschreibungsergebnisse auf der Basis der Volkszählung 1961. — 7) Ab 1950 nach den Angaben der Polizei Hamburg. — 8) Berechnet unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung. — 9) Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — 10) Landkreise Harburg und Stade. — 11) Einschl. Sowjetsektor von Berlin.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Februar 1964	Februar 1965	Januar 1965
	1938	1950	1964			
Gesundheitswesen						
1. Krankenanstalten in Hamburg						
a) Öffentliche Krankenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende 1)	9 464	12 742	11 726	11 711	11 756	11 764
Krankenverpflegungstage	221 711	321 088	276 036	283 097	274 465	288 285
Bettenausnutzung in % 2)	77,1	86,8	82,0	89,0	86,1	83,4
b) Gemeinnützige Krankenanstalten 3)						
Bettenbestand am Monatsende 1)	4 339	4 690	4 487	4 490	4 571	4 572
Krankenverpflegungstage	98 261	126 293	118 507	120 151	120 508	126 271
Bettenausnutzung in % 2)	74,5	88,6	87,0	92,3	94,0	89,2
c) Privatkanenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende 1)	.	409	674	646	666	666
Krankenverpflegungstage	.	8 983	17 377	17 415	17 711	16 903
Bettenausnutzung in % 2)	.	60,1	82,8	93,2	90,8	82,9
2. Hamburgische Krankenanstalten außerhalb Hamburgs						
a) Öffentliche Krankenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende 1)	189	2 260	885	885	885	885
Krankenverpflegungstage	4 705	61 801	22 025	22 136	21 493	21 016
Bettenausnutzung in % 2)	81,8	91,5	81,7	86,3	87,6	77,3
b) Tbc-Hellstätten						
Bettenbestand am Monatsende 1)	833	1 645	1 117	1 140	1 110	1 110
Krankenverpflegungstage	23 649	48 679	26 643	26 603	24 876	21 331
Bettenausnutzung in % 2)	93,5	97,4	82,4	84,6	86,4	66,1
3. Anstalten für Geistesranke						
a) Öffentliche Krankenanstalten in Hamburg						
Bettenbestand am Monatsende	2 898	1 388	1 743	1 743	1 743	1 743
Krankenverpflegungstage	86 354	29 261	49 207	47 746	44 920	48 897
Bettenausnutzung in % 2)	98,0	75,1	93,2	97,2	92,3	90,5
b) Gemeinnützige Krankenanstalten in Hamburg						
Bettenbestand am Monatsende	1 613	1 218	1 291	1 302	1 278	1 278
Krankenverpflegungstage	48 883	36 598	39 742	37 033	35 377	36 477
Bettenausnutzung in % 2)	99,7	98,8	96,4	98,1	98,9	92,1
c) Krankenanstalten außerhalb Hamburgs						
Bettenbestand am Monatsende	—	1 420	1 329	1 286	1 476	1 476
Krankenverpflegungstage	—	35 400	38 630	36 092	40 177	44 490
Bettenausnutzung in % 2)	—	68,4	96,0	96,8	97,3	97,2
4. Gestorbene nach wichtigen Todesursachen						
Gestorbene insgesamt	1 702	1 389	1 986 p	1 957 p	1 950 p	1 933
dar. Tuberkulose der Atmungsorgane	82	48	20 p	18 p	.	19 p
Krebs	240	285	416 p	379 p	.	431 p
Gehirnblutungen	136	172	218 p	225 p	.	197 p
Herzkrankheiten	232	269	455 p	459 p	.	454 p
Lungenentzündung	103	47	41 p	50 p	.	40 p
Freitod	62	50	45 p	27 p	.	35 p
Verkehrsunfälle	22	20	42 p	53 p	.	49 p
Andere Verunglückungen	48	41	56 p	54 p	.	45 p
Kulturpflege						
1. Lichtspieltheater						
Theater	104	104	103	108	101	101
Plätze	66 691	47 891	55 398	58 564	54 259	54 259
Besucher	1 931 580	1 854 754	1 034 669	1 119 465	943 617	1 288 727
2. Rundfunk und Fernsehen						
Tonrundfunkteilnehmer 4)	361 531	407 741	660 198	658 487	664 798	663 640
Fernsehrundfunkteilnehmer	—	—	414 621	402 807	445 267	441 806
Öffentliche Sozialleistungen						
Soziale Krankenversicherung 5)						
Mitglieder						
dav. Pflichtmitglieder	452 518	694 658	683 058	681 510	676 189	678 579
Rentner		486 742	438 839	438 667	428 232	431 856
Freiwillige Mitglieder	64 028	171 139	173 306	173 145	174 900	174 219
Krankenstand der Pflichtmitglieder insgesamt	15 541	36 777	70 913	69 698	73 057	72 504
dav. männlich	9 091	15 825	26 191	32 395	31 760	23 882
dav. weiblich	6 450	10 123	17 399	21 456	21 292	16 435
weiblich		5 702	8 792	10 939	10 468	7 447
Soziale Rentenversicherung						
Rentenempfänger						
dav. Rentenversicherung der Arbeiter	94 346 ⁶⁾	153 175	311 553	313 956	210 217	315 250
Rentenversicherung der Angestellten	.	106 248	206 259	204 862	.	209 435
Ausgezählte Renten in DM	.	46 927	105 294	109 094	.	105 815
dav. Rentenversicherung der Arbeiter	.	28 880 000	73 950 843	69 422 624	.	75 181 107
Rentenversicherung der Angestellten	.	18 350 000	41 995 260	38 901 112	42 933 797	42 781 153
Rentenversicherung der Angestellten	.	10 530 000	31 955 583	30 521 512	.	32 399 954

1) Ohne Säuglingsbetten. — 2) Ohne gesperrte Betten. — 3) 1938 einschl. Privatkanenanstalten. — 4) 1938 und 1950 Postamtsbezirk Hamburg. — 5) Nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse. — 6) Stand 1. 1. 1940.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Februar 1964	Februar 1965	Januar 1965
	1938	1950	1964			
Arbeitsmarkt						
1. Angebot und Nachfrage						
* Arbeitslose	29 908	90 831	4 606	6 480	5 046	5 344
dav. männlich	23 937	56 428	2 992	4 225	3 470	3 503
weiblich	5 971	34 403	1 614	2 255	1 576	1 841
Offene Stellen	31 522	1 789	22 324	18 581	21 980	20 435
dav. männlich	21 009	744	12 049	9 110	10 178	9 857
weiblich	10 513	1 045	10 275	9 471	11 802	10 578
Stellenvermittlung in Beschäftigung über 7 Tage 1)	16 088	21 006	6 233	7 365	5 989	6 265
dav. männlich	11 107	13 007	4 257	4 931	4 056	4 221
weiblich	4 981	7 999	1 976	2 434	1 933	2 044
Stellenvermittlung in Beschäftigung bis zu 7 Tagen	9 175	24 625	17 738	16 714	9 436	16 395
dav. männlich	7 544	23 585	17 080	16 007	9 030	15 900
weiblich	1 631	1 040	658	707	406	495
Arbeitsuchende am Monatsende 2)	35 944	94 886	9 988	12 545	10 663	11 154
dav. männlich	28 215	59 355	6 583	8 178	7 185	7 341
weiblich	7 729	35 531	3 405	4 367	3 478	3 813
2. Die Arbeitslosen						
Berufsgruppen insgesamt	29 908	90 831	4 606	6 480	5 046	5 344
dar. Bauberufe	.	6 710 ³⁾	177	536	309	215
Metallerzeuger und -verarbeiter	.	6 766 ³⁾	69	97	68	77
Elektriker	.	1 627 ³⁾	33	39	37	40
Chemiker	.	1 879 ³⁾	75	77	63	71
Holzverarbeiter und zugehörige Berufe	.	1 596 ³⁾	28	36	38	45
Graphische Berufe	.	690 ³⁾	50	63	64	61
Lederhersteller, Leder- und Fellverarb.	.	1 180 ³⁾	12	21	11	12
Nahrungs- und Genussmittelhersteller	.	6 623 ³⁾	110	160	134	110
Kaufmännische Berufe	.	8 598 ³⁾	468	591	457	557
Verkehrsberufe	.	8 787 ³⁾	433	503	422	428
Verwaltungs- und Büroberufe	.	5 807 ³⁾	1 096	1 230	1 071	1 239
Künstlerische Berufe	.	2 260 ³⁾	199	256	244	259
Bauwirtschaft und Wohnungswesen						
1. Baugenehmigungen						
Wohnbauten						
* Wohngebäude	.	469	315	192	164	118
* Umbauter Raum in 1000 cbm	.	642	464	334	177	321
* Wohnungen	.	2 540	1 413	1 056	490	1 182
Bruttowohnfläche in 1000 qm	.	128	98	70	37	69
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	22 029	52 864	36 107	21 077	38 845
Nichtwohnbauten						
* Nichtwohngebäude	.	185	129	76	38	70
* Umbauter Raum in 1000 cbm	.	233	346	114	160	387
Nutzfläche in 1000 qm	.	.	67	27	36	102
* Wohnungen	.	20	19	13	15	31
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	6 403	31 662	8 711	16 095	46 316
2. Baubeginne						
Wohnbauten						
Wohngebäude	.	516	328	161	95	50
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	.	514	410	146	96
Wohnungen	.	2 206	1 562	1 367	459	299
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	.	55 791	41 664	15 962	10 788
Nichtwohnbauten						
Nichtwohngebäude	.	237	117	57	26	56
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	.	361	110	116	440
Wohnungen	.	.	24	10	6	5
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	.	35 120	8 606	13 820	46 153
3. Baufertigstellungen						
Wohnbauten						
Wohngebäude	188	395	294	112	157	82
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	482	430	166	244	92
Wohnungen	.	2 086	1 377	495	842	366
Bruttowohnfläche in 1000 qm	.	107	90	34	52	20
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	19 250	45 652	17 086	27 844	11 708
Nichtwohnbauten						
Nichtwohngebäude	26	137	120	71	44	55
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	144	308	220	166	102
Wohnungen	.	26	19	11	4	13
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	3 069	29 208	14 180	20 168	11 322

1) Durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. — 2) Arbeitslose einschl. derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — 3) Durchschnitt aus April—Dezember 1950.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Februar 1964	Februar 1965	Januar 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen						
Baufertigstellungen						
Wohnungen						
Wohnungen insgesamt 1)	706	2 122	1 396	506	846	379
dar. mit öffentlichen Mitteln gefördert	.	1 526	1 018	367	520	71
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	.	6 575	5 200	1 979	2 892	1 097
4. Bauüberhang						
(am Ende des Berichtszeitraumes) 2)						
Im Bau befindliche Wohnungen	.	17 089	19 318	18 500	18 900	19 200
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	.	8 412	5 757	8 600	6 700	6 700
5. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen 3) (in 1000)						
Bestand an Wohngebäuden	.	96	166	165	169	168
Bestand an Wohnungen	.	310	610	605	621	621
Bestand an Wohnräumen über 6 qm (einschl. Küchen)	.	1 197	2 222	2 205	2 265	2 262
6. Wohnraumbewirtschaftung						
Erstvergabe von bewirtschafteten Wohnungen						
a) für Wohnungssuchende mit hoher Dringlichkeit und für Sonderfälle	—	650	442	92	231	17
b) für Wohnungssuchende mit Anspruch aus §§ 77—80 II. WoBauG.	—	830	502	176	252	42
c) für die Umschichtung	—	—	74	50	37	12
Wiedervergaben, Wohnungen	—	452	831	699	764	704
Erstmalig bezogene unbewirtschaftete Wohnungen	—	678	344	113	301	271
7. Bauberichterstattung 4)						
* Zahl der Beschäftigten	.	34 741	50 514	48 401	47 394	48 423
dar. Inhaber	.	2 049	1 401	1 409	1 403	1 389
Angestellte	.	2 010	4 598	4 546	4 634	4 649
Arbeiter 5)	.	30 682	44 385	42 316	41 245	42 252
* Löhne in 1000 DM (Bruttosumme)	.	9 199	43 278	30 650	30 294	36 257
* Gehälter in 1000 DM (Bruttosumme)	.	868	5 334	4 633	5 265	5 425
* Umsatz in 1000 DM	.	24 653	120 020	77 730	91 229	78 468
dav. im Wohnungsbau	.	.	41 082	27 424	32 756	28 954
gewerbl. und industr. Bau	.	.	27 062	19 722	24 774	17 943
öffentlichen und Verkehrsbau	.	.	51 876	30 584	33 699	31 571
* Geleistete Arbeitsstunden in 1000	.	5 813	7 326	5 734	5 227	5 972
dav. für Wohnungsbauten	.	2 930	2 476	1 816	1 647	2 100
gewerbl. und industr. Bauten	.	1 517	1 657	1 458	1 457	1 491
öffentliche und Verkehrsbauten	.	1 317	3 193	2 460	2 123	2 381
Preise und Indexpfiffern						
1. Durchschnittspreise am Hamburger Viehmarkt						
für 100 kg Lebendgewicht (in RM/DM)						
Ochsen, vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes	87,60	151,60	270,50	271,60	297,40	301,90
Kühe, sonstige vollfleischige	75,20	125,40	213,60	207,00	232,50	228,30
Kälber, mittlere Mast- und Saugkälber	114,00	182,60	345,80	333,40	358,60	386,30
Schweine, von 100—119,5 kg Lebendgewicht	101,80	235,00	255,00	239,90	244,20	245,20
Schafe, mittlere Mastlämmer und Hammel	81,40	123,80	209,50	222,30	221,40	208,50
2. Durchschnittspreise für Fleisch 6)						
I. Qualität für 100 kg (in RM/DM)						
Rindfleisch von Ochsen und Färsen, beste Qualität	153,00	263,00	499,20	485,60	548,80	543,80
Kalbfleisch, beste Qualität	189,40	349,00	643,90	608,80	670,00	723,80
Hammelfleisch, beste Qualität	185,60	254,00	520,90	522,50	610,00	555,00
Schweinefleisch, aus hiesigen Schlachtungen	140,80	357,00	362,80	428,80	348,80	348,10
3. Preisindexpfiffern für die Lebenshaltung						
— Mittlere Verbrauchergruppe — Wägungsschema 1950						
Ernährung	63,0	100	145,7	145,3	148,0	149,0
Getränke und Tabakwaren	34,6	100	86,0	85,4	86,4	86,4
Wohnung	97,5	100	167,2	165,8	168,8	168,5
Heizung und Beleuchtung	66,0	100	155,9	155,6	158,8	158,8
Hausrat	53,9	100	127,9	126,9	130,6	129,8
Bekleidung	47,9	100	113,4	113,1	114,1	114,1
Reinigung und Körperpflege	58,7	100	131,3	129,3	136,6	135,8
Bildung und Unterhaltung	73,9	100	172,7	172,2	174,4	174,4
Verkehr	65,0	100	163,5	163,5	163,7	163,7
Ernährung einschl. Getränke und Tabakwaren	59,3	100	137,8	137,4	139,9	140,8
Lebenshaltung ohne Miete	59,0	100	138,4	137,8	140,4	140,8
Gesamtlebenshaltung	(1950 = 100) (1938 = 100)	100	140,8 159,3	140,2 223,4	142,8 227,5	143,1 228,1

1) Einschl. Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind (im Berichtsmonat 25 Wohnungen). — 2) Für die Jahre 1950 und 1964 wurde an Stelle des Monatsdurchschnitts jeweils der Stand vom 31. 12. angegeben. — 3) Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1961 ermittelten Gebäude und Wohnungen (Begriffserläuterungen siehe März-Heft 1963, S. 58/59); für 1950 Stand am Zählungstichtag („Normalwohnungen“ ohne 26 689 Wohnungen in Behelfsheimen über 30 qm). — 4) Nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — 5) Einschließlich Umschüler und Lehrlinge. — 6) Beim Verkauf der Großschlächter an die Ladenschlächter.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Februar 1964	Februar 1965	Januar 1965
	1936 ¹⁾	1950	1964			
Industrie und Handwerk						
1. Industrie ²⁾						
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)		2 130	1 746	1 759	1 719	1 720
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) insgesamt	145 200	140 867	219 807	218 762	218 794	218 443
dar. Arbeiter einschl. gewerbl. Lehrlinge		111 760	154 140	154 109	152 134	152 273
* Geleistete Arbeiterstunden in 1000 ³⁾		21 399	25 454	25 190	24 119	24 518
* Bruttosumme der Gehälter in 1000 DM		11 369	67 058	62 049	68 813	69 448
* Bruttosumme der Löhne in 1000 DM		28 356	110 408	97 845	104 109	106 488
* Umsatzwerte in 1000 RM/DM ⁴⁾	154 200	333 013	1 243 771	1 152 327	1 145 683	1 179 027
dar. nach dem Ausland in 1000 DM		12 845	148 828	115 242	157 851	135 117
* Brennstoffverbrauch in Steinkohlenwert ⁵⁾ t		52 913	14 072	16 619	15 896	16 880
* Heizölverbrauch in t			57 692	65 555	67 685	70 518
* Stromerzeugung in 1000 kWh		5 925	16 820	15 827	16 824	17 306
* Stromverbrauch in 1000 kWh		34 341	107 008	107 701	110 591	114 613
* Gasverbrauch in 1000 cbm			6 709	8 659	8 219	7 442
Beschäftigte nach Industriegruppen insgesamt	145 200	140 867	219 807	218 762	218 794	218 443
dar. Mineralölverarbeitung	4 000	4 371	8 612	8 607	8 603	8 618
NE-Metallindustrie	1 900	2 509	2 800	2 805	2 865	2 845
Chemische Industrie	8 200 ⁶⁾	10 439	17 322	17 045	17 551	17 461
Kautschuk und Asbest	9 200	10 380	12 249	12 339	12 302	12 274
Maschinenbau	12 400	16 409	29 173	28 784	29 110	29 087
Schiffbau	26 500	12 559	22 921	23 535	22 217	22 262
Elektroindustrie	5 400	10 785	28 624	28 102	29 032	28 882
Druck und Vervielfältigung	7 800 ⁷⁾	6 721	12 821	12 801	12 703	12 712
Ölmühlenindustrie			2 511	2 515	2 496	2 501
Margarineindustrie	} 5 400	} 4 628	3 335	3 212	3 248	3 226
Kaffee und Tee		721	3 736	3 592	3 852	3 872
Tabakverarbeitung	2 700	2 762	3 099	3 103	2 973	3 003
Umsatz nach Industriegruppen insgesamt in 1000 RM/DM	154 200	333 013	1 243 771	1 152 327	1 145 683	1 179 027
dar. Mineralölverarbeitung	12 800	32 925	218 806	187 996	199 776	188 333
NE-Metallindustrie	9 700	15 005	53 109	32 487	40 397	66 960
Chemische Industrie	12 900 ⁶⁾	25 296	91 078	80 797	92 169	98 047
Kautschuk und Asbest	4 600	13 990	41 804	37 654	40 635	36 826
Maschinenbau	9 400	16 234	76 569	62 670	66 290	67 374
Schiffbau	14 400	7 633	72 510	104 782	35 043	71 891
Elektroindustrie	4 400	10 463	134 655	134 013	145 454	124 229
Druck und Vervielfältigung	4 500 ⁷⁾	7 748	37 167	34 839	36 783	35 487
Ölmühlenindustrie			48 328	47 779	56 162	53 669
Margarineindustrie	} 21 500	} 41 967	23 416	19 769	21 190	29 728
Kaffee und Tee		4 298	71 966	66 328	67 431	66 703
Tabakverarbeitung	12 000	55 911	104 038	94 528	88 336	93 217
2. Öffentliche Energieversorgung						
Wasserrförderung in 1000 cbm	5 737 ⁸⁾	8 282	10 842	10 085	9 898	10 818
* Gaserzeugung in 1000 Ncbm auf Kohlen- und Raffineriebasis (brutto)	18 767 ⁹⁾	20 935	40 193	52 966	55 013	55 738
* Stromerzeugung in 1000 kWh (brutto)	40 210 ⁹⁾	125 855	427 146	458 188	465 907	501 617
Vierteljahresdurchschnitt¹⁰⁾						
	1961	1962	1964	4. Vierteljahr 1963	4. Vierteljahr 1964	3. Vierteljahr 1964
3. Handwerk (Meßziffern ¹¹⁾)						
* Beschäftigte (Ende des Vj.) (Mai 1956 = 100)	102,2	98,7	98,7	99,3	97,5	99,2
* Umsatz (Vj.-Ø 1955 = 100)	191,4	197,5	222,1	238,4	256,7	221,8
dar. Handwerksumsatz (Vj.-Ø 1955 = 100)	174,7	180,8	206,3	225,7	240,2	209,2
Versehung mit Nahrungsmitteln						
1. Milcherzeugung						
* Kuhmilcherzeugung in 1000 kg	2 618	2 285	1 975	1 868	1 810	1 939
* Milchlieferung an Molkereien in 1000 kg	1 597	1 946	1 661	1 476	1 529	1 673
in % der Gesamterzeugung	61,0	85,2	84,1	79,0	84,5	86,3
* Milchleistung je Kuh und Tag in kg	8,6	8,3	10,9	10,8	10,7	10,4
2. Trinkmilchabsatz an Verbraucher durch Molkereien						
Vollmilch insgesamt in 1000 kg		10 709	10 330	9 775		9 655
dav. lose in 1000 kg			4 129	4 123		3 563
in Flaschen in 1000 kg			6 201	5 652		6 092
Mager- und Buttermilch in 1000 kg		1 186	448	225		216
3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandstiere)						
Rinder	6 580	4 980	8 884	6 456	6 122	7 278
Kälber	3 884	3 699	3 293	3 005	2 498	2 320
Schweine	24 847	19 784	46 143	37 704	44 660	47 834
Schafe	4 265	5 681	3 126	2 852	2 399	2 768
4. Schlachtungen (Inlandstiere)						
* Rinder (ohne Kälber) ¹²⁾	8 075	3 363	7 810	6 122	5 501	6 542
* Kälber ¹²⁾	5 568	4 065	3 193	2 983	2 482	2 228
* Schweine insgesamt	40 186	21 165	47 856	40 095	47 699	53 341
dar. Hausschlachtungen		1 455	457	572	618	1 222
* Gesamtschlachtgewicht in 1000 kg ¹²⁾ ¹³⁾	6 467	3 220	6 430	5 242	5 775	6 546
dar. Rinder (ohne Kälber) in 1000 kg	1 989	836	1 873	1 471	1 378	1 610
* Schweine in 1000 kg	3 878	1 882	4 196	3 446	4 091	4 670
Durchschnittliches Schlachtgewicht für Rinder in kg	246,3	248,7	239,9	240,3	250,5	246,1
für Kälber in kg	57,2	43,2	68,2	63,9	73,2	67,6
für Schweine in kg	96,5	95,5	88,5	87,2	86,9	89,6

1) Zahlen für die Industrie nach dem heutigen Gebietsstand, teilweise geschätzt. - 2) Es sind hierbei die hamburgischen Industriebetriebe mit 10 und mehr Beschäftigten berücksichtigt (ohne Betriebe der Bauindustrie und Energiewirtschaft). - 3) Einschl. Lehrlingsstunden. - 4) Einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. - 5) 1 t SKE = 1 t Steinkohle, = 1 t Steinkohlenkoks, = 3 t Rohbraunkohle, = 1,5 t Braunkohlenbriketts, Braunkohlenkoks. - 6) 1936 = einschl. Kunststoffverarbeitende Industrie. - 7) 1936 = einschl. Papierverarbeitung. - 8) Rechnungsjahr 1935/36 einschl. Cuxhaven. - 9) Rechnungsjahr 1935/36. - 10) Bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. - 11) Nach den Ergebnissen der vierteljährlichen repräsentativen Handwerksberichterstattung. - 12) Gewerbliche Schlachtungen. - 13) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innerelen.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Februar 1964	Februar 1965	Januar 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Versorgung mit Nahrungsmitteln						
5. Obst- und Gemüsemarkt (Großmarkt Hamburg)						
Obstzufuhr aus dem Inland in 1000 kg	1 749	3 815	4 125	3 381	3 998	3 905
Obstzufuhr aus dem Ausland in 1000 kg	4 337	2 571	15 495	16 338	18 001	17 968
Gemüsezufuhr aus dem Inland in 1000 kg	6 351	4 956	6 560	3 777	4 129	4 803
Gemüsezufuhr aus dem Ausland in 1000 kg	264	926	5 343	4 284	5 241	6 112
6. Fischmarkt						
Versteigerte Mengen insgesamt in 1000 kg	12 241	6 044	2 162	2 523		1 935
dar. in Hmb. angelandete Fische in 1000 kg	12 119	6 016	1 780	1 817		1 316
Handel und Gastgewerbe						
1. Index der Einzelhandelsumsätze (1954 = 100)						
Einzelhandel aller Betriebsformen			200	178	184	191
dav. Nahrungs- und Genußmittel			195	189	192	194
dar. Lebensmittel aller Art			188	186	198	198
Obst, Gemüse, Südfrüchte			177	151	143	149
Fische und Fischwaren			204	208	196	207
Milch und Milcherzeugnisse			173	172	163	165
Schokolade und Süßwaren			137	118	112	120
Tabakwaren			182	167	170	171
Bekleidung, Wäsche, Schuhe			186	133	141	182
dar. Textilien aller Art			234	167	187	221
Wirk-, Strick- und Kurzwaren			196	146	153	168
Oberbekleidung			151	104	107	169
Schuhwaren			186	118	120	154
Hausrat und Wohnbedarf			221	190	211	209
dar. Eisenwaren und Küchengeräte			184	136	145	142
Porzellan und Glaswaren			206	144	207	265
Beleuchtungs- u. Elektrogeräte			254	233	248	205
Rundfunk-, Fernseh- und Phonoartikel			369	327	341	359
Möbel			155	138	162	141
Teppiche, Gardinen usw.			139	145	153	164
Sonstige Waren			214	198	202	189
dar. Bücher			241	224	232	192
Papier- und Schreibwaren			187	163	185	197
Galanterie- und Lederwaren			159	99	108	113
Apotheken			187	191	204	200
Drogerien			219	186	187	180
Foto und Optik			211	158	153	171
Büromaschinen und Büromöbel			168	146	166	164
Fahrräder, Krafträder u. Zubehör			180	135	118	104
Kraftwagen und Zubehör			253	232	278	249
Uhren, Gold- und Silberwaren			208	144	160	172
Blumen und Sämereien			268	239	324	265
Brennmaterial			167	192	184	142
2. Umsatz-Index des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes (1962 = 100)						
Gastgewerbe insgesamt			95	85	95	93
Beherbergungsgewerbe zusammen			117	97	99	108
dav. Hotels			119	100	101	109
Gasthöfe			114	96	102	114
Fremdenheime und Pensionen			110	81	88	96
Schankgewerbe zusammen			89	81	94	89
dav. Gast- und Speisewirtschaften			85	79	94	85
Bahnhofswirtschaften			101	88	88	99
Cafés			105	83	70	83
Bars, Tanz- und Vergnügungsbetriebe			100	89	106	114
3. Fremdenverkehr 1) 2)						
* Zahl der gemeldeten Fremden	81 041	48 229	115 127	79 492	81 306	88 890
* dar. Ausländer	11 283	10 303	40 832	21 239	20 260	19 861
* Zahl der Übernachtungen	180 185	103 109	226 553	167 215	168 596	183 407
* dar. Ausländer	27 491	22 805	79 016	46 423	46 426	45 751
Bettenausnutzung % der höchstmöglichen Belegung nach dem Bettenstand vom 1. April des jeweiligen Jahres	46	55	55	43	44	43
4. Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost (in Mio DM) 3)						
Bezüge Hamburgs		5	7	5	6	7
Lieferungen Hamburgs		3	10	7	10	11
5. Handel mit Berlin (West) (in Mio DM) 4)						
Bezüge Hamburgs		9	105	101	102	153
Lieferungen Hamburgs		37	132	134	130	99

1) Ohne Heime, Jugendherbergen, Massenquartiere und Privatquartiere. — 2) 1938 einschl. der Hospize, Herbergen und ähnlicher Vereinshäuser.
3) Quelle: Statistisches Bundesamt.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Februar 1964	Februar 1965	Januar 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Handel und Gastgewerbe						
6. Ausfuhr in Hamburg hergestellter Waren (in Mio DM)						
* Insgesamt		26	175	181	250 p	264 r
dav. nach Warengruppen						
Ernährungswirtschaft		1	15	12	10 p	13 r
Gewerbliche Wirtschaft		25	160	169	240 p	251 r
dav. Rohstoffe		1	3	5	2 p	3
Halbwaren		12	37	24	60 p	57 r
Fertigwaren		12	120	140	178 p	191 r
dav. Vorerzeugnisse		2	9	9	8 p	10 r
Enderzeugnisse		10	111	131	170 p	181 r
dav. nach ausgewählten Verbrauchsgebieten						
Europa			118	115	200 p	215
dar. EWG-Länder			47	47	130 p	133
EFTA-Länder			52	47	55 p	59
Afrika			13	7	15 p	13
Amerika			24	48	20 p	19
dav. Nordamerika			11	11		9
dar. USA			10	10		8
Mittelamerika			4	31		1
Südamerika			9	6		9
Asien			17	10	12 p	14
Australien und Ozeanien			3	1	3 p	3
7. Deutscher Außenhandelsverkehr über Hamburg						
	1936					
Wareneinfuhr (in 1000 t)	648	464	1 818	1 577	1 800 p	1 900 p
Warengruppen:						
dar. Ernährungswirtschaft	161	185	392	320	320 p	360 p
Gewerbliche Wirtschaft	487	278	1 426	1 257	1 480 p	1 540 p
dav. Rohstoffe und Halbwaren	480	272	1 362	1 204	1 440 p	1 480 p
Fertigwaren	7	6	64	53	40 p	60 p
Ländergruppen:						
dar. Europa	319	134	376	384	300 p	
dav. EWG-Länder	29	32		122		
EFTA-Länder	179	75		175		
Sonstige Länder	111	27		87		
Außereuropa	329	330	1 818	1 193	1 500 p	
dav. Amerika	214	150	602	512		
dav. Nordamerika	77	73		267		
Mittelamerika	83	25		30		
Südamerika	54	52		215		
Afrika	48	60	282	255		
Asien	64	118	539	407		
Australien und Ozeanien	3	2	19	19		
Warenausfuhr (in 1000 t)	168	216	350	416	400 p	450 p
Warengruppen:						
dar. Ernährungswirtschaft	12	4	62	79	70 p	60 p
Gewerbliche Wirtschaft	156	212	288	337	330 p	390 p
dav. Rohstoffe	84	16	31	61	15 p	40 p
Halbwaren		160	140	166	200 p	180 p
Fertigwaren	72	36	117	110	115 p	170 p
dav. Vorerzeugnisse		17	37	36	45 p	60 p
Enderzeugnisse		19	80	74	70 p	110 p
Ländergruppen:						
dar. Europa	80	153	179	221	200 p	
dav. EWG-Länder	13	4	13	27		
EFTA-Länder	44	125	136	153		
Sonstige Länder	23	24	30	41		
Außereuropa	88	58	147	152	160 p	
dav. Amerika	45	38	59	53		
dav. Nordamerika	18	17	31	26		
dar. USA	13	12	26	23		
Mittelamerika	7	5	10	11		
Südamerika	20	16	18	16		
Afrika	11	8	36	38		
Asien	30	8	47	56		
Australien und Ozeanien	2	4	5	5		
Verkehr						
	1936					
1. Seeschifffahrt						
a) Schiffsverkehr zur See						
Angekommene Schiffe	1 512	955	1 677	1 632	1 600 p	1 670 p
dar. deutsche Schiffe	1 027	526	955	922	900 p	950 p
Abgegangene Schiffe	1 610	1 017	1 803	1 618	1 720 p	1 760 p
dar. deutsche Schiffe	1 118	591	1 077	949	950 p	1 030 p
Raumgehalt der angekommenen Schiffe						
in 1000 NRT	1 714	937	2 955	2 684	2 900 p	2 950 p
dar. deutsche Schiffe	873	128	762	657	700 p	800 p
Raumgehalt der abgegangenen Schiffe						
in 1000 NRT	1 712	936	2 960	2 712	2 950 p	3 000 p
dar. deutsche Schiffe	875	135	781	705	750 p	800 p

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Februar 1964	Februar 1965	Januar 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Verkehr						
Seeschifffahrt						
b) Linienschifffahrt (Linien) 1)	184	176	262	256	.	264 p
dav. Europa	102	84	79	77	.	80 p
Außereuropa	82	92	183	179	.	184 p
Reisen (Abfahrten)	728	319	746	671	.	760 p
dar. nach Europäischem Ausland	383	159	304	267	.	310 p
Amerika	72	54	170	157	.	170 p
Afrika	37	18	105	97	.	100 p
Asien	33	23	91	93	.	90 p
Australien	7	4	15	13	.	15 p
c) Personenverkehr über See						
Ausreisende insgesamt	6 744	870	1 920	686	530 p	1 145 r
dar. nach Häfen in						
Nord-Europa						
(einschl. Ostseegebiet)			347	40	30 p	52 r
West-Europa						
(einschl. Großbritannien			419	181	140 p	169 r
und Irland)						
Nordamerika	2 882	446	557	79	50 p	577 r
Südamerika	1 286	231	290	232	265 p	246 r
Einreisende insgesamt	5 373	333	1 532	554	480 p	1 424 r
dar. von Häfen in						
Nord-Europa						
(einschl. Ostseegebiet)			128	13	30 p	94 r
West-Europa						
(einschl. Großbritannien			405	246	170 p	309 r
und Irland)						
Nordamerika	2 057	171	558	32	20 p	11 r
Südamerika	882	30	295	177	235 p	211 r
d) Güterverkehr zur See (in 1000 t brutto)	2 147	919	2 951	2 809	2 575 p	2 970 p
dav. Empfang	1 521	620	2 224	2 086	1 865 p	2 185 p
dav. Massengut	980	429	1 678	1 539	1 335 p	1 606 p
dar. Mineralöle	307	162	976	920	900 p	1 000 p
Kohle	262	113	215	280	.	.
Getreide	133	70	227	192	.	.
Sackgut			101	104		129 p
Stückgut	541	191	445	443	530 p	450 p
dav. nach Verkehrsbezirken:						
Inland	110	110	42	32	.	.
Europäisches Ausland	520	159	458	336	.	.
Außereuropa	891	351	1 724	1 718	.	.
dar. Nahost und						
Persischer Golf		128	485	420	.	.
Vereinigte Staaten						
von Amerika	171	78	373	366	.	.
Versand	626	299	727	723	710 p	785 p
dav. Massengut	205	144	307	330	290 p	326 p
Sackgut			72	80		89 p
Stückgut	421	155	348	313	420 p	370 p
dav. nach Verkehrsbezirken:						
Inland	149	32	105	113	.	.
Europäisches Ausland	302	170	324	307	.	.
Außereuropa	175	97	298	303	.	.
2. Binnenschifffahrt						
a) Schiffsverkehr auf Binnenwasserstraßen						
Angekommene Schiffe	2 674	1 716	2 291	1 769	1 674	2 109
Abgegangene Schiffe	2 560	1 677	2 165	1 750	1 579	2 086
Tragfähigk. der angek. Schiffe in 1000 t	879	362	739	579	609	704
Tragfähigk. der abgeg. Schiffe in 1000 t	845	344	703	570	564	717
b) Güterverkehr auf Binnenwasserstraßen						
Eingang (in 1000 t)	318	151	292	182	247	300
dar. Bundesrepublik	77	101	261	167	208	264
dav. Niederelbe	24	32	64	39	53	69
Oberelbe bis Zonengrenze	53	62	175	115	116	169
Mittellandkanal	0	7	22	13	39	26
Berlin (West)	7	25	9	6	8	8
Sowjetische Besatzungszone	155	3	7	2	11	18
Tschechoslowakei	42	22	15	7	20	10
Ausgang (in 1000 t)	504	121	285	267	264	313
dar. Bundesrepublik	59	81	166	141	161	192
dav. Niederelbe	49	48	129	108	121	141
Oberelbe bis Zonengrenze	10	32	27	20	14	28
Mittellandkanal	0	1	10	13	26	23
Berlin (West)	29	28	65	62	57	75
Sowjetische Besatzungszone	268	2	31	49	12	16
Tschechoslowakei	34	10	23	15	34	30
3. Flugverkehr (gewerblicher Verkehr)						
Gelandete Flugzeuge	351	491	1 940	1 431	.	.
Gestartete Flugzeuge	352	491	1 947	1 431	.	.
Angekommene Fluggäste	1 818	4 993	59 300	40 369	.	.
dar. aus dem Ausland			19 195	12 556	.	.
Abgereiste Fluggäste	1 812	4 203	59 828	41 230	.	.
dar. nach dem Ausland			19 323	13 162	.	.
Angekommene Fracht in t	22,8	186,8	533	518	.	.
dar. aus dem Ausland					.	.
Abgegangene Fracht in t	20,3	58,7	486	423	.	.
dar. nach dem Ausland					.	.
Angekommene Post in t	9,0	35,6	179	181	.	.
Abgegangene Post in t	5,6	15,8	211	200	.	.
4. Bundesbahnverkehr						
Güterempfang in 1000 t (öffentlicher Verkehr)		416,9		508,4	.	.
Güterversand in 1000 t (öffentlicher Verkehr)		246,8		634,9	.	.
Gestellte Güterwagen		31 414	48 699	48 364	40 847	33 109

1) Stand Ende des Jahres bzw. Monats.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Februar 1964	Februar 1965	Januar 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Verkehr						
5. Personenverkehr Hamburger Verkehrsmittel						
Beförderte Personen (in 1000)						
Stadtbahn (S-Bahn)	7 939	11 064	9 718	9 645	9 076	10 842
Hoch- und Untergrundbahn (einschl. W-Bahn)	6 571	11 752	13 690	13 756	12 564	13 510
Straßenbahn	13 799	23 498	10 533	10 438	9 492	10 213
Kraftomnibusse der HHA 1) 2)	1 083	2 028	9 101	8 442	8 987	9 591
Alsterdampfer	281	337	153	81	93	95
Schiffe der Hafendampfschiffahrt AG.	1 339	1 362	1 244	1 078		
Kraftomnibusse der VHH AG. 2) 3)	373	786	573	523	600	669
Kraftomnibusse der Deutschen Bundespost			19	14	17	21
Kraftomnibusse der Deutschen Bundesbahn			379	351	388	450
Private Kraftomnibusse 2)		200	290	266	202	204
6. Kraftfahrzeuge						
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung (im Verkehr befindlich) insgesamt 4)	82 080	59 100	323 460	298 768	326 110	323 873
dar. Personenkraftwagen 5)	39 260	25 948	280 404	256 025	283 498	281 169
b) Zulassungen von fabrikneuen Kraftfahrzeugen insgesamt	928	1 177	4 567	4 291		
dar. Krafträder	232	221	17	7		
Personenkraftwagen	501	644	3 694	3 559		
Kombinationskraftwagen	—	—	412	404		
Lastkraftwagen	179	288	363	276		
7. Straßenverkehrsunfälle						
Zahl der Verkehrsunfälle	865	1 058	2 341	1 986	1 996	2 046
dav. mit Personenschaden 6)	459	426	918	746	669	682
mit nur Sachschaden	406	632	1 424	1 240	1 327	1 364
Getötete Personen	8	12	30	41	16	34
Verletzte Personen	517	483	1 184	907	854	849
Geld und Kredit						
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbanken)						
(Beträge in Mio DM)						
a) Kredite der Kreditinstitute 7)						
Kredite an Nichtkreditinst. am Monatsende		1 556,1	11 856,1	10 881,7	13 002,2	12 904,2
dav. kurzfristige Kredite 8)		1 353,8	3 964,5	3 917,0	4 259,7	4 238,9
dav. an Wirtschaft und Private		1 328,7	3 945,4	3 893,2	4 240,6	4 226,9
an öffentl.-rechtl. Körperschaft.		25,1	19,1	23,8	19,1	12,0
mittelfristige Kredite 7) 8) 9)		55,8	1 497,8	1 305,0	1 655,9	1 665,7
dav. an Wirtschaft und Private		55,6	1 365,8	1 185,7	1 512,7	1 521,5
an öffentl.-rechtl. Körperschaft.		0,2	132,0	119,3	143,2	144,2
langfristige Kredite 7) 8) 9)		146,5	6 393,8	5 659,7	7 086,6	6 999,6
dav. an Wirtschaft und Private		146,0	5 581,8	4 996,5	6 151,3	6 059,8
an öffentl.-rechtl. Körperschaft.		0,5	812,0	663,2	935,3	939,8
Kredite an Kreditinst. am Monatsende		105,7	908,3	830,3	904,3	924,5
b) Einlagen bei den Kreditinstituten						
Einlagen von Nichtkreditinstituten am Monatsende		1 152,3	7 585,8	7 325,8	8 261,3	8 127,8
dav. Sicht- und Termineinlagen		1 026,3	4 064,6	3 922,5	4 373,6	4 296,9
dav. von Wirtschaft und Privaten		948,0	3 537,9	3 413,0	3 828,0	3 779,8
von öffentl.-rechtl. Körperschaft.		178,3	526,7	509,5	545,6	517,1
Spareinlagen		126,0	3 521,2	3 403,3	3 887,7	3 830,9
dar. bei Sparkassen		97,2	2 432,2	2 365,7	2 688,4	2 644,5
Kreditbanken			877,3	837,6	963,8	953,1
Einlagen von Kreditinstituten am Monatsende		106,6	2 214,2	2 124,6	2 475,9	2 440,1
c) Sparverkehr						
Sämtliche Kreditinstitute 10)						
Spareinlagen am Monatsende		126,0	3 521,2	3 403,3	3 887,7	3 830,9
dar. steuerbegünstigt		12,4		1,8		
prämienbegünstigt			338,4	315,0	412,6	409,2
Gutschriften		10,2	195,8	174,3	213,8	264,9
Lastschriften		7,3	167,8	127,0	157,1	189,5
Saldo der Gut- und Lastschriften		+ 2,9	+ 27,9	+ 47,3	+ 56,7	+ 75,4
Zinsen		2,6	10,0	0,0	0,1	0,5
2. Zahlungsschwierigkeiten, Leihhäuser						
a) Wechselproteste 11) (Zahl)		1 324	1 203	1 107	887	1 034
Betrag in 1000 DM		1 194	1 451	1 467	1 169	1 094
Durchschnittsbetrag je protest. Wechsel in DM		902	1 206	1 325	1 318	1 058
b) Konkurse und Vergleichsverfahren (Zahl)						
Konkurse	12	25	12	13	19	13
Eröffnete Vergleichsverfahren	1	3	1	4	1	—
c) Mahn- und Offenbarungseidverfahren (Zahl)						
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	14 894	21 302	21 705	20 316	18 268	17 965
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides		2 392	2 969	2 919	2 779	2 599
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides		848	1 286	1 228	1 084	1 066
Abgeleitete Offenbarungseide		124	399	416	371	373
d) Öffentliche Leihhäuser						
Verpfändungen 12), Zahl	19 155	13 214	3 736	3 791	3 369	3 533
RM/DM	298 306	384 610	410 037	364 783	357 760	342 548
Einlösungen, Zahl	13 235	12 709	3 380	3 340	2 990	2 863
RM/DM	176 172	401 990	351 331	305 456	287 048	380 690

1) 1950 einschl. Obusse. — 2) Ab Januar 1963 ohne den von den Ländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen genehmigten Linienverkehr. — 3) 1938 und 1950 BGE und Südstorm. Kreisbahn (einschl. Eisenbahnbetrieb). — 4) Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — 5) Einschl. Kombinationskraftwagen. — 6) Teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — 7) Ab 1. 1. 1964 einschl. durchlaufender Mittel. — 8) 131 berichtspflichtige Institute. — 9) Bis einschl. Mai 1950 ohne Wirtschaft und Private. — 10) Ohne Postsparkasse. — 11) Wechselproteste der Kreditinstitute und der Post. — 12) Einschließlich Erneuerungen.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Februar 1964	Februar 1965	Januar 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Geld und Kredit						
3. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg						
Aktiengesellschaften, Zahl	.	.	161	161	160	160
Kapital in Mio DM	.	.	3 717,1	3 535,7	3 883,4	3 880,9
Gesellschaften m. b. H., Zahl	.	.	3 696	3 655	3 786	3 767
Kapital in Mio DM	.	.	2 549,3	2 669,1	2 870,0	2 863,3
Steuern¹⁾						
Steueraufkommen (in 1000 RM/DM) ²⁾						
1. Bundessteuern						
* Umsatzsteuer	9 363	22 996	78 447	70 871	71 803	101 136
* Umsatzausgleichsteuer	2 180	2 779	33 270	32 661	31 652	34 393
* Beförderungsteuer	79	943	1 453	1 249	991	1 132
* Notopfer Berlin	..	1 749	129	449	20	184
* Zölle	45 572	17 772	56 438	67 012	41 061	43 607
* Verbrauchsteuern	31 925	42 968	309 886	206 127	303 347	357 614
* dav. Tabaksteuer	24 492	32 535	64 459	48 056	31 303	64 818
Kaffeesteuer	..	5 831	25 773	26 068	21 553	25 061
Teesteuer	..	521	946	419	716	690
Branntweinmonopol ³⁾	249	2 514	4 716	3 374	3 744	4 273
Mineralölsteuer	51	871	213 828	128 096	245 907	262 625
Sonstige Verbrauchsteuern	7 133	697	165	114	123	146
* Summe der Bundessteuern	..	89 211	479 624	378 370	448 873	538 066
* Außerdem: Lastenausgleichsabgaben	..	9 478 ⁴⁾	6 989	17 016	13 772	3 191
dav. Vermögensabgabe	..	5 352	5 467	16 451	13 364	1 369
Hypothekengewinnabgabe	..	2 771	1 204	447	358	1 016
Kreditgewinnabgabe	319	117	50	806
2. Landessteuern						
* Lohnsteuer	7 390	10 051	86 807	63 365	67 852	127 139
* Veranlagte Einkommensteuer	17 032	9 277	65 327	15 470	17 051	18 990
* Nichtveranlagte Steuer vom Ertrag	552	224	11 854	32 294	13 045	27 987
* Körperschaftsteuer	8 928	9 544	43 494	3 919	96	10 849
* Steuern vom Einkommen zusammen	33 902	29 097	207 482	115 049	98 044	184 965
* dav. an den Bund abgeführt ⁵⁾	80 918	44 869	36 237	72 136
* Hamburg verblieben	126 564	70 180	59 807	112 828
* Vermögensteuer	1 513	466	10 756	25 103	27 407	3 070
Erbsteuer	469	63	1 223	1 375	937	844
Gründerwerbsteuer	398	135	1 505	1 396	1 837	1 495
Kapitalverkehrssteuer	227	179	2 296	1 368	3 224	809
* Kraftfahrzeugsteuer	423	1 312	7 297	6 135	6 725	9 020
* Versicherungssteuer	559	847	3 806	5 891	6 610	4 066
* Rennwett- und Lotteriesteuer	452	820	2 511	1 456	1 828	6 942
* Wechselsteuer	0	536	803	788	911	1 143
* Feuerschutzsteuer	15	127	179	905	1 112	306
* Biersteuer	792	870	2 293	2 187	2 657	2 182
* Summe der Landessteuern	..	34 461	240 152	161 653	151 293	214 842
3. Gemeindesteuern						
* Realsteuern	9 974	8 666	46 638
dav. Grundsteuer A	50	42	71
Grundsteuer B	4 538	3 365	4 941
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital	4 668	4 215	36 249
Gewerbsteuer nach der Lohnsumme	718	1 044	5 377
Gewerbsteuerausgleichzuschüsse	24	29	433
* Übrige Gemeindesteuern	7 411	1 864	570
dar. Kinosteuer	123	497	68
Übrige Vergnügungsteuer	106	146	293
Hundesteuer	68	132	208
Summe der Gemeindesteuern	17 385	10 071	47 208
Öffentliche Ordnung und Sicherheit						
1. Feuerlösch- und Unfalldienst						
Gesamtzahl der Alarmierungen	633	1 427	4 418	3 746	4 135	4 546
dav. Feueralarme	187	185	320	272	236	282
dav. falsche Alarme und Unfug-	49	39	61	66	59	80
meldungen	138	146	259	206	177	202
bekämpfte Brände insgesamt	10	4	16	11	9	5
dav. Großbrände	17	14	42	27	15	32
Mittelbrände	88	114	111	67	80	87
Kleinbrände	80	86	55	64
Entstehungsbrände	..	10	10	15	18	14
Schornsteinbrände
Hilfeleistungen aller Art	446	1 242	4 098	3 474	3 899	4 264
dar. bei Straßen- und Verkehrs-	..	314	1 090	885	931	954
unfällen	..	235	531	437	421	451
Betriebsunfällen
Hierbei durchgeführte Unfalltransporte	..	976	3 851	3 402	3 637	4 042
2. Krankenbeförderungswesen						
Ausgeführte Krankentransporte	..	5 625	4 544	4 478	4 557	5 085
Beförderte Personen	..	6 449	4 775	4 737	4 756	5 299

¹⁾ Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben. — ²⁾ Monatsdurchschnitt 1938 = Durchschnitt des Rechnungsjahres 1938. — ³⁾ Ohne die Einnahmen der Bundesmonopolverwaltung für Branntwein. — ⁴⁾ Einschl. Soforthilfesonderabgabe. — ⁵⁾ 1963 = 38 %, 1964 = 39 %.

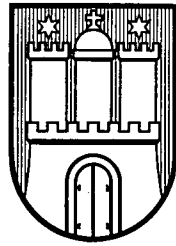
Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Februar 1964	Februar 1965	Januar 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Öffentliche Ordnung und Sicherheit						
3. Feststellungen der Polizei						
Straftaten	.	5 443	7 865	7 074	7 074	7 222
dar. Sittlichkeitsdelikte	.	142	206	194	211	190
Mord und Totschlag	.	2	5	2	2	4
Fahrlässige Tötung 1)	.	11	2	1	—	1
Körperverletzung 2)	.	32	89	74	88	93
Einfacher Diebstahl	.	2 416	3 416	3 153	2 810	3 026
Schwerer Diebstahl	.	558	1 651	1 508	1 555	1 493
Diebstähle zusammen	.	2 974	5 067	4 661	4 365	4 519
dar. Kraftwagen- u. -gebrauchsdiebstahl	.	36	158	169	177	179
Fahrrad- und -gebrauchsdiebstahl	.	202	379	274	207	215
Moped-, Motorrad- und -gebrauchs- diebstahl	.	.	185	138	94	98
Taschendiebstahl	.	78	40	36	40	42
Unterschlagung	.	357	224	206	184	185
Raub und Erpressung	.	11	39	61	37	35
Begünstigung und Hehlerei	.	99	127	68	63	103
Betrug und Untreue	.	607	730	567	730	681
Brandstiftung	.	39	42	24	26	27
Münzdelikte	.	13	—	—	—	1
Außerdem:						
Verkehrsvergehensanzeigen	.	.	792	645	725	761
Übertretungsanzeigen 3)	.	.	8 192	7 781	8 588	8 322
Ordnungswidrigkeitenberichte	.	.	477	610	351	403
Gebührenpflichtige Verwarnungen 4)	.	.	27 456	23 565	30 141	28 790
4. Rechtskräftig Abgeurteilte						
Abgeurteilte insgesamt	.	1 316	1 894	1 923	1 948 5)	1 914
dav. Erwachsene n. allg. Strafrecht abgeurt.	.	1 229	1 554	1 613	1 650	1 518
Heranwachs. n. allg. Strafrecht abgeurt.	.	.	125	138	109	154
Jugendliche n. Jugendstrafrecht abgeurt.	.	87	133	119	121	148
Heranwachsende n. Jugendstrafr. abgeurt.	.	.	82	53	68	94
dar. Widerstand gegen die Staatsgewalt	.	12	6	2	15	8
Fahrerflucht	.	6	65	75	68	85
Straftaten gegen den Personenstand, die Ehe und die Familie	.	4	50	60	68	54
Verbrech. u. Vergeh. wider die Sittlichkeit	.	51	51	55	41	49
Beleidigung, üble Nachrede	.	24	19	17	22	23
Verbrech. u. Vergeh. wider das Leben	.	9	12	7	20	9
Körperverletzung	.	52	125	132	151	149
Einfacher Diebstahl	.	324	311	329	325	379
Schwerer Diebstahl	.	80	82	62	100	72
Einf. u. schwerer Diebstahl im Rückfall	.	79	57	66	72	41
Unterschlagung	.	70	50	52	58	56
Raub und Erpressung	.	9	13	5	6	13
Begünstigung und Hehlerei	.	68	41	44	34	32
Betrug und Untreue	.	92	154	187	162	157
Urkundenfälschung	.	19	15	12	11	16
Vergehen gegen das StVG.	.	53	278	288	251	215
Löhne und Gehälter 6) 7)						
				Januar 1964	Januar 1965	Oktober 1964
1. Arbeiterverdienste in der Industrie 8)						
* Bruttowochenverdienste in RM/DM	männlich	51	77	213	197	222
	weiblich	27	44	128	122	133
* Bruttostundenverdienste in RM/DM	männlich	1,00	1,57	4,67	4,37	4,84
	weiblich	0,57	0,97	3,02	2,88	3,12
* Bezahlte Wochenstunden in Std.	männlich	51,4	48,8	45,6	45,1	45,9
	weiblich	47,4	45,4	42,4	42,4	42,6
* Geleistete Wochenarbeitszeit in Std.	männlich	.	.	42,5	42,7	44,7
	weiblich	.	.	39,0	40,1	41,7
2. Angestelltenverdienste (Bruttomonatsverd. i. DM)						
Industrie 8)						
* Kaufmännische Angestellte	männlich	.	.	1 019	986	1 048
	weiblich	.	.	688	663	708
* Technische Angestellte	männlich	.	.	1 101	1 060	1 130
	weiblich	.	.	689	659	715
Handel, Kreditinstitute u. Versicherungsgewerbe						
* Kaufmännische Angestellte	männlich	.	.	947	925	971
	weiblich	.	.	606	591	622
* Technische Angestellte	männlich	.	.	1 035	1 020	1 054
	weiblich	.	.	1 037	1 003	1 071
Industrie, Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe						
* Kaufmännische Angestellte	männlich	.	.	966	941	991
	weiblich	.	.	627	609	645
* Technische Angestellte	männlich	.	.	1 095	1 057	1 123
	weiblich	.	.	769	737	794

1) Ohne Verkehrsunfälle. — 2) Ohne §§ 223 und 230. — 3) Aus Verkehrsvorschriften und StGB. — 4) Aus Verkehrsvorschriften und Ordnungswidrigkeitenrecht. — 5) Außerdem: Aussetzung der Verhängung der Jugendstrafe (§ 27 JGG) Februar 1965 1 Jugendlicher und 1 Heranwachsender. — Absehen von der Verfolgung (§ 45 JGG) Februar 1965 18 Jugendliche. — 6) 1938 = September 1938 und 1950 = Durchschnitt der vier Erhebungsmonate. — 7) Ab 1964 neuer Berichtskreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — 8) Einschl. Energiewirtschaft und Hoch- und Tiefbau.

HAMBURG IN ZAHLEN

Jahrgang 1965



Mai-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Die Hamburger Sterbetafel 1960/62

Vorbemerkung

Wie bei der Volkszählung 1950 so wurde auch nach der Volkszählung 1961 eine Sterbetafel für das Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg errechnet. Die wichtigsten Ergebnisse und die Berechnungsmethode sollen im folgenden dargestellt werden. Eine kurze Bemerkung zur Aufgabe der Sterbetafel sei vorausgeschickt. Die Sterbetafel ist in erster Linie ein Instrument für die Messung der Sterblichkeit. Der Vergleich von Sterbetafeln, die für ein und dieselbe Bevölkerung zu verschiedenen Zeitpunkten aufgestellt wurden, ermöglicht darüber hinaus exakte Rückschlüsse auf Veränderungen der Sterblichkeitsverhältnisse in den dazwischen liegenden Zeiträumen. Sterblichkeitsvergleiche anhand von Sterbetafeln haben den Vorteil, daß Unterschiede in den Sterbeintensitäten unmittelbar aus der Sterbetafel abgelesen werden können, z. B. durch Vergleich der Überlebendenzahlen, der Sterbewahrscheinlichkeiten oder aber der Werte für die durchschnittliche mittlere Lebenserwartung. Da bei der Absterbeordnung der Sterbetafel der von Zufälligkeiten abhängige Altersaufbau der Bevölkerung ausgeschaltet ist, sind solche Tafeln insbesondere auch für Vergleiche von Bevölkerungen unterschiedlicher altersmäßiger Zusammensetzung das ideale Instrument. Abgesehen davon ist die Sterbetafel aber vor allem für die Vorausschätzung der künftigen natürlichen Bevölkerungsentwicklung ein unerläßliches Hilfsmittel. So läßt sich z. B. mit Hilfe der Sterbetafel eine größenordnungsmäßige Vorstellung davon gewinnen, wieviele Personen in den verschiedenen Altersgruppen unter der Voraussetzung, daß die Sterbeverhältnisse konstant bleiben, in den nächsten Jahren sterben werden. Aus den angeführten Beispielen wird auch die Bedeutung der

Sterbetafel für die Abschätzung des Risikos und als Unterlage für die Prämienfestsetzung im Lebensversicherungsgewerbe verständlich. Darüber hinaus vermittelt eine Bevölkerungsvorausberechnung unter Verwendung einer gegenwartsnahen Sterbetafel Anhaltspunkte darüber, wie sich die Altersstruktur der ansässigen Bevölkerung in den nächsten Jahren verändern wird.

Die Sterblichkeitsverhältnisse sind, bedingt durch die medizinischen und technischen Fortschritte u. ä., im Ablauf von Jahrzehnten Änderungen unterworfen. Das macht von Zeit zu Zeit eine Revidierung der Sterbetafel notwendig. Da hierfür sachlich sehr tiefgegliedertes Zahlenmaterial erforderlich ist, wie es durch die laufenden Bevölkerungsstatistiken nicht zur Verfügung steht, kann die Neuberechnung einer Sterbetafel im allgemeinen nur im Anschluß an eine Volkszählung vorgenommen werden.

Inhalt der Sterbetafel

Die in der Sterbetafel (Tab. 1) enthaltenen sogen. Sterbewahrscheinlichkeiten (Sp. 3) sind nicht zu verwechseln mit den altersspezifischen Sterbeziffern, mit denen sie die Aufgabe der Sterblichkeitsmessung gemeinsam haben. Berechnungsweise und damit der methodische Erkenntniswert sind unterschiedlich. Im Gegensatz zu den altersspezifischen Sterbeziffern¹⁾, bei denen es sich um auf die Durchschnittsbevölkerung bezogene Häufigkeitsziffern handelt, sind die Sterbewahrscheinlichkeiten Maßzahlen für die Veränderungen (Verminderung), die im Bestand der Lebenden durch den Sterbevorgang eingetreten sind. Bei der Berechnung der Sterbewahrscheinlichkeiten geht man von einem Anfangsbestand Gleichaltriger aus (z. B. 60jähriger) und stellt fest, wie viele dieser Gleichaltrigen vor Vollendung des nächsten Lebensjahres

1) Quotient aus der Zahl der Gestorbenen eines bestimmten Alters und Geschlechts und dem durchschnittlichen Bevölkerungsbestand desselben Alters und Geschlechts umgerechnet auf 10 000 oder 100 000 der Bevölkerung.

Tabelle 1

Die Hamburger Sterbetafel 1960/62

a) männliches Geschlecht

Alter in Monaten (x)	Über- lebende (lx)	Gestor- bene wäh- rend eines Monats (dx)	Sterbewahr- scheinlichkeit für einen Monat (qx)	Noch zu durchlebende Jahre	Mittlere Lebens- erwartung in Jahren (ex)	Alter in Jahren (x)	Über- lebende (lx)	Gestor- bene wäh- rend eines Jahres (dx)	Sterbewahr- scheinlichkeit für ein Jahr (qx)	Noch zu durchlebende Jahre	Mittlere Lebens- erwartung in Jahren (ex)					
												1	2	3	4	5
												1	2	3	4	5
0	100 000	2 028	0,020 28	6 780 428,1	67,80	40	92 234	269	0,002 90	2 960 897,0	31,96					
1	97 972	158	0,001 61	6 772 180,1	69,12	41	92 365	287	0,003 11	2 868 397,5	31,06					
2	97 814	119	0,001 22	6 764 022,3	69,15	42	92 078	310	0,003 37	2 776 176,0	30,15					
3	97 695	108	0,001 11	6 755 876,1	69,15	43	91 768	340	0,003 70	2 684 253,0	29,25					
4	97 587	89	0,000 91	6 747 739,3	69,15	44	91 428	374	0,004 09	2 592 655,0	28,36					
5	97 498	63	0,000 65	6 739 610,8	69,13	45	91 054	412	0,004 53	2 501 414,0	27,47					
6	97 435	54	0,000 55	6 731 488,6	69,09	46	90 642	453	0,005 00	2 410 566,0	26,59					
7	97 381	37	0,000 38	6 723 371,3	69,04	47	90 189	495	0,005 49	2 320 150,5	25,73					
8	97 344	31	0,000 32	6 715 257,8	68,98	48	89 694	540	0,006 02	2 230 209,0	24,86					
9	97 313	30	0,000 31	6 707 147,1	68,92	49	89 154	590	0,006 62	2 140 785,0	24,01					
10	97 283	27	0,000 28	6 699 038,9	68,86											
11	97 255	24	0,000 25	6 690 933,1	68,80											
						50	88 564	652	0,007 36	2 051 926,0	23,17					
						51	87 912	725	0,008 25	1 963 688,0	22,34					
						52	87 187	807	0,009 26	1 876 138,5	21,52					
						53	86 380	895	0,010 36	1 789 355,0	20,71					
						54	85 485	987	0,011 55	1 703 422,5	19,93					
						55	84 498	1 083	0,012 82	1 618 431,0	19,15					
						56	83 415	1 189	0,014 25	1 534 474,5	18,40					
						57	82 226	1 308	0,015 91	1 451 654,0	17,65					
						58	80 918	1 441	0,017 81	1 370 082,0	16,93					
						59	79 477	1 586	0,019 95	1 289 884,5	16,23					
						60	77 891	1 734	0,022 26	1 211 200,5	15,55					
						61	76 157	1 874	0,024 61	1 134 176,5	14,89					
						62	74 283	1 999	0,026 91	1 058 956,5	14,26					
						63	72 284	2 114	0,029 24	985 673,0	13,64					
						64	70 170	2 217	0,031 60	914 446,0	13,03					
						65	67 953	2 321	0,034 15	845 384,5	12,44					
						66	65 632	2 430	0,037 02	778 592,0	11,86					
						67	63 202	2 541	0,040 20	714 175,0	11,30					
						68	60 661	2 648	0,043 65	652 243,5	10,75					
						69	58 013	2 749	0,047 38	592 906,5	10,22					
						70	55 264	2 836	0,051 32	536 268,0	9,70					
						71	52 428	2 910	0,055 50	482 422,0	9,20					
						72	49 518	2 973	0,060 04	431 449,0	8,71					
						73	46 545	3 025	0,064 99	383 417,5	8,24					
						74	43 520	3 063	0,070 39	338 385,0	7,78					
						75	40 457	3 092	0,076 43	296 396,5	7,33					
						76	37 365	3 108	0,083 17	257 485,5	6,89					
						77	34 257	3 108	0,090 73	221 674,5	6,47					
						78	31 149	3 092	0,099 26	188 971,5	6,07					
						79	28 057	3 053	0,108 82	159 368,5	5,68					
						80	25 004	2 984	0,119 35	132 838,0	5,31					
						81	22 020	2 887	0,131 10	109 326,0	4,96					
						82	19 133	2 761	0,144 30	88 749,5	4,64					
						83	16 372	2 592	0,158 31	70 997,0	4,34					
						84	13 780	2 389	0,173 37	55 921,0	4,06					
						85	11 391	2 149	0,188 63	43 335,5	3,80					
						86	9 242	1 883	0,203 72	33 019,0	3,57					
						87	7 359	1 610	0,218 81	24 718,5	3,36					
						88	5 749	1 352	0,235 11	18 164,5	3,16					
						89	4 397	1 108	0,252 09	13 091,5	2,98					
						90	3 289	882	0,268 27	9 248,5	2,81					
						91	2 407	685	0,284 70	6 400,5	2,66					
						92	1 722	519	0,301 30	4 336,0	2,52					
						93	1 203	383	0,318 01	2 873,5	2,39					
						94	820	274	0,334 74	1 862,0	2,27					
						95	546	192	0,351 43	1 179,0	2,16					
						96	354	130	0,367 99	729,0	2,06					
						97	224	86	0,384 36	440,0	1,96					
						98	138	55	0,400 46	259,0	1,88					
						99	83	35	0,416 21	148,5	1,79					
						100	48	21	0,430 70	83,0	1,73					

Noch: Tabelle 1

Die Hamburger Sterbetafel 1960/62

b) weibliches Geschlecht

Alter in Monaten (x)	Überlebende (lx)	Gestorbene während eines Monats (dx)	Sterbewahrscheinlichkeit für einen Monat (qx)	Noch zu durchlebende Jahre (4)	Mittlere Lebenserwartung in Jahren (ex)	Alter in Jahren (x)	Überlebende (lx)	Gestorbene während eines Jahres (dx)	Sterbewahrscheinlichkeit für ein Jahr (qx)	Noch zu durchlebende Jahre (4)	Mittlere Lebenserwartung in Jahren (ex)
	1	2	3	4	5		1	2	3	4	5
0	100 000	1 595	0,015 95	7 349 984,5	73,50	40	94 925	194	0,002 04	3 482 114,5	36,68
1	98 405	106	0,001 08	7 341 716,9	74,61	41	94 731	209	0,002 21	3 387 286,5	35,76
2	98 299	98	0,001 00	7 333 520,9	74,60	42	94 522	224	0,002 37	3 292 660,0	34,83
3	98 201	76	0,000 77	7 325 333,4	74,60	43	94 298	238	0,002 52	3 198 250,0	33,92
4	98 125	58	0,000 59	7 317 153,1	74,57	44	94 060	255	0,002 71	3 104 071,0	33,00
5	98 067	44	0,000 45	7 308 978,4	74,53	45	93 805	276	0,002 94	3 010 138,5	32,09
6	98 023	38	0,000 39	7 300 808,0	74,48	46	93 529	300	0,003 21	2 916 471,5	31,18
7	97 985	37	0,000 38	7 292 641,0	74,43	47	93 229	323	0,003 46	2 823 092,5	30,28
8	97 948	33	0,000 34	7 284 477,1	74,37	48	92 906	342	0,003 68	2 730 025,0	29,38
9	97 915	27	0,000 28	7 276 316,1	74,31	49	92 564	360	0,003 89	2 637 290,0	28,49
10	97 888	21	0,000 21	7 268 157,6	74,25						
11	97 867	11	0,000 11	7 260 001,1	74,18						
						50	92 204	381	0,004 13	2 544 906,0	27,60
						51	91 823	409	0,004 45	2 452 892,5	26,71
						52	91 414	447	0,004 89	2 361 274,0	25,83
						53	90 967	493	0,005 42	2 270 083,5	24,96
						54	90 474	543	0,006 00	2 179 363,0	24,09
						55	89 931	596	0,006 63	2 089 160,5	23,23
						56	89 335	650	0,007 28	1 999 527,5	22,38
						57	88 685	708	0,007 98	1 910 517,5	21,54
						58	87 977	770	0,008 75	1 822 186,5	20,71
						59	87 207	842	0,009 65	1 734 594,5	19,89
						60	86 365	922	0,010 68	1 647 808,5	19,08
						61	85 443	1 012	0,011 85	1 561 904,5	18,28
						62	84 431	1 109	0,013 13	1 476 967,5	17,49
						63	83 322	1 207	0,014 48	1 393 091,0	16,72
						64	82 115	1 306	0,015 91	1 310 372,5	15,96
						65	80 809	1 412	0,017 47	1 228 910,5	15,21
						66	79 397	1 532	0,019 29	1 148 807,5	14,47
						67	77 865	1 670	0,021 45	1 070 176,5	13,74
						68	76 195	1 830	0,024 02	993 146,5	13,03
						69	74 365	2 006	0,026 98	917 866,5	12,34
						70	72 359	2 192	0,030 29	844 504,5	11,67
						71	70 167	2 381	0,033 93	773 241,5	11,02
						72	67 786	2 577	0,038 02	704 265,0	10,39
						73	65 209	2 782	0,042 67	637 767,5	9,78
						74	62 427	2 993	0,047 94	573 949,5	9,19
						75	59 434	3 199	0,053 83	513 019,0	8,63
						76	56 235	3 392	0,060 32	455 184,5	8,09
						77	52 843	3 565	0,067 46	400 645,5	7,58
						78	49 278	3 709	0,075 27	349 585,0	7,09
						79	45 569	3 822	0,083 87	302 161,5	6,63
						80	41 747	3 896	0,093 33	258 503,0	6,19
						81	37 851	3 929	0,103 80	218 704,5	5,78
						82	33 922	3 917	0,115 48	182 818,0	5,39
						83	30 005	3 863	0,128 73	150 854,5	5,03
						84	26 142	3 745	0,143 26	122 781,0	4,70
						85	22 397	3 538	0,157 96	98 511,5	4,40
						86	18 859	3 247	0,172 17	77 883,5	4,13
						87	15 612	2 897	0,185 54	60 648,0	3,88
						88	12 715	2 525	0,198 56	46 484,0	3,66
						89	10 190	2 175	0,213 43	35 032,0	3,44
						90	8 015	1 837	0,229 18	25 929,5	3,24
						91	6 178	1 515	0,245 30	18 833,0	3,05
						92	4 663	1 220	0,261 72	13 412,5	2,88
						93	3 443	958	0,278 34	9 359,5	2,72
						94	2 485	733	0,295 09	6 395,5	2,57
						95	1 752	546	0,311 87	4 277,0	2,44
						96	1 206	396	0,328 60	2 798,0	2,32
						97	810	280	0,345 19	1 790,0	2,21
						98	530	192	0,361 55	1 120,0	2,11
						99	338	128	0,377 60	686,0	2,03
						100	210	82	0,391 00	412,0	1,96

(in unserem Beispiel bis zur Vollendung des 61. Lebensjahres) sterben. Der Quotient aus der Zahl der Gestorbenen und dem Bestand der Gleichaltrigen zu Beginn des Beobachtungszeitraums ist die Sterbewahrscheinlichkeit.

Das folgende Beispiel soll nochmals den Zusammenhang verdeutlichen und gleichzeitig die praktische Anwendung der Sterbewahrscheinlichkeiten für die Bevölkerungsvorausberechnung illustrieren. Die Sterbewahrscheinlichkeit z. B. der 60jährigen Männer beträgt 0,02226. Sofern die Sterbeverhältnisse konstant bleiben und auch keine außergewöhnlichen Ereignisse (wie z. B. Kriege) eintreten, war also damit zu rechnen, daß von den rd. 12 678 60- bis unter 61jährigen Männern, die am 1. 1. 1963 in Hamburg lebten, etwa $12\,678 \times 0,02226$ also rd. 282 vor Vollendung des 61. Lebensjahres sterben würden. Die Zahl der tatsächlich im Jahre 1963 verstorbenen Männer dieses Alters einschließlich derjenigen, die durch unnatürliche Todesursachen, wie z. B. Unfälle u. ä. aus dem Bestand der Lebenden ausgeschieden sind, betrug 275. Die Abweichung ist also relativ gering, wenn man berücksichtigt, daß Veränderungen im Altersaufbau durch die Wanderungsbewegung im Jahr 1963 bei der Berechnung nicht berücksichtigt worden sind.

Anders als die altersspezifischen Sterbeziffern sind die Sterbewahrscheinlichkeiten für die einzelnen Altersjahre unmittelbar für eine Längsschnittbetrachtung des Sterbevorgangs aussagefähig²⁾. Die Sterbetafel stellt eine derartige Längsschnittbetrachtung dar. Sie zeigt das sukzessive Absterben einer fiktiven Bevölkerung von 100 000 gleichzeitig geborenen Personen, die den Sterblichkeitsverhältnissen einer bestimmten Bevölkerung — eben der, für die die Sterbetafel aufgestellt wurde — im Ablauf ihres Lebens unterworfen ist. Hierbei werden die bei der Querschnittsbetrachtung im Beobachtungszeitraum (1960—1962) für die einzelnen Altersjahre ermittelten Sterbewahrscheinlichkeiten auf die Längsschnittbetrachtung übertragen. Die so aufgestellte Sterbetafel genügt den praktischen Anforderungen, die an sie gestellt werden. So sind kurz- und mittelfristige Bevölkerungsvorausschätzungen ohne große Fehler möglich. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß z. B. die wirkliche Absterbeordnung eines konkreten Geburtsjahrganges bedingt durch den Einfluß zahlreicher historischer Zufälligkeiten (technischer und medizinischer Fortschritt, Epidemien, Kriege u. ä.) ganz anders aussehen kann.

Abgesehen von den aus dem Beobachtungsmaterial gewonnenen Sterbewahrscheinlichkeiten sind alle übrigen zur Charakterisierung der Sterblichkeitsverhältnisse einer Bevölkerung in die Sterbetafel aufgenommenen Merkmale (z. B. Zahl der Gestorbenen, mittlere Lebenserwartung usw.) unter Zugrundelegung der gedachten Bevölkerung, ausgehend von 100 000 Lebendgeborenen, mit Hilfe der Sterbewahrscheinlichkeiten errechnet.

Die Zahl der in einem bestimmten Alter (z. B. 60 Jahre) gestorbenen Männer (Sp. 2) ergibt sich

²⁾ Vgl. hierzu Mackenroth, Gerhard: „Bevölkerungslehre“, Berlin, Göttingen, Heidelberg, 1953 S. 77 f.

³⁾ Vgl. hierzu Schwarz, K.: Allgemeine Sterbetafel für die Bundesrepublik Deutschland. — In: Wirtschaft und Statistik 1964, Heft 7.

durch Multiplikation der Sterbewahrscheinlichkeit (Sp. 3) mit dem Bestand derjenigen (Sp. 1), die das betreffende Alter überhaupt erreicht haben (in unserem Beispiel also der 60jährigen).

Der Bestand der Überlebenden (Sp. 1), die den nächsten Geburtstag erleben, wurde durch Subtraktion der Gestorbenen (Sp. 2) vom Anfangsbestand der Überlebenden der Sterbetafelbevölkerung ermittelt. Die Spalte mit den Überlebendenzahlen der einzelnen Altersjahrgänge in der Sterbetafelbevölkerung ist besonders für die Berechnung von Überlebendenzahlen konkreter Altersjahrgänge über größere Zeiträume hinweg zweckmäßig. Will man z. B. wissen, wie groß die Zahl der Knaben ist, die in fünf Jahren 6 Jahre alt sein werden, so wird lediglich der Quotient aus den Überlebendenzahlen der Sterbetafel multipliziert mit dem heute vorhandenen Bestand an 1jährigen Knaben. Das Ergebnis ist die Zahl derjenigen heute 1jährigen Knaben, die voraussichtlich das 6. Lebensjahr vollenden.

Spalte 5 der Sterbetafel läßt erkennen, wieviel Jahre im Durchschnitt jeder der Überlebenden eines bestimmten Alters noch leben wird; z. B. hat jeder der 60jährigen — sofern die Sterblichkeitsverhältnisse konstant bleiben — noch eine durchschnittliche mittlere Lebenserwartung von 15,6 Jahren, was einem durchschnittlichen Sterbealter von etwa 75,6 Jahren entspricht. Die mittlere Lebenserwartung ist der Quotient aus der in Spalte 4 ausgewiesenen Zahl der von allen Überlebenden der betreffenden Altersgruppe (in unserem Beispiel der 60jährigen Männer) insgesamt noch zu durchlebenden Jahre und der Zahl der Überlebenden (Sp. 1) des betreffenden Alters. Die Zahl der insgesamt von den Überlebenden eines bestimmten Alters noch zu durchlebenden Jahre (Sp. 4) wurde ermittelt durch Aufrechnung der von den Überlebenden überhaupt zu durchlebenden Altersjahre vom höchsten Alter bis zum Alter Null. Hierbei wurde davon ausgegangen, daß diejenigen, die das betreffende Altersjahr (also z. B. die 60jährigen, die das 61. Lebensjahr) vollenden, ein ganzes Jahr durchlebt haben, während diejenigen (z. B. der 60jährigen), die vor Vollendung des nächsten (in unserem Beispiel des 61.) Lebensjahres gestorben sind, im Durchschnitt nur ein halbes Jahr gelebt haben.

Methodische Anmerkungen³⁾

Um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten, wurden die für das Bundesgebiet als Ganzes und auch in den meisten Bundesländern nach der Zählung 1961 aufgestellten Sterbetafeln nach einer einheitlichen Methode, der sog. Sterbejahrmethode von Rahts, errechnet. Die Hamburger Sterbetafel der Jahre 1949/50 war demgegenüber nach der Geburtsjahrmethode aufgestellt worden. Bei Verwendung des Zahlenmaterials mehrerer Beobachtungsjahre sind jedoch beide Berechnungsmethoden gleichwertig, so daß der Ergebnisvergleich nicht wesentlich gestört wird.

Die Sterbetafel soll ein möglichst zuverlässiges, gegenwartsnahes und für einen längeren Zeitraum gültiges Bild von den Sterblichkeitsverhältnissen der gesamten Bevölkerung, also einschließlich der hier le-

benden Ausländer, vermitteln. Die Tatsache, daß mit einiger Regelmäßigkeit alle zwei bis drei Jahre Grippeepidemien auftreten, sowie der Wunsch, von Zufälligkeiten wenig beeinflusste Sterbewahrscheinlichkeiten zu erhalten, waren ausschlaggebend dafür, daß als Beobachtungszeitraum mehrere Jahre, und zwar — da die Ergebnisse der Volkszählung 1961 für die Berechnung benötigt wurden — die Jahre 1960 bis 1962 vorgesehen wurden. Der Beobachtungszeitraum wurde auch für die Wahl der Methode bestimmend. Bei Verwendung der Sterbejahrmethode konnten die Grippesterbefälle wirklichkeitsnäher berücksichtigt werden, da alle Sterbefälle der Jahre 1960 bis 1962 in die Berechnung mit gingen. Probeberechnungen hatten darüber hinaus ergeben, daß die Wanderungsbewegung, die u. a. die Bestandszahlen der Lebenden beeinflusst, bei beiden Berechnungen (Geburtsjahrmethode bzw. Sterbejahrmethode) nur wenig störende Auswirkungen hatte. Somit fiel die Entscheidung zugunsten der Sterbejahrmethode, die außerdem den Vorteil bot, daß durch die größere Zahl der bei der Berechnung berücksichtigten Sterbefälle die Zufallsabweichungen eingeschränkt wurden, was besonders für ein Gebiet mit relativ kleiner Einwohnerzahl wie Hamburg von Bedeutung ist⁴⁾.

Die Sterbejahrmethode wurde auch bei der Berechnung der Sterbewahrscheinlichkeiten für die Säuglinge nach Lebensmonaten angewandt, die anhand der Statistiken über die Säuglingssterbefälle der Jahre 1960 bis 1962 und — wegen der größeren Zuverlässigkeit des Materials — unter Berücksichtigung der Geburtenstatistik der Jahre 1960 bis 1962 — also nicht auf der Grundlage der Volkszählung 1961 — erfolgte.

Ergänzend ist noch eine Besonderheit der Hamburger Sterbetafel zu erwähnen. Wie die übrigen im Bundesgebiet aufgestellten Sterbetafeln wurde auch in Hamburg die Sterbetafel nach der Rahts'schen Sterbejahrmethode errechnet. Die hier verwandte Formel wich aber insofern von der Berechnungsweise der übrigen Sterbetafeln ab, als Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung durch die Wanderungsbewegung in den Beobachtungsjahren nicht berücksichtigt wurden; Probeberechnungen hatten nämlich ergeben, daß bei dieser verkürzten Berechnungsweise auch bei den Jahrgängen, die besonders stark an der Wanderung beteiligt sind (die 20- bis unter 30jährigen), sich keine wesentlich abweichenden Sterbewahrscheinlichkeiten ergeben würden.

Die bei der Berechnung nach der Rahts'schen Sterbejahrmethode für die einzelnen Altersjahre für Männer und Frauen gewonnenen sog. rohen Sterbewahrscheinlichkeiten⁵⁾ zeigten bei Aneinanderreihung keine

kontinuierliche Entwicklung, die eher den Vorstellungen einer biologischen Absterbeordnung entsprochen hätte. Die Kurven der rohen Sterbewahrscheinlichkeiten mußten daher geglättet werden. Die an eine derartige Ausgleichung zu stellenden Forderungen gingen vor allem dahin, daß erstens eine befriedigende Glättung der Kurven und damit eine Ausschaltung eventuell durch zu kleine Zahlen bedingter zufälliger Abweichungen erreicht wurde und zweitens bei der Glättung der Kurven charakteristische Kurvenverläufe nicht nivelliert werden sollten⁶⁾.

Die Ausgleichung der Sterbewahrscheinlichkeitskurven für Männer und Frauen wurde maschinell, ebenfalls für die Allgemeine Sterbetafel für die Bundesrepublik Deutschland wie für die übrigen Ländersterbetafeln methodisch einheitlich, vorgenommen. Das Ausgleichsverfahren sah für die 23- bis 90jährigen Männer und Frauen eine mechanische Ausgleichung mit gleitenden Durchschnitten (15-Punkte-Formel von Spencer) vor. Die ausgeglichenen Sterbewahrscheinlichkeiten der 90jährigen und älteren Männer und Frauen wurden mittels einer analytischen Funktion (Parabel 2. Grades) errechnet, wobei vorausgesetzt wurde, daß die Sterblichkeit in den ganz hohen Altersjahren (der 95jährigen und älteren Personen) nur noch degressiv zunimmt⁷⁾. Für die Ausgleichung der Sterbewahrscheinlichkeiten der 2- bis 22jährigen männlichen und weiblichen Personen wurde ebenfalls ein analytisches Ausgleichsverfahren angewandt (Parabel 7. Grades). In den beiden Bereichen analytischer Ausgleichung wurde unter Berücksichtigung der rohen Sterbewahrscheinlichkeiten die Ausgleichsfunktion nach der Methode der kleinsten Quadrate derart gewählt, daß eine möglichst gute Anpassung an die Kurve der rohen Sterbewahrscheinlichkeiten erreicht wurde. Im Gegensatz zur Allgemeinen Sterbetafel für das Bundesgebiet mußten in Hamburg auch die Sterbewahrscheinlichkeiten der Säuglinge geglättet werden. Hier wurde wiederum ein einfaches mechanisches Ausgleichsverfahren mit gleitenden 3er-Durchschnitten gewählt.

Ergebnisse der Hamburger Sterbetafel 1960/62

Der Vergleich der Sterbewahrscheinlichkeiten der männlichen Hamburger Bevölkerung mit denen der weiblichen Wohnbevölkerung für die einzelnen Altersjahre zeigt eine relativ große Übereinstimmung der Absterbeordnung zwischen beiden Geschlechtern. So vermindern sich die Sterbewahrscheinlichkeiten insbesondere nach Vollendung des ersten Lebensmonats mit zunehmendem Alter bei beiden Geschlechtern zunächst relativ stark. Während von den männlichen Lebendgeborenen innerhalb des ersten Lebensmonats rd. 2,03 % sterben, beträgt die entsprechende Zahl z. B. für die nach Vollendung des ersten Lebensjahres bis zum zweiten Geburtstag sterbenden Knaben nur noch rd. 0,21 %. Die entsprechenden Werte für die Mädchen liegen bei 1,60 % und 0,18 %. Der geringsten Sterblichkeit unterliegen Knaben und Mädchen im Alter von 11 bis 13 Jahren. Im Durchschnitt der Jahre 1960 bis 1962 starben nur etwa 0,03 % der Knaben bzw. Mädchen dieses Alters. In den höheren Altersjahren nimmt die Sterblichkeit beim männlichen und weiblichen Ge-

4) Bei der Geburtsjahrmethode wäre nur ein Teil der Sterbefälle, nämlich die Sterbefälle des Jahres 1961 total und die der beiden anderen Jahre jeweils etwa zur Hälfte berücksichtigt worden.

5) Vgl. Schaubild im Anhang.

6) Kriterien für die günstigste Anpassung der ausgeglichenen Kurven der Sterbewahrscheinlichkeiten an die der rohen Sterbewahrscheinlichkeiten waren u. a. vor allem das χ^2 = Prüfmaß und die Berechnung der Konfidenzgrenzen.

7) Die rohen Sterbewahrscheinlichkeiten der Männer zeigen in Hamburg allerdings ein progressives Ansteigen der Sterblichkeit. Doch ist die Zahl der der Berechnung zugrunde liegenden Fälle so gering, daß die Ergebnisse nicht unbedingt als gesichert angesehen werden können. Da für Bevölkerungsvorausberechnungen u. ä. verhältnismäßig geringfügige Änderungen der Sterbewahrscheinlichkeiten der 95jährigen und älteren praktisch keine Rolle spielen, wurde die für die Ausgleichung der männlichen Sterbewahrscheinlichkeiten der 95jährigen und älteren der Sterbetafel für das Bundesgebiet als Ganzes gültige Voraussetzung auch für Hamburg übernommen.

Schaubild 1a

Die Sterbewahrscheinlichkeiten der männlichen und weiblichen Hamburger Bevölkerung 1960/62

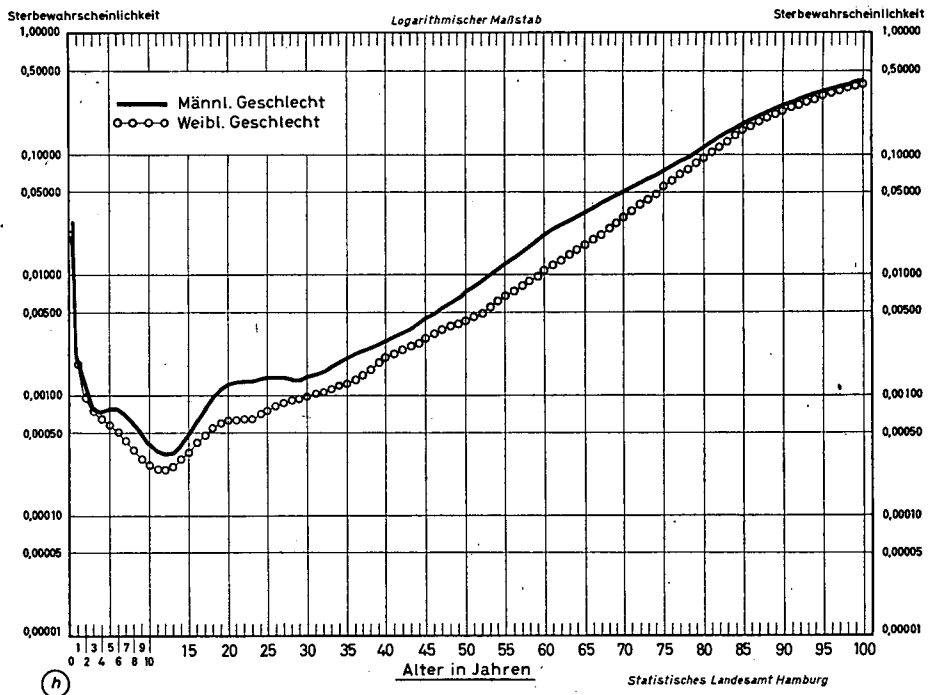
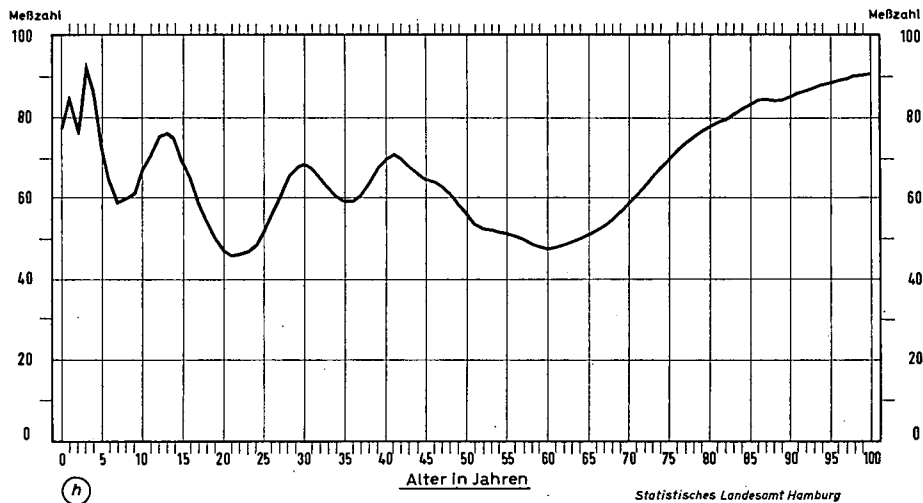


Schaubild 1b

Sterbewahrscheinlichkeiten der Frauen im Verhältnis zu denen der Männer (Männer = 100)



schlecht ständig zu. Der hohe Sterbewahrscheinlichkeitswert des ersten Lebensjahres wird bei der männlichen Bevölkerung aber erst im Alter von etwa 62 Jahren und bei den Frauen im Alter von etwa 67 Jahren erreicht.

Die Sterbewahrscheinlichkeiten der männlichen Bevölkerung liegen unabhängig vom Alter stets, wenn teilweise auch nur wenig, höher als die der weiblichen Wohnbevölkerung. Die Übersterblichkeit der Männer ist (Abb. 1a und 1b) in der Gruppe der 17- bis 27jährigen und 50- bis 70jährigen durch ein besonders hohes Ausmaß gekennzeichnet. Für die genannten Altersjahre liegen die Sterbewahrscheinlichkeiten der weiblichen Bevölkerung im Durchschnitt um mehr als 40 % unter denen der männlichen Be-

völkerung. Bei den 20- bis 24- und 58- bis 63jährigen Männern waren die Sterbewahrscheinlichkeiten sogar mehr als doppelt so hoch wie die der Frauen. Nur in den ganz hohen Altersjahren nähern sich – abgesehen von den 1- bis 3jährigen – die weiblichen Sterbewahrscheinlichkeiten denen der männlichen Bevölkerung.

Schon eine grobe Untergliederung der männlichen und weiblichen Gestorbenen nach der Todesursache verdeutlicht die für das Zustandekommen der unterschiedlich hohen Sterbewahrscheinlichkeiten für Männer und Frauen entscheidenden Zusammenhänge. So sind in sämtlichen Altersgruppen bei allen neun für den Vergleich gebildeten Gruppen verwandter Todesursachen die Sterbe-

ziffern (bezogen auf 100 000 Personen der lebenden Bevölkerung entsprechenden Geschlechts und Alters) der männlichen Bevölkerung höher als die der weiblichen Bevölkerung. Eine Ausnahme von dieser Regel machen lediglich die Krebssterbefälle der 25- bis unter 50-jährigen Frauen und die zahlenmäßig allerdings wenig ins Gewicht fallenden Infektionskrankheiten (ohne Tuberkulose) bei den 65jährigen und älteren Frauen. Möglicherweise würde eine tiefere sachliche Untergliederung der teilweise noch recht heterogenen Todesursachengruppen nicht für jede einzelne Todesursache der genannten Todesursachengruppen auch eine Übersterblichkeit der Männer ausweisen. Bei dem hier zu gebenden Überblick kann jedoch auf eine derartige arbeitsaufwendige Untersuchung verzichtet werden.

Die anteilige Zusammensetzung der Sterbefälle nach Todesursachen läßt sich für jede Altersgruppe der Anhangtabelle entnehmen. Für die einzelnen Lebensabschnitte können beim männlichen und weiblichen Geschlecht charakteristische Todesursachen festgestellt werden. So erklärt sich der Anstieg der Sterbewahrscheinlichkeiten bei den 5- bis 8jährigen Knaben und insbesondere bei den 20- bis 30jährigen Männern durch eine Häufung der Kraftfahrzeugunfälle mit tödlichem Ausgang, die in allen Altersgruppen beim männlichen Geschlecht unverhältnismäßig häufiger als beim weiblichen Geschlecht vorkommen. Mit Beginn des 4. Lebensjahrzehnts übernehmen bei den Männern (bis zur Vollendung des 50. Lebensjahres ist allerdings die Sterbeziffer der in der Gruppe der „sonstigen Krankheiten“ zusammengefaßten Todesursachen insgesamt noch etwas höher) die Krankheiten des Kreislaufsystems die führende Rolle unter den Todesursachen, die sie bis ins höchste Alter behalten. Als zweithäufigste Todesursache sind bei den Männern vom 35. Lebensjahr an in allen Altersgruppen die bösartigen Neubildungen registriert, zu denen vom 60. Lebensjahr an noch die Gefäßstörungen (Gehirnschlag) hinzutreten. Bei den Frauen stehen im Gegensatz zu den Männern mit Vollendung des 25. Lebensjahres die bösartigen Neubildungen unter den Todesursachen an erster Stelle. Mit Erreichen des 45. Lebensjahres ist ihr Anteil, gemessen an allen Sterbefällen, sogar noch höher als der für die in der Gruppe der „sonstigen Krankheiten“ insgesamt zusammengefaßten Todesursachen. Erst mit Vollendung des 65. Altersjahres übernimmt die Gruppe der Krankheiten des Kreislaufsystems wie bei den Männern so auch bei den Frauen die führende Rolle.

Die Annäherung der Sterbewahrscheinlichkeiten für Männer und Frauen im Altersbereich 30 bis unter 50 Jahre ist durch die unverhältnismäßig hohen und auch schneller als bei den Männern gleichen Alters zunehmenden Sterbeziffern der an bösartigen Neubildungen gestorbenen Frauen zu erklären.

Bei den Krankheiten des Kreislaufsystems und den bösartigen Neubildungen steigen vom 50. Lebensjahr an die Sterbeziffern der Männer besonders rasch an. Die Sterbeziffer der letztgenannten Todesursache liegt in der Altersgruppe der 50- bis unter 55jährigen Männer erstmals höher als bei den Frauen und

nimmt auch verhältnismäßig schneller zu als beim weiblichen Geschlecht. Die Unterschiede zwischen den entsprechenden Sterbeziffern der beiden Geschlechter vergrößern sich dadurch stark, woraus sich das besonders große Ausmaß der Übersterblichkeit der männlichen Bevölkerung in dem Altersabschnitt 50 bis 65 Jahre erklärt.

Durch die quasi-Verdopplung der weiblichen Sterbeziffer für die Krankheiten des Kreislaufsystems von Altersgruppe zu Altersgruppe, beginnend mit dem 50. Lebensjahr, und der vom 60. Lebensjahr an, wenn auch relativ geringen aber doch weiteren, stetigen Erhöhung der weiblichen Sterbeziffer für bösartige Neubildungen sowie vom 75. Lebensjahr an auch der der Gefäßstörungen tritt insbesondere bei den 65jährigen und älteren mehr und mehr eine Annäherung der weiblichen Sterbewahrscheinlichkeiten an die der Männer ein, die allerdings nie ganz erreicht werden.

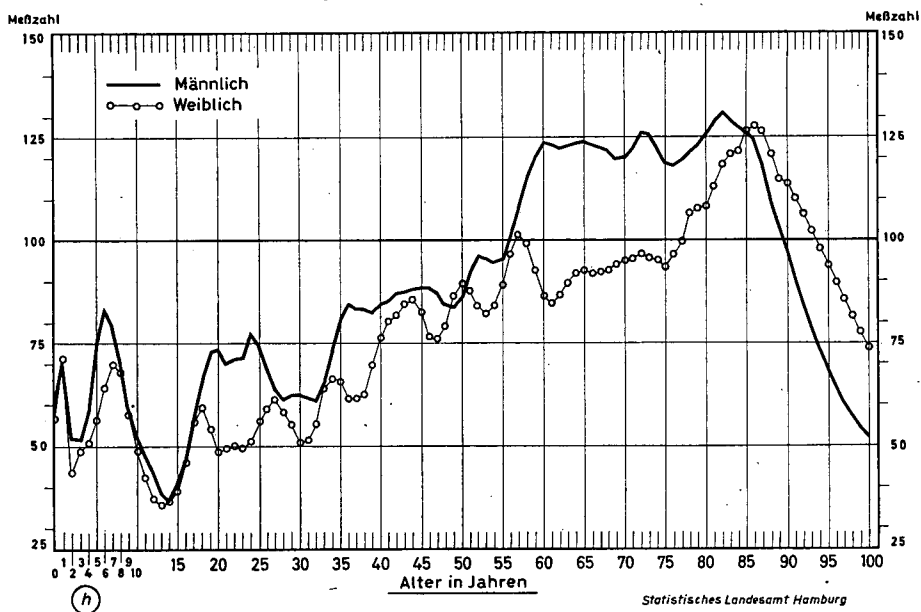
Die für fast alle Altersjahre festgestellte relativ größere Gefährdung des männlichen Geschlechts findet in einer allgemein niedrigeren durchschnittlichen mittleren Lebenserwartung ihren Ausdruck. So ist unter den gegenwärtigen Sterblichkeitsverhältnissen für die männlichen Lebendgeborenen eine Lebensdauer von ungefähr 67,8 Jahren, bei den weiblichen Lebendgeborenen dagegen von 73,5 Jahren zu erwarten. Da nach Vollendung des ersten Lebensjahres die Gefährdung durch Tod bedeutend geringer wird, ist die durchschnittliche Lebenserwartung der Einjährigen geringfügig höher als die der Neugeborenen; auch hier ist aber wie bei den Neugeborenen die wahrscheinliche Lebensdauer der Mädchen um etwas mehr als 5 Jahre größer als die der Knaben. Erklärlicherweise nimmt die Zahl der im Durchschnitt noch zu durchlebenden Jahre mit zunehmendem Alter ständig ab und beträgt bei den 25jährigen Männern noch etwa 46 Jahre und bei den gleichaltrigen Frauen 51 Jahre, was einem durchschnittlich zu erwartenden Sterbealter von 71 bzw. 76 Jahren entspricht. Die 90jährigen Männer haben im Durchschnitt noch etwa 2,8 und die gleichaltrigen Frauen noch 3,2 Jahre zu leben.

Wie Tabelle 1 erkennen läßt, nimmt der Unterschied in der durchschnittlichen mittleren Lebenserwartung der beiden Geschlechter mit zunehmendem Alter langsam ab. Erst bei den 27jährigen unterschreitet er die Fünfjahresdifferenz; noch im Alter von 48 Jahren beträgt er bei einer mittleren Lebenserwartung der Männer von 24,86 und der Frauen von 29,38 Jahren etwas mehr als 4 1/2 Jahre. Nach Vollendung des 55. Lebensjahres verringert sich der Unterschied in der Zahl der im Durchschnitt von Männern und Frauen noch zu durchlebenden Jahre, allerdings beschleunigt durch die im Vergleich mit denen der Männer verhältnismäßig stärker steigenden Sterbewahrscheinlichkeiten der Frauen. So beträgt der durchschnittliche Unterschied in der mittleren Lebenserwartung beider Geschlechter mit Vollendung des

56. Lebensjahres	weniger als 4 Jahre
64.	„ „ „ 3 Jahre
70.	„ „ „ 2 Jahre
79.	„ „ „ 1 Jahr.

Schaubild 2

**Die Sterbewahrscheinlichkeiten der männlichen und weiblichen
Hamburger Bevölkerung 1960/62 und 1949/50
(Meßzahlen: 1949/50 = 100)**



Vergleich der Hamburger Sterblichkeitsverhältnisse 1949/50 mit 1960/62⁹⁾

Ein Vergleich der Hamburger Sterbetafel 1960/62 mit der für Hamburg 1949/50 errechneten Sterbetafel gibt einen Eindruck von der zwischenzeitlichen Veränderung der Sterblichkeitsverhältnisse. Abb. 2 zeigt für das männliche und weibliche Geschlecht in Gegenüberstellung der entsprechenden Angaben für die Jahre 1949/50 und 1960/62 die Veränderung der Sterbewahrscheinlichkeiten in den einzelnen Altersjahren (vgl. Tab. 2). Es ergibt sich daraus, daß sowohl beim männlichen wie in noch stärkerem Maße beim weiblichen Geschlecht die Sterbewahrscheinlichkeiten in den jüngeren und mittleren Altersgruppen ganz beträchtlich abgenommen haben. Dagegen ist bei den 56jährigen und älteren Männern sowie den 78jährigen und älteren Frauen eine teilweise nicht unerhebliche Erhöhung der Sterblichkeit eingetreten. Von dem Vergleich der Sterbewahrscheinlichkeiten für die 90jährigen und älteren Personen muß hier aus methodischen Gründen abgesehen werden¹⁰⁾.

Das Ausmaß des Sterblichkeitsrückgangs ist im Kindesalter, und zwar bei den Säuglingen sowie bei den 2- bis 4jährigen und insbesondere auch bei den 10- bis 16jährigen Knaben und Mädchen am stärksten. So ist bei den männlichen Säuglingen die Sterbewahrscheinlichkeit verglichen mit den Werten von 1949/50 um rd. 38 %, bei den 3jährigen Knaben um rd. 48 % und bei den 14jährigen sogar um 63 % gesunken. Bei den Mädchen ist mit einer 43 %igen Abnahme der Sterbewahrscheinlichkeit bei den Säug-

lingen und 56 % bei den 2jährigen sowie rd. 64 % bei den 13jährigen eine noch günstigere Entwicklung zu verzeichnen. Der Rückgang der Sterbewahrscheinlichkeiten beträgt bei den 20- bis 30jährigen Männern etwas mehr als 30 %. Auch hier zeigen die entsprechenden Angaben für das weibliche Geschlecht mit rd. 50 % (20- bis 25jährige) und rd. 40 % (25- bis 30jährige) ein noch günstigeres Ergebnis. Das Ausmaß der Abnahme der Sterbewahrscheinlichkeiten 1960/62 gegenüber 1949/50 war bei den 30- bis 55jährigen um so geringer je höher das Alter¹⁰⁾. Die Sterbewahrscheinlichkeiten der 55jährigen haben sich gegenüber 1949/50 bei beiden Geschlechtern kaum verändert. Während bei den Frauen in den folgenden Lebensjahren zunächst nochmals bis zum Alter 78 Jahre ein Rückgang der Sterblichkeit im Vergleich mit 1949/50 festzustellen ist, ist bei den Männern eine wesentliche Erhöhung der Sterbewahrscheinlichkeiten in der Hauptsache im Bereich der 60- bis 85jährigen eingetreten. Hier liegen die Sterbewahrscheinlichkeiten 1960/62 durchschnittlich um 20 bis 30 % höher als 1949/50. Bei den Frauen ist die Erhöhung der Sterblichkeit auf einen wesentlich kleineren Altersbereich, nämlich auf die 80- bis 90jährigen beschränkt. Die Zunahme der Sterbewahrscheinlichkeiten ist beim weiblichen Geschlecht im Durchschnitt auch etwas geringer als bei den Männern und erreicht nur im Maximum (etwa bei den 84- bis 86jährigen) das Ausmaß der Erhöhung bei den Männern.

Die Veränderungen der Sterblichkeitsverhältnisse zu Anfang der 60er Jahre verglichen mit 1949/50 sind das Ergebnis einer Vielzahl sich teilweise verstärkender, teilweise aufhebender Veränderungsfaktoren. Im folgenden können nur die für die Veränderungen der Sterbewahrscheinlichkeiten wichtigsten Gesichtspunkte skizziert werden. Bei der Beurteilung der Ergebnisse muß insbesondere auch berücksichtigt werden, daß innerhalb der einzelnen Todesursachengruppen einzelne — in Zukunft möglicherweise mehr zu beachtende — Todes-

⁸⁾ Lukoschus, W. und Heinsohn, W.: Berechnung einer hamburgischen Sterbetafel. — In: Hamburg in Zahlen, 1952, Heft Nr. 27.

⁹⁾ Die Ausgleichung der rohen Sterbewahrscheinlichkeiten erfolgte zwar bei beiden Sterbetafeln nach einer analytischen Funktion, doch gingen beide Ausgleichungen von unterschiedlichen Voraussetzungen aus, die hier den Vergleich stören.

¹⁰⁾ Die nicht ganz gleichmäßige Senkung der Sterbewahrscheinlichkeiten in diesem Altersbereich dürfte zum Teil mit durch die methodisch unterschiedliche Ausgleichung der rohen Sterbewahrscheinlichkeiten der beiden hier verglichenen Sterbetafeln bedingt sein.

Tabelle 2

**Die Sterbewahrscheinlichkeiten und die durchschnittliche mittlere Lebenserwartung
der männlichen und weiblichen Hamburger Bevölkerung
1949/50 und 1960/62**

Alter in Jahren	Sterbewahrscheinlichkeiten				Durchschnittliche mittlere Lebenserwartung			
	männlich		weiblich		männlich		weiblich	
	1949/50	1960/62	1949/50	1960/62	1949/50	1960/62	1949/50	1960/62
	1	2	3	4	5	6	7	8
0	0,04484	0,02769	0,03790	0,02144	66,63	67,80	70,78	73,50
1	0,00299	0,00211	0,00253	0,00180	68,75	68,73	72,56	74,11
2	0,00240	0,00125	0,00222	0,00097	67,95	67,88	71,74	73,24
3	0,00152	0,00079	0,00151	0,00074	67,12	66,96	70,90	72,31
4	0,00125	0,00074	0,00126	0,00064	66,22	66,01	70,01	71,36
5	0,00103	0,00078	0,00101	0,00057	65,30	65,06	69,10	70,41
6	0,00093	0,00078	0,00078	0,00050	64,37	64,11	68,16	69,45
7	0,00089	0,00071	0,00060	0,00042	63,43	63,16	67,22	68,48
8	0,00085	0,00060	0,00053	0,00036	62,48	62,21	66,26	67,51
9	0,00082	0,00049	0,00052	0,00030	61,54	61,24	65,29	66,54
10	0,00076	0,00040	0,00055	0,00027	60,59	60,27	64,33	65,56
11	0,00073	0,00035	0,00059	0,00025	59,63	59,30	63,36	64,57
12	0,00075	0,00033	0,00067	0,00025	58,67	58,32	62,40	63,59
13	0,00088	0,00034	0,00073	0,00026	57,72	57,34	61,44	62,61
14	0,00108	0,00040	0,00082	0,00030	56,77	56,36	60,48	61,62
15	0,00118	0,00049	0,00087	0,00034	55,83	55,38	59,53	60,64
16	0,00133	0,00063	0,00089	0,00041	54,90	54,41	58,58	59,66
17	0,00136	0,00080	0,00084	0,00047	53,97	53,44	57,64	58,68
18	0,00150	0,00100	0,00091	0,00054	53,04	52,48	56,68	57,71
19	0,00160	0,00117	0,00109	0,00059	52,12	51,53	55,74	56,74
20	0,00175	0,00129	0,00125	0,00061	51,20	50,59	54,80	55,78
21	0,00190	0,00134	0,00125	0,00062	50,29	49,66	53,86	54,81
22	0,00189	0,00135	0,00126	0,00063	49,39	48,72	52,93	53,84
23	0,00188	0,00135	0,00129	0,00064	48,48	47,79	52,00	52,88
24	0,00181	0,00141	0,00135	0,00069	47,57	46,85	51,06	51,91
25	0,00191	0,00143	0,00134	0,00075	46,65	45,92	50,13	50,95
26	0,00207	0,00143	0,00137	0,00081	45,74	44,98	49,20	49,98
27	0,00223	0,00143	0,00142	0,00087	44,84	44,05	48,27	49,02
28	0,00227	0,00140	0,00158	0,00092	43,93	43,11	47,33	48,07
29	0,00223	0,00140	0,00172	0,00095	43,03	42,17	46,41	47,11
30	0,00229	0,00144	0,00195	0,00099	42,13	41,23	45,49	46,15
31	0,00245	0,00152	0,00200	0,00103	41,22	40,29	44,57	45,20
32	0,00267	0,00164	0,00193	0,00107	40,32	39,35	43,66	44,25
33	0,00272	0,00179	0,00175	0,00112	39,43	38,41	42,75	43,29
34	0,00266	0,00195	0,00178	0,00118	38,54	37,48	41,82	42,34
35	0,00259	0,00210	0,00190	0,00125	37,64	36,55	40,89	41,39
36	0,00265	0,00225	0,00218	0,00134	36,73	35,63	39,97	40,44
37	0,00288	0,00241	0,00239	0,00147	35,83	34,71	39,06	39,49
38	0,00306	0,00256	0,00262	0,00164	34,93	33,79	38,15	38,55
39	0,00328	0,00272	0,00265	0,00185	34,04	32,87	37,25	37,61
40	0,00342	0,00290	0,00268	0,00204	33,15	31,96	36,35	36,68
41	0,00364	0,00311	0,00275	0,00221	32,26	31,06	35,44	35,76
42	0,00387	0,00337	0,00290	0,00237	31,38	30,15	34,54	34,83
43	0,00422	0,00370	0,00298	0,00252	30,50	29,25	33,64	33,92
44	0,00464	0,00409	0,00317	0,00271	29,62	28,36	32,74	33,00
45	0,00512	0,00453	0,00357	0,00294	28,76	27,47	31,84	32,09
46	0,00565	0,00500	0,00420	0,00321	27,91	26,59	30,95	31,18
47	0,00627	0,00549	0,00455	0,00346	27,06	25,73	30,08	30,28
48	0,00712	0,00602	0,00465	0,00368	26,23	24,86	29,22	29,38
49	0,00788	0,00662	0,00450	0,00389	25,41	24,01	28,35	28,49
50	0,00852	0,00736	0,00462	0,00413	24,61	23,17	27,48	27,60
51	0,00891	0,00825	0,00507	0,00445	23,82	22,34	26,60	26,71
52	0,00964	0,00926	0,00582	0,00489	23,03	21,52	25,73	25,83
53	0,01082	0,01036	0,00661	0,00542	22,25	20,71	24,88	24,96
54	0,01221	0,01155	0,00714	0,00600	21,49	19,93	24,04	24,09
55	0,01343	0,01282	0,00745	0,00663	20,75	19,15	23,21	23,23
56	0,01407	0,01425	0,00756	0,00728	20,02	18,40	22,38	22,38
57	0,01479	0,01591	0,00789	0,00798	19,30	17,65	21,55	21,54
58	0,01548	0,01781	0,00881	0,00875	18,58	16,93	20,72	20,71
59	0,01661	0,01995	0,01044	0,00965	17,87	16,23	19,90	19,89
60	0,01795	0,02226	0,01236	0,01068	17,16	15,55	19,10	19,08
61	0,01989	0,02461	0,01400	0,01185	16,46	14,89	18,33	18,28
62	0,02196	0,02691	0,01522	0,01313	15,79	14,26	17,59	17,49
63	0,02376	0,02924	0,01614	0,01448	15,13	13,64	16,85	16,72
64	0,02549	0,03160	0,01731	0,01591	14,49	13,03	16,12	15,96
65	0,02754	0,03415	0,01882	0,01747	13,85	12,44	15,40	15,21
66	0,02999	0,03702	0,02100	0,01929	13,23	11,86	14,68	14,47
67	0,03275	0,04020	0,02332	0,02145	12,62	11,30	13,99	13,74
68	0,03579	0,04365	0,02596	0,02402	12,03	10,75	13,31	13,03
69	0,03949	0,04738	0,02869	0,02698	11,46	10,22	12,65	12,34
70	0,04266	0,05132	0,03193	0,03029	10,91	9,70	12,01	11,67

Noch: Tabelle 2

Die Sterbewahrscheinlichkeiten und die durchschnittliche mittlere Lebenserwartung der männlichen und weiblichen Hamburger Bevölkerung 1949/50 und 1960/62

Alter in Jahren	Sterbewahrscheinlichkeiten				Durchschnittliche mittlere Lebenserwartung			
	männlich		weiblich		männlich		weiblich	
	1949/50	1960/62	1949/50	1960/62	1949/50	1960/62	1949/50	1960/62
	1	2	3	4	5	6	7	8
71	0,04530	0,05550	0,03553	0,03393	10,38	9,20	11,39	11,02
72	0,04753	0,06004	0,03928	0,03802	9,85	8,71	10,79	10,39
73	0,05164	0,06499	0,04459	0,04267	9,31	8,24	10,21	9,78
74	0,05750	0,07039	0,05031	0,04794	8,79	7,78	9,66	9,19
75	0,06433	0,07643	0,05769	0,05383	8,30	7,33	9,15	8,63
76	0,07027	0,08317	0,06250	0,06032	7,83	6,89	8,68	8,09
77	0,07567	0,09073	0,06758	0,06746	7,39	6,47	8,22	7,58
78	0,08153	0,09926	0,07066	0,07527	6,95	6,07	7,78	7,09
79	0,08819	0,10882	0,07777	0,08387	6,53	5,68	7,33	6,63
80	0,09466	0,11935	0,08643	0,09333	6,11	5,31	6,91	6,19
81	0,10149	0,13110	0,09187	0,10380	5,70	4,96	6,52	5,78
82	0,10986	0,14430	0,09752	0,11548	5,28	4,64	6,13	5,39
83	0,12199	0,15831	0,10646	0,12873	4,87	4,34	5,73	5,03
84	0,13565	0,17337	0,11779	0,14326	4,48	4,06	5,36	4,70
85	0,14922	0,18863	0,12467	0,15796	4,10	3,80	5,01	4,40
86	0,16319	0,20372	0,13478	0,17217	3,74	3,57	4,65	4,13
87	0,18492	0,21881	0,14676	0,18554	3,37	3,36	4,29	3,88
88	0,21495	0,23511	0,16456	0,19856	3,02	3,16	3,95	3,66
89	0,24395	0,25209	0,18647	0,21342	2,71	2,98	3,63	3,44
90	0,27581	0,26827	0,20180	0,22918	2,42	2,81	3,34	3,24
91	0,31336	0,28470	0,22310	0,24530	2,15	2,66	3,06	3,05
92	0,35582	0,30130	0,24667	0,26172	1,91	2,52	2,80	2,88
93	0,40330	0,31801	0,27278	0,27834	1,68	2,39	2,55	2,72
94	0,45574	0,33474	0,30153	0,29509	1,48	2,27	2,32	2,57
95	0,51262	0,35143	0,33312	0,31187	1,30	2,16	2,11	2,44
96	0,57309	0,36799	0,36739	0,32860	1,14	2,06	1,91	2,32
97	0,63586	0,38436	0,40469	0,34519	1,00	1,96	1,73	2,21
98	0,69913	0,40046	0,44455	0,36155	0,89	1,88	1,56	2,11
99	0,76074	0,41621	0,48758	0,37760	0,81	1,79	1,41	2,03
100	0,81826	0,43070	0,53086	0,39100	0,83	1,73	1,28	1,96

ursachen stark an Bedeutung gewonnen haben können, ohne daß das in den hier betrachteten Gesamtzahlen erkennbar ist, weil andere Krankheiten derselben Todesursachengruppe dafür heute seltener als vor 10 Jahren noch zum Tode führen.

Für den Rückgang der Sterblichkeit im frühen Kindesalter waren, wie die folgenden Zahlen über die Todesursachen der unter 5jährigen zeigen, besonders die medizinischen Fortschritte im Hinblick auf die Behandlung der Pneumonie, der Tuberkulose, der Krankheiten des Verdauungssystems sowie der sonstigen Infektionskrankheiten von Bedeutung. So ist der Anteil der genannten Krankheiten an allen Todesursachen bei den Knaben dieser Altersgruppe von 25,6% im Durchschnitt der Jahre 1949/50 auf 9,5% im Durchschnitt der Jahre 1960/62 und bei den Mädchen von 25,6% auf 10,2% zurückgegangen. Daß die Verringerung der Sterbewahrscheinlichkeiten jedoch nicht allein auf die genannten Todesursachen zurückzuführen ist, zeigt die auf 100 000 Lebende bezogene Sterbeziffer der an anderen Todesursachen gestorbenen Kinder, die bei den Knaben in dem genannten Zeitraum von 806 auf 669 und bei den Mädchen von 663 auf 520 abgenommen hat. Für die 5- bis 15jährigen Knaben und Mädchen lassen sich die für den Rückgang bei den jüngeren Kindern genannten Einflüsse ebenfalls nachweisen. Auch in den höheren Altersgruppen sind bei Männern wie Frauen mit Ausnahme der Krankheiten der Verdauungsorgane bei den 65jährigen und älteren Männern und

den 75jährigen und älteren Frauen die erwähnten Todesursachen (Tuberkulose und sonstige Infektionskrankheiten, Krankheiten des Verdauungssystems und Pneumonie) in der Bedeutung, wenn allerdings in den einzelnen Altersgruppen in verschieden großem Ausmaß, zurückgegangen (vgl. Anhangtabelle).

Der relativ geringfügige Rückgang der Sterblichkeit bei der 15- bis 25jährigen männlichen und weiblichen Bevölkerung ist – wie der Vergleich der auf 100 000 der Bevölkerung entsprechenden Alters bezogenen Sterbeziffern zeigt – bei einer relativen Abnahme der Sterblichkeit in allen anderen Todesursachengruppen durch die Vermehrung der Kraftfahrzeugunfälle mit tödlichem Ausgang bedingt.

Bei den Veränderungen in der Sterblichkeit der 30jährigen und älteren Personen bestehen zwischen beiden Geschlechtern deutliche Unterschiede. Der verhältnismäßig geringere Sterblichkeitsrückgang bzw. die Sterblichkeitszunahme in den höheren Altersgruppen bei den Männern ist die Folge der im Vergleich mit 1950 zu Anfang der 60er Jahre höheren Gefährdung des männlichen Geschlechts durch einige noch zu nennende Krankheiten bei gleichzeitigem Rückgang aller übrigen Todesursachen. In erster Linie handelt es sich hierbei um die Krankheiten des Kreislaufsystems (insbesondere bei den 30jährigen und älteren), bösartige Neubildungen (insbesondere bei den 60jährigen und älteren) und Gefäßstörungen (bei den 75jährigen und älteren) sowie die schon erwähnten vermehrten Krankheiten des Verdauungs-

Schaubild 3a

Die Sterbewahrscheinlichkeiten der männlichen und weiblichen Bevölkerung 1960/62 für das Bundesgebiet und Hamburg

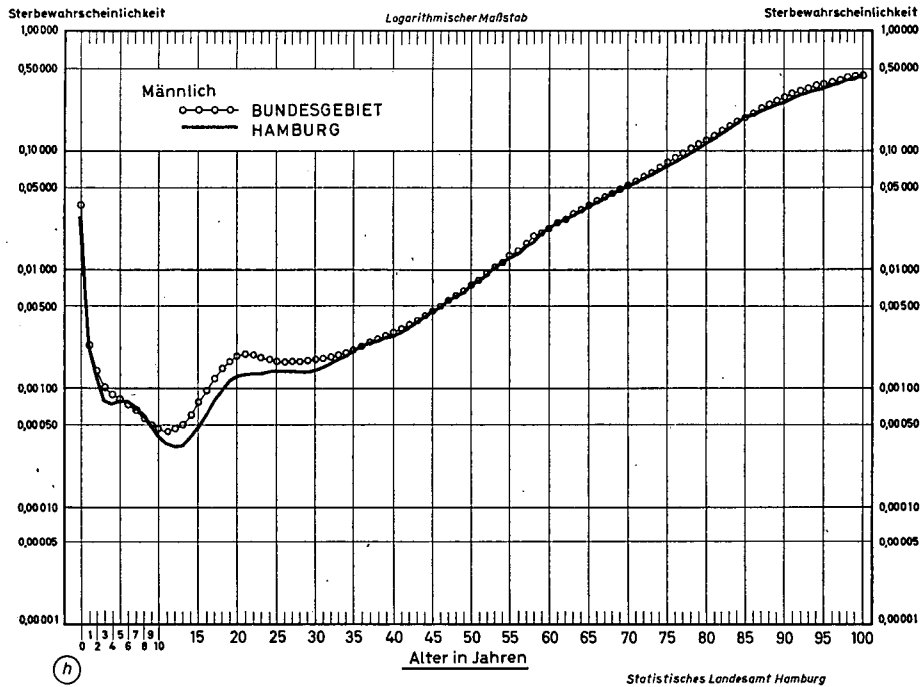
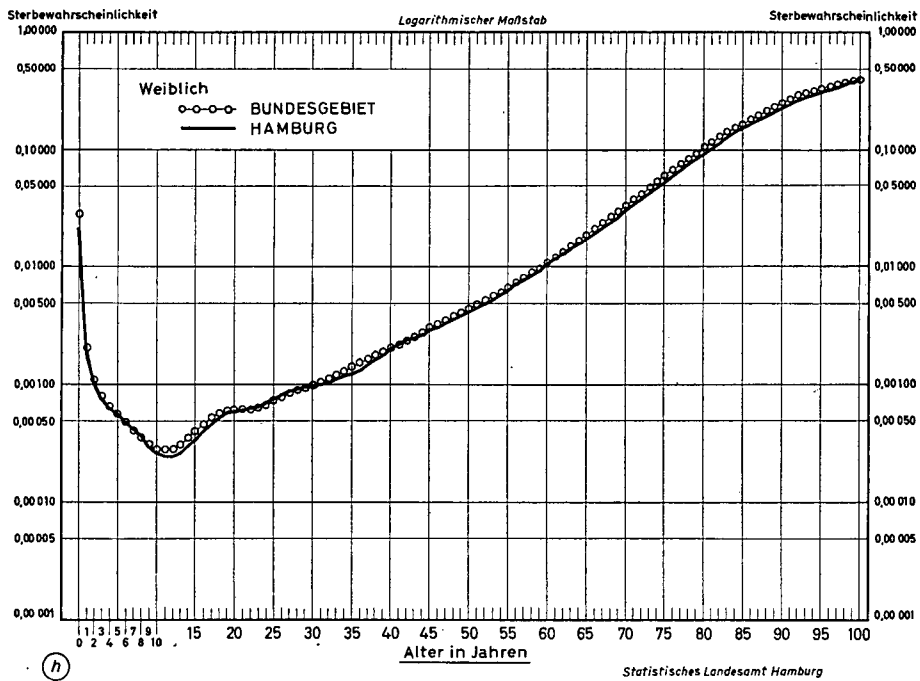


Schaubild 3b



systems (bei den 65jährigen und älteren). Darüber hinaus spielt bei den 60jährigen und älteren Männern die zu Anfang der 60er Jahre in allen Altersgruppen relativ größere Zahl der tödlichen Kraftfahrzeugunfälle für die erhöhte Sterblichkeit eine Rolle. Bei den Frauen ist seit 1950 ebenfalls eine im Ausmaß teilweise noch stärkere Erhöhung der Kraftfahrzeugunfälle mit tödlichem Ausgang (in allen Altersgruppen) eingetreten; außerdem haben die Krankheiten des Kreislaufsystems (im wesentlichen vom 65. Lebensjahr an) und der Verdauungsorgane (ab 75 Jahre) so-

wie die Gefäßstörungen (ab 80 Jahre) zugenommen. Die auf 100 000 Lebende des entsprechenden Alters bezogene Sterbeziffer der bösartigen Neubildungen hat sich dagegen bei den Frauen (in fast allen Altersgruppen) im Gegensatz zu den Männern sogar verringert. Dasselbe gilt für die übrigen Todesursachen.

Die im vorangegangenen aufgezeigte unterschiedliche Sterblichkeitsentwicklung bei Männern und Frauen schlägt sich in der Veränderung der Werte für die durchschnittliche mittlere Lebenserwartung

Schaubild 4a

Die Sterbewahrscheinlichkeiten der männlichen und weiblichen Bevölkerung 1960/62 für Berlin (West) und Hamburg

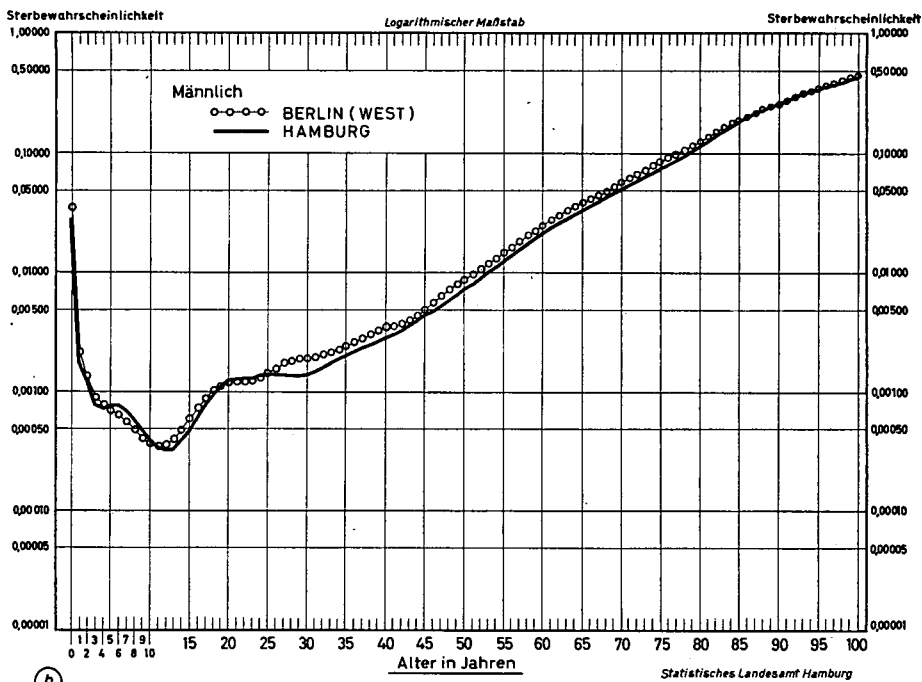
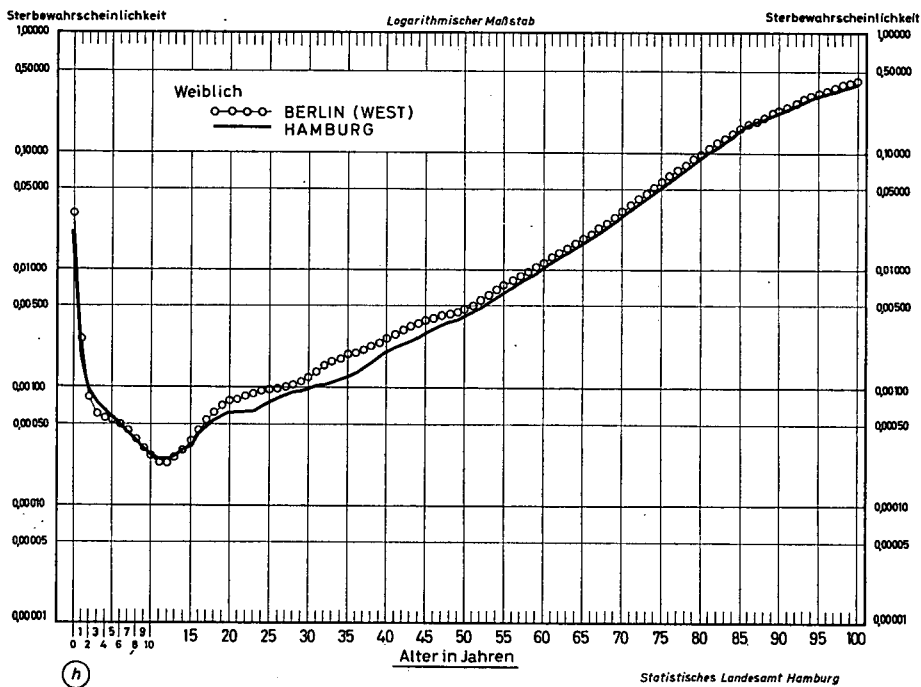


Schaubild 4b



zahlenmäßig deutlich niedriger. So hat, abgesehen von den Neugeborenen, die Lebenserwartung bei der männlichen Bevölkerung in fast allen Altersgruppen abgenommen¹¹⁾. Während die männlichen Neugeborenen zu Anfang der 60er Jahre in Hamburg eine voraussichtliche Lebensdauer von rd. 67,8 Jahren erwarten durften, lag der entsprechende Wert 1949/50 bei nur 66,6 Jahren. Schon bei den 1jährigen ist aber ein wenn auch nur unwesentlicher Rückgang von

68,75 Jahren 1949/50 auf 68,73 in den Jahren 1960/62 zu verzeichnen, der mit zunehmendem Alter langsam aber stetig größer wird (vgl. Tab. 2), und bei den 33jährigen Männern mit einer durchschnittlichen mittleren Lebenserwartung von 38,41 gegenüber 39,43 zu Anfang der 50er Jahre etwa ein Jahr beträgt. Die maximale absolute Abnahme wird mit etwas mehr als 1 1/2 Jahren bei den 52- bis 62jährigen Männern erreicht. Im Verhältnis ist allerdings der Rückgang in der Zahl der noch zu durchlebenden Jahre bei den 80jährigen Männern noch stärker; hier beträgt die durchschnittliche mittlere Lebenserwartung 1960/62

¹¹⁾ Aus methodischen Gründen muß von dem Vergleich der durchschnittlichen mittleren Lebenserwartung bei den 85jährigen und älteren Personen abgesehen werden.

nur noch rd. 87 % derjenigen von 1949/50. Bei der weiblichen Bevölkerung ist demgegenüber bis zum Alter von 55 Jahren eine Zunahme, im höheren Alter dagegen eine Abnahme der durchschnittlichen mittleren Lebenserwartung festzustellen. Die Erhöhung ist bei den Säuglingen mit 73,5 Jahren gegenüber 70,78 Jahren zu Anfang der 50er Jahre am größten und wird mit steigendem Alter langsam geringer. Auch die relativ stärkste Abnahme in der Zahl der noch zu durchlebenden Jahre ist aber bei den — 81- bis 82jährigen — Frauen mit rund einem Dreivierteljahr noch immer geringer als bei den Männern.

Die Sterblichkeit in Hamburg im Vergleich mit dem Bundesgebiet und Berlin ¹²⁾ ¹³⁾

Infolge der unterschiedlichen, schwer zu übersehenen Auswirkungen der maschinellen Ausgleichung auf die rohen Sterbewahrscheinlichkeiten sind Unterschiede in den ausgeglichenen Sterbewahrscheinlichkeiten, die sich beim Vergleich der Sterbetafel für das gesamte Bundesgebiet mit der Hamburger Sterbetafel ergeben, recht vorsichtig zu beurteilen (Abb. 3). Aus der Gegenüberstellung läßt sich nur ein ungefähre Anhaltspunkt über die Richtung und Größenordnung der Abweichungen in den Sterblichkeitsverhältnissen gewinnen.

Unterschiede in nennenswertem Umfang sind beim männlichen Geschlecht nur für die Säuglinge und Kinder unter 4 Jahren sowie für die Altersjahre 13 bis 33 feststellbar, für die die Sterbewahrscheinlichkeiten in Hamburg tiefer als im übrigen Bundesgebiet liegen. Dasselbe gilt für die 75- bis 90jährigen Männer, wengleich das Ausmaß der Abweichungen hier geringer ist. Beim weiblichen Geschlecht sind die Sterbeverhältnisse der unter 1jährigen und 12- bis 22jährigen sowie insbesondere auch der 65jährigen und älteren Frauen in Hamburg günstiger als im Bundesgebiet. In allen übrigen Altersjahren liegen bei Männern wie Frauen die Sterbewahrscheinlichkeiten in Hamburg auf einem ähnlichen Niveau wie im Durchschnitt des Bundesgebiets. In Hamburg im Vergleich mit dem übrigen Bundesgebiet gefährdetere Jahrgänge konnten zuverlässig nicht ausgemacht werden.

Die weiter oben zum Sterbetafelvergleich geäußerten Bedenken gelten verstärkt für einen Vergleich der Sterbetafeln von Berlin (West) und Hamburg; das insbesondere auch deshalb, weil die Zufallsschwankungen der rohen Sterbewahrscheinlichkeiten der Berliner Sterbetafel infolge der wesentlich geringeren Fallzahlen ein bedeutend größeres Ausmaß annehmen können als bei der Allgemeinen Sterbetafel für das gesamte Bundesgebiet. Auch bei vorsichtiger Beurteilung lassen sich aber einige charakteristische Abweichungen in den Sterblichkeitsverhältnissen beider Stadtstaaten feststellen (vgl. Abb. 4). So ist in Hamburg die Sterblichkeit der männlichen und weiblichen Säuglinge auch in den einzelnen Altersmonaten günstiger als in Berlin. Dasselbe gilt für die Mädchen bis zum Alter von 1 und für die Knaben bis zum Alter von 3 Jahren. Wie Abb. 4 weiter erkennen läßt, sind darüber hinaus die Sterbewahrscheinlichkeiten

der 16jährigen und älteren Frauen sowie die der Männer im Alter von etwa 26 bis 85 und 98 Jahren und älter in Hamburg deutlich niedriger als in Berlin. Die Knaben im Alter von 5 bis 10 Jahren und die Mädchen im Alter von 2 bis 6 Jahren scheinen dagegen in Hamburg einer etwas höheren Sterblichkeit als in Berlin zu unterliegen. Für die übrigen Altersjahre lassen sich zuverlässige Aussagen wegen der eingangs erwähnten methodischen Bedenken nicht machen.

Die Sterblichkeit der Hamburger Bevölkerung in den Jahren 1960/62 entspricht, wie ein Vergleich der beiden Abbildungen 3 und 4 ergibt, bei den 35- bis 85jährigen Männern und 18- bis 70jährigen Frauen eher den Sterbeverhältnissen im Bundesdurchschnitt als denen des Stadtstaates Berlin. Dasselbe gilt für die Sterblichkeit der 5- bis 10jährigen Knaben und 2- bis 10jährigen Mädchen. Dagegen liegen die Sterbewahrscheinlichkeiten der 85jährigen und älteren Männer und 70jährigen und älteren Frauen sowie die der männlichen Jugendlichen und Heranwachsenden (Alter 16 bis 24 Jahre) und der Mädchen im Alter von 14 bis 18 Jahren auf ungefähr demselben Niveau wie die betreffenden Berliner Werte. Das Leben der Knaben im Alter unter 4 Jahren und der Mädchen unter 2 Jahren, also insbesondere auch der Säuglinge, ist in Hamburg relativ weniger durch Tod gefährdet als im übrigen Bundesgebiet und Berlin. Auch von den 12- bis 16jährigen und 25- bis 34jährigen männlichen Hamburger Personen starben verhältnismäßig sehr viel weniger als sonst im Bundesgebiet und vor allem auch in Berlin. Die Sterbewahrscheinlichkeiten der 10- bis 14jährigen Hamburger Mädchen sind zwar auch geringer als die für das Bundesgebiet insgesamt im Durchschnitt ermittelten Werte, doch werden die sehr tiefen Berliner Werte nicht ganz erreicht.

Tabelle 3

Der Bestand der männlichen bzw. weiblichen Überlebenden ausgewählter Altersjahre nach der Hamburger Sterbetafel, der Berliner Sterbetafel sowie der Allgemeinen Sterbetafel für die Bundesrepublik Deutschland 1960/62

Alter in Jahren	Von 100 000 männlichen bzw. weiblichen Lebendgeborenen vollendeten das in der Vorspalte genannte Altersjahr in . . .					
	Hamburg		Berlin		Bundesgebiet insges.	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
	1	2	3	4	5	6
0	100 000	100 000	100 000	100 000	100 000	100 000
1	97 231	97 856	96 336	96 928	96 467	97 222
5	96 756	97 451	95 842	96 496	95 929	96 787
10	96 432	97 241	95 575	96 293	95 620	96 579
15	96 255	97 113	95 389	96 172	95 388	96 434
20	95 862	96 885	94 974	95 922	94 812	96 188
25	95 218	96 576	94 395	95 524	93 948	95 884
30	94 544	96 162	93 601	95 043	93 166	95 485
40	92 634	94 925	91 320	93 343	91 218	94 184
50	88 564	92 204	86 702	90 086	87 230	91 442
60	77 891	86 365	74 835	83 826	76 652	85 484
65	67 953	80 809	64 005	78 049	66 941	79 839
70	55 264	72 359	50 686	69 375	54 461	70 840
80	25 004	41 747	21 145	35 885	24 156	38 507
90	3 289	8 015	2 779	7 264	3 092	6 480

Zahlenmäßig kommen die Unterschiede in den Sterblichkeitsrelationen zwischen dem Bund und den beiden Stadtstaaten in den Überlebendenzahlen recht gut zum Ausdruck (Tab. 3). Der Vergleich zeigt, daß die männliche wie die weibliche Bevölkerung in Ham-

¹²⁾ Allgem. Sterbetafel für die Bundesrepublik Deutschland 1960/62. — In: Wirtschaft und Statistik, 1965, Heft Nr. 2.
¹³⁾ Braun: Sterbetafel 1960/62 für Berlin (West). — In: Berliner Statistik, 1965, Heft Nr. 3.

burg im Verhältnis etwas länger als im übrigen Bundesgebiet und vor allem auch in Berlin lebt. In erster Linie ist das eine Folge der in Hamburg bedeutend geringeren Sterblichkeit im Säuglings- und frühen Kindesalter, wie die Differenzen der entsprechenden Überlebendenzahlen für den Bund und Hamburg in Tabelle 3 erkennen lassen. So sterben von 100 000 männlichen bzw. weiblichen Lebendgeborenen im ersten Lebensjahr in

	Gestorbene	
	männlich	weiblich
Hamburg	2 769	2 144
Berlin	3 664	3 072
Bundesgebiet insgesamt	3 533	2 778

Darüber hinaus spielt im Vergleich mit dem Bund insbesondere die in Hamburg relativ geringere Sterblichkeit der 40jährigen und älteren Frauen und der 20- bis 65jährigen Männer eine Rolle. Im Vergleich mit Berlin sind abgesehen von der dort höheren Säuglingssterblichkeit insbesondere auch die höheren Sterbewahrscheinlichkeiten bei den 25jährigen und älteren Frauen sowie 30jährigen und älteren Männern für die größeren Differenzen zwischen den Überlebendenzahlen bestimmend.

Auch die Angaben über die durchschnittliche mittlere Lebenserwartung für Männer und Frauen ausgewählter Altersjahre (Tab. 4) geben einen recht interessanten Überblick über die unterschiedlichen Sterbeverhältnisse in den beiden Stadtstaaten Hamburg und Berlin und im gesamten Bundesgebiet. Als Ergebnis ist festzuhalten, daß die durchschnittliche mittlere Lebenserwartung der männlichen und der weiblichen

Tabelle 4

Die durchschnittliche mittlere Lebenserwartung der männlichen und weiblichen Bevölkerung ausgewählter Altersjahre nach der Hamburger Sterbetafel, der Berliner Sterbetafel sowie der Allgemeinen Sterbetafel für die Bundesrepublik Deutschland 1960/62

Alter in Jahren	Durchschnittliche mittlere Lebenserwartung in Jahren					
	Hamburg		Berlin		Bundesgebiet insges.	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
	1	2	3	4	5	6
0	67,80	73,50	65,97	71,85	66,86	72,39
1	68,73	74,11	67,48	73,13	68,31	73,46
5	65,06	70,41	63,82	69,45	64,68	69,78
10	60,27	65,56	58,99	64,59	59,88	64,93
15	55,38	60,64	54,10	59,67	55,02	60,02
20	50,59	55,78	49,32	54,82	50,34	55,17
25	45,92	50,95	44,61	50,03	45,78	50,33
30	41,23	46,15	39,97	45,27	41,14	45,53
40	31,96	36,68	30,83	36,00	31,91	36,09
50	23,17	27,60	22,16	27,10	23,10	27,00
60	15,55	19,08	14,76	18,70	15,49	18,48
65	12,44	15,21	11,82	14,89	12,36	14,60
70	9,70	11,67	9,25	11,41	9,60	11,12
80	5,31	6,19	5,24	6,08	5,24	5,85
90	2,81	3,24	2,87	3,18	2,69	3,03

Hamburger Bevölkerung unabhängig vom Alter höher als die Berlins aber auch höher als die der Bevölkerung im Bundesdurchschnitt ist (Tab. 4). Eine Ausnahme bildeten lediglich die Männer im Alter von 83 bis 95 Jahren, die in Berlin eine relativ bessere Lebenserwartung haben als in Hamburg und auch im übrigen Bundesgebiet.

Barbara Winkler

Anhangtabelle

Die Sterblichkeit der männlichen und weiblichen Hamburger Bevölkerung nach ausgewählten Todesursachengruppen in den Jahren 1949 bis 1951 und 1960 bis 1962

Altersgruppen (von ... bis unter ... Jahren)	Todesursachen ¹⁾													
	Tuberkulose (00-03)				Meßzahl 1949/51 = 100	Bösartige Neubildungen (20-24)				Meßzahl 1949/51 = 100	Gefäßstörungen (37)			
	Zahl der Gestorbenen in den 3 Beobachtungsjahren		Von 100 000 Lebenden starben im Durchschnitt der 3 Beobachtungsjahre			Zahl der Gestorbenen in den 3 Beobachtungsjahren		Von 100 000 Lebenden starben im Durchschnitt der 3 Beobachtungsjahre			Zahl der Gestorbenen in den 3 Beobachtungsjahren		Von 100 000 Lebenden starben im Durchschnitt der 3 Beobachtungsjahre	
	1949/51	1960/62	1949/51	1960/62		1949/51	1960/62	1949/51	1960/62		1949/51	1960/62	1949/51	1960/62
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15

a) männlich

unter 5	33	—	23,7	—	..	14	7	10,0	—	6	—
5 — 10	12	—	7,2	—	..	10	8	6,0	1	—	..	—	..
10 — 15	9	—	..	—	..	3	1	1	2
15 — 20	23	—	16,8	—	..	12	14	8,7	7,3	83,9	—	3	—
20 — 25	50	1	35,4	14	13	9,3	5,3	57,0	1	4
25 — 30	56	3	39,1	10	21	6,9	11,1	160,9	4	2
30 — 35	47	14	42,7	8,2	19,2	20	29	18,1	17,0	93,9	1	5
35 — 40	78	20	48,0	12,9	26,9	39	43	24,0	27,7	115,4	15	8	9,2
40 — 45	102	21	53,3	16,6	31,1	103	59	53,9	46,7	86,6	15	17	7,8	13,4	171,8
45 — 50	160	32	80,5	19,8	24,6	229	188	115,2	116,5	101,1	34	26	17,1	16,1	94,2
50 — 55	144	58	86,5	29,8	34,5	358	423	215,1	217,5	101,1	88	87	52,8	44,7	84,7
55 — 60	153	84	109,2	43,1	39,5	572	794	408,3	407,5	99,8	132	180	94,2	92,4	98,1
60 — 65	153	106	120,7	68,0	56,3	754	1 140	595,0	731,7	123,0	292	335	230,4	215,0	93,3
65 — 70	145	94	143,6	82,1	57,2	853	1 256	845,0	1 098,0	129,9	445	477	440,8	417,0	94,6
70 — 75	88	78	124,1	86,6	69,8	837	1 265	1 180,5	1 405,0	119,0	632	794	891,3	881,9	98,9
75 — 80	49	50	126,5	85,0	67,2	658	1 066	1 698,9	1 813,3	106,7	564	1 011	1 456,2	1 719,7	118,1
80 — 85	20	38	120,4	126,8	105,3	296	638	1 782,1	2 129,6	119,5	377	942	2 269,8	3 144,4	138,5
85 und älter	4	11	..	92,5	..	86	304	1 823,9	2 556,9	140,2	165	604	3 499,4	5 080,3	145,2
Zusammen	1 326	610	59,2	23,9	40,4	4 868	7 269	217,6	285,9	131,4	2 767	4 503	123,6	177,1	143,3

b) weiblich

unter 5	28	1	21,4	4	6	2	8
5 — 10	12	1	7,6	6	5	—	1	—
10 — 15	11	—	6,5	—	..	5	2	1	1
15 — 20	23	1	17,1	1	5	2	1
20 — 25	51	4	32,4	12	9	7,6	2	2
25 — 30	62	4	33,5	17	22	9,1	11,8	129,7	3	1
30 — 35	36	6	25,3	30	49	21,1	26,8	127,0	4	4
35 — 40	43	18	21,6	8,6	39,8	125	106	63,0	50,9	80,8	9	1
40 — 45	65	22	29,0	12,6	43,4	213	157	95,2	90,4	95,0	11	10	4,9	5,7	116,3
45 — 50	53	20	24,7	9,5	38,5	336	330	156,6	156,9	100,2	36	31	16,7	14,7	88,0
50 — 55	45	15	21,7	6,1	28,1	438	510	211,8	209,3	98,8	81	63	39,1	25,8	66,0
55 — 60	44	14	24,0	6,1	25,4	638	701	349,0	307,6	88,1	158	118	86,4	51,7	59,8
60 — 65	39	17	26,3	8,1	30,8	684	921	461,7	440,6	95,4	325	291	151,8	139,2	91,7
65 — 70	50	25	43,6	13,9	31,9	732	1 037	639,7	577,7	90,3	507	594	443,0	330,9	74,7
70 — 75	62	28	72,2	21,0	29,1	745	1 068	868,3	804,2	92,6	773	933	900,9	702,5	78,0
75 — 80	33	26	64,8	30,6	47,2	676	875	1 329,0	1 031,4	77,6	810	1 309	1 592,4	1 542,9	96,9
80 — 85	17	27	69,1	58,6	84,8	399	602	1 623,0	1 306,6	80,5	578	1 300	2 351,1	2 821,6	120,0
85 und älter	6	8	161	371	1 682,3	2 072,3	123,2	337	927	3 521,4	5 178,1	147,0
Zusammen	680	237	26,8	7,9	29,5	5 222	6 776	205,9	228,6	111,0	3 639	5 595	143,5	188,7	131,5

¹⁾ Nach der Deutschen Allgemeinen Systematik der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen von 1958.

Noch: Anhangtabelle

Die Sterblichkeit der männlichen und weiblichen Hamburger Bevölkerung nach ausgewählten Todesursachengruppen in den Jahren 1949 bis 1951 und 1960 bis 1962

Altersgruppen (von ... bis unter ... Jahren)	Todesursachen ¹⁾														
	Krankheiten des Kreislaufsystems (40-49)					Pneumonie (53 u. 844)					Krankheiten der Verdauungsorgane (60-69)				
	Zahl der Gestorbenen in den 3 Beobachtungsjahren		Von 100 000 Lebenden starben im Durchschnitt der 3 Beobachtungsjahre		Meßzahl 1949/51 = 100	Zahl der Gestorbenen in den 3 Beobachtungsjahren		Von 100 000 Lebenden starben im Durchschnitt der 3 Beobachtungsjahre		Meßzahl 1949/51 = 100	Zahl der Gestorbenen in den 3 Beobachtungsjahren		Von 100 000 Lebenden starben im Durchschnitt der 3 Beobachtungsjahre		Meßzahl 1949/51 = 100
	1949/51	1960/62	1949/51	1960/62		1949/51	1960/62	1949/51	1960/62		1949/51	1960/62	1949/51	1960/62	
	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
a) männlich															
unter 5	11	1	7,9	149	116	107,1	69,7	65,1	119	34	85,5	20,4	23,9
5 — 10	3	1	2	—	..	—	..	7	4
10 — 15	6	2	2	—	..	—	..	7	5
15 — 20	9	8	3	1	13	4	9,5
20 — 25	8	12	..	4,9	..	3	3	17	5	11,3
25 — 30	21	17	14,6	9,0	61,6	4	4	11	9	7,6
30 — 35	16	34	14,5	20,0	137,9	2	3	18	18	16,3	10,6	65,0
35 — 40	46	64	28,3	41,3	145,9	5	3	43	18	26,5	11,6	43,8
40 — 45	105	83	54,9	65,7	119,7	8	3	64	29	33,5	22,9	68,4
45 — 50	200	221	100,6	137,0	136,2	32	15	16,1	9,3	57,8	89	80	44,7	49,6	111,0
50 — 55	331	539	198,8	277,2	139,4	33	21	19,8	10,8	54,5	131	136	78,7	69,9	88,8
55 — 60	472	990	336,9	508,2	150,8	41	47	29,2	24,1	82,5	166	193	118,5	99,0	83,5
60 — 65	708	1 349	558,7	865,8	155,0	82	59	64,7	37,8	58,4	194	236	153,1	151,4	98,9
65 — 70	932	1 563	923,3	1 366,4	148,0	98	79	97,0	69,0	71,1	177	215	175,3	187,9	107,2
70 — 75	1 094	1 807	1 542,9	2 007,0	130,1	159	140	224,2	155,5	69,4	159	257	224,2	285,4	127,3
75 — 80	888	1 822	2 292,7	3 099,3	135,2	144	130	371,8	221,1	59,5	101	209	260,7	355,5	136,4
80 — 85	612	1 446	3 684,7	4 826,7	131,0	119	148	716,4	494,0	69,0	66	187	397,3	624,2	157,1
85 und älter	264	877	5 599,1	7 376,5	131,7	72	129	1 527,0	1 085,0	71,1	30	93	636,2	782,2	122,9
Zusammen	5 726	10 836	255,9	426,1	166,6	958	901	42,8	33,3	77,8	1 412	1 732	63,1	68,1	107,9
b) weiblich															
unter 5	7	5	106	93	80,9	58,8	72,7	80	23	61,0	14,5	23,8
5 — 10	2	—	2	—	3	3
10 — 15	5	1	—	1	12	3	7,1
15 — 20	10	4	7,4	4	1	12	3	8,9
20 — 25	7	10	..	4,2	..	6	1	17	6	10,8
25 — 30	13	9	7,0	3	1	11	12	5,9	6,4	108,5
30 — 35	11	12	7,7	6,5	84,4	2	3	24	11	16,9	6,0	35,5
35 — 40	30	25	15,1	12,0	79,5	6	2	18	14	9,0	6,7	74,4
40 — 45	48	40	21,4	23,0	107,5	5	6	30	19	13,4	10,9	81,3
45 — 50	121	106	56,4	50,4	89,4	18	9	8,3	63	34	29,3	16,1	54,9
50 — 55	196	181	94,8	74,2	78,3	27	12	13,0	4,9	37,7	89	79	43,0	32,4	75,3
55 — 60	293	381	160,3	167,2	104,3	38	27	20,7	11,8	57,0	118	119	64,5	52,2	80,9
60 — 65	511	691	344,8	330,6	95,9	64	43	43,1	20,5	47,6	115	171	77,6	81,8	105,4
65 — 70	739	1 188	645,8	661,8	102,5	96	68	83,8	37,8	45,1	164	206	143,3	114,7	80,0
70 — 75	1 064	1 685	1 240,1	1 268,8	102,3	133	121	155,0	91,1	58,8	170	235	198,1	176,9	89,3
75 — 80	1 101	1 994	2 164,5	2 350,4	108,6	174	149	342,0	175,6	51,3	137	254	269,3	299,4	111,2
80 — 85	891	1 781	3 624,3	3 865,6	106,7	171	150	695,5	325,5	46,8	90	214	366,0	464,4	126,9
85 und älter	467	1 397	4 879,8	7 803,5	159,9	113	174	1 180,7	971,9	82,3	40	133	417,9	742,9	177,8
Zusammen	5 516	9 510	217,5	320,8	147,5	968	820	38,1	27,6	72,4	1 193	1 539	47,0	51,9	110,4

1) Nach der Deutschen Allgemeinen Systematik der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen von 1958.

Noch: Anhangtabelle

Die Sterblichkeit der männlichen und weiblichen Hamburger Bevölkerung nach ausgewählten Todesursachengruppen in den Jahren 1949 bis 1951 und 1960 bis 1962

Altersgruppen (von ... bis unter ... Jahren)	Todesursachen 1)														
	Kraftfahrzeugunfälle (90)					Sonstige Infektionen (05-19)					Restl. Todesursachen				
	Zahl der Gestorbenen in den 3 Beobachtungsjahren		Von 100 000 Lebenden starben im Durchschnitt der 3 Beobachtungsjahre		Meßzahl 1949/51 = 100	Zahl der Gestorbenen in den 3 Beobachtungsjahren		Von 100 000 Lebenden starben im Durchschnitt der 3 Beobachtungsjahre		Meßzahl 1949/51 = 100	Zahl der Gestorbenen in den 3 Beobachtungsjahren		Von 100 000 Lebenden starben im Durchschnitt der 3 Beobachtungsjahre		Meßzahl 1949/51 = 100
	1949/51	1960/62	1949/51	1960/62		1949/51	1960/62	1949/51	1960/62		1949/51	1960/62	1949/51	1960/62	
	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45

a) männlich

unter 5	14	11	10,0	6,6	66,0	84	20	60,4	12,0	19,9	1 081	1 089	777,5	654,1	84,1
5 — 10	23	22	13,8	15,8	114,5	10	3	6,0	77	57	46,2	41,0	88,7
10 — 15	19	6	10,8	5	2	83	31	47,4	20,3	42,8
15 — 20	20	30	14,6	15,7	107,5	7	1	95	99	69,5	51,8	74,5
20 — 25	24	83	16,0	34,0	212,5	5	7	146	158	97,6	64,7	66,3
25 — 30	25	44	17,4	23,4	134,5	4	3	134	166	93,7	88,2	94,1
30 — 35	23	30	20,8	17,6	84,6	4	5	115	139	104,4	81,9	78,4
35 — 40	28	29	17,2	18,7	108,7	12	3	7,3	183	189	112,7	122,0	108,3
40 — 45	26	25	13,6	19,8	145,6	12	3	6,2	302	176	158,1	139,4	88,2
45 — 50	32	41	16,1	25,4	157,8	22	12	11,0	7,4	67,3	432	296	217,3	183,5	84,4
50 — 55	26	42	15,6	21,6	138,5	34	8	20,4	525	523	315,4	269,0	85,3
55 — 60	23	65	16,4	33,3	203,0	39	13	27,8	6,6	23,7	579	793	415,3	407,0	98,0
60 — 65	23	66	18,1	42,3	233,7	56	14	44,1	8,9	20,2	665	961	524,8	616,8	117,5
65 — 70	38	48	37,6	41,9	111,4	42	9	41,6	735	1 013	728,1	885,6	121,6
70 — 75	31	48	43,7	53,3	122,0	30	10	42,3	11,1	26,2	832	1 179	1 173,4	1 309,5	111,6
75 — 80	20	61	51,6	103,7	201,0	17	6	43,8	850	1 222	2 194,6	2 078,6	94,7
80 — 85	6	47	..	156,8	..	9	2	699	1 156	4 208,5	3 858,7	91,7
85 und älter	5	29	..	243,9	..	4	2	424	1 047	8 992,5	8 806,4	97,9
Zusammen	406	727	18,1	28,5	157,5	396	123	17,7	4,8	27,1	7 957	10 294	355,8	404,8	113,8

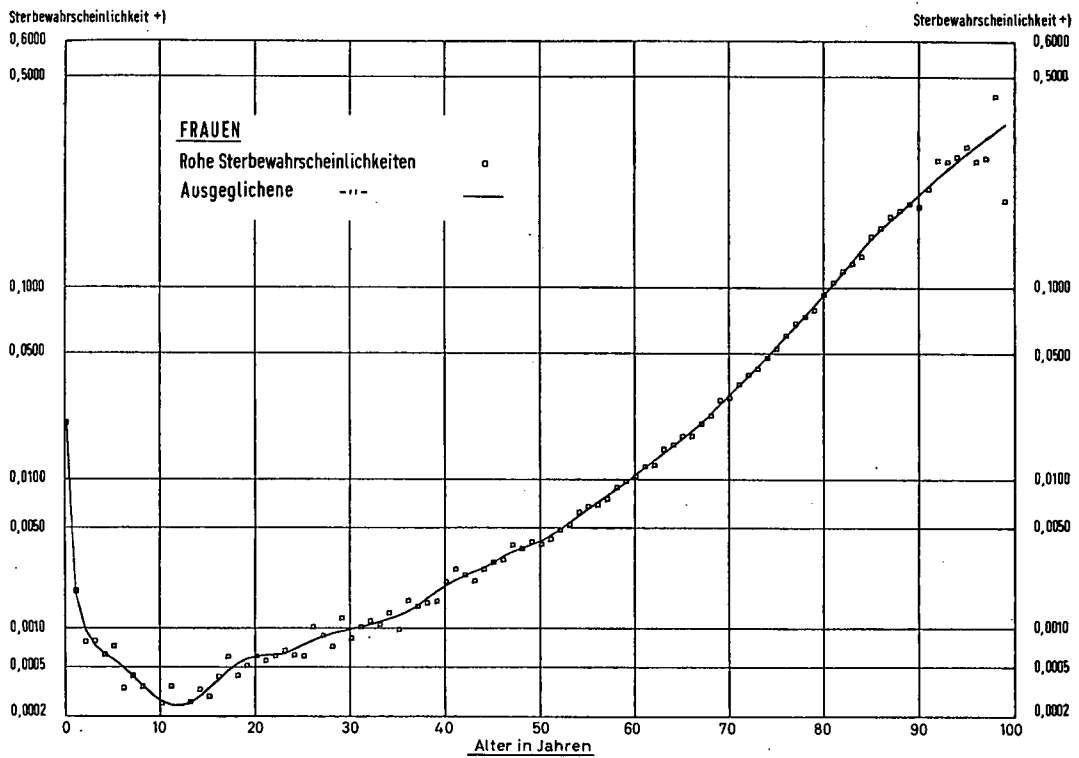
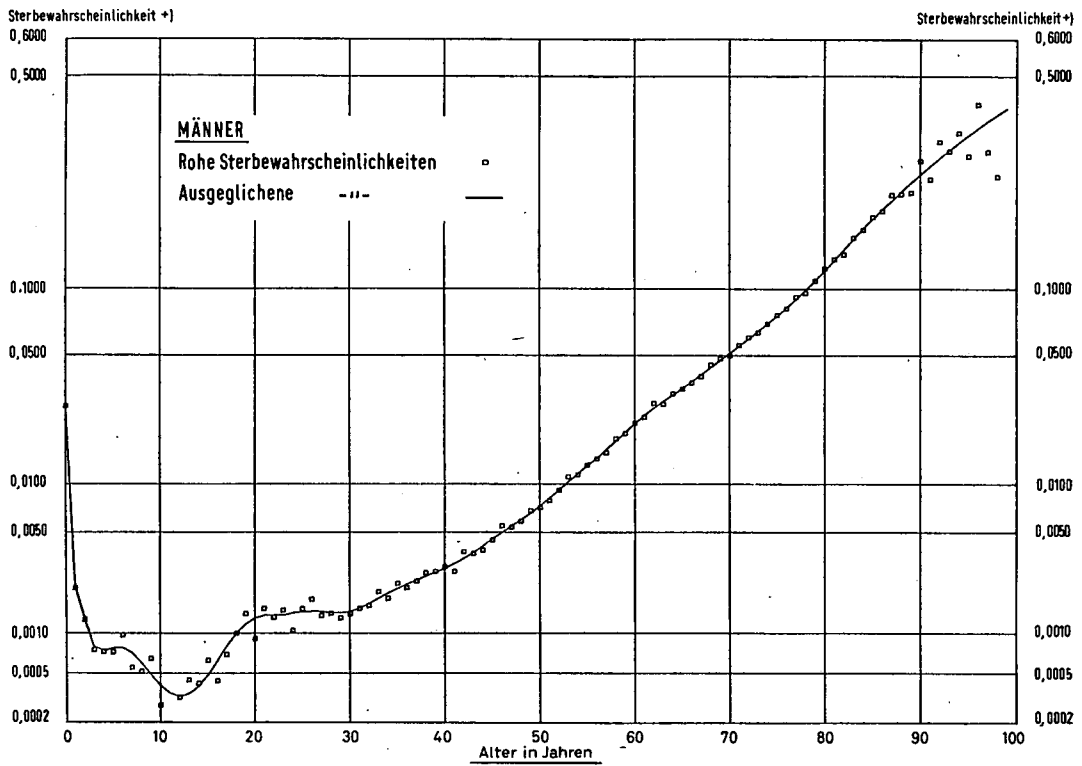
b) weiblich

unter 5	6	6	84	17	64,1	10,7	16,7	849	798	647,9	504,3	77,8
5 — 10	16	8	10,1	9	1	34	33	21,5	25,0	116,3
10 — 15	6	4	3	—	..	—	..	46	28	27,3	19,2	70,3
15 — 20	5	15	..	8,0	..	2	2	53	52	39,4	27,9	70,8
20 — 25	3	8	8	1	86	102	54,6	42,9	78,6
25 — 30	6	9	5	3	115	103	62,1	55,4	89,2
30 — 35	4	3	3	4	92	106	64,9	58,0	89,4
35 — 40	2	5	8	1	185	128	93,3	61,5	65,9
40 — 45	4	5	10	—	4,4	—	..	224	160	100,1	92,1	92,0
45 — 50	4	17	..	8,0	..	14	4	6,5	245	199	114,2	94,6	82,8
50 — 55	11	17	5,3	6,9	130,2	28	4	13,5	308	329	149,0	135,0	90,6
55 — 60	6	17	..	7,4	..	25	9	13,6	352	461	192,5	202,3	105,1
60 — 65	6	22	..	10,5	..	33	13	22,2	6,2	27,9	456	618	307,7	295,7	96,1
65 — 70	11	25	9,6	13,9	144,8	50	15	43,6	8,3	19,0	525	792	458,8	441,2	96,2
70 — 75	10	34	11,6	25,6	220,7	20	16	23,3	12,0	51,5	651	994	758,7	748,5	98,7
75 — 80	20	56	39,3	66,0	167,9	19	14	37,3	16,5	44,2	794	1 171	1 560,9	1 380,3	88,4
80 — 85	11	39	44,7	84,6	189,3	13	7	52,8	822	1 422	3 343,6	3 086,4	92,3
85 und älter	3	9	3	6	31,3	821	1 552	8 578,8	8 669,4	101,1
Zusammen	134	299	5,2	10,0	192,3	337	117	13,2	3,9	29,5	6 658	9 048	262,6	305,3	116,3

1) Nach der Deutschen Allgemeinen Systematik der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen von 1958.

Noch: Anhang

Roh- und ausgeglichene Sterbewahrscheinlichkeiten nach der Sterbetafel 1960/62 für Hamburg



+) Modifizierter (logarithmischer Maßstab ($\sqrt{-\log q_x}$))

(Maschinell vom Statistischen Bundesamt gezeichnet)

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			März 1964	März 1965	Februar 1965
	1938	1950	1964			
Meteorologische Beobachtungen in Hamburg						
1. Mittelwerte 1)						
Luftdruck, mm	761,7	758,8 ²⁾	763,1 ²⁾	764,3 ²⁾	762,3 ²⁾	765,5 ²⁾
Lufttemperatur, °C	9,3	7,9	9,0	0,8	3,7	0,9
Relative Luftfeuchtigkeit, %	82	82	77	77	77	80
Windstärke 3)			3	3	3	3
Bewölkung 4)	6,7	7,2	7	7	6	7
2. Summenwerte 5)						
Niederschlagsmenge, mm	562,0	857,6	658	31	26	34
Sonnenscheindauer, Std.	1 622,9	1 743,2	1 519	86	126	74
Tage ohne Sonnenschein	88	76	107	13	7	8
Tage mit Niederschlägen	160	221	205	19	19	21
Bevölkerung						
1. Bevölkerungsstand (in 1000) 6)						
Bezirk Hamburg-Mitte	435,8	242,2	289,8	290,3 r	288 p	288 p
Altona	220,3	272,7	266,7	267,5 r	265 p	265 p
Eimsbüttel	244,5	252,0	261,8	260,5 r	265 p	264 p
Hamburg-Nord	424,1	358,9	409,3	410,7 r	404 p	406 p
Wandsbek	166,7	221,9	352,2	349,6 r	357 p	357 p
Bergedorf	52,6	82,4	79,7	79,1 r	81 p	81 p
Harburg	135,7	172,4	197,2	196,9 r	198 p	197 p
Hamburg insgesamt (am Monatsende)	1 679,7	1 602,5	1 856,7	1 854,6 r	1 858 p	1 858 p
dav. männlich	788,8	750,3	860,0	858,5 r	862 p	861 p
weiblich	890,9	852,2	996,7	996,1 r	996 p	997 p
dar. Ausländer 7)	16,6	19,9	56,7	55,4	57,8	58,3
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung						
* Eheschließungen	1 447	1 414	1 537 p	1 641	1 550 p	1 262 r
* Eheschließungen auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	10,3	10,7	9,9 p	10,4	9,8 p	8,9
Ehescheidungen	266	434	331 p	355	331 p	331 r
* Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	2 346	1 448	2 311 p	2 490	2 460 p	2 226 r
dar. unehelich	209	154	161 p	185	155 p	137 r
* Lebendgeborene auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	16,8	10,9	14,9 p	15,8	15,6 p	15,6
Unehelich Geborene % der Geborenen	9,1	10,8	7,0 p	7,5	6,4 p	6,2 r
Totgeborene % der Geborenen	2,1	1,9	1,0 p	1,1	1,4 p	1,6 r
* Gestorbene Ortsansässige	1 702	1 389	1 986 p	2 175	2 620 p	1 949 r
dar. unter 1 Jahr alt	118	64	44 p	54	45 p	37
70 und mehr Jahre alt	657	631	1 139 p	1 238	1 600 p	1 143 r
* Gestorbene Ortsansässige auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	12,2	10,5	12,8 p	13,8	16,6 p	13,7
* Gestorbene Säuglinge auf 1000 Lebendgeborene 8)	50,6	43,5	19,0 p	21,9	18,3 p	17,9 r
* Geburtenüberschuß (+) bzw. Sterbeüberschuß (-)	+ 644	+ 59	+ 325 p	+ 315	- 160 p	+ 277 r
3. Wanderungen						
* Zugezogene Personen von außerhalb Hamburgs	8 126	7 661	5 989	5 423 r	5 500 p	5 100 p
* Fortgezogene Personen n. außerh. Hamburgs	7 788	2 174	6 081	5 759 r	5 700 p	4 800 p
* Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	+ 338	+ 5 487	- 92	- 336 r	- 200 p	+ 300 p
dav. männlich	.	+ 2 533	+ 60	+ 14 r	- 100 p	+ 200 p
weiblich	.	+ 2 954	- 152	- 350 r	- 100 p	+ 100 p
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs	31 889	19 751	14 233	12 563	14 949	12 505
Nach Gebieten						
a) Herkunft						
Schleswig-Holstein	.	2 668	1 525	1 407 r	1 400 p	1 400 p
dar. angrenzende Kreise 9)	.	1 311	798	684 r	700 p	800 p
Niedersachsen	.	1 854	1 108	976 r	1 000 p	900 p
dar. angrenzende Kreise 10)	.	567	260	249 r	300 p	300 p
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	.	1 214 ¹¹⁾	1 932	1 750 r	1 700 p	1 600 p
Sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung	.					
Ausland	.	1 072	118	118 r	100 p	100 p
Unbekannt	.	485	1 218	1 094 r	1 200 p	1 000 p
	.	368	88	78 r	100 p	100 p
b) Ziel						
Schleswig-Holstein	.	718	2 104	1 909 r	1 900 p	1 800 p
dar. angrenzende Kreise 9)	.	457	1 426	1 237 r	1 200 p	1 200 p
Niedersachsen	.	449	1 178	1 104 r	1 100 p	1 000 p
dar. angrenzende Kreise 10)	.	131	466	397 r	400 p	300 p
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	.	764 ¹¹⁾	2 137	2 053 r	2 000 p	1 400 p
Sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung	.					
Ausland	.	89	9	9 r		
Unbekannt	.	142	628	655 r	700 p	500 p
	.	12	25	29 r		

1) Errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — 2) Reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — 3) 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — 4) Bewölkungsgrade: 0 bis 10 (0 = wolkenlos, 10 = volle Bewölkung). — 5) 1938, 1950 und 1964 handelt es sich um Jahreswerte. — 6) Für 1938 und 1950 nach dem Stand der Volkszählungen vom 17. 5. 1939 und 13. 9. 1950. Ab 1962 Fortschreibungsergebnisse auf der Basis der Volkszählung 1961. — 7) Ab 1950 nach den Angaben der Polizei Hamburg. — 8) Berechnet unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung. — 9) Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — 10) Landkreise Harburg und Stade. — 11) Einschl. Sowjetsektor von Berlin.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			März 1964	März 1965	Februar 1965
	1938	1950	1964			
Gesundheitswesen						
1. Krankenanstalten in Hamburg						
a) Öffentliche Krankenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende 1)	9 464	12 742	11 726	11 707	11 756	11 756
Krankenverpflegungstage	221 711	321 088	276 036	284 915	296 831	274 465
Bettenausnutzung in % 2)	77,1	86,8	82,0	83,4	86,3	86,1
b) Gemeinnützige Krankenanstalten 3)						
Bettenbestand am Monatsende 1)	4 339	4 690	4 487	4 480	4 571	4 571
Krankenverpflegungstage	98 261	126 293	118 507	120 621	131 813	120 508
Bettenausnutzung in % 2)	74,5	88,6	87,0	86,9	92,5	94,0
c) Privatkrankenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende 1)	.	409	674	644	698	666
Krankenverpflegungstage	.	8 983	17 377	16 895	18 913	17 711
Bettenausnutzung in % 2)	.	60,1	82,8	81,4	85,6	90,8
2. Hamburgische Krankenanstalten außerhalb Hamburgs						
a) Öffentliche Krankenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende 1)	189	2 260	885	885	885	885
Krankenverpflegungstage	4 705	61 801	22 025	23 267	23 444	21 493
Bettenausnutzung in % 2)	81,8	91,5	81,7	84,8	86,2	87,6
b) Tbc-Heilstätten						
Bettenbestand am Monatsende 1)	833	1 645	1 117	1 110	1 110	1 110
Krankenverpflegungstage	23 649	48 679	26 643	27 416	28 076	24 876
Bettenausnutzung in % 2)	93,5	97,4	82,4	83,3	88,3	86,4
3. Anstalten für Geistes Kranke						
a) Öffentliche Krankenanstalten in Hamburg						
Bettenbestand am Monatsende	2 898	1 388	1 743	1 743	1 743	1 743
Krankenverpflegungstage	86 354	29 261	49 207	50 355	49 945	44 920
Bettenausnutzung in % 2)	98,0	75,1	93,2	92,7	92,7	92,3
b) Gemeinnützige Krankenanstalten in Hamburg						
Bettenbestand am Monatsende	1 613	1 218	1 291	1 302	1 278	1 278
Krankenverpflegungstage	48 883	36 598	39 742	39 395	38 986	35 377
Bettenausnutzung in % 2)	99,7	98,8	98,4	97,6	98,4	98,9
c) Krankenanstalten außerhalb Hamburgs						
Bettenbestand am Monatsende	—	1 420	1 329	1 286	1 476	1 476
Krankenverpflegungstage	—	35 400	38 630	38 566	44 679	40 177
Bettenausnutzung in % 2)	—	68,4	96,0	96,7	97,6	97,3
4. Gestorbene nach wichtigen Todesursachen						
Gestorbene insgesamt	1 702	1 389	1 986 p	2 175 p	2 620 p	1 949 p
dar. Tuberkulose der Atmungsorgane	82	48	20 p	18	.	28
Krebs	240	285	416 p	460	.	389
Gehirnblutungen	136	172	218 p	228	.	212
Herzkrankheiten	232	269	455 p	471	.	442
Lungenentzündung	103	47	41 p	47	.	44
Freitod	62	50	45 p	46	.	26
Verkehrsunfälle	22	20	42 p	31	.	31
Andere Verunglückungen	48	41	56 p	58	.	68
Kulturpflege						
1. Lichtspieltheater						
Theater	104	104	103	106	101	101
Plätze	66 691	47 891	55 398	57 466	54 235	54 259
Besucher	1 931 580	1 854 754	1 034 669	1 135 863	961 539	943 617
2. Rundfunk und Fernsehen						
Tonrundfunkteilnehmer 4)	361 531	407 741	660 198	659 536	666 031	664 798
Fernsehrundfunkteilnehmer	—	—	414 621	405 633	448 040	445 267
Öffentliche Sozialleistungen						
Soziale Krankenversicherung 5)						
Mitglieder						
dav. Pflichtmitglieder	452 518	694 658	683 058	679 700	677 203	676 189
Rentner	.	486 742	438 839	436 453	427 781	428 232
Freiwillige Mitglieder	64 028	171 139	173 306	173 150	175 235	174 900
Krankenstand der Pflichtmitglieder insgesamt	15 541	36 777	70 913	70 097	74 187	73 057
dav. männlich	9 091	15 825	26 191	32 026	33 257	31 760
dav. weiblich	6 450	10 123	17 399	21 125	22 223	21 292
Soziale Rentenversicherung						
Rentenempfänger		153 175	311 553	314 100	.	316 673
dav. Rentenversicherung der Arbeiter	94 3466)	106 248	206 259	205 035	210 359	210 217
Rentenversicherung der Angestellten	.	46 927	105 294	109 065	.	106 456
Ausgezahlte Renten in DM	.	28 880 000	73 950 843	84 116 946	.	75 521 086
dav. Rentenversicherung der Arbeiter	.	18 350 000	41 995 260	47 375 497	53 561 106	42 933 797
Rentenversicherung der Angestellten	.	10 530 000	31 955 583	36 741 449	.	32 587 289

1) Ohne Säuglingsbetten. — 2) Ohne gesperrte Betten. — 3) 1938 einschl. Privatkrankenanstalten. — 4) 1938 und 1950 Postamtsbezirk Hamburg. — 5) Nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse. — 6) Stand 1. 1. 1940.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			März 1964	März 1965	Februar 1965
	1938	1950	1964			
Arbeitsmarkt						
1. Angebot und Nachfrage						
* Arbeitslose	29 908	90 831	4 606	5 556	4 146	5 046
dav. männlich	23 937	56 428	2 992	3 822	2 927	3 470
weiblich	5 971	34 403	1 614	1 734	1 219	1 576
Offene Stellen	31 522	1 789	22 324	20 159	24 136	21 980
dav. männlich	21 009	744	12 049	10 168	11 525	10 178
weiblich	10 513	1 045	10 275	9 991	12 611	11 802
Stellenvermittlung in Beschäftigung über 7 Tage 1)	16 088	21 006	6 233	6 673	6 730	5 989
dav. männlich	11 107	13 007	4 257	4 380	4 678	4 056
weiblich	4 981	7 999	1 976	2 293	2 052	1 933
Stellenvermittlung in Beschäftigung bis zu 7 Tagen	9 175	24 625	17 738	17 166	13 622	9 436
dav. männlich	7 544	23 585	17 080	16 512	12 927	9 030
weiblich	1 631	1 040	658	654	695	406
Arbeitsuchende am Monatsende 2)	35 944	94 886	9 988	11 263	9 331	10 663
dav. männlich	28 215	59 355	6 583	7 522	6 484	7 185
weiblich	7 729	35 531	3 405	3 741	2 847	3 478
2. Die Arbeitslosen						
Berufsgruppen insgesamt	29 908	90 831	4 606	5 556	4 146	5 046
dar. Bauberufe	.	6 710 ³⁾	177	459	172	309
Metallerzeuger und -verarbeiter	.	6 766 ³⁾	69	106	66	68
Elektriker	.	1 627 ³⁾	33	45	36	37
Chemiewerker	.	1 879 ³⁾	75	87	69	63
Holzverarbeiter und zugehörige Berufe	.	1 596 ³⁾	28	31	40	38
Graphische Berufe	.	690 ³⁾	50	37	47	64
Lederhersteller, Leder- und Fellverarb.	.	1 180 ³⁾	12	19	12	11
Nahrungs- und Genußmittelhersteller	.	6 623 ³⁾	110	138	103	134
Kaufmännische Berufe	.	8 598 ³⁾	468	505	386	457
Verkehrsberufe	.	8 787 ³⁾	433	523	371	422
Verwaltungs- und Büroberufe	.	5 807 ³⁾	1 096	1 044	889	1 071
Künstlerische Berufe	.	2 260 ³⁾	199	244	220	244
Bauwirtschaft und Wohnungswesen						
1. Baugenehmigungen						
Wohnbauten						
* Wohngebäude	.	469	315	144	273	164
* Umbauter Raum in 1000 cbm	.	642	464	202	338	177
* Wohnungen	.	2 540	1 413	521	877	490
Bruttowohnfläche in 1000 qm	.	128	98	38	69	37
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	22 029	52 864	22 944	40 561	21 077
Nichtwohnbauten						
* Nichtwohngebäude	.	185	129	125	80	38
* Umbauter Raum in 1000 cbm	.	233	346	454	223	160
* Nutzfläche in 1000 qm	.	.	67	85	52	36
* Wohnungen	.	20	19	12	8	15
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	6 403	31 662	34 825	23 504	16 095
2. Baubeginne						
Wohnbauten						
Wohngebäude	.	516	328	158	164	95
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	.	514	240	185	146
Wohnungen	.	2 206	1 562	783	525	459
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	.	55 791	26 313	22 018	15 962
Nichtwohnbauten						
Nichtwohngebäude	.	237	117	70	54	26
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	.	361	200	208	116
Wohnungen	.	.	24	7	24	6
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	.	35 120	13 591	26 891	13 820
3. Baufertigstellungen						
Wohnbauten						
Wohngebäude	188	395	294	169	122	157
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	482	430	216	213	244
Wohnungen	.	2 096	1 377	690	731	842
Bruttowohnfläche in 1000 qm	.	107	90	45	46	52
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	19 250	45 652	23 069	25 500	27 844
Nichtwohnbauten						
Nichtwohngebäude	26	137	120	63	33	44
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	144	308	138	58	166
Wohnungen	.	26	19	5	7	4
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	3 069	29 208	12 102	7 094	20 168

1) Durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. — 2) Arbeitslose einschli. derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — 3) Durchschnitt aus April—Dezember 1950.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			März 1964	März 1965	Februar 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen						
Baufertigstellungen						
Wohnungen						
Wohnungen insgesamt 1)	706	2 122	1 396	695	738	846
dar. mit öffentlichen Mitteln gefördert		1 526	1 018	491	598	520
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)		6 575	5 200	2 987	2 575	2 892
4. Bauüberhang						
(am Ende des Berichtszeitraumes) 2)						
Im Bau befindliche Wohnungen		17 089	19 318	18 600	18 700	18 900
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen		8 412	5 757	8 300	7 000	6 700
5. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen 3) (in 1000)						
Bestand an Wohngebäuden		96	166	165	169	169
Bestand an Wohnungen		310	610	606	622	621
Bestand an Wohnräumen über 6 qm (einschl. Küchen)		1 197	2 222	2 207	2 267	2 265
6. Wohnraumbewirtschaftung						
Erstvergabe von bewirtschafteten Wohnungen						
a) für Wohnungssuchende mit hoher Dringlichkeit und für Sonderfälle	—	650	442	249	201	231
b) für Wohnungssuchende mit Anspruch aus §§ 77—80 II. WoBauG.	—	830	502	281	370	252
c) für die Umschichtung	—	—	74	26	27	37
Wiedervergaben, Wohnungen	—	452	831	704	1 176	764
Erstmalig bezogene unbewirtschaftete Wohnungen	—	678	344	170	106	301
7. Bauberichterstattung 4)						
* Zahl der Beschäftigten		34 741	50 514	49 274	48 126	47 394
dar. Inhaber		2 049	1 401	1 409	1 394	1 403
Angestellte		2 010	4 598	4 544	4 638	4 634
Arbeiter 5)		30 682	44 385	43 191	41 977	41 245
* Löhne in 1000 DM (Bruttosumme)		9 199	43 278	33 300	34 915	30 294
* Gehälter in 1000 DM (Bruttosumme)		868	5 334	4 633	5 482	5 265
* Umsatz in 1000 DM		24 653	120 020	82 485	95 428	91 229
dav. im Wohnungsbau			41 082	26 270	32 911	32 756
gewerbl. und Industr. Bau			27 062	18 415	24 254	24 774
öffentlichen und Verkehrsbau			51 876	37 800	38 263	33 699
* Geleistete Arbeitsstunden in 1000		5 813	7 326	6 111	6 053	5 227
dav. für Wohnungsbauten		2 930	2 476	1 810	2 054	1 647
gewerbl. und Industr. Bauten		1 517	1 657	1 532	1 556	1 457
öffentliche und Verkehrsbauten		1 317	3 193	2 769	2 443	2 123
Preise und Indexziffern						
1. Durchschnittspreise am Hamburger Viehmarkt für 100 kg Lebendgewicht (in RM/DM)						
Ochsen, vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes						
	87,60	151,60	270,50	272,10	299,10	297,40
Kühe, sonstige vollfleischige						
	75,20	125,40	213,60	210,00	233,70	232,50
Kälber, mittlere Mast- und Saugkälber						
	114,00	182,60	345,80	317,70	385,00	358,60
Schweine, von 100—119,5 kg Lebendgewicht						
	101,80	235,00	255,00	254,70	242,20	244,20
Schafe, mittlere Mastlämmer und Hammel						
	81,40	123,80	209,50	227,30	229,40	221,40
2. Durchschnittspreise für Fleisch 6)						
I. Qualität für 100 kg (in RM/DM)						
Rindfleisch von Ochsen und Färsen, beste Qualität						
	153,00	263,00	499,20	490,00	555,00	548,80
Kalbfleisch, beste Qualität						
	189,40	349,00	643,90	597,50	688,00	670,00
Hammelfleisch, beste Qualität						
	185,60	254,00	520,90	556,30	628,50	610,00
Schweinefleisch, aus hiesigen Schlachtungen						
	140,80	357,00	362,80	381,90	345,50	348,80
3. Preisindexziffern für die Lebenshaltung						
— Mittlere Verbrauchergruppe —						
Wägungsschema 1950						
Ernährung						
	63,0	100	145,7	145,7	148,8	148,0
Getränke und Tabakwaren						
	34,6	100	86,0	85,4	86,4	86,4
Wohnung						
	97,5	100	167,2	166,1	169,0	168,8
Heizung und Beleuchtung						
	66,0	100	155,9	155,6	158,8	158,8
Hausrat						
	53,9	100	127,9	126,9	130,7	130,6
Bekleidung						
	47,9	100	113,4	113,1	114,7	114,1
Reinigung und Körperpflege						
	58,7	100	131,3	129,3	139,4	136,6
Bildung und Unterhaltung						
	73,9	100	172,7	172,4	174,4	174,4
Bildung und Unterhaltung						
	65,0	100	163,5	163,5	163,7	163,7
Verkehr						
	59,3	100	137,8	137,7	140,6	139,9
Ernährung einschl. Getränke und Tabakwaren						
	59,0	100	138,4	138,1	141,1	140,4
Lebenshaltung ohne Miete						
	59,0	100	138,4	138,1	141,1	140,4
Gesamtlebenshaltung						
	62,8	100	140,8	140,4	143,3	142,8
	(1938 = 100)	(1950 = 100)	224,4	223,8	228,4	227,5

1) Einschl. Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind (im Berichtsmonat 34 Wohnungen). — 2) Für die Jahre 1950 und 1964 wurde an Stelle des Monatsdurchschnitts jeweils der Stand vom 31. 12. angegeben. — 3) Fortschreibung der bei der Gebäudenzählung 1961 ermittelten Gebäude und Wohnungen (Begriffserläuterungen siehe März-Heft 1963, S. 58/59); für 1950 Stand am Zählungstichtag („Normalwohnungen“ ohne 26 689 Wohnungen in Behefshelmen über 30 qm). — 4) Nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — 5) Einschließlich Umschüler und Lehrlinge. — 6) Beim Verkauf der Großschlächter an die Ladenschlächter.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			März 1964	März 1965	Februar 1965
	1936 ¹⁾	1950	1964			
Industrie und Handwerk						
1. Industrie ²⁾						
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)		2 130	1 746	1 764	1 720	1 719
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) insgesamt	145 200	140 867	219 807	218 324	219 065	218 794
dar. Arbeiter einschl. gewerbl. Lehrlinge		111 760	154 140	153 740	152 236	152 134
* Geleistete Arbeiterstunden in 1000 ³⁾		21 399	25 454	25 228	26 127	24 119
* Bruttosumme der Gehälter in 1000 DM		11 369	67 058	64 527	69 447	68 813
* Bruttosumme der Löhne in 1000 DM		28 356	110 408	101 964	113 009	104 109
* Umsatzwerte in 1000 RM/DM ⁴⁾	154 200	333 013	1 243 771	1 184 110	1 339 998	1 145 683
dar. nach dem Ausland in 1000 DM		12 845	148 828	162 410	151 715	157 851
* Brennstoffverbrauch in Steinkohlenwert ⁵⁾ t		52 913	14 072	16 815	16 241	15 896
* Heizölverbrauch in t			57 692	65 571	65 689	67 685
* Stromerzeugung in 1000 kWh		5 925	16 820	15 671	17 649	16 824
* Stromverbrauch in 1000 kWh		34 341	107 008	107 187	121 032	110 591
* Gasverbrauch in 1000 cbm			6 709	8 226	8 246	8 219
Beschäftigte nach Industriegruppen insgesamt	145 200	140 867	219 807	218 324	219 065	218 794
dar. Mineralölverarbeitung	4 000	4 371	8 612	8 519	8 591	8 603
NE-Metallindustrie	1 900	2 509	2 800	2 821	2 839	2 865
Chemische Industrie	8 200 ⁴⁾	10 439	17 322	17 130	17 459	17 551
Gummi und Asbest	9 200	10 380	12 249	12 312	12 246	12 302
Maschinenbau	12 400	16 409	29 173	28 858	29 088	29 110
Schiffbau	26 500	12 559	22 921	23 163	22 135	22 217
Elektroindustrie	5 400	10 785	28 624	28 013	29 206	29 032
Druck und Vervielfältigung	7 800 ⁷⁾	6 721	12 821	12 815	12 710	12 703
Ölmühlenindustrie			2 511	2 510	2 485	2 496
Margarineindustrie	5 400	4 628	3 335	3 262	3 253	3 248
Kaffee und Tee		721	3 736	3 709	3 966	3 852
Tabakverarbeitung	2 700	2 762	3 099	3 095	2 998	2 973
Umsatz nach Industriegruppen insgesamt in 1000 RM/DM	154 200	333 013	1 243 771	1 184 110	1 339 998	1 145 683
dar. Mineralölverarbeitung	12 800	32 925	218 806	207 166	212 191	199 776
NE-Metallindustrie	9 700	15 005	53 109	41 938	61 263	40 397
Chemische Industrie	12 900 ⁴⁾	25 296	91 078	84 294	103 615	92 169
Gummi und Asbest	4 600	13 990	41 804	40 586	46 625	40 635
Maschinenbau	9 400	16 234	76 569	71 883	80 911	66 290
Schiffbau	14 400	7 633	72 510	68 801	70 018	35 043
Elektroindustrie	4 400	10 463	134 655	139 665	153 147	145 454
Druck und Vervielfältigung	4 500 ⁷⁾	7 748	37 167	36 381	42 350	36 783
Ölmühlenindustrie			48 328	43 146	52 127	56 162
Margarineindustrie	21 500	41 967	23 416	21 695	22 061	21 190
Kaffee und Tee		4 298	71 966	73 652	78 719	67 431
Tabakverarbeitung	12 000	55 911	104 038	98 942	109 476	88 336
2. Öffentliche Energieversorgung						
Wasserförderung in 1000 cbm	5 737 ⁸⁾	8 282	10 842	10 578	11 162	9 898
* Gaserzeugung in 1000 Ncbm auf Kohlen- und Raffineriebasis (brutto)	18 767 ⁹⁾	20 935	40 193	55 498	53 947	55 013
* Stromerzeugung in 1000 kWh (brutto)	40 210 ⁹⁾	125 855	427 146	467 996	488 025	465 907
Vierteljahresdurchschnitt ¹⁰⁾				4. Vierteljahr	3. Vierteljahr	4. Vierteljahr
				1963	1964	1964
3. Handwerk (Meßziffern ¹¹⁾)						
* Beschäftigte (Ende des Vj.) (Mal 1956 = 100)	102,2	98,7	98,7	99,3	97,5	99,2
* Umsatz (Vj.-Ø 1955 = 100)	191,4	197,5	222,1	238,4	256,7	221,8
dar. Handwerksumsatz (Vj.-Ø 1955 = 100)	174,7	180,8	206,3	225,7	240,2	209,2
Versorgung mit Nahrungsmitteln						
Monatsdurchschnitt				März 1964	März 1965	Februar 1965
1. Milcherzeugung						
* Kuhmilcherzeugung in 1000 kg	2 618	2 285	1 975	2 099	2 300	1 810
* Milchlieferung an Molkereien in 1000 kg	1 597	1 946	1 661	1 719	1 994	1 529
in % der Gesamterzeugung	61,0	85,2	84,1	81,9	86,7	84,5
* Milchleistung je Kuh und Tag in kg	8,6	8,3	10,9	11,4	12,3	10,7
2. Trinkmilchabsatz an Verbraucher durch Molkereien						
Vollmilch insgesamt in 1000 kg		10 709	10 330	9 615	10 433	9 309
dav. lose in 1000 kg			4 129	4 039	3 810	3 423
in Flaschen in 1000 kg			6 201	5 576	6 623	5 886
Mager- und Buttermilch in 1000 kg		1 186	448	242	281	214
3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandstiere)						
Rinder	6 580	4 980	8 884	6 637	7 316	6 122
Kälber	3 884	3 699	3 293	3 943	3 138	2 498
Schweine	24 847	19 784	46 143	52 150	59 929	44 660
Schafe	4 265	5 681	3 126	3 998	2 666	2 399
4. Schlachtungen (Inlandstiere)						
* Rinder (ohne Kälber) ¹²⁾	8 075	3 363	7 810	6 159	5 936	5 501
* Kälber ¹²⁾	5 568	4 065	3 193	3 631	3 038	2 482
* Schweine insgesamt	40 186	21 165	47 856	47 134	62 373	47 699
dar. Hausschlachtungen		1 455	457	233	298	618
* Gesamtschlachtgewicht in 1000 kg ¹²⁾ ¹³⁾	6 467	3 220	6 430	5 978	7 251	5 775
dar. Rinder (ohne Kälber) in 1000 kg	1 989	836	1 873	1 483	1 477	1 378
* Schweine in 1000 kg	3 878	1 882	4 196	4 076	5 394	4 091
Durchschnittliches Schlachtgewicht für Rinder in kg	246,3	248,7	239,9	240,8	248,8	250,5
für Kälber in kg	57,2	43,2	68,2	67,6	74,1	73,2
für Schweine in kg	96,5	95,5	88,5	86,9	86,9	86,9

1) Zahlen für die Industrie nach dem heutigen Gebietsstand, teilweise geschätzt. — 2) Es sind hierbei die hamburgischen Industriebetriebe mit 10 und mehr Beschäftigten berücksichtigt (ohne Betriebe der Bauindustrie und Energiewirtschaft). — 3) Einschl. Lehrlingsstunden. — 4) Einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — 5) 1 t SKE = 1 t Steinkohle, = 1 t Steinkohlenkoks, = 3 t Rohbraunkohle, = 1,5 t Braunkohlenbriketts, Braunkohlenkoks. — 6) 1936 = einschl. Kunststoffverarbeitende Industrie. — 7) 1936 = einschl. Papierverarbeitung. — 8) Rechnungsjahr 1935/36 einschl. Cuxhaven. — 9) Rechnungsjahr 1935/36. — 10) Bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — 11) Nach den Ergebnissen der vierteljährlichen repräsentativen Handwerksberichterstattung. — 12) Gewerbliche Schlachtungen. — 13) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Inneren.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			März 1964	März 1965	Februar 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Versorgung mit Nahrungsmitteln						
5. Obst- und Gemüsemarkt (Großmarkt Hamburg)						
Obstzufuhr aus dem Inland in 1000 kg	1 749	3 815	4 125	3 442	3 468	3 998
Obstzufuhr aus dem Ausland in 1000 kg	4 337	2 571	15 495	15 242	16 921	18 001
Gemüsezufuhr aus dem Inland in 1000 kg	6 351	4 956	6 560	3 852	4 188	4 129
Gemüsezufuhr aus dem Ausland in 1000 kg	264	926	5 343	6 107	6 553	5 241
6. Fischmarkt						
Versteigerte Mengen insgesamt in 1000 kg	12 241	6 044	2 162	2 603	2 308	2 213
dar. in Hmb. angeordnete Fische in 1000 kg	12 119	6 016	1 780	2 106	1 712	1 714
Handel und Gastgewerbe						
1. Index der Einzelhandelsumsätze (1954 = 100)						
Einzelhandel aller Betriebsformen	.	.	200	189	213	184
dav. Nahrungs- und Genußmittel	.	.	195	194	210	192
dar. Lebensmittel aller Art	.	.	188	191	215	198
Obst, Gemüse, Südfrüchte	.	.	177	157	168	143
Fische und Fischwaren	.	.	204	196	207	196
Milch und Milcherzeugnisse	.	.	173	167	181	163
Schokolade und Süßwaren	.	.	137	157	131	112
Tabakwaren	.	.	182	177	187	170
Bekleidung, Wäsche, Schuhe	.	.	186	151	186	141
dar. Textilien aller Art	.	.	234	194	220	187
Wirk-, Strick- und Kurzwaren	.	.	196	171	176	153
Oberbekleidung	.	.	151	118	176	107
Schuhwaren	.	.	186	150	180	120
Hausrat und Wohnbedarf	.	.	221	204	252	211
dar. Eisenwaren und Küchengeräte	.	.	184	157	174	145
Porzellan und Glaswaren	.	.	206	222	242	207
Beleuchtungs- u. Elektrogeräte	.	.	254	246	308	248
Rundfunk-, Fernseh- und Phonoartikel	.	.	369	323	406	341
Möbel	.	.	155	146	202	162
Teppiche, Gardinen usw.	.	.	139	125	164	153
Sonstige Waren	.	.	214	212	231	202
dar. Bücher	.	.	241	222	240	232
Papier- und Schreibwaren	.	.	187	162	205	185
Galanterie- und Lederwaren	.	.	159	145	143	108
Apotheken	.	.	187	187	218	204
Drogerien	.	.	219	210	226	187
Foto und Optik	.	.	211	177	197	153
Büromaschinen und Büromöbel	.	.	168	168	208	166
Fahrräder, Krafträder u. Zubehör	.	.	180	182	165	118
Kraftwagen und Zubehör	.	.	253	276	337	278
Uhren, Gold- und Silberwaren	.	.	208	183	189	160
Blumen und Sämereien	.	.	268	286	323	324
Brennmaterial	.	.	167	199	184	184
2. Umsatz-Index des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes (1962 = 100)						
Gastgewerbe insgesamt	.	.	95	91	107	95
Beherbergungsgewerbe zusammen	.	.	117	108	114	99
dav. Hotels	.	.	119	110	116	101
Gasthöfe	.	.	114	112	113	102
Fremdenheime und Pensionen	.	.	110	90	99	88
Schankgewerbe zusammen	.	.	89	86	105	94
dav. Gast- und Spelsewirtschaften	.	.	85	83	104	94
Bahnhofswirtschaften	.	.	101	101	96	88
Cafés	.	.	105	94	86	70
Bars, Tanz- und Vergnügungsbetriebe	.	.	100	96	123	106
3. Fremdenverkehr 1) 2)						
* Zahl der gemeldeten Fremden	81 041	48 229	115 127	101 049	98 242	81 306
* dar. Ausländer	11 283	10 303	40 832	30 627	25 105	20 260
* Zahl der Übernachtungen	180 185	103 109	226 553	207 741	200 911	168 596
* dar. Ausländer	27 491	22 805	79 016	61 936	53 557	46 426
Bettenausnutzung % der höchstmöglichen Belegung nach dem Bettenstand vom 1. April des jeweiligen Jahres	46	55	55	50	47	44
4. Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost (in Mio DM) 3)						
Bezüge Hamburgs	.	5	7	4	.	6
* Lieferungen Hamburgs	.	3	10	9	.	10
5. Handel mit Berlin (West) (in Mio DM) 4)						
* Bezüge Hamburgs	.	9	105	103	122	102
Lieferungen Hamburgs	.	37	132	127	148	130

1) Ohne Heime, Jugendherbergen, Massenquartiere und Privatquartiere. — 2) 1938 einschl. der Hospize, Herbergen und ähnlicher Vereinshäuser.
3) Quelle: Statistisches Bundesamt.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			März 1964	März 1965	Februar 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Handel und Gastgewerbe						
6. Ausfuhr in Hamburg hergestellter Waren (in Mio DM)						
• Insgesamt	.	26	175	162	.	233 r
• dav. nach Warengruppen
• Ernährungswirtschaft	.	1	15	16	.	15 r
• Gewerbliche Wirtschaft	.	25	160	146	.	218 r
• dav. Rohstoffe	.	1	3	3	.	2
• Halbwaren	.	12	37	29	.	42 r
• Fertigwaren	.	12	120	114	.	174 r
• dav. Vorerzeugnisse	.	2	9	10	.	9 r
• Enderzeugnisse	.	10	111	104	.	165 r
• dav. nach ausgewählten Verbrauchsgebieten
• Europa	.	.	118	117	.	184 r
• dar. EWG-Länder	.	.	47	41	.	95 r
• EFTA-Länder	.	.	52	56	.	68 r
• Afrika	.	.	13	10	.	12 r
• Amerika	.	.	24	22	.	19 r
• dav. Nordamerika	.	.	11	14	.	11
• dar. USA	.	.	10	14	.	7
• Mittelamerika	.	.	4	2	.	2
• Südamerika	.	.	9	6	.	6
• Asien	.	.	17	12	.	17, r
• Australien und Ozeanien	.	.	3	1	.	1 r
7. Deutscher Außenhandelsverkehr über Hamburg						
1936						
Wareneinfuhr (in 1000 t)	648	464	1 818	1 743	.	1 800 p
Warengruppen:
• dar. Ernährungswirtschaft	161	185	392	353	.	320 p
• Gewerbliche Wirtschaft	487	278	1 426	1 390	.	1 480 p
• dav. Rohstoffe und Halbwaren	480	272	1 362	1 336	.	1 440 p
• Fertigwaren	7	6	64	54	.	40 p
Ländergruppen:
• dar. Europa	319	134	376	313	.	300 p
• dav. EWG-Länder	29	32	.	70	.	.
• EFTA-Länder	179	75	.	125	.	.
• Sonstige Länder	111	27	.	118	.	.
• Außereuropa	329	330	1 818	1 430	.	1 500 p
• dav. Amerika	214	150	602	533	.	.
• dav. Nordamerika	77	73	.	268	.	.
• Mittelamerika	83	25	.	49	.	.
• Südamerika	54	52	.	216	.	.
• Afrika	48	60	282	356	.	.
• Asien	64	118	539	525	.	.
• Australien und Ozeanien	3	2	19	16	.	.
Warenausfuhr (in 1000 t)	168	216	350	386	.	400 p
Warengruppen:
• dar. Ernährungswirtschaft	12	4	62	66	.	70 p
• Gewerbliche Wirtschaft	156	212	288	320	.	330 p
• dav. Rohstoffe	84	16	31	35	.	15 p
• Halbwaren	.	160	140	169	.	200 p
• Fertigwaren	72	36	117	116	.	115 p
• dav. Vorerzeugnisse	.	17	37	41	.	45 p
• Enderzeugnisse	.	19	80	75	.	70 p
Ländergruppen:
• dar. Europa	80	153	179	209	.	200 p
• dav. EWG-Länder	13	4	13	9	.	.
• EFTA-Länder	44	125	136	167	.	.
• Sonstige Länder	23	24	30	33	.	.
• Außereuropa	88	58	147	149	.	160 p
• dav. Amerika	45	38	59	63	.	.
• dav. Nordamerika	18	17	31	29	.	.
• dar. USA	13	12	26	25	.	.
• Mittelamerika	7	5	10	14	.	.
• Südamerika	20	16	18	20	.	.
• Afrika	11	8	36	35	.	.
• Asien	30	8	47	48	.	.
• Australien und Ozeanien	2	4	5	3	.	.
Verkehr						
1938						
1. Seeschifffahrt						
a) Schiffsverkehr zur See
• Angekommene Schiffe	1 512	955	1 677	1 632	.	1 538 r
• dar. deutsche Schiffe	1 027	526	955	922	.	839 r
• Abgegangene Schiffe	1 610	1 017	1 803	1 725	.	1 599 r
• dar. deutsche Schiffe	1 118	591	1 077	1 052	.	930 r
• Raumgehalt der angekommenen Schiffe
• in 1000 NRT	1 714	937	2 955	2 931	.	2 537 r
• dar. deutsche Schiffe	873	128	762	744	.	616 r
• Raumgehalt der abgegangenen Schiffe
• in 1000 NRT	1 712	936	2 960	2 818	.	2 488 r
• dar. deutsche Schiffe	875	135	781	742	.	655 r

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			März 1964	März 1965	Februar 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Verkehr						
Seeschifffahrt						
b) Linienschifffahrt (Linien) 1)	184	176	262	259		259
dav. Europa	102	84	79	77		77
Außereuropa	82	92	183	182		182
Reisen (Abfahrten)	728	319	746	693		662
dar. nach Europäischem Ausland	383	159	304	295		283
Amerika	72	54	170	146		135
Afrika	37	18	105	104		92
Asien	33	23	91	88		93
Australien	7	4	15	15		15
c) Personenverkehr über See						
Ausreisende insgesamt	6 744	870	1 920	683	685 p	652 r
dar. nach Häfen in						
Nord-Europa (einschl. Ostseegebiet)			347	59	75 p	40 r
West-Europa (einschl. Großbritannien und Irland)			419	226	175 p	157 r
Nordamerika	2 882	446	557	66	150 p	43 r
Südamerika	1 286	231	290	205	170 p	297 r
Einreisende insgesamt	5 373	333	1 532	921	525 p	579 r
dar. von Häfen in						
Nord-Europa (einschl. Ostseegebiet)			128	46	65 p	37 r
West-Europa (einschl. Großbritannien und Irland)			405	252	230 p	185 r
Nordamerika	2 057	171	558	43	50 p	12 r
Südamerika	882	30	295	376	125 p	236 r
d) Güterverkehr zur See (in 1000 t brutto)	2 147	919	2 951	3 150	3 034 p	2 578 r
dav. Empfang	1 521	620	2 224	2 448	2 289 p	1 878 r
dav. Massengut	980	429	1 678	1 840		1 368 r
dar. Mineralöle	307	162	976	1 061		832 r
Kohle	262	113	215	240		164
Getreide	133	70	227	287		128
Sackgut			101	157		79 r
Stückgut	541	191	445	451		431 r
dav. nach Verkehrsbezirken:						
Inland	110	110	42	41		34
Europäisches Ausland	520	159	458	436		471
Außereuropa	891	351	1 724	1 971		1 373
dar. Nahost und Persischer Golf Vereinigter Staaten von Amerika	171	78	373	414		189
Versand	626	299	727	702	745 p	700 r
dav. Massengut	205	144	307	285		299 r
Sackgut			72	105		78 r
Stückgut	421	155	348	312		323 r
dav. nach Verkehrsbezirken:						
Inland	149	32	105	111		63
Europäisches Ausland	302	170	324	308		340
Außereuropa	175	97	298	283		297
2. Binnenschifffahrt						
a) Schiffsverkehr auf Binnenwasserstraßen						
Angekommene Schiffe	2 674	1 716	2 291	1 978	2 189	1 674
Abgegangene Schiffe	2 560	1 677	2 165	1 931	2 054	1 579
Tragfähigk. der angek. Schiffe in 1000 t	879	362	739	672	738	609
Tragfähigk. der abgeg. Schiffe in 1000 t	845	344	703	645	717	564
b) Güterverkehr auf Binnenwasserstraßen						
Eingang (in 1000 t)	318	151	292	224	335	247
dar. Bundesrepublik	77	101	261	183	271	208
dav. Niederelbe	24	32	64	56	73	53
Oberelbe bis Zonengrenze	53	62	175	101	151	116
Mittellandkanal	0	7	22	26	47	39
Berlin (West)	7	25	9	11	15	8
Sowjetische Besatzungszone	155	3	7	8	25	11
Tschechoslowakei	42	22	15	22	24	20
Ausgang (in 1000 t)	504	121	285	292	296	264
dar. Bundesrepublik	59	81	166	162	183	161
dav. Niederelbe	49	48	129	136	146	121
Oberelbe bis Zonengrenze	10	32	27	14	14	14
Mittellandkanal	0	1	10	12	23	26
Berlin (West)	29	28	65	61	52	57
Sowjetische Besatzungszone	268	2	31	36	25	12
Tschechoslowakei	34	10	23	33	36	34
3. Flugverkehr (gewerblicher Verkehr)						
Gelandete Flugzeuge	351	491	1 940	1 575		
Gestartete Flugzeuge	352	491	1 947	1 578		
Angekommene Fluggäste	1 818	4 993	59 300	49 536		
dar. aus dem Ausland			19 195	15 088		
Abgereiste Fluggäste	1 812	4 203	59 828	50 601		
dar. nach dem Ausland			19 323	16 106		
Angekommene Fracht in t	22,8	186,8	533	514		
dar. aus dem Ausland				228		
Abgegangene Fracht in t	20,3	58,7	486	450		
dar. nach dem Ausland				251		
Angekommene Post in t	9,0	35,6	179	180		
Abgegangene Post in t	5,6	15,8	211	206		
4. Bundesbahnverkehr						
Güterempfang in 1000 t (öffentlicher Verkehr)		416,9		509,0		
Güterversand in 1000 t (öffentlicher Verkehr)		246,8		463,1		
Gestellte Güterwagen		31 414	48 699	46 797	46 795	40 847

1) Stand Ende des Jahres bzw. Monats.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			März 1964	März 1965	Februar 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Verkehr						
5. Personenverkehr Hamburger Verkehrsmittel						
Beförderte Personen (in 1000)						
Stadtbahn (S-Bahn)	7 939	11 064	9 718	9 851	9 649	9 076
Hoch- und Untergrundbahn (einschl. W-Bahn)	6 571	11 752	13 690	13 997	13 855	12 564
Straßenbahn	13 799	23 498	10 533	10 511	10 535	9 492
Kraftomnibusse der HHA 1) 2)	1 083	2 028	9 101	8 489	10 095	8 987
Alsterdampfer	281	337	153	99	94	93
Schiffe der Hafendampfschiffahrt AG.	1 339	1 362	1 244	1 164		
Kraftomnibusse der VHH AG. 2) 3)	373	786	573	539	688	600
Kraftomnibusse der Deutschen Bundespost	.	.	19	23	18	17
Kraftomnibusse der Deutschen Bundesbahn	.	.	379	376	416	388
Private Kraftomnibusse 2)	.	200	290	258	.	202
6. Kraftfahrzeuge						
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung (Im Verkehr befindlich) insgesamt 4)	82 080	59 100	323 460	304 318	331 077	326 110
dar. Personenkraftwagen 5)	39 260	25 948	280 404	261 146	288 149	283 498
b) Zulassungen von fabrikneuen Kraftfahrzeugen insgesamt	928	1 177	4 567	6 370	.	.
dar. Kraftträder	232	221	17	16	.	.
Personenkraftwagen	501	644	3 694	5 337	.	.
Kombinationskraftwagen	—	—	412	603	.	.
Lastkraftwagen	179	288	363	356	.	.
7. Straßenverkehrsunfälle						
Zahl der Verkehrsunfälle	865	1 058	2 341	1 862	2 182	1 996
dav. mit Personenschaden 6)	459	426	918	649	700	669
mit nur Sachschaden	406	632	1.424	1 213	1 482	1 327
Getötete Personen	8	12	30	19	13	16
Verletzte Personen	517	483	1 184	870	891	854
Geld und Kredit						
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbanken)						
(Beträge in Mio DM)						
a) Kredite der Kreditinstitute 7)
Kredite an Nichtkreditinst. am Monatsende	.	1 556,1	11 856,1	10 030,2	13 064,8	13 002,2
dav. kurzfristige Kredite 8)	.	1 353,8	3 964,5	3 959,6	4 196,9	4 259,7
dav. an Wirtschaft und Private	.	1 328,7	3 945,4	3 937,2	4 176,9	4 240,6
an öffentl.-rechtl. Körperschaft.	.	25,1	19,1	22,4	20,0	19,1
mittelfristige Kredite 7) 8) 9)	.	55,8	1 497,8	1 313,2	1 708,6	1 655,9
dav. an Wirtschaft und Private	.	55,6	1 365,8	1 195,9	1 565,4	1 512,7
an öffentl.-rechtl. Körperschaft.	.	0,2	132,0	117,3	143,2	143,2
langfristige Kredite 7) 8) 9)	.	146,5	6 393,8	5 757,4	7 159,3	7 086,6
dav. an Wirtschaft und Private	.	146,0	5 581,8	5 034,0	6 207,4	6 151,3
an öffentl.-rechtl. Körperschaft.	.	0,5	812,0	723,4	951,9	935,3
Kredite an Kreditinst. am Monatsende	.	105,7	908,3	884,7	910,8	904,3
b) Einlagen bei den Kreditinstituten
Einlagen von Nichtkreditinstituten
am Monatsende	.	1 152,3	7 585,8	7 283,9	8 141,2	8 261,3
dav. Sicht- und Termineinlagen	.	1 026,3	4 064,6	3 851,1	4 202,3	4 373,6
dav. von Wirtschaft und Privaten	.	848,0	3 537,9	3 362,8	3 686,0	3 828,0
von öffentl.-rechtl. Körperschaft.	.	178,3	526,7	488,3	514,3	545,6
Spareinlagen	.	126,0	3 521,2	3 432,8	3 938,9	3 887,7
dar. bei Sparkassen	.	97,2	2 432,2	2 384,5	2 718,9	2 688,4
Kreditbanken	.	.	877,3	845,7	920,9	963,8
Einlagen von Kreditinstituten
am Monatsende	.	106,6	2 214,2	1 950,4	2 457,0	2 475,9
c) Sparverkehr
Sämtliche Kreditinstitute 10)
Spareinlagen am Monatsende	.	126,0	3 521,2	3 432,8	3 938,9	3 887,7
dar. steuerbegünstigt	.	12,4	—	1,8	—	—
prämienbegünstigt	.	—	338,4	322,0	423,2	412,6
Gutschriften	.	10,2	195,8	193,0	272,4	213,8
Lastschriften	.	7,3	167,8	163,5	221,2	157,1
Saldo der Gut- und Lastschriften	.	+ 2,9	+ 27,9	+ 29,5	+ 51,2	+ 56,7
Zinsen	.	2,6	10,0	0,0	0,0	0,1
2. Zahlungsschwierigkeiten, Leihhäuser						
a) Wechselproteste 11) (Zahl)	.	1 324	1 203	1 207	1 064	887
Betrag in 1000 DM	.	1 194	1 451	1 726	1 311	1 169
Durchschnittsbetrag je protest. Wechsel in DM	.	902	1 206	1 430	1 232	1 318
b) Konkurse und Vergleichsverfahren (Zahl)
Konkurse	12	25	12	22	14	19
Eröffnete Vergleichsverfahren	1	3	1	—	1	1
c) Mahn- und Offenbarungseidverfahren (Zahl)
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	14 894	21 302	21 705	19 428	20 846	18 268
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides	.	2 392	2 969	2 738	3 420	2 779
Haftbefehle zur Erzwungung des Offenbarungseides	.	848	1 286	1 291	1 252	1 084
Abgeleitete Offenbarungseide	.	124	399	377	441	371
d) Öffentliche Leihhäuser
Verpfändungen 12), Zahl	19 155	13 214	3 736	3 580	3 709	3 369
RM/DM	298 306	384 610	410 037	333 476	450 278	357 760
Einlösungen, Zahl	13 235	12 709	3 380	3 517	3 128	2 990
RM/DM	176 172	401 990	351 331	331 989	383 329	287 048

1) 1950 einschl. Obusse. — 2) Ab Januar 1963 ohne den von den Ländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen genehmigten Linienverkehr. — 3) 1938 und 1950 BGE und Südstorm. Kreisbahn (einschl. Eisenbahnbetrieb). — 4) Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — 5) Einschl. Kombinationskraftwagen. — 6) Teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — 7) Ab 1. 1. 1964 einschl. durchlaufender Mittel. — 8) 132 berichtspflichtige Institute. — 9) Bis einschl. Mai 1950 ohne Wirtschaft und Private. — 10) Ohne Postsparkasse. — 11) Wechselproteste der Kreditinstitute und der Post. — 12) Einschließlich Erneuerungen.

Zahlenspiegel

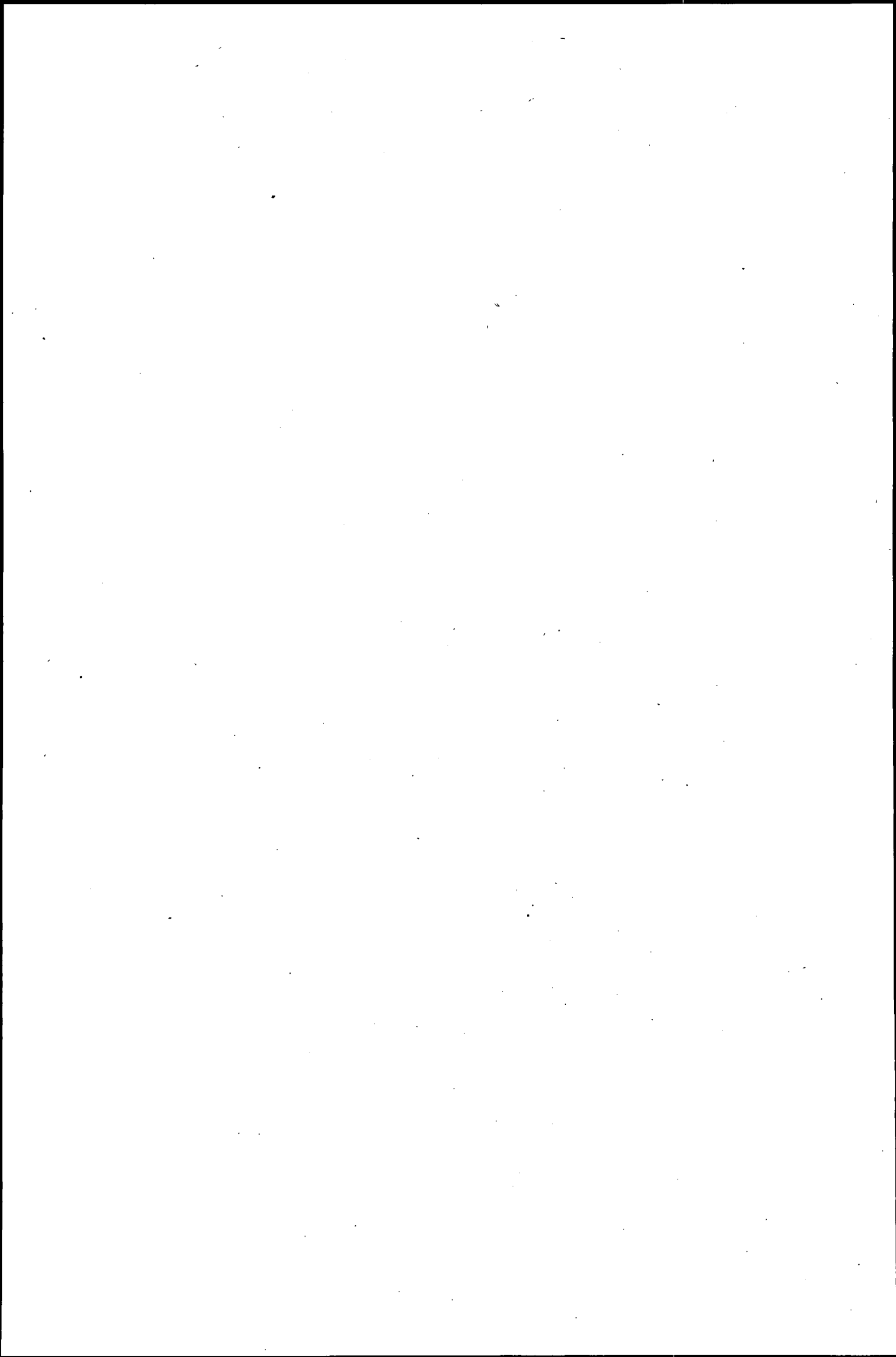
Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			März 1964	März 1965	Februar 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Geld und Kredit						
3. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg						
Aktiengesellschaften, Zahl	.	.	161	161	161	160
Kapital in Mio DM	.	.	3 717,1	3 588,5	3 886,4	3 883,4
Gesellschaften m. b. H., Zahl	.	.	3 696	3 663	3 801	3 786
Kapital in Mio DM	.	.	2 549,3	2 666,9	2 935,9	2 870,0
Steuern¹⁾						
Steueraufkommen (in 1000 RM/DM) ²⁾						
1. Bundessteuern						
* Umsatzsteuer	9 363	22 996	78 447	64 248	67 331	71 803
* Umsatzausgleichsteuer	2 180	2 779	33 270	29 742	33 802	31 652
* Beförderungsteuer	79	943	1 453	1 404	1 149	991
Notopfer Berlin	..	1 749	129	97	70	20
* Zölle	45 572	17 772	56 438	201 339	42 880	41 061
* Verbrauchsteuern	31 925	42 968	309 886	241 755	362 152	303 347
dav. Tabaksteuer	24 492	32 535	64 459	64 012	89 320	31 303
Kaffeesteuer	..	5 831	25 773	24 917	35 785	21 553
Teesteuer	..	521	946	215	825	716
Branntweinmonopol ³⁾	249	2 514	4 716	4 469	4 625	3 744
Mineralölsteuer	51	871	213 828	148 043	231 444	245 907
Sonstige Verbrauchsteuern	7 133	697	165	99	154	123
* Summe der Bundessteuern	..	89 211	479 624	538 585	507 385	448 873
* Außerdem: Lastenausgleichsabgaben	..	9 478 ⁴⁾	6 989	1 827	1 428	13 772
dav. Vermögensabgabe	..	5 352	5 467	669	1 147	13 364
Hypothekengewinnabgabe	..	2 771	1 204	1 134	279	358
Kreditgewinnabgabe	319	24	2	50
2. Landessteuern						
* Lohnsteuer	7 390	10 051	86 807	55 493	54 177	67 852
* Veranlagte Einkommensteuer	17 032	9 277	65 327	159 202	157 982	17 051
* Nichtveranlagte Steuer vom Ertrag	552	224	11 854	6 916	21 445	13 045
* Körperschaftsteuer	8 928	9 544	43 494	118 998	105 801	96
* Steuern vom Einkommen zusammen	33 902	29 097	207 482	340 609	339 405	98 044
dav. an den Bund abgeführt ⁵⁾	80 918	132 838	132 368	38 237
Hamburg verblieben	126 564	207 772	207 037	59 807
* Vermögensteuer	1 513	466	10 756	1 498	3 947	27 407
* Erbschaftsteuer	469	63	1 223	598	996	937
* Grunderwerbsteuer	398	135	1 505	1 436	2 116	1 837
* Kapitalverkehrsteuer	227	179	2 296	1 324	2 128	3 224
* Kraftfahrzeugsteuer	423	1 312	7 297	7 283	8 899	6 725
* Versicherungsteuer	559	847	3 806	3 624	4 014	6 610
* Rennwet- und Lotteriesteuer	452	820	2 511	6 634	1 690	1 828
* Wechselsteuer	0	536	803	732	952	911
* Feuerschutzsteuer	15	127	179	74	98	1 112
* Biersteuer	792	870	2 293	1 794	1 729	2 657
* Summe der Landessteuern	..	34 461	240 152	365 459	365 779	151 293
3. Gemeindesteuern						
* Realsteuern	9 974	8 666	46 638
dav. Grundsteuer A	50	42	71
Grundsteuer B	4 538	3 365	4 941
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital	4 668	4 215	36 249
Gewerbsteuer nach der Lohnsumme	718	1 044	5 377
Gewerbsteuerzuschüsse	24	29	433
* Übrige Gemeindesteuern	7 411	1 864	570
dar. Kinosteuer	123	497	68
Übrige Vergnügungsteuer	106	146	293
Hundesteuer	68	132	208
Summe der Gemeindesteuern	17 385	10 071	47 208
Öffentliche Ordnung und Sicherheit						
1. Feuerlösch- und Unfalldienst						
Gesamtzahl der Alarmierungen	633	1 427	4 418	4 366	4 961	4 135
dav. Feueralarme	187	185	320	666	375	236
dav. falsche Alarme und Unfug-
meldungen	49	39	61	75	77	59
bekämpfte Brände insgesamt	138	146	259	591	298	177
dav. Großbrände	10	4	16	41	10	9
Mittelbrände	17	14	42	141	52	15
Kleinbrände	88	114	111	247	131	80
Entstehungsbrände	80	137	99	55
Schornsteinbrände	..	10	10	25	6	18
Hilfeleistungen aller Art	446	1 242	4 098	3 700	4 586	3 899
dar. bei Straßen- und Verkehrs-	..	314	1 090	878	989	931
unfällen	..	235	531	492	511	421
Betriebsunfällen
Hierbei durchgeführte Unfalltransporte	..	976	3 851	3 464	4 292	3 637
2. Krankenbeförderungswesen						
Ausgeführte Krankentransporte	..	5 625	4 544	4 634	5 214	4 557
Beförderte Personen	..	6 449	4 775	4 864	5 496	4 756

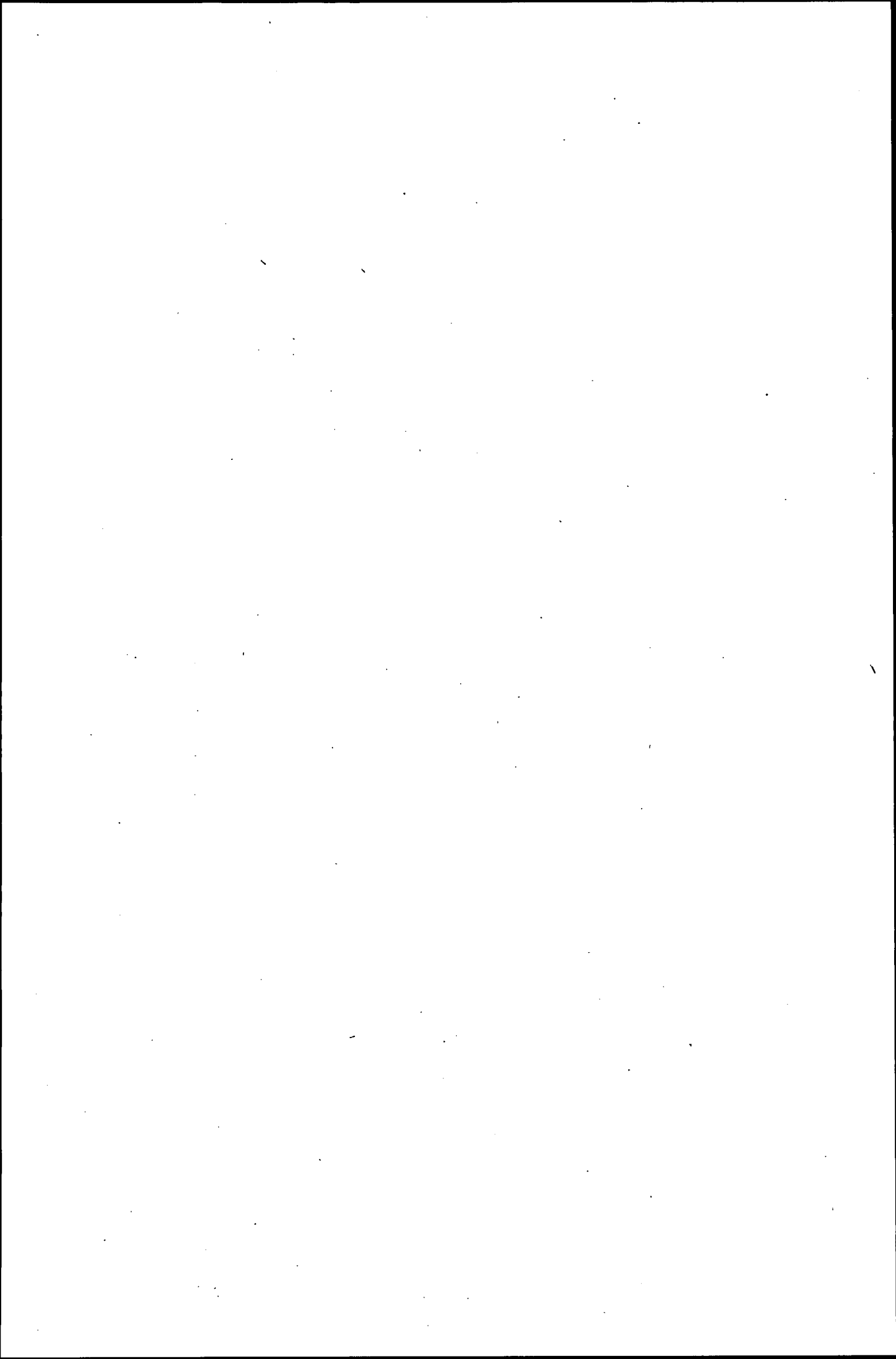
1) Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben. — 2) Monatsdurchschnitt 1938 = Durchschnitt des Rechnungsjahres 1938. — 3) Ohne die Einnahmen der Bundesmonopolverwaltung für Branntwein. — 4) Einschl. Soforthilfesonderabgabe. — 5) 1963 = 38 %, 1964 = 39 %.

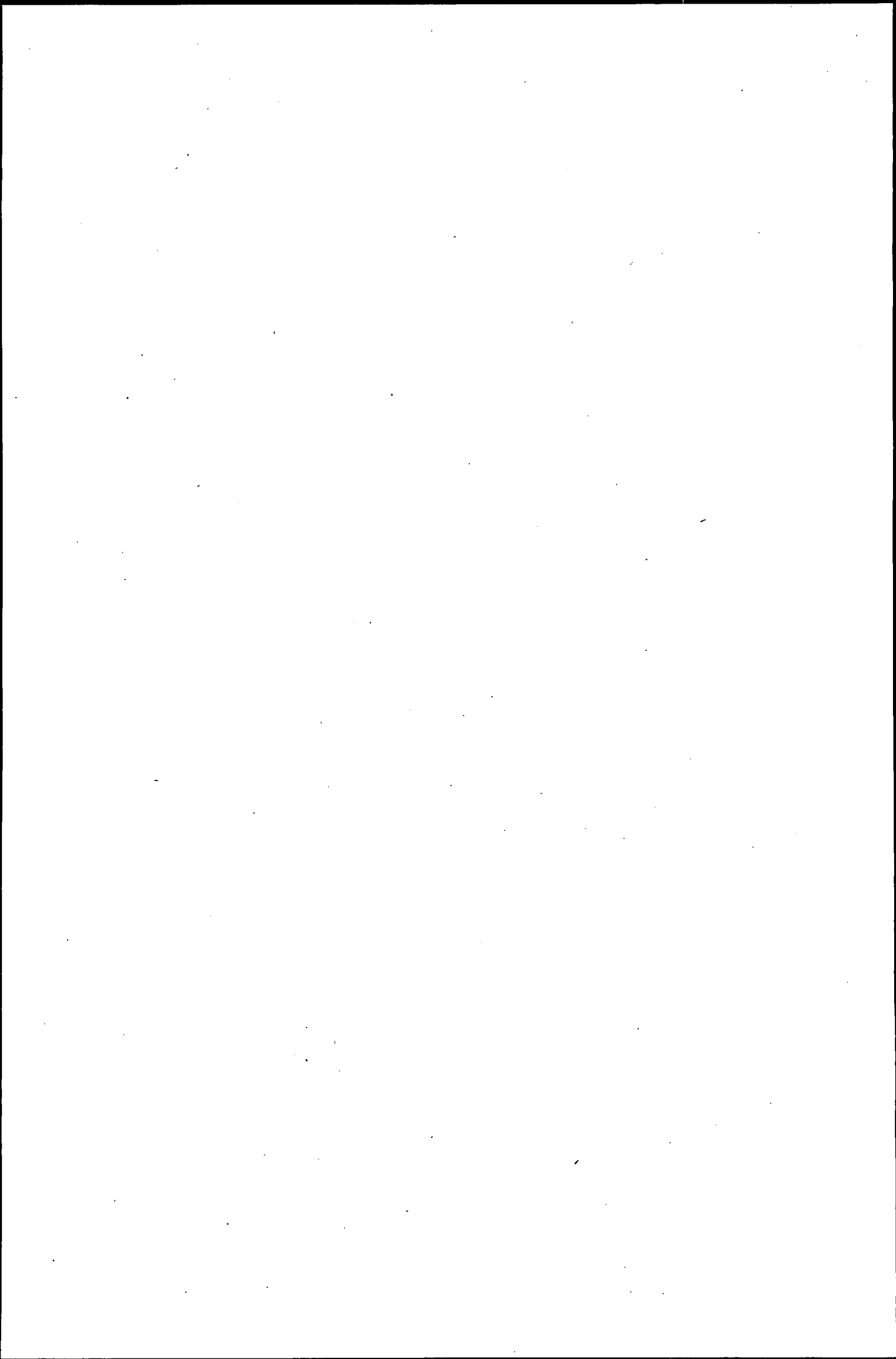
Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			März 1964	März 1965	Februar 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Öffentliche Ordnung und Sicherheit						
3. Feststellungen der Polizei						
Straftaten	5 443	7 865	7 832	7 832	7 898	7 074
dar. Sittlichkeitsdelikte	142	206	156	156	260	211
Mord und Totschlag	2	5	3	3	1	2
Fahrlässige Tötung 1)	11	2	—	—	—	—
Körperverletzung 2)	32	89	64	64	85	88
Einfacher Diebstahl	2 416	3 416	3 465	3 465	3 231	2 810
Schwerer Diebstahl	558	1 651	1 704	1 704	1 574	1 555
Diebstähle zusammen	2 974	5 067	5 169	5 169	4 805	4 365
dar. Kraftwagen- u. -gebrauchsdiebstahl	36	158	146	146	173	177
dar. Fahrrad- und -gebrauchsdiebstahl	202	379	260	260	243	207
Moped-, Motorrad- und -gebrauchsdiebstahl	—	185	181	181	79	94
Taschendiebstahl	78	40	35	35	39	40
Unterschlagung	357	224	190	190	210	184
Raub und Erpressung	11	39	47	47	31	37
Begünstigung und Hehlerei	99	127	185	185	88	63
Betrug und Untreue	607	730	625	625	930	730
Brandstiftung	39	42	76	76	25	26
Münzdelikte	13	—	—	—	—	—
Außerdem:						
Verkehrsvergehensanzeigen	—	792	764	764	840	725
Übertretungsanzeigen 3)	—	8 192	7 560	7 560	9 809	8 588
Ordnungswidrigkeitenberichte	—	477	560	560	477	351
Gebührenpflichtige Verwarnungen 4)	—	27 456	25 682	25 682	34 029	30 141
4. Rechtskräftig Abgeurteilte						
Abgeurteilte insgesamt	1 316	1 894	2 014	2 014	2 132 ⁵⁾	1 948
dav. Erwachsene n. allg. Strafrecht abgeurt.	1 229	1 554	1 560	1 560	1 851	1 650
Heranwachs. n. allg. Strafrecht abgeurt.	—	125	154	154	105	109
Jugendliche n. Jugendstrafrecht abgeurt.	87	133	179	179	127	121
Heranwachsende n. Jugendstrafr. abgeurt.	—	82	121	121	49	68
dar. Widerstand gegen die Staatsgewalt	12	6	5	5	11	15
Fahrerflucht	6	65	83	83	87	68
Straftaten gegen den Personenstand, die Ehe und die Familie	4	50	47	47	61	68
Verbrech. u. Vergeh. wider die Sittlichkeit	51	51	54	54	50	41
Beleidigung, üble Nachrede	24	19	24	24	30	22
Verbrech. u. Vergeh. wider das Leben	9	12	6	6	15	20
Körperverletzung	52	125	141	141	149	151
Einfacher Diebstahl	324	311	334	334	316	325
Schwerer Diebstahl	80	82	89	89	85	100
Einf. u. schwerer Diebstahl im Rückfall	79	57	48	48	64	72
Unterschlagung	70	50	78	78	64	58
Raub und Erpressung	9	13	18	18	11	6
Begünstigung und Hehlerei	68	41	48	48	59	34
Betrug und Untreue	92	154	192	192	177	162
Urkundenfälschung	19	15	23	23	14	11
Vergehen gegen das StVG.	53	278	246	246	271	251
Löhne und Gehälter 6) 7)						
				Januar 1964	Januar 1965	Oktober 1964
1. Arbeiterverdienste in der Industrie 8)						
* Bruttowochenverdienste in RM/DM	männlich 51	77	213	197	217	222
	weiblich 27	44	128	122	134	133
* Bruttostundenverdienste in RM/DM	männlich 1,00	1,57	4,67	4,37	4,83	4,84
	weiblich 0,57	0,97	3,02	2,88	3,17	3,12
* Bezahlte Wochenstunden in Std.	männlich 51,4	48,8	45,6	45,1	44,9	45,9
	weiblich 47,4	45,4	42,4	42,4	42,1	42,6
* Geleistete Wochenarbeitszeit in Std.	männlich		42,5	42,7	42,6	44,7
	weiblich		39,0	40,1	39,8	41,7
2. Angestelltenverdienste (Bruttomonatsverd. i. DM)						
Industrie 8)						
* Kaufmännische Angestellte	männlich		1 019	986	1 074	1 048
	weiblich		688	663	722	708
* Technische Angestellte	männlich		1 101	1 060	1 140	1 130
	weiblich		689	659	726	715
Handel, Kreditinstitute u. Versicherungsgewerbe						
* Kaufmännische Angestellte	männlich		947	925	1 015	971
	weiblich		606	591	647	622
* Technische Angestellte	männlich		1 035	1 020	1 108	1 054
	weiblich		1 037	1 003	1 156	1 071
Industrie, Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe						
* Kaufmännische Angestellte	männlich		966	941	1 031	991
	weiblich		627	609	667	645
* Technische Angestellte	männlich		1 095	1 057	1 137	1 123
	weiblich		769	737	821	794

1) Ohne Verkehrsunfälle. — 2) Ohne §§ 223 und 230. — 3) Aus Verkehrsvorschriften und StGB. — 4) Aus Verkehrsvorschriften und -Ordnungswidrigkeitenrecht. — 5) Außerdem: Aussetzung der Verhängung der Jugendstrafe (§ 27 JGG) März 1965 (—) Jugendliche und 3 Heranwachsende. — Absehen von der Verfolgung (§ 45 JGG) März 1965 37 Jugendliche. — 6) 1938 = September 1938 und 1950 = Durchschnitt der vier Erhebungsmonate. — 7) Ab 1964 neuer Berichtsjahreskreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — 8) Einschl. Energiewirtschaft und Hoch- und Tiefbau.

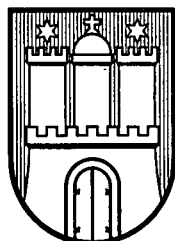






HAMBURG IN ZAHLEN

Jahrgang 1965.



Juni-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Die Unternehmen der Industrie in Hamburg 1962

Vorläufige Ergebnisse des Industriezensus 1963

I. Vorbemerkung ¹⁾

Einer Empfehlung der Vereinten Nationen folgend, wurde im Jahre 1963 in vielen Ländern ein Industriezensus durchgeführt. Das von dieser Organisation aufgestellte Erhebungsprogramm wurde von der Europäischen Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen – der ECE – in Genf zu einer „europäischen Fassung“ erweitert, die insbesondere auch einen Vergleich der Ergebnisse des Industriezensus der in der ECE vertretenen westlichen und östlichen Länder ermöglichen sollte. Als dritte Institution hat sich dann die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft dieses Programms angenommen und es so umgestaltet, daß aus den anfallenden statistischen Daten wichtiges Grundlagenmaterial für die Integration der Wirtschaft der EWG-Staaten gewonnen werden kann.

Da der Weltindustriezensus das gesamte produzierende Gewerbe umfassen soll, beschränkt er sich nicht auf den Bereich der Industrie, wie er in der laufenden Industrierichterstattung abgesteckt ist. Er umfaßt daneben vielmehr auch das Baugewerbe, die Versorgungswirtschaft und das produzierende Handwerk. Der Bereich des produzierenden Gewerbes wird in der Bundesrepublik Deutschland bisher nicht auf einheitlicher Grundlage statistisch erfaßt, so daß auch der Industriezensus kein einheitliches Ganzes darstellt, sondern in verschiedene Teilerhebungen zerfällt, deren Ergebnisse dann später zusammengefaßt die – insbesondere von der EWG – benötigten Daten ergibt.

Die einzelnen Teile des Industriezensus sind ²⁾:

1. Industrie (ohne Bauindustrie)
2. Bauindustrie
3. Versorgungswirtschaft
4. Produzierendes Handwerk

Der vorliegende Beitrag befaßt sich nur mit dem Sektor „Industrie – ohne Bauindustrie“ und behandelt damit nur einen Teil des im Weltindustriezensus 1963 erfaßten produzierenden Gewerbes.

II. Das Erhebungs- und Aufbereitungsprogramm für den Sektor „Industrie ohne Bauindustrie“

Industrielle Unternehmen bzw. Betriebe wurden im Industriezensus total erfaßt, wenn sie am 30. September 1962 – der als Stichtag für die Erhebung galt – 10 oder mehr tätige Personen hatten. Kleinere Einheiten wurden mit einem verkürzten Frageprogramm nur durch eine repräsentative Stichprobe ermittelt.

Da die Ergebnisse des Industriezensus sowohl nach Unternehmen (wirtschaftliche Einheiten) als auch nach Betrieben (örtliche Einheiten) dargestellt werden sollen, sind Erhebungseinheiten sowohl die Unternehmen als auch die Betriebe, wobei bei den Einbetriebsunternehmen, die die größte Zahl der erfaßten Einheiten bilden, Unternehmen und Betrieb zusammenfallen. Die Mehrbetriebsunternehmen mit industriellem Schwerpunkt hatten dagegen für das gesamte Unternehmen einen Unternehmensfragebogen und für jede einzelne örtliche Einheit einen Betriebsfragebogen auszufüllen. Bei Mehrbetriebsunternehmen mit nichtindustriellem Schwerpunkt wurden nur die industriellen Betriebe erfaßt. Es gab demzufolge fünf verschiedene Erhebungsbogen:

IZ – A: für industrielle Einbetriebsunternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten,

¹⁾ Vgl. Fürst, G.: Der deutsche Beitrag zum Weltindustriezensus 1963. – In: Wirtschaft und Statistik, Heft 5/1963, S. 255 ff.

²⁾ Die gesetzlichen Grundlagen für die einzelnen Erhebungen sind: Zu 1) und 2): Zweites Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 24. April 1963, BGBl. I, S. 202. – Zu 3): Gesetz über die Allgemeine Statistik in der Elektrizitäts- und Gaswirtschaft und die Durchführung des Europäischen Industriezensus in der Versorgungswirtschaft vom 24. April 1963, BGBl. I, S. 204. – Zu 4): Gesetz über die Handwerkszählung 1963 (Handwerkszählungsgesetz 1963) vom 30. März 1963, BGBl. I, S. 177.

- IZ – U: Unternehmensbogen für industrielle Mehrbetriebsunternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten,
- IZ – B₁: Betriebsbogen für industrielle Mehrbetriebsunternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten,
- IZ – B₂: Betriebsbogen für industrielle Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten von nichtindustriellen Mehrbetriebsunternehmen und
- IZ – S: für industrielle Unternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten.

Diese fünf Arten von Erhebungsbogen hatten ein im großen und ganzen übereinstimmendes Frageprogramm, das jedoch im einzelnen auf die jeweilige Erhebungseinheit abgestimmt war. Die Hauptabschnitte der Fragebogen waren:

- I. Tätige Personen im Jahre 1962 an fünf Stichtagen nach Geschlecht und Stellung im Betrieb. (Bei IZ–S nur September 1962).
- II. Löhne und Gehälter im Geschäftsjahr 1962.
- III. Investitionen einschl. selbsterstellter Anlagen im Geschäftsjahr 1962 nach Arten und ob in neuem oder gebrauchtem Zustand angeschafft.
- IV. Material- und Wareneingänge und vergebene Lohnarbeiten im Geschäftsjahr 1962 nach Arten.
- V. Lagerbestände am Anfang und Ende des Geschäftsjahres 1962 nach Arten.
- VI. Umsatz im Geschäftsjahr 1962 nach Arten; firmeninterne Lieferungen (nur IZ–B₁ und IZ–B₂).
- VII. Verkaufserlöse aus dem Abgang von Anlagegütern im Geschäftsjahr 1962 (nur IZ–A und IZ–U).
- VIII. Treibstoffverbrauch im Geschäftsjahr 1962 (nur IZ–A, IZ–B₁ und IZ–B₂).

Außerdem wurden Angaben über das Geschäftsjahr und die Rechtsform gefordert.

Von den oben genannten Abschnitten sind neu in der Industriestatistik nur die Fragen nach den Investitionen, während die Fragen, deren Angaben zur Berechnung des Bruttoproduktionswertes³⁾, des Nettoproduktionswertes⁴⁾ und der Nettoquote⁵⁾ benötigt werden, bereits aus den sog. Nettoleistungserhebungen 1950 und 1954 bekannt sind.

Die Aufbereitung für den Sektor „Industrie ohne Bauindustrie“ erfolgte nach Unternehmen und nach Betrieben (örtliche Einheiten). Bei Unternehmen, die sich mit ihren Niederlassungen über mehrere Bundesländer erstreckten, lag die Aufbereitung in der ersten Phase auch für alle Betriebe dieser Unternehmen bei dem für den Sitz des Unternehmens zuständigen Statistischen Landesamt, das zur Überprüfung der Angaben im Wege des Länderaustausches von den für den Sitz der einzelnen Betriebe zuständigen Statistischen Landesämtern Angaben aus der laufenden Industrieberichterstattung erhielt. Dieser Teil der Aufbereitung wurde mit den vorläufigen Ergebnissen nach Unternehmen – also aus den Erhebungsbogen IZ–A und IZ–U – abgeschlossen. Die weitere Aufbereitung der Betriebsergebnisse erfolgte dann in den Statistischen Landesämtern, die für den Sitz der Be-

triebe zuständig sind. Anschließend werden dann die endgültigen Unternehmensergebnisse und die Betriebsergebnisse fertiggestellt.

Die wirtschaftssystematische Zuordnung der Unternehmen und Betriebe wurde nach der laufenden vierteljährlichen Produktionserhebung im Rahmen der Industrieberichterstattung vorgenommen. Als Grundlage der Zuordnung diente das Schwerpunktprinzip; d. h. alle Unternehmen und Betriebe, die verschiedenartige Produkte herstellen, wurden in ihrer Gesamtheit derjenigen Industriegruppe zugeordnet, zu der die hauptsächlichliche Produktion gehörte. Die Systematik für den Sektor „Industrie ohne Bauindustrie“ wurde aus der Industrieberichtssystematik abgeleitet; diese mußte in verschiedenen Industriegruppen aber nicht unerheblich erweitert werden, weil es einerseits notwendig ist, die Ergebnisse des Sektors „Industrie ohne Bauindustrie“ über die Grundsystematik der Wirtschaftszweige mit den anderen Teilen des produzierenden Gewerbes – Bauindustrie, Versorgungswirtschaft und produzierendes Handwerk – zusammenzuführen und weil andererseits ein „Umsteigen“ in die Systematik des produzierenden Gewerbes, wie sie von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft aufgestellt wurde, erforderlich wird. Die Industriezensus-Systematik weist daher insgesamt 162 Industriegruppen – gegenüber 104 Industriegruppen der Industrieberichterstattung – auf. Tiefere Untergliederungen waren vor allem beim Stahlbau, beim Maschinenbau, beim Fahrzeugbau, bei der Elektrotechnischen Industrie, bei der Feinmechanischen und optischen Industrie, bei der Chemischen Industrie, bei der Holzverarbeitenden Industrie und bei der Textilindustrie notwendig.

III. Die Ergebnisse

Aus dem Industriezensus 1963 – Sektor Industrie ohne Bauindustrie – liegen bisher nur die vorläufigen Ergebnisse für Unternehmen – also aus den Erhebungsbogen IZ–A und IZ–U – vor. Endgültige Ergebnisse für Unternehmen und für alle Betriebe sind noch in der Aufbereitung und werden erst später in dieser Zeitschrift dargestellt werden können; ein Bericht über endgültige Unternehmensergebnisse wird allerdings nur dann erforderlich sein, wenn diese von den hier veröffentlichten vorläufigen Unternehmensergebnissen wesentlich abweichen.

1. 1962 im Vergleich mit 1954

Die einzige Erhebung, die für Unternehmen mit dem Industriezensus 1963 vergleichbare Daten erbrachte, war die Nettoleistungserhebung für das Jahr 1954, die ebenfalls die industriellen Unternehmen mit Sitz in Hamburg erfaßte und die für die Nettoproduktionswertberechnung benötigten Daten zur Verfügung stellte. Die wichtigsten Zahlen von 1962 im Vergleich mit 1954 zeigt für die gesamte Industrie die Tabelle 1.

Aus ihr geht hervor, daß von 1954 bis 1962 bei geringfügig um etwa 2% größerer Zahl der Unternehmen und bei einer Erhöhung der Zahl der Beschäftigten um 36% der Nettoproduktionswert als die eigentliche wirtschaftliche Leistung um etwa 175% von 4,96 Mrd. DM auf 13,64 Mrd. DM gestiegen ist. Dabei hat sich der von jedem Beschäftigten im Durchschnitt je Jahr erwirtschaftete Nettoproduktionswert etwas mehr als verdoppelt.

³⁾ Bruttoproduktionswert = Umsatz + Bestandsveränderungen an halbfertigen und fertigen Erzeugnissen + Wert der selbsterstellten Anlagen.

⁴⁾ Nettoproduktionswert = Bruttoproduktionswert – Materialverbrauch einschl. vergebener Lohnarbeiten.

⁵⁾ Nettoquote = $\frac{\text{Nettoproduktionswert}}{\text{Bruttoproduktionswert}} \cdot 100$

Tabelle 1

Die Industriellen Unternehmen in Hamburg 1954 und 1962
(Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten und mit Sitz in Hamburg)

Jahre	Unternehmen	Beschäftigte	Umsatz 1)	Brutto- produktions- wert 1) 2)	Material- verbrauch 1)	Netto- produktions- wert 1) 3)	Netto- quote 1) 4)	Netto- produktions- wert 1) je Beschäftigten
	Anzahl		Mio DM				%	1000 DM
	1	2	3	4	5	6	7	8
1954	1 404	232 236 ⁶⁾	11 471,0	11 499,0	6 542,6	4 956,4	43,2	21,3
1962 ⁵⁾	1 434	315 761 ⁷⁾	27 968,8	28 188,6	14 544,1	13 644,5	48,4	43,2
Veränderung in %	+ 2,1	+ 36,0	+ 143,8	+ 145,1	+ 122,3	+ 175,3	+ 12,0	+ 102,8

1) Einschl. Handelsware. — 2) Bruttoproduktionswert = Umsatz + Bestandsveränderungen an halbfertigen und fertigen Erzeugnissen + Wert der selbsterstellten Anlagen. — 3) Nettoproduktionswert = Bruttoproduktionswert — Materialverbrauch einschl. vergebener Lohnarbeiten. — 4) Nettoquote = Nettoproduktionswert : Bruttoproduktionswert × 100. — 5) 1962: vorläufige Ergebnisse. — 6) Durchschnitt der Angaben für 4 Stichtage. — 7) Durchschnitt der Angaben für 5 Stichtage.

Aus verschiedenen Gründen ist es nicht angebracht, einen Vergleich zwischen 1954 und 1962 — wie er in Tabelle 1 für die gesamte Industrie gebracht wurde — für alle Industriegruppen und -zweige durchzuführen. Ein wesentlicher Grund, der den Vergleich problematisch werden läßt, liegt in dem durch Zu- und Abgänge von z. T. erheblichem Gewicht veränderten Kreis der erfaßten Unternehmen in verschiedenen Zweigen der hamburgischen Industrie.

Es sollen daher in Tabelle 2 nur die Nettoproduktionswerte der für Hamburg wichtigsten Industriegruppen für die Jahre 1954 und 1962 gegenübergestellt werden.

Der Nettoproduktionswert der aufgeführten Industriegruppen, die 1954 etwas mehr als 80 % und 1962 fast 90 % des gesamten Nettoproduktionswertes der hamburgischen Industrie auf sich vereinigten, verdreifachte sich etwa in diesem Zeitraum und lag mit seinem Zuwachs damit über dem Durchschnitt der ge-

samten Industrie. Überdurchschnittlich haben sich vor allem entwickelt die Mineralölverarbeitung⁶⁾, die Elektrotechnische Industrie und — in geringerem Maße — die Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie, die damit auch ihre prozentualen Anteile am gesamten Nettoproduktionswert der hamburgischen Industrie z. T. erheblich steigern konnten. Die bedeutendste Industriegruppe war in den beiden Jahren die Nahrungs- und Genußmittelindustrie, die im Jahre 1954 etwas mehr und im Jahre 1962 etwas weniger als 40 % des gesamten Nettoproduktionswertes der Industrie in Hamburg erbrachte. Mit Ausnahme der Mineralölverarbeitung, auf die 1954 etwa 15 % und 1962 etwa 28 % des hamburgischen industriellen Nettoproduktionswertes entfielen, lagen alle anderen Industriegruppen in beiden Jahren mit ihren prozentualen Anteilen unter 6 %.

2. Beschäftigte, Löhne und Gehälter

In den industriellen Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten und mit Sitz in Hamburg waren im Jahresdurchschnitt 1962 etwa 315 000 Personen beschäftigt.

⁶⁾ Es ist zu beachten, daß in den Nettoproduktionswerten die Verbrauchsteuern enthalten sind.

Tabelle 2

Zahl der Unternehmen und Nettoproduktionswerte in ausgewählten Gruppen der hamburgischen Industrie 1954 und 1962
(Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten und mit Sitz in Hamburg)

Industriegruppen	1954			1962 (vorläufige Ergebnisse)			Veränderung des Netto- produktions- wertes von 1954 bis 1962 in %
	Zahl der Unternehmen	Nettoproduktionswert 1)		Zahl der Unternehmen	Nettoproduktionswert 1)		
		in Mio DM	in % der gesamten Industrie		in Mio DM	in % der gesamten Industrie	
	1	2	3	4	5	6	7
Mineralölverarbeitung	14	782,7	15,9	14	3 797,2	27,8	+ 385,1
Maschinenbau	143	220,9	4,5	159	497,9	3,6	+ 125,4
Schiffbau	44	192,8	3,9	31	364,0	2,7	+ 88,8
Elektrotechnische Industrie	56	174,6	3,5	76	807,2	5,9	+ 362,3
Chemische Industrie	134	294,9	5,9	129	690,2	5,1	+ 134,0
Druckerei- und Vervielfältigungs- industrie	147	137,1	2,8	199	396,5	2,9	+ 189,2
Kautschuk und Asbest verarbeitende Industrie	18	143,6	2,9	17	286,6	2,1	+ 100,0
Nahrungs- und Genußmittel- industrie	262	2 090,5	42,2	244	5 345,0	39,2	+ 155,7
Ausgewählte Industriegruppen zusammen	818	4 037,1	81,6	869	12 184,6	89,3	+ 201,9
Gesamte Industrie	1 404	4 956,4	100	1 434	13 644,5	100	+ 175,3

1) Einschl. Handelsware.

Diese Beschäftigten wurden natürlich nicht alle am Platz Hamburg gezählt, sondern verteilen sich auch auf die Zweigniederlassungen hamburgischer Unternehmen in anderen Bundesländern und Berlin (West). Wie viele dieser Beschäftigten auf Hamburg selbst entfielen, wird erst die Aufbereitung des Industriezensus 1963 nach Betrieben (örtlichen Einheiten) zeigen, die z. Z. noch nicht abgeschlossen ist. Fast ein Drittel der Beschäftigten — etwas mehr als 100 000 Personen — waren Frauen.

In den 1 434 hamburgischen Industrieunternehmen wurden 1962 1 554 tätige Inhaber und tätige Mitinhaber gezählt, so daß auf jedes Unternehmen im Durchschnitt mehr als ein tätiger Inhaber bzw. Mitinhaber entfiel. Unbezahlt mithelfende Familienangehörige gab es 75, von denen 60 Frauen waren. Die Zahl der Angestellten (ohne Lehrlinge) betrug fast 90 000, davon waren etwas mehr als 33 000 weibliche Personen. Den Hauptanteil aller Beschäftigten stellten naturgemäß die Arbeiter (ohne Lehrlinge) mit rund 210 000 Personen, von denen etwa 65 000 Frauen waren. Kaufmännische und technische Lehrlinge wurden etwas mehr als 4 300 — darunter rund 2 100 weibliche — und gewerbliche Lehrlinge etwas mehr als 8 300 — darunter fast 340 weibliche — gezählt. Die Aufteilung der tätigen Personen in den Unternehmen der hamburgischen Industrie nach der Stellung im Betrieb und nach Geschlecht in ausgewählten Industriegruppen zeigt die Anhangtabelle 1.

Spalte 2 der Anhangtabelle 1 führt die insgesamt tätigen Personen in den einzelnen Industriegruppen auf; hieraus geht hervor, daß die Nahrungs- und Genuß-

mittelindustrie mit insgesamt fast 70 000 Beschäftigten in Hamburg besonders stark vertreten ist. Es folgen die Elektrotechnische Industrie — von der bekanntlich in Hamburg einige namhafte Unternehmen ihren Sitz haben — mit beinahe 40 000 Beschäftigten, der Maschinenbau mit etwa 30 000 Beschäftigten, der Schiffbau und die Chemische Industrie mit jeweils rund 27 000 Beschäftigten und die Mineralölverarbeitung mit fast 24 000 Beschäftigten. Die genannten Industriegruppen zusammen stellen mit 215 000 Beschäftigten annähernd 70 % aller in hamburgischen Industrieunternehmen tätigen Personen.

Den Anteil der weiblichen Beschäftigten an den Gesamtbeschäftigten weist die Spalte 4 der Anhangtabelle 1 aus. Hier zeigen sich große Unterschiede zwischen den einzelnen Industriegruppen: den geringsten Anteil an weiblichen Beschäftigten hat der Schiffbau mit 5,0 % und den größten mit 81,0 % die Bekleidungsindustrie. Einen besonders hohen Frauenanteil hatten auch die Elektrotechnische Industrie (45,8 %), die Feinmechanische und optische Industrie (40,7 %), die Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (45,0 %), die Papier und Pappe verarbeitende Industrie (48,7 %), die Kunststoffverarbeitende Industrie (49,8 %), die Lederverarbeitende und Schuhindustrie (53,9 %) und die Textilindustrie (64,9 %) und die Nahrungs- und Genußmittelindustrie (45,7 %).

Die letzte Spalte (17) der Anhangtabelle 1 gibt die Zahl der tätigen Personen wieder, die im Durchschnitt in einem Unternehmen der hamburgischen Industrie im Jahre 1962 beschäftigt waren. Für die gesamte Industrie beläuft sich diese Zahl auf rund 220 Perso-

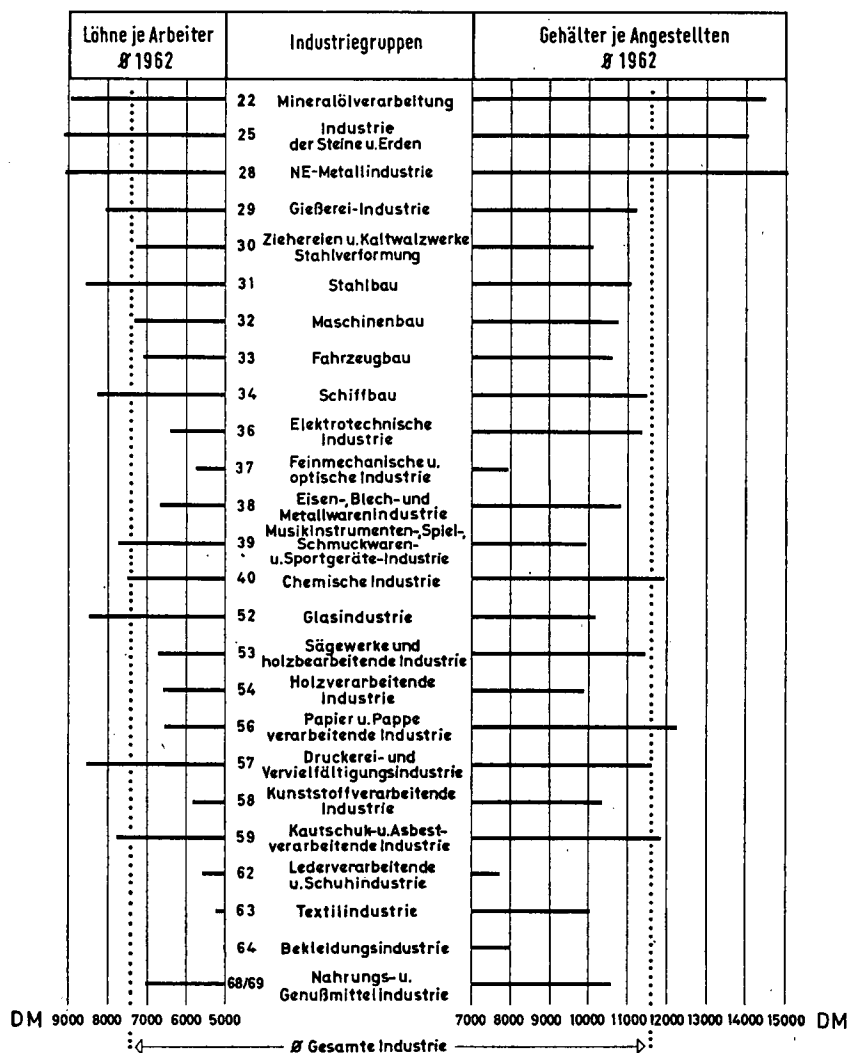
Tabelle 3

Löhne und Gehälter in ausgewählten Gruppen hamburgischer Industrieunternehmen 1962
(Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten und mit Sitz in Hamburg)

Systematik	Industriegruppen	Löhne (einschl. Lehrlingslöhne)	Gehälter (einschl. Lehrlingsgehälter)	Löhne und Gehälter	Löhne je Arbeiter (einschl. gewerbli. Lehrlinge)	Gehälter je Angestellten (einschl. kfm. u. techn. Lehrlinge)
		1000 DM			DM	
		1	2	3	4	5
	Industrie insgesamt	1 625 972	1 083 019	2 708 991	7 418	11 571
	darunter					
22	Mineralölverarbeitung	108 831	170 998	279 829	8 966	14 477
25	Industrie der Steine und Erden	43 808	11 053	54 861	9 106	14 044
28	NE-Metallindustrie	28 812	12 921	41 733	9 098	15 007
29	Gießerei-Industrie	7 407	1 797	9 204	8 016	11 231
30	Ziehereien und Kaltwalzwerke, Stahlverformung	5 613	1 904	7 517	7 299	10 074
31	Stahlbau	76 916	33 683	110 599	8 534	11 033
32	Maschinenbau	150 360	84 322	234 682	7 311	10 728
33	Fahrzeugbau	15 773	6 744	22 517	7 092	10 587
34	Schiffbau	192 391	47 293	239 684	8 256	11 421
36	Elektrotechnische Industrie	160 033	145 588	305 621	6 353	11 325
37	Feinmechanische und optische Industrie	14 719	8 275	22 994	5 754	7 980
38	Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie	37 927	17 281	55 208	6 638	10 780
39	Musikinstrumenten-, Spiel-, Schmuckwaren- und Sportgeräte-Industrie	4 943	2 017	6 960	7 699	9 936
40	Chemische Industrie	138 838	104 719	243 557	7 478	11 915
52	Glasindustrie	5 606	874	6 480	8 443	10 163
53	Sägewerke und holzbearbeitende Industrie..	8 704	2 639	11 343	6 675	11 424
54	Holzverarbeitende Industrie	8 698	2 540	11 238	6 584	9 922
56	Papier und Pappe verarbeitende Industrie ...	29 350	12 501	41 851	6 576	12 208
57	Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie	94 535	56 910	151 445	8 505	11 612
58	Kunststoffverarbeitende Industrie	8 959	5 085	14 044	5 806	10 335
59	Kautschuk und Asbest verarbeitende Industrie	90 742	38 022	128 764	7 729	11 845
62	Lederverarbeitende und Schuhindustrie	605	264	869	5 550	7 765
63	Textilindustrie	19 938	7 941	27 879	5 207	10 052
64	Bekleidungsindustrie	20 165	7 706	27 871	5 015	8 019
68 u. 69	Nahrungs- und Genußmittelindustrie	311 833	260 227	572 060	7 014	10 586

Schaubild 1

Löhne je Arbeiter und Gehälter je Angestellten in ausgewählten Gruppen hamburgischer Industrieunternehmen 1962



STATISTISCHES LANDESAMT HAMBURG

(h)

nen, den höchsten Durchschnittswert erreicht die Mineralölverarbeitung mit 1711 Personen je Unternehmen und der kleinste Durchschnittswert ist in der Lederverarbeitenden und Schuhindustrie mit 22 Personen je Unternehmen zu finden. Große Unternehmen herrschen außerdem vor in der NE-Metallindustrie (403 Personen je Unternehmen); im Schiffbau (886 Personen je Unternehmen), in der Elektrotechnischen Industrie (502 Personen je Unternehmen) und in der Kautschuk und Asbest verarbeitenden Industrie (880 Personen je Unternehmen).

In allen Industrieunternehmen mit Sitz in Hamburg wurden im Jahre 1962 rund 2,7 Mrd. DM an Löhnen und Gehältern gezahlt; davon entfielen auf die Löhne der Arbeiter und der gewerblichen Lehrlinge etwas mehr als 1,6 Mrd. DM und auf die Gehälter der Angestellten und der kaufmännischen und technischen Lehrlinge fast 1,1 Mrd. DM. Im Jahresdurchschnitt erhielt 1962 jeder Arbeiter (einschl. Lehrlinge) 7 418 DM und jeder Angestellte (einschl. Lehrlinge) 11 571 DM. In der Tabelle 3 sind die Summen der Löhne und Gehälter für die Industriegruppen und die Durchschnittslöhne

und Gehälter je Arbeiter und Angestellten im einzelnen aufgeführt. Die letzten beiden Spalten (4 und 5) der Tabelle 3 sind noch einmal im Schaubild 1 graphisch dargestellt, aus dem sich deutlich ablesen läßt, daß die höchsten Löhne je Arbeiter und die höchsten Gehälter je Angestellten in der Mineralölverarbeitung, der Industrie der Steine und Erden und der NE-Metallindustrie gezahlt werden. Dagegen waren die Löhne je Arbeiter und z. T. auch die Gehälter je Angestellten in denjenigen Industriegruppen, die einen besonders hohen Anteil von weiblichen Beschäftigten aufzuweisen hatten (siehe oben), besonders niedrig.

3. Umsätze und Nettoproduktionswerte

Beinahe 28 Mrd. DM haben die Industrieunternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten und mit Sitz in Hamburg im Jahre 1962 umgesetzt. Auf jeden Beschäftigten entfiel dabei im Durchschnitt ein Umsatz von fast 90 000 DM. Die umsatzstärksten Industriegruppen waren in diesem Jahr in Hamburg die Nahrungs- und Genußmittelindustrie mit etwa 10 Mrd. DM⁷⁾, die Mineralölverarbeitung mit etwas mehr als 8 Mrd. DM⁷⁾, die Elektrotechnische Industrie und die Chemische Industrie mit jeweils rund 1,5 Mrd. DM (Tabelle 4,

⁷⁾ Einschl. Verbrauchsteuern.

Spalte 2). Die höchsten Umsätze je tätiger Person verzeichneten die Mineralölverarbeitung mit fast 350 000 DM, die Nahrungs- und Genußmittelindustrie mit etwas mehr als 140 000 DM und die NE-Metallindustrie mit beinahe 140 000 DM. Alle anderen in Tabelle 4 aufgeführten Industriegruppen lagen weit unter diesen Sätzen und auch weit unter dem Durchschnitt für die gesamte Industrie (Tabelle 4, Spalte 3).

Die Umsatzdaten für die Industriegruppen und je Beschäftigten geben allerdings nicht die eigentlichen wirtschaftlichen Leistungen wieder. Diese sind vielmehr in den Nettoproduktionswerten dargestellt und in den Spalten 6 und 8 der Tabelle 4 aufgeführt. Der Nettoproduktionswert, der annähernd die Wertschöpfung der hamburgischen Industrieunternehmen wiedergibt, betrug 1962 etwa 13,6 Mrd. DM. Hieran hatte mit rund 5,3 Mrd. DM die Nahrungs- und Genußmittelindustrie wiederum den größten Anteil; gefolgt von der Mineralölverarbeitung mit fast 3,8 Mrd. DM, der Elektrotechnischen Industrie mit 0,8 Mrd. DM, der Chemischen Industrie mit beinahe 0,7 Mrd. DM und dem Maschinenbau mit rund 0,5 Mrd. DM (Tabelle 4, Spalte 6). Die Anteile der wichtigsten Industriegruppen am Nettoproduktionswert der gesamten Industrie zeigt das Schaubild 2.

Beim Nettoproduktionswert je tätiger Person stand die Mineralölverarbeitung mit etwa 160 000 DM an der

Spitze; es folgte mit etwas weniger als der Hälfte dieses Wertes (fast 80 000 DM) die Nahrungs- und Genußmittelindustrie und — in weiterem Abstand und schon unter dem Durchschnitt für die gesamte Industrie, der bei etwa 43 000 DM lag — die Industrie der Steine und Erden mit etwa 32 000 DM (Tabelle 4, Spalte 8).

Bei einem Vergleich der Umsätze und der Nettoproduktionswerte je tätiger Person (Tabelle 4, Spalten 2 und 8) zeigen sich in der Reihenfolge der aufgeführten Industriegruppen erhebliche Abweichungen, die in der Struktur der verschiedenen Industriegruppen begründet sind. Industriegruppen mit einem im Verhältnis zum Bruttoproduktionswert — und damit im allgemeinen auch zum Umsatz — hohen Materialverbrauch haben einen verhältnismäßig geringen Nettoproduktionswert und damit auch eine relativ kleine Nettoquote (Tabelle 4, Spalte 7). Entsprechend gering ist dann auch der Nettoproduktionswert je tätiger Person bei hohem Umsatz je tätiger Person. (Beispiel: NE-Metallindustrie). Bei verhältnismäßig geringem Materialverbrauch ist entsprechend Nettoproduktionswert und Nettoquote relativ hoch und es ergibt sich ein hoher Nettoproduktionswert je tätiger Person bei geringem Umsatz je tätiger Person. (Beispiel: Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie).

Tabelle 4

Umsatz, Bruttoproduktionswert, Materialverbrauch und Nettoproduktionswert in ausgewählten Gruppen hamburgischer Industrieunternehmen 1962 (Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten und mit Sitz in Hamburg)

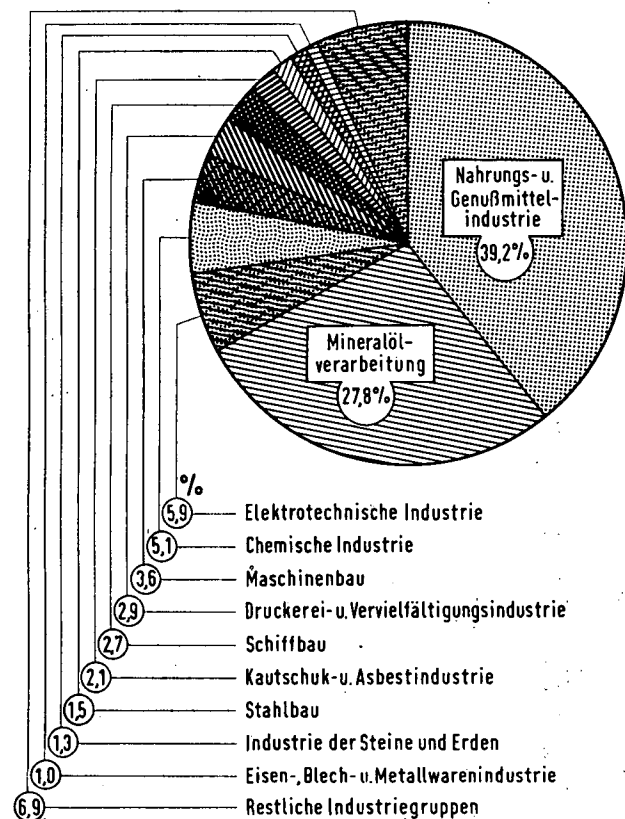
Systematik	Industriegruppen	Zahl der Unternehmen	Umsatz 1)	Umsatz je tätige Person	Bruttoproduktionswert 1) 2)	Materialverbrauch und vergebene Lohnarbeiten 1)	Nettoproduktionswert 1) 3)	Nettoquote 1) 4)	Nettoproduktionswert je tätige Person 1)
			Mio DM	1000 DM	Mio DM		%	1000 DM	
			1	2	3	4	5	6	7
	Industrie insgesamt	1 434	27 968,8	88,6	28 188,6	14 544,1	13 644,5	48,4	43,2
	darunter								
22	Mineralölverarbeitung	14	8 332,7	347,8	8 420,4	4 623,2	3 797,2	45,1	158,5
25	Industrie der Steine und Erden	70	304,5	53,7	303,5	122,4	181,1	59,7	31,9
28	NE-Metallindustrie	10	558,2	138,6	557,1	451,6	105,5	18,9	26,2
29	Gießerei-Industrie	13	26,4	23,9	26,5	11,0	15,5	58,4	14,0
30	Ziehereien und Kaltwalzwerke, Stahlverformung	26	27,3	27,7	27,3	10,7	16,6	60,8	16,9
31	Stahlbau	53	403,9	33,3	409,6	211,7	197,9	48,3	16,3
32	Maschinenbau	159	887,8	31,0	899,6	401,7	497,9	55,3	17,4
33	Fahrzeugaufbau	13	99,8	34,8	101,4	56,9	44,5	43,9	15,5
34	Schiffbau	31	761,0	27,7	811,0	447,0	364,0	44,9	13,2
36	Elektrotechnische Industrie	76	1 537,4	40,2	1 545,0	737,8	807,2	52,2	21,1
37	Feinmechanische und optische Industrie ..	31	91,9	24,9	92,6	38,9	53,7	58,0	14,6
38	Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie..	77	262,5	35,4	265,0	134,5	131,3	49,4	17,7
39	Musikinstrumenten-, Spiel-, Schmuckwaren- und Sportgeräte-Industrie	6	30,4	35,2	30,7	16,4	14,3	46,6	16,6
40	Chemische Industrie	129	1 447,5	52,7	1 471,2	781,0	690,2	46,9	25,1
52	Glasindustrie	6	24,6	32,0	23,9	9,4	14,5	60,8	18,9
53	Sägewerke und holzbearbeitende Industrie	12	67,7	43,8	68,0	44,1	23,9	35,2	15,4
54	Holzverarbeitende Industrie	33	43,9	26,7	43,7	20,5	23,2	53,0	14,1
56	Papier und Pappe verarbeitende Industrie	45	216,7	38,8	217,2	118,8	98,4	45,3	17,6
57	Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie .	199	634,0	38,8	633,3	236,8	396,5	62,6	24,3
58	Kunststoffverarbeitende Industrie	33	73,9	35,3	74,8	38,5	36,3	48,5	17,4
59	Kautschuk und Asbest verarbeitende Industrie	17	518,6	34,6	524,0	237,4	286,6	54,7	19,1
62	Lederverarbeitende und Schuhindustrie ..	7	4,4	27,9	4,4	2,1	2,3	51,6	14,5
63	Textilindustrie	33	157,2	30,2	152,6	95,5	57,1	37,4	11,0
64	Bekleidungsindustrie	83	143,6	26,3	143,5	73,3	70,2	48,9	12,8
68+69	Nahrungs- und Genußmittelindustrie	244	9 976,7	143,8	10 006,8	4 661,8	5 345,0	53,4	77,0

1) Einschl. Handelsware. — 2) Bruttoproduktionswert = Umsatz + Bestandsveränderungen an halbfertigen und fertigen Erzeugnissen + Wert der selbsterstellten Anlagen. — 3) Nettoproduktionswert = Bruttoproduktionswert — Materialverbrauch einschl. vergebener Lohnarbeiten. — 4) Nettoquote = Nettoproduktionswert : Bruttoproduktionswert × 100.

Schaubild 2

Anteile ausgewählter Gruppen am gesamten Nettoproduktionswert der hamburgischen Industrieunternehmen 1962 in %

Gesamte Industrie 13 644,5 Mio DM



h

Statistisches Landesamt Hamburg

4. Investitionen

Im Industriezensus 1963 werden erstmalig auch die Investitionen der Industrie statistisch erfaßt. Die Industrieunternehmen, die in Hamburg ihren Sitz hatten und über 10 Beschäftigte zählten, investierten im Jahre 1962 insgesamt für 1,15 Mrd. DM; davon entfielen auf Maschinen und maschinelle Anlagen 57 %, auf bebaute Grundstücke 25 %, auf Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung fast 17 % und auf unbebaute Grundstücke etwas mehr als 1 %. Auch hier muß wieder erwähnt werden, daß diese Investitionen natürlich nicht alle auf den Platz Hamburg entfielen, da sie zum Teil in den außerhalb Hamburgs liegenden Produktionsstätten erfolgten. Eine regionale Aufteilung der Investitionen wird erst dann möglich sein, wenn die Ergebnisse nach Betrieben (örtliche Einheiten) vorliegen. Der größte Investor unter den Industriegruppen war 1962 die Mineralölverarbeitung mit etwa 530 Mio DM, von denen über 70 % auf Maschinen und maschinelle Anlagen entfielen. Die Nahrungs- und Genußmittelindustrie hat für etwa 230 Mio DM investiert; bei dieser Industriegruppe hatten die bebauten Grundstücke mit fast einem Drittel einen überdurchschnittlich hohen Anteil. Hohe Investitionen hatten auch die Chemische Industrie mit etwa 74 Mio DM – davon rund die Hälfte für Maschinen und maschinelle Anlagen –, die Elektrotechnische

Industrie mit 64 Mio DM, von denen etwa 40 % auf bebaute Grundstücke entfielen, die Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie mit beinahe 38 Mio DM und der Maschinenbau mit 35 Mio DM. Die einzelnen Werte für ausgewählte Industriegruppen zeigt die Anhangtabelle 2.

Interessante Aufschlüsse über die Investitionen der hamburgischen Industrieunternehmen geben auch die Spalten 1 und 2 sowie 11 und 12 der Anhangtabelle 2. In den Spalten 1 und 2 sind diejenigen Unternehmen, die im Jahre 1962 investiert haben, den gesamten Unternehmen der jeweiligen Industriegruppe zahlenmäßig gegenübergestellt. Es zeigt sich hieraus, daß über 90 % aller Unternehmen 1962 irgendwelche Investitionen vorgenommen haben. In einzelnen Industriegruppen sind sogar alle Unternehmen in diesem Jahre auch Investoren gewesen, so in der Mineralölverarbeitung, in der NE-Metallindustrie, in der Gießerei-Industrie, in den Sägewerken und der holzbearbeitenden Industrie und in der Kautschuk- und Asbest verarbeitenden Industrie.

In der Spalte 11 der Anhangtabelle 2 ist dargestellt, wie hoch die Investitionen aller Unternehmen im Durchschnitt je tätiger Person im Jahre 1962 waren. Bei einem Durchschnittswert von 3 646 DM für alle Unternehmen schwankt dieser Betrag zwischen 22 138 DM bei der Mineralölverarbeitung und 567 DM beim Stahlbau. Weit unter dem Durchschnitt und unter 1 000 DM haben ferner je Beschäftigten investiert die Gießereiindustrie, der Schiffbau, die Musikinstrumenten-, Spiel-, Schmuckwaren- und Sportgeräte-Industrie und die Bekleidungsindustrie.

Ein weiterer Maßstab für die Bedeutung der Investitionen ist ihr Vergleich mit dem Umsatz, wie er in Spalte 12 der Anhangtabelle 2 genannt ist. Für alle hamburgischen Industrieunternehmen ist dieser Wert – Investitionen in % des Umsatzes – mit 4,1 errechnet worden. Wesentlich höhere Anteile der Investitionen am Umsatz zeigen die Industrie der Steine und Erden mit 8,8 %, die Ziehereien und Kaltwalzwerke, Stahlverformung mit 7,2 %, die Mineralölverarbeitung mit 6,4 %, die Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie mit 5,9 % und der Fahrzeugbau mit 5,4 %.

Zum Schluß soll noch darauf hingewiesen werden, daß die Erfassung der Investitionen nur eines Jahres – 1962 – natürlich keine Rückschlüsse auf strukturelle oder konjunkturelle Entwicklungen zuläßt, weil hierfür ein Zeitvergleich erforderlich ist, wie er durch die geplanten laufenden Investitionserhebungen in den Unternehmen des produzierenden Gewerbes erst ermöglicht werden wird.

Die endgültigen Ergebnisse des Industriezensus 1963 werden in einer noch tieferen systematischen Gliederung – als sie hier vor allem aus Platzgründen zur Darstellung gelangen konnte – aufbereitet werden. Es ist vorgesehen, diese Ergebnisse in einem Heft der Reihe „Statistik des Hamburgischen Staates“ für Unternehmen und Betriebe zu veröffentlichen.

Detlef Schmidt

Anhangtabelle 1

**Die Beschäftigten¹⁾ der hamburgischen Unternehmen in ausgewählten Industriegruppen 1962
nach der Stellung im Betrieb und nach Geschlecht
(Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten und mit Sitz in Hamburg)**

Systematik	Industriegruppen	Zahl der Unternehmen	Tätige Personen			Tätige Inhaber und tätige Mitinhaber		Mithelfende Familienangehörige		Angestellte ohne Lehrlinge	
			insgesamt	darunter weiblich		insgesamt	dar. weibl.	insgesamt	dar. weibl.	insgesamt	darunter weiblich
				absolut	%						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10		
	Industrie insgesamt	1 434	314 358	101 506	32,3	1 554	222	75	60	89 266	33 372
	darunter:										
22	Mineralölverarbeitung	14	23 957	3 606	15,1	6	—	—	—	11 347	2 772
25	Industrie der Steine und Erden ..	70	5 665	371	6,5	69	8	4	3	765	242
28	NE-Metallindustrie	10	4 030	398	9,9	1	—	—	—	828	210
29	Gießerei-Industrie	13	1 104	78	7,1	17	2	1	1	151	42
30	Ziehereien und Kaltwalzwerke, Stahlverformung	26	985	260	26,4	27	4	3	2	180	67
31	Stahlbau	53	12 128	1 283	10,6	67	3	1	—	2 745	877
32	Maschinenbau	159	28 600	4 126	14,4	175	23	8	8	7 361	2 482
33	Fahrzeugbau	13	2 874	288	10,0	12	1	—	—	578	183
34	Schiffbau	31	27 478	1 363	5,0	29	1	5	2	3 979	726
36	Elektrotechnische Industrie	76	38 121	17 446	45,8	71	10	6	6	12 170	4 542
37	Feinmechanische und optische Industrie	31	3 636	1 481	40,7	40	4	1	—	993	458
38	Eisen-, Blech- und Metallwaren- industrie	77	7 391	3 325	45,0	79	9	—	—	1 500	711
39	Musikinstrumenten-, Spiel-, Schmuckwaren- und Sportgeräte- Industrie	6	850	259	30,5	4	1	—	—	170	68
40	Chemische Industrie	129	27 461	10 533	38,4	114	9	3	—	8 396	3 464
52	Glasindustrie	6	759	177	23,3	8	—	—	—	79	28
53	Sägewerke und holzbearbeitende Industrie	12	1 548	371	24,0	14	—	—	—	218	63
54	Holzverarbeitende Industrie	33	1 622	550	33,9	40	3	3	3	241	117
56	Papier und Pappe verarbeitende Industrie	45	5 540	2 697	48,7	50	12	3	1	989	357
57	Druckerei- und Vervielfältigungs- industrie	199	16 256	5 595	34,4	239	29	16	16	4 683	2 050
58	Kunststoffverarbeitende Industrie	33	2 072	1 031	49,8	36	5	—	—	468	199
59	Kautschuk und Asbest verarbeitende Industrie	17	14 964	5 635	37,7	14	—	—	—	3 081	1 254
62	Lederverarbeitende und Schuhindustrie	7	154	83	53,9	9	1	2	2	32	21
63	Textilindustrie	33	4 657	3 024	64,9	38	10	4	3	733	296
64	Bekleidungsindustrie	83	5 093	4 124	81,0	114	37	3	3	847	502
68+69	Nahrungs- und Genußmittel- Industrie	244	69 315	31 701	45,7	272	47	12	10	23 793	10 741

Systematik	Industriegruppen	Kaufm. u. techn. Lehrlinge		Arbeiter ohne Lehrlinge		Gewerbliche Lehrlinge		Tätige Personen je Unternehmen
		insgesamt	dar. weibl.	insgesamt	darunter weiblich	insgesamt	dar. weibl.	
	Industrie insgesamt	4 312	2 114	210 816	65 400	8 335	338	219
	darunter:							
22	Mineralölverarbeitung	465	112	11 815	716	324	6	1 711
25	Industrie der Steine und Erden	18	10	4 747	108	62	—	81
28	NE-Metallindustrie	33	13	3 099	174	69	1	403
29	Gießerei-Industrie	12	5	895	28	28	—	85
30	Ziehereien und Kaltwalzwerke, Stahlverformung	8	5	755	182	12	—	38
31	Stahlbau	305	166	8 633	237	377	—	229
32	Maschinenbau	496	292	17 995	1 319	2 565	2	180
33	Fahrzeugbau	60	28	2 004	76	220	—	221
34	Schiffbau	160	122	21 715	501	1 590	11	886
36	Elektrotechnische Industrie	685	276	24 191	12 603	998	9	502
37	Feinmechanische und optische Industrie	45	25	2 284	985	273	9	117
38	Eisen-, Blech- und Metallwaren- industrie	103	57	5 524	2 544	185	4	96
39	Musikinstrumenten-, Spiel-, Schmuckwaren- und Sportgeräte- Industrie	33	22	616	168	27	—	142
40	Chemische Industrie	387	188	18 470	6 865	91	9	213
52	Glasindustrie	7	7	662	142	3	—	127
53	Sägewerke und holzbearbeitende Industrie	12	—	1 304	308	—	—	129
54	Holzverarbeitende Industrie	16	10	1 308	414	14	3	49
56	Papier und Pappe verarbeitende Industrie	37	24	4 436	2 300	25	3	123
57	Druckerei- und Vervielfältigungs- industrie	214	83	10 383	3 371	721	46	82
58	Kunststoffverarbeitende Industrie	25	13	1 532	814	11	—	63
59	Kautschuk und Asbest verarbeitende Industrie	129	53	11 639	4 328	101	—	880
62	Lederverarbeitende und Schuhindustrie	3	3	108	56	—	—	22
63	Textilindustrie	54	32	3 782	2 653	46	30	141
64	Bekleidungsindustrie	111	75	3 821	3 312	197	195	61
68+69	Nahrungs- und Genußmittel- Industrie	784	449	44 244	20 444	210	10	284

1) Durchschnitt der Angaben für 5 Stichtage. Ohne Heimarbeiter. Abweichungen der Zahlen ergeben sich aus Rundungsdifferenzen.

Anhangtabelle 2

Investitionen (Zugänge auf den Anlagekonten) in ausgewählten Gruppen hamburgischer Industrieunternehmen 1962
(Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten und mit Sitz in Hamburg)

Systematik	Industriegruppen	Zahl der Unternehmen		Zugänge auf den Anlagekonten								Investitionen insgesamt	
		insgesamt	darunter mit Investitionen	Bebaute Grundstücke	Unbebaute Grundstücke	Maschinen u. maschinelle Anlagen	Werkzeuge, Betriebs- u. Geschäftsausstattung	Zugänge insgesamt	darunter			je tätige Person (ohne Heimarbeit)	im Verhältnis zum Umsatz (einschl. Handelsware)
									Wohngebäude	Straßen- u. Schienenfahrzeuge, Schiffe	Selbsterstellte Anlagen		
		1000 DM										DM	%
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12		
	Industrie insgesamt	1 434	1 293	287 835	15 147	652 680	190 693	1 146 355	4 860	53 544	56 886	3 646	4,1
	darunter:												
	Mineralölverarbeitung	14	14	108 878	5 140	381 706	34 594	530 318	260	11 424	24 073	22 138	6,4
22	Industrie der Steine und Erden	70	63	2 438	1 735	14 039	8 482	26 694	169	6 766	638	4 712	8,8
25	NE-Metallindustrie	10	10	2 944	—	13 447	1 243	17 634	269	162	1 916	4 379	3,2
28	Gießerei-Industrie	13	13	221	—	591	266	1 078	28	27	46	977	4,1
29	Ziehereien und Kaltwalzwerke, Stahlverformung	26	24	22	262	1 095	587	1 966	—	120	51	1 998	7,2
30	Stahlbau	53	47	1 650	368	1 611	3 255	6 884	—	849	598	567	1,7
31	Maschinenbau	159	152	11 028	1 062	12 707	10 501	35 298	115	1 399	2 056	1 234	4,0
32	Fahrzeugbau	13	11	691	—	921	3 781	5 393	—	172	1 795	1 878	5,4
33	Schiffbau	31	29	9 201	380	8 674	8 601	26 856	847	3 789	2 380	977	3,5
34	Elektrotechnische Industrie	76	68	25 478	9	20 046	18 765	64 298	302	3 344	5 172	1 686	4,2
36	Feinmechanische und optische Industrie	31	28	1 200	—	828	2 295	4 323	—	174	318	1 189	4,7
37	Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie	77	72	3 665	122	3 094	2 505	9 386	48	604	376	1 269	3,6
38	Musikinstrumenten-, Spiel-, Schmuckwaren- und Sportgeräte-Industrie	6	5	27	—	458	213	698	10	99	2	824	2,3
39	Chemische Industrie	129	119	21 271	833	37 379	14 759	74 242	985	2 699	5 248	2 703	5,1
40	Sägewerke und holzbearbeitende Industrie	12	12	838	—	1 569	581	2 988	44	348	71	1 931	4,4
53	Holzverarbeitende Industrie	33	25	917	150	499	350	1 916	12	128	26	1 183	4,4
54	Papier und Pappe verarbeitende Industrie	45	39	1 768	—	6 243	1 897	9 908	—	379	12	1 788	4,6
56	Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie	199	177	10 225	1 369	17 637	8 409	37 640	383	3 227	175	2 313	5,9
57	Kunststoffverarbeitende Industrie	33	30	706	—	1 793	692	3 191	—	129	123	1 541	4,3
58	Kautschuk und Asbest verarbeitende Industrie	17	17	4 060	167	11 999	6 927	23 153	8	868	1 873	1 547	4,5
59	Textilindustrie	33	29	827	83	3 716	967	5 593	119	260	209	1 201	3,6
63	Bekleidungsindustrie	83	71	1 274	4	859	866	3 003	—	339	—	589	2,1
64	Nahrungs- und Genußmittelindustrie	244	216	75 582	3 434	99 233	54 407	232 656	1 252	14 751	7 022	3 357	2,3
68+69													

Preise im Hamburger Beherbergungs- und Gaststättengewerbe

— Ergebnisse 1962 bis 1964 —

Auf Grund des Gesetzes über die Preisstatistik vom 9. August 1958 werden seit 1959 regelmäßig im August jeden Jahres die Preise für Übernachtung und Frühstück in Hotels, Gasthöfen, Pensionen und Fremdenheimen, Speisen in Hotels, Gasthöfen und Gaststätten, Getränke in Hotels, Gasthöfen, Gaststätten und Cafés erhoben.

Die Berichtsgemeinden des Bundesgebietes umfassen Großstädte, Seebäder, sonstige Badeorte, Luftkurorte und weitere Fremdenverkehrsgemeinden. In Hamburg ist — im Gegensatz zu den meisten Bundesländern — das Bundesland identisch mit der Großstadt. Hamburg besteht daher nur aus einer Berichtsgemeinde, so daß alle ermittelten Gesamtdurchschnitte auch Landesdurchschnitte sind. Weiterhin ist für Hamburg als Großstadt charakteristisch, daß es sich bei der Inanspruchnahme der oben erwähnten Dienstleistungen vorwiegend um solche im Geschäfts- und Durchreiseverkehr handelt und weniger im Erholungsverkehr, wengleich hier die Ver-

gnügungszentren besondere Bedeutung haben. Fremden- und Gästeheime mit Vollpension spielen keine große Rolle; sie sind zwar — ebenso wie Fragen über Vollpensionspreise von Hotels und Pensionen — im Erhebungsprogramm enthalten, jedoch geben die spärlichen Angaben keinen Aufschluß und können wegen ihrer allgemein geringen Bedeutung unberücksichtigt bleiben.

Die im Jahre 1964 nach einer repräsentativen Auswahlmethode in das Erhebungsprogramm einbezogenen 157 Beherbergungs- und Gaststättenbetriebe — wobei ausgesprochene Luxushotels und Bars sowie primitive Gaststätten nicht berücksichtigt wurden — verteilen sich auf die Qualitätsstufen wie folgt:

Beherbergungsgewerbe

Gute Hotels	22
Mittlere Hotels	29
Einfache Hotels oder Gasthöfe	19
Hotel-Pensionen	28

Gaststättengewerbe

Gut bürgerliche Gaststätten	28
Einfache Gaststätten	14
Cafés	17

Wie sich bei einem Vergleich mit den Ergebnissen von 1959 bis 1961¹⁾ zeigt, hat sich die Zahl der Berichtsstellen um 17 erhöht. Diese neu hinzugekommenen Betriebe wurden bereits 1963 im Erhebungsprogramm miterfaßt; ihre Ergebnisse konnten aber wegen des notwendigen Preisvergleichs gegenüber dem Vorjahr erst 1964 verwertet werden. Generell ist es ratsam, eine „Reserve“ von Betrieben aller Qualitätsstufen bei den Preiserhebungen mitzuführen, da es häufig vorkommt, daß Berichtsbetriebe aus irgendwelchen Gründen ausfallen, und erstmals in die Befragung einbezogene Betriebe, wie schon erwähnt, wegen des fehlenden Preisvergleichs nicht sofort bei der Verwertung des preisstatistischen Materials berücksichtigt werden können. Durch die Erhöhung der Zahl der Betriebe wurde die Aussagefähigkeit der Ergebnisse verbessert; denn je mehr Betriebe aus dem Beherbergungs- und Gaststättengewerbe erfaßt werden, um so größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß die Durchschnittspreise in den einzelnen Qualitätsstufen, die sich auf Grund der Erhebungen ergeben haben, auch den tatsächlichen Durchschnittspreisen entsprechen. Bei einer größeren Anzahl beeinflußt es auch die Lage des Durchschnittswertes nicht entscheidend, wenn in einer Gruppe ein relativ „billiger“ Betrieb durch einen relativ „teuren“ ersetzt werden muß und umgekehrt. Handelt es sich dagegen nur um wenige Berichtsstellen, so kann sich — je nachdem, was für ein Betrieb ausfällt und wodurch er ersetzt wird — eine deutliche Verschiebung nach oben oder unten bemerkbar machen.

Größte Schwierigkeiten bereitet immer wieder die Einteilung nach Qualitätsstufen²⁾, und zwangsläufig bleibt sie bis zu einem gewissen Grad willkürlich. Mangels besserer Zuordnungsmöglichkeiten wurde in Zweifelsfällen die Preislage als Maßstab herangezogen; da aber die Leistungen qualitativ und quantitativ nicht gleich sind, ist das Preisgefälle nur zum Teil echt.

Preise für Übernachtung und Frühstück

Einen Überblick über die Übernachtungspreise (häufigster Preis) für Ein- und Zweibett-Zimmer und die Frühstückspreise im August 1964 gibt Tabelle 1.

Die Angaben für August 1962 und 1963 sind der Übersicht „Preise für Übernachtung und Frühstück im Beherbergungsgewerbe im August 1962, 1963 und 1964“ auf S. 157 zu entnehmen, die außer den häufigsten Preisen auch jeweils die niedrigsten und höchsten in den einzelnen Betriebsarten angibt. Alle

Tabelle 1

Preise für Übernachtung und Frühstück im August 1964 im Hamburger Beherbergungsgewerbe nach Betriebsarten

Leistungen	Gute Hotels				Mittlere Hotels				Einfache Hotels oder Gasthöfe				Hotel-Pensionen												
	1		2		3		4		1		2		3		4										
Übernachtung, Einbett-Zimmer																									
Grundpreis	in DM	17,61		11,25		8,69		10,56		Bedienungszuschlag	in DM	2,65		1,51		0,97		1,31							
	in %	15,0		13,4		11,2		12,4			in DM	15,0		13,6		11,4		12,4							
Insgesamt	in DM	20,26		12,76		9,66		11,87																	
Übernachtung, Zweibett-Zimmer																									
Grundpreis	in DM	29,91		21,84		16,90		20,31		Bedienungszuschlag	in DM	4,50		2,98		1,92		2,52							
	in %	15,0		13,6		11,4		12,4			in DM	15,0		13,6		11,4		12,4							
Insgesamt	in DM	34,41		24,82		18,82		22,83																	
Frühstück																									
Grundpreis	in DM	3,03		2,68		2,55		2,58		Bedienungszuschlag	in DM	0,38		0,29		0,23		0,29							
	in %	12,5		11,0		9,0		11,1			in DM	12,5		11,0		9,0		11,1							
Insgesamt	in DM	3,41		2,97		2,78		2,87																	

Preisangaben beziehen sich auf Zimmer ohne Bad und ohne Garagenbenutzung. Sie ergaben sich als arithmetische Mittelwerte aus der Verwertung von insgesamt 679 Preisnotierungen. Aus der Erhebung geht hervor, daß der Preis für ein Einbett-Zimmer im August 1964 je nach Qualitätsstufe zwischen 5,— DM und 32,— DM schwankte. Als häufigster Preis errechnete sich ein Durchschnittswert von 12,— DM. Bei den Zweibett-Zimmern war der niedrigste Preis 9,50 DM, der höchste 75,— DM. Der Durchschnitt aller häufigsten Preise lag hier bei 22,— DM.

Vergleicht man die häufigsten Preise der verschiedenen Betriebsarten miteinander, so zeigt sich, daß die Übernachtungspreise für Einbett-Zimmer in den mittleren Hotels und Hotel-Pensionen um etwa 40 vH und in den einfachen Hotels oder Gasthöfen um etwa 50 vH niedriger sind als in den guten Hotels. Die Preisabstufung hat sich damit gegenüber 1961 nicht verändert.³⁾ Die Zweibett-Zimmer in mittleren Hotels und Hotel-Pensionen waren 1964 um rund 30 vH und in einfachen Hotels oder Gasthöfen um rund 40 vH billiger als in guten Hotels.

Bei den Bedienungszuschlägen haben sich gegenüber 1961 kaum Unterschiede ergeben. Gute Hotels berechneten in der Regel 15 % des Übernachtungspreises. Auch die mittleren Hotels verlangten überwiegend diesen Satz. Die Betriebe der übrigen Betriebsarten nannten Bedienungszuschläge, die zwischen 10 und 15 % lagen. Vereinzelt wurde auch in einfachen Hotels, Gasthöfen und Hotel-Pensionen auf Bedienungsgeld verzichtet, wenn es sich um einen Familienbetrieb handelte. Wenn man die Gesamtheit der erfaßten Betriebe betrachtet, so berechneten 68 vH ein Bedienungsgeld von 15 %, 28 vH von 10 % und der Rest stellte keines in Rechnung.

Die Preise für das Frühstück betragen — wie aus der vorangegangenen Tabelle zu entnehmen ist — 2,55 DM in einfachen Hotels oder Gasthöfen und 3,03 DM in guten Hotels. Die übrigen Betriebsarten

¹⁾ Vgl. Hamburg in Zahlen, Januar 1962, S. 15.
²⁾ Vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 12/1959, S. 660 f.
³⁾ Vgl. Hamburg in Zahlen, Januar 1962, S. 16.

berechneten Preise, die sich innerhalb dieser Grenze bewegten. Im allgemeinen war der Frühstückspreis im guten Hotel um rund 14 vH höher als im Durchschnitt der übrigen Kategorien.

Preise für Speisen und Getränke

Die Preise der Speisen und Getränke und ihre Veränderung gehen aus der Übersicht „Durchschnittliche Preise für Speisen“ auf Seite 157 f. bzw. „Durchschnittliche Preise für Getränke“ auf Seite 158 hervor, die die entsprechenden Ergebnisse für August 1962, 1963 und 1964 enthalten. Alle Preisangaben, sowohl für Speisen als auch für Getränke, verstehen sich ohne Bedienungsgeld. Die Durchschnittspreise für die Speisen errechnen sich aus 434 Preisnotierungen. Auch hier wurde die Zahl der erhobenen Preisangaben — ähnlich wie bei Übernachtung und Frühstück sowie bei Getränken — gegenüber 1961 erhöht. Erwartungsgemäß zeigt der Preisvergleich zwischen den verschiedenen Betriebsarten eine deutliche Abstufung.

Am größten ist die Preisspanne bei Rumpsteak und Rindergulasch. Diese Gerichte sind in der einfachen Gaststätte um fast 40 vH billiger als im guten Hotel. Danach folgt das Fischgericht. Am geringsten ist der Preisunterschied, wenn man unter den auf Seite 157 f. aufgeführten Gerichten von der Suppe absieht, beim Schnitzel, das in der einfachen Gaststätte 25 vH weniger kostet als im guten Hotel.

Bei den Bedienungszuschlägen für Speisen macht sich deutlich eine steigende Tendenz bemerkbar. Wenn auch die meisten Betriebe, die zu den Gruppen der guten und mittleren Hotels und der gut bürgerlichen Gaststätten gehören, noch 10 % berechneten, so gab es doch bei den guten und mittleren Hotels eine Reihe von Berichtsbetrieben, die schon 15 % nahmen. Bei den einfachen Hotels oder Gasthöfen und bei den einfachen Gaststätten wurde in der Regel auch ein Bedienungszuschlag von 10 % genommen. Da es hierunter aber eine Reihe von Familienbetrieben gibt, die ohne fremdes Personal arbeiten und kein Bedienungsgeld fordern, lag — je nachdem, wie diese Betriebe anteilmäßig in ihrer Gruppe vertreten sind — der Durchschnittswert mehr oder weniger weit unter 10 %.

Bei der Ermittlung der Getränkepreise wurden 883 Preisnotierungen verwertet, und zwar für Bohnenkaffee, Bier, Brantwein, Wein, Sekt und Apfelsaft. Dabei ergab sich, daß die Preise für Bier vom Faß, weißen Ausschankwein und Flaschenwein sowie Brantwein zwischen den einzelnen Betriebsarten erheblich voneinander abwichen. Bei den übrigen Getränken war die Abweichung geringer. Zur Preisstruktur läßt sich generell sagen, daß die Cafés mit ihren Angeboten auf gleicher Preisstufe wie die mittleren Hotels stehen, zum Teil reichen sie auch an die Preise der guten Hotels heran. Im Durchschnitt kostete eine Tasse Bohnenkaffee mit Milch und Zucker sowohl im Café als auch im guten Hotel 76 Pf.,

und die Flasche Weißwein der unteren Preislage war im Café noch teurer als im guten Hotel.

Für gute und mittlere Hotels sowie für gut bürgerliche Gaststätten wird das Bedienungsgeld für Getränke ebenso berechnet wie für Speisen. Die einfachen Gaststätten fordern in der Regel kein Bedienungsgeld; es handelt sich meistens um Familienbetriebe, die oftmals nur Getränke und kaum Speisen ausgeben, in der Mehrzahl der Fälle ohne Hilfspersonal, so daß sich bei der Berechnung des Bedienungsgeldes ein Durchschnittswert von nur etwa 3,5 % ergab. Bei den Cafés lag der entsprechende Durchschnittswert bei rund 7 %.

Tabelle 2

Preise im Hamburger Beherbergungs- und Gaststättengewerbe (ohne Bedienungszuschlag) im August 1962 bis 1964

Durchschnittspreise in DM

Leistungen	1962	1963	1964
Übernachtung			
Einbett-Zimmer			
häufigster Preis	10,58	11,53	11,88
Zweibett-Zimmer			
häufigster Preis	19,70	21,66	22,03
Frühstück	2,60	2,67	2,70
Speisen			
Tagessuppe	0,72	0,76	0,78
Wiener Schnitzel 1)	5,36	5,65	5,92
Schweinekotelett 1)	4,29	4,62	4,78
Rumpsteak 1)	5,82	6,18	6,50
Rindergulasch 1)	4,03	4,19	4,37
2 Spiegeleier mit Beilage ..	2,06	2,17	2,18
Kabeljau (oder ähnl. Seefisch), gekocht oder gebra- ten, mit Kartoffeln	3,47	3,79	4,10
Getränke			
1 Tasse Bohnenkaffee	0,69	0,70	0,71
1/4 l Bier vom Faß	0,53	0,54	0,55
2 cl deutscher Marken- weinbrand	1,05	1,06	1,07
2 cl Brantwein	0,62	0,64	0,63
1/4 l weißer Ausschankwein ..	1,77	1,80	1,90
1 Fl. Weißwein (0,7 l)	7,04	7,39	7,66

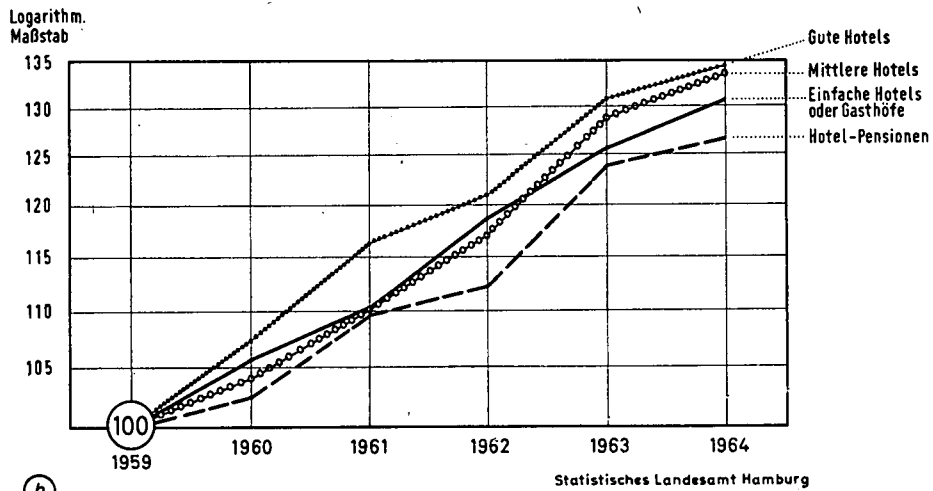
1) Mit Gemüse oder Salatbeilage und Salzkartoffeln.

Die Preisentwicklung in den Jahren 1962, 1963 und 1964

Die Preise für alle Positionen des Erhebungsprogrammes haben sich fast ausnahmslos erhöht; das Ausmaß der Verteuerung wies jedoch erhebliche Abweichungen auf. Wie Tabelle 3 mit den jährlichen Veränderungsquoten seit 1959 zeigt, haben die Übernachtungspreise in den letzten drei Jahren stark angezogen. Die durchschnittliche jährliche Steigerungsrate betrug 6 %, wobei der Preisanstieg in den einzelnen Betriebsarten⁴⁾ unterschiedlich groß war. Auffällig ist, daß der Preisanstieg — fast einheitlich in allen Qualitätsgruppen — 1963 am größten war. Diese Entwicklung dürfte mit der Internationalen Gartenbau-Ausstellung zusammenhängen, die in demselben Jahr in Hamburg stattfand. Die erhöhten Preise konnten wegen verstärkter Nachfrage auch realisiert werden, wobei offen bleiben muß, in welchem Maße Qualitätsverbesserungen, Modernisierungsmaßnahmen und ähnliches eine Rolle spielten. Die Entwicklung der Übernachtungspreise seit Beginn der Erhebungen im Jahre 1959 zeigt auch das Schaubild.

⁴⁾ Angaben über die absoluten Preise in den einzelnen Betriebsarten befinden sich auf Seite 157.

Die Entwicklung der Übernachtungspreise für Einbett-Zimmer in den Jahren 1959 bis 1964 in Hamburg
1959 = 100



(h)

Statistisches Landesamt Hamburg

Tabelle 3

Die prozentuale Veränderung der Preise im Hamburger Beherbergungs- und Gaststättengewerbe 1959 bis 1964

Leistungen	1960	1961	1962	1963	1964	Durchschnittliche jährliche Veränderung von 1959 bis 1964
	1	2	3	4	5	
Übernachtung						
Einbett-Zimmer häufigster Preis ..	+4,8	+6,6	+6,1	+9,0	+3,0	+5,9
Zweibett-Zimmer häufigster Preis ..	+5,5	+5,4	+4,6	+9,9	+1,7	+5,4
Frühstück	+1,2	+2,4	+3,2	+2,7	+1,1	+2,1
Spensen						
Tagessuppe	+4,6	+4,4	+1,4	+5,6	+2,6	+3,7
Wiener Schnitzel ..	+4,5	+3,7	+7,0	+5,4	+4,8	+5,1
Schweinekotelett ..	+4,8	+4,6	+3,9	+7,7	+3,5	+4,9
Rumpsteak	+4,4	+5,0	+6,4	+6,2	+5,2	+5,4
Rindergulasch ...	+7,5	+8,1	+4,4	+4,0	+4,3	+5,7
2 Spiegeleier m. Beilage	+7,6	+6,0	+6,2	+5,3	+0,5	+5,1
Kabeljau (oder ähnl. Seefisch), gekocht oder gebrat., m. Kartoff. ..	+6,2	+3,9	+8,1	+9,2	+8,2	+7,1
Getränke						
1 Tasse Bohnenkaffee	+3,1	+1,5	+1,5	+1,4	+1,4	+1,8
1/4 l Bier vom Faß	+2,0	—	+3,9	+1,9	+1,9	+1,9
2 cl deutscher Markenweinbrand	+2,0	+1,0	+1,9	+1,0	+1,0	+1,4
2 cl Branntwein ..	+1,8	+3,4	+3,3	+3,2	-1,6	+2,0
1/4 l weißer Ausschankwein ..	+1,8	+2,4	+2,9	+1,7	+5,6	+2,9
1 Fl. Weißw. (0,7 l)	+4,0	-0,9	+4,9	+5,0	+3,7	+3,3

⁵⁾ Der Berechnung der durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate liegen hier analog die Augustwerte der einzelnen Jahre zugrunde.

Die Frühstückspreise sind seit 1961 in den erfaßten Betrieben im Durchschnitt pro Jahr um gut 2% gestiegen. Erheblich stärker war gleichzeitig die Verteuerung bei den Speisen. Sie reichte – von Tagessuppen abgesehen – von 4% bei Spiegelei bis 8,5% bei Kabeljau und ähnlichen gleichwertigen Fischgerichten. Unter den erfaßten Getränken stiegen die Preise für Markenweinbrand und Kaffee in den drei Jahren mit einer durchschnittlichen jährlichen Zunahme von rund 1,5% am geringsten, der Preis für Weißwein mit einer durchschnittlichen jährlichen Zunahme von 4,5% stieg am stärksten.

Die Verteuerung im Beherbergungs- und Gaststättengewerbe resultiert teils aus den Preissteigerungen für die von diesen Betrieben eingekauften Güter. Der Hamburger Preisindex für die Gesamtlebenshaltung auf Basis 1950 = 100 erhöhte sich von 1961 bis 1964 um durchschnittlich jährlich 3,3%, darunter die Preise für Nahrungs- und Genußmittel allein um 2,8%⁵⁾. Außerdem ist zu beachten, daß die Lohn- und Gehaltskosten, die im Gastgewerbe eine besondere Rolle spielen, angestiegen sind. Steigende Lohn-tendenzen in anderen Wirtschaftsbereichen übertragen sich angesichts der angespannten Arbeitsmarktsituation auch auf die Beherbergungs- und Gaststättenbetriebe. Bei den unterdurchschnittlichen Rationalisierungsmöglichkeiten in diesem typischen Dienstleistungsbereich wird ein Druck auf die Kosten ausgeübt, der sich in entsprechenden Preissteigerungen niederschlägt.

Marion Großer

**Preise für Übernachtung und Frühstück im Hamburger Beherbergungsgewerbe
im August 1962, 1963 und 1964 — in DM —**

Leistungen	August 1962	August 1963	August 1964	August 1962	August 1963	August 1964
	1	2	3	4	5	6
Übernachtungspreis¹⁾ je Zimmer ohne Bad, Garage und Heizung	Gute Hotels			Einfache Hotels oder Gasthöfe		
Einbett-Zimmer						
häufigster Preis	15,82	17,15	17,61	7,88	8,36	8,69
niedrigster Preis	8,00	8,00	9,00	4,40	6,00	6,00
höchster Preis	30,00	30,00	32,00	12,00	13,00	14,00
Bedienungszuschlag beim häufigsten Preis in DM	2,37	2,60	2,65	0,90	0,94	0,97
in %	15,0	15,2	15,0	11,4	11,2	11,2
Zweibett-Zimmer						
häufigster Preis	27,01	29,79	29,91	15,11	16,44	16,90
niedrigster Preis	18,00	20,00	20,00	7,70	9,90	9,90
höchster Preis	55,00	55,00	75,00	24,00	32,00	30,00
Bedienungszuschlag beim häufigsten Preis in DM	4,05	4,58	4,50	1,76	1,87	1,92
in %	15,0	15,4	15,0	11,6	11,4	11,4
Frühstück¹⁾ bestehend aus 1 Kännchen Bohnenkaffee mit Milch und Zucker, Brot oder Brötchen mit Butter und Marmelade	2,97	3,04	3,03	2,38	2,52	2,55
Bedienungszuschlag in %	12,0	12,5	12,5	9,0	7,9	9,0
Übernachtungspreis¹⁾ je Zimmer ohne Bad, Garage und Heizung	Mittlere Hotels			Hotel - Pensionen		
Einbett-Zimmer						
häufigster Preis	9,85	10,85	11,25	9,36	10,34	10,56
niedrigster Preis	5,00	5,00	5,00	6,00	7,00	6,50
höchster Preis	22,00	22,00	20,00	18,00	16,00	20,00
Bedienungszuschlag beim häufigsten Preis in DM	1,37	1,45	1,51	1,15	1,27	1,31
in %	13,9	13,4	13,4	12,3	12,3	12,4
Zweibett-Zimmer						
häufigster Preis	19,24	21,39	21,84	18,23	19,87	20,31
niedrigster Preis	11,00	14,00	14,00	10,00	12,00	13,00
höchster Preis	36,00	42,00	44,00	30,00	35,00	35,00
Bedienungszuschlag beim häufigsten Preis in DM	2,67	2,91	2,98	2,23	2,43	2,52
in %	13,9	13,6	13,6	12,2	12,2	12,4
Frühstück¹⁾ bestehend aus 1 Kännchen Bohnenkaffee mit Milch und Zucker, Brot oder Brötchen mit Butter und Marmelade	2,59	2,64	2,68	2,49	2,53	2,58
Bedienungszuschlag in %	10,5	10,3	11,0	10,8	11,3	11,1

1) Ohne Bedienungszuschlag.

**Durchschnittliche Preise für Speisen im Hamburger Beherbergungs- und Gaststättengewerbe
im August 1962, 1963 und 1964 — in DM¹⁾ —**

Leistungen Einzelgerichte	August 1962	August 1963	August 1964	August 1962	August 1963	August 1964
	1	2	3	4	5	6
	Gute Hotels			Gut bürgerliche Gaststätten		
Tagessuppe	0,85	0,90	0,90	0,61	0,63	0,65
Wiener Schnitzel	6,30	6,46	6,68	5,03	5,35	5,57
Schweinekotelett	4,96	5,26	5,42	4,01	4,35	4,63
Rumpsteak	6,50	6,95	7,06	5,56	5,87	6,29
Rindergulasch	4,61	4,91	5,16	3,70	3,85	3,95
2 Spiegeleier mit Beilage	2,27	2,44	2,52	2,01	2,16	2,15
Kabeljau (oder ähnl. Seefisch), gekocht mit Sauce und Kartoffeln	3,86	4,31	4,54	3,27	3,48	3,85
Bedienungszuschlag in %	10,2	11,6	11,6	10,0	10,0	10,0

1) Ohne Bedienungszuschlag.

Noch: Durchschnittliche Preise für Speisen im Hamburger Beherbergungs- und Gaststättengewerbe im August 1962, 1963 und 1964 — in DM ¹⁾ —

Leistungen Einzelgerichte	August 1962	August 1963	August 1964	August 1962	August 1963	August 1964
	1	2	3	4	5	6
	Mittlere Hotels			Einfache Gaststätten		
Tagessuppe	0,87	0,92	0,90	0,60	0,66	0,70
Wiener Schnitzel	5,69	6,04	6,22	4,01	4,67	5,01
Schweinekotelett } mit Gemüse oder	4,51	4,85	4,90	3,28	3,79	3,85
Rumpsteak } Salatbeilage und	5,78	6,01	6,45	4,09	4,16	4,37
Rindergulasch } Salzkartoffeln	4,68	4,95	4,93	2,81	2,89	3,22
2 Spiegeleier mit Beilage	2,23	2,30	2,29	1,71	1,73	1,73
Kabeljau (oder ähnl. Seefisch), gekocht mit Sauce und Kartoffeln	4,09	4,48	4,82	2,52	2,74	3,01
Bedienungszuschlag in %	10,0	10,4	10,7	7,5	7,5	7,5
	Einfache Hotels oder Gasthöfe			Alle Betriebsarten²⁾ zusammen		
Tagessuppe	0,68	0,70	0,78	0,72	0,76	0,78
Wiener Schnitzel	4,89	5,06	5,39	5,36	5,65	5,92
Schweinekotelett } mit Gemüse oder	4,25	4,48	4,58	4,29	4,62	4,78
Rumpsteak } Salatbeilage und	6,01	6,62	6,84	5,82	6,18	6,50
Rindergulasch } Salzkartoffeln	3,93	3,85	4,27	4,03	4,19	4,37
2 Spiegeleier mit Beilage	1,85	1,93	1,88	2,06	2,17	2,18
Kabeljau (oder ähnl. Seefisch), gekocht mit Sauce und Kartoffeln	2,93	3,19	3,51	3,47	3,79	4,10
Bedienungszuschlag in %	9,0	9,2	9,2	9,7	10,0	10,1

1) Ohne Bedienungszuschlag. — 2) Arithmetisches Mittel aus sämtlichen Einzelpreisen.

Durchschnittliche Preise für Getränke im Hamburger Beherbergungs- und Gaststättengewerbe im August 1962, 1963 und 1964 — in DM ¹⁾ —

Leistungen Getränke	August 1962	August 1963	August 1964	August 1962	August 1963	August 1964
	1	2	3	4	5	6
	Gute Hotels			Gut bürgerliche Gaststätten		
1 Tasse Bohnenkaffee mit Milch u. Zucker	0,74	0,75	0,76	0,69	0,69	0,71
1/4 l Bier vom Faß	0,74	0,76	0,78	0,51	0,52	0,54
1/4 l Flaschenbier	0,85	0,86	0,88	0,74	0,77	0,81
2 cl Markenweinbrand	1,11	1,13	1,14	1,04	1,04	1,07
2 cl Brantwein	0,73	0,74	0,78	0,58	0,61	0,62
1/4 l weißer Ausschankwein	2,19	2,20	2,27	1,67	1,70	1,77
1 Flasche Weißwein	7,37	7,59	7,95	6,80	6,70	6,71
1 Flasche Sekt	14,97	15,64	16,06	15,26	15,32	14,78
1/4 l Apfelsaft	0,90	0,95	0,99	0,79	0,81	0,84
Bedienungszuschlag in %	10,5	11,6	11,6	9,5	10,0	10,0
	Mittlere Hotels			Einfache Gaststätten		
1 Tasse Bohnenkaffee mit Milch u. Zucker	0,71	0,72	0,73	0,60	0,60	0,61
1/4 l Bier vom Faß	0,58	0,58	0,56	0,48	0,49	0,50
1/4 l Flaschenbier	0,76	0,81	0,79	0,63	0,65	0,67
2 cl Markenweinbrand	1,11	1,13	1,11	0,98	0,99	0,98
2 cl Brantwein	0,63	0,66	0,65	0,54	0,55	0,55
1/4 l weißer Ausschankwein	1,95	2,02	2,20	1,39	1,40	1,39
1 Flasche Weißwein	7,73	8,33	8,85	5,62	5,63	6,41
1 Flasche Sekt	14,77	15,42	15,57	14,17	14,21	14,21
1/4 l Apfelsaft	0,77	0,80	0,79	0,68	0,70	0,69
Bedienungszuschlag in %	10,0	10,2	10,8	3,7	3,5	3,5
	Einfache Hotels oder Gasthöfe			Cafés		
1 Tasse Bohnenkaffee mit Milch u. Zucker	0,65	0,67	0,68	0,74	0,75	0,76
1/4 l Bier vom Faß	0,48	0,50	0,50	—	—	—
1/4 l Flaschenbier	0,66	0,72	0,73	0,74	0,75	0,78
2 cl Markenweinbrand	0,97	1,00	1,01	1,09	1,09	1,12
2 cl Brantwein	0,62	0,62	0,58	0,75	0,74	0,74
1/4 l weißer Ausschankwein	1,37	1,44	1,66	2,17	2,20	2,24
1 Flasche Weißwein	6,72	7,30	7,47	7,48	8,18	8,03
1 Flasche Sekt	12,99	13,37	13,21	16,16	16,29	15,70
1/4 l Apfelsaft	0,71	0,72	0,76	0,81	0,82	0,83
Bedienungszuschlag in %	8,8	7,8	8,3	6,9	6,9	7,4

1) Ohne Bedienungszuschlag und Getränkesteuer (letztere wird in Hamburg nicht erhoben).

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			April 1964	April 1965	März 1965
	1938	1950	1964			
Meteorologische Beobachtungen in Hamburg						
1. Mittelwerte 1)						
Luftdruck, mm	761,7	758,8 ²⁾	763,1 ²⁾	760,7 ²⁾	758,1 ²⁾	762,3 ²⁾
Lufttemperatur, °C	9,3	7,9	9,0	9,5	7,7	3,7
Relative Luftfeuchtigkeit, %	82	82	77	73	78	77
Windstärke 3)			3	3	3	3
Bewölkung 4)	6,7	7,2	7	6	7	6
2. Summenwerte 5)						
Niederschlagsmenge, mm	562,0	857,6	658	55	67	26
Sonnenscheindauer, Std.	1 622,9	1 743,2	1 519	158	108	126
Tage ohne Sonnenschein	88	76	107	5	7	7
Tage mit Niederschlägen	160	221	205	22	25	19
Bevölkerung						
1. Bevölkerungsstand (in 1000) 6)						
Bezirk Hamburg-Mitte	435,8	242,2	289,8	290,3 r	287 p	288 p
Altona	220,3	272,7	266,7	267,3 r	265 p	265 p
Eimsbüttel	244,5	252,0	261,8	260,7 r	264 p	265 p
Hamburg-Nord	424,1	358,9	409,3	410,7 r	405 p	404 p
Wandsbek	166,7	221,9	352,2	350,4 r	357 p	357 p
Bergedorf	52,6	62,4	79,7	79,4 r	81 p	81 p
Harburg	135,7	172,4	197,2	197,2 r	198 p	198 p
Hamburg insgesamt (am Monatsende)	1 679,7	1 602,5	1 856,7	1 856,0 r	1 857 p	1 858 p
dav. männlich	788,8	750,3	860,0	859,0 r	862 p	862 p
weiblich	890,9	852,2	996,7	997,0 r	995 p	996 p
dar. Ausländer 7)	16,6	19,9	56,7	55,7	57,8	57,8
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung						
* Eheschließungen	1 447	1 414	1 537 p	1 582 r	1 670 p	1 551 r
* Eheschließungen auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	10,3	10,7	9,9 p	10,4	10,9 p	9,8
Ehescheidungen	266	434	331 p	342 r	330 p	340 r
* Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern dar. unehelich	2 346	1 448	2 311 p	2 322 r	2 360 p	2 463 r
* Lebendgeborene auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	209	154	161 p	130 r	140 p	153 r
Unehelich Geborene % der Geborenen	16,8	10,9	14,9 p	15,2	15,5 p	15,6
Totgeborene % der Geborenen	9,1	10,8	7,0 p	5,6 r	6,1 p	6,3 r
* Gestorbene Ortsansässige dar. unter 1 Jahr alt	2,1	1,9	1,0 p	1,4 r	0,9 p	1,4
* Gestorbene Ortsansässige 70 und mehr Jahre alt	1 702	1 389	1 986 p	2 053 r	2 250 p	2 618 r
* Gestorbene Ortsansässige auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	118	64	44 p	54 r	35 p	45
* Gestorbene Säuglinge auf 1000 Lebendgeborene 8)	657	631	1 139 p	1 168 r	1 250 p	1 554 r
* Geburtenüberschuß (+) bzw. Sterbeüberschuß (-)	12,2	10,5	12,8 p	13,5 r	14,7 p	16,6
	50,6	43,5	19,0 p	23,3 r	14,8 p	18,9 r
	+ 644	+ 59	+ 325 p	+ 269 r	+ 110 p	- 155 r
3. Wanderungen						
* Zugezogene Personen von außerhalb Hamburgs	8 126	7 661	5 989	8 460 r	7 500 p	5 500 p
* Fortgezogene Personen n. außerh. Hamburgs	7 788	2 174	6 081	7 421 r	7 000 p	5 700 p
* Wanderungsgewinn (+) -verlust (-) dav. männlich	+ 338	+ 5 487	- 92	+ 1 039 r	+ 500 p	- 200 p
weiblich	.	+ 2 533	+ 60	+ 600 r	+ 300 p	- 100 p
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs	.	+ 2 954	- 152	+ 439 r	+ 200 p	- 100 p
	31 889	19 751	14 233	15 610	13 870	14 949
Nach Gebieten						
a) Herkunft						
Schleswig-Holstein	.	2 668	1 525	2 297 r	2 100 p	1 400 p
dar. angrenzende Kreise 9)	.	1 311	798	1 096 r	1 000 p	700 p
Niedersachsen	.	1 854	1 108	1 756 r	1 600 p	1 000 p
dar. angrenzende Kreise 10)	.	567	260	339 r	300 p	300 p
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	.	1 214 ¹¹⁾	1 932	2 824 r	2 500 p	1 700 p
Sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung	.					
Ausland	.	1 072	118	107 r		100 p
Unbekannt	.	485	1 218	1 397 r	1 200 p	1 200 p
	.	368	88	79 r		100 p
b) Ziel						
Schleswig-Holstein	.	718	2 104	2 548 r	2 300 p	1 900 p
dar. angrenzende Kreise 9)	.	457	1 426	1 583 r	1 400 p	1 200 p
Niedersachsen	.	449	1 178	1 548 r	1 400 p	1 100 p
dar. angrenzende Kreise 10)	.	131	466	588 r	500 p	400 p
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	.	764 ¹¹⁾	2 137	2 718 r	2 600 p	2 000 p
Sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung	.					
Ausland	.	89	9	10 r		
Unbekannt	.	142	628	572 r	600 p	700 p
	.	12	25	25 r		

1) Errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — 2) Reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — 3) 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — 4) Bewölkungsgrade: 0 bis 10 (0 = wolkenlos, 10 = volle Bewölkung). — 5) 1938, 1950 und 1964 handelt es sich um Jahreswerte. — 6) Für 1938 und 1950 nach dem Stand der Volkszählungen vom 17. 5. 1939 und 13. 9. 1950. Ab 1962 Fortschreibungsergebnisse auf der Basis der Volkszählung 1961. — 7) Ab 1950 nach den Angaben der Polizei Hamburg. — 8) Berechnet unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung. — 9) Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — 10) Landkreise Harburg und Stade. — 11) Einschl. Sowjetsektor von Berlin.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			April 1964	April 1965	März 1965
	1938	1950	1964			
Gesundheitswesen						
1. Krankenanstalten in Hamburg						
a) Öffentliche Krankenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende 1)	9 464	12 742	11 726	11 707	11 756	11 756
Krankenverpflegungstage	221 711	321 088	276 036	278 078	266 607	296 831
Bettenausnutzung in % 2)	77,1	86,8	82,0	84,2	80,3	86,3
b) Gemeinnützige Krankenanstalten 3)						
Bettenbestand am Monatsende 1)	4 339	4 690	4 487	4 444	4 571	4 571
Krankenverpflegungstage	98 261	126 293	118 507	116 850	119 074	131 813
Bettenausnutzung in % 2)	74,5	88,6	87,0	87,4	86,5	92,5
c) Privatkrankenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende 1)	.	409	674	686	768	698
Krankenverpflegungstage	.	8 983	17 377	17 982	19 023	18 913
Bettenausnutzung in % 2)	.	60,1	82,8	87,9	83,0	85,6
2. Hamburgische Krankenanstalten außerhalb Hamburgs						
a) Öffentliche Krankenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende 1)	189	2 260	885	885	885	885
Krankenverpflegungstage	4 705	61 801	22 025	22 176	21 395	23 444
Bettenausnutzung in % 2)	81,8	91,5	81,7	83,5	81,3	86,2
b) Tbc-Heilstätten						
Bettenbestand am Monatsende 1)	833	1 645	1 117	1 110	1 094	1 110
Krankenverpflegungstage	23 649	48 679	26 643	26 757	26 140	28 076
Bettenausnutzung in % 2)	93,5	97,4	82,4	85,1	85,7	88,3
3. Anstalten für Gelsteskranke						
a) Öffentliche Krankenanstalten in Hamburg						
Bettenbestand am Monatsende	2 898	1 388	1 743	1 743	1 743	1 743
Krankenverpflegungstage	86 354	29 261	49 207	49 214	47 266	49 945
Bettenausnutzung in % 2)	98,0	75,1	93,2	94,1	90,9	92,7
b) Gemeinnützige Krankenanstalten in Hamburg						
Bettenbestand am Monatsende	1 613	1 218	1 291	1 288	1 278	1 278
Krankenverpflegungstage	48 883	36 598	39 742	38 173	37 727	38 986
Bettenausnutzung in % 2)	99,7	98,8	98,4	98,3	98,4	98,4
c) Krankenanstalten außerhalb Hamburgs						
Bettenbestand am Monatsende	—	1 420	1 329	1 276	1 476	1 476
Krankenverpflegungstage	—	35 400	38 630	37 170	43 254	44 679
Bettenausnutzung in % 2)	—	68,4	96,0	96,7	97,7	97,6
4. Gestorbene nach wichtigen Todesursachen						
Gestorbene insgesamt	1 702	1 389	1 986 p	2 053 p	2 250 p	2 618 r
dar. Tuberkulose der Atmungsorgane	82	48	20 p	24	.	24
Krebs	240	285	416 p	381	.	477
Gehirnblutungen	136	172	218 p	254	.	280
Herzkrankheiten	232	269	455 p	443	.	625
Lungenentzündung	103	47	41 p	53	.	95
Freitod	62	50	45 p	59	.	56
Verkehrsunfälle	22	20	42 p	35	.	30
Andere Verunglückungen	48	41	56 p	59	.	72
Kulturpflege						
1. Lichtspieltheater						
Theater	104	104	103	103	101	101
Plätze	66 691	47 891	55 398	55 676	54 235	54 235
Besucher	1 931 580	1 854 754	1 034 669	924 401	1 205 362	961 539
2. Rundfunk und Fernsehen						
Tonrundfunkteilnehmer 4)	361 531	407 741	660 198	659 538	667 596	666 031
Fernsehrundfunkteilnehmer	—	—	414 621	408 890	450 792	448 040
Öffentliche Sozialleistungen						
Soziale Krankenversicherung 5)						
Mitglieder						
dav. Pflichtmitglieder	452 518	694 658	683 058	679 552	675 509	677 203
Rentner		486 742	438 839	436 410	426 066	427 781
Freiwillige Mitglieder	64 028	171 139	173 306	172 936	175 045	175 235
Krankenstand der Pflichtmitglieder insgesamt	15 541	36 777	70 913	70 206	74 398	74 187
dav. männlich	9 091	15 825	26 191	27 859	31 528	33 257
weiblich	6 450	10 123	17 399	18 270	20 820	22 223
dav. weiblich		5 702	8 792	9 589	10 708	11 034
Soziale Rentenversicherung						
Rentenempfänger						
dav. Rentenversicherung der Arbeiter	94 346a)	153 175	311 553	307 121	.	316 790
Rentenversicherung der Angestellten		106 248	206 259	204 780	210 511	210 359
Ausgezählte Renten in DM		46 927	105 294	102 341	.	106 431
dav. Rentenversicherung der Arbeiter		28 880 000	73 950 843	72 915 505	.	94 329 057
Rentenversicherung der Angestellten		18 350 000	41 995 260	41 761 247	46 604 214	53 561 106
		10 530 000	31 955 583	31 154 258		40 767 951

1) Ohne Säuglingsbetten. — 2) Ohne gesperrte Betten. — 3) 1938 einschl. Privatkrankenanstalten. — 4) 1938 und 1950 Postamtsbezirk Hamburg. — 5) Nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse. — 6) Stand 1. 1. 1940.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			April 1964	April 1965	März 1965
	1938	1950	1964			
Arbeitsmarkt						
1. Angebot und Nachfrage						
Arbeitslose	29 908	90 831	4 606	4 959	3 788	4 146
dav. männlich	23 937	56 428	2 992	3 102	2 563	2 927
weiblich	5 971	34 403	1 614	1 857	1 225	1 219
Offene Stellen	31 522	1 789	22 324	21 298	25 887	24 136
dav. männlich	21 009	744	12 049	11 493	12 961	11 525
weiblich	10 513	1 045	10 275	9 805	12 926	12 611
Stellenvermittlung in Beschäftigung über 7 Tage 1)	16 088	21 006	6 233	7 621	5 681	6 730
dav. männlich	11 107	13 007	4 257	5 368	4 146	4 678
weiblich	4 981	7 999	1 976	2 253	1 535	2 052
Stellenvermittlung in Beschäftigung bis zu 7 Tagen	9 175	24 625	17 738	24 102	13 322	13 622
dav. männlich	7 544	23 585	17 080	23 384	12 763	12 927
weiblich	1 631	1 040	658	718	559	695
Arbeitsuchende am Monatsende 2)	35 944	94 886	9 988	10 741	8 489	9 331
dav. männlich	28 215	59 355	6 583	6 975	5 724	6 484
weiblich	7 729	35 531	3 405	3 766	2 765	2 847
2. Die Arbeitslosen						
Berufsgruppen insgesamt	29 908	90 831	4 606	4 959	3 788	4 146
dar. Bauberufe	.	6 710 ³⁾	177	113	88	172
Metallerzeuger und -verarbeiter	.	6 766 ³⁾	69	83	65	66
Elektriker	.	1 627 ³⁾	33	38	30	36
Chemiewerker	.	1 879 ³⁾	75	89	77	69
Holzverarbeiter und zugehörige Berufe	.	1 596 ³⁾	28	33	28	40
Graphische Berufe	.	690 ³⁾	50	55	49	47
Lederhersteller, Leder- und Fellverarb.	.	1 180 ³⁾	12	14	7	12
Nahrungs- und Genußmittelhersteller	.	6 623 ³⁾	110	130	87	103
Kaufmännische Berufe	.	8 598 ³⁾	468	521	402	366
Verkehrsberufe	.	8 787 ³⁾	433	480	342	371
Verwaltungs- und Büroberufe	.	5 807 ³⁾	1 096	1 121	889	889
Künstlerische Berufe	.	2 260 ³⁾	199	211	217	220
Bauwirtschaft und Wohnungswesen						
1. Baugenehmigungen						
Wohnbauten						
Wohngebäude	.	469	315	238	275	273
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	642	464	350	440	338
Wohnungen	.	2 540	1 413	998	1 395	877
Bruttowohnfläche in 1000 qm	.	128	98	73	93	69
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	22 029	52 864	39 448	50 984	40 561
Nichtwohnbauten						
Nichtwohngebäude	.	185	129	149	108	80
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	233	346	329	400	223
Nutzfläche in 1000 qm	.	.	67	74	87	52
Wohnungen	.	20	19	26	20	8
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	6 403	31 662	26 581	48 935	23 504
2. Baubeginne						
Wohnbauten						
Wohngebäude	.	516	328	212	242	184
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	.	514	348	336	185
Wohnungen	.	2 206	1 562	1 080	1 159	525
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	.	55 791	40 152	39 819	22 018
Nichtwohnbauten						
Nichtwohngebäude	.	237	117	131	75	54
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	.	361	299	316	208
Wohnungen	.	.	24	28	30	24
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	.	35 120	20 162	38 979	26 891
3. Baufertigstellungen						
Wohnbauten						
Wohngebäude	188	395	294	217	159	122
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	482	430	370	273	213
Wohnungen	.	2 096	1 377	1 122	944	731
Bruttowohnfläche in 1000 qm	.	107	90	73	57	46
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	19 250	45 652	34 642	31 893	25 500
Nichtwohnbauten						
Nichtwohngebäude	26	137	120	64	48	33
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	144	308	227	219	58
Wohnungen	.	26	19	7	3	7
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	3 069	29 208	22 536	21 607	7 094

1) Durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. — 2) Arbeitslose einschl. derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — 3) Durchschnitt aus April—Dezember 1950.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			April 1964	April 1965	März 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen Baufertigstellungen Wohnungen Wohnungen insgesamt 1) dar. mit öffentlichen Mitteln gefördert Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	706	2 122	1 396	1 129	947	738
		1 526	1 018	953	723	598
		6 575	5 200	4 313	3 188	2 575
4. Bauüberhang (am Ende des Berichtszeitraumes 2) im Bau befindliche Wohnungen Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen		17 089	19 318	18 600	18 900	18 700
		8 412	5 757	8 200	7 300	7 000
5. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen 3) (in 1000) Bestand an Wohngebäuden Bestand an Wohnungen Bestand an Wohnräumen über 6 qm (einschl. Küchen)		96	166	165	168	169
		310	610	607	622	622
		1 197	2 222	2 211	2 270	2 267
6. Wohnraumbewirtschaftung Erstvergabe von bewirtschafteten Wohnungen a) für Wohnungssuchende mit hoher Dringlichkeit und für Sonderfälle b) für Wohnungssuchende mit Anspruch aus §§ 77–80 II. WoBauG. c) für die Umschichtung Wiedervergaben, Wohnungen Erstmalig bezogene unbewirtschaftete Wohnungen	—	650	442	494	372	201
	—	830	502	396	300	370
	—	—	74	63	51	27
	—	452	831	1 142	968	1 176
	—	678	344	151	190	106
7. Bauberichterstattung 4) * Zahl der Beschäftigten dar. Inhaber Angestellte Arbeiter 5) * Löhne in 1000 DM (Bruttosumme) * Gehälter in 1000 DM (Bruttosumme) * Umsatz in 1000 DM dav. im Wohnungsbau gewerbl. und Industr. Bau öffentlichen und Verkehrsbau * Geleistete Arbeitsstunden in 1000 dav. für Wohnungsbauten gewerbl. und Industr. Bauten öffentliche und Verkehrsbauten		34 741	50 514	51 008 r	49 257 p	48 126
		2 049	1 401	1 409 r	1 369 p	1 394
		2 010	4 598	4 595 r	4 642 p	4 638
		30 682	44 385	44 874 r	43 246 p	41 977
		9 199	43 278	46 749 r	48 281 p	34 915
		868	5 334	5 092 r	5 445 p	5 482
		24 653	120 020	106 976 r	111 216 p	95 428
			41 082	34 407 r	44 785 p	32 911
			27 062	27 474 r	25 694 p	24 254
			51 876	45 095 r	40 737 p	38 263
		5 813	7 326	8 054 r	7 521 p	6 053
		2 930	2 476	2 700 r	2 650 p	2 054
		1 517	1 657	1 739 r	1 752 p	1 556
		1 317	3 193	3 615 r	3 119 p	2 443
Preise und Indexziffern						
1. Durchschnittspreise am Hamburger Viehmarkt für 100 kg Lebendgewicht (in RM/DM) Ochs, vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes Kühe, sonstige vollfleischige Kälber, mittlere Mast- und Saugkälber Schweine, von 100–119,5 kg Lebendgewicht Schafe, mittlere Mastlämmer und Hammel	87,60 75,20 114,00 101,80 81,40	151,60 125,40 182,60 235,00 123,80	270,50 213,60 345,80 255,00 209,50	269,10 209,80 335,40 228,50 231,80	299,80 243,00 401,30 244,30 239,00	299,10 233,70 385,00 242,20 229,40
2. Durchschnittspreise für Fleisch 6) 1. Qualität für 100 kg (in RM/DM) Rindfleisch von Ochs und Färsen, beste Qualität Kalbfleisch, beste Qualität Hammelfleisch, beste Qualität Schweinefleisch, aus hiesigen Schlachtungen	153,00 189,40 185,60 140,80	263,00 349,00 254,00 357,00	499,20 643,90 520,90 362,80	495,50 620,00 605,00 336,50	557,50 718,80 686,30 346,30	555,00 688,00 628,50 345,50
3. Preisindexziffern für die Lebenshaltung — Mittlere Verbrauchergruppe — Wägungsschema 1950 Ernährung Getränke und Tabakwaren Wohnung Heizung und Beleuchtung Hausrat Bekleidung Reinigung und Körperpflege Bildung und Unterhaltung Verkehr Ernährung einschl. Getränke und Tabakwaren Lebenshaltung ohne Miete Gesamtlebenshaltung	63,0 34,6 97,5 66,0 53,9 47,9 58,7 73,9 65,0 59,3 59,0	100 100 100 100 100 100 100 100 100 100 100	145,7 86,0 167,2 155,9 127,9 113,4 131,3 172,7 163,5 137,8 138,4	145,9 85,4 166,7 155,6 127,0 113,2 129,3 172,4 163,5 138,0 138,2	150,6 86,4 169,4 157,4 130,9 114,8 139,4 176,8 164,2 142,2 142,1	148,8 86,4 169,0 158,8 130,7 114,7 139,4 174,4 163,7 140,6 141,1
	(1950 = 100)	100	140,8	140,6	144,3	143,3
	(1938 = 100)	100	159,3	224,1	230,0	228,4

1) Einschl. Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind (im Berichtsmonat 34 Wohnungen). — 2) Für die Jahre 1950 und 1964 wurde an Stelle des Monatsdurchschnitts jeweils der Stand vom 31. 12. angegeben. — 3) Fortschreibung der bei der Gebäudenzählung 1961 ermittelten Gebäude und Wohnungen (Begriffserläuterungen siehe März-Heft 1963, S. 58/59); für 1950 Stand am Zählungstichtag („Normalwohnungen“ ohne 26 689 Wohnungen in Behelfsheimen über 30 qm). — 4) Nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — 5) Einschließlich Umschüler und Lehrlinge. — 6) Beim Verkauf der Großschlächter an die Ladenschlächter.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			April 1964	April 1965	März 1965
	1936 ¹⁾	1950	1964			
Industrie und Handwerk						
1. Industrie ²⁾						
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)		2 130	1 746	1 749	1 717	1 720
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	145 200	140 867	219 807	220 262	221 000	219 065
dar. Arbeiter einschl. gewerbl. Lehrlinge		111 760	154 140	154 866	153 238	152 236
* Geleistete Arbeiterstunden in 1000 ³⁾		21 399	25 454	26 631	25 549	26 127
* Bruttosumme der Gehälter in 1000 DM		11 369	67 058	63 651	72 685	69 447
* Bruttosumme der Löhne in 1000 DM		28 356	110 408	106 744	115 492	113 009
* Umsatzwerte in 1000 RM/DM ⁴⁾	154 200	333 013	1 243 771	1 285 229	1 224 148	1 339 998
dar. nach dem Ausland in 1000 DM		12 845	148 828	122 854	130 851	151 715
* Brennstoffverbrauch in Steinkohlenwert ⁵⁾ t		52 913	14 072	15 031	14 472	16 241
* Heizölverbrauch in t			57 692	55 147	77 294	65 689
* Stromerzeugung in 1000 kWh		5 925	16 820	15 840	15 691	17 649
* Stromverbrauch in 1000 kWh		34 341	107 008	107 029	109 899	121 032
* Gasverbrauch in 1000 cbm			6 709	7 103	6 462	8 246
* Beschäftigte nach Industriegruppen insgesamt	145 200	140 867	219 807	220 262	221 000	219 065
dar. Mineralölverarbeitung	4 000	4 371	8 612	8 688	8 703	8 591
NE-Metallindustrie	1 900	2 509	2 800	2 842	2 876	2 839
Chemische Industrie	8 200 ⁶⁾	10 439	17 322	17 328	17 278	17 459
Gummi und Asbest	9 200	10 380	12 249	12 337	12 286	12 246
Maschinenbau	12 400	16 409	29 173	29 514	29 679	29 088
Schiffbau	26 500	12 559	22 921	23 311	22 360	22 135
Elektroindustrie	5 400	10 785	28 624	28 612	29 643	29 206
Druck und Vervielfältigung	7 800 ⁷⁾	6 721	12 821	12 764	12 934	12 710
Olmühlenindustrie			2 511	2 490	2 488	2 485
Margarineindustrie	5 400	4 628	3 335	3 293	3 265	3 253
Kaffee und Tee		721	3 736	3 529	3 801	3 866
Tabakverarbeitung	2 700	2 762	3 099	3 110	3 028	2 998
Umsatz nach Industriegruppen insgesamt in 1000 RM/DM	154 200	333 013	1 243 771	1 285 229	1 224 148	1 339 998
dar. Mineralölverarbeitung	12 800	32 925	218 806	215 494	199 085	212 191
NE-Metallindustrie	9 700	15 005	53 109	52 167	65 714	61 263
Chemische Industrie	12 900 ⁶⁾	25 296	91 078	104 815	106 225	103 615
Gummi und Asbest	4 600	13 990	41 804	45 843	45 586	46 625
Maschinenbau	9 400	16 234	76 569	74 738	73 001	80 911
Schiffbau	14 400	7 633	72 510	87 897	16 439	70 018
Elektroindustrie	4 400	10 463	134 655	131 163	125 572	153 147
Druck und Vervielfältigung	4 500 ⁷⁾	7 748	37 167	36 880	41 784	42 350
Olmühlenindustrie			48 328	51 480	53 466	52 127
Margarineindustrie	21 500	41 967	23 416	24 254	32 379	22 061
Kaffee und Tee		4 298	71 966	70 009	80 021	78 719
Tabakverarbeitung	12 000	55 911	104 038	105 032	104 005	109 476
2. Öffentliche Energieversorgung						
Wasserförderung in 1000 cbm	5 737 ⁸⁾	8 282	10 842	10 741	10 526	11 162
* Gaserzeugung in 1000 Ncbm auf Kohlen- und Raffineriebasis (brutto)	18 767 ⁹⁾	20 935	40 193	38 216	41 745	53 947
* Stromerzeugung in 1000 kWh (brutto)	40 210 ⁹⁾	125 855	427 146	413 292	428 106	488 025
Vierteljahresdurchschnitt						
	1961	1962	1964	1. Vierteljahr 1964	1. Vierteljahr 1965	4. Vierteljahr 1964
* Beschäftigte (Ende des Vj.) (Mai 1956 = 100)	102,2	98,7	98,7	97,2	94,9	97,5
* Umsatz (Vj.-Ø 1955 = 100)	191,4	197,5	222,1	192,3	204,8	256,7
dar. Handwerksumsatz (Vj.-Ø 1955 = 100)	174,7	180,8	206,3	175,7	187,1	240,2
Versorgung mit Nahrungsmitteln						
1. Milcherzeugung						
* Kuhmilcherzeugung in 1000 kg	2 618	2 285	1 975	2 374	2 492	2 300
* Milchlieferung an Molkereien in 1000 kg	1 597	1 946	1 661	1 970	2 216	1 994
in % der Gesamterzeugung	61,0	85,2	84,1	83,0	88,9	86,7
* Milchleistung je Kuh und Tag in kg	8,6	8,3	10,9	13,3	13,8	12,3
2. Trinkmilchabsatz an Verbraucher durch Molkereien						
Vollmilch insgesamt in 1000 kg		10 709	10 330	11 063		10 433
dav. lose in 1000 kg			4 129	4 594		3 810
in Flaschen in 1000 kg			6 201	6 469		6 623
Mager- und Buttermilch in 1000 kg		1 186	448	535		281
3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandstiere)						
Rinder	6 580	4 980	8 884	7 929	6 454	7 316
Kälber	3 884	3 699	3 293	3 364	2 689	3 138
Schweine	24 847	19 784	46 143	49 131	48 235	59 929
Schafe	4 265	5 681	3 126	2 891	3 177	2 666
4. Schlachtungen (Inlandstiere)						
* Rinder (ohne Kälber) ¹²⁾	8 075	3 363	7 810	7 867	6 318	5 936
* Kälber ¹²⁾	5 588	4 065	3 193	3 535	2 714	3 038
* Schweine insgesamt	40 186	21 165	47 856	55 118	51 262	62 373
dar. Hausschlachtungen		1 455	457	108	118	298
* Gesamtschlachtgewicht in 1000 kg ¹³⁾	6 467	3 220	6 430	7 141	6 363	7 251
dar. Rinder (ohne Kälber) in 1000 kg	1 989	836	1 873	1 900	1 577	1 477
Schweine in 1000 kg	3 878	1 882	4 196	4 868	4 444	5 394
Durchschnittliches Schlachtgewicht für Rinder in kg	246,3	248,7	239,9	241,5	249,6	248,8
für Kälber in kg	57,2	43,2	66,2	65,0	74,6	74,1
für Schweine in kg	96,5	95,5	88,5	88,5	86,9	86,9

1) Zahlen für die Industrie nach dem heutigen Gebietsstand, teilweise geschätzt. — 2) Es sind hierbei die hamburgischen Industriebetriebe mit 10 und mehr Beschäftigten berücksichtigt (ohne Betriebe der Bauindustrie und Energiewirtschaft). — 3) Einschl. Lehrlingsstunden. — 4) Einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — 5) 1 t SKE = 1 t Steinkohle, = 1 t Steinkohlenkoks, = 3 t Rohbraunkohle, = 1,5 t Braunkohlenbriketts, Braunkohlenkoks. — 6) 1936 = einschl. Kunststoffverarbeitende Industrie. — 7) 1936 = einschl. Papierverarbeitung. — 8) Rechnungsjahr 1935/36 einschl. Cuxhaven. — 9) Rechnungsjahr 1935/36. — 10) Bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — 11) Nach den Ergebnissen der vierteljährlichen repräsentativen Handwerksberichterstattung. — 12) Gewerbliche Schlachtungen. — 13) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			April 1964	April 1965	März 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Versorgung mit Nahrungsmitteln						
5. Obst- und Gemüsemarkt (Großmarkt Hamburg)						
Obstzufuhr aus dem Inland in 1000 kg	1 749	3 815	4 125	1 790	1 880	3 468
Obstzufuhr aus dem Ausland in 1000 kg	4 337	2 571	15 495	11 488	17 208	16 921
Gemüsezufuhr aus dem Inland in 1000 kg	6 351	4 956	6 560	3 997	3 642	4 188
Gemüsezufuhr aus dem Ausland in 1000 kg	264	926	5 343	8 425	8 284	6 553
6. Fischmarkt						
Versteigerte Mengen insgesamt in 1000 kg	12 241	6 044	2 162	2 480	2 401	2 308
dar. in Hmb. angelandete Fische in 1000 kg	12 119	6 016	1 780	1 990	1 853	1 712
Handel und Gastgewerbe						
1. Index der Einzelhandelsumsätze (1954 = 100)						
Einzelhandel aller Betriebsformen	.	.	200	201	227	213
dav Nahrungs- und Genußmittel	.	.	195	195	230	210
dar. Lebensmittel aller Art	.	.	188	188	236	215
Obst, Gemüse, Südfrüchte	.	.	177	182	188	168
Fische und Fischwaren	.	.	204	203	214	207
Milch und Milcherzeugnisse	.	.	173	178	192	181
Schokolade und Süßwaren	.	.	137	127	171	131
Tabakwaren	.	.	182	176	192	187
Bekleidung, Wäsche, Schuhe	.	.	186	186	215	186
dar. Textilien aller Art	.	.	234	213	243	220
Wirk-, Strick- und Kurzwaren	.	.	196	193	216	176
Oberbekleidung	.	.	151	165	221	176
Schuhwaren	.	.	186	220	225	180
Hausrat und Wohnbedarf	.	.	221	206	235	252
dar. Eisenwaren und Küchengeräte	.	.	184	182	186	174
Porzellan und Glaswaren	.	.	206	173	248	242
Beleuchtungs- u. Elektrogeräte	.	.	254	249	232	308
Rundfunk-, Fernseh- und Phonoartikel	.	.	369	295	368	406
Möbel	.	.	155	147	189	202
Teppiche, Gardinen usw.	.	.	139	137	157	164
Sonstige Waren	.	.	214	223	229	231
dar. Bücher	.	.	241	242	245	240
Papier- und Schreibwaren	.	.	187	189	192	205
Galanterie- und Lederwaren	.	.	159	134	147	143
Apotheken	.	.	187	191	213	218
Drogerien	.	.	219	238	241	226
Foto und Optik	.	.	211	200	208	197
Büromaschinen und Büromöbel	.	.	168	154	167	208
Fahrräder, Krafträder u. Zubehör	.	.	180	201	233	165
Kraftwagen und Zubehör	.	.	253	303	350	337
Uhren, Gold- und Silberwaren	.	.	208	144	198	189
Blumen und Sämereien	.	.	268	310	355	323
Brennmaterial	.	.	167	164	136	184
2. Umsatz-Index des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes (1962 = 100)						
Gastgewerbe insgesamt	.	.	95	90	108	107
Beherbergungsgewerbe zusammen	.	.	117	111	117	114
dav. Hotels	.	.	119	114	119	116
Gasthöfe	.	.	114	110	106	113
Fremdenheime und Pensionen	.	.	110	93	112	99
Schankgewerbe zusammen	.	.	89	85	106	105
dav. Gast- und Speisewirtschaften	.	.	85	83	103	104
Bahnhofswirtschaften	.	.	101	92	101	96
Cafés	.	.	105	93	101	86
Bars, Tanz- und Vergnügungsbetriebe	.	.	100	92		123
3. Fremdenverkehr 1) 2)						
* Zahl der gemeldeten Fremden	81 041	48 229	115 127	107 775	122 525	98 242
* dar. Ausländer	11 283	10 303	40 832	36 931	42 334	25 105
* Zahl der Übernachtungen	180 185	103 109	226 553	214 877	236 837	200 911
* dar. Ausländer	27 491	22 805	79 016	69 893	78 322	53 557
Bettenausnutzung % der höchstmöglichen Belegung nach dem Bettenstand vom 1. April des jeweiligen Jahres	46	55	55	55	57	47
4. Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost (in Mio DM) 3)						
Bezüge Hamburgs	.	5	7	7	8	8
Lieferungen Hamburgs	.	3	10	9	10	7
5. Handel mit Berlin (West) (in Mio DM) 4)						
* Bezüge Hamburgs	.	9	105	100	111	122
* Lieferungen Hamburgs	.	37	132	140	140	148

1) Ohne Helme, Jugendherbergen, Massenquartiere und Privatquartiere. — 2) 1938 einschl. der Hospize, Herbergen und ähnlicher Vereinshäuser.
3) Quelle: Statistisches Bundesamt.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			April 1964	April 1965	März 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Handel und Gastgewerbe						
6. Ausfuhr in Hamburg hergestellter Waren (in Mio DM)						
Insgesamt	.	26	175	160	300 p	282
dav. nach Warengruppen
Ernährungswirtschaft	.	1	15	16	25 p	21
Gewerbliche Wirtschaft	.	25	160	144	275 p	261
dav. Rohstoffe	.	1	3	2	2 p	2
Halbwaren	.	12	37	30	73 p	67
Fertigwaren	.	12	120	112	200 p	192
dav. Vorerzeugnisse	.	2	9	10	20 p	12
Enderzeugnisse	.	10	111	102	180 p	180
dav. nach ausgewählten Verbrauchsgebieten
Europa	.	.	118	117	.	216
dar. EWG-Länder	.	.	47	48	.	118
EFTA-Länder	.	.	52	54	.	77
Afrika	.	.	13	6	.	12
Amerika	.	.	24	18	.	31
dav. Nordamerika	.	.	11	9	.	13
dar. USA	.	.	10	8	.	10
Mittelamerika	.	.	4	2	.	3
Südamerika	.	.	9	7	.	15
Asien	.	.	17	18	.	16
Australien und Ozeanien	.	.	3	1	.	7
7. Deutscher Außenhandelsverkehr über Hamburg						
1936						
Wareneinfuhr (in 1000 t)	648	464	1 818	1 860	.	2 000 p
Warengruppen:
dar. Ernährungswirtschaft	161	185	392	447	.	500 p
Gewerbliche Wirtschaft	487	278	1 426	1 413	.	1 500 p
dav. Rohstoffe und Halbwaren	480	272	1 362	1 352	.	1 420 p
Fertigwaren	7	6	64	61	.	80 p
Ländergruppen:
dar. Europa	319	134	376	418	.	.
dav. EWG-Länder	29	32	.	138	.	.
EFTA-Länder	179	75	.	144	.	.
Sonstige Länder	111	27	.	136	.	.
Außereuropa	329	330	1 818	1 442	.	.
dav. Amerika	214	150	602	613	.	.
dav. Nordamerika	77	73	.	363	.	.
Mittelamerika	83	25	.	18	.	.
Südamerika	54	52	.	232	.	.
Afrika	48	60	282	312	.	.
Asien	64	118	539	505	.	.
Australien und Ozeanien	3	2	19	12	.	.
Warenausfuhr (in 1000 t)	168	216	350	356	.	430 p
Warengruppen:
dar. Ernährungswirtschaft	12	4	62	56	.	80 p
Gewerbliche Wirtschaft	156	212	288	300	.	350 p
dav. Rohstoffe	84	16	31	15	.	20 p
Halbwaren	72	160	140	165	.	190 p
Fertigwaren	.	36	117	120	.	140 p
dav. Vorerzeugnisse	.	17	37	35	.	40 p
Enderzeugnisse	.	19	80	85	.	100 p
Ländergruppen:
dar. Europa	80	153	179	204	.	.
dav. EWG-Länder	13	4	13	19	.	.
EFTA-Länder	44	125	136	160	.	.
Sonstige Länder	23	24	30	25	.	.
Außereuropa	88	58	147	144	.	.
dav. Amerika	45	38	59	54	.	.
dav. Nordamerika	18	17	31	28	.	.
dar. USA	13	12	26	23	.	.
Mittelamerika	7	5	10	10	.	.
Südamerika	20	16	18	16	.	.
Afrika	11	8	36	34	.	.
Asien	30	8	47	51	.	.
Australien und Ozeanien	2	4	5	5	.	.
Verkehr						
1938						
1. Seeschifffahrt						
a) Schiffsverkehr zur See
Angekommene Schiffe	1 512	955	1 677	1 806	1 650 p	1 683
dar. deutsche Schiffe	1 027	526	955	1 068	920 p	942
Abgegangene Schiffe	1 610	1 017	1 803	2 070	1 780 p	1 811
dar. deutsche Schiffe	1 118	591	1 077	1 283	1 000 p	1 053
Raumgehalt der angekommenen Schiffe
in 1000 NRT	1 714	937	2 955	2 999	2 750 p	2 857
dar. deutsche Schiffe	873	128	762	785	700 p	753
Raumgehalt der abgegangenen Schiffe
in 1000 NRT	1 712	936	2 960	3 193	2 760 p	2 884
dar. deutsche Schiffe	875	135	781	821	690 p	742

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			April 1964	April 1965	März 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Verkehr						
Seeschifffahrt						
b) Linienschifffahrt (Linien) 1)	184	176	262	261	262 p	262
dav. Europa	102	84	79	77	77 p	77
Außereuropa	82	92	183	184	185 p	185
Reisen (Abfahrten)	728	319	746	802	780 p	795
dar. nach Europäischem Ausland	383	159	304	325	340 p	345
Amerika	72	54	170	193	155 p	158
Afrika	37	18	105	124	120 p	120
Asien	33	23	91	94	101 p	101
Australien	7	4	15	16	16 p	18
c) Personenverkehr über See						
Ausreisende insgesamt	6 744	870	1 920	1 301	1 150 p	830 r
dar. nach Häfen in						
Nord-Europa			347	87	75 p	92 r
(einschl. Ostseegebiet)						
West-Europa			419	314	300 p	247 r
(einschl. Großbritannien			557	489	420 p	98 r
und Irland)			290	220	300 p	198 r
Nordamerika	2 882	446	557	489	420 p	98 r
Südamerika	1 286	231	290	220	300 p	198 r
Einreisende insgesamt	5 373	333	1 532	1 294	1 300 p	662 r
dar. von Häfen in						
Nord-Europa			128	31	70 p	114 r
(einschl. Ostseegebiet)						
West-Europa			405	261	240 p	281 r
(einschl. Großbritannien			558	616	550 p	12 r
und Irland)			295	278	380 p	135 r
Nordamerika	2 057	171	558	616	550 p	12 r
Südamerika	882	30	295	278	380 p	135 r
d) Güterverkehr zur See (in 1000 t brutto)	2 147	919	2 951	2 947	2 780 p	2 975 r
dav. Empfang	1 521	620	2 224	2 194	2 108 p	2 266 r
dav. Massengut	980	429	1 678	1 590	1 471 p	1 660
dar. Mineralöle	307	162	976	863	800 p	982
Kohle	262	113	215	183		121
Getreide	133	70	227	314		166
Sackgut			101	132	127 p	103
Stückgut	541	191	445	472	510 p	503
dav. nach Verkehrsbezirken:						
Inland	110	110	42	55		35
Europäisches Ausland	520	159	458	475		505
Außereuropa	891	351	1 724	1 664		1 266
dar. Nahost und						
Persischer Golf		128	485	519		518
Vereinigte Staaten						
von Amerika	171	78	373	286		318
Versand	626	299	727	753	672 p	709 r
dav. Massengut	205	144	307	310	253 p	281
Sackgut			72	46	79 p	70
Stückgut	421	155	348	397	340 p	358
dav. nach Verkehrsbezirken:						
Inland	149	32	105	91		67
Europäisches Ausland	302	170	324	370		324
Außereuropa	175	97	298	292		318
2. Binnenschifffahrt						
a) Schiffsverkehr auf Binnenwasserstraßen						
Angekommene Schiffe	2 674	1 716	2 291	2 631	2 232	2 189
Abgegangene Schiffe	2 560	1 677	2 165	2 484	2 213	2 054
Tragfähig. der angek. Schiffe in 1000 t	879	362	739	824	744	738
Tragfähig. der abgeg. Schiffe in 1000 t	845	344	703	776	737	717
b) Güterverkehr auf Binnenwasserstraßen						
Eingang (in 1000 t)	318	151	292	395	350	335
dar. Bundesrepublik	77	101	261	351	301	271
dav. Niederrhein	24	32	64	83	58	73
Oberelbe bis Zonengrenze	53	62	175	211	210	151
Mittellandkanal	0	7	22	57	33	47
Berlin (West)	7	25	9	11	12	15
Sowjetische Besatzungszone	155	3	7	10	17	25
Tschechoslowakei	42	22	15	23	20	24
Ausgang (in 1000 t)	504	121	285	336	299	296
dar. Bundesrepublik	59	81	166	152	195	183
dav. Niederrhein	49	48	129	113	150	146
Oberelbe bis Zonengrenze	10	32	27	28	18	14
Mittellandkanal	0	1	10	11	27	23
Berlin (West)	29	28	65	76	54	52
Sowjetische Besatzungszone	268	2	31	56	18	25
Tschechoslowakei	34	10	23	52	32	36
3. Flugverkehr (gewerblicher Verkehr)						
Gelandete Flugzeuge	351	491	1 940	1 935		
Gestartete Flugzeuge	352	491	1 947	1 940		
Angekommene Fluggäste	1 818	4 993	59 300	54 219		
dar. aus dem Ausland			19 195	18 717		
Abgereiste Fluggäste	1 812	4 203	59 828	53 774		
dar. nach dem Ausland			19 323	18 431		
Angekommene Fracht in t	22,8	186,8	533	498		
dar. aus dem Ausland						
Abgegangene Fracht in t	20,3	58,7	486	456		
dar. nach dem Ausland						
Angekommene Post in t	9,0	35,6	179	184		
Abgegangene Post in t	5,6	15,8	211	217		
4. Bundesbahnverkehr						
Güterempfang in 1000 t (öffentlicher Verkehr)		416,9		543		
Güterversand in 1000 t (öffentlicher Verkehr)		246,8		543		
Gestellte Güterwagen		31 414	48 699	48 536	36 706	46 795

1) Stand Ende des Jahres bzw. Monats.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			April 1964	April 1965	März 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Verkehr						
5. Personenverkehr Hamburger Verkehrsmittel						
Beförderte Personen (in ·1000)						
Stadtbahn (S-Bahn)	7 939	11 064	9 718	9 123	8 890	9 649
Hoch- und U-Bahn (einschl. W-Bahn)	6 571	11 752	13 690	14 710	13 479	13 855
Straßenbahn	13 799	23 498	10 533	11 180	10 047	10 535
Kraftomnibusse der HHA 1) 2)	1 083	2 028	9 101	9 134	9 621	10 095
Alsterdampfer	281	337	153	153	159	94
Schiffe der Hafendampfschiffahrt AG.	1 339	1 362	1 244	1 122		
Kraftomnibusse der VHH AG. 2) 3)	373	786	573	551	642	688
Kraftomnibusse der Deutschen Bundespost	.	.	19	21	19	18
Kraftomnibusse der Deutschen Bundesbahn	.	.	379	357	399	416
Private Kraftomnibusse 2)	.	200	290	277		
6. Kraftfahrzeuge						
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtig- ung (im Verkehr befindlich) insgesamt 4)	82 080	59 100	323 460	310 195		331 077
dar. Personenkraftwagen 5)	39 260	25 948	280 404	266 173		288 149
b) Zulassungen von fabrikneuen Kraftfahrzeugen insgesamt	928	1 177	4 567	6 617		
dar. Krafräder	232	221	17	22		
Personenkraftwagen	501	644	3 694	5 427		
Kombinationskraftwagen	—	—	412	568		
Lastkraftwagen	179	288	363	474		
7. Straßenverkehrsunfälle						
Zahl der Verkehrsunfälle	865	1 058	2 341	2 345	2 350	2 182
dav. mit Personenschaden 6)	459	426	918	995 r	848	700
mit nur Sachschaden	406	632	1 424	1 350 r	1 502	1 482
Getötete Personen	8	12	30	28	19	13
Verletzte Personen	517	483	1 184	1 298	1 084	891
Geld und Kredit						
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbanken)						
(Beträge in Mio DM)						
a) Kredite der Kreditinstitute 7)						
Kredite an Nichtkreditinst. am Monatsende		1 556,1	11 856,1	11 647,8	13 136,5	13 064,8
dav. kurzfristige Kredite 8)		1 353,8	3 964,5	3 956,6	4 121,8	4 196,9
dav. an Wirtschaft und Private		1 328,7	3 945,4	3 935,6	4 112,5	4 176,9
an öffentl.-rechtl. Körperschaft.		25,1	19,1	21,0	9,3	20,0
mittelfristige Kredite 7) 9)		55,8	1 497,8	1 378,5	1 746,9	1 708,6
dav. an Wirtschaft und Private		55,6	1 365,8	1 261,9	1 604,7	1 565,4
an öffentl.-rechtl. Körperschaft.		0,2	132,0	116,6	142,2	143,2
langfristige Kredite 7) 9)		146,5	6 393,8	6 312,7	7 267,8	7 159,3
dav. an Wirtschaft und Private		146,0	5 581,8	5 503,2	6 305,5	6 207,4
an öffentl.-rechtl. Körperschaft.		0,5	812,0	809,5	1 060,4	951,9
Kredite an Kreditinst. am Monatsende		105,7	908,3	886,9	889,9	910,8
b) Einlagen bei den Kreditinstituten						
Einlagen von Nichtkreditinstituten						
am Monatsende		1 152,3	7 585,8	7 343,9	8 367,3	8 141,2
dav. Sicht- und Termineinlagen		1 026,3	4 064,6	3 893,2	4 396,4	4 202,3
dav. von Wirtschaft und Privaten		848,0	3 537,9	3 439,6	3 851,1	3 688,0
von öffentl.-rechtl. Körperschaft.		178,3	526,7	453,6	545,3	514,3
Spareinlagen		126,0	3 521,2	3 450,7	3 970,9	3 938,9
dar. bei Sparkassen		97,2	2 432,2	2 390,6	2 731,2	2 718,9
Kreditbanken			877,3	854,1	994,9	980,2 r
Einlagen von Kreditinstituten						
am Monatsende		106,6	2 214,2	1 978,6	2 533,3	2 457,0
c) Sparverkehr						
Sämtliche Kreditinstitute 10)						
Spareinlagen am Monatsende		126,0	3 521,2	3 450,7	3 970,9	3 938,9
dar. steuerbegünstigt		12,4	—	1,7	—	—
prämienbegünstigt		—	338,4	328,2	431,6	423,2
Gutschriften		10,2	195,8	188,7	235,5	272,4
Lastschriften		7,3	167,8	171,1	203,7	221,2
Saldo der Gut- und Lastschriften		+ 2,9	+ 27,9	+ 17,6	+ 31,8	+ 51,2
Zinsen		2,6	10,0	0,2	0,2	0,0
2. Zahlungsschwierigkeiten, Leihhäuser						
a) Wechselproteste 11) (Zahl)						
Betrag in 1000 DM		1 324	1 203	1 441	1 017	1 064
Durchschnittsbetrag je protest. Wechsel in DM		1 194	1 451	2 017	1 160	1 311
		902	1 206	1 400	1 141	1 232
b) Konkurse und Vergleichsverfahren (Zahl)						
Konkurse	12	25	12	20	12	14
Eröffnete Vergleichsverfahren	1	3	1	—	3	1
c) Mahn- und Offenbarungseidverfahren (Zahl)						
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	14 894	21 302	21 705	24 916	19 923	20 846
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides		2 392	2 969	3 392	3 211	3 420
Haftbefehle zur Erzwingung						
des Offenbarungseides		848	1 286	1 303	1 156	1 252
Abgeleitete Offenbarungseide		124	399	449	332	441
d) Öffentliche Leihhäuser						
Verpfändungen 12), Zahl	19 155	13 214	3 736	4 233	3 457	3 709
RM/DM	298 306	384 610	410 037	339 592	467 015	450 278
Einlösungen, Zahl	13 235	12 709	3 380	3 681	3 305	3 128
RM/DM	176 172	401 990	351 331	308 795	361 769	383 329

1) 1950 einschl. Obusse. — 2) Ab Januar 1963 ohne den von den Ländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen genehmigten Linienverkehr. — 3) 1938 und 1950 BGE und Südstorm. Kreisbahn (einschl. Eisenbahnbetrieb). — 4) Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — 5) Einschl. Kombinationskraftwagen. — 6) Teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — 7) Ab 1. 1. 1964 einschl. durchlaufender Mittel. — 8) 132 berichtspflichtige Institute. — 9) BIs einschl. Mai 1950 ohne Wirtschaft und Private. — 10) Ohne Postsparkasse. — 11) Wechselproteste der Kreditinstitute und der Post. — 12) Einschließlich Erneuerungen.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			April 1964	April 1965	März 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Geld und Kredit						
3. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg						
Aktiengesellschaften, Zahl			161	161	161	161
Kapital in Mio DM			3 717,1	3 588,5	3 890,3	3 886,4
Gesellschaften m. b. H., Zahl			3 696	3 679	3 840	3 801
Kapital in Mio DM			2 549,3	2 682,9	2 940,5	2 935,9
Steuern¹⁾						
Steueraufkommen (in 1000 RM/DM) ²⁾						
1. Bundessteuern						
* Umsatzsteuer	9 363	22 996	78 447	71 772	82 910	67 331
* Umsatzausgleichsteuer	2 180	2 779	33 270	40 084	30 346	33 802
* Beförderungsteuer	79	943	1 453	1 341	1 220	1 149
Notopfer Berlin	..	1 749	129	117	7	70
* Zölle	45 572	17 772	56 438	34 235	39 351	42 880
* Verbrauchsteuern	31 925	42 968	309 886	294 432	320 196	362 152
* dav. Tabaksteuer	24 492	32 535	64 459	74 258	70 807	89 320
Kaffeesteuer	..	5 831	25 773	27 334	24 085	35 785
Teesteuer	..	521	946	881	1 345	825
Branntweinmonopol ³⁾	249	2 514	4 716	6 010	9 182	4 625
Mineralölsteuer	51	871	213 828	185 784	214 684	231 444
Sonstige Verbrauchsteuern	7 133	697	165	166	94	154
* Summe der Bundessteuern	..	89 211	479 624	441 981	474 031	507 385
* Außerdem: Lastenausgleichsabgaben	..	9 4784)	6 989	3 751	4 011	1 428
dav. Vermögensabgabe	..	5 352	5 467	133	699	1 147
Hypothekengewinnabgabe	..	2 771	1 204	2 788	2 461	279
Kreditgewinnabgabe	319	830	851	2
2. Landessteuern						
* Lohnsteuer	7 390	10 051	86 807	63 874	64 238	54 177
* Veranlagte Einkommensteuer	17 032	9 277	65 327	24 390	22 531	157 982
* Nichtveranlagte Steuer vom Ertrag	552	224	11 854	5 586	4 635	21 445
* Körperschaftsteuer	8 928	9 544	43 494	7 656	— 2 898	105 801
* Steuern vom Einkommen zusammen	33 902	29 097	207 482	101 506	88 506	339 405
* dav. an den Bund abgeführt ⁵⁾	80 918	39 587	34 518	132 368
Hamburg verblieben	126 564	61 919	53 989	207 037
* Vermögensteuer	1 513	466	10 756	1 271	2 582	3 947
* Erbschaftsteuer	469	63	1 223	847	— 563	996
* Grunderwerbsteuer	398	135	1 505	1 032	— 1 796	2 116
* Kapitalverkehrsteuer	227	179	2 296	4 495	— 3 754	2 128
* Kraftfahrzeugsteuer	423	1 312	7 297	9 234	9 180	8 899
* Versicherungssteuer	559	847	3 806	3 760	4 383	4 014
* Rennwet- und Lotteriesteuer	452	820	2 511	2 001	1 812	1 690
* Wechselsteuer	0	536	803	834	1 105	952
* Feuerschutzsteuer	15	127	179	357	404	— 98
* Biersteuer	792	870	2 293	1 767	1 798	1 729
* Summe der Landessteuern	..	34 461	240 152	127 106	107 249	365 779
3. Gemeindesteuern						
* Realsteuern	9 974	8 666	46 638	22 150	22 535	..
* dav. Grundsteuer A	50	42	71	15	11	..
* Grundsteuer B	4 538	3 365	4 941	854	793	..
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	4 668	4 215	36 249	8 048	6 894	..
* Gewerbesteuer nach der Lohnsumme	718	1 044	5 377	13 234	14 837	..
* Gewerbesteuerzuschüsse	24	29	433	—	—	..
* Übrige Gemeindesteuern	7 411	1 864	570	800	782	..
dar. Klinosteuer	123	497	68	91	103	..
Übrige Vergnügungsteuer	106	146	293	286	291	..
Hundesteuer	68	132	208	423	387	..
Summe der Gemeindesteuern	17 385	10 071	47 208	22 950	23 317	..
Öffentliche Ordnung und Sicherheit						
1. Feuerlösch- und Unfalldienst						
Gesamtzahl der Alarmierungen	633	1 427	4 418	4 323	4 579	4 961
dav. Feueralarme	187	185	320	424	346	375
dav. falsche Alarme und Unfug-						
meldungen	49	39	61	64	54	77
bekämpfte Brände insgesamt	138	146	259	360	292	298
dav. Großbrände	10	4	16	12	13	10
Mittelbrände	17	14	42	81	42	52
Kleinbrände	88	114	111	175	137	131
Entstehungsbrände	80	79	91	99
Schornsteinbrände	..	10	10	13	9	6
Hilfeleistungen aller Art	446	1 242	4 098	3 899	4 233	4 586
dar. bei Straßen- und Verkehrs-						
unfällen	..	314	1 090	1 133	1 050	989
Betriebsunfällen	..	235	531	559	484	511
Hierbei durchgeführte Unfalltransporte	..	976	3 851	3 675	3 922	4 292
2. Krankenbeförderungswesen						
Ausgeführte Krankentransporte	..	5 625	4 544	4 663	4 503	5 214
Beiförderte Personen	..	6 449	4 775	4 984	4 677	5 496

1) Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben. — 2) Monatsdurchschnitt 1938 = Durchschnitt des Rechnungsjahres 1938. — 3) Ohne die Einnahmen der Bundesmonopolverwaltung für Branntwein. — 4) Einschl. Soforthilfsonderabgabe. — 5) 1963 = 38 %, 1964 = 39 %.

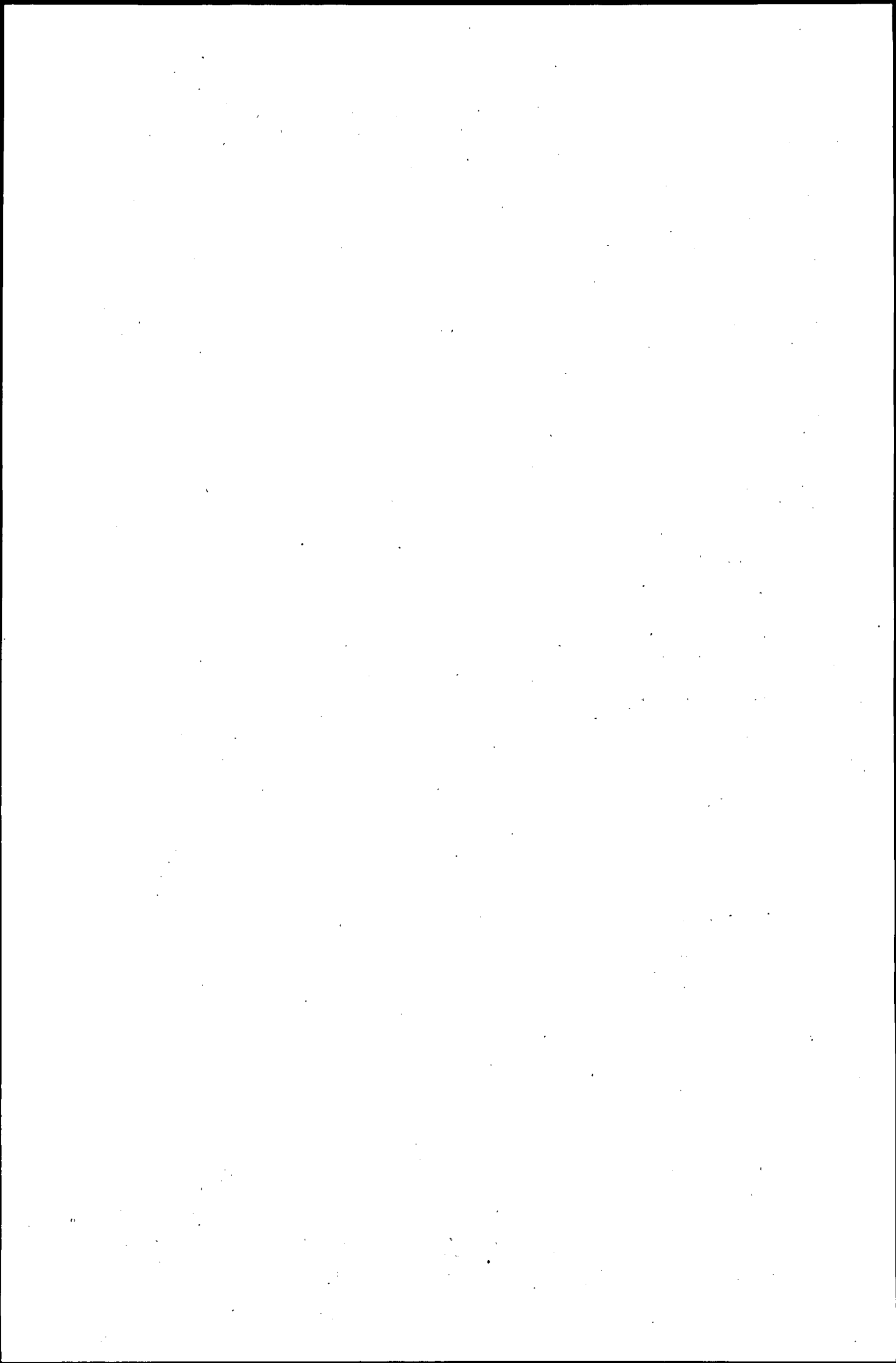
Zahlenspiegel

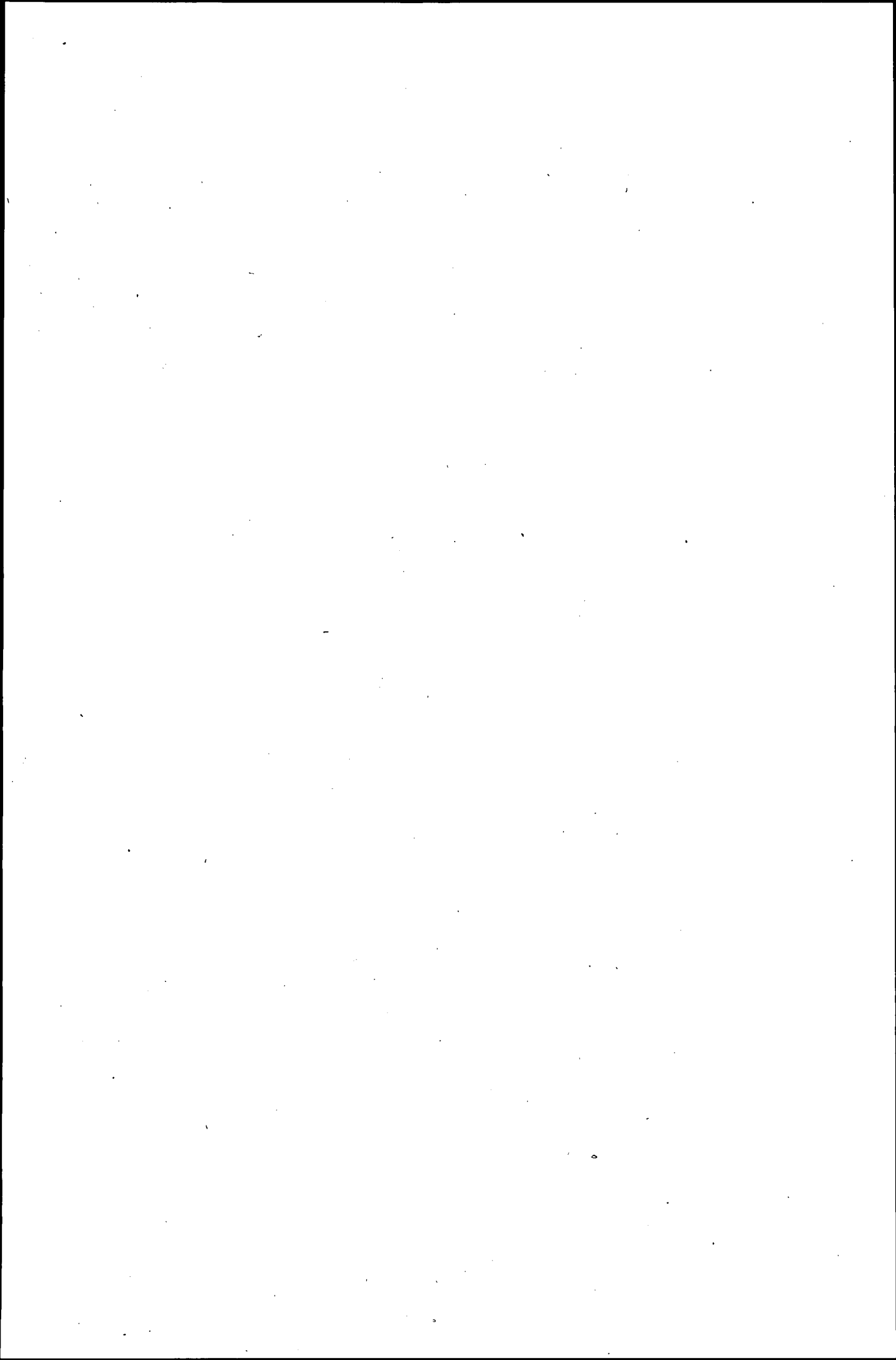
Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			April 1964	April 1965	März 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Öffentliche Ordnung und Sicherheit						
3. Feststellungen der Polizei						
Straftaten		5 443	7 865	8 249	7 626	7 898
dar. Sittlichkeitsdelikte		142	206	216	174	260
Mord und Totschlag		2	5	6	2	1
Fahrlässige Tötung 1)		11	2	—	—	—
Körperverletzung 2)		32	89	86	85	85
Einfacher Diebstahl		2 416	3 416	3 530	3 344	3 231
Schwerer Diebstahl		558	1 651	1 804	1 553	1 574
Diebstähle zusammen		2 974	5 067	5 334	4 897	4 805
dar. Kraftwagen- u. -gebrauchsdiebstahl		36	158	174	129	173
Fahrrad- und -gebrauchsdiebstahl		202	379	274	281	243
Moped-, Motorrad- und -gebrauchs- diebstahl			185	193	131	79
Taschendiebstahl		78	40	37	50	39
Unterschlagung		357	224	247	204	210
Raub und Erpressung		11	39	44	53	31
Begünstigung und Hehlerei		99	127	128	94	88
Betrug und Untreue		607	730	712	661	930
Brandstiftung		39	42	113	62	25
Münzdelikte		13	—	—	—	—
Außerdem:						
Verkehrsvorgangsanzeigen			792	913	898	840
Übertretungsanzeigen 3)			8 192	8 495	9 966	9 809
Ordnungswidrigkeitenberichte			477	444	429	477
Gebührenpflichtige Verwarnungen 4)			27 456	28 254	33 894	34 029
4. Rechtskräftig Abgeurteilte						
Abgeurteilte insgesamt		1 316	1 894	2 106	1 567 ⁵⁾	2 132
dav. Erwachsene n. allg. Strafrecht abgeurt.		1 229	1 554	1 734	1 251	1 851
Heranwachs. n. allg. Strafrecht abgeurt.			125	118	94	105
Jugendliche n. Jugendstrafrecht abgeurt.		87	133	149	149	127
Heranwachsende n. Jugendstrafr. abgeurt.			82	105	73	49
dar. Widerstand gegen die Staatsgewalt		12	6	11	5	11
Fahrlucht		6	65	85	85	87
Straftaten gegen den Personenstand, die Ehe und die Familie		4	50	57	50	61
Verbrech. u. Vergeh. wider die Sittlichkeit		51	51	57	52	50
Beleidigung, üble Nachrede		24	19	19	16	30
Verbrech. u. Vergeh. wider das Leben		9	12	15	8	15
Körperverletzung		52	125	132	117	149
Einfacher Diebstahl		324	311	317	235	316
Schwerer Diebstahl		80	82	113	71	85
Einf. u. schwerer Diebstahl im Rückfall		79	57	50	37	64
Unterschlagung		70	50	60	37	64
Raub und Erpressung		9	13	16	8	11
Begünstigung und Hehlerei		68	41	38	29	59
Betrug und Untreue		92	154	200	139	177
Urkundenfälschung		19	15	13	18	14
Vergehen gegen das StVG.		53	278	307	238	271

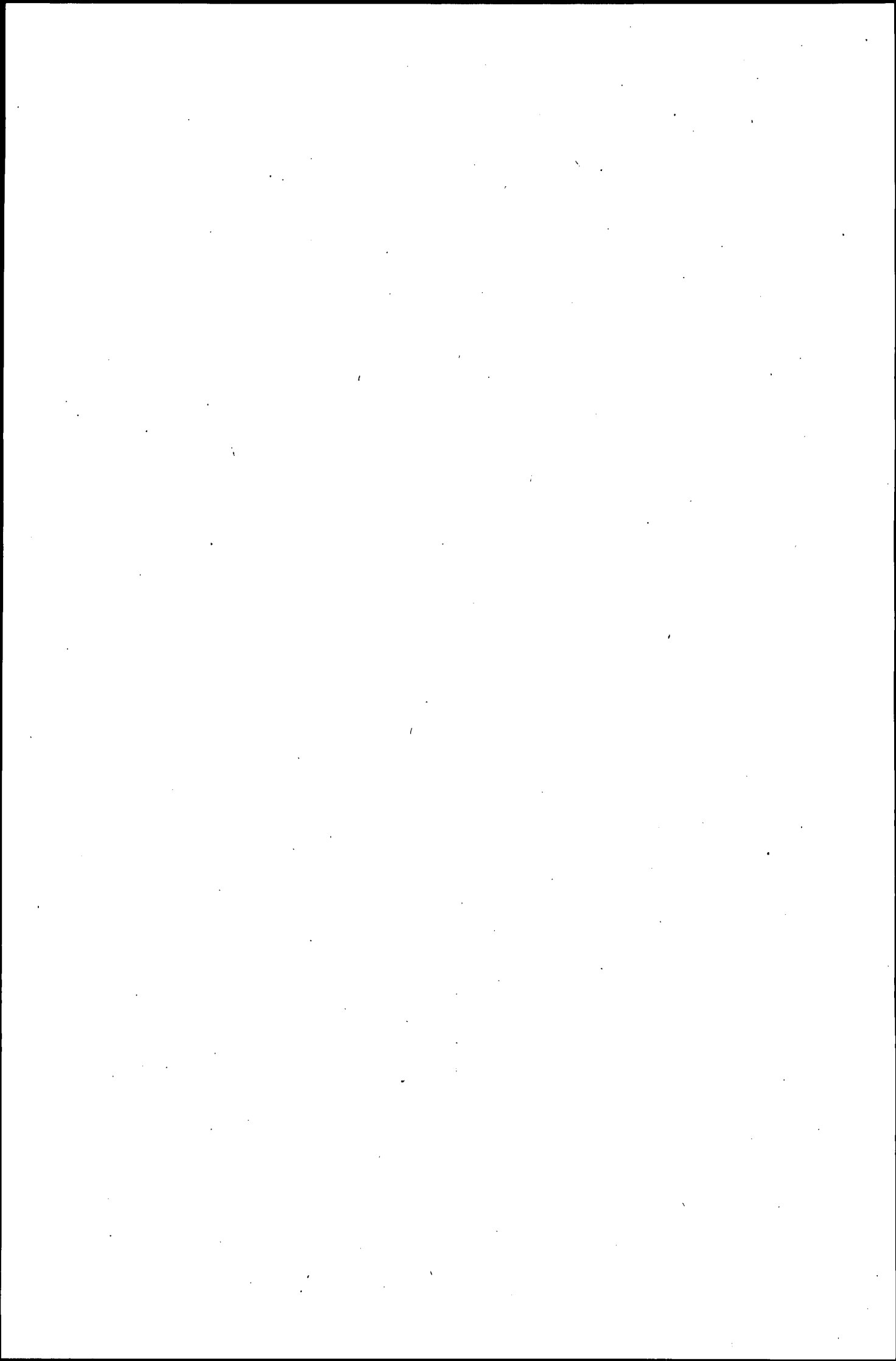
Löhne und Gehälter 6) 7)

				Januar 1964	Januar 1965	Oktober 1964
1. Arbeiterverdienste in der Industrie 8)						
* Bruttowochenverdienste in RM/DM	männlich	51	77	213	197	222
	weiblich	27	44	128	122	133
* Bruttostundenverdienste in RM/DM	männlich	1,00	1,57	4,67	4,37	4,84
	weiblich	0,57	0,97	3,02	2,88	3,12
* Bezahlte Wochenstunden in Std.	männlich	51,4	48,8	45,6	45,1	44,9
	weiblich	47,4	45,4	42,4	42,4	42,6
* Geleistete Wochenarbeitszeit in Std.	männlich			42,5	42,7	44,7
	weiblich			39,0	40,1	41,7
2. Angestelltenverdienste (Bruttomonatsverd. i. DM)						
Industrie 8)						
* Kaufmännische Angestellte	männlich			1 019	986	1 074
	weiblich			688	663	722
* Technische Angestellte	männlich			1 101	1 060	1 140
	weiblich			689	659	726
Handel, Kreditinstitute u. Versicherungsgewerbe						
* Kaufmännische Angestellte	männlich			947	925	1 015
	weiblich			606	591	647
* Technische Angestellte	männlich			1 035	1 020	1 108
	weiblich			1 037	1 003	1 156
Industrie, Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe						
* Kaufmännische Angestellte	männlich			966	941	1 031
	weiblich			627	609	667
* Technische Angestellte	männlich			1 095	1 057	1 137
	weiblich			769	737	821

1) Ohne Verkehrsunfälle. — 2) Ohne §§ 223 und 230. — 3) Aus Verkehrsvorschriften und StGB. — 4) Aus Verkehrsvorschriften und Ordnungswidrigkeitenrecht. — 5) Außerdem: Aussetzung der Verhängung der Jugendstrafe (§ 27 JGG) April 1965 (—) Jugendliche und 2 Heranwachsende. — Absehen von der Verfolgung (§ 45 JGG) April 1965 25 Jugendliche. — 6) 1938 = September 1938 und 1950 = Durchschnitt der vier Erhebungsmonate. — 7) Ab 1964 neuer Berichtskreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — 8) Einschl. Energiewirtschaft und Hoch- und Tiefbau.

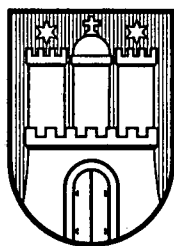






HAMBURG IN ZAHLEN

Jahrgang 1965



Juli-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Das Handwerk in Hamburg

(Ergebnisse der Handwerkszählung 1963)

Vorbemerkungen

Nach dem „Gesetz über die Handwerkszählung 1963 (Handwerkszählungsgesetz 1963)“ vom 30. März 1963¹⁾ wurde im Bundesgebiet eine Handwerkszählung durchgeführt. Ihre Ergebnisse sollen vornehmlich den beiden folgenden Zwecken dienen: Einmal soll die Beobachtung des Handwerks, das einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor darstellt, im Anschluß an die vorhergehenden Handwerkszählungen von 1949 und 1956 in einem siebenjährigen Turnus fortgeführt werden. Zum anderen gehören große Teile des Handwerks zum produzierenden Gewerbe, das im Jahre 1963 auf Empfehlung der Vereinten Nationen durch den sog. Industriezensus in weltweitem Rahmen erfaßt wird; die Handwerkszählung 1963 ist insoweit auch Teil des Industriezensus.

Wegen dieser zweifachen Aufgabe der Handwerkszählung 1963 war es notwendig, das Frageprogramm gegenüber den vorhergehenden Handwerkszählungen nicht unerheblich auszuweiten; diese Ausdehnung führte auf der anderen Seite dazu, die Zählung in zwei Teile — eine Allgemeine Erhebung und eine Stichprobenerhebung (Ergänzungserhebung) — zu teilen, um die kleineren Handwerksbetriebe nicht unnötig zu belasten.

Auskunftspflichtig für die beiden Teile der Handwerkszählung 1963 waren alle in die Handwerksrolle eingetragenen natürlichen und juristischen Personen; also alle selbständigen Handwerker und handwerklichen Nebenbetriebe. Die Namen und Anschriften aus der Handwerksrolle wurden dem Statistischen Landesamt von der Handwerkskammer Hamburg zur Verfügung gestellt; die Handwerkskammer hat außerdem bei der Erhebung durch Ermittlung neuer Anschriften verzogener Handwerker, durch Versand von Mahnungen und bei der Eintreibung von Erhebungs-

bogen der Restanten mitgewirkt, wofür ihr auch an dieser Stelle gedankt werden soll.

Die Zahl der von der Handwerkskammer zur Verfügung gestellten Anschriften betrug rd. 17 300. Im Laufe der Erhebung stellte es sich heraus, daß etwa 1100 dieser Betriebe für eine Erfassung nicht in Frage kamen, weil sie erloschen waren (rd. 650 Betriebe), als ruhende Betriebe angesehen werden mußten (rd. 350) oder ihren Hauptsitz außerhalb Hamburgs hatten (fast 100 Betriebe). Aufbereitet wurden daher nur die Erhebungsbogen von 16 215 Handwerksbetrieben; sie liegen der folgenden Darstellung zugrunde.

Die Handwerkszählung 1963 war — wie ihre Vorgänger auch — eine Unternehmenserhebung, d. h., es wurden alle Angaben für eventuell vorhandene Zweigniederlassungen (Filialen) in die Erhebungsbogen der Hauptniederlassung mit einbezogen. Da im Handwerk das Einbetriebsunternehmen vorherrscht, der Begriff des Unternehmens in der Handwerkswirtschaft nicht üblich ist und außerdem die Eintragung in die Handwerksrolle für die wirtschaftliche Einheit gilt, wird in diesem Beitrag vom Handwerksbetrieb als wirtschaftlicher Einheit gesprochen.

Die Allgemeine Erhebung, über deren Ergebnisse in diesem Beitrag berichtet werden soll, umfaßte nach § 4 des Handwerkszählungsgesetzes 1963 u. a. Angaben über die Art der ausgeübten Tätigkeiten, die Beschäftigten an mehreren Stichtagen und den Umsatz im Kalenderjahr 1962. Von diesen Angaben wurde in der Stichprobenerhebung, die sich im Abstand von etwa 8 Monaten an die Allgemeine Erhebung anschloß, ebenfalls der Umsatz im Kalenderjahr 1962 — aufgegliedert nach Umsatzarten — erfragt. Wie sich bei einem Vergleich der Umsatzangaben gleicher Betriebe in beiden Erhebungsteilen ergab, stimmten diese häufig nicht überein; es

¹⁾ BGBl. I, S. 177.

zeigten sich z. T. sehr erhebliche Abweichungen. Da vor der Aufbereitung der Allgemeinen Erhebung eine Klärung dieser Abweichungen nicht möglich war und außerdem bei einer Änderung der Umsatzangabe in der Allgemeinen Erhebung auf Grund der Angabe in der Stichprobenerhebung nur die Fälle berücksichtigt werden könnten, die zufällig in die Stichprobe gekommen sind, mußte der Umsatz aus der Allgemeinen Erhebung als vorläufig hingenommen werden. Nach der Aufbereitung der Stichprobenerhebung wird sich erst ein endgültiger Umsatz für die einzelnen Handwerkszweige, Handwerksgruppen und für das Handwerk insgesamt feststellen lassen.

Nach der hauptsächlich ausgeübten handwerklichen Tätigkeit wurden die Handwerksbetriebe einem Handwerkszweig zugeordnet. Die Systematik der Handwerkszweige wurde in Anlehnung an Anlage A zu dem Gesetz zur Ordnung des Handwerks (Handwerksordnung) vom 17. September 1953²⁾ aufgestellt, die das Verzeichnis der Gewerbe enthält, die als Handwerk ausgeübt werden können. Für Zwecke des Industriezensus mußten einige differenzierte Zweige des produzierenden Handwerks noch tiefer aufgliedert werden (sog. erweiterte Systematik), so daß nur die nicht erweiterte Systematik — bis auf eine Abweichung — mit der Systematik der Handwerkszählung 1956 übereinstimmt. Die folgende Zusammenstellung gibt einen Überblick über die Handwerksgruppen und die Zahl der Handwerkszweige nach den beiden Systematiken:

Handwerksgruppen	Zahl der Zweige nach der	
	Systematik ¹⁾	erweiterten Systematik
1 Bau- und Ausbauhandwerke	21	31
2 Metallverarbeitende Handwerke ...	42	62
3 Holzverarbeitende Handwerke	17	19
4 Bekleidungs-, Textil- und lederverarbeitende Handwerke	22	28
5 Nahrungsmittelhandwerke	7	10
6 Handwerke für Gesundheits- und Körperpflege sowie chemische und Reinigungshandwerke	12	12
7 Glas-, Papier-, keramische und sonstige Handwerke	19	22
Handwerk insgesamt	140	184

1) Entspricht bis auf die Handwerksgruppe 5, die nur 6 Zweige enthielt, der Systematik der Handwerkszählung 1956.

Von den 140 Handwerkszweigen waren 1963 folgende — wie auch 1956 — in Hamburg nicht vertreten: Glockengießerhandwerk, Gold-, Silber- und Aluminiumschlägerhandwerk, Weinküferei, Brauer- und Mälzerhandwerk und Seifensiederei; außerdem noch der Backofenbau, der 1956 in 3 Betrieben 63 Beschäftigte und das Holzschuhmacherhandwerk, das 1956 in 4 Betrieben 11 Beschäftigte zählte.

2) BGBl. I, S. 1411.

3) Vgl. Schmidt, D.: Das hamburgische Handwerk im Jahre 1961; in Hamburg in Zahlen, Jg. 1962, S. 233 ff.

Ein Vergleich der Ergebnisse der Handwerkszählung 1963 mit den Ergebnissen der vierteljährlichen Handwerksberichterstattung ist aus methodischen Gründen nur beschränkt möglich, da die Handwerksberichterstattung mit systematischen und Zufallsfehlern behaftet ist, die sich bei einer repräsentativen Erhebung nicht vermeiden lassen³⁾. Es ist beabsichtigt, auf der Grundlage der Handwerkszählung 1963 eine neue Stichprobe für die Handwerksberichterstattung zu ziehen, bei der dann ein großer Teil dieser Fehler ausgemerzt werden kann.

1963 im Vergleich mit 1949 und 1956

In Tabelle 1 sind die Ergebnisse der drei Handwerkszählungen 1949, 1956 und 1963 für das Handwerk insgesamt und seine sieben Gruppen einander gegenübergestellt. Die Tabelle beschränkt sich auf die Daten für Betriebe und Beschäftigte. Zwar liegen auch Angaben über den Umsatz aus allen drei Zählungen vor, und es wäre besonders reizvoll gewesen, den Vergleich auf dieses Merkmal auszudehnen. Es war jedoch nicht möglich, die starken Preisveränderungen von 1949 bis 1963 auszuschalten und die nominale Entwicklung des Umsatzes auf ihren realen Gehalt zurückzuführen. Auf einen Vergleich der Umsatzwerte mußte daher verzichtet werden. Auch ohne Angaben zum Umsatz zeigt die Tabelle 1 hinreichend deutlich, wie sich die Struktur des hamburgischen Handwerks seit 1949 gewandelt hat.

Einer Abnahme der Gesamtzahl der Handwerksbetriebe um etwas mehr als ein Viertel von 1949 bis 1963 steht eine Zunahme der Zahl der Beschäftigten um 11 % im gleichen Zeitraum gegenüber. Bei beiden Größen waren für das gesamte Handwerk die Veränderungsraten für die sieben Jahre von 1949 bis 1956 größer als für die sieben Jahre von 1956 bis 1963.

Die Entwicklungen in den einzelnen Handwerksgruppen waren im betrachteten Zeitraum von der des gesamten Handwerks sowohl in der Richtung als auch in der Größenordnung unterschiedlich. Vor allem die Holzverarbeitenden Handwerke und — in noch stärkerem Maße — die Bekleidungs-, Textil- und lederverarbeitenden Handwerke hatten eine ungünstigere Entwicklung von 1949 bis 1963 aufzuweisen als das gesamte Handwerk. Die Zahl der Betriebe ist überdurchschnittlich zurückgegangen, und die Zahl der Beschäftigten hat sich sogar vermindert. Besonders günstig war dagegen die Entwicklung der in der Gruppe „Handwerke für Gesundheits- und Körperpflege sowie chemische und Reinigungshandwerke“ zusammengefaßten Dienstleistungshandwerke. Es ist dieses die einzige Handwerksgruppe, die sogar die Zahl ihrer Betriebe von 1949 bis 1963 — um 6 % — erhöhen konnte; die Zahl der Beschäftigten hat sich weit über den Durchschnitt für das gesamte Handwerk hinaus erhöht. Auch die Entwicklung der Nahrungsmittelhandwerke zeigte ein recht günstiges Bild hinsichtlich einer nur geringen Verminderung der Zahl der Betriebe und einer erheblichen Vermehrung der Zahl der Beschäftigten. Die übrigen Handwerksgruppen haben sich im allgemeinen etwas günstiger entwickelt als das Handwerk insgesamt.

Tabelle 1

Betriebe und Beschäftigte im Hamburger Handwerk 1949, 1956 und 1963

Handwerksgruppen	Zahl der Betriebe (einschl. Nebenbetriebe)						Zahl der Beschäftigten					
	1949 (30. 9.)	1956 (31. 5.)	1963 (31. 5.)	Veränderung in %			1949 (30. 9.)	1956 (31. 5.)	1963 (31. 5.)	Veränderung in %		
				1956 gegen 1949	1963 gegen 1956	1963 gegen 1949				1956 gegen 1949	1963 gegen 1956	1963 gegen 1949
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Bau- und Ausbauhandwerke . Metallverarbeitende Handwerke	3 532	2 905	2 699	-17,8	- 7,1	-23,6	32 104	37 130	36 385	+15,7	- 2,0	+13,3
Holzverarbeitende Handwerke	1 911	1 449	1 141	-24,2	-21,3	-40,3	9 521	8 883	7 466	- 6,7	-16,0	-21,6
Bekleidungs-, Textil- u. leder- verarbeitende Handwerke .	6 207 ¹⁾	4 407	3 217	-29,0	-27,0	-48,2	18 003 ¹⁾	12 292	9 161	-31,7	-25,5	-49,1
Nahrungsmittelhandwerke ...	1 857	1 884	1 712	+ 1,5	- 9,1	- 7,8	9 553	13 703	13 572	+43,4	- 1,0	+42,1
Handwerke für Gesundheits- und Körperpflege sowie chemische und Reinigungs- handwerke	2 499	2 600	2 648	+ 4,0	+ 1,8	+ 6,0	9 011	13 123	16 512	+45,6	+25,8	+83,2
Glas-, Papier-, keramische u. sonstige Handwerke	1 047	895	852	-14,5	- 4,8	-18,6	3 777	3 881	4 809	+ 2,8	+23,9	+27,3
Handwerk insgesamt	22 098	18 345	16 215	-17,0	-11,6	-26,6	111 548	119 987	123 833	+ 7,6	+ 3,2	+11,0

¹⁾ Ohne die Handwerkszweige Kunststopfer, Tierausstopfer und Präparatoren, die nach der Handwerksordnung von 1953 nicht mehr zum Handwerk gehören.

Den Anteil, den die sieben Handwerksgruppen mit ihren Betrieben, Beschäftigten und mit ihrem Umsatz am gesamten Handwerk in Hamburg hatten, zeigt die Tabelle 2.

Die eben genannten und in Tabelle 1 dargestellten Entwicklungen der einzelnen Handwerkszweige gehen auch aus den Veränderungen der Anteile in den Zählungsjahren 1949, 1956 und 1963 hervor. So sind die Anteile bei allen drei Merkmalen in den Holzverarbeitenden Handwerken und in den Bekleidungs-, Textil- und Lederverarbeitenden Handwerken ständig zurückgegangen. Beide Gruppen zusammen stellten allerdings auch 1963 noch fast 27 % aller Handwerksbetriebe, aber nur noch etwas mehr als 13 % der Beschäftigten und rund 10 % des Umsatzes im gesamten Handwerk. Die Handwerke für Gesundheits- und Körperpflege sowie chemische und Reini-

gungshandwerke, die sich — wie oben dargestellt — besonders günstig entwickelt haben, konnten zwar auch ihre Anteile am gesamten Handwerk überall erhöhen; trotzdem stellte sich 1963 ihr Anteil nur auf etwa 16 % aller Betriebe, etwa 13 % aller Beschäftigten und knapp 6 % des Umsatzes.

Den höchsten Anteil von Betrieben hatten 1963 mit fast einem Viertel die metallverarbeitenden Handwerke, die mit etwas mehr als 30 % auch den höchsten Umsatzanteil auf sich vereinigen konnten. Bei der Zahl der Beschäftigten standen 1963 die Bauhandwerke an der Spitze, bei denen allein fast 30 % aller im hamburgischen Handwerk Beschäftigten gezählt wurden und die damit — wenn auch nur geringfügig — vor den metallverarbeitenden Handwerken rangierten. Gegenüber 1956 hat sich der Abstand zwischen diesen beiden Handwerksgruppen — der da-

Tabelle 2

Betriebe und Beschäftigte 1949, 1956 und 1963 sowie Umsatz 1948/49, 1955 und 1962 der Handwerksgruppen in ihrem Anteil am gesamten Handwerk in Hamburg

Handwerksgruppen	Betriebe (einschl. Nebenbetriebe)			Beschäftigte			Umsatz		
	1949	1956	1963	1949	1956	1963	1948/49	1955	1962 (vorläufig)
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Bau- und Ausbauhandwerke . Metallverarbeitende Handwerke	16,0	15,8	16,7	28,8	31,0	29,4	23,3	24,1	25,1
Holzverarbeitende Handwerke	22,8	22,9	24,3	26,5	25,8	29,0	29,7	25,4	30,8
Bekleidungs-, Textil- u. leder- verarbeitende Handwerke .	8,7	7,9	7,0	8,5	7,4	6,0	7,8	7,0	5,3
Nahrungsmittelhandwerke ...	28,1 ¹⁾	24,0	19,8	16,1 ¹⁾	10,3	7,4	10,6 ¹⁾	7,0	5,3
Handwerke für Gesundheits- und Körperpflege sowie chemische und Reinigungs- handwerke	8,4	10,3	10,6	8,6	11,4	11,0	20,3	28,5 [*]	24,5
Glas-, Papier-, keramische u. sonstige Handwerke	11,3	14,2	16,3	8,1	10,9	13,3	4,9	5,0	5,7
Handwerk insgesamt	4,7	4,9	5,3	3,4	3,2	3,9	3,4	3,0	3,3
Handwerk insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100

¹⁾ Ohne die Handwerkszweige Kunststopfer, Tierausstopfer und Präparatoren, die nach der Handwerksordnung von 1953 nicht mehr zum Handwerk gehören.

Tabelle 3

Betriebe und Beschäftigte im Hamburger Handwerk 1949, 1956 und 1963 nach Beschäftigtengrößenklassen

Beschäftigten- größenklassen ¹⁾	Betriebe						Beschäftigte					
	1949 ²⁾		1956		1963		1949 ²⁾		1956		1963	
	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1	7 562	34,2	5 446	29,7	4 186	25,8	7 562	6,8	5 446	4,5	4 336	3,5
2	8 383	37,9	3 084	16,8	2 656	16,4	22 859	20,5	6 168	5,2	5 543	4,5
3—4			3 736	20,4	3 400	21,0			12 850	10,7	12 023	9,7
5—9	3 753	17,0	3 557	19,4	3 408	21,0	24 164	21,6	22 967	19,1	22 520	18,2
10—19	1 540	7,0	1 510	8,2	1 484	9,1	20 207	18,1	19 957	16,6	19 686	15,9
20—49	654	3,0	707	3,9	749	4,6	18 823	16,9	20 873	17,4	21 807	17,6
50—99	162	0,7	209	1,1	204	1,3	11 005	9,9	14 128	11,8	13 822	11,1
100 und mehr	44	0,2	96	0,5	128	0,8	6 928	6,2	17 598	14,7	24 096	19,5
Insgesamt	22 098	100	18 345	100	16 215	100	111 548	100	119 987	100	123 833	100

1) Für 1963 nach dem Stand vom 30. 9. 1962. — 2) Ohne die Handwerkszweige Kunststopfer, Tierausstopfer und Präparatoren, die nach der Handwerksordnung von 1953 nicht mehr zum Handwerk gehören.

mals etwas mehr als 5 Punkte betrug — erheblich vermindert. Die Nahrungsmittelhandwerke, die 1963 etwas mehr als 10 % aller Betriebe und aller Beschäftigten zählten, lagen mit ihrem Umsatzanteil von rund einem Viertel des gesamten Handwerksumsatzes nur wenig unter dem Anteil der Bauhandwerke.

Als letzte Gegenüberstellung der Zählungsergebnisse der Handwerkszählungen von 1949, 1956 und 1963 zeigt die Tabelle 3 die Betriebe und Beschäftigten im hamburgischen Handwerk nach Beschäftigtengrößenklassen.

Obwohl nach der Zahl der Betriebe die Beschäftigtengrößenklasse „1 Beschäftigter“ in allen betrachteten Jahren den größten Anteil aufzuweisen hat, ist dieser doch von etwas mehr als einem Drittel aller Handwerksbetriebe im Jahre 1949 auf etwa ein Viertel im Jahre 1963 gesunken. Auch der Anteil der Betriebe mit 2 Beschäftigten ist — wenigstens von 1956 auf 1963 — zurückgegangen⁴⁾; in allen anderen Beschäftigtengrößenklassen ist der Anteil der Betriebe von 1949 über 1956 bis 1963 angestiegen; absolut hat sich dagegen nur die Anzahl der Betriebe in den Beschäftigtengrößenklassen ab 20 Beschäftigte von 1949 bis 1963 erhöht.

Noch deutlicher wird die Tendenz zum größeren Betrieb, wenn man die Anteile der Beschäftigten in den Betrieben der einzelnen Beschäftigtengrößenklassen in ihrer Veränderung von 1949 bis 1963 betrachtet. Hier haben die Anteile an den Gesamtbeschäftigten und die Beschäftigten absolut in den Betrieben aller Beschäftigtengrößenklassen bis 19 Beschäftigte ständig abgenommen und die Anteile sowie die absoluten Größen in den Beschäftigtengrößenklassen ab 20 Beschäftigte sich — mit einer Ausnahme — ständig erhöht. Besonders ausgeprägt zeigt sich diese Entwicklung in den Betrieben mit mehr als 100 Beschäftigten, die 1963 beinahe ein Fünftel aller im Handwerk in Hamburg beschäftigten Personen zählten. 1949 waren in Betrieben mit einem Beschäftigten mehr Personen tätig als in Betrieben mit 100 und mehr Beschäftigten; 1963 waren beinahe sechsmal

4) Mit 1949 ist ein Vergleich nicht möglich, da diese Größenklasse nicht besonders ausgewiesen wurde.

sowie Personen in den großen Handwerksbetrieben beschäftigt wie in den Ein-Mann-Betrieben!

Vergleichende Betrachtungen mit den Ergebnissen der Handwerkszählung 1956 werden auch in den folgenden Abschnitten — soweit möglich — erfolgen.

Betriebe und Beschäftigte

Die 133 Handwerkszweige, die in Hamburg 1963 vertreten waren, hatten hinsichtlich der Zahl der Betriebe und der Beschäftigten ein recht unterschiedliches Gewicht. Die zwölf bedeutendsten Handwerkszweige — jeweils gemessen an der Zahl der Betriebe und der Beschäftigten — stellten allein über die Hälfte der entsprechenden Größen für das gesamte Handwerk (Tabellen 4 und 5).

In der Tabelle 4 sind die zwölf Handwerkszweige aufgeführt, in denen jeweils 400 und mehr Betriebe gezählt wurden; zusammen ergeben sich 8 288 Betriebe; das sind 51,1 % aller Betriebe im hamburgischen Handwerk.

Tabelle 4

Betriebe in ausgewählten Handwerkszweigen in Hamburg 1963

Syst. Nr.	Handwerkszweige	Betriebe am 31. 5. 1963	
		Zahl	in % aller Betriebe
119	Malerhandwerk	1 128	7,0
607	Damenfriseure	933	5,7
414	Schuhmacherhandwerk ..	905	5,5
503	Fleischerei	791	4,9
401	Herrenschneiderei	676	4,2
402	Damenschneiderei	664	4,1
608	Herr- und Damenfriseure	649	4,0
224	Gas- u. Wasserinstallation mit Klempnerei	623	3,8
228	Elektroinstallation	575	3,6
303	Bau- und Möbeltischlerei ..	488	3,0
101	Maurerhandwerk	456	2,8
216	Kraftfahrzeugreparatur ...	400	2,5
Ausgewählte Zweige zusammen		8 288	51,1
Handwerk insgesamt		16 215	100

Tabelle 5

**Beschäftigte in ausgewählten Handwerkszweigen
in Hamburg 1963**

Syst. Nr.	Handwerkszweige	Beschäftigte am 31. 5. 1963	
		Zahl	in % aller Be- schäftigten
216	Kraftfahrzeugreparatur ...	8 902	7,2
103	Maurerhandwerk mit Beton- u. Stahlbetonbau	8 758	7,1
119	Malerhandwerk	7 719	6,2
101	Maurerhandwerk	6 989	5,6
503	Fleischerei	5 597	4,5
607	Damenfriseure	4 583	3,7
224	Gas- u. Wasserinstallation mit Klempnerei	4 477	3,6
228	Elektroinstallation	4 417	3,6
608	Herrn- und Damenfriseure	4 368	3,5
501	Bäckerhandwerk	4 064	3,3
303	Bau- und Möbeltischlerei .	3 198	2,6
502	Konditorenhandwerk	2 903	2,3
Ausgewählte Zweige zusammen		65 975	53,2
Handwerk insgesamt		123 833	100

Tabelle 5 zeigt entsprechend die nach den Beschäftigtenzahlen zwölf größten Handwerkszweige; sie umfassen fast 66 000 Beschäftigte oder 53,2% aller im Handwerk in Hamburg beschäftigten Personen.

Interessant ist bei einem Vergleich der Tabellen 4 und 5 die Feststellung, daß neun Handwerkszweige in beiden Tabellen aufgeführt sind; wenn auch z. T. in anderer Rangfolge. Es sind dieses die folgenden Zweige: Maurerhandwerk, Malerhandwerk, Kraftfahrzeugreparatur, Gas- und Wasserinstallation mit Klempnerei, Elektroinstallation, Bau- und Möbeltischlerei, Fleischerei, Damenfriseure und Herren- und Damenfriseure. Drei Handwerkszweige – und zwar Herrenschneiderei, Damenschneiderei und Schuhmacherhandwerk – erscheinen nur in der Tabelle 4 der höchsten Betriebszahlen und drei andere Handwerkszweige – es sind dieses das Maurerhandwerk mit Beton- und Stahlbetonbau, das Bäckerhandwerk und das Konditorenhandwerk – sind nur in der Tabelle 5 der höchsten Beschäftigtenzahlen aufgeführt.

Gegenüber 1956 haben sich in den bedeutendsten Handwerkszweigen einige wesentliche Veränderungen ergeben. Im Jahre 1956 gehörten noch die Herrenfriseure mit 3,0% aller Handwerksbetriebe zu den zwölf betriebsstärksten Handwerkszweigen, während 1963 die Kraftfahrzeugreparatur neu in dieser Tabelle erscheint. Bei den sowohl 1956 als auch 1963 zu den Handwerkszweigen mit der größten Zahl von Betrieben zählenden 11 Zweigen haben sich in der Rangfolge und den prozentualen Anteilen einige Verschiebungen ergeben; vor allem sind die Damenfriseure vom 7. Platz (1956) auf den 2. Platz (1963) und die Herren- und Damenfriseure vom 9. Platz (1956) auf den 7. Platz (1963) aufgerückt. Abgefallen sind die Damenschneiderei vom 2. Platz (1956) auf den 6. Platz (1963) und die Herrenschneiderei vom 3. Platz (1956) auf den 5. Platz (1963).

Bei den Handwerkszweigen mit den höchsten Beschäftigtenzahlen sind die Veränderungen zwischen

1956 und 1963 ebenfalls beachtlich gewesen. Aus der Aufstellung der zwölf beschäftigungsstärksten Handwerkszweige sind seit 1956 ausgefallen: der Straßenbau (1956 auf dem 11. Platz) und die Schlosser (1956 auf dem 12. Platz); neu aufgenommen wurden 1963 die Damenfriseure (1963 auf dem 6. Platz) und die Konditoren (1963 auf dem 12. Platz). Die Kraftfahrzeugreparatur ist vom 5. Platz (1956) auf den 1. Platz (1963) aufgerückt und das Bäckerhandwerk vom 6. Platz (1956) auf den 9. Platz (1963) abgefallen.

Die Zahl der Betriebe und der Beschäftigten am 31. 5. 1963 zeigt die Anhangtabelle für die einzelnen Handwerkszweige (in den Spalten 2 und 5). In diese Tabelle wurden auch (in die Spalten 1 und 4) die entsprechenden Daten aus der Handwerkszählung 1956 und (in die Spalten 3 und 6) die prozentualen Veränderungen, die zwischen 1956 und 1963 zu verzeichnen waren, aufgenommen. Die Anhangtabelle zeigt die vielseitige und unterschiedliche Struktur und Entwicklung des Handwerks und seiner Zweige in Hamburg in den letzten Jahren. Vor allem wird deutlich, daß die Entwicklung von 1956 bis 1963 in den einzelnen Handwerkszweigen häufig von der oben bereits dargestellten Entwicklung in den betreffenden Handwerksgruppen z. T. erheblich abweicht.

Obwohl die Zahl der Betriebe von 1956 bis 1963 in allen Handwerksgruppen – mit Ausnahme der Handwerke für Gesundheits- und Körperpflege sowie chemischen und Reinigungshandwerke – abgenommen hat, sind in einigen Handwerkszweigen – z. T. sogar beachtlich – steigende Betriebszahlen in diesem Zeitraum festzustellen. Dies gilt vor allem für diejenigen Handwerkszweige, die sich mit den modernen Bauweisen befassen (Beispiele: Beton- und Stahlbetonbau, Schlosserei mit Schwerpunkt Stahlbau) und die von der steigenden Wohlstandsentwicklung profitieren (Beispiele: Gas- und Wasserinstallation mit Zentralheizungs- und Lüftungsbau, Radio- und Fernsehtechniker-Handwerk, Goldschmiede, Silberschmiede, Weberhandwerk, Konditorenhandwerk, Töpferei). Bei anderen Handwerkszweigen, bei denen die gleichen Voraussetzungen vorliegen, waren die Verminderungen in der Zahl der Betriebe unterdurchschnittlich. Die – allerdings im Saldo geringfügig – gestiegene Zahl der Betriebe in den Handwerken für Gesundheits- und Körperpflege sowie chemischen und Reinigungshandwerken ist auf Betriebszunahmen beim Augenoptikerhandwerk, beim Zahntechnikerhandwerk, bei den Damenfriseuren, bei den Herren- und Damenfriseuren und bei der Gebäudereinigung zurückzuführen.

Bei einem Vergleich der Beschäftigtenzahlen zwischen 1956 und 1963 kann man in den einzelnen Handwerkszweigen ähnliche Entwicklungen feststellen; d. h. in fast allen der oben genannten Handwerkszweige war eine besonders hohe Zunahme der Beschäftigtenzahlen zu verzeichnen. Aber auch in anderen Handwerkszweigen nahm die Zahl der Beschäftigten in den betrachteten sieben Jahren beachtlich zu; z. T. sogar bei sinkender Zahl der Betriebe (Beispiele: Stukkateurhandwerk, Kraftfahrzeugreparatur, Kupferschmiede, Glaserei). Weitere Handwerkszweige dagegen mußten starke Einbußen an Beschäftigten hinnehmen. So verloren z. B. die folgenden Zweige von 1956 bis 1963 wenigstens die Hälfte ihrer Beschäftigten: Zimmerei, Schweißer-

Tabelle 6

Die Handwerksbetriebe in Hamburg 1963 nach Beschäftigtengrößenklassen und Handwerksgruppen

Handwerksgruppen	Gesamtzahl der Betriebe	davon Betriebe mit Beschäftigten (in % von Spalte 1)									
		1	2	3-4	5-9	10-19	20-49	50-99	100-199	200-499	500 u. mehr
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1 Bau- und Ausbauhandwerke	2 699	19,5	15,9	17,6	20,6	12,1	8,0	3,9	1,8	0,6	0,0
2 Metallverarbeitende Handwerke	3 946	22,7	14,9	19,8	21,5	12,2	6,7	1,4	0,6	0,2	0,0
3 Holzverarbeitende Handwerke	1 141	29,6	16,6	20,4	17,2	9,3	5,6	1,0	0,3	0,0	—
4 Bekleidungs-, Textil- und lederverarbeitende Handwerke	3 217	51,0	19,8	15,6	9,5	2,5	1,4	0,1	0,1	—	—
5 Nahrungsmittelhandwerke	1 712	3,7	16,3	28,3	33,1	12,7	4,7	0,6	0,5	0,1	—
6 Handwerke für Gesundheits- und Körperpflege sowie chemische und Reinigungshandwerke	2 648	17,3	13,9	28,6	29,1	8,2	2,0	0,4	0,3	0,2	—
7 Glas-, Papier-, keramische und sonstige Handwerke	852	30,9	19,4	19,6	19,7	6,5	3,1	0,6	—	0,2	—
Handwerk insgesamt	16 215	25,8	16,4	21,0	21,0	9,2	4,6	1,2	0,6	0,2	0,0

handwerk, Fahrradmechaniker-Handwerk, Gas- und Wasserinstallation, Korbmacherhandwerk, Wäscheschneiderei, Strickerei, Mützenmacherhandwerk, Feintäschnerei, Müllerhandwerk und Glasbläserei- und Glasinstrumentenherstellung.

Die Struktur des hamburgischen Handwerks insgesamt und der sieben Handwerksgruppen nach Beschäftigtengrößenklassen geht aus den Tabellen 6 und 7 hervor. Es zeigt sich, daß fast zwei Drittel aller Betriebe des Handwerks bis zu vier Beschäftigten – einschließlich der tätigen Inhaber – hatten. Die großen Betriebe spielten dagegen zahlenmäßig eine nur unbedeutende Rolle.

Wie zu erwarten, war die Größenklassenstruktur in den einzelnen Handwerksgruppen recht unterschiedlich. Die Bau- und Ausbauhandwerke hatten in den Beschäftigtengrößenklassen bis 9 Beschäftigte ein unterdurchschnittliches Gewicht und waren in den Größenklassen ab 10 Beschäftigte überdurchschnittlich vertreten. Die metallverarbeitenden und die holzverarbeitenden Handwerke wichen vom gesamten Handwerk nicht wesentlich ab, wobei allerdings bei den metallverarbeitenden Handwerken die mittleren und größeren Betriebe und bei den holzverarbeitenden Handwerken die Ein-Mann-Betriebe und die

mittleren Betriebe überdurchschnittlich vertreten waren. Die Nahrungsmittelhandwerke und die Handwerke für Gesundheits- und Körperpflege sowie chemische und Reinigungshandwerke hatten ihren Schwerpunkt bei den Betrieben mit 2 bis 9 Beschäftigten. Bei den Bekleidungs-, Textil- und lederverarbeitenden Handwerken und den Glas-, Papier-, keramischen und sonstigen Handwerken waren besonders stark die kleinen Betriebe – unter ihnen vor allem auch die Ein-Mann-Betriebe – vertreten.

Ein anderes Bild ergibt sich, wenn man die Beschäftigten in den Betrieben der einzelnen Beschäftigtengrößenklassen betrachtet. Etwas mehr als die Hälfte aller im Hamburger Handwerk beschäftigten Personen waren in Betrieben mit 5 bis 50 Beschäftigten tätig, etwa 30 % in Betrieben mit mehr als 50 Beschäftigten und fast 18 % in den kleinen Betrieben mit bis 4 Beschäftigten.

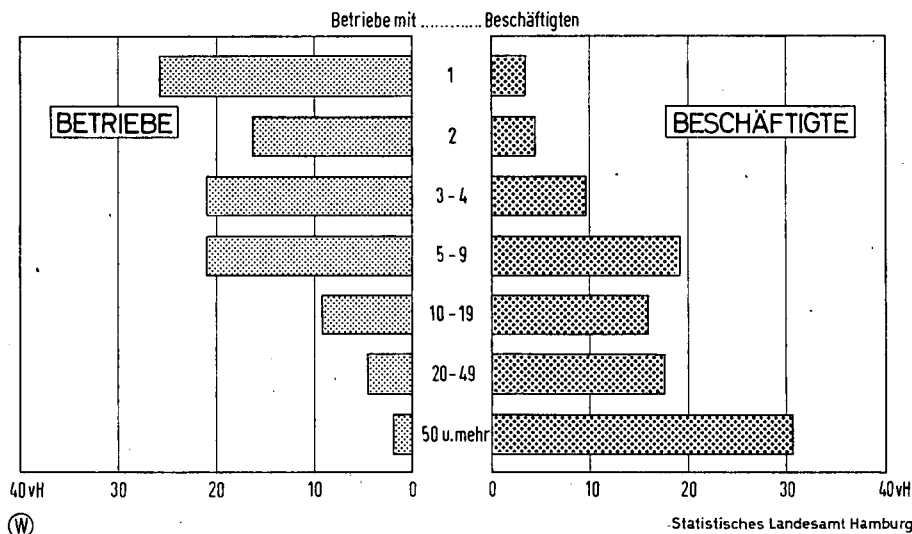
Aus Tabelle 7 wird ebenfalls die unterschiedliche Größenstruktur der sieben Handwerksgruppen deutlich. Bei den Bau- und Ausbauhandwerken liegt der Schwerpunkt mit einem Fünftel aller Beschäftigten in der Größenklasse 50 bis 99 Beschäftigte, bei den metallverarbeitenden und den holzverarbeitenden Handwerken sind in der Beschäftigtengrößenklasse

Tabelle 7

Die Beschäftigten im Hamburger Handwerk 1963 nach Beschäftigtengrößenklassen und Handwerksgruppen

Handwerksgruppen	Gesamtzahl der Beschäftigten	davon Beschäftigte in Betrieben mit Beschäftigten (in % von Spalte 1)									
		1	2	3-4	5-9	10-19	20-49	50-99	100-199	200-499	500 u. mehr
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1 Bau- und Ausbauhandwerke	36 385	1,6	2,5	4,7	10,3	12,1	17,4	20,0	18,7	10,8	1,9
2 Metallverarbeitende Handwerke	35 928	2,6	3,4	7,8	15,9	17,9	22,1	10,6	8,9	7,8	3,0
3 Holzverarbeitende Handwerke	7 466	4,6	5,3	10,7	16,9	19,3	24,3	9,3	5,8	3,8	—
4 Bekleidungs-, Textil- und lederverarbeitende Handwerke	9 161	18,2	14,0	18,1	20,2	10,8	13,3	2,7	2,7	—	—
5 Nahrungsmittelhandwerke	13 572	0,5	4,2	12,6	27,6	21,2	16,7	4,6	9,4	3,2	—
6 Handwerke für Gesundheits- und Körperpflege sowie chemische und Reinigungshandwerke	16 512	2,8	4,8	16,8	30,9	17,0	9,3	5,0	6,5	6,9	—
7 Glas-, Papier-, keramische und sonstige Handwerke	4 809	5,6	7,3	12,2	22,5	15,7	14,6	6,9	—	15,2	—
Handwerk insgesamt	123 833	3,5	4,5	9,7	18,2	15,9	17,6	11,2	10,5	7,5	1,4

Betriebe und Beschäftigte im Hamburger Handwerk nach Beschäftigtengrößenklassen am 31. 5. 1963



20 bis 49 Beschäftigte etwa 22 bzw. 24 % aller Beschäftigten zu finden, bei den Bekleidungs-, Textil- und lederverarbeitenden Handwerken enthält die Beschäftigtengrößenklasse 5 bis 9 Beschäftigte rund ein Fünftel aller Beschäftigten, bei den Nahrungsmittelhandwerken weist die gleiche Größenklasse fast 28 % aller Beschäftigten auf, bei den Handwerken für Gesundheits- und Körperpflege sowie chemischen und Reinigungshandwerken sind es sogar fast 31 % und bei den Glas-, Papier-, keramischen und sonstigen Handwerken rund 23 % aller Beschäftigten in dieser Größenklasse.

Einen Überblick über die prozentuale Verteilung der Betriebe und der Beschäftigten im hamburgischen Handwerk gibt das Schaubild, aus dem hervorgeht, daß nur in der Beschäftigtengrößenklasse 5 bis 9 Beschäftigte der Anteil der Betriebe mit dem der Beschäftigten in etwa übereinstimmt. In den kleineren Größenklassen haben die Betriebe ein größeres Gewicht als die Beschäftigten, in den größeren Größenklassen ist es umgekehrt.

Im Durchschnitt wurden am 31. 5. 1963 im Hamburger Handwerk 8 Beschäftigte je Betrieb ermittelt und für die sieben Handwerkszweige ergaben sich folgende Werte:

Handwerkszweig	Beschäftigte je Betrieb
Bau- und Ausbauhandwerke	13
Metallverarbeitende Handwerke	9
Holzverarbeitende Handwerke	7
Bekleidungs-, Textil- und lederverarbeitende Handwerke	3
Nahrungsmittelhandwerke	8
Handwerke für Gesundheits- und Körperpflege sowie chemische und Reinigungshandwerke	6
Glas-, Papier- und keramische Handwerke	6

Besonders große Schwankungen in der durchschnittlichen Zahl der Beschäftigten je Betrieb ergaben sich in den Handwerkszweigen der Gruppe Bau- und Ausbauhandwerke: Den höchsten Wert in der Handwerksgruppe — und auch im gesamten hamburgischen Handwerk — zeigte der Beton- und Stahlbeton-

bau mit 91 Beschäftigten je Betrieb; im Straßenbau wurden 47, im Maurerhandwerk mit Beton- und Stahlbeton 41, im Wärme-, Kälte- und Schallschutzbau 31 und im Hochbau mit Zimmerei 30 Beschäftigte je Betrieb gezählt. Am geringsten war der Durchschnitt in dieser Handwerksgruppe mit 2 Beschäftigten je Betrieb im Schornsteinfegerhandwerk.

In der Gruppe der metallverarbeitenden Handwerke lagen die höchsten Werte bei den Kupferschmieden mit 23, der Kraftfahrzeugreparatur mit 22, der Schlosserei mit Schwerpunkt Stahlbau mit 20 und der Gas- und Wasserinstallation mit Zentralheizungs- und Lüftungsbau ebenfalls mit 20 Beschäftigten je Betrieb. Am Ende der Skala standen mit durchschnittlich 2 Beschäftigten je Betrieb in dieser Gruppe die Fahrrad- und die Nähmaschinenmechaniker.

Bei den holzverarbeitenden Handwerken kam nur der Karosseriebau mit 18 und der Boots- und Schiffbau mit 11 Beschäftigten je Betrieb im Durchschnitt über die 10-Beschäftigten-Zahl hinaus. Jeweils 2 Beschäftigte je Betrieb wurden im Drechslerhandwerk und im Korbmacherhandwerk ermittelt.

Alle Durchschnittswerte der Handwerkszweige in den Bekleidungs-, Textil- und lederverarbeitenden Handwerken lagen unter 10 Beschäftigten je Betrieb; von allen Handwerksgruppen lag hier der Durchschnitt mit 3 Beschäftigten je Betrieb am niedrigsten.

Die Zahl der Beschäftigten je Betrieb schwankte im Nahrungsmittelhandwerk zwischen 11 beim Bäckerhandwerk und jeweils 3 bei der Roßschlachtereie und beim Müllerhandwerk.

Mit 19 Beschäftigten je Betrieb stand die Gebäudereinigung vor der Färberei und Chemischreinigung mit 15 Beschäftigten je Betrieb an der Spitze der Handwerkszweige in der Gruppe der Handwerke für Gesundheits- und Körperpflege sowie chemischen und Reinigungshandwerke. Den geringsten Wert hatten die Herrenfriseure mit durchschnittlich 2 Beschäftigten je Betrieb.

Die geringste durchschnittliche Beschäftigtenzahl je Betrieb im gesamten Handwerk in Hamburg hatte der Klavier- und Harmoniumbau in der Gruppe der

Glas-, Papier-, keramischen und sonstigen Handwerke mit einem Beschäftigten. An der Spitze stand in dieser Gruppe das Lackiererhandwerk mit 10, die Glaserei mit 8 und das Vulkaniseurhandwerk mit 7 Beschäftigten je Betrieb.

Umsatz

Über den Umsatz des Handwerks kann erst später berichtet werden. Wie oben bereits ausgeführt wurde, sind die Umsatzangaben aus der Allgemeinen Erhebung als vorläufig anzusehen und lassen sich außerdem nicht ohne weiteres denen früherer Zählungen gegenüberstellen. Weiterhin beschränkte sich

die Allgemeine Erhebung der Handwerkszählung 1963 darauf, den Umsatz der Handwerksbetriebe in einer Summe zu erfragen; Handels-, Gaststätten- und sonstige Umsätze der Betriebe lassen sich also nicht von ihrem Handwerksumsatz trennen und für sich nachweisen. Eine solche Aufteilung in die einzelnen Umsatzarten wird erst möglich sein, wenn die Ergebnisse aus der Stichprobenerhebung der Handwerkszählung 1963 vorliegen werden. Erst dann kann auch eine Darstellung nach Umsatzgrößenklassen gegeben werden.

Um dem Leser einen ersten – wenn auch vorläufigen – Einblick zu vermitteln, enthält die Anhangtabelle über Handwerksgruppen und -zweige in der Spalte 7 den Umsatz des Jahres 1962.

Zusammenfassung

In dem Zeitraum von 1949 bis 1963 hat sich die Struktur des hamburgischen Handwerks erheblich gewandelt. Die Zahl der Betriebe hat sich spürbar verringert, zugleich beschäftigte jedoch der einzelne Handwerksbetrieb 1963 häufig mehr Personen als 1949, und die Zahl der Beschäftigten insgesamt war 1963 um ein gutes Stück größer als vierzehn Jahre zuvor.

Etwas mehr als 16000 Handwerksbetriebe und fast 124000 Beschäftigte im Jahre 1963 waren über ein Viertel weniger Betriebe als im Jahre 1949 und um 11% mehr Beschäftigte als damals.

Der Zug zum größeren Betrieb im hamburgischen Handwerk tritt namentlich an zwei Stellen besonders deutlich hervor. Die Einmannbetriebe – 1963 ebenso wie früher die am stärksten mit Betrieben besetzte Größenklasse des Handwerks – waren 1949 zu mehr als einem Drittel an der Gesamtzahl der Handwerksbetriebe beteiligt, 1963 dagegen nur noch zu etwa einem Viertel. Die Zahl der Beschäftigten in Großbetrieben mit mehr als 100 Beschäftigten, 1949 mit nicht ganz 7000 Personen etwas geringer als die in Einmannbetrieben (etwa 7600), war 1963 mit fast 24100 Personen nahezu sechsmal so groß wie die der Einmannbetriebe von rund 4300 Personen.

An der Spitze des hamburgischen Handwerks standen 1963 ebenso wie 1949 und 1956 nebeneinander die Bauhandwerke und die metallverarbeitenden Handwerke. Bei nahezu gleichen Anteilen an der Zahl der Beschäftigten im Handwerk insgesamt (ca. 29%) rangierten die metallverarbeitenden Handwerke der Zahl ihrer Betriebe und der Höhe ihres Umsatzes nach um einiges vor den Bauhandwerken (Betriebe: 24 zu 17%; Umsatz: 31 zu 25%). Mit ihrem Umsatz kamen die Nahrungsmittelhandwerke in etwa auf die Größenordnung des Bauhandwerks (ca. 25%).

Rückläufige Tendenzen zeigten insbesondere die Bekleidungs-, Textil- und lederverarbeitenden Handwerke: Anteil der Betriebe an der Zahl der Handwerksbetriebe in Hamburg insgesamt 1949 = 28%, 1963 = 20%. Zunahmen wiesen namentlich die Handwerke für Gesundheits- und Körperpflege sowie chemische und Reinigungshandwerke aus: Anteil der Betriebe 1949 = 11%, 1963 = 16%.

Detlef Schmidt

Anhangtabelle

Betriebe, Beschäftigte 1956 und 1963 und Umsatz 1962 im Hamburger Handwerk

Systematik Nr.	Handwerksgruppen und Handwerkszweige	Betriebe (einschl. Nebenbetriebe)			Beschäftigte (ohne Heimarbeiter)			Gesamtumsatz in 1 000 DM
		1956	1963	Veränderung in %	1956	1963	Veränderung in %	
		1	2	3	4	5	6	7
1-7	Handwerk insgesamt	18 345	16 215	- 11,6	119 987	123 833	+ 3,2	3 011 219
	davon							
1	Bau- und Ausbauhandwerke	2 905	2 699	- 7,1	37 130	36 385	- 2,0	754 795
2	Metallverarbeitende Handwerke	4 205	3 946	- 6,2	30 975	35 928	+ 16,0	926 169
3	Holzverarbeitende Handwerke	1 449	1 141	- 21,3	8 883	7 466	- 16,0	161 238
4	Bekleidungs-, Textil- und lederverarbeitende Handwerke	4 407	3 217	- 27,0	12 292	9 161	- 25,5	159 113
5	Nahrungsmittelhandwerke	1 884	1 712	- 9,1	13 703	13 572	- 1,0	738 695
6	Handwerke für Gesundheits- und Körperpflege sowie chemische und Reinigungshandwerke	2 600	2 648	+ 1,8	13 123	16 512	+ 25,8	171 774
7	Glas-, Papier- und keramische Handwerke	895	852	- 4,8	3 881	4 809	+ 23,9	99 435
	Bau- und Ausbauhandwerke	2 905	2 699	- 7,1	37 130	36 385	- 2,0	754 795
	davon							
101	Maurerhandwerk	538	456	- 15,2	7 070	6 989	- 1,1	145 685
102	Beton- und Stahlbetonbau	16	25	+ 56,3	1 537	2 267	+ 47,5	52 036
103	Maurerhandwerk mit Beton- und Stahlbeton	183	212	+ 15,8	8 318	8 758	+ 5,3	188 165
104	Hochbau mit Zimmerei	64	49	- 23,4	2 244	1 466	- 34,7	33 451
105	Feuerungs- und Schornsteinbau	10	7	- 30,0	104	62	- 40,4	2 493
107	Zimmerei	123	66	- 46,3	772	377	- 51,2	7 418
108	Zimmerei mit Tischlerei	83	84	+ 1,2	1 309	827	- 36,8	22 929
109	Dachdeckerei	84	72	- 14,3	705	465	- 34,0	12 035
110	Straßenbau	60	59	- 1,7	3 418	2 775	- 18,8	52 888
111	Wärme-, Kälte- und Schallschutzbau	27	16	- 40,7	676	488	- 27,8	12 647
112	Mosaik-, Platten- und Fliesenlegerhandwerk	67	68	+ 1,5	1 137	1 505	+ 32,4	38 419
113	Betonstein- und Terrazzoherstellung	38	26	- 31,6	572	397	- 30,6	10 085
114	Steinholzlegerhandwerk	11	5	- 54,5	171	199	+ 16,4	8 329
115	Brunnenbau	21	19	- 9,5	136	142	+ 4,4	3 694
116	Steinmetzhandwerk	76	79	+ 3,9	413	496	+ 20,1	15 177
117	Steinbildhauerhandwerk	7	5	- 28,6	24	15	- 37,5	308
118	Stukkateurhandwerk	25	23	- 8,0	387	585	+ 51,2	12 305
119	Malerhandwerk	1 145	1 128	- 1,5	7 125	7 719	+ 8,3	118 670
120	Ofensetzerhandwerk	170	127	- 25,3	598	471	- 21,2	12 407
121	Schornsteinfegerhandwerk	154	173	+ 12,3	351	382	+ 8,8	5 654
	Metallverarbeitende Handwerke	4 205	3 946	- 6,2	30 975	35 928	+ 16,0	926 169
	davon							
201	Schmiede	98	56	- 42,9	373	179	- 52,0	5 187
202	Schmiede mit Schwerpunkt Fahrzeugbau	32	34	+ 6,2	213	266	+ 24,9	9 387
203	Schlosserei	364	273	- 25,0	3 030	2 180	- 27,8	51 547
204	Schlosserei mit Schwerpunkt Stahlbau	33	82	+148,5	668	1 619	+142,4	42 829
205	Schlosserei mit Schwerpunkt Waagenbau	22	15	- 31,8	109	63	- 42,2	1 183
206	Maschinenbauerhandwerk	174	180	+ 3,4	2 068	2 047	- 1,0	48 685
207	Werkzeugmacherhandwerk	44	27	- 38,6	466	282	- 39,5	4 768
208	Dreherhandwerk	21	24	+ 14,3	131	156	+ 19,1	2 906
209	Schweißerhandwerk	12	4	- 66,7	107	22	- 79,4	679
210	Mühlenbau	1						
211	Fahrradmechaniker-Handwerk	214	148	- 30,8	574	285	- 50,3	5 978
212	Büromaschinenmechaniker-Handwerk	117	121	+ 3,4	686	810	+ 18,1	14 464
213	Nähmaschinenmechaniker-Handwerk	22	18	- 18,2	63	41	- 34,9	729
214	Feinmechaniker-Handwerk	76	71	- 6,6	833	828	- 0,6	16 918
215	Feinoptiker-Handwerk	5			34			
216	Kraftfahrzeugreparatur	408	400	- 2,0	5 914	8 902	+ 50,5	293 861
217	Kraftfahrzeugelektriker-Handwerk	47	47	-	394	460	+ 16,8	7 480
218	Landmaschinenmechaniker-Handwerk	7	5	- 28,6	12	36	+200,0	496
219	Büchsenmacherhandwerk	11	10	- 9,1	29	38	+ 31,0	812
220	Geräteklempnerei	12	10	- 16,7	67	40	- 40,3	773
222	Kühlerherstellung und -reparatur	10	10	-	62	60	- 3,2	1 282
223	Gas- und Wasserinstallation	12	11	- 8,3	107	40	- 62,6	646

Noch: Anhangtabelle

Betriebe, Beschäftigte 1956 und 1963 und Umsatz 1962 im Hamburger Handwerk

Systematik Nr.	Handwerksgruppen und Handwerkszweige	Betriebe (einschl. Nebenbetriebe)			Beschäftigte (ohne Heimarbeiter)			Gesamtumsatz in 1 000 DM
		1956	1963	Veränderung in %	1956	1963	Veränderung in %	
		1	2	3	4	5	6	7
224	Gas- und Wasserinstallation mit Klempnerei ¹⁾	850	755	— 11,2	6 478	6 646	+ 2,6	164 740
225	Gas- und Wasserinstallation mit Zentralheizungs- und Lüftungsbau	7	15	+114,3	110	307	+179,1	11 499
226	Zentralheizungs- und Lüftungsbau	93	98	+ 5,3	1 258	1 487	+ 18,2	46 414
227	Kupferschmiede	26	22	— 15,4	280	511	+ 82,5	11 273
228	Elektroinstallation	619	575	— 7,1	3 891	4 417	+ 13,5	100 045
229	Elektromechaniker-Handwerk	47	72	+ 53,2	180	613	+240,6	12 443
230	Fernmeldemechaniker-Handwerk ..	5	9	+ 80,0	43	94	+118,6	2 009
231	Elektromaschinenbau	44	34	— 22,7	450	388	— 13,8	7 835
232	Radio- und Fernsehtechniker-Handwerk	169	222	+ 31,4	507	1 124	+121,7	19 262
233	Uhrmacherhandwerk	316	302	— 4,4	749	806	+ 7,6	16 417
234	Graveurhandwerk, Ziseleurhandwerk	50	43	— 14,0	144	178	+ 23,6	3 142
235	Galvaniseur- und Metallschleiferhandwerk	27	23	— 14,8	218	191	— 12,4	3 454
236	Gürtlerhandwerk, Metalldrückerhandwerk	25	22	— 12,0	181	160	— 11,6	3 315
237	Metallformer- und Metallgießerhandwerk	3			40			
239	Messerschmiede	27	26	— 3,7	76	80	+ 5,3	1 716
240	Goldschmiede	151	168	+ 11,3	412	453	+ 10,0	8 175
241	Silberschmiede	4	5	+ 25,0	14	35	+150,0	598
	Holzverarbeitende Handwerke	1 449	1 141	— 21,3	8 883	7 466	— 16,0	161 238
	davon							
301	Möbeltischlerei	251	152	— 39,4	1 100	843	— 23,4	15 862
302	Bautischlerei	155	154	— 0,6	1 233	1 200	— 2,7	27 593
303	Bau- und Möbeltischlerei	594	488	— 17,8	3 571	3 198	— 10,4	72 444
304	Sonstiges Tischlerhandwerk	104	100	— 3,8	416	316	— 24,0	5 066
305	Rolladen- und Jalousiebau	8	10	+ 25,0	86	80	— 7,0	2 465
306	Bootsbau, Schiffbau	66	60	— 9,1	1 090	667	— 39,8	13 647
307	Modellbau	22	21	— 4,5	206	197	— 4,4	3 228
308	Stellmacherei	30	18	— 40,0	48	27	— 43,7	413
309	Karosseriebau	43	32	— 25,6	467	570	+ 22,1	12 011
310	Drechslerhandwerk	22	17	— 22,7	50	29	— 42,0	494
311	Schirmmacherhandwerk	29	20	— 31,0	132	97	— 26,5	2 230
312	Holzbildhauerhandwerk	17			22			
313	Böttcherei	27	15	— 44,4	87	47	— 46,0	1 217
315	Bürstenmacherhandwerk	42	27	— 35,7	289	156	— 46,0	4 008
316	Pinselflechterhandwerk	1						
317	Korbmacherhandwerk	38	16	— 57,9	85	27	— 68,2	425
	Bekleidungs-, Textil- und lederverarbeitende Handwerke	4 407	3 217	— 27,0	12 292	9 161	— 25,5	159 113
	davon							
401	Herrenschneiderei	1 044	676	— 35,2	2 448	1 590	— 35,0	20 581
402	Damenschneiderei	1 047	664	— 36,6	2 535	1 613	— 36,4	10 816
403	Wäscheschneiderei	84	51	— 39,3	309	111	— 64,1	1 022
404	Korsettmacherei	19	16	— 15,8	42	47	+ 11,9	1 046
405	Stickerei	24	14	— 41,7	80	63	— 21,2	996
406	Strickerei	61	21	— 65,6	400	67	— 83,2	841
407	Putzmacherei	162	120	— 26,0	545	408	— 25,1	8 806
408	Weberhandwerk	19	35	+ 84,2	121	97	— 19,8	1 126
409	Seilerei	16	10	— 37,5	133	91	— 31,6	5 328
410	Segelmacherhandwerk	42	37	— 11,9	280	322	+ 15,0	12 507
411	Kürschnerei	162	142	— 12,3	1 097	884	— 19,4	25 615
412	Mützenmacherhandwerk	40	21	— 47,5	116	57	— 50,9	764
413	Handschuhmacherhandwerk	4			13			
414	Schuhmacherhandwerk	1 030	905	— 12,1	1 937	1 888	— 2,5	27 040
415	Orthopädienschuhmacherhandwerk ..	63	42	— 33,3	200	173	— 13,5	2 337
417	Gerberei	7			36			
418	Feintäschnerei	10	6	— 40,0	32	9	— 71,9	113
419	Sattlerei	63	35	— 44,4	132	75	— 43,2	1 607
420	Autosattlerei	32	25	— 11,9	121	127	+ 5,0	3 205
421	Sattlerei und Polstererhandwerk ..	80	47	— 41,2	217	111	— 48,8	2 211
422	Polsterer- und Dekorateurhandwerk ..	394	346	— 12,2	1 487	1 424	— 4,2	33 045

1) Fußnote s. nächste Seite.

Noch: Anhangtabelle

Betriebe, Beschäftigte 1956 und 1963 und Umsatz 1962 im Hamburger Handwerk

Systematik Nr.	Handwerksgruppen und Handwerkszweige	Betriebe (einschl. Nebenbetriebe)			Beschäftigte (ohne Heimarbeiter)			Gesamtumsatz in 1 000 DM
		1956	1963	Veränderung in %	1956	1963	Veränderung in %	1962 (vorläufig)
		1	2	3	4	5	6	7
	Nahrungsmittelhandwerke	1 884	1 712	— 9,1	13 703	13 572	— 1,0	738 695
	davon							
501	Bäckerhandwerk	506	358	— 29,2	5 617	4 064	— 27,6	115 658
502	Konditorenhandwerk	318	363	+ 14,2	2 410	2 903	+ 20,5	68 526
503	Fleischerei ²⁾	985	935	— 5,1	5 367	6 447	+ 20,1	541 891
504	Roßschlachtereier	54	41	— 24,1	203	106	— 47,8	5 371
505	Müllerhandwerk	21	15	— 28,6	106	52	— 50,9	7 249
	Handwerke für Gesundheits- und Körperpflege sowie chemische und Reinigungshandwerke	2 600	2 648	+ 1,8	13 123	16 512	+ 25,8	171 774
	davon							
601	Augenoptikerhandwerk	85	115	+ 35,2	480	721	+ 50,2	22 866
602	Bandagistenhandwerk	25	27	+ 8,0	113	131	+ 15,9	3 188
603	Orthopädiemechanikerhandwerk ..	15			219			
604	Chirurgie-Instrumentenherstellung und Chirurgiemechanik	3			54			
605	Zahntechnikerhandwerk	80	99	+ 23,7	513	731	+ 42,5	9 614
606	Herrenfriseure	545	383	— 29,8	926	665	— 28,2	5 946
607	Damenfriseure	751	933	+ 24,2	2 868	4 583	+ 59,8	37 193
608	Herren- und Damenfriseure	603	649	+ 7,6	3 498	4 368	+ 24,9	38 757
609	Färberei und Chemischreinigung ..	46	40	— 13,0	977	609	— 37,7	7 876
611	Wäscherei und Plätterei	322	245	— 23,9	2 421	1 920	— 20,7	21 361
612	Gebäudereinigung	125	136	+ 8,8	1 054	2 539	+140,8	19 495
	Glas-, Papier-, keramische und sonstige Handwerke	895	852	— 4,8	3 881	4 809	+ 23,9	99 435
	davon							
701	Lackiererhandwerk	53	54	+ 1,9	335	513	+ 53,1	9 380
702	Glaserei	288	240	— 16,7	1 180	1 805	+ 53,0	35 078
703	Glasschleiferei und Glasätzerei ...	16	11	— 31,3	76	46	— 39,5	829
704	Glasbläserei und Glasinstrumentenherstellung	6	5	— 16,7	46	19	— 58,7	528
705	Glas- und Porzellanmalerhandwerk ..	5	6	+ 20,0	23	21	— 8,7	577
706	Edelsteinschleiferei	5			10			
707	Fotografenhandwerk	229	192	— 16,2	722	712	— 1,4	12 051
708	Buchbinderei	75	74	— 1,3	574	407	— 29,1	4 516
709	Graphische Handwerke	24	100	+316,7	124	585	+371,8	11 670
710	Töpferei	7	12	+ 71,4	17	36	+111,8	608
711	Orgelbau	3			23			
712	Klavier- und Harmoniumbau	30	33	+ 10,0	55	43	— 21,8	555
713	Geigenbau	8	9	+ 12,5	15	14	— 6,7	387
714	Metallblasinstrumenten- und Schlagzeugbau	8	3	— 62,5	18	7	— 61,1	146
715	Holzblasinstrumentenbau	4			6			
716	Zupfinstrumentenbau	3			4			
717	Vergolderhandwerk	16	13	— 18,7	66	66	—	1 274
718	Schilder- und Lichtreklameherstellerhandwerk	57	43	— 24,6	246	169	— 31,3	3 672
719	Vulkaniseurhandwerk	58	48	— 17,2	341	325	— 4,7	17 176

Abweichungen in den Summen erklären sich durch Runden der Zahlen.

1) Um mit Angaben aus 1956 vergleichen zu können, erfolgte für 1963 eine Zusammenfassung der Handwerkszweige 221 Bauklempnerei und 224 Gas- und Wasserinstallation mit Klempnerei. Die getrennten Angaben für diese Handwerkszweige für 1963 lauten: 221: 132 Betriebe mit 2 169 Beschäftigten und 57 296 000 DM Umsatz; 224: 623 Betriebe mit 4 477 Beschäftigten und 107 444 000 DM Umsatz. — 2) Um mit Angaben aus 1956 vergleichen zu können, erfolgte für 1963 eine Zusammenfassung der Handwerkszweige 503 Fleischerei und 507 Groß- und Kopfschlächter. Die getrennten Angaben für diese Handwerkszweige für 1963 lauten: 503: 791 Betriebe mit 5 597 Beschäftigten und 390 752 000 DM Umsatz; 507: 144 Betriebe mit 850 Beschäftigten und 151 139 000 DM Umsatz.

Die Verteilung und Schichtung des veranlagten Vermögens in Hamburg

Ergebnisse der Vermögensteuerstatistik 1963

Die letzte statistisch ausgewertete Hauptveranlagung zur Vermögensteuer bezieht sich auf den 1. Januar 1960. Inzwischen haben konjunkturelle Einflüsse erhebliche Änderungen der Wirtschaftsstruktur und im Zusammenhang damit der Vermögensbildung und der Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland bewirkt, so daß die Ergebnisse der Statistik von 1960 für die Gegenwart nicht mehr beweiskräftig sind. Es erschien daher notwendig, die nach dem Stand vom 1. Januar 1963 durchgeführte Vermögensteuer-Hauptveranlagung wiederum statistisch auszuwerten. Rechtsgrundlage für die Durchführung der Vermögensteuerstatistik 1963 ist Artikel 8 des Gesetzes zur Änderung des Bewertungsgesetzes vom 10. August 1963 (BGBl. I, S. 676). Erste vorläufige Ergebnisse der Vermögensteuerstatistik 1963 sind auf Grund einer Vorwegaufbereitung bereits in dieser Zeitschrift (Jg. 1965, März-Heft, S. 63/64) veröffentlicht worden.

Da für die Beurteilung und weitere Verwertung der Ergebnisse der Vermögensteuerveranlagung, namentlich als Ausgangspunkt für Schätzungen des „Volksvermögens“, für internationale Vergleiche usw., die genaue Kenntnis des Umfangs des der Statistik zugrunde liegenden Materials von größter Wichtigkeit ist, werden einleitend die Grundsätze und Begriffe des Vermögensteuerrechts kurz zusammengefaßt.

I. Die methodischen und systematischen Grundlagen der Vermögensteuerstatistik

Ausgangspunkt für die Statistik der Vermögensteuerveranlagung 1963 bilden anonyme Durchschriften der Vermögensteuerbescheide, die dem Statistischen Landesamt von den Finanzämtern im Laufe des Jahres 1964 zugestellt wurden. Ein Vermögensteuerbescheid war von den Finanzämtern für jeden Steuerpflichtigen anzufertigen, der nach den Vermögensteuer-Richtlinien vom 13. September 1963 eine Vermögensteuererklärung abzugeben hatte.

Der unbeschränkten Vermögensteuerpflicht unterliegen nach dem Vermögensteuergesetz:

1. Natürliche Personen, die in der Bundesrepublik einen Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben,
2. Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die in der Bundesrepublik ihre Geschäftsleitung oder ihren Sitz haben; hierzu zählen
 - a) Kapitalgesellschaften,
 - b) Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften,
 - c) Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit,
 - d) sonstige juristische Personen des privaten Rechts,
 - e) nichtrechtsfähige Vereine, Anstalten, Stiftungen und andere Zweckvermögen,
 - f) Kreditanstalten des öffentlichen Rechts,

- g) Gewerbebetriebe im Sinne des Gewerbe-steuergesetzes von juristischen Personen des öffentlichen Rechts, soweit sie nicht bereits unter f) fallen.

Beschränkt vermögensteuerpflichtig sind natürliche Personen ohne Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt und Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen ohne Geschäftsleitung oder Sitz in der Bundesrepublik.

Personengesellschaften, wie Offene Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften und ähnliche Gesellschaften, bei denen die Gesellschafter als Unternehmer anzusehen sind, unterliegen als solche nicht der Vermögensteuerpflicht. Ihr Vermögen wird anteilig den Gesellschaftern zugerechnet, die als natürliche Personen zur Vermögensteuer herangezogen werden.

Dem Vermögensteuerrecht entsprechend wurde in der Statistik zwischen unbeschränkt und beschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen und Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen unterschieden. Die letztere Gruppe wird künftig kurz als „Gesellschaftsunternehmen“ bezeichnet (nach der Terminologie des Statistischen Bundesamtes „nichtnatürliche Personen“).

Die Bewertung des der Vermögensteuer unterliegenden Vermögens erfolgte nach den Grundsätzen des Bewertungsgesetzes. Bemessungsgrundlage war der — auf volle 1000 DM abgerundete — Wert des Gesamtvermögens (bei unbeschränkt Steuerpflichtigen) oder des Inlandsvermögens (bei beschränkt Steuerpflichtigen). Zu seiner Ermittlung wurde bei natürlichen Personen und bei den Gesellschaftsunternehmen, die nicht unter § 56 Abs. 1 Ziffer 1 bis 6 BewG fallen, zunächst das Rohvermögen festgestellt, das sich zusammensetzt aus:

- a) dem land- und forstwirtschaftlichen Vermögen,
- b) dem Grundvermögen,
- c) dem Betriebsvermögen und
- d) dem sonstigen (Kapital-)Vermögen.

Dabei wurden für die beiden ersten Vermögensarten die festgesetzten Einheitswerte vom 1. Januar 1935 angesetzt, während für das Betriebsvermögen die auf den 1. Januar 1963 ermittelten Einheitswerte maßgebend waren. Bei den zum Betriebsvermögen gehörenden Betriebsgrundstücken sind ebenfalls die erstarrten Werte von 1935 übernommen. Auch notwendig gewordene Wertfortschreibungen und Nachfeststellungen sind nach den Preisverhältnissen von 1935 bewertet. Weiter ist zu beachten, daß die Einheitswerte des Grundbesitzes Rohvermögenswerte, die Einheitswerte des Betriebsvermögens aber Reinvermögenswerte darstellen; die beiden Vermögensgruppen unterscheiden sich dadurch, daß beim Reinvermögen die mit der wirtschaftlichen Nutzung der Vermögen

im Zusammenhang stehenden Schulden bereits bei der Feststellung des Einheitswertes abgesetzt worden sind.

Beim sonstigen Vermögen handelt es sich um Wirtschaftsgüter, die weder zum land- und forstwirtschaftlichen Vermögen noch zum Grundvermögen oder zum Betriebsvermögen rechnen. Es sind entweder Rechte, wie z. B. verzinsliche und unverzinsliche Kapitalforderungen, Guthaben und Zahlungsmittel, Beteiligungen (Aktien, GmbH-Anteile), Urheberrechte, Erfindungen und Versicherungsansprüche oder körperliche Gegenstände, jedoch nur, soweit sie im § 67 BewG aufgezählt sind, z. B. Edelmetalle, Edelsteine, Perlen, Kunstgegenstände. Für diese Wirtschaftsgüter bestehen keine Einheitswerte; die Werte wurden bei der Vermögensteueranlagung 1963 eigens ermittelt. Dabei sind Kapitalforderungen und Guthaben mit dem Nennwert angesetzt, sofern nicht ein höherer oder niedrigerer Wert gerechtfertigt war. Für Wertpapiere war zumeist der Kurswert maßgebend. Körperliche Gegenstände wurden mit dem gemeinen Wert bewertet, d. h. der im gewöhnlichen Geschäftsverkehr erzielbare Veräußerungspreis.

Nach Abzug der Schulden und sonstigen Abzüge von der Summe der vier Vermögensarten ergibt sich das vermögensteuerliche Gesamtvermögen. Unter die vom Rohvermögen abzugsfähigen Schulden fallen auch diejenigen Schulden von Steuerpflichtigen mit Betriebsvermögen, die keine Betriebs-schulden sind; wie insbesondere Vermögensabgabe, Darlehns-schulden und Steuerschulden des Pflichtigen.

Einer Zusammenrechnung der Werte aus den einzelnen Vermögensarten bedarf es nicht bei den unter § 56 Abs. 1 Ziff. 1 bis 6 BewG fallenden steuerpflichtigen inländischen Gesellschaftsunternehmen, da grundsätzlich angenommen wird, daß alle ihnen zugehörigen Wirtschaftsgüter Betriebsvermögen darstellen. Das Gesamtvermögen dieser Gesellschaften ergibt sich im Sinne des Vermögensteuergesetzes durch Abzug der rückständigen Vermögensabgabe und des Zeitwerts der Vermögensabgabe vom Einheitswert des Betriebsvermögens.

Zur Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens wird bei unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen das Gesamtvermögen um die Freibeträge nach § 5 VStG gekürzt. Sie betragen seit 1960 je 20 000 DM, und zwar sowohl für den Steuerpflichtigen als auch für die Ehefrau und für jedes Kind, das das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat. Den persönlichen Verhältnissen wird weiter durch Berücksichtigung des Alters oder der Erwerbsunfähigkeit Rechnung getragen, wenn folgende Voraussetzungen gegeben sind: Der Steuerpflichtige (oder einer der Ehegatten) muß über 60 Jahre alt oder voraussichtlich für mindestens drei Jahre erwerbsunfähig sein und sein Gesamtvermögen darf 100 000 DM nicht überschreiten; in diesem Fall beträgt der zusätzliche Freibetrag 5000 DM. Dieser Betrag erhöht sich auf 25 000 DM, wenn der Steuerpflichtige das 65. Lebensjahr vollendet hat oder

voraussichtlich für mindestens drei Jahre erwerbsunfähig ist, sein Gesamtvermögen nicht mehr als 200 000 DM beträgt und außerdem die Ansprüche des Steuerpflichtigen aus der Sozialversicherung, aus Pensionen oder aus sonstigen Rentenversicherungen insgesamt einen Jahreswert von 3600 DM nicht übersteigen.

Als steuerpflichtiges Vermögen gilt bei unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen der Vermögensbetrag, der nach Abrundung des Gesamtvermögens auf volle 1000 DM und nach Abzug der vorstehenden Freibeträge vom Gesamtvermögen verbleibt. Bei den beschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen und Gesellschaftsunternehmen unterscheidet sich das Inlandsvermögen vom steuerpflichtigen Vermögen lediglich durch die Abrundungsdifferenz. Bei den unbeschränkt steuerpflichtigen Gesellschaftsunternehmen ist das steuerpflichtige Vermögen mit einigen Ausnahmen gleich dem abgerundeten Gesamtvermögen. Nach § 6 Abs. 1 VStG wird bei Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Kolonialgesellschaften und bergrechtlichen Gewerkschaften ein Betrag von 50 000 DM, bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung ein Betrag von 20 000 DM (oder 5000 DM, sofern sie bereits am Stichtag der DM-Eröffnungsbilanz bestanden haben) als Mindestvermögen der Besteuerung zugrunde gelegt. Soweit das Gesamtvermögen dieser Kapitalgesellschaften niedriger ist als das zu versteuernde Mindestvermögen, tritt bei Festsetzung der Steuerschuld an seine Stelle der gesamte Mindestbetrag. Für die übrigen unbeschränkt steuerpflichtigen Gesellschaftsunternehmen ist eine Besteuerungsfreigrenze in Höhe von 10 000 DM eingeräumt. Bei den beschränkt Vermögensteuerpflichtigen wurde bereits das 2000 DM übersteigende Inlandsvermögen zur Steuer herangezogen.

Die Vermögensteuer wird vom steuerpflichtigen Vermögen erhoben. Der Steuersatz beträgt jährlich 1%; mit einem ermäßigten Steuersatz von 0,75% wurde jener Teil des steuerpflichtigen Vermögens erfaßt, der den Betrag der nach § 31 LAG festgesetzten Vermögensabgabeschuld nicht überstieg. Die Vermögensteuer wird also nach einem Proportionaltarif erhoben, der sich aber durch die Freibeträge in gewissem Umfang wie ein progressiver Tarif auswirkt.

Von der Vermögensteuer befreit sind nach §§ 3 und 3a VStG u. a. insbesondere die Deutsche Bundespost, die Deutsche Bundesbahn, das Unternehmen „Reichsautobahnen“, die Monopolverwaltungen des Bundes und der staatlichen Lotterieunternehmungen, die Deutsche Bundesbank, die Staatsbanken, soweit sie Aufgaben staatswirtschaftlicher Art erfüllen; Unternehmen, deren Anteile sich ausschließlich in der Hand des Bundes, eines Landes, einer Gemeinde oder eines Zweckverbandes befinden und deren Erträge ausschließlich einer Gebietskörperschaft zufließen; sowie Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die nach der Satzung, Stiftung oder sonstigen Verfassung und nach ihrer tatsächlichen Geschäftsführung aus-

schließlich und unmittelbar kirchlichen, gemeinnützigen oder mildtätigen Zwecken dienen.

Abschließend sei hervorgehoben, daß der Vermögensteuerstatistik nur solche Werte des Vermögens zugrunde liegen, an deren Erfassung ein steuerliches Interesse besteht. Das ist im wesentlichen der geldertragsfähige Teil des Gesamtvermögens, nämlich das Erwerbsvermögen, während das Gebrauchsvermögen, wie Hausrat, Möbel, Kleidung, private Kraftfahrzeuge und sonstige Wirtschaftsgüter, weitgehend von einer vermögenssteuerlichen Belastung befreit ist. Es fehlen weiter die unter der steuerlichen Erfassungsgrenze liegenden Vermögenswerte und schließlich ist die Aussagefähigkeit der Ergebnisse durch die erwähnten besonderen steuerlichen Bewertungsvorschriften stark eingeengt. Daraus folgt, daß die nachstehenden Ergebnisse der Vermögensteuerstatistik über das Vermögen der natürlichen Personen zu niedrige Werte liefern; im zeitlichen Vergleich sind die Zahlen jedoch einigermaßen richtige Indizien für das Ausmaß der Vermögensbildung.

In diesem Zusammenhang ist weiter zu berücksichtigen, daß nach § 6 Abs. 1 VStDV (in der Fassung vom 19. August 1963) für unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen nur dann die Verpflichtung zur Abgabe einer Vermögensteuererklärung besteht, wenn das Gesamtvermögen 20 000 DM bzw. bei zusammen veranlagten Personen das entsprechende Vielfache überschreitet. Diese in Anpassung an die bereits 1960 erhöhten persönlichen Freibeträge getroffene Regelung bewirkte, daß in der Vermögensteuerstatistik 1963 — im Gegensatz zu 1960 — zahlreiche Steuerpflichtige, insbesondere „Steuerbefreite“ nicht mehr erfaßt worden sind und nunmehr zum Kreis der sogenannten „nv-Fälle“ zählen.

II. Ergebnisse der Vermögensteuerstatistik 1963

1. Steuerpflichtige und Vermögen

Im Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg wurden bei der Hauptveranlagung zur Vermögensteuer

1963 rund 24 500 Vermögensteuerpflichtige erfaßt. Das Gesamtvermögen dieser Pflichtigen betrug im Sinne des Vermögensteuerrechts 12,1 Mrd. DM, so daß im Durchschnitt auf einen Steuerpflichtigen ein Gesamtvermögen von 495 500 DM kam.

Der Vergleich der Ergebnisse für veranlagte Steuerpflichtige und Gesamtvermögen 1963 mit denen der vorhergehenden Vermögenssteueranmeldung 1960 läßt nicht unerhebliche Änderungen erkennen.¹⁾ Einer Zunahme der veranlagten Pflichtigen — um 8,4 % — steht eine verhältnismäßig starke Zunahme des Gesamtvermögens — um 21,8 % — gegenüber; das bedeutet, daß sich der jährliche Vermögenszuwachs im Durchschnitt der Jahre 1960 bis 1963 auf rund 7 % belief, also erheblich schwächer war als in den Jahren 1957 bis 1960 (rund 18 %). Die Struktur der Pflichtigen und die Verteilung des Gesamtvermögens auf die verschiedenen Arten von Steuerpflichtigen ist im allgemeinen die gleiche wie bei der vorhergehenden Veranlagung geblieben. Wiederum entfällt weitaus die Mehrzahl aller Pflichtigen (20 543 Veranlagte oder 83,9 % aller Veranlagten) auf natürliche Personen. Ihr Gesamtvermögen beträgt 5,41 Mrd. DM oder 44,6 % des gesamten Vermögens. Der Rest: 3931 Steuerpflichtige mit einem Gesamtvermögen von 6,72 Mrd. DM sind Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen (Gesellschaftsunternehmen). Die stärkere Vermögenskonzentration in der Hand von Gesellschaftsunternehmen tritt in der Durchschnittshöhe des Gesamtvermögens je Pflichtigen in Erscheinung. Sie beträgt bei den Gesellschaftsunternehmen: 1 708 800 DM, bei den natürlichen Personen 263 400 DM je Pflichtigen. Sowohl bei den natürlichen Personen als auch bei den Gesellschaftsunternehmen spielen die unbeschränkt Steuerpflichtigen naturgemäß die Hauptrolle (vgl. Tabelle 1).

¹⁾ Vgl. Hamburg in Zahlen, Jg. 1963, Juli-Heft, S. 191 ff. — Das Vermögen und seine Besteuerung in Hamburg — und August-Heft, S. 217 ff. — Das Vermögen der Gesellschaftsunternehmen nach dem Stand vom 1. Januar 1960.

Tabelle 1.

Das Gesamtvermögen der Vermögensteuerpflichtigen in Hamburg 1963 nach Art der Steuerpflichtigen

Art der Steuerpflichtigen	Steuerpflichtige				Gesamtvermögen 1)					
	Anzahl	% der Pflichtigen insges.	Veränderungen gegenüber 1960		Mio DM	% des Gesamtvermögens insges.	Veränderungen gegenüber 1960		je Steuerpflichtigen	
			absolut	%			Mio DM	%	1963	1960
	1	2	3	4	5	6	7	8	1 000 DM	
9	10									
Natürliche Personen insgesamt	20 543	83,9	+1 400	+ 7,3	5 410,5	44,6	+ 943,9	+21,1	263,4	233,2
davon unbeschränkt Steuerpflichtige	19 277	78,8	+1 568	+ 8,9	5 294,2	43,7	+ 900,6	+20,6	274,6	248,1
davon Steuerbelastete	17 292	70,7	+3 091	+21,8	5 199,0	42,9	+ 972,0	+23,0	300,7	297,7
Steuerbefreite	1 985	8,1	-1 523	-43,4	95,2	0,8	- 71,4	-42,9	48,0	47,5
beschränkt Steuerpflichtige	1 266	5,1	- 168	-11,7	116,3	0,9	+ 43,3	+59,3	91,9	50,9
Gesellschaftsunternehmen insg. davon	3 931	16,1	+ 501	+14,6	6 717,2	55,4	+1 236,5	+22,4	1 708,8	1 597,9
unbeschränkt Steuerpflichtige darunter mit Mindestvermögen	3 757	15,4	+ 459	+13,9	6 633,3	54,7	+1 206,5	+22,1	1 765,6	1 645,5
Veranlagte ²⁾	1 290	5,3	+ 166	+14,8	7,4	0,6	+ 1,0	+15,6	5,7	5,2
beschränkt Steuerpflichtige	174	0,7	+ 42	+31,8	83,9	0,7	+ 30,0	+55,7	482,2	408,3
Steuerpflichtige insgesamt	24 474	100	+1 901	+ 8,4	12 127,7	100	+2 180,4	+21,8	495,5	440,7
davon unbeschränkt Steuerpflichtige	23 034	94,1	+2 027	+ 9,6	11 927,5	98,3	+2 107,1	+21,4	517,8	467,5
beschränkt Steuerpflichtige	1 440	5,9	- 126	- 8,0	200,2	1,7	+ 73,3	+57,8	139,0	81,0

1) Bei beschränkt Steuerpflichtigen = Inlandsvermögen. — 2) Veranlagte mit einem negativen Gesamtvermögen sind in der Betragsspalte mit 0 DM angesetzt.

Die einzelnen Gruppen von Steuerpflichtigen sind an den festgestellten allgemeinen Veränderungen nicht gleichartig beteiligt. Die beschränkt Steuerpflichtigen haben im Gegensatz zu den unbeschränkt Steuerpflichtigen, deren Zahl von 1960 auf 1963 um 9,6 % gestiegen ist, eine Abnahme um 8,0 % erfahren. Demgegenüber hat sich das Gesamtvermögen der beschränkt Steuerpflichtigen stärker vermehrt (+ 57,8 %) als das der unbeschränkt Steuerpflichtigen (+ 21,4 %). Unter den unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen sind 1963 rund 17 300 Steuerpflichtige festgestellt worden, die eine Vermögensteuer zu entrichten hatten (Steuerbelastete). Bei den übrigen 2000 Veranlagten handelt es sich um unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen, bei denen nach Abzug der Freibeträge nach § 5 VStG vom Gesamtvermögen ein steuerpflichtiges Vermögen nicht mehr verblieb (Steuerbefreite). Gegenüber 1960 ist die Zahl der Steuerbefreiten aus den eingangs erwähnten Gründen um 43,4 % gesunken, während die Steuerbelasteten einen Zuwachs an Steuerpflichtigen um rund 3000 Personen oder 21,8 % zu verzeichnen haben.

Die Durchsetzung der Bevölkerung mit Steuerpflichtigen ist bei einer Bevölkerungszahl von 1 854 637 Einwohnern 1963 um ein geringes stärker geworden als 1960. Auf 10 000 Einwohner entfielen 1963 104 zur Vermögensteuer veranlagte unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen, während es 1960 nur 96 waren. Die gezeigte Entwicklung des Gesamtvermögens findet ihren Ausdruck in einer Steigerung des auf die Bevölkerung umgerechneten Gesamtvermögens. Dieses stieg in Hamburg im Durchschnitt von 2390 DM je Einwohner (1960) auf 2850 DM je Einwohner (1963); im gleichen Sinne entwickelte sich auch das durchschnittlich in der Hand einer unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Person befindliche Gesamtvermögen: es stieg von 248 100 DM auf 274 600 DM.

2. Die Struktur des Rohvermögens

Die Verteilung der veranlagten unbeschränkt natürlichen Personen und des Rohvermögens auf die vier Vermögensarten gibt ein Bild von der Vermögensstruktur in Hamburg (vgl. Tab. 2).

Was die Verteilung der Steuerpflichtigen selbst betrifft, so ist darauf hinzuweisen, daß die Summe der

in den einzelnen Vermögensarten ausgewiesenen Pflichtigen nicht der Zahl der zur Vermögensteuer veranlagten Steuerpflichtigen überhaupt entspricht. Sie ist vielmehr erheblich höher, weil der einzelne Vermögensteuerpflichtige Vermögen verschiedener Art besitzen kann und in diesem Fall bei jeder Vermögensart gesondert erfaßt wird (im Durchschnitt kamen 1963 auf jeden Steuerpflichtigen etwa 2 Vermögensarten). Weiter muß bei den Betragsspalten der Tabelle 2 beachtet werden, daß die Summe der auf die vier Vermögensarten entfallenden Anteilsätze Hundert um einen Bruchteil übersteigt. Dies hängt mit dem Vorhandensein überschuldeter Gewerbebetriebe zusammen, deren Minus-Einheitswert nicht beim Betriebsvermögen, sondern erst beim Rohvermögen in Abzug kommt.

In Hamburg ergibt sich folgende Verteilung des Rohvermögens der Pflichtigen insgesamt: auf das Grundbesitzvermögen entfallen etwas über ein Zehntel, auf das Betriebsvermögen etwas weniger als vier Zehntel und auf das sonstige Vermögen fünf Zehntel des Rohvermögens. Dieses Verteilungsbild bedarf jedoch insofern einer gewissen Berichtigung, als die Bedeutung der einzelnen Vermögensarten, wie sie in ihrem prozentualen Anteil am Rohvermögen zum Ausdruck kommt, durch die Besonderheit und Stellung des Grundbesitz- und des Betriebsvermögens weitgehend bedingt ist. Das Grundbesitzvermögen beeinflusst die Verteilung durch den Umstand, daß — wie schon oben erwähnt — die erstarrten Werte von 1935 eingesetzt sind; somit ist sein Anteil am Rohvermögen unrealistisch. Beim Betriebsvermögen sind die Schulden und sonstigen Abzüge bereits in Abzug gebracht, auch hier dürfte also der vom Hundertsatz zu gering sein.

Das sonstige (Kapital-) Vermögen, im wesentlichen bestehend aus Aktien oder sonstigen Anteilen, Kapitalforderungen, Sparguthaben usw., steht mit einer Pflichtigenzahl von insgesamt 14 775 und einem Vermögensbetrag von 3,15 Mrd. DM an der Spitze aller Vermögensarten. Es hat auch von allen Arten die auffallendste Entwicklung aufzuweisen. Bei der ersten Vermögensteuerstatistik nach dem Kriege (1953) betrug das sonstige Vermögen in Hamburg noch 430 Mio DM, stieg dann 1957 auf 1,07 Mrd. DM, 1960 auf 2,57 Mrd. DM, um dann weiter 1963 um fast ein Viertel auf über 3 Mrd. DM

Tabelle 2

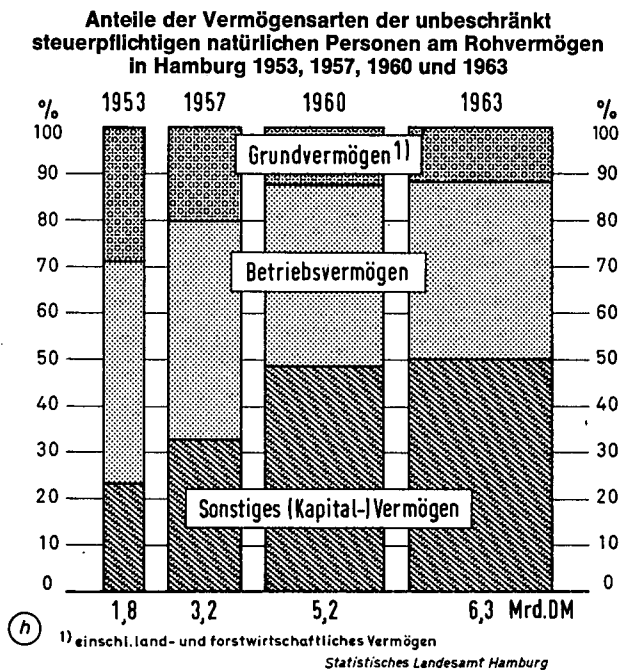
Rohvermögen der unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen in Hamburg 1963 nach Vermögensarten

Vermögensarten Rohvermögen	Steuerpflichtige 1)			Beträge					je Steuerpflichtigen	
	Anzahl	Veränderungen gegenüber 1960		Mio DM	% des Rohvermögens	Veränderungen gegenüber 1960		% des Rohvermögens 1960	1963	1960
		absolut	%			Mio DM	%		1 000 DM	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Land- und forstwirtschaftliches Vermögen	1 159	+ 130	+12,6	31,7	0,5	+ 4,9	+18,3	0,5	27,4	26,0
Grundvermögen	12 217	+1 028	+ 9,2	632,6	11,1	+ 81,2	+13,3	11,6	56,7	54,6
Betriebsvermögen	11 635	+ 685	+ 6,3	2 393,8	38,3	+ 342,9	+16,7	39,1	205,7	187,3
Sonstiges Vermögen ..	14 775	+2 160	+17,1	3 150,6	50,4	+ 584,8	+22,8	48,9	213,2	203,4
Rohvermögen	19 277	+1 568	+ 8,9	6 254,12	100,32	+1 004,9	+19,1	100,12	324,4	296,4

1) Steuerpflichtige sind bei jeder für sie in Betracht kommenden Vermögensart gezählt. — 2) Da beim Betriebsvermögen die Werte der überschuldeten Betriebe nicht abgesetzt sind, ihre Überschuldung jedoch bei der Bildung des Rohvermögens berücksichtigt ist, ergibt die Summe der Vermögensartenbeträge einen um die Überschuldung höheren Betrag als das ausgewiesene Rohvermögen (1963 = 168 Fälle mit einem Minusbetrag von 14,7 Mio DM).

zu steigen. Mit der Entwicklung des Vermögensbetrages von 1960 auf 1963 ging auch eine gleichzeitig verlaufende Entwicklung der Pflichtigenzahl vonstatten; sie bleibt jedoch in ihrem Ausmaß gegenüber dem Zuwachs des Kapitalvermögens zurück (+ 17,1 %). Die durchschnittliche Höhe des auf einen Pflichtigen entfallenden sonstigen Vermögens ist ebenfalls gegenüber der letzten Veranlagung nicht unerheblich gestiegen; und zwar von 203 400 DM auf 213 200 DM.

Schaubild 1



Grundvermögen, d. h. der Grund und Boden einschließlich der Bestandteile (insbesondere der Gebäude) und des Zubehörs, jedoch mit Ausnahme desjenigen Grund und Bodens, einschließlich der Gebäude, der zu einem land- und forstwirtschaft-

lichen Betrieb gehört, im wesentlichen also Grundstücke, die Wohnzwecken dienen, und Baugelände, wird in der Vermögensteuerstatistik 1963 in Händen von 12 217 Steuerpflichtigen und mit einem Betrage von 0,69 Mrd. DM ausgewiesen. Die Entwicklung des Grundvermögens zeigt gegenüber 1960 ebenfalls eine Zunahme sowohl in der Zahl der Pflichtigen (+ 9,2 %) als auch im Betrage (+ 13,3 %). Diese Bewegung dürfte, da eine Neubewertung des Grundbesitzes nicht erfolgt ist, auf einer Zunahme an Grundstücksbesitzern und dem damit verbundenen Zuwachs an Grundvermögen beruhen.

Das Betriebsvermögen stellt — wie oben erwähnt — als einzige Vermögensart ein Reinvermögen dar, in welchem also die mit den gewerblichen Betrieben in wirtschaftlichem Zusammenhang stehenden Schulden und sonstigen Abzüge bereits abgesetzt sind. Am Betriebsvermögen sind 11 635 unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen mit einem Betrag von 2,39 Mrd. DM beteiligt. Gegenüber 1960 ist auch beim Betriebsvermögen ein wenn auch nicht so starker Zuwachs wie beim Kapitalvermögen festzustellen, bei den Pflichtigen nur um 6,3 %, beim Betriebsvermögen selbst um 16,7 %.

Durch die Erfassung der einzelnen Arten des sonstigen (Kapital-) Vermögens im Rahmen der Vermögensteuerstatistiken 1960 und 1963 ist es möglich geworden, erstmals auch ein Bild von der Entwicklung dieser Vermögensart zu geben. Wie aus den Zahlenwerten der Tabelle 3 hervorgeht, entfiel auch 1963 der weitaus größte Anteil auf Kapitalvermögen. Durch die Freibeträge von höchstens 10 000 bzw. 20 000 DM ist das ermittelte Brutto-Kapitalvermögen um 222,1 Mio DM vermindert worden, so daß ein Netto-Kapitalvermögen in Höhe von 3,06 Mrd. DM verblieb, das sind mehr als 97 % des gesamten sonstigen Vermögens. Es handelt sich dabei insbesondere um das in Wertpapieren, Geschäftsanteilen, Gesellschaftseinlagen und Geschäftsguthaben angelegte Vermögen. Es folgen die Ver-

Tabelle 3

Sonstiges Vermögen der unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen in Hamburg 1963 nach Erfassungsarten

Erfassungsarten	Fälle			Beträge				Durchschnittsbetrag	
	Anzahl	Veränderungen gegenüber 1960		Mio DM	% des sonstig. Vermögens insges.	Veränderungen gegenüber 1960		1963	1960
		absolut	%			Mio DM	%		
	1	2	3	4	5	6	7	1 000 DM	
8	9								
Kapitalforderungen	9 573	+ 2 003	+ 26,5	451,1	14,3	+ 151,1	+ 50,4	47,1	39,6
Zahlungsmittel, Sparguthaben und dgl.	12 959	+ 1 879	+ 17,0	622,0	19,7	+ 189,9	+ 43,9	48,0	39,0
Wertpapiere, Anteile und Geschäftsguthaben	11 020	+ 1 888	+ 20,7	2 207,1	70,1	+ 269,1	+ 13,9	200,3	212,2
Zusammen	33 552	+ 5 770	+ 20,8	3 280,2	.	+ 610,1	+ 22,8	97,8	96,1
Abzüglich Freibeträge v. höchstens 10 000 bzw. 20 000 DM	14 686	+ 2 180	+ 17,4	222,1	.	+ 30,4	+ 15,9	15,1	15,3
Verbleibendes Kapitalvermögen ...				3 058,1	97,1	+ 579,8	+ 23,4		
Ansprüche aus Lebens-, Kapital- und Rentenversicherung ¹⁾	632	+ 352	+ 125,7	9,4	0,0	+ 5,0	+ 113,6	14,9	15,7
Kapitalwert von Renten und Nießbrauchrechten	913	+ 230	+ 33,7	70,0	2,2	+ 1,4	+ 2,0	76,7	100,4
Übriges sonstiges Vermögen	256	+ 30	+ 13,3	13,1	0,4	- 1,3	- 9,0	51,2	63,7
Sonstiges Vermögen insgesamt ...	14 775	+ 2 160	+ 17,1	3 150,6	100	+ 584,8	+ 22,8	213,2	203,4

¹⁾ Nach Abzug der Freibeträge.

mögenswerte aus Bankguthaben, Spareinlagen und dgl. Demgegenüber spielt das aus Ansprüchen aus Lebens-, Kapital- und Rentenversicherungen, aus dem Kapitalwert von Renten und Nießbrauchrechten sowie aus den übrigen sonstigen Vermögen zusammengesetzte Vermögen nur eine untergeordnete Rolle.

Gegenüber 1960 hat sich die Zusammensetzung des sonstigen Vermögens bei den unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen nicht grundlegend geändert. Bemerkenswert ist allerdings, daß die Zahl der Fälle mit Vermögen aus Wertpapieren, Anteilen und Geschäftsguthaben von 9132 im Jahre 1960 um rund ein Fünftel auf 11 020 zugenommen hat, die Beträge dagegen nur um 13,9% (von 1,94 Mrd. DM auf 2,21 Mrd. DM). Im Gegensatz hierzu betrug die Wachstumsrate der Kapitalforderungen 50,4% und die der Sparguthaben, Bankguthaben und dgl. 43,9%. Die geringere Zuwachsquote bei den Wertpapieren dürfte ein Ausdruck des Fallens des durchschnittlichen Kursniveaus der Aktien von 710 am Jahresende 1960 auf 545 am Jahresende 1963 gewesen sein.²⁾

Das Rohvermögen der beschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen ist gegenüber der Veranlagung 1960 um fast die Hälfte gestiegen, also wesentlich stärker als das der unbeschränkt Steuerpflichtigen (+ 19,1%). Die Zusammensetzung des Rohvermögens der beschränkt Steuerpflichtigen hat sich insofern geändert, als das Betriebsvermögen, das 1960 nach der Höhe seines Anteils am Rohvermögen 52% betrug, erheblich an Bedeutung gewonnen hat, und zwar beträgt der Anteilssatz des Betriebsvermögens am Rohvermögen 65% (1963).

3. Schulden und Gesamtvermögen

Zur Ermittlung des Gesamtvermögens wird bei den natürlichen Personen und bei den Gesellschaftsunternehmen, soweit sie nicht unter § 56 BewG fallen,

das Rohvermögen um die Schulden und einige andere Abzüge gekürzt. Die von der Vermögensteuerstatistik ausgewiesenen Abzüge enthalten alle im Veranlagungszeitpunkt tatsächlich und wirtschaftlich bestehenden Schulden und Lasten, soweit sie nicht in wirtschaftlichem Zusammenhang mit Wirtschaftsgütern stehen, die nach den Vorschriften des Vermögensteuerrechts oder anderer Gesetze von der Vermögenbesteuerung ausdrücklich ausgenommen sind.

Bei der Veranlagung 1963 treten insgesamt 16 557 Steuerpflichtige mit einem Gesamtbetrag an Schulden und sonstigen Abzügen in Höhe von 994 Mio DM in Erscheinung. Pflichtige sowohl als auch Schuldenbetrag gehören ganz überwiegend zu den natürlichen Personen und hierunter wiederum zu den unbeschränkt Steuerpflichtigen, da Schulden und sonstige Abzüge in der Vermögensteuerstatistik bei Gesellschaftsunternehmen nur in Ausnahmefällen vorkommen können und im allgemeinen — wie verschiedentlich erwähnt — in ihrem Betriebsvermögen berücksichtigt sind. Gegenüber 1960 ist bei einer Zunahme der Pflichtigen mit Schulden und sonstigen Abzügen (+ 8,1%) eine verhältnismäßig stärkere Erhöhung des Schuldenbetrages um 105,3 Mio DM oder 11,8% zu verzeichnen. Die Verschuldung selbst, d. h. das Verhältnis der ausgewiesenen Schulden und sonstigen Abzüge zu dem Rohvermögensbetrage, mit dem diese Schulden und Abzüge auch tatsächlich in wirtschaftlicher Beziehung stehen — also dem Rohvermögen mit Ausnahme der Betriebsvermögen — hat sich nur wenig geändert; betrug sie 1960 im Durchschnitt 16,3%, so beziffert sie sich 1963 auf 15,3%. Diese Entwicklung ist in der Hauptsache auf die von Jahr zu Jahr abnehmende Bedeutung der Lastenausgleichsabgabeschuld zurückzuführen. So war der Gesamtbetrag dieser Abgaben in Höhe von 178,4 Mio DM um 33,0 Mio DM oder 15,6% niedriger als 1960, so daß ihr Anteil an den gesamten Schulden von 23,9% auf 17,9% zurückgegangen ist. Die nicht aus diesen Lastenausgleichsabgaben bestehenden Schulden haben sich demgegenüber um

²⁾ Diese Zahlen gelten für das Bundesgebiet auf der Basis 31. 12. 1953 = 100.

Tabelle 4

Rohvermögen, Schulden und sonstige Abzüge der Vermögensteuerpflichtigen in Hamburg 1963 nach Art der Steuerpflichtigen

Art der Steuerpflichtigen	Rohvermögen		Schulden und sonstige Abzüge								Gesamtvermögen ²⁾ Mio DM
	Steuerpflichtige Anzahl	Betrag in Mio DM	Steuerpflichtige				Beträge				
			Anzahl	% der Pflichtigen mit Rohvermögen (Sp. 1)	Veränderungen gegenüber 1960		Mio DM	% des Rohvermögens (Sp. 2)	Veränderungen gegenüber 1960		
					absolut	%			Mio DM	%	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
Natürliche Personen insges.	20 543	6 392,4	16 452	80,1	+1 214	+ 8,0	981,8	15,4	+101,9	+11,6	5 410,5
davon unbeschränkt Steuerpflichtige ..	19 277	6 254,1	15 567	80,8	+1 290	+ 9,0	959,8	15,3	-104,2	- 9,8	5 294,2
beschränkt Steuerpflichtige ..	1 266	138,3	885	69,9	- 76	- 7,9	22,0	15,9	- 2,3	- 9,5	116,3
Gesellschaftsunternehmen insgesamt ¹⁾	223	100,2	105	47,1	+ 29	+38,2	12,2	12,2	+ 3,4	+38,6	88,0
davon unbeschränkt Steuerpflichtige ..	94	43,1	54	57,4	+ 8	+17,4	6,6	15,3	+ 1,8	+37,5	36,5
beschränkt Steuerpflichtige ¹⁾ ..	129	57,1	51	39,5	+ 21	+70,0	5,6	9,8	+ 1,6	+40,0	51,5
Insgesamt	20 766	6 492,6	16 557	79,7	+1 243	+ 8,1	994,0	15,3	+105,3	+11,8	5 498,5

¹⁾ Steuerpflichtige, die nicht unter § 56 BewG fallen. — ²⁾ Bei beschränkt Steuerpflichtigen = Inlandsvermögen.

142,5 Mio DM oder 21,2 % auf 815,6 Mio DM erhöht. Eine Verteilung der von der Statistik erfaßten Schulden auf die einzelnen Vermögensarten ist leider nicht möglich, da die Schulden vielfach nicht einem bestimmten Vermögensobjekt zugeordnet werden, sondern nur dem persönlichen Vermögen im ganzen als persönliche Belastung gegenübergestellt werden können.

Da durch die Schulden und sonstigen Abzüge 1963 ein geringerer Teil des Rohvermögens aufgezehrt worden ist als 1960, ist auch die Zunahme des Gesamtvermögens der Vermögensteuerpflichtigen ausschließlich der Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen im Sinne des § 56 Abs. 1 Ziffer 1 bis 6 BewG verhältnismäßig größer gewesen als der Anstieg des Rohvermögens. Der Gesamtbeitrag des Gesamtvermögens dieses Personenkreises hat sich von 4,53 Mrd. DM um 21,4 % auf 5,50 Mrd. DM erhöht, während das Rohvermögen nur eine Zuwachsrate von 19,9 % aufweist.

4. Betriebsvermögen der Gesellschaftsunternehmen

Die statistische Erfassung des Vermögens der Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen (Gesellschaftsunternehmen) knüpft — von wenigen Ausnahmen abgesehen — an die festgesetzten Einheitswerte für das Betriebsvermögen an. Dabei ist zu berücksichtigen, daß es sich beim Betriebsvermögen um Reinvermögenswerte handelt, da die mit der Gesamtheit oder mit einzelnen Teilen des gewerblichen Betriebes im wirtschaftlichen Zusammenhang stehenden Schulden und sonstigen Verbindlichkeiten bei der Einheitsbewertung schon im voraus abgezogen sind. Bei diesen — unter § 56 Abs. 1 Ziffer 1 bis 6 BewG fallenden — Steuerpflichtigen wird das gesamte Vermögen als Betriebsvermögen angesehen. Nach Abzug des Zeitwertes der Vermögensabgabe und ihrer fälligen, bisher aber

nicht gezahlten Teile ergibt sich das Gesamtvermögen im Sinne des Vermögensteuergesetzes.

Das Betriebsvermögen (= Einheitswert) erhöhte sich 1963 auf insgesamt 6,95 Mrd. DM gegenüber 5,87 Mrd. DM 1960 und erzielte damit eine Zuwachsrate von rund 20 %. Auf einen Steuerpflichtigen (ohne Mindestbesteuerungsfälle) kam demnach ein durchschnittliches Betriebsvermögen von 2,81 Mio DM gegenüber 2,67 Mio DM im Jahr 1960.

Die Zusammensetzung der unbeschränkt steuerpflichtigen Gesellschaftsunternehmen einschließlich Mindestbesteuerungsfälle nach der Rechtsform zeigt, daß in Hamburg die Gesellschaften mit beschränkter Haftung zahlenmäßig am stärksten vertreten sind. Der Wert ihres Vermögensbesitzes entsprach 1963 rund 40 % des Betriebsvermögens der unbeschränkt steuerpflichtigen Gesellschaftsunternehmen. Bei einem Anteil an der Gesamtzahl der Steuerpflichtigen in Höhe von 5,9 % befand sich der Hauptteil des Betriebsvermögens (57 %) in Händen von Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien. Die Kapitalgesellschaften umfaßten somit bereits 6,67 Mrd. DM oder 96,1 % des gesamten Betriebsvermögens der unbeschränkt steuerpflichtigen Körperschaften. Der geringe Rest verteilte sich auf die übrigen Rechtsformen (Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit u. dgl.). Dabei ist zu beachten, daß von den unbeschränkt steuerpflichtigen Körperschaften — außer Kapitalgesellschaften — nur solche der Vermögensteuer unterliegen, deren Gesamtvermögen 10000 DM übersteigt. Somit scheidet ein beachtlicher Teil der Gesellschaftsunternehmen aus dem Kreis der Vermögensteuerpflichtigen aus.

Das durchschnittlich auf einen Steuerpflichtigen entfallende Betriebsvermögen ist bei den Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien mit 27,1 Mio DM je Pflichtigen am höchsten, ihm schließt sich in großem Abstand das Durchschnittsvermögen der Gesellschaften mit beschränkter Haf-

Tabelle 5

Betriebsvermögen der unbeschränkt steuerpflichtigen Gesellschaftsunternehmen in Hamburg 1963 nach Rechtsformen (einschl. Mindestbesteuerungsfälle)

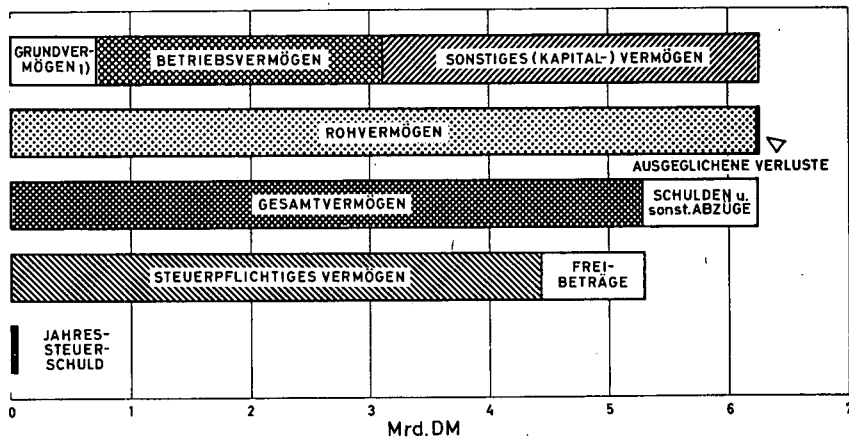
Rechtsformen	Steuerpflichtige				Betriebsvermögen (Einheitswert) 1)					
	Anzahl	% der Pflichtigen zus.	Veränderungen gegenüber 1960		Mio DM	% des Betriebsvermögens zus.	Veränderungen gegenüber 1960		je Steuerpflichtigen	
			absolut	%			Mio DM	%	1963	1960
	1	2	3	4	5	6	7	8	1 000 DM	
								9	10	
Aktiengesellschaften, Kommanditges. auf Aktien, Bergrechtliche Gewerkschaften	145	5,9	- 22	-13,2	3 931,2	56,6	+ 625,3	+18,9	27 111,7	19 795,8
Gesellschaften mit beschränkter Haftung	2 093	84,8	+288	+16,0	2 743,1	39,5	+ 458,1	+20,0	1 310,6	1 265,9
Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften	82	3,3	+ 8	+10,8	73,6	1,1	+ 17,1	+30,3	897,6	763,5
Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit	17	0,7	± 0	± 0,0	8,8	0,1	- 1,3	-12,9	517,6	594,1
Sonstige Gesellschaftsunternehmen	130	5,3	+ 19	+17,1	184,2	2,7	+ 39,6	+27,4	1 416,9	1 302,7
Zusammen	2 467	100	+293	+13,5	6 940,9	100	+1 138,8	+19,6	2 813,5	2 668,9
außerdem										
Mindestbesteuerungsfälle	1 290	—	+166	+14,8	7,9	—	+ 0,2	+ 2,6	6,1	6,9
Insgesamt	3 757	—	+459	+13,9	6 948,8	—	+1 139,0	+19,6	1 849,6	1 761,6

1) Bei Steuerpflichtigen, die nicht unter § 56 BewG fallen = Gesamtvermögen.

Schaubild 2

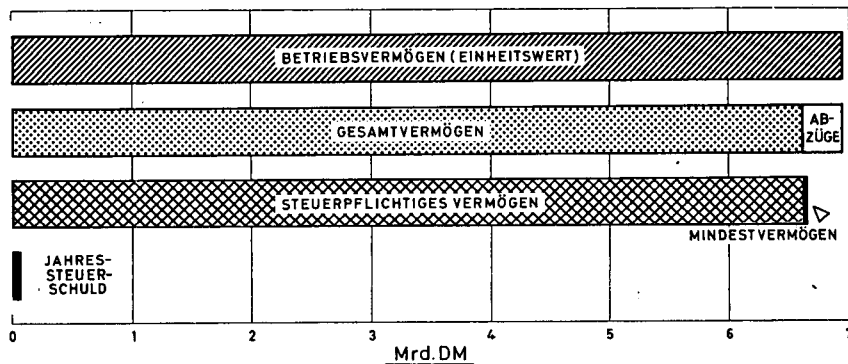
Das veranlagte Vermögen und seine Gliederung in Hamburg 1963

Unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen



¹⁾ einschl. land- u. forstwirtschaftliches Vermögen

Unbeschränkt steuerpflichtige Gesellschaftsunternehmen



h

Statistisches Landesamt Hamburg

tung mit 1,31 Mio DM und der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften mit 897 600 DM an.

Im Vergleich zu 1957 erhöhte sich die Zahl der steuerpflichtigen Gesellschaften mit beschränkter Haftung (+ 16,0 %) und die der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (+ 10,8 %). Demgegenüber nahm die Zahl der Kapitalgesellschaften um 13,2 % ab; die Vermögen waren bei allen Veranlagten höher als im Vergleichsjahr. Die Zuwachsrate des Betriebsvermögens betrug bei den Aktiengesellschaften rund 19 % und bei den Gesellschaften mit beschränkter Haftung 20 %, während die Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit beim Betriebsvermögen sogar einen Abnahmesatz von 13 % verzeichneten. Die Gesamtzahl der nach dem Mindestvermögen besteuerten Kapitalgesellschaften ist um 166 oder 14,8 % auf 1 290 und das Betriebsvermögen um 2,6 % gestiegen.

5. Vermögensschichtung

Von besonderer Bedeutung für die Beurteilung des Vermögens, sowohl vom wirtschaftlichen als auch vom sozialpolitischen Gesichtspunkt, ist die Kenntnis seiner Schichtung, d. h. seiner Aufteilung auf die

verschiedenen Vermögensgrößenklassen, Die Schichtung sowohl der Steuerpflichtigen als auch des Gesamtvermögens ist eine grundverschiedene, je nachdem, ob es sich um natürliche Personen oder Gesellschaftsunternehmen handelt. Während bei den unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen die weitaus überwiegende Mehrzahl aller Pflichtigen (96,5 %) und auch der größte Teil des Gesamtvermögens (53,4 %) in der Größenklasse mit einem Vermögen unter 1 Mio DM liegt, fällt bei den unbeschränkt steuerpflichtigen Gesellschaftsunternehmen (ohne Mindestbesteuerungsfälle) zwar auch noch der größte Teil der Pflichtigen (85,6 %), jedoch nur noch ein sehr kleiner Teil (4,5 %) des Gesamtvermögens in die genannten Vermögensgrößenklassen.

Die Schichtung des Gesamtvermögens hat sich gegenüber der Veranlagung 1960 nicht wesentlich verändert. An der — in den vorhergehenden Kapiteln festgestellten — Zunahme der Pflichtigenzahl und des Vermögensbetrages sind die einzelnen Vermögensklassen in verschieden starkem Ausmaß beteiligt. Während sich bei den unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen die Zahl der Pflichtigen in den untersten Größenklassen (Vermögen

Tabelle 6

Die Schichtung des Gesamtvermögens der natürlichen Personen
In Hamburg 1963 und 1960

Vermögensgrößenklassen 1)	Steuerpflichtige					Gesamt-(Inlands)vermögen				
	1963		1960		Veränderungen 1963 gegenüber 1960 in %	1963		1960		Veränderungen 1963 gegenüber 1960 in %
	Anzahl	%	Anzahl	%		Mio DM	%	Mio DM	%	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
a) Unbeschränkt Steuerpflichtige										
unter 30 000 DM	1 052	5,4	1 385	7,8	- 24,0	26,8	0,5	34,9	0,8	- 23,2
30 000 bis unter 40 000 DM	1 018	5,3	1 186	6,7	- 14,2	35,5	0,7	41,2	0,9	- 13,8
40 000 bis unter 50 000 DM	1 687	8,7	1 971	11,1	- 14,4	75,9	1,4	88,8	2,0	- 14,5
50 000 bis unter 70 000 DM	2 946	15,3	3 028	17,1	- 2,7	175,7	3,3	179,2	4,1	- 2,0
70 000 bis unter 100 000 DM	3 192	16,6	2 777	15,7	+ 14,9	267,9	5,1	231,4	5,3	+ 15,8
100 000 bis unter 250 000 DM	5 725	29,7	4 428	25,0	+ 29,3	887,4	16,8	688,2	15,7	+ 28,9
250 000 bis unter 500 000 DM	2 027	10,5	1 661	9,4	+ 22,0	697,7	13,2	582,2	13,2	+ 19,8
500 000 bis unter 1 Mio DM	964	5,0	738	4,2	+ 30,6	655,6	12,4	508,9	11,6	+ 28,8
1 Mio bis unter 5 Mio DM	581	3,0	462	2,6	+ 25,8	1 108,9	20,9	874,1	19,9	+ 26,9
5 Mio bis unter 10 Mio DM	54	0,3	42	0,2	+ 28,6	357,7	6,7	280,8	6,4	+ 27,4
10 Mio DM und mehr	31	0,2	31	0,2	± 0,0	1 005,2	19,0	883,9	20,1	+ 13,7
Insgesamt	19 277	100	17 709	100	+ 8,9	5 294,2	100	4 393,6	100	+ 20,5
b) Beschränkt Steuerpflichtige										
unter 30 000 DM	814	64,3	1 004	70,0	- 8,9	9,3	8,0	11,1	15,2	- 16,2
30 000 bis unter 50 000 DM	127	10,0	142	9,9	- 10,6	4,8	4,1	5,4	7,4	- 11,1
50 000 bis unter 100 000 DM	141	11,1	145	10,1	- 2,8	9,7	8,3	9,9	13,6	- 2,0
100 000 bis unter 250 000 DM	109	8,6	102	7,1	+ 6,9	17,2	14,8	15,8	21,6	+ 8,9
250 000 bis unter 500 000 DM	39	3,1	25	1,8	+ 56,0	12,6	10,9	8,5	11,6	+ 48,2
500 000 DM und mehr	36	2,9	16	1,1	+ 125,0	62,6	53,9	22,3	30,6	+ 180,7
Insgesamt	1 266	100	1 434	100	- 11,7	116,3	100	73,0	100	+ 59,3

1) Gliederung nach der Höhe des Gesamt- bzw. Inlandsvermögens.

Tabelle 7

Die Schichtung des Gesamtvermögens der Gesellschaftsunternehmen in Hamburg 1963 und 1960

Vermögensgrößenklassen 1)	Steuerpflichtige					Gesamt-(Mindest-, Inlands-)vermögen				
	1963		1960		Veränderungen 1963 gegenüber 1960 in %	1963		1960		Veränderungen 1963 gegenüber 1960 in %
	Anzahl	%	Anzahl	%		Mio DM	%	Mio DM	%	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
a) Unbeschränkt Steuerpflichtige (ohne Mindestbesteuerungsfälle)										
unter 30 000 DM	644	26,1	574	26,4	+ 12,2	12,5	0,2	10,9	0,2	+ 14,7
30 000 bis unter 50 000 DM	291	11,8	235	10,8	+ 23,8	11,1	0,2	9,1	0,2	+ 22,0
50 000 bis unter 100 000 DM	375	15,2	344	15,8	+ 9,0	26,7	0,4	23,9	0,4	+ 11,7
100 000 bis unter 250 000 DM	432	17,5	361	16,6	+ 19,7	67,9	1,0	57,0	1,1	+ 19,1
250 000 bis unter 500 000 DM	217	8,8	199	9,2	+ 9,0	73,7	1,1	69,6	1,3	+ 5,9
500 000 bis unter 1 Mio DM	154	6,2	138	6,3	+ 11,6	108,9	1,6	94,3	1,7	+ 15,5
1 Mio bis unter 5 Mio DM	226	9,2	207	9,5	+ 9,2	496,3	7,5	464,7	8,6	+ 6,8
5 Mio bis unter 10 Mio DM	57	2,3	47	2,2	+ 21,3	402,3	6,1	318,5	5,9	+ 26,3
10 Mio bis unter 20 Mio DM	25	1,0	30	1,4	- 16,7	359,9	5,4	447,1	8,2	- 19,5
20 Mio bis unter 50 Mio DM	24	1,0	20	0,9	+ 20,0	781,0	11,8	594,6	11,0	+ 31,3
50 Mio bis unter 100 Mio DM	7	0,3	6	0,3	+ 16,7	427,9	6,4	432,2	8,0	- 1,0
100 Mio bis unter 200 Mio DM	8	0,3	8	0,4	± 0,0	1 209,9	18,3	1 135,7	20,9	+ 6,5
200 Mio DM und mehr	7	0,3	5	0,2	+ 40,0	2 647,9	40,0	1 762,8	32,5	+ 50,2
Insgesamt	2 467	100	2 174	100	+ 13,5	6 626,0	100	5 420,4	100	+ 22,2
b) Mit Mindestvermögen Veranlagte										
unter 20 000 DM	163	12,6	199	17,7	- 18,1	0,8	3,3	1,0	5,0	- 20,0
20 000 bis unter 30 000 DM	1 099	85,2	901	80,2	+ 22,0	22,0	90,9	18,0	89,1	+ 22,2
50 000 DM	28	2,2	24	2,1	+ 16,7	1,4	5,8	1,2	5,9	+ 16,7
Insgesamt	1 290	100	1 124	100	+ 14,8	24,2	100	20,2	100	+ 19,8
c) Beschränkt Steuerpflichtige										
unter 30 000 DM	53	30,5	34	25,8	+ 55,9	0,7	0,8	0,5	0,9	+ 40,0
30 000 bis unter 50 000 DM	19	10,9	15	11,3	+ 26,7	0,8	0,9	0,6	1,0	+ 33,3
50 000 bis unter 100 000 DM	27	15,5	22	16,7	+ 22,7	1,9	2,3	1,5	2,6	+ 26,7
100 000 bis unter 250 000 DM	27	15,5	21	15,9	+ 28,6	4,2	5,0	3,6	6,4	+ 16,7
250 000 bis unter 500 000 DM	17	9,8	18	13,6	- 5,6	6,4	7,7	6,2	11,0	+ 3,2
500 000 DM und mehr	31	17,8	22	16,7	+ 40,9	69,9	83,3	43,9	78,1	+ 59,2
Insgesamt	174	100	132	100	+ 31,8	83,9	100	56,2	100	+ 49,3

1) Gliederung nach der Höhe des Gesamt- bzw. Mindest- und Inlandsvermögens.

unter 70 000 DM) um etwa 13 % der im Jahre 1960 veranlagten Pflichtigen vermindert hat, erhöhte sie sich in den Größenklassen mit einem Vermögen von 70 000 DM und mehr um ein Drittel. Ebenso hat auch der Vermögensbetrag in den Klassen der Vermögen über 70 000 DM einen Zuwachs zu verzeichnen, während er in den unteren Klassen ebenfalls zurückgegangen ist. Wenn auch die Abnahme in den Vermögensgruppen über 70 000 DM teilweise auf eine Verschiebung zu höheren Vermögensgruppen zurückzuführen ist, so dürfte sich das bedeutende Weniger an Steuerpflichtigen und Vermögen doch in der Hauptsache nur aus der erwähnten Änderung in der statistischen Erfassung gegenüber 1960 erklären lassen.

In welchem Maße das Schwergewicht der Schichtung bei den größten Vermögen liegt, geht daraus hervor, daß bei den unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen fast ein Fünftel des Gesamtvermögens sich in Händen von nur 31 Steuerpflichtigen befindet, deren Gesamtvermögen im Einzelfalle die Zehnmillionengrenze überschreitet. Das Gesamtvermögen solcher Steuerpflichtigen, das im Einzelfall über 1 Mio DM beträgt, macht ferner insgesamt fast die Hälfte des Gesamtvermögens aus, obwohl an ihm nur 666 Steuerpflichtige oder 3,5 % aller Pflichtigen beteiligt sind (1960 = 535 Steuerpflichtige oder 3,0 %).

Im allgemeinen ist auch bei den Körperschaften und sonstigen Institutionen die Schichtung des bei der Veranlagung 1960 festgestellten Gesamtvermögens gleichgeblieben. Der Zuwachs an Steuerpflichtigen und Gesamtvermögen, der bei den unbeschränkt Steuerpflichtigen insgesamt 13,5 % bzw. 22,2 % beträgt, erstreckt sich auf fast alle Klassen, jedoch mit Ausnahme der Klasse mit einem Vermögen von 10 bis unter 20 Mio DM, die einen Rückgang sowohl in der Pflichtigenzahl als auch in dem Vermögensbetrag erfahren hat. Innerhalb jeder einzelnen Vermögensgruppe ist der Zuwachs an

Pflichtigen und dem Betrage nach fast gleich groß. Große Schwankungen bestehen jedoch in der Zuwachsquote der einzelnen Gruppen untereinander. Es zeigt sich, daß der Zuwachs in der Größenklasse mit Vermögen über 200 Mio DM bedeutend höher ist als in den übrigen; so beträgt der Zuwachs an Steuerpflichtigen und an Vermögen in dieser Größenklasse 40 % bzw. 50,2 %. Die Gruppe der größten Vermögen (200 Mio DM und mehr) wird vertreten von 7 Steuerpflichtigen, am Gesamtvermögen sind diese Steuerpflichtigen aber mit 40 % beteiligt. Somit wird also das Vermögensvolumen der Körperschaften und sonstigen Institutionen in Hamburg weitgehend von einer kleinen Gruppe von Großunternehmen bestimmt.

Bei den mit Mindestvermögen veranlagten Kapitalgesellschaften (vgl. Tab. 7) verteilt sich das Schwergewicht der Gesamtvermögen auf die Gruppe der Betriebe mit einem Vermögen von 20 000 bis unter 30 000 DM. Gegenüber 1960 sind in der Verteilung des Vermögens auf die drei Gruppen (unter 20 000 DM, 20 000 bis unter 30 000 DM und 30 000 bis unter 50 000 DM) keine großen Veränderungen eingetreten.

6. Die steuerliche Belastung des Vermögens

Zur Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens wird — wie bereits erwähnt — bei den unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen das Gesamtvermögen um die Freibeträge nach § 5 VStG gekürzt, deren Ergebnisse in Tabelle 8 dargestellt sind. Bei fast 2000 unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen waren bei der Veranlagung 1963 die Freibeträge höher als das Gesamtvermögen; diese Steuerpflichtigen kamen damit in den Genuß der vollen Steuerfreiheit. Der Gesamtbetrag der Freibeträge ist bei den steuerbelasteten und steuerbefreiten unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen gegenüber 1960 um 30 Mio DM oder um 3,6 % auf 856 Mio DM gestiegen; gemessen am Ge-

Tabelle 8

Freibeträge nach § 5 VStG für unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen in Hamburg 1963 und 1960

Jahre	Freibeträge								Freibeträge insgesamt
	für den Steuerpflichtigen	für die Ehefrau	für Kinder	wegen Alters oder Erwerbsunfähigkeit von					
				5 000 DM	10 000 DM	25 000 DM	30 000 DM	50 000 DM	
	Anzahl der Fälle								Mio DM
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
Steuerbelastete									
1963	17 292	9 343	6 231	2 438	701	1 139	308	391	733,79
1960	14 201	7 587	5 412	1 856	512	911	232	284	602,33
Veränderung in %	+ 21,8	+ 23,1	+ 15,1	+ 31,4	+ 36,9	+ 25,0	+ 32,8	+ 37,7	+ 21,8
Steuerbefreite									
1963	1 985	1 107	726	263	121	776	125	400	122,04
1960	3 508	2 125	2 889	425	170	1 006	136	398	223,40
Veränderung in %	- 43,4	- 47,9	- 148,7	- 38,1	- 28,8	- 22,9	- 8,1	+ 0,5	- 45,4
Steuerpflichtige insgesamt									
1963	19 277	10 450	6 957	2 701	822	1 915	433	791	855,83
1960	17 709	9 712	8 301	2 281	682	1 917	368	682	825,73
Veränderung in %	+ 8,9	+ 7,6	- 16,2	+ 18,4	+ 20,5	- 0,1	+ 17,7	+ 16,0	+ 3,6

Tabelle 9

Steuerpflichtiges Vermögen und Jahressteuerschuld der Vermögensteuerpflichtigen in Hamburg 1963 nach Art der Steuerpflichtigen

Art der Steuerpflichtigen	Steuerpflichtige			Steuerpflichtiges Vermögen					Jahressteuerschuld					
	Anzahl	Veränderungen gegenüber 1960		Mio DM	Veränderungen gegenüber 1960		je Steuerpflichtigen		Mio DM	Veränderungen gegenüber 1960		% des steuerpflichtigen Vermögens		
		absolut	%		Mio DM	%	1963	1960		Mio DM	%	1963	1960	
	1	2	3	4	5	6	1 000 DM		7	8	9	10	11	12
Natürliche Personen	20 543	+1 400	+ 7,3	4 571,5	+ 882,4	+23,9	222,5	192,7	44,9	+ 9,0	+25,1	0,98	0,97	
davon unbeschränkt Steuerpflichtige	19 277	+1 568	+ 8,9	4 456,7	+ 838,5	+23,2	231,2	204,3	43,8	+ 8,6	+24,4	0,98	0,97	
darunter Steuerbelastete	17 292	+3 091	+21,8	4 456,7	+ 838,5	+23,2	257,7	254,8	43,8	+ 8,6	+24,4	0,98	0,97	
beschränkt Steuerpflichtige	1 266	— 168	—11,7	114,8	+ 43,9	+61,9	90,7	49,4	1,1	+ 0,4	+57,1	0,96	0,99	
Gesellschaftsunternehmen	3 931	+ 501	+14,6	6 733,7	+1 239,5	+22,6	1 713,0	1 601,8	65,4	+12,0	+22,5	0,97	0,97	
davon unbeschränkt Steuerpflichtige	3 757	+ 459	+14,6	6 649,9	+1 209,6	+22,2	1 770,0	1 649,6	64,6	+11,7	+22,1	0,97	0,97	
darunter mit Mindestvermögen	1 290	+ 166	+14,8	24,2	+ 4,0	+19,8	18,8	18,0	0,2	—	—	0,83	0,99	
beschränkt Steuerpflichtige	174	+ 42	+31,8	83,8	+ 29,9	+55,5	481,6	408,3	0,8	+ 0,3	+60,0	0,95	0,93	
Insgesamt	24 474	+1 901	+ 8,4	11 305,2	+2 121,9	+23,1	461,9	406,8	110,3	+21,0	+23,5	0,98	0,97	

samtvermögen war die von der Besteuerung freigestellte Vermögensmasse mit 16,2 % etwas niedriger als 1960 mit 18,8 %.

Während sich die Zahl der Freibetragsfälle bei den Steuerbelasteten seit 1960 in allen Positionen (für den Steuerpflichtigen selbst, seine Ehefrau und Kinder sowie wegen Alters oder Erwerbsunfähigkeit) erhöhte, sind bei den Steuerbefreiten — mit Ausnahme der Freibeträge in Höhe von 50 000 DM — nicht unerhebliche Rückgänge zu verzeichnen. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß 1963 — im Gegensatz zu 1960 — Steuerpflichtige, deren steuerpflichtiges Vermögen durch die Einbeziehung von Kinderfreibeträgen (§ 11 Abs. 2 VStG) unter der Steuerfreigrenze blieb, nicht mehr in die Statistik einbezogen worden sind.

Die Verteilung der veranlagten Vermögensteuer auf die einzelnen Arten von Steuerpflichtigen, die Belastung des steuerpflichtigen Vermögens durch die Steuer und die Gegenüberstellung mit den Ergebnissen der Vermögensteuerstatistik 1960 wird in Tabelle 9 gezeigt. Für die 17 292 steuerbelasteten natürlichen Personen, deren Zahl gegenüber 1960 um gut ein Fünftel gestiegen ist, ergab sich nach Abrundung ihres Gesamtvermögens (5,20 Mrd. DM) auf volle 1000 DM nach unten und nach Abzug der Freibeträge (734 Mio DM) ein steuerpflichtiges Vermögen in Höhe von 4,46 Mrd. DM, das um 839 Mio DM oder 23,2 % höher lag als 1960. Die veranlagte Jahressteuerschuld von 43,8 Mio DM liegt um 24,4 % über dem entsprechenden Ergebnis von 1960. Die gegenüber dem steuerlichen Vermögen verhältnismäßig stärkere Zunahme der Vermögensteuer erklärt sich durch das mit wachsendem Vermögen abnehmende Gewicht des Teils des steuerpflichtigen Vermögens, das dem ermäßigten Steuersatz von 0,75 % — nämlich der als Vermögenabgabeschuld nach LAG festgelegte Betrag — unterliegt. Damit ist die durchschnittliche Steuerbelastung des steuerpflichtigen Vermögens bei den unbeschränkt steuer-

pflichtigen natürlichen Personen von 0,97 % auf 0,98 % gestiegen.

Bei den Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen, also bei den Gesellschaftsunternehmen, deckt sich das Gesamtvermögen mit dem steuerpflichtigen Vermögen in allen den Fällen, in denen eine Mindestbesteuerung nicht in Frage kam. Nach § 6 Abs. 1 Ziff. 1 VStG haben die Gesellschaften mit beschränkter Haftung ein Vermögen von mindestens 20 000 DM bzw. — wenn sie bereits vor der Währungsreform bestanden haben — 5000 DM, Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und bergrechtliche Gewerkschaften ein Vermögen von mindestens 50 000 DM zu versteuern. Der Anteil, den die mit Mindestvermögen veranlagten Kapitalgesellschaften an der Gesamtzahl der Gesellschaftsunternehmen haben, ist mit rund einem Drittel relativ hoch, am Gesamtvermögen aller Körperschaften und sonstigen Institutionen ist diese Gruppe aber nur mit 0,4 % beteiligt. Bei einer Zunahme der Zahl der der Mindestbesteuerung unterworfenen Kapitalgesellschaften 1963 gegenüber 1960 um 166 oder 14,8 % auf 1290 hat sich das versteuerte Mindestvermögen von 20,2 Mio DM auf 24,2 Mio DM erhöht.

Unter Berücksichtigung des Mindestvermögens der Mindestbesteuerungsfälle versteuerten die unbeschränkt steuerpflichtigen Gesellschaftsunternehmen in Hamburg 1963 rund 6,65 Mrd. DM, d. s. rund 22 % mehr als drei Jahre zuvor. Die Jahressteuerschuld der unbeschränkt steuerpflichtigen Gesellschaftsunternehmen belief sich nach der Hauptveranlagung 1960 auf insgesamt 64,6 Mio DM und lag damit um 22,1 % über dem Wert von 1960.

In welchem Maße das Vermögen der veranlagten beschränkt Steuerpflichtigen durch die Steuer in Anspruch genommen wird, ergibt sich aus der erwähnten Tabelle 9. Es sei hier nochmals betont, daß bei diesem Personenkreis als steuerpflichtiges Vermögen das Inlandsvermögen gilt.

Zusammenfassung

Die von den hamburgischen Finanzämtern zum 1. Januar 1963 veranlagten 24 474 Vermögensteuerpflichtigen haben ein Gesamtvermögen von über 12,1 Mrd. DM. Gegenüber der Veranlagung 1960 ist eine Zunahme um 2,2 Mrd. DM oder 21,8% zu verzeichnen. Gleichzeitig hat sich die Zahl der Steuerpflichtigen um 1901 Pflichtige oder 8,4% erhöht. Von den insgesamt Veranlagten entfallen 20 543 oder 83,9% auf natürliche Personen, die aber trotz ihrer verhältnismäßig großen Zahl nur über 44,6% des gesamten Vermögens, nämlich 5,4 Mrd. DM, verfügen. Im Besitz der veranlagten Körperschaften, Personenvereinigungen und sonstigen Vermögensmassen befinden sich 6,7 Mrd. DM oder 55,4%. Entsprechend der sehr viel stärkeren Besetzung des Gesamtvermögens der natürlichen Personen mit Steuerpflichtigen ist der Durchschnittsvermögensbetrag dieser Pflichtigenart erheblich geringer als der der Körperschaften und sonstigen Institutionen; er beträgt 263 400 DM je natürliche Person gegenüber 1 708 800 DM je Körperschaft. Die Zuwachsrate des Gesamtvermögens 1963 im Vergleich zu 1960 war bei den Körperschaften (+ 22,4%) etwas höher als bei den natürlichen Personen (+ 21,1%).

Bei der Verteilung nach Vermögensgrößenklassen zeigt sich, daß die unteren und mittleren Vermögensklassen zwar mit Steuerpflichtigen stark besetzt sind, nach der Höhe der auf sie entfallenden Vermögensanteile aber keine Rolle spielen. Unter den 19 277 veranlagten unbeschränkt steuerpflichtigen Personen zählen 666 im Sinne des Vermögensteuerrechts zur Gruppe der „Vermögensmillionäre“, die allein mehr als die Hälfte des Gesamtvermögens auf sich vereinigen. Im Jahre 1960 betrug die Zahl der Vermögensmillionäre 535, 1957 waren es nur 263. Unter den 2 467 veranlagten unbeschränkt steuerpflichtigen Körperschaften, Personenvereinigungen und sonstigen Vermögensmassen (ohne Mindestbesteuerungsfälle) sind 15 Steuerpflichtige, die ein Vermögen von 100 Mio DM und mehr aufweisen und 58,3% des Gesamtvermögens besitzen.

Als Jahressteuerschuld haben die Vermögensteuerpflichtigen in Hamburg 110,3 Mio DM aufzubringen, das sind 23,5% mehr als 1960. Die Belastung des steuerpflichtigen Vermögens durch die Vermögensteuer liegt im Gesamtdurchschnitt (0,98%) nur wenig unter dem normalen Steuersatz von 1%. Die für bestimmte Fälle vorgesehenen ermäßigten Steuersätze haben sich daher kaum ausgewirkt.

Gustav Hohmann

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Mai 1964	Mai 1965	April 1965
	1938	1950	1964			
Meteorologische Beobachtungen in Hamburg						
1. Mittelwerte 1)						
Luftdruck, mm	761,7	758,8 ²⁾	763,1 ²⁾	763,0 ²⁾	760,8 ²⁾	758,1 ²⁾
Lufttemperatur, °C	9,3	7,9	9,0	14,1	11,8	7,7
Relative Luftfeuchtigkeit, %	82	82	77	67	70	78
Windstärke 3)			3	3	3	3
Bewölkung 4)	6,7	7,2	7	6	7	7
2. Summenwerte 5)						
Niederschlagsmenge, mm	562,0	857,6	658	52	84	67
Sonnenscheindauer, Std.	1 622,9	1 743,2	1 519	242	183	108
Tage ohne Sonnenschein	88	76	107	3	2	7
Tage mit Niederschlägen	160	221	205	15	21	25
Bevölkerung						
1. Bevölkerungsstand (in 1000) 6)						
Bezirk Hamburg-Mitte	435,8	242,2	289,8	289,9 r	288 p	287 p
Altona	220,3	272,7	266,7	267,2 r	264 p	265 p
Eimsbüttel	244,5	252,0	261,8	261,0 r	265 p	264 p
Hamburg-Nord	424,1	358,9	409,3	410,3 r	403 p	405 p
Wandsbek	166,7	221,9	352,2	351,3 r	357 p	357 p
Bergedorf	52,6	82,4	79,7	79,4 r	82 p	81 p
Harburg	135,7	172,4	197,2	197,2 r	198 p	198 p
* Hamburg insgesamt (am Monatsende)	1 679,7	1 602,5	1 856,7	1 856,3 r	1 857 p	1 857 p
dav. männlich	788,8	750,3	860,0	859,6 r	862 p	862 p
weiblich	890,9	852,2	996,7	996,7 r	995 p	995 p
dar. Ausländer 7)	16,6	19,9	56,7	56,1 r	58,1 p	57,8 p
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung						
* Eheschließungen	1 447	1 414	1 537 p	1 724 r	1 560 p	1 671 r
* Eheschließungen auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	10,3	10,7	9,9 p	10,9	9,9 p	10,9
Ehescheidungen	266	434	331 p	329 r	300 p	350 p
* Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	2 346	1 448	2 311 p	2 357 r	2 370 p	2 363 r
dar. unehelich	209	154	161 p	155 r	160 p	142 r
* Lebendgeborene auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	16,8	10,9	14,9 p	15,0	15,0 p	15,5
Unehelich Geborene % der Geborenen	9,1	10,8	7,0 p	6,6	6,9 p	6,0 r
Totgeborene % der Geborenen	2,1	1,9	1,0 p	1,0	1,0 p	0,9
* Gestorbene Ortsansässige	1 702	1 389	1 986 p	1 963 r	2 170 p	2 251 r
dar. unter 1 Jahr alt	118	64	44 p	35 r	55 p	36 r
70 und mehr Jahre alt	657	631	1 139 p	1 087 r	1 250 p	1 336 r
* Gestorbene Ortsansässige auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	12,2	10,5	12,8 p	12,5 r	13,8 p	14,7
* Gestorbene Säuglinge auf 1000 Lebendgeborene 8)	50,6	43,5	19,0 p	13,1	23,2 p	15,4 r
* Geburtenüberschuß (+) bzw. Sterbeüberschuß (-)	+ 644	+ 59	+ 325 p	+ 394 r	+ 200 p	+ 112 r
3. Wanderungen						
* Zugezogene Personen von außerhalb Hamburgs	8 126	7 661	5 989	5 483 r	6 500 p	7 500 p
* Fortgezogene Personen n. außerh. Hamburgs	7 788	2 174	6 081	5 618 r	6 200 p	7 000 p
* Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	+ 338	+ 5 487	- 92	- 135 r	+ 300	+ 500 p
dav. männlich	.	+ 2 533	+ 60	+ 56 r	+ 200	+ 300 p
weiblich	.	+ 2 954	- 152	- 191 r	+ 100	+ 200 p
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs	31 889	19 751	14 233	13 494	15 027	13 870
Nach Gebieten						
a) Herkunft						
Schleswig-Holstein	.	2 668	1 525	1 381 r	1 700 p	2 100 p
dar. angrenzende Kreise 9)	.	1 311	798	718 r	1 000 p	1 000 p
Niedersachsen	.	1 854	1 108	1 083 r	1 300 p	1 600 p
dar. angrenzende Kreise 10)	.	567	260	206 r	300 p	300 p
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	.	1 214 ¹¹⁾	1 932	1 850 r	2 100 p	2 500 p
Sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung	.	1 072	118	105 r	100 p	.
Ausland	.	485	1 218	991 r	1 200 p	1 200 p
Unbekannt	.	368	88	73 r	100 p	.
b) Ziel						
Schleswig-Holstein	.	718	2 104	1 974 r	2 200 p	2 300 p
dar. angrenzende Kreise 9)	.	457	1 426	1 250 r	1 300 p	1 400 p
Niedersachsen	.	449	1 178	1 121 r	1 200 p	1 400 p
dar. angrenzende Kreise 10)	.	131	466	393 r	400 p	500 p
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	.	764 ¹¹⁾	2 137	2 036 r	2 000 p	2 600 p
Sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung	.	89	9	9 r	.	.
Ausland	.	142	628	455 r	700	600 p
Unbekannt	.	12	25	23 r	.	.

1) Errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — 2) Reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — 3) 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — 4) Bewölkungsgrade: 0 bis 10 (0 = wolkenlos, 10 = volle Bewölkung). — 5) 1938, 1950 und 1964 handelt es sich um Jahreswerte. — 6) Für 1938 und 1950 nach dem Stand der Volkszählungen vom 17. 5. 1939 und 13. 9. 1950. Ab 1962 Fortschreibungsergebnisse auf der Basis der Volkszählung 1961. — 7) Ab 1950 nach den Angaben der Polizei Hamburg. — 8) Berechnet unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung. — 9) Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — 10) Landkreise Harburg und Stade. — 11) Einschl. Sowjetsektor von Berlin.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Mai 1964	Mai 1965	April 1965
	1938	1950	1964			
Gesundheitswesen						
1. Krankenanstalten in Hamburg						
a) Öffentliche Krankenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende 1)	9 464	12 742	11 726	11 707	11 756	11 756
Krankenverpflegungstage	221 711	321 088	276 036	279 754	266 662	266 607
Bettenausnutzung in % 2)	77,1	86,8	82,0	81,8	83,7	80,3
b) Gemeinnützige Krankenanstalten 3)						
Bettenbestand am Monatsende 1)	4 339	4 690	4 487	4 444	4 576	4 571
Krankenverpflegungstage	98 261	126 293	118 507	116 864	128 591	119 074
Bettenausnutzung in % 2)	74,5	88,6	87,0	85,0	90,7	86,5
c) Privatkanenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende 1)	.	409	674	684	770	768
Krankenverpflegungstage	.	8 983	17 377	17 789	21 450	19 023
Bettenausnutzung in % 2)	.	60,1	82,8	81,6	87,1	83,0
2. Hamburgische Krankenanstalten außerhalb Hamburgs						
a) Öffentliche Krankenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende 1)	189	2 260	885	885	885	885
Krankenverpflegungstage	4 705	61 801	22 025	23 355	22 398	21 395
Bettenausnutzung in % 2)	81,8	91,5	81,7	85,1	83,6	81,3
b) Tbc-Heilstätten						
Bettenbestand am Monatsende 1)	833	1 645	1 117	1 110	1 094	1 094
Krankenverpflegungstage	23 649	48 679	26 643	27 052	26 944	26 140
Bettenausnutzung in % 2)	93,5	97,4	82,4	78,6	86,7	85,7
3. Anstalten für Geisteskranken						
a) Öffentliche Krankenanstalten in Hamburg						
Bettenbestand am Monatsende	2 898	1 388	1 743	1 743	1 743	1 743
Krankenverpflegungstage	86 354	29 261	49 207	49 768	48 736	47 266
Bettenausnutzung in % 2)	98,0	75,1	93,2	92,1	90,7	90,9
b) Gemeinnützige Krankenanstalten in Hamburg						
Bettenbestand am Monatsende	1 613	1 218	1 291	1 288	1 278	1 278
Krankenverpflegungstage	48 883	36 598	39 742	39 444	38 960	37 727
Bettenausnutzung in % 2)	99,7	98,8	98,4	98,8	98,3	98,4
c) Krankenanstalten außerhalb Hamburgs						
Bettenbestand am Monatsende	—	1 420	1 329	1 276	1 476	1 476
Krankenverpflegungstage	—	35 400	38 630	38 205	44 773	43 254
Bettenausnutzung in % 2)	—	68,4	96,0	95,6	97,9	97,7
4. Gestorbene nach wichtigen Todesursachen						
Gestorbene insgesamt	1 702	1 389	1 986 p	1 963 r	2 170 p	2 251 r
dar. Tuberkulose der Atmungsorgane	82	48	20 p	19	.	23
Krebs	240	285	416 p	430	.	441
Gehirnblutungen	136	172	218 p	202	.	244
Herzkrankheiten	232	269	455 p	386	.	502
Lungenentzündung	103	47	41 p	42	.	49
Freitod	62	50	45 p	49	.	55
Verkehrsunfälle	22	20	42 p	35	.	27
Andere Verunglückungen	48	41	56 p	53	.	81
Kulturpflege						
1. Lichtspieltheater						
Theater	104	104	103	101	101	101
Plätze	66 691	47 891	55 398	54 272	54 235	54 235
Besucher	1 931 580	1 854 754	1 034 669	1 074 066	786 523	1 205 362
2. Rundfunk und Fernsehen						
Tonrundfunkteilnehmer 4)	361 531	407 741	660 198	658 887	666 831	667 596
Fernsehrundfunkteilnehmer	—	—	414 621	410 697	451 878	450 792
Öffentliche Sozialleistungen						
Soziale Krankenversicherung 5)						
Mitglieder		694 658	683 058	686 966	682 839	675 509
dav. Pflichtmitglieder	452 518	486 742	438 839	443 363	433 536	426 066
Rentner	.	171 139	173 306	173 113	175 039	175 045
Freiwillige Mitglieder	64 028	36 777	70 913	70 490	74 264	74 398
Krankenstand der Pflichtmitglieder insgesamt	15 541	15 825	26 191	24 891	24 188	31 528
dav. männlich	9 091	10 123	17 389	15 966	15 866	20 820
weiblich	6 450	5 702	8 792	8 925	8 322	10 708
Soziale Rentenversicherung						
Rentenempfänger		153 175	311 553	308 459	.	316 755
dav. Rentenversicherung der Arbeiter	94 346 ⁶⁾	106 248	206 259	205 638	212 487	210 511
Rentenversicherung der Angestellten	.	46 927	105 294	102 821	.	106 244
Ausgezahlte Renten in DM	.	28 880 000	73 950 843	73 261 802	.	82 019 755
dav. Rentenversicherung der Arbeiter	.	18 350 000	41 995 260	41 921 074	46 986 350	46 604 214
Rentenversicherung der Angestellten	.	10 530 000	31 955 583	31 340 728	.	35 415 541

1) Ohne Säuglingsbetten. — 2) Ohne gesperrte Betten. — 3) 1938 einschl. Privatkanenanstalten. — 4) 1938 und 1950 Postamtsbezirk Hamburg. — 5) Nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse. — 6) Stand 1. 1. 1940.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Mai 1964	Mai 1965	April 1965
	1938	1950	1964			
Arbeitsmarkt						
1. Angebot und Nachfrage						
* Arbeitslose	29 908	90 831	4 606	4 248	3 297	3 788
dav. männlich	23 937	56 428	2 992	2 713	2 245	2 563
weiblich	5 971	34 403	1 614	1 535	1 052	1 225
Offene Stellen	31 522	1 789	22 324	23 535	27 392	25 887
dav. männlich	21 009	744	12 049	12 802	13 730	12 961
weiblich	10 513	1 045	10 275	10 733	13 662	12 926
Stellenvermittlung in Beschäftigung über 7 Tage 1)	16 088	21 006	6 233	5 494	5 631	5 681
dav. männlich	11 107	13 007	4 257	3 843	4 077	4 146
weiblich	4 981	7 999	1 976	1 651	1 554	1 535
Stellenvermittlung in Beschäftigung bis zu 7 Tagen	9 175	24 625	17 738	24 918	12 133	13 322
dav. männlich	7 544	23 585	17 080	24 125	11 563	12 763
weiblich	1 631	1 040	658	793	570	559
Arbeitsuchende am Monatsende 2)	35 944	94 886	9 988	9 222	7 924	8 489
dav. männlich	28 215	59 355	6 583	5 985	5 243	5 724
weiblich	7 729	35 531	3 405	3 237	2 681	2 765
2. Die Arbeitslosen						
Berufsgruppen insgesamt	29 908	90 831	4 606	4 248	3 297	3 788
dar. Bauberufe	.	6 710 ³⁾	177	47	62	88
Metallerzeuger und -verarbeiter	.	6 766 ³⁾	69	62	60	65
Elektriker	.	1 627 ³⁾	33	35	23	30
Chemiewerker	.	1 879 ³⁾	75	92	57	77
Holzverarbeiter und zugehörige Berufe	.	1 596 ³⁾	28	31	25	28
Graphische Berufe	.	690 ³⁾	50	56	43	49
Lederhersteller, Leder- und Fellverarb.	.	1 180 ³⁾	12	7	5	7
Nahrungs- und Genußmittelhersteller	.	6 623 ³⁾	110	107	83	87
Kaufmännische Berufe	.	8 598 ³⁾	468	487	348	402
Verkehrsberufe	.	8 787 ³⁾	433	417	333	342
Verwaltungs- und Büroberufe	.	5 807 ³⁾	1 096	1 067	815	889
Künstlerische Berufe	.	2 260 ³⁾	199	172	142	217
Bauwirtschaft und Wohnungswesen						
1. Baugenehmigungen						
Wohnbauten						
* Wohngebäude	.	469	315	556	248	275
* Umbauter Raum in 1000 cbm	.	642	464	1 063	403	440
* Wohnungen	.	2 540	1 413	3 475	1 151	1 395
Bruttowohnfläche in 1000 qm	.	128	98	222	84	93
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	22 029	52 864	111 736	50 996	50 984
Nichtwohnbauten						
* Nichtwohngebäude	.	185	129	116	98	108
* Umbauter Raum in 1000 cbm	.	233	348	169	394	400
Nutzfläche in 1000 qm	.	.	67	44	76	87
* Wohnungen	.	20	19	7	8	20
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	6 403	31 662	16 732	31 602	48 935
2. Baubeginne						
Wohnbauten						
Wohngebäude	.	516	328	564	322	242
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	.	514	1 010	601	336
Wohnungen	.	2 206	1 562	3 290	1 805	1 159
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	.	55 791	105 165	69 971	39 819
Nichtwohnbauten						
Nichtwohngebäude	.	237	117	112	74	75
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	.	361	314	408	316
Wohnungen	.	.	24	11	10	30
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	.	35 120	37 431	35 909	38 979
3. Baufertigstellungen						
Wohnbauten						
Wohngebäude	188	395	294	153	198	159
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	482	430	236	352	273
Wohnungen	.	2 096	1 377	789	1 158	944
Bruttowohnfläche in 1000 qm	.	107	90	49	71	57
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	19 250	45 652	24 895	39 502	31 893
Nichtwohnbauten						
Nichtwohngebäude	26	137	120	76	53	48
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	144	308	145	148	219
Wohnungen	.	26	19	7	7	3
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	3 069	29 208	15 616	14 995	21 607

1) Durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. — 2) Arbeitslose einschl. derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — 3) Durchschnitt aus April—Dezember 1950.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Mai 1964	Mai 1965	April 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen						
Baufertigstellungen						
Wohnungen						
Wohnungen insgesamt 1)	706	2 122	1 396	796	1 165	947
dar. mit öffentlichen Mitteln gefördert	.	1 526	1 018	597	860	723
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	.	6 575	5 200	2 741	4 183	3 188
4. Bauüberhang						
(am Ende des Berichtszeitraumes) 2)						
Im Bau befindliche Wohnungen	.	17 089	19 318	21 100	19 600	18 900
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	.	8 412	5 757	8 400	6 600	7 300
5. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen 3) (in 1000)						
Bestand an Wohngebäuden	.	96	166	166	169	168
Bestand an Wohnungen	.	310	610	608	624	622
Bestand an Wohnräumen über 6 qm (einschl. Küchen)	.	1 197	2 222	2 214	2 274	2 270
6. Wohnraumbewirtschaftung						
Erstvergabe von bewirtschafteten Wohnungen						
a) für Wohnungssuchende mit hoher Dringlichkeit und für Sonderfälle	-	650	442	140	507	372
b) für Wohnungssuchende mit Anspruch aus §§ 77-80 II. WoBauG.	-	830	502	375	298	300
c) für die Umschichtung	-	-	74	82	55	51
Wiedervergaben, Wohnungen	-	452	831	672	864	968
Erstmalig bezogene unbewirtschaftete Wohnungen	-	678	344	183	254	190
7. Bauberichterstattung 4)						
* Zahl der Beschäftigten	.	34 741	50 514	51 678 r	49 816 p	49 257 p
dar. Inhaber	.	2 049	1 401	1 409 r	1 375 p	1 369 p
Angestellte	.	2 010	4 598	4 591 r	4 685 p	4 642 p
Arbeiter 5)	.	30 682	44 385	45 548 r	43 756 p	43 246 p
* Löhne in 1000 DM (Bruttosumme)	.	9 199	43 278	47 431 r	49 538 p	48 281 p
* Gehälter in 1000 DM (Bruttosumme)	.	868	5 334	5 091 r	5 794 p	5 445 p
* Umsatz in 1000 DM	.	24 653	120 020	117 773 r	125 297 p	111 216 p
dav. im Wohnungsbau	.	.	41 082	41 432 r	47 484 p	44 785 p
gewerbl. und industr. Bau	.	.	27 062	24 427 r	30 684 p	25 694 p
öffentlichen und Verkehrsbau	.	.	51 876	51 914 r	47 129 p	40 737 p
* Geleistete Arbeitsstunden in 1000	.	5 813	7 326	7 929 r	7 774 p	7 521 p
dav. für Wohnungsbauten	.	2 930	2 476	2 752 r	2 693 p	2 650 p
gewerbl. und industr. Bauten	.	1 517	1 657	1 665 r	1 865 p	1 752 p
öffentliche und Verkehrsbaute	.	1 317	3 193	3 512 r	3 216 p	3 119 p
Preise und Indexziffern						
1. Durchschnittspreise am Hamburger Viehmarkt für 100 kg Lebendgewicht (in RM/DM)						
Ochsen, vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes	87,60	151,60	270,50	278,80	297,80	299,80
Kühe, sonstige vollfleischige	75,20	125,40	213,60	223,60	229,70	243,00
Kälber, mittlere Mast- und Saugkälber	114,00	182,60	345,80	347,90	402,10	401,30
Schweine, von 100-119,5 kg Lebendgewicht	101,80	235,00	255,00	234,70	243,60	244,30
Schafe, mittlere Mastlämmer und Hammel	81,40	123,80	209,50	225,10	238,00	239,00
2. Durchschnittspreise für Fleisch 4)						
I. Qualität für 100 kg (in RM/DM)						
Rindfleisch von Ochsen und Färsen, beste Qualität	153,00	263,00	499,20	511,30	550,00	557,50
Kalbfleisch, beste Qualität	189,40	349,00	643,90	635,00	732,50	718,80
Hammelfleisch, beste Qualität	185,60	254,00	520,90	590,00	675,00	686,30
Schweinefleisch, aus hiesigen Schlachtungen	140,80	357,00	362,80	337,50	346,90	346,30
3. Preisindexziffern für die Lebenshaltung						
- Mittlere Verbrauchergruppe -						
Wägungsschema 1950						
Ernährung	63,0	100	145,7	144,5	152,4	150,6
Getränke und Tabakwaren	34,6	100	86,0	86,2	87,4	86,4
Wohnung	97,5	100	167,2	166,7	169,4	169,4
Heizung und Beleuchtung	66,0	100	155,9	155,4	157,2	157,4
Hausrat	53,9	100	127,9	127,0	131,3	130,9
Bekleidung	47,9	100	113,4	113,2	115,0	114,8
Reinigung und Körperpflege	58,7	100	131,3	129,6	139,9	139,4
Bildung und Unterhaltung	73,9	100	172,7	172,4	176,8	176,8
Verkehr	65,0	100	163,5	163,5	164,3	164,2
Ernährung einschl. Getränke und Tabakwaren	59,3	100	137,8	136,9	143,8	142,2
Lebenshaltung ohne Miete	59,0	100	138,4	137,6	143,1	142,1
Gesamtlebenshaltung	(1950 = 100) (1938 = 100)	62,8 100	100 159,3	140,8 224,4	145,3 231,5	144,3 230,0

1) Einschl. Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind (Im Berichtsmonat 32 Wohnungen). - 2) Für die Jahre 1950 und 1964 wurde an Stelle des Monatsdurchschnitts jeweils der Stand vom 31. 12. angegeben. - 3) Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1961 ermittelten Gebäude und Wohnungen (Begriffserläuterungen siehe März-Heft 1963, S. 58/59); für 1950 Stand am Zählungstichtag („Normalwohnungen“ ohne 26 689 Wohnungen in Behelfsheimen über 30 qm). - 4) Nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. - 5) Einschließlich Umschüler und Lehrlinge. - 6) Beim Verkauf der Großschlächter an die Ladenschlächter.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Mai 1964	Mai 1965	April 1965
	1936 ¹⁾	1950	1964			
Industrie und Handwerk						
1. Industrie ²⁾						
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)		2 130	1 746	1 753	1 712	1 717
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) insgesamt	145 200	140 867	219 807	220 288	220 191	221 000
dar. Arbeiter einschl. gewerbl. Lehrlinge		111 760	154 140	154 711	152 316	153 238
* Geleistete Arbeiterstunden in 1000 ³⁾		21 399	25 454	24 800	24 988	25 549
* Bruttosumme der Gehälter in 1000 DM		11 369	67 058	64 340	70 795	72 685
* Bruttosumme der Löhne in 1000 DM		28 356	110 408	107 398	114 586	115 492
* Umsatzwerte in 1000 RM/DM ⁴⁾	154 200	333 013	1 243 771	1 110 599	1 365 920	1 224 148
dar. nach dem Ausland in 1000 DM		12 845	148 828	106 688	182 020	130 851
* Brennstoffverbrauch in Steinkohlenwert ⁵⁾ t		52 913	14 072	11 486	13 292	14 472
* Heizölverbrauch in t			57 692	48 827	74 554	77 294
* Stromerzeugung in 1000 kWh		5 925	16 820	13 325	15 665	15 691
* Stromverbrauch in 1000 kWh		34 341	107 008	98 526	109 391	109 899
* Gasverbrauch in 1000 cbm			6 709	5 264	5 729	6 462
Beschäftigte nach Industriegruppen insgesamt	145 200	140 867	219 807	220 288	220 191	221 000
dar. Mineralölverarbeitung	4 000	4 371	8 612	8 640	8 670	8 703
NE-Metallindustrie	1 900	2 509	2 800	2 794	2 862	2 876
Chemische Industrie	8 200 ⁶⁾	10 439	17 322	17 243	17 196	17 278
Gummi und Asbest	9 200	10 380	12 249	12 286	12 227	12 286
Maschinenbau	12 400	16 409	29 173	29 509	29 730	29 679
Schiffbau	26 500	12 559	22 921	23 261	22 159	22 360
Elektroindustrie	5 400	10 785	28 624	28 518	29 641	29 643
Druck und Vervielfältigung	7 800 ⁷⁾	6 721	12 821	13 003	12 807	12 934
Olmühlenindustrie			2 511	2 495	2 450	2 488
Margarineindustrie	5 400	4 628	3 335	3 340	3 263	3 265
Kaffee und Tee		721	3 736	3 581	3 790	3 801
Tabakverarbeitung	2 700	2 762	3 099	3 115	3 018	3 028
Umsatz nach Industriegruppen insgesamt in 1000 RM/DM	154 200	333 013	1 243 771	1 110 599	1 365 920	1 224 148
dar. Mineralölverarbeitung	12 800	32 925	218 806	218 217	210 606	199 085
NE-Metallindustrie	9 700	15 005	53 109	42 245	65 627	65 714
Chemische Industrie	12 900 ⁶⁾	25 296	91 078	88 132	101 148	106 225
Gummi und Asbest	4 600	13 990	41 804	40 843	42 460	45 586
Maschinenbau	9 400	16 234	76 569	65 082	82 646	73 001
Schiffbau	14 400	7 633	72 510	33 412	170 446	16 439
Elektroindustrie	4 400	10 463	134 655	114 854	126 226	125 572
Druck und Vervielfältigung	4 500 ⁷⁾	7 748	37 167	35 356	39 389	41 784
Olmühlenindustrie			48 328	42 875	49 500	53 466
Margarineindustrie	21 500	41 967	23 416	20 488	23 739	32 379
Kaffee und Tee		4 298	71 866	68 771	71 325	80 021
Tabakverarbeitung	12 000	55 911	104 038	92 307	103 555	104 005
2. Öffentliche Energieversorgung						
Wasserrförderung in 1000 cbm	5 737 ⁸⁾	8 282	10 842	11 033	11 126	10 526
* Gaserzeugung in 1000 Ncbm auf Kohlen- und Raffineriebasis (brutto)	18 767 ⁹⁾	20 935	40 193	28 386	34 204	41 745
* Stromerzeugung in 1000 kWh (brutto)	40 210 ⁹⁾	125 855	427 146	378 097	417 511	428 106
3. Handwerk (Meßziffern ¹¹⁾)						
Vierteljahresdurchschnitt ¹⁰⁾						
	1961	1962	1964	1. Vierteljahr 1964	1. Vierteljahr 1965	4. Vierteljahr 1964
* Beschäftigte (Ende des Vj.) (Mai 1956 = 100)	102,2	98,7	98,7	97,2	94,9	97,5
* Umsatz (Vj.-Ø 1955 = 100)	191,4	197,5	222,1	192,3	204,8	256,7
dar. Handwerksumsatz (Vj.-Ø 1955 = 100)	174,7	180,8	206,3	175,7	187,1	240,2
Versorgung mit Nahrungsmitteln						
1. Milcherzeugung						
* Kuhmilcherzeugung in 1000 kg	2 618	2 285	1 975	2 623	2 899	2 492
* Milchlieferung an Molkereien in 1000 kg	1 597	1 946	1 661	2 229	2 516	2 216
in % der Gesamterzeugung	61,0	85,2	84,1	85,0	86,8	88,9
* Milchleistung je Kuh und Tag in kg	8,6	8,3	10,9	14,2	15,5	13,8
2. Trinkmilchabsatz an Verbraucher durch Molkereien						
Vollmilch insgesamt in 1000 kg		10 709	10 330	10 614		10 376
dav. lose in 1000 kg			4 129	4 391		3 859
in Flaschen in 1000 kg			6 201	6 223		6 517
Mager- und Buttermilch in 1000 kg		1 186	448	768		351
3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandstiere)						
Rinder	6 580	4 980	8 884	6 250	5 910	6 454
Kälber	3 884	3 699	3 293	4 069	2 856	2 689
Schweine	24 847	19 784	46 143	44 770	53 307	48 235
Schafe	4 265	5 681	3 126	3 126	2 850	3 177
4. Schlachtungen (Inlandstiere)						
* Rinder (ohne Kälber) ¹²⁾	8 075	3 363	7 810	6 248	5 079	6 318
* Kälber ¹²⁾	5 568	4 085	3 193	3 850	2 405	2 714
* Schweine insgesamt	40 186	21 165	47 856	45 762	49 584	51 262
dar. Hausschlachtungen		1 455	457	90	107	118
* Gesamtschlachtgewicht in 1000 kg ¹³⁾	6 467	3 220	6 430	5 957	5 928	6 363
dar. Rinder (ohne Kälber) in 1000 kg	1 989	836	1 873	1 484	1 242	1 577
Schweine in 1000 kg	3 878	1 882	4 196	4 088	4 379	4 444
Durchschnittliches Schlachtgewicht						
für Rinder in kg	246,3	248,7	239,9	237,5	244,5	249,6
für Kälber in kg	57,2	43,2	68,2	65,6	72,3	74,6
für Schweine in kg	96,5	95,5	88,5	89,5	88,5	86,9

1) Zahlen für die Industrie nach dem heutigen Gebietsstand, teilweise geschätzt. — 2) Es sind hierbei die hamburgischen Industriebetriebe mit 10 und mehr Beschäftigten berücksichtigt (ohne Betriebe der Bauindustrie und Energiewirtschaft). — 3) Einschl. Lehrlingsstunden. — 4) Einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — 5) 1 t SKE = 1 t Steinkohle, = 1 t Steinkohlenkoks, = 3 t Rohbraunkohle, = 1,5 t Braunkohlenbriketts, Braunkohlenkoks. — 6) 1936 = einschl. Kunststoffverarbeitende Industrie. — 7) 1936 = einschl. Papierverarbeitung. — 8) Rechnungsjahr 1935/36 einschl. Cuxhaven. — 9) Rechnungsjahr 1935/36. — 10) Bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — 11) Nach den Ergebnissen der vierteljährlichen repräsentativen Handwerksberichterstattung. — 12) Gewerbliche Schlachtungen. — 13) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innerereien.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Mai 1964	Mai 1965	April 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Versorgung mit Nahrungsmitteln						
5. Obst- und Gemüsemarkt (Großmarkt Hamburg)						
Obstzufuhr aus dem Inland in 1000 kg	1 749	3 815	4 125	1 256	.	1 880
Obstzufuhr aus dem Ausland in 1000 kg	4 337	2 571	15 495	13 561	.	17 208
Gemüsezufuhr aus dem Inland in 1000 kg	6 351	4 956	6 560	5 118	.	3 642
Gemüsezufuhr aus dem Ausland in 1000 kg	264	926	5 343	8 502	.	8 284
6. Fischmarkt						
Versteigerte Mengen insgesamt in 1000 kg	12 241	6 044	2 162	1 749	2 326	2 401
dar. in Hmb. angeforderte Fische in 1000 kg	12 119	6 016	1 780	1 581	2 057	1 853
Handel und Gastgewerbe						
1. Index der Einzelhandelsumsätze (1954 = 100)						
Einzelhandel aller Betriebsformen	.	.	200	192	216	227
dav Nahrungs- und Genußmittel	.	.	195	192	209	230
dar. Lebensmittel aller Art	.	.	188	183	211	236
Obst, Gemüse, Südfrüchte	.	.	177	204	201	188
Fische und Fischwaren	.	.	204	189	188	214
Milch und Milcherzeugnisse	.	.	173	173	178	192
Schokolade und Süßwaren	.	.	137	136	136	171
Tabakwaren	.	.	182	171	181	192
Bekleidung, Wäsche, Schuhe	.	.	186	192	219	215
dar. Textilien aller Art	.	.	234	236	255	243
Wirk-, Strick- und Kurzwaren	.	.	196	216	205	216
Oberbekleidung	.	.	151	158	219	221
Schuhwaren	.	.	186	229	237	225
Hausrat und Wohnbedarf	.	.	221	188	226	235
dar. Eisenwaren und Küchengeräte	.	.	184	189	191	186
Porzellan und Glaswaren	.	.	206	146	256	248
Beleuchtungs- u. Elektrogeräte	.	.	254	203	233	232
Rundfunk-, Fernseh- und Phonoartikel	.	.	369	279	355	368
Möbel	.	.	155	142	167	189
Teppiche, Gardinen usw.	.	.	139	111	152	157
Sonstige Waren	.	.	214	195	221	229
dar. Bücher	.	.	241	196	226	245
Papier- und Schreibwaren	.	.	187	154	178	192
Galanterie- und Lederwaren	.	.	159	139	143	147
Apotheken	.	.	187	180	206	213
Drogerien	.	.	219	232	236	241
Foto und Optik	.	.	211	194	218	208
Büromaschinen und Büromöbel	.	.	168	150	160	167
Fahrräder, Kraftfäder u. Zubehör	.	.	180	190	252	233
Kraftwagen und Zubehör	.	.	253	255	297	350
Uhren, Gold- und Silberwaren	.	.	208	148	163	198
Blumen und Sämereien	.	.	268	300	388	355
Brennmaterial	.	.	167	124	146	136
2. Umsatz-Index des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes (1962 = 100)						
Gastgewerbe insgesamt	.	.	95	100	115	108
Beherbergungsgewerbe zusammen	.	.	117	106	134	117
dav. Hotels	.	.	119	108	137	119
Gasthöfe	.	.	114	100	123	106
Fremdenhelme und Pensionen	.	.	110	98	123	112
Schankgewerbe zusammen	.	.	89	93	110	106
dav. Gast- und Speisewirtschaften	.	.	85	89	108	103
Bahnhofswirtschaften	.	.	101	106	106	101
Cafés	.	.	105	124	97	101
Bars, Tanz- und Vergnügungsbetriebe	.	.	100	100
3. Fremdenverkehr 1) 2)						
* Zahl der gemeldeten Fremden	81 041	48 229	115 127	125 316	132 490	122 525
* dar. Ausländer	11 283	10 303	40 832	47 559	48 720	42 334
* Zahl der Übernachtungen	180 185	103 109	226 553	244 948	255 933	236 837
* dar. Ausländer	27 491	22 805	79 016	90 173	93 871	78 322
Bettenausnutzung % der höchstmöglichen Belegung nach dem Bettenstand vom 1. April des jeweiligen Jahres	46	55	55	58	60	57
4. Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost (in Mio DM) 3)						
Bezüge Hamburgs	.	5	7	5	8	8
* Lieferungen Hamburgs	.	3	10	8	7	10
5. Handel mit Berlin (West) (in Mio DM) 4)						
* Bezüge Hamburgs	.	9	105	98	122	111
Lieferungen Hamburgs	.	37	132	135	148	140

1) Ohne Heime, Jugendherbergen, Massenquartiere und Privatquartiere. — 2) 1938 einschl. der Hospize, Herbergen und ähnlicher Vereinshäuser.
3) Quelle: Statistisches Bundesamt.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Mai 1964	Mai 1965	April 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Handel und Gastgewerbe						
6. Ausfuhr in Hamburg hergestellter Waren (in Mio DM)						
Insgesamt	.	26	175	156	215	169 r
dav. nach Warengruppen
Ernährungswirtschaft	.	1	15	15	18	16 r
Gewerbliche Wirtschaft	.	25	160	141	197	153 r
dav. Rohstoffe	.	1	3	2	3	5 r
Halbwaren	.	12	37	28	49	40 r
Fertigwaren	.	12	120	111	145	108 r
dav. Vorerzeugnisse	.	2	9	10	13	10 r
Enderzeugnisse	.	10	111	101	132	98 r
dav. nach ausgewählten Verbrauchsgebieten
Europa	.	.	118	115	151	117
dar. EWG-Länder	.	.	47	48	42	39
EFTA-Länder	.	.	52	50	89	59
Afrika	.	.	13	8	13	17
Amerika	.	.	24	19	24	16
dav. Nordamerika	.	.	11	11	11	9
dar. USA	.	.	10	10	8	7
Mittelamerika	.	.	4	2	2	1
Südamerika	.	.	9	6	11	6
Asien	.	.	17	12	25	17
Australien und Ozeanien	.	.	3	2	2	2
7. Deutscher Außenhandelsverkehr über Hamburg						
1936						
Wareneinfuhr (in 1000 t)	648	464	1 818	2 112	.	1 736 r
Warengruppen:
dar. Ernährungswirtschaft	161	185	392	429	.	376 r
Gewerbliche Wirtschaft	487	278	1 426	1 683	.	1 360 r
dav. Rohstoffe und Halbwaren	480	272	1 362	1 622	.	1 285 r
Fertigwaren	7	6	64	61	.	75 r
Ländergruppen:
dar. Europa	319	134	376	363	.	317 r
dav. EWG-Länder	29	32	.	111	.	54 r
EFTA-Länder	179	75	.	152	.	161 r
Sonstige Länder	111	27	.	100	.	102 r
Außereuropa	329	330	1 818	1 749	.	1 419 r
dav. Amerika	214	150	602	648	.	551 r
dav. Nordamerika	77	73	.	405	.	304 r
Mittelamerika	83	25	.	23	.	39 r
Südamerika	54	52	.	220	.	208 r
Afrika	48	60	282	298	.	357 r
Asien	64	118	539	788	.	501 r
Australien und Ozeanien	3	2	19	15	.	10 r
Warenausfuhr (in 1000 t)	168	216	350	283	.	.
Warengruppen:
dar. Ernährungswirtschaft	12	4	62	49	.	.
Gewerbliche Wirtschaft	156	212	288	234	.	.
dav. Rohstoffe	84	16	31	11	.	.
Halbwaren	72	160	140	121	.	.
Fertigwaren	72	36	117	102	.	.
dav. Vorerzeugnisse	.	17	37	31	.	.
Enderzeugnisse	.	19	80	71	.	.
Ländergruppen:
dar. Europa	80	153	179	145	.	.
dav. EWG-Länder	13	4	13	10	.	.
EFTA-Länder	44	125	136	101	.	.
Sonstige Länder	23	24	30	34	.	.
Außereuropa	88	58	147	123	.	.
dav. Amerika	45	38	59	46	.	.
dav. Nordamerika	18	17	31	24	.	.
dar. USA	13	12	26	21	.	.
Mittelamerika	7	5	10	9	.	.
Südamerika	20	16	18	13	.	.
Afrika	11	8	36	30	.	.
Asien	30	8	47	43	.	.
Australien und Ozeanien	2	4	5	4	.	.
Verkehr						
1938						
1. Seeschifffahrt						
a) Schiffsverkehr zur See
Angekommene Schiffe	1 512	955	1 677	1 711	1 650 p	1 620 r
dar. deutsche Schiffe	1 027	526	955	979	900 p	877 r
Abgegangene Schiffe	1 610	1 017	1 803	1 833	1 780 p	1 758 r
dar. deutsche Schiffe	1 118	591	1 077	1 115	1 020 p	1 013 r
Raumgehalt der angekommenen Schiffe in 1000 NRT	1 714	937	2 955	3 091	2 900 p	2 841 r
dar. deutsche Schiffe	873	128	762	831	770 p	705 r
Raumgehalt der abgegangenen Schiffe in 1000 NRT	1 712	936	2 960	2 973	2 950 p	2 853 r
dar. deutsche Schiffe	875	135	781	824	800 p	753 r

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Mai 1964	Mai 1965	April 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Verkehr						
Seeschifffahrt						
b) Linienschifffahrt (Linien) 1)	184	176	262	263	259 p	259 r
dav. Europa	102	84	79	79	76 p	76 r
Außereuropa	82	92	183	184	183 p	183 r
Reisen (Abfahrten)	728	319	746	778	760 p	739 r
dar. nach Europäischem Ausland	383	159	304	305	310 p	311 r
Amerika	72	54	170	173	185 p	176 r
Afrika	37	18	105	111	105 p	100 r
Asien	33	23	91	89	100 p	96 r
Australien	7	4	15	16	15 p	14 r
c) Personenverkehr über See						
Ausreisende insgesamt	6 744	870	1 920	2 059	2 120 p	1 286 r
dar. nach Häfen in						
Nord-Europa (einschl. Ostseegebiet)			347	286	135 p	100 r
West-Europa (einschl. Großbritannien und Irland)			419	413	335 p	298 r
Nordamerika	2 882	446	557	936	1 430 p	422 r
Südamerika	1 286	231	290	256	155 p	293 r
Einreisende insgesamt	5 373	333	1 532	2 653	2 575 p	1 426 r
dar. von Häfen in						
Nord-Europa (einschl. Ostseegebiet)			128	218	135 p	51 r
West-Europa (einschl. Großbritannien und Irland)			405	261	375 p	288 r
Nordamerika	2 057	171	558	1 570	1 850 p	545 r
Südamerika	882	30	295	399	155 p	333 r
d) Güterverkehr zur See (in 1000 t brutto)	2 147	919	2 951	3 020	2 987 p	2 810 r
dav. Empfang	1 521	620	2 224	2 323	2 275 p	2 139 r
dav. Massengut	980	429	1 678	1 754	1 631 p	1 498 r
dar. Mineralöle	307	162	976	920	1 000 p	930 r
Kohle	262	113	215	147		174 r
Getreide	133	70	227	370		147 r
Sackgut			101	102		
Stückgut	541	191	445	467	644 p	641 r
dav. nach Verkehrsbezirken:						
Inland	110	110	42	34		34 r
Europäisches Ausland	520	159	458	439		444 r
Außereuropa	891	351	1 724	1 850		1 661 r
dar. Nahost und Persischer Golf Vereinigte Staaten von Amerika	171	78	373	410		329 r
Versand	626	299	727	697	712 p	671 r
dav. Massengut	205	144	307	276	306 p	302 r
Sackgut			72	90		
Stückgut	421	155	348	331	406 p	369 r
dav. nach Verkehrsbezirken:						
Inland	149	32	105	107		66 r
Europäisches Ausland	302	170	324	306		297 r
Außereuropa	175	97	298	284		308 r
2. Binnenschifffahrt						
a) Schiffsverkehr auf Binnenwasserstraßen						
Angekommene Schiffe	2 674	1 716	2 291	2 415	2 288	2 232
Abgegangene Schiffe	2 560	1 677	2 165	2 236	2 218	2 213
Tragfähigk. der angek. Schiffe in 1000 t	879	362	739	777	750	744
Tragfähigk. der abgeg. Schiffe in 1000 t	845	344	703	724	756	737
b) Güterverkehr auf Binnenwasserstraßen						
Eingang (in 1000 t)	318	151	292	326	371	350
dar. Bundesrepublik	77	101	261	276	327	301
dav. Niederelbe	24	32	64	68	61	58
Oberelbe bis Zonengrenze	53	62	175	172	226	210
Mittellandkanal	0	7	22	36	40	33
Berlin (West)	7	25	9	11	10	12
Sowjetische Besatzungszone	155	3	7	11	15	17
Tschechoslowakei	42	22	15	28	19	20
Ausgang (in 1000 t)	504	121	285	330	276	299
dar. Bundesrepublik	59	81	166	151	147	195
dav. Niederelbe	49	48	129	116	119	150
Oberelbe bis Zonengrenze	10	32	27	26	13	18
Mittellandkanal	0	1	10	9	15	27
Berlin (West)	29	28	65	97	53	54
Sowjetische Besatzungszone	268	2	31	56	40	18
Tschechoslowakei	34	10	23	26	36	32
3. Flugverkehr (gewerblicher Verkehr)						
Gelandete Flugzeuge	351	491	1 940	.	.	.
Gestartete Flugzeuge	352	491	1 947	.	.	.
Angekommene Fluggäste	1 818	4 993	59 300	.	.	.
dar. aus dem Ausland			19 195	.	.	.
Abgereiste Fluggäste	1 812	4 203	59 828	.	.	.
dar. nach dem Ausland			19 323	.	.	.
Angekommene Fracht in t	22,8	186,8	533	.	.	.
dar. aus dem Ausland				.	.	.
Abgegangene Fracht in t	20,3	58,7	486	.	.	.
dar. nach dem Ausland				.	.	.
Angekommene Post in t	9,0	35,6	179	.	.	.
Abgegangene Post in t	5,6	15,8	211	.	.	.
4. Bundesbahnverkehr						
Güterempfang in 1000 t (öffentlicher Verkehr)	.	416,9	.	439,2	.	.
Güterversand in 1000 t (öffentlicher Verkehr)	.	246,8	.	575,5	.	.
Gestellte Güterwagen	.	31 414	48 699	45 939	46 264	36 706

1) Stand Ende des Jahres bzw. Monats.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Mai 1964	Mai 1965	April 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Verkehr						
5. Personenverkehr Hamburger Verkehrsmittel						
Beförderte Personen (in 1000)						
Stadtbahn (S-Bahn)	7 939	11 064	9 718	11 178	11 197	8 890
Hoch- und Untergrundbahn (einschl. W-Bahn)	6 571	11 752	13 690	13 823	13 748	13 479
Straßenbahn	13 799	23 498	10 533	10 527	10 206	10 047
Kraftomnibusse der HHA 1) 2)	1 083	2 028	9 101	9 292	9 745	9 621
Alsterdampfer	281	337	153	186	210	159
Schiffe der Hafendampfschiffahrt AG.	1 339	1 362	1 244	1 393		
Kraftomnibusse der VHH AG. 2) 3)	373	786	573	573	649	642
Kraftomnibusse der Deutschen Bundespost	.	.	19	21	29	19
Kraftomnibusse der Deutschen Bundesbahn	.	.	379	407	434	399
Private Kraftomnibusse 2)	.	200	290	341	.	.
6. Kraftfahrzeuge						
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung (im Verkehr befindlich) insgesamt 4)	82 080	59 100	323 460	314 315	342 382	.
dar. Personenkraftwagen 5)	39 260	25 948	280 404	269 810	298 408	.
b) Zulassungen von fabrikneuen Kraftfahrzeugen insgesamt	928	1 177	4 567	4 798	.	.
dar. Krafträder	232	221	17	21	.	.
Personenkraftwagen	501	644	3 694	3 968	.	.
Kombinationskraftwagen	—	—	412	422	.	.
Lastkraftwagen	179	288	363	339	.	.
7. Straßenverkehrsunfälle						
Zahl der Verkehrsunfälle	865	1 058	2 341	2 262	2 273	2 350
dav. mit Personenschaden 6)	459	426	918	979	867	848
mit nur Sachschaden	406	632	1 424	1 283	1 406	1 502
Getötete Personen	8	12	30	21	26	19
Verletzte Personen	517	483	1 184	1 268	1 092	1 084
Geld und Kredit						
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbanken)						
(Beträge in Mio DM)						
a) Kredite der Kreditinstitute 7)
Kredite an Nichtkreditinst. am Monatsende	1 556,1	11 856,1	11 729,7	13 320,7	13 136,5	
dav. kurzfristige Kredite 8)	1 353,8	3 964,5	3 910,5	4 108,0	4 121,8	
dav. an Wirtschaft und Private	1 328,7	3 945,4	3 891,4	4 098,5	4 112,5	
an öffentl.-rechtl. Körperschaft.	25,1	19,1	19,1	9,5	9,3	
mittelfristige Kredite 7) 8) 9)	55,8	1 497,8	1 437,2	1 799,3	1 746,9	
dav. an Wirtschaft und Private	55,6	1 365,8	1 305,3	1 646,9	1 604,7	
an öffentl.-rechtl. Körperschaft.	0,2	132,0	131,9	152,4	142,2	
langfristige Kredite 7) 8) 9)	146,5	6 393,8	6 382,0	7 423,4	7 267,8	
dav. an Wirtschaft und Private	146,0	5 581,8	5 567,6	6 400,7	6 305,5	
an öffentl.-rechtl. Körperschaft.	0,5	812,0	814,4	1 022,7	1 060,4	
Kredite an Kreditinst. am Monatsende	105,7	908,3	926,5	945,8	889,9	
b) Einlagen bei den Kreditinstituten
Einlagen von Nichtkreditinstituten am Monatsende	1 152,3	7 585,8	7 307,4	8 551,2	8 367,3	
dav. Sicht- und Termineinlagen	1 026,3	4 064,6	3 834,1	4 532,8	4 396,4	
dav. von Wirtschaft und Privaten	848,0	3 537,9	3 344,0	3 951,7	3 851,1	
von öffentl.-rechtl. Körperschaft.	178,3	526,7	490,1	581,1	545,3	
Spareinlagen	126,0	3 521,2	3 473,3	4 018,4	3 970,9	
dar. bei Sparkassen	97,2	2 432,2	2 398,9	2 751,2	2 731,2	
Kreditbanken	.	877,3	864,2	1 019,8	994,9	
Einlagen von Kreditinstituten am Monatsende	106,6	2 214,2	2 079,2	2 435,0	2 533,3	
c) Sparverkehr
Sämtliche Kreditinstitute 10)
Spareinlagen am Monatsende	126,0	3 521,2	3 473,3	4 018,4	3 970,9	
dar. steuerbegünstigt	12,4	—	1,7	—	—	
prämienbegünstigt	—	338,4	333,8	439,7	431,6	
Gutschriften	10,2	195,8	163,6	213,2	235,5	
Lastschriften	7,3	167,8	141,0	165,8	203,7	
Saldo der Gut- und Lastschriften	2,9	27,9	22,6	47,4	31,8	
Zinsen	2,6	10,0	0,1	0,1	0,2	
2. Zahlungsschwierigkeiten, Leihhäuser						
a) Wechselproteste 11) (Zahl)	.	1 324	1 203	1 402	1 058	1 017
Betrag in 1000 DM	.	1 194	1 451	1 609	1 529	1 160
Durchschnittsbetrag je protest. Wechsel in DM	.	902	1 206	1 148	1 445	1 141
b) Konkurse und Vergleichsverfahren (Zahl)
Konkurse	12	25	12	15	22	12
Eröffnete Vergleichsverfahren	1	3	1	—	—	3
c) Mahn- und Offenbarungseidverfahren (Zahl)
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	14 894	21 302	21 705	19 667	19 729	19 923
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides	.	2 392	2 969	2 838	3 032	3 211
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides	.	848	1 286	966	1 388	1 156
Abgeleitete Offenbarungseide	.	124	399	400	366	332
d) Öffentliche Leihhäuser
Verpfändungen 12), Zahl	19 155	13 214	3 736	3 803	3 356	3 457
RM/DM	298 306	384 610	410 037	331 252	521 635	467 015
Einlösungen, Zahl	13 235	12 709	3 380	3 179	2 841	3 305
RM/DM	176 172	401 990	351 331	268 970	368 688	361 769

1) 1950 einschl. Obusse. — 2) Ab Januar 1963 ohne den von den Ländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen genehmigten Linienverkehr. — 3) 1938 und 1950 BGE und Südstorm. Kreisbahn (einschl. Eisenbahnbetrieb). — 4) Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — 5) Einschl. Kombinationskraftwagen. — 6) Teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — 7) Ab 1. 1. 1964 einschl. durchlaufender Mittel. — 8) 132 berichtspflichtige Institute. — 9) Bis einschl. Mai 1950 ohne Wirtschaft und Private. — 10) Ohne Postsparkasse. — 11) Wechselproteste der Kreditinstitute und der Post. — 12) Einschließlich Erneuerungen.

Zahlenspiegel

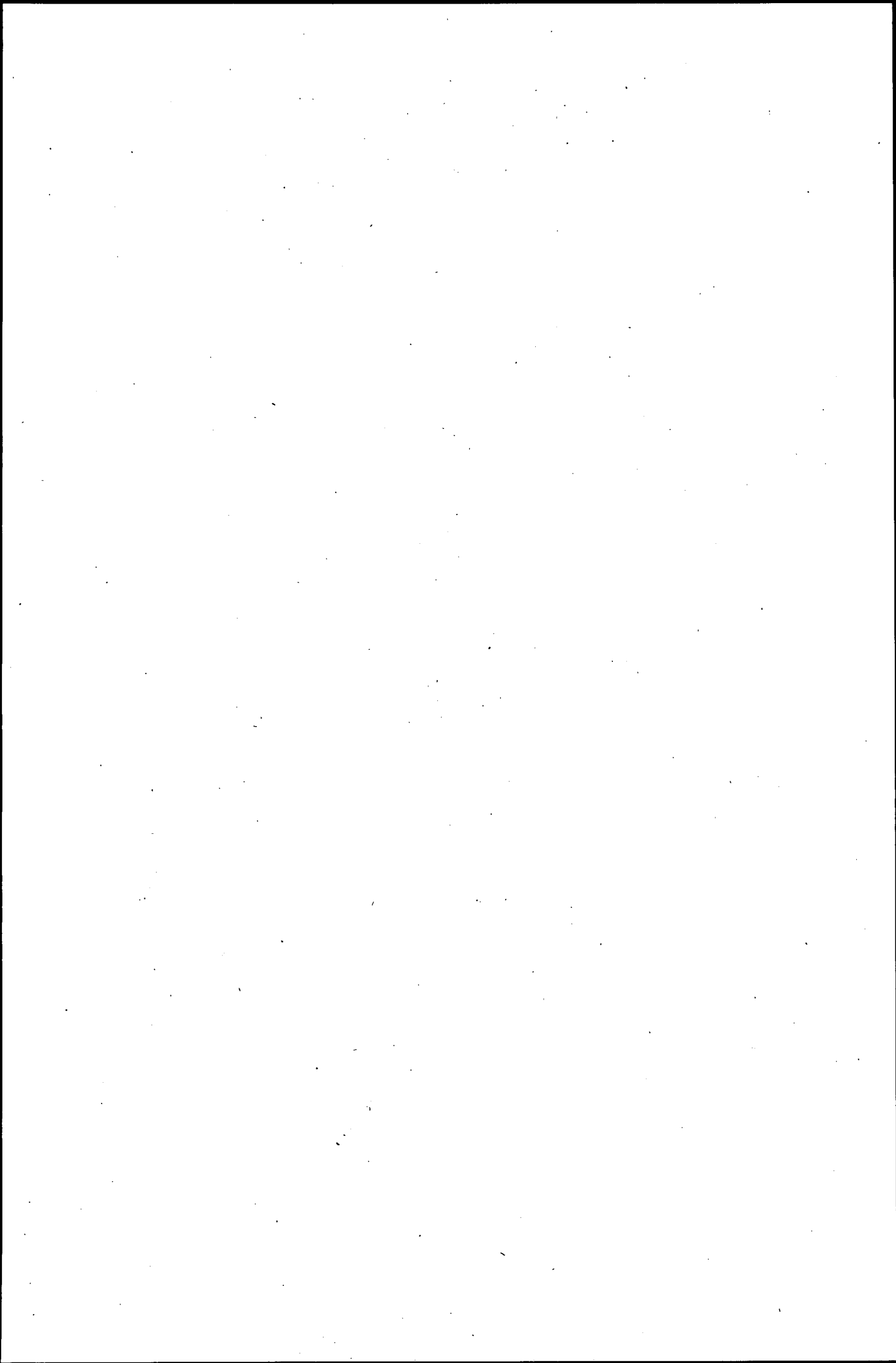
Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Mai 1964	Mai 1965	April 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Geld und Kredit						
3. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg						
Aktiengesellschaften, Zahl	.	.	161	162	161	161
Kapital in Mio DM	.	.	3 717,1	3 940,1	3 940,1	3 890,3
Gesellschaften m. b. H., Zahl	.	.	3 696	3 686	3 866	3 840
Kapital in Mio DM	.	.	2 549,3	2 686,8	2 968,3	2 940,5
Steuern¹⁾						
Steueraufkommen (In 1000 RM/DM) ²⁾						
1. Bundessteuern						
* Umsatzsteuer	9 363	22 996	78 447	78 497	85 925	82 910
* Umsatzausgleichsteuer	2 180	2 779	33 270	34 528	36 444	30 346
* Beförderungsteuer	79	943	1 453	1 471	1 212	1 220
* Notopfer Berlin	..	1 749	129	148	172	7
* Zölle	45 572	17 772	56 438	— 7 432	46 622	39 351
* Verbrauchsteuern	31 925	42 968	309 886	284 813	304 173	320 196
dav. Tabaksteuer	24 492	32 535	64 459	67 017	45 727	70 807
Kaffeesteuer	..	5 831	25 773	42 517	16 521	24 085
Teesteuer	..	521	946	1 019	3	1 345
Branntweinmonopol ³⁾	249	2 514	4 716	10 109	2 944	9 182
Mineralölsteuer	51	871	213 828	164 180	238 873	214 684
Sonstige Verbrauchsteuern	7 133	697	165	— 29	105	94
* Summe der Bundessteuern	..	89 211	479 624	392 025	474 549	474 031
* Außerdem: Lastenausgleichsabgaben	..	9 478 ⁴⁾	6 989	15 222	13 868	4 011
dav. Vermögensabgabe	..	5 352	5 467	14 241	13 057	699
Hypothekengewinnabgabe	..	2 771	1 204	934	762	2 461
Kreditgewinnabgabe	319	48	48	851
2. Landessteuern						
* Lohnsteuer	7 390	10 051	86 807	76 703	75 313	64 238
* Veranlagte Einkommensteuer	17 032	9 277	65 327	28 364	16 463	22 531
* Nichtveranlagte Steuer vom Ertrag	552	224	11 854	5 336	3 352	4 635
* Körperschaftsteuer	8 928	9 544	43 494	9 485	— 8 271	— 2 898
* Steuern vom Einkommen zusammen	33 902	29 097	207 482	119 887	86 857	88 506
dav. an den Bund abgeführt ⁵⁾	80 918	46 756	33 874	34 518
Hamburg verblieben	126 564	73 131	52 983	53 989
* Vermögensteuer	1 513	466	10 756	25 981	29 024	2 582
Erbchaftsteuer	469	63	1 223	1 228	2 472	— 563
Grundwerbsteuer	398	135	1 505	1 474	1 607	1 796
Kapitalverkehrsteuer	227	179	2 296	1 033	1 653	— 3 754
* Kraftfahrzeugsteuer	423	1 312	7 297	6 712	6 204	9 180
* Versicherungssteuer	559	847	3 806	4 176	4 260	4 383
* Rennwett- und Lotteriesteuer	452	820	2 511	1 566	1 662	1 812
* Wechselsteuer	0	536	803	837	847	1 105
* Feuerschutzsteuer	15	127	179	356	538	404
* Biersteuer	792	870	2 293	2 099	2 303	1 798
* Summe der Landessteuern	..	34 461	240 152	165 350	137 427	107 249
3. Gemeindesteuern						
* Realsteuern	9 974	8 666	46 638	103 379	99 296	22 535
dav. Grundsteuer A	50	42	71	139	146	11
Grundsteuer B	4 538	3 365	4 941	11 737	12 166	793
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital	4 668	4 215	36 249	90 537	86 114	6 894
Gewerbsteuer nach der Lohnsumme	718	1 044	5 377	965	869	14 837
Gewerbsteuer ausgleichszuschüsse	24	29	433	874	908	—
* Obrige Gemeindesteuern	7 411	1 864	570	383	466	782
dar. Kinosteuer	123	497	68	91	109	103
Obrige Vergnügungsteuer	106	146	293	210	270	291
Hundesteuer	68	132	208	81	86	387
Summe der Gemeindesteuern	17 385	10 071	47 208	103 762	99 762	23 317
Öffentliche Ordnung und Sicherheit						
1. Feuerlösch- und Unfalldienst						
Gesamtzahl der Alarmierungen	633	1 427	4 418	4 738	5 183	4 579
dav. Feueralarme	187	185	320	341	327	346
dav. falsche Alarme und Unfug-	49	39	61	62	64	54
meldungen
bekämpfte Brände insgesamt	138	146	259	279	263	292
dav. Großbrände	10	4	16	25	12	13
Mittelbrände	17	14	42	29	42	42
Kleinbrände	88	114	111	146	115	137
Entstehungsbrände	80	74	91	91
Schornsteinbrände	..	10	10	5	3	9
Hilfeleistungen aller Art	446	1 242	4 098	4 397	4 368	4 233
dar. bei Straßen- und Verkehrs-	..	314	1 090	1 277	1 184	1 050
unfällen	..	235	531	520	602	484
Betriebsunfällen
Hierbei durchgeführte Unfalltransporte	..	976	3 851	4 119	4 368	3 922
2. Krankenbeförderungswesen						
Ausgeführte Krankentransporte	..	5 625	4 544	4 242	4 372	4 503
Beförderte Personen	..	6 449	4 775	4 429	4 527	4 677

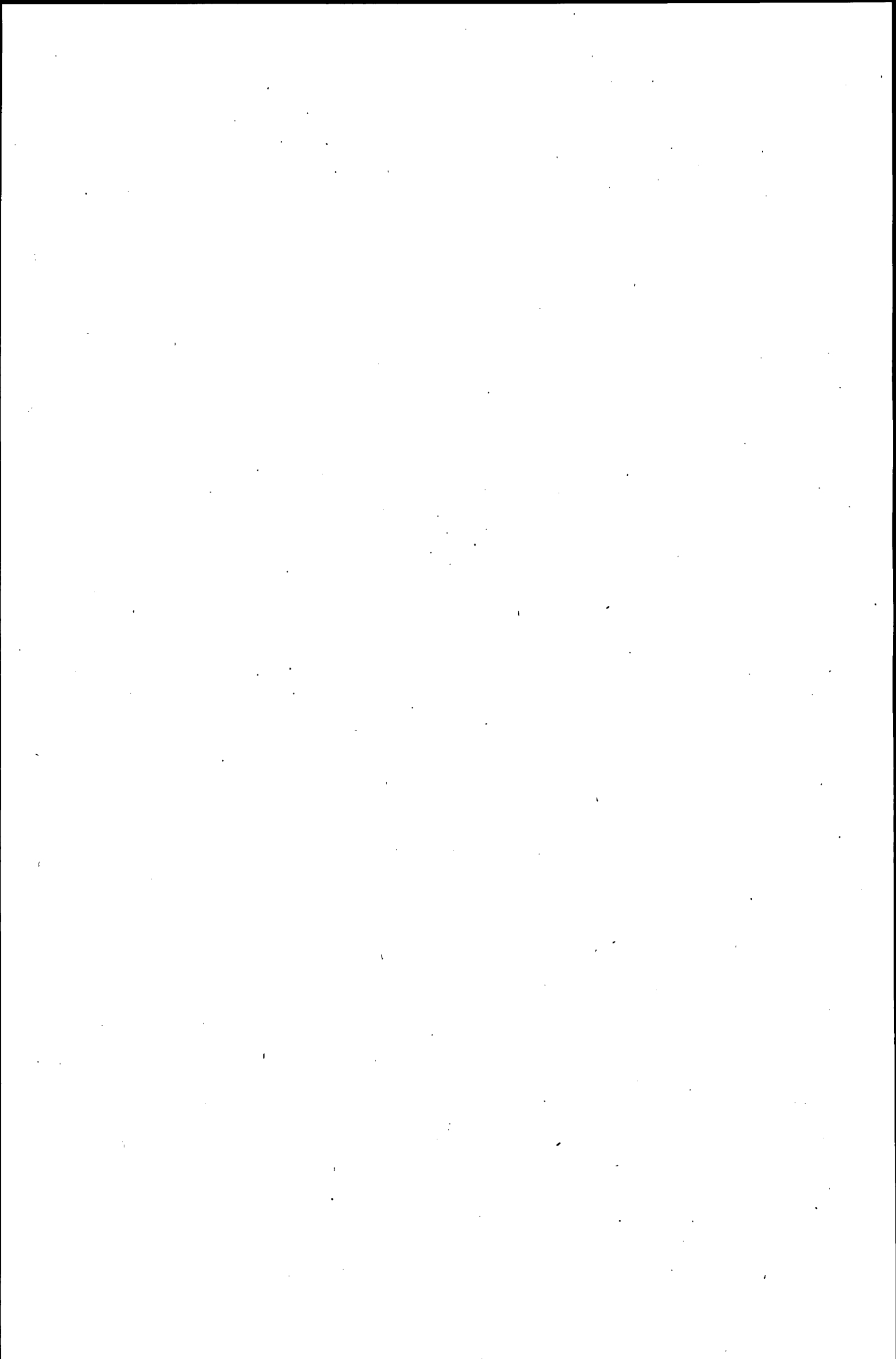
1) Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben. — 2) Monatsdurchschnitt 1938 = Durchschnitt des Rechnungsjahres 1938. — 3) Ohne die Einnahmen der Bundesmonopolverwaltung für Branntwein. — 4) Einschl. Soforthilfesonderabgabe. — 5) 1963 = 38 %, 1964 = 39 %.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Mai 1964	Mai 1965	April 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Öffentliche Ordnung und Sicherheit						
3. Feststellungen der Polizei						
Straftaten		5 443	7 865	7 616	7 560	7 626
dar. Sittlichkeitsdelikte		142	206	179	227	174
Mord und Totschlag		2	5	4	2	2
Fahrlässige Tötung 1)		11	2	1	3	—
Körperverletzung 2)		32	89	92	103	85
Einfacher Diebstahl		2 416	3 416	3 459	3 008	3 344
Schwerer Diebstahl		558	1 651	1 456	1 662	1 553
Diebstähle zusammen		2 974	5 067	4 915	4 670	4 897
dar. Kraftwagen- u. -gebrauchsdiebstahl		36	158	160	167	129
Fahrrad- und -gebrauchsdiebstahl		202	379	385	310	281
Moped-, Motorrad- und -gebrauchsdiebstahl			185	187	167	131
Taschendiebstahl		78	40	24	40	50
Unterschlagung		357	224	191	191	204
Raub und Erpressung		11	39	33	30	53
Begünstigung und Hülerei		99	127	148	106	94
Betrug und Untreue		607	730	700	642	661
Brandstiftung		39	42	68	47	62
Münzdelikte		13	—	—	—	—
Außerdem:						
Verkehrsvergehensanzeigen			792	831	817	898
Übertretungsanzeigen 3)			8 192	7 406	8 373	9 966
Ordnungswidrigkeitsberichte			477	481	452	429
Gebührenpflichtige Verwarnungen 4)			27 456	22 839	30 525	33 894
4. Rechtskräftig Abgeurteilte						
Abgeurteilte insgesamt		1 316	1 894	1 734	1 730 ⁵⁾	1 567
dav. Erwachsene n. allg. Strafrecht abgeurt.		1 229	1 554	1 517	1 337	1 251
Heranwachs. n. allg. Strafrecht abgeurt.			125	66	131	94
Jugendliche n. Jugendstrafrecht abgeurt.		87	133	86	178	149
Heranwachsende n. Jugendstrafr. abgeurt.			82	65	84	73
dar. Widerstand gegen die Staatsgewalt		12	6	9	7	5
Fahrerflucht		6	65	71	92	85
Straftaten gegen den Personenstand, die Ehe und die Familie		4	50	46	58	50
Verbrech. u. Vergeh. wider die Sittlichkeit		51	51	50	51	52
Beleidigung, üble Nachrede		24	19	17	17	16
Verbrech. u. Vergeh. wider das Leben		9	12	14	13	8
Körperverletzung		52	125	113	149	117
Einfacher Diebstahl		324	311	268	282	235
Schwerer Diebstahl		80	82	69	89	71
Einf. u. schwerer Diebstahl im Rückfall		79	57	56	42	37
Unterschlagung		70	50	45	56	37
Raub und Erpressung		9	13	16	21	8
Begünstigung und Hülerei		68	41	30	38	29
Betrug und Untreue		92	154	150	165	139
Urkundenfälschung		19	15	15	12	18
Vergehen gegen das StVG.		53	278	263	221	238
Löhne und Gehälter 6) 7)				April 1964	April 1965	Januar 1965
1. Arbeiterverdienste in der Industrie 8)						
* Bruttowochenverdienste in RM/DM	männlich	51	77	213	208	217
	weiblich	27	44	128	125	134
* Bruttostundenverdienste in RM/DM	männlich	1,00	1,57	4,67	4,59	4,83
	weiblich	0,57	0,97	3,02	2,95	3,17
* Bezahlte Wochenstunden in Std.	männlich	51,4	48,8	45,6	45,3	44,9
	weiblich	47,4	45,4	42,4	42,1	42,1
* Geleistete Wochenarbeitszeit in Std.	männlich			42,5	44,0	42,6
	weiblich			39,0	41,3	39,8
2. Angestelltenverdienste (Bruttomonatsverd. i. DM) Industrie 8)						
* Kaufmännische Angestellte	männlich			1 019	999	1 074
	weiblich			688	676	722
* Technische Angestellte	männlich			1 101	1 084	1 140
	weiblich			689	672	726
Handel, Kreditinstitute u. Versicherungsgewerbe						
* Kaufmännische Angestellte	männlich			947	927	1 015
	weiblich			606	594	647
* Technische Angestellte	männlich			1 035	1 025	1 108
	weiblich			1 037	1 040	1 156
Industrie, Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe						
* Kaufmännische Angestellte	männlich			966	946	1 031
	weiblich			627	614	667
* Technische Angestellte	männlich			1 095	1 079	1 137
	weiblich			769	755	821

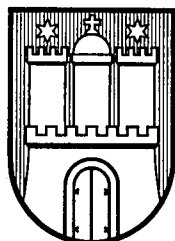
1) Ohne Verkehrsunfälle. — 2) Ohne §§ 223 und 230. — 3) Aus Verkehrsvorschriften und StGB. — 4) Aus Verkehrsvorschriften und Ordnungswidrigkeitenrecht. — 5) Außerdem: Aussetzung der Verhängung der Jugendstrafe (§ 27 JGG) Mai 1965 3 Jugendliche und 1 Heranwachsender. — Absehen von der Verfolgung (§ 45 JGG) Mai 1965 21 Jugendliche. — 6) 1938 = September 1938 und 1950 = Durchschnitt der vier Erhebungsmonate. — 7) Ab 1964 neuer Berichtsjahreskreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — 8) Einschl. Energiewirtschaft und Hoch- und Tiefbau.





HAMBURG IN ZAHLEN

Jahrgang 1965



August-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Wohnsituation und Veränderungsabsichten der bei den Hamburger Wohnungsämtern registrierten Wohnungssuchenden

Inhalt	Seite
Vorbemerkungen	209
I. Einleitung	210
II. Struktur der wohnungssuchenden Haushalte und ihre wohnungsmäßige Unterbringung	210
III. Richtung der Nachfrage: Die angestrebte Wohnsituation der Wohnungssuchenden	216
IV. Gründe für die Veränderungsabsichten und bereits unternommene Schritte zur Wohnungsbeschaffung	220
V. Gegenwärtige Mieten und Mietzahlungsbereitschaft der wohnungssuchenden Haushalte	223
VI. Verhalten der Haushalte im Falle einer höheren als veranschlagten Mietbelastung	226
VII. Erloschene und erledigte Wohnwünsche sowie Struktur der auswärtigen Antragsteller	228
VIII. Schlußbemerkungen	230

Vorbemerkungen

Aus dem umfangreichen Material der um die Jahresmitte 1964 in Hamburg durchgeführten Wohnungsenquete seien folgende Teilergebnisse vorangestellt:

Mehr als die Hälfte der 43 000 wohnungssuchenden Haushalte (mit insgesamt 107 000 Personen) waren Untermieter, darunter allein 11 000 Familien oder Elternteile mit Kindern; jede zweite Familie muß sich mit nur einem Zimmer begnügen. Außerdem wohnten rd. 9 000 Antragsteller in Behelfsbauten, d. h. etwa jeder fünfte Behelfsheimbewohner hatte sich bei den Wohnungsämtern um eine andere Unterkunft bemüht.

Jeder zweite Antragsteller war Familienvater oder Resthaushalt mit Kindern, die zusammen für 76 000 Personen

Wohnraum suchen. In den Familien leben 21 000 Kinder unter 10 Jahren, 7 700 von 10 bis 18 Jahren, und 6 400 der Kinder waren 18 Jahre alt oder älter.

Mehr als die Hälfte der Wohnungssuchenden war unter 45 Jahre alt und rechnet daher überwiegend zur Gruppe der noch ansteigenden Familien. Über 65 Jahre alt waren immerhin 17 % aller Wohnungssuchenden, überwiegend alleinstehende Frauen und Ehepaare ohne Kinder.

Arbeiter standen unter den Antragstellern an erster Stelle; sie waren mit 20 000 oder 47 % erheblich stärker vertreten als ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entspricht (29 %). Angestellte oder Beamte suchten 11 000 Wohnungen, Rentner und Pensionäre 9 700, und 2 000 Antragsteller waren Selbständige. Insgesamt waren rd. 78 % der Bewerber berufstätig, 22 % nicht erwerbstätig, in der Regel Rentner und Pensionäre.

Als Grund für die Veränderungsabsicht gaben 44% der Haushalte — fast ausschließlich Untermieter — an, für sich allein wohnen zu wollen, 29% strebten eine größere und 10% eine besser ausgestattete Wohnung an.

Eine Stockwerksmietwohnung wird von 92% aller Antragsteller, ein Eigenheim oder eine Eigentumswohnung von 1 200 Haushalten gewünscht. Jede zweite Wohnung soll drei Zimmer mit Küche, annähernd ein Drittel zwei Zimmer haben, und für 97% wird Bad oder Dusche gefordert. Rund 43% der Wohnungssuchenden wollen ein, 7% zwei Kinderzimmer einrichten. Beachtenswert ist, daß 27% eine Wohnung mit Ofenheizung haben möchten, während die heutigen Neubauten überwiegend mit Zentral- oder Fernheizung ausgestattet werden. Dieses Befragungsergebnis mag dadurch beeinflußt sein, daß vielen Haushalten Vergleichsmöglichkeiten über die effektive Belastung durch Zentralheizung oder Fernwärme fehlen.

Die Lage der künftigen Wohnung soll sich im allgemeinen möglichst in der bisherigen Wohngegend befinden: 44% möchten eine Wohnung im gleichen Ortsamtsgebiet; jeder vierte Antragsteller äußerte allerdings keinen speziellen Lagewunsch.

Fast alle Haushalte waren bereit, für die angestrebte Wohnung erheblich höhere Mieten aufzubringen als in der seitherigen — in der Regel unzureichenden — Unterkunft. Hatte bisher nur jeder zehnte Wohnungssuchende mehr als 100 DM aufgewendet, waren 79% aller Antragsteller bereit, künftig diesen Betrag auszugeben. Rund 30% der Wohnungsbewerber hatten ein monatliches Familieneinkommen bis zu 600 DM und 28% zwischen 600 und 800 DM. Jeder Fünfte verdiente zwischen 800 und 1 000 DM, 22% hatten ein darüber liegendes Einkommen. Im allgemeinen lag das Verdienstniveau der Wohnungssuchenden jedoch unter dem Durchschnittseinkommen der Hamburger Facharbeiter.

Zahlreiche Befragte orientierten sich offensichtlich an Altbaumieten, da die Mietzahlungsbereitschaft von etwa 17 000 Haushalten, d. h. 40% aller Wohnungssuchenden, nicht im Einklang mit den 1964 für die angestrebten Wohnungsgrößen üblichen Neubaumieten stand. Ein größerer Teil der Wohnungsbewerber kann eine von der Größe her ausreichende Wohnung in Neubauten zweifellos nur mit Hilfe von Wohngeld erreichen.

Jeder zweite Haushalt würde evtl. eine etwas höhere Miete in Kauf nehmen, wenn er zu der ursprünglich vorgesehenen Miete keine passende Wohnung erhalten könnte. 22% der Antragsteller würden sich in diesem Falle um Wohngeld bemühen, jeder fünfte Haushalt will sich mit einer einfach ausgestatteten Altbauwohnung begnügen.

Schließlich erklärte sich jeder fünfte Antragsteller bereit, einen Finanzierungsbeitrag für die künftige Wohnung zu leisten; mehr als 5 000 DM wollte jeder achte Haushalt unter ihnen aufbringen. Rund 1 000 Haushalte gaben an, einen Bausparvertrag abgeschlossen zu haben.

I. Einleitung

Auf Veranlassung der Baubehörde führte das Statistische Landesamt in den Monaten Mai und Juni 1964 eine repräsentative Befragung über die Struktur der bei den Hamburger Wohnungsämtern registrierten wohnungssuchenden Haushalte und deren Wohnabsichten durch. Im Wege der Zufallsauswahl wurde im April 1964 aus den Karteien der Wohnungsämter jede siebente Anschrift ermittelt und bei diesen Wohnungssuchenden anschließend ein Interview durchgeführt. Über den Befragungserfolg sind im August 1964 bereits Ergebnisse bekanntgegeben worden, die in etwas erweiterter Form im Abschnitt VII dieses Beitrages dargestellt werden.

Hauptzweck der vorliegenden Untersuchung ist, Umfang und Richtung der Veränderungsabsichten aufzuzeigen, wie sie tatsächlich von den Wohnungssuchen-

den bei der Befragung bestätigt und aufrechterhalten wurden: Es traf dies bei rd. 42 600 in Hamburg wohnhaften Haushalten zu, für die auswertbare Unterlagen vorhanden sind; insgesamt kann — nach dem Stande Jahresmitte 1964 — mit rd. 45 000 registrierten Wohnungssuchenden gerechnet werden, deren Wohnungswunsch noch existent war; die Differenz zu den 42 600 Haushalten erklärt sich durch Fälle, bei denen ein Interview, z. B. wegen Krankenhausaufenthalt, längerer Abwesenheit der Wohnungssuchenden u. ä., nicht durchgeführt werden konnte.

Nachstehend wird daher im allgemeinen die Struktur der 42 600 Wohnungssuchenden dargestellt, wobei zu beachten ist, daß es sich in den Tabellen — soweit nicht besonders vermerkt — um hochgeschätzte Ergebnisse handelt; die Werte der Repräsentativstatistik sind durch Multiplikation mit 7 auf den schätzungsweisen Totalumfang hochgerechnet worden.

Bei Verwendung der Zahlen ist zu beachten, daß sie auf einer 14,3%-Stichprobe beruhen und daher nur in einem durch den zugehörigen Zufallsfehler bestimmten Schwankungsbereich richtig sind. Der Fehlerbereich wird, um die Übersichtlichkeit der Tabellen zu wahren, nicht bei den einzelnen Zahlen angegeben. Zu beachten ist, daß die in den Tabellenfeldern aufgeführten Zahlen unter 350, d. h. 50 Fälle der Auswahl, durch ihre relative Ungenauigkeit bereits eingeschränkte Aussagekraft haben. Bei weiterer sachlicher Aufgliederung treten schwächere Feldbesetzungen in den Tabellen auf, die statistisch nicht mehr gesichert sind. Es besteht dann häufig die Möglichkeit, durch entsprechende Zusammenfassung von Einzelergebnissen zuverlässige Gruppenwerte zu erhalten. In den Tabellen ist die Regel angewandt, daß Zahlen unter 140, d. h. 20 Fälle der Auswahl und evtl. darauf bezogene Verhältniszahlen, wegen des relativ hohen Fehlerbereiches nicht ausgewiesen werden (durch Punkte gekennzeichnet); Zahlen zwischen 140 und 350, also 20 bis 50 Fälle der Auswahl, sind wegen der eingeschränkten Aussagekraft in Klammern gesetzt, um damit auf ihre relative Ungenauigkeit hinzuweisen.

Für einen angenommenen Sicherheitsgrad von 95,5% (2 δ) gelten folgende Anhaltspunkte über die Aussageschärfe der 14,3%-Stichprobe:

Stichprobe	Fallzahl in der Gesamtheit	Wahrscheinlichkeitsfehler in %
20	140	± 43
50	350	± 27
100	700	± 19
200	1 400	± 14
400	2 800	± 10
500	3 500	± 9
1 000	7 000	± 6

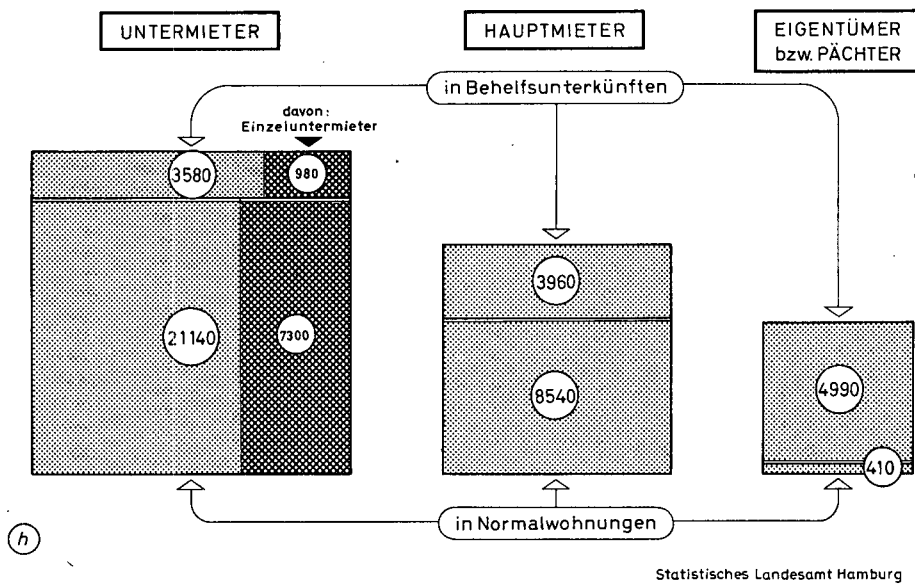
Wenn also z. B. ein Merkmal bei 100 Befragten auftrat, kann geschlossen werden, daß dieses Merkmal unter den Antragstellern insgesamt mit einer Häufigkeit von 700 ± 19% vorkommt, d. h. daß der „wahre“ Wert für die Gesamtheit mit einer Wahrscheinlichkeit von 95,5 : 100 zwischen 567 und 833 läge.

II. Struktur der wohnungssuchenden Haushalte und ihre wohnungsmäßige Unterbringung

Unter den wohnungssuchenden Haushalten bildeten Untermieter die weitaus stärkste Gruppe: War nach den Ergebnissen der Gebäudezählung von 1961 etwa jede fünfte Hamburger Wohnpartei ein Untermieter-Haushalt, so traf dies auf mehr als die Hälfte (58%) der Wohnungssuchenden zu, die bei der Befragung ihren Wohnungswunsch bestätigten. Von diesen rd. 24 700 Untermietern waren ein Drittel Einpersonenhaushalte und zwei Drittel Mehrpersonenhaushalte. Hier handelt es sich häufig noch um von den Wohnungsämtern Eingewiesene, die ihr aus der Wohnungsnot heraus entstandenes Untermiet-Verhältnis auflösen möchten, teilweise auch um jüngere Ehepaare, die noch keine eigene Wohnung gefunden

Schaubild 1

Die wohnungssuchenden Haushalte nach der gegenwärtigen Wohnungsnutzung



Statistisches Landesamt Hamburg

haben und mit Eltern bzw. Schwiegereltern zusammenwohnen. Hierfür spricht unter anderem der hohe Anteil der Untermieter, die angegeben haben, mit dem Wohnungsgeber verwandt zu sein: Es waren rd. 10 300 oder 42 % aller Untermieterhaushalte.

Tabelle 1

Wohnungssuchende Haushalte nach der gegenwärtigen Unterkunft

Wohnungsnutzung	Haushalte insgesamt		davon wohnten in			
			Normalwohnungen		Behelfsbauten und sonstigen Unterkünften ¹⁾	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
	1	2	3	4	5	6
Eigentümer	5 390	12,7	406	1,3	4 984	39,8
Hauptmieter	12 502	29,3	8 540	28,4	3 962	31,6
Untermieter	24 717	58,0	21 140	70,3	3 577	28,6
darunter mit dem Wohnungsgeber verwandt	10 283		9 142		1 141	
darunter Einpersonenhaushalte	8 274		7 294		980	
Zusammen	42 609	100	30 086	100	12 523	100

1) Darunter 945 Haushalte in primitiven Keller-, Dachgeschoß- und sonstigen Behelfswohnungen in normalen Wohngebäuden und 235 Haushalte in Wohnlagern und sonstigen Behelfsunterkünften.

1) Alle Wohnungen in Wohngebäuden, die in dauerhafter Ausführung errichtet sind, und in massiven Nichtwohngebäuden. Als Wohnung galt in der Regel die Gesamtheit der Räume, die der baulichen Anlage nach zur Unterbringung eines Haushaltes bestimmt sind und folgende Merkmale aufwiesen:

a) eine b a u p l a n m ä ß i g vorgesehene Küche oder Kochnische,
b) einen e i g e n e n Wohnungseingang unmittelbar vom Treppenhaus oder von einem Vorraum oder von außen.

Hierbei war es gleichgültig, ob in dieser Wohnungseinheit eine oder mehrere Haushaltungen untergebracht waren, auch wenn für jede dieser Haushaltungen eine eigene behelfsmäßige Kochegelegenheit eingerichtet worden war.

2) Vgl. hierzu den Beitrag: Die Wohnsituation der Hamburger Haushalte im Frühjahr 1960 — in: Hamburg in Zahlen, Jahrg. 1962, Sonderheft 1.

Ein weiteres Kennzeichen für den Dringlichkeitsgrad der Nachfrage ist die Art der gegenwärtigen Unterkunft der Wohnungssuchenden; etwa 12 500 Befragungen fanden in Behelfsbauten, in primitiven Keller-, Dachgeschoßwohnungen, in Wohnlagern oder sonstigen Notunterkünften statt. In dieser Gruppe dominierten die Bewohner der in Hamburg sehr umfangreichen Kleingartenkolonien; so hatten fast 5 000 Haushalte in Behelfsbauten angegeben, Eigentümer bzw. Pächter ihres Grundstücks zu sein (vgl. Tab. 1). Bezieht man die wohnungssuchenden Haushalte der Behelfswohnungen auf den Gesamtbestand der noch vorhandenen Notwohnungen in Höhe von schätzungsweise 50 000 Einheiten, so hätte sich nur etwa jeder vierte Bewohner bei den Wohnungsämtern um eine andere Unterkunft bemüht.

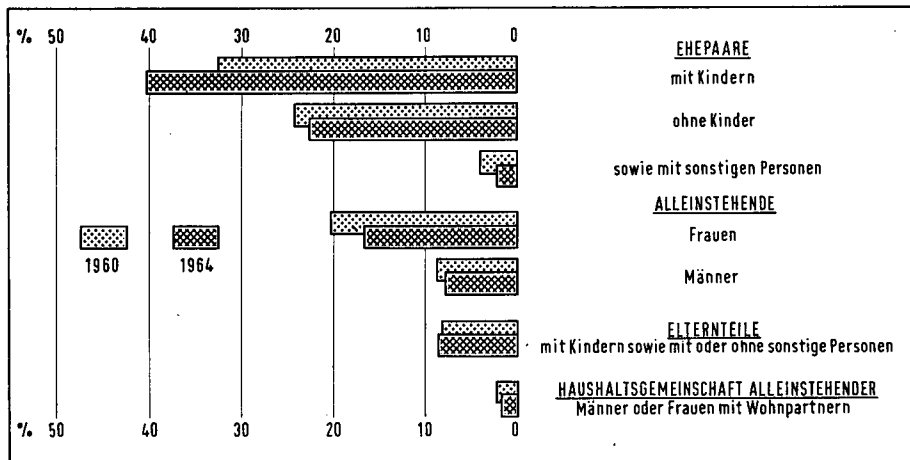
Als Inhaber von „Normalwohnungen“¹⁾ bezeichneten sich rd. 8 500 Antragsteller; es handelt sich dabei — wie im folgenden noch dargestellt wird — vorwiegend um Hauptmieter in kleinen Altbauwohnungen. In welchem Umfang sich diese Wohnungen nach Freiverwerden für eine Weitervermietung eignen, kann nicht angegeben werden.

Um die Struktur der Antragsteller möglichst im Hinblick auf ihren Wohnbedarf genau beschreiben und Vergleiche mit der Gesamtheit der Hamburger Bevölkerung durchführen zu können, wurde eine soziologische Haushaltstypisierung vorgenommen, wie sie bereits bei der Wohnungsstichprobe 1960 Anwendung fand²⁾.

Ehepaare mit Kindern waren unter den Wohnungssuchenden mit Abstand der häufigste Haushaltstyp, zu ihm gehörten rd. 17 200 Haushalte oder über 40 % aller Antragsteller. Wie Tabelle 2 zeigt, suchen diese Haushalte Wohnraum für 62 800 Personen; von den insgesamt 107 400 Personen, die untergebracht werden sollen, waren dies gut 58 %. Der Anteil der wohnungssuchenden Ehepaare mit Kindern war 1964 deutlich höher, als er 1960 bei der Gesamtheit aller

Schaubild 2

Die Struktur der Hamburger Haushalte im Frühjahr 1960 und die wohnungssuchenden Antragsteller 1964 nach dem Haushaltstyp



(h)

Statistisches Landesamt Hamburg

Tabelle 2

Wohnungssuchende Haushalte nach Haushaltstyp

Haushaltstyp	Anzahl der Haushalte			Anzahl der Personen		
	insgesamt	Anteil in %		insgesamt	Anteil in %	
		Juni 1964	Frühjahr 1960 1)		Juni 1964	Frühjahr 1960 1)
	1	2	3	4	5	6
Alleinstehende						
Männer	3 360	7,9	8,7	3 360	3,1	3,6
Frauen	7 077	16,6	20,2	7 077	6,6	8,4
Ehepaare						
ohne Kinder	9 625	22,6	24,1	19 250	17,9	20,0
mit Kindern	17 157	40,2	32,4	62 755	58,5	49,5
mit sonstigen Personen (mit u. ohne Kinder)	924	2,2	4,0	4 018	3,8	7,4
Elternteile						
mit Kindern (mit u. ohne sonstige Personen)	3 675	8,6	8,3	9 275	8,6	9,0
Haushaltsgemeinschaft Alleinstehender						
Männer oder Frauen mit Wohnpartnern ..	791	1,9	2,3	1 659	1,5	2,1
Alle Haushalte ...	42 609	100	100	107 394	100	100

1) Wohnungsstichprobe Frühjahr 1960; Struktur sämtlicher Haushalte.

Hamburger Haushalte festgestellt wurde. Diese vom Wohnbedarf aus speziell interessierende Gruppe der Ehepaare wurde auch noch auf Zahl und Alter der Kinder untersucht. Rund 14 300 Ehepaare hatten unter 18jährige Kinder, in 2 000 Familien waren die Kinder bereits 18 Jahre alt oder älter und bei 900 Familien waren Kinder im Alter von unter und über 18 Jahren vorhanden. Besonders aufschlußreich ist die Tatsache, daß in diesen Vollfamilien 18 600 unter 10 Jahre alte Kinder lebten, in Restfamilien – bei Elternteilen mit Kindern – wurden weitere 1 400 unter 10jährige festgestellt. Insgesamt gab es 20 600 Kinder in dieser Altersgruppe, 7 700 waren 10 bis 18 Jahre alt und 6 400 älter. Im Durchschnitt kamen bei den wohnungssuchenden Haushalten mit Kindern

3,5 Personen auf einen Haushalt, in den 900 Haushalten mit Kindern im Alter von unter und über 18 Jahren betrug der Durchschnitt 4,9 Personen.

Tabelle 3

Wohnungssuchende Haushalte mit Kindern nach dem Alter der Kinder

Haushaltstyp	Haushalte insgesamt	mit Personen	Durchschnittl. Anzahl der Personen je Haushalt		Anzahl der Kinder nach Altersgruppen		
			1964	1960	unter 10 Jahre	10 bis unter 18 Jahre	18 Jahre und älter
	1	2	3	4	5	6	7
Ehepaare mit Kindern							
nur mit Kindern unter 18 Jahren ...	14 252	51 821	3,6	3,6	18 172	5 145	—
nur mit Kindern von 18 Jahren und älter ...	2 009	6 580	3,3	3,3	—	—	2 562
mit Kindern unter u. über 18 Jahren ..	896	4 354	4,9	4,6	476	1 050	1 036
Ehepaare mit sonstigen Personen (mit und ohne Kinder) .							
Elternteile mit Kindern 1)	924	4 018	4,3	4,5	511	357	(308)
Alle Haushalte mit Kindern	3 675	9 275	2,5	2,6	1 393	1 155	2 457
Zusammen ...	21 756	76 048	3,5	3,6	20 552	7 707	6 363

1) Mit und ohne sonstige Personen.

In diesem Zusammenhang soll auch die Frage nach dem Alter der Wohnungssuchenden beantwortet werden: Unter den Ehepaaren mit Kindern waren rd. 30 % der Ehemänner unter 30 Jahre alt, 47 % zwischen 30 und 45 Jahren und 23 % der Haushaltsvorstände waren älter. Stellten im Gesamtdurchschnitt die 25- bis 45jährigen Ehemänner 47 % aller Antragsteller, so betrug ihr Anteil bei den Vätern mit im Haushalt lebenden Kindern sogar 70 %. Aus die-

sen Relationen — mehr als die Hälfte der wohnungssuchenden Haushaltsvorstände war unter 45 Jahre alt und rechnet überwiegend zur Gruppe der noch ansteigenden Familien — lassen sich wichtige Erkenntnisse über die Dringlichkeit der Wohnungsnachfrage ableiten.

Als nächster Personenkreis seien die 9 600 Ehepaare ohne Kinder erwähnt, die rd. 23 % aller Wohnungssuchenden bildeten. Dieser Haushaltstyp, der in der Wohnungsstichprobe 1960 etwas stärker repräsentiert war als bei den Antragstellern, muß näher untersucht werden, da in ihm jüngere und ältere Ehepaare zusammengefaßt sind, deren Wohnungsbedarf von der Größe her unterschiedlich zu beurteilen ist. Mehr als die Hälfte der Ehemänner dieser Gruppe (57 %) waren über 45 Jahre alt, jeder vierte Haushaltsvorstand hatte sogar das 65. Lebensjahr bereits überschritten.

Bei vielen älteren Ehepaaren dürfte der Bedarf im allgemeinen auf eine kleinere Wohnung gerichtet sein, während von den rd. 4 200 Haushalten, in denen der Ehemann das 45. Lebensjahr noch nicht vollendet hatte, größerer Wohnraumbedarf ausgeht. Dies trifft in besonderem Maße für die 2 300 jüngeren Ehepaare zu (Ehemann unter 30 Jahre alt), deren Wohnungswünsche häufig für die zu erwartende Vergrößerung der Familie bestimmt sein dürften.

den Ehepaaren ohne Kinder spielt das Alter für die Beurteilung des Wohnungswunsches eine große Rolle: Von den Frauen waren 6 % unter 30 Jahre alt, bei den Männern dagegen 29 %. Unter ihnen befanden sich Verlobte oder Verheiratete, die mangels Wohnraum noch keinen gemeinsamen Hausstand führen konnten. In der Altersgruppe der 30- bis 45-jährigen waren die Männer ebenfalls anteilmäßig stärker vertreten (22 %) als die alleinstehenden Frauen (13 %). Bei den älteren Jahrgängen dominierten die Frauen besonders stark: 44 % waren bereits 65 Jahre alt und älter. Darunter befinden sich zahlreiche Witwen, die durch Kriegsereignisse die selbständige Wohnung verloren hatten und einen Wechsel ihres derzeitigen Untermietverhältnisses anstrebten.

Der Haushaltstyp der „Elternteile mit Kindern“, ganz überwiegend Witwen oder auch Geschiedene mit Kindern, war unter den Antragstellern — wie bei der Gesamtheit der Hamburger Haushalte — mit etwas über 8 % vertreten. In diesen 3 700 Resthaushalten lebten 5 000 Kinder, von denen die Hälfte bereits über 18 Jahre alt war; es wurden aber außerdem 1 400 unter 10jährige Kinder festgestellt, und gut 42 % der Mütter bzw. Väter waren noch nicht 45 Jahre alt.

Ergänzende Hinweise über die gegenwärtige Wohnsituation der Antragsteller, insbesondere über die Bewohner der Behelfswohnungen und die Struktur der Untermieter ergeben sich durch eine Gliederung der vorstehend beschriebenen Haushaltsgruppen nach Art der Unterkunft und Wohnungsnutzung (vgl. Tabelle 5).

Ehepaare mit Kindern waren danach besonders häufig auf Behelfsunterkünfte angewiesen; von den 12 500 Haushalten, die sich aus Behelfswohnungen als Wohnungssuchende gemeldet hatten, waren 5 500 oder 44 % Familien, und 3 100 Haushalte — jeder vierte Antragsteller — bestanden aus alleinstehenden Ehepaaren. Das bedeutet, daß zur Zeit fast jedes dritte wohnungssuchende Ehepaar (mit oder ohne Kinder) auf eine Behelfsunterkunft angewiesen ist. Mit 1 200 Fällen war auch die Zahl der Resthaushalte in Notunterkünften relativ hoch, sie entsprach einem Anteil von 31 % aller Elternteile, die mit Kindern zusammenwohnen. Außerdem lebten 1 400 alleinstehende Frauen mit Wohnungswunsch außerhalb von Normalwohnungen; auf die Gesamtzahl dieses Haushaltstyps bezogen waren dies 19 %.

Erwartungsgemäß stellen die Alleinstehenden einen hohen Anteil der Untermieter. Wie aus Tabelle 5 hervorgeht, waren 84 % der alleinstehenden Männer und 77 % der Frauen mit registriertem Wohnungswunsch Untermieter. Es überrascht jedoch die hohe Zahl der Familien, die 1964 noch zur Untermiete wohnen mußten: 8 700 wohnungssuchende Ehepaare mit Kindern und 5 000 Ehepaare ohne Kinder wurden als Untermieter registriert, das waren jeweils mehr als die Hälfte aller wohnungssuchenden Ehepaare. Überdurchschnittlich hoch mit 60 % war auch der Untermieteranteil bei den Resthaushalten.

Um die wirtschaftliche und soziale Lage der Wohnungssuchenden abschätzen zu können, wurden die Haushaltsgruppen nach der sozialen Stellung des

Tabelle 4

Wohnungssuchende Haushalte nach Haushaltstyp und Alter des Haushaltsvorstandes

Haushaltstyp	Anzahl der Haushalte	Alter des Haushaltsvorstandes in Jahren					
		unter 25	bis unter				75 und älter
			25	30	45	65	
1	2	3	4	5	6	7	
Alleinstehende							
Männer	3 360	385	602	721	1 043	406	(203)
Frauen	7 077	(189)	(217)	910	2 646	2 233	882
Ehepaare							
ohne Kinder	9 625	616	1 659	1 911	3 010	1 855	574
mit Kindern	17 157	1 260	4 032	8 008	3 493	(322)	.
mit sonstigen Personen (mit u. ohne Kinder)	924	.	.	(287)	448	.	.
Elternteile							
mit Kindern (sowie mit oder ohne sonstige Personen)	3 675	.	392	1 155	1 624	(259)	.
Haushaltsgemeinschaft							
Alleinstehender Männer oder Frauen mit Wohnpartnern ...	791	.	.	(147)	(336)	(168)	.
Alle Haushalte							
absolut	42 609	2 674	6 986	13 139	12 600	5 327	1 883
in %	100	6,3	16,4	30,8	29,6	12,5	4,4

Auch bei den Antragstellern bestätigt sich wiederum der hohe Anteil der Einzelpersonen Haushalte, wie er durch die großstädtischen Verhältnisse bedingt ist. Etwa jeder vierte Wohnungssuchende gehörte zu diesem Personenkreis; nach den Ergebnissen der letzten Volkszählung waren 29 % aller Hamburger Haushalte Alleinstehende. Bei der Umfrage 1964 bestätigten 7 100 alleinstehende Frauen und 3 400 Männer eine Veränderungsabsicht; wie unter

Tabelle 5

Wohnungssuchende Haushalte nach Haushaltstyp, Wohnverhältnis und sozialer Stellung des Haushaltsvorstandes

Haushaltstyp	Von den Haushalten					Soziale Stellung des Haushaltsvorstandes			
	wohnten in		waren			Selbstständige	Angestellte und Beamte	Arbeiter	Rentner; Pensionäre
	Normalwohnungen	Behelfswohnungen	Hauptmieter	Untermieter ¹⁾	Eigentümer				
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Alleinstehende									
Männer	2 625	735	(315)	2 828	(217)	(147)	1 106	1 330	777
Frauen	5 719	1 358	1 127	5 432	518	(182)	1 603	1 267	4 025
Ehepaare									
ohne Kinder	6 559	3 066	3 024	4 970	1 631	441	2 422	4 235	2 527
mit Kindern	11 683	5 474	6 244	8 722	2 191	994	4 319	11 074	770
mit sonstigen Personen (mit und ohne Kinder)	483	441	420	(168)	(336)	.	(154)	532	.
Elternteile									
mit Kindern (sowie mit und ohne sonstige Personen) ..	2 520	1 155	1 106	2 205	364	.	1 022	1 372	1 190
Haushaltsgemeinschaften									
Alleinstehender									
Männer oder Frauen mit Wohnpartnern	497	(294)	(266)	392	.	.	(280)	(182)	(287)
Alle Haushalte	30 086	12 523	12 502	24 717	5 390	2 016	10 906	19 992	9 695

1) Darunter 3 577 in Behelfswohnungen.

Haushaltsvorstandes ausgezählt (Tabelle 5), außerdem ist die Erwerbstätigkeit des Haushaltsvorstandes, die Zahl der Einkommensbezieher und das monatliche Familieneinkommen der Haushalte nachgewiesen worden (vgl. Tabelle 6).

Die Erhebung hat gezeigt, daß unter den Wohnungssuchenden 20 000 Arbeiterhaushalte waren, das entspricht rund 47 % aller Antragsteller, einem weit überdurchschnittlichen Anteil, denn unter der Gesamtheit der Hamburger Bevölkerung des Jahres 1961 wurden 29 % Arbeiterhaushalte gezählt. Etwa

jeder vierte Wohnungssuchende (10 000 oder 26 %) war Angestellter oder Beamter, d. h. daß die Häufigkeit annähernd der Gesamtstruktur gleichkam; 1961 gehörten etwa 30 % der Hamburger Haushalte zu diesen beiden Gruppen. Niedriger als dem Anteil an der Gesamtbevölkerung entsprach (31 %) blieben die 9 700 Rentner und Pensionäre, welche sich bei den Wohnungsämtern vormerken ließen. Daß aber gerade diese 9 700 Haushalte besonders schwierig unterzubringen sein werden und sich darunter zahlreiche Härtefälle befinden, wird noch an anderer Stelle aus-

Tabelle 6

Haushalte nach Haushaltstyp, Erwerbstätigkeit des Haushaltsvorstandes, Zahl der Einkommensbezieher und monatlichem Familien-Brutto-Einkommen

Haushaltstyp	Erwerbstätigkeit des Haushaltsvorstandes						Anzahl der Haushalte mit ... Einkommensbezieher			Monatliches Familien-Brutto-Einkommen in DM 1)					
	berufstätig			nicht berufstätig			1	2	3 und mehr	von ... bis unter ...					
	Anzahl	Anteil in %		Anzahl	Anteil in %					unter 400	400/600	600/800	800/1000	1000/1250	1250 u. mehr
		1964	1960		1964	1960									
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	
Alleinstehende															
Männer	2 604	7,9	8,5	756	8,0	9,3	3 304	—	—	532	812	1 295	441	(154)	.
Frauen	3 136	9,5	10,7	3 941	41,7	41,8	6 930	—	—	3 766	1 988	910	(287)	.	.
Ehepaare															
ohne Kinder	7 168	21,6	23,9	2 457	26,0	24,7	4 151	5 474	—	749	2 044	2 205	1 645	1 533	1 372
mit Kindern	16 450	49,6	44,1	707	7,6	6,0	9 800	5 558	1 799	.	1 302	6 076	4 655	2 338	2 562
mit sonstigen Personen (mit und ohne Kinder)	805	2,4	5,1	.	1,3	1,2	(154)	385	385	.	.	(175)	.	(189)	(294)
Elternteile															
mit Kindern (mit und ohne sonstige Personen)	2 499	7,5	5,8	1 176	12,4	13,8	1 533	1 610	504	(266)	889	973	700	434	378
Haushaltsgemeinschaften															
Alleinstehender															
Männer oder Frauen mit Wohnpartnern ...	504	1,5	1,9	(287)	3,0	3,2	.	630	.	.	.	(168)	.	(189)	.
Alle Haushalte	33 166	100	100	9 443	100	100	25 977	13 657	2 744	5 488	7 266	11 802	7 987	4 893	4 851

1) Außerdem 322 Haushalte ohne Angaben des Familieneinkommens.

geführt. Als beruflich selbständig bezeichneten sich 2 000 Wohnungssuchende, das war jeder zwanzigste Antragsteller; jeder zehnte Hamburger Haushalt hatte sich bei der Volkszählung 1961 dieser sozialen Gruppe zugeordnet.

Wie aus Tabelle 6 ersichtlich, waren mehr als drei Viertel der wohnungssuchenden Haushaltsvorstände berufstätig; die Familienväter standen mit nur wenigen Ausnahmen im Erwerbsleben, dagegen waren bei den Ehepaaren ohne Kinder nur noch drei Viertel der Haushaltsvorstände berufstätig. Bemerkenswert ist die unterschiedliche Erwerbsquote der Alleinstehenden. Während bei den Männern rd. 78 % berufstätig waren, traf dies nur auf 44 % der alleinstehenden Frauen zu; der Anteil der von Renten und Pensionen lebenden Frauen war dementsprechend besonders hoch.

Die Gliederung der Haushaltsgruppen nach der Zahl der Verdienner und der Höhe der monatlichen Familienbruttoeinkommen gibt Aufschluß über die wirtschaftliche Situation der Wohnungssuchenden. In 61 % der Haushalte war ein Einkommensbezieher vorhanden, 33 % der Haushalte gaben zwei Verdienner an und in 2 700 Haushalten oder 6 % wurden sogar drei oder mehr Einkommensbezieher im Haushalt registriert. Überraschend ist die Feststellung, daß bei mehr als der Hälfte der Ehepaare ohne Kinder die Frau mitverdient (57 %). Soweit in den Familien mehrere Einkommensbezieher angegeben wurden, handelt es sich vielfach um erwachsene Kinder mit eigenen Einkommen. Dabei ist zu beachten, daß diese — soweit sie z. B. Lehrlinge sind — häufig nur geringe Verdienste erreichen, und es muß die Frage offen bleiben, ob und in welchem Umfang solche Beiträge überhaupt in eine Familienkasse fließen bzw. zur Bestreitung der gemeinsamen Haushaltsausgaben, für Miete und dergleichen, verwendet werden. Unter Beachtung dieser Vorbehalte ergibt sich aus der Einkommensschichtung folgendes Bild: Mit weniger als 400 DM im Monat müssen 5 500 Haushalte oder 13 % aller Wohnungssuchenden auskommen, und weitere 7 300 Haushalte oder 17 % gaben an, zwischen 400 und 600 DM Brutto-Familieneinkommen im Monat zu haben. Daß sich der Personenkreis mit niedrigem Einkommen überwiegend aus älteren alleinstehenden Frauen, meist Rentnerinnen und älteren Ehepaaren (ohne Kinder) zusammensetzt, ergänzt bzw. bestätigt das bei der Untersuchung der sozialen Schichtung bereits gesagte. Die Tatsache, daß 30 % aller Wohnungssuchenden nur über ein Familieneinkommen von weniger als 600 DM verfügen, muß vor allem auch bei der weiteren Beurteilung der Wohnungswünsche und der Mietzahlungsbereitschaft im Auge behalten werden. Am stärksten besetzt war die Einkommensgruppe 600 bis 800 DM, in der sich 11 800 Haushalte oder 28 % aller Wohnungssuchenden befanden, darunter gut die Hälfte Ehepaare mit Kindern. Auch die Familieneinkommen zwischen 800 und 1 000 DM — etwa jeder fünfte Antragsteller wies ein solches aus — wurden überwiegend von Ehepaaren mit Kindern erzielt. Etwa 22 % der Haushalte gaben ein über 1 000 DM liegendes Familieneinkommen pro Monat an, die Hälfte unter ihnen verdiente über 1 250 DM pro Monat, vorwiegend Ehepaare mit und ohne Kinder.

Tabelle 7

Wohnungssuchende Hauptmieter und Eigentümer nach Größe der Wohnungen

Anzahl der Räume (einschl. Küche)	Anzahl der Wohnungen insgesamt	davon			
		Normal-		Behelfs-	
		Wohnungen			
		Anzahl	in %	Anzahl	in %
	1	2	3	4	5
1 Raum	455	(168)	1,9	(287)	3,2
2 Räume	4 585	2 093	23,4	2 492	27,8
3 Räume	9 296	4 599	51,4	4 697	52,5
4 Räume	2 975	1 708	19,1	1 267	14,2
5 und mehr Räume	581	378	4,2	(203)	2,3
Zusammen	17 892	8 946	100	8 946	100

Über die wohnungsmäßige Unterbringung der Haushalte zum Zeitpunkt der Befragung lassen sich folgende Aussagen machen:

Die von den 8 900 Hauptmietern bzw. Eigentümern bewohnten Normalwohnungen sind überwiegend Kleinwohnungen: Jede vierte Wohnung bestand praktisch aus einem Zimmer mit Küche, und jede zweite Wohnung hatte nur 2 Zimmer und eine Küche; während unter dem gesamten Hamburger Wohnungsbestand jede dritte Wohnung 3 Zimmer hatte, betrug der entsprechende Anteil bei den Wohnungssuchenden 19 %. Größere Wohnungen standen den Antragstellern nur in 4 % der Fälle zur Verfügung, im Gesamtbestand gab es vergleichsweise 18 % Wohnungen mit 5 oder mehr Räumen (einschl. Küchen).

Dies zeigt deutlich die beengte Unterbringung der 8 900 Wohnungsinhaber, für die gleich große Zahl der Behelfsheimbewohner trifft dies in verstärktem Maße zu:

Ihnen standen in 31 % der Fälle neben der Küche nur 1 Raum, in 53 % zwei Räume zur Verfügung.

Tabelle 8

Wohnungssuchende Untermieter nach Haushaltsgröße und Unterbringung

Anzahl der Personen im Haushalt	Untermieterhaushalte insgesamt	darunter Haushalte mit		
		1	2	3 und mehr
		Zimmern		
		1	2	3
in Normalwohnungen 1)				
1 Person	7 294	6 874	(259)	.
2 Personen	6 006	3 962	1 904	.
3 Personen	5 159	3 108	1 813	(224)
4 Personen	2 065	889	1 001	(175)
5 Personen	427	(182)	(175)	.
6 und mehr Personen	(189)	.	.	.
Zusammen	21 140	15 057	5 250	644
in Behelfswohnungen 2)				
1 Person	980	882	.	—
2 Personen	833	686	.	.
3 Personen	882	588	(259)	.
4 Personen	490	(231)	(203)	.
5 Personen	(231)	.	.	.
6 und mehr Personen	(161)	.	.	.
Zusammen	3 577	2 513	819	147

1) Einschl. 189 Fälle ohne Angabe. — 2) Einschl. 98 Fälle ohne Angabe.

Daß die Wohnraumversorgung der **Untermieter** in vielen Fällen völlig unzureichend ist, belegen die Ergebnisse der Tabelle 8. Abgesehen von den 3 600 in Behelfswohnungen untergebrachten Untermieterhaushalten, von denen fast drei Viertel Mehrpersonenhaushalte waren, stand z. B. 59 % der in Normalwohnungen untergebrachten Untermieter mit 2 oder mehr Personen jeweils nur ein Zimmer zur Verfügung. Von den 2 100 Vierpersonenhaushalten bewohnten 900 lediglich ein Zimmer und 1 000 verfügten über 2 Zimmer. Abgesehen von dem akuten Wohnraummangel, der aus diesen Zahlen spricht, sei auf die Schwierigkeiten hingewiesen, welche für diese Familien mit der Essenzubereitung oder Küchenmitbenutzung vielfach verbunden sind — auch wenn ein Verwandtschaftsverhältnis mit dem Wohnungsgeber besteht.

III. Richtung der Nachfrage:

Die angestrebte Wohnsituation der Wohnungssuchenden

Die Wünsche der Hamburger Wohnungssuchenden waren ganz überwiegend auf Stockwerksmietwohnungen gerichtet; 39 400 Haushalte, d. h. 92 % aller Antragsteller, gaben bei der Erhebung an, eine Stockwerkswohnung mieten zu wollen und 1 600 Haushalte oder 4 % möchten als bevorzugte Wohnform ein Einfamilienhaus zur Miete haben. Nur knapp 3 % — etwa 1 200 Haushalte — möchten Hausbesitz in Form eines Einfamilienhauses oder eine Eigentumswohnung erwerben; hierbei ist an die im vorigen Abschnitt erwähnte Einkommenssituation der Wohnungssuchenden zu erinnern, aber auch daran, daß bei der Wohnungsstichprobe im Frühjahr 1960 rd. 13 % aller Hamburger Haushalte mit Veränderungsabsichten Eigentumsmaßnahmen anstrebten.

Tabelle 9

Angestrebte Unterkunft	Haushalte	
	Anzahl	in %
Stockwerksmietwohnung	39 368	92,4
Einfamilienhaus zur Miete	1 610	3,8
Einfamilienhaus oder Wohnung im Eigentum	1 162	2,7
Unterbringung in Stiftswohnung u. ä. Ohne Angaben über die angestrebte Unterkunft	399	0,9
		0,2
Zusammen	42 609	100

Der am häufigsten gesuchte Wohnungstyp ist die Dreizimmerwohnung; er wurde von 19 800 Haushalten oder 46,5 % aller Antragsteller gewünscht. Wie aus Tabelle 10 ersichtlich, suchten vor allem Ehepaare mit Kindern diese Wohnungsgröße, etwa jede fünfte Familie mit Kindern möchte jedoch mehr Wohnraum haben. Fast zwei Drittel aller Ehepaare ohne Kinder streben zwei Zimmer mit Küche an, die übrigen möchten drei Zimmer bewohnen. Erwartungs-

gemäß werden von Alleinstehenden vorwiegend kleinere Wohnungen benötigt; so wollten z. B. mehr als die Hälfte der alleinstehenden Frauen Einzimmerwohnungen und 40 % Zweizimmerwohnungen haben. Vergleicht man diese von den Antragstellern nachgefragten Wohnungsgrößen mit denen der Neubauwohnungen des Jahres 1964, so ist bei der größten Gruppe, den Dreizimmerwohnungen, eine gute Übereinstimmung festzustellen: Von 100 Neubauwohnungen waren 46,5 % Dreizimmerwohnungen, also der gleiche Anteil, der von den Wohnungssuchenden diesen Typ anstrebt. Die Zweizimmerwohnungen, welche von 31 % der Antragsteller gewünscht werden, waren unter den Neubauwohnungen mit 21 % vertreten, andererseits beanspruchten die größeren Wohnungen, ab 4 Zimmer, in der Neubautätigkeit 19 %, während 11 % der Antragsteller einen dahingehenden Wunsch geäußert hatten. Es sei ausdrücklich vermerkt, daß sich diese relativ gute Übereinstimmung zwischen den Wohnwünschen und der Neubautätigkeit rein auf den Vergleich der Wohnungsgrößen bezieht; es wird später noch gezeigt, daß sich z. B. die Vorstellungen der Antragsteller hinsichtlich der Ausstattungsmerkmale nicht mit der Ausführung der Neubauwohnungen decken.

Tabelle 10

Die angestrebten Wohnungen nach Größe und Haushaltstyp

Haushaltstyp	Anzahl der Zimmer je Wohnung					Gesuchte Wohnungen insgesamt
	1	2	3	4	5 und mehr	
Alleinstehende						
Männer	896	1 428	931	.	.	3 360
Frauen	3 759	2 863	399	.	.	7 077
Ehepaare						
ohne Kinder	(175)	6 258	3 017	(168)	.	9 625
mit Kindern	—	588	12 915	3 220	434	17 157
mit sonstigen Personen (mit und ohne Kinder)	385	371	.	924
Elternteile mit Kindern (sowie mit oder ohne sonstige Personen)	.	1 428	1 890	(301)	.	3 675
Haushaltsgemeinschaften Alleinstehender						
Männer oder Frauen mit Wohnpartnern ...	—	504	(273)	.	—	791
Alle Haushalte	4 858	13 146	19 810	4 193	602	42 609

Um die Funktion der angestrebten Wohnungen und die Vorstellungen der Antragsteller über ihren künftigen Wohnstandard erkennen zu können, wurden die Wohnwünsche auf das Vorhandensein von Kinder-, Schlaf-, Wohn- und Arbeitszimmern untersucht, sowie danach, ob in der künftigen Küche Einbaumöbel erwartet werden. Sieht man als Indiz für den gehobenen Wohnstandard u. a. das Vorhandensein eines Arbeitszimmers an, so traf dieser Wunsch auf 1 100 Haushalte oder 3 % der Antragsteller zu. Einbaumöbel in der Küche wünschten sich 7 200 Haushalte oder 17 %; auch hier dürfte es sich um Antragsteller handeln, die eine moderne und mit gewissem

Tabelle 11

Die angestrebten Wohnungen nach Vorhandensein von Wohn-, Arbeits-, Kinder-, Schlafzimmern und Einbaumöbeln in der Küche

Größe der Wohnung und Vorhandensein von Kinderzimmern	Wohnungen insgesamt ¹⁾	darunter Wohnungen mit . . .								Wunsch nach einem Arbeitszimmer ²⁾
		1 Wohnzimmer mit Küche				2 Wohnzimmern mit Küche				
		allein	1	2	3 und mehr	allein	1	2	3 und mehr	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Wohnungen insgesamt . . .	42 609	4 949	33 600	2 044	(182)	(308)	1 050	(217)		1 099
darunter Einbaumöbel in der Küche gewünscht	7 154	553	5 557	(301)			(217)			—
darunter										
3-Raum-Wohnungen . . .	13 139	(238)	12 607	—	—	(294)	—	—	—	
davon										
ohne Kinderzimmer . .	12 915		12 607	—	—	(294)	—	—	—	
mit Kinderzimmer . . .	(224)	(224)	—	—	—	—	—	—	—	
4-Raum-Wohnungen . . .	19 824		17 577	1 456	—		721	—	—	490
davon										
ohne Kinderzimmer . .	2 968	—	756	1 456	—	—	721	—	—	490
mit 1 Kinderzimmer . .	16 828	—	16 821	—	—	—	—	—	—	—
mit 2 Kinderzimmern . .										
5-Raum-Wohnungen . . .	4 200	—	3 129	504			(259)	(154)	—	(343)
davon										
ohne Kinderzimmer . .	420	—						(154)	—	
mit 1 Kinderzimmer . .	1 078	—	427	406	—	—	(238)	—	—	(231)
mit 2 Kinderzimmern . .	2 702	—	2 695	—	—	—	—	—	—	—
6 und mehr Räume ³⁾ . . .	602	—	(287)							(252)
davon										
ohne Kinderzimmer . .		—	—	—	—	—	—	—	—	—
mit 1 Kinderzimmer . .	(140)	—	—	—	—	—	—	—	—	—
mit 2 Kinderzimmern . .	(259)	—	(161)	—	—	—	—	—	—	(154)
mit 3 Kinderzimmern . .		—	—	—	—	—	—	—	—	—

1) 161 Haushalte strebten eine Einraumwohnung an, 4 683 ein Wohnzimmer mit Küche (Zweiraumwohnung). — 2) 28 Haushalte äußerten außerdem den Wunsch nach einem zweiten Arbeitszimmer — 3) Darunter 56 Haushalte, die sich eine 7-Raum-Wohnung wünschten.

Komfort ausgestattete Wohnung suchen. Leider stehen dafür aus früheren Erhebungen keine vergleichbaren Ergebnisse für den Gesamtdurchschnitt der Hamburger Haushalte zur Verfügung. Nach den Ergebnissen dieser Umfrage sollen 43 % der gesuchten Wohnungen ein Kinderzimmer haben, 7 % der Wohnungssuchenden möchten zwei Kinderzimmer einrichten, und 50 % der Haushalte hatten keinen Wunsch nach einem Kinderzimmer geäußert.

Wie aus Tabelle 11 hervorgeht, ist bei den 13 139 gesuchten Zweizimmerwohnungen in der Regel je ein Raum zum Wohnen und Schlafen vorgesehen, nur vereinzelt sollen Räume dieser Wohnungen als Kinderzimmer verwendet oder beide Räume als Wohnzimmer genutzt werden. Dieser Zuschnitt entspricht weitgehend den Wünschen bzw. dem Bedarf der Alleinstehenden, ebenso wie die 4 700 Fälle, in denen nur ein Wohnzimmer mit Küche — also eine Zweiraumwohnung — angestrebt wird. Die Dreizimmerwohnungen (19 800) sollen in 85 % der Fälle ein Kinderzimmer aufnehmen, meist also aus Wohn-, Schlaf- und Kinderzimmer bestehen. Es befanden sich darunter auch 700 Antragsteller, welche kein Kinderzimmer, sondern 2 Wohnzimmer und ein Schlafzimmer wollen; 1 500 Haushalte möchten in der Dreizimmerwohnung ein Wohnzimmer und zwei Schlafzimmer (kein Kinderzimmer) einrichten. Daß in den Vierzimmerwohnungen relativ häufig zwei Räume als Kinderzimmer genutzt werden sollen, überrascht nicht.

Von den 4 200 Haushalten, die eine Wohnung mit 4 Zimmern anstreben, wollen nur 10 % keinen Raum als Kinderzimmer nutzen, 26 % benötigen ein und 64 % zwei Kinderzimmer.

Die Frage nach der gewünschten Ausstattung der Wohnungen mit Heizung und Bad gab weitere Hinweise über die Qualität der gesuchten Wohnungen. Als wichtiges Ergebnis der Erhebung sei herausgestellt, daß 11 200 Haushalte oder 27 % der Antragsteller eine Wohnung mit Ofenheizung haben wollen; häufig wurde den Interviewern dazu angegeben, daß dadurch für den Haushalt die zu erwartende Mietbelastung gesenkt werden könne. Dies würde allerdings bedeuten, daß dieser Personenkreis nur schwer in den Neubauwohnungen der letzten Jahre unterzubringen ist, da diese nur noch zu 5–10 % mit Ofenheizung ausgestattet wurden. Auf die Einschränkung des Aussagewertes dieser Feststellung ist in den Vorbemerkungen hingewiesen.

Für Sammelheizung wollten sich 55 %, für Etagenheizung 18 % der Antragsteller entscheiden. Die letztgenannte Beheizungsart verzeichnet nach den Ergebnissen der Bautätigkeitsstatistik in den letzten Jahren — zugunsten der Fernheizung — ebenfalls rückläufige Tendenz; es wurden nur noch 5 bis 10 % der Neubauwohnungen mit Etagenheizung ausgestattet. Über die Hälfte der Wohnungssuchenden, welche Etagenheizung in der künftigen Wohnung haben möchten, hatten vor, Dreizimmerwohnungen damit zu beheizen.

Aus Tabelle 12 geht hervor, daß die auf kleinere Wohnungen gerichteten Wünsche mehr zur Ofenheizung neigen.

Tabelle 12
Die angestrebten Wohnungen nach Größe und Ausstattung

Anzahl der Räume 1) (einschl. Küche)	Ausstattung 2) der Wohnung mit						
	Bad (allein)	Du- sche (allein)	Bad und Du- sche	nur WC	Ofen- hei- zung	Eta- gen- hei- zung	Sam- mel- zen- tral- heizg.
	1	2	3	4	5	6	7
Wohnungen insges. darunter mit	31 682	8 463	952	1 169	11 221	7 497	23 233
2 Räumen	2 373	1 638		539	1 827	(280)	2 499
3 Räumen	9 289	3 080	(252)	455	4 291	1 974	6 699
4 Räumen	15 764	3 360	476		4 291	4 158	11 123
5 und mehr Räumen	4 207	371	(154)		791	1 078	2 870

1) Von 161 Haushalten (Tabelle 11), die Einraumwohnungen anstrebten, machten 91 keine Angaben über die Art der Ausstattung. — 2) Außerdem waren in 252 bzw. 567 Fällen keine Angaben über Bad bzw. Heizung gemacht.

Nur 3% der Wohnungssuchenden wollten in der künftigen Wohnung auf ein Bad bzw. eine Dusche verzichten. Drei Viertel der Antragsteller möchten ein Vollbad, jeder Fünfte würde sich mit einem Duschbad begnügen, während 2% sowohl Bad als auch Dusche vorfinden möchten.

Aus bisherigen Erhebungen konnte auf die häufig gestellte Frage, welche Vorstellungen die Haushalte über die regionale Lage ihrer künftigen Wohnung haben, keine Antwort gegeben werden. Die vor-

liegende Untersuchung bietet darüber gewisse Anhaltspunkte. Es ist allerdings bei den folgenden Ausführungen stets zu beachten, daß 9 500 Antragsteller, d. h. 22% aller Wohnungssuchenden, angaben, sie hätten keinen speziellen Wunsch hinsichtlich der örtlichen Lage, häufig mit dem Zusatz, der Besitz einer selbständigen Wohnung an sich sei so vorrangig, daß die Lage der Wohnung demgegenüber gar keine Rolle spiele. Diese Meinung wurde auch vorwiegend von den schlecht untergebrachten Haushalten geäußert. Knapp 4 000 oder 9% der Antragsteller möchten am Stadtrand wohnen, kennzeichneten aber keine nähere Wohnlage. So ist insgesamt also bei fast einem Drittel aller Wohnungssuchenden keine eindeutige regionale Zuordnung des Wohnungswunsches möglich.

Zunächst sei ein Überblick über die regionale Verteilung der Wohnungssuchenden im Zeitpunkt der Befragung vorangestellt, weil in Verbindung mit der angestrebten künftigen Wohnlage gewisse Schlüsse über den Grad der Ortsgebundenheit und die Motive der Veränderungsabsichten gezogen werden können.

Aus den Kerngebieten der Bezirke stammen — wie Tabelle 13 zeigt — die meisten Wohnwünsche; wenn man die hohe Quote der Untermieter unter den Wohnungssuchenden bedenkt und berücksichtigt, daß sich dort die Schwerpunkte der Sanierung befinden, überrascht dies nicht. In Altona, wo die höchste Zahl von Wohnungssuchenden registriert wurde, befinden sich außerdem Wohnunterkünfte der Sozialbehörde, ebenso in Hamburg-Nord (Alsterdorf). Die relativ zahlreichen Antragsteller im Ortsamt Billstedt sind auf die ausgedehnten Kleingartengebiete und auf Wohnsiedlungen der Sozialbehörde, in Finkenwerder auf die Durchgangsunterkünfte für obdachlose Fa-

Tabelle 13

Die regionalen Veränderungen
— nicht hoch

Ortsamtsgebiete (O.G.)	Angestrebte Wohnlage														
	Derzeitige Unter- bringung		im glei- chen Orts- amts- geb. 1) in % der Sp. 1	Hamburg-Mitte				Altona		Eimsbüttel			Hamburg-Nord		
				Kerngebiet	O.G. Billstedt	O.G. Vedd.-Roithort	O.G. Finkenwerder	Kerngebiet	O.G. Blankenese	Kerngebiet	O.G. Lokstedt	O.G. Stellingen	Kerngebiet	O.G. Barmb.-Uhlenh.	O.G. Fuhlsbüttel
	Anzahl	in %	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Hamburg-Mitte (Kerngebiet)	496	8,1	19,2	95	7	2	—	47	8	15	4	4	13	13	—
O.G. Billstedt	400	6,7	37,5	27	150	7	2	10	2	4	3	—	3	10	1
O.G. Veddel-Rothenburgsort	128	2,1	21,9	18	4	28	—	2	1	1	1	—	5	5	—
O.G. Finkenwerder	178	2,9	40,0	2	2	—	72	9	6	2	—	3	1	1	1
Altona (Kerngebiet)	650	10,7	55,8	4	—	1	1	363	29	14	2	3	—	6	4
O.G. Blankenese	253	4,1	53,3	3	1	1	—	13	135	5	—	8	2	1	2
Eimsbüttel (Kerngebiet)	482	7,9	35,5	10	1	—	—	14	10	171	19	9	22	11	3
O.G. Lokstedt	161	2,6	47,8	2	1	—	—	2	1	9	77	2	5	4	3
O.G. Stellingen	128	2,1	53,9	1	3	—	—	—	—	11	5	69	2	—	1
Hamburg-Nord (Kerngebiet)	566	9,3	36,4	11	2	—	—	13	2	9	13	1	206	21	22
O.G. Barmbek-Uhlenhorst	430	7,1	33,0	20	7	1	—	1	1	7	1	4	22	142	2
O.G. Fuhlsbüttel	239	3,9	42,7	2	—	—	—	3	1	4	1	4	7	6	102
Wandsbek (Kerngebiet)	419	6,9	52,0	5	2	1	—	4	3	—	4	—	4	7	3
O.G. Bramfeld	214	3,5	54,7	2	3	—	—	—	—	2	1	1	1	15	1
O.G. Alsterdal	126	2,1	35,7	1	1	—	—	—	2	1	1	1	1	6	4
O.G. Walddörfer	47	0,8	29,8	2	—	—	—	1	—	—	—	—	2	2	—
O.G. Rahlstedt	145	2,4	42,1	1	2	—	—	3	—	—	—	—	—	3	1
Bergedorf (Kerngebiet)	218	3,6	75,7	1	2	—	—	1	—	1	—	—	—	1	—
O.G. Vier- und Marschlande	93	1,5	10,6	3	1	1	—	5	—	—	—	—	1	—	—
Harburg (Kerngebiet)	395	6,5	74,9	7	3	—	—	1	—	—	—	—	—	6	—
O.G. Wilhelmsburg	209	3,4	42,1	1	2	4	—	1	1	—	1	—	2	3	—
O.G. Süderelbe	110	1,8	46,4	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	2	—
Zusammen	6 087	100	43,9	218	194	46	75	493	203	256	133	107	299	265	150

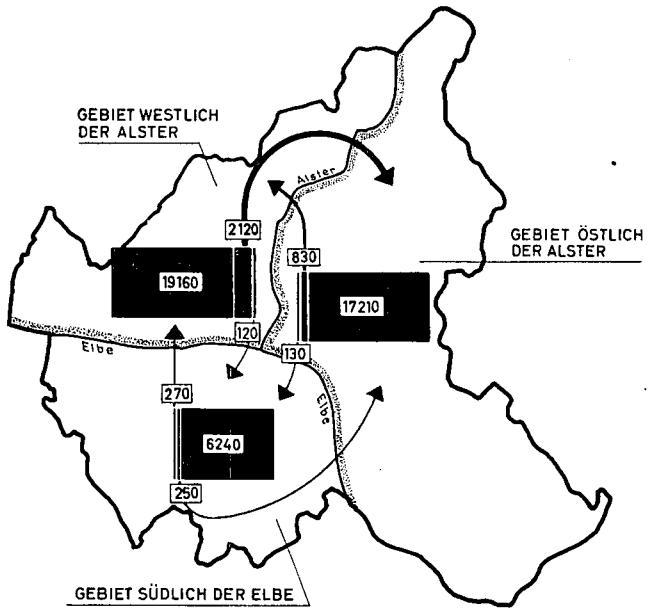
1) Absolut 2 675 Haushalte oder 43,9% aller Wohnungssuchenden.

milien, für SBZ-Flüchtlinge und Aussiedler zurückzuführen. In Ortsamtsgebieten mit großer Neubautätigkeit wurden im allgemeinen verhältnismäßig wenig Wohnungssuchende registriert, Bramfeld hat jedoch noch größere Kleingartengebiete und dementsprechend zahlreiche Antragsteller. Unter den Antragstellern aus Wilhelmsburg und Süderelbe dürften noch Flutgeschädigte enthalten sein, bei den Wohnungssuchenden aus Bergedorf wird es sich teilweise um Eingewiesene des Wohnungsamtes handeln, die sich wegen angemeldetem Eigenbedarf ihrer jetzigen Vermieter wieder beim Wohnungsamt vormerken ließen.

Hervorzuheben ist die Tatsache, daß 18 700 Haushalte oder 44 % der Antragsteller eine Wohnung haben möchten, die im Bereich ihres derzeitigen Ortsamtsgebiets liegt. Es zeigen sich aber sehr deutliche Unterschiede innerhalb der verschiedenen Gebiete. So möchten z. B. drei Viertel der Bergedorfer und Harburger Wohnungssuchenden dort auch künftig wohnen (jeweils Kerngebiet). Auch die Wohnungssuchenden des Kerngebiets von Altona scheinen ortsv Verbunden zu sein, da 56 % sich nicht anderweitig verändern möchten. Gebietsteile, in welchen ebenfalls mehr als die Hälfte der Antragsteller sich ihre künftige Wohnung wünschen, sind die Ortsamtsgebiete Blankenese, Stellingen, Wandsbek und Bramfeld. Andererseits wollen in Hamburg-Mitte, Veddel-Rothenburgsort und den Vier- und Marschlanden nur verhältnismäßig wenige Wohnungssuchende ihren künftigen Wohnsitz beibehalten. Wenig bevorzugt ist anscheinend die Lage der künftigen Wohnung in Hafennähe. Bemerkenswert ist, daß rund 1 200 Haushalte eine Wohnung außerhalb von Hamburg suchen; Einzelheiten über die regionalen Veränderungsabsichten der Wohnungssuchenden enthält die Tabelle 13.

Schaubild 3

Die Hamburger Wohnungssuchenden nach Lage der gegenwärtigen Unterkunft und der angestrebten Wohnungen



(W)

Statistisches Landesamt Hamburg

Faßt man die westlich und ostwärts der Alster gelegenen Ortsamtsgebiete jeweils zusammen und sieht das südlich der Elbe gelegene Hamburger Stadtgebiet als dritte größere räumliche Einheit an, so zeichnen sich in der Verteilung der Wohnungssuchenden und ihren regionalen Veränderungswünschen folgende Unterschiede ab:

Im Gebiet rechts der Alster wohnten 19 200 oder 45 % der Wohnungssuchenden, links der Alster 17 200

absichten der Wohnungssuchenden
geschätzte Ergebnisse —

Wandsbek					Bergedorf		Harburg			Hafennähe	Stadtstrand ohne nähere Ang.	Schlesw.-Holstein	Niedersachsen	Übrige Gebiete außerh. Hamburgs	Kein besonderer Wunsch	Ortsamtsgebiete (O.G.)
Kerngebiet	O.G. Bramfeld	O.G. Alstertal	O.G. Walddörfer	O.G. Rahlstedt	Kerngebiet	O.G. Vier- u. Marschl.	Kerngebiet	O.G. Wilhelmsburg	O.G. Süderelbe							
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	
19	—	1	2	4	—	—	3	1	—	11	60	—	1	35	151 Hamburg-Mitte (Kerngebiet)
17	2	1	1	5	9	—	1	1	2	4	17	3	1	18	99 O.G. Billstedt
4	—	—	—	1	2	—	2	4	—	1	4	—	—	7	36 O.G. Veddel-Rothenburgsort
—	1	—	—	2	2	—	6	1	1	1	6	—	2	1	56 O.G. Finkenwerder
8	1	2	—	4	1	—	2	2	—	4	84	—	1	5	109 Altona (Kerngebiet)
—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1	42	1	—	3	34 O.G. Blankenese
14	1	2	2	1	2	—	1	1	—	5	29	2	1	5	146 Eimsbüttel (Kerngebiet)
—	—	—	—	2	1	—	1	—	—	1	22	1	1	5	21 O.G. Lokstedt
2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	16	1	—	—	16 O.G. Stellingen
8	2	2	4	5	2	—	3	1	—	—	56	1	—	—	182 Hamburg-Nord (Kerngebiet)
25	4	4	3	4	2	—	1	—	—	—	42	1	1	—	135 O.G. Barmbek-Uhlenhorst
3	1	6	1	—	2	—	2	—	—	—	44	4	—	1	48 O.G. Fuhsbüttel
218	5	4	1	9	1	—	1	—	—	—	34	1	—	21	91 Wandsbek (Kerngebiet)
13	117	3	4	1	2	—	1	—	—	—	21	—	—	—	26 O.G. Bramfeld
9	4	45	—	1	1	—	—	—	—	1	25	—	—	—	22 O.G. Alstertal
6	1	—	14	—	—	—	—	—	—	1	6	—	1	—	11 O.G. Walddörfer
28	3	1	1	61	—	—	—	—	—	1	16	—	—	5	19 O.G. Rahlstedt
1	1	1	—	1	165	—	—	—	—	4	2	—	—	—	36 Bergedorf (Kerngebiet)
3	—	—	—	1	38	10	—	—	—	1	—	1	—	8	20 O.G. Vier- und Marschlande
1	—	—	—	—	—	—	296	2	5	—	22	1	2	—	49 Harburg (Kerngebiet)
3	1	—	1	—	1	—	45	88	3	1	11	—	2	—	36 O.G. Wilhelmsburg
—	—	—	—	—	—	—	20	—	51	1	3	—	—	23	9 O.G. Süderelbe
382	145	72	34	102	231	10	385	101	64	39	562	17	13	139	1352 Zusammen

oder 40 % und südlich der Elbe hatten sich 6 200, d. h. 15 % der Antragsteller, in den Wohnungsämtern vormerken lassen. Als Vergleichszahlen seien hierzu Zahlen über die Verteilung der Hamburger Gesamtbevölkerung auf diese drei Raumeinheiten genannt: Rechts der Alster wohnten nach dem Stand von 1961 rund 46 % der Hamburger Haushalte, links der Alster 42 % und südlich der Elbe 12 %. Das bedeutet, daß der Bezirk Harburg anteilmäßig mehr Wohnungssuchende als Haushalte aufweist; im Gegensatz dazu waren im Gebiet links der Alster relativ weniger Wohnwünsche geäußert worden als dem Anteil der Haushalte entspricht.

Wie aus Tabelle 14 und dem Schaubild 3 hervorgeht, möchten künftig mehr Wohnungssuchende aus dem Gebiet westlich der Alster ihren künftigen Wohnsitz ostwärts der Alster nehmen als umgekehrt. Und es zeigt sich wiederum, daß die südlich der Elbe registrierten Wohnungssuchenden ganz überwiegend dort wohnen bleiben wollen. Von den rund 500 Wohnungssuchenden, die sich in das Gebiet nördlich der Elbe verändern möchten, würde jeweils die Hälfte in das Gebiet links bzw. rechts der Alster ziehen. Interessant ist auch die Feststellung, daß von den nördlich der Elbe wohnenden Wohnungssuchenden bei der Befragung nur rund 250 angegeben hatten, in den Bereich des Bezirksamtes Harburg ziehen zu wollen.

Tabelle 14

Die Wohnungssuchenden nach Lage der gegenwärtigen und der angestrebten Wohnung

Gebiet	Anzahl der Haushalte nach der derzeitigen Unterkunft	davon Veränderungsabsicht nach dem Gebiet						
		mit					ohne	
		Stadtteil-Angaben					Übrige Angaben	kein besonderer Wunsch
		Rechts der Alster	Links der Alster	Südlich der Elbe	Hafennähe	Stadttrand		
1	2	3	4	5	6	7	8	
Rechts der Alster	19 159	9 926	2 121	.	(154)	2 233	378	4 228
Links der Alster	17 206	826	9 989	.	.	1 407	574	4 186
Südlich der Elbe	6 244	(266)	(252)	4 130	.	(294)	(231)	1 050
Zusammen	42 609	11 018	12 362	4 375	(273)	3 934	1 183	9 464

IV. Gründe für die Veränderungsabsichten und bereits unternommene Schritte zur Wohnungsbeschaffung

Der Interviewer legte im Verlauf des Gesprächs dem Wohnungssuchenden einen Katalog vor, in welchem neun erfahrungsgemäß häufig zutreffende Gründe für Veränderungsabsichten aufgeführt waren, und bat darum, ihm nach Durchsicht den in vorliegendem Falle maßgeblichen Grund anzugeben. Wenn mehrere Gründe zuträfen, sollten alle diese Fragen beantwortet und auch sonstige nicht im Katalog aufgeführte Gründe dem Interviewer mitgeteilt werden. In der Unterweisung über den Ablauf der Befragung waren

Tabelle 15

Gründe für die Veränderungsabsicht

Nach dem im Interview erstgenannten Grund der Veränderungsabsicht	Anzahl der Haushalte	davon wohnten Haushalte in					
		Normalwohnungen als			Behelfswohnungen als		
		Hauptmieter	Untermieter	Eigentümer	Hauptmieter	Untermieter	Eigentümer
1	2	3	4	5	6	7	
Will sich verheiraten	1 890	.	1 519	—	.	(196)	.
Will für sich wohnen	18 627	910	15 197	.	448	1 743	(287)
Will mit noch abwesender Familie zusammenziehen ..	672	.	420
Sucht größere Wohnung	12 278	4 613	2 849	(203)	1 792	1 190	1 631
Sucht besser ausgestattete Wohnung	4 732	1 267	511	.	1 036	(189)	1 708
Sucht Wohnung näher beim Arbeitsplatz	(175)
Sucht sonst günstiger gelegene Wohnung	(266)	(147)	.	—	.	—	.
Sucht kleinere Wohnung	441	(175)	.	—	.	.	.
Sucht billigere Wohnung	(259)	(175)	.	.	.	—	.
Abriß des Gebäudes oder als unbewohnbar erklärt	1 372	(308)	.	.	(224)	.	637
Andere nicht aufgeführte Gründe ..	1 897	721	(308)	.	(245)	.	504
Zusammen	42 609	8 540	21 140	406	3 962	3 577	4 984

die Interviewer eingehend belehrt worden, daß die Wohnungssuchenden die neun aufgeführten Gründe selbst durchlesen und bestimmen sollten, welche Eintragungen der Interviewer im Erhebungsbogen vornehmen sollte; jede suggestive Beeinflussung war zu vermeiden.

Eindeutig im Vordergrund stand bei der Mehrzahl der Wohnungssuchenden das Streben nach einer selbständigen Wohnung. Rund 18 600 oder 44 % aller Befragten gaben als erstgenannten Grund für die Veränderungsabsicht an, sie wollten für sich wohnen. Wie nicht anders zu erwarten, äußerten Untermieter besonders häufig diesen Wunsch. Etwa 900 Hauptmieter aus Normalwohnungen gaben ebenfalls diesen Grund an, in der Regel, weil sie nicht mehr mit Untermietern in der Wohnung zusammen sein wollten.

Das Streben nach einer größeren Wohnung war von 12 300 Haushalten (29 %) als wichtigster Grund für die Veränderungsabsicht angegeben worden, vielfach von den beengt wohnenden Hauptmietern, insbesondere auch von Behelfsheimbewohnern.

Gut jeder zehnte Wohnungssuchende erklärte beim Interview, er suche eine besser ausgestattete Wohnung; auch diese Wünsche wurden überwiegend von Behelfsheimbewohnern und schlecht untergebrachten Hauptmietern in Normalwohnungen geäußert.

Rund 1 900 Wohnungssuchende — fast ausnahmslos Untermieter — stellten die bevorstehende Heirat als Ursache des Wohnungswunsches heraus. Eine nicht zu unterschätzende Position unter den Veränderungsgründen war ein bevorstehender Wohnungswechsel wegen Abriß des Gebäudes oder Unbewohnbarkeit der Wohnung gemäß § 7 des Woh-

Tabelle 16

Haushalte und Gründe für die Veränderungsabsicht nach dem Familieneinkommen und der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes

Ausgewählte Gründe für die Veränderungsabsicht	Haushalte insgesamt	davon										
		Monatliches Familien-Brutto-Einkommen in DM							Soziale Stellung des Haushaltsvorstandes			
		unter 400	400 bis unter 600	600 bis unter 800	800 bis unter 1000	1000 bis unter 1250	1250 bis unter 1500	1500 und mehr	Selbstständige	Angestellte und Beamte	Arbeiter	Nicht-erwerbstätige
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
Will sich verheiraten	1 890	(161)	448	679	287	(175)	.	.	.	973	763	.
Will für sich wohnen	18 627	2 968	3 388	4 865	3 122	2 226	1 295	665	854	5 047	8 428	4 298
Will mit noch abwesender Familie zusammenziehen	672	.	.	(154)	(154)	(196)	(259)	(196)
Sucht größere Wohnung	12 278	497	1 344	3 927	3 066	1 554	945	847	609	3 108	7 154	1 407
Sucht besser ausgestattete Wohnung	4 732	861	1 043	1 134	742	455	(273)	(196)	(203)	749	1 883	1 897
Sucht kleinere Wohnung	441	(161)	(280)
Abriß des Gebäudes oder unbewohnbar nach § 7 des Wohnungspflegegesetzes	1 372	(280)	(329)	(336)	(168)	(161)	581	602
Andere nicht aufgeführte Gründe	1 897	343	378	441	(280)	(175)	.	.	.	371	679	714

nungspflegegesetzes, ein Grund, der im Katalog zunächst nicht vorgesehen war; wie aus Tabelle 15 ersichtlich, stammen fast zwei Drittel dieser Wünsche von Bewohnern der Notunterkünfte.

Weiterhin seien noch rund 700 Haushalte erwähnt, die mit der noch abwesenden Familie zusammenziehen wollen. Eine kleinere Wohnung als die bisher bewohnte suchen rund 400 oder ein Prozent aller Antragsteller, eine billigere knapp 300. Bei etwa 400 Haushalten war die Lage der bisherigen Wohnung ausschlaggebend für den Veränderungswunsch, sie wollen eine näher beim Arbeitsplatz oder sonst günstiger gelegene Wohnung.

Ergänzende Angaben hierzu enthält Tabelle 16, in der die Wohnungssuchenden nach dem Einkommen, der sozialen Stellung und den wichtigsten Veränderungsgründen gegliedert sind.

Von den Antragstellern, welche die Eheschließung beabsichtigten, waren rund 1 000 Angestellte und Beamte und 800 Arbeiter. Mehr als zwei Drittel von ihnen verdienten weniger als 800 DM im Monat.

Die Wohnungssuchenden, welche „für sich wohnen“ wollen, setzten sich zu 45 % aus Arbeitern, 27 % aus Angestellten und Beamten und zu 23 % aus Nichterwerbstätigen zusammen; auch unter ihnen hatten 60 % ein monatliches Familieneinkommen unter 800 DM, jeder dritte sogar von weniger als 600 DM.

Die eine größere Wohnung suchenden Haushalte zeigen eine etwas günstigere Einkommenschichtung; unter ihnen dominierten Arbeiterfamilien, die Rentner waren verständlicherweise in dieser Gruppe schwächer vertreten.

Daß die Nichterwerbstätigen unter den Wohnungssuchenden, welche eine besser ausgestattete Wohnung suchen, mit 40 % vertreten waren — also anteilmäßig in der gleichen Höhe wie Arbeiter — hängt mit der hohen Quote der von ihnen belegten Behelfswohnungen zusammen. Dies spiegelt sich auch in der Einkommenschichtung wider. Von den Antragstellern, die eine besser ausgestattete Wohnung suchen, hat-

ten 40 % ein Einkommen von weniger als 600 DM zur Verfügung, ein weiteres Viertel verdiente zwischen 600 und 800 DM. Für den Personenkreis mit einem Einkommen unter 600 DM dürften die heutigen Neubaumieten nur schwer aufzubringen sein.

Die Wohnungssuchenden aus den abbruchreifen bzw. zum Abriß vorgesehenen Gebäuden waren je zur Hälfte Rentner und Arbeiter; es wurde bereits erwähnt, daß sich darunter zahlreiche Behelfsheimbewohner befinden.

Etwa die Hälfte aller wohnungssuchenden Haushalte gab nur ein Motiv für die Veränderungsabsicht an; rund 36 % der Antragsteller führten 2, jeder siebte sogar 3 oder mehr Gründe dafür auf. Besonders häufig war der gleichzeitig geäußerte Wunsch nach dem „Für sich wohnen“ und einer größeren Wohnung. Auch war das Streben nach einer größeren Wohnung oftmals mit dem Wunsch einer besseren Ausstattung verknüpft; bei den sonstigen Mehrfachkombinationen handelte es sich vorwiegend um die Nennung der drei häufigsten Einzelgründe, also das Streben nach einer eigenen, größeren und besser ausgestatteten Wohnung.

Tabelle 17

Häufigkeit der Gründe für Veränderungsabsichten nach dem Familieneinkommen

Monatliches Brutto-Familieneinkommen	Haushalte insgesamt ¹⁾	darunter ²⁾		
		nur 1 Grund	2	3 und mehr
			Gründe	
				in %
	1	2	3	4
unter 400 DM	5 488	67,5	24,5	6,5
400 bis „ 600 „	7 266	55,1	32,2	12,1
600 „ „ 800 „	11 802	46,3	38,0	15,4
800 „ „ 1000 „	7 987	45,1	41,4	13,1
1000 „ „ 1250 „	4 893	44,9	35,2	19,3
1250 „ „ 1500 „	2 856	43,9	38,2	16,4
1500 und mehr DM	1 995	42,1	45,6	(11,2)

1) Außerdem 322 Haushalte ohne Angaben des Familieneinkommens. —
2) Außerdem 294 Haushalte ohne Angaben von Gründen.

Gliedert man die Antragsteller nach den angegebenen Motiven für die Veränderungsabsicht und Einkommensgruppen, so zeichnet sich die Tendenz ab, daß mit zunehmendem Einkommen auch die Häufigkeit der angegebenen Gründe für die Veränderungsabsicht steigt. Zwei Drittel der Wohnungssuchenden, die mit weniger als 400 DM pro Monat auskommen müssen, gaben nur einen Grund für den angestrebten Wohnungswechsel an, in der höchsten Einkommensgruppe waren es 42 %; die Bezieher höherer Einkommen differenzierten ihre Wohnungswünsche stärker.

Tabelle 18

Schritte zur Beschaffung einer entsprechenden Wohnung nach der gegenwärtigen Nutzung und angestrebten Wohnung

Unternommene Schritte	Haushalte		darunter nach der gegenwärtigen Nutzung		darunter nach der angestrebten Gebäudeart	
	zusammen ¹⁾	darunter Einpersonenhaushalte	Hauptmieter	Untermieter	Stockwerk-Mietwohnungen	Einfamilienhaus im Eigentum
Eintragung in die Liste der Jungverheirateten	3 948	.	665	3 157	3 647	(175)
Bausparvertrag abgeschlossen	1 015	(161)	(308)	588	420	518
Eigene Ansparung für eine Wohnung auf Sparkonto	1 008	(161)	(322)	630	581	378
Vormerkung bei einem Wohnungsunternehmen	2 429	616	609	1 680	2 177	(168)
Bemühungen bei einem Makler	504	(140)	.	371	476	.
Bemühungen durch Inserate	2 100	(329)	525	1 512	1 988	.
Anderweitig unternommene Schritte	(154)

¹⁾ Die Zahlen sind nicht addiert, weil von den Haushalten z. T. mehrere Schritte unternommen wurden.

Schließlich wurden die Haushalte danach gefragt, ob sie außer der Vormerkung beim Wohnungsamt noch sonstige Schritte zur Erlangung einer Wohnung unternommen hatten. Die Auswertung ergab, daß sich fast 4 000 Haushalte außerdem in die sog. Liste der Jungverheirateten haben eintragen lassen, eine Zahl, die nicht vollständig ist, da die beim Amt für Wohnungswesen geführte Sonderkartei über die Jungverheirateten für die Auswahl nicht herangezogen wurde. Nach den geltenden Bestimmungen kann sich ein Ehepaar in dieser Liste innerhalb von 5 Jahren nach der Eheschließung vormerken lassen, wenn keiner der Ehepartner bei der Heirat über 35 Jahre alt war. Diese Jungverheirateten können ein Darlehen bis zu 2 000 DM erhalten (Ehepaare ohne Kinder), wenn sie gewillt sind, für ihre künftige Wohnung einen eigenen Finanzierungsbeitrag von mindestens 1 500 DM aufzubringen³⁾. Die Masse dieser Jungverheirateten besteht aus Untermietern, die eine Stockwerks-Mietwohnung anstreben.

Bei Wohnungsunternehmen hatten sich rund 2 400 Antragsteller vormerken lassen, 2 100 Haushalte versuchten, über ein Inserat zu einer passenden Woh-

³⁾ Nach neueren Bestimmungen können höhere Darlehen gewährt werden, die Selbstbeteiligung beträgt z. T. nur noch 500 DM (vgl. hierzu Merkblatt des Amtes für Wohnungswesen vom Juli 1965).

nung zu gelangen und 500 waren mit Maklern in Verbindung getreten. Wohnungssuchende Einzelpersonen hatten im allgemeinen weniger häufig Schritte zur Beschaffung einer Wohnung unternommen als die Mehrpersonenhaushalte; verhältnismäßig hoch ist allerdings ihr Anteil unter den Vormerkungen bei Wohnungsunternehmen, wobei es sich vorwiegend um Personen handeln dürfte, die heiraten wollen.

Rund 1000 Haushalte gaben an, einen Bausparvertrag abgeschlossen zu haben und ebenso viele — in der Regel waren es die gleichen Befragten — bejahten die eigene Ansparung für eine Wohnung auf Sparkonto. Wie bereits erwähnt, planen rund 1 200 Haushalte den Bau eines Einfamilienhauses oder einer Eigentumswohnung; die vorgenannten Zahlen lassen darauf schließen, daß es sich dabei um echte, d. h. kaufkräftige Nachfrage am Wohnungsmarkt handelt. Von den rund 1 000 Haushalten, die einen Bausparvertrag hatten — darunter 850 Mehrpersonenhaushalte — gaben über 500 eine Vertragssumme von 20 000 DM und mehr an. Rund 200 hatten 10 000 bis 15 000 DM und 140 hatten zwischen 5 000 bis unter 10 000 DM abgeschlossen.

Die eigene Ansparung für eine Wohnung auf Sparkonto bei den 1 000 Haushalten lag meist bei Beträgen bis zu 5 000 DM (63 %), ein Viertel der Befragten hatte bereits 5 000 bis 10 000 DM angespart. Wegen der geringen Fallzahl kann eine eingehendere Untersuchung dieses Personenkreises nicht erfolgen.

Eine wesentliche Feststellung, die im Verlauf der Befragung getroffen wurde, betraf den verhältnismäßig hohen Anteil von LAG-Schein-Inhabern unter den Wohnungssuchenden. Die Interviewer erhielten von 2 500 Wohnungssuchenden die Mitteilung, sie seien LAG-berechtigt, und diese Zahl muß als Mindestgröße angesehen werden, da die Frage im Erhebungsbogen nicht ausdrücklich vorgesehen und daher auch im Interview nicht in jedem Falle gestellt worden ist.

Aufschlußreich ist noch die Gliederung dieser LAG-Schein-Inhaber, der Jungverheirateten, Zeitungsinserenten und bei einem Wohnungsunternehmen vorgemerkten Antragsteller nach der Vormerkdauer, d. h. dem seit der Registrierung in den Wohnungsamtskarteien verflossenen Zeitraum.

Tabelle 19

Die Wohnungssuchenden nach dem Zeitpunkt ihrer Vormerkung in den Karteien

Registrierung in der Kartei der Wohnungsämter	Haushalte		darunter			
	Anzahl	in %	in die Jungverheiratetenliste eingetragen	LAG-schein vorhanden	Vormerkung bei einem Wohnungsunternehmen	Inserate aufgegeben
1. Vj. 1964	3 045	7,1	413	154	266	182
1963 und 1962	12 103	28,4	2 072	756	1 078	875
1961 und 1960	9 065	21,3	833	441	357	392
1959 und 1958	6 132	14,4	364	350	273	273
1957 und früher	11 494	27,0	189	791	406	371
Ohne Angaben	770	1,8	77	49	49	7
Zusammen	42 609	100	3 948	2 541	2 429	2 100

Fast ein Drittel der 2 500 LAG-Schein-Inhaber ließ sich schon 1957 oder früher bei den Wohnungsämtern vormerken; es ist zu vermuten, daß sich darunter auch zahlreiche ältere Personen befinden. Aber auch bei den Antragstellern, die sich ab 1962 an die Wohnungsämter gewandt haben, waren noch mehr als 900 LAG-Schein-Inhaber; die lange Vormerkzeit resultiert daraus, daß LAG-Berechtigte nicht bevorzugt mit Wohnraum versorgt werden, sondern lediglich 8 Punkte erhalten. Jeder Zweite, der sich in die Jungverheiratetenliste eintragen ließ, hatte sich 1962 oder 1963 als wohnungssuchend vormerken lassen. Unter den Antragstellern, die sich noch bei einem Wohnungsunternehmen um eine Wohnung bemüht hatten, und den Zeitungsinserenten waren gleichfalls diejenigen, die sich 1962 in die Karteien der Wohnungsämter eintragen ließen, besonders häufig. Von der Gesamtzahl aller Wohnungssuchenden hatten 28 % in diesen beiden Jahren Antrag auf Zuweisung einer Wohnung gestellt, 21 % ließen sich 1960 und 1961 vormerken, 14 % in den beiden vorhergehenden Jahren und 27 % hatten sich bereits 1957 oder früher an die Wohnungsämter gewandt.

V. Gegenwärtige Mieten und Mietzahlungsbereitschaft der wohnungssuchenden Haushalte

a) Effektive Mieten

Die Mieten, welche die Antragsteller in ihrer derzeitigen Unterkunft entrichten, liegen in den vor 1948 errichteten, preisgebundenen Wohnungen entsprechend niedrig. So gaben von den 5 800 Hauptmietern der Normalwohnungen in Altbauten 57 % an, weniger als 60 DM Miete pro Monat bezahlen zu müssen; jeder Fünfte erbrachte eine Mietleistung zwischen 60 und 80 DM. Aus fast durchweg kleinen Neubauwohnungen heraus wollen sich 2 500 Haushalte verändern, die Hälfte von ihnen wohnt in öffentlich geförderten Wohnungen. Die Mieten in diesen Neubauwohnungen liegen etwas höher als in den Altbauten; während 15 % der Inhaber von Altbauwohnungen mehr als 100 DM Monatsmiete aufzubringen haben, beträgt der entsprechende Anteil bei den Wohnungssuchenden der Neubauten 46 %.

Bei den Wohnungsinhabern ist die Miete für den dem Interview vorhergehenden Monat — meist April oder Mai 1964 — angegeben worden, und zwar jeweils für die gesamte Wohnung, im Falle der Weitervermietung also einschließlich der von Untermietern benutzten Räume. Beträge für etwaige Möbelbenutzung, Zentralheizung, Warmwasserversorgung, Garagenbenutzung, Zuschläge für gewerbliche Räume usw. waren nicht in Ansatz zu bringen, dagegen sollten Umlagen für Wasserverbrauch, Kanalisation, Straßenreinigung, Müllabfuhr, Treppenbeleuchtung, Kaminreinigung usw. enthalten sein. Von Untermietern sollte nur das Entgelt für den zur Verfügung gestellten Wohnraum angegeben werden; Nebenleistungen wie Abgabe für Gas, Wasser, Strom, Heizmaterial oder Verpflegung waren nicht in die Miete einzubeziehen. Bei möbliert wohnenden Einzeluntermietern dürften in der Praxis jedoch häufig in dem angegebenen Mietbetrag Dienstleistungen enthalten sein, da eine

Aufteilung des vereinbarten Mietbetrages nach eigentlicher Miete, Frühstück, Aufwartung, Heizung usw. nicht möglich ist.

Tabelle 20

Die gegenwärtige Miete der wohnungssuchenden Hauptmieter in Normalwohnungen

Gegenwärtige Miete in DM (mtl. Kaltmiete)	Hauptmieter in Normalwohnungen		davon im		davon in Wohnungen mit ... Räumen (einschl. Küche)			
	Altbau	Neubau	Anzahl	darunter mit öffentl. Mitteln erbaut	1	2	3	4 und mehr ¹⁾
unter 40 DM	1 456	1 379	.	.	.	574	665	(147)
40 bis unter 60 DM	2 303	1 925	378	(203)	.	658	1 267	357
60 bis unter 80 DM	1 729	1 190	539	(259)	.	(252)	1 050	385
80 bis unter 100 DM	903	476	427	(238)	.	(168)	434	(280)
100 bis unter 120 DM	686	357	(329)	(168)	.	.	(329)	(245)
120 bis unter 200 DM	1 036	406	630	(287)	—	(196)	490	350
200 DM u. mehr	(189)	.	.	.	—	.	.	.
Zusammen 2)	8 302	5 817	2 485	1 253	(175)	1 946	4 284	1 897

¹⁾ Darunter 329 Wohnungen mit 5 und mehr Räumen. — ²⁾ Außerdem 119 mietfreie Wohnungen und 119 Wohnungen ohne Mietangaben.

Wie aus Tabelle 21 ersichtlich, bezahlen jeweils 30 % der Untermieter in ihrer gegenwärtigen Unterkunft weniger als 40 DM oder einen Betrag zwischen 40 und 60 DM pro Monat; unter letzteren hatte jeder Fünfte zwei Zimmer zur Verfügung. Rund 17 % aller

Tabelle 21

Die von wohnungssuchenden Untermietern gezahlte Miete und die Anzahl der mit dem Wohnungsgeber verwandten Untermieter

Gegenwärtige Miete in DM	Anzahl der Untermieterhaushalte	In Normalwohnungen			in Behelfswohnungen			
		ohne eigenes Zimmer	1 Zimmer	2 Zimmer	3 und mehr Zimmer	1 Zimmer	2 Zimmer	3 und mehr Zimmer
unter 40 DM	7 490	.	4 739	539	.	1 673	350	.
40 bis unter 60 DM	7 378	.	5 117	1 631	.	(301)	(140)	.
60 bis unter 80 DM	4 109	.	2 394	1 421
80 bis unter 100 DM	1 855	—	973	665
100 bis unter 120 DM	1 078	.	581	(343)
120 bis unter 200 DM	1 008	—	(329)	455	(161)	.	.	.
200 DM u. mehr	—
Mietfreie Wohnung ...	1 169	.	700	(147)	.	(182)	.	.
Pachtzahlungen ..	(203)	—	—	—
Ohne Angaben	357	.	(210)
Zusammen	24 717	(189)	15 057	5 250	644	2 513	819	(147)
darunter: Mit dem Wohnungsgeber verwandt ...	10 283	(168)	6 664	2 072	(238)	812	(273)	.

Untermieter bezahlen 60 bis 80 DM, jeweils 8 % wend-
den 80 bis 100 DM oder einen höheren Betrag auf.
Von den 1 000 Untermietern, die mehr als 120 DM je
Monat bezahlen, haben 33 % ein Zimmer, 45 % zwei
und 16 % drei oder mehr Zimmer in Normalwohnun-
gen zur Verfügung.

b) Mietzahlungsbereitschaft

Die Befragung ergab auch Anhaltspunkte über Vor-
stellungen, welche die wohnungssuchenden Haus-
halte hinsichtlich der künftig aufzubringenden Miete
haben. Die Gegenüberstellung der 1964 tatsächlich
entrichteten und der künftigen Miete, d. h. der Miet-
zahlungsbereitschaft, ergibt in Verbindung mit den
Familieneinkommen die Möglichkeit, die Realisierbar-
keit der Veränderungsabsichten abzuschätzen. Wie
Tabelle 22 und das Schaubild 4 zeigen, waren fast
alle Haushalte bereit, für die angestrebte Wohnung
erheblich höhere Beträge aufzuwenden als in der
bisherigen — in der Regel unzureichenden — Unter-
kunft. Bezahlen in der gegenwärtigen Wohnung mehr
als die Hälfte der Haushalte weniger als 60 DM Miete,
bestand nur bei 4 % die Vorstellung, eine andere
Wohnung in dieser niedrigen Mietpreislage zu er-
halten. Eine Wohnung zwischen 60 und 100 DM Mo-
natsmiete möchte jeder siebente Wohnungssuchende
der 42 600 Haushalte haben. Besonders ausgeprägt
wirkt sich die höhere Mietzahlungsbereitschaft bei
den Mieten über 100 DM aus: Hatte bisher nur etwa
jeder zehnte Wohnungssuchende mehr als 100 DM
aufwenden müssen, sind nunmehr 79 % aller Woh-

nungssuchenden bereit, diesen Betrag für ihre künf-
tige Wohnung aufzubringen. Im Frühjahr 1960 hatten
von sämtlichen Hamburger Haushalten, die sich ver-
ändern wollten, nur 38 % eine Mietzahlungsbereit-
schaft in dieser Höhe bekundet.

Schaubild 4

Die gegenwärtige monatliche Miete und die Mietzahlungs-
bereitschaft der wohnungssuchenden Haushalte

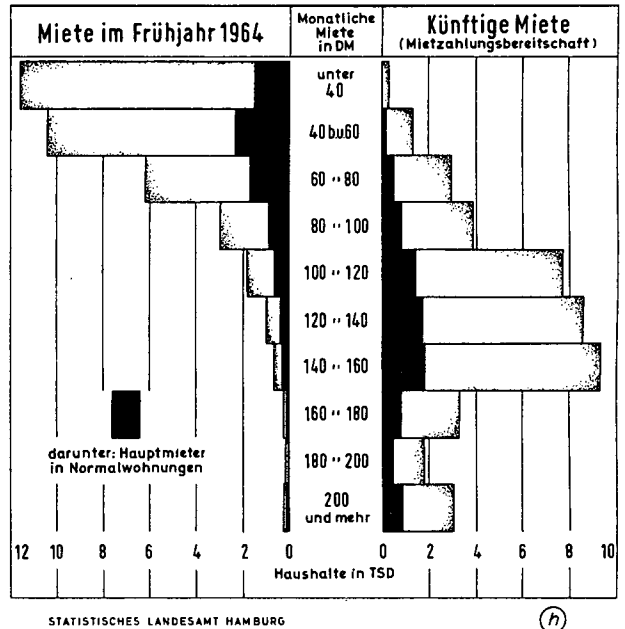


Tabelle 22

Die gegenwärtige und künftige Miethöhe der wohnungssuchenden Haushalte nach dem
monatlichen Familien-Brutto-Einkommen

Miethöhe in DM (monatliche Kaltmiete)	Haushalte		Monatliches Familien-Brutto-Einkommen in DM					
	Anzahl	in %	unter 400	400 bis unter 600	600 bis unter 600	800 bis unter 1 000	1 000 bis unter 1 250	1 250 und mehr
			1	2	3	4	5	6
a) Gegenwärtige Miete								
unter 40 DM	11 599	27,2	2 359	2 485	3 297	1 736	945	721
40 bis unter 60 DM	10 423	24,5	1 330	1 792	3 143	1 890	1 183	1 043
60 bis unter 80 DM	6 223	14,6	434	945	1 883	1 302	847	798
80 bis unter 100 DM	2 961	7,0	(161)	(308)	805	749	455	462
100 bis unter 120 DM	1 890	4,4	.	(189)	420	469	(308)	392
120 bis unter 140 DM	1 015	2,4	.	.	(189)	(308)	(161)	(259)
140 bis unter 160 DM	721	1,7	.	.	(175)	.	.	(245)
160 bis unter 180 DM	(231)	0,5
180 bis unter 200 DM	(189)	0,5
200 DM und mehr	(294)	0,7
Mietfreie Wohnung	1 673	3,9	(294)	364	364	(322)	(168)	.
Pachtzahlung	4 403	10,3	602	847	1 225	798	483	420
Ohne Angaben	987	2,3	(189)	(182)	(259)	.	.	(147)
Zusammen	42 609	100	5 488	7 266	11 802	7 987	4 893	4 851
b) Künftige Miete (Mietzahlungsbereitschaft)								
unter 40 DM	(301)	0,7	(287)
40 bis unter 60 DM	1 316	3,1	1 141
60 bis unter 80 DM	2 891	6,8	1 449	917	(322)	.	.	.
80 bis unter 100 DM	3 934	9,2	1 106	1 302	973	(336)	.	.
100 bis unter 120 DM	7 693	18,1	819	2 177	2 653	1 085	560	357
120 bis unter 140 DM	8 575	20,1	364	1 533	3 122	1 841	1 169	518
140 bis unter 160 DM	9 436	22,1	.	840	3 192	2 471	1 470	1 288
160 bis unter 180 DM	3 262	7,7	.	(203)	805	1 001	483	700
180 bis unter 200 DM	1 841	4,3	.	.	(343)	476	392	532
200 DM und mehr	2 975	7,0	.	.	(308)	609	623	1 253
Ohne Angaben	385	0,9
Zusammen	42 609	100	5 488	7 266	11 802	7 987	4 893	4 851

Anmerkung: 322 Wohnungssuchende machten keine Angaben über das Einkommen.

Vergleicht man diese Angaben über die Mietzahlungsbereitschaft mit den entsprechenden Familieneinkommen der Wohnungssuchenden, so entsteht der Eindruck, daß ein Teil der Befragten seine künftige Mietbelastung verhältnismäßig hoch angesetzt hat. So haben von den 5 500 Haushalten mit einem Brutto-Familieneinkommen unter 400 DM 2 600 oder 47 % eine über 80 DM liegende Monatsmiete angegeben; der Anteilssatz der Miete am Einkommen würde also bei allen diesen Fällen über 20 % liegen, eine Realisierbarkeit der subjektiven Zahlungsbereitschaft wäre zweifellos nur über die Gewährung von Wohngeld möglich. Bei den Beziehern von Einkommen zwischen 400 und 600 DM dürften etwa 2 500 oder ein Drittel der Haushalte dieser Einkommensgruppe über einer Mietbelastungsgrenze von 20 % liegen, und auch bei zahlreichen Wohnungssuchenden mit Einkommen zwischen 600 bis unter 800 DM besteht zwischen der geäußerten Mietzahlungsbereitschaft und dem Einkommen eine große Spanne, die nur auf dem Wege von Wohngeld-Beihilfen überbrückt werden könnte.

Andererseits suchen Haushalte der oberen Einkommensgruppen zum Teil Wohnungen, die ihrer finanziellen Leistungskraft nicht entsprechen: Von den Antragstellern mit einem über 1 250 DM liegenden Einkommen möchten 5 % für die Wohnung nur 100 bis

Die Auswertung der Frage nach der Bereitschaft, einen Finanzierungsbeitrag für die künftige Wohnung in Form eines Baukostenzuschusses, Mieterdarlehens oder Genossenschaftsanteils zu leisten, führte zu folgenden Ergebnissen:

Jeder fünfte Antragsteller (hochgerechnet 8 800 Haushalte) erklärte, einen Finanzierungsbeitrag für die künftige Wohnung leisten zu wollen, die Beträge waren in ihrer Höhe sehr unterschiedlich. Finanzierungsbeiträge zwischen 1 000 – 2 000 DM, 2 – 3 000 DM und 3 – 4 000 DM wurden am häufigsten genannt; zusammen bildeten sie gut drei Viertel aller Fälle. Mehr als 5 000 DM wollten 12 % der mit einem Finanzierungsbeitrag einverständenen Haushalte aufbringen. Diese höheren Beträge wurden bevorzugt von den Beziehern höherer Einkommen genannt; vereinzelt sind auch von den unteren Einkommensgruppen relativ hohe Finanzierungsbeiträge angegeben worden, die – falls sie tatsächlich geleistet würden – zweifellos nicht aus den laufenden Einkommen, sondern aus Vermögen oder Zuwendungen von Dritten bestritten werden müßten.

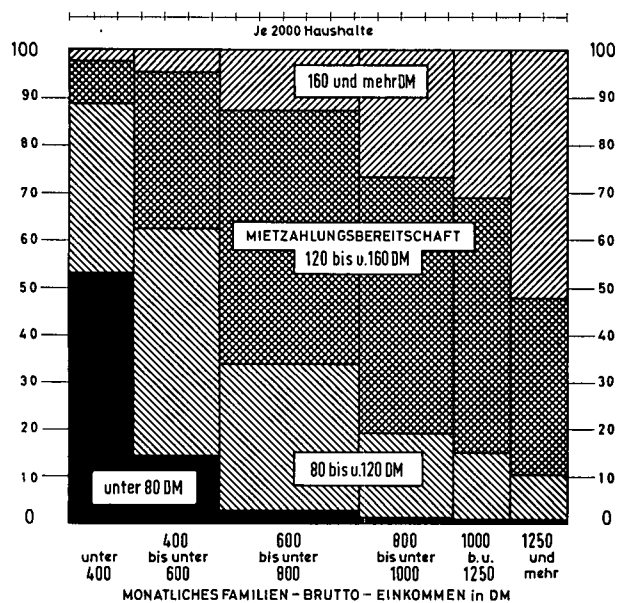
Die höchste Zahl von Finanzierungsbeiträgen würde von Haushalten der Einkommensgruppe zwischen 600 und 800 DM aufgebracht, gut ein Fünftel der Zuschüsse wollen die Antragsteller mit Bruttofamilieneinkommen von 800 bis 1 000 DM leisten. Die Gliederung dieser Haushalte nach der Mietzahlungsbereitschaft, wie sie in Tabelle 23 dargestellt ist, zeigt, daß Finanzierungsbeiträge hauptsächlich von den Haushalten beabsichtigt sind, die eine künftige Monatsmiete von 100 DM oder mehr eingeplant haben.

Die Addition aller genannten Finanzierungsbeiträge würde hochgerechnet die stattliche Summe von 24,5 Mio DM ergeben; im Durchschnitt errechnet sich hieraus ein Finanzierungsbeitrag von 2 750 DM je Fall.

Abschließend sei die künftige Mietzahlungsbereitschaft der Haushalte in Verbindung mit den jeweils gesuchten Wohnungsgrößen dargestellt. Die Ergebnisse der Tabelle 24 zeigen, daß ein Teil der Befragten sich offensichtlich an niedrigen Altbaumieten orientiert. Legt man die im Frühjahr 1964 üblichen Neubaumieten zugrunde, so stand bei etwa 17 000 Haushalten oder 40 % aller Wohnungssuchenden die Mietzahlungsbereitschaft nicht im Einklang mit der angestrebten Wohnungsgröße. Bei dem augenblicklichen Mietniveau der Neubauwohnungen dürfte es vor allem schwer sein, die zahlreichen Wünsche nach Dreizimmerwohnungen zu den von den Antragstellern geäußerten Mieten zu befriedigen. In öffentlich geförderten Neubauten war für diese Wohnungen 1964 eine durchschnittliche Mietbelastung von 140 DM pro Monat üblich. Von den 19 800 Antragstellern, die auf eine solche Wohnung reflektierten, rechneten jedoch nur 55 % mit einer solchen Miete. Größere Wohnungen kamen 1964 ab 160 DM an den Markt; auch bei diesen hätten 47 % der geäußerten Wünsche nicht diesem Mietniveau entsprochen. Eine verhältnismäßig bessere Übereinstimmung war bei der Nachfrage nach Zweizimmerwohnungen festzustellen; von rund 13 000 Antragstellern waren annähernd 80 % bereit, mehr als 100 DM dafür aufzuwenden, und der Mietpreis einer öffentlich geförderten Zweizimmerwohnung mit Küche betrug 1964 im Durchschnitt 110 DM.

Schaubild 5

Die wohnungssuchenden Haushalte nach Familieneinkommen und Mietzahlungsbereitschaft



h

STATISTISCHES LANDESAMT HAMBURG

120 DM, 6 % zwischen 120 und 140 DM ausgeben und 14 % rechnen mit einer monatlichen Mietbelastung von 140 bis 160 DM. Von sämtlichen wohnungssuchenden Haushalten der höchsten Einkommensgruppe war nur jeder Vierte bereit, mehr als 200 DM für seine Wohnung auszugeben. Weitere Einzelheiten über die Relation von Einkommen und geäußelter Mietzahlungsbereitschaft sind der Tabelle 22 und dem Schaubild 5 zu entnehmen.

Tabelle 23

**Bereitschaft zu einem Finanzierungsbeitrag
(Baukostenzuschuß, Mieterdarlehen, Genossenschaftsanteil)
- nicht hochgerechnete Zahlen -**

Brutto-Haushalts- einkommen Mietzahlungs- bereitschaft	Anzahl der Haus- halte	Von den Haushalten waren zu einem Finanzierungsbeitrag in Höhe von ... DM bereit										
		bis 500	500 bis 1 000	1 000 bis 2 000	2 000 bis 3 000	3 000 bis 4 000	4 000 bis 5 000	5 000 bis 7 500	7 500 bis 10 000	10 000 bis 15 000	15 000 bis 20 000	20 000 und mehr
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Haushalte insgesamt	1264	7	59	365	346	258	78	115	7	11	7	11
in %/o ...	100	0,5	4,7	28,9	27,4	20,4	6,2	9,1	0,5	0,9	0,5	0,9
davon mit: monatl. Brutto- Einkommen in DM												
unter 400	53	4	13	19	9	5	1	1	—	1	—	—
400 bis „ 600	135	1	8	56	37	22	4	5	—	2	—	—
600 „ „ 800	347	1	18	122	91	59	15	33	1	3	2	2
800 „ „ 1000	284	1	15	71	90	61	16	24	2	1	2	1
1000 „ „ 1250	218	—	4	46	60	58	21	24	—	1	2	2
1250 „ „ 1500	125	—	1	34	33	26	11	15	2	1	—	2
1500 und mehr ...	90	—	—	14	21	25	10	12	2	2	1	3
Ohne Angabe	12	—	—	3	5	2	—	1	—	—	—	1
davon mit: einer monatl. Miet- zahlungsbereit- schaft von DM												
unter 40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
40 bis „ 60	8	2	3	3	—	—	—	—	—	—	—	—
60 „ „ 80	28	—	10	11	4	3	—	—	—	—	—	—
80 „ „ 100	71	2	3	38	13	8	4	1	—	2	—	—
100 „ „ 120	270	1	19	92	79	49	12	15	1	—	1	1
120 „ „ 140	324	1	8	104	114	55	18	22	—	1	—	1
140 „ „ 160	365	—	15	93	100	87	22	39	1	2	3	3
160 „ „ 180	82	—	—	17	23	—	11	9	1	1	—	1
180 „ „ 200	55	1	1	4	9	18	4	12	2	1	2	1
über 200	58	—	—	2	4	17	7	17	2	4	1	4
Ohne Angabe	3	—	—	1	—	2	—	—	—	—	—	—

Damit bestätigen die vorstehenden Ergebnisse die bereits bei Besprechung der Einkommenssituation der Antragsteller getroffene Feststellung, daß ein nicht unerheblicher Teil der Wohnungssuchenden eine von der Größe her ausreichende Wohnung in Neubauten nur mit Hilfe staatlicher Wohnbeihilfen (Wohn-geld) erreichen kann.

VI. Verhalten der Haushalte im Falle einer höheren als veranschlagten Mietbelastung

Um die Vorstellungen der Haushalte über ihre künftige Miete und die Elastizität der Nachfrage realer beurteilen zu können, wurde der Versuch unternommen, das Verhalten der Antragsteller für den Fall zu testen, daß zum veranschlagten Mietbetrag keine passende Wohnung zur Verfügung stehen würde. Die Wohnungssuchenden wurden damit zur Prüfung der eigenen finanziellen Möglichkeiten und der Gegebenheiten des derzeitigen Wohnungsmarktes angeregt.

Der Interviewer legte dem zu Befragenden wiederum einen kleinen Katalog vor, und der Wohnungssuchende sollte vier vorgegebene Möglichkeiten selbst durchlesen und darüber entscheiden. Wie bei allen übrigen Feststellungen hatte sich der Interviewer jeglicher Beeinflussung, welche die Entscheidung der Auskunftsperson in eine bestimmte Richtung leiten könnte, zu enthalten.

Auf die Frage „Was würde der Haushalt tun, wenn er zu dem veranschlagten Mietbetrag keine passende Wohnung bekommen kann“ konnte sich der Befragte für folgende Möglichkeiten entscheiden:

1. eine höhere Miete in Kauf nehmen bis DM ...
2. sich um eine Mietbeihilfe bemühen
3. eine einfach ausgestattete Altbauwohnung beziehen
4. auf Wohnungswechsel verzichten.

Tabelle 24

Mietzahlungsbereitschaft der wohnungssuchenden Haushalte nach Größe der angestrebten Wohnung

Mietzahlungs- bereitschaft in DM	Anzahl der Haus- halte 1)	Größe der angestrebten Wohnung				
		1 Raum	2	3	4	5 und mehr
		R ä u m e (einschl. Küche)				
	1	2	3	4	5	6
unter 40 DM	(301)	—	(231)	—	—	—
40 bis unter 60 DM	1 316	—	840	413	—	—
60 bis unter 80 DM	2 891	—	1 162	1 372	(301)	—
80 bis unter 100 DM	3 934	—	1 015	1 813	931	(168)
100 bis unter 120 DM	7 693	—	784	3 388	3 101	406
120 bis unter 140 DM	8 575	—	385	3 024	4 494	665
140 bis unter 160 DM	9 436	—	(175)	2 072	6 146	1 022
160 bis unter 180 DM	3 262	—	—	441	2 149	658
180 bis unter 200 DM	1 841	—	—	(245)	1 099	497
200 DM und mehr ..	2 975	—	—	(266)	1 449	1 225
Ohne Angaben ...	385	—	—	—	—	—
Zusammen	42 609	(161)	4 683	13 139	19 824	4 802

1) 322 Haushalte hatten kein eigenes Einkommen oder keine Angaben gemacht.

Als wichtigste Ergebnisse seien vorangestellt, daß nur 3 % der Antragsteller ihre Veränderungsabsicht aufgeben würden, wenn sie zu dem von ihnen veranschlagten Mietbetrag keine passende Wohnung bekommen könnten, 5 % wollten sich beim Interviewer zu dieser Frage nicht äußern oder konnten keine Entscheidung treffen.

Tabelle 25

Verhalten der Haushalte, deren Nachfrage eine höhere Mietbelastung als zunächst veranschlagt erfordern würde

Gegenwärtige Nutzung	Haushalte insgesamt	Von 100 Haushalten, die zu dem von ihnen veranschlagten Mietbetrag keine passende Wohnung bekommen könnten, würden ...					
		eine höhere Miete in Kauf nehmen	sich um eine Mietbeihilfe bemühen	eine einfach ausgestattete Altbauwohnung beziehen	auf Unterkunftswechsel verzichten	ohne Angabe von weiteren Gründen	
Soziale Stellung des Haushaltsvorstandes		1	2	3	4	5	6
Familien-Brutto-Einkommen							
Mietzahlungsbereitschaft							
Gegenwärtige Nutzung							
Eigentümer	5 390	45,6	26,9	19,7	.	.	(5,6)
Hauptmieter	12 502	47,0	21,3	20,9	5,0	.	5,8
Untermieter	24 717	50,3	21,6	20,6	2,9	.	4,6
darunter mit Wohnungsgeber verwandt	10 283	52,5	20,1	19,4	(3,0)	.	5,0
Soziale Stellung							
Selbständige	2 016	62,5	(9,3)	(16,0)	.	.	(8,7)
Angestellte und Beamte	10 906	59,1	14,0	15,7	4,4	.	6,8
Arbeiter	19 992	47,0	23,2	23,3	2,5	.	4,0
Rentner, Pensionäre und sonst. Nichterwerbstätige	9 695	37,8	31,8	21,5	4,3	.	4,6
Familien-Brutto-Einkommen							
unter 400 DM	5 488	29,1	39,6	22,6	(4,1)	.	(4,6)
400 bis unter 600 DM	7 266	42,6	26,5	24,7	(2,5)	.	(3,7)
600 bis unter 800 DM	11 802	47,9	22,7	22,9	3,0	.	3,5
800 bis unter 1 000 DM	7 987	53,8	18,1	18,8	(3,8)	.	5,5
1 000 bis unter 1 250 DM	4 893	59,3	13,9	17,9	(3,3)	.	(5,6)
1 250 bis unter 1 500 DM	2 856	62,5	13,5	13,2	(5,6)	.	(5,2)
1 500 DM und mehr	1 995	66,3	.	(14,4)	.	.	(10,9)
Ohne Angaben	(322)	(43,5)
Mietzahlungsbereitschaft							
unter 40 DM	(301)	.	(53,5)
40 bis unter 60 DM	1 316	.	50,5	31,9	.	.	.
60 bis unter 80 DM	2 891	19,4	41,9	31,7	.	.	.
80 bis unter 100 DM	3 934	24,9	35,0	33,8	(3,6)	.	.
100 bis unter 120 DM	7 693	31,4	29,9	31,1	(3,6)	.	(4,0)
120 bis unter 140 DM	8 575	55,7	18,4	19,3	(3,1)	.	(3,5)
140 bis unter 160 DM	9 436	59,4	16,2	16,2	(3,6)	.	4,6
160 bis unter 180 DM	3 262	79,2	(9,9)	(6,6)	.	.	.
180 bis unter 200 DM	1 841	84,0
200 DM und mehr	2 975	73,4	(6,1)	(5,4)	.	.	(10,8)
Ohne Angaben	385	—

Wie aus Tabelle 25 ersichtlich, hatten Untermieter weniger die Neigung, auf einen Unterkunftswechsel zu verzichten, als die gegenwärtig zur Hauptmiete wohnenden Haushalte. Gliedert man die Verzichtfälle nach der sozialen Stellung der Befragten, so bestanden Arbeiter intensiver auf dem Wunsch nach einer anderen Wohnung als die übrigen Gruppen.

Von der Möglichkeit, im Falle der höheren als der eingeplanten Mietbelastung eine staatliche Mietbeihilfe in Anspruch zu nehmen, möchten rund

9 400 oder 22 % der Antragsteller Gebrauch machen. Ob die rechtlichen Voraussetzungen zur Erlangung einer solchen Beihilfe in diesen Fällen überall gegeben sind, konnte im Zuge der Befragung selbstverständlich nicht geklärt werden. Die gewonnenen Ergebnisse zeigen aber deutlich, daß die Bezieher der kleinen Einkommen, Rentner, Pensionäre — auch Behelfsheimbewohner, wie aus der hohen Zahl der Pächter bzw. Eigentümer hervorgeht — mit den niedrig veranschlagten Mieten sich künftig verstärkt um Mietbeihilfe bemühen werden. Auch hier verringert sich die Zahl der Fälle proportional mit der Höhe der Mietzahlungsbereitschaft.

Knapp die Hälfte aller Wohnungssuchenden gab an, eine höhere Miete in Kauf nehmen zu wollen, wenn zu dem veranschlagten Mietbetrag keine passende Wohnung zur Verfügung stehe, und es wurden im allgemeinen dann Höchstmieten genannt, die 20 bis 30 % über dem ursprünglich kalkulierten Mietbetrag lagen. Dadurch ergab sich teilweise eine noch stärkere Diskrepanz zwischen Einkommen und Mietzahlungsbereitschaft, und es können keine konkreten Angaben darüber gemacht werden, in welchem Umfang diese höheren Mieten — ohne Inanspruchnahme von Wohngeld — effektiv von den Haushalten aufgebracht werden könnten. Erwartungsgemäß sind die besser verdienenden Wohnungssuchenden — beachtenswert der hohe Anteil von Selbständigen, Angestellten und Beamten — auch in weit größerem Umfang bereit, höhere Mieten in Kauf zu nehmen als die unteren Einkommensschichten, welche im Falle höherer Miete mehr auf Wohnbeihilfen oder Altbauwohnungen ausweichen würden. Überdurchschnittlich hoch bei den Haushalten mit einer höheren als ursprünglich geplanten Mietzahlungsbereitschaft war wiederum der Anteil der Untermieter — insbesondere auch der mit ihrem Wohnungsgeber verwandten — im Vergleich zu den Hauptmietern. Der Wunsch, das Untermietverhältnis aufzugeben, ist offensichtlich so groß, daß dafür beachtliche finanzielle Opfer gebracht würden. Es sei noch ergänzt, daß ein Teil der Haushalte, der eine höhere Miete in Kauf nehmen wollte, gleichzeitig auch angab, sich um eine Mietbeihilfe bemühen zu wollen; diese Fälle sind nur einfach gezählt und den Antragstellern auf Mietbeihilfe zugerechnet worden.

Jeder fünfte befragte Haushalt gab an, falls er zu der veranschlagten Miete keine passende Wohnung bekäme, möchte er eine einfach ausgestattete Altbauwohnung wählen. Auch unter diesen waren Arbeiter anteilmäßig stärker vertreten als Selbständige, Angestellte und Beamte; Rentner, Pensionäre und sonstige Nichterwerbstätige äußerten sich ebenfalls verhältnismäßig häufig, gegebenenfalls mit einer Altbauwohnung vorliebnehmen zu wollen. Mit steigendem Einkommen und zunehmender Mietzahlungsbereitschaft verringert sich die Tendenz zum Wechsel in eine Altbauwohnung.

Abschließend sei erwähnt, daß insgesamt gesehen 71 % aller Hamburger Wohnungssuchenden ihre Veränderungsabsicht auf eine entsprechend große und gut ausgestattete Wohnung auch verwirklichen wollen, wenn diese teurer ist als zunächst veranschlagt und evtl. zu ihrer Erlangung eine Wohnbeihilfe in Anspruch genommen werden müßte.

Tabelle 26

Antragsteller, deren Wohnungswunsch in der seitherigen Wohnung erloschen ist

Haushalte (Angaben lt. Leitkarte)	Haushalte insgesamt		Wohnungswunsch wird nicht mehr aufrechterhalten wegen 1)					Auszug von Familien- mitgliedern und sonstiger Verkleinerung des Haushalts	hohen Alters und Pfle- ge- bedürftigkeit
			Über- nahme der Wohnung	Ausbau erfolgt, Übernahme von Eigenheimen	aus- reichender Unter- bringung	bereits erfolgter oder in Aussicht stehender Versorgung			
	Anzahl	in %	3	4	5	6	7	8	
Haushalte zusammen	6 587		1 680	1 337	1 120	826	602	(301)	
in %		100	25,5	20,3	17,0	12,6	9,1	4,6	
davon nach									
Haushaltsgröße									
Alleinstehende Männer	(308)	4,7							
Alleinstehende Frauen	707	10,7			(168)			(147)	
2 Personen	2 450	37,2	686	448	434	(336)	(182)		
3 Personen	1 687	25,6	497	392	(196)	(238)	(154)		
4 Personen	1 036	15,7	(287)	(287)	(154)				
5 und mehr Personen	399	6,1						—	
davon nach									
Alter des Haushalts- vorstandes									
unter 25 Jahre	(210)	3,2					—	—	
25 bis unter 30 Jahre	602	9,1	(140)			(140)		—	
30 bis unter 45 Jahre	2 100	31,9	665	539	(322)	(252)		—	
45 bis unter 65 Jahre	2 324	35,3	637	448	371	(231)	(294)		
65 bis unter 75 Jahre	749	11,4	(140)		(175)				
75 Jahre und älter . .	434	6,6						(175)	
Ohne Angaben des Alters	(168)	2,5	—				—	—	
davon nach									
Registrierung in der Kartei									
1964 und 1963	595	9,0				(238)			
1962 und 1961	1 134	17,2	(210)	(280)	(196)	(161)			
1960 und 1959	1 204	18,3	(280)	(231)	(196)	(203)			
1958 oder früher	3 654	55,5	1 127	707	672	(224)	420	(161)	
davon nach									
Art der früheren Wohnungsnutzung									
Eigentümer	553	8,4		(280)				—	
Hauptmieter	1 288	19,6	—	(266)	434		(182)		
Untermieter	4 746	72,0	1 659	791	637	623	371	(238)	

1) Außerdem gaben 721 Haushalte sonstige Gründe an.

VII. Erloschene und erledigte Wohnwünsche sowie Struktur der auswärtigen Antragsteller

Im Zuge der Befragung stellte sich heraus, daß von 71 400 registrierten Antragstellern mit einer Hamburger Anschrift 6 600 Wohnwünsche in der bisherigen Unterkunft erloschen waren, und 11 000 Haushalte waren innerhalb von Hamburg verzogen und bestätigten dem Interviewer an der neuen Anschrift, ihr Wohnungswunsch sei durch den Umzug erledigt. Soweit nach einem Wohnungswechsel die Veränderungsabsicht weiter bestand, sind die Wohnungswünsche — es handelte sich um 6 100 Fälle — in den vorstehenden Ausführungen über die aufrechterhaltenen Wohnwünsche mit berücksichtigt worden⁴⁾.

Außer den 71 400 Antragstellern in Hamburg gab es noch 6 000 Wohnungssuchende mit einer auswärtigen Anschrift; sie sind nicht in die Erhebung einbezogen worden, es konnten jedoch einige Angaben aus den

4) Bei einer Restgruppe von 2 900 Haushalten kam ein Interview wegen längerer Abwesenheit der Antragsteller (Krankenhausaufenthalt, Reisen usw.) nicht zustande (vgl. hierzu auch Anmerkung 6 auf S. 231). Etwa ebenso viele Haushalte waren nicht auffindbar, 900 verstorben und 4 300 nach auswärts verzogen (s. S. 231).

Karteiunterlagen der Wohnungsämter ausgewertet und damit Anhaltspunkte über die Struktur dieses Personenkreises gewonnen werden.

Von den 6 600 Antragstellern, deren Wohnungswunsch in der seitherigen Wohnung erloschen war, hielt jeder Vierte die Veränderungsabsicht nicht mehr aufrecht, weil er sich inzwischen wohnungsmäßig verbessern konnte. Es handelt sich dabei in der Regel um ehemalige Untermieter, die angaben, ihre Vormerkung sei durch Übernahme der Wohnung vom weggezogenen oder verstorbenen Hauptmieter oder einer durch den Tod eines nahen Verwandten frei gewordenen Wohnung gegenstandslos geworden.

Zwei- und Dreipersonenhaushalte, in denen der Haushaltsvorstand im erwerbsfähigen Alter stand, herrschten in diesem Personenkreis vor; zwei Drittel von ihm waren schon 1958 oder früher in den Karteien registriert worden. Infolge Ausbau bzw. sonstiger Vergrößerung der Unterkunft oder Übernahme eines Eigenheimes gaben 1 300 Haushalte an, ihr Wohnungswunsch sei erloschen. 1 100 bestätigten, sie seien jetzt wohnungsmäßig ausreichend untergebracht, teils durch Wegzug von Untermietern, teils

Tabelle 27

Antragsteller, deren Wohnungswunsch an neuer Anschrift nicht mehr besteht

Antragsteller (Angaben der befragten Haushalte)	Antragsteller		davon haben Wohnungen erhalten durch:							
	Anzahl	in %	Wohnungs- amt	Arbeit- geber 1)	Baugesell- schaften oder -genossen- schaften	Makler und Inserate	Verwandte und Bekannte	Selbsthilfe	Tausch	Selbstbau
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Antragsteller zusammen	10 976	100	3 395	924	1 631	1 491	1 120	896	637	882
in %	100	..	30,9	8,4	14,9	13,6	10,2	8,2	5,8	8,0
darunter nach										
Haushaltsgröße										
Alleinstehende Männer . . .	350	3,2	—
Alleinstehende Frauen . . .	1 029	9,4	434	.	.	(147)	(147)	.	.	.
2 Personen	3 479	31,7	966	(259)	665	532	385	(308)	.	(231)
3 Personen	3 374	30,7	861	378	581	455	357	(196)	(196)	350
4 Personen	1 918	17,5	609	(182)	(259)	(252)	.	(154)	(189)	(168)
5 und mehr Personen . . .	798	7,3	378
darunter nach										
Sozialer Stellung des HV										
Selbständige	826	7,5	.	—	.	(175)	.	.	.	(154)
Angestellte und Beamte . .	4 396	40,1	952	483	882	784	(322)	357	(217)	399
Arbeiter	4 144	37,8	1 512	385	546	413	490	(252)	(280)	(266)
Rentner, Pensionäre und sonstige Nichterwerbs- tätige	1 547	14,0	770	.	.	.	(210)	(168)	.	.
darunter nach dem										
Monatlichen Brutto- Einkommen										
unter 800 DM	4 340	39,5	1 722	434	420	399	546	371	(273)	(175)
800 bis " 1 000 "	3 038	27,7	938	(259)	553	420	(252)	(196)	(224)	(196)
1 000 " " 1 250 "	1 736	15,8	371	.	364	350	(140)	.	.	(182)
1 250 " " 1 500 "	819	7,5	(168)	.	(189)
1 500 und mehr DM . . .	700	6,4	.	.	.	(168)
darunter nach										
Miethöhe bzw. Belastung										
unter 80 DM	2 933	26,7	1 022	(308)	(266)	(161)	539	(287)	(259)	.
80 bis " 100 "	1 512	13,8	644	(140)	(168)	(161)	(140)	.	.	.
100 " " 120 "	1 736	15,8	679	(154)	(273)	(294)
120 " " 140 "	1 743	15,9	518	.	539	(245)
140 " " 160 "	1 057	9,6	(294)	.	(231)	(259)
160 " " 200 "	672	6,1	.	.	.	(182)
200 und mehr DM	602	5,5	.	.	.	(168)	.	.	.	(175)
davon nach										
Baukostenzuschuß oder Mietvorauszahlung										
unter 1 500 DM	707	6,4	(154)	.	(273)
1 500 bis " 3 000 "	903	8,2	(168)	.	(329)	(175)
3 000 " " 5 000 "	1 330	12,2	(203)	.	497	357
5 000 " " 7 000 "	630	5,7	—	.	.	(343)	.	.	—	.
7 000 " " 9 000 "	(259)	2,4	—	.
9 000 und mehr DM . . .	469	4,3	—	(168)
Keinen Baukosten- zuschuß	6 678	60,8	2 842	686	(294)	(301)	952	469	581	553
darunter nach										
Zeitraum des Umzuges										
I. Halbjahr 1964	2 219	20,2	602	(147)	(336)	434	(238)	(238)	.	.
II. Halbjahr 1963	966	8,8	(308)	.	(154)	(161)
I. Halbjahr 1963	707	6,4	(210)
1962	2 422	22,1	938	(196)	357	(224)	(231)	(154)	.	(217)
1961	1 274	11,6	350	.	(231)	(168)
1960 und früher	2 548	23,2	749	(308)	392	(280)	(266)	(203)	(147)	(203)

1) Einschl. Bundesbahn (133) und Bundespost (105).

durch Erlangung zusätzlicher Räume in der Wohnung oder im Haus. 200 Haushalte hatten eine feste Zusage für eine neue Wohnung bzw. standen kurz vor dem Umzug, und weitere 600 gaben an, sie hätten berechnete Aussicht auf eine baldige Verbesserung ihrer Wohnsituation. Wegen Verkleinerung des Haushalts (vorwiegend durch Wegzug von Familienmitgliedern) verzichteten 600 Haushalte auf früher geäußerte Wohnungswünsche, 300 Antragsteller wollten in An-

betracht ihres hohen Alters und wegen Pflegebedürftigkeit nicht mehr umziehen.

Die innerhalb Hamburgs verzogenen Haushalte wurden — soweit sie ihren Wohnungswunsch nicht mehr aufrecht hielten — unter ihrer neuen Anschrift befragt, wann und wie sie die neue Wohnung erhalten haben.

Von den 11 000 ehemaligen Antragstellern hatten 3 400 oder 31 % die Wohnung durch das Wohnungsamt zugewiesen bekommen;

jedem Siebten war es gelungen, über eine Baugesellschaft oder Baugenossenschaft eine Wohnung zu erhalten, und

14 % hatten Makler eingeschaltet oder die Wohnung mit Hilfe eines Inserats gefunden.

Bekannte oder Verwandte des Antragstellers hatten in 10 % der Fälle eine Wohnung besorgt,

im Tauschwege beschafften sich rund 6 % die neue Unterkunft.

Jeweils rund 900 ehemalige Wohnungssuchende hatten über ihren Arbeitgeber, im Wege der Selbsthilfe oder durch ein eigenes Bauvorhaben die Wohnungsfrage lösen können.

Verhältnismäßig zahlreiche Haushalte hatten einen Baukostenzuschuß oder eine Mietvorauszahlung für die neue Wohnung geleistet, 39 % gaben an, einen derartigen Finanzierungsbeitrag aufgebracht zu haben; bei den zur Zeit noch Wohnungssuchenden hatten 20 % eine Bereitwilligkeit dafür geäußert. Von den 4 300 Befragten, die einen Baukostenzuschuß oder eine Mietvorauszahlung geleistet hatten, leisteten 68 % bis 5 000 DM und 32 % einen darüber liegenden Betrag. Wie aus Tabelle 27 ersichtlich, wurden die Zuschüsse vorwiegend für die von den Baugesellschaften zugewiesenen oder über Makler vermittelten Wohnungen bezahlt, aber auch bei den von den Wohnungsämtern zugeteilten Wohnungen waren sie teilweise entrichtet worden (Jungverheirateten-Darlehen, LAG-Mittel usw.).

Unter den Antragstellern, deren Wohnungswunsch an der neuen Anschrift nicht mehr bestand, waren Angestellte und Beamte stärker vertreten als Arbeiter; vor allem Rentner und Pensionäre sowie sonstige Nichterwerbstätige hatten sich nicht ebenso häufig verändern können wie die übrigen sozialen Gruppen.

Gliedert man die versorgten Haushalte nach Einkommensschichten, so zeigt sich, daß rd. zwei Drittel unter 1 000 DM monatliches Bruttoeinkommen hatten, weniger als 800 DM standen 39,5 % der Haushalte zur Verfügung. Die naheliegende Vermutung, daß überwiegend Haushalte mit höheren Einkommen zu den versorgten Antragstellern gehören, trifft dem-

nach nicht zu. Auch die nach dem Unterkunftswechsel bezahlten Mieten fallen nicht aus dem Rahmen; für rd. 27 % der Wohnungen wurden weniger als 80 DM bezahlt, gut ein Fünftel der Haushalte muß mehr als 140 DM Miete bzw. Belastung aufbringen.

Für die 6 000 außerhalb Hamburgs wohnenden Antragsteller liegen — wie bereits erwähnt — keine unmittelbaren Befragungsergebnisse vor, die Karteunterlagen gestatten jedoch folgende Aussagen über diesen Personenkreis:

Über die Hälfte der in Hamburg mit auswärtiger Anschrift registrierten Wohnungssuchenden ist in Schleswig-Holstein ansässig; die Kreise Stormarn, Pinneberg und Lauenburg beherbergen besonders zahlreiche Wohnungssuchende, die zweifellos aus dem Kreis der Pendler stammen. Aus Niedersachsen haben sich rd. 35 % der auswärtigen Wohnungssuchenden in Hamburg für eine Wohnung vormerken lassen, vorzugsweise aus den Kreisen Harburg und Stade. In den übrigen Bundesländern wohnten 11 % der Antragsteller, jeder Dritte von ihnen in Nordrhein-Westfalen.

Unter den auswärtigen Wohnungssuchenden waren 1 100 Evakuierte und 300 Umsiedler. Jeder fünfte auswärtige Antragsteller hatte das 65. Lebensjahr überschritten und 34 % waren bereits seit 1957 oder früher in den Karteien registriert; wie viele in der Zwischenzeit in Hamburg bereits eine Unterkunft gefunden haben, kann nicht angegeben werden.

Nicht zu verwechseln mit dem vorstehenden Personenkreis sind 4 300 Haushalte, die noch in den Hamburger Karteien geführt wurden, aber nach auswärts verzogen sind. Jeder Dritte von ihnen fand eine Unterkunft in den an Hamburg grenzenden Kreisen; Stormarn, Pinneberg und der Landkreis Harburg waren bevorzugt. Insgesamt waren nach Schleswig-Holstein 1 650 wohnungssuchende Haushalte (39 %) und nach Niedersachsen 1 000 (23 %) verzogen. Rund 1 100 der Haushalte (25 %) sind nach den übrigen Bundesländern und 400 (9 %) in das Ausland übersiedelt.

VIII. Schlußbemerkungen

Die Ergebnisse der Befragung haben wichtige Hinweise über die subjektiven Vorstellungen der Wohnungssuchenden hinsichtlich ihrer künftigen Unterbringung erbracht; auch die Feststellung der gegenwärtigen — zum Teil äußerst beengten — Wohnsituation dieser Haushalte, über die Einkommenslage und Mietzahlungsbereitschaft führten zu verbesserten Aussagen über den Personenkreis, der die Wohnungsämter um Unterstützung bei der Wohnungsbeschaffung angesprochen hat. Als alleiniger Maßstab für die Beurteilung der effektiven Wohnungsnachfrage in Hamburg reichen jedoch diese Unterlagen nicht aus, da sie nur auf Angaben der Personen beruhen, die einen Antrag beim Wohnungsamt gestellt haben. Es gibt darüber hinaus aber weitere wohnungsmäßig unterversorgte Haushalte, die sich nicht als Wohnungssuchende vormerken lassen, entweder weil sie der Auffassung sind, das Wohnungsamt könne in absehbarer Zeit doch nicht helfen, oder in der Hoffnung, durch eigene Initiative die angestrebte Wohnung zu erlangen. Darüber hinaus ist daran zu erinnern, daß Haushalte in Behelfsgebäuden häufig keine Veränderungsabsichten geäußert haben, obwohl sie in der Regel mit einem Wohnungswechsel rechnen müssen. Außer den unterversorgten Wohnparteien ist an solche Haushalte zu denken, die — ohne sich bei den Wohnungsämtern vormerken zu lassen — einen Wohnungswechsel aus sonstigen Gründen anstreben. So bestehen z. B. latente Veränderungsabsichten infolge von Anpassungswünschen an das Verhältnis Wohnung — Arbeitsstätte, wegen Veränderungen der Familiensituation, Verbesserung der Einkommenslage usw. Umfang und Richtung dieser Nachfrage festzustellen, ist Aufgabe der einprozentigen Wohnungsstichprobe, die im Herbst 1965 in Hamburg und den anderen Bundes-

ländern durchgeführt wird⁵⁾. Insofern gelten also die Ausführungen im vorliegenden Beitrag für den unter ganz bestimmten Gesichtspunkten ausgewählten Personenkreis, der zweifellos wohnungsmäßig dringend zu versorgen, aber nicht repräsentativ für die Veränderungswünsche der Gesamtbevölkerung ist.

Abschließend sei noch die Frage erörtert, in welchem Rahmenezusammenhang der für die Hamburger Wohnungssuchenden ermittelte Bedarf von rd. 45 000 Wohnungen⁶⁾ zum rechnerischen Wohnungsdefizit nach dem Abbaugesetz, also 66 800 Wohnungen oder 11,1 % des Hamburger Wohnungsbestandes, am Jahresende 1963 steht. Nach den Bestimmungen des § 3 dd Abs. 2 u. 3 des Gesetzes zur Änderung von Fristen des Gesetzes über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Miet- und Wohnrecht vom 29. 7. 1963 (BGBl. I, S. 524) wird die Zahl der unter bestimmten sozialpolitischen Vorstellungen ermittelten Wohnungsanwärter — d. s. sämtliche Mehrpersonenhaushalte und 60 % der Einpersonenhaushalte — dem vorhandenen Bestand an Normalwohnungen gegenübergestellt. Insofern decken sich also die individuell geäußerten Wohnwünsche der registrierten Antragsteller nicht mit dem objektiven Fehlbestand, wie er im Defizit zum Ausdruck kommt. Es besteht jedoch zwischen diesen beiden Größen insofern ein Zusammenhang, als die registrierten Wohnungssuchenden überwiegend aus Untermieterhaushalten kommen, und damit im rechnerischen Defizit enthalten sind, wie dies auch für die wohnungssuchenden Antragsteller aus Behelfsgebäuden zutrifft; letztere sind ausnahmslos im Defizit enthalten, da in der o. a. Berechnungsformel die Gesamtzahl aller Haushalte den vorhandenen Normalwohnungen gegenübergestellt wird. Die 45 000 Wohnungssuchenden sind also in der Regel auch Wohnungsbedarfsträger im Sinne der Defizitrechnung und insofern besteht kein gravierender Widerspruch zwischen dem bestätigten Kreis der Wohnungssuchenden und dem rechnerischen Defizit.

5) Bei der einprozentigen Wohnungsstichprobe 1960 wurden in Hamburg von (hochgerechnet) 137 800 Haushalten Veränderungsabsichten geäußert; unter diesen hatten 64 600 Schritte zur Verwirklichung unternommen (vgl. hierzu Hamburg in Zahlen 1962, Sonderheft 1).

6) Unter Berücksichtigung von Wohnwünschen länger abwesender Haushalte, die nicht befragt werden konnten.

Werner Matti

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Juni 1964	Juni 1965	Mai 1965
	1938	1950	1964			
Meteorologische Beobachtungen in Hamburg						
1. Mittelwerte 1)						
Luftdruck, mm	761,7	758,8 ²⁾	763,1 ²⁾	762,1 ²⁾	761,0 ²⁾	760,8 ²⁾
Lufttemperatur, °C	9,3	7,9	9,0	17,0	16,1	11,8
Relative Luftfeuchtigkeit, %	82	82	77	67	68	70
Windstärke 3)	.	.	3	3	3	3
Bewölkung 4)	6,7	7,2	7	6	7	7
2. Summenwerte 5)						
Niederschlagsmenge, mm	562,0	857,6	658	53	54	84
Sonnenscheindauer, Std.	1 622,9	1 743,2	1 519	254	217	183
Tage ohne Sonnenschein	88	76	107	2	2	2
Tage mit Niederschlägen	160	221	205	16	17	21
Bevölkerung						
1. Bevölkerungsstand (in 1000) 6)						
Bezirk Hamburg-Mitte	435,8	242,2	289,8	289,9 r	288 p	288 p
Altona	220,3	272,7	266,7	266,8 r	265 p	264 p
Eimsbüttel	244,5	252,0	261,8	261,3 r	265 p	265 p
Hamburg-Nord	424,1	358,9	409,3	409,7 r	402 p	403 p
Wandsbek	166,7	221,9	352,2	352,0 r	357 p	357 p
Bergedorf	52,6	82,4	79,7	79,7 r	82 p	82 p
Harburg	135,7	172,4	197,2	197,1 r	198 p	198 p
* Hamburg insgesamt (am Monatsende)	1 679,7	1 602,5	1 856,7	1 856,5 r	1 857 p	1 857 p
dav. männlich	788,8	750,3	860,0	859,9 r	862 p	862 p
weiblich	890,9	852,2	996,7	996,6 r	995 p	995 p
dar. Ausländer 7)	16,6	19,9	56,7	56,4	58,6	58,1
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung						
* Eheschließungen	1 447	1 414	1 537 p	1 524 r	1 500 p	1 566 r
* Eheschließungen auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	10,3	10,7	9,9 p	10,0	9,8 p	9,9
Ehescheidungen	266	434	331 p	335	340 p	324 r
* Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern dar. unehelich	2 346	1 448	2 311 p	2 284 r	2 210 p	2 370 p
dar. unehelich	209	154	161 p	161	150 p	168 r
* Lebendgeborene auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	16,8	10,9	14,9 p	15,0	14,5 p	15,0
Unehelich Geborene % der Geborenen	9,1	10,8	7,0 p	7,1	6,9 p	7,2 r
Totgeborene % der Geborenen	2,1	1,9	1,0 p	1,0	0,9 p	1,0
* Gestorbene Ortsansässige	1 702	1 389	1 986 p	1 833 r	1 940 p	2 170
dar. unter 1 Jahr alt	118	64	44 p	36 r	25 p	55
70 und mehr Jahre alt	657	631	1 139 p	1 032 r	1 050 p	1 246 r
* Gestorbene Ortsansässige auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	12,2	10,5	12,8 p	12,0 r	12,7 p	13,8
* Gestorbene Säuglinge auf 1000 Lebendgeborene 8)	50,6	43,5	19,0 p	16,4	11,3 p	22,9 r
* Geburtenüberschuß (+) bzw. Sterbeüber- schuß (-)	+ 644	+ 59	+ 325 p	+ 451 r	+ 270 p	+ 200
3. Wanderungen						
* Zugezogene Personen von außerhalb Hamburgs	8 126	7 661	5 989	5 691 r	5 500 p	6 500 p
* Fortgezogene Personen n. außerh. Hamburgs	7 788	2 174	6 081	5 916 r	5 700 p	6 200 p
* Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	+ 338	+ 5 487	- 92	- 225 r	- 200 p	+ 300
dav. männlich	.	+ 2 533	+ 60	+ 119 r	- 100 p	+ 200
weiblich	.	+ 2 954	- 152	- 344 r	- 100 p	+ 100
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs	31 889	19 751	14 233	13 440	14 085	15 027
Nach Gebieten						
a) Herkunft						
Schleswig-Holstein	.	2 688	1 525	1 505 r	1 400 p	1 700 p
dar. angrenzende Kreise 9)	.	1 311	798	802 r	900 p	1 000 p
Niedersachsen	.	1 854	1 108	963 r	1 100 p	1 300 p
dar. angrenzende Kreise 10)	.	567	260	224 r	300 p	300 p
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	.	1 214 ¹¹⁾	1 932	1 805 r	1 600 p	2 100 p
Sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sek- tor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. un- ter fremder Verwaltung	.	1 072	118	110 r	100 p	100 p
Ausland	.	485	1 218	1 231 r	1 200 p	1 200 p
Unbekannt	.	368	88	77 r	100 p	100 p
b) Ziel						
Schleswig-Holstein	.	718	2 104	2 121 r	2 100 p	2 200 p
dar. angrenzende Kreise 9)	.	457	1 426	1 356 r	1 300 p	1 300 p
Niedersachsen	.	449	1 178	1 047 r	1 200 p	1 200 p
dar. angrenzende Kreise 10)	.	131	466	436 r	300 p	400 p
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	.	764 ¹¹⁾	2 137	2 074 r	1 800 p	2 000 p
Sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sek- tor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. un- ter fremder Verwaltung	.	89	9	11 r	.	.
Ausland	.	142	628	645 r	500 p	700
Unbekannt	.	12	25	18 r	.	.

1) Errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — 2) Reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — 3) 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — 4) Bewölkungsgrade: 0 bis 10 (0 = wolkenlos, 10 = volle Bewölkung). — 5) 1938, 1950 und 1964 handelt es sich um Jahreswerte. — 6) Für 1938 und 1950 nach dem Stand der Volkszählungen vom 17. 5. 1939 und 13. 9. 1950. Ab 1962 Fortschreibungsergebnisse auf der Basis der Volkszählung 1961. — 7) Ab 1950 nach den Angaben der Polizei Hamburg. — 8) Berechnet unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung. — 9) Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — 10) Landkreise Harburg und Stade. — 11) Einschl. Sowjetsektor von Berlin.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Juni 1964	Juni 1965	Mai 1965
	1938	1950	1964			
Gesundheitswesen						
1. Krankenanstalten in Hamburg						
a) Öffentliche Krankenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende 1)	9 464	12 742	11 726	11 707	11 756	11 756
Krankenverpflegungstage	221 711	321 088	276 036	268 739	262 506	286 662
Bettenausnutzung in % 2)	77,1	86,8	82,0	81,2	79,3	83,7
b) Gemeinnützige Krankenanstalten 3)						
Bettenbestand am Monatsende 1)	4 339	4 690	4 487	4 441	4 571	4 576
Krankenverpflegungstage	98 261	126 293	118 507	115 076	117 877	128 591
Bettenausnutzung in % 2)	74,5	88,6	87,0	86,8	86,2	90,7
c) Privatkrankenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende 1)	.	409	674	684	770	770
Krankenverpflegungstage	.	8 983	17 377	18 428	19 223	21 450
Bettenausnutzung in % 2)	.	60,1	82,8	86,8	81,1	87,1
2. Hamburgische Krankenanstalten außerhalb Hamburgs						
a) Öffentliche Krankenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende 1)	189	2 260	885	885	885	885
Krankenverpflegungstage	4 705	61 801	22 025	22 574	21 303	22 398
Bettenausnutzung in % 2)	81,8	91,5	81,7	85,0	83,3	83,6
b) Tbc-Heilstätten						
Bettenbestand am Monatsende 1)	833	1 645	1 117	1 110	1 070	1 094
Krankenverpflegungstage	23 649	48 679	26 643	26 362	25 158	26 944
Bettenausnutzung in % 2)	93,5	97,4	82,4	84,0	84,6	86,7
3. Anstalten für Geisteskranke						
a) Öffentliche Krankenanstalten in Hamburg						
Bettenbestand am Monatsende	2 898	1 388	1 743	1 743	1 743	1 743
Krankenverpflegungstage	86 354	29 261	49 207	48 803	46 543	48 736
Bettenausnutzung in % 2)	98,0	75,1	93,2	93,3	89,5	90,7
b) Gemeinnützige Krankenanstalten in Hamburg						
Bettenbestand am Monatsende	1 613	1 218	1 291	1 288	1 278	1 278
Krankenverpflegungstage	48 883	35 598	39 742	38 117	37 677	38 960
Bettenausnutzung in % 2)	99,7	98,8	98,4	98,6	98,3	98,3
c) Krankenanstalten außerhalb Hamburgs						
Bettenbestand am Monatsende	—	1 420	1 329	1 276	1 475	1 476
Krankenverpflegungstage	—	35 400	38 630	37 034	43 335	44 773
Bettenausnutzung in % 2)	—	68,4	96,0	96,8	97,9	97,9
4. Gestorbene nach wichtigen Todesursachen						
Gestorbene insgesamt	1 702	1 389	1 986 p	1 815	1 940 p	2 170
dar. Tuberkulose der Atmungsorgane	82	48	20 p	14	.	22
Krebs	240	285	416 p	424	.	443
Gehirnblutungen	136	172	218 p	182	.	264
Herzkrankheiten	232	269	455 p	414	.	505
Lungenentzündung	103	47	41 p	40	.	44
Freitod	62	50	45 p	43	.	57
Verkehrsunfälle	22	20	42 p	30	.	40
Andere Verunglückungen	48	41	56 p	50	.	64
Kulturpflege						
1. Lichtspieltheater						
Theater	104	104	103	100	101	101
Plätze	66 691	47 891	55 398	54 046	54 203	54 235
Besucher	1 931 580	1 854 754	1 034 669	838 184	807 181	786 523
2. Rundfunk und Fernsehen						
Tonrundfunkteilnehmer 4)	361 531	407 741	660 198	658 496	666 892	666 831
Fernsehrundfunkteilnehmer	—	—	414 621	411 208	453 025	451 878
Öffentliche Sozialleistungen						
Soziale Krankenversicherung 5)						
Mitglieder						
dav. Pflichtmitglieder	452 518	694 658	683 058	687 353	682 632	682 839
Rentner		486 742	438 839	443 448	432 696	433 536
Freiwillige Mitglieder	64 028	171 139	173 306	173 092	175 015	175 039
Krankenstand der Pflichtmitglieder insgesamt	15 541	36 777	70 913	70 813	74 921	74 264
dav. männlich	9 091	15 825	26 191	23 819	23 198	24 188
weiblich	6 450	10 123	17 399	15 550	15 199	15 866
dav. weiblich		8 792	8 792	8 269	7 999	8 322
Soziale Rentenversicherung						
Rentenempfänger						
dav. Rentenversicherung der Arbeiter	94 346e)	153 175	311 553	308 536	212 867	319 444
Rentenversicherung der Angestellten		106 248	206 259	205 443	.	212 487
Ausgezählte Renten in DM		46 927	105 294	103 093	.	106 957
dav. Rentenversicherung der Arbeiter		28 880 000	73 950 843	73 267 717	.	82 620 934
Rentenversicherung der Angestellten		18 350 000	41 995 260	41 851 611	47 080 060	46 986 350
		10 530 000	31 955 583	31 416 106	.	35 634 584

1) Ohne Säuglingsbetten. — 2) Ohne gesperrte Betten. — 3) 1938 einschl. Privatkrankenanstalten. — 4) 1938 und 1950 Postamtsbezirk Hamburg. — 5) Nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse. — 6) Stand 1. 1. 1940.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Juni 1964	Juni 1965	Mai 1965
	1938	1950	1964			
Arbeitsmarkt						
1. Angebot und Nachfrage						
* Arbeitslose	29 908	90 831	4 606	3 817	2 865	3 297
dav. männlich	23 937	56 428	2 992	2 491	2 044	2 245
weiblich	5 971	34 403	1 614	1 326	821	1 052
Offene Stellen	31 522	1 789	22 324	26 569	30 007	27 392
dav. männlich	21 009	744	12 049	14 697	15 353	13 730
weiblich	10 513	1 045	10 275	11 872	14 654	13 662
Stellenvermittlung in Beschäftigung über 7 Tage 1)	16 088	21 006	6 233	5 273	4 619	5 631
dav. männlich	11 107	13 007	4 257	3 775	3 408	4 077
weiblich	4 981	7 999	1 976	1 498	1 211	1 554
Stellenvermittlung in Beschäftigung bis zu 7 Tagen	9 175	24 625	17 738	24 946	11 847	12 133
dav. männlich	7 544	23 585	17 080	24 244	11 247	11 563
weiblich	1 631	1 040	658	702	600	570
Arbeitsuchende am Monatsende 2)	35 944	94 886	9 988	8 685	8 150	7 924
dav. männlich	28 215	59 355	6 583	5 777	5 993	5 243
weiblich	7 729	35 531	3 405	2 908	2 157	2 681
2. Die Arbeitslosen						
Berufsgruppen insgesamt	29 908	90 831	4 606	3 817	2 865	3 297
dar. Bauberufe	.	6 710 ³⁾	177	39	32	62
Metallerzeuger und -verarbeiter	.	6 766 ³⁾	69	61	50	60
Elektriker	.	1 627 ³⁾	33	27	21	23
Chemiewerker	.	1 879 ³⁾	75	84	59	57
Holzverarbeiter und zugehörige Berufe	.	1 596 ³⁾	28	30	27	25
Graphische Berufe	.	690 ³⁾	50	45	33	43
Lederhersteller, Leder- und Fellverarb.	.	1 180 ³⁾	12	7	5	5
Nahrungs- und Genußmittelhersteller	.	6 623 ³⁾	110	84	58	83
Kaufmännische Berufe	.	8 598 ³⁾	468	422	302	348
Verkehrsberufe	.	8 787 ³⁾	433	398	317	333
Verwaltungs- und Büroberufe	.	5 807 ³⁾	1 096	983	768	815
Künstlerische Berufe	.	2 260 ³⁾	199	192	125	142
Bauwirtschaft und Wohnungswesen						
1. Baugenehmigungen						
Wohnbauten						
* Wohngebäude	.	469	315	204	178	248
* Umbauter Raum in 1000 cbm	.	642	464	202	370	403
* Wohnungen	.	2 540	1 413	646	1 192	1 151
Bruttowohnfläche in 1000 qm	.	128	98	46	79	84
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	22 029	52 864	24 685	44 974	50 996
Nichtwohnbauten						
* Nichtwohngebäude	.	185	129	118	93	98
* Umbauter Raum in 1000 cbm	.	233	346	385	243	394
Nutzfläche in 1000 qm	.	.	67	70	51	76
* Wohnungen	.	20	19	12	10	8
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	6 403	31 662	27 821	17 686	31 602
2. Baubeginne						
Wohnbauten						
Wohngebäude	.	516	328	502	211	322
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	.	514	438	360	601
Wohnungen	.	2 206	1 582	1 276	1 089	1 805
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	.	55 791	54 193	43 299	69 971
Nichtwohnbauten						
Nichtwohngebäude	.	237	117	101	59	74
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	.	361	265	188	408
Wohnungen	.	.	24	48	11	10
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	.	35 120	21 307	16 325	35 909
3. Baufertigstellungen						
Wohnbauten						
Wohngebäude	188	395	294	153	265	198
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	482	430	211	458	352
Wohnungen	.	2 096	1 377	717	1 478	1 158
Bruttowohnfläche in 1000 qm	.	107	90	45	111	71
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	19 250	45 652	23 936	52 016	39 502
Nichtwohnbauten						
Nichtwohngebäude	26	137	120	84	56	53
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	144	308	203	249	148
Wohnungen	.	26	19	5	7	7
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	3 069	29 208	13 699	19 338	14 995

1) Durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. — 2) Arbeitslose einschl. derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — 3) Durchschnitt aus April—Dezember 1950.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Juni 1964	Juni 1965	Mai 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen						
Baufertigstellungen						
Wohnungen						
Wohnungen insgesamt ¹⁾	706	2 122	1 396	722	1 485	1 165
dar. mit öffentlichen Mitteln gefördert	.	1 526	1 018	534	1 248	860
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	.	6 575	5 200	2 452	5 536	4 183
4. Bauüberhang						
(am Ende des Berichtszeitraumes) ²⁾						
im Bau befindliche Wohnungen	.	17 089	19 318	21 700	19 200	19 600
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	.	8 412	5 757	7 700	6 700	6 600
5. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen ³⁾ (in 1000)						
Bestand an Wohngebäuden	.	96	166	166	169	169
Bestand an Wohnungen	.	310	610	608	625	624
Bestand an Wohnräumen über 6 qm (einschl. Küchen)	.	1 197	2 222	2 216	2 279	2 274
6. Wohnraumbewirtschaftung						
Erstvergabe von bewirtschafteten Wohnungen						
a) für Wohnungssuchende mit hoher Dringlichkeit und für Sonderfälle	—	650	442	148	517	507
b) für Wohnungssuchende mit Anspruch aus §§ 77–80 II. WoBauG.	—	830	502	364	663	298
c) für die Umschichtung	—	—	74	22	68	55
Wiedervergaben, Wohnungen	—	452	831	780	745	864
Erstmalig bezogene unbewirtschaftete Wohnungen	—	678	344	156	210	254
7. Bauberichterstattung ⁴⁾						
* Zahl der Beschäftigten						
dar. Inhaber	.	34 741	50 514	51 775	49 766	49 816 p
dar. Angestellte	.	2 049	1 401	1 409	1 358	1 375 p
Arbeiter ⁵⁾	.	2 010	4 598	4 651	4 625	4 685 p
Löhne in 1000 DM (Bruttosumme)	.	30 682	44 385	45 571	43 783	43 756 p
Gehälter in 1000 DM (Bruttosumme)	.	9 199	43 278	49 026	50 748	49 538 p
Umsatz in 1000 DM	.	868	5 334	5 135	5 800	5 794 p
dav. im Wohnungsbau	.	24 653	120 020	130 325	133 835	125 297 p
gewerblich und Industr. Bau	.	.	41 082	44 034	46 468	47 484 p
öffentlichen und Verkehrsbau	.	.	27 062	30 188	34 544	30 684 p
Geleistete Arbeitsstunden in 1000	.	5 813	51 876	56 103	52 823	47 129 p
dav. für Wohnungsbauten	.	2 930	7 326	8 121	8 386	7 774 p
gewerblich und Industr. Bauten	.	1 517	2 476	2 801	3 059	2 693 p
öffentlichen und Verkehrsbauten	.	1 317	1 657	1 844	2 055	1 865 p
	.		3 193	3 476	3 272	3 216 p
Preise und Indexziffern						
1. Durchschnittspreise am Hamburger Viehmarkt für 100 kg Lebendgewicht (in RM/DM)						
Ochsen, vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes	87,60	151,60	270,50	283,00	294,90	297,80
Kühe, sonstige vollfleischige	75,20	125,40	213,60	226,70	236,70	229,70
Kälber, mittlere Mast- und Saugkälber	114,00	182,60	345,80	321,10	359,60	402,10
Schweine, von 100–119,5 kg Lebendgewicht	101,80	235,00	255,00	230,50	239,70	243,60
Schafe, mittlere Mastlämmer und Hammel	81,40	123,80	209,50	200,80	221,20	238,00
2. Durchschnittspreise für Fleisch ⁶⁾						
I. Qualität für 100 kg (in RM/DM)						
Rindfleisch von Ochsen und Färsen, beste Qualität	153,00	263,00	499,20	520,00	542,00	550,00
Kalbfleisch, beste Qualität	189,40	349,00	643,90	572,50	678,00	732,50
Hammelfleisch, beste Qualität	185,60	254,00	520,90	513,80	551,00	675,00
Schweinefleisch, aus hiesigen Schlachtungen	140,80	357,00	362,80	327,50	347,50	346,90
3. Preisindexziffern für die Lebenshaltung						
— Mittlere Verbrauchergruppe —						
Wägungsschema 1950						
Ernährung	63,0	100	145,7	144,4	154,6	152,4
Getränke und Tabakwaren	34,6	100	86,0	86,2	87,4	87,4
Wohnung	97,5	100	167,2	166,8	170,1	169,4
Heizung und Beleuchtung	66,0	100	155,9	155,5	157,6	157,2
Hausrat	53,9	100	127,9	127,3	131,4	131,3
Bekleidung	47,9	100	113,4	113,4	115,1	115,0
Reinigung und Körperpflege	58,7	100	131,3	129,7	140,4	139,9
Bildung und Unterhaltung	73,9	100	172,7	172,8	176,8	176,8
Verkehr	65,0	100	163,5	163,5	164,3	164,3
Ernährung einschl. Getränke und Tabakwaren	59,3	100	137,8	136,7	145,7	143,8
Lebenshaltung ohne Miete	59,0	100	138,4	137,6	144,4	143,1
Gesamtlebenshaltung (1950 = 100)	62,8	100	140,8	140,0	146,4	145,3
(1938 = 100)	100	159,3	224,4	223,2	233,3	231,5

1) Einschl. Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen, o. ä. in der Raumzahl verändert sind (im Berichtsmonat 27 Wohnungen). — 2) Für die Jahre 1950 und 1964 wurde an Stelle des Monatsdurchschnitts jeweils der Stand vom 31. 12. angegeben. — 3) Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1961 ermittelten Gebäude und Wohnungen (Begriffserläuterungen siehe März-Heft 1963, S. 58/59); für 1950 Stand am Zählungstichtag („Normalwohnungen“ ohne 26 689 Wohnungen in Behelfsheimen über 30 qm). — 4) Nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — 5) Einschließlich Umschüler und Lehrlinge. — 6) Beim Verkauf der Großschlächter an die Ladenschlächter.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Juni 1964	Juni 1965	Mai 1965
	1936 ¹⁾	1950	1964			
Industrie und Handwerk						
1. Industrie ²⁾						
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	.	2 130	1 746	1 748	1 702	1 712
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) insgesamt	145 200	140 867	219 807	220 224	219 710	220 191
dar. Arbeiter einschl. gewerb. Lehrlinge	.	111 760	154 140	154 464	151 825	152 316
* Geleistete Arbeiterstunden in 1000 ³⁾	.	21 399	25 454	25 275	24 472	24 988
* Bruttosumme der Gehälter in 1000 DM	.	11 369	67 058	66 056	73 773	70 795
* Bruttosumme der Löhne in 1000 DM	.	28 356	110 408	111 510	120 323	114 586
* Umsatzwerte in 1000 RM/DM ⁴⁾	154 200	333 013	1 243 771	1 248 620	1 263 006	1 365 920
dar. nach dem Ausland in 1000 DM	.	12 845	148 828	145 633	177 363	182 020
* Brennstoffverbrauch in Steinkohlenwert ⁵⁾ t	.	52 913	14 072	10 950	10 812	13 292
* Heizölverbrauch in t	.	.	57 692	46 979	53 800	74 554
* Stromerzeugung in 1000 kWh	.	5 925	16 820	13 865	13 857	15 665
* Stromverbrauch in 1000 kWh	.	34 341	107 008	101 948	103 885	109 391
* Gasverbrauch in 1000 cbm	.	.	6 709	5 520	4 988	5 729
Beschäftigte nach Industriegruppen insgesamt	145 200	140 867	219 807	220 224	219 710	220 191
dar. Mineralölverarbeitung	4 000	4 371	8 612	8 648	8 652	8 670
NE-Metallindustrie	1 900	2 509	2 800	2 761	2 857	2 862
Chemische Industrie	8 200 ⁶⁾	10 439	17 322	17 266	17 213	17 196
Gummi und Asbest	9 200	10 380	12 249	12 301	12 185	12 227
Maschinenbau	12 400	16 409	29 173	29 363	29 532	29 730
Schiffbau	26 500	12 559	22 921	23 193	22 184	22 159
Elektroindustrie	5 400	10 785	28 624	28 628	29 695	29 641
Druck und Vervielfältigung	7 800 ⁷⁾	6 721	12 821	12 923	12 833	12 807
Ölmühlenindustrie	5 400	4 628	2 511	2 502	2 444	2 450
Margarineindustrie	}	}	3 335	3 389	3 304	3 263
Kaffee und Tee	}	}	721	3 589	3 682	3 790
Tabakverarbeitung	2 700	2 762	3 099	3 124	3 009	3 018
Umsatz nach Industriegruppen insgesamt in 1000 RM/DM	154 200	333 013	1 243 771	1 248 620	1 263 006	1 365 920
dar. Mineralölverarbeitung	12 800	32 925	218 806	240 092	210 984	210 606
NE-Metallindustrie	9 700	15 005	53 109	43 946	67 359	65 627
Chemische Industrie	12 900 ⁶⁾	25 296	91 078	92 401	101 071	101 148
Gummi und Asbest	4 600	13 990	41 804	45 018	43 814	42 460
Maschinenbau	9 400	16 234	76 569	84 937	75 670	82 646
Schiffbau	14 400	7 633	72 510	78 180	56 548	170 446
Elektroindustrie	4 400	10 463	134 655	125 285	136 292	126 226
Druck und Vervielfältigung	4 500 ⁷⁾	7 748	37 167	34 729	38 449	39 389
Ölmühlenindustrie	21 500	41 967	48 328	47 329	54 479	49 500
Margarineindustrie	}	}	23 416	20 620	17 326	23 739
Kaffee und Tee	}	}	4 298	71 966	71 045	71 325
Tabakverarbeitung	12 000	55 911	104 038	103 470	106 421	103 555
2. Öffentliche Energieversorgung						
Wasserrförderung in 1000 cbm	5 737 ⁸⁾	8 282	10 842	11 675	11 460	11 126
* Gaserzeugung in 1000 Ncbm auf Kohlen- und Raffineriebasis (brutto)	18 767 ⁹⁾	20 935	40 193	24 620	25 359	34 204
** Stromerzeugung in 1000 kWh (brutto)	40 210 ⁹⁾	125 855	427 146	357 444	372 907	417 511
Vierteljahresdurchschnitt¹⁰⁾						
	1961	1962	1964	1. Vierteljahr 1964	1. Vierteljahr 1965	4. Vierteljahr 1964
3. Handwerk (Meßziffern ¹¹⁾)						
* Beschäftigte (Ende des Vj.) (Mai 1956 = 100)	102,2	98,7	98,7	97,2	94,9	97,5
* Umsatz (Vj.-Ø 1955 = 100)	191,4	197,5	222,1	192,3	204,8	256,7
dar. Handwerksumsatz (Vj.-Ø 1955 = 100)	174,7	180,8	206,3	175,7	187,1	240,2
Versorgung mit Nahrungsmitteln						
1. Milcherzeugung						
* Kuhmilcherzeugung in 1000 kg	2 618	2 285	1 975	2 386	2 823	2 899
* Milchlieferung an Molkeleien in 1000 kg	1 597	1 946	1 661	2 031	2 397	2 516
in % der Gesamterzeugung	61,0	85,2	84,1	85,1	84,9	86,8
* Milchleistung je Kuh und Tag in kg	8,6	8,3	10,9	13,4	15,6	15,5
2. Trinkmilchabsatz an Verbraucher durch Molkeleien						
Vollmilch insgesamt in 1000 kg	.	10 709	10 330	11 930	10 616	10 244
dav. lose in 1000 kg	.	.	4 129	4 850	3 801	3 783
in Flaschen in 1000 kg	.	.	6 201	7 080	6 815	6 461
Mager- und Buttermilch in 1000 kg	.	1 186	448	1 139	820	479
3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandstiere)						
Rinder	6 580	4 980	8 884	6 941	6 454	5 910
Kälber	3 884	3 699	3 293	4 453	2 862	2 856
Schweine	24 847	19 784	46 143	48 992	41 939	53 307
Schafe	4 265	5 681	3 126	3 190	2 833	2 850
4. Schlachtungen (Inlandstiere)						
* Rinder (ohne Kälber) ¹²⁾	8 075	3 363	7 810	6 046	5 122	5 079
* Kälber ¹²⁾	5 568	4 065	3 193	4 258	3 060	2 405
* Schweine insgesamt	40 186	21 165	47 856	48 334	49 323	49 584
dar. Hausschlachtungen	.	1 455	457	91	69	107
* Gesamtschlachtgewicht in 1000 kg ¹²⁾ ¹³⁾	6 467	3 220	6 430	6 091	5 978	5 928
* dar. Rinder (ohne Kälber) in 1000 kg	1 989	836	1 873	1 420	1 233	1 242
* Schweine in 1000 kg	3 878	1 882	4 196	4 270	4 413	4 379
Durchschnittliches Schlachtgewicht für Rinder in kg	246,3	248,7	239,9	234,9	240,7	244,5
für Kälber in kg	57,2	43,2	68,2	64,7	76,5	72,3
für Schweine in kg	96,5	95,5	88,5	88,5	89,6	88,5

1) Zahlen für die Industrie nach dem heutigen Gebietsstand, teilweise geschätzt. - 2) Es sind hierbei die hamburgischen Industriebetriebe mit 10 und mehr Beschäftigten berücksichtigt (ohne Betriebe der Bauindustrie und Energiewirtschaft). - 3) Einschl. Lehrlingsstunden. - 4) Einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. - 5) 1 t SKE = 1 t Steinkohle, = 1 t Steinkohlenkoks, = 3 t Rohbraunkohle, = 1,5 t Braunkohlenbriketts, Braunkohlenkoks. - 6) 1936 = einschl. Kunststoffverarbeitende Industrie. - 7) 1936 = einschl. Papierverarbeitung. - 8) Rechnungsjahr 1935/36 einschl. Cuxhaven. - 9) Rechnungsjahr 1935/36. - 10) Bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. - 11) Nach den Ergebnissen der vierteljährlichen repräsentativen Handwerksberichterstattung. - 12) Gewerbliche Schlachtungen. - 13) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Juni 1964	Juni 1965	Mai 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Versorgung mit Nahrungsmitteln						
5. Obst- und Gemüsemarkt (Großmarkt Hamburg)						
Obstzufuhr aus dem Inland in 1000 kg	1 749	3 815	4 125	3 248	.	1 251
Obstzufuhr aus dem Ausland in 1000 kg	4 337	2 571	15 495	17 512	.	15 476
Gemüsezufuhr aus dem Inland in 1000 kg	6 351	4 956	6 560	10 286	.	5 552
Gemüsezufuhr aus dem Ausland in 1000 kg	264	926	5 343	7 482	.	8 596
6. Fischmarkt						
Versteigerte Mengen insgesamt in 1000 kg	12 241	6 044	2 162	1 712	1 849	2 326
dar. in Hmb. angelandete Fische in 1000 kg	12 119	6 016	1 780	1 631	1 536	2 057
Handel und Gastgewerbe						
1. Index der Einzelhandelsumsätze (1954 = 100)						
Einzelhandel aller Betriebsformen						
dav. Nahrungs- und Genußmittel	.	.	200	183	207	216
dar. Lebensmittel aller Art	.	.	188	174	207	211
Obst, Gemüse, Süßfrüchte	.	.	177	235	221	201
Fische und Fischwaren	.	.	204	163	177	188
Milch und Milcherzeugnisse	.	.	173	179	180	178
Schokolade und Süßwaren	.	.	137	122	135	136
Tabakwaren	.	.	182	169	176	181
Bekleidung, Wäsche, Schuhe	.	.	186	159	195	219
dar. Textilien aller Art	.	.	234	213	253	255
Wirk-, Strick- und Kurzwaren	.	.	196	207	212	205
Oberbekleidung	.	.	151	119	170	219
Schuhwaren	.	.	186	171	216	237
Hausrat und Wohnbedarf	.	.	221	185	213	226
dar. Eisenwaren und Küchengeräte	.	.	184	183	171	191
Porzellan und Glaswaren	.	.	206	142	245	256
Beleuchtungs- u. Elektrogeräte	.	.	254	188	216	233
Rundfunk-, Fernseh- und
Phonoartikel	.	.	369	308	351	355
Möbel	.	.	155	131	164	167
Teppiche, Gardinen usw.	.	.	139	105	143	152
Sonstige Waren	.	.	214	200	213	221
dar. Bücher	.	.	241	183	202	226
Papier- und Schreibwaren	.	.	187	155	156	178
Galanterie- und Lederwaren	.	.	159	127	136	143
Apotheken	.	.	187	175	199	206
Drogerien	.	.	219	217	222	236
Foto und Optik	.	.	211	208	231	218
Büromaschinen und Büromöbel	.	.	168	152	188	160
Fahrräder, Krafträder u. Zubehör	.	.	180	213	217	252
Kraftwagen und Zubehör	.	.	253	278	302	297
Uhren, Gold- und Silberwaren	.	.	208	143	161	163
Blumen und Sämereien	.	.	258	233	308	388
Brennmaterial	.	.	167	169	143	146
2. Umsatz-Index des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes (1962 = 100)						
Gastgewerbe insgesamt						
Beherbergungsgewerbe zusammen	.	.	95	91	111	115
dav. Hotels	.	.	117	121	130	134
Gasthöfe	.	.	119	121	129	137
Fremdenheime und Pensionen	.	.	114	129	128	123
Schankgewerbe zusammen	.	.	110	119	133	123
dav. Gast- und Speisewirtschaften	.	.	89	83	106	110
Bahnhofswirtschaften	.	.	85	80	103	108
Cafés	.	.	101	98	106	106
Bars, Tanz- und Vergnügungsbetriebe	.	.	105	112	98	97
	.	.	100	86
3. Fremdenverkehr 1) 2)						
* Zahl der gemeldeten Fremden	81 041	48 229	115 127	133 721	136 713	132 490
* dar. Ausländer	11 283	10 303	40 832	52 621	54 386	48 720
* Zahl der Übernachtungen	180 185	103 109	226 553	255 763	259 021	255 933
* dar. Ausländer	27 491	22 805	79 016	94 863	98 376	93 871
Bettenausnutzung % der höchstmöglichen Belegung nach dem Bettenstand vom 1. April des jeweiligen Jahres	46	55	55	62	62	60
4. Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost (in Mio DM) 3)						
Bezüge Hamburgs	.	5	7	8	7	8
Lieferungen Hamburgs	.	3	10	12	11	7
5. Handel mit Berlin (West) (in Mio DM) 4)						
Bezüge Hamburgs	.	9	105	103	114	122
Lieferungen Hamburgs	.	37	132	120	145	148

1) Ohne Heime, Jugendherbergen, Massenquartiere und Privatquartiere. — 2) 1938 einschl. der Hospize, Herbergen und ähnlicher Vereinshäuser.

3) Quelle: Statistisches Bundesamt.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Juni 1964	Juni 1965	Mai 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Handel und Gastgewerbe						
6. Ausfuhr in Hamburg hergestellter Waren (In Mio DM)						
* Insgesamt	.	26	175	155	194	215
dav. nach Warengruppen
Ernährungswirtschaft	.	1	15	14	15	18
Gewerbliche Wirtschaft	.	25	160	141	179	197
dav. Rohstoffe	.	1	3	4	2	3
dav. Halbwaren	.	12	37	34	60	49
dav. Fertigwaren	.	12	120	103	117	145
dav. Vorerzeugnisse	.	2	9	8	10	13
Enderzeugnisse	.	10	111	95	107	132
dav. nach ausgewählten Verbrauchsgebieten
Europa	.	.	118	112	135	151
dar. EWG-Länder	.	.	47	42	56	42
EFTA-Länder	.	.	52	54	61	89
Afrika	.	.	13	6	12	13
Amerika	.	.	24	24	24	24
dav. Nordamerika	.	.	11	9	11	11
dar. USA	.	.	10	9	10	8
Mittelamerika	.	.	4	3	1	2
Südamerika	.	.	9	12	12	11
Asien	.	.	17	12	22	25
Australien und Ozeanien	.	.	3	1	1	2
7. Deutscher Außenhandelsverkehr über Hamburg						
	1938					
Wareneinfuhr (in 1000 t)	648	464	1 818	1 568	.	1 881
Warengruppen:						
dar. Ernährungswirtschaft	161	185	392	410	.	469
Gewerbliche Wirtschaft	487	278	1 426	1 158	.	1 412
dav. Rohstoffe und Halbwaren	480	272	1 362	1 083	.	1 334
Fertigwaren	7	6	64	75	.	78
Ländergruppen:						
dar. Europa	319	134	376	436	.	421
dav. EWG-Länder	29	32	.	92	.	110
EFTA-Länder	179	75	.	183	.	177
Sonstige Länder	111	27	.	161	.	134
Außereuropa	329	330	1 818	1 132	.	1 460
dav. Amerika	214	150	602	598	.	559
dav. Nordamerika	77	73	.	355	.	284
Mittelamerika	83	25	.	29	.	35
Südamerika	54	52	.	214	.	240
Afrika	48	60	282	182	.	304
Asien	64	118	539	330	.	582
Australien und Ozeanien	3	2	19	22	.	15
Warenausfuhr (in 1000 t)	168	216	350	316	.	.
Warengruppen:						
dar. Ernährungswirtschaft	12	4	62	68	.	.
Gewerbliche Wirtschaft	156	212	288	248	.	.
dav. Rohstoffe	84	16	31	46	.	.
Halbwaren	72	160	140	107	.	.
Fertigwaren	.	36	117	95	.	.
dav. Vorerzeugnisse	.	17	37	30	.	.
Enderzeugnisse	.	19	80	65	.	.
Ländergruppen:						
dar. Europa	80	153	179	168	.	.
dav. EWG-Länder	13	4	13	6	.	.
EFTA-Länder	44	125	136	142	.	.
Sonstige Länder	23	24	30	20	.	.
Außereuropa	88	58	147	119	.	.
dav. Amerika	45	38	59	47	.	.
dav. Nordamerika	18	17	31	21	.	.
dar. USA	13	12	26	19	.	.
Mittelamerika	7	5	10	9	.	.
Südamerika	20	16	18	17	.	.
Afrika	11	8	36	32	.	.
Asien	30	8	47	36	.	.
Australien und Ozeanien	2	4	5	4	.	.
Verkehr						
	1938					
1. Seeschifffahrt						
a) Schiffsverkehr zur See						
Angekommene Schiffe	1 512	955	1 677	1 749	1 588	1 697 r
dar. deutsche Schiffe	1 027	526	955	997	.	932 r
Abgegangene Schiffe	1 610	1 017	1 803	1 893	1 755	1 749 r
dar. deutsche Schiffe	1 118	591	1 077	1 134	.	1 012 r
Raumgehalt der angekommenen Schiffe						
in 1000 NRT	1 714	937	2 955	3 056	2 955	2 995 r
dar. deutsche Schiffe	873	128	762	759	.	767 r
Raumgehalt der abgegangenen Schiffe						
in 1000 NRT	1 712	936	2 960	3 011	2 955	2 959 r
dar. deutsche Schiffe	875	135	781	724	.	758 r

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Juni 1964	Juni 1965	Mai 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Verkehr						
Seeschifffahrt						
b) Linienschifffahrt (Linien) 1)	184	176	262	263	257 p	257 r
dav. Europa	102	84	79	79	74 p	74 r
Außereuropa	82	92	183	184	183 p	183 r
Reisen (Abfahrten)	728	319	746	777	720 p	726 r
dar. nach Europäischem Ausland	383	159	304	332	275 p	279 r
Amerika	72	54	170	173	180 p	182 r
Afrika	37	18	105	106	100 p	103 r
Asien	33	23	91	77	85 p	86 r
Australien	7	4	15	13	15 p	15 r
c) Personenverkehr über See						
Ausreisende insgesamt	6 744	870	1 920	2 687	1 715 p	2 120 p
dar. nach Häfen in						
Nord-Europa						
(einschl. Ostseegebiet)			347	785	170 p	135 p
West-Europa						
(einschl. Großbritannien und Irland)			419	519	450 p	335 p
Nordamerika	2 882	446	557	996	790 p	1 430 p
Südamerika	1 286	231	290	260	250 p	155 p
Einreisende insgesamt	5 373	333	1 532	2 231	1 950 p	2 575 p
dar. von Häfen in						
Nord-Europa						
(einschl. Ostseegebiet)			128	164	220 p	135 p
West-Europa						
(einschl. Großbritannien und Irland)						
Nordamerika	2 057	171	405	508	270 p	375 p
Südamerika	882	30	558	977	920 p	1 850 p
d) Güterverkehr zur See (in 1000 t brutto)						
dav. Empfang	2 147	919	2 951	2 995	2 800 p	2 938 r
dav. Massengut	1 521	620	2 224	2 275	2 175 p	2 227 r
dar. Mineralöle	980	429	1 678	1 690	1 595 p	1 562 r
Kohle	307	162	976	1 006	1 000 p	977 r
Getreide	262	113	215	233	150 p	144
Sackgut	133	70	227	224	180 p	113
Stückgut	541	191	445	585	580 p	665 r
dav. nach Verkehrsbezirken:						
Inland	110	110	42	43	.	33
Europäisches Ausland	520	159	458	412	.	402
Außereuropa	891	351	1 724	1 820	.	1 792
dar. Nahost und						
Persischer Golf		128	485	452	.	463
Vereinigte Staaten						
von Amerika	171	78	373	430	.	322
Versand	626	299	727	720	625 p	711 r
dav. Massengut	205	144	307	341	235 p	307 r
Sackgut			72			
Stückgut	421	155	348	379	390 p	404 r
dav. nach Verkehrsbezirken:						
Inland	149	32	105	137	.	85
Europäisches Ausland	302	170	324	333	.	311
Außereuropa	175	97	298	250	.	315
2. Binnenschifffahrt						
a) Schiffsverkehr auf Binnenwasserstraßen						
Angekommene Schiffe	2 674	1 716	2 291	2 678	2 176	2 288
Abgegangene Schiffe	2 560	1 677	2 165	2 541	2 134	2 218
Tragfähig. der angek. Schiffe in 1000 t	879	362	739	858	710	750
Tragfähig. der abgeg. Schiffe in 1000 t	845	344	703	829	699	756
b) Güterverkehr auf Binnenwasserstraßen						
Eingang (in 1000 t)	318	151	292	337	315	371
dar. Bundesrepublik	77	101	261	306	275	327
dav. Niederelbe	24	32	64	72	64	61
Oberelbe bis Zonengrenze	53	62	175	213	186	226
Mittellandkanal	0	7	22	21	25	40
Berlin (West)	7	25	9	9	10	10
Sowjetische Besatzungszone	155	3	7	4	19	10
Tschechoslowakei	42	22	15	18	11	15
Ausgang (in 1000 t)	504	121	285	306	308	276
dar. Bundesrepublik	59	81	166	174	191	147
dav. Niederelbe	49	48	129	126	144	119
Oberelbe bis Zonengrenze	10	32	27	41	25	13
Mittellandkanal	0	1	10	7	22	15
Berlin (West)	29	28	65	51	61	53
Sowjetische Besatzungszone	268	2	31	61	33	40
Tschechoslowakei	34	10	23	20	23	36
3. Flugverkehr (gewerblicher Verkehr)						
Gelandete Flugzeuge	351	491	1 940	2 198	.	.
Gestartete Flugzeuge	352	491	1 947	2 195	.	.
Angekommene Fluggäste	1 818	4 993	59 300	69 515	.	.
dar. aus dem Ausland			19 195	23 822	.	.
Abgereiste Fluggäste	1 812	4 203	59 828	66 125	.	.
dar. nach dem Ausland			19 323	22 645	.	.
Angekommene Fracht in t	22,8	186,8	533	513	.	.
dar. aus dem Ausland				240	.	.
Abgegangene Fracht in t	20,3	58,7	486	450	.	.
dar. nach dem Ausland				205	.	.
Angekommene Post in t	9,0	35,6	179	172	.	.
Abgegangene Post in t	5,6	15,8	211	202	.	.
4. Bundesbahnverkehr						
Güterempfang in 1000 t (öffentlicher Verkehr)	.	416,9	.	553	.	.
Güterversand in 1000 t (öffentlicher Verkehr)	.	246,8	.	670	.	.
Gestellte Güterwagen	.	31 414	48 699	48 836	43 431	46 264

1) Stand Ende des Jahres bzw. Monats.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Juni 1964	Juni 1965	Mai 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Verkehr						
5. Personenverkehr Hamburger Verkehrsmittel						
Beförderte Personen (in 1000)						
Stadtbahn (S-Bahn)	7 939	11 064	9 718	9 288	8 767	11 197
Hoch- und Untergrundbahn (einschl. W-Bahn)	6 571	11 752	13 690	12 906	13 233	13 748
Straßenbahn	13 799	23 498	10 533	10 095	9 037	10 206
Kraftomnibusse der HHA 1) 2)	1 083	2 028	9 101	9 136 r	8 770	9 745
Alsterdampfer	281	337	153	202	214	210
Schiffe der Hafendampfschiffahrt AG.	1 339	1 362	1 244	1 254		
Kraftomnibusse der VHH AG. 2) 3)	373	786	573	534	586	649
Kraftomnibusse der Deutschen Bundespost	.	.	19	19	15	29
Kraftomnibusse der Deutschen Bundesbahn	.	.	379	353	394	434
Private Kraftomnibusse 2)	.	200	290	342		
6. Kraftfahrzeuge						
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung (im Verkehr befindlich) insgesamt 4)	82 080	59 100	323 460	317 871	346 285	342 382
dar. Personenkraftwagen 5)	39 260	25 948	280 404	273 082	302 071	298 408
b) Zulassungen von fabrikneuen Kraftfahrzeugen insgesamt	928	1 177	4 567	4 921	.	.
dar. Krafträder	232	221	17	25	.	.
Personenkraftwagen	501	644	3 694	3 921	.	.
Kombinationskraftwagen	—	—	412	468	.	.
Lastkraftwagen	179	288	363	424	.	.
7. Straßenverkehrsunfälle						
Zahl der Verkehrsunfälle	865	1 058	2 341	2 107	2 078	2 273
* dav. mit Personenschaden 6)	459	426	918	902	856	867
mit nur Sachschaden	406	632	1 424	1 205	1 222	1 406
* Getötete Personen	8	12	30	18	29	26
* Verletzte Personen	517	483	1 184	1 196	1 094	1 092
Geld und Kredit						
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbanken)						
(Beträge in Mio DM)						
a) Kredite der Kreditinstitute 7)	.	1 556,1	11 856,1	11 842,6	13 415,5	13 320,7
* Kredite an Nichtkreditinst. am Monatsende	.	1 353,8	3 964,5	3 955,6	4 146,1	4 108,0
* dav. kurzfristige Kredite 8)	.	1 328,7	3 945,4	3 942,5	4 136,5	4 098,5
* dav. an Wirtschaft und Private	.	25,1	19,1	13,1	9,6	9,5
* an öffentl.-rechtl. Körperschaft.	.	55,8	1 497,8	1 471,7	1 823,9	1 799,3
* mittelfristige Kredite 7) 8) 9)	.	55,6	1 365,8	1 333,8	1 662,4	1 646,9
* dav. an Wirtschaft und Private	.	0,2	132,0	137,9	161,5	152,4
* an öffentl.-rechtl. Körperschaft.	.	146,5	6 393,8	6 415,3	7 445,5	7 423,4
* langfristige Kredite 7) 8) 9)	.	146,0	5 581,8	5 593,7	6 418,2	6 400,7
* dav. an Wirtschaft und Private	.	0,5	812,0	821,6	1 027,3	1 022,7
* an öffentl.-rechtl. Körperschaft.	.	105,7	908,3	940,4	998,3	945,8
Kredite an Kreditinst. am Monatsende
b) Einlagen bei den Kreditinstituten	.	1 152,3	7 585,8	7 511,9	8 462,2	8 551,2
* Einlagen von Nichtkreditinstituten am Monatsende	.	1 026,3	4 064,6	4 023,4	4 406,0	4 532,8
* dav. Sicht- und Termineinlagen	.	848,0	3 537,9	3 500,2	3 845,1	3 951,7
* dav. von Wirtschaft und Privaten	.	178,3	526,7	523,2	560,9	581,1
* von öffentl.-rechtl. Körperschaft.	.	126,0	3 521,2	3 488,5	4 056,2	4 018,4
* Spareinlagen	.	97,2	2 432,2	2 411,3	2 773,3	2 751,2
* dar. bei Sparkassen	.	.	877,3	865,9	1 032,8	1 019,8
* Kreditbanken
Einlagen von Kreditinstituten am Monatsende	.	106,6	2 214,2	2 197,6	2 663,9	2 435,0
c) Sparverkehr	.	126,0	3 521,2	3 488,5	4 056,2	4 018,4
* Sämtliche Kreditinstitute 10)	.	12,4	—	1,7	—	—
* Spareinlagen am Monatsende	.	—	338,4	346,1	454,5	439,7
* dar. steuerbegünstigt	.	—	195,8	188,8	225,5	213,2
* prämienbegünstigt	.	10,2	167,8	173,8	188,0	165,8
* Gutschriften	.	7,3	2,9	15,0	37,5	47,4
* Lastschriften	.	2,6	10,0	0,1	0,3	0,1
* Saldo der Gut- und Lastschriften
* Zinsen
2. Zahlungsschwierigkeiten, Leihhäuser						
a) Wechselproteste 11) (Zahl)	.	1 324	1 203	1 312	1 037	1 058
Betrag in 1000 DM	.	1 194	1 451	1 548	1 134	1 529
Durchschnittsbetrag je protest. Wechsel in DM	.	902	1 206	1 180	1 093	1 445
b) Konkurse und Vergleichsverfahren (Zahl)	12	25	12	27	10	22
Konkurse	1	3	1	—	1	—
Eröffnete Vergleichsverfahren
c) Mahn- und Offenbarungseidverfahren (Zahl)	14 894	21 302	21 705	22 889	19 678	19 729
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	.	2 392	2 969	2 965	3 137	3 032
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides	.	848	1 286	1 327	952	1 388
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides	.	124	399	363	328	366
Abgeleitete Offenbarungseide
d) Öffentliche Leihhäuser	19 155	13 214	3 736	3 856	3 703	3 356
Verpfändungen 12), Zahl	298 306	384 610	410 037	377 346	655 927	521 635
RM/DM	13 235	12 709	3 380	3 083	3 016	2 841
Einlösungen, Zahl	176 172	401 990	351 331	272 028	425 501	368 688
RM/DM

1) 1950 einschl. Obusse. — 2) Ab Januar 1963 ohne den von den Ländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen genehmigten Linienverkehr. — 3) 1938 und 1950 BGE und Südstorm. Kreisbahn (einschl. Eisenbahnbetrieb). — 4) Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — 5) Einschl. Kombinationskraftwagen. — 6) Teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — 7) Ab 1. 1. 1964 einschl. durchlaufender Mittel. — 8) 132 berichtspflichtige Institute. — 9) Bis einschl. Mai 1950 ohne Wirtschaft und Private. — 10) Ohne Postsparkasse. — 11) Wechselproteste der Kreditinstitute und der Post. — 12) Einschließlich Erneuerungen.

Zahlenspiegel

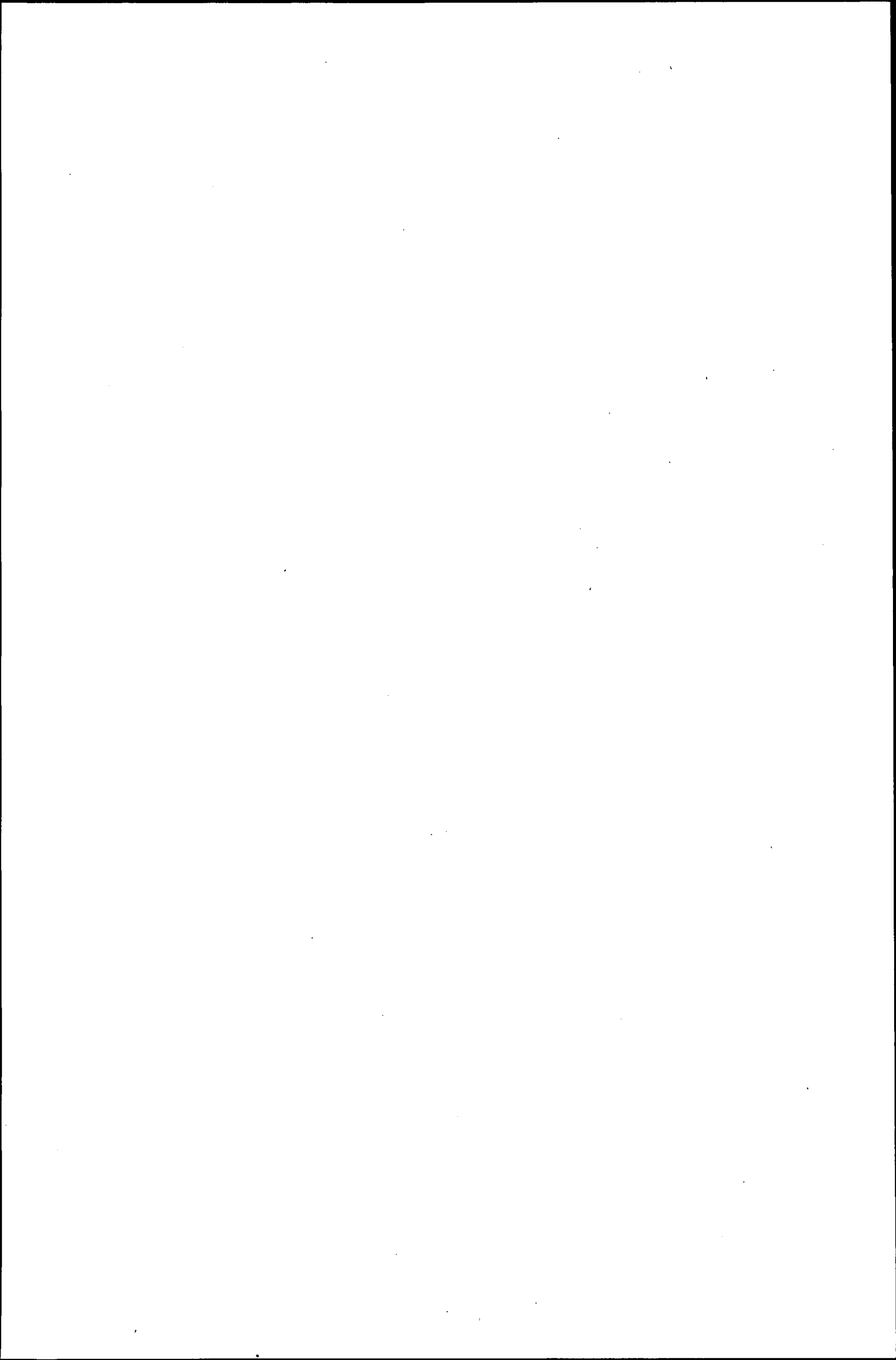
Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Juni 1964	Juni 1965	Mai 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Geld und Kredit						
3. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg						
Aktiengesellschaften, Zahl	161	161	161	161
Kapital in Mio DM	3 717,1	3 615,0	3 946,2	3 940,1
Gesellschaften m. b. H., Zahl	3 696	3 688	3 873	3 866
Kapital in Mio DM	2 549,3	2 809,5	2 972,6	2 968,3
Steuern¹⁾						
Steueraufkommen (in 1000 RM/DM) ²⁾						
1. Bundessteuern						
* Umsatzsteuer	9 363	22 996	78 447	72 151	79 442	85 925
* Umsatzausgleichsteuer	2 180	2 779	33 270	32 542	36 529	36 444
* Beförderungsteuer	79	943	1 453	1 475	1 255	1 212
* Notopfer Berlin	..	1 749	129	126	53	172
* Zölle	45 572	17 772	56 438	34 394	47 109	46 622
* Verbrauchsteuern	31 925	42 968	309 886	308 738	375 848	304 173
* dav. Tabaksteuer	24 492	32 535	64 459	39 780	79 357	45 727
Kaffeesteuer	..	5 831	25 773	22 962	25 304	16 521
Teesteuer	..	521	946	2	665	3
Branntweinmonopol ³⁾	249	2 514	4 716	1 776	7 413	2 944
Mineralölsteuer	51	871	213 828	244 062	262 989	238 873
Sonstige Verbrauchsteuern	7 133	697	165	156	119	105
* Summe der Bundessteuern	..	89 211	479 624	449 425	540 237	474 549
* Außerdem: Lastenausgleichsabgaben	..	9 478 ⁴⁾	6 989	1 341	1 576	13 868
dav. Vermögensabgabe	..	5 352	5 467	693	910	13 057
Hypothekengewinnabgabe	..	2 771	1 204	592	660	762
Kreditgewinnabgabe	319	55	6	48
2. Landessteuern						
* Lohnsteuer	7 390	10 051	86 807	86 023	81 765	75 313
* Veranlagte Einkommensteuer	17 032	9 277	65 327	160 987	161 122	16 463
* Nichtveranlagte Steuer vom Ertrag	552	224	11 854	19 767	5 298	3 352
* Körperschaftsteuer	8 928	9 544	43 494	116 292	109 615	— 8 271
* Steuern vom Einkommen zusammen	33 902	29 097	207 482	383 069	357 801	86 857
* dav. an den Bund abgeführt ⁵⁾	80 918	149 397	139 542	33 874
Hamburg verblieben	126 564	233 672	218 259	52 983
* Vermögensteuer	1 513	466	10 756	1 813	— 502	29 024
Erbchaftsteuer	469	63	1 223	1 629	1 005	2 472
Gründerwerbsteuer	398	135	1 505	1 244	1 451	1 607
Kapitalverkehrssteuer	227	179	2 296	1 695	917	1 653
* Kraftfahrzeugsteuer	423	1 312	7 297	6 888	8 829	6 204
* Versicherungssteuer	559	847	3 806	3 215	3 915	4 260
* Rennwett- und Lotteriesteuer	452	820	2 511	2 975	2 045	1 662
* Wechselsteuer	0	536	803	721	729	847
* Feuerschutzsteuer	15	127	179	— 263	— 225	538
* Biersteuer	792	870	2 293	2 530	2 538	2 303
* Summe der Landessteuern	..	34 461	240 152	405 515	378 503	137 427
3. Gemeindesteuern						
* Realsteuern	9 974	8 666	46 638	8 855	8 555	99 296
* dav. Grundsteuer A	50	42	71	34	29	146
Grundsteuer B	4 538	3 365	4 941	1 380	1 215	12 166
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	4 668	4 215	36 249	7 020	7 111	86 114
Gewerbesteuer nach der Lohnsumme	718	1 044	5 377	421	200	869
Gewerbesteuerzuschüsse	24	29	433	1 813	—	908
* Obrige Gemeindesteuern	7 411	1 864	570	392	397	466
dar. Kinosteuer	123	497	68	70	103	109
Obrige Vergnügungssteuer	106	146	293	245	221	270
Hundesteuer	68	132	208	76	73	86
Summe der Gemeindesteuern	17 385	10 071	47 208	9 247	8 952	99 762
Öffentliche Ordnung und Sicherheit						
1. Feuerlösch- und Unfalldienst						
Gesamtzahl der Alarmierungen	633	1 427	4 418	4 626	4 976	5 183
dav. Feueralarme	187	185	320	345	316	327
dav. falsche Alarmlösungen	49	39	61	55	65	64
bekämpfte Brände insgesamt	138	146	259	290	251	263
dav. Großbrände	10	4	16	14	10	12
Mittelbrände	17	14	42	42	34	42
Kleinbrände	88	114	111	147	123	115
Entstehungsbrände	80	83	80	91
Schornsteinbrände	..	10	10	4	4	3
Hilfeleistungen aller Art	446	1 242	4 098	4 281	4 660	4 368
dar. bei Straßen- und Verkehrsunfällen	..	314	1 090	1 117	1 185	1 184
Betriebsunfällen	..	235	531	581	581	602
Hierbei durchgeführte Unfalltransporte	..	976	3 851	3 942	4 224	4 368
2. Krankenbeförderungswesen						
Ausgeführte Krankentransporte	..	5 625	4 544	4 194	4 135	4 372
Beförderte Personen	..	6 449	4 775	4 417	4 519	4 527

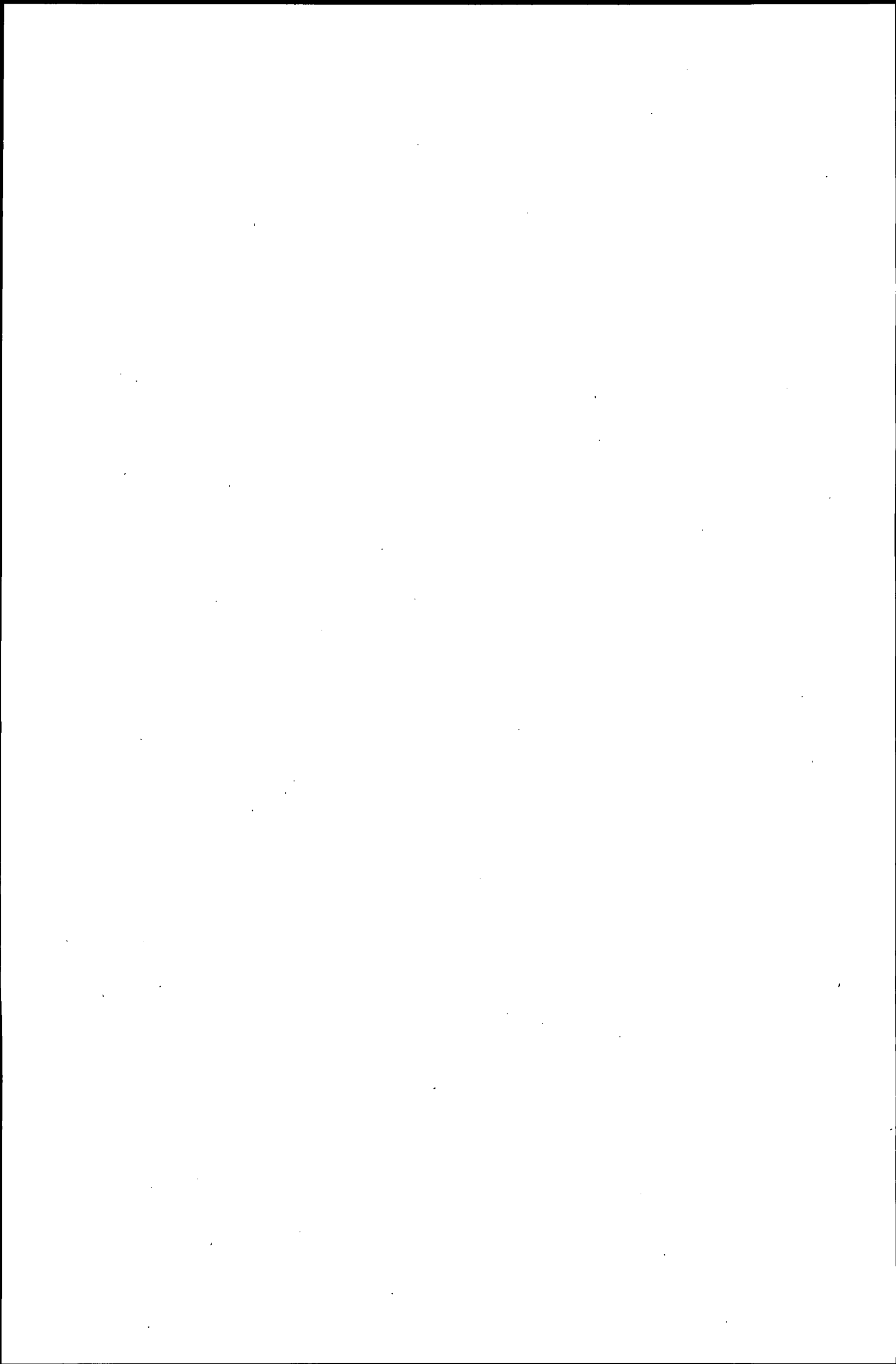
1) Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben. — 2) Monatsdurchschnitt 1938 = Durchschnitt des Rechnungsjahres 1938. — 3) Ohne die Einnahmen der Bundesmonopolverwaltung für Branntwein. — 4) Einschl. Soforthilfesonderabgabe. — 5) 1963 = 38 %, 1964 = 39 %.

Zahlenspiegel

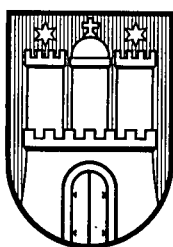
Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Juni 1964	Juni 1965	Mai 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Öffentliche Ordnung und Sicherheit						
3. Feststellungen der Polizei						
Straftaten	.	5 443	7 865	7 736	8 210	7 560
dar. Sittlichkeitsdelikte	.	142	206	193	220	227
Mord und Totschlag	.	2	5	5	4	2
Fahrlässige Tötung 1)	.	11	2	1	4	3
Körperverletzung 2)	.	32	89	83	80	103
Einfacher Diebstahl	.	2 416	3 416	3 574	3 542	3 008
Schwerer Diebstahl	.	558	1 651	1 522	1 805	1 662
Diebstähle zusammen	.	2 974	5 067	5 096	5 347	4 670
dar. Kraftwagen- u. -gebrauchsdiebstahl	.	36	158	155	181	167
Fahrrad- und -gebrauchsdiebstahl	.	202	379	525	431	310
Moped-, Motorrad- und -gebrauchsdiebstahl	.	.	185	211	182	167
Taschendiebstahl	.	78	40	45	45	40
Unterschlagung	.	357	224	191	227	191
Raub und Erpressung	.	11	39	36	40	30
Begünstigung und Hehlerei	.	99	127	98	76	106
Betrug und Untreue	.	607	730	744	664	642
Brandstiftung	.	39	42	44	43	47
Münzdelikte	.	13	—	2	—	—
Außerdem:						
Verkehrsvergehensanzeigen	.	.	792	720	854	817
Übertretungsanzeigen 3)	.	.	8 192	7 384	7 647	8 373
Ordnungswidrigkeitenberichte	.	.	477	477	441	452
Gebührenpflichtige Verwarnungen 4)	.	.	27 456	23 385	28 178	30 525
4. Rechtskräftig Abgeurteilte						
Abgeurteilte insgesamt	.	1 316	1 894	1 556	1 132 ⁵⁾	1 730
dav. Erwachsene n. allg. Strafrecht abgeurt.	.	1 229	1 554	1 312	924	1 337
Heranwachs. n. allg. Strafrecht abgeurt.	.	.	125	97	69	131
Jugendliche n. Jugendstrafrecht abgeurt.	.	87	133	89	122	178
Heranwachsende n. Jugendstrafr. abgeurt.	.	.	82	58	17	84
dar. Widerstand gegen die Staatsgewalt	.	12	6	3	7	7
Fahrerflucht	.	6	65	82	53	92
Straftaten gegen den Personenstand, die Ehe und die Familie	.	4	50	38	42	58
Verbrech. u. Vergeh. wider die Sittlichkeit	.	51	51	51	41	51
Beleidigung, üble Nachrede	.	24	19	10	18	17
Verbrech. u. Vergeh. wider das Leben	.	9	12	16	14	13
Körperverletzung	.	52	125	88	95	149
Einfacher Diebstahl	.	324	311	221	231	282
Schwerer Diebstahl	.	80	82	73	56	89
Einf. u. schwerer Diebstahl im Rückfall	.	79	57	51	55	42
Unterschlagung	.	70	50	43	51	56
Raub und Erpressung	.	9	13	24	7	21
Begünstigung und Hehlerei	.	68	41	40	23	38
Betrug und Untreue	.	92	154	139	93	165
Urkundenfälschung	.	19	15	12	8	12
Vergehen gegen das StVG.	.	53	278	192	138	221
Löhne und Gehälter 6) 7)						
				April 1964	April 1965	Januar 1965
1. Arbeiterverdienste in der Industrie 8)						
* Bruttowochenverdienste in RM/DM	männlich	51	77	213	208	217
	weiblich	27	44	128	125	134
* Bruttostundenverdienste in RM/DM	männlich	1,00	1,57	4,67	4,59	4,83
	weiblich	0,57	0,97	3,02	2,95	3,17
* Bezahlte Wochenstunden in Std.	männlich	51,4	48,8	45,6	45,3	44,9
	weiblich	47,4	45,4	42,4	42,4	42,1
* Geleistete Wochenarbeitszeit in Std.	männlich	.	.	42,5	44,0	42,6
	weiblich	.	.	39,0	41,3	39,8
2. Angestelltenverdienste (Bruttomonatsverd. i. DM)						
Industrie 8)						
* Kaufmännische Angestellte	männlich	.	.	1 019	999	1 074
	weiblich	.	.	688	676	722
* Technische Angestellte	männlich	.	.	1 101	1 084	1 140
	weiblich	.	.	689	672	726
Handel, Kreditinstitute u. Versicherungsgewerbe						
* Kaufmännische Angestellte	männlich	.	.	947	927	1 015
	weiblich	.	.	606	594	647
* Technische Angestellte	männlich	.	.	1 035	1 025	1 108
	weiblich	.	.	1 037	1 040	1 156
Industrie, Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe						
* Kaufmännische Angestellte	männlich	.	.	966	946	1 031
	weiblich	.	.	627	614	667
* Technische Angestellte	männlich	.	.	1 095	1 079	1 137
	weiblich	.	.	769	755	821

1) Ohne Verkehrsunfälle. — 2) Ohne §§ 223 und 230. — 3) Aus Verkehrsvorschriften und StGB. — 4) Aus Verkehrsvorschriften und Ordnungswidrigkeitenrecht. — 5) Außerdem: Aussetzung der Verhängung der Jugendstrafe (§ 27 JGG) Juni 1965 1 Jugendl. und 2 Heranwachsende. — Absehen von der Verfolgung (§ 45 JGG) Juni 1965 35 Jugendliche. — 6) 1938 = September 1938 und 1950 = Durchschnitt der vier Erhebungsmonate. — 7) Ab 1964 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — 8) Einschl. Energiewirtschaft und Hoch- und Tiefbau.





HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1965

September-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Öffentliche Verschuldung Hamburgs 1950 bis 1964

Inhalt

	Seite
I. Einleitung	245
II. Verfahren und Begriffe der Statistiken über den öffentlichen Schuldenstand und den öffentlichen Schuldendienst	
1. Statistik über den öffentlichen Schuldenstand	246
2. Statistik über den öffentlichen Schuldendienst	247
III. Statistische Ergebnisse	
1. Öffentliche Gesamtverschuldung	247
2. Öffentliche Altschulden	248
3. Öffentliche Neuschulden	249
4. Ländervergleich	251
5. Öffentlicher Schuldendienst	253
IV. Zusammenfassung	255

I. Einleitung

Die wesentlichen Finanzierungsquellen der öffentlichen Hand sind die Steuern, die Gebühren und Beiträge, die Erwerbseinkünfte, die Zuschüsse anderer Finanzwirtschaften sowie die Inanspruchnahme des öffentlichen Kredits. Wenn auch die Steuern im heutigen System der öffentlichen Einnahmen dominieren, so weisen die übrigen Einnahmearten doch eine keineswegs außer acht zu lassende Größenordnung auf: In Hamburg entfiel 1964 rund ein Drittel der 3,7 Milliarden DM betragenden gesamten Einnahmen auf diese Nicht-Steuererinnahmen, unter denen die öffentliche Schuldenaufnahme mit 275 Millio-

nen DM oder einem Anteil von 23 % an zweiter Stelle rangierte, gleich hinter dem Aufkommen an Gebühren und Beiträgen.

Die weittragenden Aufgaben, die in zunehmendem Maße auf den modernen Staat zukommen, können und – nach Auffassung der Finanzwissenschaft – sollen nicht allein aus den laufenden Einnahmen selbstfinanziert werden; können nicht, weil das Wachstumstempo der ständigen Einnahmen mit der Aufgabenvermehrung nicht Schritt hält, sollen nicht, weil der Nutzen sehr vieler öffentlicher Investitionsausgaben zeitlich über die Gegenwart hinausreicht und der Zukunft mit zugute gereicht. Die zeitliche Lastenverteilung auf der Basis des „pay-as-you-use-

Prinzips“ und der Ausgleich der Belastungen zwischen den Generationen (intergeneration-equity) sollen mehr Berücksichtigung finden. Der Staat mobilisiert deshalb für sich freie Kapitalien auf dem Kreditmarkt oder bei anderen Finanzwirtschaften; er verschafft sich damit im Gegensatz zu den endgültigen Einnahmearten eine vorläufige Einnahme. Das Begriffsmerkmal „vorläufige“ Einnahme besagt, daß die dem Staat ja nur leihweise überlassene Kaufkraft eines Tages von ihm durch Verwendung definitiver Einnahmen (vor allem Steuern) zurückerstattet werden muß. Daraus resultiert eine Begrenzung des Finanzierungsinstruments „Kreditaufnahme“: Seine Anwendung darf nicht dahin führen, daß die Vorbelastung künftiger Haushalte den Gestaltungsspielraum der Ausgaben kommender Generationen zu stark einengt. Da die aufgenommenen Fremdmittel bei ihrer sinnvollen Wiederverausgabung jedoch produktive Werte bilden und durch die damit verbundene Wirtschaftsförderung auf längere Sicht die Steuereinnahmen anheben, ist diese Grenze als nach oben hin elastisch anzusehen.

Das Thema „Öffentliche Verschuldung“ gewinnt für Hamburg im Zusammenhang mit der Frage, wie die Finanzierung der vielen wachstumsinduzierten und -induzierenden Investitionen insbesondere auf dem Gebiet der Infrastruktur (z. B. Nord-Südkanal, West- und Ostumgehung, zweiter Elbtunnel, City-Linie, Großflughafen Kaltenkirchen, Aufschließung von Industriegebieten, Vorhafen) sichergestellt werden kann, mehr und mehr an Aktualität. Bei der Haupteinnahmequelle, den Steuern, ist nämlich in Hamburg während der letzten Zeit eine gewisse Abflachung der Zuwachsraten zu beobachten. Im ersten Halbjahr 1965 gar blieben Hamburgs Netto-Steuer-einnahmen um 1,5 % hinter dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums zurück. Man wird deshalb in verstärktem Maße subsidiäre Finanzierungsquellen für die wachstumsnotwendigen Ausgaben heranziehen müssen, und dazu gehört in erster Linie der öffentliche Passiv-Kredit. Mit ihm beschäftigt sich die vorliegende Untersuchung, die Ergebnisse der strukturellen Schuldenstandstatistik und der Statistik der Staatsfinanzen (Schuldendienst) verwendet.

II. Verfahren und Begriffe der Statistiken über den öffentlichen Schuldenstand und den öffentlichen Schuldendienst

1. Statistik über den öffentlichen Schuldenstand

Vor 1960 gab es keine speziell auf die Schuldenstatistik abstellende Rechtsvorschrift; es galt ganz allgemein der § 16 Abs. 1 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke. Ab 1960 wurde im Rahmen des Gesetzes über die Finanzstatistik vom 8. Juni 1960 die periodische Durchführung von Schuldenstatistiken angeordnet; nach § 2 Ziff. 4 und § 6 des Gesetzes sollen erfaßt werden

- a) der Stand der Schulden des Bundes, der Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Arten und Bedingungen sowie die Bürgschaften am 31. Dezember jedes Jahres,

- b) die Schulden des Bundes, der Länder, der Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und der Gemeindeverbände, vierteljährlich.

Die Aufnahmebedingungen der Schulden, also Laufzeiten, Fälligkeiten und Zinskonditionen werden zur Zeit nur für die Gemeinden und Gemeindeverbände erhoben.

Die Aufbereitung der Schuldenstatistiken obliegt in Hamburg der Finanzbehörde, weil sie bereits aus anderen als statistischen Gründen über die öffentlichen Schulden Buch führt; die Auswertung erfolgt im Statistischen Landesamt.

Mit Inkrafttreten des Gesetzes über die Finanzstatistik wurde der Stichtag für die Erhebung der jährlichen Schuldenstandstatistik auf den 31. Dezember festgesetzt. Bis zu diesem Zeitpunkt war der 31. März Erhebungsstichtag. Die Verlegung folgte der Anpassung des Rechnungsjahres an das Kalenderjahr.

Öffentliche (Gesamt-)Schulden im Sinne der Statistik sind alle am Erhebungsstichtag bestehenden In- und Auslandsschulden, für welche die Berichtskörperschaft rechtlicher Schuldner ist. Dazu gehören auch die Schulden des allgemeinen Kapital- und Grundvermögens, die Schulden, welche für in der Haushaltsrechnung erfaßte, rechtlich unselbständige Wirtschaftsbetriebe aufgenommen worden sind sowie die Schulden der der Berichtskörperschaft unterstehenden oder von ihr verwalteten Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Verbindlichkeiten der öffentlichen, juristisch selbständigen Wirtschaftsunternehmen bleiben in der Statistik ausgeklammert. Zu den Schulden rechnen nicht an Dritte weitergeleitete Beträge, für die die Berichtskörperschaft keine Verbindlichkeit übernommen hat, Gelder, die von Dritten hinterlegt sind (z. B. Kautionen). Nicht nachgewiesen sind ferner interne Verschuldungen, die Abgabeschuld aus der Hypothekengewinnabgabe und die Verbindlichkeiten aus Ansprüchen auf Altsparentschädigung gemäß § 2 b Abs. 1 Nr. 2 des Altsparengesetzes. Bürgschaften sind Eventualverbindlichkeiten; sie werden deshalb in der Schuldenstandstatistik nicht den Schulden zugeordnet, sondern getrennt als Haftungssumme ausgewiesen.

Die Schulden gehen in die Statistik mit dem Nennbetrag ein ohne Abzug eines etwaigen Disagios oder dergleichen. Sind von einem Darlehen lediglich Teilbeträge bis zum Erhebungsstichtag eingegangen, so werden nur diese nachgewiesen. Darlehen, für die die Schuldurkunde schon unterzeichnet ist, für die aber noch keine Zahlungen erfolgt sind, sind ebenfalls nicht einbezogen. Bei Darlehen, die zum Teil bereits an den Kreditgeber zurückgezahlt sind, wird der Betrag eingesetzt, mit dem die Berichtskörperschaft am Stichtag noch belastet war.

Öffentliche Altschulden sind die im Zuge der Währungsreform entstandenen Ausgleichsforderungen der Kreditinstitute, Versicherungen usw., die vor dem 21. Juni 1948 (Stichtag der Währungsumstellung) aufgenommenen Schulden im Inland und die Vorkriegsauslandsschulden; letztere sind alle bis zum 7. Mai 1945 entstandenen Auslandsschulden.

Öffentliche Neuschulden sind die seit dem 21. Juni 1948 (Stichtag der Währungsumstellung) aufgenommenen Schulden im Inland sowie die Nachkriegsausland-

schulden; letztere sind alle seit dem 8. Mai 1945 entstandenen Auslandsschulden.

Zu den öffentlichen Schulden aus Kreditmarktmitteln zählen alle bei Banken, Privatversicherungen und Sparkassen aufgenommenen Darlehen sowie Inhaberschuldverschreibungen (Anleihen), verzinsliche und unverzinsliche Schatzanweisungen, Kassenobligationen, Schatzwechsel, Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden, die von der Berichtskörperschaft beim Erwerb bereits belasteter Grundstücke übernommen wurden.

Darlehen aus Mitteln des Europäischen Wiederaufbauplans — European Recovery Program (ERP) — der durch US-Gesetz vom 3. April 1948 ins Leben gerufenen Verwaltung für Wirtschaftliche Zusammenarbeit — Economic Cooperation Administration (ECA) — sowie aus Mitteln der parafiskalischen Institutionen (Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und sonstige Träger der Sozialversicherung) werden als Schulden aus öffentlichen Sondermitteln zusammengefaßt. Hierzu rechnen auch Kreditaufnahmen bei Bundespost und Bundesbahn.

Zu den Schulden bei Gebietskörperschaften im Sinne dieser Statistik gehören Darlehen, die Bund und Lastenausgleichsfonds für den sozialen Wohnungsbau und sonstige Zwecke gewährt haben.

Aus Hamburgs Stellung als Stadtstaat ergibt sich, daß seine Schulden nicht nach Schulden für staatliche und gemeindliche Zwecke getrennt werden können; bei einem Vergleich mit dem Schuldenstand anderer Bundesländer (ausgenommen der beiden anderen Stadtstaaten Berlin und Bremen) müssen deshalb deren staatliche und kommunale Schulden vorher zusammengefaßt werden.

2. Statistik über den öffentlichen Schuldendienst

Die statistischen Kennzahlen über den Schuldendienst sind Bestandteil der umfassenderen Statistik der Staatsfinanzen, deren Rechtsgrundlage ebenfalls vor 1960 der § 16 Abs. 1 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke war und seit 1960 das Gesetz über die Finanzstatistik vom 8. Juni 1960 bildet. Unter öffentlichem Schuldendienst versteht die Statistik die Ausgaben der öffentlichen Hand für die Tilgung (Amortisation) und Verzinsung der von ihr aufgenommenen Fremdmittel. Die Zahlungen aus der Inanspruchnahme von Sicherheitsleistungen (Bürgschaften) und Nebenkosten der Schuldenbedienung wie Bankprovisionen oder Kosten in Verbindung mit der Regelung von Anleihen werden in der Statistik nicht dem öffentlichen Schuldendienst zugeschlagen.

III. Statistische Ergebnisse

1. Öffentliche Gesamtverschuldung

Der Gesamtschuldenstand ist eine Bestandsgröße, welche sich aus der Kumulation sämtlicher bis zum Stichtag erfolgter Schuldaufnahmen und -übernahmen abzüglich sämtlicher bis zum Stichtag erfolgter Tilgungen, Schuldabtretungen und Schuldverzichte ermittelt.

Am 31. Dezember 1964 betrug der öffentliche Gesamtschuldenstand der Freien und Hansestadt Hamburg 2,4 Milliarden DM; rund ein Drittel davon waren Altschulden aus der Zeit bis zur Währungsreform, rund zwei Drittel Neuschulden aus der Zeit nach der Währungsreform. Um eine Vorstellung von der Bedeutung dieses Betrages zu bekommen, kann man ihn u. a. zum Volumen der Haushaltsausgaben oder zum Sozialprodukt in Beziehung setzen. Eine hypothetische Soforttilgung der Schuldsomme in 1964 hätte 65 % der Haushaltsausgaben Hamburgs erfordert oder 11 % des Bruttoinlandsprodukts zu Marktpreisen, mit anderen Worten 11 % des Geldwertes sämtlicher während des Jahres 1964 durch die hamburgische Wirtschaft erzeugten Güter und Dienste für die letzte Verwendung (Verbrauch, Investition, Außenbeitrag) beansprucht. In Wirklichkeit verteilt sich die Amortisation über viele Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, was zur Folge hat, daß die jährliche Effektivbelastung von Haushaltsausgaben bzw. Sozialprodukt um ein Vielfaches niedriger ist.

Die öffentlichen Gesamtschulden haben in Hamburg im Berichtszeitraum 1950 bis 1964 — abgesehen von zwei Unterbrechungen in 1958 und 1960 — laufend zugenommen; der Gesamtschuldenstand bewegte sich von rund 1 Milliarde DM auf rund 2,4 Milliarden DM, was einem Nettozugang an Schulden (Saldo aus Neuaufnahmen und Tilgungen) in Höhe von 1,4 Milliarden DM entsprach. Der Schuldenstand je Einwohner hat sich demgegenüber in der gleichen Periode nur verdoppelt, weil die Bevölkerung Hamburgs inzwischen nicht konstant geblieben, sondern von 1 521 300 auf 1 857 431 Einwohner gewachsen ist. Zurückgegangen ist von 1950 auf 1964 der relative Anteil der Gesamtverschuldung am Sozialprodukt, da letzteres sich schneller entwickelte als die Schuldsomme.

Tabelle 1

Entwicklung der öffentlichen Gesamtschulden Hamburgs 1950 bis 1964

Stichtage	Gesamtschulden 1)				davon			
	Millionen DM		in % des Sozialprodukts 2)	je Einwohner in DM	Altschulden		Neuschulden	
	Millionen DM	Veränderung in Millionen DM			Millionen DM	Veränderung in Millionen DM	Millionen DM	Veränderung in Millionen DM
	1	2	3	4	5	6	7	8
31. 3. 1950	967		16	636	966		1	
31. 3. 1951	1 071	+ 104	15	676	1 040	+ 74	31	+ 30
31. 3. 1952	1 221	+ 150	15	756	1 113	+ 73	108	+ 77
31. 3. 1953	1 426	+ 205	17	871	1 145	+ 32	281	+ 173
31. 3. 1954	1 466	+ 40	16	876	1 083	— 62	383	+ 102
31. 3. 1955	1 565	+ 99	15	919	1 087	+ 4	478	+ 95
31. 3. 1956	1 625	+ 60	14	938	1 126	+ 39	499	+ 21
31. 3. 1957	1 758	+ 133	14	999	1 112	— 14	646	+ 147
31. 3. 1958	1 741	— 17	12	974	896	— 216	845	+ 199
31. 3. 1959	1 854	+ 113	12	1 026	883	— 13	971	+ 126
31. 12. 1960	1 847	— 7	11	1 005	891	+ 8	956	— 15
31. 12. 1961	2 010	+ 163	11	1 092	870	— 21	1 140	+ 184
31. 12. 1962	2 062	+ 52	10	1 116	852	— 18	1 210	+ 70
31. 12. 1963	2 161	+ 99	10	1 165	841	— 11	1 320	+ 110
31. 12. 1964	2 364	+ 203	11	1 273	821	— 20	1 543	+ 223

1) Einschließlich Schulden bei Gebietskörperschaften, Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen. — 2) Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen.

Wie nicht anders zu erwarten, ist das Ansteigen der Schuldsomme auf die Entwicklung der Neuverschuldung zurückzuführen, deren Anfangsstand zwei Jahre nach der Währungsumstellung nicht mehr als

1 Million DM betrug, die aber 1964 bereits 1,5 Milliarden DM erreichte. Die Altschulden haben sich dagegen im selben Zeitraum um 15 % verringert. Die einzelnen Steigerungsbeträge der Gesamtverschuldung lassen erkennen, daß die Verschuldungszunahme die alljährliche Minderung mehr oder weniger übertroffen hat. Nur in zwei Jahren war das nicht der Fall; die Abnahme 1958 ist mit dem erheblichen Rückgang der Altschulden zu erklären, von denen mit Wirkung vom 1. Januar 1957 die rund 200 Millionen DM betragenden, aus der Geldumstellung resultierenden Verpflichtungen Hamburgs aus Ausgleichsforderungen der Landeszentralbank an den Bund übertragen wurden; dagegen war die Verringerung des Gesamtschuldenstands 1960 eine Folge der kreditabstinenten Haltung Hamburgs gegenüber dem Kapitalmarkt und der überdurchschnittlich hohen Tilgungsleistungen in dem betreffenden Jahr.

Nicht alle im statistischen Gesamtschuldenstand enthaltenen Verbindlichkeiten führen zu einer echten nachhaltigen Belastung des hamburgischen Etafs: Der Tilgungsdienst und ein Teil der Zinsen für die Ausgleichsforderungen (Altschulden) und annähernd der gesamte Schuldendienst für die Wohnungsbauschulden beim Bund sowie Lastenausgleichsfonds wird Hamburg nämlich erstattet. Andererseits fehlen in der öffentlichen Schuldsumme Verpflichtungen, die mehr zu den Eventualverbindlichkeiten tendieren, aber wegen der von Hamburg geleisteten Zins- und Tilgungszuschüsse den Haushalt regelmäßig belasten; es handelt sich dabei um die sogenannten 1c-Hypotheken. Das sind nachrangige, durch Übernahme staatlicher Bürgschaften und Schuldendienstverpflichtungen gesicherte Kapitalmarktdarlehen, die erstmalig im Jahre 1955 im hamburgischen sozialen Wohnungsbau als Ersatz für einen Teil der direkten öffentlichen Mittel eingesetzt wurden. Diese Finanzierungsart lief mit dem Jahre 1961 aus. Ab 1962 wurden öffentliche Baudarlehen ausschließlich aus Haushaltsmitteln gewährt. Der Bestand bewilligter 1c-Hypotheken hat sich infolgedessen seitdem nicht mehr vergrößert (siehe Tabelle 2). Versucht man den Schuldenstand weniger von der finanzrechtlichen als vielmehr von der finanzwirtschaftlichen Seite aus zu beurteilen, d. h. danach, ob Hamburg in letzter Instanz für die Amortisation und/oder Verzinsung aufkommt, dann muß man zumindest eine Bereinigung der Ergebnisse aus der Schuldenstandstatistik in dem Sinne vornehmen, daß man vom Gesamtschuldenstand die Ausgleichsforderungen in der Höhe des Prozentsatzes absetzt, der dem Anteil der erstatteten Tilgungen und Zinsen (Ersatzleistung der Länder für Ausgleichsforderungen von in Hamburg ansässigen Versicherungsunternehmen) am betreffenden Schuldendienst entspricht¹⁾. Weiter sind die Wohnungsbauschulden beim Bund und Lastenausgleichsfonds abzusetzen. Der Betrag an 1c-Hypotheken ist dagegen hinzuzusetzen. Das Ergebnis einer solchen approximativen Bereinigung ist der Tabelle 2 zu entnehmen. Wie man sieht, lag seit 1960 der approximativ ermittelte finanzwirtschaftliche Gesamtschuldenstand beträchtlich unter dem in Tabelle 1 dargestellten finanzrechtlichen Gesamtschuldenstand. Er ist auch viel langsamer angestiegen. Obwohl also der finanzwirt-

schaftliche Gesamtschuldenstand 1964 erheblich unter dem finanzrechtlichen lag, war der korrespondierende Schuldendienst höher (siehe unter III. 5). Der Grund dafür ist natürlich bei den unterschiedlichen Zinskonditionen der ab- bzw. zuzusetzenden Verbindlichkeiten zu suchen; so sind beispielsweise die wegzulassenden Wohnungsbaudarlehen niedrig, die einzubeziehenden 1c-Hypotheken dagegen hoch verzinst.

Tabelle 2

Finanzwirtschaftlicher Gesamtschuldenstand Hamburgs 1960 bis 1964

Stichtage	Finanzwirtschaftliche Gesamtschulden	darunter 1c-Hypotheken	Abweichung des finanzwirtschaftlichen vom finanzrechtlichen Gesamtschuldenstand	
			in Milliarden DM	in %
	1	2	3	4
31. 12. 1960	1,5	0,6	— 0,3	— 18
31. 12. 1961	1,6	0,7	— 0,4	— 22
31. 12. 1962	1,6	0,7	— 0,5	— 25
31. 12. 1963	1,6	0,6	— 0,6	— 27
31. 12. 1964	1,7	0,6	— 0,6	— 26

2. Öffentliche Altschulden

Am Jahresende 1964 entfielen 34,7 % der Gesamtschulden auf Altschulden. Die in der Tabelle 3 aufgeführten Altschulden aus Kreditmarktmitteln waren in diesem Falle praktisch die einzigen Inlandschulden; Schulden aus Sondermitteln sind bei der Geldumstellung 1948 untergegangen. Die Altschulden aus Kreditmarktmitteln sind so gut wie identisch mit den Ausgleichsforderungen seitens der Banken, Sparkassen, Bausparkasse und Versicherungen gegen Hamburg.

Tabelle 3

Öffentliche Altschulden in Hamburg 1950, 1955, 1960 und 1964 nach Arten

Schuldenarten	Stand der Altschulden am Stichtag				in % der Altschulden insgesamt
	31. 3. 1950	31. 3. 1955	31. 12. 1960	31. 12. 1964	
	Millionen DM				
	1	2	3	4	5
Altschulden aus Kreditmarktmitteln	889	1 032	825	767	93
darunter Ausgleichsforderungen (Geldinstitute, Versicherungen, Bausparkasse)	855	1 012	814	761	93
Sonstige inländische Altschulden ¹⁾	13	0	0	0	0
Auslandsvorkriegsschulden	64	55	66	54	7

¹⁾ Im wesentlichen Umstellungsgrundschulden.

Die Entstehung der Ausgleichsforderungen ist mit der Währungsreform von 1948 verknüpft. Nach dem Zusammenbruch war ein Wiederaufbau ohne stabile Geldordnung nicht möglich. Die Währungsreform mußte deshalb die Konsequenzen aus der inneren

¹⁾ Ab 1967 müßte dann die zusätzliche 50% ige Zinserstattung durch den Bund analog berücksichtigt werden.

Entwertung der RM-Währung ziehen, das gestörte Verhältnis zwischen Geldumlauf und Güterangebot beseitigen und durch eine adäquate Relation zwischen Geldvolumen und volkswirtschaftlichem Ertrag die Kaufkraft des Geldes sicherstellen. Damit traten ebenso wie bei anderen Unternehmen auch bei den Geldinstituten, Bausparkassen und Versicherungen, die im Währungsgebiet der DM-West lagen, ihre durch den Ausgang des Krieges hervorgerufenen Verluste in Erscheinung, die schon seit 1945 besonders durch die Entwertung ihrer Ansprüche gegen das Reich existierten. Die Mittel dieser Institute waren großenteils in Reichsanleihen und sonstigen Forderungen gegen das Reich investiert. Hinzu kommt, daß sie durch die Kriegsfolgen beträchtliche sonstige Vermögenswerte, nicht allein in den unter sowjetischer und polnischer Kontrolle stehenden Territorien, einbüßten. Die verbliebenen Verpflichtungen waren bei fast allen Instituten trotz Abwertung und teilweise gänzlicher Auflösung der RM-Passiven nicht durch Vermögenswerte in gleicher Höhe gedeckt. Den Kreditinstituten wurden deshalb in einem gewissen Umfang neue flüssige Mittel zur Wiederherstellung ihrer Barliquidität gegeben; für die bilanzielle Deckung ihrer Passiva und für eine Mindestausstattung an Eigenkapital wurde Sorge getragen. Nach Maßgabe des Umstellungsgesetzes bekamen so die Kreditinstitute DM-Beträge in einem bestimmten Verhältnis zu ihren Einlagen gutgeschrieben. Zusätzlich wurden den Kreditinstituten, ebenso wie den Versicherungen und Bausparkassen, Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand eingeräumt.

Die Verbindlichkeiten aus Ausgleichsforderungen sind von 1950 auf 1955 um rund 13 % gestiegen. Die Zunahme beruhte nicht nur darauf, daß in den Zwischenjahren Ausgleichsforderungen erstmalig zuteilt werden mußten; sie erklärt sich vielmehr außerdem aus Berichtigungen in den Umstellungsrechnungen der Gläubigerinstitute. Bis Ende 1960 haben sich dann die Verbindlichkeiten aus Ausgleichsforderungen der Hansestadt um 198 Millionen DM auf 814 Millionen DM ermäßigt. Durch das Gesetz über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957 ist nämlich das Vermögen der Landeszentralbanken mit Wirkung vom 1. August 1957 auf die Deutsche Bundesbank übergegangen; zum Ausgleich des den Ländern damit entstandenen Vermögensverlustes sind vom 1. Januar 1957 ab die aus der Geldumstellung resultierenden Verpflichtungen der Länder aus Ausgleichsforderungen der Landeszentralbanken Bundes-schulden geworden. In Hamburg handelte es sich dabei um einen Betrag, der den Rückgang von 198 Millionen DM ausmachte. Eine weitere Verminderung des Bestandes an Ausgleichsforderungen bis 1964 erfolgte auf Grund von Tilgungen, die vom 30. 6. 1959 an vom Bund erstattet werden. Eine zusätzliche inländische Altverschuldung ist vorübergehend aus den Umstellungsgrundschulden erwachsen, die sich am 31. 3. 1950 auf 13 Millionen DM beliefen. Die Umstellungsgrundschulden sind jedoch durch das Lastenausgleichsgesetz vom 14. 8. 1952 in eine Hypothekengewinnabgabe umgewandelt worden; die entsprechende Abgabeschuld des Landes wird seit 1954 nicht mehr in die Schuldenstandstatistik einbezogen.

Zu den Altschulden rechnen auch die auf der Londoner Schuldenkonferenz 1952 mitgeregelten hambur-

gischen Auslandsvorkriegsschulden. Ab 1960 sind darin auch die Auslandsbondsentschädigungen enthalten; sie beliefen sich 1960 auf 28,9 Millionen DM, 1964 auf 26,1 Millionen DM.

3. Öffentliche Neuschulden

Der weitaus größte Teil der gegenwärtigen Schulden datiert aus der Zeit nach der dem zweiten Weltkrieg in Deutschland gefolgten Währungsreform: Ende 1964 waren 1,5 Milliarden DM oder 65,3 % der Gesamtschulden Hamburgs inländische Neuschulden. Nachkriegs-Auslandschulden hatte die Hansestadt nicht. Kreditgeber für die Hälfte der Neuschulden waren der Bund, der Lastenausgleichsfonds und das ERP-Sondervermögen. Die zweitwichtigste Quelle der öffentlichen Neuverschuldung war der Kreditmarkt. Ein relativ bescheidener Betrag entstammte öffentlichen Sondermitteln. Zurückblickend sah die Struktur der Neuschulden etwas anders aus: Am 31. 3. 1955 entfielen noch zwei Drittel auf die Gebietskörperschaften und den Lastenausgleichsfonds, ein knappes Viertel waren Kreditmarktmittel und 11 % öffentliche Sondermittel.

Tabelle 4

Öffentliche Neuschulden Hamburgs 1950 und 1955 bis 1964 nach Arten

Stichtage	Neuschulden					
	aus Kreditmarktmitteln		bei Gebietskörperschaften, Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen		aus öffentlichen Sondermitteln	
	Millio-nen DM	in % der Neu-schulden ins-gesamt	Millio-nen DM	in % der Neu-schulden ins-gesamt	Millio-nen DM	in % der Neu-schulden ins-gesamt
1	2	3	4	5	6	
31. 3. 1950	1	100	—	—	—	—
31. 3. 1955	107	23	317	66	54	11
31. 3. 1956	111	22	329	66	59	12
31. 3. 1957	158	25	427	66	61	9
31. 3. 1958	288	34	504	60	53	6
31. 3. 1959	374	39	546	56	51	5
31. 12. 1960	311	33	597	62	48	5
31. 12. 1961	384	34	709	62	47	4
31. 12. 1962	392	32	743	62	75	6
31. 12. 1963	490	37	761	58	69	5
31. 12. 1964	712	46	764	50	67	4

Der Zeitraum von der Währungsumstellung 1948 bis etwa 1961 gehört in die Wiederaufbau- und Nachholperiode. Die Beseitigung der Kriegsschäden in Stadt und Hafen, die Unterbringung von Flüchtlingen und Vertriebenen, die Anpassung von Versorgungs- und Entwässerungsanlagen, Wohnungen, Schulen, Straßen, Verwaltungsgebäuden usw. an die um 22 % erhöhte Bevölkerungszahl in Hamburg erforderte erhebliche öffentliche Investitionen. Es ist deshalb kein Wunder, daß die Neuverschuldung in diesen Jahren zugenommen hat. Die Aufwärtsbewegung der Neuschulden wurde bestimmt durch die Verschuldungszunahme beim Bund und Lastenausgleichsfonds zwecks Förderung des sozialen Wohnungsbaues und

durch die vermehrte Inanspruchnahme des Kreditmarktes. Vermutlich wären Fremdmittel in noch größerem Umfang aufgenommen worden, wenn die kassenmäßige Entwicklung, d. h. das Verhältnis der ordentlichen Einnahmen zu den gesamten Ausgaben, in Hamburg nicht lange Zeit so günstig gewesen wäre. Das durchschnittliche Wachstumstempo der Hamburg verbliebenen Steuererträge der Jahre 1955 bis 1964 betrug 10,4 %. In den letzten beiden Jahren wurde dieser Mittelwert allerdings bei weitem nicht mehr erreicht. Ein kräftiges Anziehen der Kreditmarktverschuldung war die Folge; von 1962 auf 1964 machte der Nettozugang allein 322 Millionen DM aus, was einer Zunahme von 82 % entspricht. Entwickeln sich die Steuererträge auch in der kommenden Zeit mit stagnierenden oder gar degressiven Zuwachsraten, dann läßt sich vorhersagen, daß sich das Volumen der auf dem Kreditmarkt eingegangenen Verbindlichkeiten beschleunigt ausdehnen wird. Für 1965 ist im Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg ein allgemeiner Kreditbedarf in Höhe von 300 Millionen DM veranschlagt worden. Die Phase des Wiederaufbaues ist zwar weitgehend abgeschlossen, doch macht die seitdem konsequent befolgte Wachstumspolitik neue große Investitionen der öffentlichen Hand notwendig.

Die vom Bund und Lastenausgleichsfonds überwiegend zur Finanzierung des sozialen Wohnungsbaues gewährten Darlehen werden dagegen in Zukunft kaum mehr erheblich ansteigen, weil sich die Situation auf dem Wohnungsmarkt mehr und mehr zu normalisieren beginnt. Schon in den vergangenen drei Jahren hat sich diese Tendenz bemerkbar gemacht.

Die detaillierte Gliederung der Neuverschuldung nach Art der Schulden veranschaulicht die Struktur der gegenwärtigen Kreditversorgung Hamburgs. Sie gibt zu erkennen, daß nach wie vor die Finanzierung durch öffentliche Gelder überwiegt. Hauptgläubiger der zusammen am 31. 12. 1964 831 Millionen DM betragenden Neuschulden aus öffentlichen Quellen sind mit einem Anteil von 90 % Bund und Lastenausgleichsfonds. Die restlichen 10 % stammen von den Hilfsfiski, insbesondere von der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Verwendungszweck nahezu sämtlicher Schulden aus öffentlichen Mitteln ist die Förderung des sozialen Wohnungsbaues. Diese Wohnungsbaumittel werden von der Hansestadt auf dem Darlehenswege über die Hamburgische Wohnungsbaukasse, als Verwaltungs- und Bewilligungsstelle, den Bauherren zugeführt. Somit stehen den Wohnungsbauschulden Hamburgs die ihm aus dem Weiterleihen der Mittel erwachsenen Darlehensforderungen gegenüber. Die vom Lastenausgleichsfonds gewährten Wohnungsbaudarlehen entspringen größtenteils dem Aufkommen an Soforthilfeabgaben und aus der Hypothekengewinnabgabe. Neben der Finanzierung durch öffentliche Gelder gibt aber auch die Finanzierung über den Kreditmarkt dem heutigen Stand der Nachkriegsverschuldung sein Gepräge. Aus der Aufgliederung in Tabelle 5 geht deutlich hervor, daß Hamburg im allgemeinen nicht den unmittelbaren Weg zum offenen Kapitalmarkt gegangen ist; nur knapp 12 % der Neuschulden aus Kreditmarktmitteln sind durch Anleiheemissionen (Inhaberschuldverschreibungen) entstanden. Hamburg hat sich vielmehr hauptsächlich bei den Kapitalsammelstellen, den Banken, Sparkassen

Tabelle 5

Zusammensetzung der öffentlichen Neuschulden Hamburgs im einzelnen 1955 und 1964

Schuldenarten	Stand 31. 3. 1955		Stand 31. 12. 1964		Veränderung in Millionen DM
	Millio-nen DM	%	Millio-nen DM	%	
	1	2	3	4	
Neuschulden aus Kreditmarkt-mitteln	107	100	712	100	+ 605
davon					
Inhaberschuldverschrei-bungen (Anleihen)	50	47	85	12	+ 35
Schulden bei Banken und Sparkassen	39	36	553	78	+ 414
Schulden bei Versicherungen (ohne Sozialversicherung) und Bausparkassen	12	11	46	6	+ 34
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	1	1	15	2	+ 14
Übrige Neuschulden aus Kreditmarktmitteln	5	5	13	2	+ 8
Neuschulden bei Gebiets-körperschaften, Lasten-ausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen	317	100	764	100	+ 447
davon					
Schulden beim Bund	117	37	508	66	+ 391
davon					
Wohnungsbauschulden beim Bund	106	33	495	65	+ 389
Übrige Schulden beim Bund	11	4	13	1	+ 2
Schulden beim Lasten-ausgleichsfonds	200	63	244	32	+ 44
davon					
Wohnungsbauschulden beim Lastenausgleichs-fonds	200	63	243	32	+ 43
Übrige Schulden beim Lastenausgleichsfonds	—	—	1	0	+ 1
Schulden aus ERP-(ECA)-Mitteln	0	0	12	1	+ 12
Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln	54	100	67	100	+ 13
davon					
Schulden aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeits-vermittlung u. Arbeitslosen-versicherung	30	56	52	78	+ 22
Schulden aus Mitteln sonstiger Träger der Sozial-versicherung	24	44	14	21	— 10
Schulden bei Bundesbahn und Bundespost	0	0	1	1	+ 1

und Versicherungen verschuldet und diesen Institu-ten das Problem der Refinanzierung durch Emission oder Hereinnahme von Spargeldern und Versiche-rungsprämien überlassen. 599 Millionen DM oder 84 % der Nachkriegsverbindlichkeiten aus Kredit-marktmitteln entfielen auf diese Quellen. Hypothe-ken-, Grund- und Rentenschulden und die übrigen Neuschulden aus Kreditmarktmitteln hatten keine große zahlenmäßige Bedeutung.

Rund 10 Jahre früher, am 31. 3. 1955, erreichte das Niveau des öffentlichen Neuschuldenstandes erst 478 Millionen DM. Zu diesem Zeitpunkt war die relative Zu-sammensetzung der Neuschulden noch durch das er-heblich stärkere Übergewicht der öffentlichen Gelder charakterisiert, die einen Anteil von 78 % ausmach-ten. Das Hauptkontingent bildeten auch damals die Wohnungsbaumittel, die der Lastenausgleichsfonds in größerem Umfang als der Bund zur Verfügung stellte. Unter den Schulden aus Kreditmarktmitteln waren die bei den Kapitalsammelstellen und die An-leihen je etwa zur Hälfte vertreten.

In der Schuldenstandstatistik von Bund und Ländern wird das Merkmal „Verwendungszweck“ grundsätz-lich nicht erhoben. Eine Ausnahme hiervon wird bei den von Bund und Lastenausgleichsfonds zur Verfü-gung gestellten Wohnungsbaudarlehen gemacht. Da-

neben ist nur von einigen kleineren Schuldbeträgen die Zweckbindung bekannt. Es ist infolgedessen nicht möglich, Näheres darüber auszusagen, wofür die Kredite beschafft wurden. Hinzu kommt, daß seit Wegfall des Extraordinariums in Haushaltsplan und -rechnung (ab 1960) in Hamburg die Schuldenaufnahme auf dem Kreditmarkt gemäß dem Haushaltsgrundsatz der Gesamtdeckung (Non-Affektations-Prinzip) nicht mehr objektbezogen erfolgte, sondern in der Form allgemeinen Kreditbedarfs zur Finanzierung der „Spitze“ der Gesamtausgaben, die durch andere (ordentliche) Einnahmen sonst nicht mehr hätte gedeckt werden können. Da solche „Spitzen“ insbesondere durch öffentliche Investitionsvorhaben entstehen, bleibt der Zusammenhang zwischen der Kreditbeschaffung und dem finanzwissenschaftlichen Prinzip, wonach die Beschaffung von Geldmitteln im Wege des Kredits nur bei außerordentlichem Bedarf und in der Regel nur für Ausgaben zu werbenden (produktiven) Zwecken vorgesehen ist, indirekt gewahrt. Die Frage, wofür die Schuldaufnahme am Kreditmarkt erfolgte, ist also auch von der Sache her nicht mehr zu beantworten. Das einzige, was man weiß, ist, daß die Kreditbeschaffung irgendwie mit den Investitionen der öffentlichen Hand zusammenhängt.

4. Ländervergleich

Bei einem Vergleich der hamburgischen Ergebnisse aus der Schuldenstandstatistik mit denen der anderen Bundesländer muß man berücksichtigen, daß in der Freien und Hansestadt Hamburg ähnlich wie in Bremen und Berlin (West) staatliche und gemeindliche Tätigkeit nicht getrennt werden. Dementsprechend ist eine sinnvolle Gegenüberstellung der Ergebnisse grundsätzlich nur möglich, wenn vorher staatliche und kommunale Schulden der Länder jeweils zu einer Größe zusammengezogen werden. In Tabelle 6 und im Schaubild wurde so verfahren.

Zwecks Ausschaltung von Doppelzählungen ist der Stand der Passiv-Kredite bei Gebietskörperschaften

vermindert worden um die wechselseitige Verschuldung der Länder, der Gemeinden sowie um die Verschuldung zwischen Ländern und Gemeinden.

Weiter ist bei einem Vergleich die regional unterschiedliche Handhabung des sozialen Wohnungsbaus zu bedenken. Ein Teil der Gemeinden führt den sozialen Wohnungsbau in eigener Regie durch; viele Gemeinden bedienen sich aber dazu der von ihnen ins Leben gerufenen gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften. Die Schulden dieser Wohnungsbaugesellschaften sind nur teilweise als aufgenommene und weitergereichte Darlehen auch im Schuldenstand der betreffenden Gemeinde und damit im zusammengefaßten Schuldenstand des Landes und seiner Gemeinden enthalten. Oft übernehmen Gemeinden, die den sozialen Wohnungsbau nicht selbst durchführen, langfristige Annuitätsverpflichtungen, durch die sie, obwohl nicht selbst Darlehensschuldner, de facto genau so stark oder unter Umständen sogar stärker belastet sein können als andere Gemeinden, die de jure als Schuldner der Wohnungsbaukredite in Erscheinung treten. In Hamburg zum Beispiel wurde der Wohnungsbau u. a. durch Einsatz der weiter oben schon erwähnten 1c-Hypotheken auch auf diese Weise gefördert.

Ferner ist bei einer länderweisen Gegenüberstellung des aggregierten Schuldenstands zu berücksichtigen, daß die Verkehrs- und Versorgungsbetriebe der Gemeinden als Eigenbetriebe oder als juristisch selbständige Eigengesellschaften bzw. gemischtwirtschaftliche Unternehmen organisiert sein können; die Verbindlichkeiten der rechtlich unselbständigen Eigenbetriebe werden in der Schuldenstandstatistik miterhoben, die der Gesellschaftsunternehmen dagegen nicht. Der Versorgungs- und Verkehrssektor wird in Hamburg von Kapitalgesellschaften bedient; somit sind im Schuldenstand der Hansestadt die Passiva der Hamburgischen Electricitäts-Werke AG, der Hamburger Gaswerke GmbH, der Hamburger Wasserwerke GmbH, des HEW-Pumpspeicherwerk GmbH und der Hamburger Hochbahn AG nicht enthalten.

Tabelle 6

Zusammengefaßte staatliche und kommunale Schulden in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland Stand 31. 12. 1964

(Die Zahlen in Klammern bezeichnen die Rangfolge in den jeweiligen Werten)

Länder	Gesamtschulden 1)			darunter Neuschulden		darunter Neuschulden aus Kreditmarktmitteln	
	Millionen DM	in % des Sozialprodukts 2)	je Einwohner in DM	Millionen DM	je Einwohner in DM	Millionen DM	je Einwohner in DM
	1	2	3	4	5	6	7
1. Hamburg	2 364 (3)	11 (2)	1 273 (10)	1 543 (3)	831 (7)	712 (3)	383 (4)
2. Bremen	659 (1)	10 (1)	900 (4)	526 (1)	718 (4)	222 (1)	303 (2)
3. Berlin (West)	5 389 (7)	34 (11)	2 449 (11)	4 734 (7)	2 152 (11)	390 (2)	177 (1)
4. Schleswig-Holstein ...	2 736 (4)	19 (10)	1 137 (8)	2 469 (4)	1 026 (9)	1 062 (5)	441 (6)
5. Niedersachsen	6 522 (8)	15 (8)	951 (6)	5 600 (8)	817 (6)	3 074 (7)	448 (7)
6. Nordrhein-Westfalen .	13 574 (11)	11 (3)	820 (2)	11 509 (11)	695 (2)	5 963 (11)	360 (3)
7. Hessen	5 376 (6)	14 (6)	1 057 (7)	4 625 (6)	909 (8)	3 210 (8)	631 (10)
8. Rheinland-Pfalz	2 867 (5)	15 (7)	809 (1)	2 481 (5)	700 (3)	1 610 (6)	454 (8)
9. Baden-Württemberg .	7 672 (9)	13 (4)	929 (5)	6 201 (9)	751 (5)	3 765 (9)	456 (9)
10. Bayern	8 226 (10)	13 (5)	825 (3)	6 586 (10)	660 (1)	4 228 (10)	424 (5)
11. Saarland	1 273 (2)	19 (9)	1 139 (9)	1 272 (2)	1 139 (10)	757 (4)	678 (11)

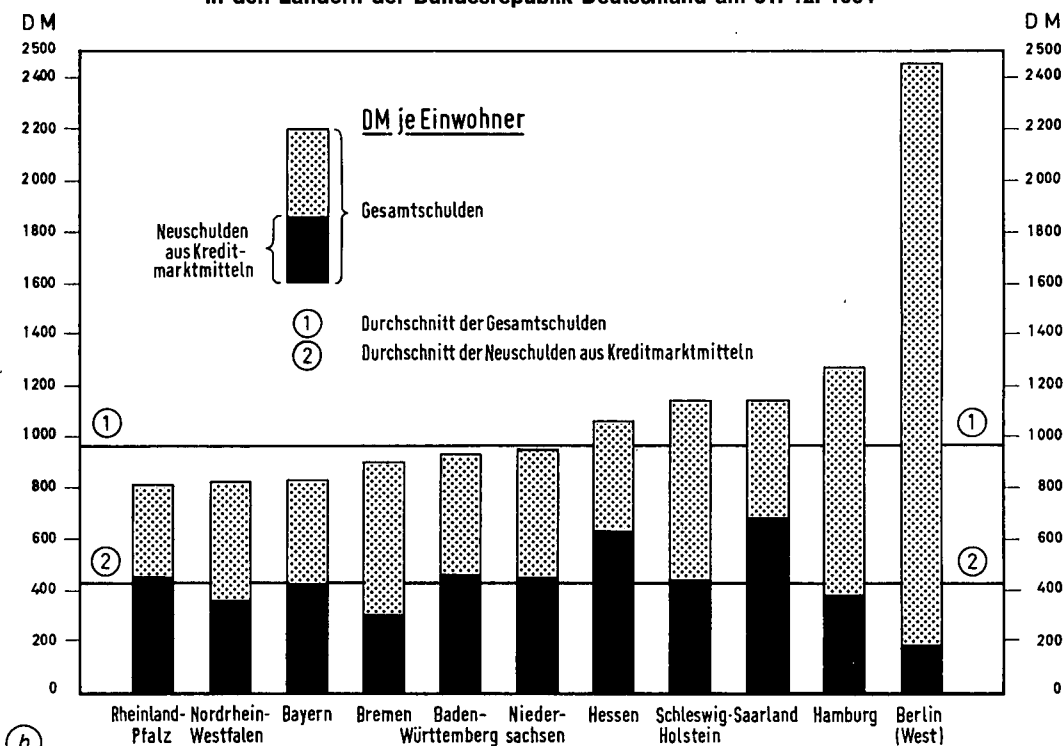
1) Einschließlich Schulden beim Bund, Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen; ausschließlich Kassenkredite.

2) Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen.

Ordnet man die Bundesländer nach der Höhe ihrer Gesamtverschuldung Ende 1964 (Tabelle 6, Spalte 1, Rangziffern in Klammern), dann fällt zunächst die beträchtliche Spannweite zwischen dem niedrigsten (Bremen) und dem höchsten Wert (Nordrhein-Westfalen) auf; sie beträgt 12,9 Milliarden DM. Bremen hatte also von allen Ländern den absolut niedrigsten Gesamtverschuldenstand, Nordrhein-Westfalen den absolut höchsten. Das ist natürlich zur Hauptsache auf die stark unterschiedlichen Einwohnerzahlen zurückzuführen; Bremen zählte am 31. 12. 1964 732 600 Einwohner, Nordrhein-Westfalen 16 554 300. Auch die zwischen den beiden Randwerten liegenden Verschuldenstände steigen im großen und ganzen mit den Einwohnerzahlen der entsprechenden Länder an. Berlin (West) macht da wegen seiner besonderen Situation im geteilten Deutschland eine Ausnahme. Hamburgs Verschuldungssumme war die drittniedrigste. Die bloße Rangfolge nach der Höhe der absoluten Verschuldenbestände sagt aber noch nicht allzuviel aus. Es müssen gemeinsame Bezugsgrößen herangezogen werden, wenn man die Verschuldenbelastung der einzelnen Länder feststellen und vergleichen möchte. Hierzu eignen sich das So-

zialprodukt und die Bevölkerungszahl. Tabelle 6 zeigt, daß der Stand der zusammengefaßten staatlichen und kommunalen Verschulden in % des Sozialprodukts in den Ländern eine andere Rangfolge hat als der absolute Verschuldenstand. Die nominell stärkste Belastung seiner Wirtschaftskraft durch Verschulden erfährt Berlin (West), die schwächste Bremen. Auch die nominelle Belastung der hamburgischen Wirtschaftskraft durch Verschulden ist vergleichsweise klein. Die höchste Pro-Kopf-Schuldenlast tragen mit 2 449 DM die Einwohner von Berlin (West), die zweithöchste mit 1 273 DM die Einwohner Hamburgs und die kleinste mit 809 DM die Einwohner von Rheinland-Pfalz. Die durchschnittliche Verschuldenbelastung (Gesamtverschulden je Einwohner im Bundesgebiet) in Höhe von 967 DM wurde von den Ländern Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Bayern, Bremen, Baden-Württemberg und Niedersachsen unterschritten, von den Ländern Hessen, Schleswig-Holstein, Saarland, Hamburg und Berlin (West) überschritten. Wenn in diesem Zusammenhang von Verschuldenbelastung gesprochen wird, dann nur im Sinne einer finanzrechtlichen (vgl. IV. 1).

Stand der zusammengefaßten staatlichen und kommunalen Verschulden 1) sowie der Neuschulden aus Kreditmarktmitteln in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland am 31. 12. 1964



1) einschl. Verschulden beim Bund, Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen; ausschl. Kassenkredite.

Statistisches Landesamt Hamburg

Die Reihenfolge der Länder bei den Neuschulden in absoluten Beträgen ist die gleiche wie bei den Gesamtverschulden. Etwas anders ist sie hingegen bei der Unterart „Neuschulden aus Kreditmarktmitteln“. Bremen und Nordrhein-Westfalen sind zwar nach wie vor am unteren bzw. oberen Ende der Skala placiert, die Reihenfolge der meisten übrigen Länder hat dagegen gewechselt. Dem absoluten Betrage nach gehört Ham-

burg zu den vier Ländern, deren Kreditmarktverbindlichkeiten noch unter der Milliardengrenze lagen. Je Einwohner gerechnet schwankte die öffentliche Kreditmarktverschuldung Ende 1964 zwischen 177 DM (Berlin [West]) und 678 DM (Nordrhein-Westfalen), während im Durchschnitt 427 DM auf einen Einwohner kamen. Hamburg blieb mit einem Kopfbetrag von 383 DM unter dem Durchschnitt. Die außerordentlich niedrige

Kreditmarktverschuldung bezogen auf den Kopf der Bevölkerung einer so großen Stadt wie Berlin (West) läßt sich damit erklären, daß Berlin (West) beträchtliche Zuschüsse und Darlehen vom Bund bekommt, die weit über das hinausgehen, was ihm zufließen würde, wenn es in das System des Länderfinanzausgleichs einbezogen wäre. In Zukunft wird sich das voraussichtlich ändern, weil der Bund das Land Berlin (West) mit einem Teil des Zuschußbedarfs auf den Kapitalmarkt verweist; da der Bund jedoch gleichzeitig den Schuldendienst für diese Kreditaufnahmen übernimmt, wird die Verschuldung des Landes Berlin (West) insoweit nicht mit der der übrigen Länder vergleichbar sein.

5. Öffentlicher Schuldendienst

Die öffentliche Hand muß die ihr leihweise überlassene Kaufkraft wie jeder private Kreditnehmer im Laufe der Zeit zurückzahlen und den Preis für die Kreditnutzung (Zins) entrichten. Die entsprechenden Zahlungen machen den einen Teil des Schuldendienstes aus. Der andere Teil resultiert aus den Verbindlichkeiten der Währungsreform. Der öffentliche Schuldendienst, wie er in der Statistik der Staatsfinanzen nachgewiesen wird, umfaßt demzufolge die Tilgung (Amortisation) und die Verzinsung der Schulden, nicht aber die Geldbeschaffungskosten (z. B. Bankprovisionen). Im Gegensatz zum Schuldenstand ist der Schuldendienst statistisch keine Bestands- sondern eine Bewegungsmasse. Referenzperiode ist das jeweilige Haushaltsjahr.

Schuldzinsen und Tilgungsleistungen werden aus den allgemeinen Deckungsmitteln bestritten. In Hamburg ist bei der Mittelbeschaffung für die öffentliche Schuldenbedienung kein Tilgungsfonds zwischengeschaltet. Eine Ausnahme hiervon besteht nur für die Auslandsvorkriegsschulden, für die eine sogenannte Schuldendienstrücklage angesammelt wurde. Diese Schuldendienstrücklage ist außerdem dazu bestimmt, die Inanspruchnahmen aus Bürgschaften und sonstigen Sicherheitsleistungen zu decken.

Wie Tabelle 7 zu entnehmen, betragen in 1964 die gesamten Aufwendungen Hamburgs für den öffentlichen Schuldendienst 116 Millionen DM. Gemessen am Gesamtschuldenstand waren das 4,9 %, in Relation zu den Gesamtausgaben nur 3,1 %. Der Schuldendienst fällt also unter die „kleinen“ Ausgabeposten des Haushalts.

Einen weiteren Anhaltspunkt über den Verschuldungsgrad gewinnt man durch Inbeziehungsetzung der Schuldendienstleistungen zu ihrer Hauptfinanzierungsquelle, den Steuereinnahmen. Die Finanzverwaltungen gehen neuerdings auch dazu über, den Schuldendienst mit den nach Abzug des Bundesanteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer, der Gewerbesteuerzuschüsse, der Ablieferungen an den Lastenausgleichsfonds nach § 6 LAG und nach Abzug des Beitrags zum Länderfinanzausgleich verbleibenden Steuereinnahmen in Beziehung zu setzen (siehe Tabelle 7 Spalte 4). Die obere Schuldendienstgrenze ist danach erreicht, wenn diese Kennzahl für den Verschuldungsgrad 10 % bis 15 % beträgt. Eine weitere Erhöhung kann nur unter besonderen Voraus-

Tabelle 7

Entwicklung des öffentlichen Schuldendienstes in Hamburg
1950 bis 1964

Jahre 1)	Schuldendienst											
	insgesamt				davon							
	in % der				Tilgungen			Zinsen				
	Millionen DM	öffentliche Gesamtverschuldung	öffentliche Gesamtausgaben	Steuereinnahmen 2)	insgesamt			darunter von			insgesamt	darunter für Ausgleichsforderungen
					Millionen DM	in % des Schuldendienstes insgesamt	Ausgleichsforderungen	Schulden beim Bund u. Lastenausgleichsfonds	Schulden auf dem Kreditmarkt	Millionen DM		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
1950	39	4	4	8	4	10	—	—	1	35	90	33
1951	42	4	4	7	5	12	—	—	1	37	88	36
1952	51	4	5	8	13	25	2	2	5	38	75	35
1953	79	6	6	10	38	48	2	5	30	41	52	32
1954	81	6	6	10	35	43	2	6	9	46	57	34
1955	76	5	5	9	22	29	3	8	8	54	71	40
1956	74	5	4	8	27	36	11	10	5	47	64	29
1957	110	6	5	11	55	50	13	11	30	55	50	30
1958	122	7	5	10	68	56	11	12	37	54	44	30
1959	98	5	4	7	40	41	10	12	13	58	59	28
1960	139	8	7	13	80	58	10	7	61	59	42	26
1961	103	5	4	6	46	45	10	12	20	57	55	25
1962	115	6	3	6	56	49	10	14	27	59	51	26
1963	117	5	3	6	58	50	11	14	30	59	50	26
1964	116	5	3	6	50	43	11	12	22	66	57	24

1) 1950 bis 1959 jeweils vom 1. 4. bis 31. 3., 1960 (Rumpfrechnungsjahr) vom 1. 4. 1960 bis 31. 12. 1960, 1961 bis 1964 jeweils vom 1. 1. bis 31. 12. 2) Netto, d. h. nach Abzug des Bundesanteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer, der Gewerbesteuerzuschüsse, der Ablieferungen an den Lastenausgleichsfonds nach § 6 LAG und des Beitrags zum Länderfinanzausgleich.

setzungen verantwortet werden. Folgt man dieser Praxis, dann war in Hamburg 1964 mit 5,6 % die Höchstgrenze für den öffentlichen Schuldendienst noch lange nicht erreicht. Die Ansichten über das als adäquat anzusehende prozentuale Verhältnis der Schuldendienstzahlungen zu den Steuereinnahmen divergieren aber im finanzwissenschaftlichen Schrifttum. Von einer allgemein anerkannten diesbezüglichen Schuldendienstgrenze kann deshalb noch nicht die Rede sein. Im Zusammenhang mit der Schuldendienstgrenze von der Einnahmeseite her ist aber immer der Gesichtspunkt im Auge zu behalten, daß der Aufwand für Verzinsung und Tilgung mit der dauernden Leistungsfähigkeit (Steuerkraft) der Hansestadt in Einklang stehen muß.

Die Ausgaben im Rahmen des statistisch erfaßten Schuldendienstes 1964 setzten sich zusammen aus 66 Millionen DM (= 57 % der Gesamtleistungen) Zinsen sowie 50 Millionen DM (= 43 % der Gesamtleistungen) Tilgungen. Die im finanzwirtschaftlichen Sinne approximativ bereinigte Zinsbelastung war allerdings um bald ein Drittel größer. Zwar sind rund 3 Millionen DM Zinsen für die Wohnungsbaudarlehen vom Bund und Lastenausgleichsfonds und rund 10 Millionen DM Ersatzleistungen der Länder für Ausgleichsforderungszinsen abzusetzen, dafür erhöht sich der Zinsbetrag um die eigenen Zinszuschüsse Hamburgs zur Subventionierung des sozialen Wohnungsbaues (1c-Hypotheken) um 33 Millionen, so daß 1964 die effektive Zinsbelastung 86 Millionen DM ausmachte. Die Zinsen für Ausgleichsforderungen ermäßigen sich weiter ab 1967: Nach der gesetzlichen Neuregelung über die Verteilung der Aufwendungen für die Ausgleichsforderungen ist eine Erstattung von 50 % der Zinsaufwendungen durch den Bund ab 1. Januar 1967 vorgesehen.

Die im finanzwirtschaftlichen Sinne approximativ bereinigten Amortisationszahlungen waren hingegen 1964 um rund ein Drittel niedriger. Von den statistisch erfaßten 50 Millionen DM Tilgungen sind nämlich 11 Millionen DM Tilgungen auf Ausgleichsforderungen, die vom Bund erstattet wurden und 9 Millionen DM Tilgungen auf Wohnungsbaudarlehen vom Bund und Lastenausgleichsfonds, die vom letzten Darlehensnehmer erstattet wurden, abzusetzen und nur rund 4 Millionen DM Tilgungszuschüsse für die Subventionierung des sozialen Wohnungsbaues (1c-Hypotheken) hinzuzurechnen, so daß die finanzwirtschaftliche Annuitätslast 1964 34 Millionen DM betrug. Per Saldo lag also der analog zum öffentlichen Gesamtschuldenstand approximativ bereinigte öffentliche Schuldendienst mit 120 Millionen DM um 4 Millionen DM oder gut 3 % höher als der Schuldendienst auf Grund der Verbindlichkeiten, für welche die Hansestadt Ende 1964 selbst als Schuldner zeichnete. Obwohl also der finanzwirtschaftliche Gesamtschuldenstand 1964 erheblich unter dem finanzrechtlichen lag, war der finanzwirtschaftliche Schuldendienst höher als der finanzrechtliche. Der Grund für diesen auf den ersten Blick para-

doxen Sachverhalt ist natürlich bei den unterschiedlichen Zinskonditionen der im Zuge der Bereinigung ab- bzw. zuzusetzenden Verbindlichkeiten zu suchen; so sind beispielsweise die wegzulassenden Wohnungsbaudarlehen niedrig, die einzubeziehenden 1c-Hypotheken dagegen hoch verzinst. Dementsprechend wirkt sich die Bereinigung des Schuldendienstes auf die weiter oben dargestellten Kennzahlen über den finanzrechtlichen Verschuldungsgrad 1964 leicht erhöhend aus. Sie lauten jetzt:

$$\frac{\text{Finanzwirtschaftl. Schuldendienst}}{\text{Finanzwirtschaftl. Gesamtschuldenstand}} \cdot 100 = 6,9\%$$

$$\frac{\text{Finanzwirtschaftl. Schuldendienst}}{\text{Gesamtausgaben}} \cdot 100 = 3,2\%$$

$$\frac{\text{Finanzwirtschaftl. Schuldendienst}}{\text{Verbleibende Steuereinnahmen}} \cdot 100 = 5,8\%$$

Vergleicht man die Entwicklung des finanzrechtlichen Schuldendienstes mit der des finanzrechtlichen Gesamtschuldenstandes, dann ist zu erkennen, daß sich das Niveau der Schuldendienstleistungen von 1950 auf 1964 stärker angehoben hat als das der Gesamtschulden innerhalb besagter Zeitspanne; setzt man die entsprechenden Werte von 1950 = 100, so ergibt sich für den Schuldendienst 1964 die Maßzahl 297 und für den Gesamtschuldenstand die Maßzahl 245. Demgemäß war auch das durchschnittliche (geometrisch gemittelte) Wachstumstempo beim Kapitaldienst größer, es betrug 8,1 %. Die Gesamtverschuldung wuchs dagegen im Durchschnitt der Jahre (geometrisch gemittelt) um nur 6,6 %. Die durchschnittliche Zuwachsrate darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß der öffentliche Schuldendienst nicht kontinuierlich und gleichmäßig zugenommen hat. Insbesondere die stärkeren Schwankungen in der Entwicklung der Annuitäten haben den zeitlichen Verlauf des Schuldendienstes beeinflußt. Am unregelmäßigsten hat sich die Tilgung von Schulden auf dem Kreditmarkt entwickelt. Außerplanmäßige Tilgungen in Höhe von rund 25 Millionen DM (u. a. Auslandsvorkriegsschulden und Darlehen, die für rechtlich unselbständige Wirtschaftsbetriebe aufgenommen worden waren) haben den abrupten Anstieg von 1952 auf 1953 bewirkt. Der erneute kräftige Anstieg in den Haushaltsjahren 1957/58 war auf die Rückzahlung der am 1. Februar 1958 fälligen 1. Ausgabe (25 Millionen DM) sowie der am 2. Mai 1958 fälligen 2. Ausgabe (ebenfalls 25 Millionen DM) der 5 % Staatsanleihe der Freien und Hansestadt Hamburg von 1952 zurückzuführen. Den bisherigen Höchstbetrag erreichte der Tilgungsdienst für Schulden auf dem Kreditmarkt 1960, als u. a. die 7 % igen dreijährigen Schatzanweisungen von 1957 mit 30 Millionen DM und die 7 1/2 % Staatsanleihe der Freien und Hansestadt Hamburg von 1956 mit rund 17 Millionen DM getilgt wurden.

IV. Zusammenfassung

Ende 1964 betrug die öffentliche Gesamtverschuldung der Freien und Hansestadt Hamburg 2,4 Milliarden DM; rund ein Drittel davon waren Altschulden aus der Zeit bis zur Währungsreform im Jahre 1948, rund zwei Drittel Neuschulden aus der Zeit nach der Währungsreform. Je Einwohner gerechnet belief sich die öffentliche Schuldsumme auf 1 273 DM. Im Vergleich zu den anderen Bundesländern entfiel damit auf Hamburg der zweithöchste Kopfbetrag der Gesamtverschuldung. Läßt man dagegen die Altschulden und die zu den Neuschulden gehörenden Wohnungsbaudarlehen von Bund und Lastenausgleichsfonds unberücksichtigt, weil diese den Haushalt letztlich nur zu einem kleinen Teil nachhaltig belasten, und vergleicht nur den Stand der Neuschulden aus Kreditmarktmitteln in DM je Einwohner, dann war Hamburgs Schuldsumme die viertniedrigste, sie lag um fast 10 % unter dem entsprechenden Bundesdurchschnitt.

Die gesamten Aufwendungen Hamburgs für den öffentlichen Schuldendienst erreichten in 1964 einen Betrag von 116 Millionen DM. Gemessen am Gesamtschuldenstand waren das 5 %, in Relation zu den öffentlichen Gesamtausgaben nur 3 %. Der Schuldendienst fällt also noch unter die „kleinen“ Ausgabenposten des Haushalts. Die geplante stärkere Inanspruchnahme des Kapitalmarktes wird aber schon in den nächsten Jahren das Volumen des Schuldendienstes beträchtlich ausweiten.

Der Schuldendienst setzte sich 1964 aus 66 Millionen DM (= 57 % der Gesamtleistungen) Zinsen sowie 50 Millionen DM (= 43 % der Gesamtleistungen) Tilgungen zusammen.

Von 1950 auf 1964 ist der öffentliche Gesamtschuldenstand um das Anderthalbfache, der öffentliche Schuldendienst um das Doppelte gestiegen.

Francisco Villalaz

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Juli 1964	Juli 1965	Juni 1965
	1938	1950	1964			
Meteorologische Beobachtungen in Hamburg						
1. Mittelwerte 1)						
Luftdruck, mm	761,7	758,82)	763,12)	762,72)	757,92)	761,02)
Lufttemperatur, °C	9,3	7,9	9,0	17,5	15,2	16,1
Relative Luftfeuchtigkeit, %	82	82	77	73	77	68
Windstärke 3)			3	3	3	3
Bewölkung 4)	6,7	7,2	7	6	7	7
2. Summenwerte 5)						
Niederschlagsmenge, mm	562,0	857,6	658	58	178	54
Sonnenscheindauer, Std.	1 622,9	1 743,2	1 519	185	158	217
Tage ohne Sonnenschein	88	76	107	1	4	2
Tage mit Niederschlägen	160	221	205	23	27	17
Bevölkerung						
1. Bevölkerungsstand (in 1000) 6)						
Bezirk Hamburg-Mitte	435,8	242,2	289,8	289,9 r	288 p	288 p
Altona	220,3	272,7	266,7	266,5 r	264 p	265 p
Eimsbüttel	244,5	252,0	261,8	261,6 r	265 p	265 p
Hamburg-Nord	424,1	358,9	409,3	409,2 r	401 p	402 p
Wandsbek	166,7	221,9	352,2	352,3 r	357 p	357 p
Bergedorf	52,6	82,4	79,7	79,8 r	83 p	82 p
Harburg	135,7	172,4	197,2	197,3 r	199 p	198 p
* Hamburg insgesamt (am Monatsende)	1 679,7	1 602,5	1 856,7	1 856,6 r	1 857 p	1 857 p
dav. männlich	788,8	750,3	860,0	860,1 r	862 p	862 p
weiblich	890,9	852,2	996,7	996,5 r	995 p	995 p
dar. Ausländer 7)	16,6	19,9	56,7	57,0	59,2	58,6
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung						
* Eheschließungen	1 447	1 414	1 537 p	2 007 r	1 920 p	1 500
* Eheschließungen auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	10,3	10,7	9,9 p	12,7	12,2 p	9,8
Ehescheidungen	266	434	331 p	352 r	350 p	349 r
* Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern dar. unehelich	2 346	1 448	2 311 p	2 370 r	2 140 p	2 213 r
* Lebendgeborene auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	209	154	161 p	153 r	130 p	148 r
* Lebendgeborene auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	16,8	10,9	14,9 p	15,9 r	13,6 p	14,5
Unehelich Geborene % der Geborenen	9,1	10,8	7,0 p	6,5 r	6,1 p	6,8 r
Totgeborene % der Geborenen	2,1	1,9	1,0 p	0,8 r	0,8 p	0,9
* Gestorbene Ortsansässige	1 702	1 389	1 986 p	1 831 r	1 890 p	1 943 r
* dar. unter 1 Jahr alt	118	64	44 p	43 r	25 p	26 r
70 und mehr Jahre alt	657	631	1 139 p	1 018 r	1 100 p	1 170
* Gestorbene Ortsansässige auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	12,2	10,5	12,8 p	11,6 r	12,0 p	12,7
* Gestorbene Säuglinge auf 1000 Lebendgeborene 8)	50,6	43,5	19,0 p	17,8 r	11,7 p	11,7 r
* Geburtenüberschuß (+) bzw. Sterbeüberschuß (-)	+ 644	+ 59	+ 325 p	+ 539 r	+ 250 p	+ 270 r
3. Wanderungen						
* Zugezogene Personen von außerhalb Hamburgs	8 126	7 661	5 989	5 802 r	5 800 p	5 500 p
* Fortgezogene Personen n. außerh. Hamburgs	7 788	2 174	6 081	6 211 r	6 200 p	5 700 p
* Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	+ 338	+ 5 487	- 92	- 409 r	- 400 p	- 200 p
dav. männlich	.	+ 2 533	+ 60	- 112 r	- 100 p	- 100 p
weiblich	.	+ 2 954	- 152	- 297 r	- 300 p	- 100 p
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs	31 889	19 751	14 233	13 087	14 389	14 085
Nach Gebieten						
a) Herkunft						
Schleswig-Holstein	.	2 668	1 525	1 357 r	1 400 p	1 400 p
dar. angrenzende Kreise 9)	.	1 311	798	690 r	700 p	900 p
Niedersachsen	.	1 854	1 108	1 035 r	1 000 p	1 100 p
dar. angrenzende Kreise 10)	.	567	260	246 r	300 p	300 p
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	.	1 214 ¹¹⁾	1 932	1 859 r	1 600 p	1 600 p
Sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung	.	1 072	118	129 r	100 p	100 p
Ausland	.	485	1 218	1 326 r	1 600 p	1 200 p
Unbekannt	.	368	88	96 r	100 p	100 p
b) Ziel						
Schleswig-Holstein	.	718	2 104	2 141 r	2 100 p	2 100 p
dar. angrenzende Kreise 9)	.	457	1 426	1 408 r	1 400 p	1 300 p
Niedersachsen	.	449	1 178	1 232 r	1 200 p	1 200 p
dar. angrenzende Kreise 10)	.	131	466	512 r	500 p	300 p
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	.	764 ¹¹⁾	2 137	2 108 r	2 100 p	1 800 p
Sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung	.	89	9	10 r	.	.
Ausland	.	142	628	688 r	700 p	500 p
Unbekannt	.	12	25	32 r	.	.

1) Errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — 2) Reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — 3) 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — 4) Bewölkungsgrade: 0 bis 10 (0 = wolkenlos, 10 = volle Bewölkung). — 5) 1938, 1950 und 1964 handelt es sich um Jahreswerte. — 6) Für 1938 und 1950 nach dem Stand der Volkszählungen vom 17. 5. 1939 und 13. 9. 1950. Ab 1962 Fortschreibungsergebnisse auf der Basis der Volkszählung 1961. — 7) Ab 1950 nach den Angaben der Polizei Hamburg. — 8) Berechnet unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung. — 9) Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — 10) Landkreise Harburg und Stade. — 11) Einschl. Sowjetsektor von Berlin.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Juli 1964	Juli 1965	Juni 1965
	1938	1950	1964			
Gesundheitswesen						
1. Krankenanstalten in Hamburg						
a) Öffentliche Krankenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende 1)	9 464	12 742	11 726	11 707	11 756	11 756
Krankenverpflegungstage	221 711	321 088	276 036	270 786	270 577	262 506
Bettenausnutzung in % 2)	77,1	86,8	82,0	79,5	78,9	79,3
b) Gemeinnützige Krankenanstalten 3)						
Bettenbestand am Monatsende 1)	4 339	4 690	4 487	4 441	4 575	4 571
Krankenverpflegungstage	98 261	126 293	118 507	114 676	120 249	117 877
Bettenausnutzung in % 2)	74,5	88,6	87,0	84,1	85,7	86,2
c) Privatkanenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende 1)		409	674	684	770	770
Krankenverpflegungstage		8 983	17 377	17 966	18 776	19 223
Bettenausnutzung in % 2)		60,1	82,8	81,9	77,1	81,1
2. Hamburgische Krankenanstalten außerhalb Hamburgs						
a) Öffentliche Krankenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende 1)	189	2 260	885	885	885	885
Krankenverpflegungstage	4 705	61 801	22 025	23 033	22 005	21 303
Bettenausnutzung in % 2)	81,8	91,5	81,7	84,0	83,3	83,3
b) Tbc-Heilstätten						
Bettenbestand am Monatsende 1)	833	1 645	1 117	1 110	1 070	1 070
Krankenverpflegungstage	23 649	48 679	26 643	26 852	26 222	25 158
Bettenausnutzung in % 2)	93,5	97,4	82,4	82,8	86,4	84,6
3. Anstalten für Geistesranke						
a) Öffentliche Krankenanstalten in Hamburg						
Bettenbestand am Monatsende	2 898	1 388	1 743	1 743	1 743	1 743
Krankenverpflegungstage	86 354	29 261	49 207	50 179	48 752	46 543
Bettenausnutzung in % 2)	98,0	75,1	93,2	92,9	90,7	89,5
b) Gemeinnützige Krankenanstalten in Hamburg						
Bettenbestand am Monatsende	1 613	1 218	1 291	1 288	1 278	1 278
Krankenverpflegungstage	48 883	36 598	39 742	39 496	38 962	37 677
Bettenausnutzung in % 2)	99,7	98,8	98,4	98,9	98,3	98,3
c) Krankenanstalten außerhalb Hamburgs						
Bettenbestand am Monatsende	—	1 420	1 329	1 276	1 477	1 475
Krankenverpflegungstage	—	35 400	38 630	38 244	40 464	43 335
Bettenausnutzung in % 2)	—	68,4	96,0	96,7	88,3	97,9
4. Gestorbene nach wichtigen Todesursachen						
Gestorbene insgesamt	1 702	1 389	1 986 p	1 831 r	1 890 p	1 943 r
dar. Tuberkulose der Atmungsorgane	82	48	20 p	18	.	20
Krebs	240	285	416 p	442	.	392
Gehirnblutungen	136	172	218 p	200	.	225
Herzkrankheiten	232	269	455 p	430	.	462
Lungenentzündung	103	47	41 p	37	.	33
Freitod	62	50	45 p	35	.	22
Verkehrsunfälle	22	20	42 p	40	.	34
Andere Verunglückungen	48	41	56 p	59	.	64
Kulturpflege						
1. Lichtspieltheater						
Theater	104	104	103	100	99	101
Plätze	66 691	47 891	55 398	54 024	53 301	54 203
Besucher	1 931 580	1 854 754	1 034 669	1 010 967	1 101 219	807 181
2. Rundfunk und Fernsehen						
Tonrundfunkteilnehmer 4)	361 531	407 741	660 198	657 118	666 933	666 892
Fernsehrundfunkteilnehmer	—	—	414 621	411 958	454 140	453 025
Öffentliche Sozialleistungen						
Soziale Krankenversicherung 5)						
Mitglieder						
dav. Pflichtmitglieder	452 518	694 658	683 058	685 489	682 040	682 632
Rentner		486 742	438 839	441 992	432 153	432 696
Freiwillige Mitglieder	64 028	171 139	173 306	172 781	174 887	175 015
Krankenstand der Pflichtmitglieder insgesamt	15 541	36 777	70 913	70 716	75 000	74 921
dav. männlich	9 091	15 825	26 191	22 891	21 289	23 198
weiblich	6 450	10 123	17 399	15 108	14 191	15 199
dav. 8 792		5 702	8 792	7 783	7 098	7 999
Soziale Rentenversicherung						
Rentenempfänger						
dav. Rentenversicherung der Arbeiter	94 346 ⁶⁾	153 175	311 553	309 493	213,379	320 391
Rentenversicherung der Angestellten		106 248	206 259	205 785		212 867
Ausgezählte Renten in DM		46 927	105 294	103 708		107 524
dav. Rentenversicherung der Arbeiter		28 880 000	73 950 843	73 544 967		82 911 841
Rentenversicherung der Angestellten		18 350 000	41 995 260	41 929 871	47 211 651	47 080 060
		10 530 000	31 955 583	31 615 096		35 831 781

1) Ohne Säuglingsbetten. — 2) Ohne gesperrte Betten. — 3) 1938 einschl. Privatkanenanstalten. — 4) 1938- und 1950 Postamtsbezirk Hamburg. — 5) Nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse. — 6) Stand 1. 1. 1940.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Juli 1964	Juli 1965	Juni 1965
	1938	1950	1964			
Arbeitsmarkt						
1. Angebot und Nachfrage						
* Arbeitslose	29 908	90 831	4 606	3 541	2 543	2 865
dav. männlich	23 937	56 428	2 992	2 362	1 841	2 044
weiblich	5 971	34 403	1 614	1 179	702	821
Offene Stellen	31 522	1 789	22 324	26 986	30 199	30 007
dav. männlich	21 009	744	12 049	15 199	15 839	15 353
weiblich	10 513	1 045	10 275	11 787	14 360	14 654
Stellenvermittlung in Beschäftigung über 7 Tage 1)	16 088	21 006	6 233	5 832	5 441	4 619
dav. männlich	11 107	13 007	4 257	4 022	3 860	3 408
weiblich	4 981	7 999	1 976	1 810	1 581	1 211
Stellenvermittlung in Beschäftigung bis zu 7 Tagen	9 175	24 625	17 738	23 787	11 260	11 847
dav. männlich	7 544	23 585	17 080	23 094	10 785	11 247
weiblich	1 631	1 040	658	693	475	600
Arbeitsuchende am Monatsende 2)	35 944	94 886	9 988	8 716	7 211	8 150
dav. männlich	28 215	59 355	6 583	5 924	4 958	5 993
weiblich	7 729	35 531	3 405	2 792	2 253	2 157
2. Die Arbeitslosen						
Berufsgruppen insgesamt	29 908	90 831	4 606	3 541	2 543	2 865
dar. Bauberufe	.	6 710 ³⁾	177	34	24	32
Metallerzeuger und -verarbeiter	.	6 766 ³⁾	69	43	47	50
Elektriker	.	1 627 ³⁾	33	24	16	21
Chemiker	.	1 879 ³⁾	75	77	54	59
Holzverarbeiter und zugehörige Berufe	.	1 596 ³⁾	28	20	16	27
Graphische Berufe	.	690 ³⁾	50	41	28	33
Lederhersteller, Leder- und Fellverarb.	.	1 180 ³⁾	12	7	4	5
Nahrungs- und Genußmittelhersteller	.	6 623 ³⁾	110	75	49	58
Kaufmännische Berufe	.	8 593 ³⁾	468	429	309	302
Verkehrsberufe	.	8 787 ³⁾	433	388	247	317
Verwaltungs- und Büroberufe	.	5 807 ³⁾	1 096	966	710	768
Künstlerische Berufe	.	2 260 ³⁾	199	164	149	125
Bauwirtschaft und Wohnungswesen						
1. Baugenehmigungen						
Wohnbauten						
* Wohngebäude	.	469	315	192	186	178
* Umbauter Raum in 1000 cbm	.	642	464	263	273	370
* Wohnungen	.	2 540	1 413	786	790	1 192
Bruttowohnfläche in 1000 qm	.	128	98	55	58	79
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	22 029	52 864	32 109	33 232	44 974
Nichtwohnbauten						
* Nichtwohngebäude	.	185	129	133	123	93
* Umbauter Raum in 1000 cbm	.	233	346	360	425	243
* Nutzfläche in 1000 qm	.	.	67	72	68	51
* Wohnungen	.	20	19	7	22	10
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	6 403	31 662	39 554	34 081	17 686
2. Baubeginne						
Wohnbauten						
Wohngebäude	.	516	328	165	228	211
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	.	514	249	263	360
Wohnungen	.	2 206	1 562	686	659	1 089
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	.	55 791	29 372	31 057	43 299
Nichtwohnbauten						
Nichtwohngebäude	.	237	117	116	77	59
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	.	361	365	184	188
Wohnungen	.	.	24	24	13	11
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	.	35 120	38 473	15 347	16 325
3. Baufertigstellungen						
Wohnbauten						
Wohngebäude	188	395	294	208	172	265
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	482	430	339	280	458
Wohnungen	.	2 096	1 377	1 169	870	1 478
Bruttowohnfläche in 1000 qm	.	107	90	76	58	111
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	19 250	45 652	35 750	32 161	52 016
Nichtwohnbauten						
Nichtwohngebäude	26	137	120	93	51	56
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	144	308	196	178	249
Wohnungen	.	26	19	37	16	7
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	3 069	29 208	13 618	18 383	19 338

1) Durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. — 2) Arbeitslose einschl. derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — 3) Durchschnitt aus April—Dezember 1950.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Juli 1964	Juli 1965	Juni 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen						
Baufertigstellungen						
Wohnungen						
Wohnungen insgesamt 1)	706	2 122	1 396	1 206	886	1 485
dar. mit öffentlichen Mitteln gefördert	.	1 526	1 018	820	627	1 248
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	.	6 575	5 200	4 604	3 752	5 536
4. Bauüberhang						
(am Ende des Berichtszeitraumes) 2)						
Im Bau befindliche Wohnungen	.	17 089	19 318	21 400	19 000	19 200
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	.	8 412	5 757	7 600	6 900	6 700
5. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen 3) (in 1000)						
Bestand an Wohngebäuden	.	96	166	166	169	169
Bestand an Wohnungen	.	310	610	609	626	625
Bestand an Wohnräumen über 6 qm (einschl. Küchen)	.	1 197	2 222	2 221	2 283	2 279
6. Wohnraumbewirtschaftung						
Erstvergabe von bewirtschafteten Wohnungen						
a) für Wohnungssuchende mit hoher Dringlichkeit und für Sonderfälle	—	650	442	402	353	517
b) für Wohnungssuchende mit Anspruch aus §§ 77—80 II. WoBauG.	—	830	502	338	236	663
c) für die Umschichtung	—	—	74	80	38	68
Wiedervergaben, Wohnungen	—	452	831	624	694	745
Erstmals bezogene unbewirtschaftete Wohnungen	—	678	344	364	232	210
7. Bauberichterstattung 4)						
* Zahl der Beschäftigten	.	34 741	50 514	51 821	50 041	49 766
dar. Inhaber	.	2 049	1 401	1 397	1 358	1 358
Angestellte	.	2 010	4 598	4 606	4 624	4 625
Arbeiter 5)	.	30 682	44 385	45 690	44 059	43 783
* Löhne in 1000 DM (Bruttosumme)	.	9 199	43 278	46 953	47 096	50 748
* Gehälter in 1000 DM (Bruttosumme)	.	868	5 334	5 215	5 880	5 800
* Umsatz in 1000 DM	.	24 653	120 020	145 334	146 732	133 835
dav. im Wohnungsbau	.	.	41 082	48 425	47 418	46 468
gewerbl. und Industr. Bau	.	.	27 062	33 238	38 003	34 544
öffentlichen und Verkehrsbau	.	.	51 876	63 671	61 311	52 823
* Geleistete Arbeitsstunden in 1000	.	5 813	7 326	7 808	7 047	8 386
dav. für Wohnungsbauten	.	2 930	2 476	2 566	2 367	3 059
gewerbl. und Industr. Bauten	.	1 517	1 657	1 760	1 681	2 055
öffentliche und Verkehrsbauten	.	1 317	3 193	3 482	2 999	3 272
Preise und Indexziffern						
1. Durchschnittspreise am Hamburger Viehmarkt für 100 kg Lebendgewicht (In RM/DM)						
Ochsen, vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes	87,60	151,60	270,50	261,90	291,60	294,90
Kühe, sonstige vollfleischige	75,20	125,40	213,60	210,90	225,70	236,70
Kälber, mittlere Mast- und Saugkälber	114,00	182,60	345,80	325,20	346,00	359,60
Schweine, von 100—119,5 kg Lebendgewicht	101,80	235,00	255,00	253,80	246,00	239,70
Schafe, mittlere Mastlämmer und Hammel	81,40	123,80	209,50	190,90	219,40	221,20
2. Durchschnittspreise für Fleisch 6)						
I. Qualität für 100 kg (In RM/DM)						
Rindfleisch von Ochsen und Färsen, beste Qualität	153,00	263,00	499,20	501,00	527,50	542,00
Kalb- und Hammelfleisch, beste Qualität	189,40	349,00	643,90	594,00	622,50	678,00
Hammelfleisch, beste Qualität	185,60	254,00	520,90	477,00	530,00	551,00
Schweinefleisch, aus hiesigen Schlachtungen	140,80	357,00	362,80	353,00	351,25	347,50
3. Preisindexziffern für die Lebenshaltung						
— Mittlere Verbrauchergruppe — Wägungsschema 1950						
Ernährung	63,0	100	145,7	145,7	156,9	154,6
Getränke und Tabakwaren	34,6	100	86,0	86,2	87,4	87,4
Wohnung	97,5	100	167,2	168,0	170,6	170,1
Heizung und Beleuchtung	66,0	100	155,9	155,7	157,9	157,6
Hausrat	53,9	100	127,9	127,3	131,5	131,4
Bekleidung	47,9	100	113,4	113,3	115,2	115,1
Reinigung und Körperpflege	58,7	100	131,3	132,4	141,0	140,4
Bildung und Unterhaltung	73,9	100	172,7	172,8	176,8	176,8
Verkehr	65,0	100	163,5	163,5	164,3	164,3
Ernährung einschl. Getränke und Tabakwaren	59,3	100	137,8	137,9	147,7	145,7
Lebenshaltung ohne Miete	59,0	100	138,4	138,4	145,6	144,4
Gesamtlebenshaltung	(1950 = 100)	62,8	100	140,9	147,5	146,4
	(1938 = 100)	100	159,3	224,5	235,1	233,3

1) Einschl. Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind (im Berichtsmonat 27 Wohnungen). — 2) Für die Jahre 1950 und 1964 wurde an Stelle des Monatsdurchschnitts jeweils der Stand vom 31. 12. angegeben. — 3) Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1961 ermittelten Gebäude und Wohnungen (Begriffserläuterungen siehe März-Heft 1963, S. 58/59); für 1950 Stand am Zählungstichtag („Normalwohnungen“ ohne 26 689 Wohnungen in Behelfsheimen über 30 qm). — 4) Nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — 5) Einschließlich Umschüler und Lehrlinge. — 6) Beim Verkauf der Großschlächter an die Ladenschlächter.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Juli 1964	Juli 1965	Juni 1965
	1936 ¹⁾	1950	1964			
Industrie und Handwerk						
1. Industrie ²⁾						
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)		2 130	1 746	1 747	1 703	1 702
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) insgesamt	145 200	140 867	219 807	220 233	219 399	219 710
* dar. Arbeiter einschl. gewerbl. Lehrlinge		111 760	154 140	154 470	151 524	151 825
* Geleistete Arbeiterstunden in 1000 ³⁾		21 399	25 454	23 627	22 343	24 472
* Bruttosumme der Gehälter in 1000 DM		11 369	67 058	64 989	74 740	73 773
* Bruttosumme der Löhne in 1000 DM		28 356	110 408	114 878	124 710	120 323
* Umsatzwerte in 1000 RM/DM ⁴⁾	154 200	333 013	1 243 771	1 203 568	1 243 886	1 263 006
* dar. nach dem Ausland in 1000 DM		12 845	148 828	138 423	142 162	177 363
* Brennstoffverbrauch in Steinkohlenwert ⁵⁾ t		52 913	14 072	11 084	11 962	10 812
* Heizölverbrauch in t			57 692	45 636	57 183	53 800
* Stromerzeugung in 1000 kWh		5 925	16 820	12 657	13 309	13 857
* Stromverbrauch in 1000 kWh		34 341	107 008	97 570	100 145	103 885
* Gasverbrauch in 1000 cbm			6 709	5 136	4 627	4 988
Beschäftigte nach Industriegruppen insgesamt	145 200	140 867	219 807	220 233	219 399	219 710
dar. Mineralölverarbeitung	4 000	4 371	8 612	8 653	8 659	8 652
NE-Metallindustrie	1 900	2 509	2 800	2 784	2 842	2 857
Chemische Industrie	8 200 ⁶⁾	10 439	17 322	17 448	17 144	17 213
Gummi und Asbest	9 200	10 380	12 249	12 220	12 176	12 185
Maschinenbau	12 400	16 409	29 173	29 507	29 311	29 532
Schiffbau	26 500	12 559	22 921	22 886	22 031	22 184
Elektroindustrie	5 400	10 785	28 624	28 659	29 595	29 695
Druck und Vervielfältigung		6 721	12 821	12 809	12 700	12 833
Ölmühlenindustrie			2 511	2 497	2 441	2 444
Margarineindustrie	} 5 400	} 4 628	3 335	3 391	3 326	3 304
Kaffee und Tee		721	3 736	3 696	3 725	3 682
Tabakverarbeitung	2 700	2 762	3 099	3 146	3 023	3 009
Umsatz nach Industriegruppen insgesamt in 1000 RM/DM	154 200	333 013	1 243 771	1 203 568	1 243 886	1 263 006
dar. Mineralölverarbeitung	12 800	32 925	218 806	237 194	226 640	210 964
NE-Metallindustrie	9 700	15 005	53 109	56 076	49 068	67 359
Chemische Industrie	12 900 ⁶⁾	25 296	91 078	95 200	101 507	101 071
Gummi und Asbest	4 600	13 990	41 804	39 185	37 178	43 814
Maschinenbau	9 400	16 234	76 569	85 728	75 261	75 670
Schiffbau	14 400	7 633	72 510	37 219	70 395	56 548
Elektroindustrie	4 400	10 463	134 655	119 707	122 608	136 292
Druck und Vervielfältigung	4 500 ⁷⁾	7 748	37 167	34 745	36 728	38 449
Ölmühlenindustrie			48 328	39 179	54 057	54 479
Margarineindustrie	} 21 500	} 41 967	23 416	21 548	22 928	17 326
Kaffee und Tee		4 298	71 966	69 182	73 717	71 045
Tabakverarbeitung	12 000	55 911	104 038	111 454	108 274	106 421
2. Öffentliche Energieversorgung						
Wasserförderung in 1000 cbm	5 737 ⁸⁾	8 282	10 842	11 251	10 810	11 460
* Gaserzeugung in 1000 Ncbm auf Kohlen- und Raffineriebasis (brutto)	18 767 ⁹⁾	20 935	40 193	24 829	26 274	25 359
* Stromerzeugung in 1000 kWh (brutto)	40 210 ⁹⁾	125 855	427 146	352 005	381 902	372 907
Vierteljahresdurchschnitt ¹⁰⁾				2. Vierteljahr 1964	2. Vierteljahr 1965	1. Vierteljahr 1965
	1961	1962	1964			
3. Handwerk (Meßziffern ¹¹⁾)						
* Beschäftigte (Ende des Vj.) (Mal 1956 = 100)	102,2	98,7	98,7	100,7	97,8	94,9
* Umsatz (Vj.-Ø 1955 = 100)	191,4	197,5	222,1	217,6	235,9	204,8
* dar. Handwerksumsatz (Vj.-Ø 1955 = 100)	174,7	180,8	208,3	200,1	214,6	187,1
Versorgung mit Nahrungsmitteln						
1. Milchherzeugung						
* Kuhlmlcherzeugung in 1000 kg	2 618	2 285	1 975	2 063	2 376	2 823
* Milchlieferung an Molkereien in 1000 kg	1 597	1 946	1 661	1 774	2 043	2 397
in % der Gesamterzeugung	61,0	85,2	84,1	86,0	86,0	84,9
* Milchleistung je Kuh und Tag in kg	8,6	8,3	10,9	11,2	12,7	15,6
2. Trinkmilchabsatz an Verbraucher durch Molkereien						
Vollmilch insgesamt in 1000 kg		10 709	10 330	10 935	10 099	10 616
dav. lose in 1000 kg			4 129	4 264	3 450	3 801
in Flaschen in 1000 kg			6 201	6 671	6 649	6 815
Mager- und Buttermilch in 1000 kg		1 186	448	747	566	820
3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandtiere)						
Rinder	6 580	4 980	8 884	8 349	6 477	6 454
Kälber	3 884	3 699	3 293	3 118	2 446	2 862
Schweine	24 847	19 784	46 143	36 289	39 617	41 939
Schafe	4 265	5 681	3 126	2 822	2 311	2 633
4. Schlachtungen (Inlandtiere)						
* Rinder (ohne Kälber) ¹²⁾	8 075	3 363	7 810	8 373	5 891	5 122
* Kälber ¹²⁾	5 568	4 065	3 193	3 033	2 262	3 060
* Schweine insgesamt	40 186	21 165	47 856	38 878	41 755	49 323
dar. Hausschlachtungen		1 455	457	49	68	69
* Gesamtschlachtgewicht in 1000 kg ¹³⁾	6 467	3 220	6 430	5 713	5 364	5 978
dar. Rinder (ohne Kälber) in 1000 kg	1 989	836	1 873	1 928	1 425	1 233
* Schweine in 1000 kg	3 878	1 882	4 196	3 456	3 660	4 413
Durchschnittliches Schlachtgewicht						
für Rinder in kg	246,3	248,7	239,9	230,3	241,9	240,7
für Kälber in kg	57,2	43,2	68,2	70,5	79,1	76,5
für Schweine in kg	96,5	95,5	88,5	89,0	87,8	89,6

1) Zahlen für die Industrie nach dem heutigen Gebietsstand, teilweise geschätzt. - 2) Es sind hierbei die hamburgischen Industriebetriebe mit 10 und mehr Beschäftigten berücksichtigt (ohne Betriebe der Bauindustrie und Energiewirtschaft). - 3) Einschl. Lehrlingsstunden. - 4) Einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. - 5) 1-t SKE = 1 t Steinkohle, = 1 t Steinkohlenkoks, = 3 t Rohbraunkohle, = 1,5 t Braunkohlenbriketts, Braunkohlenkoks. - 6) 1936 = einschl. Kunststoffverarbeitende Industrie. - 7) 1936 = einschl. Papierverarbeitung. - 8) Rechnungsjahr 1935/36 einschl. Cuxhaven. - 9) Rechnungsjahr 1935/36. - 10) Bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. - 11) Nach den Ergebnissen der vierteljährlichen repräsentativen Handwerksberichterstattung. - 12) Gewerbliche Schlachtungen. - 13) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innerereien.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Juli 1964	Juli 1965	Juni 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Versorgung mit Nahrungsmitteln						
5. Obst- und Gemüsemarkt (Großmarkt Hamburg)						
Obstzufuhr aus dem Inland in 1000 kg	1 749	3 815	4 125	4 956	3 297	997
Obstzufuhr aus dem Ausland in 1000 kg	4 337	2 571	15 495	14 221	14 253	14 045
Gemüsezufuhr aus dem Inland in 1000 kg	6 351	4 956	6 560	9 187	9 439	8 177
Gemüsezufuhr aus dem Ausland in 1000 kg	264	926	5 343	6 653	7 224	7 571
6. Fischmarkt						
Versteigerte Mengen insgesamt in 1000 kg	12 241	6 044	2 162	2 014	1 712	1 849
dar. in Hmb. angelandete Fische in 1000 kg	12 119	6 016	1 780	1 573	1 572	1 536
Handel und Gastgewerbe						
1. Index der Einzelhandelsumsätze (1954 = 100)						
Einzelhandel aller Betriebsformen	.	.	200	190	213	207
dav. Nahrungs- und Genußmittel	.	.	195	185	209	208
dar. Lebensmittel aller Art	.	.	188	171	207	207
Obst, Gemüse, Südfrüchte	.	.	177	203	201	221
Fische und Fischwaren	.	.	204	160	130	177
Milch und Milchzeugnisse	.	.	173	169	178	180
Schokolade und Süßwaren	.	.	137	125	132	135
Tabakwaren	.	.	182	181	185	176
Bekleidung, Wäsche, Schuhe	.	.	186	179	209	195
dar. Textilien aller Art	.	.	234	237	264	253
Wirk-, Strick- und Kurzwaren	.	.	196	196	204	212
Oberbekleidung	.	.	151	132	178	170
Schuhwaren	.	.	186	180	200	216
Hausrat und Wohnbedarf	.	.	221	203	243	213
dar. Eisenwaren und Küchengeräte	.	.	184	176	172	171
Porzellan und Glaswaren	.	.	206	172	281	245
Beleuchtungs- u. Elektrogeräte	.	.	254	205	246	216
Rundfunk-, Fernseh- und Phonoartikel	.	.	369	344	411	351
Möbel	.	.	155	133	183	164
Teppiche, Gardinen usw.	.	.	139	143	158	143
Sonstige Waren	.	.	214	203	213	213
dar. Bücher	.	.	241	235	244	202
Papier- und Schreibwaren	.	.	187	162	161	156
Galanterie- und Lederwaren	.	.	159	157	160	136
Apotheken	.	.	187	183	199	199
Drogerien	.	.	219	216	226	222
Foto und Optik	.	.	211	244	250	231
Büromaschinen und Büromöbel	.	.	188	132	151	188
Fahrräder, Krafträder u. Zubehör	.	.	180	235	214	217
Kraftwagen und Zubehör	.	.	253	273	279	302
Uhren, Gold- und Silberwaren	.	.	208	169	186	161
Blumen und Sämereien	.	.	268	210	231	308
Brennmaterial	.	.	167	141	135	143
2. Umsatz-Index des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes (1962 = 100)						
Gastgewerbe insgesamt	.	.	95	96	113	111
Beherbergungsgewerbe zusammen	.	.	117	124	134	130
dav. Hotels	.	.	119	122	133	129
Gasthöfe	.	.	114	124	116	128
Fremdenhelme und Pensionen	.	.	110	132	147	133
Schankgewerbe zusammen	.	.	89	88	107	106
dav. Gast- und Spelsewirtschaften	.	.	85	84	102	103
Bahnhofswirtschaften	.	.	101	110	115	106
Cafés	.	.	105	118	95	98
Bars, Tanz- und Vergnügungsbetriebe	.	.	100	97
3. Fremdenverkehr 1) 2)						
* Zahl der gemeldeten Fremden	81 041	48 229	115 127	157 865	171 274	136 713
dar. Ausländer	11 283	10 303	40 832	77 876	82 611	54 386
* Zahl der Übernachtungen	180 185	103 109	226 553	281 070	305 242	259 021
dar. Ausländer	27 491	22 805	79 016	133 505	136 232	98 376
Bettenausnutzung % der höchstmöglichen Belegung nach dem Bettenstand vom 1. April des jeweiligen Jahres	46	55	55	66	71	62
4. Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost (in Mio DM) 3)						
• Bezüge Hamburgs	.	5	7	5	6	7
• Lieferungen Hamburgs	.	3	10	14	10	11
5. Handel mit Berlin (West) (in Mio DM) 4)						
• Bezüge Hamburgs	.	9	105	112	107	114
• Lieferungen Hamburgs	.	37	132	115	132	145

1) Ohne Helme, Jugendherbergen, Massenquartiere und Privatquartiere. — 2) 1938 einschl. der Hospize, Herbergen und ähnlicher Vereinshäuser.
3) Quelle: Statistisches Bundesamt.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Juli 1964	Juli 1965	Juni 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Handel und Gastgewerbe						
6. Ausfuhr in Hamburg hergestellter Waren (In Mio DM)						
* Insgesamt		26	175	159	263	194
dav. nach Warengruppen		1	15	12	17	15
Ernährungswirtschaft		25	160	147	246	179
Gewerbliche Wirtschaft		1	3	2	3	2
dav. Rohstoffe		12	37	35	49	60
Halbwaren		12	120	110	194	117
Fertigwaren		2	9	8	11	10
dav. Vorerzeugnisse		10	111	102	183	107
Enderzeugnisse						
dav. nach ausgewählten Verbrauchsgebieten			118	116	130	135
Europa			47	58	51	56
dar. EWG-Länder			52	44	59	61
EFTA-Länder			13	10	14	12
Afrika			24	17	20	24
Amerika			11	9	10	11
dav. Nordamerika			10	8	9	10
dar. USA			4	2	2	1
Mittelamerika			9	6	8	12
Südamerika			17	10	98	22
Asien			3	6	1	1
Australien und Ozeanien						
7. Deutscher Außenhandelsverkehr über Hamburg						
	1938					
Wareneinfuhr (in 1000 t)	648	464	1 818	2 256		1 876
Warengruppen:						
dar. Ernährungswirtschaft	161	185	392	393		371
Gewerbliche Wirtschaft	487	278	1 426	1 863		1 505
dav. Rohstoffe und Halbwaren	480	272	1 362	1 795		1 432
Fertigwaren	7	6	64	68		73
Ländergruppen:						
dar. Europa	319	134	376	298		367
dav. EWG-Länder	29	32		68		160
EFTA-Länder	179	75		142		136
Sonstige Länder	111	27		88		71
Außereuropa	329	330	1 818	1 958		1 507
dav. Amerika	214	150	602	675		531
dav. Nordamerika	77	73		309		265
Mittelamerika	83	25		29		22
Südamerika	54	52		337		244
Afrika	48	60	282	402		343
Asien	64	118	539	843		612
Australien und Ozeanien	3	2	19	38		21
Warenausfuhr (in 1000 t)	168	216	350	316		296
Warengruppen:						
dar. Ernährungswirtschaft	12	4	62	58		48
Gewerbliche Wirtschaft	156	212	288	258		248
dav. Rohstoffe	84	16	31	23		21
Halbwaren	72	160	140	124		111
Fertigwaren		36	117	111		116
dav. Vorerzeugnisse		17	37	34		42
Enderzeugnisse		19	80	77		74
Ländergruppen:						
dar. Europa	80	153	179	135		132
dav. EWG-Länder	13	4	13	5		20
EFTA-Länder	44	125	136	100		89
Sonstige Länder	23	24	30	30		23
Außereuropa	88	58	147	151		140
dav. Amerika	45	38	59	57		56
dav. Nordamerika	18	17	31	28		28
dar. USA	13	12	26	25		24
Mittelamerika	7	5	10	6		8
Südamerika	20	16	18	23		20
Afrika	11	8	36	43		33
Asien	30	8	47	45		47
Australien und Ozeanien	2	4	5	6		4
Verkehr						
	1938					
1. Seeschifffahrt						
a) Schiffsverkehr zur See						
Angekommene Schiffe	1 512	955	1 677	1 771	1 584	1 588
dar. deutsche Schiffe	1 027	526	955	1 027	886	855
Abgegangene Schiffe	1 610	1 017	1 803	1 942	1 720	1 755
dar. deutsche Schiffe	1 118	591	1 077	1 202	1 007	1 010
Raumgehalt der angekommenen Schiffe						
in 1000 NRT	1 714	937	2 955	3 074	2 801	2 955
dar. deutsche Schiffe	873	128	762	781	725	749
Raumgehalt der abgegangenen Schiffe						
in 1000 NRT	1 712	936	2 960	3 091	2 926	2 955
dar. deutsche Schiffe	875	135	781	851	759	762

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Juli 1964	Juli 1965	Juni 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Verkehr						
Seeschifffahrt						
b) Linienschifffahrt (Linien) 1)	184	176	262	264	261	261 r
dav. Europa	102	84	79	80	76	76 r
Außereuropa	82	92	183	184	185	185 r
Reisen (Abfahrten)	728	319	746	807	728	753 r
dar. nach Europäischem Ausland	383	159	304	328	297	297 r
Amerika	72	54	170	186	183	163 r
Afrika	37	18	105	101	97	98 r
Asien	33	23	91	88	85	99 r
Australien	7	4	15	14	18	14 r
c) Personenverkehr über See						
Ausreisende insgesamt	6 744	870	1 920	3 032	2 400 p	2 763 r
dar. nach Häfen in						
Nord-Europa						
(einschl. Ostseegebiet)			347	1 257	1 080 p	968 r
West-Europa						
(einschl. Großbritannien und Irland)			419	1 109	625 p	569 r
Nordamerika	2 882	446	557	199	330 p	783 r
Südamerika	1 286	231	290	247	275 p	286 r
Einreisende insgesamt	5 373	333	1 532	2 464	2 880 p	1 838 r
dar. von Häfen in						
Nord-Europa						
(einschl. Ostseegebiet)			128	381	990 p	159 r
West-Europa						
(einschl. Großbritannien und Irland)			405	575	295 p	437 r
Nordamerika	2 057	171	558	1 062	1 120 p	920
Südamerika	882	30	295	322	270 p	173 r
d) Güterverkehr zur See (in 1000 t brutto)						
dav. Empfang	2 147	919	2 951	2 948	2 780	2 859 r
dav. Massengut	1 521	620	2 224	2 184	2 107	2 220 r
dar. Mineralöle	980	429	1 678	1 701	1 552	1 623 r
Kohle	307	162	976	969	953	1 012 r
Getreide	262	113	215	183	159	177 r
Sackgut	133	70	227	295	183	202 r
Stückgut	541	191	445	483	555	597 r
dav. nach Verkehrsbezirken:						
Inland	110	110	42	50	35	36
Europäisches Ausland	520	159	458	407	353	490
Außereuropa	891	351	1 724	1 727	1 719	1 694
dar. Nahost und Persischer Golf		128	485	545	524	471
Vereinigte Staaten von Amerika	171	78	373	345	273	277
Versand	626	299	727	764	673	639 r
dav. Massengut	205	144	307	335	274	256 r
Sackgut	421	155	348	429	399	383 r
Stückgut						
dav. nach Verkehrsbezirken:						
Inland	149	32	105	136		105
Europäisches Ausland	302	170	324	303		259
Außereuropa	175	97	298	325		275
2. Binnenschifffahrt						
a) Schiffsverkehr auf Binnenwasserstraßen						
Angekommene Schiffe	2 674	1 716	2 291	2 364	2 480 p	2 176
Abgegangene Schiffe	2 560	1 677	2 165	2 141	2 396 p	2 134
Tragfähigk. der angek. Schiffe in 1000 t	879	362	739	748	775 p	710
Tragfähigk. der abgeg. Schiffe in 1000 t	845	344	703	644	769 p	699
b) Güterverkehr auf Binnenwasserstraßen						
Eingang (in 1000 t)	318	151	292	244	329 p	315
dar. Bundesrepublik	77	101	261	223	295 p	275
dav. Niederelbe	24	32	64	47	67 p	64
Oberelbe bis Zonengrenze	53	62	175	168	204 p	186
Mittellandkanal	0	7	22	8	24 p	25
Berlin (West)	7	25	9	11	8 p	10
Sowjetische Besatzungszone	155	3	7	7	8 p	19
Tschechoslowakei	42	22	15	3	18 p	11
Ausgang (in 1000 t)	504	121	285	191	272 p	308
dar. Bundesrepublik	59	81	166	115	143 p	191
dav. Niederelbe	49	48	129	78	96 p	144
Oberelbe bis Zonengrenze	10	32	27	34	40 p	25
Mittellandkanal	0	1	10	3	7 p	22
Berlin (West)	29	28	65	36	59 p	61
Sowjetische Besatzungszone	268	2	31	33	38 p	33
Tschechoslowakei	34	10	23	7	32 p	23
3. Flugverkehr (gewerblicher Verkehr)						
Gelandete Flugzeuge	351	491	1 940	2 354		2 361
Gestartete Flugzeuge	352	491	1 947	2 366		2 364
Angekommene Fluggäste	1 818	4 993	59 300	72 337		88 033
dar. aus dem Ausland			19 195	22 432		30 567
Abgereiste Fluggäste	1 812	4 203	59 828	70 097		83 002
dar. nach dem Ausland			19 323	22 774		27 581
Angekommene Fracht in t	22,8	186,8	533	544		549
dar. aus dem Ausland						
Abgegangene Fracht in t	20,3	58,7	486	495		607
dar. nach dem Ausland						
Angekommene Post in t	9,0	35,6	179	181		171
Abgegangene Post in t	5,6	15,8	211	218		204
4. Bundesbahnverkehr						
Güterempfang in 1000 t (öffentlicher Verkehr)		416,9				
Güterversand in 1000 t (öffentlicher Verkehr)		246,8				
Gestellte Güterwagen		31 414	48 699	46 275	41 350	43 431

1) Stand Ende des Jahres bzw. Monats.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Juli 1964	Juli 1965	Juni 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Verkehr						
5. Personenverkehr Hamburger Verkehrsmittel						
Beförderte Personen (in 1000)						
Stadtbahn (S-Bahn)	7 939	11 064	9 718	8 243	8 308	8 767
Hoch- und Untergrundbahn (einschl. W-Bahn)	6 571	11 752	13 690	12 380	12 549	13 233
Straßenbahn	13 799	23 498	10 533	9 944	8 271	9 037
Kraftomnibusse der HHA 1) 2)	1 083	2 028	9 101	8 780	8 971	8 770
Alsterdampfer	281	337	153	229	194	214
Schiffe der Hafendampfschiffahrt AG.	1 339	1 362	1 244			
Kraftomnibusse der VHH AG. 2) 3)	373	786	573	545	558	586
Kraftomnibusse der Deutschen Bundespost	.	.	19	16	14	15
Kraftomnibusse der Deutschen Bundesbahn	.	.	379	339	372	394
Private Kraftomnibusse 2)	.	200	290	322	.	.
6. Kraftfahrzeuge						
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung (Im Verkehr befindlich) insgesamt 4)	82 080	59 100	323 460	321 074	349 461	346 285
dar. Personenkraftwagen 5)	39 260	25 948	280 404	276 109	306 264	302 071
b) Zulassungen von fabrikneuen Kraftfahrzeugen insgesamt	928	1 177	4 567	4 503	4 651	5 348
dar. Kraftfräder	232	221	17	39	16	26
Personenkraftwagen	501	644	3 694	3 627	3 793	4 373
Kombinationskraftwagen	—	—	412	438	478	551
Lastkraftwagen	179	288	363	326	305	342
7. Straßenverkehrsunfälle						
Zahl der Verkehrsunfälle	865	1 058	2 341	2 261	2 580	2 078
dav. mit Personenschaden 6)	459	426	918	925	919	856
mit nur Sachschaden	406	632	1 424	1 336	1 661	1 222
Getötete Personen	8	12	30	23	26	29
Verletzte Personen	517	483	1 184	1 265	1 259	1 094
Geld und Kredit						
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbanken)						
(Beträge in Mio DM)						
a) Kredite der Kreditinstitute 7)	.	1 556,1	11 856,1	11 849,2	13 485,1	13 415,5
Kredite an Nichtkreditinst. am Monatsende	.	1 353,8	3 964,5	3 792,6	4 082,3	4 146,1
dav. kurzfristige Kredite 8)	.	1 328,7	3 945,4	3 781,8	4 071,4	4 136,5
dav. an Wirtschaft und Private	.	25,1	19,1	10,8	10,9	9,6
an öffentl.-rechtl. Körperschaft.	.	55,8	1 497,8	1 534,4	1 866,8	1 823,9
mittelfristige Kredite 7) 8) 9)	.	55,6	1 365,8	1 397,8	1 694,5	1 662,4
dav. an Wirtschaft und Private	.	0,2	132,0	136,6	172,3	161,5
an öffentl.-rechtl. Körperschaft.	.	146,5	6 393,8	6 522,2	7 536,0	7 445,5
langfristige Kredite 7) 8) 9)	.	146,0	5 581,8	5 662,4	6 493,0	6 418,2
dav. an Wirtschaft und Private	.	0,5	812,0	859,8	1 043,0	1 027,3
an öffentl.-rechtl. Körperschaft.	.	105,7	908,3	909,8	988,0	998,3
Kredite an Kreditinst. am Monatsende
b) Einlagen bei den Kreditinstituten	.	1 152,3	7 585,8	7 643,8	8 325,0	8 462,2
Einlagen von Nichtkreditinstituten	.	1 026,3	4 064,6	4 118,4	4 233,9	4 406,0
am Monatsende	.	848,0	3 537,9	3 565,4	3 732,2	3 845,1
dav. Sicht- und Termineinlagen	.	178,3	526,7	553,0	501,7	560,9
dav. von Wirtschaft und Privaten	.	126,0	3 521,2	3 525,4	4 091,1	4 056,2
von öffentl.-rechtl. Körperschaft.	.	97,2	2 432,2	2 428,7	2 804,5	2 773,3
Spareinlagen	.	.	877,3	884,0	1 034,0	1 032,8
dar. bei Sparkassen
Kreditbanken	.	106,6	2 214,2	2 112,0	2 493,7	2 663,9
Einlagen von Kreditinstituten
am Monatsende
c) Sparverkehr	.	126,0	3 521,2	3 525,4	4 091,1	4 056,2
Sämtliche Kreditinstitute 10)	.	12,4	—	—	—	—
Spareinlagen am Monatsende	.	—	338,4	331,4	405,3	454,5
dar. steuerbegünstigt	.	10,2	195,8	224,1	305,9	225,5
prämienbegünstigt	.	7,3	167,8	186,7	272,0	188,0
Gutschriften	.	2,9	27,9	37,4	33,9	37,5
Lastschriften	.	2,6	10,0	0,5	1,0	0,3
Saldo der Gut- und Lastschriften
Zinsen
2. Zahlungsschwierigkeiten, Leihhäuser						
a) Wechselproteste 11) (Zahl)	.	1 324	1 203	1 123	1 035	1 037
Betrag in 1000 DM	.	1 194	1 451	1 194	1 256	1 134
Durchschnittsbetrag je protest. Wechsel in DM	.	902	1 206	1 063	1 214	1 093
b) Konkurse und Vergleichsverfahren (Zahl)	12	25	12	8	15	10
Konkurse	1	3	1	—	—	1
Eröffnete Vergleichsverfahren
c) Mahn- und Offenbarungseidverfahren (Zahl)	14 894	21 302	21 705	22 497	19 290	19 678
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	.	2 392	2 969	3 079	3 051	3 137
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides	.	848	1 286	1 462	1 406	952
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides	.	124	399	358	320	328
Abgeleitete Offenbarungseide
d) Öffentliche Leihhäuser
Verpfändungen 12), Zahl	19 155	13 214	3 736	3 718	3 374	3 703
RM/DM	298 306	384 610	410 037	429 281	626 196	655 927
Einlösungen, Zahl	13 235	12 709	3 380	3 409	3 296	3 016
RM/DM	176 172	401 990	351 331	328 499	492 069	425 501

1) 1950 einschl. Obusse. — 2) Ab Januar 1963 ohne den von den Ländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen genehmigten Linienverkehr. — 3) 1938 und 1950 BGE und Südstorm. Kreisbahn (einschl. Eisenbahnbetrieb). — 4) Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — 5) Einschl. Kombinationskraftwagen. — 6) Teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — 7) Ab 1. 1. 1964 einschl. durchlaufender Mittel. — 8) 132 berichtspflichtige Institute. — 9) Bis einschl. Mai 1950 ohne Wirtschaft und Private. — 10) Ohne Postsparkasse. — 11) Wechselproteste der Kreditinstitute und der Post. — 12) Einschließlich Erneuerungen.

Zahlenspiegel

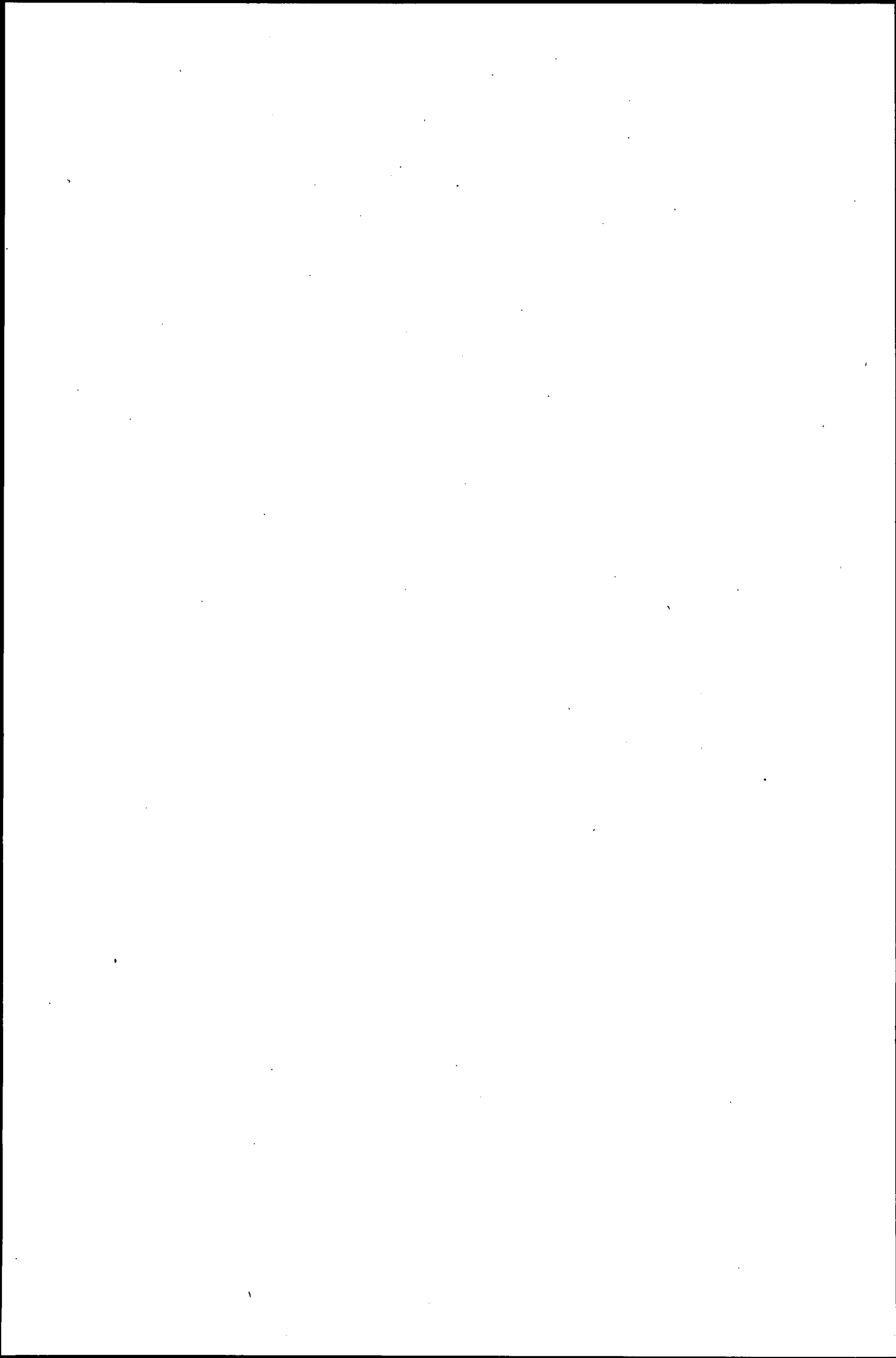
Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Juli 1964	Juli 1965	Juni 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Geld und Kredit						
3. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg						
Aktiengesellschaften, Zahl	.	.	161	161	164	161
Kapital in Mio DM	.	.	3 717,1	3 829,9	3 967,2	3 946,2
Gesellschaften m. b. H., Zahl	.	.	3 696	3 695	3 896	3 873
Kapital in Mio DM	.	.	2 549,3	2 818,0	2 977,8	2 972,6
Steuern¹⁾						
Steueraufkommen (in 1000 RM/DM) ²⁾						
1. Bundessteuern						
* Umsatzsteuer	9 363	22 996	78 447	75 089	79 533	79 442
* Umsatzausgleichsteuer	2 180	2 779	33 270	34 795	38 693	36 529
* Beförderungsteuer	79	943	1 453	1 492	1 337	1 255
Notopfer Berlin	..	1 749	129	68	40	53
* Zölle	45 572	17 772	56 438	35 472	43 338	47 109
* Verbrauchsteuern	31 925	42 968	309 886	327 418	367 553	375 848
dav. Tabaksteuer	24 492	32 535	64 459	80 549	62 343	79 357
Kaffeesteuer	..	5 831	25 773	23 464	31 415	25 304
Teesteuer	..	521	946	634	644	665
Branntweinmonopol ³⁾	249	2 514	4 716	6 188	4 289	7 413
Mineralölsteuer	51	871	213 828	216 210	268 788	262 989
Sonstige Verbrauchsteuern	7 133	697	165	373	73	119
* Summe der Bundessteuern	..	89 211	479 624	474 335	530 493	540 237
* Außerdem: Lastenausgleichsabgaben	..	9 478 ⁴⁾	6 989	3 380	2 183	1 576
dav. Vermögensabgabe	..	5 352	5 467	1 061	335	910
Hypothekengewinnabgabe	..	2 771	1 204	1 415	1 015	660
Kreditgewinnabgabe	..	.	319	904	833	6
2. Landessteuern						
* Lohnsteuer	7 390	10 051	86 807	97 342	94 870	81 765
* Veranlagte Einkommensteuer	17 032	9 277	65 327	18 649	15 577	161 122
* Nichtveranlagte Steuer vom Ertrag	552	224	11 854	28 837	8 759	5 298
* Körperschaftsteuer	8 928	9 544	43 494	13 577	2 640	109 615
* Steuern vom Einkommen zusammen	33 902	29 097	207 482	158 404	121 846	357 801
dav. an den Bund abgeführt ⁵⁾	80 918	61 778	47 520	139 542
Hamburg verblieben	126 564	96 626	74 326	218 259
* Vermögensteuer	1 513	466	10 756	4 118	3 883	— 502
Erbsteuer	469	63	1 223	602	1 370	1 005
Gründerwerbsteuer	398	135	1 505	1 116	1 533	1 451
Kapitalverkehrsteuer	227	179	2 296	6 550	2 836	917
* Kraftfahrzeugsteuer	423	1 312	7 297	7 754	8 305	8 829
* Versicherungsteuer	559	847	3 806	3 282	3 624	3 915
* Rennwett- und Lotteriesteuer	452	820	2 511	4 798	1 827	2 045
* Wechselsteuer	0	536	803	794	955	729
* Feuerschutzsteuer	15	127	179	234	278	— 225
* Biersteuer	792	870	2 293	2 412	2 559	2 538
* Summe der Landessteuern	.	34 461	240 152	190 062	149 016	378 503
3. Gemeindesteuern						
* Realsteuern	9 974	8 666	46 638	23 602	22 281	8 555
dav. Grundsteuer A	50	42	71	19	24	29
Grundsteuer B	4 538	3 365	4 941	1 422	1 470	1 215
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital	4 668	4 215	36 249	6 560	3 796	7 111
Gewerbsteuer nach der Lohnsumme	718	1 044	5 377	15 602	16 992	200
Gewerbsteuerausgleichzuschüsse	24	29	433	—	1 889	—
* Übrige Gemeindesteuern	7 411	1 864	570	739	767	397
dar. KInsteuer	123	497	68	72	102	103
Übrige Vergnügungsteuer	106	146	293	237	254	221
Hundsteuer	68	132	208	429	411	73
Summe der Gemeindesteuern	17 385	10 071	47 208	24 341	23 048	8 952
Öffentliche Ordnung und Sicherheit						
1. Feuerlösch- und Unfalldienst						
Gesamtzahl der Alarmierungen	633	1 427	4 418	4 497	4 616	4 976
dav. Feueralarme	187	185	320	279	198	316
dav. falsche Alarme und Unfug-						
meldungen	49	39	61	60	47	65
bekämpfte Brände insgesamt	138	146	259	219	151	251
dav. Großbrände	10	4	16	17	4	10
Mittelbrände	17	14	42	35	19	34
Kleinbrände	88	114	111	93	60	123
Entstehungsbrände	.	.	80	71	68	80
Schornsteinbrände	.	10	10	3	—	4
Hilfeleistungen aller Art	446	1 242	4 098	4 218	4 418	4 660
dar. bei Straßen- und Verkehrs-						
unfällen	.	314	1 090	1 140	1 187	1 185
Betriebsunfällen	.	235	531	560	564	581
Hierbei durchgeführte Unfalltransporte	.	976	3 851	3 908	4 093	4 224
2. Krankenbeförderungswesen						
Ausgeführte Krankentransporte	.	5 625	4 544	4 387	4 015	4 135
Beförderte Personen	.	6 449	4 775	4 562	4 163	4 519

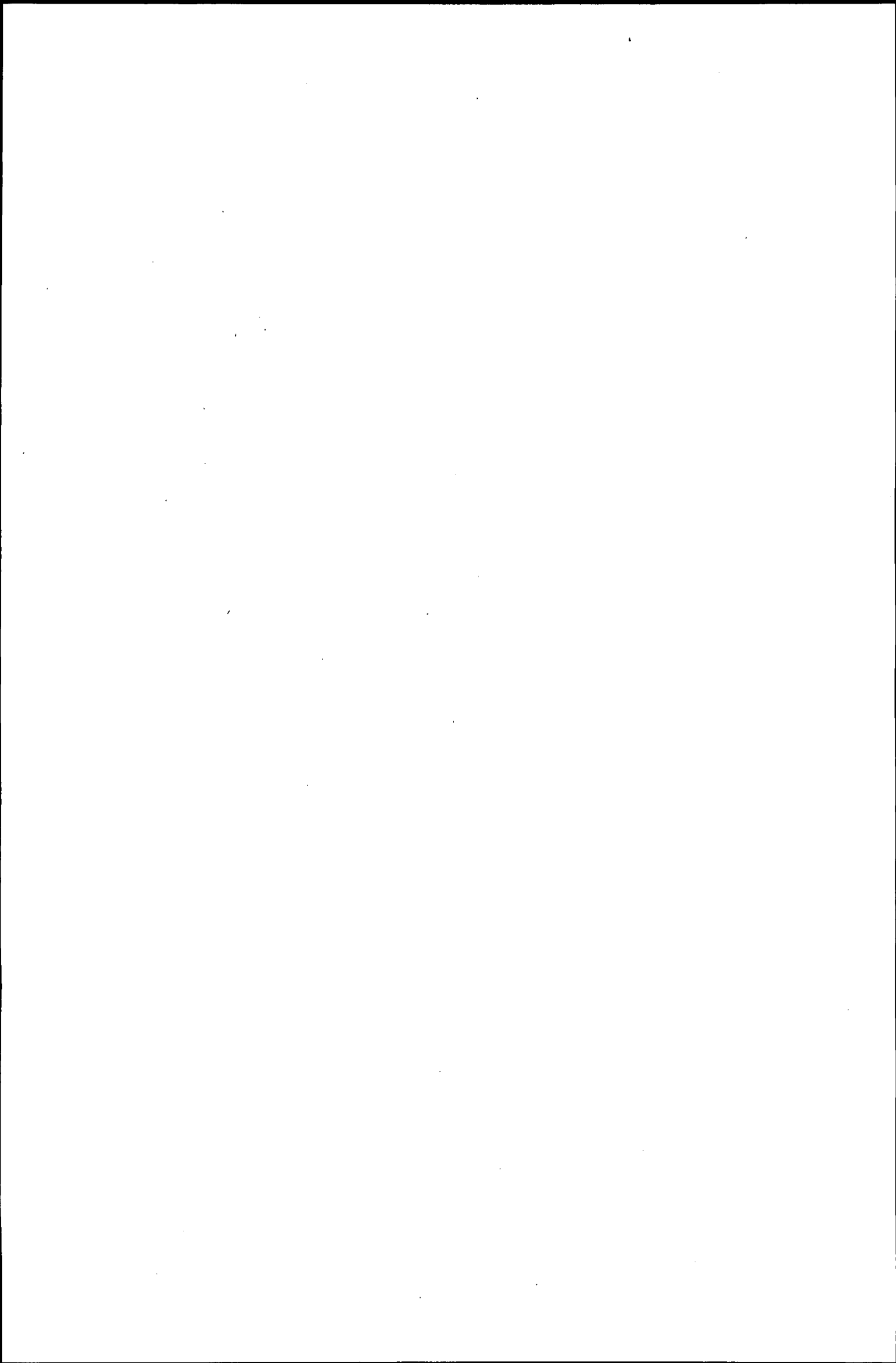
1) Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben. — 2) Monatsdurchschnitt 1938 = Durchschnitt des Rechnungsjahres 1938. — 3) Ohne die Einnahmen der Bundesmonopolverwaltung für Branntwein. — 4) Einschl. Soforthilfesonderabgabe. — 5) 1963 = 38 %, 1964 = 39 %.

Zahlenspiegel

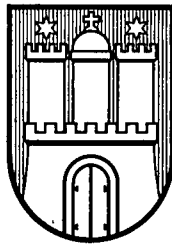
Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Juli 1964	Juli 1965	Juni 1965	
	1938	1950	1964				
Noch: Öffentliche Ordnung und Sicherheit							
3. Feststellungen der Polizei							
Straftaten		5 443	7 865	7 875	8 446	8 210	
dar. Sittlichkeitsdelikte		142	206	257	219	220	
Mord und Totschlag		2	5	3	7	4	
Fahrlässige Tötung 1)		11	2	2	2	4	
Körperverletzung 2)		32	89	118	85	80	
Einfacher Diebstahl		2 416	3 416	3 447	3 460	3 542	
Schwerer Diebstahl		558	1 651	1 489	2 035	1 805	
Diebstähle zusammen		2 974	5 067	4 936	5 495	5 347	
dar. Kraftwagen- u. -gebrauchsdiebstahl		36	158	152	180	181	
Fahrrad- und -gebrauchsdiebstahl		202	379	459	415	431	
Moped-, Motorrad- und -gebrauchsdiebstahl			185	196	177	182	
Taschendiebstahl		78	40	49	51	45	
Unterschlagung		357	224	216	226	227	
Raub und Erpressung		11	39	20	44	40	
Begünstigung und Hehlerei		99	127	181	60	76	
Betrug und Untreue		607	730	782	748	664	
Brandstiftung		39	42	28	35	43	
Münzdelikte		13	—	—	1	—	
Außerdem:							
Verkehrsvergehensanzeigen			792	839	929	854	
Übertretungsanzeigen 3)			8 192	8 042	8 483	7 647	
Ordnungswidrigkeitenberichte			477	454	413	441	
Gebührenpflichtige Verwarnungen 4)			27 456	24 625	29 312	28 178	
4. Rechtskräftig Abgeurteilte							
Abgeurteilte insgesamt		1 316	1 894	2 188	1 767 ⁵⁾	1 132	
dav. Erwachsene n. allg. Strafrecht abgeurt.		1 229	1 554	1 731	1 419	924	
Heranwachs. n. allg. Strafrecht abgeurt.			125	148	122	69	
Jugendliche n. Jugendstrafrecht abgeurt.		87	133	198	155	122	
Heranwachsende n. Jugendstrafr. abgeurt.			82	111	71	17	
dar. Widerstand gegen die Staatsgewalt		12	6	9	6	7	
Fahrerflucht		6	65	72	90	53	
Straftaten gegen den Personenstand, die Ehe und die Familie		4	50	50	81	42	
Verbrech. u. Vergeh. wider die Sittlichkeit		51	51	59	63	41	
Beleidigung, üble Nachrede		24	19	18	22	18	
Verbrech. u. Vergeh. wider das Leben		9	12	13	20	14	
Körperverletzung		52	125	153	127	95	
Einfacher Diebstahl		324	311	389	291	231	
Schwerer Diebstahl		80	82	110	70	56	
Einf. u. schwerer Diebstahl im Rückfall		79	57	55	58	55	
Unterschlagung		70	50	59	56	51	
Raub und Erpressung		9	13	16	9	7	
Begünstigung und Hehlerei		68	41	56	25	23	
Betrug und Untreue		92	154	159	138	93	
Urkundenfälschung		19	15	12	18	8	
Vergehen gegen das StVG.		53	278	288	273	138	
Löhne und Gehälter 6) 7)				April 1964	April 1965	Januar 1965	
1. Arbeiterverdienste in der Industrie 8)							
* Bruttowochenverdienste in RM/DM	männlich	51	77	213	208	227	217
	weiblich	27	44	128	125	135	134
* Bruttostundenverdienste in RM/DM	männlich	1,00	1,57	4,67	4,59	5,04	4,83
	weiblich	0,57	0,97	3,02	2,95	3,22	3,17
* Bezahlte Wochenstunden in Std.	männlich	51,4	48,8	45,6	45,3	45,1	44,9
	weiblich	47,4	45,4	42,4	42,4	42,1	42,1
* Geleistete Wochenarbeitszeit in Std.	männlich			42,5	44,0	40,5	42,6
	weiblich			39,0	41,3	37,5	39,8
2. Angestelltenverdienste (Bruttomonatsverd. i. DM)							
Industrie 8)							
* Kaufmännische Angestellte	männlich			1 019	999	1 077	1 074
	weiblich			688	676	732	722
* Technische Angestellte	männlich			1 101	1 084	1 167	1 140
	weiblich			689	672	733	726
Handel, Kreditinstitute u. Versicherungsgewerbe							
* Kaufmännische Angestellte	männlich			947	927	1 024	1 015
	weiblich			606	594	654	647
* Technische Angestellte	männlich			1 035	1 025	1 086	1 108
	weiblich			1 037	1 040	1 075	1 156
Industrie, Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe							
* Kaufmännische Angestellte	männlich			966	946	1 038	1 031
	weiblich			627	614	674	667
* Technische Angestellte	männlich			1 095	1 079	1 159	1 137
	weiblich			769	755	815	821

1) Ohne Verkehrsunfälle. — 2) Ohne §§ 223 und 230. — 3) Aus Verkehrsvorschriften und StGB. — 4) Aus Verkehrsvorschriften und Ordnungswidrigkeitenrecht. — 5) Außerdem: Aussetzung der Verhängung der Jugendstrafe (§ 27 JGG) Juli 1965 1 Jugendliche und 3 Heranwachsende. — Absehen von der Verfolgung (§ 45 JGG) Juli 1965 20 Jugendliche. — 6) 1938 = September 1938 und 1950 = Durchschnitt der vier Erhebungsmonate. — 7) Ab 1964 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — 8) Einschl. Energiewirtschaft und Hoch- und Tiefbau.





HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1965

Oktober-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Die Verbrauchsstruktur der Hamburger 3- und 4-Personen-Haushalte

(Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63)

Inhalt

Seite

I. Einleitung	270
II. Die Einkommenschichtung der an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 beteiligten Hamburger 3- und 4-Personen-Haushalte	271
III. Die durchschnittlichen monatlichen Verbrauchsausgaben der an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 beteiligten Hamburger 4-Personen-Haushalte	
1. Sämtliche erfaßten 4-Personen-Haushalte	271
2. Ehepaare mit zwei Kindern unter 18 Jahren	274
3. Arbeitnehmerhaushalte (Vergleich Angestellte/Beamte – Arbeiter)	275
IV. Die durchschnittlichen monatlichen Verbrauchsausgaben der an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 beteiligten Hamburger 3-Personen-Haushalte	
1. Sämtliche erfaßten 3-Personen-Haushalte	277
2. Ehepaare mit einem Kind unter 18 Jahren	278
3. Arbeitnehmerhaushalte (Vergleich Angestellte/Beamte – Arbeiter)	279
V. Vergleich der Verbrauchsstruktur in den 3- und 4-Personen-Haushalten	280
VI. Vergleich der Verbrauchsstruktur von Arbeitnehmerhaushalten in Hamburg und im gesamten Bundesgebiet	
1. Methodische Probleme	282
2. Die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 in Hamburg und das Wägungsschema 1962 des Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet	283
VII. Zusammenfassung	285

I. Einleitung

Das Gesetz über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte vom 11. Januar 1961 sieht vor, daß außer den monatlichen Wirtschaftsrechnungen für bestimmte Haushaltstypen einmalige Erhebungen bei Haushalten aller Bevölkerungskreise vorgenommen werden. Sie erstrecken sich auf den Zeitraum eines Jahres und sind in Abständen von drei bis fünf Jahren zu wiederholen. Die erste Repräsentativerhebung dieser Art fand in der Zeit vom 1. Juni 1962 bis 31. Mai 1963¹⁾ statt. Teilergebnisse für das Land Hamburg, die auf Angaben der Haushalte zu Beginn der Erhebung beruhten, wurden bereits in einer früheren Veröffentlichung dargestellt²⁾.

Die Einkommens- und Verbrauchsstichproben sollen Aufschluß sowohl über die Quellen der privaten Haushaltseinkommen³⁾ als auch über deren Verwendung geben, wobei das Schwergewicht auf der Verwendungsseite liegt⁴⁾. Der Anteil des Privaten Verbrauchs am Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen beträgt weit über die Hälfte (Bundesrepublik, 1963: 57 %). Bei den privaten Haushalten zeigt sich folgendes Bild: Von den Bruttoeinkommen entfallen rd. 20 % auf Abzüge für Steuern und Sozialversicherung, rd. 10 % werden gespart und die restlichen 70 % für den Verbrauch ausgegeben⁵⁾. Es soll nun untersucht werden, wie sich diese Ausgaben auf die einzelnen Verbrauchskategorien verteilen. Dabei werden die Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte nach der neuen Gütersystematik⁶⁾ in neun Hauptgruppen („Bedarfsgruppen“ der alten Systematik) aufgeteilt, die auch dem Preisindex für die Lebenshaltung zugrunde liegen.

Die periodische Durchführung von Einkommens- und Verbrauchsstichproben ermöglicht es, für den Bereich der privaten Haushalte einen besseren Überblick über die Zusammensetzung und die zeitliche Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben zu gewinnen als bisher. Insbesondere soll dabei die Schichtung der Haushalte nach den verschiedensten Gesichtspunkten berücksichtigt werden.

Die Ergebnisse der ersten Erhebung — wie auch die der laufenden Wirtschaftsrechnungen — dienen nicht zuletzt dazu, die Wägungsschemata des Preisindex für die Lebenshaltung zu kontrollieren. Auf Grund

dieser Erkenntnisse soll auch die anhand der laufenden Wirtschaftsrechnungen schon vorgenommene Umstellung auf das Basisjahr 1962 = 100 nochmals überprüft werden. Für das Land Hamburg stellt sich diese spezielle Aufgabe der Umstellung noch.

Es sollten rd. 50 000 Haushalte (knapp 0,3 % aller Haushalte) im gesamten Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) nach ihren Einnahmen und Ausgaben befragt werden, und zwar rd. 35 000 Haushalte „Unselbständiger“ (Angestellte, Beamte, Arbeiter, Pensionäre, Rentner, Unterstützungsempfänger, sonstige Nichterwerbstätige) und 15 000 Haushalte „Selbständiger“ (getrennt nach Landwirten und übrigen Selbständigen). Die erforderlichen Quoten von Unselbständigen und Selbständigen nach sozialer Stellung, Haushaltsgröße und Einkommensklasse wurden für alle Bundesländer vom Statistischen Bundesamt vorgegeben⁷⁾. Die Soll-Zahlen für Hamburg sahen folgendermaßen aus:

Haushalte insgesamt	2 164
davon Unselbständige	1 726
Selbständige	438
(24 Landwirte und	
414 übrige Selbständige)	

Die Auswahl der Haushalte mußte so getroffen werden, daß sie in ihrer Gesamtheit der Zusammensetzung der Hamburger Haushalte entsprach (das gleiche galt entsprechend für die gesamte Bundesrepublik), d. h. die Struktur von Teilmasse (ausgewählte Haushalte) und Grundgesamtheit (alle Haushalte überhaupt) mußte gleich sein.

Für die Zusammenstellung der Erhebungsmasse — nach dem Auswahlprinzip der „korrigierten Zufallsauswahl“ — wurde zunächst das Anschriftenmaterial des Mikrozensus vom Oktober 1961 zugrunde gelegt. Ergänzend wurden noch die Unterlagen der 1 %-Wohnungsstatistik aus dem Jahre 1960 herangezogen. Um auch die Veränderung des Wohnungsbestandes nach dem 31. 12. 1960 zu berücksichtigen, mußte zusätzlich auf die Bautätigkeitsstatistik zurückgegriffen werden. Der größte Teil der Haushalte stammt jedoch aus der freien Werbung.

Trotz aller Bemühungen gelang es nicht in vollem Umfang, die vom Statistischen Bundesamt vorgegebene Zahl von Hamburger Haushalten für die Mitarbeit an der Erhebung zu gewinnen. Nachdem sich zunächst wenigstens der Zahl, wenn auch nicht der Zusammensetzung nach genügend Haushalte zur Mitarbeit bereit erklärt und die Fragen des Grundinterviews beantwortet hatten⁸⁾, schied davon zu Beginn und während der eigentlichen Erhebung ein beträchtlicher Teil aus, ohne voll ersetzt werden zu können. Dadurch ist naturgemäß die Repräsentanz der Ergebnisse beeinträchtigt worden⁹⁾.

Die Erhebung sah für die Führung der Bücher, bei der die beteiligten Haushalte von Interviewern beraten und teilweise unterstützt wurden, zwei Formen der Anschreibung vor: Jeder erfaßte Haushalt brauchte generell außer den Einnahmen — Bruttoeinnahmen sowie Abzüge für Sozialversicherung und direkte Steuern — nur in einem Monat des Erhebungszeitraums alle Ausgaben im einzelnen täglich in ein Haushaltsbuch einzutragen (Feinanschreibung). In den übrigen elf Monaten waren nur die Ausgaben über 25 DM je Kaufakt (ohne Lebens-

1) In Hamburg 1. Juli 1962 bis 30. Juni 1963.

2) Vgl. Matti, W.: Die Ausstattung Hamburger Haushalte mit langnuzbaren Gütern. — Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962. — In: Hamburg in Zahlen, Heft 8/1964, S. 234–251.

3) Zum Haushaltseinkommen gehören: Einkommen aus Erwerbstätigkeit, Einkommen aus Vermögen, Einnahmen aus Einkommens- und Vermögensübertragungen, Einnahmen aus Auflösung und Umwandlung von Vermögen, Einnahmen aus Kreditaufnahme und sonstige Einnahmen. Vgl. Fußnote bei Tabelle 1.

4) Über die verschiedenen Aufgaben der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 s. auch Wirtschaft und Statistik, Heft 11/1961, S. 563; und Sparkasse, Heft 3/1962, S. 357.

5) Vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 1/1965, S. 15.

6) Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch, Ausgabe 1963.

7) Die Aufbereitung des Materials erfolgte auch zentral, und zwar durch die Zweigstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes.

8) Vgl.: Die Ausstattung Hamburger Haushalte . . . a.a.O., S. 235.

9) Zur Unter- bzw. Überbesetzung der einzelnen Schichten vgl.: Die Ausstattung Hamburger Haushalte . . . a.a.O., S. 235 f. Zwar hat sich die Teilmasse dadurch geändert, daß — wie schon erwähnt — von den 2 153 Haushalten zu Beginn der Erhebung nicht alle bis zum Schluß „durchgehalten“. Da aber die Ausfallquote in allen Schichten nahezu gleich war, ergaben sich am Ende der Erhebung bei den sozialen Schichten (Angestellte, Beamte, Arbeiter etc.) annähernd die gleichen Abweichungen (Unter- bzw. Übererfassungen). Legt man aber die Einkommensklassen zugrunde, so zeigt sich eine deutliche, weitere Verschiebung zugunsten der ohnehin überbesetzten hohen Einkommensklassen (1 200 DM und mehr).

mittelkäufe) zu erfassen (Grobanschreibung)¹⁰⁾. Um möglichst genaue Ergebnisse zu erhalten, war das Verfahren der „rotierenden Aufteilung“ oder Rotation so gewählt, daß im gesamten Bundesgebiet die Zahl der Feinanschreiber in allen Monaten in jeder Schicht annähernd gleich war.

In Hamburg führten innerhalb des gesamten Erhebungszeitraums 1914 Haushalte Haushaltsbücher. Ausgewertet wurden davon für hamburgische Zwecke 1682 für Haushalte, die im Monat der Feinanschreibung keine Kostgänger¹¹⁾ hatten, keine Eigenbewirtschaftung (Gartenland und Kleintierhaltung) betrieben und keine größeren Urlaubsausgaben vornahmen.

Die Haushaltsvorstände — in der Regel gleichzeitig auch Hauptverdiener — waren als Selbständige oder abhängig Beschäftigte tätig oder bezogen ein sonstiges Einkommen¹²⁾. Die Feinanschreibung, die den folgenden Untersuchungen zugrunde liegt, wurde — im sogenannten rotierenden Verfahren — in jedem Monat von 117 bis 162 Haushalten vorgenommen.

Aus der Fülle des Materials der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 soll in diesem zweiten Beitrag die Verbrauchsstruktur der Hamburger 3- und 4-Personen-Haushalte untersucht werden. Andere Haushaltstypen werden in späteren Veröffentlichungen behandelt.

II. Die Einkommensschichtung der an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 beteiligten Hamburger 3- und 4-Personen-Haushalte

Auf die 3- und 4-Personen-Haushalte entfällt zusammen ein Drittel aller Hamburger Haushalte¹³⁾. Seit 1950 hat sich dieser Anteil nicht verändert. In der Stichprobe waren die 3- und 4-Personen-Haushalte bedeutend stärker vertreten (zusammen fast 50 %).

Über die Besetzung der verschiedenen Einkommensschichten in diesen an der Erhebung beteiligten Haushaltstypen gibt Tabelle 1 Aufschluß.

Bei den 3-Personen-Haushalten war die Einkommensgruppe 800 DM bis unter 1200 DM am stärksten besetzt. Auf sie entfielen fast 32 % aller befragten 3-Personen-Haushalte. Jeder fünfte 3-Personen-Haushalt hatte ein Einkommen von 1200 DM bis unter 1600 DM und gut ein weiteres Fünftel ein noch höheres. Fast 26 % gaben ein Einkommen unter 800 DM an.

Bei den 4-Personen-Haushalten waren es 33 %, die monatlich 800 DM bis unter 1200 DM zur Verfügung hatten und fast 25 %, die 1200 DM bis unter 1600 DM bezogen. Noch etwas größer war der Anteil der Haushalte mit Einkommen über 1600 DM monatlich.

Tabelle 1

Einkommensschichtung der an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 beteiligten Hamburger 3- und 4-Personen-Haushalte im Buchführungszeitraum 1. 7. 1962 bis 30. 6. 1963

Netto-Haushaltseinkommen 1) im Monat der Feinanschreibung in DM	Anzahl der Haushalte			
	3-Personen-Haushalte		4-Personen-Haushalte	
	absolut	%	absolut	%
	1	2	3	4
unter 800	111	25,8	55	14,1
800 bis unter 1 200	136	31,6	129	33,0
1 200 bis unter 1 600	87	20,3	96	24,6
1 600 bis unter 2 000	40	9,3	51	13,0
2 000 und mehr	56	13,0	60	15,3
Insgesamt	430	100	391	100

1) Einschließlich der Einkünfte der sonstigen Einkommensbezieher neben dem Hauptverdiener. Vgl. Fußnote 3.

Hier wird eine gewisse Abhängigkeit der Einkommenshöhe von der Haushaltsgröße ersichtlich. Während bei den 4-Personen-Haushalten die unterste Einkommensschicht bis monatlich 800 DM schwächer vertreten ist als bei den 3-Personen-Haushalten, ist es bei allen höheren Einkommensschichten umgekehrt. Dies dürfte sich — abgesehen von verzerrenden Einflüssen aus unterschiedlicher Repräsentanz¹⁴⁾ — daraus erklären, daß in den Haushalten mit höherer Kopffzahl auch häufiger sonstige Einkommensbezieher neben dem Hauptverdiener zu finden sind¹⁵⁾.

Bei der Untersuchung der Ausgabenstruktur werden im folgenden zunächst die 4-Personen-Haushalte zugrunde gelegt. In der amtlichen Statistik über Verbraucherpreise und Verbrauchsausgaben nehmen Haushalte aus dieser Gruppe den wichtigsten Platz ein.

III. Die durchschnittlichen monatlichen Verbrauchsausgaben der an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 beteiligten Hamburger 4-Personen-Haushalte

1. Sämtliche erfaßten 4-Personen-Haushalte

Die durchschnittlichen monatlichen Verbrauchsausgaben¹⁶⁾ errechnen sich aus den Angaben sämtlicher befragten 4-Personen-Haushalte aller Berufsschichten (Angestellte/Beamte, Arbeiter, Selbständige, Nichterwerbstätige). Über die soziale Stellung des Haushaltsvorstandes gibt Tabelle 2 Auskunft.

Bei der Einstufung war nur die reine Personenzahl in den Haushalten entscheidend, es handelt sich also nicht nur um Ehepaare mit Kindern. Die Ausgaben-gestaltung dieser Haushalte ist gesondert in Tabelle 5 erfaßt.

Die gesamten Verbrauchsausgaben der 391 an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 beteiligten Hamburger 4-Personen-Haushalte betragen

10) Eine Feinanschreibung das ganze Jahr hindurch hätte die Haushalte zu stark belastet.

11) Im Haushalt lebende, aber nicht zur Verpflegungsgemeinschaft gehörende Personen, wie Untermieter, Schlafgänger etc.

12) In einzelnen Fällen können mehrere Einkommensarten nebeneinander auftreten.

13) Statistisches Jahrbuch der Freien und Hansestadt Hamburg, 1964, S. 15.

14) Vgl. hierzu S. 272 und S. 277.

15) Vgl. auch: Die Ausstattung Hamburger Haushalte . . . a.a.O., S. 237.

16) Die Verbrauchsausgaben, unterteilt in neun Hauptgruppen, sind nach der neuen Gütersystematik nicht ganz so umfassend wie die „Verbrauchsausgaben insgesamt“ nach der alten Gütersystematik, aber größer als die „Ausgaben für die Lebenshaltung“. Die frühere Bedarfsgruppe „Sonstige Ausgaben“, die nach der alten Gütersystematik die Differenz bildete, wurde nämlich in der neuen Gütersystematik teilweise in andere Hauptgruppen eingegliedert und teilweise aus dem Privaten Verbrauch herausgenommen (vgl. S. 283). Die Unterscheidung in „Ausgaben für die Lebenshaltung“ und „Verbrauchsausgaben insgesamt“ ist damit entfallen. Im folgenden wird immer von Verbrauchsausgaben gesprochen.

im Durchschnitt monatlich 1304 DM, d. h. pro Kopf 326 DM. Dieser Wert liegt über dem repräsentativen Durchschnitt, da die niedrigen Einkommensklassen in der Erhebung unterbesetzt und die höheren Einkommensklassen überbesetzt sind¹⁷⁾. Diese Tatsache ist auch bei der Aufgliederung der Gesamtausgaben stets zu berücksichtigen.

Tabelle 2

Die soziale Stellung des Haushaltsvorstandes in den an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 beteiligten Hamburger 4-Personen-Haushalten

Netto-Haushalts-einkommen in DM	Selbständige	Beamte	Ange-stellte	Ar-beiter	Nicht-er-werbs-tätige	Zu-sammen
	1	2	3	4	5	6
unter 800	4	6	24	18	3	55
800 bis unter 1200	4	31	53	39	2	129
1200 bis unter 1600	12	22	53	8	1	96
1600 bis unter 2000	8	13	24	2	4	51
2000 und mehr ...	5	16	32	3	4	60
Insgesamt	33	88	186	70	14	391

17) Vgl. dazu für die Gesamtheit der zu Beginn der Erhebung beteiligten Haushalte: Die Ausstattung Hamburger Haushalte ... a.a.O., S. 236.

18) Zu dieser Hauptgruppe gehören u. a. Ausgaben für Möbel, Teppiche, hochwertige elektrische Haushaltsmaschinen und -geräte, Fremdreparaturen an der Wohnung, Wäscherei und Reinigung und häusliche Dienste.

19) Hierunter fallen Ausgaben für Kraftfahrzeuge und Fahrräder, Kraftstoffe, sonstige Waren und Dienstleistungen für eigene Kraftfahrzeuge, fremde Verkehrsleistungen und Postgebühren.

20) Diese Hauptgruppe umfaßt neben der persönlichen Ausstattung, wie Uhren, Schmuck u. ä. vor allem die Ausgaben für Versicherungen. Abweichend vom Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch werden hier bei der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 in Hamburg die Ausgaben für sämtliche Versicherungsarten einbezogen. Dadurch ergab sich sowohl für diese Hauptgruppe wie für die gesamten Verbrauchsausgaben eine gewisse Überhöhung. Vgl. auch S. 283 f.

21) Diese Verzerrung hat besondere Bedeutung bei den Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung sowie bei den Waren und Dienstleistungen für Verkehrszwecke und Nachrichtenübermittlung (vgl. S. 274) mit entsprechend umgekehrtem Einfluß auf die Anteile anderer Ausgaben.

Die Ausgaben für Nahrungsmittel betragen in den beteiligten 4-Personen-Haushalten im Durchschnitt monatlich 339 DM, d. h. 26 % der gesamten Verbrauchsausgaben. Weitere 125 DM (9,6 %) entfielen auf Wohnungsmiete und 54 DM (4,1 %) auf Elektrizität, Gas, Brennstoffe. Werden diese Hauptgruppen unter dem Begriff „starrer“ Bedarf zusammengefaßt, so beanspruchte dieser mit 518 DM rund 40 % der gesamten Verbrauchsausgaben. Für den sogenannten „elastischen“ Bedarf wurden die anderen 60 % verwandt. Neben Genußmitteln, mit 87 DM (6,7 %), sowie Kleidung und Schuhen, mit 128 DM (9,8 %), waren das namentlich Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung¹⁸⁾ mit 176 DM (13,5 %), für Verkehrszwecke und Nachrichtenübermittlung¹⁹⁾ mit 141 DM (10,8 %), Körper- und Gesundheitspflege mit 49 DM (3,7 %) sowie Bildung und Unterhaltung mit 96 DM (7,4 %). Weitere 109 DM (8,4 %) wurden für persönliche Ausstattung einschließlich sonstiger Waren und Dienstleistungen²⁰⁾ ausgegeben.

Angesichts der nicht schichtgerechten Besetzung der Einkommensklassen sind die oben angeführten Anteile nur als Näherungswerte anzusehen, da die Ausgabenstruktur erheblich von der Einkommenshöhe abhängt. Somit weisen die genannten Anteilsgrößen eine Verzerrung in Richtung der Verbrauchsstruktur der überbesetzten höheren Einkommensklassen auf²¹⁾. Um genauere Aussagen zu erhalten, werden im folgenden die an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe beteiligten Haushalte in verschiedene Einkommensklassen aufgegliedert. Gleichzeitig ist die unterschiedliche Verbrauchsstruktur bei verschiedener Einkommenshöhe auch eine wichtige Fragestellung eigener Art.

Auf den starren Bedarf (Nahrungsmittel, Wohnung und Elektrizität, Gas und Brennstoffe) entfiel bei den

Tabelle 3

Die durchschnittlichen monatlichen Verbrauchsausgaben aller an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 beteiligten Hamburger 4-Personen-Haushalte nach Einkommensklassen und Ausgabengruppen

Netto-Haushalts-einkommen in DM	Anzahl der Haushalte	Nahrungs- und Genußmittel 1)			Kleidung, Schuhe	Wohnungsmieten 2)	Elektrizität, Gas, Brennstoffe	Übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	Waren und Dienstleistungen			Persönliche Ausstattung; sonstige Waren und Dienstleistungen 3)	Insgesamt
		Nahrungs-mittel	Genuß-mittel	ins-gesamt					für Ver-kehrs-zwecke und Nach-richten-übermitt-lung	für Kör-per-und Ge-sund-heits-pflege	für Bil-dungs- und Unter-haltungs-zwecke		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
in DM													
unter 800	55	270	52	322	53	101	35	64	40	25	52	34	726
800 b. u. 1200	129	310	69	379	100	106	48	109	85	49	70	67	1013
1200 b. u. 1600	96	363	87	450	149	132	62	160	104	44	95	113	1309
1600 b. u. 2000	51	367	126	493	176	155	51	192	135	65	136	171	1574
2000 und mehr	60	401	122	523	186	154	69	428	417	64	157	209	2207
Zusammen	391	339	87	426	128	125	54	176	141	49	96	109	1304
in %													
unter 800	55	37,2	7,2	44,4	7,3	13,9	4,8	8,8	5,5	3,4	7,2	4,7	100
800 b. u. 1200	129	30,6	6,8	37,4	9,9	10,5	4,7	10,8	8,4	4,8	6,9	6,6	100
1200 b. u. 1600	96	27,7	6,7	34,4	11,4	10,1	4,7	12,2	7,9	3,4	7,3	8,6	100
1600 b. u. 2000	51	23,4	8,0	31,4	11,2	9,8	3,2	12,2	8,6	4,1	8,6	10,9	100
2000 und mehr	60	18,2	5,5	23,7	8,4	7,0	3,1	19,4	18,9	2,9	7,1	9,5	100
Zusammen	391	26,0	6,7	32,7	9,8	9,6	4,1	13,5	10,8	3,7	7,4	8,4	100

1) Einschließlich Verzehr in Gaststätten, aber ohne Erzeugnisse aus eigener Ernte. - 2) Durchschnittsmieten der Haushalte mit Mietwohnungen. - 3) Insbesondere Ausgaben für Versicherungen.

Haushalten mit Einkommen unter 800 DM erheblich mehr als die Hälfte der gesamten Verbrauchsausgaben. Bei den Haushalten mit Einkommen zwischen 800 DM und 1200 DM blieb dieser Anteil bereits merklich unter der Hälfte des Budgets, und bei Haushaltseinkommen über 2000 DM betrug der Anteil des starren Bedarfs nur noch reichlich ein Viertel. Bei der letztgenannten Einkommensklasse blieben also über 70% für den sogenannten elastischen Bedarf verfügbar.

Alein für Nahrungsmittel gab ein 4-Personen-Haushalt der Einkommensklasse unter 800 DM jeden Monat rd. 37% der gesamten Verbrauchsausgaben aus. Bei einem Einkommen von 2000 DM und mehr waren es nur gut 18%, wenn auch der absolute Ausgabenbetrag hier mit 401 DM, d. h. 100 DM pro Kopf, noch um die Hälfte höher war als im Haushalt der untersten Einkommensklasse mit Nahrungsmittelausgaben von insgesamt 270 DM oder pro Kopf 68 DM.

Tabelle 4

Die Ausgabenstruktur der an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 beteiligten Hamburger 4-Personen-Haushalte nach Einkommensklassen

Anteile der Hauptgruppen an den gesamten Verbrauchsausgaben in %

Hauptgruppen	Einkommensklassen in DM				
	unter 800	800 b. u. 1200	1200 b. u. 1600	1600 b. u. 2000	2000 u. mehr
	1	2	3	4	5
Nahrungsmittel	37,2	30,6	27,7	23,4	18,2
Wohnungsmieten	13,9	10,5	10,1	9,8	7,0
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	4,8	4,7	4,7	3,2	3,1
Starrer Bedarf	55,9	45,8	42,5	36,4	28,3
Genußmittel	7,2	6,8	6,7	8,0	5,5
Kleidung, Schuhe	7,3	9,9	11,4	11,2	8,4
Übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	8,8	10,8	12,2	12,2	19,4
Waren u. Dienstleistungen für Verkehrszwecke u. Nachrichtenübermittlung	5,5	8,4	7,9	8,6	18,9
Waren u. Dienstleistungen für Körper- u. Gesundheitspflege	3,4	4,8	3,4	4,1	2,9
Waren u. Dienstleistungen für Bildungs- u. Unterhaltungszwecke	7,2	6,9	7,3	8,6	7,1
Persönliche Ausstattung; sonstige Waren u. Dienstleistungen	4,7	6,6	8,6	10,9	9,5
Elastischer Bedarf	44,1	54,2	57,5	63,6	71,7

Für Genußmittel wurden in den Haushalten der untersten hier gebildeten Einkommensklasse (unter 800 DM) monatlich 52 DM ausgegeben, d. h. 7,2% der gesamten Verbrauchsausgaben, und zwar im wesentlichen für Tabakwaren (19 DM), alkoholische Getränke (15 DM) und Bohnenkaffee (14 DM). In den Haushalten der beiden höchsten Einkommensklassen (1600 DM und mehr), die an dieser Stelle zur Ausschaltung statistischer Unregelmäßigkeiten einmal zusammengefaßt werden, waren die Käufe von Genußmitteln mit 123 DM monatlich (6,6%) absolut weit mehr als doppelt so hoch. Der Unterschied war am geringsten bei den Ausgaben für Tabakwaren (28 DM) und Bohnenkaffee (22 DM) und am größten bei alkoholischen Getränken (48 DM); daneben hatten hier die Ausgaben für Getränke in Gaststätten erhebliches Gewicht (23 DM).

Bei Kleidung und Schuhen, für die in der untersten Einkommensklasse mit monatlich 53 DM (7,3%) kaum mehr als für Genußmittel ausgegeben wurde, zeichnete sich die Tendenz ab, daß der Anteil an den gesamten Verbrauchsausgaben zunächst mit höherem Einkommen noch sehr stark zunahm und sich erst in den Haushalten der höchsten Einkommensklasse – bei immer noch absoluter Erhöhung der entsprechenden Ausgaben auf monatlich 186 DM – wieder merklich zurückbildete. Die Erklärung für diesen Verlauf könnte darin gesehen werden, daß zunächst die Beschränkungen, die von der Knappheit der für den Wahlbedarf verfügbaren Mittel diktiert werden, u. a. auf Kosten der Bedarfsdeckung bei Kleidung und Schuhen gehen. Bei höherem Einkommen wird dann wiederum relativ schnell ein hoher Sättigungsgrad erreicht.

Die Mietausgaben waren zwar in den Haushalten der untersten Einkommensklasse mit monatlich 101 DM am niedrigsten und in der obersten erfaßten Einkommensklasse um mehr als die Hälfte höher. Der Anteil an den gesamten Verbrauchsausgaben wies jedoch mit 14% bei einem Monatseinkommen unter 800 DM und nur 7% bei 2000 DM und mehr ein umgekehrtes Gefälle auf. Hier liegt – neben den Ausgaben für Nahrungsmittel – die zweite wichtige Ursache für die gleichartige Tendenz bei den Ausgaben für den starren Bedarf.

Bei seiner dritten Komponente, den Ausgaben für Elektrizität, Gas und Brennstoffe, war diese Kennzeichnung nicht so stark ausgeprägt. Die Ausgaben erhöhten sich, ausgehend von den Haushalten der untersten Einkommensklasse (monatlich 35 DM, d. s. 4,8%), zunächst annähernd in gleichem Maße wie die gesamten Verbrauchsausgaben. Erst bei den Haushalten mit Einkommen von 1600 DM und mehr ging der Anteil der Ausgaben für Elektrizität, Gas und Brennstoffe zurück, wenn auch der ausgegebene Betrag absolut noch bis auf 69 DM stieg.

In ungefähr gleichen Größenordnungen, zwischen 25 DM und 65 DM, bewegten sich die Ausgaben für Waren und Dienstleistungen für Körper- und Gesundheitspflege. Der Anteil an den gesamten Verbrauchsausgaben war hier mit 3,4% bzw. 2,9% in den Haushalten der untersten und der obersten Einkommensklasse besonders niedrig, während er dazwischen bis auf 4,8% stieg. Diese Tendenz ist ähnlich derjenigen bei den Ausgaben für Kleidung und Schuhe und dürfte auch wie dort zu erklären sein.

Ausgeprägter als in jeder anderen Hauptgruppe stehen offenbar die Ausgaben für Waren und Dienstleistungen für Bildungs- und Unterhaltungszwecke in einem festen Verhältnis zur Höhe der gesamten Verbrauchsausgaben: Der Anteil betrug – mit einer einzigen Ausnahme – in den Haushalten jeder Einkommensklasse rd. 7%. In absoluten Beträgen reichte die Spanne von monatlich 52 DM bis 157 DM.

Einen besonders überproportionalen Anstieg wies die heterogene Ausgabengruppe Persönliche Ausstattung; sonstige Waren und Dienstleistungen auf. Ihr Anteil an den gesamten Verbrauchsausgaben war in der untersten Einkommensklasse knapp 5%, in den beiden obersten Einkommensklas-

sen rd. doppelt so hoch; die absoluten Ausgaben stiegen von 34 DM auf 209 DM. Dazu trägt vor allem die Zunahme der Ausgaben für Versicherungen von 29 DM auf 162 DM bei. Die Erklärung liegt einmal darin, daß die Haushalte mit höherem Einkommen in geringerem Maße Zugang zur Sozialversicherung haben — die Beiträge hierfür (in den Verbrauchsausgaben nicht enthalten) sind absolut erheblich kleiner als in den niedrigen Einkommensklassen — und daher auf private Vorsorge angewiesen sind. Zum anderen haben hier auch die Ausgaben für Kraftfahrzeug-, Hausrat- und Feuerversicherung u. ä. größeres Gewicht. Relativ geringe Bedeutung hatten dagegen die Ausgaben für persönliche Ausstattung (Uhren, Schmuck etc.), die auch in der höchsten Einkommensklasse nicht über 21 DM monatlich, d. h. 1 % der gesamten Verbrauchsausgaben hinausgingen.

Eine auffällige Sonderentwicklung wiesen die Ausgaben der Bereiche Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung und Waren und Dienstleistungen für Verkehrszwecke und Nachrichtenübermittlung auf. In beiden Hauptgruppen herrscht ein eindeutiger Trend zur überproportionalen Ausgabensteigerung bei höherem Einkommen. Er hält sich bei den Haushaltseinkommen unter 2 000 DM durchaus noch in dem aus anderen Ausgabengruppen gewohnten Rahmen. Danach aber erfolgt in den Haushalten der höchsten Einkommensklasse ein sprunghafter Anstieg. Lag der Anteil der Waren für die Haushaltsführung in den anderen Einkommensklassen zwischen rd. 9 % und 12 %, so betrug er bei einem Haushaltseinkommen von 2 000 DM und mehr gut 19 %. Ähnlich war es bei den Ausgaben für Verkehrszwecke und Nachrichtenübermittlung. Bei einem Haushaltseinkommen bis unter 2 000 DM lag der Anteil zwischen rd. 6 % und 9 %. Bei darüber liegendem Einkommen sprang er auf fast 19 %.

Beide Ausgabenbereiche enthalten in besonders hohem Maße hochwertige Gebrauchsgüter: Möbel, Heimtextilien, Haushaltswäsche, Haushaltsmaschinen und -geräte u. ä. einerseits sowie Kraftfahrzeuge andererseits. Da nun bei Anschaffungen dieser Art häufig ein einzelner Kaufakt den statistischen Durchschnitt eines Haushaltstyps erheblich verändert, können Zufallskomponenten hier eine besonders große Rolle spielen, zumal die Teilmasse der an der Erhebung beteiligten 4-Personen-Haushalte mit einem Einkommen von 2 000 DM und mehr nur 60 Haushalte umfaßt, von denen jeder nur jeweils einen Monat an der Feinanschreibung teilnahm²²⁾. Dabei mag noch zu einer Überhöhung der betreffenden Ausgaben geführt haben, daß der Monat Dezember, in dem aus Anlaß des Weihnachtsfestes besonders viele Anschaffungen hochwertiger Gebrauchsgüter erfolgen, relativ überbesetzt ist.

Wenn demnach auch das Ausmaß der sprunghaften Anteilssteigerung der genannten Ausgabenbereiche bei den erfaßten Haushalten mit hohem Einkommen nicht unbedingt repräsentativ zu sein braucht, so ist doch die Tatsache offensichtlich, daß hier die wich-

tigsten Verwendungen des Mehreinkommens bei hohem Einkommensniveau liegen. Insgesamt unterschieden sich die durchschnittlichen Verbrauchsausgaben in den an der Erhebung teilnehmenden 4-Personen-Haushalten der beiden höchsten Einkommensklassen (1 600 DM bis unter 2 000 DM sowie 2 000 DM und mehr) mit 1 574 DM bzw. 2 207 DM monatlich um 633 DM; davon entfielen allein 518 DM auf Ausgaben für Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung (236 DM) und für Verkehrszwecke und Nachrichtenübermittlung (282 DM).

Die bessere Ausstattung der Haushalte höheren Einkommens mit hochwertigen Gebrauchsgegenständen ging bereits aus der ersten Untersuchung im Zusammenhang mit der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962 hervor²³⁾. Bei der hier untersuchten Aufgliederung der laufenden Ausgaben ist zudem zu berücksichtigen, daß mit steigendem Einkommen gewöhnlich auch die Qualität und damit der Preis der betreffenden Gebrauchsgegenstände höher und der Erneuerungsrythmus dichter ist. Außerdem steigen z. B. mit der besonders einkommensabhängigen Ausstattung mit Kraftfahrzeugen²⁴⁾ auch die Ausgaben für Waren und Dienstleistungen zum laufenden Unterhalt, die ebenfalls in den hier behandelten Ausgabenbereich fallen.

2. Ehepaare mit zwei Kindern unter 18 Jahren

Bei einer Untersuchung der Verbrauchsverhältnisse von Ehepaaren mit Kindern müßte der unterschiedliche Verbrauch der einzelnen Haushaltsmitglieder, der sich aufgrund verschiedenen Alters, Geschlechts, verschiedenartiger beruflicher Tätigkeit etc. ergibt, berücksichtigt werden. Hier wie noch mehr beim Vergleich der 3- und 4-Personen-Haushalte würde es sich anbieten, die unterschiedliche Ausgabenstruktur von Kindern und Erwachsenen herauszuarbeiten, d. h. die Ausgabenstruktur der Haushalte nach Verbrauchseinheiten darzustellen, wobei in der Regel der Verbrauch einer erwachsenen männlichen Person in einem Beruf mittlerer Schwere (der sog. Vollperson) als Maßstab zugrunde gelegt wird. Aus arbeitstechnischen Gründen konnte eine derartige Umrechnung für die Hamburger Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 nicht vorgenommen werden.

Von den 391 Vier-Personen-Haushalten, die an der Erhebung teilnahmen, bestanden 297 Haushalte, d. h. 76 %, jeweils aus einem Ehepaar mit zwei Kindern unter 18 Jahren (davon gut die Hälfte unter 6 Jahren). Angesichts des hohen Anteils können die Ergebnisse für diesen enger eingegrenzten Kreis von Haushalten naturgemäß nicht wesentlich von denen für sämtliche 4-Personen-Haushalte abweichen. Das gilt ganz besonders für die beiden untersten Einkommensklassen, in denen der entsprechende Anteil sogar über 90 % hinausgeht.

Auch bei den höheren Einkommensklassen besitzen die Haushalte der Ehepaare mit zwei Kindern noch ein eindeutiges Übergewicht, aber ihre Verbrauchsstruktur läßt zumindest leichte Abweichungen erkennen. So waren hier erwartungsgemäß die Ausgaben für Nahrungsmittel relativ und absolut etwas geringer. Sie betragen in der Einkommensklasse 1 200 DM bis 1 600 DM pro Monat 344 DM (26,7 %

22) In diesem Falle erscheint es daher besonders wichtig, später die Ergebnisse der Grobanschreibung mit zu verwerthen.

23) Vgl.: Die Ausstattung Hamburger Haushalte . . . a.a.O.

24) Vgl.: Die Ausstattung Hamburger Haushalte . . . a.a.O., S. 243.

Tabelle 5

Die durchschnittlichen monatlichen Verbrauchsausgaben der an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 beteiligten Hamburger 4-Personen-Haushalte, bestehend aus einem Ehepaar mit zwei Kindern, nach Einkommensklassen und Ausgabengruppen

Netto-Haushaltseinkommen in DM	Anzahl der Haushalte	Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾			Kleidung, Schuhe	Wohnungsmieten ²⁾	Elektrizität, Gas, Brennstoffe	Übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	Waren und Dienstleistungen			Persönliche Ausstattung; sonstige Waren und Dienstleistungen ³⁾	Insgesamt
		Nahrungsmittel	Genußmittel	insgesamt					für Verkehrszwecke und Nachrichtenübermittlung	für Körper- und Gesundheitspflege	für Bildungs- und Unterhaltungszwecke		
in DM													
400 b. u. 800	53	271	52	323	54	101	35	64	40	25	54	33	729
800 b. u. 1 200	117	309	68	377	103	107	45	109	87	51	69	67	1 015
1 200 b. u. 1 600	65	344	82	426	139	137	66	174	100	44	90	111	1 287
1 600 und mehr	62	348	91	439	183	168	54	350	235	65	124	183	1 801
in %													
400 b. u. 800	53	37,2	7,1	44,3	7,4	13,9	4,8	8,8	5,5	3,4	7,4	4,5	100
800 b. u. 1 200	117	30,5	6,7	37,2	10,2	10,5	4,4	10,7	8,6	5,0	6,8	6,6	100
1 200 b. u. 1 600	65	26,7	6,4	33,1	10,8	10,7	5,1	13,5	7,8	3,4	7,0	8,6	100
1 600 und mehr	62	19,3	5,1	24,4	10,2	9,3	3,0	19,4	13,0	3,6	6,9	10,2	100

¹⁾ Einschließlich Verzehr in Gaststätten, aber ohne Erzeugnisse aus eigener Ernte. — ²⁾ Durchschnittsmieten der Haushalte mit Mietwohnungen. — ³⁾ Insbesondere Ausgaben für Versicherungen.

der Gesamtausgaben) gegenüber 363 DM (27,7 %) für sämtliche 4-Personen-Haushalte. In den höheren Einkommensklassen war die Differenz noch größer. Besonders ausgeprägt war diese Tendenz erklärlicherweise bei Genußmitteln. Während die 4-Personen-Haushalte mit zwei Kindern der Einkommensklasse 1 600 DM und mehr 91 DM monatlich hierfür ausgaben, erreichte der Betrag für sämtliche 4-Personen-Haushalte ca. 123 DM.

Umgekehrt lagen die Ausgaben der 4-Personen-Haushalte mit Kindern für Wohnungsmieten etwas über dem Durchschnitt. Dies war auch der Fall bei den Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung.

Gerade für die letztgenannte Position sind allerdings die oben angeführten Einschränkungen für die Aussagefähigkeit (vgl. S. 274) bei einer Aufsplitterung der Teilmasse noch gewichtiger. Zufallsabweichungen in diesem Bereich können naturgemäß die gesamte Verbrauchsstruktur des betroffenen Haushalts typs besonders stark beeinflussen.

3. Arbeitnehmerhaushalte (Vergleich Angestellte/Beamte — Arbeiter)

Die Ergebnisse für die Haushalte mit Einkommen zwischen 400 DM und 1 200 DM monatlich wurden nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes weiter aufgegliedert. Von den 183 an der Erhebung beteiligten Hamburger 4-Personen-Haushalten dieser Einkommensklassen waren 171 (93,4 %) Haushalte von Arbeitnehmern, und zwar befanden sich darunter 114 Angestellte und Beamte sowie 57 Arbeiter. Im folgenden soll untersucht werden, ob und inwieweit die Ergebnisse der Erhebung eine unterschiedliche Verbrauchsstruktur der beiden Gruppen von Arbeitnehmerhaushalten erkennen lassen.

Bei den berichtenden Angestellten- und Beamtenhaushalten mit vier Personen (Tabelle 6) gehörten 30 Haushalte der Einkommensklasse 400 bis unter 800 DM und die übrigen 84 Haushalte der Einkommensklasse 800 bis unter 1 200 DM an. Für die Arbeiterhaushalte lauteten die entsprechenden Zahlen 18 bzw. 39.

Tabelle 6

Die Einkommensschichtung der an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 beteiligten 171 Hamburger 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte ¹⁾

Soziale Stellung des Haushaltsvorstandes	Einkommensklassen in DM					
	400 bis unter 800		800 bis unter 1 200		insgesamt	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
	1	2	3	4	5	6
Angestellte/Beamte	30	26	84	74	114	100
Arbeiter	18	32	39	68	57	100

¹⁾ Für 173 Arbeitnehmerhaushalte mit einem Monatseinkommen von 1 200 DM und mehr wurde das Erhebungsmaterial wegen zu schwacher Feldbesetzung bei den Arbeiterhaushalten nicht aufbereitet.

Schon die kleine Zahl der Haushalte gleichen Typs und die damit zunehmende Wahrscheinlichkeit von Zufallsfehlern lassen es geraten erscheinen, die Schlußfolgerungen aus dem vorhandenen Material nur mit Vorsicht zu ziehen. Eine zusätzliche Erschwerung für den Vergleich ergibt sich daraus, daß in jeder der beiden Einkommensklassen die nicht repräsentativ erfaßten Arbeiterhaushalte nach Einkommen und Verbrauchsausgaben merklich niedrigere Durchschnittswerte aufwiesen. Da aber — wie festgestellt — eine Beziehung zwischen der Höhe dieser Größe und der Verbrauchsstruktur besteht, ist also ein Vergleich auch innerhalb der gleichen Einkommensklasse mit einer methodischen Fehlerquelle behaftet.

Sehr ausgeprägte Unterschiede bestanden bei den Ausgaben für Nahrungsmittel. Ihr Anteil an den ge-

Tabelle 7

Die durchschnittlichen monatlichen Verbrauchsausgaben der an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 beteiligten Hamburger 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte nach Einkommensklassen und Ausgabengruppen

Netto-Haushaltseinkommen in DM	Anzahl der Haushalte	Nahrungs- und Genußmittel 1)			Kleidung, Schuhe	Wohnungsmieten 2)	Elektrizität, Gas, Brennstoffe	Übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	Waren und Dienstleistungen			Persönliche Ausstattung; sonstige Waren und Dienstleistungen 3)	Insgesamt
		Nahrungsmittel	Genußmittel	insgesamt					für Verkehrszwecke und Nachrichtenübermittlung	für Körper- und Gesundheitspflege	für Bildungs- und Unterhaltungszwecke		
Angestellte/Beamte													
		in DM											
400 b. u. 800	30	268	59	327	56	107	33	82	50	25	54	42	776
800 b. u. 1 200	84	303	69	372	118	115	52	124	72	60	75	78	1 066
		in %											
400 b. u. 800	30	34,5	7,6	42,1	7,2	13,8	4,3	10,6	6,4	3,2	7,0	5,4	100
800 b. u. 1 200	84	28,4	6,5	34,9	11,1	10,8	4,9	11,6	6,8	5,6	7,0	7,3	100
Arbeiter													
		in DM											
400 b. u. 800	18	281	51	332	40	86	41	42	35	28	50	11	665
800 b. u. 1 200	39	326	74	400	70	83	40	83	118	30	65	36	925
		in %											
400 b. u. 800	18	42,2	7,7	49,9	6,0	12,9	6,2	6,3	5,3	4,2	7,5	1,7	100
800 b. u. 1 200	39	35,2	8,0	43,2	7,6	9,0	4,3	9,0	12,8	3,2	7,0	3,9	100

1) Einschließlich Verzehr in Gaststätten, aber ohne Erzeugnisse aus eigener Ernte. — 2) Durchschnittsmieten der Haushalte mit Mietwohnungen. — 3) Insbesondere Ausgaben für Versicherungen.

samten Verbrauchsausgaben war in den erfaßten Arbeiter-Haushalten höher als in den Angestellten- und Beamten-Haushalten. In der Einkommensklasse von 400 DM bis unter 800 DM waren es 42,2 % gegenüber 34,5 %, in der Einkommensklasse von 800 DM bis unter 1 200 DM monatlich 35,2 % gegenüber 28,4 %. Zwar dürfte sich gerade hier das genannte Faktum unterschiedlicher Verbrauchsausgaben insgesamt verstärkend ausgewirkt haben. Aber auch absolut wurde von den Arbeiter-Haushalten beider Einkommensklassen — trotz niedrigerer Verbrauchsausgaben insgesamt — mit monatlich 70 DM bzw. 82 DM pro Kopf mehr für Nahrungsmittel ausgegeben als von den Angestellten- und Beamten-Haushalten mit monatlich 67 DM bzw. 76 DM pro Kopf.

Tabelle 8

Die Ausgabenstruktur der an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 beteiligten Hamburger 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte

Anteile wichtiger Ausgabengruppen an den gesamten Verbrauchsausgaben in %

Ausgaben- gruppen	Angestellte/Beamte		Arbeiter	
	400 bis unter 800 DM	800 bis unter 1 200 DM	400 bis unter 800 DM	800 bis unter 1 200 DM
	1	2	3	4
Nahrungsmittel	34,5	28,4	42,2	35,2
Wohnungsmieten ..	13,8	10,8	12,9	9,0
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	4,3	4,9	6,2	4,3
Starrer Bedarf	52,6	44,1	61,3	48,5
Elastischer Bedarf	47,4	55,9	38,7	51,5

Die höheren Ausgaben für Nahrungsmittel sind auch ausschlaggebend dafür, daß der starre Bedarf in den Arbeiter-Haushalten einen wesentlich höheren Anteil

der gesamten Verbrauchsausgaben bindet als in den Angestellten- und Beamten-Haushalten, wenngleich die Ergebnisse für die anderen Ausgabengruppen dieser Art mit Vorbehalten zu versehen sind.

So vermindert hier wegen der ohnehin geringen Zahl der erfaßten Haushalte bei den Wohnungsmieten die nochmalige Reduzierung durch das zwangsläufige Ausscheiden der Haushalte mit Wohnungseigentum die Aussagekraft. Auch in der Ausgabengruppe Elektrizität, Gas, Brennstoffe u. ä. scheinen Zufallseinflüsse, die sich im Zusammenhang mit dem diskontinuierlichen Einkauf fester Brennstoffe und der Erfassung der Ausgaben für Zentralheizung und Warmwasser leicht ergeben können, Bedeutung zu haben.

Bei den Gütern des elastischen Bedarfs fallen die geringeren Ausgaben der Arbeiter-Haushalte für Kleidung und Schuhe auf. In beiden erfaßten Einkommensklassen wurden monatlich 10 DM bzw. 18 DM pro Kopf dafür ausgegeben, in den vergleichbaren Angestellten- und Beamten-Haushalten dagegen 14 DM bzw. 30 DM. Der Abstand ist weit größer, als dem der Gesamtausgaben entsprochen hätte. Es ist bezeichnend, daß die Unterschiede bei den Käufen von Herren- und Knabenoberbekleidung am stärksten sind. Anscheinend wirken sich hier die verschiedenartigen beruflichen Anforderungen an die Bekleidung aus.

Besonders große Unterschiede ergeben sich bei den Ausgaben für Versicherungen. Die Arbeiter-Haushalte der beiden Einkommensklassen bleiben hier mit monatlich 7 DM bzw. 22 DM je Haushalt in weitem Abstand hinter den Angestellten- und Beamten-Haushalten mit monatlich 37 DM bzw. 62 DM je Haushalt zurück. In gewissem Umfang dürfte hier die unter-

schiedliche Einbeziehung in die Sozialversicherung kompensiert werden, denn die Sozialversicherungsbeiträge – die außerhalb der Verbrauchsausgaben stehen – sind in den Arbeiter-Haushalten merklich höher als in den Angestellten- und Beamten²⁵⁾-Haushalten.

Bei den Ausgaben für die übrigen Güter des elastischen Bedarfs verbieten die relativ großen Fehlermöglichkeiten eingehende Aussagen. Es sei nur darauf hingewiesen, daß die Arbeiter-Haushalte mit einem monatlichen Haushaltseinkommen von 800 DM bis unter 1 200 DM nach korrigierter Rechnung in der Hauptgruppe Waren und Dienstleistungen für Verkehrszwecke und Nachrichtenübermittlung durchschnittliche Ausgaben von 56 DM (6,5 %) hatten²⁶⁾.

IV. Die durchschnittlichen monatlichen Verbrauchsausgaben der an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 beteiligten Hamburger 3-Personen-Haushalte

1. Sämtliche erfaßten 3-Personen-Haushalte

Bei den untersuchten 3-Personen-Haushalten dominiert – wie auch bei den 4-Personen-Haushalten (Tabelle 2) – die Gruppe der Arbeitnehmer. Ihr Anteil lag bei 86,7 %. Aufschluß über die soziale Stellung der 430 untersuchten 3-Personen-Haushalte gibt Tabelle 9.

25) Von den Beamten-Haushalten können dies nur diejenigen mit Verdienern neben dem Haushaltsvorstand sein, die nicht in einem Beamtenverhältnis stehen.

26) Die Differenz zu den in Tabelle 7 ausgewiesenen 118 DM (12,8 %) erklärt sich daraus, daß hier die außerordentlich hohen Ausgaben eines Haushalts für die Anschaffung eines Kraftfahrzeuges der besseren Vergleichbarkeit wegen aus der Berechnung herausgelassen wurden. Setzt man die 56 DM zu den sich daraufhin ergebenden gesamten Verbrauchsausgaben von 883 DM ins Verhältnis, so entfällt auf die Hauptgruppe Waren und Dienstleistungen für Verkehrszwecke und Nachrichtenübermittlung ein Anteil von 6,5 %

Tabelle 9

Die soziale Stellung des Haushaltsvorstandes in den an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 beteiligten Hamburger 3-Personen-Haushalten

Netto-Haushaltseinkommen in DM	Selbstständige	Beamte	Angestellte	Arbeiter	Nicht-erwerbstätige	Zusammen
	1	2	3	4	5	6
unter 800	4	14	36	50	7	111
800 bis unter 1 200	8	20	68	33	7	136
1 200 bis unter 1 600	5	16	46	13	7	87
1 600 bis unter 2 000	2	11	23	2	2	40
2 000 und mehr ...	13	6	32	3	2	56
Insgesamt	32	67	205	101	25	430

Die gesamten Verbrauchsausgaben aller beteiligten Hamburger 3-Personen-Haushalte beliefen sich im Durchschnitt je Monat auf 1 199 DM, d. h. 400 DM pro Kopf. Ebenso wie bei den 4-Personen-Haushalten überschritt der Wert wegen der Überbesetzung der höheren Einkommensklassen erheblich den repräsentativen Durchschnitt, und die Ausgabenstruktur ist aus diesem Grunde gleichfalls verzerrt (vgl. dazu die Ausführungen S. 272).

Die Ausgaben für Nahrungsmittel betragen bei den an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 beteiligten Hamburger 3-Personen-Haushalten im Durchschnitt monatlich 295 DM, d. h. 24,6 % der gesamten monatlichen Verbrauchsausgaben. Auf Wohnungsmiete entfielen 115 DM (9,6 %), auf Elektrizität, Gas und Brennstoffe 52 DM (4,3 %). Somit erreichte der starre Bedarf einen Anteil von knapp 39 %. Der elastische Bedarf umfaßte die restlichen 61 %. Den größten Anteil des elastischen Bedarfs vereinigte die Hauptgruppe Übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung mit 152 DM (12,7 %) auf sich, gefolgt von der Persönlichen Ausstattung; sonstige Waren und Dienstleistungen (132 DM; 11,0 %) und der Hauptgruppe Kleidung,

Tabelle 10

Die durchschnittlichen monatlichen Verbrauchsausgaben aller an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 beteiligten Hamburger 3-Personen-Haushalte nach Einkommensklassen und Ausgabengruppen

Netto-Haushaltseinkommen in DM	Anzahl der Haushalte	Nahrungs- und Genußmittel 1)			Kleidung, Schuhe	Wohnungsmieten 2)	Elektrizität, Gas, Brennstoffe	Übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	Waren und Dienstleistungen			Persönliche Ausstattung; sonstige Waren und Dienstleistungen 3)	Insgesamt
		Nahrungsmittel	Genußmittel	Insgesamt					für Verkehrszwecke und Nachrichtenübermittlung	für Körper- und Gesundheitspflege	für Bildungs- und Unterhaltungszwecke		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
in DM													
unter 800	111	234	55	289	56	84	41	67	47	20	69	51	724
800 b. u. 1 200	136	280	68	348	113	103	46	106	62	37	91	71	977
1 200 b. u. 1 600	87	318	100	418	132	123	53	191	115	42	103	109	1 286
1 600 b. u. 2 000	40	350	122	472	153	143	66	235	371	72	117	196	1 825
2 000 und mehr	56	385	122	507	273	177	71	311	165	61	121	424	2 110
Zusammen	430	295	83	378	126	115	52	152	110	40	94	132	1 199
in %													
unter 800	111	32,3	7,6	39,9	7,7	11,6	5,7	9,3	6,5	2,8	9,5	7,0	100
800 b. u. 1 200	136	28,6	7,0	35,6	11,6	10,5	4,7	10,9	6,3	3,8	9,3	7,3	100
1 200 b. u. 1 600	87	24,7	7,8	32,5	10,3	9,6	4,1	14,8	8,9	3,3	8,0	8,5	100
1 600 b. u. 2 000	40	19,2	6,7	25,9	8,4	7,8	3,6	12,9	20,3	4,0	6,4	10,7	100
2 000 und mehr	56	18,2	5,8	24,0	12,9	8,4	3,4	14,8	7,8	2,9	5,7	20,1	100
Zusammen	430	24,6	6,9	31,5	10,5	9,6	4,3	12,7	9,2	3,3	7,9	11,0	100

1) Einschließlich Verzehr in Gaststätten, aber ohne Erzeugnisse aus eigener Ernte. – 2) Durchschnittsmieten der Haushalte mit Mietwohnungen. – 3) Insbesondere Ausgaben für Versicherungen.

Schuhe (126 DM; 10,5 %). Für Verkehrszwecke wurden 110 DM (9,2 %), für Bildung und Unterhaltung 94 DM (7,9 %) und für Genußmittel 83 DM (6,9 %) ausgegeben. Der niedrigste Ausgabenbetrag, nämlich 40 DM (3,3 %), entfiel auf die Waren und Dienstleistungen für die Körper- und Gesundheitspflege.

Die Abhängigkeit der Verbrauchsstruktur von der Einkommenshöhe trat wiederum besonders deutlich im unterschiedlichen Gewicht der Ausgaben für den starren Bedarf – und im umgekehrten Sinne analog

Tabelle 11

Die Ausgabenstruktur der an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 beteiligten Hamburger 3-Personen-Haushalte nach Einkommensklassen

Anteile der Hauptgruppen an den gesamten Verbrauchsausgaben in %

Hauptgruppen	Einkommensklassen in DM				
	unter 800	800 b. u. 1 200	1 200 b. u. 1 600	1 600 b. u. 2 000	2 000 u. mehr
	1	2	3	4	5
Nahrungsmittel	32,3	28,6	24,7	19,2	18,2
Wohnungsmieten	11,6	10,5	9,6	7,8	8,4
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	5,7	4,7	4,1	3,6	3,4
Starrer Bedarf	49,6	43,8	38,4	30,6	30,0
Genußmittel	7,6	7,0	7,8	6,7	5,8
Kleidung, Schuhe	7,7	11,6	10,3	8,4	12,9
Übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	9,3	10,9	14,8	12,9	14,8
Waren u. Dienstleistungen für Verkehrszwecke u. Nachrichtenübermittlung	6,5	6,3	8,9	20,3	7,8
Waren u. Dienstleistungen für die Körper- u. Gesundheitspflege	2,8	3,8	3,3	4,0	2,9
Waren u. Dienstleistungen für Bildungs- u. Unterhaltungszwecke	9,5	9,3	8,0	6,4	5,7
Persönliche Ausstattung; sonstige Waren u. Dienstleistungen	7,0	7,3	8,5	10,7	20,1
Elastischer Bedarf	50,4	56,2	61,6	69,4	70,0

27) Vgl. S. 280 ff.

28) Vgl. hierzu die Ausführungen auf Seite 274.

29) Die Einkommensklassen 1600 DM bis unter 2000 DM und 2000 DM und mehr aus Tabelle 10 wurden hier der Vergleichbarkeit mit Tabelle 12 wegen zu einer Einkommensklasse (1600 DM und mehr) zusammengefaßt.

für den elastischen Bedarf – in Erscheinung (Tabelle 11). Der Anteil an den gesamten Verbrauchsausgaben erreichte in den Haushalten der Einkommensklasse unter monatlich 800 DM knapp 50 %. Bei einem Einkommen von monatlich 2 000 DM und mehr waren es nur noch 30 %. Die negative Korrelation zur Einkommenshöhe galt auch für die einzelnen Komponenten des starren Bedarfs: Nahrungsmittel, Wohnungsmieten und Elektrizität, Gas, Brennstoffe. Lediglich bei den Ausgaben für Wohnungsmieten zeigte sich dabei in den Haushalten der beiden höchsten Einkommensklassen eine Unregelmäßigkeit. Gerade hier ist indessen wegen der geringen Zahl der erfaßten Haushalte die Möglichkeit von Zufallseinflüssen am größten.

Auf weitere Einzelheiten in bezug auf die Ausgabenstruktur bei verschiedenen Haushaltseinkommen wird noch später im Vergleich zwischen den 3- und 4-Personen-Haushalten einzugehen sein²⁷⁾.

2. Ehepaare mit einem Kind unter 18 Jahren²⁸⁾

Von den 430 an der Erhebung beteiligten 3-Personen-Haushalten bestanden 317 Haushalte, d. h. 74 %, jeweils aus einem Ehepaar mit einem Kind unter 18 Jahren (davon gut die Hälfte unter 6 Jahren). Angesichts dieses hohen Anteils können sich die Ergebnisse kaum wesentlich von denen für alle 3-Personen-Haushalte unterscheiden. Das gilt – ähnlich wie bei den 4-Personen-Haushalten – vor allem für die Haushalte der unteren Einkommensklassen, bei denen der Anteil der Haushalte mit Kindern am höchsten ist; aber auch in der obersten hier gebildeten Einkommensklasse (monatlich 1 600 DM und mehr) geht er noch über die Hälfte hinaus.

Die gesamten Verbrauchsausgaben der Haushalte, die aus einem Ehepaar mit Kind bestehen, waren in drei der vier vergleichbaren Einkommensklassen²⁹⁾ etwas niedriger als bei allen 3-Personen-Haushalten. Diese Abweichung blieb allerdings in jedem Fall noch

Tabelle 12

Die durchschnittlichen monatlichen Verbrauchsausgaben der an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 beteiligten Hamburger 3-Personen-Haushalte, bestehend aus einem Ehepaar mit einem Kind, nach Einkommensklassen und Ausgabengruppen

Netto-Haushaltseinkommen in DM	Anzahl der Haushalte	Nahrungs- und Genußmittel 1)			Kleidung, Schuhe	Wohnungsmieten 2)	Elektrizität, Gas, Brennstoffe	Übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	Waren und Dienstleistungen			Persönliche Ausstattung; sonstige Waren und Dienstleistungen 3)	Insgesamt
		Nahrungsmittel	Genußmittel	insgesamt					für Verkehrszwecke und Nachrichtenübermittlung	für Körper- und Gesundheitspflege	für Bildungs- und Unterhaltungszwecke		
in DM													
400 b. u. 800	97	229	54	283	53	83	40	62	48	20	72	44	705
800 b. u. 1 200	108	278	74	352	115	108	48	97	62	37	95	69	983
1 200 b. u. 1 600	60	308	99	407	133	138	49	168	115	42	105	121	1 278
1 600 und mehr	52	346	104	450	257	170	70	248	222	61	102	367	1 947
in %													
400 b. u. 800	97	32,5	7,7	40,2	7,5	11,8	5,7	8,8	6,8	2,8	10,2	6,2	100
800 b. u. 1 200	108	28,3	7,5	35,8	11,7	11,0	4,9	9,9	6,3	3,8	9,6	7,0	100
1 200 b. u. 1 600	60	24,1	7,8	31,9	10,4	10,8	3,8	13,1	9,0	3,3	8,2	9,5	100
1 600 und mehr	52	17,8	5,3	23,1	13,2	8,7	3,6	12,8	11,4	3,1	5,2	18,9	100

1) Einschließlich Verzehr in Gaststätten, aber ohne Erzeugnisse aus eigener Ernte. – 2) Durchschnittsmieten der Haushalte mit Mietwohnungen. – 3) Insbesondere Ausgaben für Versicherungen.

unter 3% der gesamten Verbrauchsausgaben. Bei einem weitergehenden Vergleich für die einzelnen Hauptgruppen sind wiederum die Einschränkungen für die Aussagefähigkeit zu beachten, die an entsprechender Stelle für die 4-Personen-Haushalte gemacht wurden (vgl. S. 275). Deshalb sollen auch hier nur einige Tendenzen herausgegriffen werden.

Die Ausgaben für Nahrungsmittel waren in den 3-Personen-Haushalten mit einem Kind erklärlicherweise stets etwas niedriger als in sämtlichen 3-Personen-Haushalten. Diese Abweichung zeigte sich gerade in den höheren Einkommensklassen besonders deutlich. Am stärksten aber blieben die Ausgaben der Haushalte mit einem Kind in der Hauptgruppe Übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung unter dem Durchschnitt sämtlicher 3-Personen-Haushalte³⁰⁾. Umgekehrt lagen die Ausgaben für Wohnungsmieten — abgesehen von der untersten Einkommensklasse — in den Haushalten mit einem Kind merklich über dem Durchschnitt.

3. Arbeitnehmerhaushalte (Vergleich Angestellte/Beamte — Arbeiter)

Von den 246 an der Erhebung beteiligten Hamburger 3-Personen-Haushalten mit Einkommen zwischen 400 DM und 1 200 DM monatlich — nur in diesen Einkommensklassen erfolgte eine weitergehende Auf-

³⁰⁾ Es sei jedoch an dieser Stelle nochmals auf die methodische Problematik für eine repräsentative Erfassung größerer Anschaffungen hingewiesen.

schlüsselung nach der sozialen Stellung — waren 219 (89,0%) Haushalte von Arbeitnehmern. In 136 Haushalten war der Haushaltsvorstand Angestellter oder Beamter und in 83 Haushalten Arbeiter.

Tabelle 13
Die Einkommensschichtung der an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 beteiligten 219 Hamburger 3-Personen-Arbeitnehmerhaushalte ¹⁾

Soziale Stellung des Haushaltsvorstandes	Einkommensklassen in DM					
	400 bis unter 800		800 bis unter 1 200		Insgesamt	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Angestellte/Beamte	48	35	88	65	136	100
Arbeiter	50	60	33	40	83	100

¹⁾ Für 152 Arbeitnehmerhaushalte mit einem Monatseinkommen von 1 200 DM und mehr wurde das Erhebungsmaterial wegen zu schwacher Feldbesetzung bei den Arbeiter-Haushalten nicht aufbereitet.

Bei den hier erfaßten Angestellten- und Beamten-Haushalten (Tabelle 13) gehörten 48 Haushalte der Einkommensklasse 400 DM bis unter 800 DM und 88 Haushalte der Einkommensklasse 800 DM bis unter 1 200 DM an. Die entsprechenden Zahlen für die Arbeiter-Haushalte lauten 50 bzw. 33. Gegenüber den 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten war hier also die unterste Einkommensklasse sowohl bei den Angestellten und Beamten als auch bei den Arbeitern bedeutend stärker besetzt.

Die gesamten Verbrauchsausgaben der Arbeiter-Haushalte waren in beiden Einkommensklassen bedeutend niedriger als in den Angestellten- und Beamten-Haushalten. Die Unterschiede waren sogar

Tabelle 14

Die durchschnittlichen monatlichen Verbrauchsausgaben der an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 beteiligten Hamburger 3-Personen-Arbeitnehmerhaushalte nach Einkommensklassen und Ausgabengruppen

Netto-Haushaltseinkommen in DM	Anzahl der Haushalte	Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾			Kleidung, Schuhe	Wohnungsmieten ²⁾	Elektrizität, Gas, Brennstoffe	Übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	Waren und Dienstleistungen			Persönliche Ausstattung; sonstige Waren und Dienstleistungen ³⁾	Insgesamt
		Nahrungsmittel	Genußmittel	insgesamt					für Verkehrszwecke und Nachrichtenübermittlung	für Körper- und Gesundheitspflege	für Bildungs- und Unterhaltungszwecke		

Angestellte/Beamte

in DM													
400 b. u. 800..	48	247	55	302	57	87	48	97	47	20	60	49	767
800 b. u. 1 200..	88	278	79	357	116	105	53	108	71	39	102	85	1 036

in %													
400 b. u. 800..	48	32,2	7,2	39,4	7,4	11,3	6,3	12,7	6,1	2,6	7,8	6,4	100
800 b. u. 1 200..	88	26,9	7,6	34,5	11,2	10,1	5,1	10,4	6,9	3,8	9,8	8,2	100

Arbeiter

in DM													
400 b. u. 800..	50	225	52	277	56	79	38	36	48	18	84	38	674
800 b. u. 1 200..	33	281	77	358	109	92	34	89	46	27	75	38	868

in %													
400 b. u. 800..	50	33,4	7,7	41,1	8,3	11,7	5,6	5,4	7,1	2,7	12,5	5,6	100
800 b. u. 1 200..	33	32,4	8,8	41,2	12,6	10,6	3,9	10,3	5,3	3,1	8,6	4,4	100

¹⁾ Einschließlich Verzehr in Gaststätten, aber ohne Erzeugnisse aus eigener Ernte. — ²⁾ Durchschnittsmieten der Haushalte mit Mietwohnungen. — ³⁾ Insbesondere Ausgaben für Versicherungen.

größer als bei den entsprechenden 4-Personen-Haushalten. Die dort aus diesem Grunde angeführten Vorbehalte (S. 275) gelten daher hier in noch verstärktem Maße, und ein Vergleich kann nur auf die Herausstellung einzelner Tendenzen gerichtet sein.

So war erwartungsgemäß der Anteil der Ausgaben für Nahrungsmittel in den Arbeiter-Haushalten beider Einkommensklassen mit 33,4 % und 32,4 % jeweils höher als in den Angestellten- und Beamten-Haushalten mit 32,2 % bzw. 26,9 %. Absolut waren hier jedoch die Ausgaben für Nahrungsmittel in den Arbeiter-Haushalten der unteren Einkommensklasse mit monatlich 75 DM pro Kopf erheblich niedriger und in der oberen Einkommensklasse mit monatlich 94 DM pro Kopf nur wenig höher als in den entsprechenden Angestellten- und Beamten-Haushalten mit 82 DM bzw. 93 DM.

Die Ausgaben für Wohnungsmiete waren in beiden Einkommensklassen absolut jeweils in den Arbeiter-Haushalten merklich niedriger als in den Angestellten- und Beamten-Haushalten, aber der Anteil an den gesamten Verbrauchsausgaben war in den Arbeiter-Haushalten etwas höher. Offenbar erklären sich auch hier die absoluten Differenzen weitgehend aus der unterschiedlichen Höhe der gesamten Verbrauchsausgaben. Allgemein gültig war lediglich für alle hier verglichenen Typen der 3-Personen-Haushalte, daß die Anteile der Mietausgaben an den gesamten Verbrauchsausgaben doch relativ wenig zwischen gut 10 % und knapp 12 % streuten, wenngleich in beiden sozialen Gruppen die Tendenz erkennbar war, daß bei steigenden Verbrauchsausgaben insgesamt die Ausgaben für Wohnungsmieten unterproportional stiegen.

Der Anteil aller Ausgaben für den starren Bedarf (s. Tabelle 15) an den gesamten Verbrauchsausgaben — im wesentlichen bestimmt durch die Ausgaben für Nahrungsmittel — war in der unteren Einkommensklasse bei den erfaßten Arbeiter-Haushalten (51 %) etwas höher als bei den Angestellten- und Beamten-Haushalten (50 %), und in der oberen Einkommensklasse weitete sich diese Differenz noch aus (47 % gegen 42 %). Aber bei Berücksichtigung der Einflüsse, die von der unterschiedlichen Höhe der gesamten Verbrauchsausgaben auf die Quote des starren Bedarfs ausgehen, sind auch hier weniger die Abweichungen zwischen den sozialen Schichten signifikant als die zwischen den Haushalten verschiedener Einkommensklassen.

Die Ausgaben sowohl für Genußmittel als auch für Kleidung und Schuhe waren in beiden Einkommensklassen bei den Arbeiter-Haushalten absolut nur jeweils wenig niedriger als bei den Angestellten- und Beamten-Haushalten und relativ, gemessen an den Verbrauchsausgaben, sogar stets höher.

Umgekehrt gaben die Angestellten- und Beamten-Haushalte im allgemeinen sowohl für Übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung wie für Persönliche Ausstattung (einschließlich sonstige Waren und Dienstleistungen) absolut und relativ erheblich mehr aus als die Arbeiter-Haushalte. Beson-

³¹⁾ Diese Relation für die gesamten Verbrauchsausgaben ändert sich nach Bereinigung der Hauptgruppe Waren und Dienstleistungen für Verkehrszwecke und Nachrichtenübermittlung in je einer Einkommensklasse bei den 3- und 4-Personen-Haushalten (vgl. S. 281) nicht nennenswert.

Tabelle 15

Die Ausgabenstruktur der an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 beteiligten Hamburger 3-Personen-Arbeitnehmerhaushalte

Anteile wichtiger Ausgabengruppen an den gesamten Verbrauchsausgaben in %

Ausgaben- gruppen	Angestellte/Beamte		Arbeiter	
	400 bis unter 800 DM	800 bis unter 1 200 DM	400 bis unter 800 DM	800 bis unter 1 200 DM
	1	2	3	4
Nahrungsmittel	32,2	26,9	33,4	32,4
Wohnungsmieten ..	11,3	10,1	11,7	10,6
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	6,3	5,1	5,6	3,9
Starrer Bedarf	49,8	42,1	50,7	46,9
Elastischer Bedarf ..	50,2	57,9	49,3	53,1

ders auffällig waren dabei wiederum die Unterschiede in den Ausgaben für Versicherungen. So wurden bei 128 von den insgesamt 136 Angestellten- und Beamten-Haushalten Ausgaben dieser Art registriert, aber nur bei 56 von den insgesamt 83 Arbeiter-Haushalten. Im Durchschnitt erreichten diese Ausgaben in den Angestellten- und Beamten-Haushalten der beiden Einkommensklassen monatlich 39 DM bzw. 65 DM, entsprechend in den Arbeiter-Haushalten nur monatlich 15 DM bzw. 20 DM. Es ist wiederum aufschlußreich, daß das Verhältnis bei den obligatorischen Sozialversicherungsbeiträgen umgekehrt war.

V. Vergleich der Verbrauchsstruktur in den 3- und 4-Personen-Haushalten

Während unter den an der Erhebung beteiligten 4-Personen-Haushalten die Mehrzahl ein Monatseinkommen von 1 200 DM und mehr bezog (207 Haushalte, gegenüber 184 mit einem Monatseinkommen unter 1 200 DM), waren unter den 3-Personen-Haushalten die höheren Einkommensklassen in der Minderheit (183 gegenüber 247). Die gesamten Verbrauchsausgaben aller 3-Personen-Haushalte waren erwartungsgemäß mit durchschnittlich 1 199 DM pro Monat merklich niedriger als die der 4-Personen-Haushalte mit 1 304 DM³¹⁾; pro Kopf gerechnet ergab sich mit Verbrauchsausgaben von 400 DM in den 3-Personen-Haushalten und 326 DM in den 4-Personen-Haushalten ein umgekehrtes Gefälle.

In den einzelnen Einkommensklassen blieben die gesamten Verbrauchsausgaben der 3-Personen-Haushalte in geringerem Maße hinter denen der 4-Personen-Haushalte zurück. Diese Aussage gilt im Grunde auch für die Verbrauchsausgaben in der Einkommensklasse 1 600 DM bis unter 2 000 DM. Bei Eliminierung von Sonderfaktoren — zwei der insgesamt 40 Drei-Personen-Haushalte dieser Einkommensklasse gaben in der Hauptgruppe Waren und Dienstleistungen für Verkehrszwecke und Nachrichtenübermittlung für die Anschaffung von Kraftfahrzeugen zusammen 9 465 DM aus, die zur Überhöhung der Verbrauchsausgaben führten — ergibt sich für die gesamten Verbrauchsausgaben ein Wert von 1 588 DM (gegenüber 1 825 DM, die in Tabelle 10 angegeben sind). Somit ist der Vergleich in den einzelnen Einkommensklassen nur wenig von den Auswirkungen unterschiedlicher Einkommenshöhe beeinflusst, sondern im wesentlichen von der unterschiedlichen Haushaltsgröße.

Die Käufe von Nahrungsmitteln waren in den 3-Personen-Haushalten mit monatlich 295 DM (24,6 % der gesamten Verbrauchsausgaben) zwangsläufig erheblich niedriger als in den 4-Personen-Haushalten mit monatlich 339 DM (26,0 %). Pro Kopf gerechnet übertrafen jedoch die Nahrungsmittelausgaben in den 3-Personen-Haushalten mit monatlich 98 DM deutlich diejenigen in den 4-Personen-Haushalten mit monatlich 85 DM. Diese Differenz war in den oberen Einkommensklassen am größten, so daß in den Haushalten mit Monatseinkommen von 2 000 DM und mehr die Ausgaben für Nahrungsmittel trotz unterschiedlicher Kopfzahl bei 3- und 4-Personen-Haushalten den gleichen Anteil von 18,2 % an den gesamten Verbrauchsausgaben erreichten, während etwa bei den Haushalten mit Monatseinkommen unter 800 DM der Anteil der Nahrungsmittelausgaben in den 3-Personen-Haushalten mit 32,3 % erheblich niedriger war als in den 4-Personen-Haushalten mit 37,2 %, weil sich die unterschiedlichen Kopfzahlen stärker auswirkten als die unterschiedlichen Pro-Kopf-Ausgaben.

Die Ausgaben für Wohnungsmieten betragen in den 3-Personen-Haushalten im Durchschnitt monatlich 115 DM und in den 4-Personen-Haushalten 125 DM. Der Anteil an den gesamten Verbrauchsausgaben war mit jeweils 9,6 % gleich hoch. Er war in beiden Haushaltstypen in der untersten Einkommensklasse am höchsten und in den obersten Einkommensklassen am niedrigsten. Die Streuung der Anteilssätze war jedoch in den 3-Personen-Haushalten merklich geringer, vor allem, weil die Mietausgaben bei Monatseinkommen unter 800 DM nicht in so starkem Maße die Durchschnittsquote übertrafen wie in den 4-Personen-Haushalten. Möglicherweise wirkte sich hier — bei relativ begrenzten Mitteln — der objektiv geringere Raumbedarf bei kleinerer Kopfzahl aus.

Unter Einschluß der Ausgaben für Elektrizität, Gas, Brennstoffe — tendenziell war ihr Anteil an den gesamten Verbrauchsausgaben in den 3-Personen-Haushalten etwas höher als in den 4-Personen-Haushalten — beanspruchten die Ausgaben für den starren Bedarf in den 3-Personen-Haushalten mit durchschnittlich 462 DM pro Monat einen etwas niedrigeren Anteil der gesamten Verbrauchsausgaben (38,5 %) als in den 4-Personen-Haushalten (durchschnittlich 518 DM und 39,7 %). Am größten war dieser Unterschied in der niedrigsten Einkommensklasse (49,6 % bei drei und 55,9 % bei vier Personen), während in der höchsten Einkommensklasse die Quote des starren Bedarfs der 3-Personen-Haushalte — möglicherweise zufallsbedingt — sogar etwas höher war.

Die Ausgaben für Genußmittel wichen in den 3- und 4-Personen-Haushalten mit monatlich 83 DM (6,9 %) bzw. 87 DM (6,7 %) nur wenig voneinander ab. Dieses Ergebnis ist auch logisch: Da die Genußmittel in der Regel von Erwachsenen verbraucht werden, handelt

es sich in beiden Haushaltstypen im wesentlichen um den Verzehr von zwei erwachsenen Personen. In diesem Falle erweist sich daher die Pro-Kopf-Rechnung als wenig sinnvoll.

Auch die Ausgaben für Kleidung und Schuhe waren in den 3-Personen-Haushalten im Durchschnitt mit monatlich 126 DM (10,5 %) etwa ebenso hoch wie in den 4-Personen-Haushalten mit 128 DM (9,8 %). Pro Kopf übertrafen jedoch die Käufe der 3-Personen-Haushalte mit 42 DM monatlich die der 4-Personen-Haushalte mit 32 DM beträchtlich.

In den einzelnen Einkommensklassen lagen hier die Verhältnisse sehr unterschiedlich, aber es fällt besonders auf, daß gerade in den beiden untersten Einkommensklassen die Ausgaben der 3-Personen-Haushalte für Kleidung und Schuhe trotz geringerer Kopfzahl absolut höher waren als die der 4-Personen-Haushalte. Offenbar wirkte sich bereits die unterschiedliche Verfügbarkeit von Mitteln zur Deckung des Wahlbedarfs aus.

Für Übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung gaben die 3-Personen-Haushalte im Durchschnitt mit 152 DM monatlich weniger aus als die 4-Personen-Haushalte (176 DM), wenngleich sich der Anteil an den gesamten Verbrauchsausgaben mit 12,7 % gegenüber 13,5 % nicht so stark unterschied. Ein Vergleich in den einzelnen Einkommensklassen läßt keine eindeutige Tendenz erkennen. Ohnehin ist hier wiederum auf die Fehlermöglichkeiten in den Ergebnissen für die Ausgaben-
gruppen, in denen größere Anschaffungen ein hohes Gewicht haben, zu verweisen³²⁾.

Die gleiche Einschränkung gilt für Waren und Dienstleistungen für Verkehrszwecke und Nachrichtenübermittlung. Im Durchschnitt waren die Ausgaben für diese Zwecke in den 3-Personen-Haushalten mit monatlich 89 DM (7,6 % der gesamten Verbrauchsausgaben)³³⁾ niedriger als in den 4-Personen-Haushalten (110 DM, 8,6 %³³⁾. In den einzelnen Einkommensklassen war das Bild jedoch sehr unterschiedlich, und zwar gilt das auch noch nach einer Eliminierung der verzerrenden Einflüsse, die von der Neuananschaffung von Kraftfahrzeugen in vier Haushalten ausgingen³⁴⁾. Es ergaben sich dann bei den 3-Personen-Haushalten in der Einkommensklasse 1 600 DM bis unter 2 000 DM Ausgaben von 134 DM (8,4 %) und bei den 4-Personen-Haushalten in der Einkommensklasse 2 000 DM und mehr Ausgaben von 220 DM (10,9 %).

Auf Waren und Dienstleistungen für Körper- und Gesundheitspflege entfielen in den 3-Personen-Haushalten im Durchschnitt mit 40 DM monatlich (3,3 % der Gesamtausgaben) etwas niedrigere Ausgaben als in den 4-Personen-Haushalten mit 49 DM monatlich (3,7 %). Diese Differenz war vor allem in den niedrigeren Einkommensklassen ausgeprägt, wo sich bei fast gleichen Pro-Kopf-Ausgaben die unterschiedliche Haushaltsgröße voll auswirkte.

Für Waren und Dienstleistungen für Bildungs- und Unterhaltungszwecke gaben die 3- und 4-Personen-Haushalte im Durchschnitt mit 94 DM bzw. 96 DM (7,9 % bzw. 7,4 % der gesamten Verbrauchsausgaben) annähernd den gleichen Betrag aus. In den Einkommensklassen bis unter 1 600 DM waren die entsprechenden Ausgaben der 3-Personen-Haushalte höher, in den Einkommensklassen von 1 600 DM

32) Vgl. S. 274.

33) Dies sind bereits die aus der Korrektur in zwei Einkommensklassen resultierenden Gesamtdurchschnitte, vgl. Fußnote 34.

34) Es handelt sich um zwei 3-Personen-Haushalte der Einkommensklasse 1 600 DM bis unter 2 000 DM mit Kraftfahrzeuganschaffungen im Wert von zusammen 9465 DM und um zwei 4-Personen-Haushalte der Einkommensklasse 2 000 DM und mehr mit Kraftfahrzeuganschaffungen im Werte von zusammen 11 781 DM. Die Herauslassung dieser Ausgaben erklärt die Differenz zu den Werten bzw. Anteilen in Tabelle 10 bzw. 3 (371 DM, 20,3 % bei den 3-Personen-Haushalten und 417 DM, 18,9 % bei den 4-Personen-Haushalten).

und mehr die der 4-Personen-Haushalte. Diese steigerten nämlich offenbar ihre Käufe bzw. Ausgaben annähernd proportional zum Einkommen, während in den 3-Personen-Haushalten der entsprechende Anteil bei zunehmendem Einkommen eine ausgeprägt rückläufige Tendenz hatte (von 9,5 % auf 5,7 %).

Die Ausgaben für Persönliche Ausstattung, sonstige Waren und Dienstleistungen waren in den 3-Personen-Haushalten im Durchschnitt mit 132 DM (11 % der gesamten Verbrauchsausgaben) merklich höher als in den 4-Personen-Haushalten mit monatlich 109 DM (8,4 %). Das gilt mit einer Ausnahme — und pro Kopf gerechnet auch für diese — in jeder Einkommensklasse. Aufschlußreich ist dabei der Vergleich der Ausgaben für Versicherungen, die in dieser heterogenen Hauptgruppe die weitaus größte Einzelposition bilden. Sie waren in den Einkommensklassen bis unter 1 600 DM in den 3- und 4-Personen-Haushalten absolut etwa gleich hoch, d. h. pro Kopf war hier der Aufwand in den 3-Personen-Haushalten bereits erheblich größer. In den Einkommensklassen 1 600 DM bis unter 2 000 DM sowie 2 000 DM und mehr standen jedoch den durchschnittlichen Ausgaben je Haushalt von monatlich 115 DM bzw. 162 DM in den 4-Personen-Haushalten weit höhere Ausgaben der 3-Personen-Haushalte von 143 DM bzw. 343 DM gegenüber. Da die Sozialversicherungsbeiträge beider Haushaltstypen hier keine grundlegenden Unterschiede aufweisen und das Schutzbedürfnis sicherlich eher in den 4-Personen-Haushalten größer ist, könnte das Ergebnis darauf schließen lassen, daß sich hierin die größere Fähigkeit der 3-Personen-Haushalte zur Befriedigung dieser Art des Wahlbedarfs ausdrückte — soweit nicht möglicherweise Zufallseinflüsse mitspielen.

VI. Vergleich der Verbrauchsstruktur von Arbeitnehmerhaushalten in Hamburg und im gesamten Bundesgebiet

1. Methodische Probleme

Die Struktur der Verbrauchsausgaben weist erfahrungsgemäß im Bundesgebiet merkliche regionale Unterschiede auf. Dabei wirken sowohl verschiedenartige Verbrauchsgewohnheiten als auch Preisdifferenzen mit. Die Darstellung der regionalen Besonderheiten setzt voraus, daß die Schwierigkeit, vergleichbares statistisches Material zu erhalten, zufriedenstellend gelöst wird.

Wenn hier im folgenden die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe für Hamburg — auf Grund der verfügbaren Angaben — nicht mit Daten für das übrige Bundesgebiet, sondern mit solchen für das gesamte Bundesgebiet verglichen werden, so wird der methodische Fehler in Kauf genommen, daß die größere der beiden verglichenen Massen auch die kleinere enthält. Die Aussagefähigkeit leidet

nicht wesentlich darunter, da das Gewicht Hamburgs im gesamten Bundesgebiet nur relativ gering ist. So entfielen von den 363 Arbeitnehmerhaushalten, die im Jahre 1962 durchschnittlich an den laufenden Erhebungen von Wirtschaftsrechnungen im Bundesgebiet (einschließlich Berlin-West) beteiligt waren, nur 13 auf Hamburg, d. h. weniger als 4 %.

Bis zur Verfügbarkeit der vollständigen Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 für das Bundesgebiet³⁵⁾ können nämlich nur die Wirtschaftsrechnungen der 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte der mittleren Verbrauchergruppe zum Vergleich herangezogen werden. Dem dort untersuchten Typ — Ehepaare mit zwei Kindern (davon mindestens eines unter 15 Jahren) in städtischen Gemeinden, Haushaltsvorstand als Arbeiter oder Angestellter, nach Möglichkeit alleiniger Verdienner mit mittlerem Einkommen — entsprach in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe in Hamburg die Gruppe der 48 Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit einem monatlichen Einkommen von 400 DM bis unter 800 DM in hohem Maße. Das gilt vollständig für die familiäre Charakteristik und die Einkommensquellen. Aber auch die Höhe der Verbrauchsausgaben war 1962 bei den an den Wirtschaftsrechnungen beteiligten Haushalten (741 DM monatlich³⁶⁾ im Bundesgebiet einschließlich Berlin-West) und bei den genannten Hamburger Haushalten, die an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 beteiligt waren (736 DM monatlich), annähernd gleich³⁷⁾. Man kann auch annehmen, daß die Heranziehung unterschiedlicher, sich jedoch überschneidender Zeiträume, nämlich das Kalenderjahr 1962 für den Bund und der Zeitraum Juli 1962 bis Juni 1963 für Hamburg, die Vergleichbarkeit der Ergebnisse nicht wesentlich beeinträchtigt.

Unterschiedlich ist dagegen die Zusammensetzung der Haushalte in Hamburg und im Bund, wenn man von der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes ausgeht. Die 48 Hamburger 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte setzen sich aus 30 Angestellten/Beamten-Haushalten und 18 Arbeiter-Haushalten zusammen, d. h. die Angestellten und Beamten sind weit stärker vertreten als die Arbeiter. Anders ist es beim Bund, wo die Arbeiter-Haushalte das Übergewicht haben. Ihr Anteil an den gesamten Arbeitnehmerhaushalten beträgt 60 %, und die übrigen 40 % entfallen auf die Angestellten; Beamten-Haushalte sind gar nicht enthalten.

Schon an dieser Stelle sollen einige wichtige Einschränkungen für die Aussagekraft der unten folgenden Ergebnisse des Vergleichs der Verbrauchsstruktur in Hamburg und im Bundesgebiet insgesamt vorausgeschickt werden. Die hier unter dem Gesichtspunkt gleicher Ausgabenhöhe mit dem Bundesdurchschnitt herangezogene Gruppe von 48 Hamburger Haushalten umfaßt nur 14 % der insgesamt 344 an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe in Hamburg beteiligten 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte. Das mag einmal an der erwähnten Überbesetzung in den höheren Einkommensklassen liegen. Aber außerdem dürfte der Haushaltstyp mit Einkommen bis unter 800 DM für Hamburg viel weniger repräsentativ gewesen sein als für das Bundesgebiet insgesamt, wo die Bruttoeinkommen der an den Wirtschaftsrechnungen beteiligten Haushalte dem Gesamtdurch-

³⁵⁾ Die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 für das gesamte Bundesgebiet konnten nicht herangezogen werden, da sie erst nach Abschluß dieser Untersuchung veröffentlicht wurden. Außerdem sind die bisher veröffentlichten Ergebnisse für das Bundesgebiet für den hier vorgenommenen Vergleich ungeeignet, da sie nach anderen Gesichtspunkten gegliedert sind. Vgl. *Wirtschaft und Statistik*, Heft 8, 1965, und *Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland*, 1965, S. 535.

³⁶⁾ Ausgaben für die Lebenshaltung nach alter Systematik.

³⁷⁾ Auf gewisse Unterschiede in der Abgrenzung und dadurch hervorgerufene Abweichungen der Verbrauchsausgaben wird später noch eingegangen; vgl. dazu S. 283 f.

schnitt der Bruttomonatsverdienste der Arbeiter und Angestellten nahekamen³⁸⁾.

Da die 48 Hamburger Haushalte jeweils in der Regel nur einen Monat feinanschieden, konnten dem Vergleich insgesamt auch nur 48 monatlich geführte Haushaltsbücher zugrunde gelegt werden gegenüber rd. 4 260³⁹⁾ monatlich geführter Haushaltsbücher, die für die Wirtschaftsrechnungen der Arbeitnehmerhaushalte im gesamten Bundesgebiet herangezogen wurden. Es ist klar, daß die Wahrscheinlichkeit von Zufallsfehlern nach dem „Gesetz der großen Zahlen“ für die Hamburger Ergebnisse ziemlich hoch veranlagt werden muß. Das gilt insbesondere für unregelmäßige und dem Betrag nach relativ große Ausgaben.

Besonders erschwert wird der Vergleich der Ausgabenstruktur in Hamburg und im Bund dadurch, daß die Hamburger Zahlen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe nach der neuen Gütersystematik aufbereitet wurden, während die Wirtschaftsrechnungen des Bundes noch die alte Systematik aufweisen. Die 9 Hauptgruppen nach dem neuen Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch (Ausgabe 1963) bringen in ihrer Zusammensetzung gegenüber dem alten Güterverzeichnis grundlegende Änderungen, hauptsächlich in den Hauptgruppen Wohnungsmiete, Kleidung und Schuhe, Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung, für Verkehrszwecke und Nachrichtenübermittlung, für Körper- und Gesundheitspflege und für Bildung und Unterhaltung, wobei außerdem eine Gruppe neu gebildet wurde: Persönliche Ausstattung; sonstige Waren und Dienstleistungen. Daher sind nur wenige Hauptgruppen mit den Bedarfsgruppen der alten Systematik vergleichbar. Wenn man die Hamburger Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 mit denen der Wirtschaftsrechnungen 1962/63 vergleichen will, so kommen dafür ohne gewichtige Einschränkungen nur zwei Hauptgruppen in Betracht:

- Hauptgruppe 0/1: Nahrungs- und Genußmittel
- Hauptgruppe 4: Elektrizität, Gas und Brennstoffe

Für die anderen Hauptgruppen ist ein Vergleich unmöglich. So gehören jetzt Waren und Dienstleistungen für Wohnungsreparaturen und -instandsetzung zur Haushaltsführung, während sie früher in der Gruppe „Wohnung“ (netto)⁴⁰⁾ enthalten waren. Waren und Dienstleistungen für Gartenpflege und eigene Bewirtschaftung sind von der Gruppe „Sonstige Ausgaben“ der alten Systematik ebenfalls in die Haushaltsführung (neue Systematik) gekommen. Ausgaben für Fernsehgeräte und Rundfunkgeräte, die früher zu den Ausgaben für Möbel rechnet, gehören jetzt zu den Ausgaben für Bildung und Unterhaltung. Die Gruppe „Sonstige Ausgaben“ ist aufgelöst worden. Ein Teil der „Sonstigen Ausgaben“, wie Aufwendungen für das eigene Haus, Verluste, Geldstrafen, Geschenke an Haushaltsfremde, rechnet

nicht mehr zum Privaten Verbrauch, und der Rest der Gruppe befindet sich z. T. in der Haushaltsführung (Waren und Dienstleistungen für Gartenpflege, eigene Bewirtschaftung) und in der Wohnungsmiete (Pacht für Gärten)⁴¹⁾.

Da ein Vergleich mit den Wirtschaftsrechnungen 1962 für wichtige Hauptgruppen demnach nicht möglich ist, erscheint es ratsam, sich nach einem anderen „Vergleichsmaßstab“ umzusehen. Hier bietet sich als Hilfsmittel das Wägungsschema 1962 des Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten an. Dieses Wägungsschema ist sowohl nach der alten als auch nach der neuen Systematik aufgegliedert worden, so daß die Gruppen voll vergleichbar sind mit denen in der Hamburger Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Dem Wägungsschema liegen die Wirtschaftsrechnungen der 363 Haushalte zugrunde. Nur sind hier schon gewisse „Korrekturen“ vorgenommen worden. So wurde z. B. der absolute Betrag für Genußmittel um rd. 9 DM erhöht, da man anhand der Verbrauchssteuerstatistik festgestellt hat, daß die von den Haushalten gemachten Angaben stets etwas zu niedrig liegen⁴²⁾.

Da die Möglichkeit geprüft wird, in Hamburg auf Grund der Ergebnisse aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 ein neues Wägungsschema für den Preisindex für die Lebenshaltung aufzustellen, eignet sich dieser Vergleich mit dem entsprechenden Wägungsschema für das Bundesgebiet im Hinblick auf die Zielsetzung sogar sehr gut.

2. Die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 in Hamburg und das Wägungsschema 1962 des Preisindex für die Lebenshaltung⁴³⁾ im Bundesgebiet

Trotz gleicher Systematik ergeben sich bei einigen Hauptgruppen doch noch gewisse Differenzen, die sich aber leicht bereinigen lassen.

1. **Nahrungs- und Genußmittel (0/1):** Der Verzehr von Getränken in Gaststätten ist beim Wägungsschema für das Bundesgebiet generell zu den Nahrungsmitteln genommen worden — selbst wenn er eindeutig den Genußmitteln zuzurechnen war —, während er im Hamburger Schema zu den Genußmitteln zählte (damit blieb die Vergleichsmöglichkeit zu früheren Jahren voll gewahrt, da damals so abgegrenzt wurde). Des besseren Vergleichs wegen sind im folgenden die Bundeszahlen den Hamburger Zahlen angepaßt worden (man könnte auch umgekehrt verfahren).
2. **Persönliche Ausstattung; Sonstige Waren und Dienstleistungen (9):** Im Wägungsschema für das Bundesgebiet sind in den Dienstleistungen der Versicherungen — eine Untergruppe der „Sonstigen Waren und Dienstleistungen“ — nur die Ausgaben für die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung und die Krankenversicherung enthalten. Die Lebensversicherung steht außerhalb der Ausgaben für den Privaten Verbrauch, da sie weitgehend eine Kapitalanlage darstellt. Bei den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe für das Land Hamburg ist sie — wie auch sämtliche andere Versicherungsarten — in der Position „Son-

³⁸⁾ Vgl. Fachserie M, Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen; Reihe 13: Wirtschaftsrechnungen. I Verbrauch in Arbeitnehmerhaushalten, 4. Vierteljahr und Juli 1963, S. 3.

³⁹⁾ 1963.

⁴⁰⁾ Außerdem waren die Ausgaben für Miete, Nebenkosten und Reparaturen — im Gegensatz zur neuen Systematik — vermindert um die Einnahmen aus Untermiete.

⁴¹⁾ Über die Unterschiede in den einzelnen Hauptgruppen vgl. auch Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch, Ausgabe 1963, S. 10, 14.

⁴²⁾ Vgl. hierzu Wirtschaft und Statistik H. 8/1964, S. 438.

⁴³⁾ Wirtschaft und Statistik H. 8/1964, S. 506* ff.

stige Waren und Dienstleistungen“ enthalten. Ferner befinden sich im Wägungsschema für das Bundesgebiet unter der gleichen Position auch die Ausgaben für das Beherbergungsgewerbe, während in den Hamburger Ergebnissen größere Urlaubsausgaben von vornherein nicht enthalten sind⁴⁴⁾. Um zwei vergleichbare Gruppen zu erhalten, wurde hier der gesamte Bereich der „Sonstigen Waren und Dienstleistungen“ in beiden Schemata völlig ausgeklammert, so daß jeweils nur noch die „Persönliche Ausstattung“ erfaßt wird. Dann ergeben sich Verbrauchsausgaben insgesamt von 708 DM in Hamburg und 720 DM im gesamten Bundesgebiet (Tabelle 16).

Tabelle 16

**Die Ausgabenstruktur
der 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte**
Durchschnittliche monatliche Ausgaben

Hauptgruppen	Nach den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63		Nach dem Wägungsschema 1962 des Preisindex für die Lebenshaltung	
	Hamburg		Bund	
	DM	%	DM	%
	1	2	3	4
0/1 Nahrungs- u. Genußmittel ..	329	46,4	327	45,4
davon Nahrungsmittel	273	38,5	266	36,9
Genußmittel	56	7,9	61	8,5
2 Kleidung, Schuhe	50	7,1	89	12,4
3 Wohnungsmieten	101	14,3	69	9,6
4 Elektrizität, Gas, Brennst. ..	36	5,1	34	4,7
5 Übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	68	9,6	81	11,3
6 Waren und Dienstleistungen für Verkehrszwecke und Nachrichtenübermittlung ...	44	6,2	46	6,4
7 Waren und Dienstleistungen für Körper- und Gesundheitspflege	26	3,7	23	3,2
8 Waren und Dienstleistungen für Bildungs- und Unterhaltungszwecke	52	7,3	47	6,5
9 Persönliche Ausstattung 1) ..	2	0,3	4	0,5
Insgesamt	708 1)	100	720 1)	100

1) Ohne die Ausgabengruppe „Sonstige Waren und Dienstleistungen“, s. S. 283 f.

Wie Tabelle 16 zeigt, wendeten die Hamburger 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte für Nahrungsmittel kaum mehr auf als die entsprechenden Haushalte im gesamten Bundesgebiet. In Hamburg erreichten die Nahrungsmittelausgaben im Durchschnitt 273 DM gegenüber 266 DM im Bundesgebiet. Pro Kopf ergaben sich danach fast gleiche Ausgaben von 68 DM bzw. 67 DM. Der Anteil der Nahrungsmittel an den gesamten Verbrauchsausgaben betrug in Hamburg 38,5 %, während es im gesamten Bundesgebiet 36,9 % waren.

Die Ausgaben der Hamburger Haushalte für Genußmittel lagen dagegen unter dem Bundesdurchschnitt. In Hamburg betrug der Anteil der Genußmittel an den gesamten Verbrauchsausgaben 7,9 %, während er im Bundesgebiet 8,5 % erreichte. Pro Haushalt wurden in Hamburg 56 DM für Genußmittel verbraucht, im Bund dagegen 61 DM. Hierbei ist jedoch zu bedenken, daß die Genußmittelausgaben für das Bundesgebiet – wie bereits ausgeführt⁴⁵⁾ – um rd. 9 DM erhöht worden sind. Da ein gleichartiges Ver-

halten der Haushalte in Hamburg und im gesamten Bundesgebiet unterstellt werden kann, müßten die Hamburger Zahlen entsprechend nach oben korrigiert werden. Dann ergäbe sich für Hamburg ein höherer Ausgabenbetrag als im Bundesgebiet. Zieht man zum Vergleich die Wirtschaftsrechnungen 1962 heran, so wird dies auch bestätigt. Danach kauften die 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) Genußmittel für durchschnittlich 52 DM im Monat (7,0 %), während in Hamburg nach den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 – wie erwähnt – 56 DM (7,9 %) ausgegeben wurden.

Korrigiert man die Genußmittelausgaben auch für Hamburg um + 9 DM und erhöht die gesamten Verbrauchsausgaben entsprechend auf 717 DM, so ergeben sich für die Hauptgruppen folgende Werte bzw. Anteile:

Hauptgruppen	DM	%
0/1 Nahrungs- u. Genußmittel ..	338	47,1
davon Nahrungsmittel	273	38,1
Genußmittel	65	9,0
2 Kleidung, Schuhe	50	7,0
3 Wohnungsmieten	101	14,1
4 Elektrizität, Gas, Brennst. ...	36	5,0
5 Übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	68	9,5
6 Waren und Dienstleistungen für Verkehrszwecke und Nachrichtenübermittlung ...	44	6,1
7 Waren und Dienstleistungen für Körper- und Gesundheitspflege	26	3,6
8 Waren und Dienstleistungen für Bildungs- und Unterhaltungszwecke	52	7,3
9 Persönliche Ausstattung	2	0,3
Insgesamt	717	100

Nur relativ geringe Abweichungen weisen – wie Tabelle 16 zeigt – die Anteile an den Gesamtausgaben in Hamburg von denen im Bundesgebiet in folgenden Hauptgruppen auf:

- Hauptgruppe 4: Elektrizität, Gas, Brennstoffe
- Hauptgruppe 6: Waren und Dienstleistungen für Verkehrszwecke und Nachrichtenübermittlung
- Hauptgruppe 7: Waren und Dienstleistungen für Körper- und Gesundheitspflege
- Hauptgruppe 8: Waren und Dienstleistungen für Bildungs- und Unterhaltungszwecke
- Hauptgruppe 9: Persönliche Ausstattung

Am auffälligsten sind die Unterschiede zwischen den Hamburger Ergebnissen und den Werten für das Bundesgebiet bei:

- Hauptgruppe 2: Kleidung, Schuhe
- Hauptgruppe 3: Wohnungsmieten
- Hauptgruppe 5: Übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung

So standen den monatlichen Mietausgaben eines 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalts des hier behandelten Typs von 101 DM in Hamburg (14,3 % der gesamten Verbrauchsausgaben) nur 69 DM im Durchschnitt des gesamten Bundesgebietes gegenüber (9,6 %).

Umgekehrt wurden für Kleidung und Schuhe in Hamburg nur monatlich 50 DM (7,1 %) ausgegeben, was einer Pro-Kopf-Quote von 13 DM entspricht. Für das Bundesgebiet ergaben sich dagegen entsprechende Werte von 89 DM (12,4 %) bzw. 22 DM, d. h. pro

44) Vgl. auch S. 271.

45) Vgl. S. 283.

Kopf wurden monatlich fast 10 DM mehr ausgegeben als in Hamburg. Dieses Ergebnis ist allerdings unwahrscheinlich, wie ein Vergleich mit den entsprechenden den Bundesdurchschnitt sogar leicht über-treffenden Ausgaben⁴⁶⁾ der 13 an den laufenden Wirtschaftsrechnungen beteiligten Hamburger Arbeitnehmerhaushalte bestätigt. Möglicherweise hat sich an dieser Stelle die oben erwähnte Fehlerquelle der allzu kleinen Zahl von 48 monatlich geführten Haushaltsbüchern ausgewirkt, zumal unregelmäßige, relativ hohe Einzelausgaben, nämlich für Oberbekleidung, eine bedeutende Rolle spielen⁴⁷⁾.

Bei den Ausgaben für Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung war das Gefälle zwischen dem Bund und dem Land Hamburg nicht ganz so stark. Die monatlichen Ausgaben je Haushalt betragen hier im Bundesgebiet 81 DM bzw. 20 DM pro Kopf, während sich in Hamburg die monatlichen Ausgaben auf 68 DM bzw. 17 DM belaufen.

Die geringen Ausgaben für Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung können als Teilreflex der höheren Mietausgaben in Hamburg gedeutet werden. Darauf läßt auch die früher festgestellte hohe Elastizität dieser Ausgabengruppe in bezug auf die Höhe des Haushaltseinkommens schließen (vgl. S. 274). Für die ebenso gekennzeichneten Ausgaben für Waren und Dienstleistungen für Verkehrszwecke und Nachrichtenübermittlung gilt das allerdings offenbar nur in sehr geringem Maße.

46) Für Bekleidung nach alter Gütersystematik.

47) Naturgemäß bedeutet ein zu niedriger Ansatz der Ausgaben für Kleidung und Schuhe bei feststehenden Gesamtausgaben eine entsprechende Überhöhung anderer Gruppen, ohne daß diese hier schon näher bestimmt werden können. Es läßt sich lediglich feststellen, daß die in Hamburg besonders hohen Mietausgaben sicherlich kaum dazu gehören.

48) Der verhältnismäßig hohe Anteil der Ausgaben für Wohnungsmieten in Hamburg ist u. a. darauf zurückzuführen, daß ein überdurchschnittlich hoher Anteil von Buchführern in nach 1948 errichteten Neubauten wohnt.

49) Daneben muß auch auf die laufenden Wirtschaftsrechnungen der buchführenden Hamburger 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte zurückgegriffen werden, da in den Feinanschreibungsbüchern der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 in Hamburg häufig die Mengenangaben fehlen, die für eine Berücksichtigung der Mengenunterschiede im Verbrauch von Nahrungs- und Genußmitteln zwischen Hamburg und dem gesamten Bundesgebiet notwendig sind.

Werden die Verbrauchsausgaben nach der Dringlichkeit der Bedarfskategorien gegliedert, so beansprucht der starre Bedarf in Hamburg im Vergleich zum Bundesgebiet einen viel größeren Anteil. Dies ist vor allem auf das wesentlich höhere Gewicht der Mietausgaben zurückzuführen, gilt aber in schwächerem Maße auch für die anderen Hauptgruppen.

Starrer Bedarf

	Hamburg	Bund
Nahrungsmittel	38,5 %	36,9 %
Wohnungsmieten ⁴⁸⁾	14,3 %	9,6 %
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	5,1 %	4,7 %
	57,9 %	51,2 %

Für den elastischen Bedarf verbleiben in Hamburg 42,1 %, im Bundesgebiet 48,8 % der gesamten Verbrauchsausgaben.

Die Verbrauchsstruktur der 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte der mittleren Verbrauchergruppe weicht somit nach den Ergebnissen des hier vorgenommenen Vergleichs in Hamburg merklich von den Durchschnittswerten für das gesamte Bundesgebiet ab. Das gilt — wenn auch in unterschiedlichem Maße — für die drei wichtigen Hauptgruppen Kleidung und Schuhe, Wohnungsmieten sowie Übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung. Daraus ergibt sich, daß bei einer in Hamburg vorzunehmenden Umstellung des Preisindex für die Lebenshaltung auf das Basisjahr 1962 = 100 nicht ohne weiteres das Wägungsschema für das gesamte Bundesgebiet übernommen werden sollte. Vielmehr müßte ein Wägungsschema zugrunde gelegt werden, das möglichst dem spezifischen Warenkorb eines Hamburger Haushalts entspräche. Die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 in Hamburg bieten dafür Anhaltspunkte⁴⁹⁾, und es werden weitere Untersuchungen angestellt, ob sie als Grundlage für die Aufstellung eines detaillierten Warenkorbes ausreichen.

VII. Zusammenfassung

Aufgrund des Gesetzes über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte vom 11. Januar 1961 sind außer den monatlichen Wirtschaftsrechnungen für bestimmte Haushaltstypen einmalige Erhebungen bei Haushalten aller Bevölkerungskreise im gesamten Bundesgebiet durchzuführen. Die erste Erhebung dieser Art (sie ist in Abständen von 3 bis 5 Jahren zu wiederholen) fand in Hamburg vom 1. Juli 1962 bis 30. Juni 1963 statt.

Nach den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe lagen die durchschnittlichen monatlichen Verbrauchsausgaben der erfaßten Hamburger 4-Personen-Haushalte bei 1 304 DM, d. h. 326 DM pro Kopf. Davon entfielen 426 DM (32,7 % der gesamten Verbrauchsausgaben) auf Nahrungs- und Genußmittel, 128 DM (9,8 %) auf Kleidung und Schuhe, 125 DM (9,6 %) auf Wohnungsmieten und 141 DM (10,8 %) auf Waren und Dienstleistungen für Verkehrszwecke und Nachrichtenübermittlung.

Die Verbrauchsausgaben der 3-Personen-Haushalte waren insgesamt erwartungsgemäß niedriger als die der 4-Personen-Haushalte. Sie betragen im Durchschnitt je Monat 1 199 DM. Pro Kopf ergab sich jedoch mit 400 DM ein wesentlich höherer Betrag. Legt man auch hier wieder die gleichen Hauptgruppen zugrunde, so ergeben sich folgende Werte bzw. Anteile: Nahrungs- und Genußmittel 378 DM (31,5 %), Kleidung und Schuhe 126 DM (10,5 %), Wohnungsmieten 115 DM (9,6 %) und Waren und Dienstleistungen für Verkehrszwecke und Nachrichtenübermittlung 110 DM (9,2 %).

Bei einem Vergleich der Verbrauchsstruktur in Hamburg und im gesamten Bundesgebiet, wobei der gleiche Haushaltstyp (4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte der mittleren Verbrauchergruppe) zugrunde lag, zeigten sich die größten Unterschiede bei den Hauptgruppen Kleidung und Schuhe, Wohnungsmieten und Übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung. Es darf aber nicht außer acht gelassen werden, daß hier Zufallseinflüsse auf Grund der kleinen Zahl der nur einen Monat lang feinanschreibenden Hamburger Haushalte eine Rolle spielen.

Marion Großer

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			August 1964	August 1965	Juli 1965
	1938	1950	1964			
Meteorologische Beobachtungen in Hamburg						
1. Mittelwerte 1)						
Luftdruck, mm	761,7	758,8 ²⁾	763,1 ²⁾	761,0 ²⁾	761,2 ²⁾	757,9 ²⁾
Lufttemperatur, °C	9,3	7,9	9,0	16,5	15,8	15,2
Relative Luftfeuchtigkeit, %	82	82	77	74	73	77
Windstärke 3)			3	3	3	3
Bewölkung 4)	6,7	7,2	7	7	5	7
2. Summenwerte 5)						
Niederschlagsmenge, mm	562,0	857,6	658	108	64	178
Sonnenscheindauer, Std.	1 622,9	1 743,2	1 519	145	218	158
Tage ohne Sonnenschein	88	76	107	3	2	4
Tage mit Niederschlägen	160	221	205	21	18	27
Bevölkerung						
1. Bevölkerungsstand (in 1000) 6)						
Bezirk Hamburg-Mitte	435,8	242,2	289,8	289,7 r	288 p	288 p
Altona	220,3	272,7	266,7	266,5 r	264 p	264 p
Eimsbüttel	244,5	252,0	261,8	261,9 r	265 p	265 p
Hamburg-Nord	424,1	358,9	409,3	408,7 r	401 p	401 p
Wandsbek	166,7	221,9	352,2	352,9 r	357 p	357 p
Bergedorf	52,6	82,4	79,7	80,0 r	83 p	83 p
Harburg	135,7	172,4	197,2	197,3 r	199 p	199 p
* Hamburg insgesamt (am Monatsende)	1 679,7	1 602,5	1 856,7	1 857,0 r	1 857 p	1 857 p
dav. männlich	788,8	750,3	860,0	860,4 r	862 p	862 p
weiblich	890,9	852,2	996,7	996,6 r	995 p	995 p
dar. Ausländer 7)	16,6	19,9	56,7	57,6	60,2	59,2
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung						
* Eheschließungen	1 447	1 414	1 537 p	2 530 r	2 420 p	1 926 r
* Eheschließungen auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	10,3	10,7	9,9 p	16,0 r	15,3 p	12,2
Ehescheidungen	266	434	331 p	182 r	200 p	292 r
* Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern dar. unehelich	2 346	1 448	2 311 p	2 226 r	2 350 p	2 142 r
* Lebendgeborene auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	209	154	161 p	146 r	135 p	134 r
* Lebendgeborene auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	16,8	10,9	14,9 p	14,1	14,9 p	13,6
Unehelich Geborene % der Geborenen	9,1	10,8	7,0 p	6,7 r	5,7 p	6,3 r
Totgeborene % der Geborenen	2,1	1,9	1,0 p	1,3 r	1,3 p	0,6 r
* Gestorbene Ortsansässige	1 702	1 389	1 986 p	1 809 r	2020 p	1 899 r
* dar. unter 1 Jahr alt	118	64	44 p	52 r	45 p	30 r
70 und mehr Jahre alt	657	631	1 139 p	1 051 r	1 100 p	1 078 r
* Gestorbene Ortsansässige auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	12,2	10,5	12,8 p	11,5 r	12,8 p	12,0
* Gestorbene Säuglinge auf 1000 Lebendgeborene 8)	50,6	43,5	19,0 p	22,7 r	19,1 p	14,0 r
* Geburtenüberschuß (+) bzw. Sterbeüberschuß (-)	+ 644	+ 59	+ 325 p	+ 417 r	+ 330 p	+ 243 r
3. Wanderungen						
* Zugezogene Personen von außerhalb Hamburgs	8 126	7 661	5 989	5 301 r	5 500 p	5 800 p
* Fortgezogene Personen n. außerh. Hamburgs	7 788	2 174	6 081	5 358 r	5 500 p	6 200 p
* Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	+ 338	+ 5 487	- 92	- 57 r	-	- 400 p
dav. männlich	.	+ 2 533	+ 60	+ 151 r	-	- 100 p
weiblich	.	+ 2 954	- 152	- 208 r	-	- 300 p
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs	31 889	19 751	14 233	13 265	15 769	14 389
Nach Gebieten						
a) Herkunft						
Schleswig-Holstein	.	2 668	1 525	1 272 r	1300 p	1 400 p
dar. angrenzende Kreise 9)	.	1 311	798	734 r	800 p	700 p
Niedersachsen	.	1 854	1 108	815 r	900 p	1 000 p
dar. angrenzende Kreise 10)	.	567	260	212 r	300 p	300 p
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	.	1 214 ¹¹⁾	1 932	1 789 r	1 600 p	1 600 p
Sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung	.	1 072	118	110 r	100 p	100 p
Ausland	.	485	1 218	1 220 r	1 500 p	1 600 p
Unbekannt	.	368	88	95 r	100 p	100 p
b) Ziel						
Schleswig-Holstein	.	718	2 104	1 936 r	1 900 p	2 100 p
dar. angrenzende Kreise 9)	.	457	1 426	1 389 r	1 400 p	1 400 p
Niedersachsen	.	449	1 178	982 r	1 000 p	1 200 p
dar. angrenzende Kreise 10)	.	131	466	404 r	500 p	500 p
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	.	764 ¹¹⁾	2 137	1 726 r	1 800 p	2 100 p
Sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung	.	89	9	4 r	.	.
Ausland	.	142	628	682 r	700 p	700 p
Unbekannt	.	12	25	28 r	.	.

1) Errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — 2) Reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — 3) 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — 4) Bewölkungsgrade: 0 bis 10 (0 = wolkenlos, 10 = volle Bewölkung). — 5) 1938, 1950 und 1964 handelt es sich um Jahreswerte. — 6) Für 1938 und 1950 nach dem Stand der Volkszählungen vom 17. 5. 1939 und 13. 9. 1950. Ab 1962 Fortschreibungsergebnisse auf der Basis der Volkszählung 1961. — 7) Ab 1950 nach den Angaben der Polizei Hamburg. — 8) Berechnet unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung. — 9) Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — 10) Landkreise Harburg und Stade. — 11) Einschl. Sowjetsektor von Berlin.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			August 1964	August 1965	Juli 1965
	1938	1950	1964			
Gesundheitswesen						
1. Krankenanstalten in Hamburg						
a) Öffentliche Krankenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende 1)	9 464	12 742	11 726	11 707	11 733	11 756
Krankenverpflegungstage	221 711	321 088	276 036	269 203	268 839	270 577
Bettenausnutzung in % 2)	77,1	86,8	82,0	78,6	78,8	78,9
b) Gemeinnützige Krankenanstalten 3)						
Bettenbestand am Monatsende 1)	4 339	4 690	4 487	4 441	4 575	4 575
Krankenverpflegungstage	98 261	126 293	118 507	114 596	121 635	120 249
Bettenausnutzung in % 2)	74,5	86,6	87,0	84,0	86,5	85,7
c) Privatkrankenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende 1)	.	409	674	684	770	770
Krankenverpflegungstage	.	8 983	17 377	16 557	18 071	18 776
Bettenausnutzung in % 2)	.	60,1	82,8	76,7	73,6	77,1
2. Hamburgische Krankenanstalten außerhalb Hamburgs						
a) Öffentliche Krankenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende 1)	189	2 260	885	885	885	885
Krankenverpflegungstage	4 705	61 801	22 025	22 734	21 421	22 005
Bettenausnutzung in % 2)	81,8	91,5	81,7	82,9	81,1	83,3
b) Tbc-Heilstätten						
Bettenbestand am Monatsende 1)	833	1 645	1 117	1 110	1 070	1 070
Krankenverpflegungstage	23 649	48 679	26 643	27 302	26 660	26 222
Bettenausnutzung in % 2)	93,5	97,4	82,4	84,2	87,8	86,4
3. Anstalten für Geistesranke						
a) Öffentliche Krankenanstalten in Hamburg						
Bettenbestand am Monatsende	2 898	1 388	1 743	1 743	1 743	1 743
Krankenverpflegungstage	86 354	29 261	49 207	50 162	49 194	48 752
Bettenausnutzung in % 2)	98,0	75,1	93,2	92,9	91,6	90,7
b) Gemeinnützige Krankenanstalten in Hamburg						
Bettenbestand am Monatsende	1 613	1 218	1 291	1 288	1 270	1 278
Krankenverpflegungstage	48 883	36 598	39 742	39 432	39 049	38 962
Bettenausnutzung in % 2)	99,7	98,8	98,4	98,8	98,9	98,3
c) Krankenanstalten außerhalb Hamburgs						
Bettenbestand am Monatsende	—	1 420	1 329	1 276	1 477	1 477
Krankenverpflegungstage	—	35 400	38 630	38 670	45 098	40 464
Bettenausnutzung in % 2)	—	68,4	96,0	97,8	98,4	88,3
4. Gestorbene nach wichtigen Todesursachen						
Gestorbene insgesamt	1 702	1 389	1 986 p	1 809 r	2 020	1 899 r
dar. Tuberkulose der Atmungsorgane	82	48	20 p	20	.	18
Krebs	240	285	416 p	382	.	428
Gehirnblutungen	136	172	218 p	193	.	213
Herzkrankheiten	232	269	455 p	419	.	458
Lungenentzündung	103	47	41 p	26	.	25
Freitod	62	50	45 p	42	.	21
Verkehrsunfälle	22	20	42 p	35	.	44
Andere Verunglückungen	48	41	56 p	47	.	64
Kulturpflege						
1. Lichtspieltheater						
Theater	104	104	103	101	98	99
Plätze	66 691	47 891	55 398	54 429	52 995	53 301
Besucher	1 931 580	1 854 754	1 034 669	868 597	763 831	1 101 219
2. Rundfunk und Fernsehen						
Tonrundfunkteilnehmer 4)	361 531	407 741	660 198	660 671	667 393	666 933
Fernsehrundfunkteilnehmer	—	—	414 621	416 588	457 032	454 140
Öffentliche Sozialleistungen						
Soziale Krankenversicherung 5)						
Mitglieder		694 658	683 058	684 325	677 362	682 040
dav. Pflichtmitglieder	452 518	486 742	438 839	440 242	426 915	432 153
Rentner	.	171 139	173 306	173 063	175 215	174 887
Freiwillige Mitglieder	64 028	36 777	70 913	71 020	75 232	75 000
Krankenstand der Pflichtmitglieder insgesamt	15 541	15 825	26 191	21 706	20 635	21 289
dav. männlich	9 091	10 123	17 399	14 459	14 050	14 191
weiblich	6 450	5 702	8 792	7 247	6 585	7 098
Soziale Rentenversicherung						
Rentempfänger		153 175	311 553	310 049	.	321 390
dav. Rentenversicherung der Arbeiter	94 346 ⁶⁾	106 248	206 259	206 077	213 859	213 379
Rentenversicherung der Angestellten	.	46 927	105 294	103 972	.	108 011
Ausgezahlte Renten in DM	.	28 880 000	73 950 843	73 726 383	.	83 243 651
dav. Rentenversicherung der Arbeiter	.	18 350 000	41 995 260	41 992 772	47 336 365	47 211 654
Rentenversicherung der Angestellten	.	10 530 000	31 955 583	31 733 611	.	36 032 003

1) Ohne Säuglingsbetten. — 2) Ohne gesperrte Betten. — 3) 1938 einschl. Privatkrankenanstalten. — 4) 1938 und 1950 Postamtsbezirk Hamburg. — 5) Nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse. — 6) Stand 1. 1. 1940.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			August 1964	August 1965	Juli 1965
	1938	1950	1964			
Arbeitsmarkt						
1. Angebot und Nachfrage						
* Arbeitslose	29 908	90 831	4 606	3 415	2 392	2 543
dav. männlich	23 937	56 428	2 992	2 234	1 661	1 841
weiblich	5 971	34 403	1 614	1 181	731	702
Offene Stellen	31 522	1 789	22 324	26 650	29 734	30 199
dav. männlich	21 009	744	12 049	14 654	15 744	15 839
weiblich	10 513	1 045	10 275	11 996	13 990	14 360
Stellenvermittlung in Beschäftigung über 7 Tage 1)	16 088	21 006	6 233	5 793	5 366	5 441
dav. männlich	11 107	13 007	4 257	4 022	3 921	3 860
weiblich	4 981	7 999	1 976	1 771	1 445	1 581
Stellenvermittlung in Beschäftigung bis zu 7 Tagen	9 175	24 625	17 738	15 484	8 974	11 260
dav. männlich	7 544	23 585	17 080	14 896	8 317	10 785
weiblich	1 631	1 040	658	588	657	475
Arbeitsuchende am Monatsende 2)	35 944	94 886	9 988	8 661	9 486	7 211
dav. männlich	28 215	59 355	6 583	5 723	6 819	4 958
weiblich	7 729	35 531	3 405	2 938	2 667	2 253
2. Die Arbeitslosen						
Berufsgruppen insgesamt	29 908	90 831	4 606	3 415	2 392	2 543
dar. Bauberufe	.	6 710 ³⁾	177	26	12	24
Metallerzeuger und -verarbeiter	.	6 766 ³⁾	69	53	40	47
Elektriker	.	1 627 ³⁾	33	22	10	16
Chemiewerker	.	1 879 ³⁾	75	70	46	54
Holzverarbeiter und zugehörige Berufe	.	1 596 ³⁾	28	19	12	16
Graphische Berufe	.	690 ³⁾	50	38	36	28
Lederhersteller, Leder- und Fellverarb.	.	1 180 ³⁾	12	7	3	4
Nahrungs- und Genußmittelhersteller	.	6 623 ³⁾	110	82	46	49
Kaufmännische Berufe	.	8 598 ³⁾	468	368	340	309
Verkehrsberufe	.	8 787 ³⁾	433	369	211	247
Verwaltungs- und Büroberufe	.	5 807 ³⁾	1 096	980	679	710
Künstlerische Berufe	.	2 260 ³⁾	199	130	154	149
Bauwirtschaft und Wohnungswesen						
1. Baugenehmigungen						
Wohnbauten						
* Wohngebäude	.	469	315	317	175	186
* Umbauter Raum in 1000 cbm	.	642	464	515	361	273
* Wohnungen	.	2 540	1 413	1 622	1 151	790
Bruttowohnfläche in 1000 qm	.	128	98	108	76	58
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	22 029	52 864	59 512	43 794	33 232
Nichtwohnbauten						
* Nichtwohngebäude	.	185	129	144	94	123
* Umbauter Raum in 1000 cbm	.	233	346	341	327	425
Nutzfläche in 1000 qm	.	.	67	74	64	68
* Wohnungen	.	20	19	8	12	22
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	6 403	31 662	31 575	24 916	34 081
2. Baubeginne						
Wohnbauten						
Wohngebäude	.	516	328	370	182	228
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	.	514	444	290	263
Wohnungen	.	2 206	1 562	1 181	869	659
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	.	55 791	50 084	35 366	31 057
Nichtwohnbauten						
Nichtwohngebäude	.	237	117	110	76	77
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	.	361	290	264	184
Wohnungen	.	.	24	10	9	13
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	.	35 120	30 508	23 059	15 347
3. Baufertigstellungen						
Wohnbauten						
Wohngebäude	188	395	294	153	184	172
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	482	430	208	298	280
Wohnungen	.	2 096	1 377	718	982	870
Bruttowohnfläche in 1000 qm	.	107	90	44	66	58
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	19 250	45 652	23 442	36 230	32 161
Nichtwohnbauten						
Nichtwohngebäude	26	137	120	85	35	51
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	144	308	132	94	178
Wohnungen	.	26	19	16	10	16
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	3 069	29 208	6 951	8 282	18 383

1) Durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. — 2) Arbeitslose einschl. derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — 3) Durchschnitt aus April—Dezember 1950.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			August 1964	August 1965	Juli 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen						
Baufertigstellungen						
Wohnungen						
Wohnungen insgesamt 1)	706	2 122	1 396	734	992	886
dar. mit öffentlichen Mitteln gefördert	.	1 526	1 018	507	634	627
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	.	6 575	5 200	2 619	3 629	3 752
4. Bauüberhang						
(am Ende des Berichtszeitraumes 2)						
Im Bau befindliche Wohnungen	.	17 089	19 318	21 900	18 900	19 000
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	.	8 412	5 757	8 100	7 100	6 900
5. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen 3) (in 1000)						
Bestand an Wohngebäuden	.	96	166	166	170	169
Bestand an Wohnungen	.	310	610	610	627	626
Bestand an Wohnräumen über 6 qm (einschl. Küchen)	.	1 197	2 222	2 223	2 286	2 283
6. Wohnraumbewirtschaftung						
Erstvergabe von bewirtschafteten Wohnungen						
a) für Wohnungssuchende mit hoher Dringlichkeit und für Sonderfälle	-	650	442	197	487	353
b) für Wohnungssuchende mit Anspruch aus §§ 77-80 II. WoBauG.	-	830	502	223	133	236
c) für die Umschichtung	-	-	74	73	14	38
Wiedervergaben, Wohnungen	-	452	831	1 003	870	694
Erstmalig bezogene unbewirtschaftete Wohnungen	-	678	344	195	340	232
7. Bauberichterstattung 4)						
Zahl der Beschäftigten	.	34 741	50 514	51 249	50 137	50 041
dar. Inhaber	.	2 049	1 401	1 397	1 355	1 358
Angestellte	.	2 010	4 598	4 582	4 681	4 624
Arbeiter 5)	.	30 682	44 385	45 142	44 101	44 059
Löhne in 1000 DM (Bruttosumme)	.	9 199	43 278	44 979	48 034	47 096
Gehälter in 1000 DM (Bruttosumme)	.	868	5 334	5 329	5 739	5 880
Umsatz in 1000 DM	.	24 653	120 020	119 984	125 467	146 732
dav. im Wohnungsbau	.	.	41 082	42 057	39 889	47 418
gewerblich und Industr. Bau	.	.	27 062	25 996	33 789	38 003
öffentlichen und Verkehrsbau	.	.	51 876	51 931	51 789	61 311
Geleistete Arbeitsstunden in 1000	.	5 813	7 326	7 538	7 311	7 047
dav. für Wohnungsbauten	.	2 930	2 476	2 558	2 542	2 367
gewerblich und Industr. Bauten	.	1 517	1 657	1 649	1 747	1 681
öffentliche und Verkehrsbauten	.	1 317	3 193	3 331	3 022	2 999
Preise und Indexziffern						
1. Durchschnittspreise am Hamburger Viehmarkt für 100 kg Lebendgewicht (in RM/DM)						
Ochsen, vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes						
	87,60	151,60	270,50	262,50	287,20	291,60
Kühe, sonstige vollfleischige	75,20	125,40	213,60	220,90	222,70	225,70
Kälber, mittlere Mast- und Saugkälber	114,00	182,60	345,80	336,30	344,60	346,00
Schweine, von 100-119,5 kg Lebendgewicht	101,80	235,00	255,00	247,50	279,50	246,00
Schafe, mittlere Mastlämmer und Hammel	81,40	123,80	209,50	195,00	210,30	219,40
2. Durchschnittspreise für Fleisch 6)						
I. Qualität für 100 kg (in RM/DM)						
Rindfleisch von Ochsen und Färsen, beste Qualität	153,00	263,00	499,20	501,90	522,50	527,50
Kalbfleisch, beste Qualität	189,40	349,00	643,90	623,80	622,50	622,50
Hammelfleisch, beste Qualität	185,60	254,00	520,90	487,50	515,00	530,00
Schweinefleisch, aus hiesigen Schlachtungen	140,80	357,00	362,80	350,00	378,10	351,25
3. Preisindexziffern für die Lebenshaltung						
- Mittlere Verbrauchergruppe - Wägungsschema 1950						
Ernährung	63,0	100	145,7	144,4	154,2	156,9
Getränke und Tabakwaren	34,6	100	86,0	86,2	87,4	87,4
Wohnung	97,5	100	167,2	168,0	170,6	170,6
Heizung und Beleuchtung	66,0	100	155,9	155,9	158,2	157,9
Hausrat	53,9	100	127,9	128,0	131,9	131,5
Bekleidung	47,9	100	113,4	113,5	115,5	115,2
Reinigung und Körperpflege	58,7	100	131,3	132,8	141,7	141,0
Bildung und Unterhaltung	73,9	100	172,7	172,8	177,5	176,8
Verkehr	65,0	100	163,5	163,5	164,3	164,3
Ernährung einschl. Getränke und Tabakwaren	59,3	100	137,8	136,7	145,4	147,7
Lebenshaltung ohne Miete	59,0	100	138,4	137,9	144,4	145,6
Gesamtlebenshaltung	(1950 = 100)	62,8	100	140,8	146,5	147,5
	(1938 = 100)	100	159,3	224,4	233,4	235,1

1) Einschl. Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind (im Berichtsmonat 18 Wohnungen). - 2) Für die Jahre 1950 und 1964 wurde an Stels des Monatsdurchschnitts jeweils der Stand vom 31. 12. angegeben. - 3) Fortschreibung der bei der Gebädezählung 1961 ermittelten Gebäude und Wohnungen (Begriffserläuterungen siehe März-Heft 1963, S. 58/59); für 1950 Stand am Zählungssichttag („Normalwohnungen“ ohne 26 689 Wohnungen in Behelfsheimen über 30 qm). - 4) Nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. - 5) Einschließlich Umschüler und Lehrlinge. - 6) Beim Verkauf der Großschlächter an die Ladenschlächter.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			August 1964	August 1965	Juli 1965
	1936 ¹⁾	1950	1964			
Industrie und Handwerk						
1. Industrie ²⁾						
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	.	2 130	1 746	1 745	1 701	1 703
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) insgesamt	145 200	140 867	219 807	220 310	219 996	219 399
* dar. Arbeiter einschl. gewerbl. Lehrlinge	.	111 760	154 140	154 311	151 813	151 524
* Geleistete Arbeiterstunden in 1000 ³⁾	.	21 399	25 454	23 947	23 555	22 343
* Bruttosumme der Gehälter in 1000 DM	.	11 369	67 058	65 185	73 578	74 740
* Bruttosumme der Löhne in 1000 DM	.	28 356	110 408	108 893	121 355	124 710
* Umsatzwerte in 1000 RM/DM ⁴⁾	154 200	333 013	1 243 771	1 187 036	1 268 879	1 243 886
* dar. nach dem Ausland in 1000 DM	.	12 845	148 828	113 591	123 295	142 162
* Brennstoffverbrauch in Steinkohlwert ⁵⁾ t	.	52 913	14 072	11 557	11 207	11 962
* Heizölverbrauch in t	.	.	57 692	47 617	57 102	57 183
* Stromerzeugung in 1000 kWh	.	5 925	16 820	13 697	14 402	13 309
* Stromverbrauch in 1000 kWh	.	34 341	107 008	101 082	105 773	100 145
* Gasverbrauch in 1000 cbm	.	.	6 709	4 861	4 653	4 627
Beschäftigte nach Industriegruppen insgesamt	145 200	140 867	219 807	220 310	219 996	219 399
dar. Mineralölverarbeitung	4 000	4 371	8 612	8 664	8 699	8 659
NE-Metallindustrie	1 900	2 509	2 800	2 773	2 854	2 842
Chemische Industrie	8 200 ⁶⁾	10 439	17 322	17 398	17 069	17 144
Gummi und Asbest	9 200	10 380	12 249	12 147	12 186	12 176
Maschinenbau	12 400	16 409	29 173	29 419	29 539	29 311
Schiffbau	26 500	12 559	22 921	22 855	21 837	22 031
Elektroindustrie	5 400	10 785	28 624	28 837	29 670	29 595
Druck und Vervielfältigung	7 800 ⁷⁾	6 721	12 821	12 763	12 689	12 700
Olmühlenindustrie	5 400	4 628	2 511	2 514	2 438	2 441
Margarineindustrie	5 400	4 628	3 335	3 428	3 353	3 326
Kaffee und Tee	7 200	7 21	3 736	3 670	3 828	3 725
Tabakverarbeitung	2 700	2 762	3 099	3 156	3 047	3 023
Umsatz nach Industriegruppen insgesamt in 1000 RM/DM	154 200	333 013	1 243 771	1 187 036	1 268 879	1 243 886
dar. Mineralölverarbeitung	12 800	32 925	218 806	223 163	232 591	226 640
NE-Metallindustrie	9 700	15 005	53 109	36 460	63 967	49 088
Chemische Industrie	12 900 ⁶⁾	25 296	91 078	85 203	95 014	101 507
Gummi und Asbest	4 600	13 990	41 804	36 736	37 598	37 178
Maschinenbau	9 400	16 234	76 569	68 184	82 536	75 261
Schiffbau	14 400	7 633	72 510	92 490	52 264	70 395
Elektroindustrie	4 400	10 463	134 655	110 300	127 963	122 608
Druck und Vervielfältigung	4 500 ⁷⁾	7 748	37 167	35 173	34 648	36 728
Olmühlenindustrie	4 400	4 463	48 328	49 708	60 220	54 057
Margarineindustrie	4 400	4 463	23 416	19 982	21 239	22 928
Kaffee und Tee	21 500	4 298	71 966	67 455	71 088	73 717
Tabakverarbeitung	12 000	55 911	104 038	102 528	109 345	108 274
2. Öffentliche Energieversorgung						
Wasserförderung in 1000 cbm	5 737 ⁸⁾	8 282	10 842	11 027	11 280	10 810
* Gaserzeugung in 1000 Ncbm auf Kohlen- und Raffineriebasis (brutto)	18 767 ⁹⁾	20 935	40 193	25 287	26 599	26 274
* Stromerzeugung in 1000 kWh (brutto)	40 210 ⁹⁾	125 855	427 146	366 367	375 246	381 902
Vierteljahresdurchschnitte				2. Vierteljahr	1. Vierteljahr	1. Vierteljahr
	1961	1962	1964	1964	1965	1965
3. Handwerk (Meßziffern) ¹¹⁾						
* Beschäftigte (Ende des Vj.) (Mai 1956 = 100)	102,2	98,7	98,7	100,7	97,8	94,9
* Umsatz (Vj.-Ø 1955 = 100)	191,4	197,5	222,1	217,6	235,9	204,8
* dar. Handwerksumsatz (Vj.-Ø 1955 = 100)	174,7	180,8	206,3	200,1	214,6	187,1
Versorgung mit Nahrungsmitteln						
1. Milcherzeugung						
* Kuhmilcherzeugung in 1000 kg	2 618	2 285	1 975	2 027	2 117	2 376
* Milchlieferung an Molkereien in 1000 kg	1 597	1 946	1 661	1 749	1 736	2 043
in % der Gesamterzeugung	61,0	85,2	84,1	86,3	82,0	86,0
* Milchleistung je Kuh und Tag in kg	8,6	8,3	10,9	11,0	11,3	12,7
2. Trinkmilchabsatz an Verbraucher durch Molkereien						
Vollmilch insgesamt in 1000 kg	.	10 709	10 330	10 350	.	10 099
dav. lose in 1000 kg	.	.	4 129	4 051	.	3 450
in Flaschen in 1000 kg	.	.	6 201	6 299	.	6 649
Mager- und Buttermilch in 1000 kg	.	1 186	448	510	.	566
3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandstiere)						
Rinder	6 580	4 980	8 884	10 681	8 606	6 477
Kälber	3 884	3 699	3 293	3 666	3 242	2 446
Schweine	24 847	19 784	46 143	48 346	48 451	39 617
Schafe	4 265	5 681	3 126	3 811	3 210	2 311
4. Schlachtungen (Inlandstiere)						
* Rinder (ohne Käiber) ¹²⁾	8 075	3 363	7 810	8 616	6 557	5 891
* Käiber ¹²⁾	5 568	4 065	3 193	3 244	3 055	2 262
* Schweine insgesamt	40 186	21 165	47 856	43 627	49 545	41 755
dar. Hausschlachtungen	.	1 455	457	51	84	68
* Gesamtschlachtgewicht in 1000 kg ¹³⁾	6 467	3 220	6 430	6 307	6 347	5 364
dar. Rinder (ohne Käiber) in 1000 kg	1 989	836	1 873	2 041	1 578	1 425
Schweine in 1000 kg	3 878	1 882	4 196	3 861	4 387	3 660
Durchschnittliches Schlachtgewicht						
für Rinder in kg	246,3	248,7	239,9	236,9	240,7	241,9
für Käiber in kg	57,2	43,2	68,2	73,6	83,9	79,1
für Schweine in kg	96,5	95,5	88,5	88,6	88,7	87,8

1) Zahlen für die Industrie nach dem heutigen Gebietsstand, teilweise geschätzt. - 2) Es sind hierbei die hamburgischen Industriebetriebe mit 10 und mehr Beschäftigten berücksichtigt (ohne Betriebe der Bauindustrie und Energiewirtschaft). - 3) Einschl. Lehrlingsstunden. - 4) Einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. - 5) 1 t StK = 1 t Steinkohle, = 1 t Steinkohlenkoks, = 3 t Braunkohle, = 1,5 t Braunkohlenbriketts, Braunkohlenkoks. - 6) 1936 = einschl. Kunststoffverarbeitende Industrie. - 7) 1936 = einschl. Papierverarbeitung. - 8) Rechnungsjahr 1935/36 einschl. Cuxhaven. - 9) Rechnungsjahr 1935/36. - 10) Bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. - 11) Nach den Ergebnissen der vierteljährlichen repräsentativen Handwerksberichterstattung. - 12) Gewerbliche Schlachtungen. - 13) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Imereien.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			August 1964	August 1965	Juli 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Versorgung mit Nahrungsmitteln						
5. Obst- und Gemüsemarkt (Großmarkt Hamburg)						
Obstzufuhr aus dem Inland in 1000 kg	1 749	3 815	4 125	5 186	4 166	3 297
Obstzufuhr aus dem Ausland in 1000 kg	4 337	2 571	15 495	17 201	22 585	14 253
Gemüsezufuhr aus dem Inland in 1000 kg	6 351	4 956	6 560	10 186	10 189	9 439
Gemüsezufuhr aus dem Ausland in 1000 kg	264	926	5 343	4 381	4 453	7 224
6. Fischmarkt						
Versteigerte Mengen insgesamt in 1000 kg	12 241	6 044	2 162	2 492	2 920	1 712
dar. in Hmb. angeordnete Fische in 1000 kg	12 119	6 016	1 780	2 206	2 464	1 572
Handel und Gastgewerbe						
1. Index der Einzelhandelsumsätze (1954 = 100)						
Einzelhandel aller Betriebsformen	.	.	200	176	199	213
dav. Nahrungs- und Genußmittel	.	.	195	184	204	209
dar. Lebensmittel aller Art	.	.	188	176	204	207
Obst, Gemüse, Südfrüchte	.	.	177	183	195	201
Fische und Fischwaren	.	.	204	162	192	130
Milch und Milcherzeugnisse	.	.	173	166	183	178
Schokolade und Süßwaren	.	.	137	122	131	132
Tabakwaren	.	.	182	177	179	185
Bekleidung, Wäsche, Schuhe	.	.	186	142	167	209
dar. Textilien aller Art	.	.	234	189	225	264
Wirk-, Strick- und Kurzwaren	.	.	196	150	161	204
Oberbekleidung	.	.	151	104	139	178
Schuhwaren	.	.	186	139	152	200
Hausrat und Wohnbedarf	.	.	221	199	235	243
dar. Eisenwaren und Küchengeräte	.	.	184	167	172	172
Porzellan und Glaswaren	.	.	206	160	259	261
Beleuchtungs- u. Elektrogeräte	.	.	254	233	252	246
Rundfunk-, Fernseh- und Phonoartikel	.	.	369	303	395	411
Möbel	.	.	155	150	189	183
Teppiche, Gardinen usw.	.	.	139	130	156	158
Sonstige Waren	.	.	214	183	204	213
dar. Bücher	.	.	241	157	186	244
Papier- und Schreibwaren	.	.	187	143	167	161
Galanterie- und Lederwaren	.	.	159	136	137	160
Apotheken	.	.	187	173	202	199
Drogerien	.	.	219	214	215	226
Foto und Optik	.	.	211	222	258	250
Büromaschinen und Büromöbel	.	.	168	135	152	151
Fahrräder, Krafträder u. Zubehör	.	.	180	211	224	214
Kraftwagen und Zubehör	.	.	253	209	238	279
Uhren, Gold- und Silberwaren	.	.	208	185	205	186
Blumen und Sämereien	.	.	268	205	229	231
Brennmaterial	.	.	167	138	161	135
2. Umsatz-Index des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes (1962 = 100)						
Gastgewerbe insgesamt	.	.	95	100	117	113
Beherbergungsgewerbe zusammen	.	.	117	132	140	134
dav. Hotels	.	.	119	130	137	133
Gasthöfe	.	.	114	128	129	116
Fremdenheime und Pensionen	.	.	110	143	161	147
Schankgewerbe zusammen	.	.	89	91	111	107
dav. Gast- und Speisewirtschaften	.	.	85	86	108	102
Bahnhofswirtschaften	.	.	101	113	111	115
Cafés	.	.	105	119	96	95
Bars, Tanz- und Vergnügungsbetriebe	.	.	100	105
3. Fremdenverkehr 1) 2)						
* Zahl der gemeldeten Fremden	81 041	48 229	115 127	168 969	162 982	171 274
* dar. Ausländer	11 283	10 303	40 832	71 378	70 396	82 611
* Zahl der Übernachtungen	180 185	103 109	226 553	307 834	300 021	305 242
* dar. Ausländer	27 491	22 805	79 016	133 181	121 331	136 232
Bettenausnutzung % der höchstmöglichen Belegung nach dem Bettenstand vom 1. April des jeweiligen Jahres	46	55	55	73	70	71
4. Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost (in Mio DM) 3)						
Bezüge Hamburgs	.	5	7	7	7	6
Lieferungen Hamburgs	.	3	10	13	21	10
5. Handel mit Berlin (West) (in Mio DM) 4)						
Bezüge Hamburgs	.	9	105	91	107	107
Lieferungen Hamburgs	.	37	132	109	115	132

1) Ohne Heime, Jugendherbergen, Massenquartiere und Privatquartiere. -- 2) 1938 einschl. der Hospize, Herbergen und ähnlicher Vereinshäuser.
3) Quelle: Statistisches Bundesamt.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			August 1964	August 1965	Juli 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Handel und Gastgewerbe						
6. Ausfuhr in Hamburg hergestellter Waren (in Mio DM)						
* Insgesamt	.	26	175	155	182	263
dav. nach Warengruppen
Ernährungswirtschaft	.	1	15	12	23	17
Gewerbliche Wirtschaft	.	25	160	143	159	246
dav. Rohstoffe	.	1	3	2	2	3
Halbwaren	.	12	37	33	52	49
Fertigwaren	.	12	120	108	105	194
dav. Vorerzeugnisse	.	2	9	9	9	11
Enderzeugnisse	.	10	111	99	96	183
dav. nach ausgewählten Verbrauchsgebieten	.	.	118	106	123	130
Europa	.	.	47	42	39	51
dar. EWG-Länder	.	.	52	48	66	59
EFTA-Länder	.	.	13	11	12	14
Afrika	.	.	24	21	29	20
Amerika	.	.	11	9	10	10
dav. Nordamerika	.	.	10	8	9	9
dar. USA	.	.	4	2	2	2
Mittelamerika	.	.	9	10	17	8
Südamerika	.	.	17	14	16	98
Asien	.	.	3	3	2	1
Australien und Ozeanien
7. Deutscher Außenhandelsverkehr über Hamburg						
1936						
Wareneinfuhr (in 1000 t)	648	464	1 818	1 748	.	.
Warengruppen:
dar. Ernährungswirtschaft	161	185	392	349	.	.
Gewerbliche Wirtschaft	487	278	1 426	1 399	.	.
dav. Rohstoffe und Halbwaren	480	272	1 362	1 338	.	.
Fertigwaren	7	6	64	61	.	.
Ländergruppen:
dar. Europa	319	134	376	322	.	.
dav. EWG-Länder	29	32	.	96	.	.
EFTA-Länder	179	75	.	144	.	.
Sonstige Länder	111	27	.	82	.	.
Außereuropa	329	330	1 818	1 426	.	.
dav. Amerika	214	150	602	532	.	.
dav. Nordamerika	77	73	.	309	.	.
Mittelamerika	83	25	.	18	.	.
Südamerika	54	52	.	205	.	.
Afrika	48	60	282	243	.	.
Asien	64	118	539	631	.	.
Australien und Ozeanien	3	2	19	20	.	.
Warenausfuhr (in 1000 t)	168	216	350	269	.	314
Warengruppen:
dar. Ernährungswirtschaft	12	4	62	52	.	.
Gewerbliche Wirtschaft	156	212	288	217	.	.
dav. Rohstoffe	84	16	31	14	.	.
Halbwaren	72	160	140	112	.	.
Fertigwaren	.	36	117	91	.	.
dav. Vorerzeugnisse	.	17	37	27	.	.
Enderzeugnisse	.	19	80	64	.	.
Ländergruppen:
dar. Europa	80	153	179	124	.	151
dav. EWG-Länder	13	4	13	9	.	11
EFTA-Länder	44	125	136	95	.	117
Sonstige Länder	23	24	30	20	.	23
Außereuropa	88	58	147	120	.	130
dav. Amerika	45	38	59	45	.	50
dav. Nordamerika	18	17	31	22	.	23
dar. USA	13	12	26	19	.	18
Mittelamerika	7	5	10	6	.	6
Südamerika	20	16	18	17	.	21
Afrika	11	8	36	33	.	40
Asien	30	8	47	38	.	35
Australien und Ozeanien	2	4	5	4	.	5
Verkehr						
1938						
1. Seeschifffahrt						
a) Schiffsverkehr zur See
Angekommene Schiffe	1 512	955	1 677	1 735	1 776	1 584
dar. deutsche Schiffe	1 027	526	955	1 029	1 012	886
Abgegangene Schiffe	1 610	1 017	1 803	1 807	1 841	1 720
dar. deutsche Schiffe	1 118	591	1 077	1 089	1 101	1 007
Raumgehalt der angekommenen Schiffe
in 1000 NRT	1 714	937	2 955	2 903	3 051	2 801
dar. deutsche Schiffe	873	128	762	772	902	725
Raumgehalt der abgegangenen Schiffe
in 1000 NRT	1 712	936	2 960	2 963	2 973	2 926
dar. deutsche Schiffe	875	135	781	789	897	759

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			August 1964	August 1965	Juli 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Verkehr						
Seeschifffahrt						
b) Linienschifffahrt (Linien) 1)	184	176	262	264	261	261
dav. Europa	102	84	79	80	76	76
Außereuropa	82	92	183	184	185	185
Reisen (Abfahrten)	728	319	746	783	758	759 r
dar. nach Europäischem Ausland	383	159	304	306	313	297
Amerika	72	54	170	175	161	183
Afrika	37	18	105	100	102	97
Asien	33	23	91	98	96	85
Australien	7	4	15	17	17	18
c) Personenverkehr über See						
Ausreisende insgesamt	6 744	870	1 920	3 558	2 650 p	2 400 p
dar. nach Häfen in						
Nord-Europa (einschl. Ostseegebiet)			347	288	150 p	1 080 p
West-Europa (einschl. Großbritannien und Irland)			419	897	410 p	625 p
Nordamerika	2 882	446	557	1 792	1 630 p	330 p
Südamerika	1 286	231	290	408	420 p	275 p
Einreisende insgesamt	5 373	333	1 532	2 662	1 850 p	2 880 p
dar. von Häfen in						
Nord-Europa (einschl. Ostseegebiet)			128	247	140 p	990 p
West-Europa (einschl. Großbritannien und Irland)			405	702	250 p	295 p
Nordamerika	2 057	171	558	1 134	940 p	1 120 p
Südamerika	882	30	295	395	330 p	270 p
d) Güterverkehr zur See (in 1000 t brutto)	2 147	919	2 951	2 666	.	2 780
dav. Empfang	1 521	620	2 224	2 010	.	2 107
dav. Massengut	980	429	1 678	1 519	.	1 552
dar. Mineralöle	307	162	976	949	.	953
Kohle	262	113	215	154	.	159
Getreide	133	70	227	100	.	183
Sackgut			101			
Stückgut	} 541	} 191	445	} 491	} .	} 555
dav. nach Verkehrsbezirken:						
Inland	110	110	42	62	.	35
Europäisches Ausland	520	159	458	384	.	353
Außereuropa	891	351	1 724	1 564	.	1 719
dar. Nahost und Persischer Golf Vereinigte Staaten von Amerika		128	485	514	.	524
Amerika	171	78	373	280	.	273
Versand	626	299	727	656	.	673
dav. Massengut	205	144	307	236	.	274
Sackgut			72			
Stückgut	} 421	} 155	348	} 420	} .	} 399
dav. nach Verkehrsbezirken:						
Inland	149	32	105	83	.	81
Europäisches Ausland	302	170	324	282	.	301
Außereuropa	175	97	298	291	.	291
2. Binnenschifffahrt						
a) Schiffsverkehr auf Binnenwasserstraßen						
Angekommene Schiffe	2 674	1 716	2 291	2 649	.	2 462 r
Abgegangene Schiffe	2 560	1 677	2 165	2 478	.	2 348 r
Tragfähigk. der angek. Schiffe in 1000 t	879	362	739	789	.	829 r
Tragfähigk. der abgeg. Schiffe in 1000 t	845	344	703	778	.	834 r
b) Güterverkehr auf Binnenwasserstraßen						
Eingang (in 1000 t)	318	151	292	363	.	377 r
dar. Bundesrepublik	77	101	261	352	.	329 r
dav. Niederelbe	24	32	64	90	.	96 r
Oberelbe bis Zonengrenze	53	62	175	246	.	191 r
Mittellandkanal	0	7	22	16	.	42 r
Berlin (West)	7	25	9	7	.	8
Sowjetische Besatzungszone	155	3	7	2	.	15 r
Tschechoslowakei	42	22	15	2	.	25 r
Ausgang (in 1000 t)	504	121	285	268	.	353 r
dar. Bundesrepublik	59	81	166	208	.	214 r
dav. Niederelbe	49	48	129	175	.	152 r
Oberelbe bis Zonengrenze	10	32	27	22	.	45 r
Mittellandkanal	0	1	10	11	.	17 r
Berlin (West)	29	28	65	31	.	60 r
Sowjetische Besatzungszone	268	2	31	16	.	32 r
Tschechoslowakei	34	10	23	13	.	47 r
3. Flugverkehr (gewerblicher Verkehr)						
Gelandete Flugzeuge	351	491	1 940	2 511	.	2 541
Gestartete Flugzeuge	352	491	1 947	2 485	.	2 536
Angekommene Fluggäste	1 818	4 993	59 300	74 581	.	87 419
dar. aus dem Ausland			19 195	24 531	.	27 362
Abgereiste Fluggäste	1 812	4 203	59 828	77 807	.	84 678
dar. nach dem Ausland			19 323	24 770	.	27 431
Angekommene Fracht in t	22,8	186,8	533	483	.	561
dar. aus dem Ausland					.	
Abgegangene Fracht in t	20,3	58,7	486	463	.	553
dar. nach dem Ausland					.	
Angekommene Post in t	9,0	35,6	179	173	.	201
Abgegangene Post in t	5,6	15,8	211	207	.	240
4. Bundesbahnverkehr						
Güterempfang in 1000 t (öffentlicher Verkehr)		416,9		554	.	
Güterversand in 1000 t (öffentlicher Verkehr)		246,8		633	.	
Gestellte Güterwagen		31 414	48 699	50 012	41 595	41 350

1) Stand Ende des Jahres bzw. Monats.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			August 1964	August 1965	Juli 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Verkehr						
5. Personenverkehr Hamburger Verkehrsmittel						
Beförderte Personen (in 1000)						
Stadtbahn (S-Bahn)	7 939	11 064	9 718	9 181	9 121	8 308
Hoch- und Untergrundbahn (einschl. W-Bahn)	6 571	11 752	13 690	12 545	13 343	12 549
Straßenbahn	13 799	23 498	10 533	9 835	8 556	8 271
Kraftomnibusse der HHA 1) 2)	1 083	2 028	9 101	8 716	9 258	8 875 r
Alsterdampfer	281	337	153	229	236	194
Schiffe der Hafendampfschiffahrt AG.	1 339	1 362	1 244	.	.	.
Kraftomnibusse der VHH AG. 2) 3)	373	786	573	554	584	558
Kraftomnibusse der Deutschen Bundespost	.	.	19	20	19	14
Kraftomnibusse der Deutschen Bundesbahn	.	.	379	364	423	372
Private Kraftomnibusse 2)	.	200	290	339	.	350
6. Kraftfahrzeuge						
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung (im Verkehr befindlich) insgesamt 4)	82 080	59 100	323 460	322 595	350 984	349 461
dar. Personenkraftwagen 5)	39 260	25 948	280 404	277 612	307 887	306 264
b) Zulassungen von fabrikneuen Kraftfahrzeugen insgesamt	928	1 177	4 567	3 309	3 744	4 651
dar. Krafträder	232	221	17	16	7	16
Personenkraftwagen	501	644	3 694	2 673	3 065	3 793
Kombinationskraftwagen	—	—	412	268	333	478
Lastkraftwagen	179	288	363	280	308	305
7. Straßenverkehrsunfälle						
Zahl der Verkehrsunfälle	865	1 058	2 341	2 436	2 350	2 580
dav. mit Personenschaden 6)	459	426	918	967	890	919
mit nur Sachschaden	406	632	1 424	1 469	1 460	1 661
Getötete Personen	8	12	30	26	14	26
Verletzte Personen	517	483	1 184	1 228	1 198	1 259
Geld und Kredit						
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbanken)						
(Beträge in Mio DM)						
a) Kredite der Kreditinstitute 7)
Kredite an Nichtkreditinst. am Monatsende	.	1 556,1	11 935,5 r	11 990,5	13 627,0	13 485,1
dav. kurzfristige Kredite 8)	.	1 353,8	3 964,5	3 847,3	4 101,6	4 082,3
an Wirtschaft und Private	.	1 328,7	3 945,4	3 836,9	4 094,8	4 071,4
an öffentl.-rechtl. Körperschaft.	.	25,1	19,1	10,4	6,8	10,9
mittelfristige Kredite 7) 8) 9)	.	55,8	1 497,8	1 586,5	1 908,7	1 866,8
dav. an Wirtschaft und Private	.	55,6	1 365,8	1 451,5	1 732,7	1 694,5
an öffentl.-rechtl. Körperschaft.	.	0,2	132,0	135,0	176,0	172,3
langfristige Kredite 7) 8) 9)	.	146,5	6 393,8	6 556,7	7 616,7	7 536,0
dav. an Wirtschaft und Private	.	146,0	5 581,8	5 689,7	6 570,0	6 493,0
an öffentl.-rechtl. Körperschaft.	.	0,5	812,0	867,0	1 046,7	1 043,0
Kredite an Kreditinst. am Monatsende	.	105,7	908,3	895,9	961,5	988,0
b) Einlagen bei den Kreditinstituten
Einlagen von Nichtkreditinstituten am Monatsende	.	1 152,3	7 585,8	7 653,1	8 435,0	8 325,0
dav. Sicht- und Termineinlagen	.	1 026,3	4 064,6	4 100,1	4 325,8	4 233,9
dav. von Wirtschaft und Privaten	.	848,0	3 537,9	3 505,3	3 717,3	3 732,2
von öffentl.-rechtl. Körperschaft.	.	178,3	526,7	594,8	608,5	501,7
Spareinlagen	.	126,0	3 521,2	3 553,0	4 109,2	4 091,1
dar. bei Sparkassen	.	97,2	2 432,2	2 438,8	2 809,5	2 804,5
Kreditbanken	.	.	877,3	900,0	1 045,4	1 034,0
Einlagen von Kreditinstituten am Monatsende	.	106,6	2 214,2	2 323,2	2 355,0	2 493,7
c) Sparverkehr
Sämtliche Kreditinstitute 10)
Spareinlagen am Monatsende	.	126,0	3 521,2	3 553,0	4 109,2	4 091,1
dar. steuerbegünstigt	.	12,4	—	—	—	—
prämienbegünstigt	.	—	338,4	336,6	405,8	405,3
Gutschriften	.	10,2	195,8	184,3	241,3	305,9
Lastschriften	.	7,3	167,8	157,1	223,6	272,0
Saldo der Gut- und Lastschriften	.	+ 2,9	+ 27,9	+ 27,2	+ 17,7	+ 33,9
Zinsen	.	2,6	10,0	0,4	0,5	1,0
2. Zahlungsschwierigkeiten, Leihhäuser						
a) Wechselproteste 11) (Zahl)	.	1 324	1 203	993	960	1 035
Betrag in 1000 DM	.	1 194	1 451	1 120	1 335	1 256
Durchschnittsbetrag je protest. Wechsel in DM	.	902	1 206	1 128	1 391	1 214
b) Konkurse und Vergleichsverfahren (Zahl)
Konkurse	12	25	12	12	10	15
Eröffnete Vergleichsverfahren	1	3	1	2	—	—
c) Mahn- und Offenbarungseidverfahren (Zahl)
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	14 894	21 302	21 705	19 177	19 298	19 290
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides	.	2 392	2 969	2 635	2 990	3 051
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides	.	848	1 286	1 330	1 344	1 406
Abgeleitete Offenbarungseide	.	124	399	389	328	320
d) Öffentliche Leihhäuser
Verpfändungen 12), Zahl	19 155	13 214	3 736	3 881	3 704	3 374
RM/DM	298 306	384 610	410 037	513 742	640 065	626 196
Einlösungen, Zahl	13 235	12 709	3 380	3 110	2 791	3 296
RM/DM	176 172	401 990	351 331	408 572	404 867	492 069

1) 1950 einschl. Obusse. — 2) Ab Januar 1963 ohne den von den Ländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen genehmigten Linienverkehr. — 3) 1938 und 1950 BGE und Südstorm. Kreisbahn (einschl. Eisenbahnbetrieb). — 4) Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — 5) Einschl. Kombinationskraftwagen. — 6) Teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — 7) Ab 1. 1. 1964 einschl. durchlaufender Mittel. — 8) 132 berichtspflichtige Institute. — 9) Bis einschl. Mai 1950 ohne Wirtschaft und Private. — 10) Ohne Postsparkasse. — 11) Wechselproteste der Kreditinstitute und der Post. — 12) Einschließlich Erneuerungen.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			August 1964	August 1965	Juli 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Geld und Kredit						
3. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg						
Aktiengesellschaften, Zahl			161	161	163	164
Kapital in Mio DM			3 717,1	3 838,9	3 970,0	3 967,2
Gesellschaften m. b. H., Zahl			3 696	3 705	3 910	3 896
Kapital in Mio DM			2 549,3	2 822,1	2 985,0	2 977,8
Steuern¹⁾						
Steueraufkommen (in 1000 RM/DM) ²⁾						
1. Bundessteuern						
* Umsatzsteuer	9 363	22 996	78 447	82 360	82 674	79 533
* Umsatzausgleichsteuer	2 180	2 779	33 270	29 956	33 260	38 693
* Beförderungsteuer	79	943	1 453	1 564	1 303	1 337
* Notopfer Berlin	..	1 749	129	79	203	40
* Zölle	45 572	17 772	56 438	38 352	46 219	43 338
* Verbrauchsteuern	31 925	42 968	309 886	342 924	375 321	367 553
dav. Tabaksteuer	24 492	32 535	64 459	69 031	66 050	62 343
Kaffeesteuer	..	5 831	25 773	20 482	28 940	31 415
Teesteuer	..	521	946	1 405	1 230	644
Branntweinmonopol ³⁾	249	2 514	4 716	4 006	5 160	4 289
Mineralölsteuer	51	871	213 828	247 994	273 779	268 788
Sonstige Verbrauchsteuern	7 133	697	165	206	163	73
* Summe der Bundessteuern	..	89 211	479 624	495 235	538 979	530 493
* Außerdem: Lastenausgleichsabgaben	..	9 478 ⁴⁾	6 989	15 561	13 706	2 183
dav. Vermögensabgabe	..	5 352	5 467	15 062	13 212	335
Hypothekengewinnabgabe	..	2 771	1 204	467	370	1 015
Kreditgewinnabgabe	319	33	124	833
2. Landessteuern						
* Lohnsteuer	7 390	10 051	86 807	96 920	99 053	94 870
* Veranlagte Einkommensteuer	17 032	9 277	65 327	11 428	18 571	15 577
* Nichtveranlagte Steuer vom Ertrag	552	224	11 854	15 071	18 043	8 759
* Körperschaftsteuer	8 928	9 544	43 494	3 105	8 437	2 640
* Steuern vom Einkommen zusammen	33 902	29 097	207 482	126 523	127 231	121 846
dav. an den Bund abgeführt ⁵⁾	80 918	49 344	49 620	47 520
Hamburg verblieben	126 564	77 179	77 611	74 326
* Vermögensteuer	1 513	466	10 756	28 119	28 047	3 883
Erbchaftsteuer	469	63	1 223	588	1 530	1 370
Gründerwerbsteuer	398	135	1 505	1 177	2 038	1 533
Kapitalverkehrssteuer	227	179	2 296	1 890	3 877	2 836
Kraftfahrzeugsteuer	423	1 312	7 297	5 912	6 835	8 305
Versicherungssteuer	559	847	3 806	3 878	4 480	3 624
Rennwet- und Lotteriesteuer	452	820	2 511	1 523	2 007	1 827
Wechselsteuer	0	536	803	718	923	955
Feuerschutzsteuer	15	127	179	339	310	278
* Biersteuer	792	870	2 293	2 758	2 898	2 559
* Summe der Landessteuern	..	34 461	240 152	173 426	180 207	149 016
3. Gemeindesteuern						
* Realsteuern	9 974	8 666	46 638	98 137	103 450	22 281
dav. Grundsteuer A	50	42	71	154	208	24
Grundsteuer B	4 538	3 365	4 941	12 819	13 947	1 470
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	4 668	4 215	36 249	84 538	88 541	3 796
Gewerbesteuer nach der Lohnsumme	718	1 044	5 377	628	754	16 992
Gewerbesteuerzuschüsse	24	29	433	1 889
* Obrige Gemeindesteuern	7 411	1 864	570	476	511	767
dar. Kinosteuer	123	497	68	89	116	102
Obrige Vergnügungssteuer	106	146	293	300	315	254
Hundesteuer	68	132	208	86	80	411
Summe der Gemeindesteuern	17 385	10 071	47 208	98 614	103 961	23 048
Öffentliche Ordnung und Sicherheit						
1. Feuerlösch- und Unfalldienst						
Gesamtzahl der Alarmierungen	633	1 427	4 418	4 616	4 926	4 616
dav. Feueralarme	187	185	320	253	227	198
dav. falsche Alarme und Unfug-						
meldungen	49	39	61	66	63	47
bekämpfte Brände insgesamt	138	146	259	187	164	151
dav. Großbrände	10	4	16	14	5	4
Mittelbrände	17	14	42	32	15	19
Kleinbrände	88	114	111	79	71	60
Entstehungsbrände	80	62	73	68
Schornsteinbrände	..	10	10
Hilfeleistungen aller Art	446	1 242	4 098	4 363	4 699	4 418
dar. bei Straßen- und Verkehrs-						
unfällen	..	314	1 090	1 135	1 252	1 187
Betriebsunfällen	..	235	531	530	576	564
Hierbei durchgeführte Unfalltransporte	..	976	3 851	4 040	4 450	4 093
2. Krankenbeförderungswesen						
Ausgeführte Krankentransporte	..	5 625	4 544	4 156	4 015	4 015
Beförderte Personen	..	6 449	4 775	4 253	4 227	4 163

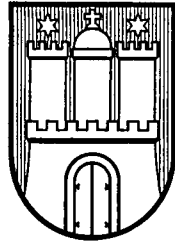
1) Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben. — 2) Monatsdurchschnitt 1938 = Durchschnitt des Rechnungsjahres 1938. — 3) Ohne die Einnahmen der Bundesmonopolverwaltung für Branntwein. — 4) Einschl. Soforthilfesonderabgabe. — 5) 1963 = 38 %, 1964 = 39 %.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			August 1964	August 1965	Juli 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Öffentliche Ordnung und Sicherheit						
3. Feststellungen der Polizei						
Straftaten	.	5 443	7 865	6 953	7 950	8 446
dar. Sittlichkeitsdelikte	.	142	206	199	186	219
Mord und Totschlag	.	2	5	5	4	7
Fahrlässige Tötung 1)	.	11	2	4	2	2
Körperverletzung 2)	.	32	89	69	86	85
Einfacher Diebstahl	.	2 416	3 416	2 951	3 557	3 460
Schwerer Diebstahl	.	558	1 651	1 398	1 887	2 035
Diebstähle zusammen	.	2 974	5 067	4 349	5 444	5 495
dar. Kraftwagen- u. -gebrauchsdiebstahl	.	36	158	137	230	180
Fahrrad- und -gebrauchsdiebstahl	.	202	379	348	310	415
Moped-, Motorrad- und -gebrauchs-
diebstahl	.	.	185	156	134	177
Taschendiebstahl	.	78	40	50	52	51
Unterschlagung	.	357	224	249	192	226
Raub und Erpressung	.	11	39	29	42	44
Begünstigung und Hehlerei	.	99	127	69	74	60
Betrug und Untreue	.	607	730	710	585	748
Brandstiftung	.	39	42	21	16	35
Münzdelikte	.	13	—	—	—	1
Außerdem:						
Verkehrsvergehensanzeigen	.	.	792	929	910	929
Übertretungsanzeigen 3)	.	.	8 192	7 702	8 214	8 483
Ordnungswidrigkeitenberichte	.	.	477	403	352	413
Gebührenpflichtige Verwarnungen 4)	.	.	27 456	23 451	28 032	29 312
4. Rechtskräftig Abgeurteilte						
Abgeurteilte insgesamt	.	1 316	1 894	1 517	1 516 ⁵⁾	1 767
dav. Erwachsene n. allg. Strafrecht abgeurt.	.	1 229	1 554	1 335	1 268	1 419
Heranwachs. n. allg. Strafrecht abgeurt.	.	.	125	78	91	122
Jugendliche n. Jugendstrafrecht abgeurt.	.	87	133	42	109	155
Heranwachsende n. Jugendstrafr. abgeurt.	.	.	82	62	48	71
dar. Widerstand gegen die Staatsgewalt	.	12	6	5	3	6
Fahrerflucht	.	6	65	69	74	90
Straftaten gegen den Personenstand, die
Ehe und die Familie	.	4	50	47	56	81
Verbrech. u. Vergeh. wider die Sittlichkeit	.	51	51	35	54	63
Beleidigung, üble Nachrede	.	24	19	11	18	22
Verbrech. u. Vergeh. wider das Leben	.	9	12	12	11	20
Körperverletzung	.	52	125	118	109	127
Einfacher Diebstahl	.	324	311	228	280	291
Schwerer Diebstahl	.	80	82	69	63	70
Einf. u. schwerer Diebstahl im Rückfall	.	79	57	58	53	58
Unterschlagung	.	70	50	35	51	56
Raub und Erpressung	.	9	13	14	13	9
Begünstigung und Hehlerei	.	68	41	51	36	25
Betrug und Untreue	.	92	154	116	146	138
Urkundenfälschung	.	19	15	15	12	18
Vergehen gegen das StVG.	.	53	278	192	202	273
Löhne und Gehälter 6) 7)				July 1964	July 1965	April 1965
1. Arbeitnehmerverdienste in der Industrie 8)						
* Bruttowochenverdienste in RM/DM	männlich	51	77	213	213	227
	weiblich	27	44	128	128	135
* Bruttostundenverdienste in RM/DM	männlich	1,00	1,57	4,67	4,67	5,04
	weiblich	0,57	0,97	3,01	3,01	3,22
* Bezahlte Wochenstunden in Std.	männlich	51,4	48,8	45,6	45,8	45,1
	weiblich	47,4	45,4	42,4	42,3	42,1
* Geleistete Wochenarbeitszeit in Std.	männlich	.	.	42,5	38,5	40,5
	weiblich	.	.	39,0	33,2	37,5
2. Angestelltenverdienste (Bruttomonatsverd. i. DM)						
Industrie 8)						
* Kaufmännische Angestellte	männlich	.	.	1 019	1 017	1 077
	weiblich	.	.	688	685	732
* Technische Angestellte	männlich	.	.	1 101	1 100	1 167
	weiblich	.	.	689	684	733
Handel, Kreditinstitute u. Versicherungsgewerbe						
* Kaufmännische Angestellte	männlich	.	.	947	945	1 024
	weiblich	.	.	606	605	654
* Technische Angestellte	männlich	.	.	1 035	1 028	1 086
	weiblich	.	.	1 037	1 011	1 075
Industrie, Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe						
* Kaufmännische Angestellte	männlich	.	.	966	964	1 038
	weiblich	.	.	627	625	674
* Technische Angestellte	männlich	.	.	1 095	1 094	1 159
	weiblich	.	.	769	765	815

1) Ohne Verkehrsunfälle. — 2) Ohne §§ 223 und 230. — 3) Aus Verkehrsvorschriften und StGB. — 4) Aus Verkehrsvorschriften und Ordnungswidrigkeitenrecht. — 5) Außerdem: Aussetzung der Verhängung der Jugendstrafe (§ 27 JGG) August 1965 1 Jugendlicher und 1 Heranwachsender. — Absehen von der Verfolgung: (§ 45 JGG) August 1965 34 Jugendliche. — 6) 1938 = September 1938 und 1950 = Durchschnitt der vier Erhebungsmonate. — 7) Ab 1964 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — 8) Einschl. Energiewirtschaft und Hoch- und Tiefbau.

HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1965

November-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Die Einheitswerte der gewerblichen Betriebe in Hamburg

Ergebnisse der Einheitswertstatistik 1963

Als weitere Ergebnisse der Einheitswert- und Vermögensteuerstatistik 1963¹⁾ werden nachstehend die Einheitswerte für das gewerbliche Betriebsvermögen veröffentlicht. Es handelt sich dabei um die Einheitswertfeststellungen für das Vermögen der gewerblichen Betriebe auf den Hauptfeststellungszeitpunkt vom 1. Januar 1963. Für die wirtschaftlichen Einheiten des landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Vermögens, für die bebauten und unbebauten Grundstücke einschließlich Betriebsgrundstücke ist eine Neubewertung nicht vorgenommen. Hier gelten nach wie vor die erstarrten Einheitswerte von 1935; auch notwendig gewordene Wertfortschreibungen und Nachfeststellungen sind im Interesse einer gleichmäßigen Besteuerung nach den Preisverhältnissen der Vorkriegszeit bewertet. Erst aus der mit der Hauptfestsetzung des Einheitswertes für den Grundbesitz auf den 1. Januar 1964 verbundenen Statistik lassen sich Anhalte über den realen Wert des Grundvermögens ableiten.

Erläuterungen zu den in der Einheitswertstatistik verwendeten Begriffen

„Einheitswerte“ sind Werte wirtschaftlicher Einheiten, die einheitlich verschiedenen Steuern zugrunde liegen und von den Finanzämtern in einem gesonderten Verfahren nach den Vorschriften des Bewertungsgesetzes festgestellt werden. Hauptfeststellungen der Einheitswerte für Einheiten des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens und des Grundvermögens, für Betriebsgrundstücke und für Gewerbeberechtigungen werden im allgemeinen im Abstand von sechs Jahren, für Einheiten des Betriebsvermögens in Zeiträumen von drei Jahren vorgenommen. Die gesetzgebenden Institutionen aber können kürzere oder längere Zeitabstände bestimmen.

Das „Betriebsvermögen“ umfaßt in der Regel alle Teile einer wirtschaftlichen Einheit, die dem Betrieb eines Gewerbes als Hauptzweck dient, soweit die Wirtschaftsgüter dem Betriebsinhaber gehören. „Gewerbebetrieb“ ist steuerlich jede selbständige, nachhaltig ausgeübte Tätigkeit, die mit Gewinnabsicht unternommen wird und sich als Beteiligung am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr darstellt, wenn die Betätigung weder als Ausübung von Land- und Forstwirtschaft oder eines freien Berufes noch als eine andere selbständige Arbeit im Sinne des Einkommensteuerrechts anzusehen ist. Die Ausübung eines freien Berufes, die an sich nicht zum Gewerbe zählt, ist jedoch nach dem Bewertungsgesetz dem Betrieb eines Gewerbes gleichgestellt.

Die zum gewerblichen Betriebsvermögen gehörenden Wirtschaftsgüter werden in der Statistik in Besitzposten des Anlagevermögens und des Umlaufvermögens eingeteilt. Das „Anlagevermögen“ umfaßt vor allem Betriebsgrundstücke, Maschinen und maschinelle Anlagen sowie die Sonstigen Sachanlagen, zu denen die Werkzeuge, die Betriebs- und Geschäftsausstattung zählen, und die immateriellen Werte, wie z. B. Firmenwerte, Urheber- und Verlagsrechte. Zum „Umlaufvermögen“ rechnen das Betriebskapital, also u. a. Forderungen und Zahlungsmittel, und das Vorratsvermögen. Die Summe von Anlage- und Umlaufvermögen bildet den Gesamtbetrag des „Rohvermögens“. Setzt man vom Rohvermögen die Schulden und sonstigen Abzüge ab, so erhält man das betriebliche Reinvermögen, das, auf volle Tausend DM nach unten abgerundet, den „Einheitswert“ darstellt.

Die Statistik über die Hauptfeststellung der Einheitswerte der gewerblichen Betriebe 1963 wurde auf Grund des Artikels 8 des Gesetzes zur Änderung des Bewertungsgesetzes vom 10. August 1963 (BGBl. I, S. 676) durchgeführt. Als Erhebungsunterlagen dienten Durchschriften anonymer Einheitswertbescheide auf den 1. Januar 1963, die dem Statistischen Landesamt im Laufe des Jahres 1964 zugestellt wurden.

¹⁾ Vgl. Hamburg in Zahlen: Die Verteilung und Schichtung des veranlagten Vermögens in Hamburg, Jg. 1965, Juli-Heft, S. 184 bis 195.

Tabelle 1

Rohvermögen, Schulden und Einheitswert der gewerblichen Betriebe in Hamburg 1963 und 1960

Art der Angaben	Zahl der Betriebe			Beträge in Mio DM			Durchschnittswerte der Betriebe in 1000 DM		
	1963	1960	Veränderung 1963 gegenüber 1960 in %	1963	1960	Veränderung 1963 gegenüber 1960 in %	1963	1960	Veränderung 1963 gegenüber 1960 in %
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Rohvermögen	42 441	39 491	+ 7,5	39 372,7	32 877,4	+19,8	927,7	832,5	+11,4
davon entfallen auf:									
Anlagevermögen				11 751,2	11 476,1	+ 2,4			
darunter auf Betriebsgrundstücke	4 656	4 733	— 1,6	1 003,3	955,0	+ 5,1	215,5	201,8	+ 6,8
Umlaufvermögen				27 621,4	21 401,3	+29,1			
Schulden u. sonstige Abzüge	38 744	35 945	+ 7,8	27 711,4	22 993,7	+20,5	715,2	639,7	+11,8
Einheitswert	42 441	39 491	+ 7,5	11 533,5 ¹⁾	9 784,2 ¹⁾	+17,9	271,8	247,8	+ 9,7

¹⁾ Ohne die steuerbefreiten Vermögensteile der unter Staatsaufsicht stehenden oder öffentlichen Sparkassen (1963 = 128,0 Mio DM; 1960 = 99,5 Mio DM).

Das Betriebsvermögen der gewerblichen Betriebe

Die Zahl der von der Einheitswertstatistik 1963 in der Freien und Hansestadt Hamburg erfaßten Gewerbebetriebe, für deren Betriebsvermögen im Zuge der Vermögensteuer-Hauptveranlagung 1963 Einheitswerte festgestellt wurden, beläuft sich auf 42 441. Der Einheitsbewertung dieser Betriebe liegt ein Rohvermögen in Höhe von 39,4 Mrd. DM zugrunde, das sich aus einem Anlagevermögen von 11,8 Mrd. DM (30 %) und einem Umlaufvermögen von 27,6 Mrd. DM (70 %) zusammensetzt. Die nachgewiesenen Schulden und sonstigen Abzüge erreichen bei 38 744 Betrieben den Betrag von insgesamt 27,7 Mrd. DM, und die für die 42 441 gewerblichen Betriebe festgestellten Einheitswerte ergeben den Gesamtbetrag von 11,5 Mrd. DM.

Im Vergleich zu dem vorangegangenen Hauptfeststellungszeitpunkt, dem 1. Januar 1960, hat sich sowohl die Gesamtheit der gewerblichen Betriebe und die Zahl der Betriebe mit Schulden als auch der Betrag des Rohvermögens, der Schulden und sonstigen Abzüge sowie des Einheitswertes erhöht. Während sich die Zahl der Betriebe um 7,5 % vermehrte, hat sich das Rohvermögen verhältnismäßig stärker (um 19,8 %), die Schulden und sonstigen Abzüge um 20,5 %, der Einheitswert infolgedessen dagegen schwächer (um 17,9 %) erhöht. Diese Zuwachsraten waren wesentlich kleiner als in dem vorhergehenden Zeitraum (1957 bis 1960), in dem das Rohvermögen Steigerungen um fast 40 %, die Schulden um 29 % und der Einheitswert um gut 40 % aufweisen. Für die Erhöhung des Rohvermögens in der Zeit zwischen 1960 und 1963 waren, wie Tabelle 2 zeigt, in erster Linie die unter der Bezeichnung „Sonstiges Umlaufvermögen“ zusammengefaßten Bestandteile des Betriebskapitals (Forderungen und Zahlungsmittel) maßgebend. Das mit rund 54 % am gesamten Rohvermögen beteiligte Betriebskapital verzeichnete einen Anstieg von 32,1 % und hat damit stärker zugenommen als das Vorratsvermögen (+ 19,6 %). Beim Anlagevermögen war die Zuwachsquote erheblich niedriger als beim Umlaufvermögen (2,4 % gegen 29,1 %). Diese Entwicklung ist vor allem daraus zu erklären, daß der Betrag für Finanzanlagen, die neben den Wertpapieren und Beteiligungen die immateriellen

Werte, wie z. B. Geschäfts- und Firmenwerte, Urheber- und Verlagsrechte umfassen, im Vergleich zu 1960 um rund ein Fünftel zurückgegangen ist. In gewissem Umfang spielen auch die bereits erwähnten Besonderheiten der Bewertung von Betriebsgrundstücken eine Rolle.

Tabelle 2

Die Zusammensetzung des Anlagevermögens, des Umlaufvermögens und der Schulden der gewerblichen Betriebe in Hamburg 1963 und 1960

Art der Angaben	1963	1960	Veränderung 1963 gegenüber 1960 in %
	Beträge in Mio DM		
Anlagevermögen zusammen ..	11 751,2	11 476,1	+ 2,4
davon Betriebsgrundstücke	1 003,3	955,0	+ 5,1
Maschinen und maschinelle Anlagen	4 828,1	4 133,3	+ 16,8
Sonstige Sachanlagen	2 717,2	2 288,1	+ 18,8
Finanzanlagen	3 202,7	4 099,7	— 21,9
Umlaufvermögen zusammen ..	27 621,4	21 401,3	+ 29,1
davon Vorratsvermögen	6 279,0	5 250,2	+ 19,6
Sonstiges Umlaufvermögen (Betriebskapital)	21 342,5	16 151,1	+ 32,1
Rohvermögen z u s a m m e n	39 372,7	32 877,4	+ 19,8
Schulden u. sonstige Abzüge ..	27 711,4	22 993,7	+ 20,5
darunter lfd. Pensionen	292,4	269,7	+ 8,4
Pensionsanwartschaften ..	356,9	263,0	+ 35,7
Abzüge auf Grund von Schachtelbeteiligungen ...	562,3	467,4	+ 20,3

Von weiterem Interesse ist das Verhältnis der Schulden und sonstigen Abzüge zum Rohvermögen der gewerblichen Betriebe. Die Zahl der vollständig schuldenfreien Betriebe ist mit 3 697 verhältnismäßig klein. Schulden und sonstige Abzüge sind bei 91,3 % aller gewerblichen Betriebe mit Rohvermögen vorhanden. Die Verschuldung selbst, d. h. der Anteil der Schulden und sonstigen Abzüge am Rohvermögen, ist aber wesentlich niedriger, sie beträgt im Durchschnitt 70,4 % (1960: 69,9 %).

Die Durchschnittswerte des Rohvermögens, der zu einem Betrieb gehörigen Gesamtheit von Betriebsgrundstücken, der Schulden und sonstigen Abzüge sowie des Einheitswertes sind in den Spalten 7 bis 9 der Tabelle 1 den entsprechenden Ergebnissen von 1960 gegenübergestellt. Hier zeigt sich, daß bei allen

Durchschnittswerten ein mehr oder weniger starkes Steigen eingetreten ist.

Vermögensschichtung

Von besonderer Bedeutung für die Beurteilung des Betriebsvermögens, sowohl vom wirtschaftlichen als auch vom steuerpolitischen Gesichtspunkt her, ist die Kenntnis seiner Schichtung, d. h. seiner Aufteilung auf die verschiedenen Einheitswertgruppen (vgl. Tab. 3 und 4). Nicht enthalten sind in diesen Zahlenwerten die Banken, Versicherungen und Beteiligungsgesellschaften, da ihre Vermögens- und Kapitalstruktur erheblich von der der übrigen Wirtschaftsbereiche abweicht.

Hinsichtlich der Zahl der Gewerbebetriebe liegt das Hauptgewicht bei den kleineren Betrieben mit einem Einheitswert bis zu 30 000 DM. Rund zwei Drittel aller erfaßten wirtschaftlichen Einheiten gehörten 1963 zu dieser Gruppe. Die größeren und größten Betriebe mit einem Reinvermögenswert über 1 Mio DM waren an der Gesamtzahl mit nicht einmal 2% beteiligt; diese Gewerbebetriebe verfügten jedoch über vier Fünftel der Summe der Einheitswerte. Untersucht man die einzelnen Positionen des Rohvermögens in den Wertgruppen, so stellt man fest, daß der Anteil des Umlaufvermögens am Rohvermögen in allen Größenklassen überwiegt. Besonders augenfällig tritt dies bei den Gewerbebetrieben mit einem Einheitswert von 100 000 bis unter 1 Mio DM zutage, bei denen der Anteil des Umlaufvermögens (über 75%) weit über dem Gesamtdurchschnitt (59,4%) liegt. Demgegenüber bleibt bei den Betrieben mit einem Reinvermögenswert von 10 Mio DM und mehr der Anteil des Umlaufvermögens am Rohvermögen (50,3%) weit unter dem Gesamtdurchschnitt.

Betriebe mit Betriebsgrundstücken sind in allen Wertgruppen vorhanden, doch steigt ihre relative Häufigkeit fast durchgehend mit steigendem Einheits-

wert der Gesamtbetriebe; während im Gesamtdurchschnitt rund ein Zehntel aller wirtschaftlichen Einheiten Betriebsgrundstücke aufwiesen, hatten unter den Betrieben mit einem Einheitswert bis zu 10 000 DM nur 2,5% ein Betriebsgrundstück. Von den größten Unternehmen mit einem Reinvermögenswert über 10 Mio DM verfügten demgegenüber 86% über ein oder mehrere Betriebsgrundstücke. Der Anteil des Wertes der Betriebsgrundstücke am Rohvermögen schwankte in den einzelnen Einheitswertgruppen nur unerheblich. Ähnlich wie die Zahl der Betriebe mit Grundstücken nahm auch die Zahl der Betriebe mit Schulden und sonstigen Abzügen im großen und ganzen mit der Höhe des Einheitswertes zu. Von den Betrieben mit einem Reinvermögenswert unter 10 000 DM waren es 83,9%, von denen mit einem Reinvermögenswert von 10 Mio DM und mehr aber 98,9%, bei denen Schulden und sonstige Abzüge berücksichtigt worden sind. Die sich für die einzelnen Einheitswertgruppen in der Höhe des Anteils der Schulden und sonstigen Abzüge am Rohvermögen ergebenden Unterschiede sind nicht erheblich. Besonders hoch (71,5%) war der Anteil der Schulden und sonstigen Abzüge bei den kleineren Betrieben mit einem Einheitswert unter 10 000 DM.

Wie aus den Meßziffern der Tabelle 4 hervorgeht, in der ein Vergleich der Gliederung der Gewerbebetriebe nach Einheitswertgruppen 1963 mit den entsprechenden Ergebnissen von 1960 durchgeführt ist, sind an der obenerwähnten Zunahme der Zahl der Betriebe, des Rohvermögens, der Schulden und des Einheitswertes die einzelnen Wertgruppen in verschieden starkem Ausmaß beteiligt. Der Zuwachs der Betriebe erstreckt sich — mit Ausnahme der kleineren Betriebe mit einem Einheitswert bis 10 000 DM — auf alle Wertgruppen, und zwar besonders stark in der Größenklasse 50 000 bis unter 100 000 DM (um 26,3%). Aber auch beim Einheitswert sind in dieser Gruppe die relativ höchsten Zuwachsraten zu verzeichnen. Die uneinheitliche Entwicklung hat auch

Tabelle 3

Die prozentuale Verteilung von Rohvermögen, Schulden und sonstigen Abzügen sowie Einheitswert der gewerblichen Betriebe in Hamburg 1963 nach Einheitswertgruppen ¹⁾

Einheitswertgruppen in DM	Anlagevermögen				Umlaufvermögen		Rohvermögen Betrag	Schulden und Abzüge				Einheitswert
	Zahl der Betriebe	Betrag	darunter Betriebe mit Betriebsgrundstücken		Betrag	Anteil am Rohvermögen		Zahl der Betriebe	Betrag	Anteil an der Zahl der Betriebe insgesamt	Anteil am Rohvermögen	
			Anteil an der Zahl der Betriebe insgesamt	Anteil am Rohvermögen								
%												
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
unter 10 000	25,7	0,9	2,5	2,0	0,9	61,2	0,9	23,5	1,1	83,9	71,5	0,7
10 000 bis unter 20 000	24,8	1,1	3,7	1,7	1,5	65,0	1,3	24,3	1,3	89,8	57,9	1,4
20 000 bis unter 30 000	13,3	0,9	7,2	2,5	1,4	68,3	1,2	13,5	1,1	92,7	56,8	1,3
30 000 bis unter 50 000	12,0	1,2	10,9	3,2	1,9	69,4	1,7	12,6	1,5	96,2	55,5	1,8
50 000 bis unter 100 000	10,5	1,9	17,5	4,1	3,2	72,0	2,7	11,2	2,6	97,5	57,9	2,9
100 000 bis unter 500 000	10,2	5,4	31,7	4,1	12,1	76,4	9,3	11,1	10,0	98,1	64,3	8,4
500 000 bis unter 1 Mio	1,6	3,0	48,3	3,9	6,2	75,1	4,9	1,7	5,2	97,3	64,4	4,4
1 Mio bis unter 5 Mio	1,5	9,8	62,6	3,9	14,8	68,9	12,8	1,6	13,4	98,4	63,4	11,8
5 Mio bis unter 10 Mio	0,2	6,6	74,5	4,1	10,2	69,3	8,7	0,3	10,1	99,0	69,8	6,6
10 Mio und mehr	0,2	69,2	86,0	3,2	47,8	50,3	56,5	0,2	53,7	98,9	57,5	60,7
Insgesamt	100	100	11,0	3,5	100	59,4	100	100	100	91,4	60,4	100

¹⁾ Ohne Banken, Versicherungen und Beteiligungsgesellschaften.

Tabelle 4

Die Veränderung der Zahl der gewerblichen Betriebe, des Rohvermögens, der Schulden und sonstigen Abzüge sowie des Einheitswertes in Hamburg 1963 gegenüber 1960 nach Einheitswertgruppen ¹⁾

Einheitswertgruppen in DM	Zahl der Be- triebe	Roh- ver- mögen	Schul- den und son- stige Abzüge	Ein- heits- wert
	1	2	3	4
unter 10 000	-10,7	-13,1	- 5,7	- 7,9
10 000 bis unter 20 000	+ 4,0	+ 7,9	+10,3	+ 4,9
20 000 bis unter 30 000	+14,4	+ 5,5	- 0,3	+14,4
30 000 bis unter 50 000	+20,2	+18,2	+16,8	+20,1
50 000 bis unter 100 000	+26,3	+11,2	+ 2,2	+26,5
100 000 bis unter 500 000	+21,6	+18,9	+18,4	+19,7
500 000 bis unter 1 Mio	+14,8	+13,1	+12,0	+15,2
1 Mio bis unter 5 Mio	+15,7	+16,4	+20,0	+10,6
5 Mio bis unter 10 Mio	+12,6	+54,5	+78,7	+17,6
10 Mio und mehr	+ 2,2	+16,0	+14,2	+18,6
Insgesamt	+ 6,4	+18,1	+18,8	+17,2

1) Ohne Banken, Versicherungen und Beteiligungsgesellschaften.

eine Änderung in der Verteilung der wirtschaftlichen Einheiten und der Einheitswerte auf die Wertgruppen bewirkt, ohne daß sich allerdings dadurch das Gesamtbild erheblich verändert hätte. Es entfielen in % auf die

Einheitswertgruppen	Betriebe		Einheitswert	
	1963	1960	1963	1960
unter 20 000 DM	50,5	55,9	2,1	2,4
20 000 bis unter 100 000 DM	35,8	31,8	6,0	5,7
100 000 bis unter 1 Mio DM	11,8	10,5	12,8	12,7
1 Mio bis unter 10 Mio DM	1,7	1,6	18,4	19,2
10 Mio DM und mehr	0,2	0,2	30,7	60,0

Gliederung nach Unternehmensformen

In Anlehnung an das Bewertungsgesetz sind die von der Einheitswertstatistik erfaßten gewerblichen Betriebe auch einer besonderen Bearbeitung nach Rechtsformen unterzogen worden. Dabei sind zwei Hauptgruppen unterschieden worden, nämlich natürliche Personen (Einzelunternehmen) und nichtnatürliche Personen (Körperschaften, Personenvereinigungen und Träger sonstiger Vermögensmassen). Die nichtnatürlichen Personen sind dann noch weiter untergliedert worden, und zwar in

- a) Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien,
- b) bergrechtliche Gewerkschaften,
- c) Gesellschaften mit beschränkter Haftung,
- d) Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften,
- e) Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit,
- f) Kreditanstalten des öffentlichen Rechts,
- g) Offene Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften und ähnliche Gesellschaften,
- h) Betriebe im Eigentum einer Gebietskörperschaft (ohne die unter Ziffer f),
- i) Sonstige nichtnatürliche Personen.

Wie aus den Zahlen der Tabelle 5 hervorgeht, liegt das wirtschaftliche Schwergewicht in Hamburg eindeutig auf seiten der nichtnatürlichen Personen, die mit 10 423 Betrieben zwar nur ein Viertel der erfaßten Gesamtzahl stellen, aber über fast neun Zehntel des gesamten Reinvermögens verfügen. Die Zusammenballung des Vermögens bei den Körperschaften und Personengesellschaften tritt noch stärker hervor, wenn man den durchschnittlichen Einheitswert je Betrieb berechnet; er beträgt bei den nichtnatürlichen Personen 971 100 DM, bei den natürlichen Personen

Tabelle 5

Rohvermögen, Schulden und sonstige Abzüge sowie Einheitswert der gewerblichen Betriebe in Hamburg 1963 nach Unternehmensformen

Unternehmensformen	Zahl der Betriebe		Rohvermögen		Schulden und sonstige Abzüge				Einheitswert		
	absolut	%	Betrag Mio DM	%	Zahl der Betriebe	%	Betrag Mio DM	%	Betrag Mio DM	%	je Betrieb in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
Natürliche Personen	32 018	75,4	3 392,5	8,6	29 032	90,7	1 980,7	58,4	1 411,6	12,2	44,1
Nichtnatürl. Personen ...	10 423	24,6	35 980,2	91,4	9 712	93,2	25 730,7	71,5	10 121,8	87,8	971,1
darunter:											
Aktiengesellschaften, Kommanditges.a.A.	156	0,4	14 397,7	36,6	152	97,4	10 385,9	72,1	3 993,7	34,6	25 660,6
Gesellschaften mit beschr. Haftung ..	2 781	6,6	7 204,6	18,3	2 412	86,7	4 356,4	60,5	2 848,1	24,7	1 024,1
Erwerbs- u. Wirt- schaftsgenossen- schaften	84	0,2	657,1	1,7	82	97,6	583,5	88,8	73,7	0,6	877,4
Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit	17	0,0	155,9	0,4	17	100,0	147,1	94,4	8,8	0,1	517,6
Kreditanstalten des öffentlichen Rechts	9	0,0	2 869,5	7,3	9	100,0	2 710,0	94,4	159,5	1,4	17 722,2
Offene Handels- gesellschaften, Kommanditgesell- schaften u. ä. Gesellschaften ...	7 263	17,1	7 999,7	20,3	6 946	95,6	5 035,3	62,9	2 964,3	25,7	408,1
Insgesamt	42 441	100	39 372,7	100	38 744	91,3	27 711,4	70,4	11 533,5	100	271,8

dagegen 44 100 DM im Durchschnitt je Betrieb. Die Verteilung der Betriebe und des Vermögens der Gesamtheit aller erfaßten Gewerbebetriebe auf die einzelnen nach Rechtsformen aufgedgliederten nichtnatürlichen Personen zeigt, daß von den oben genannten Unternehmensformen nur die Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien, die Gesellschaften mit beschränkter Haftung und die Offenen Handelsgesellschaften von Wichtigkeit sind. Bei einem Anteil an der Gesamtzahl der erfaßten Gewerbebetriebe in Höhe von 24,1 % befand sich der Hauptteil des insgesamt für Hamburg ermittelten Reinvermögenswertes von 85,0 % in Händen von Kapitalgesellschaften und Personengesellschaften. Der durchschnittliche Einheitswert je Betrieb ist bei den Aktiengesellschaften einschl. Kommanditgesellschaften auf Aktien mit 25,6 Mio DM bei weitem am höchsten; es schließt sich in großem Abstand der Durchschnittseinheitswert der Kreditanstalten des öffentlichen Rechts mit 17,7 Mio DM und der Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit 1,0 Mio DM an.

Innerhalb der erfaßten gewerblichen Betriebe im Besitz nichtnatürlicher Personen spielen auch die Schulden und sonstigen Abzüge eine verhältnismäßig große Rolle. Der Anteil des Betrages der Schulden am Rohvermögen ist bei den nichtnatürlichen Personen größer als dies bei den natürlichen Personen der Fall ist. Er erreicht hier 71,5 % des Rohvermögens,

während er bei den Einzelunternehmen 58,4 % beträgt. Daher ist auch der Anteil der auf die nichtnatürlichen Personen entfallenden Schuldenlast an der Gesamtheit der bei den gewerblichen Betrieben nachgewiesenen Schulden größer als der entsprechende Anteil am gesamten Rohvermögen. Diese Verhältnisse deuten darauf hin, daß auch die durchschnittliche Schuldenlast bei nichtnatürlichen Personen höher sein muß als bei den natürlichen Personen. Tatsächlich beläuft sich auch der Durchschnittswert der Schulden bei den Körperschaften und Personengesellschaften auf 2,5 Mio DM je Betrieb, während er bei den Einzelunternehmen 61 900 DM beträgt.

Wirtschaftssystematische Gliederung

Die Gruppierung der wirtschaftlichen Einheiten unter dem Gesichtspunkt ihrer Zugehörigkeit zu bestimmten Wirtschaftszweigen gibt wertvolle Einblicke in die Betriebsvermögensausstattung der einzelnen Zweige. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß die Einheitswertstatistik 1963 erstmalig nach der neuen Systematik der Wirtschaftszweige aufbereitet worden ist, die sich von der bisherigen Systematik zum Teil stark unterscheidet. Ein Vergleich der Angaben 1963 mit denen von 1960 ist deshalb nur für das Gesamtergebnis, nicht dagegen für die einzelnen Wirtschaftsbereiche möglich.

Tabelle 6

Rohvermögen, Schulden und sonstige Abzüge sowie Einheitswert der gewerblichen Betriebe in Hamburg 1963 nach Wirtschaftsbereichen

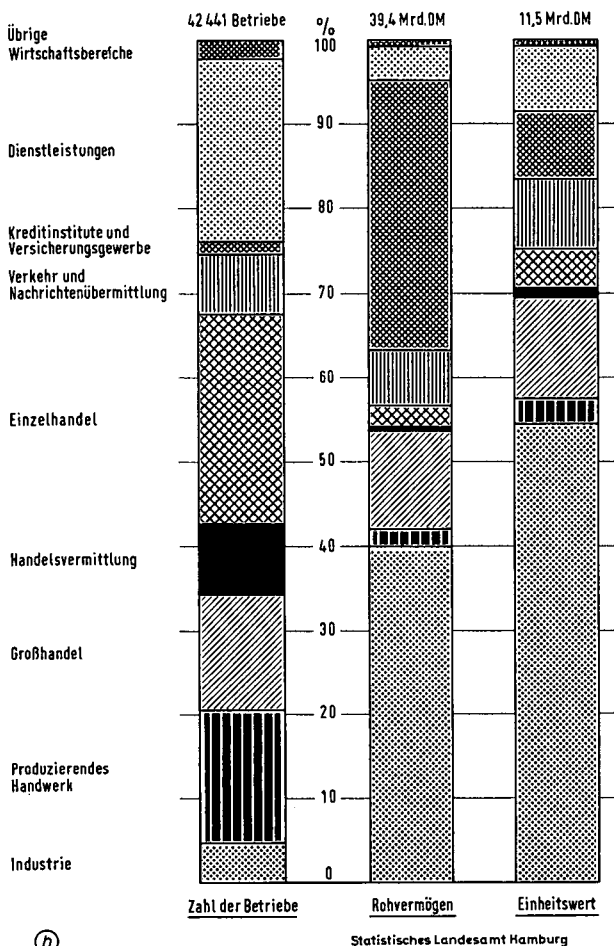
Wirtschaftliche Gliederung	Zahl der Betriebe		Rohvermögen		Schulden und sonstige Abzüge						Einheitswert	
	absolut	%	Mio DM	%	Zahl der Betriebe			Betrag			Mio DM	%
					absolut	%	% der Spalte 1	Mio DM	%	% der Spalte 3		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	199	0,5	24,8	0,1	174	0,4	87,4	14,8	0,0	59,7	10,0	0,1
Produzierendes Gewerbe	9 369	22,1	16 723,7	42,5	8 934	23,0	95,4	9 970,1	36,1	59,6	6 753,5	58,5
davon												
Industrie	2 013	4,7	15 690,2	39,9	1 966	5,1	97,7	9 354,7	33,8	59,6	6 335,4	54,9
Produzierendes Handwerk	6 639	15,7	811,1	2,0	6 332	16,3	95,4	461,2	1,7	52,3	349,9	3,0
Sonst. Produzier. Gewerbe	717	1,7	222,4	0,6	636	1,6	88,7	154,1	0,6	69,3	68,2	0,6
Handel	20 128	47,4	5 802,5	14,8	18 802	48,6	93,4	3 779,4	13,6	65,1	2 023,0	17,6
davon												
Großhandel	5 899	13,9	4 549,2	11,6	5 544	14,3	94,0	3 175,9	11,5	69,8	1 373,2	11,9
Handelsvermittl. ..	3 647	8,6	233,9	0,6	3 241	8,4	88,9	97,3	0,3	41,6	136,6	1,2
Einzelhandel	10 582	24,9	1 019,5	2,6	10 017	25,9	94,7	506,2	1,8	49,7	513,2	4,5
Übrige Wirtschaftsbereiche	12 745	30,0	16 821,6	42,7	10,834	28,0	85,0	13 947,2	50,3	82,9	2 746,9 ¹⁾	23,8
darunter												
Verkehr u. Nachrichtenübermittl. Kreditinstitute u. Versicherungsgewerbe	2 972	7,0	2 657,0	6,7	2 585	6,7	87,0	1 715,0	6,2	64,6	942,0	8,2
Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen	624	1,5	12 552,9	31,9	547	1,4	87,7	11 517,9	41,6	91,8	907,4 ¹⁾	7,9
Berufen	9 129	21,5	1 602,4	4,1	7 686	19,8	84,2	710,9	2,7	44,4	891,5	7,7
Insgesamt	42 441	100	39 372,7	100	38 744	100	91,3	27 711,4	100	70,4	11 533,5 ¹⁾	100

¹⁾ Ohne steuerfreie Vermögensteile öffentl. oder unter Staatsaufsicht stehender Sparkassen. — Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Die Aufgliederung der gewerblichen Betriebe, des Vermögens, der Schulden und sonstigen Abzüge sowie des Einheitswertes nach Wirtschaftsbereichen ist in Tabelle 6 dargestellt (vgl. auch Schaubild 1). Auffallend ist nach der Einheitswertstatistik 1963 in Hamburg das außerordentlich starke Übergewicht der Industrie, die sowohl in der Höhe des in diesem Bereich investierten Kapitals als auch des gesamten Einheitswertes zum Ausdruck kommt. Das Rohvermögen von 15 690,2 Mio DM umfaßt fast zwei Fünftel des gesamten Rohvermögens der wirtschaftlichen Einheiten. Die Summe der in diesem Wirtschaftsbereich ermittelten Einheitswerte nimmt mit 6 335,4 Mio DM sogar fast drei Fünftel der Summe der Einheitswerte in Anspruch. Nach der Höhe des Rohvermögens folgen ihr mit 12 552,9 Mio DM, d. h. einem Anteil von 31,9 % des Rohvermögens der gewerblichen Betriebe, die Kreditinstitute und das Versicherungsgewerbe, während der Handel, das Produzierende Handwerk, das Verkehrswesen und die Freien Berufe sich mit erheblich niedrigeren Beträgen anschließen.

Schaubild 1

Rohvermögen und Einheitswert der gewerblichen Betriebe in Hamburg 1963 nach Wirtschaftsbereichen in %



(h)

Die Höhe des in den Wirtschaftsbereichen ausgewiesenen Einheitswertes ist von der Höhe der in den einzelnen Bereichen vorhandenen Schulden und sonstigen Abzüge abhängig. Einen besonders hohen Betrag der Schulden und sonstigen Abzüge haben die Kreditinstitute und das Versicherungsgewerbe aufzuweisen, nämlich 11 518,0 Mio DM oder 41,6 % der gesamten Schulden aller wirtschaftlichen Einheiten;

doch darf die Sonderstellung dieser Institutionen mit ihren hohen Debitoren- und Kreditorenposten nicht übersehen werden. Die in der Industrie ausgewiesenen Schulden und sonstigen Abzüge stehen hinter dieser Summe jedoch nicht allzu wesentlich zurück. Sie betragen mit 9 354,7 Mio DM rund ein Drittel aller Schulden, so daß die beiden genannten Bereiche allein mehr als drei Viertel der ausgewiesenen Schulden und sonstigen Abzüge auf sich vereinigen.

Von besonderem Interesse ist der Vergleich der einzelnen Wirtschaftszweige untereinander nach der Bedeutung der in ihnen ausgewiesenen Betriebe mit Schulden und nach der Höhe des Anteils der Schulden und sonstigen Abzüge am erfaßten Rohvermögen. Der Anteil der Betriebe mit Schulden gegenüber der Zahl der Betriebe insgesamt schwankt innerhalb der einzelnen Bereiche nicht stark; während in der Industrie 97,7 % der Betriebe mit Rohvermögen Schulden aufweisen, sind es bei den Freien Berufen nur 84,2 % aller Betriebe dieses Wirtschaftsbereiches. Die Höhe der Verschuldung, d. h. der Anteil der Schulden und sonstigen Abzüge am Rohvermögen, ist dagegen in den einzelnen Wirtschaftszweigen sehr unterschiedlich. Die Schwankungen liegen hier zwischen 41,6 % bei der Handelsvermittlung und 91,8 % bei den Banken und Versicherungen, in denen die hohen Schulden mit der Natur des Wirtschaftszweiges zusammenhängen, worauf weiter oben schon hingewiesen wurde.

Bilanzstruktur der gewerblichen Unternehmen

Zur Ergänzung und Vertiefung der bisher geschilderten Ergebnisse über die Zusammensetzung und die Schichtung des bewerteten Betriebsvermögens wird abschließend anhand einer Bilanz ein Bild über die Herkunft und die Verwendung des im gewerblichen Betrieb eingesetzten Kapitals gegeben. Das Bilanzschema, das hier zugrunde liegt, weist auf der Aktiv- oder Vermögensseite das Anlagevermögen (Betriebsgrundstücke, Maschinen und maschinelle Anlagen, sonstige Sachanlagen sowie Finanzanlagen) und das Umlaufvermögen (Bankguthaben, Forderungen, Vorräte an Waren, Rohstoffen u. a. m.) aus. Diesen Vermögensteilen stehen die Verbindlichkeiten — die Passiva — gegenüber, die sich in Eigenkapital (bestehend aus dem Einheitswert unter Einbeziehung des Gegenwertes der Schachtelbeteiligungen) und Fremdkapital (bestehend aus Schulden und sonstigen Abzügen) gliedern. Die Bilanzsumme ist gleich dem Gesamtbetrag des Rohvermögens oder dem Ergebnis aus Schulden und sonstigen Abzügen plus Einheitswert. Hinsichtlich der Aussagefähigkeit dieser Ergebnisse ist zu beachten, daß die Zahlenwerte aus der Steuerbilanz unter Anwendung der einschlägigen Grundsätze und Maßstäbe des Bewertungsgesetzes abgeleitet sind, während die jährliche — vom Statistischen Bundesamt durchgeführte — Bilanzstatistik der Aktiengesellschaften auf den nach den Bewertungsvorschriften des Aktiengesetzes aufgestellten Handelsbilanzen beruht.

Betrachtet man zunächst die in Tabelle 7 (vgl. auch Schaubild 2) für Einzelunternehmen (natürliche Personen) und Körperschaften (nichtnatürliche Personen) getrennt dargestellten Bilanzen von 1960 und 1963, so ist festzustellen, daß sich auf der Aktivseite

Tabelle 7

Bilanzstruktur der gewerblichen Unternehmen in Hamburg 1963 und 1960 nach Rechtsformen ¹⁾
(Aktiva und Passiva in % der Bilanzsumme)

Bilanzposten	Gewerbliche Unternehmen insgesamt		davon					
			Einzelunternehmen		Körperschaften		darunter Personengesellschaften	
	1963	1960	1963	1960	1963	1960	1963	1960
	1	2	3	4	5	6	7	8
Aktiva								
Anlagevermögen	40,6	41,1	29,7	29,7	42,1	42,5	29,2	34,2
Betriebsgrundstücke	3,5	3,8	3,0	3,7	3,5	3,7	3,0	3,0
Maschinen und maschinelle Anlagen	18,0	18,2	8,1	7,2	19,4	19,6	12,0	14,8
Sonstige Anlagen	10,0	9,9	14,1	14,7	9,4	9,3	8,4	11,1
Finanzanlagen	9,1	9,2	4,5	4,1	9,8	9,9	5,8	5,3
Umlaufvermögen	59,4	58,9	70,3	70,3	57,9	57,5	70,8	65,8
Betriebskapital	36,0	38,0	39,4	42,4	35,5	37,5	42,0	43,1
Vorratsvermögen	23,4	20,9	30,9	27,9	22,4	20,0	28,8	22,7
Passiva								
Eigenkapital	41,4	41,6	41,8	43,2	41,4	41,4	40,9	38,7
Einheitswert	39,6	39,9	41,8	43,2	39,3	39,5	40,9	38,7
Gegenwert der Schachtelbeteiligungen	1,8	1,7	—	—	2,1	1,9	—	—
Fremdkapital	58,6	58,4	58,2	56,8	58,6	58,6	59,1	61,3
Bilanzsumme in Mrd. DM	26,8	22,7	3,3	2,6	23,5	20,1	6,7	6,0

¹⁾ Ohne Banken, Versicherungen und Beteiligungsgesellschaften.

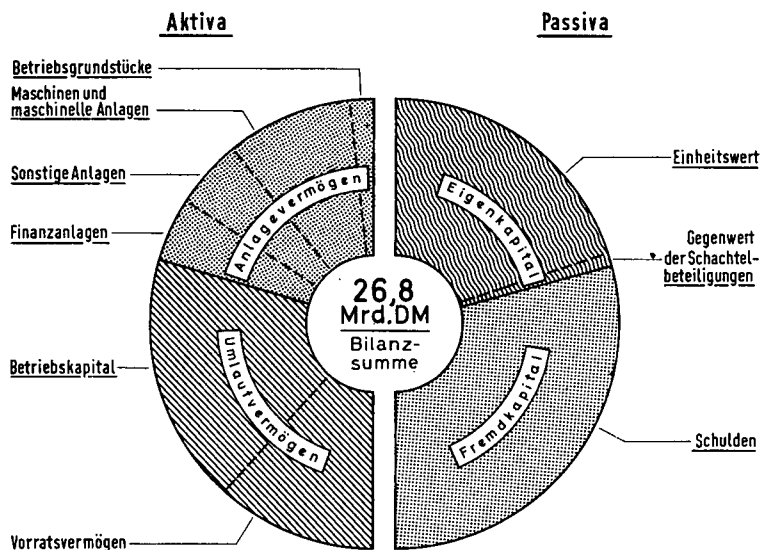
das Verhältnis von Anlagevermögen und Umlaufvermögen in ihren Anteilen an der Bilanzsumme nur unbedeutend verändert hat, obwohl sich die Bilanzsumme von 1960 auf 1963 bei den Einzelunternehmen von 2,6 auf 3,3 Mrd. DM und bei den Körperschaften von 20,1 auf 23,5 Mrd. DM erhöht hat. Bei den anlageintensiven Körperschaften ging der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme von 42,5 auf 42,1 % zurück, während er bei den Einzelunternehmen mit 29,7 % unverändert geblieben ist. Der Anteil des Betriebskapitals (Forderungen und Zahlungsmittel) an der Bilanzsumme hat sich sowohl bei den

Einzelunternehmen als auch bei den Körperschaften gegenüber 1960 verringert. Demgegenüber hat bei beiden Unternehmensformen das Vorratsvermögen an Bedeutung gewonnen.

Die Veränderungen auf der Aktivseite spiegeln sich unter den Passiven in erster Linie in einer Vermehrung der Verschuldung wider. Die Verminderung des Eigenkapitals gegenüber 1960 ist auf die Vorgänge bei den Einzelunternehmen zurückzuführen, die die hauptsächlichsten Veränderungen in den einzelnen Arten des Umlaufvermögens aufweisen. Gemessen an der Bilanzsumme erhöhte sich die Fremdkapitals-

Schaubild 2

Bilanzstruktur der gewerblichen Unternehmen in Hamburg 1963 ¹⁾
(Aktiva und Passiva in % der Bilanzsumme)



¹⁾ Ohne Banken, Versicherungen und Beteiligungsgesellschaften

quote bei den Einzelunternehmen von 56,8 auf 58,2%, während das Eigenkapital entsprechend von 43,2 auf 41,8% zurückging. Demgegenüber hat sich bei den Körperschaften die Relation Eigenkapital zu Fremdkapital (41,4 zu 58,6%) nicht verändert.

Ein wichtiger Anhaltspunkt für die Beurteilung der finanziellen Sicherheit eines Unternehmens ist neben dem Verhältnis des Eigenkapitals zur Bilanzsumme die Relation Eigenkapital zu Anlagevermögen. Bei den Einzelunternehmen wurden nicht nur die Anlagen, sondern auch ein Teil des Umlaufvermögens aus eigenen Mitteln finanziert. Im Vergleich zu 1960 hat sich bei dieser Gruppe das Verhältnis Eigenkapital zu Anlagevermögen von 145,4 auf 140,7 zu 100 verschoben. Bei den im Eigentum von Körperschaften befindlichen Unternehmen ist die Unterfinanzierung im gleichen Zeitraum von 97,4 auf 98,3 zurückgegangen.

Unterschiede zwischen den Wirtschaftsbereichen

In Tabelle 8 ist die Vermögens- und Kapitalstruktur mehrerer Wirtschaftsbereiche dargestellt. Durch diese Übersicht wird deutlich, wie in den einen Wirtschaftszweigen die Sachanlagen, bei anderen die Vorräte im Vordergrund stehen und wieder bei anderen das Schwergewicht des Vermögens bei dem Betriebskapital (Forderungen) liegt. Betrachtet man zunächst die Sachanlagen, so ergeben sich Anfang 1963 die höchsten Anteilswerte bei den Unternehmen des Verkehrs und der Nachrichtenübermittlung (ohne Bundesbahn und Bundespost) sowie der Energiewirtschaft und Wasserversorgung, die als Branchen mit absolut großen Sachanlagen bekannt sind. Der An-

teil der Anlagewerte an der Bilanzsumme beträgt bei diesen beiden Bereichen 65,5 bzw. 60,7%. Ihnen folgen das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe und der Bereich Steine und Erden. Beim Schiffbau und auch bei einigen anderen Zweigen des Produzierenden Gewerbes erklärt sich die verhältnismäßig niedrige Anteilswerte vor allem daraus, daß die noch in der Fertigung befindlichen Erzeugnisse als Halbfabrikate unter den Vorräten bilanziert werden.

Die Besonderheiten der einzelnen Wirtschaftszweige wirken sich auch im Wert der Vorräte aus. Verhältnismäßig niedrig ist das Vorratsvermögen in der Grundstoffindustrie, in der Verkehrswirtschaft und im Dienstleistungsbereich. Relativ hohe Vorratswerte sind im Einzelhandel und Großhandel, aber auch in jenen Wirtschaftsbereichen zu verzeichnen, in denen der Wertanteil der fremdbezogenen und im Betrieb weiter verarbeiteten Roh- und Hilfsstoffe besonders hoch ist.

Ein weiterer wichtiger Aktivposten in der Bilanz der gewerblichen Betriebe sind die Forderungen. Am höchsten sind sie im Verhältnis zur Bilanzsumme in den Wirtschaftsbereichen Rechtsberatung, Handelsvermittlung, Wirtschaftswerbung und Großhandel, wo sie 50% der Bilanzsumme übersteigen. Aber auch in einigen Bereichen des Produzierenden Gewerbes, im Baugewerbe und im Einzelhandel sind die Forderungen in beachtlicher Höhe anzutreffen.

Recht unterschiedlich ist auch die Finanzierung der Betriebe in den einzelnen Wirtschaftsbereichen, wie ein Blick auf die Passivseite der Bilanzen zeigt. Es gibt zwar eine ganze Reihe von Branchen, in denen das Eigenkapital 50% des Gesamtkapitals übersteigt, aber auf der anderen Seite ist festzustellen,

Tabelle 8

Bilanzstruktur der gewerblichen Unternehmen in Hamburg 1963 in ausgewählten Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereiche	Aktiva				Passiva		Bilanzsumme Mio DM
	Anlagevermögen		Umlaufvermögen		Eigenkapital	Fremdkapital	
	Sachanlagen	Finanzanlagen	Betriebskapital	Vorräte			
	in % der Bilanzsumme						
	1	2	3	4	5	6	7
Energiewirtschaft u. Wasserversorgung, Bergbau	60,7	18,7	15,7	4,9	41,5	58,5	2 726,2
Chemische Industrie	29,1	4,1	37,9	28,9	59,1	40,9	792,8
Mineralölverarbeitung	41,8	8,8	28,4	21,0	34,7	65,3	4 045,0
Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung	32,6	2,2	38,3	27,1	57,1	42,9	328,3
Gewinnung u. Verarbeitung von Steinen u. Erden	53,1	2,3	31,2	13,4	55,1	44,9	177,8
Maschinenbau	20,6	1,8	41,6	36,0	44,9	55,1	523,0
Schiffbau	19,3	0,4	47,8	32,5	17,9	82,1	1 066,0
Elektrotechnik	14,8	18,5	43,2	23,5	32,2	67,8	992,3
Holzverarbeitung	26,9	2,8	40,2	30,1	50,9	49,1	58,4
Papier- und Pappeverarbeitung	49,0	4,6	22,4	24,0	37,1	62,9	103,9
Druckerei und Vervielfältigung	36,5	10,8	41,4	11,3	42,1	57,9	247,5
Leder-, Textil- und Bekleidungs-gewerbe	22,9	2,2	33,7	41,2	52,5	47,5	174,6
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (ohne Tabakverarbeitung)	28,3	6,2	34,1	31,4	46,7	53,3	2 152,6
Tabakverarbeitung	6,7	14,6	30,4	48,3	49,2	50,8	1 463,6
Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	19,5	1,2	42,3	37,0	29,9	70,1	794,2
Großhandel	8,9	5,9	55,6	29,6	30,2	69,8	4 549,2
Handelsvermittlung	19,7	5,1	63,1	12,1	58,4	41,6	233,9
Einzelhandel	22,2	4,3	30,1	43,4	50,3	49,7	1 019,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	65,5	3,5	30,1	0,9	35,5	64,5	2 657,0
Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe	55,6	15,7	18,5	10,2	55,0	45,0	118,7
Gesundheitswesen	50,6	2,7	45,7	1,0	83,2	16,8	37,8
Rechtsberatung, Wirtschaftsberatung u. -prüfung	15,4	9,4	71,4	3,8	59,2	40,8	72,6
Wirtschaftswerbung	33,0	6,8	58,7	1,5	44,2	55,8	74,3
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermögensverwaltung	13,2	60,1	25,5	1,2	72,4	27,6	620,8

daß in einer großen Zahl von Wirtschaftszweigen die im Betrieb arbeitenden fremden Mittel höher sind als die eigenen. Besonders niedrig ist der Anteil des Eigenkapitals im Schiffbau, wo er nur 17,9 % an der

Bilanzsumme beträgt. Eine verhältnismäßig niedrige Eigenkapitalquote haben weiter die Betriebe des Baugewerbes, des Großhandels, der Elektrotechnik, der Mineralölverarbeitung und der Verkehrswirtschaft.

Zusammenfassung

Als Hauptergebnis ist hervorzuheben, daß sich die Vermögens- und Kapitalstruktur in der gewerblichen Wirtschaft im Verlauf der Jahre 1960 bis 1963 in Hamburg nur wenig gewandelt hat.

Die Gesamtzahl der gewerblichen Betriebe, für die ein Einheitswert festgestellt worden ist, betrug 1963 rund 42 400, ihr Rohvermögen 39,3 Mrd. DM. Gegenüber 1960 erhöhte sich die Zahl der Betriebe mit Einheitswert um 7,5 %, der Gesamtbetrag des Rohvermögens wuchs um fast 20 %. Es entfielen gut zwei Fünftel (40,6 gegen 41,1 %) des Rohvermögens auf das Anlagevermögen und etwas weniger als drei Fünftel (59,4 gegen 58,9 %) auf das Umlaufvermögen. Rund neun Zehntel aller gewerblichen Betriebe hatten Schulden und sonstige Abzüge und die Verschuldung selbst betrug 70,4 % gegenüber 69,9 % im Jahre 1960.

Von der insgesamt auf 11,5 Mrd. DM festgestellten Einheitswertsumme für das Betriebsvermögen entfielen auf das Produzierende Gewerbe 58,5 %, auf den Handel 17,6 % und auf Banken und Versicherungen 7,9 %. Im Besitz natürlicher Personen befanden sich 32 018 Betriebe (75,4 % der Gesamtzahl) mit Einheitswerten von 1,4 Mrd. DM (12,2 % der Gesamtsumme).

Gut zwei Fünftel des Gesamtkapitals gehörten den Eigentümern der Unternehmen und knapp drei Fünftel waren Fremdkapital. Bei der Gesamtheit der Unternehmen überstieg 1963 das Eigenkapital das Anlagevermögen. Relativ hoch ist diese Eigenkapital-Überfinanzierung bei den Einzelunternehmen.

Gustav Hohmann

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			September 1964	September 1965	August 1965
	1938	1950	1964			
Meteorologische Beobachtungen in Hamburg						
1. Mittelwerte 1)						
Luftdruck, mm	761,7	758,8 ²⁾	763,1 ²⁾	762,9 ²⁾	758,5 ²⁾	761,2 ²⁾
Lufttemperatur, °C	9,3	7,9	9,0	14,8	14,6	15,8
Relative Luftfeuchtigkeit, %	82	82	77	75	77	73
Windstärke 3)			3	3	3	3
Bewölkung 4)	6,7	7,2	7	5	6	5
2. Summenwerte 5)						
Niederschlagsmenge, mm	582,0	857,6	658	83	109	64
Sonnenscheindauer, Std.	1 622,9	1 743,2	1 519	170	155	218
Tage ohne Sonnenschein	88	76	107	4	2	2
Tage mit Niederschlägen	160	221	205	19	19	18
Bevölkerung						
1. Bevölkerungsstand (in 1000) 6)						
Bezirk Hamburg-Mitte	435,8	242,2	289,8	289,8 r	287 p	288 p
Altona	220,3	272,7	266,7	266,1 r	263 p	264 p
Eimsbüttel	244,5	252,0	261,8	262,6 r	265 p	265 p
Hamburg-Nord	424,1	358,9	409,3	408,3 r	400 p	401 p
Wandsbek	166,7	221,9	352,2	353,7 r	358 p	357 p
Bergedorf	52,6	82,4	79,7	80,1 r	83 p	83 p
Harburg	135,7	172,4	197,2	197,4 r	200 p	199 p
* Hamburg insgesamt (am Monatsende)	1 679,7	1 602,5	1 856,7	1 856,0 r	1 856 p	1 857 p
dav. männlich	788,8	750,3	860,0	861,1 r	862 p	862 p
weiblich	890,9	852,2	996,7	996,9 r	994 p	995 p
dar. Ausländer 7)	16,6	19,9	56,7	57,8	60,7	60,2
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung						
* Eheschließungen	1 447	1 414	1 537 p	1 093 r	1 050 p	2 419 r
* Eheschließungen auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	10,3	10,7	9,9 p	7,2	6,9 p	15,3
Ehescheidungen	266	434	331 p	189	243 p	198 p
* Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	2 346	1 448	2 311 p	2 304 r	2 180 p	2 351 p
dar. unehelich	209	154	161 p	167 r	150 p	133 r
* Lebendgeborene auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	16,8	10,9	14,9 p	15,1 r	14,3 p	14,9
Unehelich Geborene % der Geborenen	9,1	10,8	7,0 p	7,2 r	6,8 p	5,8 r
Totgeborene % der Geborenen	2,1	1,9	1,0 p	1,2 r	1,0 p	1,2 r
* Gestorbene Ortsansässige	1 702	1 389	1 986 p	1 752 r	1 830 p	2 018 r
dar. unter 1 Jahr alt	118	64	44 p	43 r	30 p	48 r
70 und mehr Jahre alt	657	631	1 139 p	997 r	1 050 p	1 092 r
* Gestorbene Ortsansässige auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	12,2	10,5	12,8 p	11,5 r	12,0 p	12,8
* Gestorbene Säuglinge auf 1000 Lebendgeborene 8)	50,6	43,5	19,0 p	19,1 r	13,8 p	20,3 r
* Geburtenüberschuß (+) bzw. Sterbeüberschuß (-)	+ 644	+ 59	+ 325 p	+ 552 r	+ 350 p	+ 333 r
3. Wanderungen						
* Zugezogene Personen von außerhalb Hamburgs	8 126	7 661	5 989	6 249 r	6 600 p	5 500 p
* Fortgezogene Personen n. außerb. Hamburgs	7 788	2 174	6 081	5 950 r	6 300 p	5 500 p
* Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	+ 338	+ 5 487	- 92	+ 299 r	+ 300 p	—
dav. männlich	.	+ 2 533	+ 60	+ 277 r	+ 200 p	—
weiblich	.	+ 2 954	- 152	+ 22 r	+ 100 p	—
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs	31 889	19 751	14 233	13 606	14 807	15 769
Nach Gebieten						
a) Herkunft						
Schleswig-Holstein	.	2 668	1 525	1 531 r	1 600 p	1 300 p
dar. angrenzende Kreise 9)	.	1 311	798	763 r	800 p	800 p
Niedersachsen	.	1 854	1 108	1 080 r	1 000 p	900 p
dar. angrenzende Kreise 10)	.	567	260	247 r	300 p	300 p
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	.	1 214 ¹¹⁾	1 932	1 985 r	2 000 p	1 600 p
Sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung	.	1 072	118	117 r	100 p	100 p
Ausland	.	485	1 218	1 427 r	1 800 p	1 500 p
Unbekannt	.	368	88	109 r	100 p	100 p
b) Ziel						
Schleswig-Holstein	.	718	2 104	1 946 r	2 000 p	2 100 p
dar. angrenzende Kreise 9)	.	457	1 426	1 326 r	1 300 p	1 400 p
Niedersachsen	.	449	1 178	1 170 r	1 200 p	1 200 p
dar. angrenzende Kreise 10)	.	131	466	476 r	500 p	500 p
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	.	764 ¹¹⁾	2 137	2 015 r	2 200 p	2 100 p
Sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung	.	89	9	4 r	.	.
Ausland	.	142	628	780 r	800 p	700 p
Unbekannt	.	12	25	35 r	.	.

1) Errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — 2) Reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — 3) 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — 4) Bewölkungsgrade: 0 bis 10 (0 = wolkenlos, 10 = volle Bewölkung). — 5) 1938, 1950 und 1964 handelt es sich um Jahreswerte. — 6) Für 1938 und 1950 nach dem Stand der Volkszählungen vom 17. 5. 1939 und 13. 9. 1950. Ab 1962 Fortschreibungsergebnisse auf der Basis der Volkszählung 1961. — 7) Ab 1950 nach den Angaben der Polizei Hamburg. — 8) Berechnet unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung. — 9) Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — 10) Landkreise Harburg und Stade. — 11) Einschl. Sowjetsektor von Berlin.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			September 1964	September 1965	August 1965
	1938	1950	1964			
Gesundheitswesen						
1. Krankenanstalten in Hamburg						
a) Öffentliche Krankenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende 1)	9 464	12 742	11 726	11 766	11 733	11 733
Pflegetage	221 711	321 088	276 036	268 085	258 440	268 839
Bettenausnutzung in % 2)	77,1	86,8	82,0	80,6	79,6	78,8
b) Gemeinnützige Krankenanstalten 3)						
Bettenbestand am Monatsende 1)	4 339	4 690	4 487	4 441	4 580	4 575
Pflegetage	98 261	126 293	118 507	116 382	122 551	121 635
Bettenausnutzung in % 2)	74,5	88,6	87,0	88,1	89,5	86,5
c) Privatkrankenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende 1)	.	409	674	684	770	770
Pflegetage	.	8 983	17 377	17 274	18 514	18 071
Bettenausnutzung in % 2)	.	60,1	82,8	80,9	76,8	73,6
2. Hamburgische Krankenanstalten außerhalb Hamburgs						
a) Öffentliche Krankenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende 1)	189	2 260	885	885	885	885
Pflegetage	4 705	61 801	22 025	20 666	20 046	21 421
Bettenausnutzung in % 2)	81,8	91,5	81,7	77,8	79,8	81,1
b) Tbc-Heilstätten						
Bettenbestand am Monatsende 1)	833	1 645	1 117	1 110	1 070	1 070
Pflegetage	23 649	48 679	26 643	27 170	25 636	26 660
Bettenausnutzung in % 2)	93,5	97,4	82,4	86,6	87,3	87,8
3. Anstalten für Gelsteskranke						
a) Öffentliche Krankenanstalten in Hamburg						
Bettenbestand am Monatsende	2 898	1 388	1 743	1 743	1 743	1 743
Pflegetage	86 354	29 261	49 207	48 896	48 335	49 194
Bettenausnutzung in % 2)	98,0	75,1	93,2	93,6	93,0	91,6
b) Gemeinnützige Krankenanstalten in Hamburg						
Bettenbestand am Monatsende	1 613	1 218	1 291	1 288	1 270	1 270
Pflegetage	48 883	36 598	39 742	38 175	37 954	39 049
Bettenausnutzung in % 2)	99,7	98,8	98,4	98,8	99,6	98,9
c) Krankenanstalten außerhalb Hamburgs						
Bettenbestand am Monatsende	—	1 420	1 329	1 276	1 477	1 477
Pflegetage	—	35 400	38 630	37 274	43 394	45 098
Bettenausnutzung in % 2)	—	68,4	96,0	97,4	98,0	98,4
4. Gestorbene nach wichtigen Todesursachen						
Gestorbene insgesamt	1 702	1 389	1 986 p	1 752 r	1 830 p	2 018 r
dar. Tuberkulose der Atmungsorgane	82	48	20 p	13	.	17
Krebs	240	285	416 p	355	.	436
Gehirnblutungen	136	172	218 p	193	.	209
Herzkrankheiten	232	269	455 p	411	.	426
Lungenentzündung	103	47	41 p	34	.	27
Freitod	62	50	45 p	40	.	81
Verkehrsunfälle	22	20	42 p	43	.	40
Andere Verunglückungen	48	41	56 p	52	.	69
Kulturpflege						
1. Lichtspieltheater						
Theater	104	104	103	102	97	98
Plätze	66 691	47 891	55 398	54 884	52 670	52 995
Besucher	1 931 580	1 854 754	1 034 669	966 702	795 783	763 831
2. Rundfunk und Fernsehen						
Tonrundfunkteilnehmer 4)	361 531	407 741	660 198	661 394	668 442	666 933
Fernsehrundfunkteilnehmer	—	—	414 621	418 464	460 043	454 140
Öffentliche Sozialleistungen						
Soziale Krankenversicherung 5)						
Mitglieder						
dav. Pflichtmitglieder	452 518	694 658	683 058	683 724	676 723	677 362
Rentner		486 742	438 839	439 212	432 464	426 915
Freiwillige Mitglieder	64 028	171 139	173 306	173 332	176 180	175 215
Krankenstand der Pflichtmitglieder insgesamt	15 541	36 777	70 913	71 180	68 079	75 232
dav. männlich	9 091	15 825	26 191	24 029	23 319	20 635
weiblich	6 450	10 123	17 399	15 872	15 621	14 050
Soziale Rentenversicherung						
Rentenempfänger		153 175	311 553	311 998		322 300
dav. Rentenversicherung der Arbeiter	94 346 ⁶⁾	106 248	206 259	207 285	214 481	213 859
Rentenversicherung der Angestellten	.	46 927	105 294	104 713	.	108 441
Ausgezahlte Renten in DM	.	28 880 000	73 950 843	74 137 321	.	83 549 987
dav. Rentenversicherung der Arbeiter	.	18 350 000	41 995 260	42 233 720	47 483 267	47 336 365
Rentenversicherung der Angestellten	.	10 530 000	31 955 583	31 903 601	.	36 213 622

1) Ohne Säuglingsbetten. — 2) Ohne gesperrte Betten. — 3) 1938 einschl. Privatkrankenanstalten. — 4) 1938 und 1950 Postamtsbezirk Hamburg. — 5) Nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse. — 6) Stand 1. 1. 1940.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			September 1964	September 1965	August 1965
	1938	1950	1964			
Arbeitsmarkt						
1. Angebot und Nachfrage						
* Arbeitslose	29 908	90 831	4 606	3 443	2 420	2 392
dav. männlich	23 937	56 428	2 992	2 223	1 606	1 661
weiblich	5 971	34 403	1 614	1 220	814	731
Offene Stellen	31 522	1 789	22 324	25 573	29 167	29 734
dav. männlich	21 009	744	12 049	14 690	15 448	15 744
weiblich	10 513	1 045	10 275	10 883	13 719	13 990
Stellenvermittlung in Beschäftigung über 7 Tage 1)	16 088	21 006	6 233	6 288	6 035	5 366
dav. männlich	11 107	13 007	4 257	4 220	4 205	3 921
weiblich	4 981	7 999	1 976	2 068	1 830	1 445
Stellenvermittlung in Beschäftigung bis zu 7 Tagen	9 175	24 625	17 738	10 390	7 361	8 974
dav. männlich	7 544	23 585	17 080	9 702	6 580	8 317
weiblich	1 631	1 040	658	688	781	657
Arbeitsuchende am Monatsende 2)	35 944	94 886	9 988	8 744	10 829	9 486
dav. männlich	28 215	59 355	6 583	5 812	7 690	6 819
weiblich	7 729	35 531	3 405	2 932	3 139	2 667
2. Die Arbeitslosen						
Berufsgruppen insgesamt	29 908	90 831	4 606	3 443	2 420	2 392
dar. Bauberufe	.	6 710 ³⁾	177	28	9	12
Metallerzeuger und -verarbeiter	.	6 766 ³⁾	69	43	38	40
Elektriker	.	1 627 ³⁾	33	25	17	10
Chemiewerker	.	1 879 ³⁾	75	63	38	46
Holzverarbeiter und zugehörige Berufe	.	1 596 ³⁾	28	24	11	12
Graphische Berufe	.	690 ³⁾	50	41	35	36
Lederhersteller, Leder- und Fellverarb.	.	1 180 ³⁾	12	8	4	3
Nahrungs- und Genußmittelhersteller	.	6 623 ³⁾	110	79	59	46
Kaufmännische Berufe	.	8 598 ³⁾	468	377	297	340
Verkehrsberufe	.	8 787 ³⁾	433	347	253	211
Verwaltungs- und Büroberufe	.	5 807 ³⁾	1 096	963	707	679
Künstlerische Berufe	.	2 260 ³⁾	199	159	135	154
Bauwirtschaft und Wohnungswesen						
1. Baugenehmigungen						
Wohnbauten						
* Wohngebäude	.	469	315	333	369	175
* Umbauter Raum in 1000 cbm	.	642	464	390	605	361
* Wohnungen	.	2 540	1 413	1 021	1 786	1 151
Bruttowohnfläche in 1000 qm	.	128	98	81	125	76
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	22 029	52 864	45 394	70 161	43 794
Nichtwohnbauten						
* Nichtwohngebäude	.	185	129	131	97	94
* Umbauter Raum in 1000 cbm	.	233	346	242	450	327
* Nutzfläche in 1000 qm	.	.	67	55	90	64
* Wohnungen	.	20	19	33	14	12
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	6 403	31 662	26 070	34 698	24 916
2. Baubeginne						
Wohnbauten						
Wohngebäude	.	516	328	375	252	182
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	.	514	468	546	290
Wohnungen	.	2 206	1 562	1 257	966	869
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	.	55 791	50 615	56 447	35 366
Nichtwohnbauten						
Nichtwohngebäude	.	237	117	122	85	76
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	.	361	306	336	264
Wohnungen	.	.	24	36	18	9
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	.	35 120	30 417	30 466	23 059
3. Baufertigstellungen						
Wohnbauten						
Wohngebäude	188	395	294	267	172	184
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	482	430	342	349	298
Wohnungen	.	2 096	1 377	1 072	1 233	982
Bruttowohnfläche in 1000 qm	.	107	90	73	75	66
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	19 250	45 652	36 913	39 000	36 230
Nichtwohnbauten						
Nichtwohngebäude	26	137	120	83	49	35
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	144	308	115	110	94
Wohnungen	.	26	19	14	8	10
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	3 069	29 208	9 790	6 581	8 282

1) Durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. — 2) Arbeitslose einschl. derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — 3) Durchschnitt aus April—Dezember 1950.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			September 1964	September 1965	August 1965	
	1938	1950	1964				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
Baufertigstellungen							
Wohnungen							
Wohnungen insgesamt 1)	706	2 122	1 396	1 086	1 241	992	
dar. mit öffentlichen Mitteln gefördert	.	1 526	1 018	890	1 048	634	
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	.	6 575	5 200	4 280	4 374	3 629	
4. Bauüberhang							
(am Ende des Berichtszeitraumes 2)							
Im Bau befindliche Wohnungen	.	17 089	19 318	22 100	18 600	18 900	
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	.	8 412	5 757	7 900	8 000	7 100	
5. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen 3) (in 1000)							
Bestand an Wohngebäuden	.	96	166	166	170	170	
Bestand an Wohnungen	.	310	610	611	628	627	
Bestand an Wohnräumen über 6 qm (einschl. Küchen)	.	1 197	2 222	2 226	2 290	2 286	
6. Wohnraumbewirtschaftung							
Erstvergabe von bewirtschafteten Wohnungen							
a) für Wohnungssuchende mit hoher Dringlichkeit und für Sonderfälle	.	650	442	376	751	487	
b) für Wohnungssuchende mit Anspruch aus §§ 77-80 II. WoBauG.	.	830	502	455	250	133	
c) für die Umschichtung	.	-	74	59	47	14	
Wiedervergaben, Wohnungen	.	452	831	690	1 346	870	
Erstmalig bezogene unbewirtschaftete Wohnungen	.	678	344	159	167	340	
7. Bauberichterstattung 4)							
Zahl der Beschäftigten	.	34 741	50 514	51 076	50 081	50 041	
dar. Inhaber	.	2 049	1 401	1 389	1 338	1 358	
Angestellte	.	2 010	4 598	4 614	4 694	4 624	
Arbeiter 5)	.	30 682	44 385	44 950	44 049	44 059	
Löhne in 1000 DM (Bruttosumme)	.	9 199	43 276	47 747	50 891	47 096	
Gehälter in 1000 DM (Bruttosumme)	.	868	5 334	5 272	5 750	5 880	
Umsatz in 1000 DM	.	24 653	120 020	136 725	145 471	146 732	
dav. im Wohnungsbau	.	.	41 082	48 126	47 843	47 418	
gewerbl. und Industr. Bau	.	.	27 062	31 459	40 137	38 003	
öffentlichen und Verkehrsbau	.	.	51 876	57 140	57 491	61 311	
Geleistete Arbeitsstunden in 1000	.	5 813	7 326	8 013	7 682	7 047	
dav. für Wohnungsbauten	.	2 930	2 476	2 821	2 604	2 367	
gewerbl. und Industr. Bauten	.	1 517	1 657	1 760	1 880	1 681	
öffentliche und Verkehrsbauten	.	1 317	3 193	3 432	3 198	2 999	
Preise und Indexziffern							
1. Durchschnittspreise am Hamburger Viehmarkt							
für 100 kg Lebendgewicht (in RM/DM)							
Ochsen, vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes	87,60	151,60	270,50	255,00	276,10	287,20	
Kühe, sonstige vollfleischige	75,20	125,40	213,60	209,70	214,60	222,70	
Kälber, mittlere Mast- und Saugkälber	114,00	182,60	345,80	359,50	365,80	344,60	
Schweine, von 100-119,5 kg Lebendgewicht	101,80	235,00	255,00	236,60	291,10	279,50	
Schafe, mittlere Mastlämmer und Hammel	81,40	123,80	209,50	184,00	209,60	210,30	
2. Durchschnittspreise für Fleisch 4)							
I. Qualität für 100 kg (in RM/DM)							
Rindfleisch von Ochsen und Färsen, beste Qualität	153,00	263,00	499,20	492,50	516,00	522,50	
Kalb- und Mastfleisch, beste Qualität	189,40	349,00	643,90	653,80	653,00	622,50	
Hammelfleisch, beste Qualität	185,60	254,00	520,90	470,00	534,00	515,00	
Schweinefleisch, aus hiesigen Schlachtungen	140,80	357,00	362,80	338,80	401,50	378,10	
3. Preisindexziffern für die Lebenshaltung							
- Mittlere Verbrauchergruppe - Wägungsschema 1950							
Ernährung	63,0	100	145,7	144,9	154,1	156,9	
Getränke und Tabakwaren	34,6	100	86,0	86,2	87,5	87,4	
Wohnung	97,5	100	167,2	168,0	170,7	170,6	
Heizung und Beleuchtung	66,0	100	155,9	156,0	158,2	157,9	
Hausrat	53,9	100	127,9	128,4	132,1	131,5	
Bekleidung	47,9	100	113,4	113,5	115,9	115,2	
Reinigung und Körperpflege	58,7	100	131,3	132,8	142,2	141,0	
Bildung und Unterhaltung	73,9	100	172,7	173,1	177,5	176,8	
Verkehr	65,0	100	163,5	163,5	164,3	164,3	
Ernährung einschl. Getränke und Tabakwaren	59,3	100	137,8	137,2	145,3	147,7	
Lebenshaltung ohne Miete	59,0	100	138,4	138,2	144,4	145,6	
Gesamtlebenshaltung	(1950 = 100) (1938 = 100)	62,8 100	100 159,3	140,8 224,4	140,6 224,1	146,5 233,5	147,5 235,1

1) Einschl. Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind (im Berichtsmonat 26 Wohnungen). - 2) Für die Jahre 1950 und 1964 wurde an Stelle des Monatsdurchschnitts jeweils der Stand vom 31. 12. angegeben. - 3) Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1961 ermittelten Gebäude und Wohnungen (Begriffserläuterungen siehe März-Heft 1963, S. 58/59); für 1950 Stand am Zählungstichtag („Normalwohnungen“ ohne 26 689 Wohnungen in Behelfsheimen über 30 qm). - 4) Nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. - 5) Einschließlich Umschüler und Lehrlinge. - 6) Beim Verkauf der Großschlächter an die Ladenschlächter.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			September 1964	September 1965	August 1965
	1936 ¹⁾	1950	1964			
Industrie und Handwerk						
1. Industrie ²⁾						
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)		2 130	1 746	1 740	1 700	1 701
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) insgesamt	145 200	140 867	219 807	220 343	219 375	219 996
* dar. Arbeiter einschl. gewerbl. Lehrlinge		111 760	154 140	153 811	151 283	151 813
* Geleistete Arbeiterstunden in 1000 ³⁾		21 399	25 454	25 518	25 515	23 555
* Bruttosumme der Gehälter in 1000 DM		11 369	67 058	65 441	73 430	73 578
* Bruttosumme der Löhne in 1000 DM		28 356	110 408	108 802	122 299	121 355
* Umsatzwerte in 1000 RM/DM ⁴⁾	154 200	333 013	1 243 771	1 366 832	1 349 800	1 268 879
* dar. nach dem Ausland in 1000 DM		12 845	148 828	192 975	153 072	123 295
* Brennstoffverbrauch in Steinkohlenwert ⁵⁾ t		52 913	14 072	11 892	12 524	11 207
* Heizölverbrauch in t			57 692	51 596	60 856	57 102
* Stromerzeugung in 1000 kWh		5 925	16 820	14 009	14 764	14 402
* Stromverbrauch in 1000 kWh		34 341	107 008	104 559	110 327	105 773
* Gasverbrauch in 1000 cbm			6 709	5 437	5 217	4 653
Beschäftigte nach Industriegruppen insgesamt	145 200	140 867	219 807	220 343	219 375	219 996
dar. Mineralölverarbeitung	4 000	4 371	8 612	8 608	8 580	8 699
NE-Metallindustrie	1 900	2 509	2 800	2 766	2 879	2 854
Chemische Industrie	8 200 ⁶⁾	10 439	17 322	17 480	17 007	17 069
Gummi und Asbest	9 200	10 380	12 249	12 152	12 206	12 186
Maschinenbau	12 400	16 409	29 173	29 060	29 251	29 539
Schiffbau	26 500	12 559	22 921	22 545	21 893	21 837
Elektroindustrie	5 400	10 785	28 624	28 916	29 683	29 670
Druck und Vervielfältigung	7 800 ⁷⁾	6 721	12 821	12 832	12 664	12 689
Ölmühlenindustrie			2 511	2 540	2 410	2 438
Margarineindustrie	5 400	4 628	3 335	3 397	3 344	3 353
Kaffee und Tee		721	3 736	3 822	3 812	3 828
Tabakverarbeitung	2 700	2 762	3 099	3 106	2 993	3 047
Umsatz nach Industriegruppen insgesamt in 1000 RM/DM	154 200	333 013	1 243 771	1 366 832	1 349 800	1 268 879
dar. Mineralölverarbeitung	12 800	32 925	218 806	240 135	229 154	232 591
NE-Metallindustrie	9 700	15 005	53 109	56 770	43 556	63 967
Chemische Industrie	12 900 ⁶⁾	25 296	91 078	98 817	106 991	95 014
Gummi und Asbest	4 600	13 990	41 804	44 149	44 918	37 598
Maschinenbau	9 400	16 234	76 569	72 928	85 597	82 536
Schiffbau	14 400	7 633	72 510	95 796	32 941	52 264
Elektroindustrie	4 400	10 463	134 655	173 538	190 262	127 963
Druck und Vervielfältigung	4 500 ⁷⁾	7 748	37 167	41 604	41 243	34 648
Ölmühlenindustrie			48 328	47 247	57 644	60 220
Margarineindustrie	21 500	41 967	23 416	22 861	24 649	21 239
Kaffee und Tee		4 298	71 966	69 099	78 814	71 088
Tabakverarbeitung	12 000	55 911	104 038	109 867	108 549	109 345
2. Öffentliche Energieversorgung						
Wasserrförderung in 1000 cbm	5 737 ⁸⁾	8 282	10 842	10 848	10 942	11 280
* Gaserzeugung in 1000 Ncbm auf Kohlen- und Raffineriebasis (brutto)	18 767 ⁹⁾	20 935	40 193	28 519	30 013	26 599
* Stromerzeugung in 1000 kWh (brutto)	40 210 ⁹⁾	125 855	427 146	389 656	420 283	375 246
Vierteljahresdurchschnitt ¹⁰⁾				2. Vierteljahr 1964	2. Vierteljahr 1965	1. Vierteljahr 1965
3. Handwerk (Meßziffern ¹¹⁾)						
* Beschäftigte (Ende des Vj.) (Mai 1956 = 100)	102,2	98,7	98,7	100,7	97,8	94,9
* Umsatz (Vj.-Ø 1955 = 100)	191,4	197,5	222,1	217,6	235,9	204,8
* dar. Handwerksumsatz (Vj.-Ø 1955 = 100)	174,7	180,8	206,3	200,1	214,6	187,1
Versorgung mit Nahrungsmitteln						
Monatsdurchschnitt				September 1964	September 1965	August 1965
1. Milcherzeugung						
* Kuhmilcherzeugung in 1000 kg	2 618	2 285	1 975	1 671	1 531	2 117
* Milchlieferung an Molkereien in 1000 kg	1 597	1 946	1 661	1 432	1 301	1 736
* Milchleistung je Kuh und Tag in kg	61,0	85,2	84,1	85,7	85,0	82,0
	8,6	8,3	10,9	9,4	8,5	11,3
2. Trinkmilchabsatz an Verbraucher durch Molkereien						
Vollmilch insgesamt in 1000 kg		10 709	10 330	10 046		
dav. lose in 1000 kg			4 129	3 832		
in Flaschen in 1000 kg			6 201	6 214		
Mager- und Buttermilch in 1000 kg		1 186	448	313		
3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandstiere)						
Rinder	6 580	4 980	8 884	12 117	9 500	8 606
Kälber	3 884	3 699	3 293	3 249	2 481	3 242
Schweine	24 847	19 784	46 143	43 880	42 118	48 451
Schafe	4 265	5 681	3 126	3 619	3 165	3 210
4. Schlachtungen (Inlandstiere)						
* Rinder (ohne Kälber) ¹²⁾	8 075	3 363	7 810	8 738	6 906	6 557
* Kälber ¹²⁾	5 568	4 065	3 193	3 350	2 267	3 055
* Schweine insgesamt	40 186	21 165	47 856	53 635	45 320	49 545
dar. Hausschlachtungen		1 455	457	92	64	84
* Gesamtschlachtgewicht in 1000 kg ¹³⁾	6 467	3 220	6 430	7 254	6 003	6 347
dar. Rinder (ohne Kälber) in 1000 kg	1 989	836	1 873	2 100	1 695	1 578
* Schweine in 1000 kg	3 878	1 882	4 196	4 755	3 969	4 387
Durchschnittliches Schlachtgewicht						
für Rinder in kg	246,3	248,7	239,9	240,3	245,5	240,7
für Kälber in kg	57,2	43,2	68,2	72,7	82,4	83,9
für Schweine in kg	96,5	95,5	88,5	88,8	87,7	88,7

1) Zahlen für die Industrie nach dem heutigen Gebietsstand, teilweise geschätzt. — 2) Es sind hierbei die hamburgischen Industriebetriebe mit 10 und mehr Beschäftigten berücksichtigt (ohne Betriebe der Bauindustrie und Energiewirtschaft). — 3) Einschl. Lehrlingsstunden. — 4) Einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — 5) 1 t SKE = 1 t Steinkohle, = 1 t Steinkohlenkoks, = 3 t Rohbraunkohle, = 1,5 t Braunkohlenbriketts, Braunkohlenkoks. — 6) 1936 = einschl. Kunststoffverarbeitende Industrie. — 7) 1936 = einschl. Papierverarbeitung. — 8) Rechnungsjahr 1935/36 einschl. Cuxhaven. — 9) Rechnungsjahr 1935/36. — 10) Bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — 11) Nach den Ergebnissen der vierteljährlichen repräsentativen Handwerksberichterstattung. — 12) Gewerbliche Schlachtungen. — 13) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			September 1964	September 1965	August 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Versorgung mit Nahrungsmitteln						
5. Obst- und Gemüsemarkt (Großmarkt Hamburg)						
Obstzufuhr aus dem Inland in 1000 kg	1 749	3 815	4 125	6 953	6 451	4 166
Obstzufuhr aus dem Ausland in 1000 kg	4 337	2 571	15 495	13 837	19 698	22 585
Gemüsezufuhr aus dem Inland in 1000 kg	6 351	4 956	6 560	10 751	9 316	10 189
Gemüsezufuhr aus dem Ausland in 1000 kg	264	926	5 343	3 344	4 431	4 453
6. Fischmarkt						
Versteigerte Mengen insgesamt in 1000 kg	12 241	6 044	2 162	2 215	2 866	2 920
dar. in Hmb. angelandete Fische in 1000 kg	12 119	6 016	1 780	2 015	2 539	2 464
Handel und Gastgewerbe						
1. Index der Einzelhandelsumsätze (1954 = 100)						
Einzelhandel aller Betriebsformen	.	.	200	183	206	199
dav. Nahrungs- und Genußmittel	.	.	195	182	207	204
dar. Lebensmittel aller Art	.	.	188	175	209	204
Obst, Gemüse, Südfrüchte	.	.	177	160	182	195
Fische und Fischwaren	.	.	204	202	210	192
Milch und Milcherzeugnisse	.	.	173	169	182	183
Schokolade und Süßwaren	.	.	137	124	136	131
Tabakwaren	.	.	182	175	180	179
Bekleidung, Wäsche, Schuhe	.	.	186	160	185	167
dar. Textilien aller Art	.	.	234	201	223	225
Wirk-, Strick- und Kurzwaren	.	.	196	151	156	161
Oberbekleidung	.	.	151	138	177	139
Schuhwaren	.	.	186	156	173	152
Hausrat und Wohnbedarf	.	.	221	211	249	235
dar. Eisenwaren und Küchengeräte	.	.	184	177	182	172
Porzellan und Glaswaren	.	.	206	191	262	259
Beleuchtungs- u. Elektrogeräte	.	.	254	245	280	252
Rundfunk-, Fernseh- und Phonoartikel	.	.	369	356	428	395
Möbel	.	.	155	152	203	189
Teppiche, Gardinen usw.	.	.	139	123	143	156
Sonstige Waren	.	.	214	194	208	204
dar. Bücher	.	.	241	192	201	186
Papier- und Schreibwaren	.	.	187	171	191	167
Galanterie- und Lederwaren	.	.	159	125	125	137
Apotheken	.	.	187	176	203	202
Drogerien	.	.	219	186	216	215
Foto und Optik	.	.	211	217	231	258
Büromaschinen und Büromöbel	.	.	168	144	171	152
Fahrräder, Krafträder u. Zubehör	.	.	180	200	215	224
Kraftwagen und Zubehör	.	.	253	250	247	238
Uhren, Gold- und Silberwaren	.	.	208	175	198	205
Blumen und Sämereien	.	.	268	208	236	229
Brennmaterial	.	.	167	161	158	161
2. Umsatz-Index des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes (1962 = 100)						
* Gastgewerbe insgesamt	.	.	95	97	114	117
Beherbergungsgewerbe zusammen	.	.	117	129	131	140
dav. Hotels	.	.	119	128	130	137
Gasthöfe	.	.	114	115	117	129
Fremdenheime und Pensionen	.	.	110	141	141	161
Schankgewerbe zusammen	.	.	89	88	110	111
dav. Gast- und Speisewirtschaften	.	.	85	85	108	108
Bahnhofswirtschaften	.	.	101	99	99	111
Cafés	.	.	105	101	87	96
Bars, Tanz- und Vergnügungsbetriebe	.	.	100	104
3. Fremdenverkehr 1) 2)						
* Zahl der gemeldeten Fremden	81 041	48 229	115 127	129 810	137 422	162 982
dar. Ausländer	11 283	10 303	40 832	49 927	53 079	70 396
* Zahl der Übernachtungen	180 185	103 109	226 553	259 045	259 840	300 021
dar. Ausländer	27 491	22 805	79 016	95 906	96 232	121 331
Bettenausnutzung % der höchstmöglichen Belegung nach dem Bettenstand vom 1. April des jeweiligen Jahres	46	55	55	63	63	70
4. Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost (in Mio DM) 3)						
* Bezüge Hamburgs	.	5	7	7	10	7
* Lieferungen Hamburgs	.	3	10	11	8	21
5. Handel mit Berlin (West) (in Mio DM) 4)						
* Bezüge Hamburgs	.	9	105	111	115	107
* Lieferungen Hamburgs	.	37	132	133	144	115

1) Ohne Heime, Jugendherbergen, Massenquartiere und Privatquartiere. — 2) 1938 einschl. der Hospize, Herbergen und ähnlicher Vereinshäuser.
3) Quelle: Statistisches Bundesamt.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			September 1964	September 1965	August 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Handel und Gastgewerbe						
6. Ausfuhr in Hamburg hergestellter Waren (in Mio DM)						
* Insgesamt	.	26	175	206	174	182
dav. nach Warengruppen	.					
Ernährungswirtschaft	.	1	15	13	20	23
Gewerbliche Wirtschaft	.	25	160	193	154	159
dav. Rohstoffe	.	1	3	2	3	2
Halbwaren	.	12	37	37	37	52
Fertigwaren	.	12	120	154	114	105
dav. Vorerzeugnisse	.	2	9	9	10	9
Enderzeugnisse	.	10	111	145	104	96
dav. nach ausgewählten Verbrauchsgebieten	.					
Europa	.	.	118	105	119	123
dar. EWG-Länder	.	.	47	42	45	39
EFTA-Länder	.	.	52	49	58	66
Afrika	.	.	13	49	12	12
Amerika	.	.	24	28	24	29
dav. Nordamerika	.	.	11	13	10	10
dar. USA	.	.	10	12	9	9
Mittelamerika	.	.	4	4	2	2
Südamerika	.	.	9	11	12	17
Asien	.	.	17	22	17	16
Australien und Ozeanien	.	.	3	2	2	2
7. Deutscher Außenhandelsverkehr über Hamburg						
1936						
Wareneinfuhr (in 1000 t)	648	464	1 818	1 731	.	1 795
Warengruppen:						
dar. Ernährungswirtschaft	161	185	392	317	.	352
Gewerbliche Wirtschaft	487	278	1 426	1 414	.	1 443
dav. Rohstoffe und Halbwaren	480	272	1 362	1 347	.	1 372
Fertigwaren	7	6	64	67	.	71
Ländergruppen:						
dar. Europa	319	134	376	352	.	272
dav. EWG-Länder	29	32		70	.	66
EFTA-Länder	179	75		155	.	131
Sonstige Länder	111	27		127	.	75
Außereuropa	329	330	1 818	1 379	.	1 522
dav. Amerika	214	150	602	554	.	600
dav. Nordamerika	77	73		320	.	322
Mittelamerika	83	25		18	.	33
Südamerika	54	52		216	.	245
Afrika	46	60	282	217	.	309
Asien	64	118	539	585	.	594
Australien und Ozeanien	3	2	19	23	.	19
Warenausfuhr (in 1000 t)	168	216	350	283	.	285
Warengruppen:						
dar. Ernährungswirtschaft	12	4	62	49	.	45
Gewerbliche Wirtschaft	156	212	288	234	.	240
dav. Rohstoffe	84	16	31	14	.	15
Halbwaren	72	160	140	110	.	113
Fertigwaren		36	117	110	.	112
dav. Vorerzeugnisse		17	37	37	.	44
Enderzeugnisse		19	80	73	.	68
Ländergruppen:						
dar. Europa	80	153	179	130	.	145
dav. EWG-Länder	13	4	13	9	.	15
EFTA-Länder	44	125	136	100	.	108
Sonstige Länder	23	24	30	21	.	22
Außereuropa	88	58	147	132	.	132
dav. Amerika	45	38	59	49	.	46
dav. Nordamerika	18	17	31	26	.	22
dar. USA	13	12	26	22	.	18
Mittelamerika	7	5	10	8	.	7
Südamerika	20	16	18	15	.	17
Afrika	11	8	36	39	.	36
Asien	30	8	47	39	.	44
Australien und Ozeanien	2	4	5	5	.	6
Verkehr						
1938						
1. Seeschifffahrt						
a) Schiffsverkehr zur See						
Angekommene Schiffe	1 512	955	1 677	1 661	1 756	1 776
dar. deutsche Schiffe	1 027	526	955	955	988	1 012
Abgegangene Schiffe	1 610	1 017	1 803	1 754	1 838	1 841
dar. deutsche Schiffe	1 118	591	1 077	1 041	1 083	1 101
Raumgehalt der angekommenen Schiffe						
in 1000 NRT	1 714	937	2 955	2 875	2 840	3 051
dar. deutsche Schiffe	873	128	762	799	730	902
Raumgehalt der abgegangenen Schiffe						
in 1000 NRT	1 712	936	2 960	2 900	2 889	2 973
dar. deutsche Schiffe	875	135	781	788	776	897

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			September 1964	September 1965	August 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Verkehr						
Seeschifffahrt						
b) Linienschifffahrt (Linien) 1)	184	176	262	264	260	261
dav. Europa	102	84	79	80	75	76
Außereuropa	82	92	183	184	185	185
Reisen (Abfahrten)	728	319	746	760	718	758
dar. nach Europäischem Ausland	383	159	304	304	277	313
Amerika	72	54	170	171	177	161
Afrika	37	18	105	99	99	102
Asien	33	23	91	88	87	96
Australien	7	4	15	13	16	17
c) Personenverkehr über See						
Ausreisende insgesamt	6 744	870	1 920	2 338	2 020 p	2 849 r
dar. nach Häfen in						
Nord-Europa			347	227	150 p	223 r
(einschl. Ostseegebiet)						
West-Europa			419	535	380 p	588 r
(einschl. Großbritannien			557	775	1 000 p	1 596 r
und Irland)			290	636	430 p	260 r
Nordamerika	2 882	446	557	775	1 000 p	1 596 r
Südamerika	1 286	231	290	636	430 p	260 r
Einreisende insgesamt	5 373	333	1 532	1 875	1 470 p	1 848 r
dar. von Häfen in						
Nord-Europa			128	170	140 p	163 r
(einschl. Ostseegebiet)						
West-Europa			405	511	340 p	471 r
(einschl. Großbritannien			558	563	580 p	941 r
und Irland)			295	463	290 p	128 r
Nordamerika	2 057	171	558	563	580 p	941 r
Südamerika	882	30	295	463	290 p	128 r
d) Güterverkehr zur See (in 1000 t brutto)	2 147	919	2 951	2 772	2 943 p	3 010
dav. Empfang	1 521	620	2 224	2 092	2 254 p	2 320
dav. Massengut	980	429	1 678	1 597	1 675 p	1 748
dar. Mineralöle	307	162	976	961	961	1 066
Kohle	262	113	215	180	.	257
Getreide	133	70	227	211	.	138
Sackgut			101	91		
Stückgut	541	191	445	404	579 p	572
dav. nach Verkehrsbezirken:						
Inland	110	110	42	45	.	74
Europäisches Ausland	520	159	458	433	.	352
Außereuropa	891	351	1 724	1 614	.	1 894
dar. Nahost und						
Persischer Golf		128	485	512	.	518
Vereinigte Staaten						
von Amerika	171	78	373	305	.	390
Versand	626	299	727	680	689 p	690
dav. Massengut	205	144	307	275	289 p	294
Sackgut			72	52		
Stückgut	421	155	348	353	400 p	396
dav. nach Verkehrsbezirken:						
Inland	149	32	105	89	.	92
Europäisches Ausland	302	170	324	299	.	308
Außereuropa	175	97	298	292	.	290
2. Binnenschifffahrt						
a) Schiffsverkehr auf Binnenwasserstraßen						
Angekommene Schiffe	2 674	1 716	2 291	2 577	2 628	2 575
Abgegangene Schiffe	2 560	1 677	2 165	2 470	2 470	2 452
Tragfähigk. der angek. Schiffe in 1000 t	879	362	739	784	874	867
Tragfähigk. der abgeg. Schiffe in 1000 t	845	344	703	775	817	814
b) Güterverkehr auf Binnenwasserstraßen						
Eingang (in 1000 t)	318	151	292	328	408	401
dar. Bundesrepublik	77	101	261	300	366	343
dav. Niederelbe	24	32	64	74	90	86
Oberelbe bis Zonengrenze	53	62	175	211	236	221
Mittellandkanal	0	7	22	15	40	36
Berlin (West)	7	25	9	10	7	5
Sowjetische Besatzungszone	155	3	7	6	11	21
Tschechoslowakei	42	22	15	12	24	32
Ausgang (in 1000 t)	504	121	285	263	290	291
dar. Bundesrepublik	59	81	166	169	191	195
dav. Niederelbe	49	48	129	139	135	149
Oberelbe bis Zonengrenze	10	32	27	22	26	17
Mittellandkanal	0	1	10	8	30	29
Berlin (West)	29	28	65	62	47	45
Sowjetische Besatzungszone	268	2	31	10	12	10
Tschechoslowakei	34	10	23	22	40	41
3. Flugverkehr (gewerblicher Verkehr)						
Gelandete Flugzeuge	351	491	1 940	2 308	.	2 647
Gestartete Flugzeuge	352	491	1 947	2 313	.	2 656
Angekommene Fluggäste	1 818	4 993	59 300	72 714	.	85 866
dar. aus dem Ausland			19 195	25 495	.	27 065
Abgereiste Fluggäste	1 812	4 203	59 828	78 496	.	91 216
dar. nach dem Ausland			19 323	25 786	.	28 620
Angekommene Fracht in t	22,8	186,8	533	550	.	530
dar. aus dem Ausland					.	
Abgegangene Fracht in t	20,3	58,7	486	558	.	577
dar. nach dem Ausland					.	
Angekommene Post in t	9,0	35,6	179	188	.	191
Abgegangene Post in t	5,6	15,8	211	222	.	244
4. Bundesbahnverkehr						
Güterempfang in 1000 t (öffentlicher Verkehr)		416,9	.	571,2	.	.
Güterversand in 1000 t (öffentlicher Verkehr)		246,8	.	597,6	.	.
Gestellte Güterwagen		31 414	48 699	48 164	44 820	41 595

1) Stand Ende des Jahres bzw. Monats.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			September 1964	September 1965	August 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Verkehr						
5. Personenverkehr Hamburger Verkehrsmittel						
Beförderte Personen (in 1000)						
Stadtbahn (S-Bahn)	7 939	11 064	9 718	9 760	9 727	9 121
Hoch- und Untergrundbahn (einschl. W-Bahn)	6 571	11 752	13 690	13 192	13 627	13 343
Straßenbahn	13 799	23 498	10 533	10 342	8 882	8 556
Kraftomnibusse der HHA 1) 2)	1 083	2 028	9 101	9 186 r	9 568	9 268
Alsterdampfer	281	337	153	210	203	236
Schiffe der Hafendampfschiffahrt AG.	1 339	1 362	1 244	1 289		
Kraftomnibusse der VHH AG. 2) 3)	373	786	573	587	603	584
Kraftomnibusse der Deutschen Bundespost	.	.	19	14	21	19
Kraftomnibusse der Deutschen Bundesbahn	.	.	379	394	420	423
Private Kraftomnibusse 2)	.	200	290	351	.	.
6. Kraftfahrzeuge						
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung (im Verkehr befindlich) insgesamt 4)	82 080	59 100	323 460	323 961	352 225	350 984
dar. Personenkraftwagen 5)	39 260	25 948	280 404	279 190	309 307	307 887
b) Zulassungen von fabrikneuen Kraftfahrzeugen insgesamt	928	1 177	4 567	4 477	.	3 744
dar. Kraffräder	232	221	17	5	.	7
Personenkraftwagen	501	644	3 694	3 549	.	3 065
Kombinationskraftwagen	—	—	412	392	.	333
Lastkraftwagen	179	288	363	396	.	308
7. Straßenverkehrsunfälle						
Zahl der Verkehrsunfälle	865	1 058	2 341	2 437	2 343	2 350
dav. mit Personenschaden 6)	459	426	918	998	921	890
mit nur Sachschaden	406	632	1 424	1 439	1 422	1 460
Getötete Personen	8	12	30	27	22	14
Verletzte Personen	517	483	1 184	1 266	1 181	1 198
Geld und Kredit						
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbanken)						
(Beträge in Mio DM)						
a) Kredite der Kreditinstitute 7)	.	1 556,1	11 935,5 r	12 249,7	13 957,5	13 627,0
* Kredite an Nichtkreditinst. am Monatsende	.	1 353,8	3 964,5	3 989,2	4 328,1	4 101,6
dav. kurzfristige Kredite 8)	.	1 328,7	3 945,4	3 976,9	4 321,5	4 094,8
dav. an Wirtschaft und Private	.	25,1	19,1	12,3	6,6	6,8
an öffentl.-rechtl. Körperschaft.	.	55,8	1 497,8	1 623,4	1 950,6	1 908,7
mittelfristige Kredite 7) 8) 9)	.	55,6	1 365,8	1 475,9	1 780,2	1 732,7
dav. an Wirtschaft und Private	.	0,2	132,0	147,5	170,4	176,0
an öffentl.-rechtl. Körperschaft.	.	145,5	6 393,8	6 637,1	7 678,8	7 616,7
* langfristige Kredite 7) 8) 9)	.	146,0	5 581,8	5 757,2	6 623,7	6 570,0
dav. an Wirtschaft und Private	.	0,5	812,0	867,0	1 055,1	1 046,7
an öffentl.-rechtl. Körperschaft.	.	105,7	908,3	910,6	970,3	961,5
Kredite an Kreditinst. am Monatsende
b) Einlagen bei den Kreditinstituten	.	1 152,3	7 585,8	7 640,6	8 304,9	8 435,0
* Einlagen von Nichtkreditinstituten am Monatsende	.	1 026,3	4 064,6	4 071,0	4 165,5	4 325,8
dav. Sicht- und Termineinlagen	.	848,0	3 537,9	3 478,4	3 565,3	3 717,3
dav. von Wirtschaft und Privaten	.	178,3	526,7	592,6	600,2	608,5
von öffentl.-rechtl. Körperschaft.	.	126,0	3 521,2	3 569,6	4 139,4	4 109,2
* Spareinlagen	.	97,2	2 432,2	2 450,2	2 831,1	2 809,5
dar. bei Sparkassen	.	.	877,3	902,4	1 051,4	1 045,4
Kreditbanken	.	106,6	2 214,2	2 350,8	2 338,8	2 355,0
Einlagen von Kreditinstituten am Monatsende
c) Sparverkehr	.	126,0	3 521,2	3 569,6	4 139,4	4 109,2
* Sämtliche Kreditinstitute 10)	.	12,4	—	—	—	—
Spareinlagen am Monatsende	.	—	338,4	340,8	410,5	405,8
dar. steuerbegünstigt	.	—	195,8	168,4	207,6	241,3
prämienbegünstigt	.	10,2	167,8	151,9	177,7	223,6
* Gutschriften	.	7,3	27,9	16,5	29,9	17,7
* Lastschriften	.	2,6	10,0	0,1	0,3	0,5
Saldo der Gut- und Lastschriften
Zinsen
2. Zahlungsschwierigkeiten, Leihhäuser						
a) Wechselproteste 11) (Zahl)	.	1 324	1 203	1 046	1 086	960
Betrag in 1000 DM	.	1 194	1 451	1 185	1 494	1 335
Durchschnittsbetrag je protest. Wechsel in DM	.	902	1 206	1 133	1 376	1 391
b) Konkurse und Vergleichsverfahren (Zahl)	12	25	12	28	10	10
Konkurse	1	3	1	—	—	—
Eröffnete Vergleichsverfahren
c) Mahn- und Offenbarungseidverfahren (Zahl)	14 894	21 302	21 705	21 585	22 732	19 298
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	.	2 392	2 969	3 162	3 313	2 990
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides	.	848	1 286	1 156	1 176	1 344
Haftbefehle zur Erzwungung des Offenbarungseides	.	124	399	358	350	328
Abgeleistete Offenbarungseide
d) Öffentliche Leihhäuser	19 155	13 214	3 736	3 979	3 715	3 704
Verpfändungen 12), Zahl	298 306	384 610	410 037	461 869	667 607	640 065
RM/DM	13 235	12 709	3 380	3 507	2 990	2 791
Einlösungen, Zahl	176 172	401 990	351 331	379 288	454 196	404 867
RM/DM

1) 1950 einschl. Obusse. — 2) Ab Januar 1963 ohne den von den Ländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen genehmigten Linienverkehr. — 3) 1938 und 1950 BGE und Südstorm. Kreisbahn (einschl. Eisenbahnbetrieb). — 4) Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — 5) Einschl. Kombinationskraftwagen. — 6) Teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — 7) Ab 1. 1. 1964 einschl. durchlaufender Mittel. — 8) 133 berichtspflichtige Institute. — 9) Bis einschl. Mai 1950 ohne Wirtschaft und Private. — 10) Ohne Postsparkasse. — 11) Wechselproteste der Kreditinstitute und der Post. — 12) Einschließlich Erneuerungen.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			September 1964	September 1965	August 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Geld und Kredit						
3. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg						
Aktiengesellschaften, Zahl	.	.	161	160	164	163
Kapital in Mio DM	.	.	3 717,1	2 868,0	3 974,0	3 970,0
Gesellschaften m. b. H., Zahl	.	.	3 696	3 714	3 920	3 910
Kapital in Mio DM	.	.	2 549,3	2 841,0	2 984,6	2 985,0
Steuern¹⁾						
Steueraufkommen (in 1000 RM/DM) ²⁾						
1. Bundessteuern						
* Umsatzsteuer	9 363	22 996	78 447	81 571	80 219	82 674
* Umsatzausgleichsteuer	2 180	2 779	33 270	32 250	35 582	33 260
* Beförderungsteuer	79	943	1 453	1 580	1 355	1 303
Notopfer Berlin	..	1 749	129	16	162	203
* Zölle	45 572	17 772	56 438	38 524	45 588	46 219
* Verbrauchsteuern	31 925	42 968	309 886	387 528	381 929	375 321
dav. Tabaksteuer	24 492	32 535	64 459	66 306	68 243	66 050
Kaffeesteuer	..	5 831	25 773	27 003	23 884	28 940
Teesteuer	..	521	946	4 530	48	1 230
Branntweinmonopol ³⁾	249	2 514	4 716	7 897	3 851	5 160
Mineralölsteuer	51	871	213 828	281 525	285 797	273 779
Sonstige Verbrauchsteuern	7 133	697	165	267	106	163
* Summe der Bundessteuern	..	89 211	479 624	541 468	544 836	538 979
* Außerdem: Lastenausgleichsabgaben	..	9 478 ⁴⁾	6 989	1 509	1 425	13 706
dav. Vermögensabgabe	..	5 352	5 467	505	369	13 212
Hypothekengewinnabgabe	..	2 771	1 204	979	1 051	370
Kreditgewinnabgabe	319	26	4	124
2. Landessteuern						
* Lohnsteuer	7 390	10 051	86 807	92 252	94 541	99 053
* Veranlagte Einkommensteuer	17 032	9 277	65 327	148 945	154 524	18 571
* Nichtveranlagte Steuer vom Ertrag	552	224	11 854	1 614	7 831	18 043
* Körperschaftsteuer	8 928	9 544	43 494	112 309	105 681	8 437
* Steuern vom Einkommen zusammen	33 902	29 097	207 482	355 119	362 577	127 231
dav. an den Bund abgeführt ⁵⁾	80 918	138 496	141 405	49 620
Hamburg verblieben	126 564	216 623	221 172	77 611
* Vermögensteuer	1 513	466	10 756	3 473	2 648	28 047
Erbschaftsteuer	469	63	1 223	1 624	19 740	1 530
Gründerwerbsteuer	398	135	1 505	1 247	1 500	2 038
Kapitalverkehrssteuer	227	179	2 296	2 409	544	3 877
* Kraftfahrzeugsteuer	423	1 312	7 297	6 877	7 575	6 835
* Versicherungssteuer	559	847	3 806	3 276	3 965	4 480
* Rennwett- und Lotteriesteuer	452	820	2 511	1 718	2 034	2 007
* Wechselsteuer	0	536	803	711	757	923
* Feuerschutzsteuer	15	127	179	—	310	310
* Biersteuer	792	870	2 293	2 701	—	2 898
* Summe der Landessteuern	..	34 461	240 152	378 839	403 729	180 207
3. Gemeindesteuern						
* Realsteuern	9 974	8 666	46 638	5 940	4 446	103 450
dav. Grundsteuer A	50	42	71	27	27	208
Grundsteuer B	4 538	3 365	4 941	952	943	13 947
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital	4 668	4 215	36 249	4 733	3 262	88 541
Gewerbsteuer nach der Lohnsumme	718	1 044	5 377	228	214	754
Gewerbsteuerzuschüsse	24	29	433	—	8	—
* Übrige Gemeindesteuern	7 411	1 864	570	432	408	511
dar. Kinosteuer	123	497	68	92	95	116
Übrige Vergnügungsteuer	106	146	293	284	256	315
Hundesteuer	68	132	208	54	56	80
* Summe der Gemeindesteuern	17 385	10 071	47 208	6 372	4 854	103 961
Öffentliche Ordnung und Sicherheit						
1. Feuerlösch- und Unfalldienst						
Gesamtzahl der Alarmierungen	633	1 427	4 418	4 406	5 320	4 926
dav. Feueralarme	187	185	320	240	263	227
dav. falsche Alarme und Unfug-	49	39	61	66	73	63
meldungen
bekämpfte Brände insgesamt	138	146	259	174	190	164
dav. Großbrände	10	4	16	19	6	5
Mittelbrände	17	14	42	22	15	15
Kleinbrände	88	114	111	63	101	71
Entstehungsbrände	80	63	68	73
Schornsteinbrände	..	10	10	7	—	—
Hilfeleistungen aller Art	446	1 242	4 098	4 166	5 057	4 699
dar. bei Straßen- und Verkehrs-
unfällen	..	314	1 090	1 139	1 248	1 252
Betriebsunfällen	..	235	531	574	606	576
Hierbei durchgeführte Unfalltransporte	..	976	3 851	3 916	4 664	4 450
2. Krankenbeförderungswesen						
Ausgeführte Krankentransporte	..	5 625	4 544	4 422	4 429	4 015
Beförderte Personen	..	6 449	4 775	4 675	4 372	4 227

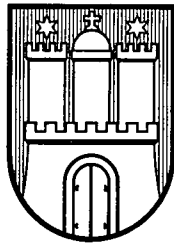
1) Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben. — 2) Monatsdurchschnitt 1938 = Durchschnitt des Rechnungsjahres 1938. — 3) Ohne die Einnahmen der Bundesmonopolverwaltung für Branntwein. — 4) Einschl. Soforthilfsonderabgabe. — 5) 1963 = 38 %, 1964 = 39 %.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			September 1964	September 1965	August 1965	
	1938	1950	1964				
Noch: Öffentliche Ordnung und Sicherheit							
3. Feststellungen der Polizei							
Straftaten		5 443	7 865	8 109	8 721	7 950	
dar. Sittlichkeitsdelikte		142	206	200	221	186	
Mord und Totschlag		2	5	3	2	4	
Fahrlässige Tötung 1)		11	2	1	—	2	
Körperverletzung 2)		32	89	96	91	86	
Einfacher Diebstahl		2 416	3 416	3 520	3 612	3 557	
Schwerer Diebstahl		558	1 651	1 786	2 071	1 887	
Diebstähle zusammen		2 974	5 067	5 306	5 683	5 444	
dar. Kraftwagen- u. -gebrauchsdiebstahl		36	158	153	196	230	
Fahrrad- und -gebrauchsdiebstahl		202	379	480	466	310	
Moped-, Motorrad- und -gebrauchsdiebstahl			185	228	177	134	
Taschendiebstahl		78	40	30	45	52	
Unterschlagung		357	224	182	244	192	
Raub und Erpressung		11	39	28	50	42	
Begünstigung und Hehlerei		99	127	143	80	74	
Betrug und Untreue		607	730	728	757	585	
Brandstiftung		39	42	19	18	16	
Münzdelikte		13	—	1	1	—	
Außerdem:							
Verkehrsvergehensanzeigen			792	768	818	910	
Übertretungsanzeigen 3)			8 192	7 689	8 354	8 214	
Ordnungswidrigkeitenberichte			477	379	429	352	
Gebührenpflichtige Verwarnungen 4)			27 456	28 688	28 807	28 032	
4. Rechtskräftig Abgeurteilte							
Abgeurteilte insgesamt		1 316	1 894	1 904	1 165 5)	1 516	
dav. Erwachsene n. allg. Strafrecht abgeurt.		1 229	1 554	1 557	988	1 268	
Heranwachs. n. allg. Strafrecht abgeurt.			125	140	72	91	
Jugendliche n. Jugendstrafrecht abgeurt.		87	133	161	78	109	
Heranwachsende n. Jugendstrafr. abgeurt.			82	46	27	48	
dar. Widerstand gegen die Staatsgewalt		12	6	3	4	3	
Fahrerflucht		6	65	57	66	74	
Straftaten gegen den Personenstand, die Ehe und die Familie		4	50	58	28	56	
Verbrech. u. Vergeh. wider die Sittlichkeit		51	51	49	31	54	
Beleidigung, üble Nachrede		24	19	19	11	18	
Verbrech. u. Vergeh. wider das Leben		9	12	9	5	11	
Körperverletzung		52	125	125	79	109	
Einfacher Diebstahl		324	311	378	232	280	
Schwerer Diebstahl		80	82	64	44	63	
Einf. u. schwerer Diebstahl im Rückfall		79	57	65	39	53	
Unterschlagung		70	50	41	37	51	
Raub und Erpressung		9	13	6	9	13	
Begünstigung und Hehlerei		68	41	32	24	36	
Betrug und Untreue		92	154	127	99	146	
Urkundenfälschung		19	15	13	10	12	
Vergehen gegen das StVG.		53	278	320	177	202	
Löhne und Gehälter 6) 7)				Julii 1964	Julii 1965	April 1965	
1. Arbeiterverdienste in der Industrie 8)							
* Bruttowochenverdienste in RM/DM	männlich	51	77	213	213	235	227
	weiblich	27	44	128	128	142	135
* Bruttostundenverdienste in RM/DM	männlich	1,00	1,57	4,67	4,67	5,12	5,04
	weiblich	0,57	0,97	3,02	3,01	3,35	3,22
* Bezahlte Wochenstunden in Std.	männlich	51,4	48,8	45,6	45,6	45,8	45,1
	weiblich	47,4	45,4	42,4	42,3	42,3	42,1
* Geleistete Wochenarbeitszeit in Std.	männlich			42,5	38,5	37,2	40,5
	weiblich			39,0	33,2	30,7	37,5
2. Angestelltenverdienste (Bruttomonatsverd. i. DM)							
Industrie 8)							
* Kaufmännische Angestellte	männlich			1 019	1 017	1 101	1 077
	weiblich			688	685	753	732
* Technische Angestellte	männlich			1 101	1 100	1 191	1 167
	weiblich			689	684	754	733
Handel, Kreditinstitute u. Versicherungsgewerbe							
* Kaufmännische Angestellte	männlich			947	945	1 042	1 024
	weiblich			606	605	671	654
* Technische Angestellte	männlich			1 035	1 028	1 138	1 086
	weiblich			1 037	1 011	1 198	1 075
Industrie, Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe							
* Kaufmännische Angestellte	männlich			966	964	1 058	1 038
	weiblich			627	625	692	674
* Technische Angestellte	männlich			1 095	1 094	1 185	1 159
	weiblich			769	765	842	815

1) Ohne Verkehrsunfälle. — 2) Ohne §§ 223 und 230. — 3) Aus Verkehrsvorschriften und StGB. — 4) Aus Verkehrsvorschriften und Ordnungswidrigkeitenrecht. — 5) Außerdem: Aussetzung der Verhängung der Jugendstrafe (§ 27 JGG) September 1965 (—) Jugendliche und (—) Heranwachsende. — Absehen von der Verfolgung (§ 45 JGG) September 1965 28 Jugendliche. — 6) 1938 = September 1938 und 1950 = Durchschnitt der vier Erhebungsmonate. — 7) Ab 1964 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — 8) Einschl. Energiewirtschaft und Hoch- und Tiefbau.

HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1965

Dezember-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Die Wahl zum 5. Deutschen Bundestag am 19. September 1965 in Hamburg

Rechtsgrundlagen und Wahlsystem

Als Rechtsgrundlage für die Bundestagswahl 1965 galten das Bundeswahlgesetz (BWG) vom 7. Mai 1956 mit den Änderungen durch die Gesetze vom 23. Dezember 1956, 14. Februar 1964 und 16. März 1965 sowie die Bundeswahlordnung (BWO) in der Fassung vom 8. April 1965. Die Wahl 1965 wurde im grundsätzlichen nach den gleichen Vorschriften wie die Bundestagswahlen 1957 und 1961 durchgeführt. Die wesentlichsten Wahlgesetzänderungen betrafen die neue Wahlkreiseinteilung, die Vorabentscheidung bei der Prüfung der Parteiloseigenschaft durch den Bundeswahlausschuß sowie die Vorverlegung der Termine für die Einreichung und Zulassung der Wahlvorschläge. Die Bundeswahlordnung 1965 enthielt einige Änderungen auf Grund von Erfahrungen bei der Bundestagswahl 1961 und berücksichtigte die Auswirkungen des geänderten Wahlgesetzes. Die neue Bestimmung in § 15, Absatz 2 der BWO, nach der ein Wahlberechtigter, der sich nach dem Stichtag, aber vor dem Beginn der Auslegungsfrist anmeldet, statt bisher auf Antrag nunmehr von Amtes wegen in das Wählerverzeichnis des neuen Wahlbezirks einzutragen ist, verursachte in einer Großstadt wie Hamburg einen erheblichen Arbeitsaufwand.

Nach dem Bundeswahlgesetz sind wahlberechtigt alle Deutschen im Sinne des Art. 116 Absatz 1 des Grundgesetzes, die am Wahltag das 21. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens 3 Monaten ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im Wahlgebiet haben (aktives Wahlrecht); wählbar ist, wer seit mindestens einem Jahr Deutscher ist und das 25. Lebensjahr vollendet hat (passives Wahlrecht). Beim aktiven und passiven Wahlrecht bestehen einige Einschränkungen (z. B. bei Unmündigkeit, Aberkennung der Ehrenrechte).

Die 496 Abgeordneten des Bundestages werden zur Hälfte mit der Erststimme in 248 Wahlkreisen gewählt. Hier gilt derjenige Bewerber als gewählt, der die meisten der abgegebenen gültigen Stimmen im Wahlkreis erhalten hat. Die andere Hälfte der 496 Abgeordneten wird mit der Zweitstimme auf Landeslisten der Parteien gewählt. Der Wähler hat dabei die Möglichkeit, seine Zweitstimme einer anderen als der Partei zu geben, welcher der von ihm mit der Erststimme gewählte Bewerber angehört. Von dieser Möglichkeit wird jedoch nur verhältnismäßig selten Gebrauch gemacht, wie die Sonderauszählungen aus repräsentativen Wahlbezirken 1957 und 1961 ergeben haben.

Die Wahlkreise

Die Wahlkreisgrenzen hatten sich seit der Bundestagswahl im Jahre 1949 nicht geändert. Im Anschluß an die Bundestagswahl 1957 hatte der Bundespräsident auf Grund des § 3 BWG eine Wahlkreiskommission berufen, die die Aufgabe hat, der Bundesregierung im Laufe des ersten Jahres nach Zusammentritt des neuen Bundestages einen Bericht mit Vorschlägen über Änderungen der Wahlkreiseinteilung zu erstatten. Die Abweichungen in den einzelnen Wahlkreisen nach der Bevölkerungszahl sollen nicht mehr als $33\frac{1}{3}\%$ nach oben oder unten von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlkreise betragen.

Diese Wahlkreiskommission trat nach der Bundestagswahl 1957 erstmalig zusammen und erstattete der Bundesregierung am 20. Juni 1958 den ersten Bericht. Diese Vorschläge, nach denen es keine Bundestagswahlkreise mit einer Abweichung nach der Einwohnerzahl um mehr als $33\frac{1}{3}\%$ gegeben hätte, wurden jedoch vor der Bundestagswahl 1961 nicht mehr verwirklicht, sondern erst der zweite Bericht

der Wahlkreiskommission vom 14. September 1962. Dadurch wurde das Wahlgebiet in 248 Wahlkreise neu eingeteilt. Die Zahl der Wahlkreise in Hamburg (8) blieb danach unverändert. Dagegen wurden die Grenzen der 8 Hamburger Wahlkreise neu festgelegt. Der Bericht der Wahlkreiskommission sagt zu der Neueinteilung des Gebiets der Freien und Hansestadt Hamburg folgendes:

„Das Land Hamburg erhält wie bisher 8 Wahlkreise. Infolge der Bevölkerungsverchiebung innerhalb Hamburgs und mit Rücksicht darauf, daß sich die gegenwärtigen Wahlkreise mit den in Hamburg bestehenden Bezirken in keinem Fall decken, hielt die Kommission schon in ihrem Bericht von 1958 eine Neueinteilung für zweckmäßig. Dieser Neueinteilungsvorschlag wird aufrechterhalten und wie folgt begründet:

Da in Hamburg die Bezirke von besonderer Bedeutung sind, weil es sich hier um eine gesetzlich festgelegte Dezentralisierung der Verwaltung handelt, ist der Bezirkseinteilung soweit wie möglich Rechnung zu tragen. Dies erscheint aber nur für die Wahlkreise 14 Eimsbüttel, 15 Hamburg-Nord I, 16 Hamburg-Nord II und 19 Harburg möglich, von denen die Wahlkreise 15 und 16 aus dem Bezirk Hamburg-Nord gebildet sind. Der Bezirk Wandsbek konnte nicht ungeschmälert als eigener Wahlkreis ausgewiesen werden, weil hier die Bevölkerung bis zum 1. Januar 1962 auf rund 280 000 angestiegen ist. Um zu einigermaßen ausgeglichenen Einwohnerzahlen zu kommen, war es nötig, einige Ortsteile aus dem Südtteil des Bezirks Wandsbek und den westlichen Teil des Bezirks Hamburg-Mitte (Ortsamt Billstedt) dem Wahlkreis 18 Bergedorf zuzuschlagen. Ferner mußten einige Ortsteile vom Bezirk Altona abgetrennt und mit dem um das Ortsamt Billstedt verkleinerten Bezirk Hamburg-Mitte zum Wahlkreis 12 Hamburg-Mitte zusammengefaßt werden. Dabei verbleibt der Kern des Bezirks Altona mit Rathaus und Bahnhof beim Wahlkreis 13 Altona. Die Abweichung der Einwohnerzahl vom Bundesdurchschnitt in dem vorgeschlagenen größten Wahlkreis 17 Wandsbek beträgt + 22,3 vH, die des kleinsten Wahlkreises 16 Hamburg-Nord II — 18,4 vH.“

Beim Vergleich von Wahlkreisergebnissen muß also berücksichtigt werden, daß infolge der Neuabgrenzung der Wahlkreise bei der Bundestagswahl 1965 ein Vergleich mit den Ergebnissen der vorhergehenden Bundestagswahlen nur bedingt möglich ist.

Wahlbezirke

Die Grundlage für die Abgrenzung der Wahlbezirke in Hamburg bildete die Wahlbezirkseinteilung für die Wahl zum 4. Bundestag 1961. Infolge der Aufteilung von Wahlbezirken, deren Einwohnerzahl durch die Bevölkerungsentwicklung auf mehr als 2 500 Einwohner angewachsen war, stieg die Zahl der Wahlbezirke von 1 349 im Jahre 1961 auf 1 412 im Jahre 1965. Die Zahl der Anstaltsbezirke betrug bei dieser Wahl nur noch 7 gegenüber 8 im Jahre 1961, da die Anstaltsinsassen das Wahlrecht vorwiegend brieflich ausüben.

Die Wahlvorschläge

In Hamburg haben 5 Parteien jeweils in allen 8, eine Partei in 6 Wahlkreisen und eine Partei nur in einem Wahlkreis jeweils einen Bewerber sowie Landeslisten aufgestellt. Zum ersten Mal haben sich die Parteien: AUD, FSU und NPD an der Bundestagswahl beteiligt. Der Landeswahlausschuß hat 114 Bewerber auf Landeslisten, die Kreiswahlausschüsse haben 47 Bewerber in den Wahlkreisen zugelassen. Von der Gesamtzahl der in Wahlkreisen und auf Landeslisten benannten 161 Bewerber waren 44 Wahlkreisbewerber zugleich auf Landeslisten aufgestellt, so daß insgesamt 117 verschiedene Bewerber auftraten, darunter 14 Frauen.

Tabelle 1

Bewerber bei der Bundestagswahl in Hamburg am 19. September 1965

Parteien	Wahlkreisbewerber	Zahl der Bewerber auf Landeslisten
1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands SPD	8	20
2. Christlich-Demokratische Union CDU	8	17
3. Freie Demokratische Partei ... FDP	8	12
4. Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher AUD	1	15
5. Deutsche Friedens-Union DFU	8	20
6. Freisoziale Union FSU	6	10
7. Nationaldemokratische Partei Deutschlands NPD	8	20
Insgesamt	47	114

Wahlberechtigte, Wähler und Wahlbeteiligung

Die Zahl der Wahlberechtigten lag 1965 mit insgesamt 1 392 994 gegenüber der Bundestagswahl 1961 um nur rd. 6 600 oder 0,5 % höher.

Wie bei den Bundestagswahlen 1957 und 1961 waren auch 1965 rd. drei Viertel (75 %) der Hamburger Einwohner wahlberechtigt. Die unterschiedliche Altersstruktur in den einzelnen Hamburger Wahlkreisen

Tabelle 2

Die Wahlberechtigten und Wähler in den Hamburger Wahlkreisen bei der Bundestagswahl am 19. September 1965

Wahlkreis-Nr.	Einwohnerzahl am 31. 12. 1964	Wahlberechtigte		Wähler	
		Zahl	% der Einwohner	Zahl	Wahlbeteiligung %
	1	2	3	4	5
12	222 883	166 730	74,8	137 884	82,7
13	228 694	171 605	75,0	148 666	86,6
14	264 114	202 053	76,5	172 792	85,5
15	236 886	179 038	75,6	154 165	86,1
16	168 814	132 899	78,7	115 932	87,2
17	307 019	226 967	73,9	198 765	87,6
18	231 658	168 775	72,9	147 227	87,2
19	197 363	144 927	73,4	127 503	88,0
Insgesamt 1965	1 857 431	1 392 994	75,0	1 202 934	86,4
Dagegen 1961	1 836 958	1 386 411	75,5	1 227 787	88,6
1957	1 760 094	1 328 657	75,5	1 185 178	89,2
1953	1 691 498	1 259 353	74,5	1 085 279	86,2

Tabelle 3

Anteil der Wähler in % der Wahlberechtigten in Hamburg bei den Bundestagswahlen 1957, 1961 und 1965

Bundestagswahlen	Wahlkreis-Nr.								Insgesamt
	12	13	14	15	16	17	18	19	
1965	82,7	86,6	85,5	86,1	87,2	87,6	87,2	88,0	86,4
1961 ¹⁾	83,6	89,2	88,3	88,3	89,5	89,4	89,7	89,0	88,6
1957 ¹⁾	84,9	89,6	89,2	88,8	89,9	90,2	90,4	89,9	89,2

¹⁾ Nach der alten Wahlkreiseinteilung.

kommt in den vom Hamburger Durchschnitt abweichenden Anteilen der wahlberechtigten Bevölkerung zum Ausdruck, die zwischen Wahlkreis Nr. 18 (überwiegend Bergedorf) mit 72,9 % und dem Wahlkreis Nr. 16 (Hamburg-Nord II) mit 78,7 % lagen. Das bedeutet also, daß der Anteil der unter 21jährigen an der Gesamtbevölkerung des Wahlkreises Nr. 18 besonders hoch liegt.

Die Zahl der Wähler nahm gegenüber 1961 um 2 % ab, was entsprechend in der geringeren Wahlbeteiligung (Anteil der Wähler an der Zahl der Wahlberechtigten) von 86,4 % gegenüber 1961 mit 88,6 % zum Ausdruck kommt. Aus der Veränderung der Wahlbeteiligung von 1961 zu 1965 ist zu erkennen, daß der Anteil der Nichtwähler zugenommen hat. Dabei handelt es sich bei der Bundestagswahl 1965 um rd. 190 000 Wahlberechtigte, die der Wahl ferngeblieben sind.

In allen Hamburger Wahlkreisen war die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 1965 geringer als 1961.

Die niedrigste Wahlbeteiligung (82,7 %) lag — wie auch 1961 — wieder im Wahlkreis Nr. 12 (überwiegend Hamburg-Mitte) und die höchste (88,0 %) im Wahlkreis Nr. 19 (Harburg).

Erstmals war die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 1965 in Hamburg mit 86,4 % niedriger als im Bundesdurchschnitt; unter dem Bundesdurchschnitt (86,8 %) lag die Wahlbeteiligung 1965 in den Ländern: Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein, Bayern, Bremen und Hamburg.

Tabelle 4

Wahlbeteiligung in Hamburg und im Bund bei den Bundestagswahlen 1949, 1953, 1957, 1961 und 1965 in % der Wahlberechtigten

Bundestagswahlen	1949	1953	1957	1961	1965
	1	2	3	4	5
Hamburg	81,2	86,2	89,2	88,6	86,4
Bundesdurchschnitt ..	78,5	86,0	87,8	87,7	86,8

Tabelle 5

Wahlbeteiligung in den Bundesländern bei den Bundestagswahlen 1957, 1961 und 1965 in % der Wahlberechtigten

Jahre	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1965	85,9	86,4	87,3	86,1	87,6	87,4	88,0	84,8	85,9	89,2
1961	88,0	88,6	88,5	88,2	88,4	89,2	88,2	84,8	87,2	87,7
1957	88,3	89,2	89,0	88,7	88,0	89,1	88,3	84,4	87,7	89,3

Das Wahlergebnis

Zum erstenmal wurde für die Ermittlung des Wahlergebnisses eine elektronische Datenverarbeitungsanlage vom Typ IBM 1401 eingesetzt, mit der neben dem Landesergebnis gleichzeitig die Ergebnisse für die 8 Hamburger Wahlkreise zusammengestellt wurden. Dadurch, daß auf Magnetbändern die Ergebnisse der Bundestagswahl 1961 gespeichert waren, konnten Vergleichsrechnungen mit den zuerst vorliegenden Wahlbezirksergebnissen angestellt werden, die dann für eine Vorausberechnung des Gesamtergebnisses weitere Verwendung fanden. Über die Zweckmäßigkeit und den Erfolg dieser Vorausberechnung wird in einem besonderen Aufsatz näher berichtet werden, wenn auch die Erfahrungen darüber aus der Bürgerschaftswahl 1966 vorliegen.

Ungültige Stimmen

Bei der Bundestagswahl 1953 lag der Anteil der ungültigen Stimmen, gemessen an der Zahl der Wähler, bei den Erststimmen höher als bei den Zweitstimmen, und zwar sowohl in Hamburg als auch im Bundesdurchschnitt. Seit den Bundestagswahlen 1957 dagegen war das Verhältnis in Hamburg und im Bund entgegengesetzt. Gleichzeitig ging der Anteil der ungültigen Erststimmen in Hamburg wie auch im Bund von Wahl zu Wahl zurück, während der Anteil der ungültigen Zweitstimmen seit 1953 stetig anstieg. Diese Entwicklung setzte sich bei der Bundestagswahl 1965 nicht weiter fort. Im Gegenteil: Bei der Bundestagswahl 1965 in Hamburg wie auch im Bundesdurchschnitt stieg der Anteil der ungültigen Stimmen bei den Erststimmen an, ging dagegen bei den

Zweitstimmen erheblich zurück — er betrug in Hamburg nur noch 1,3 % gegenüber 2,8 % bei der Bundestagswahl 1961 —, so daß wieder wie 1953 bei den Erststimmen der Anteil der ungültigen Stimmen in % der Wähler höher liegt als bei den Zweitstimmen. Es kann vermutet werden, daß der Rückgang der Zahl der ungültigen Zweitstimmen auf die bessere Gestaltung des Stimmzettels zurückzuführen ist. Für die Zunahme der Zahl der ungültigen Erststimmen kann eine Erklärung nicht gegeben werden. Vielleicht lassen sich die Ursachen finden, wenn die Ergebnisse der Auszählung in den repräsentativen Wahlbezirken vorliegen.

Tabelle 6

Ungültige Stimmen in % der Wähler in Hamburg und im Bund bei den Bundestagswahlen 1953, 1957, 1961 und 1965

Bundestagswahlen	1953	1957	1961	1965
	1	2	3	4
Hamburg Erststimmen	3,5	1,6	1,5	2,0
Zweitstimmen	2,3	2,6	2,8	1,3
Bundesdurchschnitt				
Erststimmen	3,4	3,0	2,6	2,9
Zweitstimmen	3,3	3,8	4,0	2,4

Tabelle 7

Ungültige Stimmen in % der Wähler in den Bundesländern (Zweitstimmen) bei den Bundestagswahlen 1957, 1961 und 1965

Jahre	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1965	2,2	1,3	2,2	1,9	1,7	2,8	2,8	3,2	2,8	4,0
1961	4,8	2,8	3,4	4,4	2,9	4,9	4,8	5,2	4,0	7,5
1957	4,0	2,6	3,1	3,8	3,3	4,7	3,9	4,6	3,6	6,5

Hervorzuheben ist, daß unter den Bundesländern bei den Bundestagswahlen 1957, 1961 und 1965 Hamburg jeweils den niedrigsten Anteil an ungültigen Zweitstimmen zu verzeichnen hatte.

Die gleiche Entwicklung, die sich für Hamburg insgesamt wie auch im Bund ergeben hat, nämlich jeweils mehr ungültige Stimmen bei den Erst- als bei den Zweitstimmen, dagegen Rückgang bei den Zweitstimmen, zeigt sich auch bei den Wahlergebnissen in den einzelnen Hamburger Wahlkreisen.

Der Anteil der ungültigen Stimmen lag 1965 bei den Erststimmen zwischen 1,7 % im Wahlkreis 17 und 2,5 % im Wahlkreis 12; bei den Zweitstimmen zwischen 1,2 % und 1,5 %.

Tabelle 8

Anteil der ungültigen Stimmen in % der Wähler in den Hamburger Wahlkreisen bei den Bundestagswahlen 1957, 1961 und 1965

Wahlkreis-Nr.	Erststimmen			Zweitstimmen		
	1965	1961 1)	1957 1)	1965	1961 1)	1957 1)
	1	2	3	4	5	6
12	2,5	1,7	1,8	1,5	3,3	3,0
13	1,8	1,2	1,4	1,2	2,5	2,4
14	1,9	1,4	1,6	1,2	2,9	2,8
15	2,0	1,3	1,4	1,3	2,9	2,4
16	2,0	1,6	1,7	1,3	2,5	2,5
17	1,7	1,5	1,7	1,2	2,8	2,6
18	2,2	1,7	1,9	1,5	3,1	3,1
19	2,0	1,3	1,4	1,4	2,4	2,2
Hamburg insges.	2,0	1,5	1,6	1,3	2,8	2,6
darunter Briefwahl	0,9	0,7	0,7	0,6	1,4	1,3

1) Nach der alten Wahlkreiseinteilung.

Das Wahlergebnis nach Wahlkreisen

In ihren Sitzungen am 24. September 1965 haben die Kreiswahlausschüsse das Wahlergebnis in den 8 Wahlkreisen der Freien und Hansestadt Hamburg wie folgt festgestellt:

Tabelle 9

Das Wahlergebnis in Hamburg bei der Bundestagswahl 1965 nach Wahlkreisen

Wahlkreis-Nr.	Gültige Erststimmen		Gültige Zweitstimmen	
	Zahl	in % der Wähler	Zahl	in % der Wähler
	1	2	3	4
12	134 456	97,5	135 869	98,5
13	146 054	98,2	146 817	98,8
14	169 535	98,1	170 682	98,8
15	151 123	98,0	152 178	98,7
16	113 611	98,0	114 382	98,7
17	195 438	98,3	196 451	98,8
18	143 999	97,8	145 041	98,5
19	124 917	98,0	125 659	98,6
Hamburg insges.	1 179 133	98,0	1 187 079	98,7
dagegen				
1961	1 209 644	98,5	1 193 737	97,2
1957	1 166 080	98,4	1 154 259	97,4
1953	1 047 678	96,5	1 059 983	97,7

Der Anteil der gültigen Stimmen an der Zahl der Wähler ist — wie entsprechend bereits bei der Behandlung der ungültigen Stimmen dargestellt wurde — bei den Erststimmen zurückgegangen, und zwar von 98,5 % im Jahre 1961 auf 98,0 % bei der Bundestagswahl 1965. Umgekehrt ist der Anteil der gültigen Zweitstimmen von 97,2 % im Jahre 1961 auf 98,7 % bei der Bundestagswahl 1965 gestiegen. In

den Hamburger Wahlkreisen liegen die Anteile der gültigen Erststimmen zwischen 97,5 % und 98,3 %, also nahe dem Durchschnitt von 98,0 %.

Tabelle 10

Das Wahlergebnis in Hamburg bei den Bundestagswahlen 1957, 1961 und 1965 nach Parteien

Bundestagswahlen	Von 100 gültigen Stimmen entfielen auf			
	SPD	CDU	FDP	sonstige Parteien
	1	2	3	4
Erststimmen				
1965	49,6	38,4	7,8	4,2
1961	47,2	32,4	15,1	5,3
1957	46,2	38,2	9,0	6,6
Zweitstimmen				
Hamburg				
1965	48,3	37,6	9,4	4,7
1961	46,9	31,9	15,7	5,5
1957	45,8	37,4	9,4	7,4
dagegen Bundesdurschnitt				
1965	39,3	47,6	9,5	3,6
1961	36,2	45,4	12,8	5,6
1957	31,8	50,2	7,7	10,3

Die jeweiligen Anteile der Parteien an den gültigen Stimmen wichen für Erst- und Zweitstimmen stärker voneinander ab als bei den bisherigen Bundestagswahlen. Die Anteile für SPD und CDU lagen bei den Zweitstimmen niedriger als bei den Erststimmen; dagegen umgekehrt konnte die FDP mit 9,4 % der gültigen Zweitstimmen einen erheblich höheren Anteil erzielen als bei den Erststimmen mit nur 7,8 %. Auch die „sonstigen“ Parteien vereinigten mehr Zweit- als Erststimmen auf sich. Die SPD hat ihren Anteil bei den Zweitstimmen gegenüber der Bundestagswahl 1961 von 46,9 % auf 48,3 %, die CDU von 31,9 % auf 37,6 % vergrößern können. Der Stimmenanteil der FDP dagegen ist von 15,7 % auf 9,4 % zurückgegangen. Die „sonstigen“ Parteien konnten nur noch 4,7 % (5,5 %) der Zweitstimmen erreichen. Wie schon 1957 und 1961 liegt der Stimmenanteil für die SPD wieder über dem Bundesdurchschnitt, der Anteil der CDU dagegen erheblich darunter. Der Anteil der FDP-Stimmen entspricht etwa dem Bundesdurchschnitt.

Bei einer Gesamtzahl von rd. 1 393 000 Wahlberechtigten, die mit nur rd. 6 600 über der von 1961 lag, und einer Zahl von rd. 1 187 000 gültigen Zweitstimmen, die nur rd. 6 700 unter der entsprechenden Zahl von 1961 lag, konnte die SPD rd. 12 800 und die CDU rd. 66 000 Zweitstimmen gewinnen, während die FDP rd. 75 000 Zweitstimmen gegenüber 1961 verlor. Für die DFU wurden 1965 über 11 000 weniger Zweitstimmen abgegeben als 1961.

Tabelle 11

Gültige Erst- und Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 1965 in Hamburg nach Wahlkreisen

Wahlkreis-Nr.	Von den gültigen Erststimmen entfallen auf den Bewerber der							Von den gültigen Zweitstimmen entfallen auf die Landesliste der							
	SPD	CDU	FDP	AUD	DFU	FSU	NPD	SPD	CDU	FDP	AUD	DFU	FSU	NPD	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
Grundzahlen															
12	72 394	47 166	8 907	—	3 831	—	2 158	71 734	46 633	10 827	136	4 158	131	2 250	
13	68 166	60 390	11 460	—	3 264	188	2 586	67 143	57 538	15 139	212	3 709	172	2 904	
14	79 840	68 242	14 031	—	4 267	277	2 878	77 725	67 366	17 192	227	4 662	286	3 224	
15	69 730	61 081	13 622	—	3 767	268	2 655	67 673	60 570	16 505	197	4 183	231	2 819	
16	57 848	42 372	8 654	—	2 812	—	1 925	56 703	41 992	10 276	134	3 115	121	2 041	
17	94 163	76 247	16 406	286	4 581	386	3 369	91 775	74 834	20 385	304	5 098	350	3 705	
18	75 802	53 355	9 572	—	3 114	194	1 962	74 090	53 289	11 671	126	3 501	197	2 167	
19	66 617	43 263	9 861	—	3 386	152	1 638	66 016	43 911	10 052	87	3 625	140	1 828	
Insgesamt	584 560	452 116	92 513	286	29 022	1 465	19 171	572 859	446 133	112 047	1 423	32 051	1 628	20 938	
dagegen 1961	570 382	392 417	182 919	—	42 670	—	—	560 038	380 613	187 255	—	43 442	—	—	
Verhältniszahlen															
12	53,9	35,1	6,6	—	2,8	—	1,6	52,8	34,3	8,0	0,1	3,1	0,1	1,6	
13	46,7	41,4	7,8	—	2,2	0,1	1,8	45,7	39,2	10,3	0,2	2,5	0,1	2,0	
14	47,1	40,2	8,3	—	2,5	0,2	1,7	45,5	39,5	10,1	0,1	2,7	0,2	1,9	
15	46,1	40,4	9,0	—	2,5	0,2	1,8	44,5	39,8	10,8	0,1	2,7	0,2	1,9	
16	50,9	37,3	7,6	—	2,5	—	1,7	49,6	36,7	9,0	0,1	2,7	0,1	1,8	
17	48,2	39,0	8,4	0,2	2,3	0,2	1,7	46,7	38,1	10,4	0,1	2,6	0,2	1,9	
18	52,6	37,1	6,6	—	2,2	0,1	1,4	51,1	36,8	8,0	0,1	2,4	0,1	1,5	
19	53,3	34,7	7,9	—	2,7	0,1	1,3	52,5	34,9	8,0	0,1	2,9	0,1	1,5	
Insgesamt	49,6	38,4	7,8	0,0	2,5	0,1	1,6	48,3	37,6	9,4	0,1	2,7	0,1	1,8	
dagegen 1961	47,2	32,4	15,1	—	3,5	—	—	46,9	31,9	15,7	—	3,6	—	—	

In allen 8 Hamburger Wahlkreisen war bei der Bundestagswahl 1965 wie bereits 1961 in direkter Wahl (Erststimme) der Wahlkreisbewerber der SPD erfolgreich.

Die Anteile der einzelnen Parteien an der Zahl der gültigen Zweitstimmen weichen auch in den einzelnen Wahlkreisen von den entsprechenden Anteilen bei den Erststimmen stärker ab als 1961. Allgemein ist festzustellen, daß die Anteile bei den Zweitstimmen für die SPD und CDU in allen Wahlkreisen (mit Ausnahme im Wahlkreis Nr. 19 für die CDU) niedriger, dagegen für die FDP höher liegen als bei den Erststimmen.

Auf die drei großen Parteien entfielen insgesamt 95,3 % aller gültigen Zweitstimmen gegenüber 94,5 % für 1961. Die „sonstigen“ Parteien (AUD, DFU, FSU und NPD) konnten insgesamt rd. 56 000 gültige Stimmen oder 4,7 % auf sich vereinigen, darunter die DFU rd. 32 000 und die NPD 21 000. Keine der vier Splitterparteien konnte bei der Verrechnung der Zweitstimmen berücksichtigt werden, da jede von ihnen weniger als 5 % der gültigen Zweitstimmen erhielt.

Die Wahlscheinwähler (einschließlich Briefwähler)

Mit der Einführung der Briefwahl seit der Bundestagswahl 1957 ist die Gesamtzahl der Wahlscheinwähler gegenüber 1949 und 1953 sprunghaft gestiegen. Auch gegenüber der Bundestagswahl 1961 hat sie noch weiter zugenommen. Bei der Bundestagswahl 1965 wurden insgesamt 114 226 Wahlscheinwähler (darunter 111 455 Briefwähler) festgestellt, das entspricht einem Anteil von 9,5 % an der Gesamtzahl der Wähler gegenüber 7,4 % bei der Bundestagswahl 1961.

Tabelle 12

Wahlscheinwähler in Hamburg bei den Bundestagswahlen 1949, 1953, 1957, 1961 und 1965

Jahre	In Wahlbezirken	Briefwähler	Zusammen	In % der Wähler überhaupt
	1	2	3	4
1965	2 771	111 455	114 226	9,5
1961	606	90 810	91 416	7,4
1957	708	73 800	74 508	6,3
1953	27 970	—	27 970	2,6
1949	16 179	—	16 179	1,7

Die Briefwähler in den Wahlkreisen

Der Anteil der Briefwähler an der Gesamtzahl der Wähler (9,3 %) schwankt in den Hamburger Wahlkreisen zwischen 7,3 % im Wahlkreis Nr. 19 und 11,3 % im Wahlkreis Nr. 13.

Seit der Einführung der Briefwahl im Jahre 1957 ist die Zahl der Wähler, die mit dem bisherigen Wahlschein noch in Wahllokalen wählen, nur noch von

Tabelle 13

Die Bedeutung der Briefwahl in den Hamburger Wahlkreisen bei der Bundestagswahl 1965

Wahlkreis-Nr.	Wähler insgesamt	darunter Briefwähler	
		insgesamt	in %
12	137 884	10 780	7,8
13	148 666	16 757	11,3
14	172 792	16 808	9,7
15	154 165	16 980	11,0
16	115 932	10 931	9,4
17	198 765	18 003	9,1
18	147 227	11 839	8,0
19	127 503	9 357	7,3
1965 zusammen	1 202 934	111 455	9,3
dagegen			
1961 zusammen	1 227 787	90 810	7,4

geringer Bedeutung, da die Wahlscheinwähler sich ganz überwiegend der Briefwahl bedienen. Erst durch die Briefwahl ist es einer Gruppe von Wahlberechtigten möglich geworden, sich an der Wahl überhaupt zu beteiligen, die bei früheren Wahlen wegen Abwesenheit, infolge von Krankheit oder Gebrechlichkeit nicht an den Wahlen teilnehmen können.

Die Einführung der Briefwahl hat dazu beigetragen, eine verhältnismäßig hohe Wahlbeteiligung zu erreichen. Hier handelt es sich überdies um einen Kreis von Wählern, die bewußt nicht auf ihr Wahlrecht verzichten wollen. Das läßt sich auch daraus erkennen, daß bei der Bundestagswahl 1965 von 118 793 ausgestellten Wahlbriefen 113 990 eingegangen sind, d. h. hier haben sich 96 % an der Wahl beteiligt gegenüber nur 85,7 % bei den übrigen Wählern, die in Wahlbezirken gewählt haben. Außerdem machte der Anteil der ungültigen Zweitstimmen bei den Briefwählern nur 0,6 % aus gegenüber 1,4 % in den Wahlbezirken.

Da es für die Parteien von Bedeutung ist, zu wissen, wie sich diese Wählergruppe bei der Stimmabgabe verhalten hat, soll im folgenden näher darauf eingegangen werden.

Insgesamt mußten einschließlich der 291 verspätet eingegangenen Wahlbriefe bei der Bundestagswahl 1965 nur noch 2 535 oder 2,2 % zurückgewiesen werden gegenüber 2,7 % bei der Bundestagswahl 1961. Auf Grund der Erfahrungen bei den Wahlen 1957 und 1961 wurde durch entsprechende Aufdrucke auf den Briefwahlunterlagen versucht, die Briefwähler vor fehlerhaftem Verhalten zu bewahren. Da inzwischen auch bei der Bürgerschaftswahl die Briefwahl eingeführt wurde, hat sich ein immer größerer Kreis von Wählern mit dem Briefwahlverfahren vertraut gemacht. Der ganz überwiegende Teil, nämlich 2 076 oder 81,9 % der zurückgewiesenen Wahlbriefe konnte nicht berücksichtigt werden, weil „dem Wahlumschlag kein gültiger Wahlschein oder kein mit der eidesstattlichen Versicherung versehener Wahlschein beigefügt war“. Es muß versucht werden, die Briefwähler bei künftigen Wahlen über diesen Punkt weiter aufzuklären. Der Anteil der aus sonstigen Gründen zurückgewiesenen Wahlbriefe, der 1957 noch 22 % betrug, fällt jetzt kaum noch ins Gewicht.

Tabelle 14

Wahlbriefe in Hamburg bei den Bundestagswahlen 1957, 1961 und 1965

Jahre	Ausgestellte Wahlbriefe insgesamt	Eingegangene Wahlbriefe		Zurückgewiesene Wahlbriefe		davon				Gültige Wahlbriefe	
		insgesamt	in % Sp. 1	insgesamt	in % Sp. 2	ver-spätet eingegangen	nach BWO § 72 Abs. 2			insgesamt	in % Sp. 2
							Nr. 1		Nr. 2-4		
		Zahl	in % Sp. 4								
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
1965	118 793	113 990	96,0	2 535	2,2	291	2 076	81,9	168	111 455	97,8
1961	95 807	93 318	97,4	2 508	2,7	283	2 072	82,6	153	90 810	97,3
1957	79 122	77 530	98,0	3 730	4,8	177	2 707	72,6	846	73 800	95,2

Der stetige Rückgang des Anteils von zurückgewiesenen Wahlbriefen an der Gesamtzahl der eingegangenen Wahlbriefe seit der Bundestagswahl 1957 spiegelt sich auch deutlich in den Ergebnissen für die einzelnen Wahlkreise wider. Gegenüber der Bundestagswahl 1961 zeigen sich jedoch größere Abweichungen. So betrug der Anteil der zurückgewiesenen Wahlbriefe im Wahlkreis 19 (Harburg) nur noch 0,9 %, dagegen 2,3 % im Wahlkreis 18.

Tabelle 15

Zurückgewiesene Wahlbriefe in Hamburg bei den Bundestagswahlen 1957, 1961 und 1965 (in % der eingegangenen)

Jahre	Wahlkreis-Nr.								
	12	13	14	15	16	17	18	19	zus.
1965	1,6	1,9	2,1	2,2	2,2	2,1	2,3	0,9	2,2
1961 ¹⁾	2,6	2,7	2,6	3,1	2,6	2,7	2,7	2,5	2,7
1957 ¹⁾	6,1	4,4	5,2	5,5	4,5	4,4	3,5	4,8	4,8

¹⁾ Nach der alten Wahlkreiseinteilung.

Die Briefwahlergebnisse

Die Entwicklung des Anteils der gültigen Briefwahlstimmen an der Gesamtstimmenzahl der einzelnen Parteien ist unterschiedlich verlaufen. Der Anteil bei SPD, CDU, FDP und den sonstigen Parteien ist gegenüber 1961 weiter gestiegen. Die FDP weist mit 11,2 % jetzt wieder — wie 1961 — den höchsten Anteil aus, während bei der Bundestagswahl 1957

die CDU mit 8,4 % über dem Anteil der FDP mit 7,9 % lag.

Tabelle 16

Anteile der gültigen Briefwahlstimmen an der Gesamtstimmenzahl der Parteien in Hamburg bei den Bundestagswahlen 1957, 1961 und 1965

Bundestagswahlen	SPD	CDU	FDP	Sonstige Parteien
	1	2	3	4
1965	7,7	11,0	11,2	9,1
1961	5,6	9,3	10,2	5,7
1957	4,2	8,4	7,9	6,7

Die Zusammensetzung der Briefwahlergebnisse nach Parteien weicht — wie auch bei den vorhergehenden Wahlen — von den Ergebnissen der sog. „Urnenwahl“ (Abgabe eines Stimmzettels im Wahllokal) ab.

Gegenüber fast 50 % der gültigen Zweitstimmen, die für die SPD bei der „Urnenwahl“ abgegeben wurden, betrug der Anteil der SPD-Stimmen durch Briefwahl nur knapp 40 %. Umgekehrt lag der Anteil der CDU- und FDP-Stimmen bei den Briefwahlergebnissen über ihren jeweiligen Anteilen bei der „Urnenwahl“.

Dadurch wurde das Gesamtergebnis für die SPD durch die Briefwahl etwas verschlechtert, dagegen für die CDU und auch für die FDP noch leicht verbessert. Für die „sonstigen“ Parteien wirkte sich das Briefwahlergebnis auf das Gesamtergebnis nicht aus.

Tabelle 17

Briefwahlergebnisse (Zweitstimmen) in Hamburg bei den Bundestagswahlen 1957, 1961 und 1965

Wahl-ergebnisse	Von 100 gültigen Stimmen entfielen auf											
	SPD			CDU			FDP			Sonstige Parteien		
	1965	1961	1957	1965	1961	1957	1965	1961	1957	1965	1961	1957
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Briefwahl Urnen- wahl	39,7	35,1	30,7	44,4	39,4	49,7	11,3	21,3	11,8	4,6	4,2	7,8
	49,1	47,9	46,8	36,9	31,3	36,6	9,3	15,2	9,3	4,7	5,6	7,3
Hamburg insges.	48,3	46,9	45,8	37,6	31,9	37,4	9,4	15,7	9,4	4,7	5,5	7,4

Verteilung der Sitze

Von ausschlaggebender Bedeutung für die Gesamtzahl der auf die einzelnen Länder entfallenden Mandate überhaupt sowie die Unterverteilung auf die einzelnen Parteien ist das Wahlergebnis auf Grund der Zweitstimmen. Abgesehen von sog. „Überhangmandaten“, entscheidet ausschließlich das Ergebnis der Zweitstimmen über die Verteilung der 496 Bundestagsmandate auf die einzelnen Länder und Parteien. Erfreulicherweise ist gerade bei den Zweitstimmen der Anteil der ungültigen Stimmen verhältnismäßig stark zurückgegangen.

Die Errechnung der auf die Parteien und Länder entfallenden Sitze bei den Bundestagswahlen auf Grund der Zweitstimmen erfolgt durch den Bundeswahlleiter.

Nach dem Bundeswahlgesetz haben die einzelnen Parteien die Möglichkeit, ihre Landeslisten durch einen entsprechenden Antrag an den Bundeswahlleiter zu einer Art „Bundesliste“ zu verbinden. Von diesem Recht haben wieder alle Parteien Gebrauch gemacht. Die Berechnung über die Zahl der Sitze, die das einzelne Land erhält, und ihre Verteilung auf die einzelnen Parteien wird vom Bundeswahlleiter vorgenommen. Sie kann erst erfolgen, wenn beim Bundeswahlleiter das Wahlergebnis der Zweitstimmen aus allen Wahlkreisen des Bundes eingegangen ist. Da bei dieser Wahl infolge Ablebens der

Bewerber in 2 Wahlkreisen (Bayern und Hessen) eine Nachwahl am 3. Oktober stattfinden mußte, konnte der Bundeswahlausschuß das endgültige Ergebnis erst am 8. Oktober 1965 feststellen.

Die Zweitstimmen jeder Partei eines jeden Landes werden zu einer Bundeszahl zusammengerechnet, so daß für jede Partei im ganzen Bundesgebiet eine Gesamtzahl vorliegt. Nachdem alle diejenigen Parteien, die nicht mindestens 5% der gültigen Zweitstimmen oder 3 Direktmandate in Wahlkreisen errungen haben, ausgesondert sind, wird nach dem Höchstzahlverfahren d'Hondt die Verteilung der Mandate auf die einzelnen Parteien im Bundesgebiet insgesamt vorgenommen. Dabei ergaben sich bei der Bundestagswahl 1965 für die SPD insgesamt 202 Sitze, für die CDU 196 Sitze, für die FDP 49 Sitze und für die CSU 49 Sitze. Nach dem gleichen Verfahren werden danach diese den Parteien zustehenden Sitze auf die einzelnen Landeslisten verteilt. Auf Hamburg entfielen hiernach insgesamt 17 Bundestagsmandate gegenüber 18 bei der Bundestagswahl 1961, und zwar 9 wie bisher auf die SPD, 7 statt bisher 6 auf die CDU und 1 anstatt 3 auf die FDP: Von den 9 Sitzen der SPD waren bereits 8 Bewerber in den Wahlkreisen gewählt, so daß außerdem noch 1 Bewerber, der auf dem Wahlvorschlag der Landesliste stand, gewählt war. Von der CDU und der FDP wurden nur Bewerber auf Landeslisten gewählt.

Wilhelm Heinsohn

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Oktober 1964	Oktober 1965	September 1965
	1938	1950	1964			
Meteorologische Beobachtungen						
In Hamburg						
1. Mittelwerte 1)						
Luftdruck, mm	761,7	758,8 ²⁾	763,1 ²⁾	762,1 ²⁾	766,7 ²⁾	758,5 ²⁾
Lufttemperatur, °C	9,3	7,9	9,0	8,4	10,2	14,6
Relative Luftfeuchtigkeit, %	82	82	77	84	81	77
Windstärke ³⁾			3	3	3	3
Bewölkung ⁴⁾	6,7	⁵⁾ 7,2	7	7	6	6
2. Summenwerte ⁵⁾						
Niederschlagsmenge, mm	562,0	857,6	658	52	33	109
Sonnenscheindauer, Std.	1 622,9	1 743,2	1 519	104	135	155
Tage ohne Sonnenschein	88	76	107	10	6	2
Tage mit Niederschlägen	160	221	205	20	11	19
Bevölkerung						
1. Bevölkerungsstand (in 1000) ⁶⁾						
Bezirk Hamburg-Mitte	435,8	242,2	289,8	289,6 r	287 p	287 p
Altona	220,3	272,7	266,7	265,8 r	264 p	263 p
Eimsbüttel	244,5	252,0	261,8	263,3 r	265 p	265 p
Hamburg-Nord	424,1	358,9	409,3	407,6 r	399 p	400 p
Wandsbek	166,7	221,9	352,2	354,8 r	359 p	358 p
Bergedorf	52,6	82,4	79,7	80,1 r	84 p	83 p
Harburg	135,7	172,4	197,2	197,5 r	200 p	200 p
Hamburg insgesamt (am Monatsende)	1 679,7	1 602,5	1 856,7	1 858,7 r	1 858 p	1 856 p
dav. männlich	788,8	750,3	860,0	861,5 r	863 p	862 p
weiblich	890,9	852,2	996,7	997,2 r	995 p	994 p
dar. Ausländer ⁷⁾	16,6	19,9	56,7	58,5 r	61,8	60,7
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung						
Eheschließungen	1 447	1 414	1 537 p	1 402 r	1 470 p	1 052 r
Eheschließungen auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	10,3	10,7	9,9 p	8,9 r	9,3 p	6,9
Ehescheidungen	266	434	331 p	395 r	390 p	243
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern dar. unehelich	2 346	1 448	2 311 p	2 200 r	2 070 p	2 179 r
Lebendgeborene auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	209	154	161 p	155 r	120 p	147 r
Unehelich Geborene % der Geborenen	16,8	10,9	14,9 p	13,9 r	13,1 p	14,3
Totgeborene % der Geborenen	9,1	10,8	7,0 p	6,9 r	5,7 p	6,7 r
Gestorbene Ortsansässige dar. unter 1 Jahr alt	2,1	1,9	1,0 p	1,5 r	1,2 p	1,1 r
70 und mehr Jahre alt	1 702	1 389	1 986 p	1 989 r	2 090 p	1 832 r
Gestorbene Ortsansässige auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	118	64	44 p	46 r	40 p	29 r
Gestorbene Säuglinge auf 1000 Lebendgeborene ⁸⁾	657	631	1 139 p	1 138 r	1 100 p	1 073 r
Geburtenüberschuß (+) bzw. Sterbeüberschuß (-)	12,2	10,5	12,8 p	12,6 r	13,2 p	12,0
	50,6	43,5	19,0 p	20,2 r	19,3 p	13,2 r
	+ 644	+ 59	+ 325 p	+ 211 r	- 20 p	+ 347 p
3. Wanderungen						
Zugezogene Personen von außerhalb Hamburgs	8 126	7 661	5 989	7 698 r	7 000 p	6 600 p
Fortgezogene Personen n. außerh. Hamburgs	7 788	2 174	6 081	7 329 r	6 700 p	6 300 p
Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	+ 338	+ 5 487	- 92	+ 369 r	+ 300 p	+ 300 p
dav. männlich		+ 2 533	+ 60	+ 291 r	+ 200 p	+ 200 p
weiblich		+ 2 954	- 152	+ 78 r	+ 100 p	+ 100 p
Umgezogene Personen Innerhalb Hamburgs	31 889	19 751	14 233	16 397	16 302	14 807
Nach Gebieten						
a) Herkunft						
Schleswig-Holstein		2 668	1 525	2 019 r	1 700 p	1 600 p
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾		1 311	798	1 009 r	900 p	800 p
Niedersachsen		1 854	1 108	1 480 r	1 200 p	1 000 p
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾		567	280	338 r	300 p	300 p
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)		1 214 ¹¹⁾	1 932	2 505 r	2 400 p	2 000 p
Sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung		1 072	118	157 r		100 p
Ausland		485	1 218	1 452 r	1 500 p	1 800 p
Unbekannt		368	88	85 r		100 p
b) Ziel						
Schleswig-Holstein		718	2 104	2 454 r	2 300 p	2 000 p
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾		457	1 426	1 645 r	1 600 p	1 300 p
Niedersachsen		449	1 178	1 395 r	1 300 p	1 200 p
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾		131	466	532 r	500 p	500 p
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)		764 ¹¹⁾	2 137	2 670 r	2 500 p	2 200 p
Sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung		89	9	16 r		
Ausland		142	628	769 r	600 p	800 p
Unbekannt		12	25	25 r		

1) Errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. - 2) Reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. - 3) 1 bis 12 nach der Beaufortskala. - 4) Bewölkungsgrade: 0 bis 10 (0 = wolkenlos, 10 = volle Bewölkung). - 5) 1938, 1950 und 1964 handelt es sich um Jahreswerte. - 6) Für 1938 und 1950 nach dem Stand der Volkszählungen vom 17. 5. 1939 und 13. 9. 1950. Ab 1962 Fortschreibungsergebnisse auf der Basis der Volkszählung 1961. - 7) Ab 1950 nach den Angaben der Polizei Hamburg. - 8) Berechnet unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung. - 9) Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. - 10) Landkreise Harburg und Stade. - 11) Einschl. Sowjetsektor von Berlin.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Oktober 1964	Oktober 1965	September 1965
	1938	1950	1964			
Gesundheitswesen						
1. Krankenanstalten in Hamburg						
a) Öffentliche Krankenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende 1)	9 464	12 742	11 726	11 763	11 733	11 733
Pflegetage	221 711	321 088	276 036	286 426	278 940	258 440
Bettenausnutzung in % 2)	77,1	86,8	82,0	83,2	83,9	79,6
b) Gemeinnützige Krankenanstalten 3)						
Bettenbestand am Monatsende 1)	4 339	4 690	4 487	4 577	4 570	4 580
Pflegetage	98 261	126 293	118 507	125 456	130 485	122 551
Bettenausnutzung in % 2)	74,5	88,6	87,0	90,4	92,0	89,5
c) Privatkrankenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende 1)	.	409	674	679	765	770
Pflegetage	.	8 983	17 377	19 033	20 662	18 514
Bettenausnutzung in % 2)	.	60,1	82,8	87,4	83,3	76,8
2. Hamburgische Krankenanstalten außerhalb Hamburgs						
a) Öffentliche Krankenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende 1)	189	2 260	885	885	885	885
Pflegetage	4 705	61 801	22 025	21 912	20 846	20 046
Bettenausnutzung in % 2)	81,8	91,5	81,7	79,9	81,8	79,8
b) Tbc-Heilstätten						
Bettenbestand am Monatsende 1)	833	1 645	1 117	1 110	1 070	1 070
Pflegetage	23 649	48 679	26 643	27 627	25 789	25 636
Bettenausnutzung in % 2)	93,5	97,4	82,4	85,2	88,1	87,3
3. Anstalten für Geisteskranke						
a) Öffentliche Krankenanstalten in Hamburg						
Bettenbestand am Monatsende	2 898	1 388	1 743	1 743	1 743	1 743
Pflegetage	86 354	29 261	49 207	49 132	49 424	48 335
Bettenausnutzung in % 2)	98,0	75,1	93,2	92,3	92,0	93,0
b) Gemeinnützige Krankenanstalten in Hamburg						
Bettenbestand am Monatsende	1 613	1 218	1 291	1 288	1 270	1 270
Pflegetage	48 883	36 598	39 742	39 357	39 082	37 954
Bettenausnutzung in % 2)	99,7	98,8	98,4	98,6	99,3	99,6
c) Krankenanstalten außerhalb Hamburgs						
Bettenbestand am Monatsende	—	1 420	1 329	1 476	1 477	1 477
Pflegetage	—	35 400	38 630	40 246	45 114	43 394
Bettenausnutzung in % 2)	—	68,4	96,0	95,8	98,5	98,0
4. Gestorbene nach wichtigen Todesursachen						
Gestorbene insgesamt	1 702	1 389	1 986 p	1 989 r	2 090 p	1 832 r
dar. Tuberkulose der Atmungsorgane	82	48	20 p	22	.	23
Krebs	240	285	416 p	389	.	353
Gehirnblutungen	136	172	218 p	203	.	224
Herzkrankheiten	232	269	455 p	449	.	424
Lungenentzündung	103	47	41 p	31	.	33
Freitod	62	50	45 p	56	.	47
Verkehrsunfälle	22	20	42 p	45	.	34
Andere Verunglückungen	48	41	56 p	53	.	50
Kulturpflege						
1. Lichtspieltheater						
Theater	104	104	103	101	97	97
Plätze	66 691	47 891	55 398	54 081	52 670	52 670
Besucher	1 931 580	1 854 754	1 034 669	1 229 363	1 119 109	795 783
2. Rundfunk und Fernsehen						
Tonrundfunkteilnehmer 4)	361 531	407 741	660 198	663 017	670 487	668 442
Fernsehrundfunkteilnehmer	—	—	414 621	425 424	464 575	460 043
Öffentliche Sozialleistungen						
Soziale Krankenversicherung 5)						
Mitglieder		694 658	683 058	683 045	676 169	676 723
dav. Pflichtmitglieder	452 518	486 742	438 839	438 044	434 297	432 464
Rentner		171 139	173 306	173 792	176 415	176 180
Freiwillige Mitglieder	64 028	36 777	70 913	71 209	65 457	68 079
Krankenstand der Pflichtmitglieder insgesamt	15 541	15 825	26 191	26 389	27 413	23 319
dav. männlich	9 091	10 123	17 399	17 318	18 289	15 621
weiblich	6 450	5 702	8 792	9 071	9 124	7 698
Soziale Rentenversicherung						
Rentenempfänger		153 175	311 553	312 647	.	325 734
dav. Rentenversicherung der Arbeiter	94 346 ⁶⁾	106 248	206 259	207 791	215 146	214 481
Rentenversicherung der Angestellten	.	46 927	105 294	104 856	.	111 253
Ausgezahlte Renten in DM	.	28 880 000	73 950 843	74 503 145	.	84 254 731
dav. Rentenversicherung der Arbeiter	.	18 350 000	41 995 260	42 406 337	47 766 232	47 483 267
Rentenversicherung der Angestellten	.	10 530 000	31 955 583	32 096 808	.	36 771 464

1) Ohne Säuglingsbetten. — 2) Ohne gesperrte Betten. — 3) 1938 einschl. Privatkrankenanstalten. — 4) 1938 und 1950 Postamtsbezirk Hamburg. — 5) Nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse. — 6) Stand: 1. 1. 1940.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Oktober 1964	Oktober 1965	September 1965
	1938	1950	1964			
Arbeitsmarkt						
1. Angebot und Nachfrage						
* Arbeitslose	29 908	90 831	4 606	4 085	2 581	2 420
dav. männlich	23 937	56 428	2 992	2 577	1 671	1 606
weiblich	5 971	34 403	1 614	1 508	910	814
Offene Stellen	31 522	1 789	22 324	23 398	27 476	29 167
dav. männlich	21 009	744	12 049	13 451	14 590	15 448
weiblich	10 513	1 045	10 275	9 947	12 886	13 719
Stellenvermittlung in Beschäftigung über 7 Tage 1)	16 088	21 006	6 233	6 512	6 159	6 035
dav. männlich	11 107	13 007	4 257	4 400	4 284	4 205
weiblich	4 981	7 999	1 976	2 112	1 875	1 830
Stellenvermittlung in Beschäftigung bis zu 7 Tagen	9 175	24 625	17 738	6 602	6 369	7 361
dav. männlich	7 544	23 585	17 080	5 993	5 769	6 580
weiblich	1 631	1 040	658	609	573	781
Arbeitsuchende am Monatsende 2)	35 944	94 886	9 988	9 124	10 848	10 829
dav. männlich	28 215	59 355	6 583	5 834	7 527	7 690
weiblich	7 729	35 531	3 405	3 290	3 321	3 139
2. Die Arbeitslosen						
Berufsgruppen insgesamt	29 908	90 831	4 606	4 085	2 581	2 420
dar. Bauberufe	.	6 710 ³⁾	177	36	12	9
Metallerzeuger und -verarbeiter	.	6 766 ³⁾	69	51	31	38
Elektriker	.	1 627 ³⁾	33	30	16	17
Chemiewerker	.	1 879 ³⁾	75	58	38	38
Holzverarbeiter und zugehörige Berufe	.	1 596 ³⁾	28	26	13	11
Graphische Berufe	.	690 ³⁾	50	41	33	35
Lederhersteller, Leder- und Fellverarb.	.	1 180 ³⁾	12	8	4	4
Nahrungs- und Genußmittelhersteller	.	6 623 ³⁾	110	98	53	59
Kaufmännische Berufe	.	8 598 ³⁾	468	437	334	297
Verkehrsberufe	.	8 787 ³⁾	433	396	259	253
Verwaltungs- und Büroberufe	.	5 807 ³⁾	1 096	1 167	712	707
Künstlerische Berufe	.	2 260 ³⁾	199	201	139	135
Bauwirtschaft und Wohnungswesen						
1. Baugenehmigungen						
Wohnbauten						
* Wohngebäude	.	469	315	352	349	369
* Umbauter Raum in 1000 cbm	.	642	464	392	569	605
* Wohnungen	.	2 540	1 413	1 145	1 787	1 786
Bruttowohnfläche in 1000 qm	.	128	98	81	125	125
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	22 029	52 864	47 801	68 413	70 161
Nichtwohnbauten						
* Nichtwohngebäude	.	185	129	98	123	97
* Umbauter Raum in 1000 cbm	.	233	346	173	311	450
* Nutzfläche in 1000 qm	.	67	67	41	70	90
* Wohnungen	.	20	19	15	29	14
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	6 403	31 662	19 094	29 354	34 698
2. Baubeginne						
Wohnbauten						
Wohngebäude	.	516	328	168	495	252
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	.	514	380	582	546
Wohnungen	.	2 206	1 562	1 197	1 699	966
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	.	55 791	40 761	67 514	56 447
Nichtwohnbauten						
Nichtwohngebäude	.	237	117	106	117	85
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	.	361	244	341	336
Wohnungen	.	.	24	34	32	18
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	.	35 120	21 316	28 588	30 466
3. Baufertigstellungen						
Wohnbauten						
Wohngebäude	188	395	294	355	412	172
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	482	430	692	543	349
Wohnungen	.	2 096	1 377	2 408	1 476	1 233
Bruttowohnfläche in 1000 qm	.	107	90	140	133	75
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	19 250	45 652	71 091	64 720	39 000
Nichtwohnbauten						
Nichtwohngebäude	26	137	120	116	126	49
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	144	308	289	393	110
Wohnungen	.	26	19	21	65	8
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	3 069	29 208	32 264	39 897	6 581

1) Durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. — 2) Arbeitslose einschl. derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — 3) Durchschnitt aus April—Dezember 1950.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Oktober 1964	Oktober 1965	September 1965	
	1938	1950	1964				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
Baufertigstellungen							
Wohnungen							
Wohnungen insgesamt 1)	706	2 122	1 396	2 429	1 476	1 241	
dar. mit öffentlichen Mitteln gefördert	.	1 526	1 018	1 913	1 079	1 048	
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	.	6 575	5 200	8 670	5 918	4 374	
4. Bauüberhang							
(am Ende des Berichtszeitraumes) 2)							
Im Bau befindliche Wohnungen	.	17 089	19 318	20 900	18 900	18 600	
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	.	8 412	5 757	7 700	8 000	8 000	
5. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen 3) (in 1000)							
Bestand an Wohngebäuden	.	96	166	167	170	170	
Bestand an Wohnungen	.	310	610	613	630	628	
Bestand an Wohnräumen über 6 qm (einschl. Küchen)	.	1 197	2 222	2 235	2 295	2 290	
6. Wohnraumbewirtschaftung							
Erstvergabe von bewirtschafteten Wohnungen							
a) für Wohnungssuchende mit hoher Dringlichkeit und für Sonderfälle	-	650	442	1 094	439	751	
b) für Wohnungssuchende mit Anspruch aus §§ 77-80 II. WoBauG.	-	830	502	678	598	250	
c) für die Umschichtung	-	-	74	141	42	47	
Wiedervergaben, Wohnungen	-	452	831	978	1 076	1 346	
Erstmalig bezogene unbewirtschaftete Wohnungen	-	678	344	481	346	167	
7. Bauberichterstattung 4)							
* Zahl der Beschäftigten	.	34 741	50 514	50 709	49 716	50 081	
dar. Inhaber	.	2 049	1 401	1 389	1 355	1 338	
Angestellte	.	2 010	4 598	4 650	4 715	4 694	
Arbeiter 5)	.	30 682	44 385	44 547	43 646	44 049	
* Löhne in 1000 DM (Bruttosumme)	.	9 199	43 278	50 568	52 799	50 891	
* Gehälter in 1000 DM (Bruttosumme)	.	868	5 334	5 238	6 121	5 750	
* Umsatz in 1000 DM	.	24 653	120 020	138 332	145 489	145 471	
dav. im Wohnungsbau	.	.	41 082	50 274	47 627	47 843	
gewerbl. und industr. Bau	.	.	27 062	29 872	33 096	40 137	
öffentlichen und Verkehrsbau	.	.	51 876	58 186	64 766	57 491	
* Geleistete Arbeitsstunden in 1000	.	5 813	7 326	8 454	7 958	7 682	
dav. für Wohnungsbauten	.	2 930	2 476	2 976	2 702	2 604	
gewerbl. und Industr. Bauten	.	1 517	1 657	1 844	1 879	1 880	
öffentliche und Verkehrsbauten	.	1 317	3 193	3 634	3 377	3 198	
Preise und Indexziffern							
1. Durchschnittspreise am Hamburger Viehmarkt							
für 100 kg Lebendgewicht (in RM/DM)							
Ochsen, vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes	87,60	151,60	270,50	255,60	267,80	276,10	
Kühe, sonstige vollfleischige	75,20	125,40	213,60	212,80	203,30	214,60	
Kälber, mittlere Mast- und Saugkälber	114,00	182,60	345,80	378,50	394,60	365,80	
Schweine, von 100-119,5 kg Lebendgewicht	101,80	235,00	255,00	242,70	304,20	291,10	
Schafe, mittlere Mastlämmer und Hammel	81,40	123,80	209,50	210,80	227,30	209,60	
2. Durchschnittspreise für Fleisch 6)							
I. Qualität für 100 kg (in RM/DM)							
Rindfleisch von Ochsen und Färsen, beste Qualität	153,00	263,00	499,20	494,00	505,00	516,00	
Kalbfleisch, beste Qualität	189,40	349,00	643,90	692,00	683,80	653,00	
Hammelfleisch, beste Qualität	185,60	254,00	520,90	500,00	573,80	534,00	
Schweinefleisch, aus hiesigen Schlachtungen	140,80	357,00	362,80	343,40	430,00	401,50	
3. Preisindexziffern für die Lebenshaltung							
- Mittlere Verbrauchergruppe - Wägungsschema 1950							
Ernährung	63,0	100	145,7	145,8	155,4	154,1	
Getränke und Tabakwaren	34,6	100	86,0	86,2	88,2	87,5	
Wohnung	97,5	100	167,2	168,3	171,1	170,7	
Heizung und Beleuchtung	66,0	100	155,9	156,7	159,3	158,2	
Hausrat	53,9	100	127,9	129,1	132,4	132,1	
Bekleidung	47,9	100	113,4	113,7	116,1	115,9	
Reinigung und Körperpflege	58,7	100	131,3	132,8	142,6	142,2	
Bildung und Unterhaltung	73,9	100	172,7	173,1	177,5	177,5	
Verkehr	65,0	100	163,5	163,6	164,3	164,3	
Ernährung einschl. Getränke und Tabakwaren	59,3	100	137,8	138,0	146,6	145,3	
Lebenshaltung ohne Miete	59,0	100	138,4	138,8	145,3	144,4	
Gesamtlebenshaltung	(1950 = 100) (1938 = 100)	62,8 100	100 159,3	140,8 224,4	141,2 225,0	147,3 234,8	146,5 233,5

1) Einschl. Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind (im Berichtsmonat 51 Wohnungen). - 2) Für die Jahre 1950 und 1964 wurde an Stelle des Monatsdurchschnitts jeweils der Stand vom 31. 12. angegeben. - 3) Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1961 ermittelten Gebäude und Wohnungen (Begriffserläuterungen siehe März-Heft 1963, S. 58/59); für 1950 Stand am Zählungsschichtag („Normalwohnungen“ ohne 26 689 Wohnungen in Behelfsheimen über 30 qm). - 4) Nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. - 5) Einschließlich Umschüler und Lehrlinge. - 6) Beim Verkauf der Großschlächter an die Ladenschlächter.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Oktober 1964	Oktober 1965	September 1965
	1936 ¹⁾	1950	1964			
Industrie und Handwerk						
1. Industrie ²⁾						
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)		2 130	1 746	1 732	1 690	1 700
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) insgesamt	145 200	140 867	219 807	220 372	219 600	219 375
dar. Arbeiter einschl. gewerbl. Lehrlinge		111 760	154 140	153 931	151 452	151 283
* Geleistete Arbeiterstunden in 1000 ³⁾		21 399	25 454	27 136	25 601	25 515
* Bruttosumme der Gehälter in 1000 DM		11 369	67 058	66 997	73 089	73 430
* Bruttosumme der Löhne in 1000 DM		28 356	110 408	115 494	117 480	122 299
* Umsatzwerte in 1000 RM/DM ⁴⁾	154 200	333 013	1 243 771	1 334 057	1 330 594	1 349 800
dar. nach dem Ausland in 1000 DM		12 845	148 828	151 265	158 341	153 072
* Brennstoffverbrauch in Steinkohlenwert ⁵⁾ t		52 913	14 072	14 200	14 053	12 524
* Heizölverbrauch in t			57 692	62 003	61 593	60 856
* Stromerzeugung in 1000 kWh		5 925	16 820	16 662	15 793	14 764
* Stromverbrauch in 1000 kWh		34 341	107 008	114 185	111 253	110 327
* Gasverbrauch in 1000 cbm			6 709	6 597	5 770	5 217
Beschäftigte nach Industriegruppen insgesamt	145 200	140 867	219 807	220 372	219 600	219 375
dar. Mineralölverarbeitung		4 000	4 371	8 619	8 557	8 580
NE-Metallindustrie		1 900	2 509	2 800	2 853	2 879
Chemische Industrie		8 200 ⁶⁾	10 439	17 322	17 618	16 868
Gummi und Asbest		9 200	10 380	12 249	12 131	12 388
Maschinenbau		12 400	16 409	29 173	29 039	29 317
Schiffbau		26 500	12 559	22 921	22 295	21 789
Elektroindustrie		5 400	10 785	28 624	29 020	29 737
Druck und Vervielfältigung		7 800 ⁷⁾	6 721	12 821	12 892	12 681
Ölmühlenindustrie				2 511	2 528	2 385
Margarineindustrie	} 5 400	} 4 628	2 511	3 335	3 322	3 444
Kaffee und Tee			721	3 759	3 833	3 812
Tabakverarbeitung		2 762	3 099	3 079	2 960	2 993
Umsatz nach Industriegruppen insgesamt in 1000 RM/DM	154 200	333 013	1 243 771	1 334 057	1 330 594	1 349 800
dar. Mineralölverarbeitung		12 800	32 925	224 660	220 681	229 154
NE-Metallindustrie		9 700	15 005	53 109	72 825	43 556
Chemische Industrie		12 900 ⁶⁾	25 296	91 078	102 297	106 991
Gummi und Asbest		4 600	13 990	41 804	47 493	44 918
Maschinenbau		9 400	16 234	76 569	76 852	85 597
Schiffbau		14 400	7 633	72 510	47 002	32 941
Elektroindustrie		4 400	10 463	134 655	154 080	141 771
Druck und Vervielfältigung		4 500 ⁷⁾	7 748	37 167	39 613	41 243
Ölmühlenindustrie				48 328	55 485	57 624
Margarineindustrie	} 21 500	} 41 967	23 416	28 355	27 834	24 649
Kaffee und Tee			4 298	71 966	73 846	78 814
Tabakverarbeitung		55 911	104 038	111 946	108 340	108 549
2. Öffentliche Energieversorgung						
Wasserförderung in 1000 cbm	5 737 ⁸⁾	8 282	10 842	10 820	11 094	10 942
* Gaserzeugung in 1000 Ncbm auf Kohlen- und Raffineriebasis (brutto)	18 767 ⁹⁾	20 935	40 193	41 111	41 001	30 013
* Stromerzeugung in 1000 kWh (brutto)	40 210 ⁹⁾	125 855	427 146	451 042	475 324	420 283
Vierteljahresdurchschnitt¹⁰⁾						
	1961	1962	1964	3. Vierteljahr 1964	3. Vierteljahr 1965	2. Vierteljahr 1965
3. Handwerk (Meßziffern) ¹¹⁾						
* Beschäftigte (Ende des Vj.) (Mal 1956 = 100)	102,2	98,7	98,7	99,2	97,1	97,8
* Umsatz (Vj.-Ø 1955 = 100)	191,4	197,5	222,1	221,8	237,0	235,9
dar. Handwerksumsatz (Vj.-Ø 1955 = 100)	174,7	180,8	206,3	209,2	216,8	214,6
Versorgung mit Nahrungsmitteln						
Monatsdurchschnitt						
	1938	1950	1964	Oktober 1964	Oktober 1965	September 1965
1. Milcherzeugung						
* Kuhmilcherzeugung in 1000 kg	2 618	2 285	1 975	1 445	1 527	1 531
* Milchlieferung an Molkereien in 1000 kg	1 597	1 946	1 661	1 201	1 269	1 301
in % der Gesamterzeugung	61,0	85,2	84,1	83,1	83,1	85,0
* Milchleistung je Kuh und Tag in kg	8,6	8,3	10,9	7,8	8,2	8,5
2. Trinkmilchabsatz an Verbraucher durch Molkereien						
Vollmilch insgesamt in 1000 kg		10 709	10 330	10 381		
dav. lose in 1000 kg			4 129	3 951		
in Flaschen in 1000 kg			6 201	6 430		
Mager- und Buttermilch in 1000 kg		1 186	448	249		
3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandstiere)						
Rinder	6 580	4 980	8 884	14 896	10 951	9 500
Kälber	3 884	3 699	3 293	2 384	2 118	2 481
Schweine	24 847	19 784	46 143	45 834	41 097	42 118
Schafe	4 265	5 681	3 126	3 053	2 577	3 165
4. Schlachtungen (Inlandstiere)						
* Rinder (ohne Kälber) ¹²⁾	8 075	3 363	7 810	11 911	8 293	6 906
* Kälber ¹²⁾	5 568	4 065	3 193	2 290	1 985	2 267
* Schweine insgesamt	40 186	21 165	47 856	50 108	43 640	45 320
dar. Hausschlachtungen		1 455	457	144	121	64
* Gesamtschlachtgewicht in 1000 kg ¹²⁾ ¹³⁾	6 467	3 220	6 430	7 715	6 221	6 003
dar. Rinder (ohne Kälber) in 1000 kg	1 989	836	1 873	2 972	2 101	1 695
Schweine in 1000 kg	3 878	1 882	4 196	4 447	3 812	3 969
Durchschnittliches Schlachtgewicht						
für Rinder in kg	246,3	248,7	239,9	249,5	253,3	245,5
für Kälber in kg	57,2	43,2	68,2	72,8	80,8	82,4
für Schweine in kg	96,5	95,5	88,5	89,0	87,6	87,7

1) Zahlen für die Industrie nach dem heutigen Gebietsstand, teilweise geschätzt. — 2) Es sind hierbei die hamburgischen Industriebetriebe mit 10 und mehr Beschäftigten berücksichtigt (ohne Betriebe der Bauindustrie und Energiewirtschaft). — 3) Einschl. Lehrlingsstunden. — 4) Einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — 5) 1 t SKE = 1 t Steinkohle, = 1 t Steinkohlenkoks, = 3 t Rohbraunkohle, = 1,5 t Braunkohlenbriketts, Braunkohlenkoks. — 6) 1936 = einschl. Papierverarbeitung. — 7) 1936 = einschl. Kunststoffverarbeitende Industrie. — 8) Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — 9) Rechnungsjahr 1935/36. — 10) Bei Beschäftigten: repräsentativen Handwerksberichterstattung. — 11) Nach den Ergebnissen der vierteljährlichen repräsentativen Handwerksberichterstattung. — 12) Gewerbliche Schlachtungen. — 13) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innerelen.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Oktober 1964	Oktober 1965	September 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Versorgung mit Nahrungsmitteln						
5. Obst- und Gemüsemarkt (Großmarkt Hamburg)						
Obstzufuhr aus dem Inland in 1000 kg	1 749	3 815	4 125	6 615	5 947	6 451
Obstzufuhr aus dem Ausland in 1000 kg	4 337	2 571	15 495	13 285	18 860	19 698
Gemüsezufuhr aus dem Inland in 1000 kg	6 351	4 956	6 560	7 597	8 052	9 316
Gemüsezufuhr aus dem Ausland in 1000 kg	264	926	5 343	3 800	4 270	4 431
6. Fischmarkt						
Versteigerte Mengen insgesamt in 1000 kg	12 241	6 044	2 162	2 181	2 464	2 866
dar. in Hmb. angelandete Fische in 1000 kg	12 119	6 016	1 780	1 787	2 213	2 539
Handel und Gastgewerbe						
1. Index der Einzelhandelsumsätze (1954 = 100)						
Einzelhandel aller Betriebsformen	.	.	200	213	231	206
dav. Nahrungs- und Genußmittel	.	.	195	202	222	207
dar. Lebensmittel aller Art	.	.	189	198	227	209
Obst, Gemüse, Süßfrüchte	.	.	177	162	176	182
Fische und Fischwaren	.	.	204	226	236	210
Milch und Milcherzeugnisse	.	.	173	182	189	182
Schokolade und Süßwaren	.	.	137	133	138	136
Tabakwaren	.	.	182	188	188	180
Bekleidung, Wäsche, Schuhe	.	.	186	218	239	185
dar. Textilien aller Art	.	.	234	255	264	223
Wirk-, Strick- und Kurzwaren	.	.	196	181	186	156
Oberbekleidung	.	.	151	195	251	177
Schuhwaren	.	.	186	217	222	173
Hausrat und Wohnbedarf	.	.	221	244	276	249
dar. Eisenwaren und Küchengeräte	.	.	184	190	190	182
Porzellan und Glaswaren	.	.	206	193	280	262
Beleuchtungs- u. Elektrogeräte	.	.	254	297	378	280
Rundfunk-, Fernseh- und Phonoartikel	.	.	369	413	463	428
Möbel	.	.	155	182	219	203
Teppiche, Gardinen usw.	.	.	139	147	171	143
Sonstige Waren	.	.	214	215	219	208
dar. Bücher	.	.	241	235	255	201
Papier- und Schreibwaren	.	.	187	192	194	191
Galanterie- und Lederwaren	.	.	159	131	131	125
Apotheken	.	.	187	194	218	203
Drogerien	.	.	219	211	213	216
Foto und Optik	.	.	211	246	245	231
Büromaschinen und Büromöbel	.	.	168	204	168	171
Fahrräder, Krafträder u. Zubehör	.	.	180	169	212	215
Kraftwagen und Zubehör	.	.	253	263	262	247
Uhren, Gold- und Silberwaren	.	.	208	195	220	198
Blumen und Sämereien	.	.	268	295	271	236
Brennmaterial	.	.	167	165	151	158
2. Umsatz-Index des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes (1962 = 100)						
* Gastgewerbe insgesamt	.	.	95	102	121	114
Beherbergungsgewerbe zusammen	.	.	117	134	139	131
dav. Hotels	.	.	119	137	141	130
Gasthöfe	.	.	114	111	114	117
Fremdenheime und Pensionen	.	.	110	125	136	141
Schankgewerbe zusammen	.	.	89	93	117	110
dav. Gast- und Speisewirtschaften	.	.	85	87	115	108
Bahnhofswirtschaften	.	.	101	101	103	99
Cafés	.	.	105	100	92	87
Bars, Tanz- und Vergnügungsbetriebe	.	.	100	116
3. Fremdenverkehr 1) 2)						
* Zahl der gemeldeten Fremden	81 041	48 229	115 127	118 105	128 075	137 422
dar. Ausländer	11 283	10 303	40 832	36 076	39 066	53 079
* Zahl der Übernachtungen	180 185	103 109	226 553	241 902	251 984	259 840
dar. Ausländer	27 491	22 805	79 016	73 941	76 404	96 232
Bettenausnutzung % der höchstmöglichen Belegung nach dem Bettenstand vom 1. April des jeweiligen Jahres	46	55	55	57	59	63
4. Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost (in Mio DM) 3)						
Bezüge Hamburgs	.	5	7	7	10	10
Lieferungen Hamburgs	.	3	10	11	10	8
5. Handel mit Berlin (West) (in Mio DM) 4)						
Bezüge Hamburgs	.	9	105	112	118	115
Lieferungen Hamburgs	.	37	132	157	149	144

1) Ohne Heime, Jugendherbergen Massenquartiere und Privatquartiere. — 2) 1938 einschl. der Hospize, Herbergen und ähnlicher Vereinshäuser.
3) Quelle: Statistisches Bundesamt.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Oktober 1964	Oktober 1965	September 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Handel und Gastgewerbe						
6. Ausfuhr in Hamburg hergestellter Waren (in Mio DM)						
Insgesamt		26	175	183		174
dav. nach Warengruppen						
Ernährungswirtschaft		1	15	15		20
Gewerbliche Wirtschaft		25	160	168		154
dav. Rohstoffe		1	3	2		3
Halbwaren		12	37	45		37
Fertigwaren		12	120	121		114
dav. Vorerzeugnisse		2	9	10		10
Enderzeugnisse		10	111	111		104
dav. nach ausgewählten Verbrauchsgebieten						
Europa			118	125		119
dar. EWG-Länder			47	47		45
EFTA-Länder			52	58		58
Afrika			13	16		12
Amerika			24	22		24
dav. Nordamerika			11	9		10
dar. USA			10	7		9
Mittelamerika			4	2		2
Südamerika			9	11		12
Asien			17	16		17
Australien und Ozeanien			3	4		2
7. Deutscher Außenhandelsverkehr über Hamburg						
1936						
Wareneinfuhr (in 1000 t)	648	464	1 818	1 680		1 919
Warengruppen:						
dar. Ernährungswirtschaft	161	185	392	441		427
Gewerbliche Wirtschaft	487	278	1 426	1 239		1 492
dav. Rohstoffe und Halbwaren	480	272	1 362	1 166		1 424
Fertigwaren	7	6	64	73		68
Ländergruppen:						
dar. Europa	319	134	376	391		381
dav. EWG-Länder	29	32		97		70
EFTA-Länder	179	75		209		177
Sonstige Länder	111	27		85		134
Außereuropa	329	330	1 818	1 289		1 537
dav. Amerika	214	150	602	657		607
dav. Nordamerika	77	73		403		308
Mittelamerika	83	25		22		27
Südamerika	54	52		232		272
Afrika	48	60	282	201		342
Asien	64	118	539	424		557
Australien und Ozeanien	3	2	19	7		31
Warenausfuhr (in 1000 t)	168	216	350	370		319
Warengruppen:						
dar. Ernährungswirtschaft	12	4	62	71		64
Gewerbliche Wirtschaft	156	212	288	299		255
dav. Rohstoffe	84	16	31	15		32
Halbwaren	72	160	140	148		99
Fertigwaren		36	117	136		124
dav. Vorerzeugnisse		17	37	43		43
Enderzeugnisse		19	80	93		81
Ländergruppen:						
dar. Europa	80	153	179	173		144
dav. EWG-Länder	13	4	13	7		15
EFTA-Länder	44	125	136	133		107
Sonstige Länder	23	24	30	33		22
Außereuropa	88	58	147	159		136
dav. Amerika	45	38	59	68		55
dav. Nordamerika	18	17	31	39		31
dar. USA	13	12	26	30		26
Mittelamerika	7	5	10	7		8
Südamerika	20	16	18	22		16
Afrika	11	8	36	37		35
Asien	30	8	47	47		41
Australien und Ozeanien	2	4	5	5		5
Verkehr						
1938						
1. Seeschifffahrt						
a) Schiffsverkehr zur See						
Angekommene Schiffe	1 512	955	1 677	1 685	1 780	1 756
dar. deutsche Schiffe	1 027	526	955	954	1 020	988
Abgegangene Schiffe	1 610	1 017	1 803	1 810	1 850	1 838
dar. deutsche Schiffe	1 118	591	1 077	1 074	1 110	1 083
Raumgehalt der angekommenen Schiffe						
in 1000 NRT	1 714	937	2 955	2 966	3 080	2 840
dar. deutsche Schiffe	873	128	762	811	930	730
Raumgehalt der abgegangenen Schiffe						
in 1000 NRT	1 712	936	2 960	2 924	3 000	2 889
dar. deutsche Schiffe	875	135	781	855	900	776

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Oktober 1964	Oktober 1965	September 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Verkehr						
Seeschifffahrt						
b) Linienschifffahrt (Linien) 1)	184	176	262	264	260	260
dav. Europa	102	84	79	80	75	75
Außereuropa	82	92	183	184	185	185
Reisen (Abfahrten)	728	319	746	757	740	718
dar. nach Europäischem Ausland	383	159	304	309	290	277
Amerika	72	54	170	192	180	177
Afrika	37	18	105	104	100	99
Asien	33	23	91	84	90	87
Australien	7	4	15	19	17	16
c) Personenverkehr über See						
Ausreisende insgesamt	6 744	870	1 920	3 011	1 680 p	2 311 r
dar. nach Häfen in						
Nord-Europa (einschl. Ostseegebiet)			347	940	95 p	181 r
West-Europa (einschl. Großbritannien und Irland)			419		330 p	484 r
Nordamerika	2 882	446	557	1 150	1 020 p	994 r
Südamerika	1 286	231	290	415	180 p	475 r
Einreisende insgesamt	5 373	333	1 532	1 592	1 260 p	1 514 r
dar. von Häfen in						
Nord-Europa (einschl. Ostseegebiet)			128	102	85 p	126 r
West-Europa (einschl. Großbritannien und Irland)			405	482	330 p	309 r
Nordamerika	2 057	171	558	546	520 p	559 r
Südamerika	882	30	295	265	250 p	335 r
d) Güterverkehr zur See (in 1000 t brutto)	2 147	919	2 951	2 985	2 650 p	2 870 r
dav. Empfang	1 521	620	2 224	2 202	2 100 p	2 183 r
dav. Massengut	980	429	1 678	1 127	1 480 p	1 630 r
dar. Mineralöle	307	162	976	427	650 p	855 r
Kohle	262	113	215	211	200 p	164 r
Getreide	133	70	227	223	220 p	253 r
Sackgut			101			
Stückgut	541	191	445	575	620 p	553 r
dav. nach Verkehrsbezirken:						
Inland	110	110	42	28		67 r
Europäisches Ausland	520	159	458	439		436 r
Außereuropa	891	351	1 724	1 735		1 680 r
dar. Nahost und Persischer Golf Vereinigte Staaten von Amerika	171	78	373	404		312 r
Versand	626	299	727	783	750 p	687 r
dav. Massengut	205	144	307	350	340 p	250 r
Sackgut			72			
Stückgut	421	155	348	433	410 p	437 r
dav. nach Verkehrsbezirken:						
Inland	149	32	105	108		100 r
Europäisches Ausland	302	170	324	329		309 r
Außereuropa	175	97	298	346		278 r
2. Binnenschifffahrt						
a) Schiffsverkehr auf Binnenwasserstraßen						
Angekommene Schiffe	2 674	1 716	2 291	2 691	2 574	2 628
Abgegangene Schiffe	2 560	1 677	2 165	2 611	2 511	2 470
Tragfähigk. der angek. Schiffe in 1000 t	879	362	739	867	836	874
Tragfähigk. der abgeg. Schiffe in 1000 t	845	344	703	858	845	817
b) Güterverkehr auf Binnenwasserstraßen						
Eingang (in 1000 t)	318	151	292	343	376	408
dar. Bundesrepublik	77	101	261	310	337	366
dav. Niederelbe	24	32	64	64	81	90
Oberelbe bis Zonengrenze Mittellandkanal	53	62	175	234	222	236
Berlin (West)	0	7	22	12	34	40
Sowjetische Besatzungszone	7	25	9	10	10	7
Tschechoslowakei	155	3	7	6	11	11
Ausgang (in 1000 t)	42	22	15	17	18	24
dar. Bundesrepublik	504	121	285	320	300	290
dav. Niederelbe	59	81	166	188	203	191
Oberelbe bis Zonengrenze Mittellandkanal	49	48	129	129	149	135
Berlin (West)	10	32	27	46	15	26
Sowjetische Besatzungszone	0	1	10	13	39	30
Tschechoslowakei	29	28	65	94	56	47
Tschechoslowakei	268	2	31	9	11	12
Tschechoslowakei	34	10	23	29	30	40
3. Flugverkehr (gewerblicher Verkehr)						
Gelandete Flugzeuge	351	491	1 940	2 035		2 322
Gestartete Flugzeuge	352	491	1 947	2 067		2 336
Angekommene Fluggäste	1 618	4 993	59 300	69 658		86 375
dar. aus dem Ausland			19 195	23 604		29 944
Abgereiste Fluggäste	1 812	4 203	59 828	70 105		93 972
dar. nach dem Ausland			19 323	22 557		30 611
Angekommene Fracht in t	22,8	186,8	533	650		595
dar. aus dem Ausland						305
Abgegangene Fracht in t	20,3	58,7	486	597		659
dar. nach dem Ausland						249
Angekommene Post in t	9,0	35,6	179	182		202
Abgegangene Post in t	5,6	15,8	211	230		250
4. Bundesbahnverkehr						
Güterempfang in 1000 t (öffentlicher Verkehr)		416,9		576		564
Güterversand in 1000 t (öffentlicher Verkehr)		246,8		577		543
Gestellte Güterwagen		31 414	48 699	49 757	43 312	44 820

1) Stand Ende des Jahres bzw. Monats.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Oktober 1964	Oktober 1965	September 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Verkehr						
5. Personenverkehr Hamburger Verkehrsmittel						
Beförderte Personen (in 1000)						
Stadtbahn (S-Bahn)	7 939	11 064	9 718	9 861	11 053 p	9 727
Hoch- und Untergrundbahn (einschl. W-Bahn)	6 571	11 752	13 690	13 782	14 265	13 627
Straßenbahn	13 799	23 498	10 533	10 865	9 199	8 882
Kraftomnibusse der HHA 1) 2)	1 083	2 028	9 101	9 580 r	9 889	9 568
Alsterdampfer	281	337	153	167	176	203
Schiffe der Hafendampfschiffahrt AG.	1 339	1 362	1 244	1 178	665	603
Kraftomnibusse der VHH AG. 2) 3)	373	786	573	619	21	21
Kraftomnibusse der Deutschen Bundespost	.	.	19	29	418	420
Kraftomnibusse der Deutschen Bundesbahn	.	.	379	413	.	401
Private Kraftomnibusse 2)	.	200	290	275	.	.
6. Kraftfahrzeuge						
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrbere-						
tigung (Im Verkehr befindlich) insgesamt 4)	82 080	59 100	323 460	324 256	352 910	352 225
dar. Personenkraftwagen 5)	39 260	25 948	280 404	280 069	310 470	309 307
b) Zulassungen von fabrikneuen						
Kraftfahrzeugen insgesamt	928	1 177	4 567	4 765	.	4 855
dar. Krafträder	232	221	17	6	.	7
Personenkraftwagen	501	644	3 694	3 857	.	3 958
Kombinationskraftwagen	.	.	412	372	.	466
Lastkraftwagen	179	288	363	464	.	383
7. Straßenverkehrsunfälle						
Zahl der Verkehrsunfälle	865	1 058	2 341	2 630	2 530	2 343
dav. mit Personenschaden 6)	459	426	918	979	1 018	921
mit nur Sachschaden	406	632	1 424	1 651	1 512	1 422
Getötete Personen	8	12	30	31	35	22
Verletzte Personen	517	483	1 184	1 257 r	1 303	1 181
Geld und Kredit						
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbanken)						
(Beträge in Mio DM)						
a) Kredite der Kreditinstitute 7)						
Kredite an Nichtkreditinst. am Monatsende	.	1 556,1	11 935,5 r	12 400,9	13 947,1	13 957,5
dav. kurzfristige Kredite 8)	.	1 353,8	3 964,5	4 022,0	4 257,9	4 328,1
dav. an Wirtschaft und Private	.	1 328,7	3 945,4	4 006,8	4 252,3	4 321,5
an öffentl.-rechtl. Körperschaft.	.	25,1	19,1	15,2	5,6	6,6
mittelfristige Kredite 7) 8) 9)	.	55,8	1 497,8	1 653,3	1 939,9	1 950,6
dav. an Wirtschaft und Private	.	55,6	1 365,8	1 504,4	1 765,9	1 780,2
an öffentl.-rechtl. Körperschaft.	.	0,2	132,0	148,9	174,0	170,4
langfristige Kredite 7) 8) 9)	.	146,5	6 393,8	6 725,6	7 749,3	7 678,8
dav. an Wirtschaft und Private	.	146,0	5 581,8	5 841,3	6 685,7	6 623,7
an öffentl.-rechtl. Körperschaft.	.	0,5	812,0	884,3	1 063,6	1 055,1
Kredite an Kreditinst. am Monatsende	.	105,7	908,3	929,5	1 028,8	970,3
b) Einlagen bei den Kreditinstituten						
Einlagen von Nichtkreditinstituten						
am Monatsende	.	1 152,3	7 585,8	7 808,8	8 438,0	8 304,9
dav. Sicht- und Termineinlagen	.	1 026,3	4 064,6	4 189,4	4 241,6	4 165,5
dav. von Wirtschaft und Privaten	.	848,0	3 537,9	3 678,4	3 703,1	3 565,3
von öffentl.-rechtl. Körperschaft.	.	178,3	526,7	511,0	538,5	600,2
Spareinlagen	.	126,0	3 521,2	3 619,4	4 196,4	4 139,4
dar. bei Sparkassen	.	97,2	2 432,2	2 491,5	2 874,1	2 831,1
Kreditbanken	.	.	877,3	908,6	1 061,2	1 051,4
Einlagen von Kreditinstituten	.	106,6	2 214,2	2 396,3	2 387,3	2 338,8
am Monatsende
c) Sparverkehr						
Sämtliche Kreditinstitute 10)						
Spareinlagen am Monatsende	.	126,0	3 521,2	3 619,4	4 196,4	4 139,4
dar. steuerbegünstigt	.	12,4
prämienbegünstigt	.	.	338,4	347,9	418,7	410,5
Gutschriften	.	10,2	195,8	208,6	242,0	207,6
Lastschriften	.	7,3	167,8	159,0	185,3	177,7
Saldo der Gut- und Lastschriften	.	+ 2,9	+ 27,9	+ 49,6	+ 56,7	+ 29,9
Zinsen	.	2,6	10,0	0,2	0,3	0,3
2. Zahlungsschwierigkeiten, Leihhäuser						
a) Wechselproteste 11) (Zahl)						
Betrag in 1000 DM	.	1 324	1 203	1 164	1 088	1 086
Durchschnittsbetrag je protest. Wechsel in DM	.	1 194	1 451	1 438	1 241	1 494
	.	902	1 206	1 236	1 140	1 376
b) Konkurse und Vergleichsverfahren (Zahl)						
Konkurse	12	25	12	14	19	10
Eröffnete Vergleichsverfahren	1	3	1	3	.	.
c) Mahn- und Offenbarungseidverfahren (Zahl)						
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	14 894	21 302	21 705	23 293	22 166	22 732
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides	.	2 392	2 969	3 185	3 251	3 313
Haftbefehle zur Erzwingung
des Offenbarungseides	.	848	1 286	1 398	1 200	1 176
Abgeleitete Offenbarungseide	.	124	399	427	309	350
d) Öffentliche Leihhäuser						
Verpfändungen 12), Zahl	19 155	13 214	3 736	3 716	3 817	3 715
RM/DM	298 306	384 610	410 037	502 469	666 771	667 607
Einlösungen, Zahl	13 235	12 709	3 380	3 752	3 341	2 990
RM/DM	176 172	401 990	351 331	390 508	471 893	454 196

1) 1950 einschl. Obusse. — 2) Ab Januar 1963 ohne den von den Ländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen genehmigten Linienverkehr. — 3) 1938 und 1950 BGE und Südstorm. Kreisbahn (einschl. Eisenbahnbetrieb). — 4) Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — 5) Einschl. Kombinationskraftwagen. — 6) Teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — 7) Ab 1. 1. 1964 einschl. durchlaufender Mittel. — 8) 131 berichtspflichtige Institute. — 9) Bis einschl. Mai 1950 ohne Wirtschaft und Private. — 10) Ohne Postsparkasse. — 11) Wechselproteste der Kreditinstitute und der Post. — 12) Einschließlich Erneuerungen.

Zahlenspiegel

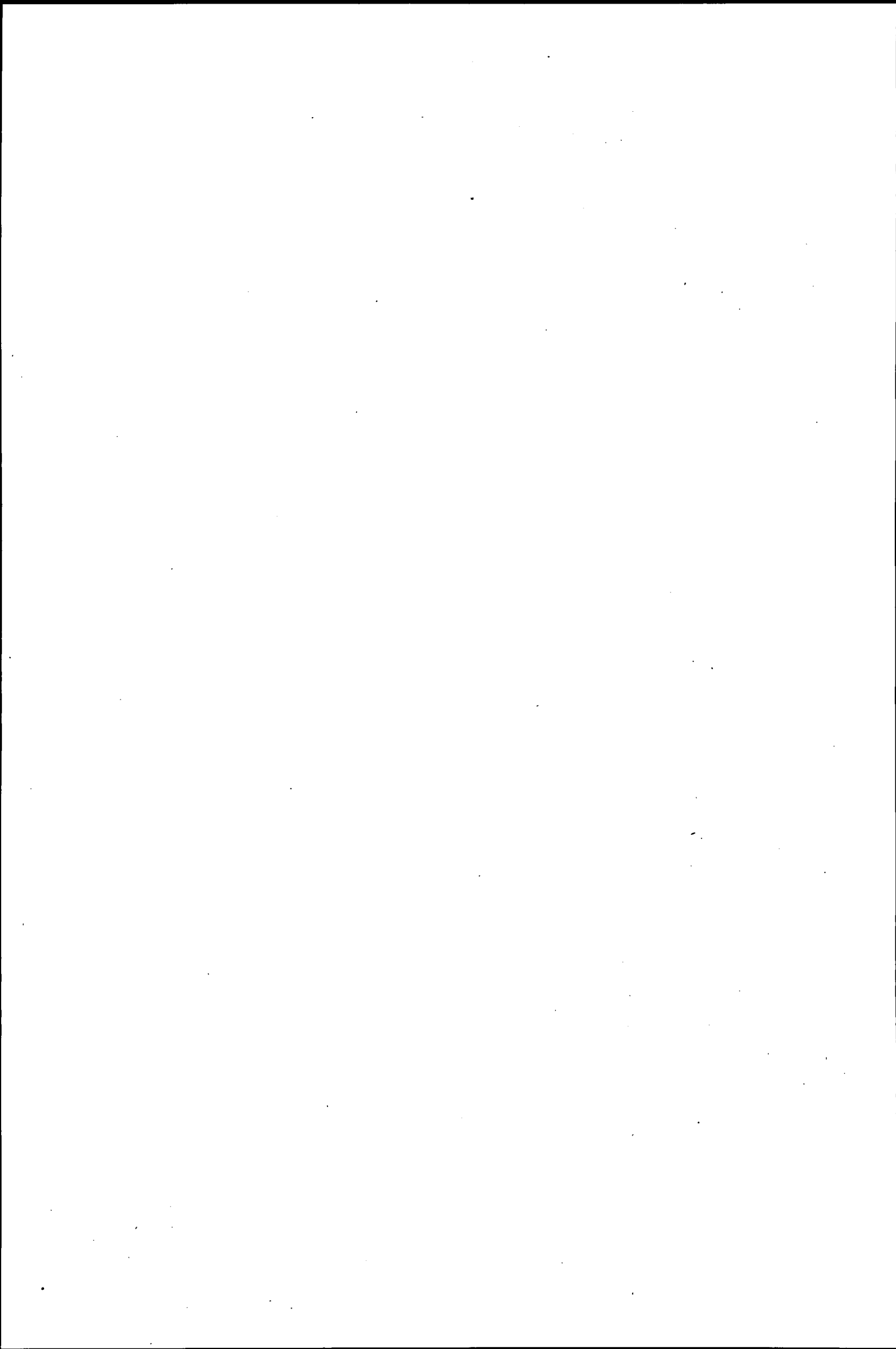
Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Oktober 1964	Oktober 1965	September 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Geld und Kredit						
3. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg						
Aktiengesellschaften, Zahl	.	.	161	160	164	164
Kapital in Mio DM	.	.	3 717,1	3 870,5	4 120,5	3 974,0
Gesellschaften m. b. H., Zahl	.	.	3 696	3 725	3 937	3 920
Kapital in Mio DM	.	.	2 549,3	2 839,4	2 997,2	2 984,6
Steuern¹⁾						
Steueraufkommen (in 1000 RM/DM) ²⁾						
1. Bundessteuern						
* Umsatzsteuer	9 363	22 996	78 447	86 256	83 265	80 219
* Umsatzausgleichsteuer	2 180	2 779	33 270	30 134	34 857	35 582
* Beförderungsteuer	79	943	1 453	1 640	1 551	1 355
Notopfer Berlin	..	1 749	129	80	46	162
* Zölle	45 572	17 772	56 438	37 864	43 563	45 588
* Verbrauchsteuern	31 925	42 968	309 886	378 358	387 938	381 929
dav. Tabaksteuer	24 492	32 535	64 459	71 804	71 836	68 243
Kaffeesteuer	..	5 831	25 773	23 516	25 107	23 884
Teesteuer	..	521	946	682	1 086	48
Branntweinmonopol ³⁾	249	2 514	4 716	4 043	6 347	3 851
Mineralölsteuer	51	871	213 828	278 192	283 426	285 797
Sonstige Verbrauchsteuern	7 133	697	165	122	135	106
* Summe der Bundessteuern	..	89 211	479 624	534 332	551 219	544 836
* Außerdem: Lastenausgleichsabgaben	..	9 478 ⁴⁾	6 989	4 021	3 533	1 425
dav. Vermögensabgabe	..	5 352	5 467	668	329	369
Hypothekengewinnabgabe	..	2 771	1 204	2 539	2 401	1 051
Kreditgewinnabgabe	319	814	803	4
2. Landessteuern						
* Lohnsteuer	7 390	10 051	86 807	97 018	96 467	94 541
* Veranlagte Einkommensteuer	17 032	9 277	65 327	12 448	10 745	154 524
* Nichtveranlagte Steuer vom Ertrag	552	224	11 854	1 736	4 907	7 831
* Körperschaftsteuer	8 928	9 544	43 494	5 755	2 222	105 681
* Steuern vom Einkommen zusammen	33 902	29 097	207 482	116 957	114 341	362 577
dav. an den Bund abgeführt ⁵⁾	80 918	45 613	44 593	141 405
Hamburg verblieben	126 564	71 344	69 748	221 172
* Vermögensteuer	1 513	466	10 756	2 411	1 414	2 648
Erbchaftsteuer	469	63	1 223	1 275	1 313	19 740
Grundwerbsteuer	398	135	1 505	1 613	1 117	1 500
Kapitalverkehrssteuer	227	179	2 296	746	3 093	544
* Kraftfahrzeugsteuer	423	1 312	7 297	7 454	7 196	7 575
* Versicherungssteuer	559	847	3 806	3 520	3 992	3 965
* Rennwett- und Lotteriesteuer	452	820	2 511	1 881	2 100	2 034
* Wechselsteuer	0	536	803	870	849	757
* Feuerschutzsteuer	15	127	179	281	246	— 231
* Biersteuer	792	870	2 293	2 519	2 749	2 619
* Summe der Landessteuern	..	34 461	240 152	139 525	138 411	403 729
3. Gemeindesteuern						
* Realsteuern	9 974	8 666	46 638	21 014	20 580	4 446
dav. Grundsteuer A	50	42	71	20	13	27
Grundsteuer B	4 538	3 365	4 941	759	777	943
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	4 668	4 215	36 249	4 864	3 295	3 262
Gewerbesteuer nach der Lohnsumme	718	1 044	5 377	15 371	16 494	214
Gewerbesteuerzuschüsse	24	29	433	—	—	8
* Obrige Gemeindesteuern	7 411	1 864	570	767	753	408
dar. Kinosteuer	123	497	68	113	88	95
Obrige Vergnügungssteuer	106	146	293	271	311	256
Hundesteuer	68	132	208	382	354	56
Summe der Gemeindesteuern	17 385	10 071	47 208	21 781	21 333	4 854
Öffentliche Ordnung und Sicherheit						
1. Feuerlösch- und Unfalldienst						
Gesamtzahl der Alarmierungen	633	1 427	4 418	4 341	5 134	5 320
dav. Feueralarme	187	185	320	231	273	263
dav. falsche Alarme und Unfug-	49	39	61	47	71	73
meldungen	138	146	259	184	202	190
bekämpfte Brände insgesamt	10	4	16	11	12	6
dav. Großbrände	17	14	42	22	32	15
Mittelbrände	88	114	111	77	88	101
Kleinbrände	80	66	70	68
Entstehungsbrände	..	10	10	8	—	—
Schornsteinbrände
Hilfeleistungen aller Art	446	1 242	4 098	4 110	4 861	5 057
dar. bei Straßen- und Verkehrs-	..	314	1 090	1 097	1 273	1 248
unfällen	..	235	531	531	589	606
Betriebsunfällen
Hierbei durchgeführte Unfalltransporte	..	976	3 851	3 891	4 603	4 664
2. Krankenbeförderungswesen						
Ausgeführte Krankentransporte	..	5 625	4 544	4 724	4 390	4 429
Beförderte Personen	..	6 449	4 775	5 059	4 564	4 372

1) Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben. — 2) Monatsdurchschnitt 1938 = Durchschnitt des Rechnungsjahres 1938. — 3) Ohne die Einnahmen der Bundesmonopolverwaltung für Branntwein. — 4) Einschl. Soforthilfesonderabgabe. — 5) 1963 = 38 %, 1964 = 39 %.

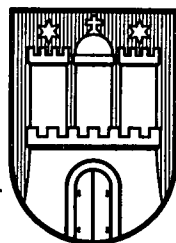
Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Oktober 1964	Oktober 1965	September 1965
	1938	1950	1964			
Noch: Öffentliche Ordnung und Sicherheit						
3. Feststellungen der Polizei						
Straftaten		5 443	7 865	8 245	8 619	8 721
dar. Sittlichkeitsdelikte		142	206	269	210	221
Mord und Totschlag		2	5	4	9	2
Fahrlässige Tötung 1)		11	2	4	1	—
Körperverletzung 2)		32	89	94	112	91
Einfacher Diebstahl		2 416	3 416	3 501	3 619	3 612
Schwerer Diebstahl		558	1 651	1 725	2 117	2 071
Diebstähle zusammen		2 974	5 067	5 226	5 736	5 683
dar. Kraftwagen- u. -gebrauchsdiebstahl		36	158	140	173	196
Fahrrad- und -gebrauchsdiebstahl		202	379	449	484	466
Moped-, Motorrad- und -gebrauchsdiebstahl			185	227	170	177
Taschendiebstahl		78	40	26	51	45
Unterschlagung		357	224	269	201	244
Raub und Erpressung		11	39	40	45	50
Begünstigung und Hehlerei		99	127	71	72	80
Betrug und Untreue		607	730	813	686	757
Brandstiftung		39	42	21	19	18
Münzdelikte		13	—	1	2	1
Außerdem:						
Verkehrsvergehensanzeigen			792	919	1 032	818
Übertretungsanzeigen 3)			8 192	10 200	9 667	8 354
Ordnungswidrigkeitenberichte			477	444	392	429
Gebührenpflichtige Verwarnungen 4)			27 456	34 823	34 839	28 807
4. Rechtskräftig Abgeurteilte						
Abgeurteilte insgesamt		1 316	1 894	1 883	1 872 ⁵⁾	1 165
dav. Erwachsene n. allg. Strafrecht abgeurt.		1 229	1 554	1 526	1 466	988
Heranwachs. n. allg. Strafrecht abgeurt.			125	127	128	72
Jugendliche n. Jugendstrafrecht abgeurt.		87	133	151	211	78
Heranwachsende n. Jugendstrafr. abgeurt.			82	79	67	27
dar. Widerstand gegen die Staatsgewalt		12	6	4	8	4
Fahrerflucht		6	65	71	74	66
Straftaten gegen den Personenstand, die Ehe und die Familie		4	50	37	74	28
Verbrech. u. Vergeh. wider die Sittlichkeit		51	51	48	57	31
Beleidigung, üble Nachrede		24	19	21	26	11
Verbrech. u. Vergeh. wider das Leben		9	12	11	11	5
Körperverletzung		52	125	109	164	79
Einfacher Diebstahl		324	311	317	380	232
Schwerer Diebstahl		80	82	67	94	44
Einf. u. schwerer Diebstahl im Rückfall		79	57	62	42	39
Unterschlagung		70	50	53	44	37
Raub und Erpressung		9	13	10	14	9
Begünstigung und Hehlerei		68	41	32	48	24
Betrug und Untreue		92	154	144	173	99
Urkundenfälschung		19	15	13	23	10
Vergehen gegen das StVG.		53	278	297	261	177
Löhne und Gehälter 6) 7)				Juli 1964	Juli 1965	April 1965
1. Arbeiterverdienste in der Industrie 8)						
* Bruttowochenverdienste in RM/DM	männlich	51	77	213	213	227
	weiblich	27	44	128	128	135
* Bruttostundenverdienste in RM/DM	männlich	1,00	1,57	4,67	4,67	5,04
	weiblich	0,57	0,97	3,02	3,01	3,22
* Bezahlte Wochenstunden in Std.	männlich	51,4	48,8	45,6	45,6	45,1
	weiblich	47,4	45,4	42,4	42,3	42,1
* Geleistete Wochenarbeitszeit in Std.	männlich			42,5	38,5	37,2
	weiblich			39,0	33,2	30,7
2. Angestelltenverdienste (Bruttomonatsverd. i. DM) Industrie 8)						
* Kaufmännische Angestellte	männlich			1 019	1 017	1 077
	weiblich			688	685	732
* Technische Angestellte	männlich			1 101	1 100	1 167
	weiblich			689	684	733
Handel, Kreditinstitute u. Versicherungsgewerbe						
* Kaufmännische Angestellte	männlich			947	945	1 024
	weiblich			606	605	654
* Technische Angestellte	männlich			1 035	1 028	1 086
	weiblich			1 037	1 011	1 075
Industrie, Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe						
* Kaufmännische Angestellte	männlich			966	964	1 038
	weiblich			627	625	674
* Technische Angestellte	männlich			1 095	1 094	1 159
	weiblich			769	765	815

1) Ohne Verkehrsunfälle. — 2) Ohne §§ 223 und 230. — 3) Aus Verkehrsvorschriften und StGB. — 4) Aus Verkehrsvorschriften und Ordnungswidrigkeitenrecht. — 5) Außerdem: Aussetzung der Verhängung der Jugendstrafe (§ 27 JGG) Oktober 1965 (—) Jugendliche und 4 Heranwachsende. — Absehen von der Verfolgung (§ 45 JGG) Oktober 1956 46 Jugendliche. — 6) 1938 = September 1938 und 1950 = Durchschnitt der vier Erhebungsmonate. — 7) Ab 1964 neuer Berichtsjahreskreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — 8) Einschl. Energiewirtschaft und Hoch- und Tiefbau.



HAMBURG IN ZAHLEN



INHALT

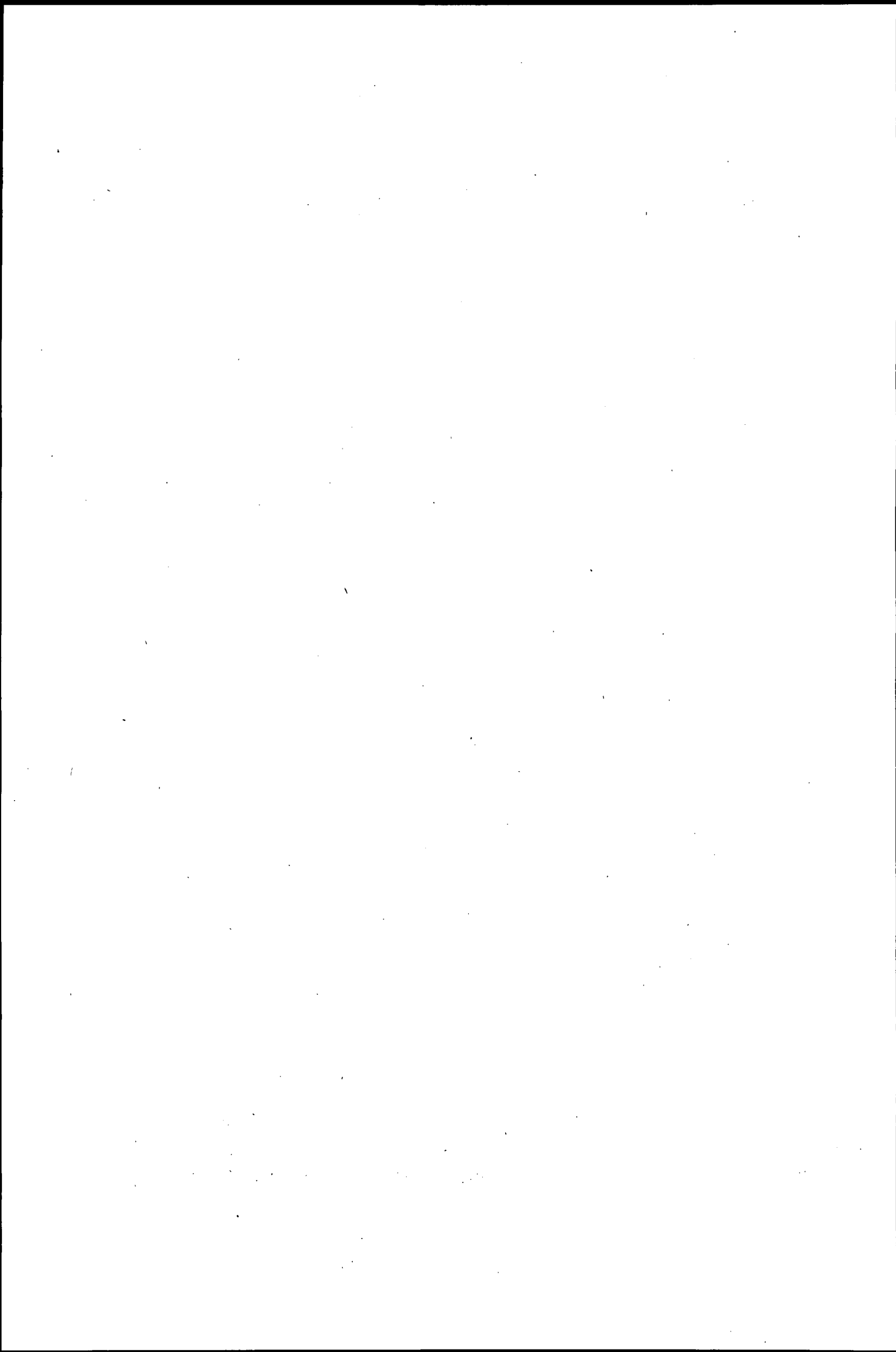
Raumanalyse des Hamburger Umlandes
im Umkreis von 40 km

von Werner Matti

Jahrgang 1965

Sonderheft 1

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg



Raumanalyse des Hamburger Umlandes im Umkreis von 40 km

von Werner Matti

Inhalt

	Seite
I. Zur Methode der Raumabgrenzung	5
II. Die Siedlungsstruktur des Hamburger Umlandes und ihre Veränderung gegenüber der Vorkriegszeit	7
III. Wirtschaftliche Daten für die größeren Gemeinden des Umlandes	10
IV. Aufbauachsen und Aufbauorte der Raumplanung	14
V. Wirtschaftsräumliche Gliederungen des Hamburger Umlandes	17
1. Die Stadtregion Hamburg	17
2. Der Wirtschaftsraum	20
3. Die ökonomische Strukturzone bzw. Ballungszone	20
VI. Zusammenfassung	21
Tabellenteil	24
Erläuterung der in den Tabellen verwendeten statistischen Begriffe	53
Anhang: Programm der Gemeindestatistik 1960/61	65

Vorwort

Ein wachsendes Raumbewußtsein im politischen, wirtschaftlichen und verwaltungsmäßigen Denken, insbesondere im Zusammenhang mit der Stadt-, Regional- und Landesplanung läßt ein steigendes Bedürfnis nach regionalstatistischen Daten entstehen. Zum Teil handelt es sich um Zahlen für möglichst feingegliederte räumliche Einheiten innerhalb des Stadtgebietes (Stadtteile, Ortsteile, Blöcke, Zählbezirke usw.), zum Teil um Zusammenfassungen regionaler Daten für größere Raumeinheiten (Stadtumlandräume, Planungsgebiete, Regionen usw.).

Um diesem Bedürfnis Rechnung zu tragen, wird das Statistische Landesamt Hamburg eine Reihe regionalstatistischer Veröffentlichungen sowohl für die innerstädtische als auch die großräumliche Gliederung im Zusammenhang mit dem Umland herausbringen.

Als erstes Heft bringt der vorliegende Beitrag neben den Daten für die Freie und Hansestadt Hamburg auch Vergleichszahlen für zahlreiche Umlandgemeinden und größere gebietliche Zusammenfassungen.

Die öffentlichen Diskussionen um die Zukunft der Verdichtungsgebiete, um alle die Raumordnung, Planungskonzepte und Raumpolitik berührenden Fragen, zeigen am Beispiel Hamburgs mit seinen engen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verflechtungen in den schleswig-holsteinischen und niedersächsischen Raum besonders deutlich, wie notwendig eine von administrativen Grenzen unabhängige Umlandbetrachtung und sorgfältige Datenerfassung sind. Der Mangel an zuverlässigen und umfassenden Orientierungsmöglichkeiten führt nicht selten zu — teils widersprüchlichen — Vermutungen über die räumlichen Agglomerations- und Verflechtungsgrenzen. Mit der dargebotenen Materialsammlung, die vorzugsweise Daten der Großzählung von 1961 enthält und der gewählten — nachstehend im einzelnen erläuterten — Raumkonzeption soll allerdings keine fest umrissene Abgrenzung einer neuen wirtschaftsräumlichen Gliederung des Hamburger Umlandes versucht werden. Ihr Zweck ist vielmehr, die von amtlichen Stellen, Instituten, Verbänden usw. dringend benötigten, für die Raumgliederung bedeutsamen Fakten als Arbeitsunterlagen für eigene Analysen zur Verfügung zu stellen. Dem Benutzer wird dadurch die mühsame Zusammenstellung von Daten aus den verschiedensten Quellen erspart; allein die Auswertung des Materials für 1961 in der in 5 Teilen je Land erscheinenden „Gemeindestatistik“ erfordert für Hamburg und das Umland beträchtliche technische Vorarbeiten. Das Zusammenstellen der Vergleichsdaten aus früheren Zählungen ist noch ungleich schwieriger, da Umfang und Art der Veröffentlichungsprogramme länderspezifisch variierten. Schließlich konnten in die vorliegende Sammlung für gebietliche Zusammenfassungen wirtschaftliche Daten aufgenommen werden, die in den Gemeindestatistiken aus Geheimhaltungsgründen nicht ausgewiesen werden dürfen.

Eine Untersuchung der im Umkreis von 40 km um den Hamburger Stadtkern (Rathaus) liegenden Ge-

meinden erschien sinnvoll, da das Schienennetz des Hamburger Nahverkehrs in die Entfernungszone 30 bis 40 km reicht¹⁾ und zu vermuten ist, daß sich die künftige wirtschaftliche Entwicklung in dieser Zone verstärkt vollziehen wird. Dafür spricht vor allem, daß die vom Gemeinsamen Landesplanungsrat Hamburg/Schleswig-Holstein beabsichtigte Förderung der Aufbauachsen vorzugsweise deren Endpunkten zugute kommen soll, und diese „Trabantenstädte“ liegen in dem oben erwähnten Entfernungsbereich. Außerdem wurde die Entscheidung über die Festlegung des Radius bei 40 km erleichtert, weil auch bei dieser relativ großräumigen Betrachtung keine ins Gewicht fallende Überschneidung mit benachbarten Verdichtungsgebieten eintrat. Für die Anwendung der verhältnismäßig groben „Zirkelschlag-Methode“ sprach auch die wissenschaftlich heute kaum noch umstrittene Erkenntnis, daß eine detaillierte, auf Gemeindebasis fixierte und allgemeine Gültigkeit beanspruchende Verflechtungsgrenze nicht darstellbar ist, weil die wirtschaftlichen und sozialen Vorgänge in ihren Verflechtungen und räumlichen Zusammenhängen — abgesehen von ihrer unterschiedlichen Dynamik — häufig nicht übereinstimmen; so würden sich praktisch, je nach der Fragestellung und der Art des untersuchten Merkmals, stets neue Grenzlinien ergeben.

Das nach Entfernungszonen gegliederte Umland wurde nördlich und südlich der Elbe noch jeweils in zwei Sektoren unterteilt und es wurden außer Zahlen für diese — einschließlich Hamburg — 29 Raumeinheiten auch Vergleichswerte für bereits bestehende wirtschaftsräumliche Gliederungen („Stadtregion“ nach Boustedt, „Wirtschaftsraum“ nach Otremba und „Ballungszone“ nach Isenberg) und für die vom Gemeinsamen Landesplanungsrat konzipierten Aufbauachsen angegeben. Für die größeren Umlandgemeinden sind darüber hinaus die für Wirtschaftsanalysen erforderlichen Einzelangaben aufgenommen, ebenso wird einschlägiges Material für die Nachbarkreise veröffentlicht. Eine Auswertung und Kommentierung der vorliegenden Daten-Sammlung ist an dieser Stelle nicht möglich; sie muß späteren Untersuchungen vorbehalten bleiben. Es wird jedoch in den folgenden Abschnitten versucht, dem Benutzer Hinweise auf die mannigfaltigen Auswertungsmöglichkeiten zu geben. Besonderer Wert wurde darauf gelegt, die in den Tabellen verwendeten Begriffe zu erläutern und Hinweise über evtl. methodische Unterschiede bei den Zählungsergebnissen zu geben, damit Fehlinterpretationen vermieden werden (vgl. hierzu S. 54 ff).

Die Fachabteilungen waren bei der Sammlung der Daten für dieses Heft behilflich, die weitere Materialbearbeitung erfolgte im Referat Regionalstatistik durch den Verwaltungsangestellten Lohmann. Die Karten und Schaubilder wurden im Graphischen Büro des Statistischen Landesamtes von dem Verwaltungsangestellten Weise gezeichnet. Allen Beteiligten, insbesondere auch dem Vermessungsamt, sei an dieser Stelle für die Mitarbeit gedankt.

Hamburg, im November 1965

¹⁾ Vgl. hierzu im Beitrag: Bundesbahn und öffentlicher Nahverkehr im Hamburger Verkehrsraum, von A. Petzoldt, in: Die Bundesbahn, Okt. 1964, Heft 19/20 die Karte nach S. 742.

I. Zur Methode der Raumabgrenzung

Hamburg und das Umland im Umkreis von 40 km

Im Umkreis von 40 km von der Hamburger Stadtmitte befinden sich 413 Gemeinden, die Ende 1964 insgesamt rd. 722 000 Einwohner aufwiesen. Nördlich der Elbe zählen hierzu 217 schleswig-holsteinische Gemeinden mit 488 400 Bewohnern, südlich der Elbe werden vom Radius 196 niedersächsische Gemeinden mit 233 600 Einwohnern erfaßt. Rechnet man die Wohnbevölkerung Hamburgs nördlich und südlich der Elbe noch hinzu, kommt man für den gesamten Raum auf eine Einwohnerzahl von 2,58 Mio. Die Gesamtfläche beträgt 5 050 qkm, von denen 2 860 oder 57 % auf das Gebiet nördlich der Elbe entfallen.

Die dichtere Besiedlung des nördlich der Elbe gelegenen Gebietes geht daraus hervor, daß dort 2,12 Mio oder 82 % der Einwohner des gesamten Raumes wohnen; dies entspricht 741 Einwohnern je qkm, während es südlich der Elbe nur 210 sind. Kennzeichnend für den Grad der Agglomeration sind folgende, nach Entfernungszonen gegliederte Zahlen (Stand Ende 1964):

Entfernungszonen	Einwohner in 1000		
	Raum Hamburg	davon	
		Freie und Hansestadt Hamburg	Umland Hamburg
bis 10 km ..	1 417,8	1 417,8	—
10 bis 20 km ..	666,2	439,7	226,5
20 bis 30 km ..	270,2	—	270,2
30 bis 40 km ..	225,2	—	225,2
Zusammen	2 579,4	1 857,5	721,9

Auf die Fläche bezogen, kamen in der Entfernungszone bis 10 km — also dem Stadtkern im weiteren Sinne — 3 984 Einwohner je qkm, im Bereich zwischen 10 bis 20 km wohnten 683 Menschen je qkm, während in den Außenzonen die Dichte nur 174 bzw. 104 Einwohner je qkm betrug.

Diese wenigen Zahlen veranschaulichen bereits die Unterschiede in der Besiedlungsstruktur, und es kam darauf an, weitere Teilräume zu bilden, um die Großlandschaft transparenter zu gestalten. Das Umland wurde nördlich der Elbe in 2 Sektoren — links und rechts der Segeberger Chaussee — geteilt, ebenso der Süden mit der Trennungslinie der B 75-Autobahn nach Bremen, wie dies in den Karten 1 bis 3 (nach Seite 6) dargestellt ist.*) Diese Verkehrsverbindungen trennen — wie auch aus Karte 3 ersichtlich — keine räumlich zusammenhängenden Wirtschaftsgebiete oder geographisch-topographische Raumeinheiten. Die so entstandenen Teilräume lassen sich mannigfach untergliedern; so kann z. B. vor allem das „Gewicht“ der Aufbauachsen innerhalb der Sektoren und Entfernungszonen ermittelt werden.

Ein wesentlicher Vorteil der Raumgliederung besteht darin, daß für die flächenmäßig stets gleichbleibenden Teilräume Zeitvergleiche der wirtschaftlichen und sozialen Tatbestände durchführbar sind; damit lassen sich für die Raumeinheiten Veränderungen der Verdichtung und Entwicklungstendenzen erkennen, wie dies auf

Grund der isolierten Betrachtung von Gemeindeergebnissen nicht möglich ist. So kann die Wirksamkeit planerischer und raumpolitischer Maßnahmen beobachtet werden und es lassen sich — mit der gebotenen Vorsicht — Raumprognosen erstellen.

Die weiteren Ausführungen zeigen, daß von der amtlichen Statistik zwar eine Fülle raumrelevanter Daten erhoben, gemeindeweise aufbereitet und veröffentlicht werden — das im Anhang zusammengestellte Programm der länder einheitlichen Gemeindestatistik 1960/61 weist allein 139 Spalten auf —, es ist aber gleichzeitig anzumerken, daß die Datenermittlung im wesentlichen nur in langjährigen Abständen im Rahmen der Großzählungen erfolgt. In den zwischenliegenden Jahren werden praktisch nur die Bevölkerungszahlen und Wohnungszahlen gemeindeweise fortgeschrieben, und diese Ergebnisse werden nicht allgemeinverbindlich veröffentlicht, so daß laufende Raumanalysen nahezu unmöglich sind. Wie dringlich jedoch eine aktuelle Datenerfassung ist und wie verhältnismäßig rasch Ergebnisse einer Großzählung zwar nicht überholt sind, jedoch laufend überprüft werden müssen, zeigt die Gegenüberstellung der Einwohner- und Wohnungszahlen von 1961 und Ende 1964 in Übersicht 1; diese Zahlen wurden dankenswerterweise von den Statistischen Landesämtern der beiden Nachbarländer für die Umlanduntersuchung zur Verfügung gestellt. In der Tabelle 1 des Tabellenteils sind die Gemeinden mit 1 000 und mehr Einwohnern im Hamburger Umland einzeln mit den Einwohnerzahlen 1961, 1964 und dem Wohnungsbestand 1964 aufgeführt; das alphabetische Verzeichnis dieser Gemeinden auf S. 25 erleichtert die räumliche Zuordnung zum Sektor, der Entfernungzone und das Auffinden der Orte in der Gemeindekarte (Karte 2).

Der Hamburger Raum hatte Ende 1964 mit 2,579 Mio Einwohnern eine um 84 000 Personen höhere Bevölkerungszahl als im Juni 1961; dies entspricht einer Zunahme um 3,4 %. Bemerkenswert ist, daß Hamburg allein in diesem Zeitraum nur eine Zunahme um rd. 25 000 Personen oder 1,4 % zu verzeichnen hatte, und daß im Stadtgebiet südlich der Elbe die Bevölkerungszahl sogar um rd. 4 850 Personen oder 2,1 % abnahm; letzteres ist unter anderem durch die Räumung der von der Sturmflut 1962 betroffenen Behelfsheimgebiete verursacht.

Das Umland dagegen hat die Einwohnerzahl in den vergangenen 3 1/2 Jahren beträchtlich — um rd. 59 000 oder 9 % — erhöhen können; dabei kann z. Z. leider nicht angegeben werden, wie hoch der Anteil der von Hamburg in das Umland verzogenen Personen ist und auch nicht, wieviele von dort nach Hamburg übersiedelt sind. Eine Sonderuntersuchung hierüber ist im Gange.

Unter den vier Sektoren steht der nordwestliche mit einer Wohnbevölkerung von rd. 293 200, d. h. 41 % der Einwohnerzahl des gesamten Umlandes mit großem Abstand an der Spitze, gefolgt vom Sektor Nordost, in dem 195 000 Personen oder 27 % der Umlandbevölkerung leben.

In den beiden südlich der Elbe gelegenen Sektoren wohnten Ende 1964 jeweils rd. 117 000 Personen, dies entspricht je 16 % der Wohnbevölkerung des gesamten Umlandes.

*) Die Sektoreinteilung bezieht sich nur auf den Raum außerhalb der hamburgischen Landesgrenzen (Umland); das Gebiet „Hamburg südlich der Elbe“ schließt auch die Fläche zwischen Norder- und Süderelbe ein.

Übersicht 1

Bevölkerungs- und Wohnungszahlen 1961 und 1964 im Raum Hamburg

Gebiete	Wohnbevölkerung			Wohnungen		
	6. 6. 1961	31. 12. 1964	Veränderung 1964 gegen- über 1961 in %	6. 6. 1961	31. 12. 1964	Veränderung 1964 gegen- über 1961 in %
	Anzahl			Anzahl		
	1	2	3	4	5	6
Freie u. Hansestadt Hamburg	1 832 350	1 857 450	+ 1,4	551 150	620 200	+ 12,5
darunter südlich der Elbe	231 850	227 000	— 2,1	64 950	71 750	+ 10,5
Umland Hamburg	662 950	721 900	+ 8,9	181 350	216 900	+ 19,6
davon						
Sektor Nordwest	263 800	293 200	+ 11,1	75 300	91 000	+ 20,8
Sektor Nordost	181 750	195 150	+ 7,4	51 000	59 850	+ 17,4
Sektor Süd	105 900	116 650	+ 10,2	26 500	32 550	+ 22,8
Sektor West	111 500	116 900	+ 4,8	28 550	33 500	+ 17,3
Raum Hamburg	2 495 300	2 579 350	+ 3,4	732 500	837 100	+ 14,3
davon						
nördlich der Elbe	2 046 050	2 118 800	+ 3,6	612 500	699 300	+ 14,2
südlich der Elbe	449 250	460 550	+ 2,5	120 000	137 800	+ 14,8
von den Daten des Raums Hamburg entfallen auf:						
Entfernungszone						
bis 10 km	1 439 900	1 417 800	— 1,5	442 850	484 500	+ 9,4
über 10 bis 20 km	587 400	666 150	+ 13,4	162 450	203 600	+ 25,3
davon Hamburg	392 450	439 650	+ 12,0	108 300	135 700	+ 25,3
Umland	194 950	226 500	+ 16,2	54 150	67 900	+ 25,4
Entfernungszone						
über 20 bis 30 km	249 650	270 200	+ 8,2	66 750	79 700	+ 19,4
über 30 bis 40 km	218 350	225 200	+ 3,1	60 450	69 300	+ 14,6

Der nach der Bevölkerung größte Sektor — Nordwest — hatte in den vergangenen Jahren offensichtlich auch die stärkste Anziehungskraft, denn seine Einwohnerzahl erhöhte sich seit 1961 um 11 % oder 29 000 Personen und es ist interessant, daß unter ihnen rd. 21 000 in die Entfernungszone 10 bis 20 km zogen, d. h. also in die verkehrsmäßig günstige nähere Umgebung Hamburgs. Daß sich die Zunahme vorzugsweise auf die dort gelegenen größeren Gemeinden erstreckte, wird im folgenden Abschnitt nachgewiesen.

Der zweitgrößte Sektor — also Nordost — stand der Anzahl nach mit einem Bevölkerungszugang von rd. 13 000 Personen zwar ebenfalls an zweiter Stelle, auf den Bevölkerungsbestand bezogen betrug die Veränderung zwischen 1961 und 1964 jedoch nur rd. 7 %, während im Sektor Süd die Einwohnerzahl um 10 % — absolut um 11 000 — zunahm.

Demgegenüber hatte der Sektor West mit einer nur knapp fünfprozentigen Erhöhung der Einwohnerzahl im Berichtszeitraum (rd. 5 000 Personen) anscheinend eine geringere Anziehungskraft und verlor dadurch den 1961 gegenüber dem Sektor Süd noch deutlich vorhandenen Bevölkerungsvorsprung.

Sinkende Bevölkerungszunahme in den äußeren Umlandzonen

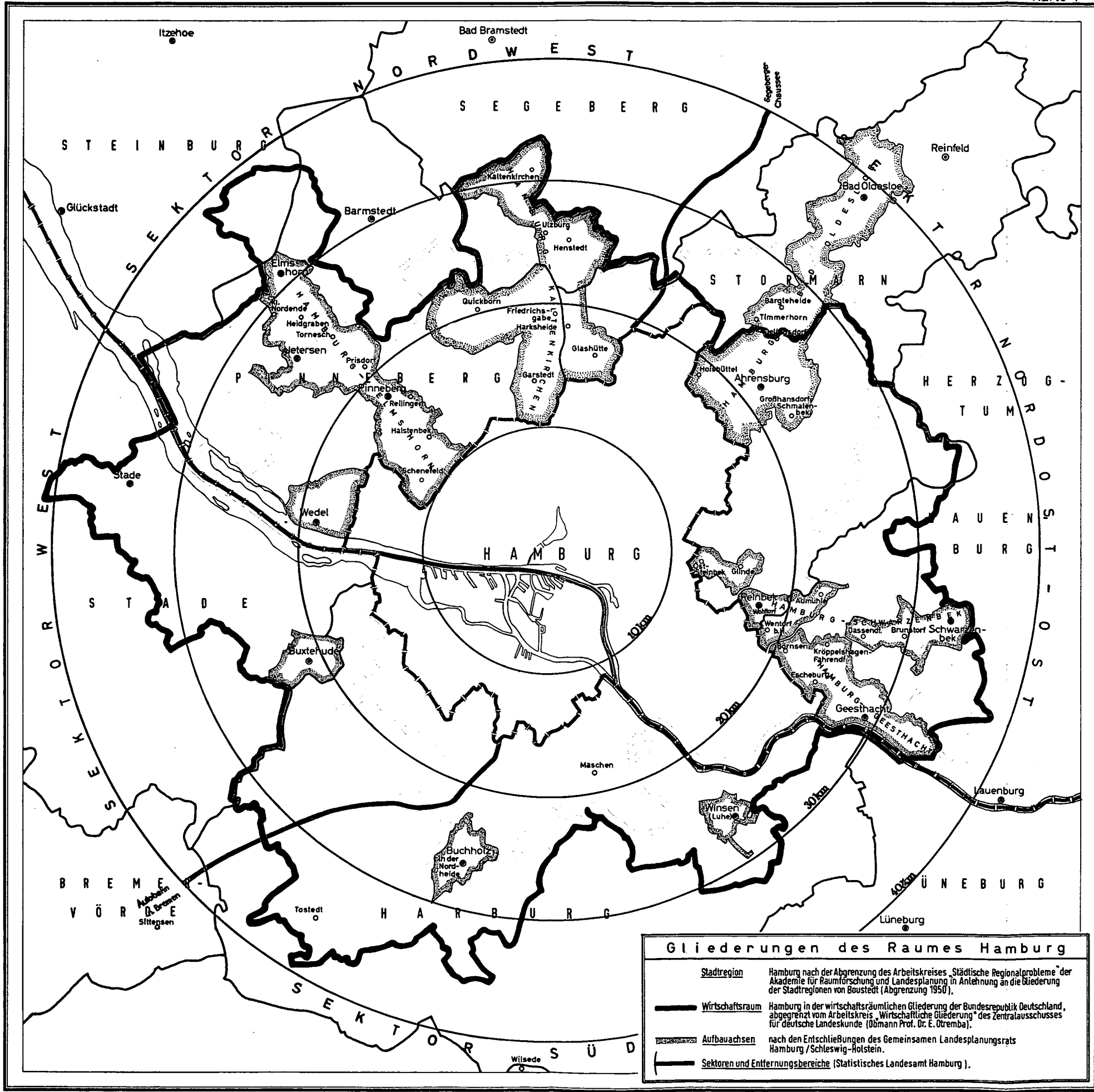
Daß ganz allgemein die Zunahme der Einwohnerzahlen mit wachsender Entfernung von Hamburg abnimmt, wie dies in Übersicht 1 für die Entfernungszonen nachgewiesen ist, überrascht nicht; während im Bereich zwischen 10 und 20 km das Hamburger Umland eine Bevölkerungszunahme um 16 % zu ver-

zeichnen hatte, betrug sie in der Entfernungszone 20 bis 30 km noch 8 % und im weiter entfernten Gebiet nur 3 %.

Unterschiedliche Bautätigkeit in den Teilräumen

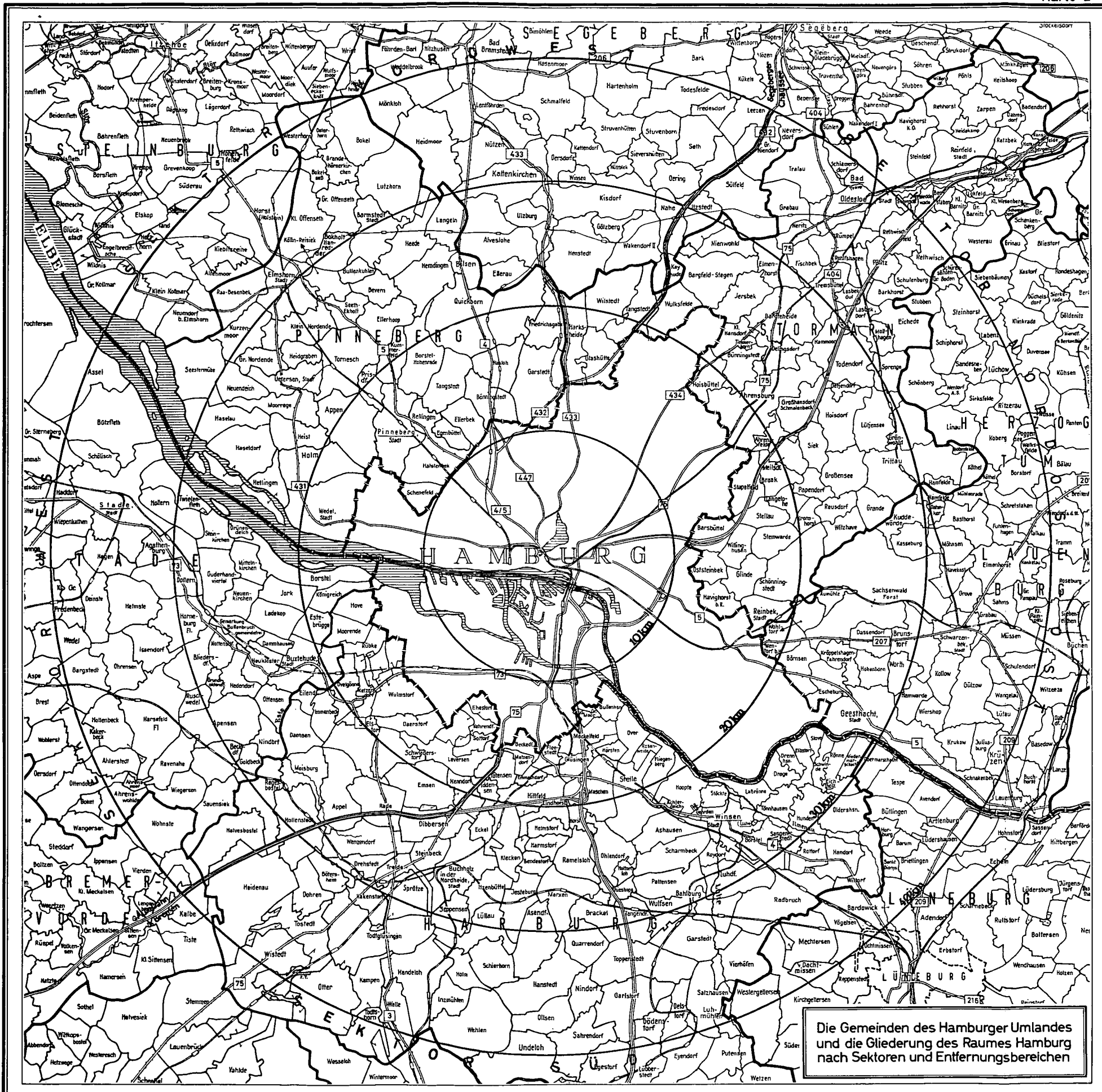
Die Versorgung der Bevölkerung mit neuen Wohnungen läßt in den Teilräumen ebenfalls Unterschiede erkennen: Bei einer Zunahme der Gesamtbevölkerung um 3,4 % im Raum Hamburg wird ein Wohnungszugang von 14,3 % festgestellt. Von den rd. 105 000 zwischen 1961 und 1964 im Raum zugegangenen Wohnungen entfielen 69 000 auf Hamburg; das entsprach dort 12,5 % des 1961 vorhandenen Bestandes, während im Durchschnitt für das Umland der Zugang sogar fast 20 % betrug. Die Zuwachsraten an Wohnungen streuen bei den Sektoren jedoch nicht so ausgeprägt wie diejenigen der Bevölkerung, sodaß der effektive Grad der Versorgung der Bevölkerung mit Wohnungen sich örtlich unterschiedlich entwickelt hat. Beachtenswert ist im Sektor Süd die relativ hohe Wohnungszunahme (23 %); im Sektor West hat sich die Wohnungsversorgung zweifellos verbessert, da dem Zugang um 17 % nur eine Bevölkerungszunahme um 5 % gegenüberstand.

Aus diesen Zahlen — 84 000 mehr Menschen und 105 000 mehr Wohnungen im Raum Hamburg innerhalb von 3 1/2 Jahren — wird die Notwendigkeit differenzierter Umlanduntersuchungen in kürzeren Zeitabständen erkennbar. Dringend geboten wäre, daß in das Programm der amtlichen Länderstatistik über die Bevölkerungs- und Wohnungszahlen hinaus weitere raumrelevante Daten aufgenommen würden, die sich gemeindeweise fortschreiben ließen, damit Möglichkeiten einer Beobachtung wirtschaftlicher Entwicklungsvorgänge in den Teilräumen gegeben wären.

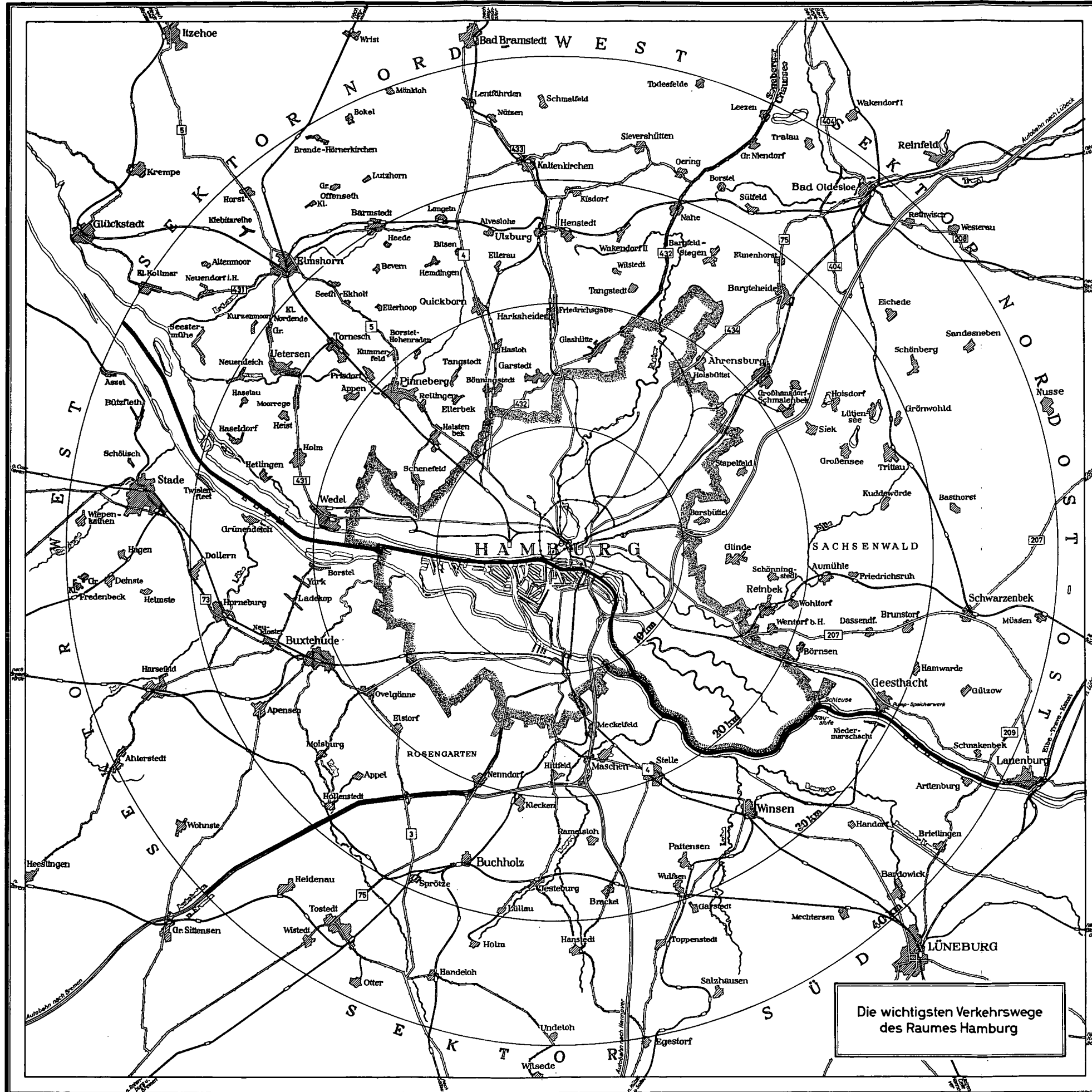


Gliederungen des Raumes Hamburg

- Stadtregion** Hamburg nach der Abgrenzung des Arbeitskreises „Städtische Regionalprobleme“ der Akademie für Raumforschung und Landesplanung in Anlehnung an die Gliederung der Stadtregionen von Boustedt (Abgrenzung 1950).
- Wirtschaftsraum** Hamburg in der wirtschaftsräumlichen Gliederung der Bundesrepublik Deutschland, abgegrenzt vom Arbeitskreis „Wirtschaftliche Gliederung“ des Zentralkomitees für deutsche Landeskunde (Obmann Prof. Dr. E. Otremba).
- Aufbauachsen** nach den Entschlüssen des Gemeinsamen Landesplanungsrats Hamburg / Schleswig-Holstein.
- Sektoren und Entfernungsbereiche** (Statistisches Landesamt Hamburg).



Die Gemeinden des Hamburger Umlandes
und die Gliederung des Raumes Hamburg
nach Sektoren und Entfernungsbereichen



II. Die Siedlungsstruktur des Hamburger Umlandes und ihre Veränderung gegenüber der Vorkriegszeit

Die nach Sektoren und Entfernungszonen gegliederten sozialökonomischen Ergebnisse beruhen auf Gemeindedaten; für ihre Beurteilung ist daher eine Typisierung der Gemeinden notwendig, die in einfachster Form nach Einwohner-Größenklassen üblich ist. Gemeinden etwa gleicher Siedlungsgröße stehen — auch bei unterschiedlicher Gewerbestruktur — häufig vor ähnlichen kömmunalen Aufgaben, so daß die Einwohnerzahl im Rahmen der Umlanduntersuchung als wesentliches Gliederungsmerkmal anzusehen ist. Es haben sich zwischen 1939, 1950 und 1961 ganz wesentliche Veränderungen der Siedlungsstruktur im Hamburger Raum vollzogen und es wird sich auch bei der Größenklassengliederung zeigen, daß seit 1961 spezifische Wachstumsunterschiede eingetreten sind, welche die räumliche Verteilung der Bevölkerung nachhaltig beeinflussen.

Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern im Umland von 3 auf 16 angestiegen

Vor dem Krieg gab es im Umland Hamburgs im Umkreis von 40 km — wie aus den Tabellen 2a und 5 (Teil 1) und dem Schaubild auf Seite 11 ersichtlich — lediglich 3 Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern, von denen Elmshorn damals bereits über 20 000 Einwohner hatte und damit die größte Stadt des Umlandes war. Ebenfalls im Sektor Nordwest gelegen war Pinneberg (13 900 Einwohner); im Sektor West gehörte Stade als einzige zu den größeren Gemeinden (19 600 Einwohner), während die beiden anderen Sektoren keine Städte über 10 000 Einwohner hatten. Durch den Zustrom von Heimatvertriebenen und Flüchtlingen erreichten 1950 bereits 6 weitere Gemeinden die 10 000-Einwohnergrenze, und zwar:

im Sektor		
Nordwest	Uetersen mit	15 433 Einwohnern
	Wedel mit	16 417 Einwohnern
Nordost	Bad Oldesloe mit	14 944 Einwohnern
	Ahrensburg mit	17 586 Einwohnern
West	Geesthacht mit	20 812 Einwohnern
	Buxtehude mit	13 677 Einwohnern

Im Jahre 1961 hatte sich die Zahl der größeren Gemeinden im Sektor Nordwest um Garstedt (12 875) und Harksheide (10 544) und um Reinbek (10 806) im Sektor Nordost erhöht. Ende 1964 erreichten bereits weitere vier Gemeinden einen Bevölkerungsstand von mehr als 10 000 Einwohnern; es waren dies Schenefeld (12 022) und Quickborn (11 526) im Sektor Nordwest, und im Süden die beiden Städte Winsen (11 006) und Buchholz (10 629).

Die Zahl der größeren Gemeinden im Umland ist also von 3 im Jahre 1939 auf 16 im Jahre 1964 angestiegen, von denen 6 bereits mehr als 20 000 Einwohner zählten. Es zeigt sich deutlich, daß in diesen Gemeinden zunehmend neue Arbeitsplätze, Wohnungen, Schulen usw. entstehen, welche für Arbeitskraftreserven der kleinen Umlandgemeinden — insbesondere für noch nicht selbsthaft gewordene Flüchtlinge und für frei werdende landwirtschaftliche Erwerbspersonen — attraktiv sind; außerdem führen Baulandknappheit und der immer noch bestehende Wohnungsmangel in Hamburg zu einer Abwanderung

in die verkehrsgünstig gelegenen Randstädte, welche das Angebot an Dienstleistungen, Schulen usw. vergrößern.

Die Bevölkerungsentwicklung in den 16 größeren Gemeinden

Bevor auf die weitere Verteilung der Einwohner auf die Größenklassen eingegangen wird, sei noch kurz die Entwicklung der Bevölkerungszahlen dieser 16 größeren Gemeinden aufgezeigt. Elmshorn, Pinneberg und Stade sind — wie Übersicht 2 zeigt — zwar immer noch die größten Städte, unter ihnen hat Pinneberg den relativ größten Zuwachs gegenüber der Vorkriegszeit, während Elmshorn und Stade die 1950 erreichten Einwohnerzahlen nicht bzw. nicht wesentlich überschritten.

Die stärksten Zuwachsraten gegenüber der Vorkriegszeit verzeichneten Harksheide und Schenefeld, wo sich die Einwohnerzahlen verfünffacht bzw. vervierfacht haben. Daß sich die Bevölkerungskonzentration vorwiegend im Sektor Nordwest vollzogen hat, geht daraus hervor, daß dort bereits 8 Gemeinden mehr als 10 000 Einwohner hatten, welche überwiegend die höchsten Zuwachsraten aufwiesen. Die 8 Orte hatten insgesamt 167 400 Bewohner oder 57 % der Einwohnerzahlen des gesamten Sektors, die übrigen 81 Gemeinden umfaßten 43 % der Bevölkerung. Im Sektor Nordost, der mit 128 Gemeinden mehr Siedlungen aufweist als die übrigen Sektoren, bildeten Ahrensburg, Geesthacht, Bad Oldesloe und Reinbek mit zusammen 73 500 Einwohnern nur rd. 38 % der Gesamtbevölkerung; Bad Oldesloe hat die Einwohnerzahl gegenüber der Vorkriegszeit zwar verdoppelt, blieb aber im relativen Wachstum — vor allem gegenüber Reinbek und Ahrensburg — deutlich zurück.

Südlich der Elbe ist die Entwicklung der größeren Gemeinden ziemlich unterschiedlich verlaufen. Der Sektor Süd umfaßt 119 Gemeinden, von denen nur Winsen und Buchholz in den letzten Jahren in die Größenklasse über 10 000 Einwohner einrückten; beachtenswert ist die intensive Zunahme von Buchholz. Mit einer Meßziffer von 341 gegenüber 1939 hatte diese Gemeinde 1964 unter den vier südlich der Elbe gelegenen Städten des Umlandes die relativ größte Zunahme. Winsen und Buchholz zusammen bilden allerdings nur rd. 19 % des gemeindereichen Sektors Süd.

Die größte Gemeinde im Sektor West, Stade, weist Ende 1964 mit einer Meßziffer von 160 (Basis 1939) unter allen Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern den geringsten Zuwachs auf und es ist bemerkenswert, daß dort auch zwischen 1939 und 1950 die relativ geringste Bevölkerungszunahme zu verzeichnen ist. Mit Buxtehude zusammen, wo 1964 rd. 18 000 Einwohner oder zweieinhalbmal mehr Personen lebten als in der Vorkriegszeit, waren 43 % der Einwohnerzahlen des gesamten Sektors West erfaßt; in den übrigen 75 Gemeinden wohnten Ende 1964 rd. 67 200 Einwohner.

Die Veränderung des Wohnungsbestandes seit 1950

Da für die hier genannten Städte Wohnungszahlen aus der Vorkriegszeit nicht vorliegen, wurden in Übersicht 2 behelfsweise Meßziffern auf Basis 1950 berechnet, um Anhaltspunkte über die Wohnraumversorgung zu geben. Die Zusammenhänge zwischen

Übersicht 2

Die Wohnbevölkerung der Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern seit 1939 und der Wohnungsbestand ab 1950

Gemeinden Sektoren	Einwohner	Wohnungen	Meßziffern					Anteil der Miet- wohnungen 1961 in %
			1939 = 100			1950 = 100		
			Einwohner			Wohnungen		
			31. 12. 1964		1950	1961	1964	
1	2	3	4	5	6	7	8	
Sektor Nordwest								
Elmshorn, Stadt	36 272	13 072	163	157	163	152	178	70
Pinneberg, Stadt	31 846	9 963	191	205	230	177	215	64
Wedel, Stadt	28 517	9 409	198	301	344	275	342	70
Garstedt	16 793	5 399	198	278	362	223	310	57
Uetersen, Stadt	16 323	5 355	198	206	210	159	179	70
Harksheide	14 145	4 270	216	355	507	269	368	56
Schenefeld	12 022	3 694	199	300	408	236	344	52
Quickborn	11 526	3 301	204	237	289	165	214	49
Zusammen	167 444	54 463	186	220	252	188	234	65
in % des Sektors	57,1	59,8
Sektor Nordost								
Ahrensburg, Stadt	22 938	7 339	216	260	282	205	244	54
Geesthacht, Stadt	21 949	6 929	252	252	266	142	171	71
Bad Oldesloe, Stadt	16 752	5 489	180	193	202	170	197	66
Reinbek, Stadt	11 905	3 812	234	268	295	218	270	61
Zusammen	73 544	23 569	219	240	256	175	209	63
in % des Sektors	37,7	39,4
Sektor Süd								
Winsen (Luhe), Stadt	11 006	3 477	163	178	202	163	200	64
Buchholz i. d. N., Stadt	10 629	3 274	216	275	341	202	289	54
Zusammen	21 635	6 751	182	214	253	178	235	60
in % des Sektors	18,6	20,7
Sektor West								
Stade, Stadt	31 366	10 038	153	156	160	156	181	70
Buxtehude, Stadt	18 321	5 298	185	212	247	170	212	64
Zusammen	49 687	15 336	162	171	184	160	190	68
in % des Sektors	42,6	45,8

dem Wachstum der Städte und der Bautätigkeit lassen sich mit dem hier veröffentlichten Material nicht untersuchen, da — wie die unterschiedliche Entwicklung zeigt — hierzu noch weitere Faktoren heranzuziehen wären. Daß eine enge Korrelation zwischen Bautätigkeit und Einwohnerzahl in den Städten bzw. Gemeinden besteht, die seit 1961 stark expandierten, liegt auf der Hand: Harksheide, Schenefeld, Wedel, Garstedt, Buchholz und Reinbek sind dafür deutliche Beispiele. Um den effektiven Grad der Wohnungsversorgung in den Städten feststellen zu können, müßten insbesondere der Wohnungsbestand nach Eigentumsverhältnis, Baualter und Ausstattung sowie die Haushaltsstruktur der Bewohner eingehend analysiert werden; die in der Gemeindestatistik 1961 Teil 2 über Gebäude und Wohnungen veröffentlichten Daten (vgl. Anhang, Sp. 1—23 des Teils 2) können hierzu herangezogen werden. Im Tabellenteil (Tabelle 5, Teil 1) ist für die größeren Gemeinden der Anteil der Mietwohnungen am Wohnungsbestand 1961 in Prozenten angegeben; wie aus Übersicht 2 hervorgeht, bestanden 1961 auch bei den 16 Gemeinden, welche Ende 1964 über 10 000 Einwohner zählten, beachtliche Unterschiede hinsichtlich des Wohnungseigentums. Erwartungsgemäß haben die Städte über 20 000 Einwohner in der Regel einen höheren Anteil von Mietwohnungen — etwa bei 70 % — als die Kleinstädte. Bei Städten gleicher Größenordnung deuten größere Spannen auf Unterschiede der Wohn- und Siedlungsweise hin, wie sie z. B. für Ahrensburg und Geesthacht — einerseits mit verhältnismäßig zahlreichen

Eigenwohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern, andererseits einem hohen Anteil von Wohnungen in Mehrfamilienhäusern — charakteristisch sind; auch bei Garstedt und Uetersen mit 57 % bzw. 70 % Mietwohnungen zeichnen sich Unterschiede der Siedlungsweise ab. Mit nur 49 % Mietwohnungen weist Quickborn unter den 16 größeren Gemeinden den geringsten Verstärterungsgrad auf.

Die sich in den beiden Schaubildern (Seite 11 f) sehr deutlich abhebende Verdichtung des engeren Umlandes mit Schwerpunkten im Sektor Nordwest war mit einer Veränderung der Gemeindegrößen verbunden, die sich in verschiedenen Phasen vollzogen hat.

Drei unterschiedliche Phasen der Bevölkerungsentwicklung

Die Volkszählung 1950 ergab für das Umland eine um 322 500 höhere Einwohnerzahl als in der Vorkriegszeit; dies entspricht fast einer Verdoppelung, während Hamburg selbst in diesem Zeitraum einen Bevölkerungsverlust um 106 300 Personen aufwies. Zu den durch die Kriegsfolgen wohnungslos gewordenen Hamburgern, die in das Umland übersiedelt waren, kamen noch Vertriebene und Flüchtlinge, welche vor allem in den kleinen Gemeinden Unterkunft fanden. Das rapide Anwachsen dieser Gemeinden gegen Ende des Krieges und in den ersten Nachkriegsjahren ist aus den Zahlen der Übersicht 3 erkennbar.

Hatten 1939 im Umland 110 Gemeinden weniger als 250 Einwohner, gab es 1950 nur noch 26, und auch

diejenigen zwischen 250 und 500 Einwohnern verminderten sich von 129 auf 91 Gemeinden. Durch den starken Zustrom rückten zahlreiche Kleinstgemeinden in die Größenklasse zwischen 750 und 1 000 Einwohner auf und insbesondere in diejenige der 1 000 bis 2 000 Einwohner umfassenden Gemeinden. Rund 92 000 Personen der Bevölkerungszunahme des Umlandes entfielen allein auf diese Gemeinden, 136 000 führten dazu, daß die Zahl der mehr als 10 000 Einwohner zählenden Gemeinden von drei im Jahre 1939 bis 1950 auf neun anstieg.

Übersicht 3

**Zu- bzw. Abnahme der Bevölkerung 1939 bis 1964
in den Größenklassen und Sektoren**

Größenklassen	Anzahl der Gemeinden ¹⁾		Zu- (+) oder Abnahme (-) der Bevölkerung	
	1	2	absolut	in %
			3	4
	1939	1950		
bis unter 250 Einw.	110	26	- 14 061	- 75,5
250 " " 500 "	129	91	- 11 710	- 25,2
500 " " 750 "	73	71	- 1 767	- 3,9
750 " " 1 000 "	29	58	+ 26 160	+ 106,4
1 000 " " 2 000 "	29	96	+ 91 730	+ 240,8
2 000 " " 5 000 "	23	36	+ 37 769	+ 55,3
5 000 " " 10 000 "	8	17	+ 58 547	+ 99,8
10 000 und mehr	3	9	+ 135 824	+ 244,0
Zusammen	404	404	+ 322 492	+ 90,8
	1950	1961		
bis unter 250 Einw.	26	67	+ 6 946	+ 152,3
250 " " 500 "	91	111	+ 6 474	+ 18,7
500 " " 750 "	71	65	- 2 676	- 6,2
750 " " 1 000 "	58	55	- 2 593	- 5,1
1 000 " " 2 000 "	96	55	- 58 504	- 45,1
2 000 " " 5 000 "	36	34	- 534	- 0,5
5 000 " " 10 000 "	17	14	- 15 311	- 13,1
10 000 und mehr	9	12	+ 51 317	+ 26,8
Zusammen	404	413	+ 14 881	+ 2,2
	1961	1964		
bis unter 250 Einw.	67	65	- 694	- 6,0
250 " " 500 "	111	109	+ 188	+ 0,5
500 " " 750 "	65	62	- 2 720	- 6,7
750 " " 1 000 "	55	53	- 1 856	- 3,9
1 000 " " 2 000 "	55	64	+ 12 189	+ 17,1
2 000 " " 5 000 "	34	31	- 5 189	- 4,9
5 000 " " 10 000 "	14	13	- 12 508	- 12,3
10 000 und mehr	12	16	+ 69 503	+ 28,6
Zusammen	413	413	+ 58 913	+ 8,9

¹⁾ Die Differenz in der Zahl der Gemeinden zwischen 1950 und 1961 ist durch die Neubildung von 9 Gemeinden verursacht.

In der zweiten Phase, die sich statistisch an den Zählungsergebnissen 1950 und 1961 orientieren läßt, verzeichnet das Umland eine **A b n a h m e** um rd. 15 000 Personen, während Hamburgs Bevölkerung vorwiegend durch Flüchtlinge, Heimatvertriebene und zurückgekehrte Evakuierte sehr stark — um fast 227 000 oder 14 % — zunahm und den Vorkriegsstand nunmehr um 7 % überschritt.

Die wirtschaftliche Anziehungskraft Hamburgs und die starke Wiederaufbautätigkeit in dieser Phase wirkten sich offensichtlich auf das Umland aus, daneben ist aber vor allem bemerkenswert, daß sich innerhalb des Umlandes ganz deutlich die Tendenz der Abwanderung in die größeren Gemeinden abzeichnet. Dadurch gab es 1961 z. B. wieder 67 Gemeinden unter 250 Einwohnern und 111 mit 250 bis 500 Einwohnern, während 1950 nur mehr 26 bzw. 91 Gemeinden in diesen Größenklassen vorhanden waren. Besonders augenfällig war die Veränderung bei den Gemeinden zwischen 1 000 und 2 000 Einwohnern,

die in der ersten Phase stark an Bedeutung gewonnen hatten; 1961 wurden nur noch 55 Gemeinden dieser Größe gezählt gegenüber 96 im Jahre 1950. Daß diese Entwicklung den größeren Gemeinden zugute gekommen ist, wurde bereits erwähnt.

In der dritten Phase, dem Zeitraum von 1961 bis 1964 hat das Umland um rd. 59 000 oder 9 % zugenommen, während Hamburgs Bevölkerungszahl — hauptsächlich durch das Versiegen des Flüchtlingsstroms — nur um 25 100 Personen anstieg. Bei der Umlandentwicklung ist wiederum interessant, daß neben der im vorhergehenden Abschnitt beschriebenen Verdichtung der 16 größeren Gemeinden die Orte zwischen 1 000 und 2 000 Einwohnern wieder an Bedeutung gewonnen haben.

Den Überblick über die Verteilung der Gemeinden des Hamburger Umlandes 1939, 1950 und 1961 auf Größenklassen, Sektoren und Entfernungszonen vermittelt Tabelle 2a auf S. 27 (Tabellenteil). Ergänzend dazu werden hier noch die Veränderungen der Einwohnerzahlen in den Gemeindegrößenklassen und Sektoren auf Basis 1939 für 1950, 1961 und 1964 dargestellt (vgl. Übersicht 4). Daß sich die entscheidenden Verdichtungen im Umland nördlich der Elbe in den größeren Gemeinden vollzogen haben, wird an der Meßziffer bei der Größenklasse über 10 000 Einwohner besonders deutlich: Sie beträgt Ende 1964 auf Vorkriegsbasis 668, für das Umland südlich der Elbe 364. Andererseits zeigen gerade in den Sektoren Süd und West die niedrigen Meßziffern der Kleinstgemeinden, daß auch dort der Trend zur größeren Gemeinde besteht. In der letzten Phase dürfte hierfür neben Folgen der Umstrukturierung der Landwirtschaft die Anziehungskraft derjenigen zentralen Orte maßgeblich sein, welche neue Arbeitsplätze, Wohnungen, Schulen usw. zur Verfügung stellen. Die Fluktuation im Umland südlich der Elbe hatte zur Folge, daß sich im Sektor Süd für die 8 Gemeinden zwischen 2 000 und 5 000 Einwohnern Ende 1964 eine Meßziffer von 355 (Basis 1939) errechnet, wobei 5 der Gemeinden in der Hamburg benachbarten Entfernungszone (bis 20 km) liegen. Im Sektor West ist bemerkenswert, daß sich dort die Gemeinden zwischen 750 und 1 000 Einwohnern gegenüber der Vorkriegszeit am stärksten vergrößert haben.

Abschließend soll noch für die gesamte Umlandbevölkerung die Verteilung auf die kleineren und größeren Gemeinden 1939 und in der Nachkriegszeit kommentiert werden (vgl. Übersicht 5).

Als wichtigstes Ergebnis sei vorangestellt, daß Ende 1964 von den 722 000 Umlandbewohnern 43 % in den Städten über 10 000 Einwohner lebten, während in der Vorkriegszeit der Anteil nur 16 % betrug; er stieg dann laufend an, erreichte im Jahre 1950 bereits 28 % und bei der letzten Volkszählung 37 %. Den zweithöchsten Bevölkerungsanteil weisen Ende 1964 die Gemeinden zwischen 2 000 und 5 000 Einwohnern mit rd. 100 000 Personen oder 14 % aus; im Jahre 1939 waren es noch 19 % und auch 1961 lag dieser Anteil höher. Die Übersicht 5 läßt vor allem auch erkennen, daß die kleinen Orte — unter 750 Einwohner — 1964 beträchtlich niedrigere Anteile hatten als in der Vorkriegszeit.

Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch 1964 im Umland von den 413 Gemeinden immer

Übersicht 4

Die Veränderung der Einwohnerzahlen in den Sektoren 1939 bis 1964

— Meßziffern 1939 = 100 —

Sektoren Jahre	Gemeindegrößenklasse von . . . bis unter . . . Einwohner								
	unter 250	250 b. u. 500	500 b. u. 750	750 b. u. 1 000	1 000 b. u. 2 000	2 000 b. u. 5 000	5 000 b. u. 10 000	10 000 und mehr	zus.
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Nordwest									
1950	15	33	31	85	478	75	391	262	191
1961	85	108	31	133	274	73	324	354	197
1964	103	86	48	70	314	61	289	464	219
Nordost									
1950	20	78	205	377	224	229	130		216
1961	72	88	155	200	98	229	106		204
1964	73	84	138	252	103	247	124		219
Nördlich der Elbe									
1950	19	66	88	174	361	117	222	410	201
1961	74	94	71	153	193	115	183	545	200
1964	76	85	78	125	217	111	182	668	219
Süd									
1950	34	87	81	272	372	261	287	—	198
1961	59	88	86	263	209	311	336	—	170
1964	47	94	77	237	285	355	—		187
West									
1950	21	77	148	219	254	269	—	223	169
1961	39	80	159	248	148	230	—	236	159
1964	32	92	117	360	154	166	81	254	166
Südlich der Elbe									
1950	29	83	105	254	316	265	121	223	174
1961	52	84	112	257	180	266	142	236	164
1964	41	93	92	280	222	249	47	364	176
Umland Hamburg insgesamt									
1950	25	75	96	206	351	155	200	344	191
1961	62	89	90	196	187	155	174	436	187
1964	58	89	84	188	219	147	152	561	203

noch 289, d. h. 70%, weniger als 1 000 Einwohner zählten und daß in diesen 136 000 Personen oder 19% der gesamten Umlandbevölkerung wohnen. Im übrigen läßt sich der durch den Krieg, durch die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Nachkriegszeit bedingte Wandel der Siedlungsstruktur aus dem vorliegenden Zahlenmaterial deutlich erkennen und es zeigt sich, daß die Fluktuation innerhalb des Umlandes, aber auch zwischen Hamburg und dem Umland noch andauert.

III. Wirtschaftliche Daten für die größeren Gemeinden des Umlandes

Die vorstehenden Ausführungen über die größeren Gemeinden seien noch durch einige wirtschaftliche Daten ergänzt, welche die Bedeutung dieser Orte innerhalb des Umlandes und den Grad ihrer Zentralität veranschaulichen. Die Tabelle 4 des Tabellenteils enthält für die nördlich der Elbe gelegenen Gemeinden, welche 1961 bereits 10 000 oder mehr Einwohner hatten, und für die 4 Städte südlich der Elbe mit 5 000 oder mehr Einwohnern Ergebnisse der letzten Großzählungen, wobei insbesondere auf Daten der Arbeitsstättenzählung von 1961 für die Wirtschaftsbereiche „Produzierendes Gewerbe“, „Handel“ und „Verkehr und Dienstleistungen“, auf Ergebnisse der sogenannten Pendelwanderung und Gebäude- und Wohnungszahlen hinzuweisen wäre. Daß bei den Zeitvergleichen die Erläuterungen der in den Tabellen verwendeten statistischen Begriffe zu beachten sind, sei ausdrücklich vermerkt.

Eine Zusammenstellung der wichtigsten Daten zur Gemeindestatistik 1960/61 für sämtliche Gemeinden über 2 000 Einwohner erfolgte in Teil 1 und 2 der Tabelle 5; auf S. 41 (Tabellenteil) ist ein alphabetisches Verzeichnis vorangestellt, welches die geographische Lage der Gemeinden enthält und damit das Auffinden der Orte in der Tabelle und in Karte 2 erleichtert.

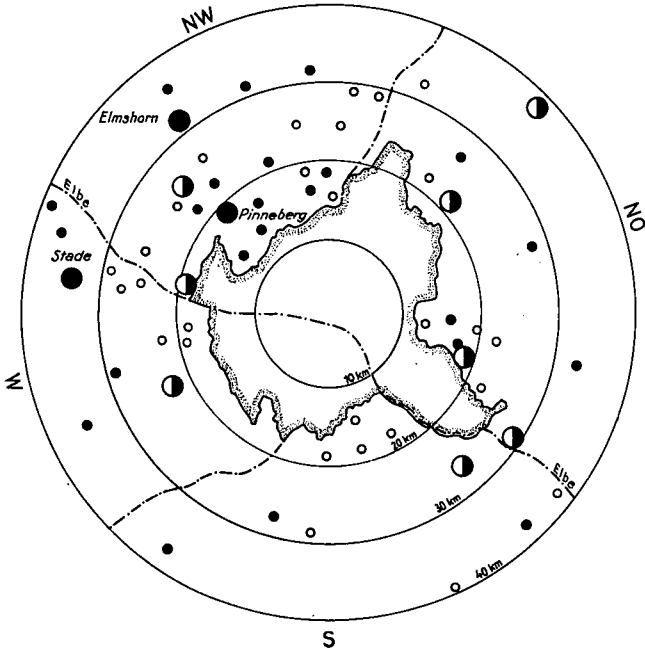
Übersicht 5

Die Verteilung der Einwohner des Hamburger Umlandes auf Gemeindegrößenklassen

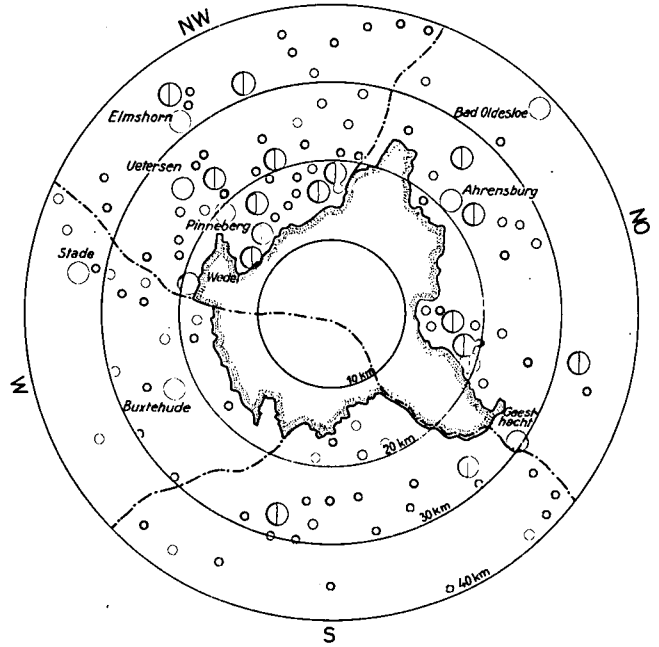
Gemeindegrößenklassen	1939		1950		1961		1964	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
	1	2	3	4	5	6	7	8
unter 250	18 621	5,2	4 560	0,7	11 506	1,7	10 812	1,5
250 b. u. 500	46 381	13,1	34 671	5,1	41 145	6,2	41 333	5,7
500 b. u. 750	44 966	12,7	43 199	6,4	40 523	6,1	37 803	5,2
750 b. u. 1 000	24 585	6,9	50 745	7,5	48 152	7,3	46 296	6,4
1 000 b. u. 2 000	38 096	10,7	129 826	19,2	71 322	10,8	83 511	11,6
2 000 b. u. 5 000	68 301	19,2	106 070	15,6	105 536	15,9	100 347	13,9
5 000 b. u. 10 000	58 692	16,5	117 239	17,3	101 928	15,4	89 420	12,4
10 000 und mehr	55 666	15,7	191 490	28,2	242 807	36,6	312 310	43,3
Zusammen	355 308	100	677 800	100	662 919	100	721 832	100

**Die Gemeinden des Hamburger Umlandes im Umkreis von 40 km mit 1000 und mehr Einwohnern
1939, 1950, 1961 und 1964**

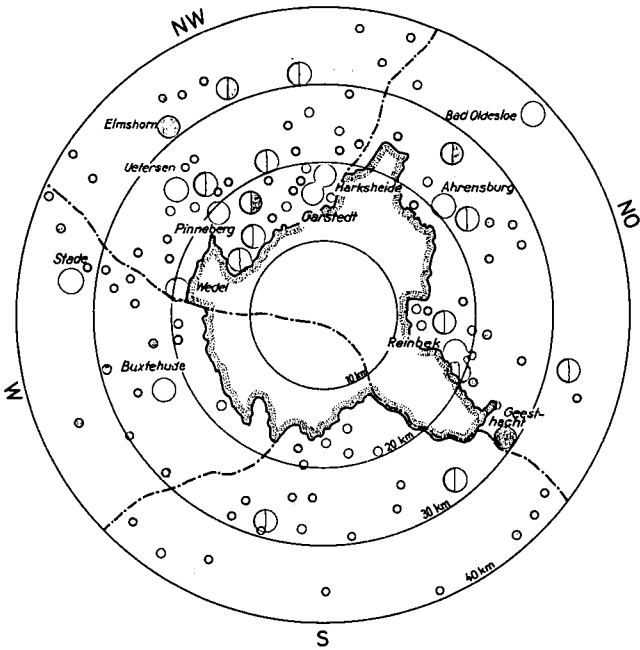
Stand: 17.5.1939



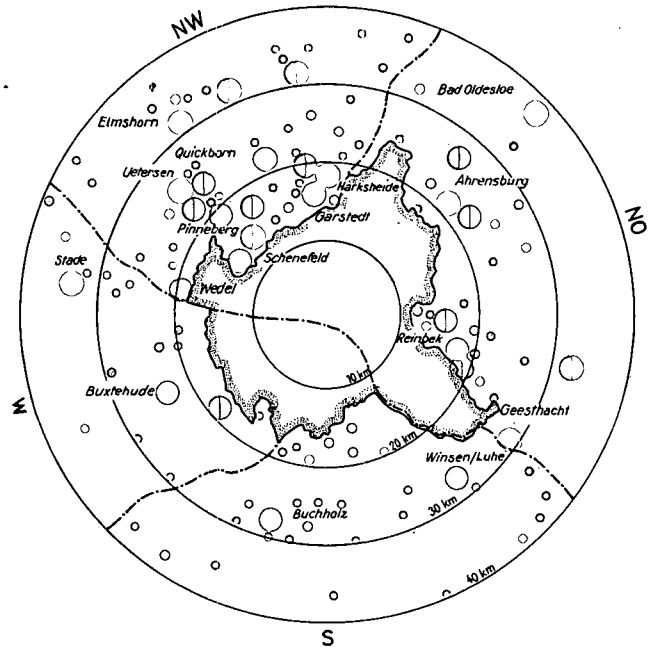
Stand: 13.9.1950



Stand: 6.6.1961



Stand: 31.12.1964



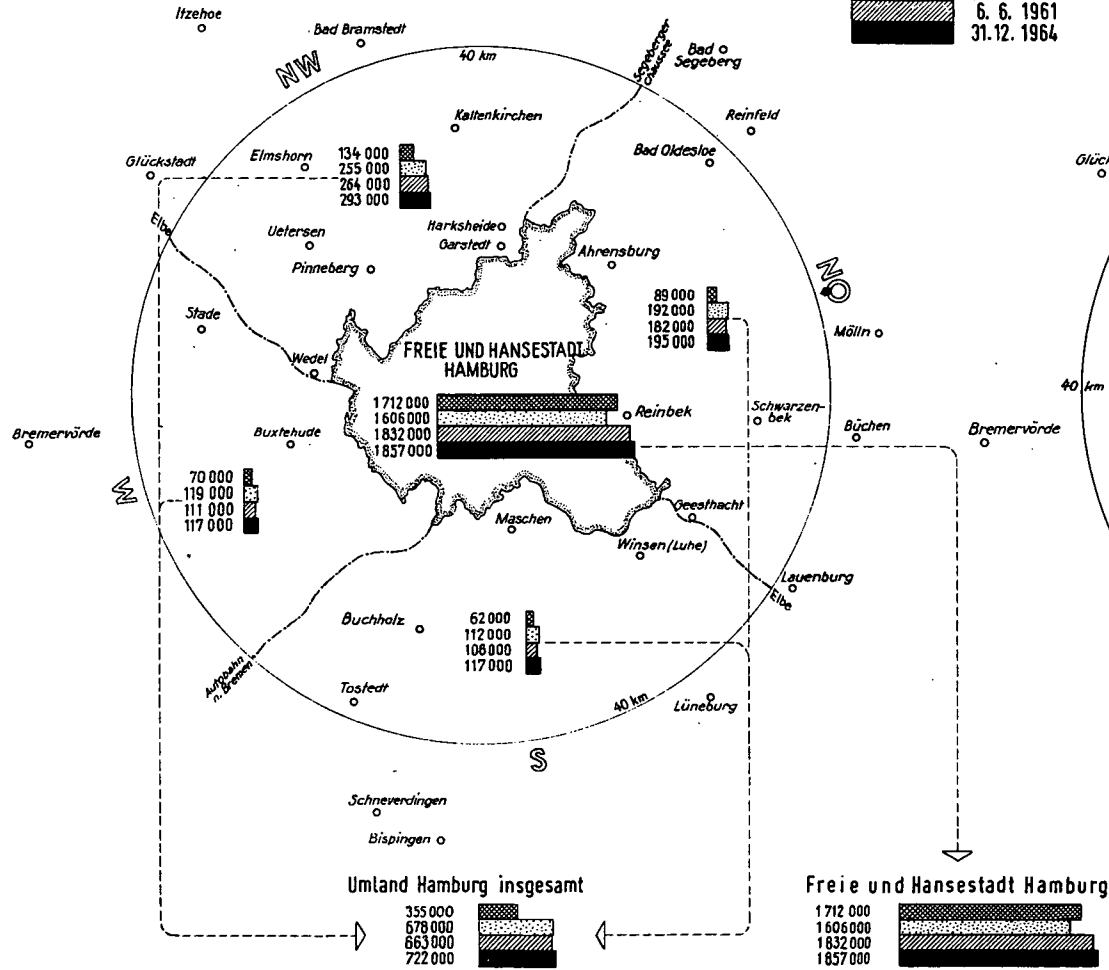
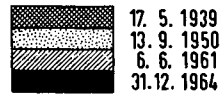
GEMEINDEN MIT..... EINWOHNERN		ZUNAHMEN ZUNAHMEN ABNAHMEN über Durchschnitt* unter Durchschnitt*		
von 1000 bis unter 2000	○	○	○	○
2000 5000	●	○	○	○
5000 10000	◐	○	○	○
10000 und mehr	●	○	○	○

*) sämtlicher Umlandgemeinden gegenüber dem vorherigen Zählungsergebnis

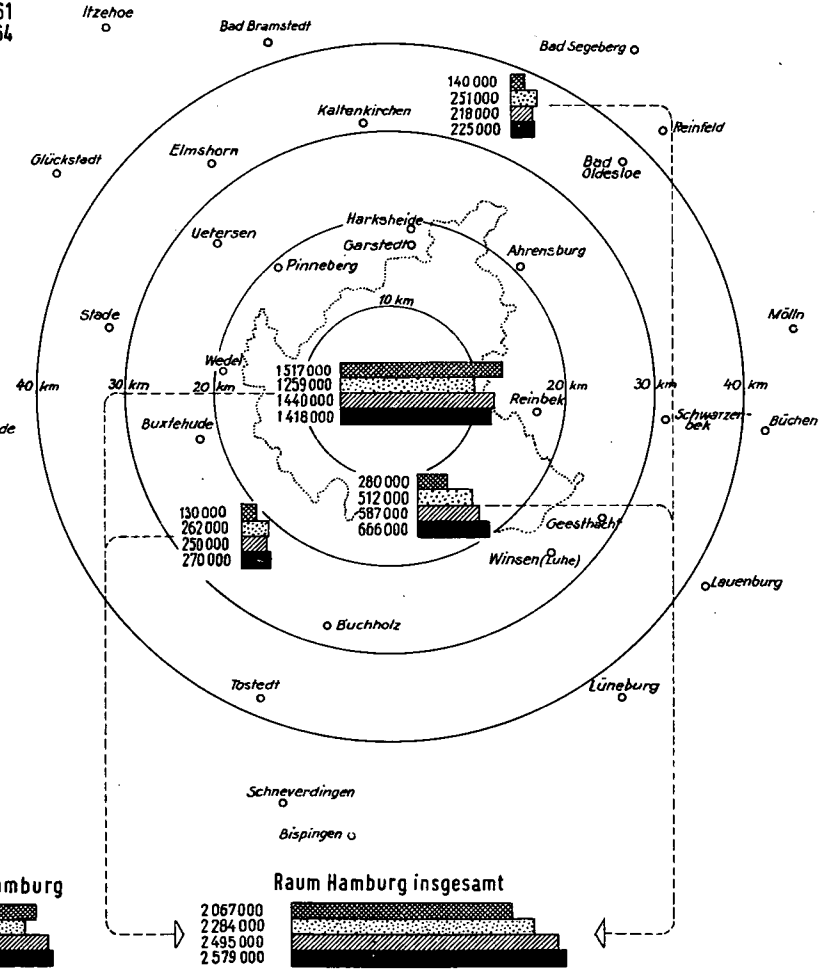
Die Wohnbevölkerung des Raumes Hamburg 1939, 1950, 1961 und 1964

SEKTOREN

STICHTAGE



ENTFERNUNGSZONEN BIS 40 KM



Übersicht 6

Arbeitsstätten und Beschäftigte in den Teilgebieten des Hamburger Raumes

Gebiete	Arbeitsstättenzählung 1961 (AZ)			Landwirtschafts-zählung 1960		Erwerbspersonen lt. VZ 1961		Beschäftigungsfaktor 1)	Auspender nach Hamburg
	Beschäftigte		Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Anzahl	darunter weiblich		
	Anzahl	darunter Produz. Gewerbe in %							
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Freie und Hansestadt Hamburg	1 005 500	40,4	102 500	10 270	3 900	891 950	340 000	114	—
darunter									
südlich der Elbe	149 350	63,6	8 550	2 350	980	109 400	36 250	139	—
Umland Hamburg	171 800	51,3	27 350	55 150	21 280	301 800	105 700	75	84 280
davon									
Sektor Nordwest	73 750	56,7	10 450	17 370	6 220	119 450	41 850	76	34 080
darunter									
Elmshorn, Stadt	14 633	45,7	1 621	879	125	15 584	5 490	100	2 797
Pinneberg, Stadt ...	11 158	56,8	1 073	436	127	12 513	4 464	93	3 740
Wedel, Stadt	7 851	64,1	881	414	120	11 411	3 946	72	4 439
Garstedt	3 433	64,2	480	244	93	6 147	2 230	60	3 754
Uetersen, Stadt	7 022	67,8	728	178	70	6 919	2 487	104	897
Harksheide	2 662	57,5	348	138	74	4 889	1 717	57	2 753
Schenefeld	2 850	73,0	352	164	61	4 229	1 375	71	2 526
Quickborn	2 557	57,8	376	454	272	4 250	1 459	71	1 397
zusammen	52 166	57,7	5 859	2 907	942	65 942	23 168	84	22 303
in % des Sektors	70,7	71,9	56,1	16,7	15,1	55,2	55,4		65,4
Sektor Nordost	43 900	52,3	6 950	11 120	4 300	81 750	28 600	67	29 310
darunter									
Ahrensburg, Stadt ..	6 031	54,0	786	224	80	9 873	3 539	63	5 125
Geesthacht, Stadt ..	7 398	59,2	801	128	57	9 254	3 107	81	2 698
Bad Oldesloe, Stadt .	7 042	42,0	816	522	183	7 219	2 783	105	1 015
Reinbek, Stadt	2 665	30,6	417	38	15	4 980	1 911	54	2 324
zusammen	23 136	49,3	2 820	912	335	31 326	11 340	77	11 162
in % des Sektors	52,7	49,7	40,6	8,2	7,8	38,3	39,7		38,1
Sektor Süd	22 350	46,1	4 550	13 940	6 040	50 400	17 950	72	13 920
darunter									
Winsen (Luhe), Stadt	4 871	41,4	561	137	87	4 447	1 555	113	1 031
Buchholz i.d.N., Stadt	2 666	33,8	378	135	82	3 693	1 259	76	1 400
zusammen	7 537	38,7	939	272	169	8 140	2 814	96	2 431
in % des Sektors	33,7	28,3	20,6	2,0	2,8	16,2	15,7		17,5
Sektor West	31 800	40,7	5 400	12 720	4 720	50 200	17 300	89	6 970
darunter									
Stade, Stadt	13 158	36,2	1 375	342	161	12 725	4 534	106	778
Buxtehude, Stadt ...	5 834	47,5	771	257	105	6 435	2 210	95	1 611
zusammen	18 992	39,7	2 146	559	266	19 160	6 744	102	2 389
in % des Sektors	59,7	58,2	39,7	4,7	5,6	38,2	39,0		34,3
Raum Hamburg insgesamt ..	1 177 300	42,0	129 850	65 420	25 180	1 193 750	445 700	104	..
davon									
nördlich der Elbe	973 800	38,7	111 350	36 410	13 440	983 750	374 200	103	..
südlich der Elbe	203 500	58,1	18 500	29 010	11 740	210 000	71 500	111	..

1) Beschäftigte lt. AZ + landw. Beschäftigte . 100
Erwerbspersonen lt. VZ

Aus dem umfangreichen Zahlenmaterial, das mannigfaltige Auswertungsmöglichkeiten für zwischenörtliche Vergleiche bietet, seien hier lediglich für die größeren Gemeinden einige wirtschaftliche Daten bzw. charakteristische Unterschiede kommentiert (vgl. Übersicht 6).

Sektor Nordwest

Elmshorn, die größte Stadt des Umlandes, hatte bei der Arbeitsstättenzählung 1961 rd. 14 600 Beschäftigte, von denen 46% im Produzierenden Gewerbe tätig waren; dieser Anteil ist — gemessen an den übrigen Städten im Sektor Nordwest, für die er im Durchschnitt rd. 62% betrug — verhältnismäßig gering und zeigt an, daß dort dem tertiären Bereich, also Handel, Verkehr und Dienstleistungen, — stärkere Bedeutung zukommt. Von den Beschäftigten waren 23% im Handel und 21% im Wirtschaftsbereich

„Verkehr und Dienstleistungen“ tätig, während diese Anteile im Durchschnitt für den Sektor 18% bzw. 16% betragen. Daß der tertiäre Bereich in Elmshorn gegenüber 1950 zugenommen hat, geht aus der Tatsache hervor, daß damals noch 54% der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe tätig waren (vgl. Tabellenteil S. 45, Sp. 9).

Für den hohen Grad der Zentralität spricht auch die Tatsache, daß 1961 rd. 3750 Einpendler registriert wurden; von insgesamt 4200 Auspendlern arbeiteten 2800 in Hamburg. In der Stadt selbst wohnten 1961 rd. 15 600 Erwerbspersonen, von denen 5500 Frauen waren; vergleicht man die Veränderung gegenüber 1950, so fallen außergewöhnlich niedrige Zuwachsraten auf: Insgesamt wurden 1961 nur rd. 4% mehr Erwerbspersonen festgestellt als 1950; die Zahl der weiblichen Erwerbspersonen nahm zwar in diesem Zeitraum um 19% zu — im Durchschnitt der 6 größte-

ren Gemeinden des Sektors Nordwest betrug sie jedoch rd. 50 % (vgl. Tabellenteil S. 37).

Eine Aussage über das Arbeitspotential der Städte und Teilgebiete ist mit Hilfe der Relation zwischen den dort Beschäftigten (Arbeitsstätten- und Landwirtschaftszählung) — also einschließlich der Einpendler — und den am Ort wohnhaften Erwerbspersonen (nach der Berufszählung, also incl. Auspendler) möglich; im folgenden wird diese Beziehungszahl kurz „Beschäftigungsfaktor“ genannt.

Für Elmshorn beträgt dieser Faktor 100, da Arbeitsplätze und Erwerbspersonen einerseits und Einpendler- bzw. Auspendlerzahlen andererseits sich etwa entsprechen. Auch diese Tatsache deutet darauf hin, daß Elmshorn ein wirtschaftlicher Mittelpunkt mit eigenem Einzugsbereich ist; die Verflechtung mit Hamburg ist in Anbetracht der Entfernungszone 30 bis 40 km trotzdem noch eng, wie die hohe Auspendlerzahl nachweist.

Von den Städten des Sektors Nordwest seien noch Uetersen und Harksheide mit unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen erwähnt. Für Uetersen errechnet sich ein Beschäftigungsfaktor von 104, es stehen dort also mehr Arbeitsplätze zur Verfügung als Erwerbspersonen ansässig sind. Bei 7 000 Arbeitsplätzen werden 2 000 Einpendler registriert, die Zahl der Auspendler beträgt rd. 1 950, von denen nur rd. 900 in Hamburg arbeiten; beachtenswert ist der relativ hohe Anteil des Produzierenden Gewerbes. Zeichnet sich so für Uetersen ein eigenständiges Wirtschaftsgebiet ab — mit relativ wenig Beschäftigten im tertiären Bereich — ist im Gegenbeispiel bei Harksheide deutlich die Verbundenheit mit dem unmittelbar angrenzenden Hamburg erkennbar. Der Beschäftigungsfaktor beträgt nur 57, da von rd. 3 300 Auspendlern 2 750 in Hamburg tätig sind; bemerkenswert ist, daß der Wirtschaftsbereich „Handel“ verhältnismäßig zahlreiche Beschäftigte ausweist und daß jeder zweite Arbeitsplatz von einem Einpendler besetzt ist.

Sektor Nordost

Die Städte des Sektors Nordost zeigen ebenfalls prägnante Unterschiede: Ahrensburg hatte 1961 bei rd. 6 000 Arbeitsplätzen und knapp 10 000 dort wohnhaften Erwerbspersonen mehr als 5 100 Auspendler nach Hamburg, die Ausstrahlung des Ballungszentrums ist hier besonders augenfällig. Das entfernter liegende Bad Oldesloe dagegen gibt bei 7 200 Erwerbspersonen nur rd. 1 000 an Hamburg; da es selbst 1 800 Einpendler hat, errechnet sich ein Beschäftigungsfaktor von 105, wobei der tertiäre Bereich dominiert. Die Nähe Lübecks macht sich bereits durch Pendler in diesen Wirtschaftsraum bemerkbar; Bad Oldesloe ist damit die einzige größere Gemeinde im Umkreis von 40 km, die im Einzugsbereich zweier, sich hier überschneidender Wirtschaftsräume liegt: Reinbek hat bei 2 700 Arbeitsplätzen 2 300 Auspendler nach Hamburg, der Beschäftigungsfaktor liegt daher mit 54 extrem niedrig. Im Produzierenden Gewerbe sind nur 31 % der Beschäftigten tätig, ein Zeichen, daß dort Dienstleistungen im weiteren Sinne (einschl. öffentlicher Verwaltung) stark überwiegen.

2) a) Leitgedanken und Empfehlungen des Gemeinsamen Landesplanungsrates Hamburg/Schleswig-Holstein; Hamburg und Kiel 1960. — b) Dr. Speckter: Raumplanungen im Hamburger Umland, in: Der Städte-tag, 7/65. — c) Dr. Möller: Ordnungsprinzipien und Funktionen im Wirtschaftsraum Hamburg, in: Raumforschung und Raumordnung, Heft 3/1962, S. 143 ff.

Sektoren südlich der Elbe

Von den Städten südlich der Elbe sei hier nur Stade erwähnt, da Winsen, Buchholz und Buxtehude als Trabantenstädte im nächsten Abschnitt im Rahmen der Aufbauachsen bzw. Aufbauorte besprochen werden. Stade, mit 31 400 Einwohnern im Jahre 1964 die drittgrößte Stadt des Umlandes — an den 13 200 Beschäftigten der Arbeitsstättenzählung 1961 gemessen, nach Elmshorn sogar vor Pinneberg an zweiter Stelle —, an der Peripherie des 40-km-Umkreises gelegen, gibt rd. 800 Pendler an Hamburg ab. Der Beschäftigungsfaktor 106 zeigt an, daß mehr Arbeitsplätze als Erwerbspersonen vorhanden sind; aus Tabelle 5, Teil 1 geht hervor, daß Stade 3 354 Einpendler hatte, d. h. jeder vierte Beschäftigte war nicht ortsansässig. Der tertiäre Bereich — in dem auch die Beschäftigten der Gebietskörperschaften enthalten sind — dominiert; von 100 Beschäftigten waren 36 im Produzierenden Gewerbe tätig. Diese Daten vermitteln für Stade das Bild eines selbständigen Wirtschaftszentrums mit relativ großem Einzugsgebiet; gemessen an der Entfernung ist die Pendlerzahl nach Hamburg (800) aber noch sehr beachtlich.

Anteil der Städte an den Sektoren

Abschließend sei auf die Möglichkeit verwiesen, anhand der Tabellen 4 und 5 die Bedeutung der Städte an den Sektoren bzw. am Umland abzuschätzen.

Übersicht 6 bestätigt mit den Wirtschaftsdaten die bereits bei der Bevölkerungsverteilung festgestellte Agglomeration des nordwestlichen Umlandes. In den 8 Gemeinden werden — auf den gesamten Sektor Nordwest bezogen — 71 % aller Beschäftigten und 65 % der Auspendler nach Hamburg registriert.

Die Städte Ahrensburg, Geesthacht, Bad Oldesloe und Reinbek haben ein erheblich geringeres „Gewicht“ am Sektor Nordost; in ihnen konzentrieren sich 53 % der Beschäftigten, und nur 38 % der Hamburg-Pendler dieses Sektors stammen aus den 4 Städten. Südlich der Elbe umfassen die beiden Städtepaare Winsen/Buchholz bzw. Stade/Buxtehude innerhalb der Sektoren noch 34 % bzw. fast 60 % der Beschäftigten; bemerkenswert sind die zahlreichen Auspendler nach Hamburg, die im Sektor Süd aus den kleineren Gemeinden kommen; von rd. 14 000 Hamburg-Pendlern im Sektor Süd wohnen nur 2 400 in Winsen und Buchholz.

IV. Aufbauachsen und Aufbauorte der Raumplanung

Die regionale Analyse des Hamburger Umlandes kann von den Planungsstellen dazu genutzt werden, mit Hilfe des vorliegenden empirischen Materials Raumvorstellungen zu prüfen und die Auswirkung planerischer Maßnahmen zu beobachten. Es wurden deshalb für die von der überregionalen Raumplanung konzipierten Aufbaugebiete — Aufbauachsen, Aufbauorte bzw. Trabanten — ebenfalls Bevölkerungs- und Wirtschaftsdaten zusammengestellt. Einzelheiten über die Abgrenzung dieser Gebiete sowie über die Grundlagen und Ziele der gemeinsamen Landesplanung sind der Fachliteratur zu entnehmen²⁾. In der Karte 1 sind die betreffenden Gebiete näher bezeich-

net; es handelt sich im Sektor Nordwest um die Aufbauachsen

- Hamburg — Elmshorn,
- Hamburg — Kaltenkirchen

und um den Aufbauort Wedel.

Im Sektor Nordost sind drei Aufbauachsen vorgesehen und zwar

- Hamburg — Bad Oldesloe,
- Hamburg — Schwarzenbek (einschl. Glinde) und
- Hamburg — Geesthacht.

Südlich der Elbe handelt es sich um die Trabantenstädte

- Winsen, Buchholz und Buxtehude.

Für diese Gebiete sind in Übersicht 7 Einwohner, Beschäftigte und Arbeitsplätze aufgeführt, wobei für die Endpunkte der Aufbauachsen, welche bevorzugt gefördert werden sollen, ebenfalls Daten angegeben sind.

Zu den Aufbauachsen gehören im einzelnen folgende Gemeinden:

Hamburg-Elmshorn =	Hamburg-Kaltenkirchen =
Elmshorn, Stadt	Friedrichsgabe
Halstenbek	Garstedt
Heidgraben	Glashütte
Klein Nordende	Harksheide
Pinneberg, Stadt	Henstedt
Prisdorf	Kaltenkirchen
Rellingen	Quickborn
Schenefeld	Uitzburg
Tornesch	
Uetersen, Stadt	
Hamburg-Bad Oldesloe =	Hamburg-Schwarzenbek =
Ahrensburg, Stadt	Aumühle
Bad Oldesloe, Stadt	Brunstorf
Bargteheide	Dassendorf
Büningstedt	Glinde
Delingsdorf	Oststeinbek
Fischbek	Reinbek, Stadt
Großhansdorf	Schwarzenbek, Stadt
Hoisdüppel	Wentorf bei Hamburg
Rümpel	Wohltorf
Timmerhorn	
Tremsbüttel	
Hamburg-Geesthacht =	
Börnsen	
Escheburg	
Geesthacht, Stadt	
Kröppelshagen-	
Fahrendorf	

Als erstes wichtiges Ergebnis sei vorangestellt, daß die im Sektor Nordwest gelegenen Aufbaugebiete 74 % der Gesamtbevölkerung dieses Sektors ausmachen, für die drei Aufbauachsen des Sektors Nordost beträgt der Bevölkerungsanteil 68 %. Gemessen an der Beschäftigtenzahl der Arbeitsstättenzählung 1961 liegen die Quoten mit 82 % bzw. 80 % noch höher, und auch bei den Pendlern ist die Massierung in den Achsengebieten eindeutig. Umgekehrt ist die Bedeutung der Landwirtschaft in den Aufbauachsen ungleich niedriger als in den übrigen Umlandgebieten. Damit zeichnen sich die weitgehend an den

Hauptverkehrslinien orientierten Aufbaugebiete ganz deutlich als Verdichtungsräume innerhalb des Umlandes ab. Mit Ausnahme von Stade liegen sämtliche Gemeinden des Hamburger Umlandes mit mehr als 10 000 Einwohnern im Bereich der Aufbauachsen. Insofern bestimmen auch die im vorhergehenden Abschnitt besprochene Struktur und Entwicklung der größeren Gemeinden weitgehend das Gewicht der Aufbaugebiete.

Die Aufbauachsen im Sektor Nordwest

Im Gebiet der größten Aufbauachse Hamburg — Elmshorn wohnen in 10 Gemeinden 124 000 Menschen, davon 29 % im Achsenendpunkt Elmshorn. Wie aus Übersicht 7 hervorgeht, hatte sich die Einwohnerzahl Ende 1964 gegenüber der Vorkriegszeit mehr als verdoppelt, was im wesentlichen auf die dynamische Entwicklung der zur Achse gehörigen Städte Pinneberg, Schenefeld, Uetersen und Elmshorn zurückzuführen ist. Als größere Gemeinden wären noch Rellingen, Halstenbek und Tornesch mit jeweils mehr als 7 000 Einwohnern zu erwähnen. Unter rd. 40 000 Beschäftigten der Arbeitsstättenzählung 1961 wurden 13 200 Einpendler in Orten dieser Achse festgestellt; andererseits gab es unter insgesamt 20 700 Auspendlern fast 14 000, welche in Hamburg arbeiteten. Der Beschäftigungsfaktor betrug infolge des Auspendler-Überschusses nur 86. Die Daten für den Achsenendpunkt Elmshorn wurden im vorigen Abschnitt bereits besprochen.

Erheblich weniger Einwohner — 63 300 oder etwa die Hälfte der Elmshorner — hat die Aufbauachse Hamburg — Kaltenkirchen, der Achsenendpunkt hatte Ende 1964 erst 5 300 Einwohner; die Zunahme war nicht so ausgeprägt wie in den größeren Gemeinden. Zur Aufbauachse zählen 8 Gemeinden, darunter vor allem Harksheide, Garstedt, Quickborn und Friedrichsgabe. Die stürmische Entwicklung der größeren Städte hat dazu geführt, daß die Einwohnerzahlen 1964 gegenüber 1939 dreieinhalbmal höher lagen. Das Arbeitspotential in dieser Achse ist relativ gering, die hohen Pendlerzahlen deuten auf die enge Verflechtung mit Hamburg hin. Im übrigen hatten die 8 Gemeinden dieses Gebietes 1961 noch 837 landwirtschaftliche Betriebe. Der Aufbauort Wedel konnte ebenfalls eine beachtliche Bevölkerungszunahme verzeichnen, insbesondere auch in der Phase 1961 bis 1964. Bei 7 900 Beschäftigten wurden 1 860 Einpendler registriert; der Anteil des Produzierenden Gewerbes war mit 64 % der Beschäftigten verhältnismäßig hoch. Die günstige Verkehrsverbindung und die Nähe Hamburgs kommen auch in den Pendlerzahlen zum Ausdruck: 96 % der 4 600 Auspendler arbeiten in Hamburg.

Die Aufbauachsen im Sektor Nordost

Im Sektor Nordost besteht die Achse mit Endpunkt Bad Oldesloe aus 11 Gemeinden, von denen außer dem Aufbauort selbst noch Ahrensburg, Großhansdorf und Bargteheide Schwerpunkte bilden. Insgesamt umfassen die Gemeinden dieser Achse 60 000 Einwohner; auf Basis 1939 betrug die Meßziffer Ende 1964 rd. 239. Der Anteil des Produzierenden Gewerbes ist relativ gering; unter den Erwerbspersonen wurden anteilmäßig mehr Frauen festgestellt als in den übrigen Gebieten. Fast 10 000 Erwerbspersonen

Übersicht 7

Einwohner, Beschäftigte, Betriebe, Pendler und Wohnungen in den Aufbauachsen und Aufbauorten

Gebiete (Aufbauachse = A A) und Achsenendpunkte	Einwohner				Arbeitsstättenzählung 1961			Landwirtschaftszählung 1960		Erwerbspersonen lt. VZ 1961		Beschäftigungsfaktor ¹⁾ 1961	Pendler 1961			Wohnungen		
	Anzahl 31. 12. 64	Meßziffern 1939 = 100			Beschäftigte		Betriebe	Besch.	Betr.	Anzahl	dar. weibl.		Einpendler	Auspendler		Anzahl 31. 12. 1964	Meßziffern 1950 = 100	
		1950	1961	1964	Anzahl	dar. Prod. Gew. in %								insgesamt	darunter nach Hamburg		1961	1964
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
A A Hamburg-Elmshorn .. dar. Stadt Elmshorn ..	124 048 36 272	182 163	191 157	208 163	39 688 14 633	54,7 45,7	649 621	3 898 879	930 125	50 924 15 584	16 925 5 490	86 100	13 177 3 750	20 659 4 210	13 950 2 797	40 439 13 072	164 152	197 178
A A Hamburg-Kaltenkirch. dar. Gemeinde Kaltenkirchen ... Wedel, Stadt	63 281 5 257 28 517	207 228 198	278 253 301	345 263 344	13 076 2 072 7 851	59,1 56,9 64,1	985 286 881	1 697 187 414	837 99 120	23 618 2 172 11 411	8 172 748 3 946	63 104 72	5 214 691 1 860	13 984 619 4 610	10 931 314 4 439	19 244 1 707 9 409	215 216 275	281 257 342
Aufbaugebiete im Sektor NW zusammen Anteil am Sektor NW in %	215 846 73,6	188	220	250	60 615 82,2	56,9	7 515 71,8	6 009 34,6	1 887 30,4	85 953 72,0	29 043 69,4	78	20 251 83,5	39 253 73,7	29 320 86,0	69 092 76,0	186	229
A A Hamburg- Bad Oldesloe	60 121	207	221	239	16 259	46,1	2 322	1 551	598	25 245	9 253	71	5 008	12 158	9 850	19 291	178	214
dar. Stadt Bad Oldesloe ...	16 752	180	193	202	7 042	42,0	816	522	183	7 219	2 783	105	1 810	1 630	1 015	5 489	170	197
A A Hamburg- Schwarzenbek (einschl. Glinde)	46 629	210	231	260	10 920	57,5	1 490	578	231	18 516	6 495	62	4 651	10 883	8 724	13 971	188	226
dar. Stadt Schwarzenbek ..	8 313	293	339	361	2 883	66,0	342	81	45	3 415	1 115	87	915	1 269	937	2 822	192	225
A A Hamburg-Geesthacht dar. Stadt Geesthacht	26 028 21 949	240 252	238 252	252 266	7 791 7 398	58,5 59,2	916 801	440 128	211 57	11 016 9 254	3 703 3 107	75 81	1 173 1 060	4 192 3 010	3 677 2 698	8 276 6 929	145 142	175 171
Aufbaugebiete im Sektor NO zusammen Anteil am Sektor NO in %	132 778 68,0	214	228	249	34 970 79,7	52,4	4 728 68,0	2 569 23,1	-1 040 24,2	54 777 67,0	19 451 68,0	69	10 832 80,2	27 233 68,1	22 251 75,9	41 538 69,3	173	208
Trabanten Winsen (Luhe), Stadt ..	11 006	163	178	202	4 871	41,4	561	137	87	4 447	1 555	113	1 720	1 260	1 031	3 477	163	200
Buchholz, Stadt	10 629	216	275	341	2 666	33,8	378	135	82	3 693	1 259	76	820	1 590	1 400	3 274	202	289
Buxtehude, Stadt	18 321	185	212	247	5 834	47,5	771	257	105	6 435	2 210	95	1 770	1 930	1 611	5 298	170	212
Summe aller Aufbaugebiete	388 580	197	222	250	108 956	53,7	13 953	9 107	3 201	155 305	53 518	76	35 393	71 266	55 613	122 679	180	221
Anteil am Umland in % ..	53,8				63,4		51,0	16,5	15,1	51,5	50,6		66,6	55,1	66,0	56,5		

¹⁾ Beschäftigte lt. A Z + landw. Beschäftigte
Erwerbspersonen lt. VZ 100

pendeln nach Hamburg, darunter 5 100 allein aus Ahrensburg.

Die Aufbauachse Hamburg—Schwarzenbek umfaßt 9 Gemeinden, die Ende 1964 rd. 46 600 Einwohner hatten, davon der Aufbauort allein 8 300. Neben Schwarzenbek beeinflussen noch Reinbek, Glinde und Wentorf als größere Siedlungen die für die Achse nachgewiesenen Durchschnitte. Von 18 500 in den 9 Gemeinden wohnhaften Erwerbspersonen wurden fast 11 000 als Auspendler registriert, 80 % unter ihnen gaben Hamburg als Arbeitsort an.

Unter 11 000 Beschäftigten waren 4 650 Einpendler, der tertiäre Bereich war in den Gemeinden unterschiedlich vertreten. In Schwarzenbek waren allerdings zwei Drittel der Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe tätig; die Bevölkerung hat dort im Vergleich zur Vorkriegszeit am stärksten zugenommen (Meßziffer 361).

Als letzte Aufbauachse ist noch diejenige nach Geesthacht zu nennen, der nur 4 Gemeinden mit insgesamt 26 000 Einwohnern zugehören, von denen die Stadt Geesthacht allein 22 000 hat, so daß also die Ergebnisse für die Achse weitgehend mit denen für den Achsenendpunkt übereinstimmen. Bei der Bevölkerungsentwicklung von Geesthacht ist bemerkenswert, daß 1950 die Bevölkerungszahl zweieinhalbmal über dem Vorkriegsstand lag, daß sie 1961 gleich hoch war und erst in den letzten Jahren wieder eine beachtliche Zunahme eintrat. Bei 7 400 Arbeitsplätzen der Arbeitsstättenzählung gab es in Geesthacht über 1 000 Einpendler; andererseits hatten 3 000 Erwerbspersonen einen Arbeitsplatz außerhalb der Wohngemeinde, davon 90 % in Hamburg.

Trabantenstädte südlich der Elbe

Südlich der Elbe, auf dem niedersächsischen Umlandgebiet, hat die Raumplanung keine Aufbauachsen, sondern Buxtehude, Buchholz und Winsen als sogenannte Trabantenstädte vorgesehen, welche die Funktion von Entlastungsorten erfüllen und dementsprechend gefördert werden sollen.

Buxtehude hatte Ende 1964 rd. 18 300 Einwohner, bei der Arbeitsstättenzählung 1961 wurden 771 Betriebe mit rd. 5 800 Beschäftigten erfaßt, von denen 30 % Einpendler waren. Im Produzierenden Gewerbe waren 47,5 % der Beschäftigten tätig. Von den 6 400 in Buxtehude wohnhaften Erwerbspersonen waren 30 % außerhalb berufstätig, wobei Hamburg der bevorzugte Arbeitsort ist (83,4 %).

Buchholz und **Winsen** hatten Ende 1964 etwa gleiche Einwohnerzahlen — rd. 11 000 —, die Entwicklung von Buchholz verlief jedoch sprunghafter als in Winsen. Hatte Winsen Ende 1964 die Einwohnerzahl gegenüber der Vorkriegszeit verdoppelt, ist sie in Buchholz fast auf das 3^{1/2}fache angestiegen. Der starke Anstieg zwischen 1961 und 1964 ist zweifellos eine Folge der lebhaften Bautätigkeit. Wie aus Tabelle 1 auf S. 26 im Tabellenteil ersichtlich, hatte Buchholz Ende 1964 einen Bestand von 3 274 Wohnungen, bei der Zählung 1961 wurden 2 286 Woh-

nungen ermittelt und es wurde damals eine Verdoppelung des Bestandes gegenüber 1950 festgestellt (vgl. Tabellenteil S. 43). Andererseits hat Winsen erheblich mehr Arbeitsplätze und einen höheren Anteil von Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe; beachtenswert ist der hohe Beschäftigungsfaktor (113), der das eigene Einzugsgebiet andeutet. Die Zahl der Einpendler ist nämlich doppelt so hoch als in Buchholz und die Ergebnisse der Pendlerstatistik zeigen deutlich, daß Buchholz bisher stärker mit Hamburg verflochten ist als Winsen (Übersicht 7).

V. Wirtschaftsräumliche Gliederungen des Hamburger Umlandes

Im Rahmen raumwirtschaftlicher Analysen des Bundesgebietes sind für das Hamburger Umland Abgrenzungen vorgenommen worden, von denen einige hier kurz dargestellt und mit der Konzeption des auf 40 km von der Hamburger Stadtmitte bezogenen Gebietes verglichen werden³⁾. Eine Wertung der getroffenen Abgrenzungen und Untersuchung ihrer methodischen Unterschiede ist hier nicht beabsichtigt; es sollen lediglich Größenordnungen der durch Veröffentlichungen bereits bekannt gewordenen Raumvorstellungen — hier zusätzlich noch geographisch nach der Lage nördlich und südlich der Elbe orientiert — vermittelt werden.

Folgender Überblick über die Einwohnerzahlen 1964 der nachstehend erläuterten, in der Karte 1 erkennbaren Raumgliederungen sei vorangestellt:

Gebiete	Einwohner am 31. 12. 1964
Stadtregion Hamburg (Boustedt)	2 225 200
Wirtschaftsraum (Otremba)	2 422 350
Ökonomische Strukturzone (Isenberg)	2 517 050
Raum Hamburg im Umkreis von 40 km	2 579 350

Bei den drei erstgenannten Raumgliederungen ist zu beachten, daß die Abgrenzung schon vor Jahren vorgenommen wurde, und daß die Zählungsergebnisse 1961 z. T. dazu benutzt werden, die Gliederungen zu prüfen und neueren Gegebenheiten anzupassen. Ergebnisse für die Stadtregion und den Wirtschaftsraum nach dem Stand von 1961 sind in der Tabelle. 3 S. 30 ff im Tabellenteil enthalten; in Übersicht 8 a sind auch die bis Ende 1964 fortgeschriebenen Einwohnerzahlen berücksichtigt.

1. Die Stadtregion Hamburg

Die für die Stadtregion hier veröffentlichten Ergebnisse und die Grenzziehung in der Karte 1 beruhen auf den Gemeinden, die 1950 auf Grund der Volks- und Berufszählung und damaligen Merkmalshäufigkeiten zur Stadtregion Hamburg gerechnet wurden; für sie sind Ergebnisse von 1961 — für Einwohner auch 1964 — zusammengestellt und Vergleichswerte 1939 und 1950 vorhanden. Eine Neuabgrenzung der Stadtregionen 1961 mit den folgenden, gegenüber 1950 unveränderten Merkmalshäufigkeiten ist abgeschlossen und steht vor der Veröffentlichung. Die Einwohnerzahl der Stadtregion Hamburg 1961 nach dieser Neuabgrenzung wird mit rd. 2,188 Mio gegenüber der bisherigen Abgrenzung mit 2,154 Mio nicht wesentlich abweichen.

³⁾ Die von Neundörfer (Atlas sozialökonomischer Regionen Europas, Frankfurt/Main 1961) und Schlier (Wirtschaftsräumliche Gliederung der Bundesrepublik Deutschland und Westberlins, Bericht zur Deutschen Landeskunde, Bd. 15, 1955) entworfenen Abgrenzungen für den Hamburger Raum können hier nicht zum Vergleich herangezogen werden, da die erforderlichen Gemeindedaten nicht zur Verfügung standen.

Merkmale für die Abgrenzung und Gliederung von Stadtregionen ¹⁾

Zonen	Bevölkerungsdichte (Einwohner je qkm)	Landw. Erwerbspers. in % der Erwerbspers. insgesamt	Anteil in % der in das Kerngebiet Auspendelnden an den	
			Erwerbspers. insgesamt	Auspendelern insgesamt
Kernstadt	in der Regel über 500	unter 10	.	.
Ergänzungsgebiet				
Umlandzone:				
Verstädterte Zone	(über 200)	unter 30	über 30	über 60
Randzone 1		unter 50		
Randzone 2		50 — 65		

¹⁾ Vgl. hierzu Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. XIV (1960) und Bd. XXII (1963).

Die Stadtregion Hamburg in der Abgrenzung von 1950 umfaßt 115 Gemeinden, wogegen das Umland im Umkreis von 40 km 413 aufweist. Das nach der Zirkelschlag-Methode abgegrenzte Umland hatte nördlich der Elbe 134 Gemeinden, südlich sogar 165 mehr als die Stadtregion-Einteilung. Wie aus Karte 1 ersichtlich, erstreckt sich die Stadtregion nur vereinzelt in die Entfernungzone 30 bis 40 km (5 Gemeinden), im Sektor West erreichten auch die in der Entfernungzone 20 bis 30 km liegenden Gemeinden nicht die Schwellenwerte der Stadtregion (vom Kreis Stade gehört keine Gemeinde zur Stadtregion Hamburg).

Von den größeren, nördlich der Elbe gelegenen Orten gehörten Elmshorn, Uetersen, Barmstedt, Kaltenkirchen, Bad Oldesloe und Schwarzenbek nicht zur Stadtregion; südlich der Elbe ist der „Trabant“ Buchholz in die Regionsgliederung einbezogen, während Winsen und Buxtehude den festgelegten Merkmalshäufigkeiten nicht entsprechen.

Wie aus Übersicht 8 a hervorgeht, wohnten Ende 1964 von den 2,25 Mio Einwohnern der Stadtregion 88 % nördlich der Elbe. Gehörten von 100 im nördlichen Umland bis 40 km gezählten Einwohnern 65 auch gleichzeitig zur Stadtregion, so traf dies im südlich der Elbe gelegenen Umland nur auf 21 Bewohner zu (bei diesem Vergleich ist Hamburg nicht berücksichtigt). Beachtenswert sind die hohen Bevölkerungszunahmen bei der Stadtregion gegenüber der Vorkriegszeit im Vergleich zum Umland in der Abgrenzung bis 40 km. Hatte z. B. das Umland südlich der Elbe Ende 1964 eine Bevölkerungs-Meßziffer von 176 (auf Basis 1939 = 100), ergab sich für die zur Stadtregion südlich der Elbe zählenden Einwohner eine Meßziffer von 277, wobei ein außergewöhnlicher Anstieg von 1961 bis 1964 auffällt. Diese Zusammenhänge sind darauf zurückzuführen, daß die der Stadtregion zugehörigen, näher bei Hamburg liegenden Gemeinden stärker verstädtert sind und mehr zugenommen haben, als die entfernteren ländlichen Orte des weiteren Umlandes — insbesondere die in der Entfernungzone 30 bis 40 km befindlichen Gemeinden, welche vereinzelt sogar rückläufige Tendenz aufweisen und Bewohner an die Städte der näheren Umgebung Hamburgs abgaben.

Übersicht 8 a

Wirtschaftsräumliche Gliederungen des Hamburger Raumes

— Anzahl der Gemeinden und Einwohner —

Gebiete	Gemeinden ¹⁾	Bevölkerung	Einwohner Meßziffern 1939 = 100		
			Anzahl		
	31. 12. 1964	1950	1961	1964	
	1	2	3	4	5
Raum Hamburg im Umkreis von 40 km	414	2 579 350	110	121	125
Stadtregion Hamburg nach Boustedt	115	2 225 200	102	116	120
Wirtschaftsraum Hamburg nach Otremba	201	2 422 350	107	119	123
Ökonomische Strukturzone Hamburg nach Isenberg ²⁾	422	2 517 050	110	120	124
darunter nördlich der Elbe					
	in %		Meßziffern ³⁾		
Raum Hamburg im Umkreis von 40 km	53	82	104	115	119
Stadtregion Hamburg nach Boustedt	73	88	99	112	116
Wirtschaftsraum Hamburg nach Otremba	50	84	101	114	118
Ökonomische Strukturzone Hamburg nach Isenberg ²⁾	67	86	105	116	120

Anteil der Raumgliederungen

	am Umland insgesamt bis 40 km in %		Meßziffern ³⁾		
Umland bis 40 km Stadtregion nach Boustedt	100	100	191	187	203
Wirtschaftsraum nach Otremba	28	51	205	230	263
Ökon. Strukturzone nach Isenberg ²⁾	48	78	193	202	224
	102	91	197	193	211
ohne Hamburg					
	am Umland nördlich der Elbe in %		Meßziffern ³⁾		
Umland nördlich der Elbe bis 40 km	100	100	201	200	219
Stadtregion nach Boustedt	38	65	206	229	260
Wirtschaftsraum nach Otremba	46	82	201	215	239
Ökon. Strukturzone nach Isenberg ²⁾	130	109	200	197	214
nördl. der Elbe ohne Hamburg					
	am Umland südlich der Elbe in %		Meßziffern ³⁾		
Umland südlich der Elbe bis 40 km	100	100	174	164	176
Stadtregion nach Boustedt	16	21	198	234	277
Wirtschaftsraum nach Otremba	51	71	179	177	194
Ökon. Strukturzone nach Isenberg ²⁾	71	55	184	178	197
südlich der Elbe ohne Hamburg					

¹⁾ Einschl. Hamburg; bei der Aufgliederung zum Gebiet „nördlich der Elbe“ gerechnet. — ²⁾ Ausschl. Helgoland; einschl. des gesamten Landkreises Harburg. — ³⁾ Meßziffern für die in der Vorspalte genannten Gebiete.

In Übersicht 8 b sind die Erwerbspersonen, Beschäftigten, Arbeitsstätten und die Berufspendler der Stadtregion und der übrigen Raumgliederungen aufgeführt.

In der Stadtregion Hamburg gab es 1961 nach den Ergebnissen der Arbeitsstättenzählung 1,083 Mio Beschäftigte, von denen 85,5 % ihren Arbeitsplatz nördlich der Elbe hatten. Außerdem waren rd. 25 000 Personen in der Landwirtschaft tätig. Im gesamten Raum Hamburg im Umkreis von 40 km wurden 1,177 Mio Beschäftigte nach der Arbeitsstättenzählung und 65 420 in der Landwirtschaft registriert. Von den im Umland südlich der Elbe bis 40 km erfaßten Beschäftigten der Landwirtschaft sind nur rd. 10 % in dem von der Stadtregion begrenzten Gebiet tätig. Die Zahl der Auspendler ist in der Stadtregion mit

rd. 87 800 beträchtlich niedriger als im 40-km-Umkreis (137 000), wiederum besonders ausgeprägt im südlichen Umland.

Für die Stadtregion errechnet sich ein Beschäftigungsfaktor von 107 gegenüber 104 im Raum, die Zunahme der Erwerbspersonen seit 1950 – insbesondere diejenige der Frauen – ist ebenfalls ausgeprägter als im gesamten Hamburger Raum im Umkreis von 40 km. Auch hier zeichnen sich wiederum Struktur und Entwicklung der 114 zur Stadtregion gehörigen, stärker mit Hamburg verflochtenen Gemeinden einerseits, und der übrigen 299 zusätzlich

Übersicht 8 b

Beschäftigte, Arbeitsstätten und Berufspendler in den abgegrenzten Wirtschaftsgebieten

Raumgliederungen	Erwerbspersonen lt. Volks- und Berufszählung 1961		Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstättenzählung 1961 ¹⁾			Landwirtschaftszählung 1960		Beschäftigungsfaktor 1961 ¹⁾	Aus-	Ein-	Meßziffern der Erwerbspersonen 1961 (Sp. 1+2) 1950=100	
	insgesamt	dar. weibl.	Beschäftigte		Betriebe	Beschäftigte	Betriebe		pendler lt. Volks- und Berufszählung 1961	Anzahl	insgesamt	weiblich
			insgesamt	dar. Prod. Gewerbe								
	Anzahl		Anzahl	in %	Anzahl	Anzahl			Anzahl		insgesamt	weiblich
	1	2	3	4	5	6	7		8	9	10	11
Raum Hamburg im Umkreis von 40 km	1 193 750	445 700	1 177 300	42,0	129 850	65 420	25 180	104	137 070	149 310	115	131
Stadtregion Hamburg nach Boustedt	1 038 250	390 550	1 082 800	41,5	114 150	25 050	9 550	107	87 830	123 560	120	138
Wirtschaftsraum Hamburg nach Otremba ..	1 122 400	419 900	1 147 050	41,9	123 100	38 690	14 590	106	112 770	141 690	118	135
Ökonomische Strukturzone Hamburg nach Isenberg 2)	1 166 700	436 100	1 163 500	42,1	127 150	56 250	21 400	105	126 930	144 173	116	132
darunter nördlich der Elbe												
	in %		Pr. Gew.3)	in %			BF 4)	in %		Meßziffern 5)		
Raum Hamburg im Umkreis von 40 km	82,4	84,0	82,7	38,7	85,8	55,7	53,4	103	73,2	75,4	117	134
Stadtregion Hamburg nach Boustedt	87,6	89,1	85,5	57,1	91,1	79,6	76,8	104	86,5	80,7	120	138
Wirtschaftsraum Hamburg nach Otremba ..	84,1	85,7	83,2	56,5	87,4	60,9	58,6	104	76,8	76,0	119	137
Ökonomische Strukturzone Hamburg nach Isenberg 2)	85,9	87,2	85,1	53,8	89,3	67,3	63,9	103	81,1	80,3	117	134
Anteil der Raumgliederungen am Umland bis 40 km												
	in %		Pr. Gew.3)	in %			BF 4)	in %		Meßziffern 5)		
Umland bis 40 km	100	100	100	51,3	100	100	100	75	100	100	105	110
Stadtregion nach Boustedt	48,5	47,8	45,0	55,7	42,5	26,8	26,6	63	61,9	51,5	122	134
Wirtschaftsraum nach Otremba	76,4	75,6	82,4	51,9	75,2	51,5	50,2	74	81,2	85,6	113	122
Ökon. Strukturzone nach Isenberg 2)	91,0	90,9	91,9	52,5	90,1	83,4	82,3	74	92,2	90,3	106	113
Anteil der Raumgliederungen am Umland nördlich der Elbe												
	in %		Pr. Gew.3)	in %			BF 4)	in %		Meßziffern 5)		
Umland nördlich der Elbe bis 40 km	100	100	100	55,1	100	100	100	73	100	100	109	119
Stadtregion nach Boustedt	63,1	62,6	58,9	63,5	57,8	42,2	42,2	64	73,9	65,7	122	136
Wirtschaftsraum nach Otremba	80,2	79,5	83,7	56,4	78,1	54,9	53,5	71	85,4	87,0	118	130
Ökon. Strukturzone nach Isenberg 2)	108,9	108,5	114,0	53,8	112,7	105,1	102,2	75	102,8	108,4	108	118
Anteil der Raumgliederungen am Umland südlich der Elbe												
	in %		Pr. Gew.3)	in %			BF 4)	in %		Meßziffern 5)		
Umland südlich der Elbe bis 40 km	100	100	100	42,9	100	100	100	80	100	100	98	96
Stadtregion nach Boustedt	19,2	18,3	14,7	43,1	15,8	10,4	11,5	56	30,9	16,6	125	122
Wirtschaftsraum nach Otremba	68,7	67,9	79,6	41,2	70,0	47,9	47,1	81	70,4	82,4	104	105
Ökon. Strukturzone nach Isenberg 2)	55,2	55,9	44,0	45,3	50,7	60,1	62,8	72	64,6	45,8	101	97

1) Beschäftigte lt. AZ und landw. Beschäftigte Erwerbspersonen lt. VZ. 100. - 2) Ausschließlich Helgoland; einschließlich des gesamten Landkreises Harburg. - 3) Anteil des Prod. Gewerbes an den Beschäftigten (Sp. 3) der in der Vorspalte aufgeführten Gebiete. - 4) Beschäftigungsfaktor, bezogen auf die jeweilige Raumgliederung. - 5) Meßziffern der Erwerbspersonen für die in der Vorspalte aufgeführten Gebiete.

in der Raumgliederung bis 40 km enthaltenen, meist landwirtschaftlich strukturierten Gemeinden andererseits deutlich ab.

2. Der Wirtschaftsraum

Die Abgrenzung des Hamburger Wirtschaftsraumes, wie sie als Ergebnis wirtschaftsgeographischer Forschungsarbeit des Arbeitskreises „Wirtschaftsräumliche Gliederung Deutschlands“ des Zentralaussschusses für deutsche Landeskunde unter Leitung von Prof. Dr. E. Otremba vorliegt⁴⁾, umfaßt 201 Gemeinden. Diese wirtschaftsräumliche Gliederung baut im wesentlichen auf Strukturräumen der Produktionswirtschaft auf, wie sie sich zugleich in wirtschaftlich-sozialen Komplexen abzeichnen. Beobachtung und Aufnahme des raumgebundenen Wirtschafts- und Sozialgefüges im Gelände, Auswertung des wirtschaftsgeographischen und wirtschaftswissenschaftlichen Schrifttums unter Heranziehung statistischer Unterlagen — ohne Verwendung allgemein verbindlicher Schwellenwerte — kennzeichnen die Arbeitsmethode des Arbeitskreises.

Wie aus Karte 1 ersichtlich, verläuft die Grenzlinie des Wirtschaftsraumes an mehreren Stellen in der Nähe des 40-km-Ringes und überschreitet diesen sogar westlich von Stade. Südlich der Elbe ist ein relativ weites Gebiet — inkl. der drei Trabanten — einbezogen; nördlich der Elbe sind die Aufbauachsen und Aufbauorte mit Ausnahme großer Teile der Achse nach Bad Oldesloe enthalten, die Achsendpunkte stimmen mehrfach mit der Grenzlinie überein. Es fällt auf, daß vom nördlichen Teil des Kreises Stormarn nur verhältnismäßig wenige Gemeinden einbezogen wurden. Abgesehen von Bad Oldesloe ist z. B. auch Bargtheide nicht dem Hamburger Wirtschaftsraum zugeordnet worden. Daher ergibt sich auch im Sektor Nordost die größte Differenz gegenüber der 40-km-Raumabgrenzung (73 Gemeinden).

Mit 2,422 Mio Bevölkerung in den 201 Gemeinden zählt der Wirtschaftsraum 157 000 Einwohner weniger als der 414 Gemeinden umfassende Raum im Umkreis von 40 km; die 213 nicht dem Wirtschaftsraum zugehörigen Gemeinden haben also im Durchschnitt weniger als 750 Einwohner. Im Umkreis von 40 km beansprucht der Wirtschaftsraum — ohne Hamburg — Ende 1964 nördlich der Elbe 82 % und südlich 71 % der jeweiligen Umlandbevölkerung, also erheblich mehr als bei der Stadtregion. Die durchschnittlichen Einwohnerzahlen der Teilgebiete des Wirtschaftsraumes nördlich bzw. südlich der Elbe haben deshalb im Vergleich zur Stadtregion seit 1939 auch weniger intensiv zugenommen.

Die Zahl der Arbeitsplätze — gemessen an den Beschäftigten der Arbeitsstättenzählung 1961 — war mit 1,147 Mio im Wirtschaftsraum nur um etwa 30 000 niedriger als im gesamten Raum im Umkreis von 40 km

(vgl. Übersicht 8b). Auf dem Agrarsektor sind allerdings nur etwa die Hälfte der im Umland bis 40 km erfaßten Betriebe und Beschäftigten im Gebiet des Wirtschaftsraumes gelegen. Infolge der überwiegend wirtschaftlich orientierten Abgrenzung errechnet sich ein verhältnismäßig hoher Beschäftigungsfaktor (106), und auch die Zunahme der Erwerbspersonen im Zeitraum 1950/1961 liegt über dem für den 40-km-Umkreis nachgewiesenen Durchschnitt.

3. Die ökonomische Strukturzone bzw. Ballungszone

Als weitere Raumgliederung sei diejenige von Isenberg erwähnt, welche als sogenannte „ökonomische Strukturzone“ in der Literatur bekannt geworden ist⁵⁾.

Der Industrialisierungsgrad, gemessen an der Zahl der Industriebeschäftigten je 100 Einwohner, wird von Isenberg wegen des hervortretenden Leistungsniveaus im Vergleich zur Landwirtschaft als wesentliches Moment der Raumgliederung verwendet⁶⁾. Neben dem Besatz mit Industrie werden noch Siedlungsweise und Ferndienste berücksichtigt. Die Zusammenballung der Bevölkerung auf engstem Raum ist ökonomisch-strukturell so entscheidend, daß bei der Bildung der Strukturzonen sogenannte „Ballungszonen“ besonders herausgestellt werden; es sind dies Stadtkreise mit mindestens 500 000 Menschen auf einer Fläche von höchstens 500 qkm, oder auch sonst geschlossene Gebiete mit einer Bevölkerungsdichte von mindestens 1000 Einwohnern je qkm. Isenberg rechnet zur Ballungszone außer dem eigentlichen Kern, also der zentralen Großstadt, noch die Randkreise, soweit die Existenzgrundlagen überwiegend auf dem Pendlerverkehr oder auf großstadtabhängigen Einrichtungen beruhen. Demzufolge rechnen zum Gebiet der Ballungszone Hamburg auch sämtliche Gemeinden der Kreise Pinneberg, Stormarn und Hztg. Lauenburg. Den Landkreis Harburg bezieht Isenberg in seiner Karte nur teilweise ein (durch punktierten Halbkreis angedeutet); da eine gemeindeweise Zuordnung fehlt, wird bei der vorliegenden Betrachtung der gesamte Landkreis Harburg der Ballungszone Hamburg zugeordnet. Der Raum Hamburg nach Isenberg umfaßt 422 Gemeinden, also 8 mehr als im 40-km-Umkreis registriert werden. Die beste Übereinstimmung besteht im Kreis Pinneberg, da dort — sieht man von der Sonderstellung Helgolands ab — sämtliche Gemeinden in beiden Raumgliederungen enthalten sind; die größte Differenz tritt im Kreis Herzogtum Lauenburg auf, den Isenberg mit 135 Gemeinden voll einbezieht, von denen aber nur 60 im Umlandbereich bis 40 km liegen. Vom Kreis Stormarn enthält die Ballungszone sämtliche 94 Gemeinden, also 27 mehr als bei der Umlandgliederung. Umgekehrt fehlen Gemeinden der Kreise Stade, Segeberg, Lüneburg und Steinburg, von denen im 40-km-Umkreis von Hamburg 52, 33, 15 bzw. 5 Gemeinden liegen. An größeren Umlandgemeinden fehlen insbesondere Stade, Buxtehude und Kaltenkirchen, während andererseits zur Ballungszone z. B. die Gemeinden Mölln (14 100 Einwohner), Ratzeburg (11 700 Einwohner) und Lauenburg (11 100 Einwohner) rechnen.

Auf die eingehende Besprechung der in den Übersichten 8 a und 8 b enthaltenen Ergebnisse für die ökonomische Strukturzone Hamburg in der Konzep-

4) Vgl. Berichte zur deutschen Landeskunde, 18. Bd., 1957, S. 111 ff.

5) Informationen des Instituts für Raumforschung, Nr. 19/1957, S. 475 ff. Bemerkungen zu einer Karte der ökonomischen Strukturzonen in der Bundesrepublik Deutschland.

6) Isenberg hat bei der Einteilung in Strukturzonen folgende Gruppen gebildet:

Agrarzonen	haben einen Industriebesatz von	0,1 bis 6
Mischzonen	haben einen Industriebesatz von	6,1 bis 12
Industriezonen	haben einen Industriebesatz von	12,1 und mehr.

tion von Isenberg wird hier verzichtet. Es seien lediglich die die Raumeinteilung bestimmenden Größenordnungen genannt: Von den 2,517 Mio Einwohnern, die die Ballungszone Ende 1964 umfaßte, wohnten 86 % nördlich der Elbe; da dort erheblich mehr Gemeinden als im 40-km-Bereich einbezogen sind, wurden 9 % mehr Einwohner registriert, während Isenberg im Süden die Ballungszone – von der Bevölkerungsdichte ausgehend – relativ eng abgrenzt. Das starke Übergewicht der nördlich der Elbe abgegrenz-

ten Strukturzone wird auch an den hohen Anteilen sowohl der gewerblich als auch in der Landwirtschaft Beschäftigten erkennbar (Übersicht 8 b).

Gemessen am Umland nördlich der Elbe im 40-km-Bereich waren im nördlichen Teil der Ballungszone 14 % mehr Beschäftigte nach der Arbeitsstättenzählung von 1961 vorhanden, und es wurden bei der Zählung von 1960 rd. 5 % mehr Beschäftigte in der Landwirtschaft registriert.

VI. Zusammenfassung

Mit der vorliegenden Datensammlung für das Umland Hamburgs und die größeren Gemeinden im Umkreis bis 40 km erhält der Benutzer die Möglichkeit, eigene, von administrativen Grenzen unabhängige Raumanalysen durchzuführen. Für die Nachbarkreise werden einige wichtige Ergebnisse aus dem Zensus von 1961 sowie solche der Sozialproduktberechnung 1957 und 1961 zur Verfügung gestellt. Außerdem sind Gemeindesteuer-einnahmen, Realsteuerhebesätze und Realsteueraufbringungskraft im Jahre 1961 für die Nachbarkreise Hamburgs angegeben.

Die schematische Begrenzung der vorliegenden Umlandbetrachtung auf den 40-km-Umkreis von Hamburg wurde vorgenommen, weil sie der Reichweite der Nahverkehrsverbindungen weitgehend entspricht: im Gebiet nördlich der Elbe liegen zudem die Endpunkte der von der Gemeinsamen Landesplanung konzipierten Aufbauachsen im wesentlichen im Entfernungsbereich 30 bis 40 km von Hamburg. Da sich die Raumdaten in den verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Bereichen zeitlich nicht gleichmäßig verändern und die Verflechtung zwischen Hamburg und den Umlandgemeinden je nach Art des untersuchten Merkmales zu unterschiedlichen Abgrenzungen führen kann, wurde die verhältnismäßig weiträumige Entfernungzone bis 40 km einem unter bestimmten Vorstellungen gebildeten, linienförmig begrenzten „Wirtschaftsraum“ vorgezogen. Die vorliegende Untersuchung enthält aber außerdem Raumdaten für die Stadtregion Hamburg, den Wirtschaftsraum und die ökonomische Strukturzone (bzw. Ballungszone) Hamburg.

Die Einbeziehung der zahlreichen kleinen ländlichen Gemeinden im Umkreis von 30 bis 40 km hat sich als sinnvoll erwiesen, weil sich strukturelle Veränderungen dieser Gemeinden auf das nähere und weitere Umland auswirken, auch wenn keine unmittelbaren funktionalen Beziehungen zwischen ihnen bestehen. Die Beobachtung der Veränderungen des Siedlungsgefüges innerhalb eines größeren Umlandgebietes ist daher von besonderem Interesse.

Die Umstrukturierung der Wirtschaft und die Veränderungen auf dem landwirtschaftlichen Sektor sind, wie aus den statistischen Veränderungsdaten zwischen 1961 und 1964 ersichtlich, im Fluß und das starke Wachstum der größeren, an den Ausfallstraßen Hamburgs gelegenen Gemeinden zeigt die Abhängigkeit der Mobilität von den Verkehrswegen.

Folgende Daten veranschaulichen die tiefgreifenden demographischen und wirtschaftlichen Veränderungen, die in den letzten 25 Jahren eingetreten sind:

Ende 1964 lebten im Raum Hamburg im Umkreis von 40 km 2,58 Mio Einwohner, das waren über $\frac{1}{2}$ Mio mehr Menschen als in der Vorkriegszeit. Während Hamburg mit 1,86 Mio seine Einwohnerzahl gegenüber 1939 um rd. 9 % erhöhte, wurden im Umland Ende 1964 rd. 722 000 Bewohner festgestellt, das war mehr als die doppelte Anzahl der Vorkriegszeit.

In den letzten $3\frac{1}{2}$ Jahren – seit der Volkszählung 1961 – wurden im Raum Hamburg eine Zunahme um 84 000 Einwohner und eine Erhöhung des Wohnungsbestandes um 105 000 Einheiten registriert; davon entfielen auf das Umland 59 000 Einwohner bzw. 35 600 Wohnungen.

Die Zahl der Gemeinden des Hamburger Umlandes mit 10 000 und mehr Einwohnern hat sich von 3 im Jahre 1939 bis 1961 auf 12 erhöht und betrug Ende 1964 sogar 16. Lebten in der Vorkriegszeit rd. 16 % der Umlandbevölkerung in Gemeinden über 10 000 Einwohner, traf dies 1964 auf 43 % der Bewohner zu.

Die Volkszählung von 1950 hatte für das Umland wegen der Aufnahme von Vertriebenen, Flüchtlingen und wohnungslos gewordenen Hamburgern eine um 322 500 höhere Einwohnerzahl als in der Vorkriegszeit ergeben, während Hamburg durch die Kriegsfolgen in diesem Zeitabschnitt einen Bevölkerungsverlust von 106 300 Personen aufwies.

Zwischen 1950 und 1961 dagegen verzeichnete das Umland eine Abnahme um rd. 15 000 Personen, während Hamburgs Bevölkerung dank der wirtschaftlichen Anziehungskraft und Wiederaufbautätigkeit, durch den Zuzug von Flüchtlingen, Heimatvertriebenen und zurückgekehrten Evakuierten sehr stark – um fast 227 000 oder 14 % – zunahm und den Vorkriegsstand nunmehr um 7 % überschritt.

In der letzten Phase, zwischen 1961 und 1964, hat das Umland um rd. 59 000 Personen oder 9 % zugenommen, während Hamburgs Bevölkerungszahl — hauptsächlich durch das Versiegen des Flüchtlingsstroms und Fortzüge in das Umland — nur um 25 100 Personen anstieg.

Die Bevölkerungskonzentration und die Ausweitung des Arbeitskräftepotentials vollzogen sich bevorzugt nördlich der Elbe. 41 % der gesamten Umlandbevölkerung wohnen im Sektor Nordwest, d. h. im wesentlichen in den an Hamburgs Peripherie liegenden Gemeinden der Kreise Pinneberg und Segeberg. Dieser Sektor erhält weitgehend das Gepräge durch die beiden Aufbauachsen Hamburg-Elmshorn und Hamburg-Kaltenkirchen; in ihm befinden sich auch 8 der insgesamt 16 Gemeinden über 10 000 Einwohner, deren Entwicklung besonders dynamisch verlaufen ist.

Der Sektor Nordost, d. h. die Umlandgemeinden in den Kreisen Stormarn und Hzt. Lauenburg, weist 27 % aller Einwohner auf; dort liegen die Aufbauachsen in Richtung Bad Oldesloe, Schwarzenbek und Geesthacht.

Knapp ein Drittel der Umlandbevölkerung wohnt südlich der Elbe, zu gleichen Teilen beiderseits der B 75-Autobahn nach Bremen. Im Sektor Süd wird die Entwicklung weitgehend von den Trabantenstädten Buchholz und Winsen beeinflusst, im Westen von Stade und der Trabantenstadt Buxtehude.

Nach dem Stand von 1961 gab es im Hamburger Raum im Umkreis von 40 km rd. 130 000 nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten mit 1,177 Mio Beschäftigten, von denen 102 500 Betriebe und 1,005 Mio Beschäftigte auf Hamburg entfielen. Die Zunahme der Beschäftigten gegenüber 1950 betrug im Umland rd. 51 %, in Hamburg 55 %, wobei bemerkenswert ist, daß im Stadtgebiet südlich der Elbe das Produzierende Gewerbe, dort also vorwiegend die hafenerbundene Industrie, überdurchschnittlich zugenommen hat. Hohe Wachstumsraten im Produzierenden Gewerbe hatten vor allem die im Entfernungsbereich bis 20 km gelegenen Umlandgebiete nördlich der Elbe. Nach den Ergebnissen der Arbeitsstättenzählung 1961 waren in Hamburg von 100 Beschäftigten 40 im Produzierenden Gewerbe, 20 im Handel und 29 im Bereich Verkehr und Dienstleistungen tätig. Im Umland betrug der Anteil der im Produzierenden Gewerbe Beschäftigten 51 %, im Handel sowie im Bereich Verkehr und Dienstleistungen jeweils 19 %.

Die ökonomische Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft kann im Rahmen dieser Darstellung nicht untersucht werden, obwohl ihr mit der Erhaltung der Landschaft eine Aufgabe zufällt, die für die Gestaltung und Ordnung der Naherholungsgebiete Beachtung verdient. Die hier veröffentlichten Ergebnisse der Landwirtschaftszählungen 1949 und 1960 vermitteln jedoch Größenordnungen über die Zahl der Betriebe und Beschäftigten sowie über die landwirtschaftlichen Nutzflächen. Im Jahre 1960 gab es im Umland 21 280 land- und forstwirtschaftliche Betriebe, in Hamburg 3 900; die Abnahme gegenüber 1949 betrug 10 % im Umland und fast 19 % in Hamburg. In den landwirtschaftlichen Betrieben des Umlandes wurden 1960 noch 55 150 ständig beschäftigte Arbeitskräfte ermittelt gegenüber 86 360 im Jahre 1949. Der Rückgang betrug somit rd. 36 %, in Hamburg bei einem Beschäftigtenstand von 10 270 im Jahre 1960 rd. 41 %. Von den vier Sektoren hatte der nordwestliche die meisten ständig Beschäftigten (17 370), was vorwiegend auf den dortigen Obstbau, die Baumschulen usw. zurückzuführen ist; im Sektor Nordost wurden die niedrigste Zahl von Arbeitskräften (11 120) und mit 39 % der höchste Rückgang an Beschäftigten festgestellt.

Für die von der überregionalen Raumplanung konzipierten Aufbaugebiete liefert die vorliegende Auswertung erstmals empirisches Material, mit dessen Hilfe die Bedeutung der Aufbauachsen innerhalb des Umlandes und ihre Entwicklung beurteilt werden können. An den Hauptverkehrslinien orientiert, zeichnen sie sich sehr deutlich als Verdichtungsräume innerhalb des nördlichen Umlandes ab.

Im Gebiet der größten Aufbauachse Hamburg-Elmshorn wohnten Ende 1964 in zehn Gemeinden — darunter Pinneberg, Schenefeld und Uetersen — rd. 124 000 Menschen. Gegenüber der Vorkriegszeit hat sich die Einwohnerzahl mehr als verdoppelt.

Die Aufbauachsen in Richtung Kaltenkirchen und Bad Oldesloe zählen erheblich weniger Einwohner (63 000 bzw. 60 000); beachtenswert ist, daß an der Achse Hamburg-Kaltenkirchen infolge der dynamischen Entwicklung von Harksheide, Garstedt, Quickborn und Friedrichsgabe die Einwohnerzahlen 1964 gegenüber 1939 um dreieinhalbmal höher lagen.

Das Gebiet der Aufbauachse Richtung Schwarzenbek — zu dem u. a. Reinbek, Glinde und Wentorf gehören — umfaßte 46 600 Einwohner, der Aufbauort selbst konnte seine Einwohnerzahl von 2300 vor dem Kriege auf 8300 im Jahre 1964 erhöhen; zwei Drittel der dort Beschäftigten sind im Produzierenden Gewerbe tätig.

Die Achse Richtung Geesthacht hatte 26 000 Einwohner, davon die Stadt allein 22 000, die drei Restgemeinden 4000.

Die Bedeutung der fünf Aufbauachsen innerhalb des nördlich der Elbe gelegenen, im Umkreis bis 40 km untersuchten Umlandes wird daraus ersichtlich, daß Ende 1964 ihr Anteil — Wedel eingerechnet — an der Bevölkerung 71 %, am Wohnungsbestand 73 % betrug. Von 100 Beschäftigten der Arbeitsstättenzählung 1961 im Umland waren 81 im Gebiet der Aufbauachsen tätig, und von 100 Einpendlern aus dem nördlichen Umland nach Hamburg stammten ebenfalls 81 aus den Achsengebieten.

Vergleicht man die Bevölkerungsentwicklung und die Veränderungen des Wohnungsbestandes sowie der Beschäftigten in den Aufbauachsen einerseits und dem übrigen Gebiet des nördlichen Umlandes andererseits,

zeigt sich folgendes Ergebnis: In den Aufbauachsen lag die Bevölkerungszahl 1964, gemessen am Vorkriegsbestand, zweieinhalbmal höher, im Durchschnitt der übrigen Gemeinden dagegen nur um das 1,7fache, wobei die Entwicklung dort zwischen 1950 und 1961 rückläufige Tendenz aufwies. Der Wohnungsbestand auf Basis 1950 = 100 betrug im Bereich der Aufbauachsen 221, im Restgebiet dagegen nur 158. Die Zunahme der Beschäftigten auf Grund der Arbeitsstättenzählungen 1950 und 1961 ergab für die Aufbauachsen eine Steigerung um 70 %, in den Restgemeinden um 27 %.

Abschließend sei noch die Entwicklung der Achsenendpunkte mit derjenigen der übrigen zum Gebiet der Aufbauachsen zählenden Gemeinden verglichen; die Einzeldaten für die Aufbauorte sind im Abschnitt IV enthalten.

Mit Ausnahme von Geesthacht — wegen seiner innerhalb der Achse beherrschenden Stellung — und der erwähnten Sonderentwicklung der stark gewerblich strukturierten Gemeinde Schwarzenbek verzeichnen die anderen Achsenendpunkte, also Elmshorn, Kaltenkirchen und Bad Oldesloe, im Vergleich zum Durchschnitt für die übrigen Achsengemeinden ein relativ schwächeres Wachstum. Die Wohnbevölkerung der fünf Achsenendpunkte zusammen hat 1964 im Vergleich zur Vorkriegszeit um 106 % zugenommen, diejenige der übrigen Achsengemeinden um 162 %. Der Wohnungsbestand für den Durchschnitt sämtlicher Aufbauorte (ohne Wedel) war 1964 gegenüber 1950 um 86 % höher, in den Restgemeinden um 128 %, und zwischen den Arbeitsstättenzählungen 1950 und 1961 ist die Zahl der Beschäftigten an den Achsenendpunkten durchschnittlich um 58 % gestiegen, in den sonstigen zu den Achsengebieten zählenden Gemeinden um 77 %.

Diese Ergebnisse bestätigen damit die hier wiederholt getroffene Feststellung, daß die im näheren Entfernungsbereich von Hamburg an den Hauptverkehrslinien liegenden Städte eine besonders ausgeprägte Tendenz zur Verdichtung zeigen.

Tabellenteil

I N H A L T

Tabelle		Seite
1	Gemeinden mit 1000 und mehr Einwohnern im Hamburger Umland (Stand 6. 6. 1961), Zahl der Einwohner 1961 und 1964 sowie der Wohnungsbestand 1964 nach Sektoren und Entfernungszonen	26
2a	Zahl der Gemeinden des Hamburger Umlandes im Umkreis von 40 km 1939, 1950 und 1961 nach Sektoren, Größenklassen und Entfernungszonen	27
2b	Einwohner der Gemeinden des Hamburger Umlandes im Umkreis von 40 km 1939, 1950 und 1961 nach Sektoren, Größenklassen und Entfernungszonen	28
3	Statistische Merkmale für Hamburg und das Umland im Umkreis von 40 km nach Sektoren, Entfernungszonen, wirtschaftsräumlichen Gliederungen und Aufbauachsen .	
	Teil 1 Gemeinden, Flächen, Wohnbevölkerung, Privathaushalte und Erwerbspersonen nach den letzten Volks- und Berufszählungen	30
	„ 2 Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten und Beschäftigte nach den Arbeitsstättenzählungen am 13. 9. 1950 und 6. 6. 1961	32
	„ 3 Pendelwanderung über die Grenzen Hamburgs und der Gemeinden nach den Volks- und Berufszählungen am 13. 9. 1950 und 6. 6. 1961	34
	„ 4 Land- und forstwirtschaftliche Betriebe, landwirtschaftliche Nutzflächen und ständig beschäftigte Arbeitskräfte nach den Landwirtschaftszählungen am 22. 5. 1949 und 30. 5. 1960	35
	„ 5 Wohngebäude und Wohnungen nach den Zählungen am 13. 9. 1950 und 6. 6. 1961	36
4	Statistische Merkmale für Sektoren, Entfernungszonen und größere Gemeinden . .	
	Teil 1 Sektor Nordwest	37
	„ 2 Sektor Nordost	38
	„ 3 Sektor Süd	39
	„ 4 Sektor West	40
5	Statistische Merkmale für die Gemeinden über 2000 Einwohner im Hamburger Umland bis 40 km	41
	Teil 1 Wohnbevölkerung, Privathaushalte, Erwerbspersonen, Pendler, Wohngebäude und Wohnungen sowie land- und forstwirtschaftliche Betriebe und Arbeitskräfte . .	42
	„ 2 Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten und Beschäftigte nach den Arbeitsstättenzählungen am 13. 9. 1950 und 6. 6. 1961	44
6	Statistische Merkmale für die Nachbarkreise Hamburgs	
	Teil 1 Wohnbevölkerung, Privathaushalte, Erwerbspersonen, Wohngebäude und Wohnungen sowie land- und forstwirtschaftliche Betriebe und ständig beschäftigte Arbeitskräfte der landwirtschaftlichen Betriebe	50
	„ 2 Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten und Beschäftigte am 13. 9. 1950 und 6. 6. 1961	51
	„ 3 Gemeindesteuereinnahmen, Realsteuerhebesätze und Realsteueraufbringungskraft im Jahre 1961	51
	„ 4 Bruttoinlandsprodukt nach zusammengefaßten Wirtschaftsbereichen sowie Wohn- und Wirtschaftsbevölkerung 1957 und 1961	52
	„ 5 Anteile der zusammengefaßten Wirtschaftsbereiche am Bruttoinlandsprodukt sowie Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wohn- und Wirtschaftsbevölkerung 1957 und 1961	52
	„ 6 Beschäftigte und Bruttoinlandsprodukt je Beschäftigten 1961	52

Alphabetisches Verzeichnis der in Tabelle 1 aufgeführten
Gemeinden von 1000 und mehr Einwohnern mit Angaben des Sektors
und der Entfernungszone

Gemeinden	Sektoren	Entfernungs- zonen in km	Gemeinden	Sektoren	Entfernungs- zonen in km
Ahrensburg, Stadt *)	NO	20 — 30	Jesteburg *)	S	20 — 30
Alveslohe	NW	20 — 30	Jork *)	W	20 — 30
Apensen	W	20 — 30	Kaltenkirchen *)	NW	30 — 40
Appen *)	NW	20 — 30	Kisdorf	NW	20 — 30
Artlenburg	S	30 — 40	Klecken	S	20 — 30
Ashausen	S	20 — 30	Klein Kollmar	NW	30 — 40
Assel *)	W	30 — 40	Klein Nordende	NW	20 — 30
Aumühle *)	NO	20 — 30	Klein Offenseth	NW	30 — 40
Bad Oldesloe, Stadt *)	NO	30 — 40	Kölln-Reisiek	NW	30 — 40
Bardowick, Flecken *)	S	30 — 40	Königreich	W	bis 20
Bargfeld-Stegen	NO	20 — 30	Kummerfeld	NW	20 — 30
Bargteheide *)	NO	20 — 30	Leezen	NW	30 — 40
Barmstedt, Stadt *)	NW	30 — 40	Lütjensee *)	NO	20 — 30
Barsbüttel *)	NO	bis 20	Maschen *)	S	bis 20
Bendestorf	S	20 — 30	Meckelfeld *)	S	bis 20
Bönningstedt	NW	bis 20	Mittelnkirchen	W	20 — 30
Börnsen *)	NO	20 — 30	Moorrege *)	NW	20 — 30
Borstel *)	W	bis 20	Neuendorf b. Elmshorn	NW	30 — 40
Borstel-Hohenraden	NW	bis 20	Neukloster	W	20 — 30
Brackel	S	20 — 30	Oststeinbek *)	NO	bis 20
Brietlingen	S	30 — 40	Pattensen	S	20 — 30
Buchholz i. d. N., Stadt *)	S	20 — 30	Pinneberg, Stadt *)	NW	bis 20
Bünningstedt *)	NO	20 — 30	Prisdorf	NW	20 — 30
Bützfleth *)	W	30 — 40	Quickborn *)	NW	20 — 30
Buxtehude, Stadt *)	W	20 — 30	Reinbek, Stadt *)	NO	bis 20
Dassendorf	NO	20 — 30	Rellingen *)	NW	bis 20
Egenbüttel	NW	bis 20	Salzhausen *)	S	30 — 40
Ellerau	NW	20 — 30	Schenefeld *)	NW	bis 20
Ellerbek *)	NW	bis 20	Schönningstedt *)	NO	bis 20
Elmshorn, Stadt *)	NW	30 — 40	Schwarzenbek, Stadt *)	NO	30 — 40
Emmelndorf	S	bis 20	Seppensen	S	20 — 30
Escheburg	NO	20 — 30	Seth	NW	30 — 40
Fleestedt *)	S	bis 20	Sprötze	S	20 — 30
Friedrichsgabe *)	NW	bis 20	Stade, Stadt *)	W	30 — 40
Garstedt *)	NW	bis 20	Steinbek	S	20 — 30
Geesthacht, Stadt *)	NO	20 — 30	Steinkirchen	W	20 — 30
Glashütte *)	NW	bis 20	Stelle *)	S	bis 20
Glinde *)	NO	bis 20	Stemwarde	NO	bis 20
Großensee	NO	20 — 30	Sülfeld *)	NO	30 — 40
Großhansdorf *)	NO	20 — 30	Tangstedt	NW	20 — 30
Grünendeich	W	20 — 30	Todtglüsing	S	30 — 40
Gülsow	NO	30 — 40	Tornesch *)	NW	20 — 30
Halstenbek *)	NW	bis 20	Tostedt *)	S	30 — 40
Hanstedt	S	30 — 40	Trittau *)	NO	20 — 30
Harksheide *)	NW	bis 20	Twielenfleth	W	20 — 30
Harsefeld, Flecken *)	W	30 — 40	Uetersen, Stadt *)	NW	20 — 30
Hartenholm	NW	30 — 40	Ulzburg *)	NW	20 — 30
Haseldorf	NW	20 — 30	Wedel, Stadt *)	NW	bis 20
Hasloh	NW	bis 20	Wentorf b. Hamburg *)	NO	bis 20
Heidenau	S	30 — 40	Willinghusen	NO	bis 20
Heidgraben	NW	20 — 30	Wilstedt	NW	20 — 30
Heist	NW	20 — 30	Winsen (Luhe), Stadt *)	S	20 — 30
Henstedt *)	NW	20 — 30	Wohltorf *)	NO	bis 20
Hittfeld *)	S	bis 20	Wulmstorf *)	W	bis 20
Holsbüttel	NO	bis 20			
Hoisdorf *)	NO	20 — 30			
Hollenstedt	W	20 — 30			
Hollern	W	30 — 40			
Holm	NW	20 — 30			
Horneburg, Flecken *)	W	20 — 30			
Horst (Holstein) *)	NW	30 — 40			

*) Gemeinden mit 2000 und mehr Einwohnern, s. auch Tab. 5.

Tabelle 1

Gemeinden mit 1000 und mehr Einwohnern im Hamburger Umland (Stand 6.6.1961),
Zahl der Einwohner 1961 und 1964 sowie der Wohnungsbestand 1964
nach Sektoren und Entfernungszonen

Gemeinden	Einwohner		Wohnungen 31.12.1964	Gemeinden	Einwohner		Wohnungen 31.12.1964
	6.6.1961	31.12.1964			6.6.1961	31.12.1964	
	1	2	3		1	2	3
<u>Sektor Nordwest</u>				noch:			
in Entfernungszonen:				<u>Sektor Nordost</u>			
<u>bis unter 20 km.</u>				noch: <u>20 bis 30 km</u>			
Pinneberg, Stadt	28 397	31 846	9 963	Dassendorf	1 723	1 750	519
Wedel, Stadt	24 951	28 517	9 409	Bargfeld-Stegen	1 114	1 205	352
Garstedt	12 875	16 793	5 399	Großensee	1 017	1 073	334
Harksheide	10 544	14 145	4 270	Escheburg	1 009	1 139	367
Schenefeld	8 834	12 022	3 694	<u>30 bis 40 km</u>			
Halstenbek	7 337	7 869	2 455	Bad Oldesloe, Stadt	15 988	16 752	5 489
Rellingen	6 837	7 702	2 246	Schwarzenbek, Stadt	7 803	8 313	2 822
Friedrichsgabe	4 602	5 193	1 584	Sülzfeld	2 404	2 460	679
Glashütte	3 055	3 621	1 090	Gülzow	1 034	991	342
Ellerbek	2 087	2 413	653	<u>Sektor Süd</u>			
Bönningstedt	1 933	2 134	626	in Entfernungszonen:			
Hasloh	1 798	1 857	512	<u>bis unter 20 km</u>			
Egenbüttel	1 577	1 905	606	Meckelfeld	3 455	4 321	1 289
Borstel-Hohenraden	1 229	1 290	356	Stelle	3 232	3 475	960
<u>20 bis 30 km</u>				Maschen	2 733	3 410	958
Uetersen, Stadt	16 032	16 323	5 355	Hittfeld	2 451	2 603	706
Quickborn	9 437	11 526	3 301	Fleestedt	2 097	2 639	742
Tornesch	6 686	7 312	2 346	Emmelndorf	1 143	1 084	320
Appen	4 436	5 099	695	<u>20 bis 30 km</u>			
Moorrege	3 220	3 395	1 020	Winsen (Luhe), Stadt	9 703	11 006	3 477
Henstedt	2 825	3 302	980	Buchholz i.d.N.	8 574	10 629	3 274
Ulzburg	2 729	3 444	913	Jesteburg	2 789	3 127	879
Klein Nordende	1 908	1 961	582	Sprötze	1 305	1 405	359
Alveslohe	1 670	1 644	496	Ashausen	1 292	1 456	373
Kisdorf	1 560	1 632	483	Seppensen	1 250	1 407	439
Prisdorf	1 489	1 482	357	Pattensen	1 143	1 184	300
Holm	1 465	1 530	433	Steinbeck	1 032	1 134	301
Ellerau	1 409	1 466	462	Brackel	1 023	1 082	266
Haseldorf	1 389	1 367	406	Bendestorf	1 021	1 298	383
Heist	1 234	1 311	386	Klecken	1 009	1 279	391
Heidgraben	1 202	1 259	369	<u>30 bis 40 km</u>			
Tangstedt	1 042	1 168	317	Tostedt	4 080	4 561	1 314
Wilstedt	1 033	1 110	295	Bardowick, Flecken	3 543	3 673	1 101
Kummerfeld	1 001	1 017	265	Hanstedt	1 570	1 734	524
<u>30 bis 40 km</u>				Heidenau	1 565	1 455	303
Elmshorn, Stadt	34 962	36 272	13 072	Salzhausen	1 543	1 605	462
Barmstedt, Stadt	7 921	8 111	2 613	Todtglüsingien	1 447	1 624	386
Kaltenkirchen	5 069	5 257	1 707	Artlenburg	1 112	1 070	323
Horst (Holstein)	3 946	3 982	1 276	Brietlingen	1 073	1 158	274
Klein Offenseth	1 560	1 615	463	<u>Sektor West</u>			
Kölln-Reisiek	1 262	1 210	366	in Entfernungszonen:			
Neuendorf b/Elmshorn	1 148	1 037	299	<u>bis unter 20 km</u>			
Leezen	1 135	1 115	354	Wulmstorf	4 255	6 009	1 537
Hartenholm	1 083	1 135	317	Borstel	2 324	2 048	558
Seth	1 054	1 184	336	Königreich	1 224	1 165	302
Klein Kollmar	1 053	1 065	320	<u>20 bis 30 km</u>			
<u>Sektor Nordost</u>				Buxtehude, Stadt	15 735	18 321	5 298
in Entfernungszonen:				Horneburg, Flecken	3 347	3 338	1 057
<u>bis unter 20 km</u>				Jork	2 126	1 890	569
Reinbek, Stadt	10 866	11 905	3 812	Grünendeich	1 672	1 559	418
Glinde	6 738	7 546	1 940	Twiefelfleth	1 562	1 475	447
Wentorf b/Hamburg	5 244	7 727	1 846	Apensen	1 484	1 487	364
Schönningstedt	4 128	4 777	1 242	Hollenstedt	1 439	1 511	378
Barsbüttel	3 043	3 324	927	Steinkirchen	1 401	1 293	368
Oststeinbek	2 802	2 932	878	Neukloster	1 062	967	278
Wohltorf	2 271	2 474	830	Mittelnkirchen	1 033	936	245
Hoibbüttel	1 617	1 635	492	<u>30 bis 40 km</u>			
Stenwarde	1 004	1 072	257	Stade, Stadt	30 530	31 366	10 038
Willinghusen	1 004	1 068	313	Harsefeld, Flecken	3 931	4 280	1 200
<u>20 bis 30 km</u>				Assel	3 559	3 455	1 078
Ahrensburg, Stadt	21 178	22 938	7 339	Bützfleth	3 396	3 426	991
Geesthacht, Stadt	20 809	21 949	6 929	Hollern	1 155	1 102	292
Großhansdorf	6 015	6 714	2 095				
Bargteheide	5 730	6 568	2 161				
Trittau	4 313	4 676	1 457				
Amühle	3 506	3 493	1 188				
Hoisdorf	2 359	2 444	662				
Börnsen	2 236	2 385	818				
Bünningstedt	2 206	2 501	783				
Lütjensee	2 050	2 234	668				

Tabelle 2a

Zahl der Gemeinden des Hamburger Umlandes im Umkreis von 40 km
1939, 1950 und 1961 nach Sektoren, Größenklassen und Entfernungszonen

Gebiete	Gemeindegrößenklassen	Zahl der Gemeinden			davon in den Entfernungszonen								
					bis 20 km			20 bis 30 km			30 bis 40 km		
		17.5. 1939	13.9. 1950	6.6. 1961	17.5. 1939	13.9. 1950	6.6. 1961	17.5. 1939	13.9. 1950	6.6. 1961	17.5. 1939	13.9. 1950	6.6. 1961
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
Sektor Nordwest	unter 250 Einwohner	7	1	6	-	-	-	1	-	1	6	1	5
	250 bis " 500 " "	16	5	16	-	-	-	7	1	6	9	4	10
	500 " " 750 " "	26	8	8	3	-	-	12	5	3	11	3	5
	750 " " 1 000 " "	12	10	15	3	-	1	3	3	5	6	7	9
	1 000 " " 2 000 " "	9	38	23	2	6	4	7	15	12	-	17	7
	2 000 " " 5 000 " "	11	10	8	5	2	3	3	7	4	3	1	1
	5 000 " " 10 000 " "	2	9	7	1	5	3	1	2	2	-	2	2
	10 000 und mehr " "	2	4	6	1	2	4	-	1	1	1	1	1
Z u s a m m e n	85	85	89	15	15	15	34	34	34	36	36	40	
Sektor Nordost	unter 250 Einwohner	45	8	31	3	-	1	8	1	6	34	7	24
	250 bis " 500 " "	45	33	39	6	2	4	13	7	8	26	24	27
	500 " " 750 " "	13	27	20	1	3	1	6	6	6	6	18	13
	750 " " 1 000 " "	5	19	10	2	2	1	2	6	4	1	11	5
	1 000 " " 2 000 " "	7	17	8	2	3	3	4	7	4	1	7	1
	2 000 " " 5 000 " "	5	11	11	2	4	4	2	6	6	1	1	1
	5 000 " " 10 000 " "	4	6	5	1	3	2	2	2	2	1	1	1
	10 000 und mehr " "	-	3	4	-	-	1	-	2	2	-	1	1
Z u s a m m e n	124	124	128	17	17	17	37	37	38	70	70	73	
Sektor Süd	unter 250 Einwohner	38	13	23	6	2	4	15	5	8	17	6	11
	250 bis " 500 " "	39	32	33	6	6	4	18	12	12	15	14	17
	500 " " 750 " "	22	18	18	2	2	4	13	8	9	7	8	5
	750 " " 1 000 " "	8	20	20	1	4	1	1	9	10	6	7	9
	1 000 " " 2 000 " "	7	26	15	4	1	1	1	13	8	2	12	6
	2 000 " " 5 000 " "	3	7	8	-	4	5	1	1	1	2	2	2
	5 000 " " 10 000 " "	1	2	2	-	-	-	1	2	2	-	-	-
	10 000 und mehr " "	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Z u s a m m e n	118	118	119	19	19	19	50	50	50	49	49	50	
Sektor West	unter 250 Einwohner	20	4	7	6	-	2	8	2	4	6	2	1
	250 bis " 500 " "	29	21	23	6	7	4	7	7	6	16	7	13
	500 " " 750 " "	12	18	19	3	4	5	7	4	6	2	10	8
	750 " " 1 000 " "	4	9	10	-	2	3	3	4	5	1	3	2
	1 000 " " 2 000 " "	6	15	9	2	3	1	4	9	7	-	3	1
	2 000 " " 5 000 " "	4	8	7	-	1	2	1	4	2	3	3	3
	5 000 " " 10 000 " "	1	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-
	10 000 und mehr " "	1	2	2	-	-	-	-	1	1	1	1	1
Z u s a m m e n	77	77	77	17	17	17	31	31	31	29	29	29	
Umland Hamburgs	unter 250 Einwohner	110	26	67	15	2	7	32	8	19	63	16	41
	250 bis " 500 " "	129	91	111	18	15	12	45	27	32	66	49	67
	500 " " 750 " "	73	71	65	9	9	10	38	23	24	26	39	31
	750 " " 1 000 " "	29	58	55	6	8	6	9	22	24	14	28	25
	1 000 " " 2 000 " "	29	96	55	10	13	9	16	44	31	3	39	15
	2 000 " " 5 000 " "	23	36	34	7	11	14	7	18	13	9	7	7
	5 000 " " 10 000 " "	8	17	14	2	8	5	5	6	6	1	3	3
	10 000 und mehr " "	3	9	12	1	2	5	-	4	4	2	3	3
Z u s a m m e n	404	404	413	68	68	68	152	152	153	184	184	192	

Tabelle 2b

Einwohner der Gemeinden des Hamburger Umlandes im Umkreis von 40 km

Gebiete	Gemeindegrößenklassen	Zahl der Einwohner			Zu- (+) oder Abnahme (-)		
		17.5.1939	13.9.1950	6.6.1961	1950 gegenüber 1939	1961 gegenüber	
					1939	1950	
						in %	
1	2	3	4	5	6		
Sektor Nordwest	unter 250 Einwohner	1 221	185	1 041	- 84,8	- 14,7	+ 462,7
	250 bis " 500 " "	5 907	1 976	6 382	- 66,5	+ 8,0	+ 223,0
	500 " " 750 " "	16 174	4 970	4 941	- 69,3	- 69,5	- 0,6
	750 " " 1 000 " "	10 117	8 593	13 428	- 15,1	+ 32,7	+ 56,3
	1 000 " " 2 000 " "	11 398	54 427	31 234	+ 377,5	+ 174,0	- 42,6
	2 000 " " 5 000 " "	36 824	27 547	26 900	- 25,2	- 26,9	- 2,3
	5 000 " " 10 000 " "	16 080	62 821	52 121	+ 290,7	+ 224,1	- 17,0
	10 000 und mehr " "	36 096	94 462	127 761	+ 161,7	+ 253,9	+ 35,3
	Z u s a m m e n	133 817	254 981	263 808	+ 90,5	+ 97,1	+ 3,5
	Sektor Nordost	unter 250 Einwohner	7 371	1 454	5 273	- 80,3	- 28,5
250 bis " 500 " "		16 039	12 470	14 179	- 22,3	- 11,6	+ 13,7
500 " " 750 " "		7 954	16 319	12 290	+ 105,2	+ 54,5	- 24,7
750 " " 1 000 " "		4 405	16 624	8 827	+ 277,4	+ 100,4	- 46,9
1 000 " " 2 000 " "		9 735	21 813	9 522	+ 124,1	- 2,2	- 56,3
2 000 " " 5 000 " "		13 674	31 279	31 318	+ 128,7	+ 129,0	+ 0,1
5 000 " " 10 000 " "		29 756	38 809	31 530	+ 30,4	+ 6,0	- 18,8
10 000 und mehr " "		-	53 342	68 781	.	.	+ 28,9
Z u s a m m e n		88 934	192 110	181 720	+ 116,0	+ 104,3	- 5,4
Sektor Süd		unter 250 Einwohner	6 334	2 153	3 755	- 66,0	- 40,7
	250 bis " 500 " "	13 961	12 115	12 241	- 13,2	- 12,3	+ 1,0
	500 " " 750 " "	13 350	10 846	11 419	- 18,8	- 14,5	+ 5,3
	750 " " 1 000 " "	6 579	17 885	17 271	+ 171,8	+ 162,5	- 3,4
	1 000 " " 2 000 " "	8 853	32 953	18 534	+ 272,2	+ 109,4	- 43,8
	2 000 " " 5 000 " "	7 832	20 470	24 380	+ 161,4	+ 211,3	+ 19,1
	5 000 " " 10 000 " "	5 446	15 609	18 277	+ 186,6	+ 235,6	+ 17,1
	10 000 und mehr " "	-	-	-	-	-	-
	Z u s a m m e n	62 355	112 031	105 877	+ 79,7	+ 69,8	- 5,5
	Sektor West	unter 250 Einwohner	3 695	768	1 437	- 79,2	- 61,1
250 bis " 500 " "		10 474	8 110	8 343	- 22,6	- 20,3	+ 2,9
500 " " 750 " "		7 488	11 064	11 873	+ 47,8	+ 58,6	+ 7,3
750 " " 1 000 " "		3 484	7 643	8 626	+ 119,4	+ 147,6	+ 12,9
1 000 " " 2 000 " "		8 110	20 633	12 032	+ 154,4	+ 48,4	- 41,7
2 000 " " 5 000 " "		9 971	26 774	22 938	+ 168,5	+ 130,0	- 14,3
5 000 " " 10 000 " "		7 410	-	-	.	.	.
10 000 und mehr " "		19 570	43 686	46 265	+ 123,2	+ 136,4	+ 5,9
Z u s a m m e n		70 202	118 678	111 514	+ 69,1	+ 58,8	- 6,0
Umland Hamburgs		unter 250 Einwohner	18 621	4 560	11 506	- 75,5	- 38,2
	250 bis " 500 " "	46 381	34 671	41 145	- 25,2	- 11,3	+ 18,7
	500 " " 750 " "	44 966	43 199	40 523	- 3,9	- 9,9	- 6,2
	750 " " 1 000 " "	24 585	50 745	48 152	+ 106,4	+ 95,9	- 5,1
	1 000 " " 2 000 " "	38 096	129 826	71 322	+ 240,8	+ 87,2	- 45,1
	2 000 " " 5 000 " "	68 301	106 070	105 536	+ 55,3	+ 54,5	- 0,5
	5 000 " " 10 000 " "	58 692	117 239	101 928	+ 99,8	+ 73,7	- 13,1
	10 000 und mehr " "	55 666	191 490	242 807	+ 244,0	+ 336,2	+ 26,8
	Z u s a m m e n	355 308	677 800	662 919	+ 90,8	+ 86,6	- 2,2

1939, 1950, 1961 nach Sektoren, Größenklassen und Entfernungszonen

davon in den Entfernungszonen									Gemeindegrößenklassen	Gebiete
bis 20 km			20 bis 30 km			30 bis 40 km				
17.5. 1939	13.9. 1950	6.6. 1961	17.5. 1939	13.9. 1950	6.6. 1961	17.5. 1939	13.9. 1950	6.6. 1961		
7	8	9	10	11	12	13	14	15		
-	-	-	175	-	226	1 046	185	815	unter 250 Einwohner	Sektor Nordwest
-	-	-	2 293	368	2 579	3 614	1 608	3 803	250 bis " 500 " "	
1 963	-	-	7 315	3 155	1 784	6 896	1 815	3 157	500 " " 750 " "	
2 611	-	853	2 396	2 596	4 576	5 110	5 997	7 999	750 " " 1 000 " "	
2 878	9 282	6 537	8 520	20 792	16 402	-	24 353	8 295	1 000 " " 2 000 " "	
17 506	5 115	9 744	10 250	17 869	13 210	9 068	4 563	3 946	2 000 " " 5 000 " "	
8 292	34 484	23 008	7 788	14 293	16 123	-	14 044	12 990	5 000 " " 10 000 " "	
13 866	42 843	76 767	-	15 433	16 032	22 230	36 186	34 962	10 000 und mehr " "	
47 116	91 724	116 909	38 737	74 506	70 932	47 964	88 751	75 967	Z u s a m m e n	
642	-	232	1 198	233	1 126	5 531	1 221	3 915	unter 250 Einwohner	Sektor Nordost
2 217	882	1 728	4 671	2 499	2 875	9 151	9 089	9 576	250 bis " 500 " "	
740	1 952	641	3 699	3 773	3 810	3 515	10 594	7 839	500 " " 750 " "	
1 714	1 761	840	1 823	5 384	3 698	868	9 479	4 289	750 " " 1 000 " "	
2 715	3 727	3 625	5 602	9 392	4 863	1 418	8 694	1 034	1 000 " " 2 000 " "	
6 205	10 629	12 244	5 169	17 939	16 670	2 300	2 711	2 404	2 000 " " 5 000 " "	
5 072	20 246	11 982	16 403	11 831	11 745	8 281	6 732	7 803	5 000 " " 10 000 " "	
-	-	10 806	-	38 398	41 987	-	14 944	15 988	10 000 und mehr " "	
19 305	39 197	42 098	38 565	89 449	86 774	31 064	63 464	52 848	Z u s a m m e n	
985	198	623	2 559	840	1 256	2 790	1 115	1 876	unter 250 Einwohner	Sektor Süd
1 938	2 426	1 501	6 623	4 573	4 416	5 400	5 116	6 324	250 bis " 500 " "	
1 202	1 295	2 584	7 830	5 068	5 788	4 318	4 483	3 047	500 " " 750 " "	
797	3 549	917	806	8 006	8 529	4 976	6 330	7 825	750 " " 1 000 " "	
5 801	1 403	1 143	1 008	15 564	9 081	2 044	15 986	8 310	1 000 " " 2 000 " "	
-	10 780	13 968	3 113	2 148	2 789	4 719	7 542	7 623	2 000 " " 5 000 " "	
-	-	-	5 446	15 609	18 277	-	-	-	5 000 " " 10 000 " "	
-	-	-	-	-	-	-	-	-	10 000 und mehr " "	
10 723	19 651	20 736	27 385	51 808	50 136	24 247	40 572	35 005	Z u s a m m e n	
1 149	-	470	1 470	360	730	1 076	408	237	unter 250 Einwohner	Sektor West
2 255	2 616	1 404	2 511	2 657	2 053	5 708	2 837	4 886	250 bis " 500 " "	
1 784	2 529	2 948	4 293	2 492	3 902	1 411	6 043	5 023	500 " " 750 " "	
-	1 723	2 564	2 635	3 516	4 254	849	2 404	1 808	750 " " 1 000 " "	
2 985	4 350	1 224	5 125	12 432	9 653	-	3 851	1 155	1 000 " " 2 000 " "	
-	3 343	6 579	2 012	10 865	5 473	7 959	12 566	10 886	2 000 " " 5 000 " "	
-	-	-	7 410	-	-	-	-	-	5 000 " " 10 000 " "	
-	-	-	-	13 677	15 735	19 570	30 009	30 530	10 000 und mehr " "	
8 173	14 561	15 189	25 456	45 999	41 800	36 573	58 118	54 525	Z u s a m m e n	
2 776	198	1 325	5 402	1 433	3 338	10 443	2 929	6 843	unter 250 Einwohner	Umland Hamburgs
6 410	5 924	4 633	16 098	10 097	11 923	23 873	18 650	24 589	250 bis " 500 " "	
5 689	5 776	6 173	23 137	14 488	15 284	16 140	22 935	19 066	500 " " 750 " "	
5 122	7 033	5 174	7 660	19 502	21 057	11 803	24 210	21 921	750 " " 1 000 " "	
14 379	18 762	12 529	20 255	58 180	39 999	3 462	52 884	18 794	1 000 " " 2 000 " "	
23 711	29 867	42 535	20 544	48 821	38 142	24 046	27 382	24 859	2 000 " " 5 000 " "	
13 364	54 730	34 990	37 047	41 733	46 145	8 281	20 776	20 793	5 000 " " 10 000 " "	
13 866	42 843	87 573	-	67 508	73 754	41 800	81 139	81 480	10 000 und mehr " "	
85 317	165 133	194 932	130 143	261 762	249 642	139 848	250 905	218 345	Z u s a m m e n	

Tabelle 3

Statistische Merkmale für Hamburg und das Umland im Umkreis von 40 km nach
Teil 1: Gemeinden, Flächen, Wohnbevölkerung, Privathaushalte

Gebiete	Gemeinden					Wohnbevölkerung						
	Anzahl	Fläche in ha	Anzahl		darunter weiblich	Anzahl	darunter weiblich	Zu- (+) oder Abnahme (-) in % 1961 gegenüber		Anteil der Wohnbevölkerung am Raum Hamburg in %		
			6.6.1961	17.5.1939				13.9.1950	6.6.1961	1939	1950	17.5. 1939
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Freie und Hansestadt Hamburg	1	74 723	1 711 900	1 605 600	853 250	1 832 350	988 000	+ 7,0	+ 14,1	82,8	70,3	73,4
davon												
nördlich der Elbe	-	54 136	1 555 450	1 400 850	748 850	1 600 500	868 600	+ 2,9	+ 14,3	75,2	61,3	64,1
südlich der Elbe	-	20 587	156 450	204 750	104 400	231 850	119 400	+ 48,2	+ 13,2	7,6	9,0	9,3
Umland Hamburg	413	430 328	355 300	677 800	358 850	662 950	345 450	+ 86,6	- 2,2	17,2	29,7	26,6
davon												
nördlich der Elbe	217	231 615	222 750	447 100	237 150	445 550	233 300	+ 100,0	- 0,3	10,8	19,6	17,9
davon												
Sektor Nordwest	89	119 612	133 800	255 000	135 000	263 800	137 500	+ 97,2	+ 3,5	6,5	11,2	10,6
davon												
Entfernungszone bis 20 km	15	20 871	47 100	91 750	48 550	116 900	61 300	+ 148,2	+ 27,4	2,3	4,0	4,7
" 20 " 30 "	34	46 203	38 750	74 500	39 100	70 950	36 000	+ 83,1	- 4,8	1,9	3,3	2,8
" 30 " 40 "	40	52 538	47 950	88 750	47 350	75 950	40 200	+ 58,4	- 14,4	2,3	3,9	3,0
Sektor Nordost	128	112 003	88 950	192 100	102 150	181 750	95 800	+ 104,3	- 5,4	4,3	8,4	7,3
davon												
Entfernungszone bis 20 km	17	13 304	19 300	39 200	20 750	42 100	22 000	+ 118,1	+ 7,4	0,9	1,7	1,7
" 20 " 30 "	38	39 538	38 550	89 450	47 800	86 800	46 000	+ 125,2	- 3,0	1,9	3,9	3,5
" 30 " 40 "	73	59 161	31 100	63 450	33 600	52 850	27 800	+ 69,9	- 16,7	1,5	2,8	2,1
südlich der Elbe	196	198 713	132 550	230 700	121 700	217 400	112 150	+ 64,0	- 5,8	6,4	10,1	8,7
davon												
Sektor Süd	119	114 561	62 350	112 050	58 900	105 900	54 550	+ 69,8	- 5,5	3,0	4,9	4,2
davon												
Entfernungszone bis 20 km	19	11 036	10 700	19 650	10 300	20 750	10 700	+ 93,9	+ 5,6	0,5	0,9	0,8
" 20 " 30 "	50	39 323	27 400	51 800	27 450	50 150	25 950	+ 83,0	- 3,2	1,3	2,2	2,0
" 30 " 40 "	50	64 202	24 250	40 600	21 150	35 000	17 900	+ 44,3	- 13,8	1,2	1,8	1,4
Sektor West	77	84 152	70 200	118 650	62 800	111 500	57 600	+ 58,8	- 6,0	3,4	5,2	4,5
davon												
Entfernungszone bis 20 km	17	13 220	8 200	14 550	7 450	15 200	7 550	+ 85,4	+ 4,5	0,4	0,6	0,6
" 20 " 30 "	31	30 238	25 450	46 000	24 400	41 800	21 550	+ 64,2	- 9,1	1,2	2,0	1,7
" 30 " 40 "	29	40 694	36 550	58 100	30 950	54 500	28 500	+ 49,1	- 6,2	1,8	2,5	2,2
Raum Hamburg	414	505 051	2 067 200	2 283 400	1 212 100	2 495 300	1 333 450	+ 20,7	+ 9,3	100,0	100,0	100,0
davon												
nördlich der Elbe	1) 218	285 751	1 778 200	1 847 950	986 000	2 046 050	1 101 900	+ 15,1	+ 10,7	86,0	80,9	82,0
südlich der Elbe	196	219 300	289 000	435 450	226 100	449 250	231 550	+ 55,4	+ 3,2	14,0	19,1	18,0
von den Daten des Raums Hamburg entfallen auf:												
Entfernungszone bis 10 km	1	35 584	1 517 200	1 258 800	669 750	1 439 900	779 150	- 5,1	+ 14,4	73,4	55,1	57,7
10 " 20 "	68	97 570	280 000	511 950	270 550	587 400	310 400	+ 109,8	+ 14,7	13,5	22,4	23,5
20 " 30 "	153	155 302	130 150	261 750	138 700	249 650	129 500	+ 91,8	- 4,6	6,3	11,5	10,0
30 " 40 "	192	216 595	139 850	250 900	133 100	218 350	114 400	+ 56,1	- 13,0	6,8	11,0	8,8
darunter												
Stadtregion (Boustedt)	115	190 422	1 851 950	1 893 100	1 005 300	2 154 000	1 155 450	+ 16,3	+ 13,8	89,6	82,9	86,3
Wirtschaftsraum (Otremba)	201	279 408	1 964 300	2 092 750	1 111 900	2 343 350	1 255 100	+ 19,3	+ 12,0	95,0	91,7	93,9
Aufbauachsen / Trabanten	46	64 444	155 650	306 350	163 800	345 300	183 200	+ 121,8	+ 12,7	7,5	13,4	13,8

1) Einschließlich Hamburg.

Sektoren, Entfernungszonen, wirtschaftsräumlichen Gliederungen und Aufbauachsen
und Erwerbspersonen nach den letzten Volks- und Berufszählungen

Wohnbevölkerung je qkm			Privathaushalte			Erwerbspersonen						Gebiete
			Anzahl		Zu- (+) oder Abnahme (-) 1961 gegenüber 1950	Anzahl	darunter weiblich	Anzahl	darunter weiblich	Zu- (-) oder Abnahme (-) 1961 gegenüber 1950	darunter weiblich	
17.5. 1939	13.9. 1950	6.6. 1961	13.9. 1950	6.6. 1961	in %	13.9.1950		6.6.1961		in %	darunter weiblich	
13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	
2 291	2 149	2 452	645 450	751 150	+ 16,4	746 500	244 800	891 950	340 000	+ 19,5	+ 38,9	Freie und Hansestadt Hamburg
2 873	2 588	2 956	571 000	663 800	+ 16,3	654 850	219 750	782 550	303 750	+ 19,5	+ 38,2	davon
760	995	1 126	74 450	87 350	+ 17,3	91 650	25 050	109 400	36 250	+ 19,4	+ 44,7	nördlich der Elbe
												südlich der Elbe
83	158	154	215 050	220 600	+ 2,6	287 350	95 700	301 800	105 700	+ 5,0	+ 10,4	Umland Hamburg
96	193	192	147 150	152 700	+ 3,8	184 700	59 050	201 200	70 450	+ 8,9	+ 19,3	davon
112	213	221	83 500	89 700	+ 7,4	105 800	33 700	119 450	41 850	+ 12,9	+ 24,2	nördlich der Elbe
226	440	560	31 050	40 850	+ 31,6	38 150	11 850	54 100	18 850	+ 41,8	+ 59,1	davon
84	161	154	23 550	22 700	- 3,6	30 950	9 850	30 900	10 750	- 0,2	+ 9,1	Sektor Nordwest
91	169	145	28 900	26 150	- 9,5	36 700	12 000	34 450	12 250	- 6,1	+ 2,1	davon
79	172	162	63 650	63 000	- 1,0	78 900	25 350	81 750	28 600	+ 3,6	+ 12,8	Entfernungszone bis 20 km
146	295	316	13 200	14 500	+ 9,8	16 300	5 050	19 150	6 750	+ 17,5	+ 33,7	" 20 " 30 "
98	226	220	30 400	30 750	+ 1,2	36 250	11 600	39 100	13 550	+ 7,9	+ 16,8	" 30 " 40 "
53	107	89	20 050	17 750	- 11,5	26 350	8 700	23 500	8 300	- 10,8	- 4,6	Sektor Nordost
67	116	109	67 900	67 900	+ 0,0	102 650	36 650	100 600	35 250	- 2,0	- 3,8	davon
54	98	92	32 700	32 850	+ 0,5	51 100	18 900	50 400	17 950	- 1,4	- 5,0	Entfernungszone bis 20 km
97	178	188	5 750	6 650	+ 15,7	8 800	3 050	9 900	3 400	+ 12,5	+ 11,5	Sektor Süd
70	132	128	15 550	15 950	+ 2,6	23 050	8 350	23 550	8 350	+ 2,2	+ 0,0	davon
38	63	55	11 400	10 250	- 10,0	19 250	7 500	16 950	6 200	- 11,9	- 17,3	Entfernungszone bis 20 km
83	141	132	35 200	35 050	- 0,4	51 550	17 750	50 200	17 300	- 2,6	- 2,5	" 20 " 30 "
62	110	115	4 150	4 600	+ 10,8	6 700	2 300	7 350	2 350	+ 9,7	+ 2,2	Sektor West
84	152	138	13 400	13 100	- 2,2	20 100	7 050	18 800	6 550	- 6,5	- 7,1	davon
90	143	134	17 650	17 350	- 1,7	24 750	8 400	24 050	8 400	- 2,8	+ 0,0	Entfernungszone bis 20 km
409	449	494	860 500	971 750	+ 12,9	1 033 850	340 500	1 193 750	445 700	+ 15,5	+ 30,9	Raum Hamburg
622	647	716	718 150	816 500	+ 13,7	839 550	278 800	983 750	374 200	+ 17,2	+ 34,2	davon
132	199	205	142 350	155 250	+ 9,1	194 300	61 700	210 000	71 500	+ 8,1	+ 15,9	nördlich der Elbe
4 264	3 538	4 046	519 200	605 700	+ 16,7	596 900	198 550	712 150	275 350	+ 19,3	+ 38,7	südlich der Elbe
287	525	602	180 400	212 050	+ 17,5	219 550	68 500	270 300	95 900	+ 23,1	+ 40,0	von den Daten des Raums Hamburg entfallen auf:
84	169	161	82 900	82 500	- 0,5	110 350	36 850	112 350	39 250	+ 1,8	+ 6,5	Entfernungszone bis 10 km
65	116	101	78 000	71 500	- 8,3	107 050	36 600	98 950	35 200	- 7,6	- 3,8	" 10 " 20 "
954	975	1 131	739 900	861 200	+ 16,4	866 150	282 600	1 038 250	390 550	+ 19,9	+ 38,2	" 20 " 30 "
703	749	839	804 450	925 300	+ 15,0	950 150	310 550	1 122 400	419 900	+ 18,1	+ 35,2	" 30 " 40 "
242	475	536	106 100	122 500	+ 15,5	124 900	39 000	155 250	54 500	+ 24,3	+ 39,7	darunter
												Stadtregion (Boustedt)
												Wirtschaftsraum (Otremba)
												Aufbauachsen / Trabanten

Noch: Tabelle 3

Teil 2: Nichlandwirtschaftliche Arbeitsstätten und Beschäftigte

Gebiete	Arbeitsstätten							
	Anzahl		darunter in den Wirtschaftsbereichen				Zu- (+) oder Abnahme (-) 1961 gegenüber 1950 in %	
			Produzierendes Gewerbe		Handel	Verkehr und Dienst- leistungen 2)	Arbeits- stätten ins- gesamt	Arbeits- stätten des produ- zierenden Gewerbes
	13.9. 1950 1)	6.6. 1961	13.9. 1950	6.6. 1961	6.6.1961			
1	2	3	4	5	6	7	8	
Freie und Hansestadt Hamburg	95 600	102 500	25 700	19 400	42 800	36 650	+ 7,2	- 24,5
davon								
nördlich der Elbe	88 200	93 950	23 300	17 500	39 650	33 600	+ 6,5	- 24,9
südlich der Elbe	7 400	8 550	2 400	1 900	3 150	3 050	+ 15,5	- 20,8
Umland Hamburg	25 900	27 350	10 050	7 550	9 700	8 200	+ 5,6	- 24,9
davon								
nördlich der Elbe	16 100	17 400	6 300	4 750	6 400	4 950	+ 8,1	- 24,6
davon								
Sektor Nordwest	9 350	10 450	3 800	2 950	3 900	2 900	+ 11,8	- 22,4
davon								
Entfernungszone bis 20 km	3 100	4 200	1 200	1 100	1 650	1 200	+ 35,5	- 8,3
" 20 " 30 "	2 650	2 750	1 100	800	1 000	750	+ 3,8	- 27,3
" 30 " 40 "	3 600	3 500	1 500	1 050	1 250	950	- 2,8	- 30,0
Sektor Nordost	6 750	6 950	2 500	1 800	2 500	2 050	+ 3,0	- 28,0
davon								
Entfernungszone bis 20 km	1 200	1 350	400	350	500	400	+ 12,5	- 12,5
" 20 " 30 "	3 250	3 350	1 200	850	1 250	1 000	+ 3,1	- 29,2
" 30 " 40 "	2 300	2 250	900	600	750	650	- 2,2	- 33,3
südlich der Elbe	9 800	9 950	3 750	2 800	3 300	3 250	+ 1,5	- 25,3
davon								
Sektor Süd	4 550	4 550	1 800	1 350	1 450	1 450	+ 0,0	- 25,0
davon								
Entfernungszone bis 20 km	700	750	300	200	250	250	+ 7,1	- 33,3
" 20 " 30 "	2 250	2 300	850	650	750	750	+ 2,2	- 23,5
" 30 " 40 "	1 600	1 500	650	500	450	450	- 6,3	- 23,1
Sektor West	5 250	5 400	1 950	1 450	1 850	1 800	+ 2,9	- 25,6
davon								
Entfernungszone bis 20 km	600	700	250	200	200	300	+ 16,7	- 20,0
" 20 " 30 "	2 100	2 100	750	550	800	600	+ 0,0	- 26,7
" 30 " 40 "	2 550	2 600	950	700	850	900	+ 2,0	- 26,3
Raum Hamburg	121 500	129 850	35 750	26 950	52 500	44 850	+ 6,9	- 24,6
davon								
nördlich der Elbe	104 300	111 350	29 600	22 250	46 050	38 550	+ 6,8	- 24,8
südlich der Elbe	17 200	18 500	6 150	4 700	6 450	6 300	+ 7,6	- 23,6
von den Daten des Raums Hamburg entfallen auf:								
Entfernungszone bis 10 km	82 150	87 350	21 550	16 150	36 750	31 550	+ 6,3	- 25,1
" 10 " 20 "	19 050	22 150	6 300	5 100	8 650	7 250	+ 16,3	- 19,0
" 20 " 30 "	10 250	10 500	3 900	2 850	3 800	3 100	+ 2,4	- 26,9
" 30 " 40 "	10 050	9 850	4 000	2 800	3 300	2 950	- 2,0	- 30,0
darunter								
Stadtregion (Boustedt)	105 550	114 150	29 400	22 400	47 200	40 100	+ 8,1	- 23,8
Wirtschaftsraum (Otremba)	114 300	123 100	32 750	24 850	50 400	42 800	+ 7,7	- 24,1
Aufbauachsen / Trabanten	12 050	13 950	4 500	3 500	5 450	4 100	+ 15,8	- 22,2

1) 1950 ohne die Arbeitsstätten/Beschäftigten der Wirtschaftsgruppe 91 (Öffentliche Verwaltung).
2) Soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht.

nach den Arbeitsstättenzählungen am 13.9.1950 und 6.6.1961

Beschäftigte								Gebiete
Anzahl		darunter in den Wirtschaftsbereichen				Zu- (+) oder Abnahme (-) 1961 gegenüber 1950 in %		
		Produzierendes Gewerbe		Handel	Verkehr und Dienst- leistungen 2)	Be- schäftigte ins- gesamt	Be- schäftigte des produ- zierenden Gewerbes	
13.9. 1950 1)	6.6. 1961	13.9. 1950	6.6. 1961	6.6.1961				
9	10	11	12	13	14	15	16	
649 000	1 005 500	293 550	406 700	198 650	291 350	+ 54,9	+ 38,5	Freie und Hansestadt Hamburg
562 100	856 150	237 550	311 700	185 300	260 750	+ 52,3	+ 31,2	davon nördlich der Elbe
86 900	149 350	56 000	95 000	13 350	30 600	+ 71,9	+ 69,6	südlich der Elbe
113 450	171 800	61 850	88 050	32 100	31 850	+ 51,4	+ 42,4	Umland Hamburg
73 550	117 650	42 050	64 800	20 750	18 950	+ 60,0	+ 54,1	davon nördlich der Elbe
45 500	73 750	27 250	41 850	13 350	11 650	+ 62,1	+ 53,6	davon Sektor Nordwest
17 400	33 400	11 050	20 100	5 600	4 450	+ 92,0	+ 81,9	davon Entfernungszone bis 20 km
10 500	16 350	6 500	9 000	2 650	2 400	+ 55,7	+ 38,5	" 20 " 30 "
17 600	24 000	9 700	11 850	5 100	4 800	+ 36,4	+ 22,2	" 30 " 40 "
28 050	43 900	14 800	22 950	7 400	7 300	+ 56,5	+ 55,1	Sektor Nordost
4 450	9 150	2 150	5 250	1 400	1 350	+ 105,6	+ 144,2	davon Entfernungszone bis 20 km
13 950	20 950	7 650	11 000	3 700	3 450	+ 50,2	+ 43,8	" 20 " 30 "
9 650	13 800	5 000	6 750	2 300	2 500	+ 43,0	+ 35,0	" 30 " 40 "
39 900	54 150	19 800	23 250	11 350	12 900	+ 35,7	+ 17,4	südlich der Elbe
17 850	22 350	8 850	10 300	4 250	5 600	+ 25,2	+ 16,4	davon Sektor Süd
2 450	3 300	1 100	1 600	650	750	+ 34,7	+ 45,5	davon Entfernungszone bis 20 km
9 850	12 750	4 700	5 500	2 450	3 400	+ 29,4	+ 17,0	" 20 " 30 "
5 550	6 300	3 050	3 200	1 150	1 450	+ 13,5	+ 4,9	" 30 " 40 "
22 050	31 800	10 950	12 950	7 100	7 300	+ 44,2	+ 18,3	Sektor West
1 700	2 850	850	1 200	500	950	+ 67,6	+ 41,2	davon Entfernungszone bis 20 km
8 050	11 050	4 100	4 800	3 000	2 400	+ 37,3	+ 17,1	" 20 " 30 "
12 300	17 900	6 000	6 950	3 600	3 950	+ 45,5	+ 15,8	" 30 " 40 "
762 450	1 177 300	355 400	494 750	230 750	323 200	+ 54,4	+ 39,2	Raum Hamburg
635 650	973 800	279 600	376 500	206 050	279 700	+ 53,2	+ 34,7	davon nördlich der Elbe
126 800	203 500	75 800	118 250	24 700	43 500	+ 60,5	+ 56,0	südlich der Elbe
591 800	919 800	267 800	370 950	181 200	272 650	+ 55,4	+ 38,5	von den Daten des Raums Hamburg entfallen auf:
83 200	134 400	40 900	63 950	25 600	26 200	+ 61,5	+ 56,4	Entfernungszone bis 10 km
42 350	61 100	22 950	31 250	11 800	11 650	+ 44,3	+ 36,2	" 10 " 20 "
45 100	62 000	23 750	28 750	12 150	12 700	+ 37,5	+ 21,1	" 20 " 30 "
								" 30 " 40 "
693 800	1 082 800	318 400	449 750	211 800	303 850	+ 56,1	+ 41,3	darunter Stadtregion (Boustedt)
737 600	1 147 050	341 700	480 150	224 800	316 900	+ 55,5	+ 40,5	Wirtschaftsraum (Otremba)
65 100	108 950	36 650	58 500	19 700	18 200	+ 67,4	+ 59,6	Aufbauachsen / Trabanten

Noch: Tabelle 3

Teil 3: Pendelwanderung über die Grenzen Hamburgs und der Gemeinden nach den Volks- und Berufszählungen am 13.9.1950 und 6.6.1961

Gebiete	Einpendler 1)			Auspendler 1)			Zunahme der	
	in die Gemeinden der in der Vorspalte bezeichneten Gebiete		darunter aus Hamburg	aus den Gemeinden der in der Vorspalte bezeichneten Gebiete		darunter nach Hamburg	Einpendler	Auspendler
	13.9.1950	6.6.1961	6.6.1961	13.9.1950	6.6.1961	6.6.1961	1961 gegenüber 1950	
	Anzahl			Anzahl			in %	
1	2	3	4	5	6	7	8	
Freie und Hansestadt Hamburg	49 600	96 200	-	4 650	7 740	-	94,0	66,5
davon								
nördlich der Elbe	.	74 860	-	4 300	7 020	-	-	63,3
südlich der Elbe	.	21 340	-	350	720	-	-	105,7
Umland Hamburg	28 720	53 110	7 110	74 860	129 330	84 280	84,9	72,8
davon								
nördlich der Elbe	20 750	37 770	6 200	57 590	93 270	63 390	82,0	62,0
davon								
Sektor Nordwest	11 950	24 260	3 870	31 920	53 260	34 080	103,0	66,9
davon								
Entfernungszone bis 20 km	4 750	12 730	3 420	15 360	28 580	23 460	168,0	86,1
" 20 " 30 "	3 150	5 420	260	9 630	14 160	6 220	72,1	47,0
" 30 " 40 "	4 050	6 110	190	6 930	10 520	4 400	50,9	51,8
Sektor Nordost	8 800	13 510	2 330	25 670	40 010	29 310	53,5	55,9
davon								
Entfernungszone bis 20 km	3 090	4 020	1 150	8 020	12 350	9 930	30,1	54,0
" 20 " 30 "	3 040	5 740	1 010	12 580	19 740	15 930	88,8	56,9
" 30 " 40 "	2 670	3 750	170	5 070	7 920	3 450	40,4	56,2
südlich der Elbe	7 970	15 340	910	17 270	36 060	20 890	92,5	108,8
davon								
Sektor Süd	3 900	6 520	550	11 510	21 720	13 920	67,2	88,7
davon								
Entfernungszone bis 20 km	510	1 060	220	3 580	6 000	5 340	107,8	67,6
" 20 " 30 "	2 340	3 840	240	4 890	9 720	6 430	64,1	98,8
" 30 " 40 "	1 050	1 620	90	3 040	6 000	2 150	54,3	97,4
Sektor West	4 070	8 820	360	5 760	14 340	6 970	116,7	149,0
davon								
Entfernungszone bis 20 km	300	700	120	1 390	3 350	2 640	133,3	141,0
" 20 " 30 "	1 520	3 500	140	2 820	6 000	3 080	130,3	112,8
" 30 " 40 "	2 250	4 620	100	1 550	4 990	1 250	105,3	221,9
Raum Hamburg	78 320	149 310	..	79 510	137 070	..	90,6	72,4
davon								
nördlich der Elbe	.	112 630	..	61 890	100 290	..	-	62,0
südlich der Elbe	.	36 680	..	17 620	36 780	..	-	108,7
von den Daten des Raums Hamburg entfallen auf:								
Entfernungszone bis 10 km	.	82 740	-	2 800	4 870	-	-	73,9
" 10 " 20 "	.	31 970	4 910	30 200	53 150	41 370	-	76,0
" 20 " 30 "	.	18 500	1 650	29 920	49 620	31 660	-	65,8
" 30 " 40 "	.	16 100	550	16 590	29 430	11 250	-	77,4
darunter								
Stadtregion (Boustedt)	62 530	123 560	6 150	51 710	87 830	62 960	97,6	69,9
Wirtschaftsraum (Otremba)	72 860	141 690	6 760	65 720	112 770	76 090	94,5	71,6
Aufbauachsen / Trabanten	18 620	35 400	5 780	40 010	71 270	55 610	90,1	77,2

1) Dazu gehören auch Einpendler bzw. Auspendler, die zwischen solchen Gemeinden pendeln, die innerhalb der bezeichneten Gebiete liegen.

. = für 1950 nicht aufbereitet

Noch: Tabelle 3

**Teil 4: Land- und forstwirtschaftliche Betriebe, landwirtschaftliche Nutzflächen
und ständig beschäftigte Arbeitskräfte nach den Landwirtschaftszählungen am 22.5.1949 und 30.5.1960**

Gebiete	Land- und forstwirtschaftliche Betriebe			Landwirtschaftliche Nutzflächen			Ständig beschäftigte Arbeitskräfte der landwirtschaftlichen Betriebe		
	Anzahl		Abnahme 1960 gegenüber 1949 in %	in ha		Zu- (+) oder Ab- nahme (-) 1960 gegenüber 1949 in %	Anzahl		Abnahme 1960 gegenüber 1949 in %
	22.5. 1949	30.5. 1960		22.5. 1949	30.5. 1960		22.5. 1949	30.5. 1960	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Freie und Hansestadt Hamburg	4 790	3 900	18,6	25 420	22 490	- 11,5	17 390	10 270	40,9
davon									
nördlich der Elbe	3 590	2 920	18,7	18 480	16 100	- 12,9	13 300	7 920	40,5
südlich der Elbe	1 200	980	18,3	6 940	6 390	- 7,9	4 090	2 350	42,5
Umland Hamburg	23 640	21 280	10,0	278 860	280 450	+ 0,6	86 360	55 150	36,1
davon									
nördlich der Elbe	11 370	10 520	7,5	162 660	163 500	+ 0,5	43 890	28 490	35,1
davon									
Sektor Nordwest	6 780	6 220	8,3	85 470	85 560	+ 0,1	25 670	17 370	32,3
davon									
Entfernungszone bis 20 km	1 430	1 250	12,6	13 960	13 470	- 3,5	5 950	4 410	25,9
" 20 " 30 "	2 750	2 560	6,9	33 450	32 600	- 2,5	9 600	6 020	37,3
" 30 " 40 "	2 600	2 410	7,3	38 060	39 490	+ 3,8	10 120	6 940	31,4
Sektor Nordost	4 590	4 300	6,3	77 190	77 940	+ 1,0	18 220	11 120	39,0
davon									
Entfernungszone bis 20 km	490	430	12,2	9 400	9 120	- 3,0	2 100	1 280	39,0
" 20 " 30 "	1 730	1 600	7,5	24 620	24 840	+ 0,9	6 050	3 700	38,8
" 30 " 40 "	2 370	2 270	4,2	43 170	43 980	+ 1,9	10 070	6 140	39,0
südlich der Elbe	12 270	10 760	12,3	116 200	116 950	+ 0,6	42 470	26 660	37,2
davon									
Sektor Süd	7 190	6 040	16,0	61 160	60 920	- 0,4	22 770	13 940	38,8
davon									
Entfernungszone bis 20 km	940	750	20,2	6 480	6 120	- 5,6	2 920	1 750	40,1
" 20 " 30 "	2 890	2 420	16,3	23 610	22 950	- 2,8	9 000	5 560	38,2
" 30 " 40 "	3 360	2 870	14,6	31 070	31 850	+ 2,5	10 850	6 630	38,9
Sektor West	5 080	4 720	7,1	55 040	56 030	+ 1,8	19 700	12 720	35,4
davon									
Entfernungszone bis 20 km	900	800	11,1	7 540	7 300	- 3,2	3 310	2 120	36,0
" 20 " 30 "	2 010	1 850	8,0	21 160	21 560	+ 1,9	8 280	5 270	36,4
" 30 " 40 "	2 170	2 070	4,6	26 340	27 170	+ 3,2	8 110	5 330	34,3
Raum Hamburg	28 430	25 180	11,4	304 280	302 940	- 0,4	103 750	65 420	36,9
davon									
nördlich der Elbe	14 960	13 440	10,2	181 140	179 600	- 0,9	57 190	36 410	36,3
südlich der Elbe	13 470	11 740	12,8	123 140	123 340	+ 0,2	46 560	29 010	37,7
von den Daten des Raums Hamburg entfallen auf:									
Entfernungszone bis 10 km	1 270	1 000	21,3	7 520	5 900	- 21,5	5 030	2 940	41,6
" 10 " 20 "	7 280	6 130	15,8	55 280	52 600	- 4,8	26 640	16 890	36,6
" 20 " 30 "	9 380	8 430	10,1	102 840	101 950	- 0,9	32 930	20 550	37,6
" 30 " 40 "	10 500	9 620	8,4	138 640	142 490	+ 2,8	39 150	25 040	36,0
darunter									
Stadtregion (Boustedt)	11 330	9 550	15,7	99 080	94 400	- 4,7	40 340	25 050	37,9
Wirtschaftsraum (Otremba)	16 990	14 590	14,1	153 440	148 250	- 3,4	61 610	38 690	37,2
Aufbauachsen / Trabanten	3 840	3 200	16,7	38 780	37 130	- 4,3	13 670	9 110	33,4

Noch: Tabelle 3

Teil 5: Wohngebäude und Wohnungen nach den Zählungen am 13.9.1950 und 6.6.1961

Gebiete	Wohngebäude			Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden		
	Anzahl		Zunahme 1961 gegenüber 1950 in %	Anzahl		Zunahme 1961 gegenüber 1950 in %
	13.9.1950	6.6.1961		13.9.1950	6.6.1961	
	1	2	3	4	5	6
Freie und Hansestadt Hamburg	96 200	152 200	58,2	309 750	551 150	77,9
davon						
nördlich der Elbe	83 050	132 300	59,3	269 850	486 200	80,2
südlich der Elbe	13 150	19 900	51,3	39 900	64 950	62,8
Umland Hamburg	74 900	107 600	43,7	111 600	181 350	62,5
davon						
nördlich der Elbe	48 900	71 750	46,7	75 650	126 300	67,0
davon						
Sektor Nordwest	27 850	41 700	49,7	44 050	75 300	70,9
davon						
Entfernungszone bis 20 km	10 150	18 100	78,3	16 350	33 950	107,6
" 20 " 30 "	8 550	11 800	38,0	12 500	19 050	52,4
" 30 " 40 "	9 150	11 800	29,0	15 200	22 300	46,7
Sektor Nordost	21 050	30 050	42,8	31 600	51 000	61,4
davon						
Entfernungszone bis 20 km	4 200	6 700	59,5	6 100	11 150	82,8
" 20 " 30 "	10 350	14 550	40,6	15 250	24 550	61,0
" 30 " 40 "	6 500	8 800	35,4	10 250	15 300	49,3
südlich der Elbe	26 000	35 850	37,9	35 950	55 050	53,1
davon						
Sektor Süd	13 350	18 100	35,6	16 950	26 500	56,3
davon						
Entfernungszone bis 20 km	2 350	3 600	53,2	3 000	5 350	78,3
" 20 " 30 "	6 250	8 600	37,6	8 100	12 700	56,8
" 30 " 40 "	4 750	5 900	24,2	5 850	8 450	44,4
Sektor West	12 650	17 750	40,3	19 000	28 550	50,3
davon						
Entfernungszone bis 20 km	1 750	2 650	51,4	2 200	3 750	70,5
" 20 " 30 "	4 950	6 550	32,3	7 150	10 450	46,2
" 30 " 40 "	5 950	8 550	43,7	9 650	14 350	48,7
Raum Hamburg	171 100	259 800	51,8	421 350	732 500	73,8
davon						
nördlich der Elbe	131 950	204 050	54,6	345 500	612 500	77,3
südlich der Elbe	39 150	55 750	42,4	75 850	120 000	58,2
von den Daten des Raums Hamburg entfallen auf:						
Entfernungszone bis 10 km	60 400	91 950	52,2	249 500	442 850	77,5
" 10 " 20 "	54 250	91 300	68,3	87 900	162 500	84,9
" 20 " 30 "	30 100	41 500	37,9	43 000	66 750	55,2
" 30 " 40 "	26 350	35 050	33,0	40 950	60 400	47,5
darunter						
Stadtregion (Boustedt)	128 950	204 600	58,7	358 300	640 400	78,7
Wirtschaftsraum (Otremba)	149 850	233 200	55,6	393 150	693 050	76,3
Aufbauachsen / Trabanten	33 150	52 600	58,7	55 500	99 900	80,0

Statistische Merkmale für Sektoren, Entfernungszonen und größere Gemeinden

Teil 1: Sektor Nordwest

Statistische Merkmale	Sektor insgesamt	davon Entfernungszonen			Anteil (Sp.1) in % am Umland Hamburg		Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern						Gemeinden zusammen		
		bis 20 km	20 bis 30 km	30 bis 40 km	insgesamt	nördlich der Elbe	Elmhorn, Stadt	Pinneberg, Stadt	Wedel, Stadt	Uetersen, Stadt	Garstedt	Harksheide	absolut/ % (Sp.7 bis Sp.12)	Anteil am Sektor Nordwest in %	
															1
Gemeinden	Anzahl	89	15	34	40	21,6	41,0	1	1	1	1	1	6	6,7	
Fläche 6.6.1961	in ha	119 612	20 871	46 203	52 538	27,8	51,6	1 792	2 153	3 382	1 111	2 335	1 288	12 061	10,1
Wohnbevölkerung 6.6.1961	Anzahl	263 800	116 900	70 950	75 950	39,8	59,2	34 960	28 400	24 950	16 030	12 880	10 540	127 760	48,4
darunter weiblich	"	137 500	61 300	36 000	40 200	39,8	58,9	18 820	15 020	13 240	8 540	6 820	5 510	67 950	49,4
Veränderung der Wohnbevölkerung 1961 gegenüber 1950	in %	+ 3,5	+ 27,4	- 4,8	- 14,4	.	.	- 3,4	+ 7,5	+ 52,0	+ 3,9	+ 40,2	+ 74,4	+ 16,5	.
1961 gegenüber 1959	"	+ 97,2	+ 148,2	+ 83,1	+ 58,4	.	.	+ 57,3	+ 104,8	+ 200,9	+ 105,8	+ 178,0	+ 277,5	+ 114,4	.
Wohnbevölkerung je qkm 1939	Anzahl	112	226	84	91	.	.	1 241	644	245	701	198	217	494	.
" " " 1950	"	213	440	161	169	.	.	2 019	1 227	485	1 389	394	469	909	.
" " " 1961	"	221	560	154	145	.	.	1 951	1 319	738	1 443	551	819	1 059	.
Privathaushalte 6.6.1961	Anzahl	89 700	40 850	22 700	26 150	40,7	58,7	12 970	9 970	9 030	5 680	4 630	3 670	45 950	51,2
Veränderung 1961 gegenüber 1950	in %	+ 7,4	+ 31,6	- 3,6	- 9,5	.	.	- 0,1	+ 8,9	+ 60,3	+ 3,9	+ 42,2	+ 72,6	+ 19,0	.
Erwerbspersonen 6.6.1961	Anzahl	119 450	54 100	30 900	34 450	39,6	59,4	15 580	12 510	11 410	6 920	6 150	4 890	57 460	48,1
darunter weiblich	"	41 850	18 850	10 750	12 250	39,6	59,4	5 490	4 460	3 950	2 490	2 230	1 720	20 340	48,6
Veränderung der Erwerbspersonen insgesamt 1961 gegenüber 1950	in %	+ 12,9	+ 41,8	- 0,2	- 6,1	.	.	+ 4,3	+ 15,9	+ 66,3	+ 16,4	+ 67,6	+ 98,6	+ 28,6	.
darunter weiblich	"	+ 24,2	+ 59,1	+ 9,1	+ 2,1	.	.	+ 18,6	+ 29,9	+ 95,1	+ 39,6	+ 110,8	+ 154,8	+ 49,5	.
Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten 6.6.1961	Anzahl	10 450	4 200	2 750	3 500	38,2	60,1	1 620	1 070	880	730	480	350	5 130	49,1
darunter der Wirtschaftsbereiche	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"
Produzierendes Gewerbe	"	2 950	1 100	800	1 050	39,1	62,1	420	250	210	210	140	100	1 330	45,1
Handel	"	3 900	1 650	1 000	1 250	40,2	60,9	660	410	330	270	190	150	2 010	51,5
Verkehr und Dienstleistungen 1)	"	2 900	1 200	750	950	35,4	58,6	460	340	290	200	130	90	1 510	52,1
Veränderungen 1961 gegenüber 1950	in %	+ 11,8	+ 35,5	+ 3,8	- 2,8	.	.	- 0,9	+ 10,2	+ 56,6	+ 10,9	+ 52,4	+ 75,0	+ 18,2	.
Arbeitsstätten insgesamt	"	- 22,4	- 8,3	- 27,3	- 30,0	.	.	- 34,6	- 27,1	+ 7,7	- 23,4	+ 10,2	+ 14,9	- 20,3	.
darunter Wirtschaftsbereich	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"
Produzierendes Gewerbe	"	- 22,4	- 8,3	- 27,3	- 30,0	.	.	- 34,6	- 27,1	+ 7,7	- 23,4	+ 10,2	+ 14,9	- 20,3	.
Beschäftigte 6.6.1961	Anzahl	73 750	33 400	16 350	24 000	42,9	62,7	14 630	11 160	7 850	7 020	3 430	2 660	46 750	63,4
darunter der Wirtschaftsbereiche	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"
Produzierendes Gewerbe	"	41 850	20 100	9 000	11 850	47,5	64,6	6 680	6 340	5 030	4 760	2 210	1 530	26 550	63,4
Handel	"	13 350	5 600	2 650	5 100	41,6	64,3	3 380	1 560	1 030	940	580	710	8 200	61,4
Verkehr und Dienstleistungen 1)	"	11 650	4 450	2 400	4 800	36,6	61,5	3 090	1 620	1 140	830	450	300	7 430	63,8
Veränderung 1961 gegenüber 1950	in %	+ 62,1	+ 92,0	+ 55,7	+ 36,4	.	.	+ 40,1	+ 48,9	+ 89,4	+ 62,6	+ 162,0	+ 254,2	+ 64,2	.
Beschäftigte insgesamt	"	+ 53,6	+ 81,9	+ 38,5	+ 22,2	.	.	+ 18,2	+ 25,6	+ 106,2	+ 56,4	+ 162,5	+ 203,0	+ 51,5	.
darunter Wirtschaftsbereich	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"
Produzierendes Gewerbe	"	+ 53,6	+ 81,9	+ 38,5	+ 22,2	.	.	+ 18,2	+ 25,6	+ 106,2	+ 56,4	+ 162,5	+ 203,0	+ 51,5	.
Land- und forstwirtschaftliche Betriebe 30.5.1960	Anzahl	6 220	1 250	2 560	2 410	29,2	59,1	125	125	120	70	95	75	610	9,8
Veränderung 1960 gegenüber 1949	in %	- 8,3	- 12,6	- 6,9	- 7,3	.	.	- 26,0	- 18,3	- 23,6	- 34,6	- 21,5	- 26,5	- 24,6	.
Landwirtschaftliche Nutzfläche 30.5.1960	in ha	85 560	13 470	32 600	39 490	30,5	52,3	1 210	1 070	1 720	390	1 310	520	6 320	7,4
Veränderung 1960 gegenüber 1949	in %	+ 0,1	- 3,5	- 2,5	+ 3,8	.	.	- 4,1	- 4,0	- 13,3	- 14,9	- 7,2	- 23,3	- 10,0	.
Ständig beschäftigte Arbeitskräfte der landwirtschaftlichen Betriebe 30.5.1960	Anzahl	17 370	4 410	6 020	6 940	31,5	61,0	880	435	415	180	245	140	2 295	13,2
Veränderung 1960 gegenüber 1949	in %	- 32,3	- 25,9	- 37,3	- 31,4	.	.	+ 15,8	- 31,1	- 38,6	- 45,3	- 38,9	- 42,1	- 24,5	.
Einpendller 2) in die Gemeinden 6.6.1961	Anzahl	24 260	12 730	5 420	6 110	45,7	64,2	3 750	4 520	1 860	2 040	1 490	1 230	14 890	61,4
darunter aus Hamburg	"	3 870	3 420	260	190	54,4	62,4	155	490	885	550	410	2 580	66,7	
Veränderung der Einpendlierzahlen 1961 gegenüber 1950	in %	+ 103,0	+ 168,0	+ 72,1	+ 50,9	.	.	+ 54,5	+ 74,5	+ 541,4	+ 35,3	+ 375,3	+ 577,3	+ 107,2	.
Auspendller 2) aus den Gemeinden 6.6.1961	Anzahl	53 260	28 580	14 160	10 520	41,2	57,1	4 210	4 750	4 610	1 950	4 110	3 330	22 960	43,1
darunter nach Hamburg	"	34 080	23 460	6 220	4 400	40,4	53,8	2 800	3 740	4 440	900	3 750	2 750	18 380	53,9
Veränderung der Auspendlierzahlen 1961 gegenüber 1950	in %	+ 66,9	+ 86,1	+ 47,0	+ 51,8	.	.	+ 46,2	+ 78,7	+ 125,3	+ 39,2	+ 103,9	+ 135,0	+ 78,2	.
Wohngebäude 6.6.1961	Anzahl	41 700	18 100	11 800	11 800	38,8	58,1	4 570	3 880	3 110	2 270	2 170	1 900	17 900	42,9
Veränderung 1961 gegenüber 1950	in %	+ 49,7	+ 78,3	+ 38,0	+ 29,0	.	.	+ 28,9	+ 54,0	+ 114,6	+ 36,7	+ 75,3	+ 125,1	+ 59,0	.
Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden 6.6.1961	Anzahl	75 300	33 950	19 050	22 300	41,5	59,6	11 160	8 220	7 580	4 750	3 870	3 120	38 700	51,4
Veränderung 1961 gegenüber 1950	in %	+ 70,9	+ 107,6	+ 52,4	+ 46,7	.	.	+ 51,8	+ 77,2	+ 175,1	+ 58,4	+ 122,4	+ 169,0	+ 87,5	.

1) Soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht.

2) Dazu gehören auch Einpendller bzw. Auspendller, die zwischen solchen Gemeinden pendeln, die innerhalb der bezeichneten Gebiete liegen.

Statistische Merkmale für Sektoren, Entfernungszonen und größere Gemeinden

Teil 2: Sektor Nordost

Statistische Merkmale	Sektor insgesamt	davon Entfernungszonen			Anteil (Sp.1) in % am Umland Hamburg		Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern				Gemeinden zusammen		
		bis 20 km	20 bis 30 km	30 bis 40 km	insgesamt	nördlich der Elbe	Ahrensburg, Stadt	Geesthacht, Stadt	Bad Oldesloe, Stadt	Reinbek, Stadt	absolut/% (Sp.7 bis Sp.10)	Anteil am Sektor Nordost in %	
							7	8	9	10			11
Gemeinden Fläche 6.6.1961	Anzahl in ha	128 112 003	17 13 304	38 39 538	73 59 161	31,0 26,0	59,0 48,4	3 008	3 314	4 115	794	11 231	3,1 10,0
Wohnbevölkerung 6.6.1961	Anzahl	181 750	42 100	86 800	52 850	27,4	40,8	21 180	20 810	15 990	10 810	68 790	37,8
darunter weiblich	"	95 800	22 000	46 000	27 800	27,7	41,1	11 280	11 040	8 750	5 980	37 050	38,7
Veränderung der Wohnbevölkerung 1961 gegenüber 1950	in %	- 5,4	+ 7,4	- 3,0	- 16,7	.	.	+ 20,4	± 0	+ 7,0	+ 14,6	+ 9,6	.
" " " " 1961 " " 1959	"	+ 104,3	+ 118,1	+ 125,2	+ 69,9	.	.	+ 160,3	+ 151,7	+ 93,1	+ 168,1	+ 139,6	.
Wohnbevölkerung je qkm 1939	Anzahl	79	146	98	53	.	.	270	249	201	508	256	.
" " " " 1950	"	172	295	226	107	.	.	585	628	363	1 188	559	.
" " " " 1961	"	162	316	220	89	.	.	704	628	389	1 361	612	.
Privathaushalte 6.6.1961	Anzahl	63 000	14 500	30 750	17 750	28,5	41,3	7 780	7 610	5 810	3 960	25 160	39,9
Veränderung 1961 gegenüber 1950	in %	- 1,0	+ 9,8	+ 1,2	- 11,5	.	.	+ 25,7	± 0	+ 11,3	+ 17,4	+ 12,4	.
Erwerbspersonen 6.6.1961	Anzahl	81 750	19 150	39 100	23 500	27,1	40,6	9 870	9 250	7 220	4 980	31 320	38,3
darunter weiblich	"	28 600	6 750	13 550	8 300	27,0	40,6	3 540	3 110	2 780	1 910	11 340	39,7
Veränderung der Erwerbspersonen insgesamt 1961 gegenüber 1950	in %	+ 3,6	+ 17,5	+ 7,9	- 10,8	.	.	+ 34,7	+ 13,5	+ 16,3	+ 30,8	+ 22,9	.
darunter weiblich	"	+ 12,8	+ 33,7	+ 16,8	- 4,6	.	.	+ 48,5	+ 34,1	+ 37,8	+ 51,9	+ 42,1	.
Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten 6.6.1961	Anzahl	6 950	1 350	3 350	2 250	25,4	39,9	790	800	820	420	2 830	40,7
darunter der Wirtschaftsbereiche	"	1 800	350	850	600	23,8	37,9	190	200	180	80	650	36,1
Produzierendes Gewerbe	"	2 500	500	1 250	750	25,8	39,1	310	330	300	150	1 090	43,6
Handel	"	2 050	400	1 000	650	25,0	41,4	230	250	260	140	860	42,0
Verkehr und Dienstleistungen 1)	"												
Veränderung 1961 gegenüber 1950	in %	+ 3,0	+ 12,5	+ 3,1	- 2,2	.	.	+ 15,3	+ 7,7	+ 14,4	+ 38,2	+ 15,6	.
Arbeitsstätten insgesamt	"	- 28,0	- 12,5	- 29,2	- 33,3	.	.	- 21,8	- 20,9	- 27,4	- 23,1	- 23,3	.
darunter Wirtschaftsbereich	"												
Produzierendes Gewerbe	"												
Beschäftigte 6.6.1961	Anzahl	43 900	9 150	20 950	13 800	25,6	37,3	6 030	7 400	7 070	2 670	23 170	52,8
darunter der Wirtschaftsbereiche	"	22 950	5 250	11 000	6 750	26,1	35,4	3 260	4 380	2 960	820	11 420	49,8
Produzierendes Gewerbe	"	7 400	1 400	3 700	2 300	23,1	35,7	1 070	1 040	1 220	520	3 850	52,0
Handel	"	7 300	1 350	3 450	2 500	22,9	38,5	990	880	1 390	650	3 910	53,6
Verkehr und Dienstleistungen 1)	"												
Veränderung 1961 gegenüber 1950	in %	+ 56,5	+ 105,6	+ 50,2	+ 43,0	.	.	+ 72,5	+ 82,0	+ 57,0	+ 86,6	+ 71,7	.
Beschäftigte insgesamt	"	+ 55,1	+ 144,2	+ 43,8	+ 35,0	.	.	+ 53,6	+ 90,3	+ 33,5	+ 53,8	+ 59,2	.
darunter Wirtschaftsbereich	"												
Produzierendes Gewerbe	"												
Land- und forstwirtschaftliche Betriebe 30.5.1960	Anzahl	4 300	430	1 600	2 270	20,2	40,9	80	60	185	15	340	7,9
Veränderung 1960 gegenüber 1949	in %	- 6,3	- 12,2	- 7,5	- 4,2	.	.	- 13,0	- 37,5	+ 24,2	+ 15,4	- 2,9	.
Landwirtschaftliche Nutzfläche 30.5.1960	in ha	77 940	9 120	24 840	43 980	27,8	47,7	1 530	960	2 920	70	5 480	7,0
Veränderung 1960 gegenüber 1949	in %	+ 1,0	- 3,0	+ 0,9	+ 1,9	.	.	- 3,6	- 12,7	- 1,7	- 64,6	- 6,4	.
Ständig beschäftigte Arbeitskräfte der landwirtschaftlichen Betriebe 30.5.1960	Anzahl	11 120	1 280	3 700	6 140	20,1	39,0	220	130	520	40	910	8,2
Veränderung 1960 gegenüber 1949	in %	- 39,0	- 39,0	- 38,8	- 39,0	.	.	- 49,0	- 53,4	- 29,3	- 13,0	- 39,0	.
Einpendler 2) in die Gemeinden 6.6.1961	Anzahl	13 510	4 020	5 740	3 750	25,4	35,8	2 130	1 060	1 810	1 010	6 010	44,5
darunter aus Hamburg	"	2 350	1 150	1 010	170	32,8	37,6	430	190	60	370	1 050	45,1
darunter nach Hamburg	in %	17,2	28,6	17,6	4,5	.	.	20,2	17,9	3,3	36,6	17,5	.
Veränderung der Einpendlerzahlen 1961 gegenüber 1950	"	+ 53,5	+ 30,1	+ 88,8	+ 40,4	.	.	+ 136,1	+ 153,6	+ 26,7	+ 181,3	+ 93,4	.
Auspender 2) aus den Gemeinden 6.6.1961	Anzahl	40 010	12 350	19 740	7 920	30,9	42,9	5 420	3 010	1 630	3 050	13 110	32,8
darunter nach Hamburg	"	29 310	9 930	15 930	3 450	34,8	46,2	5 130	2 700	1 020	2 320	11 170	38,1
darunter nach Hamburg	in %	73,3	80,4	80,7	43,6	.	.	94,6	89,7	62,6	76,1	85,2	.
Veränderung der Auspendlerzahlen 1961 gegenüber 1950	"	+ 55,9	+ 54,0	+ 56,9	+ 56,2	.	.	+ 82,6	+ 70,2	+ 158,7	+ 55,1	+ 78,8	.
Wohngebäude 6.6.1961	Anzahl	30 050	6 700	14 550	8 800	27,9	41,9	3 510	2 720	2 300	1 600	10 130	33,7
Veränderung 1961 gegenüber 1950	in %	+ 42,8	+ 59,5	+ 40,6	+ 35,4	.	.	+ 65,6	+ 15,8	+ 67,2	+ 74,7	+ 49,8	.
Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden 6.6.1961	Anzahl	51 000	11 150	24 550	15 300	28,1	40,4	6 190	5 760	4 730	3 080	19 760	38,7
Veränderung 1961 gegenüber 1950	in %	+ 61,4	+ 82,8	+ 61,0	+ 49,3	.	.	+ 105,4	+ 41,9	+ 69,9	+ 118,1	+ 75,4	.

1) Soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht.-

2) Dazu gehören auch Einpendler bzw. Auspendler, die zwischen solchen Gemeinden pendeln, die innerhalb der bezeichneten Gebiete liegen.

Statistische Merkmale für Sektoren, Entfernungszonen und größere Gemeinden

Teil 4: Sektor West

Statistische Merkmale	Sektor insgesamt	davon Entfernungszonen			Anteil (Sp.1) in % am Umland Hamburg		Gemeinden mit 5 000 und mehr Einwohnern		Gemeinden zusammen		
		bis 20 km	20 bis 30 km	30 bis 40 km	insgesamt	südlich der Elbe	Stade, Stadt	Burteheide, Stadt	absolut/% (Sp.7 + Sp.8)	Anteil am Sektor West in %	
											1
Gemeinden	Anzahl	77	17	31	29	18,6	39,3	1	1	2	2,6
Fläche 6.6.1961	in ha	84 152	13 220	30 238	40 694	19,6	42,5	4 278	1 829	6 107	7,3
Wohnbevölkerung 6.6.1961	Anzahl	111 500	15 200	41 800	54 500	16,8	51,3	30 530	15 730	46 260	41,5
darunter weiblich	"	57 600	7 550	21 550	28 500	16,7	51,4	16 350	8 190	24 540	42,6
Veränderung der Wohnbevölkerung 1961 gegenüber 1950	in %	- 6,0	+ 4,5	- 9,1	- 6,2	.	.	+ 1,7	+ 15,0	+ 5,9	.
" " " " 1961 " " 1939	"	+ 58,8	+ 85,4	+ 64,2	+ 49,1	.	.	+ 56,0	+ 112,3	+ 71,5	.
Wohnbevölkerung je qkm 1939	Anzahl	85	62	84	90	.	.	457	405	442	.
" " " " 1950	"	141	110	152	143	.	.	701	748	715	.
" " " " 1961	"	132	115	138	134	.	.	714	860	758	.
Privathaushalte 6.6.1961	Anzahl	35 050	4 600	13 100	17 350	15,9	51,6	10 650	5 430	16 080	45,9
Veränderung 1961 gegenüber 1950	in %	- 0,4	+ 10,8	- 2,2	- 1,7	.	.	+ 4,4	+ 17,1	+ 8,4	.
Erwerbspersonen 6.6.1961	Anzahl	50 200	7 350	18 800	24 050	16,6	49,9	12 730	6 440	19 170	38,2
darunter weiblich	"	17 300	2 350	6 550	8 400	16,4	49,1	4 550	2 210	6 740	39,0
Veränderung der Erwerbspersonen insgesamt 1961 gegenüber 1950	in %	- 2,6	+ 9,7	- 6,5	- 2,8	.	.	+ 6,3	+ 19,3	+ 10,4	.
darunter weiblich	"	- 2,5	+ 2,2	- 7,1	± 0	.	.	+ 17,1	+ 25,2	+ 19,7	.
Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten 6.6.1961	Anzahl	5 400	700	2 100	2 600	19,8	54,3	1 380	770	2 150	39,8
darunter der Wirtschaftsbereiche	"										
Produzierendes Gewerbe	"	1 450	200	550	700	19,2	51,8	325	180	505	34,8
Handel	"	1 850	200	800	850	19,1	56,1	500	305	805	43,5
Verkehr und Dienstleistungen 1)	"	1 800	300	600	900	21,9	55,4	440	250	690	38,3
Veränderung 1961 gegenüber 1950	in %	+ 2,9	+ 16,7	± 0	+ 2,0	.	.	+ 0,9	+ 16,8	+ 6,1	.
Arbeitsstätten insgesamt	"										
darunter Wirtschaftsbereich	"										
Produzierendes Gewerbe	"	- 25,6	- 20,0	- 26,7	- 26,3	.	.	- 28,7	- 28,9	- 28,8	.
Beschäftigte 6.6.1961	Anzahl	31 800	2 850	11 050	17 900	18,5	58,7	13 160	5 830	18 990	59,7
darunter der Wirtschaftsbereiche	"										
Produzierendes Gewerbe	"	12 950	1 200	4 800	6 950	14,7	55,7	4 760	2 770	7 530	58,1
Handel	"	7 100	500	3 000	3 600	22,1	62,6	2 520	1 430	3 950	55,6
Verkehr und Dienstleistungen 1)	"	7 300	950	2 400	3 500	22,9	56,6	2 780	1 140	3 920	53,7
Veränderung 1961 gegenüber 1950	in %	+ 44,2	+ 67,6	+ 37,3	+ 45,5	.	.	+ 49,4	+ 63,9	+ 53,6	.
Beschäftigte insgesamt	"										
darunter Wirtschaftsbereich	"	+ 18,3	+ 41,2	+ 17,1	+ 15,8	.	.	+ 20,8	+ 42,2	+ 27,8	.
Produzierendes Gewerbe	"										
Land- und forstwirtschaftliche Betriebe 30.5.1960	Anzahl	4 720	800	1 850	2 070	22,2	43,9	160	105	265	5,6
Veränderung 1960 gegenüber 1949	in %	- 7,1	- 11,1	- 8,0	- 4,6	.	.	- 36,3	- 34,4	- 35,5	.
Landwirtschaftliche Nutzfläche 30.5.1960	in ha	56 030	7 300	21 560	27 170	20,0	47,9	1 940	755	2 695	4,8
Veränderung 1960 gegenüber 1949	in %	+ 1,8	- 3,2	+ 1,9	+ 3,2	.	.	- 10,0	- 16,3	- 11,9	.
Ständig beschäftigte Arbeitskräfte der landwirtschaftlichen Betriebe 30.5.1960	Anzahl	12 720	2 120	5 270	5 330	23,1	47,7	340	255	595	4,7
Veränderung 1960 gegenüber 1949	in %	- 35,4	- 36,0	- 36,4	- 34,3	.	.	- 52,4	- 42,8	- 48,7	.
Einpendler 2) in die Gemeinden 6.6.1961	Anzahl	8 820	700	3 500	4 620	16,6	57,5	3 350	1 770	5 120	58,0
darunter aus Hamburg	in %	360	120	140	100	5,1	39,6	50	90	140	38,9
Veränderung der Einpendlerzahlen 1961 gegenüber 1950	"	+ 116,7	+ 133,3	+ 130,3	+ 105,3	.	.	+ 96,1	+ 202,6	+ 123,3	.
Auspender 2) aus den Gemeinden 6.6.1961	Anzahl	14 340	3 350	6 000	4 990	11,1	39,8	1 550	1 930	3 480	24,3
darunter nach Hamburg	in %	6 970	2 640	3 080	1 250	8,3	33,4	780	1 610	2 390	34,3
Veränderung der Auspendlerzahlen 1961 gegenüber 1950	"	+ 149,0	+ 141,0	+ 112,8	+ 221,9	.	.	+ 303,6	+ 185,9	+ 228,6	.
Wohngebäude 6.6.1961	Anzahl	17 750	2 650	6 550	8 550	16,5	49,5	4 450	2 140	6 590	37,1
Veränderung 1961 gegenüber 1950	in %	+ 40,3	+ 51,4	+ 32,3	+ 43,7	.	.	+ 62,8	+ 64,9	+ 63,5	.
Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden 6.6.1961	Anzahl	28 550	3 750	10 450	14 350	15,8	51,9	8 670	4 260	12 930	45,3
Veränderung 1961 gegenüber 1950	in %	+ 50,3	+ 70,5	+ 46,2	+ 48,7	.	.	+ 56,0	+ 70,2	+ 60,4	.

1) Soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht.

2) Dazu gehören auch Einpendler bzw. Auspendler, die zwischen solchen Gemeinden pendeln, die innerhalb der bezeichneten Gebiete liegen.

Zu Tabelle 5:

Statistische Merkmale für die Gemeinden über 2 000 Einwohner
im Hamburger Umland bis 40 km

Alphabetisches Verzeichnis der in Tabelle 5 Teil 1 und 2 aufgeführten
Gemeinden mit Angaben des Sektors und der Entfernungszonen

Gemeinden	Sektoren	Entfernungszonen	Gemeinden	Sektoren	Entfernungszonen
Ahrensburg, Stadt	NO	20-30 km	Jork	W	20-30 km
Appen	NW	20-30 km	Jesteburg	S	20-30 km
Assel	W	30-40 km	Kaltenkirchen	NW	30-40 km
Aumühle	NO	20-30 km	Lütjensee	NO	20-30 km
Bad Oldesloe, Stadt	NO	30-40 km	Maschen	S	bis 20 km
Bardowick, Flecken	S	30-40 km	Meckelfeld	S	bis 20 km
Bargteheide	NO	20-30 km	Moorrege	NW	20-30 km
Barmstedt, Stadt	NW	30-40 km	Oststeinbek	NO	bis 20 km
Barsbüttel	NO	bis 20 km	Pinneberg, Stadt	NW	bis 20 km
Börnsen	NO	20-30 km	Quickborn	NW	20-30 km
Borstel	W	bis 20 km	Reinbek, Stadt	NO	bis 20 km
Buchholz i.d.N., Stadt	S	20-30 km	Rellingen	NW	bis 20 km
Bünningstedt	NO	20-30 km	Schenefeld	NW	bis 20 km
Bützfleth	W	30-40 km	Schönningstedt	NO	bis 20 km
Buxtehude, Stadt	W	20-30 km	Schwarzenbek, Stadt	NO	30-40 km
Ellerbek	NW	bis 20 km	Stade, Stadt	W	30-40 km
Elmshorn, Stadt	NW	30-40 km	Stelle	S	bis 20 km
Fleestedt	S	bis 20 km	Sülfeld	NO	30-40 km
Friedrichsgabe	NW	bis 20 km	Tornesch	NW	20-30 km
Garstedt	NW	bis 20 km	Tostedt	S	30-40 km
Geesthacht, Stadt	NO	20-30 km	Trittau	NO	20-30 km
Glashütte	NW	bis 20 km	Uetersen, Stadt	NW	20-30 km
Glinde	NO	bis 20 km	Ulzburg	NW	20-30 km
Großhansdorf	NO	20-30 km	Wedel, Stadt	NW	bis 20 km
Halstenbek	NW	bis 20 km	Wentorf b. Hmb.	NO	bis 20 km
Harksheide	NW	bis 20 km	Winsen (Luhe), Stadt	S	20-30 km
Harsefeld, Flecken	W	30-40 km	Wohltorf	NO	bis 20 km
Henstedt	NW	20-30 km	Wulmstorf	W	bis 20 km
Hittfeld	S	bis 20 km			
Hoisdorf	NO	20-30 km			
Horneburg, Flecken	W	20-30 km			
Horst (Holstein)	NW	30-40 km			

Teil 1: Wohnbevölkerung, Privathaushalte, Erwerbspersonen, Pendler, Wohngebäude

Gemeinden über 2000 Einwohner	Wohnbevölkerung					Privat- haushalte 6.6.1961	Erwerbs- personen 6.6.1961	Einpender 6. 6. 1961 Ingesamt	darunter aus Hamburg	Auspendler 6. 6. 1961 Ingesamt	darunter nach Hamburg
	17.5. 1959	13.9. 1950	6.6. 1961	Zu- (+) oder Abnahme (-) in % 1961 gegenüber							
				1939	1950						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
Sektor											
Entfernungszone bis 20 km											
Pinneberg, Stadt	13 866	26 426	28 397	+ 104,8	+ 7,5	9 968	12 513	4 521	489	4 745	3 740
Wedel, Stadt	8 292	16 417	24 951	+ 200,9	+ 52,0	9 031	11 411	1 864	884	4 611	4 439
Garstedt	4 633	9 189	12 875	+ 177,9	+ 40,1	4 630	6 147	1 492	552	4 106	3 754
Harksheide	2 792	6 043	10 544	+ 277,7	+ 74,5	3 669	4 889	1 227	412	3 330	2 753
Schenefeld	2 944	5 844	8 834	+ 200,1	+ 51,2	3 036	4 229	1 023	573	2 632	2 526
Halstenbek	3 668	6 514	7 337	+ 100,0	+ 12,6	2 605	3 520	591	81	2 219	1 629
Rellingen	3 469	6 894	6 837	+ 97,1	- 0,8	2 402	3 199	594	44	1 941	1 143
Friedrichsgabe	1 230	2 448	4 602	+ 274,1	+ 88,0	1 553	2 143	444	60	1 510	1 067
Glashütte	1 648	2 667	3 055	+ 85,4	+ 14,5	919	1 533	190	75	915	723
Ellerbek	782	1 548	2 087	+ 166,9	+ 34,8	683	980	72	14	689	516
Entfernungszone 20 bis 30 km											
Uetersen, Stadt	7 788	15 433	16 032	+ 105,9	+ 3,9	5 677	6 919	2 039	89	1 947	897
Quickborn	3 982	8 104	9 437	+ 137,0	+ 16,4	3 180	4 250	847	51	2 014	1 397
Tornesch	3 112	6 189	6 686	+ 114,8	+ 8,0	2 307	2 947	546	29	1 644	810
Appen	3 156	3 273	4 436	+ 40,6	+ 35,5	818	1 167	420	24	621	141
Moorrege	1 534	3 023	3 220	+ 109,9	+ 6,5	1 047	1 372	105	-	956	129
Henstedt	1 227	2 697	2 825	+ 130,2	+ 4,7	987	1 270	104	-	736	442
Ulsburg	856	2 243	2 729	+ 218,8	+ 21,7	914	1 214	219	15	754	481
Entfernungszone 30 bis 40 km											
Elmsborn, Stadt	22 230	36 186	34 962	+ 57,3	- 3,4	12 965	15 584	3 749	154	4 211	2 797
Barmstedt, Stadt	4 455	8 896	7 921	+ 77,8	- 11,0	2 831	3 555	790	16	983	323
Kaltenkirchen	2 000	4 563	5 069	+ 153,5	+ 11,1	1 721	2 172	651	14	619	314
Horst (Holstein)	2 613	5 148	3 946	+ 51,0	- 12,3	1 320	1 770	204	-	625	147
zusammen	96 277	179 745	206 782	+ 114,8	+ 15,0	72 263	92 784	21 692	3 578	41 808	30 168
in % des Sektors	72,0	70,5	78,4	.	.	80,6	77,7	89,4	92,5	78,5	88,5
Sektor											
Entfernungszone bis 20 km											
Reinbek, Stadt	4 032	9 436	10 806	+ 168,0	+ 14,5	3 956	4 980	1 013	367	3 046	2 324
Glinde	2 173	5 667	6 738	+ 210,1	+ 18,9	2 299	3 185	1 802	403	1 778	1 516
Wentorf b. Hamburg	5 072	5 143	5 244	+ 3,4	+ 2,0	1 784	2 276	328	132	1 594	1 303
Schönningstedt	1 493	3 613	4 128	+ 176,5	+ 14,3	1 297	1 654	215	47	1 114	653
Barsbüttel	863	2 413	3 043	+ 252,6	+ 26,1	1 050	1 424	120	81	1 092	1 048
Oststeinbek	1 222	2 466	2 802	+ 129,3	+ 13,6	1 031	1 271	120	28	972	877
Wohltorf	851	2 137	2 271	+ 166,9	+ 6,3	795	1 035	75	22	752	560
Entfernungszone 20 bis 30 km											
Ahrensburg, Stadt	8 136	17 586	21 178	+ 160,3	+ 20,4	7 782	9 873	2 129	429	5 418	5 125
Geesthacht, Stadt	8 267	20 812	20 809	+ 151,7	- 0,0	7 610	9 254	1 058	185	3 014	2 698
Großhansdorf	1 941	5 173	6 015	+ 209,9	+ 16,3	2 101	2 647	374	113	1 778	1 512
Bargtheide	3 050	6 658	5 730	+ 87,9	- 13,9	2 007	2 539	512	79	1 784	952
Trittau	2 119	4 870	4 313	+ 103,5	- 11,4	1 549	1 858	504	37	743	536
Aumühle	1 527	3 743	3 506	+ 129,6	- 6,3	1 292	1 470	374	70	878	762
Holsdorf	875	2 529	2 359	+ 169,6	- 6,7	805	1 000	37	2	668	490
Börnsen	1 132	2 286	2 236	+ 97,5	- 2,2	790	1 003	93	30	716	621
Bünningstedt	1 002	2 124	2 206	+ 120,2	+ 3,9	771	974	24	2	772	501
Lütjensee	948	2 387	2 050	+ 116,2	- 14,1	688	904	116	8	443	300
Entfernungszone 30 bis 40 km											
Bad Oldesloe, Stadt	8 281	14 944	15 988	+ 93,1	+ 7,0	5 812	7 219	1 813	62	1 634	1 015
Schwarzenbek, Stadt	2 300	6 732	7 803	+ 239,3	+ 15,9	2 888	3 415	915	67	1 269	937
Bülfeld	1 418	2 711	2 404	+ 69,5	- 11,3	711	1 086	67	2	335	124
zusammen	56 702	123 430	131 629	+ 132,1	+ 6,6	47 018	59 067	11 689	2 166	29 400	23 854
in % des Sektors	63,7	64,3	72,4	.	.	74,6	72,3	86,5	93,0	73,5	81,4
Sektor											
Entfernungszone bis 20 km											
Meckelfeld	1 615	2 816	3 455	+ 113,9	+ 22,7	1 161	1 655	182	76	1 239	1 187
Stelle	1 816	3 044	3 232	+ 78,0	+ 6,2	1 020	1 511	177	10	761	614
Maschen	1 064	2 485	2 733	+ 156,9	+ 10,0	904	1 244	125	20	760	683
Hittfeld	1 306	2 435	2 451	+ 87,7	+ 0,7	733	1 079	248	46	572	506
Fleestedt	797	1 403	2 097	+ 163,1	+ 49,5	729	1 007	154	33	742	698
Entfernungszone 20 bis 30 km											
Winaen (Luhe), Stadt	5 446	8 886	9 703	+ 78,2	+ 9,2	3 478	4 447	1 724	50	1 257	1 031
Buchholz i.d.N.	3 113	6 723	8 574	+ 175,4	+ 27,5	2 938	3 693	821	77	1 590	1 400
Jesteburg	1 008	2 148	2 789	+ 176,7	+ 29,8	820	1 163	130	8	461	332
Entfernungszone 30 bis 40 km											
Toastedt	2 172	3 813	4 080	+ 87,8	+ 7,0	1 315	1 833	385	14	693	459
Bardowick, Flecken	2 547	3 729	3 543	+ 39,1	- 5,0	1 148	1 724	281	1	517	105
zusammen	20 884	37 482	42 657	+ 104,3	+ 13,8	14 246	19 356	4 225	335	8 592	7 015
in % des Sektors	33,5	33,5	40,3	.	.	43,4	38,4	64,8	60,9	39,6	50,4
Sektor											
Entfernungszone bis 20 km											
Wulmstorf	565	1 276	4 255	+ 653,1	+ 233,5	1 336	1 812	196	55	1 212	1 111
Borstel	1 977	3 343	2 324	+ 17,6	- 30,5	684	1 170	47	5	277	106
Entfernungszone 20 bis 30 km											
Buxtehude, Stadt	7 410	13 677	15 735	+ 112,3	+ 15,0	5 433	6 435	1 769	89	1 933	1 611
Hornburg, Flecken	2 012	3 578	3 347	+ 66,4	- 6,5	1 116	1 468	387	6	546	308
Jork	1 507	2 773	2 126	+ 41,1	- 23,3	688	1 008	283	34	219	99
Entfernungszone 30 bis 40 km											
Stade, Stadt	19 570	30 009	30 530	+ 56,0	+ 1,7	10 652	12 725	3 354	50	1 554	778
Harsfeld, Flecken	2 419	4 302	3 951	+ 62,5	- 4,2	1 207	1 756	211	1	501	166
Assel	3 106	4 353	3 559	+ 14,6	- 18,2	1 115	1 585	116	-	444	20
Bütsfleth	2 434	4 111	3 396	+ 39,5	- 17,4	1 071	1 517	164	1	544	28
zusammen	41 000	67 222	69 203	+ 68,8	+ 2,9	23 302	29 476	6 527	241	7 230	4 227
in % des Sektors	58,4	56,7	62,1	.	.	66,5	58,7	74,0	66,9	50,4	60,6
Sektoren											
Alle Gemeinden über 2000 Einwohner in % des Hamburger Umlandes	214 863 60,5	407 879 60,2	450 271 67,9	+ 109,6	+ 10,4	156 829 71,1	200 683 66,5	44 133 83,1	6 320 88,9	87 030 67,3	65 264 77,4

Einwohner im Hamburger Umland bis 40 km

und Wohnungen sowie land- und forstwirtschaftliche Betriebe und Arbeitskräfte

Wohngebäude			Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden			Anteil der Mietwohnungen in %		Land- und forstwirtschaftliche Betriebe			Ständig beschäftigte Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben			Gemeinden über 2000 Einwohner
13.9. 1950	6.6. 1961	Zunahme 1961 gegenüber 1950 in %	13.9. 1950	6.6. 1961	Zunahme 1961 gegenüber 1950 in %	1950	1961	22.5. 1949	30.5. 1960	Zu(+)/oder Abnahme (-) 1960 gegenüber 1949 in %	22.5. 1949	30.5. 1960	Zu(+)/oder Abnahme (-) 1960 gegenüber 1949 in %	
12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	
Nordwest														
Entfernungszone bis 20 km														
2 520	3 878	53,9	4 640	8 216	77,1	61	64	153	127	- 17,0	631	436	- 30,9	Pinneberg, Stadt
1 449	3 113	114,8	2 755	7 582	175,2	65	70	157	120	- 23,6	676	414	- 38,8	Wedel, Stadt
1 238	2 169	75,2	1 740	3 878	122,6	48	57	121	93	- 23,1	401	244	- 39,2	Garstedt
844	1 897	124,8	1 160	3 124	169,3	40	56	102	74	- 27,5	242	138	- 43,0	Harksheide
692	1 468	112,1	1 074	1 468	36,7	49	52	75	61	- 18,7	250	164	- 34,4	Schensfeld
830	1 289	55,3	1 292	2 126	64,6	49	49	111	102	- 8,1	849	746	- 12,8	Halstenbek
764	1 158	51,6	1 266	1 833	44,8	53	51	110	112	+ 1,8	872	780	- 10,6	Bellingen
350	849	142,6	453	1 347	197,4	33	45	80	56	- 30,0	197	131	- 33,5	Friedrichsgabe
327	513	56,9	452	803	77,7	40	43	91	76	- 16,5	277	197	- 28,9	Glashütte
186	398	114,0	246	519	111,0	39	32	73	72	- 1,4	297	232	- 21,9	Ellerbek
Entfernungszone 20 bis 30 km														
1 661	2 271	36,7	2 998	4 753	58,5	64	70	107	70	- 34,6	329	178	- 45,9	Uetersen, Stadt
1 066	1 641	53,9	1 546	2 553	65,1	48	49	256	272	+ 6,3	712	454	- 36,2	Quickborn
767	1 188	54,9	1 160	1 908	64,5	49	48	151	128	- 15,2	558	325	- 41,8	Tornesch
258	375	45,3	423	643	52,0	55	55	117	126	+ 7,7	480	310	- 35,4	Appen
339	589	73,7	522	895	71,5	49	51	67	61	- 9,0	248	149	- 39,9	Moorroge
387	584	50,9	480	785	63,5	33	37	111	121	+ 9,0	341	224	- 34,3	Henstedt
249	577	131,7	364	894	129,1	53	57	42	46	+ 9,5	169	122	- 27,8	Ulsburg
Entfernungszone 30 bis 40 km														
3 545	4 566	28,8	7 350	11 155	51,8	66	70	169	125	- 26,0	760	879	+ 15,7	Elmshorn, Stadt
889	1 195	34,4	1 995	2 306	44,6	58	60	108	114	+ 5,6	375	319	- 14,9	Barmstedt, Stadt
428	741	73,1	663	1 431	115,8	54	61	115	99	- 13,9	308	187	- 39,3	Kaltenkirchen
549	708	29,0	818	1 139	39,2	48	49	169	149	- 11,8	786	426	- 45,8	Horat (Holstein)
19 338	31 167	61,2	32 997	59 293	79,7	.	.	2 485	2 204	- 11,3	9 758	7 049	- 27,8	zusammen
69,4	74,7	.	74,9	78,7	.	.	.	36,7	35,4	.	38,0	40,6	.	in % des Sektors
Nordost														
Entfernungszone bis 20 km														
916	1 599	74,6	1 412	3 084	118,4	50	61	13	15	+ 15,4	46	38	- 17,4	Reinbek, Stadt
736	1 029	39,8	920	1 567	70,3	63	62	39	21	- 46,2	175	103	- 41,1	Glinde
489	755	54,4	842	1 405	66,9	58	60	23	23	-	115	57	- 50,4	Wentorf b. Hamburg
324	594	83,3	548	1 055	92,5	56	56	42	41	- 2,4	263	143	- 45,6	Schönningstedt
296	543	83,4	384	803	109,1	33	44	25	15	- 40,0	123	64	- 48,0	Barbittell
329	570	73,3	446	792	77,6	37	36	40	26	- 35,0	120	66	- 45,0	Oststeinbek
206	374	81,6	335	674	101,2	53	55	27	14	- 48,1	68	39	- 42,6	Wohltorf
Entfernungszone 20 bis 30 km														
2 120	3 514	65,8	3 013	6 190	105,4	47	54	92	80	- 13,0	431	224	- 48,0	Ahrensburg, Stadt
2 349	2 719	15,8	4 058	5 764	42,0	72	71	96	57	- 40,6	279	128	- 54,1	Geesthacht, Stadt
628	1 170	86,3	857	1 716	100,2	43	42	63	46	- 27,0	138	61	- 55,8	Großhansdorf
721	934	29,5	1 119	1 608	43,7	55	53	109	71	- 34,9	291	174	- 40,2	Bargteheide
508	740	45,7	814	1 203	47,8	53	51	101	92	- 8,9	282	159	- 43,6	Trittau
365	597	63,6	620	1 118	80,3	69	65	46	16	- 65,2	226	12	- 94,7	Aumühle
274	466	70,1	349	615	76,2	34	35	71	70	- 1,4	221	159	- 28,1	Holsdorf
258	394	52,7	417	650	55,9	47	50	45	44	- 2,2	146	96	- 34,2	Börnsen
349	500	43,3	399	616	54,4	46	27	19	27	+ 42,1	85	68	- 20,0	Bhanningstedt
292	365	25,0	395	586	48,4	49	53	66	62	- 6,1	199	125	- 37,2	Mittjensee
Entfernungszone 30 bis 40 km														
1 376	2 303	67,4	2 784	4 734	70,0	67	66	149	183	+ 22,8	735	522	- 29,0	Bad Oldesloe, Stadt
537	938	74,7	1 252	2 407	92,3	72	75	72	45	- 37,5	189	81	- 57,1	Schwarzenbek, Stadt
311	411	32,2	402	624	55,2	38	46	165	146	- 11,5	525	320	- 39,0	Sulföld
13 384	20 515	53,3	21 366	37 211	74,2	.	.	1 303	1 094	- 16,0	4 657	2 639	- 43,3	zusammen
63,6	68,3	.	67,6	73,0	.	.	.	28,4	25,4	.	25,6	23,7	.	in % des Sektors
Süd														
Entfernungszone bis 20 km														
334	619	85,3	465	976	109,9	40	44	66	54	- 18,2	245	131	- 46,5	Meckelfeld
380	539	41,8	492	790	60,6	35	42	163	122	- 25,2	404	333	- 17,6	Stelle
350	529	51,1	413	726	75,8	30	36	112	92	- 17,9	266	172	- 35,3	Manchen
235	373	58,7	329	602	83,0	47	53	71	53	- 25,4	247	120	- 51,4	Hittfeld
163	378	131,9	234	571	144,0	41	44	26	31	+ 19,2	88	55	- 37,5	Fleestedt
Entfernungszone 20 bis 30 km														
908	1 425	56,9	1 740	2 830	62,6	59	64	68	87	+ 27,9	218	137	- 37,2	Winsen (Luhe), Stadt
788	1 467	86,2	1 132	2 286	101,9	49	54	216	82	- 62,0	274	135	- 50,7	Buchholz i.d.N.
272	444	63,2	362	634	75,1	44	42	95	54	- 43,2	215	83	- 61,0	Jeateburg
Entfernungszone 30 bis 40 km														
411	678	65,0	586	1 096	87,0	44	50	185	146	- 21,1	369	279	- 24,4	Tostedt
445	576	29,4	606	956	57,8	39	50	271	208	- 23,2	937	505	- 46,1	Bardowick, Flecken
4 286	7 028	64,0	6 359	11 467	80,3	.	.	1 273	929	- 27,0	3 261	1 950	- 40,2	zusammen
32,1	38,8	.	42,3	43,3	.	.	.	17,7	15,4	.	14,3	14,0	.	in % des Sektors
West														
Entfernungszone bis 20 km														
189	744	293,7	212	1 141	438,2	23	50	68	50	- 26,5	197	122	- 38,1	Wulmstorf
353	362	2,5	468	523	11,8	41	49	143	149	+ 4,2	737	445	- 39,6	Borstel
Entfernungszone 20 bis 30 km														
1 298	2 141	64,9	2 503	4 260	70,2	63	64	160	105	- 34,4	446	257	- 42,4	Burtebude, Stadt
393	525	33,6	633	942	48,8	54	56	92	74	- 19,6	305	177	- 42,0	Hornsborg, Flecken
256	306	19,5	387	520	34,4	51	62	100	90	- 10,0	617	363	- 41,2	Jork
Entfernungszone 30 bis 40 km														
2 733	4 448	62,8	5 556	8 669	56,0	71	70	251	161	- 35,9	714	342	- 52,1	Stade, Stadt
474	653	37,8	656	1 011	54,1	40	44	213	203	- 4,7	694	448	- 35,4	Harsefeld, Flecken
560	627	12,0	796	967	21,5	46	48	229	238	+ 3,1	794	507	- 36,1	Assel
484	600	24,0	684	901	31,7	49	52	173	167	- 3,5	732	410	- 44,0	Bütsfleth
6 740	10 406	54,4	11 895	18 934	59,2	.	.	1 429	1 235	- 13,6	5 236	3 071	- 41,3	zusammen
53,3	58,6	.	60,7	71,3	.	.	.	28,1	26,2	.	26,6	24,1	.	in % des Sektors
zusammen														
43 748	69 116	58,0	72 617	126 905	74,8	.	.	6 490	5 462	- 15,8	22 912	14 709	- 35,8	Alle Gemeinden über 2000 Einwohner
58,4	64,2	.	65,8	70,8	.	.	.	27,5	25,7	.	26,5	26,7	.	in % des Hamburger Umlandes

Teil 2: Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten und Beschäftigte nach den Arbeitsstättenzählungen am 13.9.1950 und 6.6.1961

Gemeinden über 2000 Einwohner	13.9.1950		6.6.1961				Zu-(+) oder Abnahme (-) 1961 gegenüber 1950		Anteil der Wirtschaftsbereiche			
	insgesamt	darunter Produzie- rendes Gewerbe	insgesamt	darunter			insgesamt	darunter Produzie- rendes Gewerbe	Produzierendes Gewerbe	Handel	Verkehr und Dienst- leistungen 1)	
				Produzie- rendes Gewerbe	Handel	Verkehr und Dienst- leistungen 1)			an den Arbeitsstätten insgesamt			
									1950	1961		
	Anzahl								in %			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
Sektor Nordwest												
Arbeitsstätten												
Entfernungszone bis 20 km												
Pinneberg, Stadt	971	443	1 073	250	413	336	+ 11,1	- 43,6	45,6	23,3	38,5	31,3
Wedel, Stadt	562	195	881	209	325	293	+ 56,8	+ 7,2	34,7	23,7	36,9	33,3
Garstedt	315	127	480	140	189	134	+ 52,4	+ 10,2	40,3	29,2	39,4	27,9
Harksheide	200	87	348	96	148	87	+ 74,0	+ 10,3	43,5	27,6	42,5	25,0
Schenefeld	201	74	352	96	142	91	+ 75,1	+ 29,7	36,8	27,3	40,3	25,9
Halstenbek	208	91	257	79	105	61	+ 23,6	- 13,2	43,8	30,7	40,9	23,7
Rellingen	274	111	274	60	117	82	-	- 45,9	40,5	21,9	42,7	29,9
Friedrichsgabe	84	33	142	45	57	35	+ 69,0	+ 36,4	39,3	31,7	40,1	24,6
Glashütte	74	34	113	36	41	25	+ 52,7	+ 5,9	45,9	31,9	36,3	22,1
Ellerbek	43	18	42	9	18	14	- 2,3	- 50,0	41,9	21,4	42,9	33,3
Entfernungszone 20 bis 30 km												
Uetersen, Stadt	658	274	728	214	272	199	+ 10,6	- 21,9	41,6	29,4	37,4	27,3
Quickborn	323	112	376	81	159	104	+ 16,4	- 27,7	34,7	21,5	42,3	27,7
Tornesch	218	89	229	69	100	48	+ 5,0	- 22,5	40,8	30,1	43,7	21,0
Appen	62	24	72	18	26	20	+ 16,1	- 25,0	38,7	25,0	36,1	27,8
Moorreege	86	37	117	30	34	41	+ 36,0	- 18,9	43,0	25,6	29,1	35,0
Henstedt	116	44	125	33	49	34	+ 7,8	- 25,0	37,9	26,4	37,2	27,2
Ulzburg	90	44	115	29	46	33	+ 27,8	- 34,1	48,9	25,2	40,0	28,7
Entfernungszone 30 bis 40 km												
Elmshorn, Stadt	1 634	642	1 621	424	661	456	- 0,8	- 34,0	39,3	26,2	40,8	28,1
Barmstedt, Stadt	504	202	460	128	184	123	- 8,7	- 36,6	40,1	27,8	40,0	26,7
Kaltenkirchen	247	99	286	86	98	81	+ 15,8	- 13,1	40,1	30,1	34,3	28,3
Horst (Holstein)	179	74	169	61	53	40	- 5,6	- 17,6	41,3	36,1	31,4	23,7
Z u s a m m e n	7 049	2 854	8 260	2 193	3 237	2 337	+ 17,2	- 23,2	40,5	26,5	39,2	28,3
in % des Sektors	75,3	75,1	79,0	74,3	83,0	80,6

1) Soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht.

noch: Teil 2: Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten und Beschäftigte nach den Arbeitsstättenzählungen am 13.9.1950 und 6.6.1961

Gemeinden über 2000 Einwohner	13.9.1950		6.6.1961				Zu-(+) oder Abnahme(-) 1961 gegenüber 1950		Anteil der Wirtschaftsbereiche			
	insgesamt	darunter Produzie- rendes Gewerbe	insgesamt	darunter			insgesamt	darunter Produzie- rendes Gewerbe	Produzierendes Gewerbe	Handel	Verkehr und Dienst- leistungen ¹⁾	
				Produzie- rendes Gewerbe	Handel	Verkehr und Dienst- leistungen ¹⁾			an den Beschäftigten insgesamt			
									in %			
	Anzahl								in %			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
noch: Sektor Nordwest												
Beschäftigte												
Entfernungszone bis 20 km												
Pinneberg, Stadt	7 495	5 047	11 158	6 337	1 555	1 621	+ 48,9	+ 25,6	67,3	56,8	13,9	14,5
Wedel, Stadt	4 145	2 439	7 851	5 030	1 030	1 138	+ 89,4	+ 106,2	58,8	64,1	13,1	14,5
Garstedt	1 309	842	3 433	2 205	579	448	+ 162,3	+ 161,9	64,3	64,2	16,9	13,0
Harksheide	751	501	2 662	1 531	712	296	+ 254,5	+ 205,6	66,7	57,5	26,7	11,1
Schenefeld	1 079	806	2 850	2 081	420	206	+ 164,1	+ 158,2	74,7	73,0	14,7	7,2
Halstenbek	671	352	1 039	493	261	180	+ 54,8	+ 40,1	52,5	47,4	25,1	17,3
Rellingen	839	381	1 159	351	467	222	+ 38,1	- 7,9	45,4	30,3	40,3	19,2
Friedrichsgabe	250	146	969	696	131	98	+ 287,6	+ 376,7	58,4	71,8	13,5	10,1
Glashütte	155	80	475	242	88	65	+ 206,5	+ 202,5	51,6	50,9	18,5	13,7
Ellerbek	74	35	204	39	126	37	+ 175,7	+ 11,4	47,3	19,1	61,8	18,1
Entfernungszone 20 bis 30 km												
Uetersen, Stadt	4 317	3 044	7 022	4 759	937	830	+ 62,7	+ 56,3	70,5	67,8	13,3	11,8
Quickborn	1 057	491	2 557	1 477	414	378	+ 141,9	+ 200,8	46,5	57,8	16,2	14,8
Tornesch	1 006	702	1 404	815	252	253	+ 39,6	+ 16,1	69,8	58,0	17,9	18,0
Appen	169	76	186	42	41	60	+ 10,1	- 44,7	45,0	22,6	22,0	32,3
Moorrege	375	205	468	225	78	105	+ 24,8	+ 9,8	54,7	48,1	16,7	22,4
Henstedt	322	170	413	205	114	68	+ 28,3	+ 20,6	52,8	49,6	27,6	16,5
Ulzburg	382	132	495	189	148	126	+ 29,6	+ 43,2	34,6	38,2	29,9	25,5
Entfernungszone 30 bis 40 km												
Elmshorn, Stadt	10 446	5 653	14 633	6 682	3 375	3 089	+ 40,1	+ 18,2	54,1	45,7	23,1	21,1
Barmstedt, Stadt	2 384	1 410	3 015	1 746	562	476	+ 26,5	+ 23,8	59,1	57,9	18,6	15,8
Kaltenkirchen	1 068	557	2 072	1 179	409	332	+ 94,0	+ 111,7	52,2	56,9	19,7	16,0
Horst (Holstein)	791	528	918	580	142	130	+ 16,1	+ 9,8	66,8	63,2	15,5	14,2
Z u s a m m e n	39 085	23 597	64 983	36 904	11 841	10 158	+ 66,3	+ 56,4	60,4	56,8	18,2	15,6
in % des Sektors	85,9	86,6	88,1	88,2	88,7	87,2

1) Soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht.

noch: Teil 2: Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten und Beschäftigte nach den Arbeitsstättenzählungen am 13.9.1950 und 6.6.1961

Gemeinden über 2000 Einwohner	13.9.1950		6.6.1961				Zu-(+) oder Abnahme(-) 1961 gegenüber 1950		Anteil der Wirtschaftsbereiche			
	insgesamt	darunter Produzierendes Gewerbe	insgesamt	darunter			insgesamt	darunter Produzierendes Gewerbe	Produzierendes Gewerbe	Handel	Verkehr und Dienstleistungen 1)	
				Produzierendes Gewerbe	Handel	Verkehr und Dienstleistungen 1)			an den Arbeitsstätten insgesamt			
								in %				
	Anzahl							in %				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
Sektor Nordost												
Arbeitsstätten												
Entfernungszone bis 20 km												
Reinbek, Stadt	304	104	417	84	154	143	+ 37,2	- 19,2	34,2	20,1	36,9	34,3
Glinde	159	41	197	42	89	50	+ 23,9	+ 2,4	25,8	21,3	45,2	25,4
Wentorf b. Hamburg	202	70	174	46	73	45	- 13,9	- 34,3	34,7	26,4	42,0	25,9
Schönningstedt	82	32	101	33	33	29	+ 23,2	+ 3,1	39,0	32,7	32,7	28,7
Barsbüttel	61	21	79	16	35	22	+ 29,5	- 23,8	34,4	20,3	44,3	27,8
Oststeinbek	62	21	73	18	35	18	+ 17,7	- 14,3	33,9	24,7	47,9	24,7
Wohltorf	52	19	72	18	32	19	+ 38,5	- 5,3	36,5	25,0	44,4	26,4
Entfernungszone 20 bis 30 km												
Ahrensburg, Stadt	685	243	786	190	310	232	+ 14,7	- 21,8	35,5	24,2	39,4	29,5
Geesthacht, Stadt	743	253	801	198	333	230	+ 7,8	- 21,7	34,1	24,7	41,6	28,7
Großhansdorf	202	49	211	38	87	70	+ 4,5	- 22,4	24,3	18,0	41,2	33,2
Bargtheide	325	123	277	77	107	72	- 14,8	- 37,4	37,8	27,8	38,6	26,0
Trittau	240	98	217	72	69	61	- 9,6	- 26,5	40,8	33,2	31,8	28,1
Aumühle	161	57	154	38	53	59	- 4,3	- 33,3	35,4	24,7	34,4	38,3
Hoisdorf	73	29	66	19	26	16	- 9,6	- 34,5	39,7	28,8	39,4	24,2
Börnsen	69	21	68	13	28	19	- 1,4	- 38,1	30,4	19,1	41,2	27,9
Bünningstedt	50	25	65	18	21	18	+ 30,0	- 28,0	50,0	27,7	32,3	27,7
Lütjensee	93	37	98	20	29	39	+ 5,4	- 45,9	39,8	20,4	29,6	39,8
Entfernungszone 30 bis 40 km												
Bad Oldesloe, Stadt	717	248	816	180	301	261	+ 13,8	- 27,4	34,6	22,1	36,9	32,0
Schwarzenbek, Stadt	301	113	342	85	137	101	+ 13,6	- 24,8	37,5	24,9	40,1	29,5
Sülzfeld	114	55	105	37	30	27	- 7,9	- 32,7	48,2	35,2	28,6	25,7
Z u s a m m e n	4 695	1 659	5 119	1 242	1 982	1 531	+ 9,0	- 25,1	35,3	24,3	38,7	29,9
in % des Sektors	69,6	66,4	73,7	69,0	79,3	74,7

1) Soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht.

noch: Teil 2: Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten und Beschäftigte nach den Arbeitsstättenzählungen am 13.9.1950 und 6.6.1961

Gemeinden über 2000 Einwohner	13.9.1950		6.6.1961				Zu-(+) oder Abnahme (-) 1961 gegenüber 1950		Anteil der Wirtschaftsbereiche			
	insgesamt	darunter Produzie- rendes Gewerbe	insgesamt	darunter			insgesamt	darunter Produzie- rendes Gewerbe	Produzierendes Gewerbe		Handel	Verkehr und Dienst- leistungen 1)
				Produzie- rendes Gewerbe	Handel	Verkehr und Dienst- leistungen 1)			an den Beschäftigten insgesamt			
									1950	1961		
	Anzahl								in %			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
noch: Sektor Nordost												
Beschäftigte												
Entfernungszone bis 20 km												
Reinbek, Stadt	1 431	533	2 665	816	522	646	+ 86,2	+ 53,1	37,2	30,6	19,6	24,2
Glinde	526	234	3 122	2 610	265	153	+ 493,5	+ 1015,4	44,5	83,6	8,5	4,9
Wentorf b. Hamburg	794	446	699	238	191	137	- 12,0	- 46,6	56,2	34,0	27,5	19,6
Schönningstedt	411	279	704	455	69	80	+ 71,3	+ 63,1	67,9	64,6	9,8	11,4
Barsbüttel	291	142	310	118	93	65	+ 6,5	- 16,9	48,8	38,1	30,0	21,0
Oststeinbek	164	67	342	192	72	66	+ 108,5	+ 186,6	40,9	56,1	21,1	19,3
Wohltorf	209	96	375	247	63	47	+ 79,4	+ 157,3	45,9	65,9	16,8	12,5
Entfernungszone 20 bis 30 km												
Ahrensburg, Stadt	3 496	2 122	6 031	3 259	1 066	993	+ 72,5	+ 53,6	60,7	54,0	17,7	16,5
Geesthacht, Stadt	4 067	2 302	7 398	4 377	1 035	881	+ 81,9	+ 90,1	56,6	59,2	14,0	11,9
Großhansdorf	710	179	989	237	216	152	+ 39,3	+ 32,4	25,2	24,0	21,8	15,4
Bargteheide	1 546	900	1 488	762	356	240	- 3,8	- 15,3	58,2	51,2	23,9	16,1
Trittau	1 145	705	1 400	779	253	276	+ 22,3	+ 10,5	61,6	55,6	18,1	19,7
Aumühle	648	317	686	219	147	280	+ 5,9	- 30,9	48,9	31,9	21,4	40,8
Hoisdorf	213	86	208	86	55	36	- 2,3	-	40,4	41,3	26,4	17,3
Börnsen	179	86	284	144	63	41	+ 58,7	+ 67,4	48,0	50,7	22,2	14,4
Bünningstedt	114	57	189	90	38	28	+ 65,8	+ 57,9	50,0	47,6	20,1	14,8
Lütjensee	291	119	432	140	86	117	+ 48,5	+ 17,6	40,9	32,4	19,9	27,1
Entfernungszone 30 bis 40 km												
Bad Oldesloe, Stadt	4 504	2 217	7 042	2 960	1 222	1 388	+ 56,3	+ 33,5	49,2	42,0	17,4	19,7
Schwarzenbek, Stadt	1 520	815	2 883	1 904	416	408	+ 89,7	+ 133,6	53,6	66,0	14,4	14,2
Sülfeld	449	172	787	391	62	74	+ 75,3	+ 127,3	38,3	49,7	7,9	9,4
Z u s a m m e n	22 708	11 874	38 034	20 024	6 290	6 108	+ 67,5	+ 68,6	52,3	52,6	16,5	16,1
in % des Sektors	81,0	80,2	86,6	87,3	85,0	83,7

1) Soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht.

noch: Teil 2: Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten und Beschäftigte nach den Arbeitsstättenzählungen am 13.9.1950 und 6.6.1961

Gemeinden über 2000 Einwohner	13.9.1950		6.6.1961				Zu-(+) oder Abnahme(-) 1961 gegenüber 1950		Anteil der Wirtschaftsbereiche			
	insgesamt	darunter Produzie- rendes Gewerbe	insgesamt	darunter			insgesamt	darunter Produzie- rendes Gewerbe	Produzierendes Gewerbe	Handel	Verkehr und Dienst- leistungen ¹⁾	
				Produzie- rendes Gewerbe	Handel	Verkehr und Dienst- leistungen ¹⁾					an den Arbeitsstätten/Beschäftigten insgesamt	
									1950	1961		
	Anzahl											
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
Sektor Süd												
Arbeitsstätten												
Entfernungszone bis 20 km												
Meckelfeld	81	28	99	28	39	27	+ 22,2	-	34,6	28,3	39,4	27,3
Stelle	134	51	129	44	48	32	- 3,7	- 13,7	38,1	34,1	37,2	24,8
Maschen	101	41	106	32	38	29	+ 5,0	- 22,0	40,6	30,2	35,8	27,4
Hittfeld	127	49	127	33	43	42	-	- 32,7	38,6	26,0	33,9	33,1
Fleestedt	57	21	66	24	21	18	+ 15,8	+ 14,3	36,8	36,4	31,8	27,3
Entfernungszone 20 bis 30 km												
Winsen (Luhe), Stadt	551	192	561	144	210	168	+ 1,8	- 25,0	34,8	25,7	37,4	29,9
Buchholz i.d.N., Stadt	286	103	378	97	133	127	+ 32,2	- 5,8	36,0	25,7	35,2	33,6
Jesteburg	128	48	144	38	48	50	+ 12,5	- 20,8	37,5	26,4	33,3	34,7
Entfernungszone 30 bis 40 km												
Tostedt	221	88	247	76	78	77	+ 11,8	- 13,6	39,8	30,8	31,6	31,2
Bardowick, Flecken	157	53	162	48	61	44	+ 3,2	- 9,4	33,8	29,6	37,7	27,2
Z u s a m m e n	1 843	674	2 019	564	719	614	+ 9,5	- 16,3	36,6	27,9	35,6	30,4
in % des Sektors	40,5	37,4	44,4	41,8	49,6	42,3
Beschäftigte												
Entfernungszone bis 20 km												
Meckelfeld	297	113	399	176	74	126	+ 34,3	+ 55,8	38,0	44,1	18,5	31,6
Stelle	474	169	637	354	137	128	+ 34,4	+ 109,5	35,7	55,6	21,5	20,1
Maschen	316	192	487	258	102	89	+ 54,1	+ 34,4	60,8	53,0	20,9	18,3
Hittfeld	464	166	586	240	128	147	+ 26,3	+ 44,6	35,8	41,0	21,8	25,1
Fleestedt	198	111	366	258	53	39	+ 84,8	+ 132,4	56,1	70,5	14,5	10,7
Entfernungszone 20 bis 30 km												
Winsen (Luhe), Stadt	3 190	1 599	4 871	2 017	987	1 033	+ 52,7	+ 26,1	50,1	41,4	20,3	21,2
Buchholz i.d.N., Stadt	2 203	835	2 666	900	478	942	+ 21,0	+ 7,8	37,9	33,8	17,9	35,3
Jesteburg	517	242	702	292	119	258	+ 35,8	+ 20,7	46,8	41,6	17,0	36,8
Entfernungszone 30 bis 40 km												
Tostedt	1 071	412	1 247	554	299	263	+ 16,4	+ 34,5	38,5	44,4	24,0	21,1
Bardowick, Flecken	732	497	974	636	158	159	+ 33,1	+ 28,0	67,9	65,3	16,2	16,3
Z u s a m m e n	9 462	4 336	12 935	5 685	2 535	3 184	+ 36,7	+ 31,1	45,8	44,0	19,6	24,6
in % des Sektors	53,0	49,0	57,9	55,2	59,6	56,9

1) Soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht.

noch: Teil 2: Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten und Beschäftigte nach den Arbeitsstättenzählungen am 13.9.1950 und 6.6.1961

Gemeinden über 2000 Einwohner	13.9.1950		6.6.1961				Zu-(+) oder Abnahme (-) 1961 gegenüber 1950		Anteil der Wirtschaftsbereiche			
	insgesamt	darunter Produzierendes Gewerbe	insgesamt	darunter			insgesamt	darunter Produzierendes Gewerbe	Produzierendes Gewerbe	Handel	Verkehr und Dienstleistungen 1)	
				Produzierendes Gewerbe	Handel	Verkehr und Dienstleistungen 1)			an den Arbeitsstätten/Beschäftigten insgesamt			
									1950	1961		
	Anzahl								in %			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
Sektor West												
Arbeitsstätten												
Entfernungszone bis 20 km												
Wulmstorf	56	18	114	30	47	31	+ 103,6	+ 66,7	32,1	26,3	41,2	27,2
Borstel	140	46	106	32	37	35	- 24,3	- 30,4	32,9	30,2	34,9	33,0
Entfernungszone 20 bis 30 km												
Buxtehude, Stadt	659	253	771	178	307	249	+ 17,0	- 29,6	38,4	23,1	39,8	32,3
Horneburg, Flecken	221	80	181	57	70	47	- 18,1	- 28,7	36,2	31,5	38,7	26,0
Jork	122	31	132	33	48	39	+ 8,2	+ 6,5	25,4	25,0	36,4	29,5
Entfernungszone 30 bis 40 km												
Stade, Stadt	1 368	456	1 375	325	499	441	+ 0,5	- 28,7	33,3	23,6	36,3	32,1
Harsefeld, Flecken	225	91	199	69	72	50	- 11,6	- 24,2	40,4	34,7	36,2	25,1
Assel	229	83	245	60	56	122	+ 7,0	- 27,7	36,2	24,5	22,9	49,8
Bützfleth	180	60	230	53	43	127	+ 27,8	- 11,7	33,3	23,0	18,7	55,2
Z u s a m m e n	3 200	1 118	3 353	837	1 179	1 141	+ 4,8	- 25,1	34,9	25,0	35,2	34,0
in % des Sektors	61,0	57,3	62,1	57,7	63,7	63,4
Beschäftigte												
Entfernungszone bis 20 km												
Wulmstorf	217	141	528	289	130	77	+ 143,3	+ 105,0	65,0	54,7	24,6	14,6
Borstel	358	148	404	101	101	94	+ 12,8	- 31,8	41,3	25,0	25,0	23,3
Entfernungszone 20 bis 30 km												
Buxtehude, Stadt	3 557	1 948	5 834	2 773	1 433	1 135	+ 64,0	+ 42,4	54,8	47,5	24,6	19,5
Horneburg, Flecken	956	538	1 108	633	260	167	+ 15,9	+ 17,7	56,3	57,1	23,5	15,1
Jork	543	137	689	185	152	231	+ 26,9	+ 35,0	25,2	26,9	22,1	33,5
Entfernungszone 30 bis 40 km												
Stade, Stadt	8 806	3 942	13 158	4 764	2 521	2 783	+ 49,4	+ 20,9	44,8	36,2	19,2	21,2
Harsefeld, Flecken	815	325	1 066	521	223	204	+ 30,8	+ 60,3	39,9	48,9	20,9	19,1
Assel	726	408	891	371	201	293	+ 22,7	- 9,1	56,2	41,6	22,6	32,9
Bützfleth	518	253	945	269	291	359	+ 82,4	+ 6,3	48,8	28,5	30,8	38,0
Z u s a m m e n	16 496	7 840	24 623	9 906	5 312	5 343	+ 49,3	+ 26,4	47,5	40,2	21,6	21,7
in % des Sektors	74,8	71,6	77,4	76,5	74,8	73,2
Sektoren zusammen												
Arbeitsstätten												
alle Gemeinden über 2000 Einwohner	16 787	6 305	18 751	4 836	7 117	5 623	+ 11,7	- 23,3	37,6	25,8	38,0	30,0
in % des Hamburger Umlandes	64,8	62,7	68,6	64,1	73,4	68,6
Beschäftigte												
alle Gemeinden über 2000 Einwohner	87 751	47 647	140 575	72 519	25 978	24 793	+ 60,2	+ 52,2	54,3	51,6	18,5	17,6
in % des Hamburger Umlandes	77,3	77,0	81,8	82,4	80,9	77,8

1) Soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht.

Tabelle 6

Statistische Merkmale für die Nachbarkreise Hamburgs

Teil 1: Wohnbevölkerung, Privathaushalte, Erwerbspersonen, Wohngebäude und Wohnungen sowie land- und forstwirtschaftliche Betriebe und ständig beschäftigte Arbeitskräfte der landwirtschaftlichen Betriebe

Landkreise und Kreisfreie Stadt Lüneburg	Wohnbevölkerung					Von Sp.3 entfallen auf das Umland Hamburgs	Privat-haus-halte 6.6. 1961	Erwerbs-per-sonen 6.6. 1961	Wohngebäude		
	17.5. 1959	13.9. 1950	6.6. 1961	Zu- (+) oder Abnahme (-) 1961 gegenüber					13.9. 1950	6.6. 1961	Zunahme 1961 gegenüber 1950 in %
				1959	1950						
	in %										
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
Steinburg	86 141	156 045	121 906	+ 81,2	- 21,9	5,8	42 820	51 012	15 849	19 837	25,2
Pinneberg	¹⁾ 107 018	199 853	214 629	+ 100,6	+ 7,4	99,2	73 737	97 128	21 358	32 581	52,4
Segeberg	53 671	111 312	94 236	+ 75,6	- 15,3	34,4	29 700	41 597	11 823	16 712	41,4
Stormarn	67 889	146 431	143 657	+ 111,6	- 1,9	90,7	49 526	65 228	16 406	24 398	48,7
Hzgt. Lauenburg	72 810	150 218	130 453	+ 79,2	- 13,2	48,2	45 537	56 839	15 231	21 245	39,5
Lüneburg, Kreisfreie Stadt	42 043	58 139	59 563	+ 41,7	+ 2,4	-	21 087	24 585	4 642	6 717	44,7
Lüneburg	36 899	65 356	57 359	+ 55,4	- 12,2	18,5	17 474	26 453	6 876	9 282	35,0
Harburg	65 341	120 270	116 122	+ 77,7	- 3,4	96,2	35 610	55 547	14 280	20 008	40,1
Stade	88 494	145 954	128 238	+ 44,9	- 12,1	73,7	39 827	57 648	16 349	21 221	29,8
Z u s a m m e n	620 306	1 153 578	1 066 163	+ 71,9	- 7,6	62,2	355 318	476 037	122 814	172 001	40,0

Fortsetzung Tab. 6, Teil 1

Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden			Anteil der Mietwohnungen		Land- und forstwirtschaftliche Betriebe			Ständig beschäftigte Arbeitskräfte der landwirtschaftlichen Betriebe			Landkreise und Kreisfreie Stadt Lüneburg
13.9. 1950	6.6. 1961	Zunahme 1961 gegenüber 1950 in %	1950	1961	22.5. 1949	30.5. 1960	Abnahme 1960 gegenüber 1949 in %	22.5. 1949	30.5. 1960	Abnahme 1960 gegenüber 1949 in %	
12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	
26 779	35 987	34,4	58	60	4 182	3 781	9,6	16 256	9 400	42,2	Steinburg
35 462	61 585	73,7	55	59	4 178	3 878	7,2	16 526	11 593	29,8	Pinneberg
16 743	25 958	55,0	49	52	5 040	4 713	6,5	19 957	12 409	37,8	Segeberg
23 842	40 254	68,8	51	54	3 287	3 044	7,4	13 337	8 344	37,4	Stormarn
25 086	38 446	53,3	60	61	4 043	3 826	5,4	17 429	10 018	42,5	Hzgt. Lauenburg
10 639	15 878	49,2	76	76	97	69	28,9	310	140	54,8	Lüneburg, Kreisfreie Stadt
9 212	14 689	59,5	43	50	4 703	3 928	16,5	16 523	9 564	42,1	Lüneburg
17 798	28 787	61,7	34	42	7 760	6 755	13,0	26 001	16 013	38,4	Harburg
23 451	32 844	40,1	48	53	7 139	6 636	7,0	27 371	17 634	35,6	Stade
189 012	294 428	55,8	.	.	40 429	36 630	9,4	153 710	95 115	38,1	Z u s a m m e n

1) Ohne Helgoland mit 4 460 Einwohnern.

Noch: Tabelle 6

Teil 2: Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten und Beschäftigte am 13.9.1950 und 6.6.1961

Landkreise und Kreisfreie Stadt Lüneburg	13.9.1950		6.6.1961				Zu- (+) oder Abnahme (-) 1961 gegenüber 1950 in %		Anteile der Wirtschaftsbereiche				
	insgesamt 1)	darunter Prod. Gewerbe	insgesamt 2)	darunter			insgesamt	darunter Prod. Gewerbe	Produzierendes Gewerbe	Handel	Verkehr und Dienstlei- stungen 3)		
				Prod. Gewerbe	Handel	Verkehr und Dienst- leistungen 3)					an den Arbeitsstätten/ Beschäftigten insgesamt in %		
										1950	1961	1961	1961
										9	10	11	12
Arbeitsstätten													
Steinburg	5 863	2 228	5 610	1 500	1 923	1 740	- 4,3	- 32,7	38,0	26,7	34,3	31,0	
Pinneberg	7 368	2 943	8 547	2 325	3 223	2 425	+ 16,0	- 21,0	39,9	27,2	37,7	28,4	
Segeberg	4 066	1 698	4 175	1 219	1 387	1 175	+ 2,7	- 28,2	41,8	29,2	33,2	28,1	
Stormarn	5 155	1 955	5 472	1 415	1 979	1 618	+ 6,1	- 27,6	37,9	25,9	36,2	29,6	
Hzgt. Lauenburg	5 609	2 127	5 594	1 418	1 963	1 714	- 0,3	- 33,3	37,9	25,3	35,1	30,6	
Lüneburg, Kreisfreie Stadt	2 569	805	2 597	567	921	900	+ 1,1	- 29,6	31,3	21,8	35,5	34,6	
Lüneburg	2 252	922	2 221	667	687	703	- 1,4	- 27,7	40,9	30,0	30,9	31,7	
Harburg	4 904	1 922	5 042	1 479	1 582	1 627	+ 2,8	- 23,0	39,2	29,3	31,4	32,3	
Stade	6 261	2 390	6 400	1 725	1 976	2 264	+ 2,2	- 27,8	38,2	27,0	30,9	35,4	
Z u s a m m e n	44 047	16 990	45 658	12 315	15 641	14 166	+ 3,7	- 27,5	38,6	27,0	34,3	31,0	
Beschäftigte													
Steinburg	30 272	16 405	38 593	19 326	7 216	7 529	+ 27,5	+ 17,8	54,0	50,1	18,7	19,5	
Pinneberg	38 983	23 412	64 133	36 162	11 273	10 443	+ 64,5	+ 54,5	60,1	56,4	17,6	16,3	
Segeberg	16 974	8 882	23 483	11 494	4 292	4 664	+ 38,3	+ 29,4	52,3	48,9	18,3	19,9	
Stormarn	20 812	10 803	34 764	17 907	6 269	5 799	+ 67,0	+ 65,8	51,9	51,5	18,0	16,7	
Hzgt. Lauenburg	25 184	14 234	35 197	18 023	6 168	6 041	+ 39,8	+ 26,6	56,5	51,2	17,5	17,2	
Lüneburg, Kreisfreie Stadt	18 171	8 872	27 894	11 713	5 540	5 405	+ 53,5	+ 32,0	48,8	42,0	19,9	19,4	
Lüneburg	7 914	4 757	10 597	6 070	1 663	2 107	+ 33,9	+ 27,6	60,1	57,3	15,7	19,9	
Harburg	18 642	9 205	23 845	10 790	4 522	6 181	+ 27,9	+ 17,2	49,4	45,3	19,0	25,9	
Stade	25 242	12 579	35 475	14 425	7 725	8 498	+ 40,5	+ 14,7	49,8	40,7	21,8	24,0	
Z u s a m m e n	202 194	109 149	293 981	145 910	54 668	56 667	+ 45,4	+ 33,7	54,0	49,6	18,6	19,3	

- 1) Ohne die Arbeitsstätten / Beschäftigten der Wirtschaftsgruppe 91 (Öffentliche Verwaltung)
 2) Mit den Arbeitsstätten / Beschäftigten der Wirtschaftsgruppe 91 (Öffentliche Verwaltung)
 3) Soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht.

Teil 3: Gemeindesteuereinnahmen, Realsteuerhebesätze und Realsteueraufbringungskraft im Jahre 1961

Landkreise und Kreisfreie Stadt Lüneburg	Gemeindesteuereinnahmen im Jahre 1961					Realsteuerhebesätze 1961			Realsteuer- aufbringungs- kraft 1961	
	insgesamt		Grund- steuer A	Grund- steuer B	Gewerbe- steuer	Grund- steuer A	Grund- steuer B	Gewerbe- steuer	insgesamt	aus Gewerbe- steuer
	in 1000 DM	DM je Einw.	in 1000 DM			%			DM je Einwohner	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Steinburg	19 436	159	1 822	2 464	14 009	175	203	255	157	119
Pinneberg	33 391	156	1 494	4 346	24 705	181	219	274	132	105
Segeberg	9 698	103	1 772	1 250	5 361	186	190	264	87	53
Stormarn	21 639	151	1 351	2 640	15 752	182	209	274	126	98
Hzgt. Lauenburg	15 170	116	1 838	2 318	9 309	206	207	264	96	65
Lüneburg, Kreisfreie Stadt	10 293	173	32	1 868	5 981	220	300	290	120	97
Lüneburg	5 164	90	1 206	498	3 404	215	209	254	85	57
Harburg	9 691	84	1 896	1 574	5 920	198	209	265	76	46
Stade	16 481	128	2 925	1 983	11 185	195	216	289	117	80

Teil 4: Bruttoinlandsprodukt nach zusammengefaßten Wirtschaftsbereichen sowie Wohn- und Wirtschaftsbevölkerung 1957 und 1961

Landkreise und Kreisfreie Stadt Lüneburg	Jahr — Veränderung	Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt							Wohn-	Wirtschafts-
		Bruttoinlandsprodukt		Warenproduzierende Bereiche			Dienstleistungsbereiche		Bevölkerung	
		insgesamt	Land- und Forstwirtschaft	Warenproduzierendes Gewerbe	insgesamt	Handel und Verkehr	Übrige Dienstleistungen	Anzahl	in Mio DM	
		1	2	3	4	5	6			7
Steinburg	1957	406	247	70	177	159	78	81	122 549	118 200
	1961	592	368	92	277	223	104	119	121 906	116 500
	absolut	186	122	21	100	64	27	38	- 643	- 1 700
	in %	45,9	49,3	30,6	56,6	40,5	34,5	46,2	- 0,5	- 1,4
Pinneberg	1957	685	449	77	372	236	112	123	199 238	165 000
	1961	1 005	635	88	547	371	181	190	214 629	170 800
	absolut	321	186	11	175	135	68	67	+15 391	+ 5 800
	in %	46,9	41,4	13,6	47,2	57,3	60,8	54,1	+ 7,7	+ 3,5
Segeberg	1957	253	160	89	78	86	35	51	91 333	84 200
	1961	370	236	106	130	134	53	81	94 236	83 000
	absolut	116	68	17	52	48	18	30	+ 2 903	- 1 300
	in %	45,9	40,8	18,9	65,7	55,9	52,4	58,3	+ 3,2	- 1,5
Stornarn	1957	594	476	69	407	118	50	68	133 040	95 300
	1961	875	678	87	591	197	77	120	143 657	100 400
	absolut	280	201	17	184	79	27	52	+10 617	+ 5 100
	in %	47,2	42,3	25,0	45,2	66,9	53,0	77,2	+ 8,0	+ 5,4
Hagt. Lauenburg	1957	373	243	95	149	130	57	73	129 634	115 500
	1961	488	308	101	207	179	73	106	130 453	107 800
	absolut	115	65	7	59	49	16	33	+ 819	- 7 600
	in %	30,7	26,8	7,0	39,4	38,1	28,8	45,2	+ 0,6	- 6,6
Lüneburg, Kreisfreie Stadt	1957	226	96	2	94	131	51	80	56 762	58 400
	1961	327	138	3	135	190	73	116	59 565	66 200
	absolut	101	42	1	41	59	23	36	+ 2 801	+ 7 800
	in %	44,5	43,7	-	43,4	45,0	45,3	44,9	+ 4,9	+ 13,4
Lüneburg	1957	113	78	43	35	35	12	23	56 437	50 000
	1961	177	121	58	63	56	22	34	57 359	43 400
	absolut	64	42	15	28	21	10	11	+ 922	- 6 600
	in %	56,2	54,2	34,2	78,6	60,7	83,7	48,5	+ 1,6	- 13,2
Harburg	1957	239	136	65	72	102	44	58	110 155	91 600
	1961	345	195	86	109	150	67	83	116 122	83 500
	absolut	106	59	22	37	47	23	24	+ 5 967	- 8 000
	in %	44,4	43,1	33,8	51,5	46,1	52,5	41,3	+ 5,4	- 8,8
Stade	1957	344	173	72	101	171	85	86	130 100	125 300
	1961	502	248	96	152	254	114	139	128 238	121 300
	absolut	157	75	24	51	83	30	53	- 1 862	- 4 000
	in %	45,8	43,1	32,8	50,5	48,4	35,1	61,6	- 1,4	- 3,2

Quelle: Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Landesämter „ Sozialproduktberechnung der Länder " Heft 1

Teil 5: Anteile der zusammengefaßten Wirtschaftsbereiche am Bruttoinlandsprodukt sowie Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wohn- und der Wirtschaftsbevölkerung 1957 und 1961

Landkreise und Kreisfreie Stadt Lüneburg	Jahr	Anteil am Bruttoinlandsprodukt							Bruttoinlandsprodukt je Kopf der	
		Warenproduzierende Bereiche			Dienstleistungsbereiche				Wohn-	Wirtschafts-
		insgesamt	Land- und Forstwirtschaft	Warenproduzierendes Gewerbe	insgesamt	Handel und Verkehr	Übrige Dienstleistungen	Bevölkerung		
		in %							in DM	
Steinburg	1957	406	60,8	17,3	43,5	39,2	19,1	20,1	3 310	3 430
	1961	592	62,2	15,5	46,8	37,8	17,6	20,1	4 850	5 080
Pinneberg	1957	685	65,6	11,3	54,3	34,4	16,4	18,0	3 440	4 150
	1961	1 005	63,1	8,7	54,4	36,9	18,0	18,9	4 680	5 890
Segeberg	1957	253	66,1	35,2	30,9	33,9	13,7	20,2	2 780	3 010
	1961	370	63,8	28,7	35,1	36,2	14,3	21,9	3 930	4 460
Stornarn	1957	594	80,2	11,7	68,5	19,8	8,5	11,4	4 470	6 240
	1961	875	77,5	9,9	67,6	22,5	8,8	13,7	6 090	8 710
Hagt. Lauenburg	1957	373	65,2	25,4	39,8	34,8	15,2	19,6	2 880	3 230
	1961	488	63,2	20,8	42,5	36,8	15,0	21,8	3 740	4 520
Lüneburg, Kreisfreie Stadt	1957	226	42,3	0,8	41,4	57,7	22,3	35,4	3 990	3 880
	1961	327	42,0	0,9	41,1	58,0	22,4	35,5	5 490	4 940
Lüneburg	1957	113	69,0	38,0	31,0	31,0	10,7	20,2	2 010	2 270
	1961	177	68,1	32,6	35,5	31,9	12,6	19,2	3 090	4 080
Harburg	1957	239	57,1	27,0	30,1	42,9	18,4	24,5	2 170	2 610
	1961	345	56,6	25,1	31,6	43,4	19,4	24,0	2 970	4 130
Stade	1957	344	50,4	21,0	29,3	49,6	24,6	25,1	2 640	2 750
	1961	502	49,4	19,1	30,3	50,6	22,8	27,8	3 910	4 140

Teil 6: Beschäftigte und Bruttoinlandsprodukt je Beschäftigten 1961

Landkreise und Kreisfreie Stadt Lüneburg	Bruttoinlandsprodukt je Beschäftigten					Beschäftigte				
	insgesamt	Land- und Forstwirtschaft	Warenproduzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Übrige Dienstleistungen	insgesamt	Land- und Forstwirtschaft	Warenproduzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Übrige Dienstleistungen
	in DM					Anzahl				
Steinburg	12 590	11 280	47 006	8 112	12 850	49 252	10 358	19 231	10 396	9 267
	13 440	8 710	74 838	10 069	13 830	77 691	12 922	35 592	15 449	13 728
Pinneberg	10 730	10 060	34 466	10 536	11 900	37 453	13 523	11 330	5 787	6 813
	20 470	11 930	42 720	7 277	12 560	44 746	9 303	17 850	8 057	9 536
Stornarn	10 840	11 110	44 987	9 110	11 010	47 486	11 609	18 203	8 011	9 663
	11 430	-	11 430	10 340	12 280	28 621	286	11 772	7 101	9 462
Lüneburg	9 300	7 290	10 410	9 250	12 800	19 057	7 935	6 038	2 421	2 663
	9 130	6 660	10 040	9 960	11 440	37 764	12 974	10 849	6 720	7 221
Stade	9 890	6 870	10 390	10 010	13 020	50 717	13 966	14 631	11 423	10 697

Quelle: Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Landesämter „ Sozialproduktberechnung der Länder " Heft 1

**Erläuterung
der in den Tabellen verwendeten
statistischen Begriffe**

Arbeitskräfte

(ständig Beschäftigte der landwirtschaftlichen Betriebe)

Die Arbeitskräfte der landwirtschaftlichen Betriebe umfassen in dieser Veröffentlichung familieneigene und familienfremde Personen. Familieneigene Arbeitskräfte sind der Betriebsinhaber und seine mit ihm im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen und Verwandten. Zu den familienfremden Arbeitskräften zählen auch Verwandte des Betriebsinhabers, die nicht mit ihm im gemeinsamen Haushalt leben. In allen Fällen wurden als Arbeitskräfte nur Personen im Alter von 14 Jahren und darüber gezählt. Arbeitskräfte der Forstbetriebe sind in den Zahlen für 1960 nicht enthalten.

Siehe auch unter „Landwirtschaftszählungen“.

Arbeitsstätten

Siehe unter „Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten“.

Arbeitsstättenzählungen

Im Rahmen der Volkszählungen vom 13. 9. 1950 bzw. 6. 6. 1961 durchgeführte Zählungen der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten. Diese Zählungen waren durch das „Gesetz über eine Zählung der Bevölkerung, Gebäude, Wohnungen, nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und landwirtschaftlichen Kleinbetriebe im Jahre 1950 (Volkszählungsgesetz 1950)“ vom 27. 7. 1950 (BGBl. Nr. 32, S. 335) bzw. durch das „Gesetz über eine Zählung der Bevölkerung und der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen im Jahre 1961 sowie über einen Verkehrszensus im Jahre 1962 (Volkszählungsgesetz 1961)“ vom 13. April 1961 (BGBl. I, S. 437) angeordnet. Bei der Durchführung der Zählungen waren die Gemeinden beteiligt; ihnen war die Prüfung der Unterlagen auf Vollständigkeit, Vollständigkeit und Richtigkeit aufgetragen.

Siehe auch unter „Beschäftigte“ und „Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten“.

Auspendler

Siehe unter „Berufspendler“.

Berufspendler

(Eiependler und Auspendler)

Erwerbstätige, die in einer anderen Gemeinde arbeiten als sie wohnen und die täglich zurückkehren. Handelsvertreter, Reisende, Versicherungsagenten, Hausierer und Angehörige anderer Berufe mit Reisetätigkeit rechnen dagegen nicht zu den Berufspendlern. Die „Pendler“ von 1950 sind den „Berufspendlern“ von 1961 begrifflich gleichzusetzen.

Beschäftigte

(der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten)

Als Beschäftigte gelten alle (voll- und teilbeschäftigten) Personen, die am Stichtag der Erhebung in einem Arbeitsverhältnis zum Betrieb standen, d. h. in der Lohn- und Gehaltsliste geführt wurden, ferner die tätigen Inhaber und die mithelfenden Familienangehörigen. Beschäftigte auf Bau- und Montagestellen sind am Sitz der Arbeitsstätte und nicht am Einsatzort gezählt worden. Vorübergehend Erkrankte und Urlauber sind ebenfalls mitgezählt worden, nicht dagegen Personen, die den Grundwehrdienst ableisten, sowie Berufssoldaten und Zivilbeschäftigte der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes.

Bei einem Vergleich der Zahlen von 1961 mit den Ergebnissen der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstättenzählung von 1950 ist zu berücksichtigen, daß in der hier veröffentlichten Gesamtzahl für 1950 die Arbeitsstätten und die Beschäftigten der öffentlichen Verwaltung nicht enthalten sind. Ferner liegen der Gliederung nach Wirtschaftsbereichen verschiedene

Systematiken zugrunde; insbesondere die Dienstleistungen sind ganz unterschiedlich abgegrenzt.

Siehe hierzu auch die bei den einzelnen Wirtschaftsbereichen aufgeführte Definition.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen ist der Geldwert sämtlicher während eines bestimmten Zeitraums in einem Gebiet erzeugten Güter und geleisteten Dienste für die letzte Verwendung und setzt sich zusammen aus

der Wertschöpfung der Wirtschaftszweige (Löhne und Gehälter einschl. Sozialversicherungsbeiträge, Zinsen, Nettomieten, Pachten und Gewinne), den indirekten Steuern (abzüglich Subventionen), den Abschreibungen.

Das Bruttoinlandsprodukt wird über den Bruttoproduktionswert ermittelt, der sich aus dem wirtschaftlichen Umsatz, den Bestandsveränderungen an Erzeugnissen eigener Produktion und aus den selbst erstellten Anlagen zusammensetzt. Um den Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt zu erhalten, müssen die zur Erwirtschaftung dieser Leistung erforderlichen Vorleistungen wie Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Handelsware, Instandhaltungskosten des Betriebes, Verkehrs- und Dienstleistungen durch andere Firmen und dergleichen abgesetzt werden.

Siehe auch unter:

„Dienstleistungsbereiche“
„Handel und Verkehr“
„Land- und Forstwirtschaft“
„Übrige Dienstleistungen“
„Warenproduzierende Bereiche“
„Warenproduzierendes Gewerbe“.

Dienstleistungsbereiche

(nach der bei der Sozialproduktsberechnung verwendeten Systematik)

- Bereich 4 = Handel
- a) Großhandel und Handelsvermittlung
 - b) Einzelhandel
- Bereich 5 = Verkehr und Nachrichtenübermittlung
- a) Eisenbahnen
 - b) Schifffahrt, Wasserstraßen und Häfen
 - c) Übriger Verkehr
 - d) Nachrichtenübermittlung (Deutsche Bundespost)
- Bereich 6 = Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe
- Bereich 7 = Wohnungsvermietung einschl. Nutzung von Eigentümerwohnungen; einbezogen ist ferner die Nutzung von Gebäuden durch private Organisationen ohne Erwerbscharakter
- Bereich 8 = Sonstige Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht
- a) Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe
 - b) Wissenschaft, Bildung, Kunst und Publizistik

- c) Gesundheits- und Veterinärwesen
- d) Übrige Dienstleistungen einschl. Arbeitgeberverbände, Berufsorganisationen und Wirtschaftsverbände und der von ihnen betriebenen Schulen, Krankenhäuser u. ä. Anstalten und Einrichtungen.

Siehe auch unter „Bruttoinlandsprodukt“.

Einpendler

Siehe unter „Berufspendler“.

Erwerbspersonen

Zu den Erwerbspersonen rechnen die Erwerbstätigen und die Erwerbslosen. Soldaten sind in diesen Zahlen nicht enthalten.

Da die Erwerbstätigen an ihrem Wohnort gezählt wurden, und aus anderen Gründen, sind diese Zahlen mit den bei der „Arbeitsstättenzählung“ und der „Landwirtschaftszählung“ am Sitz der Arbeitsstätte ermittelten Beschäftigtenzahlen nicht vergleichbar.

1961 war für die Zuordnung zu den Erwerbstätigen weder der Umfang ihrer Tätigkeit noch die Höhe des hieraus gezogenen Beitrages zum Lebensunterhalt entscheidend. 1950 dagegen zählten zu den Erwerbstätigen alle Personen, die am Stichtag einen **Hauptberuf** ausübten. Die Vergleichbarkeit der Erwerbspersonenzahlen wird durch diese begrifflichen Unterschiede nicht wesentlich beeinträchtigt.

Fläche in ha

Hier die katasteramtliche Gesamtfläche der Gemeinden nach dem Stand vom 6. 6. 1961.

Gebäude

Siehe unter „Wohngebäude“.

Gebäudezählung

Siehe unter „Wohnungszählung“.

Gemeindesteuereinnahmen

Die Angaben über die Gemeindesteuern sind der Vierteljahresstatistik der Gemeindefinanzen im Rechnungsjahr 1961 (1. 1.—31. 12. 1961) entnommen. Die Erhebung erfaßt als Kassenstatistik die Steuereinnahmen ohne Rücksicht darauf, ob sie für den Berichtszeitraum oder für einen früheren Zeitabschnitt bestimmt sind. So ist in den Steuereinnahmen 1961 zwar die Auslaufperiode 1960, jedoch nicht die des Rechnungsjahres 1961 enthalten. Erfahrungsgemäß sind die Unterschiede zwischen den Ergebnissen der Kassen- und der Rechnungsstatistik relativ gering.

Zu den Gemeindesteuern gehören im einzelnen:

- Grundsteuern
- Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital
- Lohnsummensteuer
- Zuschlag zur Grunderwerbsteuer
- Schankerlaubnissteuer
- Jagd- und Fischereisteuer
- Gemeindegetränksteuer
- Vergnügungssteuer
- Hundesteuer
- Einfuhrsteuer Helgoland (betrifft nur Schleswig-Holstein).

Die Kreisergebnisse sind nicht die Summe aller Gemeindezahlen des betreffenden Kreises, sondern enthalten zusätzlich die Kreissteuern und Kreisanteile an einigen Gemeindesteuern.

Gemeindesteuereinnahmen in DM je Einwohner	Der Berechnung dieser Beziehungszahlen liegt die Wohnbevölkerung der Gemeinden vom 6. 6. 1961 (Volkszählung) nach dem Gebietsstand vom gleichen Tage zugrunde.
Gewerbesteuer	Es werden nur die Einnahmen an Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ausgewiesen. Die Gewerbesteuerausgleichzuschüsse sind bei den Betriebsgemeinden ab- und bei den Wohngemeinden zugesetzt.
Grundsteuer A	Grundsteuer A ist die Grundsteuer von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben.
Grundsteuer B	Die Grundsteuer B wird von anderen als land- und forstwirtschaftlich genutzten (bebauten oder unbebauten) Grundstücken erhoben, soweit diese nicht der Baulandsteuer (Grundsteuer C) unterliegen. Einbezogen sind die Grundsteuerbeihilfen des Bundes für Arbeiterwohnstätten.
Handel (Wirtschaftsabteilung 4 nach der Systematik der Wirtschaftszweige für die Arbeitsstättenzählung 1961)	1961 sind im Rahmen der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstättenzählung dem Wirtschaftsbereich H a n d e l der Großhandel (Außenhandel und Binnengroßhandel), der Einzelhandel und die Handelsvermittlung zugeordnet. 1950 setzte sich der Wirtschaftsbereich Handel außer den vorstehend genannten Wirtschaftsunterabteilungen noch aus den Gruppen Geld-, Bank- und Börsenwesen und Versicherungswesen zusammen. Letztere bildeten 1961 die Wirtschaftsabteilung 6; sie sind in diesen Tabellen dem Wirtschaftsbereich Verkehr und Dienstleistungen zugeordnet.
Handel und Verkehr (nach der bei der Sozialproduktsberechnung verwendeten Systematik)	Bereich 4 = Handel a) Großhandel und Handelsvermittlung b) Einzelhandel Bereich 5 = Verkehr und Nachrichtenübermittlung a) Eisenbahnen b) Schifffahrt, Wasserstraßen und Häfen c) Übriger Verkehr d) Nachrichtenübermittlung (Deutsche Bundespost).
Haushalte	Siehe unter „Privathaushalte“.
Land- und Forstwirtschaft (nach der bei der Sozialproduktsberechnung verwendeten Systematik)	Bereich 0 = Land- und Forstwirtschaft einschl. Tierhaltung und Fischerei a) Landwirtschaft einschl. Dienstleistung auf der land- und forstwirtschaftlichen Erzeugerstufe b) Forstwirtschaft c) Fischerei, gewerbliche Gärtnerei und Tierhaltung.
Land- und forstwirtschaftliche Betriebe (im Sinne der Landwirtschaftszählungen)	Erfasst sind alle land- und forstwirtschaftlichen Betriebe mit Gesamtflächen ab 0,5 Hektar, die ganz oder teilweise als Acker, Wiese, Weide, Wald, Fischgewässer, Gartenland, Baumschulen oder Obstfläche genutzt werden. Als Betriebseinheit sind ohne Berücksichtigung der Eigentumsverhältnisse die Flächen und Einrichtungen zusammengefaßt, die unter

einheitlicher Bewirtschaftung standen oder als selbständige Wirtschaftseinheit anzusehen waren, auch wenn eine besondere Oberleitung (z. B. Hauptgüterverwaltung) vorhanden war. Ausgesondert wurde 1960 im Gegensatz zu 1949 lediglich die sog. „Landwirtschaft außerhalb der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe“.

Es sind dies Erhebungseinheiten wie

Wiesen und Weiden in gemeinschaftlicher Bewirtschaftung und Nutzung, Besitzeinheiten, die nur aus Brachland, Hutung, Streuwiesen, Ziergärten, privaten Parkanlagen und dergleichen Flächen bestehen, die zum Zeitpunkt der Zählung nicht für landwirtschaftliche Zwecke bewirtschaftet wurden.

Da es sich hierbei nur um wenige Einheiten handelt, ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse praktisch nicht beeinträchtigt.

Ebenfalls sind 1960 im Gegensatz zu 1949 die Ergebnisse der Betriebe mit der Hauptproduktionsrichtung „Forstwirtschaft“ nicht mitenthalten. Da die Landwirtschaft in diesen Betrieben nur eine untergeordnete oder gar keine Rolle spielt, ist der Beitrag dieser Betriebe zu den genannten Tatbeständen unerheblich, so daß die Vergleichbarkeit auch aus diesem Grunde praktisch nicht beeinträchtigt wird. Siehe auch unter „Landwirtschaftszählungen“ und „Arbeitskräfte“.

Landwirtschaftliche Nutzfläche

Enthält: Ackerland, Wiesen und Viehweiden (einschl. Hutungen), Gartenland, private Parkanlagen und Rasenflächen, Obstanlagen, Baumschulen und Korbweidenanlagen.

In den Zahlen für 1960 sind im Gegensatz zu 1949 die Ergebnisse der „Landwirtschaft außerhalb der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe“ nicht mitenthalten. Vgl. hierzu die Ausführungen unter „Land- und forstwirtschaftliche Betriebe“.

Landwirtschaftszählungen

Die Landwirtschaftszählungen vom 22. 5. 1949 bzw. 31. 5. 1960 wurden durch das „Gesetz über eine landwirtschaftliche Betriebszählung im Vereinigten Wirtschaftsgebiet“ vom 2. 4. 1949 (WiGBl. Nr. 10, S. 54) bzw. durch das „Gesetz über eine Betriebszählung in der Land- und Forstwirtschaft (Landwirtschaftszählung 1960)“ vom 13. 4. 1960 (BGBl. I, Nr. 19, S. 217) angeordnet. Bei ihrer Durchführung waren die Gemeinden und Kreislandwirtschaftsbehörden beteiligt.

Mietwohnungen

Alle Wohnungen, die sich nicht im Eigentum des Wohnungsinhabers befinden. Hierbei war es gleichgültig, ob für diese Wohnungen zum Zeitpunkt der Zählung tatsächlich eine Miete gezahlt wurde oder nicht.

Siehe auch unter „Wohnungen“ und „Wohngebäude“.

Nachbarkreise Hamburgs

Zu den Nachbarkreisen Hamburgs werden hier gerechnet:

Nördlich der Elbe:

Landkreis Steinburg	} Land Schleswig-Holstein
„ Pinneberg	
„ Segeberg	
„ Stormarn	
„ Hzgt. Lauenburg	

Südlich der Elbe:

Landkreis Lüneburg

„ Harburg

„ Stade

sowie die kreisfreie

Stadt Lüneburg

} Land
Niedersachsen

Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten

Arbeitsstätte ist jede am Stichtag der Erhebung in der Gemeinde gelegene, räumlich in sich abgegrenzte, nichtlandwirtschaftliche örtliche Einheit, in der regelmäßig mindestens eine Person haupt- oder nebenberuflich (nicht ehrenamtlich) tätig ist. Gewerbe, die nicht an einen festen Standort gebunden sind (z. B. Wandergewerbe, Schausteller), gelten ebenfalls als Arbeitsstätten. Saison- und Kampagnenbetriebe sind Arbeitsstätten, wenn in ihnen am Stichtag mindestens eine Person tätig ist. Gleichfalls erfaßt sind die gewerblichen Nebenbetriebe der Land- und Forstwirtschaft, soweit sie als gewerbliche Unternehmen besteuert werden. Baustellen zählen nicht als Arbeitsstätten. Dienststellen der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes sowie Arbeitsstätten im Bereich der ausländischen Streitkräfte sind in den Zahlen nicht enthalten.

Bei einem Vergleich der Ergebnisse vom 6. 6. 1961 mit denjenigen der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstättenzählung vom 13. 9. 1950 ist zu berücksichtigen, daß in der hier veröffentlichten Gesamtzahl für 1950 die Arbeitsstätten und die Beschäftigten der öffentlichen Verwaltung nicht enthalten sind. Ferner liegen der Gliederung nach Wirtschaftsbereichen verschiedene Systematiken zugrunde; insbesondere die Dienstleistungen sind ganz unterschiedlich abgegrenzt.

Siehe hierzu auch die bei den einzelnen Wirtschaftsbereichen aufgeführten Definitionen.

Siehe unter „Berufspendler“.

Pendelwanderung

Privathaushalte

Als Privathaushalt zählt jede Personengemeinschaft, die zusammen wohnt und eine gemeinsame Hauswirtschaft führt; Anstalten gelten nicht als Privathaushalte. Auch eine allein wohnende und wirtschaftende Person gilt als Privathaushalt. Privathaushalte kommen auch im Anstaltsbereich vor (z. B. Hausmeister, Heimleiter, Ehepaare in Altersheimen) und in Vertriebenenunterkünften.

Zu einem Haushalt zählen nur solche Personen, die auch der Wohnbevölkerung dieser Gemeinde angehören. So zählt z. B. der Vater, der in einer anderen Gemeinde arbeitet und nur zum Wochenende nach Hause fährt, nicht zum Haushalt seiner Familie, sondern bildet in seiner Arbeitsgemeinde, zu deren Wohnbevölkerung er gehört, einen Einpersonenhaushalt. Andererseits rechnet der dienstpflichtige Soldat trotz Abwesenheit zum Haushalt seiner Familie.

Die „Haushaltungen“ der Zählung von 1950 enthalten auch die Anstalten; die „Privathaushalte“ der Zählung von 1961 schließen deren Zahl nicht ein.

Produzierendes Gewerbe

(nach der Systematik der Wirtschaftszweige für die Arbeitsstättenzählung 1961)

Das produzierende Gewerbe umfaßt 1961 die Wirtschaftsabteilungen 1, 2 und 3. Dies entspricht weitgehend den vereinigten Bereichen „Gewerbliche Urproduktion und verarbeitende Gewerbe“ (Wi.-Abt. 1 bis 4 alter Systematik) und „Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe“ (Wi.-Abt. 5 alter Systematik) der Arbeitsstättenzählung 1950.

Die Wirtschaftsabteilungen 1, 2 und 3 setzten sich 1961 zusammen aus:

Wirtschaftsabteilung 1 =

Energiewirtschaft und Wasserversorgung
Bergbau

Wirtschaftsabteilung 2 =

Chemische Industrie (einschl. Kohlenwertstoff-industrie) und Mineralölverarbeitung
Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Feinkeramik und Glasgewerbe
Eisen- und NE-Metallerzeugung, Gießerei und Stahlverformung
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau
Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik; Herstellung von EBM-Waren, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren
Holz-, Papier- und Druckgewerbe
Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe

Wirtschaftsabteilung 3 =

Bauhauptgewerbe
Ausbau- und Bauhilfsgewerbe.

Realsteueraufbringungskraft

In dieser Zahl ist der Einfluß der unterschiedlichen Hebesätze und Einwohnerzahlen der einzelnen Gemeinden ausgeschaltet, um einen objektiven Vergleich zwischen den Gemeinden zu ermöglichen. Zu ihrer Berechnung wurden die Grundbeträge (siehe bei „Realsteuerhebesätze“) der 3 Realsteuern zusammen – bzw. nur der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital – jeder einzelnen Gemeinde mit dem jeweiligen gewogenen Bundesdurchschnittshebesatz multipliziert und das Ergebnis durch die Einwohnerzahl dividiert.

Die verwendeten Bundesdurchschnittshebesätze lauten:

Grundsteuer A	191 %
Grundsteuer B	218 %
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	268 %

Realsteuerhebesätze

Unter Realsteuern werden in dieser Veröffentlichung die Grundsteuer A, die Grundsteuer B und die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital verstanden.

Hebesatz ist der für die Grund- oder Gewerbesteuer von den Gemeinden für jedes Rechnungsjahr festzusetzende Prozentsatz, mit dem der Steuermeßbetrag zu vervielfältigen ist, um die Höhe der Steuer zu berechnen.

Die für die Kreise angegebenen Hebesätze stellen gewogene Durchschnittshebesätze dar. Zu ihrer Berechnung wurde für alle dazugehörenden Gemeinden die Summe der Istaufkommen durch die Summe der Grundbeträge geteilt und mit 100 multipliziert. Der Grundbetrag einer Gemeinde (fiktiver Steuermeßbetrag) errechnet sich, indem man das Istaufkommen durch den Hebesatz teilt und mit 100 multipliziert.

Ständig beschäftigte Arbeitskräfte der landwirtschaftlichen Betriebe

Siehe unter „Arbeitskräfte“.

Übrige Dienstleistungen

(nach der bei der Sozialproduktsberechnung verwendeten Systematik)

Hierzu gehören die Bereiche 6, 7 und 8 der Dienstleistungsbereiche sowie der Sektor Staat (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung)

Verkehr und Dienstleistungen

(nach der Systematik der Wirtschaftszweige für die Arbeitsstättenzählung 1961)

- a) Bund
- b) Länder
- c) Gemeinden, Gemeinde- und Zweckverbände
- d) Sozialversicherung

Sektor Private Haushalte (häusliche Dienste) und Private Organisationen ohne Erwerbscharakter.

1961 sind hier die Wirtschaftsabteilungen 5, 6 und 7 zusammengefaßt.

Wirtschaftsabteilung 5 =

Verkehr und Nachrichtenübermittlung

Wirtschaftsabteilung 6 =

Kredit- und sonstige Finanzierungsinstitute
Versicherungsgewerbe

Wirtschaftsabteilung 7 =

Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht

Ein Vergleich von Ergebnissen 1961 für den Wirtschaftsbereich „Verkehr und Dienstleistungen“ mit 1950 ist nicht möglich, da die Systematik der Wirtschaftszweige geändert worden ist. So waren unter anderem bei der Zählung 1950 die 1961 der Wirtschaftsabteilung 6 zugehörenden Wirtschaftsgruppen „Geld, Bank- und Börsenwesen“ und „Versicherungswesen“ dem Wirtschaftsbereich Handel zugeordnet. Insbesondere sind auch die „Dienstleistungen“ inzwischen ganz unterschiedlich abgegrenzt worden.

Volks- und Berufszählungen

Die Volks- und Berufszählungen vom 13. 9. 1950 bzw. 6. 6. 1961 wurden durch das „Gesetz über eine Zählung der Bevölkerung, Gebäude, Wohnungen, nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und landwirtschaftlichen Kleinbetriebe im Jahre 1950 (Volkszählungsgesetz 1950)“ vom 27. 7. 1950 (BGBl. Nr. 32, S. 335) bzw. durch das „Gesetz über eine Zählung der Bevölkerung und der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen im Jahre 1961 sowie über einen Verkehrszensus im Jahre 1962 (Volkszählungsgesetz 1961)“ vom 13. 4. 1961 (BGBl. I, S. 437) angeordnet.

Erhebungsstellen waren die einzelnen Gemeinden, welchen auch die Überprüfung der Unterlagen auf Vollzähligkeit, Vollständigkeit und Richtigkeit übertragen war.

Warenproduzierende Bereiche

(nach der bei der Sozialproduktsberechnung verwendeten Systematik)

Hierzu gehören:

Bereich 0 = Land- und Forstwirtschaft einschl. Tierhaltung und Fischerei

a) Landwirtschaft einschl. Dienstleistungen auf der land- und forstwirtschaftlichen Erzeugerstufe

b) Forstwirtschaft

c) Fischerei, gewerbliche Gärtnerei und Tierhaltung

Bereich 1 = Energiewirtschaft und Bergbau einschl. Wasserversorgung

a) Energiewirtschaft einschl. Wasserversorgung

b) Bergbau

Bereich 2 = Verarbeitendes Gewerbe ohne Baugewerbe

a) Chemische Industrie, Mineralölverarbeitung usw. einschl. Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung

- b) Gewerbe der Steine und Erden, Feinkeramik, Glasgewerbe
- c) Eisen- u. NE-Metallerzeugung und -bearbeitung
- d) Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau
- e) Elektrotechnik, Feinmechanik, Herstellung von EBM-Waren usw. einschließlich Optik, Herstellung von Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren
- f) Holz-, Papier- und Druckgewerbe
- g) Textilgewerbe
- h) Leder- und Bekleidungsgewerbe
- i) Nahrungs- und Genußmittelgewerbe

Bereich 3 = Baugewerbe

Warenproduzierendes Gewerbe

(nach der bei der Sozialproduktsberechnung verwendeten Systematik)

Wirtschaftsbereiche

(nach der Systematik der Wirtschaftszweige für die Arbeitsstättenzählung 1961)

Dieses sind die Bereiche 1, 2 und 3 der Warenproduzierenden Bereiche.

Die Ergebnisse der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstättenzählung sind nach der „Systematik der Wirtschaftszweige für die Arbeitsstättenzählung 1961“ des Statistischen Bundesamtes untergliedert.

Die zehn Wirtschaftsabteilungen sind:

- 0 = Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei, soweit in den Erhebungsbereich der Arbeitsstättenzählung fallend
- 1 = Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau
- 2 = Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)
- 3 = Baugewerbe
- 4 = Handel
- 5 = Verkehr und Nachrichtenübermittlung
- 6 = Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe
- 7 = Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht
- 8 = Organisationen ohne Erwerbscharakter
- 9 = Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

Ein Nachweis der Arbeitsstätten und Beschäftigten nach allen 10 Abteilungen für die Gebietseinheiten verbot sich unter anderem wegen der Geheimhaltungsbestimmungen; es mußten daher mehrere Abteilungen zu Wirtschaftsbereichen zusammengefaßt werden.

Siehe hierzu auch die bei den einzelnen Wirtschaftsbereichen aufgeführten Definitionen.

Wirtschaftsbevölkerung

Um die in einem Gebiet erbrachte wirtschaftliche Leistung mit der an ihr beteiligten bzw. teilhabenden Bevölkerung in Zusammenhang zu bringen, ist im Rahmen der Sozialproduktsberechnung der Länder der Begriff der „Wirtschaftsbevölkerung“ geprägt worden. Er soll die am wirtschaftlichen Produkt eines Gebietes insgesamt beteiligten Personen mit ihren Angehörigen umfassen, bezieht deshalb die Familien der Einpendler in die Berechnung mit ein und setzt die Auspendler mit ihren Angehörigen ab. Wenn man davon ausgeht, daß die durchschnittliche Erwerbsquote der Bevölkerung etwa 50% beträgt, d. h., daß jeder zweite Einwohner erwerbstätig ist, so errechnet sich die Wirtschaftsbevölkerung annäherungsweise nach der Formel:

Wohnbevölkerung + 2 × (Einpendler – Auspendler).

Wohnbevölkerung

Zur Wohnbevölkerung einer Gemeinde gehören alle Personen, die dort ihre ständige Wohnung haben. Personen mit mehreren Wohnungen wurden der Gemeinde zugeordnet, von der aus sie zur Arbeit oder Ausbildung gingen oder, bei Nichterwerbspersonen, in der sie sich überwiegend aufhielten.

Personen mit weiterer Wohnung im Ausland wurden der Gemeinde im Bundesgebiet zugerechnet, wo sie in einer Haushaltsliste eingetragen waren,

Soldaten im Grundwehrdienst oder auf Wehrübung der Wohngemeinde vor ihrer Einberufung,

Patienten in Krankenhäusern und in Untersuchungshaft befindliche Personen ihrer eigentlichen Wohngemeinde.

Berufssoldaten, Soldaten auf Zeit, Angehörige des Bundesgrenzschutzes und der Bereitschaftspolizei in Gemeinschaftsunterkünften gehören ebenso wie Strafgefangene und alle sonstigen Dauerinsassen von Anstalten sowie das in Anstalten wohnende Personal zur Wohnbevölkerung der Anstaltsgemeinde. Nicht zur Wohnbevölkerung gehören die Angehörigen der (ausländischen) Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit ihren Familienangehörigen.

1939 wurden zur Wohnbevölkerung der Standortgemeinde, unterschiedlich zur Regelung der Zählung 1961, auch die dort ihrer Dienstpflicht genügenden Soldaten und die dienstpflichtigen Angehörigen des Reichsarbeitsdienstes gezählt.

Wohngebäude

Alle Gebäude, die ausschließlich oder überwiegend Wohnzwecken dienen und auf Grund ihrer Bauart zum dauernden Wohngebrauch geeignet sind. 1950 (und 1956) wurden die Wohngebäude einschließlich der Behelfsheime mit 30 und mehr qm Wohnfläche als „Normalwohngebäude“ bezeichnet; für Hamburg wurden diese Behelfsheime — wegen ihrer zahlenmäßigen Bedeutung — abgesetzt (vgl. hierzu auch die Ausführungen unter „Wohnungen“).

Wohnungen

Als Wohnung galt 1961 die Gesamtheit der Räume, die der baulichen Anlage nach zur Unterbringung eines Haushalts bestimmt ist; die Wohnung muß eine eigene Küche oder Kochnische sowie einen eigenen Wohnungseingang unmittelbar vom Treppenhaus oder einem Vorraum oder von außen haben (Wohnungsabschluß). Dabei war es gleichgültig, ob eine Wohnung zum Zeitpunkt der Zählung mit nur einem oder mit mehreren Haushalten belegt war, auch wenn für die weiteren Haushalte eine behelfsmäßige Kochgelegenheit eingerichtet war.

Bei einem Mehrfamilienhaus wurde jede abgeschlossene Etagenwohnung als eine Wohnung gezählt. Lagen in einem Mehrfamilienhaus keine stockwerksweise abgeschlossenen Wohnungen vor, so galten diejenigen Räume als Wohnung, die unter normalen (Vorkriegs-) Verhältnissen zusammen mit der dazugehörigen Küche von einem Haushalt bewohnt wurden.

1950 (und 1956) wurden die oben definierten Wohnungen als „Normalwohnungen“ bezeichnet; beim Vergleich der Zahlen von Hamburg mit denjenigen von Schleswig-Holstein und Niedersachsen ist zu

beachten, daß aus den Hamburger Ergebnissen 1950 (und 1956) die besonders zahlreichen Behelfsheime von 30 und mehr qm, welche nach den bundeseinheitlichen Richtlinien als „Normalwohnungen“ gezählt wurden, abgesetzt worden sind (für die Gemeinden der Nachbarländer war dies nicht möglich).

Wohnungszählung bzw. Gebäudezählung

Die Wohnungen bzw. Gebäude wurden im Rahmen der Volkszählungen vom 13. 9. 1950 bzw. 6. 6. 1961 ermittelt.

Die Wohnungszählung 1950 wurde durch das „Gesetz über eine Zählung der Bevölkerung, Gebäude, Wohnungen, nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und landwirtschaftlichen Kleinbetriebe im Jahre 1950 (Volkszählungsgesetz 1950)“ vom 27. 7. 1950 (BGBl. Nr. 32, S. 335), die Zählung der bewohnten Gebäude 1961 durch das „Gesetz über eine Zählung der Bevölkerung und der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen im Jahre 1961 sowie über einen Verkehrszensus im Jahre 1962 (Volkszählungsgesetz 1961)“ vom 13. April 1961 (BGBl. I, S. 437) angeordnet.

Programm der Gemeindestatistik 1960/61 - Für alle Gemeinden* -

Anhang

Teil 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Gemeinde	Fläche am 6.6.1961 in ha		Wohnbevölkerung				Zu- bzw. Abnahme(-) der Wohnbevölkerung in %		Bevölkerungsdichte am 6.6.1961 Einw. je qkm	Von der Wohnbevölkerung am 6. 6. 1961 waren Vertriebene und Deutsche aus der SBZ		Privathaushalte am 6. 6. 1961		Personen in Anstalten am 6.6.1961	Von der Wohnbevölkerung am 6.6.1961 waren			
			insgesamt	darunter Wald	13.9.1950	6. 6. 1961		1939 bis 1961		1950 bis 1961	insgesamt	darunter Vertriebene	insgesamt		darunter Einpersonenhaushalte	evangelisch		römisch-katholisch
	insgesamt	männlich				weiblich	Anzahl		%					Anzahl		%		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18

Von der Wohnbevölkerung am 6. 6. 1961 waren								Bundestagswahl am 17. 9. 1961			Wohnbevölkerung am 6.6.1961 (ohne Soldaten und ihre Angehörigen) nach dem überwiegenden Lebensunterhalt des Ernährers				Erwerbspersonen am 6. 6. 1961				
unter 6 Jahre alt	6 bis unter 15 Jahre alt	15 bis unter 21 Jahre alt	21 bis unter 45 Jahre alt	45 bis unter 65 Jahre alt	65 und mehr Jahre alt	unter 15 Jahre alt	65 und mehr Jahre alt	Von 100 gültigen Zweitstimmen entfielen auf			Erwerbstätigkeit				Rente, eigenes Vermögen usw.	insgesamt		weiblich	
								CDU	SPD	FDP	alle Wirtschaftsbereiche	davon in %				Anzahl	% der Wohnbevölkerung		

Von den Erwerbspersonen am 6. 6. 1961 gehörten zum Wirtschaftsbereich											Von den Erwerbspersonen am 6. 6. 1961 waren nach der Stellung im Beruf					Berufspendler am 6. 6. 1961				Von 100 der am Ort Arbeitenden waren am 6.6.1961 in der Land- und Forstwirtschaft tätig	
Land- und Forstwirtschaft		Produzierendes Gewerbe (einschl. Baugewerbe)			Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung			Sonstige Bereiche (Dienstleistungen)			Selbständige	Mithelfende Familienangehörige	Beamte und Angestellte	Arbeiter	Lehrlinge	Abhängige (Sp. 51-53) in %	Auspendler		Einpender		
insgesamt		weiblich	insgesamt		weiblich	insgesamt		weiblich	insgesamt								weiblich	Anzahl	% der Erwerbspersonen		Anzahl
Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%	Anzahl	%									

Teil 2: Gebäude und Wohnungen

Gemeinde	Wohngebäude am 6. 6. 1961									Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden am 6. 6. 1961		Wohnungen in Wohngebäuden am 6. 6. 1961										Sonstige Wohngelegenheiten am 6.6.1961	
	insgesamt	nach der Gebäudeart			nach dem Baualter			nach Ausstattungsmerkmalen		insgesamt	darunter Mietwohnungen in %	insgesamt	nach der Gebäudeart			nach dem Baualter				nach Gebäudetypen			
		Ein- und Zweifamilienhäuser	Mehrfamilienhäuser	Bauernhäuser, Kleinsiedler- und Nebenerwerbsstellen	vor 1919 erbaut	1919 bis 1948 erbaut	1949 oder später erbaut	mit mangelhafter Fäkalienbeseitigung	mit Anschluß an Wassernetz im Gebäude				Ein- und Zweifamilienhäuser	Mehrfamilienhäuser	Bauernhäuser, Kleinsiedler- u. Nebenerwerbsstellen	vor 1919 erbaut	1919 bis 1948 erbaut	1949 oder später erbaut		A/B C	D E/F G		H
																		Anzahl	%				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	

ländereinheitliches Minimalprogramm; es gibt außerdem noch ein ländereinheitliches erweitertes Programm für Gemeinden mit 10000 und mehr Einwohnern.

Teil 3: Arbeitsstätten (ohne Landwirtschaft)

Gemeinde	Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten am 6. 6. 1961					Auf 100 der Bevölkerung am 6. 6. 1961 kamen Beschäftigte		Von 100 Beschäftigten in nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten waren am 6. 6. 1961		Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten am 6. 6. 1961 in ausgewählten Wirtschaftsbereichen						Gemeindestraßen am 1. 1. 1961 in km			
	Arbeitsstätten		Beschäftigte			in nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten	im Produzierenden Gewerbe	im Produzierenden Gewerbe tätig	Frauen	Produzierendes Gewerbe		darunter Baugewerbe		Handel		Verkehr, Dienstleistungen (soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht)		insgesamt	darunter Innerortsstraßen
	insgesamt	darunter Handwerk	insgesamt	weiblich	im Handwerk					Arbeitsstätten	Beschäftigte	Arbeitsstätten	Beschäftigte	Arbeitsstätten	Beschäftigte	Arbeitsstätten	Beschäftigte		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	10a	11a	12	13	14	15	16	17

Teil 4: Betriebsstruktur der Landwirtschaft

Gemeinde	Land- und forstwirtschaftliche Betriebe am 31. 5. 1960 insgesamt				Teilstücke in Betrieben mit landw. Nutzfläche am 31.5.1960	Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe am 31. 5. 1960										
	Betriebe	Betriebsfläche	Waldfläche	Landwirtschaftl. Nutzfläche		Ständige Arbeitskräfte				Betriebs-eigene Schlepper	Betriebe insges.	davon hatten eine landwirtschaftliche Nutzfläche von				
						insgesamt	familienfremde		Frauen			0,01-2 ha	2-5 ha	5-10 ha	10-20 ha	20 ha und mehr
							Anzahl	% aller ständigen Arbeitskräfte								
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	

Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe am 31. 5. 1960														
Viehbestand				Landwirtschaftliche Nutzfläche				Von der landw. Nutzfläche sind		Vom Ackerland entfallen auf			Sonderkulturen	
Pferde	Rindvieh		Schweine (ohne Ferkel)	insgesamt ha	darunter in Betrieben		Ackerland	Dauergrünland	Getreide	Hackfrüchte	Futterpflanzen	ha	% der LN	
	insgesamt	Milchkühe			unter 10 ha								ha	ha
					ha	%								
17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	

Teil 5: Gemeindefinanzen

Gemeinde	Gemeindesteuererinnahmen im Jahre 1961					Realsteuerhebesätze 1961			Realsteuer-aufbringungskraft 1961	
	insgesamt		Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbesteuer	Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbesteuer	insgesamt	aus Gewerbesteuer
	DM	DM je Einw.								
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10

